

Class

92

Book

7186

General Theological Seminary Library

CHELSEA SQUARE, NEW YORK

Purchased from the fund bequeathed to the Seminary by

EUGENE AUGUSTUS HOFFMAN, D. D.

DEAN 1879-1902



Adalbert Falk

Sein Leben und Wirken
als Preussischer Kultusminister
dargestellt auf Grund des Nachlasses
unter Beihilfe des Generals d. J.

Adalbert von Falk, 1856-

von

Erich Foerster 1865-

COR. THEO. SEMINARY
LIBRARY
NEW YORK



Leopold Klotz Verlag / Gotha

1927

92

F186

83714

Mit vier Bildern und einer Stammtafel

FRANZ JOSEF
FRANZ
JOSEF WEN

Copyright 1927 by Leopold Klotz Verlag, Gotha

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechtes, vorbehalten

Den Lehrern Preußens

Zum Geleit

Am 10. August 1927 sind es hundert Jahre, daß mein Vater, D. h. c., Dr. phil. h. c., Dr. jur. **Ud albert Falt**, Königlich Preussischer Kultusminister von 1872 bis 1879, geboren wurde. Seinem Andenken ist dies Buch geweiht. Als er am 7. Juli 1900 die Augen geschlossen hatte, hinterblieb mir ein umfangreiches Schriftwerk von eigener Hand: „Von meiner Familie und von mir selbst“, nebst tagebuchartigen Aufzeichnungen und zahlreichen Aktenbelegen. Ich habe diesen Schatz sorgsam gehütet und vor vorzeitiger Veröffentlichung geschützt, bis die Zeit mir gekommen schien, in weitem Abstände von den Geschehnissen und Persönlichkeiten jener Kampfeszeit die Darstellung dieses Lebensganges der geschichtlichen Betrachtung anzuvertrauen. Es ist so weit!

Das in Sohnesehrfurcht und -liebe von mir beigetragene Eingangskapitel weist dem Leser — auch der Jugend habe ich dabei gedacht — die Wurzeln dieses urdeutschen Mannes nordischen Geblüts, zeigt ihm die Umwelt, aus welcher der Staatsmann, früh sich entwickelnd, erwuchs, und geleitet ihn bis an die Schwelle seines Eintritts in die Preussische, in die Deutsche Geschichte. Ein Kundigerer führt den Leser weiter. Es fügte sich, daß er sich zu mir fand. Und keine berufenere Feder konnte es für mich geben, als die des Pfarrers und Professors D. Dr. **Erich Foerster** zu Frankfurt a. M. Berufen schon durch sein Doppelamt, vollends aber als Sohn des einstigen Studiengenossen, späteren Vortragenden = Rats = Kollegen im Justizministerium und zuletzt treuen Gehilfen und Freundes meines Vaters als Direktor der Geistlichen Abteilung im Kultusministerium: Dr. **Franz Foerster**. Und dessen Gattin war die Tochter des von meinem Vater hochverehrten Lehrers der Rechte an der Univer-

sität zu Breslau und Freundes des Faltischen Hauses, Professors Ernst Gaupp, die Jugendfreundin meiner Mutter, Rose Passows: Alara Gaupp.

Ich danke es Herrn D. Dr. Erich Foerster von ganzem Herzen, daß er sich der hohen Aufgabe unterzogen hat, das staatsmännische Wirken meines Vaters der Nachwelt zu schildern, und danke es ihm im Besonderen, daß er meine Anregung sich zu eigen gemacht hat, das Buch dem Stande zu widmen, der in unwandelbarer Dankbarkeit und Treue das Gedächtnis meines Vaters hoch gehalten und seine Ruhestätte pflegt, ihm zu Hamm, der Stätte seiner letzten Wirksamkeit, ein ehernes Standbild errichtet hat,

„den Lehrern Preußens“,

den alten zum Gedächtnis, den jungen zum Vorbild.

Adalbert von Falt

Agl. Preuß. General der Infanterie a. D.

Inhalt

Zum Geleit	V
Einleitung	IX
Vorbemerkungen	XIV
1. Kapitel: Herkunft, Jugend, erste Mannesjahre	1
2. Kapitel: Ernennung zum Minister	65
3. Kapitel: Erste Amtshandlungen	104
4. Kapitel: Die erste Reihe der kirchenpolitischen Gesetze	138
5. Kapitel: Die ersten Schritte zur Schulreform	165
6. Kapitel: Grundlegung einer Verfassung der evangelischen Kirche	174
7. Kapitel: Im heißen Kampfe. Die zweite Reihe der kirchenpolitischen Gesetze	210
8. Kapitel: Auf der Höhe des Kampfes	237
9. Kapitel: Auf dem Höhepunkte des amtlichen Lebens	282
10. Kapitel: Vollendung der Verfassung der evangelischen Kirche Preußens	302
11. Kapitel: Schulverwaltung und Unterrichtsgesetz	337
12. Kapitel: Beginn der Krisis	352
13. Kapitel: Verschärfung der Krisis bis zum ersten Abschiedsgesuch	383
14. Kapitel: Ruhepause während der Stellvertretung des Kaisers durch den Kronprinzen	466
15. Kapitel: Beginn der Verhandlungen zwischen Staat und Kurie nach dem Tode Pius IX.	503
16. Kapitel: Wiederaufleben des Konfliktes mit dem Kaiser. Wendung der Gesamtpolitik Bismarcks. Entlassung Falks	553
17. Kapitel: Rückkehr in das richterliche Amt. Leben in Hamm. Alter. Tod	653
Namenregister	708
Stammtafel der Familie Falk	

Bildertafeln

Titelbild: Photographie Falks aus dem Jahre 1877

Photographie Falks aus dem Jahre 1890

Photographie des Ehepaares Falk aus dem Jahre 1893

Falkdenkmal in Hamm

Einleitung

In meinem ersten geschichtlichen Buche „Die Entstehung der preußischen Landeskirche unter der Regierung König Friedrich Wilhelms III.“ *) habe ich die Gründung des preußischen Kultusministeriums im Jahre 1817 und die Kirchenpolitik des ersten preußischen Kultusministers, des Freiherrn von Altenstein, auf dem Gebiete der evangelischen Kirche skizzenmäßig erzählt. Es lag nahe, zu versuchen, ob ich diesem Buche eine Fortsetzung in einer Geschichte des preußischen Kultusministeriums und der von seinen verschiedenen Leitern betriebenen Kirchenpolitik geben könnte. Ich habe dazu aber weder Lust gespürt, noch die Möglichkeit gehabt. Dieses nicht, weil eine solche Darstellung nur auf Grund vollständiger Kenntnis der Akten hätte geschrieben werden dürfen. Sie aber waren, auch wenn die Aufgabe nur bis zum Zeitalter Bismarcks erstreckt worden wäre, bis vor wenig Jahren unzugänglich und würden wohl auch heute nur unter großen Vorbehalten zur Benutzung freigegeben werden. Jenes nicht, weil die Reihe der Kultusminister, die nach Altenstein dies Ministerium geführt haben, wahrlich keinen Anreiz bot, sich eingehend mit ihnen zu befassen. Die Namen Eichhorn, Raumer, Mühlner haben nicht mit Unrecht in der preußischen Geschichte einen üblen Klang; der treffliche Ladenberg macht allerdings eine Ausnahme, aber staatsmännische Bedeutung wird auch ihm schwerlich jemand beilegen. Jene Männer sind im wesentlichen schuld daran, daß der Staat Friedrichs des Großen in den üblen, durch seine frühere Geschichte wahrlich nicht verdienten, Ruf der gewollten hartnäckigen Rückständigkeit und Engherzigkeit in der Behandlung der geistigen Angelegenheiten der Nation geriet. Ihre Maßnahmen in Schule und Kirche sind eine Kette von Unzulänglichkeiten und Halbheiten, bei denen das Interesse der geistigen Freiheit nicht weniger zu kurz kam wie das Interesse des Staates. Dagegen mußte es in der Tat locken, aus der Geschichte des preußischen Kultusministeriums die kurze Periode herauszugreifen und eingehend zu schildern, in der dies Ministerium im Mittelpunkt der leidenschaftlichen Teilnahme des ganzen Volkes stand und von einem Manne geführt wurde, der

*) 2 Bände, 1905 und 1907.

nahezu als einziger unter den ministeriellen Mitarbeitern Bismarcks wirklich zu einer, freilich nicht lange dauernden, Popularität gelangte. Diese Periode dauerte von 1872—1879, und der Mann, der dabei der inneren Politik Bismarcks das charakteristische Gepräge verlieh, war der Kultusminister Dr. **U d a l b e r t F a l k**.

Ich habe daher seit langem den Wunsch gehegt, die staatsmännische Wirksamkeit dieses Mannes darzustellen. Allein die Schwierigkeit, das unbedingt erforderliche Aktenmaterial zu beschaffen, schien auch hier unüberwindlich. Da wies mir ein freundlicher Zufall den Weg. Lange nach ihrem ersten Erscheinen kam mir, ich glaube es war im Jahre 1912, jene kurze Erklärung zu Gesicht, die Falk selbst nach der Veröffentlichung von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ im Jahre 1899 in der *Deutschen Revue*, S. 1—9 gegeben hat, um Bismarcks Darstellung vom sogenannten Kulturkampf und Falks Anteil daran richtig zu stellen. An jener Erklärung interessierte mich nicht sowohl der darin erhobene Widerspruch gegen Bismarcks Schilderung, als dies, daß Falk sich auf die in seinen Händen befindlichen Dokumente und tagebuchweisen Aufzeichnungen aus seiner Ministerzeit berief. Also gab es einen solchen Nachlaß Falks. Es war mir sofort klar, daß dieser Nachlaß eine Quelle allerersten Ranges zum Verständnis der inneren Politik Bismarcks in den siebziger Jahren und besonders der damals geführten Schul- und Kirchenpolitik sein müsse, und ich habe mich offen gestanden immer gewundert, daß keiner der bisherigen Bismarckbiographen versucht hat, nach diesem Schätze weiter zu schürfen. Auf meine Bitte hat mir sodann der einzige Sohn des Ministers, General der Infanterie **Ud Albert von Falk**, diesen ganzen Nachlaß anvertraut. Er hat mich, soll ich sagen: ermächtigt oder beauftragt, eine Biographie seines Vaters zu schreiben und sie möglichst bis zum hundertjährigen Geburtstag des Ministers, am 10. August 1927, fertigzustellen. Das Ergebnis dieses Auftrages lege ich hiermit der Öffentlichkeit vor.

Über die einzelnen Bestandteile des Nachlasses habe ich an anderer Stelle dieses Buches Rechenschaft abgelegt. Er erwies sich als derartig reichhaltig und vollständig, daß ich mir weitere archivalische Studien ersparen konnte. In Sonderheit habe ich aus naheliegenden Gründen darauf verzichtet, bei dem gegenwärtigen Herrn Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft um die Erlaubnis zur Benutzung der Akten seines Ministeriums nachzusuchen. Nur an einigen wenigen Punkten ergaben sich Lücken, die durch das dort befindliche Material vielleicht hätten ausgefüllt werden können. Da diese Lücken

aber unerheblich waren, zog ich vor, das gegenwärtige Ministerium nicht zu behelligen. Es hat also keine Gelegenheit gehabt, weder zu freundlicher Unterstützung des Buches, noch zu deren Verweigerung; ich hoffe, man wird darin einen Akt der Rücksicht erkennen. Außer dem Nachlasse Falks habe ich nur noch eine Sammlung von Briefen seines nächsten Mitarbeiters und Freundes, des Wirklichen Geheimen Rates Sydow, benützt, die dessen Sohn, Staatsminister a. D. von Sydow mir gütigst überwies. Die Briefe Falks an einen anderen Freund, den badischen Pfarrer Karl Iffel in Ricklingen bei Bretten, † 1897, sind leider nicht beizubringen gewesen. Endlich darf ich nicht unerwähnt lassen, daß einiges auch aus persönlichen Kindheitserinnerungen und noch im Gedächtnis seiner Söhne lebendigen Erzählungen meines Vaters stammt, der gleichfalls zu den nächsten Mitarbeitern Falks zählte, Ministerialdirektor Dr. Franz Foerster.

Ich glaube nicht fürchten zu müssen, daß dieses Buch als konfessionelle Streitschrift aufgefaßt wird. Jedenfalls war dies nicht die Absicht; ich halte jene geschichtliche Periode, von der ich schreibe, für abgeschlossen. Wir leben unter anderen Voraussetzungen, und nicht nur der Staat, sondern auch der Katholizismus in Deutschland hat seitdem eine Entwicklung durchgemacht, die die Wiederkehr jener Kämpfe zwar nicht ausschließt — denn wer könnte dafür bürgen, daß Konflikte zwischen Staat und Kirche nicht jederzeit wieder ausbrechen könnten, — aber doch jedem Freund des Vaterlandes die Hoffnung erlaubt, der in der Sache liegende Gegensatz möchte sich in fruchtbarer Spannung äußern statt in verderblichem Kampfe. Eine ganz andere Frage aber ist die nach dem geschichtlich gerechten Urteil. Um dieser Frage willen ist dies Buch geschrieben. Es soll einem Manne, der jahrelang von der begeisterten Zustimmung der großen Mehrheit des Volkes getragen wurde, und der dann fast mit einem Schlage ins Dunkel der Vergessenheit trat, freilich auch, weil er selbst es so wollte, endlich die verdiente Würdigung gewinnen. Wie dürfte ein solches Streben von denen getadelt werden, die selbst alles getan haben, um das Gedächtnis jener Kämpfe lebendig zu halten! Denn nicht nur, daß alle großen Führer des politischen Katholizismus von damals, Ketteler, Mallinckrodt, Windthorst, August Reichensperger längst in zum Teil ausführlichen Biographien behandelt sind *), auch

*) Otto Pfälf S. J.: Bischof von Ketteler, 3 Bände 1899; Fritz Vigner: Ketteler, ein deutsches Bischofsleben, 1924; Otto Pfälf: H. von Mallinckrodt, 1901; E. Hüsgen: Ludwig Windthorst, 1907; Ludwig Pastor: August Reichensperger, 2 Bände, 1899; von vielen kleineren Schriften über

die Geschichte des Kulturkampfes ist in immer neuen Büchern, zuletzt in dem dreibändigen Werk von Rißling wieder erzählt worden *). Dieser ganzen katholischen Kulturkampfliteratur steht von protestantischer, staatlicher Seite so gut wie nichts gegenüber. Da bedarf es wohl keiner Entschuldigung, wenn nun auch einmal von diesem Standpunkt aus Licht auf die damaligen Ereignisse geworfen wird.

Was aber mein Buch von allen anderen Schriften unterscheidet, das ist, abgesehen von der Tendenzfreiheit, um die ich mich bemüht habe, eben dies, daß jene alle nur mit gedrucktem Material arbeiten, während meine Darstellung ausschließlich bisher unbekanntes, weil nicht veröffentlichtes Material benützt. Ich bin dabei so weit gegangen, daß ich sogar nur ausnahmsweise Reden des Ministers wiedergegeben oder auszüglich mitgeteilt habe. Das ist mir schwer geworden, denn diese Reden sind es wahrlich wert, nicht in der Totengruft der stenographischen Protokolle des Landtages beigesetzt zu bleiben. Schon deshalb, weil sie nicht bloß von der wechselnden Rücksicht auf die jeweilige parlamentarische Situation diktiert sind, sondern tief historisch und juristisch begründete Prinzipien zum Ausdruck bringen. Sie verdienen es wohl, von jedem, der es mit der Regelung von Kirche und Staat zu tun hat, beachtet zu werden, mehr wie manches rein aus der Theorie stammende Buch. Aber schon der Zwang, den Umfang dieses Buches zu beschränken, verbot das. Ich habe auch die Aktionen der Regierung vor allem im Stadium der Vorbereitung und des Werdens dargestellt und sie von dem Augenblicke an, da sie vor der Öffentlichkeit in Erscheinung traten, nur kurz behandelt. Bekanntes zu wiederholen, das jeder leicht aus den Verhandlungen der Parlamente und der Tagespresse nachlesen kann, schien mir nicht lohnend zu sein.

Mit dieser Methode hoffte ich das Spiel der Motive und der Kräfte, das hinter der sichtbaren Aktion lag, erst recht deutlich zu machen.

Der Aufbau des Buches entspricht meiner Auffassung vom Wesen der Biographie historischen Stiles, wie sie die Ranke'sche Schule gesagt hat. Diese Aufgabe scheint mir nicht die, über private Angelegenheiten zu plaudern. Nur bei den Allergrößten der Geschichte gehört auch die Persönlichkeit der Welt. Bei den anderen geht diese die

die Bischöfe jener Zeit, Melchers, Matthias Eberhard, Konrad Martin, Bernhard Brinkmann ganz zu schweigen.

*) Dr. Johannes B. Rißling, Geschichte des Kulturkampfes im deutschen Reiche, 3 Bände, 1911 ff. Vorher: Goyau, Bismarck et l'Eglise, le Kulturkampf, 2 Bände, 1911.

Öffentlichkeit nur soweit an, als sie für ihr Werk und für ihre Leistung in Betracht kommt. Das Interesse der Familie und der Freunde darf nicht ohne weiteres von einem größeren Leserkreis beansprucht werden. Ich wollte die Biographie des Staatsmannes Falk schreiben. Dies ist er nur in dem Zeitraum gewesen, da er das Kultusministerium führte, weder vorher noch nachher. Deshalb ist die Herkunft, Jugend und amtliche Tätigkeit Falks bis zu seiner Ernennung zum Minister nur in einem Eingangskapitel behandelt und ebenso die Gestaltung seines Lebens nach der Entlassung in ein einziges Schlusskapitel zusammengedrängt. Das erste hat auf meine Bitte der Sohn des Ministers selbst geschrieben. Den eigentlichen Kern des Buches bildet die Schilderung seiner Arbeit als Minister.

Die Widmung des Buches an die Lehrer Preußens hat der Sohn des Ministers angeregt. Je mehr ich mich aber in den Stoff vertiefte, desto klarer wurde mir, daß das Buch in der Tat keine andere Widmung tragen dürfe. Falk hat für seine hingebende Arbeit vom Staate wenig Dank geerntet. Das gilt ebensowohl von dem Träger der Krone, wie von den politischen Parteien und ihren Publizisten. Noch die relativ gewichtigste Anerkennung hat ihm Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ II, S. 130 [s. Kap. 17] ausgesprochen. Die evangelische Kirche Preußens aber hat dem Manne, der ihr den Grund ihrer Existenz erst geschaffen hat, geradezu mit Andank gelohnt und sich weithin dem Urteil angeschlossen, mit dem die durch ihn um ihre Herrschaft gebrachte Partei ihn verunglimpft hat. Einzig und allein die Lehrer Preußens haben ihm Treue gehalten und den Schöpfer der „Allgemeinen Bestimmungen“, den Mann, der mit starkem Arm die preußische Volksschule emporgehoben und die Lehrerschaft von drückenden und unwürdigen Fesseln befreit hat, nicht vergessen. Und wahrlich, er hat ihren Dank verdient, noch mehr als sie wissen konnten. Das, denke ich, werden die Mitteilungen dieses Buches über das von Falk geplante Unterrichtsgesetz beweisen. An diesem Punkt beansprucht dies Buch auch einen Gegenwartswert. Bei der Durchführung und Ausgestaltung der unklaren und vieldeutigen Bestimmungen der Reichsverfassung über das Schulwesen wird man gut tun, die von Falk damals ausgesprochenen Grundsätze nicht außer acht zu lassen.

Frankfurt am Main, den 10. August 1927.

D. Dr. Erich Foerster
Pfarrer und Professor an der Universität

Vorbemerkungen

1. Die Quellen dieses Buches.

Der Nachlaß Falks bestand aus drei Theilen:

Erstens zwölf Hefte in Folioformat, enthaltend Aufzeichnungen „von meiner Familie und von mir selbst“. Falk hat in den Jahren nach seiner Entlassung begonnen, daran zu schreiben, um den Mangel einer regelmäßigen beruflichen Tätigkeit auszufüllen. Wie es seine Art war, hat er dabei sehr genaue Nachforschungen angestellt und, so gut es ging, Urkunden, alte Briefe und Kirchenbuchzeugnisse zugrunde gelegt, daneben natürlich auch persönliche Erinnerungen fixiert. Die Arbeit erlitt eine Unterbrechung, als er Anfang 1882 in das Amt eines Oberlandesgerichtspräsidenten zu Hamm berufen wurde, ist aber, nachdem er sich dort eingearbeitet hatte, in mehreren Intervallen wieder aufgenommen worden. In den ersten neun Heften erzählt er von seiner Familie und von seiner Jugend, danach von seinem Eintritt ins Amt, von der Gründung des Hausstandes und vom Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit, von seiner Berufung ins Justizministerium und von der Ologauer Zeit, von seiner Mitgliedschaft im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes. Erst das zehnte Heft führt an die Schwelle seiner staatsmännischen Wirksamkeit. Er bietet aber keine chronologische Schilderung, sondern behandelt in einzelnen, in sich geschlossenen Theilen zum Beispiel seine Arbeit im Justizministerium nach seinem Wiedereintritte in dasselbe und im Bundesrate, seine Ernennung zum Minister, sein Verhältniß zur Kaiserin, zum Kaiser und zu Bismarck, dessen Bruch mit der nationalliberalen Partei, seine Kollegen im Staatsministerium, Camphausen, Delbrück, Achenbach u. a. Dabei benützt der Schreiber neben persönlichen Erinnerungen vor allem das an zweiter Stelle genannte Tagebuch und die an dritter Stelle genannte Dokumentensammlung. Leider ist er mit diesen zusammenhängenden Schilderungen nur bis an den Anfang seiner eigentlichen Arbeit als Minister gelangt.

Zweitens das Tagebuch. Mit regelmäßigen Niederschriften seiner Erlebnisse hat Falk erst in einem Zeitpunkte begonnen, da seine Stellung unsicher zu werden anfang, nach der Rückkehr von der Sommerreise 1877. Von da ab aber hat er nie wieder aufgehört. Das Tagebuch besteht in einfachen Quartheften mit schmalem Rande, die nachträglich zu starken Bänden vereinigt sind. Im ganzen sind es sieben solcher Bände. Der letzte Eintrag stammt vom 9. Dezember 1898. Der wichtigste dieser Bände ist der erste, der bis über die Entlassung aus dem Ministeramte hinausreicht, in die Krisis, die dazu führte, genau hineinsehen läßt und nebenbei eine Quelle ersten Ranges für den Umschwung der Politik Bismarcks bildet, der sich in diesen Jahren vorbereitet und vollzieht. Der Wert dieser Quelle ist darin begründet, daß Falk ein so stark ent-

wickeltes historisches Gewissen hatte, das heißt ein sich nie genugtuendes Bedürfnis nach Genauigkeit und Zuverlässigkeit. Das Tagebuch enthält amtliches und persönliches in bunter Mischung, dieses aber tritt sehr zurück und ist nur in kurzen Sätzen berührt; es enthält auch kaum je ein Werturteil des Gemütes, höchstens einmal ein vielsagendes Ausrufungszeichen oder eine lateinische Zwischenbemerkung. Den Hauptinhalt bilden Wiedergaben von Gesprächen, vom Verlaufe der Staatsministerialsitzungen, vom Inhalte ihm zugekommener Dokumente (meist wörtlich), endlich Erwägungen über die von ihm zu ergreifenden Schritte. Natürlich notiert er auch viele Gerüchte, aber es ist sehr charakteristisch, wie er dabei verfährt. Er gibt aufs genaueste die Quelle an, sucht an diese selbst heranzukommen und den Kern festzustellen. Oft kommt er drei- und viermal darauf zurück. Ebenso sorgfältig ist seine Selbstkontrolle, wenn er bei der Aufzeichnung von selbst Gehörtem bemerkt, daß dieser oder jener Ausdruck nicht wörtlich oder wörtlich niedergeschrieben sei. Immer wird die Frage der Glaubwürdigkeit aufs genaueste erwogen. Der Leser gewinnt beim Studium dieses Tagebuches sehr bald das Gefühl, auf ganz sicherem Boden zu schreiten. Er hat es mit einem Manne zu tun, der nichts mehr haßt, als Illusionen und Klatzsch, mit einem Manne von strengster Wahrhaftigkeit und geschultem Urtheil. Sehr viel Stoff von hohem Werte konnte in diesem Buche gar nicht verwertet werden. — Die weiteren sechs Bände sind natürlich von geringerem Werte für den Historiker. Am ehesten die Aufzeichnungen aus den zwei Jahren 1880 und 1881, als Falk noch in Berlin lebte und von Freunden und im Parlament manches erfuhr. Aber einen unmittelbaren Einblick in den Lauf der Dinge hatte er damals schon nicht mehr. Und erst recht nicht, nachdem er 1882 in seinen letzten Wirkungskreis nach Hamm übergesiedelt war. Er war nun, wie jeder andere, auf die Zeitung angewiesen, wenn er auch aus seiner Vergangenheit ein größeres Vermögen hatte, wenigstens auf dem Gebiete seines ehemaligen Ressorts falsches und richtiges zu unterscheiden. Immerhin sind doch auch die Tagebücher aus dieser Zeit nicht ohne Wert, weil sie nicht selten Rückblicke und Richtigstellungen aufkommender Legendenbildung in sich bergen.

Driftens die reichhaltige Sammlung von Dokumenten, darunter alle ersten Entwürfe der von ihm eingebrachten Gesetze und der dazu geschriebenen Motive, Abschriften der in den Verhandlungen darüber ergangenen Gegenäußerungen, von Immediatberichten und Schreiben an Bismarck und von ihm, kurze und lange Briefe des Kaisers zum Teil im Original, überhaupt sehr viel Briefe, zum Beispiel von dem Geh. Kabinettsrat von Wilmowski und von seinem Freunde Sydow und anderen Mitarbeiter, endlich die ganze Reihe der Korrespondenz zwischen der Kurie und dem Staate seit dem Beginne des Pontifikates Leo's XIII. nebst den Berichten Reudells, des Kardinals Hohenlohe und anderer. Dieses ganze Material hat Falk selbst geordnet und gesichtet und zu den Inhaltsverzeichnissen der einzelnen Aktenbündel und Hüllen kurze orientierende Bemerkungen hinzugefügt, wobei allerdings, da dies erst in den neunziger Jahren geschah, einige Male Gedächtnisfehler

untergelaufen sind. Im großen ganzen aber brauchte der Schreiber dieses Buches nur zuzugreifen. Nach dem Erscheinen dieses Buches wird dieses ganze Material des Nachlasses dem Geheimen Staatsarchiv zu Berlin überwiesen werden.

2. Die Druckeinrichtung dieses Buches:

Eckige Klammern [] enthalten Erläuterungen vom Verfasser dieses Buches. Runde Klammern () in wiedergegebenen Schreiben anderer sind von deren Verfassern selbst gesetzt.

Dokumente sind durch Einrücken kenntlich gemacht. Eigene Erzählung Falks und Mitteilungen aus seinen Tagebüchern sind mit besonderen Gänsefüßchen „ „ eingeleitet und geschlossen.

3. Literaturverzeichnis, nur die häufiger zitierten Bücher und Schriften enthaltend:

Kißling, Johannes B., Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reiche. 3 Bände, Freiburg 1911, 1913, 1916.

Majunke, Paul, Geschichte des „Kulturkampfes“ in Preußen-Deutschland. 2. Aufl., Paderborn 1902.

Schulte, Franz Xaver, Geschichte des „Kulturkampfes“ in Preußen. In Aktenstücken dargestellt. Essen 1882.

Siegfried, A., Aktenstücke betreffend den preussischen Kulturkampf. Freiburg 1882.

Hahn, Ludwig, Geschichte des „Kulturkampfes“ in Preußen. Berlin 1881.

von Schulte, Joh. Friedr., Der Altkatholizismus. Gießen 1887.

von Kirchenheim, A., Emil Herrmann und die preussische Kirchenverfassung. Berlin 1912.

von Bamberg, A., Emil Herrmanns Eintritt in die Leitung des Ev. O. K. K. zu Berlin und sein Austritt; in: Deutsche evang. Blätter, XXI. Jahrg., der neuen Folge VI. Jahrg., 1906, S. 587—613, 663—691, 729—759.

Kögel, Gottfried, Rudolf Kögel. Band III, 1872—1896. Berlin 1904.

Wiese, L., Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen. Berlin 1886.

Schneider, Karl, Ein halbes Jahrhundert im Dienste von Kirche und Schule. Lebenserinnerungen. Berlin 1900.

Dehio, Ludwig, Edwin von Manteuffel und der Kaiser, ein unbekanntes Kapitel aus der Geschichte der siebziger Jahre; in: Deutsche Rundschau, Jahrg. 52, 1926, S. 40 ff., 149 ff.

Bosse, Robert, Lebenserinnerungen und Tagebuchblätter; in: Grenzboten, 1904, S. 30 ff.

Bismarck, Otto Fürst von, Gedanken und Erinnerungen. 2 Bände. Stuttgart 1898. Dazu: Anhang I: Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Stuttgart und Berlin 1901.

Wahl, Adalbert, Vom Bismarck der siebziger Jahre. Tübingen 1920.

von Schubert, Hans, Die evangelische Trauung, ihre geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung. Berlin 1890.

— Der Kampf des geistlichen und weltlichen Rechtes. Heidelberg 1927.

Erstes Kapitel

Herkunft, Jugend, erste Mannesjahre

Paul Ludwig Adalbert Falk wurde geboren am 10. August 1827 zu Mettschau, Kreis Striegau in Schlesien, als erstes Kind und ältester Sohn des evangelisch-lutherischen Pastors Ludwig Falk und dessen Ehefrau Emma, geb. Hoffmann.

Die Familie, anfangs Fald geschrieben, entstammt einem alten hinterpommerschen Bauerngeschlecht, das urkundlich bis in das 16. Jahrhundert nachgewiesen ist. Die beigelegte Stammtafel führt die Greifenberger Linie auf, erzählt von dem reichen Familienleben, das Adalbert Falk von früher Jugend an umgab, und zeigt das Blühen und Verblühen der Greifenberger Falken im Mannesstamm.

Johann Gottfried Ludwig Fald, geboren zu Greifenberg in Pommern am 16. Februar 1770, vollzieht den Eintritt in das bürgerliche Leben. Sein Werden und Wirken hat die Entwicklung auch seines Enkels Adalbert wesentlich beeinflusst. Ludwig verlor seinen Vater Michael früh. Seine Mutter heiratete in zweiter Ehe den wohlhabenden Brauer Knade zu Greifenberg in Pommern. Und dieser nahm sich des geweckten Stiefsohnes aufs treueste an. Eine gehobene Erziehung ermöglichte ihm das theologische Studium in Halle a. S., das er mit 17 Jahren begann. Dann folgte die übliche Tätigkeit als Hauslehrer. Das Jahr 1794 sah den Vierundzwanzigjährigen als Konrektor in seiner Geburtsstadt Greifenberg. Sein erstes Pfarramt fand er Ende 1795 als Feldprediger des Dragoner-Regiments von Bräsewitz zu Kosen in Oberschlesien. Dort, in der Nähe auf dem Lande, lernte er seine demnächstige erste Frau kennen, die Liegnitzer Pastorentochter Helene Matthäi. Den jungen Ehe-
mann rief am 12. Mai 1797 die Heimat nach Tribus in Pommern. Mit einer Tochter zog er dort ein. Hier wurde ihm sein ältester Sohn, Eduard Wilhelm Ludwig, am 26. Januar 1801, der Vater Adalberts, und noch eine, jung verstorbene, Tochter geboren. Aber die Sehnsucht seiner Frau nach ihrer schlesischen Familie bewog ihn, sich um die Diakonusstelle an der Gnadenkirche zu Landeshut

in Schlesien zu bewerben. Der frohsinnige, rednerisch begabte Mann ward gewählt und am 10. Mai 1802 berufen. So wurden die pommerschen Falken nach Schlesien verpflanzt. 29 Jahre, zum Senior und Superintendenten aufsteigend, hat er dort in Kirche und Schule segensvoll bis zu seinem Tode am 30. Juli 1831 gewirkt. Das Schicksal fügte es, daß sein Sohn Ludwig sein unmittelbarer Nachfolger wurde, bis dieser 1838 als erster Prediger an die uniert-reformierte Hofkirche zu Breslau berufen wurde. Und Landeshut, wo er seine Knabenjahre verbrachte, wurde auch die Stätte, wo Abalbert Falk seine Knabenjahre verlebte.

Noch verweilen wir bei dessen Großvater! Seit dem Jahre 1802 schrieb er den Familiennamen, dem Gebot damaliger Rechtschreibung folgend: „Kein Doppelkonsonant nach einem Konsonanten!“ Falk, und so ist es geblieben.

Das Grundstück der evangelischen Kirchengemeinde liegt am Südostende der Stadt „vor Landeshut“. Eine hohe Mauer umschließt Kirche, Pfarrhaus, Schule und Kirchhof, der heute nach Südosten erweitert ist. Hier war 36 Jahre lang der Wohn- und Tummelplatz zweier kinderreicher Falkengeschlechter. Inmitten des erhöhten Kirchplatzes erhebt sich die Gnadenkirche, im Westen und Süden umstanden von alten Eichen und besonders Linden. Nördlich der Kirche am Eingangstor von der Stadt her stand die alte evangelische Schule, heute neues Realgymnasium. Gerade gegenüber der Kirche erstreckt sich am Nordostrande des Grundstücks das vierteilige niedere Pfarrhaus. Es grüßt nach außen unverändert, im Innern nur Ansprüchen der Jetztzeit angepaßt. Vier unmittelbar aneinander stoßende, selbstständige Wohnblöcke im Fachwerkstil, das weißgefalzte Mauerwerk von schwarzem Holzgebälk durchkreuzt, ruhen unter dunklem Dache. Die Hauptfront sieht zur Kirche nach Südwesten zu und zum wunderschönen, nach der Spitze des Kirchberges ansteigenden Kirchhose. Die Rückseite ist der niedriger gelegenen Stadt zugekehrt, mit schmalem Hofraum und reichlichem Pfarrgarten.

In dem, dem Toreingang zunächst liegenden, Pfarrhausblock befinden sich die Amtsräume des Presbyteriums und die Predigerwitwenwohnung. Der nächste, anstoßende Block war das Falkenhau s.

Dem Großvater Abalbert Falks wurden hier von seiner ersten Frau noch drei Knaben und zwei Mädchen geschenkt. Am 14. September 1818 starb Helene, geb. Matthäi. Eine eigenartige

Zügung wollte es, daß um fast gleiche Zeit, am 28. Oktober, in Breslau Frau Juliane Hoffmann, geb. Gottschald, ihren Mann, den Kaufmann Erdmann Valentin Hoffmann, verlor. In Greifenberg in Pommern geboren, hatte sie einst den jungen Kandidaten Ludwig Falk lieb gewonnen. Das Leben hatte sie getrennt. Nun erwachten die alten Beziehungen wieder. Am 12. Oktober 1819 schlossen die beiden den Ehebund. Fünf Kinder Hoffmann, darunter eine Tochter, vermehrten die Jugend des Landeshuter Pfarrhauses. Und noch ein leiblicher Sohn wurde dem Ehepaar geschenkt. Wie ein Märchen fast klingt es, daß aus der einzigen Tochter Emma Hoffmann und dem ältesten Sohn Ludwig Falk, den „Stiefgeschwistern“ ein glückliches Paar wurde, die Eltern Adalbert Falks.

Frau Juliane, geb. Gottschald, hat ihren zweiten Mann lange überlebt. Sie bezog die erwähnte Predigerwitwenwohnung und war der im Nebenhause heranwachsenden jüngeren Kinderfchar und den bald folgenden Enkeln, besonders dem ältesten: Adalbert, eine ernste Miterzieherin. Am 16. Mai 1847 schloß sie die müden Augen. In einem gemeinsamen Grabe ruhen der Großvater, beide Großmütter und der Sohn aus zweiter Ehe.

Ludwig Falk, der Vater Adalberts, empfing, wie später der Sohn, auf der evangelischen Schule „vor Landeshut“ — so wurde wegen seiner vorstädtischen Lage das Gebäude mit Gnadenkirche, Pfarrhaus, Schule und Kirchhof genannt —, den ersten Unterricht. Auf der Ritterakademie zu Liegnitz erwarb er die Universitätsreife. In Wittenberg an Luthers Denkmal und Grab legte er das Gelübde ab, Theologie zu studieren. Hochgewachsen, feurig und beredt bezog er die Universität Breslau. „Falco gentilis“ nannten ihn die Kommilitonen. Er ward ein begeisterter und begeisternder Prediger, der, zumal in seiner Breslauer Zeit, ein weit- und hochverehrter Kanzelredner und Seelsorger Schlesiens war. Abweichend von seinem Vater, der aus tiefster Überzeugung den kirchlichen Rationalismus vertrat, bekannte er ein positives Luthertum. Das aber hielt ihn nicht ab, ein wahrer Prophet der Preußischen Union und als Lutheraner fähig zu sein, an der reformierten Hofkirche zu Breslau lange Zeit segensvoll des Amtes zu walten, ja den Gedanken der einstigen Wiedervereinigung der christlichen Bekenntnisse für möglich zu halten. Der nachmalige Fürstbischof Foerster war sein Studien- und Dußfreund, ihn fand er in Landeshut, dann in Breslau als katholischen

Predigerkollegen vor; der freundschaftliche Zusammenhang blieb, wenn auch mit Schwanken, so lange Beide lebten. „Nie“, so sagt von dem Vater der Sohn, „verlor er den weiten Blick, der ein Erfordernis für einen wahrhaft evangelischen Geistlichen ist; sein weites, warmes Herz umfaßte auch diejenigen, welche auf anderem Standpunkte sich befanden, als berechnigte Mitglieder seiner Kirche.“

Nach dem Schlusse der Universitätszeit nahm Ludwig Falk eine Hauslehrerstelle bei dem Landesältesten von Keltzsch zu Starzin, Kreis Ols, an. In diesem kinderreichen Hause waren seine besonderen Zöglinge die Söhne Viktor und Adalbert. Beiden blieb er sehr zugetan, besonders aber dem jüngeren. Nach ihm empfing sein Erstgeborener den Rufnamen „Adalbert“.

Sein erstes Pfarramt fand Ludwig Falk im Mai 1826 in Mettschau, Kreis Striegau in Schlesien, dessen Gemeinde ihm sein Vater als „eine köstliche Oase in der katholischen Wüste“ pries. Am 3. Oktober 1826 führte er Emma Hoffmann heim. Am 10. August 1827 kam dort als Erstgeborener Adalbert Falk in dem alten, jetzt längst erneuten, Pfarrhause zur Welt, eines Freitags in der Mittagsstunde. Er erzählt später selbst: „Mein Mütterchen hat es schwer mit mir gehabt; ich war ein starkes Kind. Auch nachher machte ich es ihr nicht leicht. Sie nährte mich selbst; mit meinem Saugen wollte es aber nicht gehen; man glaubte, meine Zunge sei fest gewachsen. So wurde der Chirurgus aus Ossig geholt und löste mir, als ich kaum 24 Stunden alt war, die Zunge durch Einscheiden des Zungenbändchens. Damit war aber die Sache nicht zu Ende. Meine Mutter fühlte deutlich, daß ich sie biß. Man fand nun bei der Untersuchung, daß ich die beiden mittleren Vorderzähne des Unterkiefers, welche sich bei Kindern der Regel nach zuerst bilden, bereits besaß. Die Zähnchen hielten stand bis zum ersten regelmäßigen Zahnwechsel; die Mutter hat die kleinen Dinger lange wie Reliquien aufgehoben.“

Am 4. September 1827 wurde er auf die Namen Paul Ludwig Adalbert getauft. Die Großeltern schrieben ihm als Taufspruch zur Erinnerung an sie: „Bleibe fromm und halte dich recht, denn solchen wird es zuletzt wohl gehen.“ Es ist der Wahr- und Leitspruch seines Lebens geworden!

Als Adalbert eben ein Jahr alt geworden war, erging bereits am 15. November 1828 an den Vater ein ehrender Ruf in die Stelle des zweiten Diaconus an der Friedenskirche zu Schweidnitz. „Wie Gott mich führt, so will ich gehn, er wird, was gut ist,

wählen“, so schrieb beglückt Ludwigs Vater an den Sohn, ist doch Schweidnitz von Landeshut nur fünf Meilen entfernt. Nach der Geburt eines zweiten Enkels (Georg) war der alternde Großvater zum letzten Male zu Besuch in Schweidnitz und prägte sich in das Gedächtnis des vierjährigen Adalbert ein. Noch erlebte er die Geburt des dritten Enkels (Woldemar).

Als bald nach des Großvaters Tode — 30. Juli 1831 — lenkte sich der Wunsch der Landeshuter auf seinen Sohn Ludwig, den sie aus öfteren Gastpredigten kennen gelernt hatten, als Nachfolger. Ob ihm auch die Trennung von Schweidnitz schwer wurde, so folgte er doch dem an ihn ergehenden Rufe und zog im Februar 1832, erst 31 Jahre alt, als erster Prediger und Superintendent in die Wohnung seiner Kinderzeit im alten Pfarrhaus zu Landeshut ein. Dies Haus und seine Umgebung, der schöne Kirchplatz und der Kirchberg mit den Verschanzungen aus dem Siebenjährigen Kriege wurden nun auch der Schauplatz der Spiele des bis zu seinem elften Lebensjahre hier heranwachsenden Adalbert und seiner Geschwister. Zu den vorhandenen wurden in Landeshut noch drei Brüder und eine Schwester geboren; Woldemar starb. Ein seltenes Glück für einen Knaben — diese Freiheit der Bewegung, dieses Verkehren in reizender, mannigfaltig anregender Umgebung, diese Möglichkeit, knabenhaften Trieben in günstigster Art gerecht werden zu können!

Ein starkes Preußenbewußtsein durchwehte das Familienleben. Noch war die Erinnerung an den Großen König wach. Großvater und Vater hatten in Landeshut den Niedergang Preußens 1806/07 miterduldet und an der Zeit der Befreiungskriege mit ganzer Seele teilgenommen. In solch von Patriotismus durchglüheter Luft wuchs Adalbert auf. Dazu kam ein tiefes religiöses Leben, das sich vom Großelternhaus auf das Elternhaus vererbte. Ein festes Gottvertrauen, das Prüfungen leichter tragen läßt und Hoffnungen immer aufrecht erhält, ging von Vater und Mutter aus und wurzelte fest auch im Herzen Adalberts, trug ihn sein ganzes, reiches Leben hindurch. Eine Fülle der Anregung ging von dem Vater aus. Er lehrte die Kinder auf zahlreichen Ausflügen in die nahe und weite Umgebung von Landeshut die Augen öffnen für die Schönheit und Wunder der Natur. Der achtfährige Adalbert erstieg mit dem Vater die Schneekoppe, die damals noch keine Baude trug und nur in der alten Kapelle eine gar bescheidene Unterkunft bot. Wie oft hat er die Gebirgswanderungen mit Brüdern und Freunden wiederholt! Gebirgsfreude

erfüllte zeitlebens sein Herz. In Flora und Fauna der Landeshuter Umgebung wußte Adalbert Bescheid und erwarb eine ungewöhnliche und schnelle Beobachtungsgabe für die Natur. Raupen- und Schmetterlingszucht und -fang zumal wurde ihm eine liebe Beschäftigung. Die Landeshuter Gegend war damals noch reich an solchem Getier; so war der schönste deutsche Schmetterling, der Apollo, heute schier ausgerottet, noch in mancherlei Art und Zahl zu finden. Solche Lust an der Natur durfte er noch den eigenen Kindern mitteilen. Mannigfach war die geistige Ernährung, die von dem Vater Ludwig auch sonst auf seine Familie, zumal auf seine Kinderwelt ausströmte. Sein Frohsinn und Humor belebte das Haus. Eine wunderfame Erzählergabe fesselte die jungen Hörer; eigene Lesefrüchte und Erlebnisse wußte er zu wundervollen Geschichten zu gestalten. Die gebundene Rede stand ihm in seltenem Maße zur Verfügung. Sein Reimtalent, auch aus dem Stegreif, ging auch auf den Sohn Adalbert über; er hat es zur Freude vieler ausgeübt. Es hat seiner, auch vom Vater ererbten, stets bereiten Redegabe oft einen besonderen Reiz verliehen. Im traulichen Kreise wurde vorgelesen. Und echte Knabenbücher, wie Kampes Robinson oder Walter Scotts Ivanhoe wurden „verschlungen“ und nachgespielt. Zu Gedächtnisübungen wurde früh Gelegenheit gegeben. Dazu half besonders auch die tüchtige Schule.

Die „evangelische Schule vor Landeshut“ unterstand dem Superintendenten als Schulinspektor. Mit dem vom Großvater überkommenen Interesse hegte und pflegte der Vater seine Schule. Im Jahre 1832 hatte er sie soweit entwickelt, daß sie zur „höheren Bürgerschule“ erhoben wurde mit dem zum einjährigen freiwilligen Militärdienst berechtigenden Abschluß. Fruchtbringendes Verständnis und weiten Blick für die Bedürfnisse der Schule hat er noch in besonderer Weise zu zeigen Gelegenheit gehabt später in den 17 Jahren, da er als erster Prediger an der Hofkirche zu Breslau und Konfistorialrat der Kurator des der reformierten Gemeinde angegliederten Friedrichsgymnasiums war. Auch für diese Begabung fand er in dem frühreifen Sohne Adalbert einen Erben.

In die Landeshuter Schule trat Adalbert mit fünf Jahren ein. Als er sieben Jahre alt war, begann sein Lateinunterricht. Naturwissenschaftliche Anregungen wurden grundlegend für sein Leben. Vor allem war es Geschichte, vornehmlich die vaterländische, die schon dem Knaben ein reiches Wissen mitgab, aus dessen erweitertem Schatze,

wie er oft betont hat, dem späteren Staatsmanne manche scharfe Waffe im politischen Kampfe zur Verfügung stand.

Er war ein Schüler, schlecht und recht, der unter des Vaters überwachender Fürsorge seine Schuligkeit tat, sich aber, wie ein richtiger Junge, der schulfreien Tage am meisten freute. Auch ohne Strafen ist's nicht abgegangen. Als er mit $8\frac{1}{2}$ Jahren in die dritte Klasse aufgestiegen war zu Französisch und Geometrie, da fällt wohl vor allen Mitschülern der Hauptlehrer der Klasse das ernste Urteil: „Es gibt nur einen fähigen Kopf in der Klasse, der benutzt aber seine Fähigkeiten nicht, — das ist der Adalbert.“ Der fühlte den Tadel, wußte aber noch gar nicht, was „ein fähiger Kopf“ sei. Dessen wurde er erst nach Jahren sich bewußt, aber er wurde es. Im September 1838, als der Vater nach Breslau berufen wurde, befand er sich im dritten Semester der zweiten Klasse der Landeshuter Schule. Schwer war's ihm geworden. Die kindliche Naivität war den hohen Anforderungen nicht voll gewachsen. Im Auswendiglernen wurde viel verlangt, so im Religionsunterricht vorzugsweise das der Sonntagsevangelien, sonst viel Zahlen und Regeln. „Und dennoch, so erzählt er aus jener Zeit bedeutsam genug, verdanke ich der Masse Kenntnisse, welche ich damals gedächtnismäßig, oft unverstanden, auf dem Gebiete der Realien und in der französischen Sprache erwarb, zum Teil den zeitigen Bezug der Universität.“

Gar mühselig erging es ihm im Schreiben. Wie oft wurde ihm die „Regel“ eingeschärft, „die Feder liegend und so zu halten, daß ihre Längsachse verlängert auf die Stelle treffe, wo der rechte Arm an die Schulter stößt“; eine Weisung, deren Befolgung stets „die garstigsten Haken von der Welt“ bewirkte. Die Nötigung, im späteren Leben viel und schnell zu schreiben und doch leserlich, führte ihn dazu, entgegen jener Regel, „die Feder steil und etwa im rechten Winkel zu der vorher bezeichneten Linie zu halten“. Die Folge war die ungewöhnlich klare, schöne, fast feine Handschrift, die das Auge noch heute erfreut und so leicht zu lesen ist. Und geschrieben wurde sie bis an sein Lebensende mit dem Federtiel! Als Kind hatte er gelernt, sich die Gänsefeder selbst zurechtzuschneiden. Die Stahlfeder hat er nie benutzt.

In Schule und Haus wurde in reichem Maße die Musik gepflegt. Hohe musikalische Begabung zeichnete zumal die Mutter und

die Geschwister aus. Udальbert hatte die Natur diese Anlage versagt. Der früh begonnene Klavierunterricht weckte keine Freude, das tägliche Üben wurde zur Qual, schädigte dann die wachsenden Schulansforderungen. Das Weihnachtsfest 1839 in Breslau endlich erfüllte den Hauptwunsch des Wunschzettels: „Aufhören mit der Klavierstunde.“ Rauschende Musik blieb ihm störend. Gesang aber hörte er gern. Den Verzicht auf eigenes Können hat er nie bereut.

Auf das Turnen wurde damals in den Schulen wenig Wert gelegt, galt es doch noch als demagogisch anrühlich. Aber kraftstählende Übungen gab es, wie heute. Turnspiele aller Art, Ringen und Laufen, Klettern und Wandern, Schwimmen im Sommer, Schlittschuhlaufen — aber nur der Knaben! — im Winter waren der Jugend Freude. Eine Schwäche im Bau der Arme war für den jungen Udальbert oft störend; sie hinderte ihn später am Abdieneu des einjährig-freiwilligen Jahres.

Eine besonders liebe Erinnerung an seine Knabenzeit waren für ihn die Feiern des Sommersonntags und des Johannisabends. Der Sonntag Lätare gilt in Schlesien als Schluß des Winters. In Landeshut zogen die „Sommerkinder“, auch Udальbert darunter, singend von Haus zu Haus und empfingen kleine Gaben. Die Johannisfeuer zum Fest der Sommer Sonnenwende leuchteten ringsum. Die Landeshuter Jugend zog auf den Kirchberg. Junge Paare sprangen über die Lohc. Die Kleinen sahen zu, reichten sich die Hände und umtanzten das Feuer. Alte Besen wurden gesammelt, am Feuer entzündet und erzeugten, im Kreise geschwenkt, weithin sichtbare Feuerräder.

Das Leben im Pfarrhause war, den bescheidenen Mitteln der Eltern und der großen Familie entsprechend, sehr einfach. Streng war die Tagesordnung. Zu essen gab es nur zur festgesetzten Zeit, außerhalb derselben erhielt auch der säumige Hungrige nichts. Früh wurde zu Bett gegangen. So blieb es noch über die Landeshuter Zeit hinaus. Die Kleider erbten vom Vater und den älteren Geschwistern auf die jüngeren; mit Spielsachen, Büchern, Möbelstücken ging es ähnlich; oft zum Leidwesen Udальberts. Die körperliche Abhärtung ging weit; Wind und Wetter wurden nie gescheut; man schlief und wusch sich in unheizbaren Kammern. Die Kleidung war fast zu leicht. Eine Neigung zu häßlichen Halsentzündungen war bei Udальbert wohl die Folge; sie ließ erst in den vierziger Jahren seines Lebens nach. Aber die ihm zuteil gewordene spartanische Erziehung

hat er stets dankbar empfunden als „gesund in jeder Beziehung, körperlich und sittlich, unverwöhnt“.

Eine ganz besondere Stellung wurde Udalbert früh seinen jüngeren Geschwistern gegenüber auferlegt. Er wurde der vielgeplagten Mutter „älteste Tochter“, wie sie ihn oft scherzend und doch sehr ernsthaft genannt hat; wurde ihr doch die wirkliche älteste Tochter nach vier Knaben erst geboren, als Udalbert schon im siebenten Lebensjahre stand. Nicht leicht war die Aufgabe, aber charakterbildend und -stählend wirkte sie. Immer sollte er der Ältere, Verständigere, Beispielgebende, auch Verzichtende sein. Und doch wurde nie Herrschsucht in ihm wach. Selbstüberwindung und Herzensgüte halfen ihm, je länger, je mehr, die ihm gestellte Aufgabe zu erfüllen, der geliebteste Sohn, der Eltern Stolz, das verehrte und geliebte Haupt der Verwandtschaft, weit über die engere Familie hinaus, zu werden.

O, wie er auch an dieser Mutter hing! Sie war wahrlich eine edle Gattin und Mutter! Hübsch und zierlich von Gestalt wirkte sie neben ihrem stattlichen Gatten fast zart. Aber in jenen Jahren, als sie ihrem Manne acht Kinder schenkte, war sie kerngesund und von sprühendem Leben. Erst später sank die Vielbeanspruchte zu ihrem Leidwesen zusammen. Sie war eine echte Pfarrfrau und ergänzte ihren Pfarrherrn auf das Segensvollste. „Die Mutter hatte die Werkel-, der Vater die Sonntage im Leben der Kinder.“ Der Sohn vergleicht wohl, was er von den beiden Eltern zumeist geerbt hat. Er erkennt beim Vater das überwallende Blut, eine zuweilen ungestüme Festigkeit, ausgleichend gepaart mit großer Herzensgüte und humorvoller Fröhlichkeit, dazu das Vorbild ernstester Pflichterfüllung. Bei der Mutter bewundert er neben echten Weibestugenden strenge Gerechtigkeit, durchgreifenden Ordnungssinn, hausfrauliche Sparsamkeit. Und diese Eigenschaften zumal findet der, freilich ernster geartete, Sohn in sich wieder, das aufbrausende Blut des Vaters gemildert durch Selbstzucht und Berufszucht. Scherzend erwähnt er wohl, daß er auch die Necksucht vom Vater geerbt und zum Leidwesen der Geschwister arg geübt habe. Wortspielend nannte man ihn den „Minister Necker“ und rühmte sich später einer billigen Prophetie.

Es war ein gesegnetes Elternhaus, in dem Udalbert fast aufwachsen durfte. „Und drinnen waltet die züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder und herrschet weise im häuslichen Kreise, und lehret die Mädchen und wehret den Knaben und reget ohn' Ende

die fleißigen Hände.“ Es gibt keine besseren Worte, die so dieser Mutter gerecht werden. Ja, sie hatte viel zu wehren an den wilden Knaben. Mancher „Klaps“ mußte verabreicht werden. Zuweilen traf's den Unrechten; dann gab den gerechten Ausgleich ein Streicheln oder den noch gerechteren: „Rechne es dir auf ein andermal!“ In den Landeshuter Jahren war ihr die in der unmittelbar anstoßenden und mit unmittelbarem Zutritt versehenen Predigerwitwenwohnung lebende Mutter Juliane eine Gehilfin in der Erziehung.

Diese Großmutter, groß und stattlich, war eine ernste Frau. Sie erschien ihren Enkeln als die Verkörperung des Gesetzes. Die Vollstreckung des verwirkten Urteils unterblieb wohl zunächst; denn die Großmutter wollte sich nicht in einen körperlichen Kampf mit den ungebärdigen Jungen einlassen. Wenn sie dann im Bette lagen, tat an den schon Eingeschlafenen die Rute im Finsternen ihre Pflicht. Sie bekämpfte jede Weichlichkeit und lehrte Selbstüberwindung. Aber sie verstand es auch, zu belohnen und Freude zu machen. Und das hat sie besonders an ihrem Lieblingsenkel Adalbert getan.

Als „älteste Tochter“ seiner Mutter wurde er sehr früh zu allerlei Wirtschaftsleistungen herangezogen. Mit dem Rechnen fing es an. Wenn die tägliche Haushaltsabrechnung nicht stimmen wollte, mußte er helfen. Die Verteilung der Milch auf die Geschwister lag ihm ob, im Besonderen des vielgeliebten „Pelzes“. Bald kamen mit wachsendem Alter die Verausgaben aus der Speisekammer hinzu. Den Leuten mußte er Butter, Zucker, Mehl usw. zuwiegen und zu-messen. Die gesamte Abrechnung mit Dienstboten, Kaufleuten, Handwerkern ward sein Amt. Bei häufigen Abwesenheiten der Mutter leitete er die gesamte Wirtschaft. So lernte er früh die Bedeutung des Geldes kennen und mit ihm schätzlich umgehen, so wenig er selbst zu seinem freien Gebrauch hatte. Mit eigenen Geldern wurden die Kinder aufs Knappste gehalten. Adalbert hat sich in der Rolle „der ältesten Tochter“ nicht gerade wohl gefühlt. Aber welche Bedeutung sie für seine spätere Lebensführung gewann, die sich viele Jahre mit bescheidensten Mitteln durchhelfen mußte, liegt auf der Hand. Und mit dem Herzen der Mutter trat er in engste Beziehung; ihr wurde dieser Sohn Freund und Berater, er blieb es ihr Leben lang neben dem treuen Vater.

Wenn schon das erste Jahrzehnt seines Lebens die Entwicklungskeime, welche Abstammung und Umgebung dem Wesen Adalbert Falks eingepflanzt hatten, deutlich erkennen läßt und auf ihr weiteres

Wachsen und Gedeihen hindeutet, so zeigen die folgenden zehn Jahre eine ungewöhnliche Erfüllung gehegter Elternhoffnung und ernstesten Sohnesstrebens. Es ist die Breslauer Zeit.

Wieder gilt es des Vaters zu gedenken, dessen wundervolle Eigenart von segensvollstem Einfluß auf den an ihn heranwachsenden ältesten Sohn blieb. Eine sich wiederholende Halserkrankung, die den Vater zu monatelangem Krankenlager geführt hatte, mußte den Wunsch nach einem milderen Klima, als es Landeshut bietet, erwecken. Im Herbst 1837 wurde die Stelle des ersten Predigers an der reformierten, aber der Union beigetretenen Hofkirche zu Breslau frei. Als auf seine Bewerbung das Presbyterium ihn pflichtgemäß befragte, ob er, der Lutheraner, sich bei allen kirchlichen Handlungen nach den in der reformierten Kirche üblichen Gebräuchen und herrschenden Grundsätzen werde richten können, vermochte er das aus seiner tiefen Unionsüberzeugung heraus zu bejahen. Am 4. April 1838 hielt er die entscheidende Gastpredigt nach einer ihm durch seine Krankheit auferlegten achtmonatlichen Kanzelpause. Das Wagnis gelang. Seine Art, zu predigen, gefiel so wohl, daß er berufen wurde, obwohl ein reformierter Mitbewerber in der Person des Insterburger Predigers Gillet ihm gegenüberstand. Diesem wurde acht Jahre später eine der Predigerstellen der Hofkirche doch noch verliehen, nicht zum Frieden der Gemeinde. Dant dem schroffen Wesen Gillets entwickelte sich zwischen den beiden Geistlichen eine theologische, auch persönliche Spannung. Der schwer darunter leidende Vater löste sie dadurch, daß er nach siebenzehnjährigem Wirken in Breslau im Juli 1855 das Pfarramt in Waldau bei Liegnitz übernahm. Diese siebenzehn Jahre aber waren erfüllt auch von hoher Befriedigung und reichem Leben. In diesem Leben reifte Adalbert Salk zum Manne. Das Wichtigste daraus sei mitgeteilt!

Der damalige Oberpräsident von Merckel rühmte den Vater als einen „durch ausgezeichnete Predigtgabe hervorragenden Geistlichen, einen Mann von rein christlichem, echt evangelischem Geist und Streben, frei von einseitiger Richtung, bewährt in vaterländischer Gesinnung, von musterhaftem Lebenswandel, darum in allgemeiner Achtung.“ Höchst eindrucksvoll war sein Wirken für die Entwicklung und Kräftigung seiner evangelischen Kirche. Die Berufung in das Breslauer Konsistorium im August 1841 unterstützte sein Streben. Als der Schlesier Johannes Ronge 1843 seinen bekannten

offenen Brief an den Bischof Arnoldi von Trier schrieb aus Anlaß der Ausstellung und Anbetung des sogenannten heiligen Rockes und damit die — der altkatholischen Bewegung der siebziger Jahre ähnliche — deutschkatholische Bewegung hervorrief, da erhoffte der streitbare Konsistorialrat davon einen Abbruch am römischen Wesen. Bald aber verebbte sie in eine kirchlich oberflächliche, mehr freiheitlich politische Sektirerei. Dem trat er scharf entgegen. Stets blieb sein Ziel, die Evangelischen zum Widerstande gegen Überhebung Roms zu einen. Höchst persönlich griff er die Frage der Weiterförderung der unvollkommenen evangelischen Kirchenverfassung auf. Auf eigene Faust berief er zum 18. Januar 1842 eine Versammlung schlesischer Geistlicher nach Breslau, der 120 Amtsgenossen folgten. Sie gab ein Bild schönster Eintracht, ein höherer Erfolg war ihr nicht beschieden. Dem Kampfe gegen Rom galt die kraftvolle Reformationspredigt vom 29. Oktober 1843 unter dem Schriftwort: „Ich — weiß, — an welchen — ich glaube.“ Sie erregte großes Aufsehen und trug ihm eine ministerielle Mahnung um des kirchlichen Friedens willen ein. Als erwählter „Assessor“ der Provinzialsynode Schlesiens nahm er, oft das Wort ergreifend, an der Berliner Generalsynode von 1846 teil. Schmerzlich hat er es empfunden, daß die Kirchenverfassungsfrage durch sie und nach ihr nicht erledigt wurde. In Wort und Schrift hat er sich immer wieder dafür eingesetzt. Die Eindrücke und Folgen des Jahres 1848 waren und blieben hinderlich. Wohl kam ein Evangelischer Oberkirchenrat 1850 zustande, aber die Kirchenverfassung selbst wurde nicht geregelt. Sie fand in den unzureichenden Erlassen über Gemeindefkirchenräte, Kreis- und Provinzialsynoden bis Ende der sechziger Jahre ihren vorläufigen Abschluß. Schon im Jahre 1849 hatte er dem Kirchenregimente empfohlen, „die vor drei Jahren abgebrochenen Synodalverhandlungen ... fortzusetzen, dem bereits vorliegenden, nochmal zu revidierenden Verfassungsentwurf die kirchenregimentliche Sanktion zu erteilen und ihn der Landeskirche demnächst zu oktroyieren.“

So der Vater! Und der Sohn, der spätere Kultusminister, bekennt hierzu: „So mußte ich 1873 mit der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vorgehen.“

Wie im Großen für seine Gesamtkirche, so wirkte er im Kleinen

als Seelforger seiner Hofkirchengemeinde, durchdrungen vom Unionsgedanken. Es fand ein so lebhafter Übertritt von Angehörigen anderer Breslauer Parochien zur Hofkirchengemeinde statt, daß die Breslauer Stadtgeistlichkeit daraus Besorgnisse einer Beeinträchtigung ihrer Rechte entnahm und den Jahre hindurch nicht geübten, aber gesetzlich bestehenden Parochialzwang zu betonen sich veranlaßt sah. Und auch das Presbyterium der Hofkirche selbst begann, unter dem Einfluß Gillets, zu fürchten, jene Übertritte möchten eine Verwässerung des reformierten Charakters der Gemeinde herbeiführen. So wurde ein friedvolles Verhältnis, wie es dem Unionsgedanken entsprach, gestört, zum Leidwesen des Vaters. Ihn erschütterten die feelischen Kämpfe bis zum Kranksein. Der heranwachsende Sohn war dessen Zeuge. Der versöhnende, ausgleichende, sammelnde Segen der Union wurde auch ihm zur Lebensüberzeugung. Theologischer Zwist stieß ihn ab. Dem geistlichen Beruf des Vaters und Großvaters konnte er nicht folgen.

Auch auf dem Gebiete des Elementarschulwesens war der Vater infolge seiner pfarramtlichen Stellung tätig als Mitglied der städtischen Schuldeputation. Und in besonderer Beziehung stand er zu dem vom Presbyterium der Hofkirche einst gegründeten Friedrichsgymnasium. Er war einige Jahre sein Kurator. In dies Gymnasium trat auch der Sohn Udalbert ein als erster von vier Brüdern.

Der Übergang von Landeshut nach Breslau ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Udalbert und vier seiner Geschwister erkrankten noch in Landeshut an Masern. Die nach Breslau mit einem gesund gebliebenen Sohne vorausgeeilte Mutter ward im uneingerichteten Hause von derselben Krankheit ergriffen. Als in der Pflege der Großmutter Alles wieder reisefähig geworden war, konnte sich die Familie am 19. Oktober 1838 im Predigerhause zu Breslau, Karlstraße Nr. 18/19, gegenüber dem Friedrichsgymnasium, wieder vereinigen. Das alte Haus, in dem noch ein zweiter Prediger wohnte, war an sich zu eng für die große Familie, dazu ein unsolider Bau, ein leichtes dünnwandiges Bindewerksgebäude, so schwer heizbar, daß den Knaben in ihren unheizbaren Schlafzimmern im Winter wohl die Bettdecke am Munde festfror, der Wasserkrug sich mit einer Eisdecke überzog. Zu den lebenden fünf Kindern kam noch ein Schwesterchen dazu. Der längst beschlossene Neubau wurde von der Gemeinde durchgeführt. Inzwischen (1841) wurde im Vordergebäude

des Friedrichsgymnasiums eine Interimswohnung bezogen, bis der noch heute stehende Neubau (1845) fertig war.

Eigenartig ist die Umgebung der Hofkirche; sie liegt in nächster Nähe des Judenviertels von Breslau, des „Hirschels“, wie es Gustav Freytag in „Soll und Haben“ schildert. Manch tiefen Einblick gewann der junge Adalbert hier in jüdisches Leben und lernte neben dem Abstoßenden auch das am ernstesten Juden Schätzenswerte erkennen.

Auf die Entwicklung Adalberts wurde die auf dem Friedrichsgymnasium genossene Schulerziehung von entscheidender Bedeutung. Er hatte eben sein elftes Lebensjahr vollendet, als er in die Quarta dort eintrat. Es wurde ihm schwer. Die Lust am Unterricht fehlte und wurde durch mangelnde Erfolge nicht erhöht. Unerwartet ward ihm da ein deutscher Aufsatz gelobt. Der Mut erwachte. Ostern 1840 erreichte er die Tertia mit einem Zeugnis, das der Vater „mit Vergnügen“ las. Und nun vollzog sich in bemerkenswerter Weise eine Wandlung. Es war Sitte, daß die halbjährlichen Zeugnisse im großen Examenssaale des Gymnasiums — es zählte damals nur 140 Schüler durchschnittlich, — in Gegenwart sämtlicher Lehrer und Schüler vorgelesen wurden. In derselben Stunde, in welcher Adalberts Versetzung nach Tertia verkündet wurde, ward vor allen Schülern mitgeteilt, daß „der Sekundaner von Windheim nach Prima versetzt worden sei, obwohl er, aus der Tertia in die Sekunda aufgestiegen, nur ein Jahr in der letzteren verblieben wäre“. „Als ich das mit anhörte, so hat er selbst bekannt, kam der Entschluß über mich, alles daran zu setzen, daß ich mit einem Jahre aus Tertia und einem aus Sekunda in die höhere Klasse aufstiege. Und ich habe dieses Ziel erreicht!“ Große Anstrengung ist dazu nötig gewesen, der Verzicht auf manche Erholung, auf manches wohlberechtigte Vergnügen; manche Stunde der Nacht mußte zu Hilfe genommen werden. Die Mitschüler empfanden vor dem „kleinen Falt“ Achtung, aber sie liebten ihn auch. Denn er war nicht farg, ihnen mit seinem Wissen zu helfen in erlaubter und manchmal auch in — vom Standpunkte der Schulzucht aus — unerlaubter Art. Die Anerkennung der Lehrer hob. Vor allem aber beglückte die Freude der Eltern. Als ein großer Reiz erschien es ihm, in allen Schuldisziplinen gleich tüchtig zu werden. „Mit diesem, nach meinem Abiturientenzeugnisse erfolgreichen Streben kam ich zugleich einer der ersten Schülerpflichten nach,

und lange, gewissenhafte Erfüllung macht vertraut mit der Notwendigkeit der Pflichterfüllung überhaupt. Diese Erkenntnis ist mir in meinem späteren Leben nicht wieder verloren gegangen.“ „Wenn ich in späteren Jahren an jene Schülerzeit zurückdachte, so wunderte ich mich wohl, wie ich damals alles zu bewältigen vermochte. Den Hauptsegen aber, welchen ich aus meiner harten Arbeit entnahm, setze ich darin, daß ich kennen lernte, was fester Wille und zähe Ausdauer vermögen, und daß ich solchen Willen und solche Ausdauer mir damals als eine Charaktereigenschaft erworben habe, die mich befähigt hat, auf meinem eigenen Entschlusse zu stehen und großen Schwierigkeiten die Stirne zu bieten.“ „Der Gefahr der Selbstüberhebung bin ich entronnen, weil ich mir nur zu sehr bewußt war, das Erreichte nur mit großer Anstrengung gewonnen zu haben, und weil ich genug gelernt hatte, um zu wissen, wie viel noch zu lernen war.“

So, ein gefestigter Charakter, bezog Adalbert Falk mit 16½ Jahren die Universität.

In wohlthuender Dankbarkeit und Treue hat er das Gedächtnis an seine Lehrer, sowohl der Landeshuter, wie der Breslauer Zeit, bewahrt. Mit vielen ist er lebenslang in Berührung geblieben; gar manchem hat er als Minister noch einen Dienst erweisen können.

Und auch die Schulgenossen und Jugendfreunde haben noch in späteren Jahren von seiner Anhänglichkeit zu erzählen gewußt. Sie waren seine guten Kameraden auf den Spaziergängen in Breslaus freundliche, damals noch dörfliche Umgebung gewesen. Mit ihnen und seinem Bruder Georg hat er in den Schulferien manchen weiteren Wanderausflug in die Schlesischen und Glazer Berge gemacht, mit bescheidensten Mitteln und doch hellster Luft.

Die früh geweckte Reise- und Wanderfreude ist nie erloschen. Der August 1843 belohnte den Primaner mit einer weiten Reise, die ihn mit den Eltern und dem Bruder Georg über Prag in das Oberösterreichische Bergland bis Berchtesgaden und zurück über Wien führte.

Diese letzte Schülerreise war ein Vorgeschmack der Reisen, die Adalbert Falk in seinen drei Universitätsferien ausführen durfte. Nur strengste Sparsamkeit und mancherlei Entsagung, Teile eines vom Presbyterium der Hofkirche dem Predigersohne gewährten Stipendiums, kleine Verwandtenzuschüsse konnten dazu verhelfen. Das Reisen war für ihn ein Hauptmittel, den Gesicht- und Bildungskreis zu erweitern. Die Jugend von heute, die alles so viel

bequemer hat, kann davon lernen. Eisenbahnen gab es erst ganz spärlich. Postkutsche und Stellwagen mußten, wenn die Mittel es erlaubten, längere Strecken überwinden helfen. In der Hauptsache galt es, zu marschieren. Die Paßstrenge blühte damals, war doch auch im lieben deutschen Vaterlande alles nichtpreußische Gebiet schon „Ausland“ für den Preußen. Ein Tornister von erheblichen Ausmaßen bildete ein notwendiges, aber recht beschwerliches Ausrüstungsstück für den Fußwanderer, zumal dann, wenn mütterliche Fürsorge noch einen Mantel aufbürdete. Aber Jugendwanderfähigkeit und -lust überwand den Schwierigkeiten.

Der eben siebzehn Jahr Gewordene zog am 11. August 1844 mit zwei gleichgestimmten Kommilitonen aus Breslau Toren, mehr wie Handwerksburschen anzusehen, als Studenten, „zur Verfolgung wissenschaftlicher Zwecke“, wie es im Passe hieß. Durch die Sächsische Schweiz ging es nach Nordböhmen und Nordbayern, südwärts nach München, das am 8. September erreicht wurde. Zurück über den Böhmerwald ward Prag besucht. Über Trautenau, Landeshut langte man „äußerst abgerissen, aber gesund und frisch“ am 21. September wieder an. Mit vierzig Talern in der Tasche war er in diesen sechs Wochen ausgekommen.

Einen ganz anderen Charakter bot die Ferienreise 1845. Sie galt der Urheimat der „Falken“, einem Besuch der Verwandten zu Greifenberg in Pommern. Ein kleines Erbteil von der Urgroßmutter Gottschald her erhöhte das Reisegeld auf fünfundsiebzig Taler. Aber die Reise war auch teuer, weil sie zu Wagen, zu Bahn und — da ein Abstecher nach Kopenhagen und Rügen unternommen wurde — zu Schiff gemacht werden mußte. Der Paß vermerkte auch nur als Reisezweck: „Zum Vergnügen“. Das war es auch in diesen sechs Erholungswochen.

Und nun kam im letzten Studienjahre 1846 die längst versprochene, geplante, ersehnte „große Reise“. Italien sollte das Endziel sein! Man hatte nicht umsonst Seumes „Spaziergang nach Syrakus“ gelesen, den er mit 200 Talern durchgeführt hatte. Warum sollte man nicht dasselbe können?! Und gerade so viel hatte für Adalbert der Vater und er sich selbst erspart. Die Wahl war ihm gestellt: Die große Reise oder ein auswärtiges Universitätsjahr. Er war nicht einen Augenblick zweifelhaft gewesen, für die Reise sich zu entscheiden, und hat diese Entscheidung nie bereut. Verständnissvolle Rücksichtnahme in Professorentreisen ermöglichte ihm, durch Hinzunahme des Juli die

Reisezeit zu verlängern. Sie dauerte vom 3. Juli bis 21. September. Ein achtzehnpfundiger Tornister beschwerte den kaum neunzehnjährigen Rücken. Dazu kam der unvermeidliche Mantel. Ein „Paß-ungetüm“ mit dem Reisezweck: „Der Gesundheit wegen“ geleitete ihn. Die oft einzulegenden Fußmärsche waren arg anstrengend, die Leistungsfähigkeit erstaunlich. In großem Zuge führte ihn der Reiseplan über Berlin, Rassel nach Köln, den Rhein hinauf über Heidelberg nach Karlsruhe. Hier trieb es ihn — sehr bezeichnend für den zukünftigen Parlamentarier! — zum Besuch der Badischen Zweiten Kammer. Noch gab es ja in Preußen keine Volksvertretung. Der Eindruck war „interessant“, nicht bedeutend. Baden und Straßburg ward gesehen, der südliche Schwarzwald ward durchstreift. Die Schönheiten der Schweiz taten sich vor seinem durstigen Auge auf. Über den Simplonpaß stieg er hinab ins Land Italien. Nach den oberitalienischen Seen war Genua das Ziel. Auf böse schwankendem Dampfschiff gings nach Livorno. Der Reise Endpunkt Florenz wurde am 26. August erreicht. Nach viertägigem Aufenthalt begann der Rückmarsch nordwärts und hinab zur Po-Ebene. In Venedig trat Geldnot ein. Da fand sich der „rettende Engel“ in Gestalt eines deutschen Studenten. Gemeinsam gelangte man über die Adria nach Triest und über den Semmering nach Wien. Dorthin hatte der Vater vorausschauend dem Sohne Geld angewiesen. Am 20. September verließ er Wien und traf am Abend des nächsten Tages glückstrahlend bei den Seinen in Breslau ein.

Ein Menschenalter sollte vergehen, ehe Adalbert die auf den Reisen der vierziger Jahre gesehenen Orte mit seiner Frau und ältesten Tochter wieder sah. Sein arbeitsreiches Leben erlaubte weite Reisen nicht.

Im elterlichen Hause blühte ein angeregter geselliger Verkehr. Verwandte und Bekannte gingen ein und aus. Adalbert nahm lebhaft daran und auch sonst gern an geselligen Zusammenkünften außer dem Hause teil. Er wußte sie mit seinem Reimtalent zu beleben. Aus dem Tanzen machte er sich nicht viel. Aber schon zog ihn ein besonderer Magnet: „R ö s c h e n P a s s o w“, seine zukünftige Frau und herrliche Lebensgefährtin.

R o s e Julie Amalie P a s s o w war die Tochter des 1833 schon verstorbenen, ordentlichen Professors der klassischen Philologie an der Universität zu Breslau, stammend aus altem Mecklenburgischen Pastorengeschlechte, F r a n z P a s s o w, und C h r i s t i a n e W a c h l e r s, Tochter des 1838 verstorbenen Professors der Geschichte und

der Theologie, Konsistorialrats D. Dr. Ludwig Wachler zu Breslau. Rose Passow war geboren am 23. August 1827, also nur wenige Tage jünger als Albalbert Falk. Drei Brüder und drei Schwestern belebten außer ihr die freundliche, bescheidene Wohnung, die der verwitweten Mutter seit 1846 im Wachlerschen Hause zu Breslau, Neue Gasse 20, angewiesen war. Die Einkünfte der Witwe Franz Passows waren sehr gering. Aber bei aller Schmalheit der Mittel konnte allen Kindern eine gediegene Erziehung gegeben werden. Rose, die Begabteste der Schwestern, war musikalisch und zumal zeichnerisch reich veranlagt, geistig hoch begabt und tief religiös. Ein fröhliches, liebevolles Herz und zähe Willenskraft ließen sie Zartheit und Schwäche des Körpers überwinden. Zeit ihres Lebens blieb sie von hoher, gewinnender Anmut. Sie wurde ihrem Manne eine alles teilende, mittragende Lebensgefährtin; sie bewährte sich als eine echte deutsche Frau und unvergleichliche Mutter.

Die freundliche Gestalt Rose Passows erschien Albalbert früh; denn seines Vaters Predigtgabe zog die Familie Passow auch bald in ihren Bann. Rose erhielt in den Jahren 1842/43 den Konfirmandenunterricht bei Konsistorialrat Falk. Am 13. April 1843 wurde sie und Albalbert zusammen in der Hofkirche konfirmiert. „Es war eine von den ‚13‘, die in meinem und meiner Frau Leben Bedeutung gehabt haben, meist in glückbringendem Sinne, wie es der urgermanischen Gegenzahl gebührt.“ An einem „13“ freilich, dem 13. März 1898, sollte seine „Rose“ ihm einst in die Ewigkeit vorausgehen. — Dann kam die Tanzstunde im Winter 1843/44 im elterlichen Hause August von Seydens, des später so bekannten Malers. Da ließen Albalberts Reime „der Damen holden Kranz“ leben; man neckte ihn später: er habe „die holbe Dame im Kranz“ leben lassen; das war „Röschchen“, die als einzige einen Kranz im Haar trug. Aber dies „Später“ hatte noch gute Weile. Die beiderseitige Neigung war da. Des Röschens Tagebuch erweist, wie sie ihres Albalberts in Hängen und Bangen gedachte. Und dieser nahm die Gelegenheiten wahr, bei denen er mit der Erwählten zusammentreffen konnte. Die enge Freundschaft mit dem zwei Jahre älteren Bruder Moritz Passow, dem späteren Arzte, half ihm dabei. Noch aber hieß es, sich eine Stellung zu erringen.

Albalbert Falk, den die naturwissenschaftlichen, auch später nie erloschenen Neigungen am liebsten dem medizinischen Studium zugeführt hätten, wählte mehr auf Wunsch des, davon das Beste für

seinen Sohn erhoffenden, Vaters „Jus und Cameralia“. Am 4. April 1844 wurde er an der Universität Breslau immatrikuliert. Gleich danach rächte sich die überanstrengte Natur und warf ihn durch ein „schleichendes Nervenfieber“, wohl Typhus, für einen vollen Monat auf das Krankenlager. Es war die bedenklichste, ja — bis auf die schon erwähnten, sich wiederholenden Halsentzündungen — die einzige erhebliche Krankheit seines Lebens.

Die drei für das juristische Studium vorgeschriebenen Jahre hat er lediglich auf der Breslauer Universität zugebracht. Wohl war die Frage erwogen worden, ob er nicht ein Jahr außerhalb und zwar in Berlin studieren sollte. Aus jenem Stipendium, das dem Presbyterium der Hofkirche zur Verfügung stand und ihm in Höhe von fünfzig Talern jährlich verliehen worden war, hätte der Mehrbetrag für ein auswärtiges Studium bestritten werden können. Aber vor die schon erwähnte Wahl gestellt, hatte er sich für die „große Reise“ entschieden.

Die zur Verfügung stehenden Mittel zwangen auch sonst zur Beschränkung. Abalbert wußte sehr wohl, daß die Universitätszeit nicht bloß dazu bestimmt ist, ein Brotstudium vorzubereiten, sondern daß in ihr überhaupt die Grundlagen, welche für einen tüchtigen, gebildeten Mann notwendig sind, gefestigt und weiter entwickelt werden sollen. Aus diesem Wissen aber die Folgerungen zu ziehen, mußte er unterlassen. Er hat sich lediglich mit denjenigen Vorlesungen begnügen müssen, welche unbedingt nötig waren für die Zulassung zur ersten Staatsprüfung. Alles weitere mußte durch Privatstudien gewonnen werden. Sie wurden mit eisernem Fleiße aufgenommen. Sie galten im besonderen der Vervollkommenung naturwissenschaftlicher und historischer Kenntnisse, in der französischen und der englischen Sprache. Im Englischen half eine Konversationsstunde nach und ein mit Kommilitonen gegründetes englisches Kränzchen. Mit größter Pflichttreue hörte und verwertete er die juristischen Pflichtvorlesungen, mit dem Erfolge, daß er nach dem Schlusse seines Trienniums alsbald das juristische Doktorexamen bestehen konnte; mit neunzehn Jahren!

Seinen Verkehr mit Studenten suchte Abalbert Galt nicht in studentischen Verbindungen. An Verkehr mit anderen Studenten ermangelte es ihm durchaus nicht. Im Verhältnis zu ihnen empfand er die Nichtangehörigkeit zu einer Verbindung sogar angenehm. Er konnte mit jedem verkehren, der ihm gefiel, und war darin durch

die Rücksicht, welche die Kartell- und Kommentverhältnisse Verbindungsmitgliedern auferlegten, in keiner Weise gehemmt. Burschenschafter und Landsmannschafter, wie damals die Korpsstudenten hießen, standen sich in schroffer Weise gegenüber. Er würde, wenn er einer dieser Verbindungen beigetreten wäre, mit manchem alten Genossen auseinandergekommen sein. Außerdem fehlten ihm die Mittel zum Verbindungsleben.

Während seiner Universitätszeit beherrschte der Junghegelianismus die Köpfe. Bücher, deren Inhalt oder dessen Autor eine Verbindung mit jener Richtung hatten, bildeten in den studentischen Kreisen, welche sich nicht an dem gewöhnlichen Treiben genügen ließen, eine bevorzugte Lektüre. Vieles las auch Adalbert davon, fand an vielem Interesse und entnahm aus ihnen weiter wirkende Eindrücke. Allein er stand doch in diesen Fragen nicht so, wie die meisten seiner Umgangsgenossen. Erziehung und eigene Entwicklung hielten ihn davon zurück, neue Ideen mit einem Eifer zu ergreifen, welcher das früher Besessene verzehrte, ohne festen neuen Besitz an seine Stelle zu setzen. Gewissenhaft beides, das Alte und das Neue, zu prüfen, war sein redliches Mühen. Es ist ihm zu großem Segen ausgefallen. „Ich habe an demjenigen, was mir als Christenglaube überliefert worden war, — unsere Disputationen bezogen sich ja hauptsächlich auf metaphysische, transszendentale Fragen, — nicht zu einer Zeit resp. in einem Entwicklungsstadium Verluste erlitten, in welchem die Gefahr nur zu groß ist und sich als solche an manch einem meiner Freunde erwies, alles zu verlieren, ohne etwas anderes gewonnen zu haben. Es ist mir Zeit geblieben, in der Arbeit des Lebens langsam mich zu einer religiösen Auffassung durchzukämpfen, die mich aufrecht erhält und die kein Bruch mit dem Überlieferten ist.“ Ein herrliches Bekenntnis! Wahrlich, er hat es verdient, daß ihm in den schweren Kämpfen und Angriffen der Ministerzeit ein aufrechter Lehrer den Spruch sandte: „Leide dich als ein guter Streiter Jesu Christi!“ (2. Tim. 2, 3); verdient, daß ihn die Lutherstadt Wittenberg zu ihrem Ehrenbürger machte.

Das „Kränzchen“, in dem die junge Welt solche Gespräche führte, bildete sich im Jahre 1847. Es ruhte wohl eine Weile, so im Jahre 1848 oder zu Zeiten, in denen Examenarbeiten abhielten. Aber immer

ward es wieder lebendig. Es überdauerte die Breslauer Zeit Adalbert Falks; zuletzt nahm auch seine junge Frau daran teil.

Die Studienzeit ging zu Ende. Am 26. März 1847 legte Adalbert in Breslau die Auskultatorprüfung ab mit dem Prädikat „Gut“ und wurde am 30. März vereidigt. Am 13. Mai 1847, dem Himmelfahrtstage, holte er sich das Jawort Rose Passows. Aber heimlich sollte die Verlobung noch bleiben bis zum zweiten juristischen Examen. Er eilte mit fieberhaftem Fleiße vorwärts. Der 15. Juni 1847 brachte ihm nach dreistündigem lateinischen Redetournier der mündlichen Prüfung den juristischen Doktorhut, eine damals verhältnismäßig seltene Auszeichnung. „Partim magna cum laude, partim cum laude“ wurde sie ihm zuerkannt. Diese akademische Würde ward auch erstrebt, um sich die Möglichkeit der Dozentenlaufbahn offen zu halten. Bereits am 7. April 1848 bestand er mit „Gut“ die mündliche Prüfung zum Referendar, der die schriftliche folgte. Der 24. Juni brachte ihm die Ernennung. Auch dem weiteren Vorbereitungsdienst bis zur dritten juristischen Prüfung widmete er rastlosen Fleiß und bewies seine „ausgezeichneten“ Fähigkeiten. Ein Zeichen besonderer Anerkennung war es, daß er im Herbst 1850 sein erstes dreimonatiges Kommissorium nach Frankenstein in Schlesien erhielt, wo der erst Zweiundzwanzigjährige selbständig ein Richteramt versah. „Das lebendige Humanitätsprinzip“ nannten ihn seine älteren Kollegen. Er wurde schon am 25. Mai 1850 zur mündlichen Assessorprüfung in Berlin zugelassen. Als ihn, wie üblich, der Präsident der Prüfungskommission nach seinem Alter fragte, konnte er zum Staunen seiner fünf Mitexaminanden und der gestrengen Examinatoren antworten: „Bald dreiundzwanzig Jahr.“ Schlagfertig und unerschrocken, unbehelligt von jedem Repetenteneinfluß, vertrat er seine, auch vom Examinator abweichende, Ansicht. Das seltene „Ausgezeichnet“ war sein Lohn. Der starken Anspannung aller Kräfte auf diesen Prüfungstag folgte eine große Ermattung. Trotzdem ward alles daran gesetzt, um auch das schriftliche Examen, bestehend aus zwei Arbeiten, so schnell wie möglich abzulegen. Am 8. Juli 1850 traf die letzte Arbeit in Berlin ein. Aber erst am 2. November 1850 ward ihm die Gewißheit des „guten“ Bestehens zuteil durch die Ernennung zum Königlich Preussischen Gerichtsassessor mit Bestimmung des Dienstalters vom 9. Juli 1850. Das lange „Nicht-Fisch-nicht-Vogel-sein“ der Wartezeit ließ ihn auch zu einer rechten Erholung in Nordern, wo er mit Mutter und Braut einige Wochen sein durfte, nicht kommen.

Die in den juristischen Prüfungen gemachten Erfahrungen drängten ihn bei späterer Gelegenheit dazu, für die jetzige Reihenfolge der Prüfungsabschnitte einzutreten, nach welcher die schriftlichen Arbeiten vorangehen, die mündliche Prüfung folgt. Nur bei dieser Anordnung besteht die Möglichkeit, das Urteil auf das Gesamtergebnis der Prüfung zu gründen. Auch die Ökonomie der Kräfte wird besser gewahrt. Und am Ende der stärksten, anstrengendsten Leistung steht jetzt der, Freudigkeit gebende, endgültige Erfolg.

Es war ein mächtiges Arbeitsmaß, zumal in den letzten Jahren, geleistet worden. Wie groß es war, wird noch klarer, wenn man bedenkt, daß das Jahr 1848 mit seinen Folgen gerade in die Zeit der höchsten Anspannung fiel. Er stand als begeisterter Patriot trotz seiner jungen Jahre mitten in der Bewegung. Und diese war gerade in Breslau, nach Berlin, wohl am stärksten. Demokratische, antimonarchische Gesinnung machte sich breit. Unter der erregenden Hitze der Ereignisse von 1848 sind da recht seltsame und recht häßliche Pflanzen emporgewachsen. Weder der Bundestag oder die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M., noch der vereinigte Landtag in Berlin brachte Beruhigung. Am 17. März trat auch in Breslau zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine freiwillige Bürgerwehr zusammen. Mit anderen Studenten wurde auch Adalbert Falk Wehrmann und zwar der 9. Kompanie. Trotz seiner Jugend genoß er schnell ein gewisses Ansehen wegen seiner „Fähigkeit, einige Sätze zusammenhängend zu sprechen“, und Schriftgewandtheit. Man wählte bezirksweise seine Führer. Die anfänglich freie Ausrüstung ward bald vereinheitlicht. Man trug eine grüne Bluse mit schwarzem Sammettragen und schwarz-rot-goldene, dann rot-weiße Armbinde, erhielt ein Militärgewehr; auch exerzierte man und zog auf Wache oder durch die Straßen, um Ansammlungen zu zerstreuen. Die Nachrichten aus Berlin erhöhten die Aufregung. Am 18. April kam's zu einem Straßenkampf, in dem die Bürgerwehr den Kürzeren zog, weil sie ohne Munition, „um Blutvergießen zu vermeiden“, die Barrikade am „Blauen Hirsch“ stürmen sollte. Adalbert stand in erster Reihe. Ein Steinhagel empfing sie und warf viele zu Boden. Adalbert wurde leicht gestreift. Die Bürgerwehr mußte zurück. Kürassiere mußten die Scharte auswehen.

Die Wahlen für Berlin und für Frankfurt fanden beide am 1. Mai 1848 statt und brachten in Breslau den Sieg den Demokraten. Die noch nicht Wahlfähigen (unter 24 Jahr) hatten Wache zu tun; dar-

unter Adalbert. Die Zeit der Kaghenmusiken blühte. Sie wurden den Führern der patriotisch Gesinnten dargebracht, auch dem Konsistorialrat Falk. Es kamen die Nachrichten von den Pariser Juni-kämpfen, von den Septembermorden in Frankfurt, von der Annahme des sogenannten „Steinschen Antrages“ aus Berlin. Dieser zielte darauf ab, diejenigen Offiziere aus dem Heere zu entfernen, welche nicht voll und ganz mit der neuen Ordnung der Dinge einverstanden waren. Der Antrag wurde angenommen. Die Annahme führte zum Rücktritt des Ministeriums Auerwaldt-Hansemann, an dessen Stelle nach dem kurzen Ministerium Pfuel-Eichmann (Spötter sagten: „Pful-Leichnam“) im November 1848 das Ministerium Brandenburg trat. Es erfolgte alsbald die Verfassung und zeitweilige Verlegung der parlamentarischen Versammlung nach Brandenburg a. H., Wrangels Einmarsch in Berlin, die Entwaffnung der Bürgerwehr, auf der anderen Seite der Beschluß einer Mehrheit der Nationalversammlung, das Ministerium in Anklagezustand zu versetzen und die Steuern zu verweigern. In Breslau ward der Steuerverweigerungsbeschluß tatsächlich angeschlagen und alle Regierungsklassen von der Bürgerwehr besetzt, teils gegen die Regierung, teils gegen Gesindel sie zu bewachen. Tag und Nacht war Adalbert Falk auf den Beinen. Die Bürgerwehr zeigte sich trotz aller Einwirkung der Besonnenen immer mehr „demokratisch zerfressen“. So schied er am 22. November 1848 aus.

Er hatte die Zeit benutzt, um die Geschichte der französischen Revolution und die für viele als Vorbilder dienenden Verfassungen Nordamerikas, Norwegens, Belgiens zu studieren, und nur bestätigt gefunden, daß die Zusammenhänge der Weltgeschichte sich nie schablonisch wiederholen.

In ganz anderer Weise, eher fördernd, wirkte auf ihn seine Zugehörigkeit zu dem Vaterländischen Verein Breslau, der mit dem „Konstitutionellen Clubb“ in Berlin sich zusammenschloß. Adalbert Falk gehörte ihm als Protokollführer und damit als Mitglied des Vorstandes an. Unter der ersten Veröffentlichung des Comites an die „Geliebten Landsleute“ vom 13. April 1848 steht sein Name. Der Breslauer Verein bemühte sich mit Erfolg, die in der Provinz Schlesien vorhandenen Vaterländischen Vereine unter einem neu-gewählten Zentraldirektorium zusammenzuschließen. Petitionen politischer und sozialer Art gingen von ihm aus. Tief erfüllte zumal die Herzen aller vaterländisch Gesonnenen die Sehnsucht nach der Ein-

gung Deutschlands. Über das „Wie“ sollte auf einem „konstitutionellen Kongreß“ in Berlin entschieden werden. Der Berliner Verein lud dazu ein zum 22. Juli 1848. Der Verein zu Breslau wählte den jungen Referendar Dr. Falk zum Abgeordneten. Der Kongreß verhandelte auch über die deutsche Verfassung. Dort sprach auch er. So sehr sein Herz am „Deutschen Kaiser“ hing, so konnte er damals nicht dafür eintreten. Es erschien ihm unmöglich, daß Preußen sich einem deutschen Kaiser aus dem Habsburgischen Hause unterwerfe, und ebenso, daß Österreich einem Kaisertum Preußischer Führung angehöre. Darum konnte er für einen „Kaiser“ nicht stimmen. Auch für die Schwierigkeiten, welche der Einigung Deutschlands aus der Besonderheit der Einzelstaaten erwachsen mußten, bei denen auf eine Neigung zur Unterordnung nicht zu rechnen war, besaß er ein starkes Empfinden, ja wirkliche Einsicht. Die einzige Stelle, die etwa solche Unterordnung hätte erzwingen können, wäre die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. gewesen. Aber sie war nicht souverän, ihre Macht beschränkt. So sprach er sich auf dem Kongreß aus. Dessen Mehrheit aber war anderer Meinung und beschloß: „Wir erstreben eine kräftige Einigung Deutschlands unter einer gemeinsamen, auf allgemeinsten volkstümlicher Grundlage ruhenden konstitutionell-monarchischen Regierung.“ Adalbert Falk stimmte dagegen. Er war der Weiterblickende.

Schon der Mißerfolg der Kaiserwahl in Frankfurt vom 28. März 1849 gab ihm Recht. Der Berliner Zug, welcher die Nachricht von der Erwählung König Friedrich Wilhelms IV. nach Breslau brachte, trug eine entsprechende Inschrift an der Lokomotive. Wohl hat auch er die Kunde froh begrüßt, aber er sagte zu dem, der ihn begleitete: „Der deutsche Kaiser wird auf dem Schlachtfelde gemacht!“

Bei seiner Rückkehr vom Kongreß nach Breslau war er sich bewußt, daß der Breslauer Verein in seiner Mehrheit der Meinung des Kongresses sein würde, daß seine Abstimmung in der sogenannten „Deutschen Frage“ Anstoß erregen könnte, er aber bei seiner Ansicht verbleiben mußte. Er erklärte daher am 26. Juli 1848 seinen Austritt aus dem Verein. Ungern ließ man ihn gehen. Aber dieser Entschluß lag auch im Interesse seiner Ausbildung im Justizdienste, dem er sich nun ungeteilt hingeben konnte.

Das Interesse an den politischen Begebenheiten erlosch freilich nie. Mit Freuden begrüßte er die sogenannte „oktrozierte Verfassung“ vom 5. Dezember 1848 und empfand schmerzlich den Ausfall der

Wahlen zugunsten der Opposition. Auch das Ende der Frankfurter Versammlung, die Kämpfe in Baden waren beweglich. Am 7. Mai 1849 erlebte Breslau seinen blutigen Barrikadenkampf gegen das endlich die Unordnung beseitigende Militär. Die Schleswig-holsteinische Frage, die Ereignisse in Ungarn, der Vertrag von Olmütz erregten sein jugendliches Gemüt.

Aber nun, da er am ersten Hauptziel seines Berufstrebens angelangt war, galt es, den heißersehnten Hausstand zu begründen. Unter dem 2. November 1850 bestimmte der Justizminister Simons, daß er in seiner Funktion als Gehilfe des Staatsanwalts Meyer zu Breslau verbleiben, und daß ihm vom 1. November dieses Jahres ab vierzig Taler monatliche Diäten gezahlt werden sollten. Der Hochzeitstag wurde auf den 1. Februar 1851 festgesetzt. Nach dem damaligen Gesetz waren beide Brautleute, da noch nicht 24 Jahre alt, minderjährig und bedurften der Zustimmung der Vormünder. Für die Braut mußte das Vormundschaftsgericht — Stadtgericht — zu Breslau die Genehmigung aussprechen. Der Bräutigam mußte sich im Besitz einer etatmäßigen Stelle für den Konsens befinden. Das Stadtgericht lehnte wegen unzureichenden Einkommens ab. Erst die schriftliche Erklärung des Vaters, im Notfalle eintreten zu wollen, erwirkte doch noch den Konsens. Zwei Tage vor der Hochzeit strömten zum Volterabend zweiundsechzig Gäste herbei. Der Tag vor der Hochzeit ward zu ernster Sammlung benutzt. „Wir empfangen vom Vater das Abendmahl.“ So gesonnen bereitete sich das junge Paar zum Ehestande vor. In ihm ist kein Gründonnerstag vergangen, an dem die beiden nicht an den Tisch des Herrn traten. In der übervollen Hofkirche segnete der Vater die Glücklichsten am 1. Februar ein. „Dabei wird Jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, so ihr Liebe untereinander habt“, war der Trautext. Das junge Paar hielt eine Hochzeitsreise für nicht gut, weil es um seines Glückes willen vielmehr am besten tue, wenn es sich an der Stätte alsbald einrichte und miteinander zu leben sich gewöhne, an welcher dauernd zu leben ihm bestimmt sei. Diese Stätte war im Hause „Der goldene Strauß“ in der Freiheitsgasse. Aber im Mai 1851 ward dann doch noch eine Reise gemacht. Sie führte nach Dresden, Prag und Wien. Dann lief das Leben wieder in regelmäßigem Geleise.

Abalbert nutzte seine Freizeit auch zur Erhöhung seiner Einnahmen durch Nebenerwerb und scheute sich nicht, gegen geringes Entgelt Schriftsätze für einen Rechtsanwalt anzufertigen. Auch lieferte er der

„Schlesischen Zeitung“ Berichte über interessante Gerichtsverhandlungen.

Von einer Erholungsreise ins Riesengebirge kehrte er am 31. Juli 1852 wieder heim. Am nächsten Tage wurde ihm sein erstes Töchterchen, Marie, geboren. Der leichten Geburt folgte schwere Eklampsie der jungen Mutter. Ihre zarte, aber zähe Natur überwand die Todesgefahr.

Die amtliche Tätigkeit bei der Staatsanwaltschaft in Breslau fiel in die Übergangszeit vom alten Strafgesetzbuch in das neue vom 1. Juli 1851 mit den damit verbundenen richterlichen Schwierigkeiten. Manches befriedigte nicht. Der Wunsch vorwärts zu kommen, ließ Umschau halten nach richterlicher Tätigkeit. Auch die selbständige Stellung eines Anwalts schien verlockend. Selbst an eine Privatdozentur wurde gedacht. Es blieb bei der Staatsanwaltschaft. Um eine etatsmäßige Anstellung bald zu erhalten, stellte er sich dem Minister für jede Provinz zur Verfügung. Es erfolgte das Angebot und die bedenkenlose Annahme von Lyck. Niemals während seines Lebens hat er auf Fragen von Wichtigkeit für seine fernere Lebensgestaltung, die ungesucht an ihn herantraten, eine verneinende Antwort gehabt. Das Vertrauen auf Gottes Leitung lag dieser Auffassung zugrunde.

Die Mutter Passow schrieb in ihr Tagebuch: „Die Nachricht schlägt mir in alle Glieder — o Gott! so weit! in unser Sibirien! wo niemand hin mag — ein wahrer Verbannungsort, ist da keine Rettung?“ So empfanden Verwandte und Freunde. Aber „Lyck bringt Glück“, so wurde ihm auch gesagt. Und es brachte Glück, untermischt freilich mit manchem Leide.

Am 14. Februar 1853 traf die Bestallung ein und die Nachricht, daß er vom 1. März ab als Staatsanwalt in Lyck und Marggrabowa mit dem Wohnsitz in Lyck, sowie einem Jahresgehalt von 800 Talern angestellt sei. Man drängte zu baldigem Eintreffen. Von einer sofortigen Mitnahme von Frau und Kind konnte keine Rede sein. So trat er denn am 23. Februar allein die weite Reise an. Es lohnt sich, bei der Fahrt ein wenig zu verweilen. Die Verbindung über Posen, Kreuz, Dirschau, Königsberg war der schnellste Weg. Auf schneeverwehelter Chaussee langte die Post am 24. in Posen an. Aber Kreuz mit langem Aufenthalt führte die Bahn bis Dirschau. Die Weichselbrücke gab's noch nicht. Im Schlitten ging's über das Eis

der Weichsel, in Rähnen über die offene Rogat bis Marienburg. Die dort ansetzende Bahn war verschneit. Also Schlittensfahrt weiter bis Braunsberg. Und endlich Schnellpost bis Königsberg. Dort ward der 26. Februar verbracht und zu Besuchen ausgenutzt. In der nächsten Nacht brachte ihn die Post nach Insterburg zur vorgesetzten Behörde. Am 28. um 10 Uhr abends fuhr sie in Lyck ein. Die letzte Chausseestrecke war erst im Bau. Fünf Tage hatte die Reise gedauert. Ja, Lyck lag damals sehr weit ab.

Der Umzug der Familie erforderte die Auflösung des bisherigen Haushalts in größerem Umfang, als es sonst wohl üblich. Die Entfernung und der zurückzulegende Weg waren zu groß, um die Möbel zweckmäßigerweise mitnehmen zu können. Sie wurden verkauft; ebenso die größeren, leichter wieder erreichbaren Gerätschaften. Was in Kisten und Kasten ging, ward verladen. Ach, „mehrere Körbe voll Scherben“ mußten beim Auspacken fortgetragen werden.

Für die Nachfolge von Frau und Kind ward die bessere Jahreszeit gewählt und zur Erleichterung möglichste Bahnfahrt. Am 26. Mai begann die Reise und führte über Stettin, Pomm. Stargard, Bromberg über die eben fertig gewordenen Weichsel- und Rogat-Brücken bei Dirschau nach Braunsberg. Dort endete die Bahn und dort empfing die Reisenden der Gatte und Vater. Man fuhr bis Frauenburg mit der Post, mit dem Dampfschiff über das Frische Haff nach Königsberg und wieder auf dem Postwege nach Lyck. Am 31. Mai spät abends langte alles wohlbehalten dort an. Die Umzugskosten deckte kaum eine Remuneration von hundert Talern.

Der junge Staatsanwalt hatte zunächst die Wohnung seines alten Vorgängers Jesse übernommen, wechselte aber bald in das Haus des Kaufmanns Kruf(=Kabe) in der Hauptstraße, der einzigen langen, breiten Landstraße, die damals Lyck von Süd nach Nord am Ostufer des weiten Lycker Sees durchzog. Der Torweg, der zu den Speichern im Hofe führte, steht noch heute. Das Haus ist umgebaut.

„Ich habe damals nicht gedacht, daß meine Amtsarbeit dort länger als acht Jahre werde in Anspruch genommen werden. Diese Jahre aber waren eine notwendige, gesegnete Stätte in meiner Lebensbahn.“ So gedenkt Albalbert Falk seiner Lycker Zeit.

In gar bescheidenen Wohnräumen mußte man sich einrichten. Drei Stuben, zwei Kammern, ein schmales Amtsbüro, eine Küche mit Schlafbank, reichlicher Keller- und Bodenraum, dazu Holz- und Viehstall und einige Gartenbeete. Große Kachelöfen versuchten, mit

Torf und Holz im Winter Wärme zu geben. Es wurden zur Wintersonnezeit, der langen, Doppelfenster vor die zugigen Fenster genagelt, Ritzen mit Moos verstopft oder mit Papier verklebt. Und konnten nun freilich die Fenster behufs Lüftung nicht geöffnet werden, so war das deshalb nicht nötig, weil von den Fluren durch die Türen stets ein frischer Luftzug, ja der Schnee hereinwehte. Die vor einer Flurtür schützend aufgehängte Wollbede hatte bald ein Langfinger sich umgehängt. Die Stubendielen waren in Wellen verzogen. Gar leidvoll für Kinderfüßchen. Unter den Dielen hausten schwer bekämpfbare Mäusesharen. Hier wohnten, als zur Hilfe und Pflege für mehrere Jahre die treue Schwester und Schwägerin Clara Passow hinzugetreten und die Kinderzahl auf drei, kurze Zeit vier, angewachsen war, fünf Erwachsene (mit den Mädchen) und vier Kinder.

Nach der Geburt eines toten Knaben kamen in Lyck drei Söhne zur Welt: Adalbert am 19. 9. 1856, Julius am 16. 3. 1858, Hans am 19. 8. 1860. Hans starb schon am 26. des folgenden Monats.

Die Hausfrau und Mutter hatte es schwer. Eigenes Vieh zu halten, wurde versucht, aber bald aufgegeben; die Verwertung lohnte sich nicht, litt auch unter der Unehrllichkeit der Umgebung. Die Gartenarbeit war um so nötiger. Denn der Lycker Bürger baute sich, was er brauchte, selbst an. Auch der Bauer brachte wenig herein. Die Märkte waren bald ausverkauft. Es fehlte im Haushalt oft am nötigsten, weil nichts zu haben war. Die üblen Verkehrsverhältnisse machten sich in dem kleinen Landstädtchen, das so entlegen war, empfindlich in dieser Weise geltend.

Bedenklich waren noch die Straßenverhältnisse. Die Säuberung hatten die Anwohner zu besorgen. Zur Beleuchtung gab es nur wenige städtische Öllampen, bis der Bürgermeister anordnete, daß jeder Inhaber eines Gastlokals eine Laterne vor demselben aufzustellen habe. Da wies alsbald die lange Hauptstraße 30 bis 40 Lichter mehr auf. Diese Besserung deutete aber auch auf den Alkoholbedarf der Einwohner hin. Er machte sich besonders geltend an den Wochen- und Jahrmarktstagen. Keiner lief ab ohne Schlägereien der Trunkenen. Der im Grunde gutmütige Masure war im Trunkelhallos. Wie oft hatte man statsanwalt da eingzugreifen. Das geschah auf seiner kleinen Amtsstube in der Wohnung oder auf dem Kreisgericht im alten Ordenschloß, das auch das Gefängnis barg, jenseits der langen Brücke auf der anderen Seeseite. Da fanden auch

die Schwurgerichte statt. Der Staatsanwalt hatte auch seine liebe Not mit Unehrlichkeit und Verlogenheit, mit Uberglauben und Verschlagenheit. Der Schmuggel an der nahen Grenze blühte. Ernste Vergehen, schwere Verbrechen waren zu sühnen. Mehrfach griff der Staatsanwalt selbst ein und verhaftete persönlich Holzdiebe, Raubmörder und Brandstifter. Seine junge Erscheinung mit dem damals bartlosen, hageren Gesicht war weithin bekannt, geachtet und gefürchtet, aber auch verehrt. Seine Gerechtigkeit, Menschenliebe, Unantastbarkeit brachte ihn zu Ansehen in allen Kreisen. Sein Auftreten in zahlreichen Schwurgerichten fand durch Klarheit und Festigkeit allgemein Anerkennung. Man ehrte ihn auf allerlei Art. So wurde er von der Schützengilde, der er als zahlendes Mitglied angehörte, nach freundlichem Brauch und mit frommen Betrug im Sommer 1859 zum Schützenkönig ausgerufen.

Aber auch in den geselligen Kreisen der Stadt und näheren Umgebung schätzte man das Faltische Ehepaar. Sie gewann die Herzen der Frauen, er das Vertrauen der Männer. Denn eine eigenartige Scheidung der Geschlechter fand damals noch statt; sie verkehrten unter sich. Da war es die Frau Staatsanwalt, die den Bann brach. Sie setzte sich bei den Herrengesellschaften in ihrem Heime mit der Handarbeit dazu und hörte den Gesprächen zu. Dann vereinigte sie eine kleine Zahl Ehepaare bei sich. Das fand bei den „Kolonisten“ Anklang; so nannte man bezeichnenderweise die nicht Eingeborenen. Bald folgten diese dem Beispiel. Das Eis war gebrochen. Die Rede- und Reimgabe des Herrn Staatsanwalts belebte viele Zusammenkünfte. Man regte sich in Vorträgen an, die zumeist von den Lehrern des alten Gymnasiums, dem „Lichtherd Masurens“, ausgingen. Man veranstaltete Englische und Lese-, auch Singetränzchen. Die Männer fanden ihre Unterhaltung bei kräftigem Abendtrunk und Tabakrauchen und im Whistspiel. Falt mied den Trunk, spielte aber gern mit; geraucht hat er seit einem mißlungenen Sekundanerversuch niemals mehr. Die Jugend spielte wohl Theater und tanzte. Aber es fehlte in Lycks Abgelegenheit allzusehr an der Anregung von außen.

Einen Ersatz für manche Entbehrung bot dem naturfreudigen Ehepaar die wunderbare Schönheit Masurens, insonderheit der Umgebung Lycks mit seinen Seen und Wäldern. Aber der Wunsch, den fernen Lieben näher zu sein, stieg. Die Sehnsucht nach der Heimat wuchs. Wohl suchte im Anfang der Lycker Zeit der Vater einmal seine Kinder auf. Und eine Erholungsfahrt führte im Mai 1855

Mutter und Kind nach Breslau. Ja, eine Winterreise 1859/60 ward nach dem neuen elterlichen Wohnsitz Walbau bei Liegnitz durchgeführt. Aber mit welchen Schwierigkeiten war das verbunden!

Dazu kam der Druck der beschränkten Mittel. Weil er ein so „junger“ Staatsanwalt war, erhielt er das volle etatsmäßige Gehalt von neunhundert Talern erst am 1. Juli 1857; zuweilen kam um seiner Tüchtigkeit willen eine kleine „Remuneration“. Es war nicht leicht, den mancherlei Lyder Ansprüchen gerecht zu werden. Als unter solcher Stimmung am Sylvesterabend 1856, um sich einen „Orakelspruch“ zu holen, freundlichem Volksglauben folgend, blindlings in Rückerts „Weisheit des Brahmanen“ ein Spruch bezeichnet wurde, lautete er:

„Der weiß die Schwanen macht und grün die Papageien,
Und bunt die Pfauen, wird auch dir dein Kleid verleihen.“

Nach mancherlei heimatlichen Richtungen gingen die Gedanken und Bemühungen. Der Erfolg blieb noch aus. Die Landtagswahlen sollten ihn bringen.

In dem Wahlkreise, zu welchem auch der Kreis Lyß gehörte, hatte man schon früh an Falks Wahl zum Landtage gedacht. Im Sommer 1855 trat man zum ersten Male an ihn heran. Aber er war noch zwei Jahre zu jung, als daß er gewählt werden konnte. Um so mehr war er in der Wahlbewegung aktiv tätig. Es bestand eine gewisse Abneigung gegen die Wahl von Beamten. In eine dieser Auseinandersetzungen warf er die Worte hinein: „Also, die Klugen sollen wir nicht wählen. Etwa die Dummen?“ Die Beamten blieben Sieger. Die Wahlen erzielten die sogenannte „Landratskammer“. Ende des Jahres 1857 wurde der Abgeordnete, Landrat von Marschall, in den Kreis Langensalza versetzt und ging, gemäß Beschlusses des Abgeordnetenhauses, seines Mandats verlustig. Zu einer Neuwahl kam es für 1858 nicht mehr. Aber wieder lenkten sich die Gedanken auf Staatsanwalt Dr. Falk. Gewisse Widerstände waren zu überwinden. „Ein nicht geringes Maß von Ansehen und persönlicher Beliebtheit“ hatte er in die Wagschale zu werfen, und das entschied. Er stellte in einer Urwählerversammlung sich selbst als Kandidaten auf und wurde nahezu einstimmig angenommen, auch als „Regierungsandidat“ anerkannt. Die Wahl fand am 23. November 1858 statt. Die masurischen Wahlmänner vom Lande gaben regelmäßig ihre Stimme ab: „nasz pan statsanwalt“, zu deutsch: „unser

Herr Staatsanwalt". Mit fünf Sechsteln der abgegebenen Stimmen wurde er zum ersten Male zum Abgeordneten gewählt.

Der neu gewählte Abgeordnete wurde, noch ehe er in Berlin eintraf, mit mannigfachen Bitten und Anträgen angegangen, die sich während der Dauer des Mandats fortsetzten. Manche Wünsche seines Wahlkreises hat er erfüllen helfen, im besonderen fielen die Beschlüsse für die ostpreussische Südbahn in jene Zeit.

Im Januar 1859 traf er in Berlin ein. Zweimal noch wiederholten sich diese Winterreisen. Der Maimonat pflegte die Landtags-session alljährlich abzuschließen. Die Zwischenzeit gehörte wieder dem Lyder Amte. Zum Winter 1859/60, wie erwähnt, brachte er Frau und Kinder im Dezember nach Waldau bei Liegnitz in das elterliche Pfarrhaus. Von dort ließ er sich in Berlin von seiner Frau auf kurze Zeit besuchen. Im Mai 1860 führte er die Seinen noch einmal nach Lyd zurück. Im August wurde das kurzlebige Hänschen geboren.

Wie die meisten Abgeordneten nahm auch Dr. Falk in Berlin Wohnung in der Nähe des Dönhofsplatzes, wo damals das Haus der Abgeordneten stand, gegenüber dem später errichteten Denkmal des Freiherrn vom Stein. Er fand solche möblierten Zimmer meist in der Umgegend des alten, in der Lindenstraße gelegenen Kammergerichts. Das Berliner Leben war nicht allzu teuer. Es ließen sich von den Diäten Ersparnisse machen, die dem Lyder Haushalt zugute kamen. Freundliche Erholung, ernste und heitere, gaben die Theater. Die Geselligkeit war bewegt. Auch zu den Veranstaltungen der ministeriellen und der Hofgesellschaften wurden die Abgeordneten geladen. Wenn auch uniform- und ordenslos, besuchte Falk auch diese Kreise als scharfer Beobachter. Am 27. Januar 1859 erlebte er auf einer Soiree beim Prinzregenten den Freudensturm aus Anlaß der Geburt des nachmaligen Kaisers und Königs Wilhelms II., und bald danach am 5. März, dem Taufstage, den hellen Begeisterungsjubel ganz Berlins. Auch das bunte Bild des Opernhausballes, bei dem sich alle Kreise der Berliner Gesellschaft, einschließlich des Hofes, vollstümlich zu mischen pflegten, nahm er in sich auf. Manche Beziehung ward geknüpft. Die geographische und die juristische Gesellschaft, Museen und Sammlungen gaben Belehrung und Anregung. Aber all dies diente ihm nur als Erholung und Erfrischung nach angestrengter Tagesarbeit. Er fand sie in ungewöhnlichem Maße.

Ein eindrucksvolles Ereignis für Adalbert Falk war es, als nach feierlicher Eröffnung beider Häuser des Landtages in Dom und

Schloß, die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses am 12. Januar 1859 stattfand. Der sechsundsiebzigjährige Alterspräsident Braun, Rentner aus Ratingen, begann nach Begrüßung mit der Frage nach den jüngsten Mitgliedern. Der jüngste war der einunddreißigjährige Dr. Falk. Mit den drei nächstjüngsten, merkwürdigerweise sämtlich Ostpreußen, wurde er als Jugendschriftführer bestellt. Es folgte die Verlosung der Mitglieder in sieben Abteilungen, bestimmt, die Wahlen zu prüfen und die Mitglieder in die Kommissionen zu wählen. Der Umstand, daß er einige Tage als Jugendschriftführer tätig und dadurch bekannt geworden war, hatte zur Folge, daß er von der Fraktion, der er beigetreten war, zum Schriftführer gewählt wurde. Es war dies die Fraktion Mathis (1872 als Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats gestorben), deren maßvolle Grundsätze mit denen Falks übereinstimmten. Wohl befand sich die Fraktion des öfteren in gemäßigter Opposition zur Regierung, aber der gesunde Wirklichkeitsinn, der sie beseelte und sie eine Politik des Möglichen treiben ließ, machte sie geradezu zu einer Stütze des damaligen Ministeriums. Ihre Mitgliederzahl, 40 bis 50, war groß genug, um Einfluß zu üben, und nicht zu groß, um in den Hauptpunkten einig bleiben zu können. Fraktionszwang für die Abstimmung bestand nicht. Sie nahm zwischen den Parteien Schwerin-Binde-Wenzel (liberal) und Arnim (konservativ) die vermittelnde Stelle ein. Das Verhältnis zur Regierung drückte sich äußerlich im Hause dadurch aus, daß jene nebst Fraktion Mathis rechts, diese links ihre Plätze hatten.

Besonders hervorgetreten ist der junge Schriftführer als solcher nur in zwei Fällen. Das einemal war es am 10. Mai 1859 bei der Leichenfeier für Alexander von Humboldt als Mitglied des Büros des Hauses. Der andere Fall, bedeutsamer, bei der Eidesleistung für und vor König Wilhelm I., dessen Bruder Friedrich Wilhelm IV. am 2. Januar 1861 gestorben war. Der Landtag wurde zum 14. Januar berufen. Falk wurde die etwas beschwerliche Ehre zuteil, die Abgeordneten im Weißen Saale an den Stufen des Thrones zur Eidesleistung aufzurufen. Dafür hatte er als Erster zu schwören. Als er den Aufruf beginnen sollte, fehlte die Liste, worauf er sich kurz entschloß, den Aufruf ohne dieselbe aus dem Gedächtnis zu beginnen. Er war im „A“ schon tief darin, als er sie erhielt. Diese „présence d'esprit“ trug ihm eine Verbeugung des Ministers von Schleinitz und große Anerkennung der Freunde

ein. Als am 2. Januar 1886 König Wilhelm I. sein fünfundzwanzig-jähriges Regierungsjubiläum feierte, konnte Falk als Oberlandesgerichtspräsident in Hamm im Königstoast darauf hinweisen, daß er persönlich ihm den Eid der Treue leistete, den Eid, in bezug auf welchen der König sagte: „An Gottes Segen ist alles gelegen. Gott segne Ihren Schwur! Er segne und schütze das Vaterland!“

Erster Präsident des Abgeordnetenhauses wurde 1859 Graf Schwerin, als dieser an von Flottwells Stelle Minister des Innern geworden war, für den Rest der Legislaturperiode Edward Simon. Den Präsidenten trat Falk als Schriftführer näher, wenn es sich um Beratungen über geschäftliche Fragen des Hauses, darunter eine neue Geschäftsordnung, handelte.

Jung und unbekannt, wie Falk anfangs noch war, wurde ihm das Schriftführertum von hohem Nutzen. Er freute sich der stetig zunehmenden Tätigkeit, die ihm aus diesem Anfang erwuchs. So wurde er, obwohl nur die kleinere Hälfte der Abgeordneten einer der regelmäßigen Kommissionen angehören konnte, Mitglied der Petitionskommission. Daß diese Kommission damals als eine besonders wichtige angesehen wurde, erhellt die Tatsache, daß sich Georg von Vincke in diese Kommission wählen ließ.

Dieser hochbedeutende Parlamentarier hatte seine politische Tätigkeit schon im vereinigten Landtage von 1847 begonnen und erlebte in den Jahren 1859—61 seinen Höhepunkt. Der derbe, grundehrliche Westfale wird vom Vater Falks als ein „Erzgrobian, ein haarscharfer, gescheuter, viel gewandter Kerl“ geschildert, der den Nagel auf den Kopf trifft; „schade, daß er zuweilen so derb zuschlägt, daß die Kappe abspringt und der Eindruck geschwächt wird“. Wegen parlamentarischer Zänkereien hatte er sich sogar einmal mit Bismarck geschossen. Er war der geborene Oppositionsmann und hatte von dieser Eigenschaft rücksichtslosen Gebrauch gemacht, zumal dem verfloffenen Ministerium Manteuffel gegenüber, dem er die schöne Bezeichnung „die glücklich Beseitigten“ anheftete. Daß Georg von Vincke sich in die Petitionskommission wählen ließ, dafür war mit ein Grund, von hier aus durch fortbauernde scharfe Kritik die Wiederkehr eines ähnlichen Ministeriums zu verhindern.

Falk war mit diesem Manne durchaus nicht immer im Einklang und scheute sich nicht, ihm auch Opposition zu machen. Angriff und Anerkennung hat er von ihm geerntet, gleich wert von solchem bedeutenden Manne.

Als Berichterstatter der Petitionskommission hat Falk am 12. Februar 1859 seine Jungfernrede gehalten. Es handelte sich um die Beschwerde eines früheren Volksschullehrers Wander, über die Übergang zur Tagesordnung beantragt wurde. Falk schrieb an seine Frau: „Da ich nun doch schon vier Wochen im Hause bin, ging ich nicht gerade mit Herzklopfen an mein maiden speech. Ich hatte ja die Pflicht zu sprechen, schob den Gedanken bei Seite, daß es das Land sei, vor dem ich rede, und sprach, wie mir der Schnabel gewachsen war. Es war ein gutes Zeichen, daß ich, obwohl die Sitzung bereits vier Stunden gedauert hatte, nicht durch Unruhe unterbrochen wurde. Es fanden sich auch etliche Bravos. Dann wandte ich mich am Schlusse gegen Diesterweg [bekannter Volksschulpädagoge und Mitglied des Hauses]. Dieser hatte nämlich in der letzten Sitzung den Wander bis in den Himmel erhoben und auch als Pädagoge herausgestrichen. Ich griff den Punkt, daß er ein vorzüglicher Pädagoge sei, auf. Wander hatte zur Begründung seiner Beschwerden ein Büchlein eingereicht, in dem allerlei dummes Zeug stand. Das Tollste aber war, daß er in einer bei einem Kinderfest gehaltenen Rede die Sonne angeredet hatte: ‚Du erhabene, constitutionelle Himmelskönigin Sonne!‘ Diese Geschichte brachte ich vor und schloß mit den Worten: ‚Wer so spricht, der ist kein Pädagoge!‘ Das Bravo im ganzen Hause würde auch mein Mütterchen gefreut haben.“ Die Fraktion war „glücklich“. Mathis erklärte seine Worte für vortrefflich. Vincke kam an ihn heran und sagte: „Wenn die Kommission immer so vertreten wäre!“ Auch die Gegner erklärten, sie hätten sich sehr über ihn gefreut. Die Lebendigkeit, mit der die Worte gesprochen wurden, erhöhte ihren Eindruck. Die „Volkszeitung“ tat ihm die „Ehre“ an, ihn gründlich schlecht zu machen. Sie wechselte sich bei späteren Gelegenheiten auch mit der „Kreuzzeitung“ ab. Letztere hat ihm ihre ehrliche, aber auch unehrliche, Feindschaft bewahrt.

Unter den zahlreichen Petitionen, die den damaligen Landtag beschäftigten, seien nur die erwähnt, die eine besondere Beziehung zur Persönlichkeit Falks gewannen. In knapper Weise trat er für die Petitionskommission ein, welche den Antrag auf Aufhebung der Exemption vom Pfarrzwange mittels einer motivierten Tagesordnung abgelehnt hatte. Hauptmotiv war der Zusammenhang mit der Gemeindeverfassung der evangelischen Kirche. Dasselbe war gewiß zutreffend; erst durch das Staatsgesetz zu der, von Falk als Kultusminister durchgesetzten Kirchengemeinde-

und Synodalordnung vom September 1873 ist die Aufhebung der gedachten Exemption erreicht worden.

Ein Bericht der Petitionskommission, mit dem Falt nicht einverstanden war, bestimmte ihn Ende März 1859 zum Reden. Es handelte sich um die Errichtung des Denkmals für einen im Jahre 1848 im Gefechte von Xions gegen die preußischen Truppen gefallenen Polen preußischer Untertanenschaft. Der Landrat des Kreises Schrimm, Funck, hatte das bereits errichtete Denkmal oder die Vorbereitung für die Errichtung beseitigen lassen. Es lagen nämlich Umstände vor, welche dafür geltend gemacht wurden, daß das Denkmal nicht jenem Verstorbenen gelte, sondern sämtlichen in jenem Gefechte gefallenen Polen, und nicht — wie angegeben wurde vom Vater des Verstorbenen, sondern von einer Vertretung weiterer Kreise gestiftet war. Die Kommission empfahl dem Hause, zwei der gestellten Anträge der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen, nämlich den auf Errichtung des Denkmals in der beabsichtigten Weise und den auf Bestrafung des Landrats. Schon in der Kommission hatte Falt den Antrag bekämpft. Nun tat er es in seinem Preußenbewußtsein im Plenum des Hauses. Für den ersten Antrag fand er die Worte: „Welcher Vater wird seinem Sohne ein zwanzig Fuß hohes Denkmal setzen lassen?“ Zu dieser manchen überzeugenden Frage fand die Mutter Passow die scherzende Antwort in einem Briefe: „Nun sein (Abalberts) Vater würde ihm ein dreißig Fuß hohes setzen lassen und seine Verdienste und guten Eigenschaften würden noch nicht Platz darauf haben!“ Wahrlich stolz und an allem teilnehmend war der glückliche Vater.

Georg von Vinde war einer der Gegner Falts und griff ihn in seiner Weise auf das Lebhafteste an. Mit seiner Bekämpfung des ersten Antrages unterlag Falt, über den zweiten aber, welcher den Landrat Funck betraf, ging das Haus nach Falts Antrag zur Tagesordnung über. Wieder nahm sich die Presse seiner mehr oder minder liebevoll an. Auch der Kladderadatsch übte am 3. April 1859 zum erstenmal seinen Witz an ihm. Er ließ ihn eine „monumentale Verordnung (Entwurf eines von dem Ober-Mandarin Fau-con ausgearbeiteten Gesetzes) machen über die zulässige Art und Höhe von Totendenkmälern, im besonderen von nahen Verwandten. Dem Kultusminister Dr. Falt hat der Kladderadatsch später noch manches, aber nur ehrendes Wort gewidmet; das letzte, der schöne und wahre Nachruf, zielt den Schluß dieser Lebensgeschichte.

Am 23. März kam in der Kommission eine Petition betreffend die Judenfrage zur Sprache. Auf Grund der Verfassung erklärte Falk: „Bis jetzt kann ich mich nicht überzeugen, daß ein jüdischer Richter einem Christen einen Eid abnehmen kann.“ Auch dafür rüffelte ihn von Vinde. In der Session von 1860 kam die Frage erneut zur Sprache. Wiederum wies Falk im Plenum auf die Verfassung hin: „Am den Juden als Richter zu ermöglichen, sei erst die christlich-konfessionelle Eidesformel zu beseitigen. Das könne nur durch Gesetz erfolgen. Auch andere Bestimmungen hätten zuvörderst eine Abänderung zu erfahren, so solche der Vormundschaftsordnung. Wenn diese verbiete, christlichen Kindern einen jüdischen Vormund zu setzen, könne auch ein Obervormund nicht der jüdischen Konfession angehören.“ Die „Volkszeitung“ bemächtigte sich solcher Erklärung „in höchst angenehmer Weise“. Die Gesetzgebung einer späteren Zeit beseitigte die jüdische Ausnahmestellung.

Die Petition eines Geschiedenen, den niemand trauen wollte, war nach dem Antrage der Kommission der Staatsregierung in der Erwartung überwiesen worden, die Lösung der Frage auf dem Wege der Gesetzgebung herbeizuführen. Die Regierung brachte am 17. Februar 1859 den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ehescheidung und die Zivilehe ein. Das Ziel des Gesetzes war, daß es jedem freigestellt werden solle, sich bloß in der Kirche oder bloß vor Gericht oder an beiden Orten trauen zu lassen, also die „fakultative Zivilehe“. Nach langen Verhandlungen wurde das Gesetz im Abgeordnetenhaus im April 1859 mit großer Majorität angenommen, scheiterte aber am Widerstande des Herrenhauses. Als sich dasselbe Spiel 1861 wiederholte, zog die Regierung das Gesetz zurück.

Nicht uninteressant ist die Stellungnahme des Vaters, des Konfistorialrats Falk, damals und später. Am 13. März 1861 schrieb er seinem Sohne: „... Auch ich bin entschieden für die obligatorische Zivilehe. Du lieber Gott: nach dem kanonischen Rechte war eine Ehe schon gültig, wenn zwei Verlobte auf der Straße einem Priester begegneten und vor ihm erklärten: Wir wollen uns ehelichen. Es bedurfte nicht einmal der Benediktion. Mit der Notzivilehe ist es nichts.“ An dieser Auffassung hielt er fest. Am 26. Oktober 1871 — noch vor der Ministerzeit des Sohnes — trat er auf einer Liegnitzer Kreissynode für die Zivilehe ein. „Sie waren stodmäuschenstill, als ich auf das Traubüchlein von Luther hinwies. Da schreibt 1529 Dr. Martin Luther: „So manches Land, so manche Sitte, sagt das ge-

meine Sprichwort. Demnach weil die Hochzeit und Ehestand ein weltliches Geschäft ist, gebührt uns Geistlichen und Kirchendienern, nichts darin zu ordnen und zu regieren, sondern lassen einer jeglichen Stadt und Land hierinnen ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen.“

Erst der Tätigkeit Falks als Minister ist es vorbehalten geblieben, die Zivilehe durchzusetzen, auch der Kirche zum Segen.

Die unermüdlche und geschickte Vertretung der ihm übertragenen Kommissionen verschaffte Falk auch die Wahl in eine besondere Polenkommission. Der Abgeordnete von Bentkowski hatte gemeinschaftlich mit den übrigen Abgeordneten polnischer Herkunft einen Antrag eingebracht, welcher Schutz gegen angeblich systematische Beeinträchtigung der polnischen Sprache verlangte. Der Antrag wurde einer besonderen Kommission überwiesen. Falk wurde wieder Schriftführer. Das entstehende Protokoll wurde ein dickes Buch. Er konnte in der Herstellung desselben seine Befähigung zeigen. Übergang zur Tagesordnung war das Schicksal des Antrages am 11. Mai 1859. Falk hat zweimal im Plenum den Polen seine Meinung gesagt, am 26. März, „daß die Masuren keine Polen seien“, am 18. April über ihre Lügenhaftigkeit und Übertreibung. Die Polenfrage ist noch wiederholt in der Session aufgetaucht, doch war Falk daran nicht mehr beteiligt.

Noch zu einer weiteren Kommission ward Falk herangezogen: für den Entwurf einer Wegeordnung und für Abänderung der Bestimmungen der Steuergesetze über die subsidiäre Haftung gewisser Gewerbetreibenden für die gegen ihre Angehörigen und Untergebenen verhängten Strafen. Der Bericht zur Wegeordnung kam nicht vor das Haus, weil sie in die mangelhafte Landgemeindeordnung nicht eingefügt werden konnte. Dagegen hatte der von Falk verfaßte und im Plenum vorgetragene zweite Bericht einen vollen Erfolg und trug ihm Dank und Anerkennung ein: 14. April 1859. Ein dem Antrage entsprechendes Gesetz trug das Datum des 21. September 1860.

Eine wesentliche Rolle spielte in jener Session die Regulierung der Grundsteuer. In diese „verwickeltste aller Materien“ arbeitete sich Falk mit größter Gewissenhaftigkeit ein. Der Finanzminister v. Patow legte die Entwürfe am 26. Februar 1859 vor. Im Abgeordnetenhaus kamen sie zur Erlebigung, aber am Herrenhause scheiterten sie 1859, wie 1860. Erst nach einem „Pairschube“ gelang es, auch dort die Genehmigung zu erreichen.

Das Jahr 1859 war von weltgeschichtlicher Bedeutung. Es brachte für Preußen die die nächsten Jahre beherrschende *Militärfrage* in Fluß. Der Eingriff Napoleons III. in Oberitalien führte zu den Niederlagen Österreichs bei Magenta und Solferino, zum schnellen Waffenstillstande von Villa franca und nachfolgendem Friedensschluß von Zürich. Die Einigung ganz Italiens begann sich zu vollziehen. Österreich trat die Lombardei an Italien ab. Für Preußen war es von höchster Bedeutung, für alle Fälle bereit zu sein, nicht so sehr, um Österreich zu helfen, als gegen französischen Angriff sofort gesichert zu sein. Die Regierung setzte die ganze Armee auf Kriegsfuß, machte dem Landtage davon Mitteilung und forderte die notwendigen Gelder an. Die Regierungsvorlagen wurden am 12. Mai 1859 vom Abgeordnetenhaufe genehmigt. Der Waffenstillstand schon im Juli 1859 schuf eine völlig neue Lage.

In der Session von 1860 hatte die Staatsregierung nicht bloß über die Verwendung der ihr im vergangenen Jahre gewährten Mittel für die Heeresmacht Rechnung zu legen, sondern sie war auch genötigt, Preußens Heerwesen zu kräftigen und zum Teil auf andere Grundlagen zu stellen. Sie tat es durch Einbringung des Entwurfs zum „Gesetz, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst“ und zu den Gesetzen, welche die Mittel für dessen Ausführung bewilligten. In gewisser Richtung war der gesetzlichen Neugestaltung bereits vorgegriffen, weil die im vergangenen Jahre hergestellte Kriegsbereitschaft sich zum Teil in Neuformationen vollzogen hatte, und die einstweilige Fortdauer dieser Kriegsbereitschaft allseitig als notwendig anerkannt wurde. Daß in dieser Tatsache einerseits und in der nicht richtigen Würdigung ihres Schwerpunkts anderseits — wie konnten so mächtige, festgefügte Heereskörper durch das Votum eines parlamentarischen Körpers wieder weggelegt werden?! — ein Hauptgrund zu dem späteren Konflikt zwischen dem Abgeordnetenhaufe und der Krone beruhte, hat die Folgezeit gelehrt. Aber sie hat auch ergeben, daß die Verwendung des neugestalteten Heeres den Konflikt wieder auslöschte. Damals aber und noch etliche Jahre hindurch war diese Folgezeit noch nicht da.

Die Gesetzentwürfe wurden einer Kommission überwiesen, welche schlechtweg den Namen „*Militärkommission*“ führte.

Fall wohnte ihren Sitzungen „so oft er konnte“ bei und sah bei dem Streite der Meinungen bald kaum eine Möglichkeit, wie die Regierungsvorlage in ihren Hauptpunkten durchgehen sollte: Aushebung

aller Tauglichen, drei-, für die berittenen Waffen vierjährige Dienstzeit, Fortfall der von den Befreiungskriegen überlieferten Landwehr neben der Linie, statt dessen vier Jahre Reservezeit mit nachfolgender Landwehr I. und II. Aufgebots. Dazu kamen die finanziellen Bedenken, die durch den Widerstand des Herrenhauses gegen die Grundsteuer verhängnisvoll wach gehalten wurden. Die Verhandlungen mit der Regierung, die nichts geändert sehen wollte, führten zu keinem Ergebnis. Sie zog Anfang Mai 1860 die Militärvorlage zurück und verlangte für die Zeit vom 1. Januar 1860 bis 30. Juni 1861 einen Kredit von neun Millionen Talern, zu decken aus den Überschüssen des Jahres 1859. Das Geld sollte verwendet werden, um die Einziehung aller Pflichtigen zu ermöglichen, innerhalb der bisherigen gesetzlichen Grenzen. Die neun Millionen wurden am 12. Mai bewilligt.

Daß die unausgetragen gebliebenen Fragen in der nächsten Session wiederum zur Erörterung kommen, von vornherein eigentlich dieselbe beherrschen mußten, war unvermeidlich. Schon die nach der Thronrede sich entspinnde Debatte über die an den König zu richtende Adresse zeigte die vorhandene Spannung zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung. In die nun anhebende bewegte Tätigkeit der Landtagsession von 1861 führte Falk die Arbeit hinein, welche ihm im Unterschiede von den früheren Sessionen damals zugewiesen wurde. Es gelang ihm, zum Mitgliede der Budgetkommission gewählt zu werden. Die Obliegenheit des Schriftführers fiel ihm auch in diesem Falle zu. „Ich habe das Amt gern übernommen, weil etwas dabei zu lernen ist“, schreibt er seiner Frau. Ueberaus umfänglich waren diese, unter sachlichen Gesichtspunkten zusammengefaßten Protokolle. Als besondere Arbeit ward ihm noch das Referat über den Etat der Hohenzollernschen Lande, den er auch im Plenum vertrat.

Ungleich bedeutungsvoller war der Umstand, daß er auch zum Korreferenten für den zweiten Teil des Militäretats bestellt wurde. „Wie er [der Vorsitzende Osterreich], heißt es in einem Briefe, „gerade auf den Gedanken gekommen ist, mir diesen verhängnisvollen Militäretat zuzuweisen, weiß Gott; ich habe nichts dazu getan.“ Der Ausdruck „verhängnisvoll“ erklärt sich aus dem Folgenden. Bei Vorlegung des Staatshaushaltsetats seitens der Staatsregierung ergab sich, daß die Militärfrage nicht wie in der Session des Jahres 1860 behandelt wurde, sondern in eine Budget-(Geld-)frage verwandelt war. Hiergegen regte sich alsbald Opposition und das Drängen auf Einsetzung einer besonderen Militärkommission (21. Januar 1861). Der

Antrag ward vom Hause angenommen. Die sechs Referenten für den Militäretat sollten ihr angehören. So ward Falk Mitglied der Militärkommission. Es war schwer, die sonstigen Mitglieder zu finden. Beamte weigerten sich; denn für einen Beamten war das eine höchst unliebsame Kommission. Falk sagte sich: „Redliche Pflichterfüllung wird auch hier über den Berg helfen.“ Man mußte sich klar sein, daß, wenn man diesmal das Militärbudget bewilligte, es in Zukunft nicht unbewilligt bleiben konnte, und im eigenen Innern zu der Entscheidung kommen, ob die Organisation unausweichlich war. Schwer wog das Defizit im Staatshaushalt und damit die Deckungsfrage. Die noch nicht erreichte Grundsteuer spielte eine große Rolle. Die Militärkommission tagte unter Binde's Vorsitz. Falk wurde Schriftführer und hatte wieder eine gewaltige Arbeitslast zu bewältigen. Obgleich niemals Mitglied des Heeres gewesen, hatte er sich in ererbter und gewonnener Wertschätzung der Heereseinrichtungen und durch ernste Beschäftigung mit der Materie eine Sachkenntnis erworben, die ihn berechtigte, in der Sitzung vom 28. Mai 1861 das Votum der Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen in der Militärvorlage zu erläutern. Er trat ein für eine budgetmäßige Bewilligung der geforderten, nur wenig verkürzten Summe im Extraordinarium. Er führte aus, daß man im Ordinarium nur eine Ausgabe bewilligen könne, die dauernd bleibe. Hier aber handele es sich bei dieser chronischen Mobilmachung um eine Angelegenheit, die noch nicht völlig abgeschlossen wäre, bis das zu erwartende Gesetz einen bleibenden Zustand geschaffen habe. Die Bewilligung im Extraordinarium wäre für ihn nicht eine Ablehnung der Militärreorganisation, sondern eine Zustimmung. In der Sitzung vom 31. Mai 1861 ward im Sinne Falks die Bewilligung im Extraordinarium ausgesprochen, zugleich aber auch die Regierung verpflichtet, falls sie die zur Reorganisation der Armee ergriffenen Maßregeln aufrechtzuerhalten beabsichtige, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz behufs Abänderung des „Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste“ vorzulegen. An dem sich um dies Gesetz in der Folgezeit erhebenden „Konflikt“ hat Falk als Abgeordneter nicht mehr teilgenommen. Wohl aber fand sein bewilligungsfreudiges Auftreten am 28. Mai 1861, als es galt, im Januar 1872 bei Kaiser und König Wilhelm I. die letzten Zweifel über die Ernennung Falks zum Kultusminister zu beseitigen, einen besonderen Lohn. Als dem Fürsten Bismarck die Zeitungsartikel aus

jener Zeit vorgelegt wurden, in denen Falk wegen seiner Rede heftig angegriffen worden war, konnte er, so wird erzählt, vergnügt ausrufen: „Wohlauf zur Falkenbeize!“

In die Zwischenpausen der Landtagsession fällt noch die Heranziehung zu der umfangreichen Mitarbeit an der Neuauflage des sogenannten „Fünfmännerbuchs“ — so bezeichnet nach den ersten fünf Bearbeitern — durch den letzten Überbleibenden derselben, den Vizepräsidenten des Appellationsgerichts zu Glogau, von Rönne. Es waren dies die „Ergänzungen und Erläuterungen zu den Preussischen Rechtsbüchern“. Mit dem 3. Bande der 4. Auflage zur „Allgemeinen Gerichts-, zur Hypotheken- und Depositionsordnung“ begann er 1859 und beendete diesen Band in harter, mehr als zweijähriger Arbeit. Im Jahre 1861, schon während des ersten Berliner Amtsaufenthalts, folgte der 4. Band der 4. Auflage: „Strafrecht und Strafprozeß“. Und endlich in der Glogauer Zeit 1862—68 kamen auch die ersten zwei Bände der 5. Auflage, das gesamte „Allgemeine Landrecht“ betreffend, an die Reihe; fertig wurden diese erst, wie Falk schon vortragender Rat im Justizministerium war. Das aus dieser Mitarbeit entspringende Honorar war dringend erwünscht, zumal für Milderung des Drucks der Lyder Verhältnisse. Das Wesentlichste aber war für Falk die überaus reiche Belehrung, gerade die Beschäftigung mit juristischen Disziplinen, welche nichts mit seinem staatsanwaltlichen Berufe zu tun hatten. So konnte ihn der Vorwurf juristischer Einseitigkeit nimmer treffen. Er erwarb oder verstärkte dadurch seine Befähigung zu den großen gesetzgeberischen Arbeiten, die seiner warteten.

Als der Landtag bis zum 5. Juni 1861 auseinander ging, hatten sich die Bedenken bezüglich eines gedeihlichen Zusammenwirkens des neu zu wählenden Abgeordnetenhauses mit der Regierung gesteigert. In der eigenen Fraktion, die doch die Hauptstütze der jetzigen Regierung war, traten stärkere Gegensätze auf; einen zeitweiligen Wiederausgleich schuf wesentlich das Eintreten Falks. Aus seinem masurischen Wahlkreise ließen Petitionen ein, die völlig mit Falks Anschauungen im Widerspruch standen. Der Unterschied zwischen Konstitutionalismus und Demokratie, der im Lande schon längst wieder vorhanden war, trat im Hause selbst in dem wütenden Zusammenprall der beiden alten Gegner Binde und Walde scharf zutage. Falk mußte seine Aussichten auf eine Neuwahl für recht zweifelhaft

ansehen. Es wuchs die lang gehegte Sehnsucht nach dem Wechsel seiner amtlichen Stellung. Seine Bemühungen hatten nie ausgelegt. Mancher ihm wohlgesinnter Parlamentarier trat für ihn ein.

Ende des Jahres 1860 wurde die erste Staatsanwaltschaftsstelle am Kammergericht in Berlin frei. Falk bewarb sich darum bei dem Justizminister. Es war das noch Simons. Nach dessen bald danach erfolgendem Rücktritt übernahm von Bernuth seine Stelle. Dieser, auch politisch ihm nahestehend, war Falk wohlgesinnt und ließ ihn am 18. März 1861 rufen. Er eröffnete ihm, er werde ihn zum 1. April zum Staatsanwalt bei dem Kammergericht ernennen und zwar, damit er sein Kammermandat nicht verliere, mit dem bisherigen Gehalte von 900 Talern; nach Schluß der Session werde er aber die Zulage von hundert Talern erhalten. Die Nachricht wurde schnell bekannt und gab bei gewissen Gegnern und Neidern zu häßlichen Auslassungen Anlaß. Im übrigen wurde die Gehaltsabweichung dadurch hinfällig, daß in dem damals schon zur Beratung stehenden Etat das Gehalt aller Staatsanwälte bei den Schwurgerichten vom 1. April 1861 ab auf je tausend Taler festgesetzt wurde.

Der Eindruck der Versetzung Falks bei den Kammergenossen war ein günstiger. Selbst politische Gegner freuten sich für ihn. Man empfand die Berufung als einen Akt der Gerechtigkeit. Die Wertschätzung seiner Person war unbestritten.

Die Breslauer Eltern waren hoch beglückt. Der Gattin Falks kam der ersehnte Wechsel nun fast überraschend und Berlin erschreckte sie. Jetzt, im Augenblicke der Trennung, trat das Gute Lyds mehr in den Vordergrund. Dort ließ man das Falksche Ehepaar nur ungern ziehen. Das Lesefränkchen der Lyder Frauen bereitere seiner Freundin Köschen eine reizende Abschiedsfeier. Noch einmal wurde die „Iphigenie“ gelesen, deren Rolle Rose Falk inne hatte. Zum Schluß wurde sie als die Iphigenie gepriesen, die ein gütiges Geschick ihnen an den Lyder Strand geworfen habe. Aber Lyd blieb ein goldiger Schleier in der Erinnerung leuchtend.

Falk holte die Seinen Mitte Mai 1861 ab. Noch einen Abschiedsabend verbrachte er im Freundeskreise. Dann führte sie Post und Eisenbahn, die nun schon in Insterburg begann, dem Neuen entgegen. Bis Kreuz war die Fahrt gemeinsam. Frau und Kinder fuhren weiter zu den Eltern nach Waldau, Falk selbst unmittelbar nach Berlin. Auch ihm ward von Lyd aus noch eine besondere Ehrung zuteil. Die Stadt ernannte ihn zu ihrem Ehrenbürger.

Es hat sich gar eigenartig gefügt, daß auch Falks Sohn an seinem siebzigsten Geburtstag dies Ehrenbürgerrecht erhielt, in Anerkennung der Tatsache, daß er in der Winterschlacht in Masuren als Kommandeur der 2. Infanterie-Division am 14. Februar 1915 seine Geburtsstadt Lyd von der Russenherrschaft befreien durfte.

Zur Erinnerung an den Staatsanwalt und späteren Staatsminister Dr. Falk trägt auch im neuen Stadtteil Lyds eine Straße seinen Namen.

Schon im April 1861 hatte Falk sich in Berlin eine Wohnung gesichert. Er wählte sie in der Nähe des Kammergerichts, noch nicht ahnend, daß sich seine Amtsarbeit an einer anderen Stätte vollziehen würde. Die Wohnung lag im dritten Stock der Neuenburger Straße 28. Miete und Nebenabgaben betrugen jährlich zweihundert Taler. Ein an das Hinterhaus anschließender Garten, dessen Luftraum sich durch den anstoßenden Kurgarten der Struve-Soltmannschen Mineralwasseranstalt in der Hollmannstraße noch erweiterte, bot in einer bescheidenen Laube den drei Kindern Gelegenheit zum „Spielen und Wühlen“. Vor dem nahen Halleschen Tor — Berlin war noch teilweise von einer Mauer und einer die Bahnhöfe verbindenden Eisenbahn umzogen — gab es noch viel freies Gelände und einladende, bescheidene Erholungsgärten. Schon stand auf dem Kreuzberge, unweit des Befreiungskriegs-Denkmals, die Tivoli-Brauerei. Sonst aber lag der Berg noch frei und gab mit seinen Sandgruben einen wundervollen Spielplatz ab. Auch an den grünen Ufern des Landwehrkanals ließ es sich gut wandern.

Viel lag auf der Gattin, Mutter und Hausfrau. Die Enge der Vermögenslage war drückend. Rose Falk hat auch in dieser Zeit sich wundervoll bewährt. Sie war der gute Geist des Hauses. Raum dachte sie an sich, Mann und Kinder waren ihr alles. Den treu und schwer arbeitenden Gatten umgab sie mit tragender Liebe und ebenbürtigem Verständnis und schuf ihm hier wie allezeit ein friede- und behagenvolles Heim, dankbar auch, wenn sie in seinem Arbeitszimmer nur seinen Rücken schauen durfte. Sein öfter auftretendes Halsleiden, auch vorübergehende nervöse Erschöpfung machten ihr Sorge. Von den Krankheiten der Kinder war im April 1862 das unerklärliche Auftreten von schwerer Meningitis, einer Hirnhautentzündung, bei dem fünfundeinhalbjährigen älteren Sohne Albalbert ein arger Schlag. Der Knabe überwand die Gefahr völlig, blieb nur lange schonungsbedürftig und schulunfähig, um später desto rascher vorwärts zu kommen.

Nur größte Sparsamkeit konnte den als teuer empfundenen Ansprüchen Berlins gerecht werden. Neue Möbelbeschaffungen waren nötig geworden nach dem allzu bescheidenen Lyd; das Honorar Falks für die Arbeit am „Fünfmännerbuch“ hatte geholfen. Geselligkeit wurde auf das Äußerste eingeschränkt. Kaum, daß Falk im Winter eine Abendherrengesellschaft außerhalb des Hauses mitmachte. Genüsse in Theater und Konzert entstanden nur aus Geschenken. Ja, als das Weihnachtsfest 1861 herannahte, mußte der Entschluß gefaßt werden, auf die geringsten Weihnachtsgaben an die auswärtigen Lieben zu verzichten. Schulden drohten. Da — traf am 20. Dezember ein Brief des Justizministers ein mit einer *R e m u n e r a t i o n* von dreihundert Talern und der Ankündigung einer jährlichen *G e h a l t s e r h ö h u n g* von vierhundert Talern. Tief bewegt schrieb Rose Falk ihrer Mutter: „Sei unverzagt, es harret die Hülfe vor der Tür; wenn die Not am größten, ist Gottes Hülfe am nächsten. Nun ist unsere Existenz für alle Zukunft gesichert.“

Die in der Gewährung dieser Zulagen liegende und auch ausdrücklich ausgesprochene Anerkennung von Falks amtlichem Wirken war das Wertvollste an diesem Weihnachtsgeschenk. Dies Wirken aber hatte sich anders, als anfänglich erwartet, gestaltet. Er hat im Kammergericht überhaupt nicht gearbeitet. Schon am Tage des Landtagschlusses am 11. Juni 1861 wurde er zum Minister von Bernuth gerufen und ihm eröffnet, daß er *H i l f s a r b e i t e r i m J u s t i z m i n i s t e r i u m* sein solle. Am 12. Juni erfolgte nach der formellen Einführung und Verpflichtung am Kammergericht die Aufnahme seiner Tätigkeit im Ministerium. Ihm wurde die volle Stellung eines vortragenden Rates übertragen. Das umfangreiche Referat brachte ihm ein für ihn völlig neues Arbeitsfeld der Justizverwaltung. Seine Arbeitsweise war eine vorbildliche. Nie begnügte er sich mit dem Studium des gerade vorliegenden Falles, sondern drang in die Materie durch Attentstudium in vollem Umfange ein. Nur so fühlte er sich Herr der verschiedenen Stoffe werden, nur so konnte er unabhängig werden von dem leicht übergroßen Einflusse der „Geheimen Kalkulatur“ und dazu gelangen, „daß dieses Institut und seine Glieder nicht überlegen auf mich herabsahen“. Das war die Frucht der an den Breslauer Gerichten ihm zuteil gewordenen Erziehung neben eigenster Überzeugung. Diese Arbeitsweise hat er stets festgehalten, insonderheit in vollstem Maße in der Ministerzeit, und sie auch den seiner Anleitung Anvertrauten stets und bringend empfohlen.

Neben anderen Arbeitszweigen lag ihm die Kriminalregistratur, Kriminalassachen aus den Provinzen Pommern, Preußen und Schlesien ob. Gerade aus ihnen erwuchs das größte Arbeitsmaß und zwar durch die „Gnadensachen“, die im Hinblick auf die bevorstehende Krönung König Wilhelms I. einen besonderen Umfang annahmen. Es handelte sich um die Frage, ob dem Könige die Übung seines Begnadigungsrechtes zu empfehlen sei. Besonders tüchtige junge Juristen verdienten sich als Expedienten in der Stellung der sogenannten „Gnadensassessoren“ ihre Sporen. In zweifelhaften bzw. besonders wichtigen Fällen entschied der Minister in gemeinsamer Sitzung, zu der der „ominöse“ Sitzungsrat — abgeschafft erst vom Justizminister Leonhardt — angelegt werden mußte. Bei Todesurteilen ward endlich ein „Conseil“ der Minister, später „Kronrat“, unter Vorsitz des Königs anberaumat. König Wilhelm I. hat von seinem Begnadigungsrechte am 18. Oktober 1861 in edelster Weise Gebrauch gemacht. Galt folgte der Einladung zum Krönungsfeste in Königsberg in Preußen aus finanziellen und Gesundheitsrücksichten nicht. So blieb seine Brust ungeschmückt von der Krönungsmedaille am Bande; er erhielt sie aber zur Erinnerung ohne Band.

Vertretungen verschiedener Räte machten Galt bekannt mit anderen Verwaltungsgebieten des Justizministeriums. Auch die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes, betreffend den „Ansatz der Gerichtskosten für Nachlaßregulierungen“, ward ihm übertragen. Der Entwurf hat dem späteren Gesetze vom 1. Mai 1865 zugrunde gelegen. Verschiedene Referate hatte Galt auch vor dem Gesamtministerium zu halten. Besonderes Interesse erregte ihm eine Sitzung, in der er vor dem damaligen Kronprinzen, späteren Kaiser Friedrich III., der zur Information beiwohnte, zum ersten Male vortragen durfte. Endlich hatte er das Staatsministerium auch in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses zu vertreten. Dazu kam die freiwillig übernommene von Könnesche Bucharbeit. Es war ein großes Tätigkeitsmaß, dessen Loderung nur hohe Familienfesttage erlaubten.

Von den damaligen vortragenden Räten des Justizministeriums seien nur diejenigen genannt, die eine allgemeinere Bedeutung erlangt haben. Geheimer Oberjustizrat Friedberg war der spätere Justizminister, W e v e r der letzte Generalstaatsanwalt vor der Justizreorganisation. Der Geheime Rat P a p e wurde als Präsident des Reichsoberhandelsgerichts der berühmte Vorsitzende der Kommission

für das Bürgerliche Gesetzbuch Deutschlands. Der letzte Geheime Rat und Falks unmittelbarer Vormann in der Hilfsarbeiterstelle war Sydow. Er hatte bis dahin seine Laufbahn im Justizministerium gemacht. Ohne in die betreffenden Stellungen einzutreten, wurde er Kreisrichter und Kreisgerichtsrat in Berlin, dann Appellationsgerichtsrat in Frankfurt a. O. Im Jahre 1861 war er zum vortragenden Rat aufgestiegen. Falk lernte Sydow zuerst in der Petitionskommission kennen, in welcher jener als Schriftführer, dieser als Regierungskommissar tätig war. Falk erzählt: „Er saß mir gegenüber, ein kleiner verwachsener Mann mit einem mächtigen Haupte und in diesem eine klare Stirn; Klugheit sprach aus den Augen, aus ihnen und allen Gesichtszügen Herzengüte und idealer Sinn. Man konnte sein Antlitz zu Zeiten vergleichen mit einem hellen freundlichen Monde. An dem Tage, da ich Sydow zuerst sah, antwortete er auf meinen fragenden Blick nach seiner Person mit Zuwerfen eines Zettels, auf welchem die Worte standen: „Kreisgerichtsrat Sydow“. Schon während meiner ersten Tätigkeit im Ministerium betätigte er seine wohlwollende Gesinnung auch gegen mich. Die Bande zwischen uns wurden im Laufe der Zeiten immer fester. Vortragende Räte waren wir zusammen nur einige Monate im Jahre 1868. Dann wurde Sydow als von Könnes Nachfolger Vizepräsident des Appellationsgerichts in Glogau, später Präsident desselben Gerichtshofes zu Münster in Westfalen. Von hier konnte ich ihn zuerst zum Direktor, dann zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium berufen. Den größten Teil jener ersten Jahre stand er mir zur Seite: er ist mein teuerster Freund geworden.“

Neben Falks Tätigkeit in seinem Amt ist auch seiner Beteiligung an der Wahlbewegung in Berlin für die im Dezember 1861 bevorstehenden Neuwahlen zu gedenken. Berlin wurde schon damals von der eben gegründeten Fortschrittspartei beherrscht. Sie verstand sich auf geschickte Agitation. Dazu gehörte, daß sie nicht wahlbezirksweise, sondern in den umfassenderen Stadtbezirken ihre Versammlungen abhielt. Als Urwähler ging Falk auch in eine solche Versammlung, in der nach einer Liste, die auch seinen Namen enthielt, gegen das Ministerium und alle ihm zugetanen Abgeordneten losgezogen wurde. Als von jemandem auch er als Wahlmann vorgeschlagen wurde, ergriff er tapfer das Wort und sagte den Aufgeregten deutlich seine Meinung. Ganz offen schwamm er gegen den Strom. Und „wer Mut bezeugt, macht auch bei den Gegnern Eindruck“. Man hörte ruhig zu

und — nahm ihn unter die Wahlmannskandidaten auf. Tatsächlich wurde er dann in seinem Wahlbezirk zur großen Überraschung der Fortschrittler sogar gegen einen Mann wie Theodor Mommsen zum Wahlmann erkoren. Als die Wahlmänner zusammentraten, die nicht zur Fortschrittspartei gehörten, wurde Falk zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Um einen eigenen Kandidaten durchzusetzen, war ihre Zahl zu gering. Sie konnten nur einem Manne gemäßigter Richtung ihre Stimmen zuwenden.

Der Ausfall der Wahlen schien zunächst für das Ministerium nicht ungünstig. Indes seine Stellung wurde immer schwerer; dem Abgeordnetenhaus ging es, wie früher, nicht weit genug, dem Könige zu weit. Auch der Becker'sche Mordversuch auf den König in Baden-Baden, März 1862, wirkte verstimmend. Die Hoffnung, mit diesem Ministerium oder durch dasselbe die Militärfrage im Sinne des Königs zu lösen, war bei diesem dem Erlöschen nahe. Als nun das Abgeordnetenhaus trotz bestimmten Entgegentretens des Ministeriums eine größere Zerlegung der Titel des Staatshaushaltsetats und damit eine die Freiheit der Verwendung der Gelder seitens der Regierung bzw. der Krone allzu sehr beschränkende Kontrolle verlangte, schlug das Ministerium dem König die Auflösung des Abgeordnetenhauses vor. Sie erfolgte am 11. März 1862. Uneinigkeit herrschte im Ministerium über das, was nun geschehen solle. Der Kultusminister von Bethmann-Hollweg war schon vorher ausgeschieden. Es kam zu keinem gemeinsamen Programm, das dem König vorzulegen war. Eine Majorität — von Auerswald, von Patow, Graf Pückler, Graf Schwerin, von Bernuth — stand einer Minorität — von der Heydt, Graf Bernstorff, von Roon — gegenüber. Der König billigte das Programm der letzteren. Die Folge war, daß dies Ministerium, das sogenannte Ministerium der Neuen Ara, dem seit November 1858 der Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen präsiidiert hatte, zurücktrat. An der Spitze des neuen Ministeriums stand der Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen, bis er im Herbst 1862 dem späteren eisernen Kanzler Otto von Bismarck-Schönhausen Platz machte. Mitglieder wurden: von der Heydt, von Roon, Graf Bernstorff, Graf von Hohenplitz, von Mühler, Graf zur Lippe, von Jagow.

Ein Westen prophezeite in einer Gesellschaft Falk gegenüber diesem Ministerium eine kurze Dauer und nannte es: „Das Ministerium der höchsten Verlogenheit.“ Falk erwiderte ihm: „Man werde

über die lange Lebensdauer dieses Ministeriums erstaunt sein“. Er hat Recht behalten. Es war das Ministerium der Konfliktzeit.

Für Falk war der Wechsel bedeutsam. Er verlor in von Bernuth einen warmen Gönner, der ihm auch weiter zugetan blieb, später den Justizminister Leonhardt auf ihn hinwies und ihn in den kirchenpolitischen Kämpfen der siebziger Jahre als Mitglied des Herrenhauses tapfer unterstützte. Falk fühlte sich ihm zu nie verlöschender Dankbarkeit verpflichtet. Nun trat Graf zur Lippe, der bisherige Präsident des Kammergerichts, an seine Stelle, ein Mann stark konservativer politischer Richtung. Er hatte ein wenig verbindliches Wesen und war in Richterkreisen nicht beliebt. Es war ihm zuwider, daß so viele Richter, zumal der ersten Instanz, also Kreisrichter, sich in das Abgeordnetenhaus wählen ließen, sprach man doch, wie früher von einer „Landratskammer“, so jetzt von einer „Kreisrichterammer“. Wie würde Falk mit ihm auskommen? Da dieser wenige Monate nach dem Ministerwechsel Appellationsgerichtsrat in Glogau wurde, möchte man geneigt sein, die Frage in ungünstigem Sinne zu beantworten. Das aber war keineswegs der Fall. Falk hat sich in keiner Weise über den Grafen zur Lippe zu beklagen gehabt. Im Gegenteil ist ihm damals und später — wenn er auch sein politischer Gegner war — mancher Beweis von Wohlwollen, sogar von Vertrauen zuteil geworden. „Graf zur Lippe war zu sehr Beamter, um nicht anzuerkennen, wenn ein anderer Beamter nicht nur seine Amtspflicht erfüllte, sondern auch in allen anderen Beziehungen bewies, daß er wußte und tat, was er seinem Amte schuldig war.“ Es war noch vor der Ministerernennung gewesen, als Falk, von der Tribüne des Abgeordnetenhauses kommend, wo er die Auflösungsorder eben vernommen hatte, den Grafen auf der Straße traf und ihm die erste Mitteilung vom Geschehenen machte. Falk begleitend und zur Zurückbegleitung veranlassend, „räumte er, wie man zu sagen pflegt, sein Herz von allem ab, was ihn amtlich bedrückt oder verletzt haben mochte“. Er scheute sich auch nicht, gegen einzelne Beamte des Justizministeriums, so über den Geheimen Rat Friedberg, einem starken Mißwollen freien Ausdruck zu geben. Nach einer Woche war Graf Lippe Justizminister. Der Inhalt jenes Gespräches ist niemandem mitgeteilt worden, nur dem Geheimen Rat Friedberg deutete Falk an, daß er Grund zu der Meinung habe, es werde dem neuen Minister angenehm sein, wenn er ihm sein Referat, zu welchem insbesondere die politischen

Angelegenheiten gehörten, zur Verfügung stelle. Das geschah; es wurde einfach ein Arbeitstausch vorgenommen — und Minister und Rat waren befriedigt. Als man seitens der Fortschrittspartei, mit deren Tendenzen Falk nie etwas zu tun haben wollte, ihn hinterrücks und unoffen in den neu anhebenden Wahlkampf hineinziehen wollte, indem sie ihn in der Presse als Vorstandsmitglied ihres Komitees ausschrieb, mußte auch Falk die Presse zu Hilfe nehmen, um zu erklären, daß er weder in der Versammlung gewesen sei, in der das Komitee gewählt wurde, noch die Wahl angenommen habe. Wegen dieser Angelegenheit hat Graf Lippe niemals ein Wort gegen ihn verloren. Als Falk Ende September 1862 aus dem Justizministerium schied, gab er ihm ein Abschiedessen. Daß er im Jahre 1864 und von da ab alljährlich Schwurgerichtsvorsitzender wurde, verdankt er dem Grafen Lippe. Falks Lebensweg hat ihn noch wiederholt mit dem Grafen als Herrenhausmitglied in Berührung gebracht. Daß derselbe zu den grundsätzlichen Gegnern Falks als Minister zählte, ist begreiflich.

Eines Tages im Juli 1862 fragte Graf Lippe Falk, ob er Appellationsgerichtsrat in Glogau werden wolle. Falk zögerte mit der bejahenden Antwort keinen Augenblick. Mit diesem zeitigen Eintritt in ein höheres Richteramt war zugleich der Wiedergewinn der schlesischen Heimat, die Nähe Breslaus, die Nähe seiner Eltern verbunden. Auf Anregung und Bitte des Vizepräsidenten von Rönne, der Falk gern in Glogau haben wollte, hatte der Erste Präsident des dortigen Appellationsgerichtes, Graf Rittberg, diesen Wunsch bei dem Justizminister unterstützt. Dieser selbst hatte das Bedürfnis, im Ministerium einen Mann neben sich zu haben, welchen sein Vertrauen gewählt hatte. Einen vortragenden Rat konnte er nicht entfernen, um den erforderlichen Platz zu schaffen, nur den nicht fest angestellten ständigen Hilfsarbeiter. Die Wahl Graf Lippes galt dem Appellationsgerichtsrat von Brandenstein in Frankfurt a. O.

Unter dem 24. Juli 1862 wurde Falk von König Wilhelm I. zum Appellationsgerichtsrat ernannt und erhielt am 31. die Weisung, am 1. Oktober sein Amt dort anzutreten.

Falks Gattin nahm die Nachricht glückstrahlend auf. Ihrer alten, schon tränklichen Mutter schrieb sie:

„Nur zu mein Schiff, nur fröhlich zu durch Sturm und Nebelrauch!
In deinen raschen Segeln der Wind ist Gottes Hauch!“

„Daß wir den Staub schütteln dürfen von unseren Füßen über diese Stadt, die meinem Manne viel Ehre, sonst aber uns Nichts gebracht hat, als müh- und arbeitsvolle Tage und unzählige angstdurchwachte Nächte, — deren Mauern und ausgedehnte Steinhaufen uns der Erquickung der Natur und des Balsams gemüthlicher Freundschaft beraubten! Euch, Ihr Geliebten näher zu kommen, wirklich um einige Stunden näher, das ist für mich der vorwiegende Gedanke, der alles, was drum und dran hängt, mich schon im goldenen Lichte sehen läßt.“ Der Schwiegermutter erschien er gar zu jung: „Ich bin ordentlich erschrocken, es geht mir allzu geschwind. Nun Gottes Segen! Ach, es werden ihn viele beneiden, das merke ich schon.“ In der That war Falk jung, als Assessor zählte er eben zwölf Jahre, als Mann noch nicht ganz fünfunddreißig. Aber er hat bewiesen, daß er nicht zu jung war. Der väterliche Ehrgeiz mag sich wohl in Gedanken bewegt haben, wie, daß es schöner gewesen wäre, er hätte im Ministerium bleiben können, wie es bei Freund Sydow gewesen war. Aber die Eltern waren doch voller Freude. „Einem tüchtigen Manne wie Dir muß und wird alles zum Besten dienen“, schrieb der Vater.

Das Wort war und blieb wahr! Der Inhalt des Glogauer Lebens zeigte es. Schon das war ein Segen, daß Falk während der sogenannten Konfliktzeit nicht im Ministerium war. In welche Schwierigkeiten, in welche inneren und äußeren Gegensätze wäre er geraten bei seiner Vergangenheit! Jahre härtester innerer Kämpfe, tiefster Mißbefriedigung wären sein Teil gewesen.

Nach kurzen Erholungswochen im August 1861, die ihn über Glogau, wo er eine Wohnung mietete, zu den schlesischen Verwandten und über das Riesen- und Isergebirge bis ins Böhmisches führten, brach die Familie am 1. Oktober von Berlin auf. Frau und Kinder fuhren nach Waldbau, Falk unmittelbar nach G l o g a u. Noch war die Stadt eine wohl erhaltene, von Wall und Graben eng umzogene Festung. Die eigentliche Stadt liegt auf dem linken Oderufer und war umschlossen von einem mit alten Bäumen bestandenen Glacis; deren Niederlegung wurde 1866, als der deutsche Krieg ausbrach, schmerzlich empfunden. Noch aber bot es die schönsten Spaziergänge, zu denen auch die nähere und weitere Umgebung, auch die Oberdämme lockten. Auf dem anderen Oderufer lag die sogenannte Dominsel, die, als Brückenkopf ausgestaltet, die Nordseite bedeckte. Das Innere der Stadt mit den hohen Häusern an engen, aber sauberen Straßen,

gereicht um den üblichen schlesischen Ring (Markt), erinnerte an Alt-Breslau.

Drei Wohnungen hat Galt nacheinander inne gehabt. Die zuerst bezogene lag in der Mühlenstraße 173. In diese führte ihm seine Frau nach mehrwöchigem Aufenthalt im Waldbauer Pfarrhause die drei Kinder im elterlichen Wagen zu. Die Wohnung bestand aus drei Zimmern, einer Kammer, einer Dachstube und kostete einhundert- undfünfzig Taler. Ende 1865 zwang Verkauf des Hauses zum Umzug in das Flemmingsche Haus in der Großen Kirchstraße, an der Preussischen Straße. Die letzte Wohnung lag am Markt im Hause des Kaufmanns Bauer, nur durch dessen Laden zugänglich. Auch diese Wohnungen waren von etwa gleicher Größe; der Mietpreis betrug je zweihundert Taler. Umzugsgelder gab es damals nur in unzureichendem Maße. Die vorgeschriebenen wurden gekürzt, wenn das Gehalt sich erhöhte, oder fielen ganz fort, wenn diese Erhöhung groß erschien. Das war bei der nächsten Verlegung nach Berlin der Fall.

Galt mußte sich auch in Glogau sehr einrichten. Waren die Berliner Einnahmen durch Zulage auf eintaufendvierhundert Taler gestiegen, so betrugen sie jetzt nur eintaufendzweihundert, eine Summe, die sich bis 1867 um dreihundert Taler erhöhte. Aus der amtlichen Verwaltung einer Stiftung ergaben sich 50—100 Taler. Das schwer erarbeitete Honorar für das „Günsmännerbuch“ kam dazu. Kleine Überschüsse ergaben sich später auch aus den Reisen zu auswärtigen Schwurgerichten. Sie kamen den Sparkassen der Kinder zugute. Die Anforderungen stiegen durch die Stellung, durch das Heranwachsen der Kinder und Krankheiten. Zwei Jahre lebte auch ein Nefse Galts, des verstorbenen Bruders Georg Sohn Ludwig, im Hause, der in späterer Zeit dem treuen Oheim schwere Sorge bereitet hat und nach Amerika ausgewandert ist.

Schwer lag es der vielbelasteten, nie ermüdenden Gattin auf dem Herzen, daß sie nicht mitverdienen konnte. Das findet einmal in einem Briefe an ihren Mann, der sich beim konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes in Berlin befand, einen ihr ganzes Wesen kennzeichnenden, rührenden Ausdruck. Sie schreibt am 28. Februar 1867: „Ich hab' Dich namenlos lieb, ja für die Art, wie ich Dein gedenke, ist Liebe eine viel zu schwache Bezeichnung. Es ist ein Gemisch von Verehrung und Schwärmerei — und das läßt Du Dir von Deinem alten, treuen Weiblein gewiß gefallen? Die innigste Dankbarkeit ist auch kein kleines Teil in dieser Mischung, und es tut mir nur leid, daß

ich sie nicht in wirklichem Gelde abtragen kann. Du hast mich zwar oft an meine Gewissenhaftigkeit in der Führung des Hauses und Hütung der Kinder gewiesen und mich damit trösten wollen; aber was ich da tue, ist doch alles nur meine Pflicht, und ich hätte doch gern einmal etwas darüber getan.“ So erwies sie sich zu allen Zeiten als die treu fürsorgende und verständnisvolle Gefährtin und Vertraute seines Lebens. Falk kannte kein Geheimnis vor ihr. Das bewährte sich zumal in den schweren parlamentarischen Kämpfen der siebziger Jahre. Wie oft hat er da dem Gedächtnis einzuprägende wichtige Stücke einer sonst frei gehaltenen Rede zuvor seiner Frau vorgetragen.

Von allem Schweren, was über das Falksche Ehepaar kam, haben sich die Beiden, das Mutterherz nach schwerem Niederdruck, in köstlichem Gottvertrauen immer wieder erhoben. Herbeste Erfahrungen brachte Glogau. Am 3. Juni 1863 erlag die geliebte Mutter Passow einem Herzleiden in hohem Alter. In der Nacht vom 12. zum 13. Dezember 1863 wurde den Beiden der zweite Sohn Julius im sechsten Lebensjahre durch die damals neue Geißel der Kinderwelt, die Diphtheritis, geraubt. Es war ein Knabe „von sprühendem Geist, warmem Herzen, erquickendem Äußeren, köstlich gesund, aller Liebling“. So schildert ihn Falk selbst. „Engelrein und engelgleich“ nennt ihn des Kindes Großvater. Am 7. März 1864 war ein Ersatzkindchen geboren, das den Namen *H e l e n e* erhielt. Es entglitt nächtlich der Amme aus dem Einbund und erlag am 12. Dezember 1864 der erlittenen Gehirnerschütterung. Unendlich litt vor allem die Mutter. Am 15. August 1866 ward ihr letztes Kind, *J u l i e*, geboren; ein Herzenstrost. So vermochte sie ihrem Manne im März 1867 zu schreiben: „Wir haben schweres miteinander erlebt, aber die Lieblinge sind uns nicht verloren, sondern aufbewahrt zu seligem Wiedersehen. Wir dürfen uns freuen auf die Ewigkeit.“

J u l i e gedieh zu der Eltern Freude. Mit der ältesten Tochter *M a r i e* wurden die Eltern schwer getroffen durch deren Erkrankung am Weistanz. Immer wieder drohten die qualvollen, den ganzen Körper lähmenden Anfälle. Sieben Jahre dauerte es, ehe volle Heilung erreicht war.

Auch *U d a l b e r t*, der nun einzige Sohn, noch geschwächt von der Berliner Erkrankung, blieb von Krankheit in Glogau nicht verschont. Schon auf der ersten Fahrt von Walbau nach Glogau zog er sich durch Erkältung eine schmerzhaft Entzündung der äußeren Gehörgänge beider Ohren zu. Sie brachte ihm eine nicht alsbald

erkannte Verringerung der Hörfähigkeit des rechten Ohres und damit manche Schulnot. Nach nur einundeinhalbjährigem Besuch einer Vorschule machte er bis zur Untertertiareise das evangelische Gymnasium in Glogau durch.

Freude und Wohltat erwuchs dem Ehepaar Falk und zugleich der gesamten schlesischen Verwandtschaft aus der Nähe Glogaus zu Breslau und Waldbau. Rose Falk konnte mehrmals Breslau besuchen und 1863 ihre alte Mutter noch einmal sehen. Die Breslauer Schwestern Anna und Alara kamen zuweilen zur Hilfe ins Haus. Vornehmlich aber war Waldbau der Quell reicher Liebe und Erholung. Die Pfarrkutsche, die langsame Journaliere, die schnelle Post ließen die acht Meilen leicht überwinden. Die Ferienzeiten der Kinder wurden meist dort verbracht. Die Waldauer Eltern sprachen manchemal in Glogau vor. Der Vater vollzog die heiligen Handlungen bei Taufen und Todesfällen, brachte Erhebung, Trost und Segen. Falk selbst benutzte alljährlich die auf ihn fallenden, dem Arbeitsbelasteten so notwendigen, drei Erholungswochen, die ihn in kräftigen Wanderungen durch das Riesengebirge und die zu beiden Seiten angrenzenden Bergzüge bis ins Böhmerland führten, dazu, seine Eltern zu besuchen. Auch die Liegnitzer Schwurgerichte führten ihn dorthin. Als Acht- und Neunjähriger durfte auch sein Junge Albalbert ihn in die Berge begleiten. 1865 holte Falk sein Köschchen in Waldbau ab und führte es in das Zittauer Gebirge, auf daß „ihre wunde Seele in Gottes herrlicher Natur sich zur Genesung vorbereiten“ könne.

Im selben Jahre suchte Falk seinen Bruder Viktor in Waldburg auf, der dort im Dienste der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn beschäftigt war. Viktor Falk wollte nach erreichter Prima-reise 1849 in die eben neu geschaffene, aber allzu schnell wieder verschwundene deutsche Flotte eintreten. Dem Seemannsvoratz blieb er treu und trat in die Bremer Handelsmarine ein. Er brachte es bis zur Ablegung der Kapitänsprüfung. Kurz vor Erreichung der selbständigen Schiffsführung zwang ihn sein durch schwere Ruhr geschwächter Körper, 33 Jahr alt, den Beruf aufzugeben. Seinem Bruder Albalbert gelang es mit Hilfe des ihm zu Dank verpflichteten und befreundeten Direktors der genannten Eisenbahn Glauer ihn in deren Dienst unterzubringen. Zuletzt als Eisenbahnbetriebskontrollleur hat er dort sein Leben, glücklich verheiratet, bis zu seinem Tode 1888 zugebracht. Nur eine Tochter hat ihn überlebt, die als Studienrätin in Waldburg lebt.

Gleich Viktor war auch ein jüngerer Bruder, **Eberhard**, als siebzehnjähriger dem Seemannsdrange gefolgt. Er nahm als Steward, das ist Kajütenjunge, Dienst, verließ am 31. Oktober 1854 Bremerhaven und starb bereits am 28. Dezember in Puerto-Cabello (Venezuela) am gelben Fieber.

Auch seinen Bruder **Konradin** besuchte Falk auf einer seiner Gebirgsreisen 1867 in Fischbach, wo er als Postbeamter tätig war. Dieser Bruder hatte als Kind einen Schädelbruch erlitten, war aber am Leben geblieben zu seinem und der Angehörigen Ansehen. Er blieb ein unsteter Psychopath. Die Sorge um ihn hat schwer auf dem ältesten Bruder gelegen. Bald siebzigjährig ist Konradin in einer Pflgeanstalt verstorben.

Die Schwestern **Franziska** und **Magdalene** besuchten auch das geschwisterliche Haus in Glogau und nahmen sich der Kinder in Waldau an. **Franziska** überlebte den Bruder und starb unvermählt wenige Wochen vor ihrem 77. Geburtstage zu Berlin. **Magdalene**, dem Bruder **Adalbert** besonders nahestehend, erlag als Gattin des Geheimen Baurats **Bernhard Kühn** erst siebenundfünfzigjährig plötzlich einer sie niederwerfenden Milliar-tuberkulose.

Der gesellige Verkehr Falks in Glogau beschränkte sich auf das dringendste. Selbst in der allgemeinen „Ressource“ Mitglied zu werden, versagte man sich. Hin und wieder ging Falk, des Meinungsaustausches wegen, in eine der einfachen Bier- oder Weinstuben, wo er Herren aller Stände traf. Selbst luden Falks nur so ein, daß die Damen zum Kaffee, die Herren zum einfachen Abendessen geladen wurden. Damit erwiderten sie die umfangreicheren Gesellschaften anderer. Am prunkvollsten und steifsten ging es her im alten Pfaffen-schlosse nahe dem Obertore, wo der Divisionskommandeur und der Präsident des Appellationsgerichts **Graf Rittberg** wohnten. Er war das Bild eines feinen, aristokratischen Mannes, ihre Erzelenz eine einfache, Zutrauen erweckende Frau. Aber **Rose Falk** fühlte sich in Räumen „mit Sammet- und Plüschseffeln und -sophas“, als „Attributen erkältender Vornehmheit“ nicht wohl, bis — sie selbst einmal von solcher Ausstattung umgeben war. Nur mit wenigen kam es zu einem näheren Verkehr. Das gilt vornehmlich von der Familie des Falk längst zugetanen Vizepräsidenten **von Rönne** und seiner Gattin. Auch die drei evangelischen Pastoren standen ihnen näher, der würdige Superintendent **Rähler**, der Pastor **von Cölln**,

dessen Frau als Tochter des Superintendenten Haade in Schweidnitz, eines Freundes des Konsistorialrats Falk, der der Familie längst befreundet war, und Pastor Bartsch, ein Schulfreund Falks. Auch der Direktor des evangelischen Gymnasiums, späterer Berliner Schularat, Klix und seine Frau gehören hierher. Den elf Appellationsgerichtsräten gegenüber, die Falk vorsand, war es schwer für ihn, den Ton kollegialischer Gleichheit zu finden. Denn alle waren erheblich älter wie er, der jüngste um sieben Jahre. Trotz freundlicher Stellung zueinander blieb es bei einem formellen Verkehr. Später besserte sich dies Verhältnis durch eintretenden Wechsel.

Als Falk sich bei seinem Präsidenten zum Dienstantritt meldete, hielt dieser, der sich stets bemühte, niemals bei der Regierung Anstoß zu erregen, für angebracht, Falk, den er „für demokratisch angehaucht“ halten mochte, darauf aufmerksam zu machen, „daß er mit gleicher Gerechtigkeit über Demokraten, Konstitutionelle und Konservative zu richten habe“. Falk erwiderte etwa: „Wer in so schwierigen Verhältnissen, wie die im Justizministerium für ihn in der letzten Zeit geworden seien, gewußt habe, sich richtig zu halten, werde das unter dem ungleich leichteren in Glogau auch vermögen.“ Graf Rittbergs Mißtrauen ging so weit, daß er sich nicht traute, Falk auf die Liste der Schwurgerichtsvorsitzenden zu setzen, bis im Jahre 1864 der Justizminister Graf Lippe persönlich einen Namen strich und dafür „Falk“ setzte. Dann aber hat Graf Rittberg ihn in jeder Weise gefördert. Bald qualifizierte er ihn als „für höhere Stellen geeignet“. Ende 1867 hat Graf Rittberg als Herrenhausmitglied in einer Rede die Mängel der preußischen „Depositallordnung“ angegriffen und ist dann gefragt worden, ob er jemand wisse, der dieselben wegbringen könne. Darauf hat er Falk genannt. Der neue Justizminister Leonhardt erkundigte sich bei den Räten des Ministeriums und bei seinem Vorgänger von Bernuth nach Falk. So wurde diesem später erzählt. Jedenfalls fragte ihn Graf Rittberg nach seiner winterlichen Rückkehr, etwa Januar 1868, ob er in das Justizministerium zurückkehren wolle. Seine Bejahung unter der Voraussetzung des definitiven Eintritts hat Graf Rittberg dann nach Berlin gemeldet. Er hat Falk als Minister auch im Herrenhause unterstützt. Falk hatte später die Freude, daß er den Justizminister Leonhardt begleiten konnte, als dieser zur Beglückwünschung des Grafen Rittberg an seinem fünfzigjährigen Dienstjubiläum, 19. September 1868, nach Glogau fuhr. Dieser ist bis zur Justizreorganisation

1879 im Amte geblieben, hat also noch das sechzigjährige Jubiläum feiern können.

Falk waren übertragen die Rechtsangelegenheiten der Kreisgerichte Sagan und Rothenburg, zuletzt auch Glogau; Disziplinarsachen wider Richter, in denen es sich ohne Ausnahme um ihr politisches Verhalten in der Konfliktzeit handelte; Gefängnisrevisionen; Revisionen der Depositionsbücher der Rechtsanwälte und der Geschäftsführung der Notare. Er war Mitglied des Zivilsenats, im Kriminalsenat nur vertretungsweise. Zu Verwaltungsangelegenheiten wurde er erst in den letzten Monaten der Glogauer Zeit herangezogen, vermutlich im Hinblick auf seine bevorstehende Berufung in das Ministerium. Auch Prüfungen der Subalternbeamten, der Auskultatoren und Referendare lagen ihm ob. Von besonderem Interesse war Falk das Dezernat in betreff des „Handelsgesetzbuchs“, welches erst seit dem 1. März 1862 galt, und das er auf diese Weise genau kennen lernte. Auch Fideikommiss und Stiftungen unterstanden seiner Aufsicht. Über den „Entwurf einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den Preussischen Staat“ wurde von ihm ein Gutachten verlangt; eine harte Arbeit neben den übrigen. Eine neue Äußerung wurde im Dezember 1867 vom neuen Justizminister Leonhardt erbeten.

Das Bedeutsamste aber wurden für Falk die Zeiten als Schwurgerichtsvorsitzender. Dies Amt hat er an fünf Orten: Glogau, Bunzlau, Görlitz, Grünberg und vor allem Liegnitz ausgeübt. Es war für ihn eine gern geübte Tätigkeit und keine fremde Arbeit, knüpfte sie doch an die vor wenigen Jahren erst verlassene Lyder Tätigkeit an. Falk empfand die Schwere des Amtes in vollem Maße. Eine übergroße Verantwortung fühlte er auf sich ruhen. Einerseits sollte er ganz objektiv sein und eine Beeinflussung der Geschworenen peinlich vermeiden, andererseits war er verpflichtet, sie so zu belehren und anzuleiten, daß ein Fehlspruch möglichst ausgeschlossen war. Diese Forderung grenzt an das subjektive Gebiet. Er hat die Aufgabe musterhaft gelöst. Auf das Gewissenhafteste ging er vor. Er reihte die Tatsachen so klar aneinander, daß der logische Schluß unausgesprochen auf der Hand lag und kaum übergangen werden konnte. So übte er eine große, fast zwingende Macht aus. Die Geschworenen stellten ihn ungemein hoch. Die Verbrecher fürchteten ihn. Die Verteidiger rieten in zweifelhaften Fällen ihren Klienten, möglichst sich so einzurichten, daß sie nicht vor Falk kämen. Auch rein menschlich wußte er zu wirken. Von paßendem Eindruck ist folgender Fall. Es

stand ein Angeklagter wegen Falschmünzerei vor dem Glogauer Schwurgericht: „Hauptzeuge war ein sechsjähriges Kind. Es war so beeinflusst von der fremden Umgebung, daß ich keine Antwort von ihm zu erhalten vermochte. Da verschob ich seine Vernehmung und erledigte zuerst das übrige Beweismaterial. Währenddessen ließ ich einen Kindertisch von Hause holen, Sand und Formen, in welche der Sand gefüllt werden konnte, sowie anderes geeignetes Spielzeug, und zeigte dem Kinde, wie es spielen sollte. Es ward immer unbefangener während seiner anscheinend unbeachteten Beschäftigung. Endlich ließ es sich von mir auf den Arm nehmen und erzählte den Geschworenen, was es gesehen. Das war derartig, daß es ein Kind niemals hätte erzählen können, wenn es das Erzählte nicht erlebt hätte. Das Geschick des Angeklagten erfüllte sich, von mir aber ward gesagt: „ein reizender Schwurgerichtspräsident.“ Der stolze Vater schrieb dem Sohne nach der ersten Sitzungsperiode in Liegnitz — der ersten, die er überhaupt leitete —: „In Liegnitz ist unter den Juristen nur eine Stimme, daß Dir unter den Schwurgerichtsvorsitzenden, die dort fungiert haben, unbestritten die Palme gebühre. Wenn mir Gott noch einige Jahre schenkt, so hoffe ich noch von meinem Sohne, „dem Präsidenten“, reden zu können, wenn nicht gar von „dem Minister“. Du wirst den Platz sicher besser ausfüllen, als mancher andere. Übrigens tönt ja aus Deiner Jugendzeit auch eine Stimme der Weisagung heraus, die da ruft: Minister Necker.“ Konsistorialrat Falk hat die Ernennung seines Sohnes zum Kultusminister noch erlebt.

Die Tätigkeit als Schwurgerichtsvorsitzender machte Falk weit bekannt. Das durch sie erworbene Ansehen trug wesentlich bei zu seiner Wahl als Abgeordneter für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Otto von Bismarck war am Ruder der preußischen Regierung, noch von vielen der Besten nicht erkannt, verschrien als „Junke“, der sich eine Blöße nach der anderen gäbe. Im Inneren gährte der Konflikt wegen der Militärfrage weiter. Die oktroyierte Verordnung betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften steigerte die Erregung. Nach außen wurde Bismarcks Haltung während des Polenaufstandes in Rußland 1863 von vielen noch nicht als ein Glied des Bandes gewürdigt, an welchem Rußland Preußen wieder näher geführt wurde. Das Fernbleiben König Wilhelms I. vom Frankfurter Fürstentongreß im August 1863 wurde von allen

echt preußisch Empfindenden schon mehr gewürdigt als Ablehnung einer Unterordnung und Betonung der Gleichberechtigung Preußens gegenüber Österreich. Die schleswig-holsteinische Frage wurde brennend. Ihre Lösung im dänischen Kriege 1864 bereitete die Lösung auch der deutschen Frage vor. Der Ruf von Düppel und Alsen hallte durch ganz Deutschland. Das Preußenbewußtsein wuchs. „Bismarck ist doch nicht ganz ohne“, hieß es bei manchem bisherigen Zweifler. Auch Glogau sah dänische Gefangene.

Trotz 1864 wurde Anfang Mai 1865 die Militärvorlage vom Abgeordnetenhaufe wieder verworfen. Aber auch der König blieb eisern. Die steigende Kriegsgefahr wurde durch die Gasteiner Konvention noch einmal aufgeschoben. Am 16. Mai 1866 erregte das Attentat Karl Blinds auf Bismarck die Gemüter; seine Errettung erschien wie ein Wunder. Da kam der Krieg!

In dieser Zeit war es Falk, der längst den nahenden Krieg als eine unbedingt notwendige Auseinandersetzung zwischen Preußen und Österreich ansah und das, wo er nur konnte, in Glogau aussprach, „nicht nur unbedingt notwendig vom Standpunkte der Ordnung unerträglich gewordener Zustände, sondern auch und vornehmlich vom weltgeschichtlichen Standpunkte aus. Die genaue Kenntnis der Geschichte gerade in dieser Richtung ließ mir keinen Zweifel, daß es in der Weltordnung liege, die deutschen Stämme unter Preußens Führung zu einen. Und bei solcher Anschauung konnte ich auch keine andere Überzeugung hegen, als die, daß wir in dem bevorstehenden Kampfe siegen würden. Ich habe diese Überzeugung — ich möchte sagen — damals auf allen Gassen gepredigt, meist zweifelhaft angeschaut, mit Achselzucken, auch mit unfreundlichem Worte begrüßt“. Das wurde auch dann kaum anders, als das so demokratisch angehauchte Breslau unter Führung seines Oberbürgermeisters Nobrecht und seines fortschrittlichen Abgeordneten Ziegler mutig und preußisch seiner Pflichten gegen das Vaterland gedachte. Falk stand fast allein in Glogau. Nicht lange währte es, daß das, was er überall aussprach, Wirklichkeit war. „Nun betrachtete man mich wie ein Stück Prophet und diese Meinung ward von Einfluß auf mein eigenes Leben“, nämlich auf die kommende Wahl.

Innerhalb weniger Wochen hatte sich ein Riesenstück Weltgeschichte abgespielt. Und der innere Konflikt wurde am 3. September 1866 durch die Bewilligung der von der Regierung nachgesuchten Indemnität im Abgeordnetenhaufe mit einem Schlage beseitigt.

Die in Glogau drohende Cholera-Gefahr war durch schnellen Abtransport der österreichischen Gefangenen beschworen worden.

Der Norddeutsche Bund war geschaffen. Er mußte sich eine Verfassung geben. Die ersten Wahlen zum Reichstag, zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes wurden ausgeschrieben. Sie sollten vor sich gehen nach dem Wahlgesetz, wie es einst von der Frankfurter Versammlung im Jahre 1848/49 beschlossen war, das ist aus unmittelbaren Wahlen und dem allgemeinen, gleichen Stimmrecht. Man stand vor etwas ganz Unbekanntem. Wie sollte man die entscheidende Masse auf bestimmte Personen hinlenken? Für Glogau löste sich die Sache leicht. Man hielt, schon aus Pflicht der Dankbarkeit, an dem bisherigen Landtagsabgeordneten fest; das war der verdiente oppositionelle Abgeordnete Rechtsanwalt Haack. Die Gegner erhofften von Appellationsgerichtsrat Dr. Falk, daß er imstande sein werde, diesen zu besiegen. So zurückhaltend Falk auch in der Glogauer Zeit vom politischen Leben geblieben war, man wußte von seiner früheren Abgeordneteneigenschaft. Sein Ansehen stand fest. Seine Würdigung des Kampfes mit Österreich war noch in frischem Gedächtnis. Als Schwurgerichtsvorsitzender war sein Name weit bekannt. Die Organe der Regierung, der die Wahl Haacks sehr unerwünscht gewesen wäre, traten in dem Wahlkampf für ihn ein. In der zweiten Woche des Januars 1867 erschien der Regierungspräsident Graf Zedlitz aus Liegnitz bei Falk und bat ihn, eine Wahl zum Reichstage anzunehmen. Falks Überraschung über diesen Wunsch war groß, wußte er sich doch in seinen politischen Anschauungen zu fern von denen des genannten Präsidenten. Falk hielt einen Irrtum nicht für ausgeschlossen und machte ihn auf diese Verschiedenheit aufmerksam. Er sagte ihm, daß sein Platz neben dem des Grafen Schwerin, des Ministers des Inneren 1859—62 und Führers der gemäßigten Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus 1862—66, sein würde. Er erhielt zur Antwort, für das Abgeordnetenhaus würde dies von Bedeutung sein, nicht aber für den Reichstag. Nach dieser Klarstellung war Falk bereit. Freilich waren ernste Bedenken zu erledigen. Zuerst der Gedanke, sein einsames Weib in Glogau belassen zu müssen. Allein die tapfere Frau ließ solche Gedanken nicht zu. Dann aber erforderte die Annahme der Wahl große Opfer. Die Abgeordneten bezogen keine Entschädigung und die Beamten unter ihnen mußten die Kosten der Stellvertretung tragen. Auch unter den veränderten Verhältnissen wurde die bisherige Übung vom Staats-

ministerium am 19. Februar 1867 ausdrücklich erneut bestätigt. Falk hat an seinen Stellvertreter 69 Taler 10 Sgr. gezahlt. Zwar wurde am 4. Oktober 1867 vom Staatsministerium beschlossen, die Stellvertretungskosten für die Beamten auf Staatsfonds zu übernehmen. Ein Rückzahlungsantrag aber wurde abgelehnt. Erschwerend für Falk kam hinzu, daß die Reichstagsabgeordneten keine Diäten erhielten. Auch ein Antrag des Grafen Rittberg, mit Billigkeitsgründen gestützt, hatte keinen Erfolg. Der Entschluß war gefaßt, es blieb dabei.

Falk hielt auf Aufforderung dreimal Ansprachen an Wahlvorsteher im Landratsamt. In der Folgezeit würde „wegen amtlicher Beeinflussung“ seine Wahl für ungültig erklärt worden sein. Die ersten öffentlichen Wahlreden fanden im Glogauer Rathausaal statt. Die beiden Gegner lösten, wer zuerst sprechen sollte. Falk zog dies Los. Das war ein Vorteil. Denn Haack konnte nicht viel anderes sagen und, um sich doch zu unterscheiden, ließ er sich mehr nach links drängen, als seine Absicht war. Der Eindruck der Rede Falks war günstig. Sie wurde durch die Presse möglichst verbreitet. Eine Bemerkung Falks über ultramontane Wähler in Baden entzog ihm einige katholische Stimmen, die dann auf den Zählkandidaten, Geistlichen Rat Müller in Berlin, fielen. Noch in Pölkwitz hatte Falk zu reden.

Am 12. Februar 1867 fand die Wahl statt. In der Stadt Glogau unterlag Falk völlig, so daß am Abend des Tages die Wahl Haacks gesichert schien. Nur die gesondert abstimmenden Soldaten gaben Falk ihre Stimmen. Ganz anders sah die Sache am nächsten Morgen aus. Die amtliche Mitteilung vom 16. Februar stellte 7244 Stimmen für Falk fest, eine absolute Majorität von 1453, eine relative von 3230 Stimmen. Die Wahl wurde danach von der Reichstagskommission ohne Widerspruch für gültig erklärt.

Über Breslau, wo noch Besorgungen zu machen waren, und Waldbau traf Falk am 24. Februar morgens in Berlin ein. Er stieg in Albrechts Hotel, Friedrichstraße 72, ab. „Ich bin wie im Himmel“, schrieb er nach Hause; so hoch wohnte er. Bald zog er nach der Dranienstraße 111, ebenerdig, für täglich einschließlich Frühstück und Heizung 13 Sgr.

Mit Gottesdienst in der Schloßkapelle und Thronrede im Weißen Saal fand noch am 24. die Reichstagseröffnung statt. Im Preußischen Herrenhause, Leipziger Straße 3, sollte der Reichstag seine Sitzungen

abhalten. Falk wählte seinen Platz am 25. Februar, dem Tage der ersten Sitzung, unterhalb der Plätze der Minister mit dem Rücken gegen sie, das Haus vor sich. Der bald 79 Jahre alte Alterspräsident von Frankenberg-Ludwigsdorf (der sogenannte „Zivil-Brangel“) eröffnete die Sitzung. Über den „Jugendschriftführer“, wie 1859, war Falk längst hinaus. Die Verlosung in die Abteilungen reifte ihn der V. zu, in der auch Graf Bismarck sich befand. Zum Präsidenten der Abteilung ward von Bodelschwingh gewählt, konservativ. Deren Referent wurde Falk nicht, wohl aber beauftragt, die Abteilung im Plenum bei einigen Wahlen zu vertreten. „Wegen meines gestrigen Referats habe ich viel schmeichelhafte Redensarten zu hören bekommen. Leidlich verwickelte Sachen darzustellen, bin ich ja geübt genug“, schrieb er nach Hause.

Am 2. März wurden zu Präsidenten des Reichstages gewählt: Simson, Herzog von Ajest, von Bennigsen; am 4. März die acht Schriftführer, darunter Falk, und zwei Quästoren. Damit war der „Vorstand des Reichstages“ gebildet.

In den Zwischentagen waren Versuche gemacht worden, sich zu Parteien und Fraktionen zusammenzufinden. Falk versuchte, mit Freunden eine „altliberale“ Fraktion zu bilden. Als das nicht gelang, kamen Abgeordnete gemäßigter Richtung von rechts und links mehrmals zusammen. Wieder trat Georg von Vinde leitend auf. Der Gegensatz waren zu große vorhanden. Graf Schwerin und Genossen gegen von Hennig und Lasker zeigten die äußersten Flügel. Auf Grund eines ganz allgemeinen Programms ward die Nationalliberale Partei gegründet. Falk sah sich in der Minorität. In der Überzeugung, daß die heterogenen, schärferen Elemente leicht die besonneren zu weit links fortreißen würden, schied Falk aus und tat sich mit etwa zwanzig Gleichgesinnten zu einer kleinen Fraktion, die man „Zentrum“ taufte, zusammen. Auch von Vinde gehörte dazu. Schwerin wollte nicht mit von Vinde in einer Partei sein und trat zu den Nationalliberalen. Das kleine „Zentrum“ besaß einigen Einfluß. Nur wahrte die Einigkeit nicht lange. Falk stimmte, wie ihm sein Gewissen gebot.

Nun ward das große Werk der Bundesverfassung in Angriff genommen. Im Reichstag begann am 9. März die Generaldiskussion über den vorgelegten Entwurf. Falk war als Schriftführer bei Aufstellung der Rednerliste tätig. Mehr als vierzig Redner hatten sich gemeldet. Am 11. März griff auch Bismarck, entgegen-

tommend, in die Diskussion ein. Am 18. März begann die Spezialberatung der einzelnen Artikel. Unter deren langer Reihe traten für Falk besonders hervor die Diätenfrage, die Luxemburger Frage, die Frage des Bundeskriegswesens. Da die Regierung auf das Bestimmteste erklärte, auf keinen Fall auf eine Bewilligung von Diäten eingehen zu können, brachte Falk das Opfer seiner Überzeugung und stimmte für die Regierung. Ebenso stimmte er für die Neutralisierung Luxemburgs, da nach der Erklärung der Regierung nur durch solchen Beschluß ein Krieg mit Frankreich zu vermeiden war. Der Beschlußfassung über das Bundeskriegswesen gingen sehr bewegte Debatten voraus. Sie zeigten, wie stets, den engen Zusammenhang der Heeresfrage mit der Finanzfrage. Falk versuchte, durch einen Antrag am 7. April durchzusetzen, daß die Präsenzstärke des Heeres ein für alle Mal im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl festgelegt, das Recht der Budgetbewilligung aber nur für wachsende Kosten, die nicht aus dieser Festlegung herrührten, vorbehalten werde. Sein Antrag blieb mit 126 gegen 133 Stimmen in der Minderheit. Die geringe Stimmenzahl, mit der die Gegner obsiegten, zeigt, wie bedeutsam der weitblickende Antrag Falks einem großen Teile der Volksvertretung damals erschien. Es leuchtet ein, daß seine Annahme alle späteren Debatten über das Heer, wie sie um das „Septennat“ sich entspannen, abgeschnitten hätte. Im Verein mit Falks warmem Eintreten für die Militärvorlage im Jahre 1861 im Preußischen Abgeordnetenhaus hat auch diese Erinnerung Bismarcks „Falkenbeize“ vom Januar 1872 erleichtert. Der Feldmarschall von Roon, unseres alten Heeres Vater, ist, ob er auch kirchenpolitisch abweichender Ansicht war, Falk stets ein aufrichtiger Gönner geblieben.

Gleich nach jenem 7. April 1867 trat Falk, um frei zu sein für die Schlußabstimmung, aus seiner Fraktion aus; er war schon in zu vielen entscheidenden Punkten von ihr abgewichen.

Am 17. April berichtet er an seine Frau: „Eben erklärt Bismarck die von uns beschlossene Verfassung für genehmigt. Am 12 Uhr erfolgte die feierliche Entlassung.“ 230 gegen 53 Stimmen war das Ergebnis. Die Thronrede war erfüllt von tiefer Genugtuung. Die verfassungsmäßige Anerkennung durch die Regierung erfolgte wenige Monate später. „Ich bin stets dankbar gewesen, daß ich an der Herstellung der Bundesverfassung mitarbeiten durfte“, ist Falks Bekenntnis.

Die wenigen Monate hatten manche Gelegenheit geboten, in Hof-

und ministerieller Geselligkeit den Gesichtskreis zu erweitern. Falk hat damals zum erstenmal mit der Königin Augusta und der Kronprinzessin gesprochen. In der Schilderung eines Festes im königlichen Schlosse am 25. Februar 1867 erzählt Falk später: „Als ich an diesem Tage in die Räume eintrat, in welchen sich die Geladenen sammelten, ging ein kleiner Mann in schwarzem Frack mit einem mir nicht bekannten Ordensbande um den Hals und einem Stern auf und ab. Ich hielt ihn für irgendeinen Domherrn und seine Dekorationen für dieser Stellung entsprechend. Der Kopf war mächtig, das Gesicht recht garstig, die ganze Erscheinung auffällig. Ich ahnte nichts von den gegensätzlichen Beziehungen, in welche ich nach wenigen Jahren zu dem Manne treten sollte: es war Windthorst.“

Als Falk nach Glogau zurückgekehrt war, trat man mit dem Wunsche an ihn heran, eine Wahl auch für den neuen Reichstag anzunehmen. Das lehnte er ab. Seine Mittel waren erschöpft. Auch wollte er die Seinen nicht wieder verlassen. Bald auch sollte sich der bereits geahnte Wechsel vollziehen. Die geschehene Ausdehnung des Landes erheischte auch für das Justizministerium neue Kräfte. Ein Rat war ausgeschieden. Die Rittbergische Anregung gab den Ausschlag. Falk befand sich im Schwurgericht zu Liegnitz, als ihm am 13. März 1868 seine Frau die Berufung als Geheimer Justizrat und Vortragender Rat in das Justizministerium telegraphierte. Am 1. April hatte er sein neues Amt anzutreten. Groß war die Freude der Eltern und Verwandten. Rose Falk empfand die ihr zugetraute „Seligkeit“ nicht, wenn sie an sich dachte, aber ein frohes Gefühl stieg in ihr auf, wenn sie ihres Mannes gedachte.

Zunächst mußte Falk allein nach Berlin gehen. Er stieg ab in Schlössers Hotel, Ecke der Friedrichs- und Jägerstraße, bezog aber bald eine aus Stube und Kammer bestehende Wohnung in der Mauerstraße 63, nahe der Leipziger Straße, für monatlich vierzehn Taler. Falk gedachte, nicht lange in dieser Unterkunft zu bleiben, und strebte eifrigst nach einer Wohnung, in welcher er sich mit den in Glogau zurückgebliebenen Lieben vereinigen konnte. Er fand sie im damals „neuen“ Westen, in der Körnerstraße 9 im dritten Stock. Heute ist das Haus durch ein großes Postamt verschlungen. Im zweiten Stock wohnte Geheimrat Stiehl, der bekannte Verfasser der später durch Falk beseitigten sogenannten „Regulative“ (betreffs der Volksschule). Damals war das Haus erst drei Jahr alt; in der Straße waren noch manche Lücken. Die Wohnung war hell und geräumig. Der

Preis von vierhundertundfünfzig, später fünfhundert Talern konnte von dem höheren Gehalt (zweitausendzweihundert Taler) getragen werden. Ein größerer Garten zum Spaziergehen war auch noch dabei. Diese Wohnung behielt Falk inne, bis er in das Kultusministerium, unter den Linden 4 übersiedelte. Der erste, der in Berlin um des Schulbeginns willen sein mußte, war der Sohn Adalbert. Er traf — es war seine erste längere selbständige Fahrt — Mitte April in Berlin ein und wurde bei der Witwe des Provinzialschulrats Tschirner in der Dessauer Straße untergebracht. Mit Ferienschuß trat er in die Untertertia des Königlichen Wilhelmsgymnasiums unter dem trefflichen Direktor Kübler ein. Anfang Mai gründete Falk mit dem Eintreffen von Frau und Töchtern nebst Köchin und Kinder mädchen zum zweitenmal seinen Hausstand in Berlin.

Das für einen höheren Beamten damals immerhin bescheidene Wohnen in der Körnerstraße sollte später noch eine eigenartige, für Viele wohlthätige Folge haben. Als der im Januar 1872 zum Kultusminister ernannte Geheime Ober-Justizrat Dr. Falk die ersten Besuche seiner Ministerkollegen, darunter des Fürsten Bismarck, in der alten Wohnung empfing, fiel dem Fürsten solche Einschränkung auf. Weitere Erhebungen führten zu der Erkenntnis, daß es sich hier nur um ein Beispiel einer allgemeinen Notlage handelte. Die Folge war die gesetzliche Einführung des Wohnungsgeldzuschusses, den es bis dahin noch nicht gab.

Die Stammtafel von Heinrich Falde bis Martin Fald beruht auf den Urkunden-Forschungen, die der Blutsverwandte

Oskar Fald,

1912 Hauptmann und Kompagnie-Chef im Jäger-Regt. Nr. 34 (Stettin), in „Familie Fald aus Kriewitz, Kr. Naugard i. Pomm. stammend“ (Stettin bei Herrdte & Lebeling), niedergelegt hat. Oskar Fald lebt als Oberst a. D. in Marienburg.

Stammtafel

der Hinterpommerschen Familie Fald, auch Falde oder Fald

Greiffenberger Linie

Heinrich Falde
um 1580 Krüger in Kriewitz = Kriewitz

Paul Falde
um 1616 Freischulze in Kriewitz

Karsten Falde
um 1620 Bauer und Schulze in Kriewitz
∞ mit Elisabeth Arieß (oder Arieß)

Heinrich Falde
Bauer und Schulze zu Kriewitz
* um 1651 zu Kriewitz, † 1727 zu Kriewitz
∞ 1676 mit Maria Maack, † 5. 1. 1722 zu Kriewitz

Martin Fald(e)
Bauer und seit 1719 Krüger und Nachbar zu Kriewitz
* 17. 5. 1698 zu Kriewitz, † 24. 11. 1758 zu Kriewitz
∞ mit Dorothea Liesener, † 31. 11. 1758 zu Kriewitz

Friedrich Fald
ältere Naugarder Linie, grünte noch heute

Michael Fald
Stammvater der Greiffenberger Linie
Müller, seit 5. 11. 1761 Bürger und Brauer zu Greiffenberg i. Pomm.
* 20. 9. 1734 zu Kriewitz, † 15. 2. 1772 zu Greiffenberg i. Pomm.

Johann Fald
jüngere Naugarder Linie. Zu ihr gehört der links obengenannte
Oskar Fald

∞ 21. 1. 1762 mit der Soldatentochter Anna Regina Henning, * 2. 9. 1738. (In 2. Ehe ∞ 13. 5. 1773 mit Brauer Gustav Siegmund Knade.) † 18. 6. 1826 zu Greiffenberg i. Pomm.

Johann Gottfried Ludwig Fald, seit 1802 Fald (aus Rechtschreibungsgründen)

* 16. 2. 1770 zu Greiffenberg i. P., † 30. 7. 1831 zu Landeshut i. Schl. als ev.-luth. Pastor

∞ 1) mit Johanna Helene Theodore Matthäi, * 30. 10. 1770 zu Liegnitz, † 14. 9. 1818 zu Landeshut i. Schl. — ∞ 2) mit Charlotte Dorothea Juliane verw. Hoffmann, geb. Gottschald, * 18. 5. 1778 zu Greiffenberg i. P., † 16. 5. 1847 zu Breslau, ruht in Landeshut i. Schl.

Auguste * 2. 3. 1798 zu Glogau † 12. 4. 1867 als Frau Pastor Scholz zu Hirsch- berg i. Schl.	Karoline * 26. 7. 1799 zu Tribus i. P. † 4. 9. 1807 zu Landeshut i. Schl.	Ludwig * 26. 1. 1801 zu Tribus † 20. 8. 1872 zu Waldau b. Liegnitz	Charlotte * 10. 11. 1803 zu Landeshut † 24. 2. 1848 als Frau Dr. med. Arnold zu Liegnitz	Alexander * 10. 11. 1805 zu Landeshut † 15. 11. 1887 als Reverend zu Racine- Wisconsin, Nordamerika. Kinderlos	Rosalie * 4. 9. 1807 zu Landeshut † 3. 12. 1864 als Frau Kr.-Ger.-Rat Hübner zu Görtitz	Albert * 17. 3. 1809 zu Landeshut † 2. 10. 1841 als Ingen.- Offizier in türkischen Diensten	Rudolph * 25. 3. 1811 zu Landeshut † bald darauf
--	--	---	--	--	--	--	---

Berthold
* 23. 7. 1820
zu Landeshut
† 12. 5. 1840
zu Landeshut

Dazu: 5 eingebrachte Kinder Hoffmann. Die einzige Tochter
Emma Hoffmann wurde die Frau ihres „Stief-
bruders“ Ludwig Fald

Eduard Wilhelm Ludwig Fald

* 26. 1. 1801 zu Tribus i. Pomm., † 20. 8. 1872 zu Waldau bei Liegnitz

∞ 3. 10. 1826 mit Emma Sophie Hoffmann, * 28. 10. 1801 zu Breslau, † 5. 3. 1869 zu Waldau bei Liegnitz

Adalbert
* 10. 8. 1827 zu Metßkau
Kr. Striegau
† 7. 7. 1900 zu Hamm i. Westf.

Georg
* 20. 4. 1829 zu Schweidnitz
† 27. 7. 1857 zu Ferdinandschhof
Kr. Kempen, Prov. Posen

Woldemar
* 29. 9. 1830 zu Schweidnitz
† 9. 3. 1835 zu Landeshut

Viktor
* 18. 8. 1832 zu Landeshut
† 20. 7. 1888 zu Breslau

Franziska
* 12. 3. 1834 zu Landeshut
† 20. 1. 1911 zu Berlin

Konradin
* 3. 10. 1835 zu Landeshut
† 10. 7. 1905 in einem Sanatorium

Eberhard
* 9. 6. 1837 zu Landeshut
† 28. 12. 1854 zu Puerto Cabello
(Venezuela) als junger Seemann

Magdalene
* 15. 7. 1841 zu Breslau
† 4. 11. 1898 als Frau des Geh.
Baurats Kühn zu Berlin

Ludwig
* 15. 2. 1856
Ausgewandert
n. Nordamerika

Olga
* 29. 5. 1857
† 4. 6. 1858

Ellinor * 18. 2. 1868 zu Breslau Stadt. Studienrätin zu Walden- burg i. Schl.	Magdalene * 19. 7. 1869 † 9. 8. 1870	Rose * 4. 11. 1871 † 3. 7. 1874	Viktor * 7. 6. 1874 † 24. 7. 1904	Herrmann * 22. 10. 1876 † 13. 10. 1915 als Regiments- arzt im Welt- kriege
---	--	---------------------------------------	---	--

Paul Ludwig Adalbert Fald

* 10. 8. 1827 zu Metßkau, Kr. Striegau i. Schl., † 7. 7. 1900 zu Hamm i. Westf.

∞ 1. 2. 1851 zu Breslau mit Rose Luise Amalie Passow, * 23. 8. 1827 zu Breslau, † 13. 3. 1898 zu Hamm i. Westf.

Marie
* 1. 8. 1852 zu Breslau
† 20. 9. 1905 zu Hamm i. Westf.

Franz Ludwig Adalbert von Fald (geadelt 13. 7. 1879)
* 19. 9. 1856 zu Lych i. Ostpr. — Agl. Preuß. General d. Inf. a. D.

∞ 3. 7. 1882 zu Berlin mit Meta Betty v. Lenzke, * 15. 8. 1861 zu Landsberg a. W.

Julius
* 16. 3. 1858
zu Lych
† 13. 12. 1863
zu Glogau

Hans
* 19. 8. 1860
zu Lych
† 26. 9. 1860
zu Lych

Helene
* 7. 3. 1864
zu Glogau
† 12. 12. 1864
zu Glogau

Julie, * 15. 8. 1866 zu Glogau
∞ 1) 7. 5. 1887 mit Assessor Heinrich Ruhfus, † 2. 4. 1895
als 3. Direktor der Pr. Rent. Bod. Cred. A. G. in Berlin
Kinder: Nach Verlust zweier Töchter:

Alwine, * 12. 2. 1892, ∞ mit Dr. med. Walter Suchier
in Wilhelmsburg/Elbe
Adalbert, * 27. 11. 1893, gefallen 1916 im Weltkrieg
Heinrich, * 14. 4. 1895, 3. Lt. Kapitänleutnant,

∞ mit Ilse v. Kaissenberg
∞ 2) 21. 8. 1897 mit Carl Berger, 3. Lt. Genlt. a. D. in Bremen
Kinder:

Rose, * 19. 7. 1898, ∞ m. Karl Peter Fues, Pap. Fabrik Hanau
Helene, * 16. 8. 1899, ∞ mit Walter Overbeck,
Oberleutnant zur See a. D., Kaufmann in Bremen
Karla, * 11. 9. 1903, ∞ m. Rob. Schöeller, Pap. Fabrik Düren

Viktor Adalbert Theodor v. Fald
* 23. 1. 1884 zu Berlin
† 5. 6. 1911 als Leutnant im Garde-Jäger-Regiment am
Totenkrieg im Wilden Kaiser bei Ruffstein in Tirol

Elisabeth
* 9. 6. 1884 zu Berlin

Magdalene
* 12. 9. 1887 zu Berlin
∞ 10. 4. 1911 mit Curt v. Desterreich
1927 Oberstleutnant in der Reichswehr

Margarethe
* 21. 12. 1891 zu Stettin
∞ 10. 6. 1915 mit Erich v. Schidfus u. Neudorff
1927 Oberstleutnant in der Reichswehr

Zweites Kapitel

Ernennung zum Minister

Als Falk zum zweiten Male in das Justizministerium eintrat, fand er an dessen Spitze einen neuen Chef vor, den Hannoveraner Leonhardt. Er schildert ihn so: „Ein ziemlich großer, recht stattlicher Mann, damals von blühenden Farben, schwerfällig etwas in seinen Bewegungen, auch nicht rasch im Sprechen. Die Kennzeichen des niedersächsischen Stammes zeigte auch sein Charakter: arbeitsam in hohem Grade, ausdauernd, zähe, auch eigensinnig. Abneigungen, die er einmal gefaßt hatte, hielt er fest und war insolge dessen nicht immer gerecht. Es war ihm nicht angenehm, wenn ihm einer seiner Kollegen zu ängstlich oder devot gegenübertrat, gern zeigte er im Verkehr eine gewisse Bonhommie. Er war ein Mann von großen Kenntnissen, durch seine Vergangenheit mit gesetzgeberischen Arbeiten vertraut, voll Interesse für dieselben, selbst mit neuen Gedanken und solche von andern übernehmend. Für die Justizverwaltung im engern Sinne, auch für Personalfragen, soweit es sich um die alltäglichen Besetzungen handelte, hatte er ungleich weniger Interesse. Der richtige Mann aber war er für die Beseitigung der Nachhänge aus der Konfliktzeit; als Hannoveraner stand er den Kämpfen jener Zeit ferne und war durch keine persönliche Erfahrungen voreingenommen. Er konnte daher diese Sachen, z. B. Disziplinarstrafen aus jener Zeit ruhig betrachten und sie so entscheiden, wie es die inzwischen eingetretene weltgeschichtliche Entwicklung erheischte. Seinen älteren Mitarbeitern gegenüber konnte Leonhardt diese Unbefangenheit oft nicht leicht zur Geltung bringen. Auch in staatsrechtlichen Fragen nahm er einen freieren Standpunkt ein, als viele von ihnen, z. B. in der unbedingten Anerkennung des Ausgabebewilligungsrechtes des Landtages. Mein Verhältnis zu ihm war stets freundlich. Als er im Dezember 1871 schwer erkrankte und eine Zeitlang zweifelhaft war, ob er sein Amt wieder übernehmen werde, sprach er in der offensten Weise die Hoffnung aus, daß ich sein Nachfolger werden solle, und bedauerte deshalb, daß ich Kultusminister wurde. Ich wies darauf hin, daß ich ja auch fürder in der Lage sein würde, seine Bestrebungen zu unter-

stügen. Dies Wort habe ich eingelöst, als bei der großen deutschen Justizgesetzgebung ernste Zweifel entstanden, ob sich zwischen Regierung und Reichstag eine Einigung werde erzielen lassen. Mir war die deutsche Rechtseinheit ein so hohes Gut, daß ich es für geboten hielt, dem Reichstage soweit wie irgend angänglich entgegenzukommen. Diese Ansicht vertrat ich im Staatsministerium nachdrücklich, worauf ich von Bismarck zu hören bekam: „Diejenigen unter uns, die das fünfzigste Jahr noch nicht hinter sich haben — ich stand gerade darin —, glauben noch daran, daß die Rechtseinheit ein Mittel sei, Deutschland fest zusammenzuschließen; wer älter sei, wisse, daß dies von andern Faktoren abhängt, insbesondere von der Heeresorganisation und den Fürsten.“ — Nach meinem ersten Entlassungsgesuche bot mir Leonhardt an, zurückzutreten, damit ich Justizminister werden könnte, was ich abwies. Auch als die geeignetste Person für die Stelle des Reichsgerichtspräsidenten bezeichnete er mich gegen Bismarck.“

Der Minister hatte eine glückliche Hand, tüchtige Männer in sein Ministerium zu ziehen. Falk fand sich darin zu seiner großen Freude wieder mit seinem alten Freunde Sydow vereint, und bald konnte er noch einen andern alten Freund am Tische des Ministeriums begrüßen, Franz Förster.

Falks wesentliche Tätigkeit war gesetzgeberisch. Sein erstes Werk war die Subhastationsordnung, die er auch als Kommissar des Ministers im Landtage vertrat, und zwar mit dem Erfolge, daß der Entwurf in beiden Häusern fast einstimmig angenommen wurde. Im Herrenhause war Falk zu einer längeren Rede — seine erste vom Regierungstische aus — genötigt worden; sie machte Eindruck. Leonhardt äußerte darüber zu dem Vater Falk: „Er setzt alles durch, sogar bei dem Herrenhause. Wer ist der ausgezeichnete Regierungskommissar? fragten die Herren. Er sprach brillant.“ Und Graf Rönnigsmarck, kurze Zeit Kollege Falks im Staatsministerium, der auch Mitglied des Herrenhauses war, äußerte nach Jahren einmal: „Soviel gute Reden Sie immer halten, so gut wie damals über die Subhastationsordnung haben Sie nie wieder gesprochen.“

Außerdem wurde Falk Ende 1868 mit der Vertretung des Etats im Landtage beauftragt und hatte dabei mehrfach Gelegenheit, Differenzen zwischen dem Abgeordnetenhause und dem Minister und zwischen den beiden Häusern untereinander auszugleichen. Besonders folgenreich aber wurde der Falk erteilte Auftrag, die Rechtspflege im Herzogtum Lauenburg neu zu organisieren. Minister für Lauen-

burg war Fürst Bismarck; es lag in der Natur der Dinge, daß er Fragen der vorliegenden Art besondere Aufmerksamkeit nicht widmen konnte; die Angelegenheit war deshalb ganz in Falks Hand gelegt. Es gelang ihm, durch persönliche Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Beamten und Standespersonen auf einer Reise durch das landschaftlich und architektonisch so hübsche Ländchen die Angelegenheit zur Befriedigung der Stände und der Preussischen Regierung zu ordnen und die Gesetzentwürfe im Landtage zu Ratzburg zur Annahme zu bringen, vor allem auch die gefährliche Klippe des von den Ständen geforderten, von Preußen nicht anerkannten Zustimmungrechtes der Ritter- und Landschaft zu umschiffen. „Vielleicht für meine Zukunft von wesentlicher Bedeutung — so erzählt nun Falk selbst weiter — war dann folgendes Begebnis. Während bekanntermaßen eine Anzahl hervorragender Personen der Jahre 1870/71 Dotationen aus der französischen Kriegsentschädigung empfangen, behielt sich Kaiser Wilhelm vor, die Dotation des Fürsten Bismarck auf sich zu übernehmen. Er bestimmte ihm Grundbesitz im Werte von einer Million Taler, der aus den Lauenburgischen Domänen als landesherrlicher Anteil ausgesondert werden sollte. Die Lauenburger Ritter- und Landschaft oder eine Anzahl ihrer Mitglieder war aber damit nicht zufrieden, sie bestritten das Verfügungsrecht des Königherzogs oder zweifelten es doch an. Hierüber wurde Bismarck erregt. Das teilte mir der alte Herr von Franckenberg-Ludwigsdorf auf einer Soiree bei Bismarck mit; ich hielt die erwähnten ständischen Anschauungen auf Grund meiner Kenntnis des Lauenburgischen wie Preussischen Rechtes für unbegründet und war auf Franckenbergs Frage bereit, dies dem Fürsten darzulegen. Als bald vermittelte der Genannte einen Vortrag bei Bismarck. Ich stand bei dieser Gelegenheit Bismarck zum ersten Male unter vier Augen gegenüber. Der Kanzler, welcher gerade beim ersten Frühstücke saß, stand damals sehr spät auf. Er war mit einem Schlafrocke von einem Stoffe bekleidet, der — ich möchte sagen — eine Farbe zwischen Lila und Violett hatte; in diesem Schlafrocke habe ich Bismarck später noch des öftern gesehen. Wie mir vorsteht, fehlte ihm auch nicht die lange Pfeife in der Hand. Mein Vortrag gipfelte in drei Sätzen: Räme das Preussische Recht in Anwendung, so könnte der König unter den gegebenen Verhältnissen über die Lauenburgischen Domänen frei verfügen. Sei die Frage nach Lauenburgischem Rechte zu entscheiden, so stehe gleiches Recht dem Königherzog zu. Dem

Gründer des Deutschen Reiches würden die Lauenburgischen Stände nicht entgegneten, ich könne sie genügend beurteilen. Bismarck war befriedigt, und ich wurde demnächst bei der Abfassung des Rezeses mit den Ständen herangezogen. Mein Entwurf wurde von Bismarck nur in geringfügigen Dingen geändert und vom Landratskollegium zu Rastenburg vollzogen."

Die letzten größeren Arbeiten Falks im Justizministerium galten der Strafprozeßordnung und der Zivilprozeßordnung. Falk war durch diese Aufgaben neben den laufenden Geschäften in Personalien und Verwaltung so überlastet, daß ihm der Minister einen Hilfsarbeiter zuordnete, den damaligen Obergerichtsrat Rindfleisch. Diese Entlastung war um so notwendiger, als nach Errichtung des Deutschen Reiches ihm eine noch größere Aufgabe gestellt wurde, als Bevollmächtigter im Bundesrate. Die Ernennung erfolgte am 17. Februar von Versailles aus, und bald nachher auch, außerhalb der Zeit, die Bestallung zum Geheimen Ober-Justizrate, weil es offenbar den andern Bundesratsmitgliedern gegenüber für angemessen erachtet wurde, Falk diesen höheren Rang zu geben. „Die erste Sitzung des Bundesrates — schreibt Falk — fand am 20. Februar 1871 statt. Wie viele Namen hervorragenden Klanges wurden damals bei der Vorstellung genannt, nicht gerade zu meines Herzens Erleichterung! Nach dem Protokoll vom 21. Februar wurden die Staaten gewählt, deren Vertreter die einzelnen Ausschüsse bilden sollten. Dem sechsten Ausschuss für Justizwesen sollten außer Preußen angehören: Bayern, Sachsen, Württemberg, Braunschweig, Schwarzb.-Rudolstadt, Lübeck. Preußen stellte den Vorsitzenden, und da der Minister niemals in dem Ausschuss erschien, so fiel mir der Vorsitz zu. Zu meiner Rechten saß der bayrische Justizminister von Luz, mir gegenüber der württembergische von Mittnacht, in solcher Umgebung durfte ich wohl etwas Sorge haben. Luz führte damals neben dem Justizministerium auch das Kultusministerium, das er bis zu seinem Tode behielt, nachdem er das Justizministerium abgegeben hatte. Er war der Sohn eines Volksschullehrers, weshalb seine Gegner sein Ministerium wegwerfend das Schullehrerministerium nannten. Als ich ihn zum ersten Male sah, machte er mir den Eindruck eines Mannes, der auch auf Eleganz des Äußeren hielt. Auch seine Schrift bestätigt das. Damals ein Vierziger, machte er in solcher korrekten Erscheinung mit seinem schwarzen Schnurrbart und strammer Haltung trotz geringer Größe einen nachhaltigen guten Eindruck.

Als ich ihn nach einer Reihe von Jahren einmal im Reichstage wieder sah, stand ein schlichter, ergrauter Mann vor mir, dem ich wohl etwas mehr äußeres Wesen gewünscht hätte. Mein Streben, allseitig meine Pflicht zu tun, hatte Luz gegenüber Erfolg. Er widmete mir sogar einzelne Äußerungen des Vertrauens, so über die Unbestimmbarkeit seines Königs, Ludwigs des Zweiten, aus der ihm bei grundsätzlicher Übereinstimmung doch manche Schwierigkeiten erwuchsen, und über sein gespanntes Verhältnis zu dem Württemberger von Mittnacht. Wenn ich aber, als ich Minister wurde, von ultramontanen Blättern, z. B. der Bonner Reichszeitung, ein Freund von Luz genannt wurde, so sagte das zu viel und bedeutete nichts anderes, als gegen mich zum Gesichte klarzumachen, da Luz wegen seines gleich zu erwähnenden Antrages zum Strafgesetzbuche, des sogenannten Kanzelparagraphen, bei den Ultramontanen hochverhaßt war. Herr von Mittnacht war ein kräftiger, untergesetzter Mann mit auffallend starkem Untertiefer und ausgeprägt schwäbischem Dialekt. Ähnliche Äußerungen, wie von Luz über ihn, vernahm ich auch von diesem über Luz; die persönlichen Abneigungen zwischen beiden Männern waren, wenn nicht schon früher, in den Verhandlungen vor den Versailler Verträgen erwachsen. Mittnacht referierte namentlich in den Elsaß-Lothringischen Angelegenheiten und mußte den Antrag, Elsaß-Lothringen als Reichsland zu erklären, im Bundesrate befürworten, obschon seine persönliche Meinung dahin ging, wie er mir selbst sagte, das Land in Preußen einzuverleiben. Nachfolger von Luz im bayrischen Justizministerium wie im Bundesrate wurde von Gäußle, „eine seiner kräftigsten und tüchtigsten Stützen“; ein rundlicher, behaglicher, Formen nicht stark betonender Bayer. — Dem Bundesrate fielen sofort bedeutsame Aufgaben zu. Als erste die Umgestaltung der Verfassung des Norddeutschen Bundes zur Verfassung des Deutschen Reiches. Ich glaube nicht zu irren, daß ich diese Umgestaltung in noch nicht 24 Stunden ausführte und die Vorlage herstellte, die im Ausschusse, dem ich nicht angehörte, nur geringe Änderungen erfuhr und im Plenum unverändert angenommen wurde. Bereits am 21. März gelangte der Entwurf an den Reichstag. An diesem Tage wurde der Reichstag eröffnet. In den Reihen des Bundesrates hörte ich im Weißen Saale Kaiser Wilhelms Rede. Auf der Tribüne des Bundesrates sah ich auch den Einzug der siegreichen Truppen, und etliche Einladungen, unter anderm bei der Stadt Berlin und bei dem Reichstanzler knüpften

sich an die neue Würde. In der Hauptsache aber brachte sie viel Arbeit."

Falk wurde im Bundesrate vor allem für folgende Arbeiten in Anspruch genommen: Die Ausdehnung der Zuständigkeit des Oberhandelsgerichtes in Leipzig als höchster Gerichtshof für Elsaß-Lothringen; das Gesetz betr. die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten; die Einführung des Strafgesetzbuches im Reichslande und die Gerichtsverfassung daselbst; die Einführung von Gesetzen des Norddeutschen Bundes als Reichsgesetze in Bayern; die Neuordnung des Strafgesetzbuches; das Haftpflichtgesetz, bei dessen Vorbereitung Falk in Beziehungen zu dem damaligen Geheimen Ober-Bergrate Achenbach trat, seinem späteren Mitarbeiter; mancherlei Verträge mit dem Auslande; das Rayongesetz und zuletzt — es war dies die wohl bedeutendste Aufgabe —, das Referentenamt in der „zur definitiven Feststellung des Entwurfes einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtstreitigkeiten“ vom Bundesrate am 8. Mai 1871 eingesetzten Kommission. Ihr gehörte Falks angestrengte Arbeit bis zur 51. Sitzung am 20. Januar 1872, an welchem Tage er aus der Sitzung zum Kaiser befohlen wurde, um von diesem mit der Übernahme des Kultusministeriums betraut zu werden. Von da ab hat er der Kommission nur noch formell angehört. Den Schlußbericht an den Reichskanzler aber hat er mitunterzeichnet, um mit seinem Namen sich dem Urteil der Kommission anzuschließen, „daß über das Rechtsmittel der Oberrevision nur ein Reichsgerichtshof entscheiden könne“.

Ich gebe nun wieder Falks eigener Erzählung das Wort: „In die zweite Session des Bundesrates fällt ein Antrag Bayerns auf Ergänzung des Strafgesetzbuches, vom 16. November 1871, welcher für meine eigne Zukunft Bedeutung erlangte und der die Pläne erkennen ließ, die Fürst Bismarck bezüglich der Römischen Kirche gefaßt hatte. Der Antrag war von dem damaligen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußeren von Pfretschner in erster Linie unterzeichnet, einem Manne, der Luz weit nachstand und wegen seines überartigen Auftretens scherzweise der Minister des angenehmen Außern genannt wurde. Gerichtet war er gegen die Ausschreitungen der Geistlichen in ihren beruflichen Reden, daher der vulgäre Name „Kanzelparagraph“. Ich möchte ihn als den zweiten, für alle erkennbaren Schritt Bismarcks gegenüber der Römischen Kirche bezeichnen. Der erste war die im Sommer 1871 herbeigeführte Aufhebung der sogenannten katholischen Abteilung im Preu-

ßischen Kultusministerium und die Stellung des Direktors dieser Abteilung, Kr ä z i g, zur Disposition. Der Entschluß Bismarcks, der Römischen Kirche entgegenzutreten, wird bald nach Ende des Krieges gefaßt sein, vielleicht im Anschluß an die Erfahrungen, die er noch in Versailles mit dem damaligen Erzbischofe von Posen und Gnesen, Grafen von Ledochowski, gemacht hatte. Der Professor der evangelischen Theologie in Basel, Gelzer*), der seiner Zeit als Schriftsteller und Herausgeber einer theologischen Zeitschrift einen guten Namen besaß, hatte nähere Beziehungen zu dem Großherzoge und der Großherzogin von Baden. Da Gelzer sich lange Zeit in Rom aufgehalten hatte und die Römischen Verhältnisse kannte, hatten diese bei Bismarck angeregt, er möge sich von Gelzer Material geben lassen. Bismarck hatte sich auch bereit gezeigt, Gelzer in Berlin zu empfangen. Als sich dieser aber im Sommer 1871 bei Bismarck anmeldete, lehnte dieser den Empfang ab mit dem Bemerkten, „er habe seine Entschlüsse bereits gefaßt“, Entschlüsse, zu welchen Gelzer ihm nicht zugeredet haben würde. So erzählt mir Gelzer selbst kurze Zeit, nachdem ich Minister geworden war. Unter diesen Umständen konnte es Bismarck nicht unerwünscht sein, daß Bayern jenen Antrag stellte. Noch am Tage der Einbringung wurde er dem Justizausschusse überwiesen. Und noch am selben oder nächsten Tage erhielt ich eine Einladung zu Bismarck zum Diner, nach dessen Beendigung er mir darlegte, daß Preußen Bayern bei seinem Antrage zu unterstützen habe, und mich veranlaßte, diese Unterstützung im Ausschusse zu gewähren. Das habe ich getan, innerlich aber war ich nicht ohne Zweifel, welche ich auch schon damals ausgesprochen habe. Für sich allein betrachtet, schien mir der Bayrische Antrag keinen andern Erfolg zu versprechen, als Verstimmung und Erregung zu bewirken. Nur als Beweis für die ernste Absicht, den Kampf mit den Römischen Übergriffen aufzunehmen, konnte ich ihn für berechtigt halten und nur in Verbindung mit andern Maßnahmen ihm Erfolg beimesse. Formuliert wurde der neue Paragraph von Friedberg, dem späteren Justizminister. Das Protokoll der Sitzung vom 19. November 1871 beweist, daß Bismarck darin, von der Regel abweichend, solange den Vorsitz übernahm, bis der Ausschußantrag, Bayern günstig angenommen war; ein deutliches Zeichen

*) Heinrich Gelzer, Herausgeber der „Protestantischen Monatsblätter für innere Zeitgeschichte“; über ihn: Allg. D. Biogr., Band 49, S. 277 ff.; RE. ³VI, S. 496 f.; Friedr. Curtius, H. G., Gotha 1892.

seines Interesses. Die Annahme geschah nicht einstimmig. Hessen zwar enthielt sich nur wegen mangelnder Weisung aus Darmstadt der Abstimmung und schloß sich später dem Beschlusse an. Sachsen aber und die beiden Mecklenburg brachten Amendements ein und versagten nach deren Ablehnung ihre Zustimmung. Württemberg stellte fest, daß es im Ausschusse neben Gefängnisstrafe Geldstrafe empfohlen habe. Im Reichstage wurde die Vorlage im wesentlichen von Luz vertreten, ich hatte mich nur über einige Verbesserungsanträge zu äußern. Das Gesetz ist als § 130 a des Strafgesetzbuches am 10. Dezember 1871 publiziert worden."

Falks Arbeit und erfolgreiche Tätigkeit im preußischen Justizministerium fand ein unerwartetes Ende durch seine ihn selbst und die Öffentlichkeit überraschende Ernennung zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Er selbst hat darüber später, im Jahre 1892, folgendes niedergeschrieben:

"Der Kultusminister von Mü h l e r *) hatte schon seit langem eine starke Opposition im Abgeordneten Hause wider sich. Bei dem Kaiser hatte er längst nicht mehr die Stütze wie früher. Kaiser Wilhelm hat mir selbst einmal, nicht lange nachdem ich Mühlers Nachfolger geworden war, gesagt, in den ersten Jahren nach Mühlers Amtsantritt sei es wohl gegangen, später immer weniger. Mühler selbst kam bedingt auf Rücktrittsgedanken; der Geheime Rabinettssrat von Wil m o w s k i teilte mir mit, er habe in einer Eingabe nach Versailles zum Ausdruck gebracht, er werde bitten müssen, ihn zu entlassen, wenn eine bestimmte Angelegenheit — ich weiß nicht mehr welche — nicht in seinem Sinne und nach seiner Überzeugung Erledigung fände. In der Richtung, welche Fürst Bismarck nach der Rückkehr aus dem Kriege einschlug, vermochte Mühler wegen seiner ganzen Wesenheit und Entwicklung nicht mitzugehen. Und dennoch tat er es bis zu einem gewissen Grade, wie in solchen Fällen die Regel, zu seinem eignen Schaden und zur Erschütterung seiner eignen Stellung. Zwar dem Pfarrer Tangermann in Anfel am Rhein, der dem Vatikanum widersprach und bei diesem Widerspruch Rückhalt in seiner Gemeinde hatte, gewährte er den Schutz gegen die bischöfliche Behörde nicht, den er hätte gewähren können. Dagegen deckte er den katholischen Religionslehrer am Gym-

*) Allg. D. Biographie, Band 22, H. von Mühler. Georgine von Mü h l e r, Heinrich von Mühler, Berlin 1909.

naßium zu Braunsberg, der das Vatikanum ebenfalls ablehnte. Davon wird noch weiter die Rede sein. Auch widersprach Mühler der Aufhebung der katholischen Abteilung nicht; er brachte das Schulaufsichtsgesetz ein. Was nicht ausbleiben konnte, geschah. Er sah sich zur Einreichung seines Abschiedsgesuches gedrängt. Die „Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen von Roon“ *), die im September 1891 bekannt wurden, lassen allerdings keinen Zweifel darüber, daß eine Angelegenheit nicht eigentlich politischer Art, Differenzen mit dem Kronprinzen in einer das Museum betreffenden persönlichen Frage, den unmittelbaren Anlaß zu dem Entlassungsgesuche bot. Aber ebensowenig ist es nach eignen Mitteilungen zweifelhaft, daß sich die Notwendigkeit des Rücktritts von Mühler aus den gesamten Verhältnissen ergab und eine politische war. Auch G r a f R o o n, der Mühler nicht unsympatisch gegenüber stand, verschloß sich schließlich dieser Einsicht nicht.

„Alle möglichen Männer wurden als seine Nachfolger genannt. Ich meine, daß dazu auch G n e i s t **) gehörte. Ich weiß nicht, was den Fürsten Bismarck, der in späteren Jahren einmal durch die Bemerkung auf mich einwirken wollte, Gneist wolle mein Nachfolger werden, davon abgehalten hat, für diesen einzutreten. Vielleicht die Erinnerung an Gneists Auftreten in der Konfliktzeit, die Rücksicht auf seinen Ministergenossen, den Grafen Roon, der einstmals in der Hitze der Debatte von Gneist zu denjenigen gerechnet worden war, welchen das „Rainsmal“ (des Verrates) auf der Stirne brenne, die Abneigung des Kaisers. Jedenfalls ist vielseitig an Gneist gedacht worden. Der Abgeordnete Prediger R i c h t e r aus Mariendorf, unser gemeinsamer Freund, fragte ihn nach meiner Ernennung, weshalb er nicht ernannt worden sei, erhielt aber nur die Antwort: „Es kommt vor G“. Unter den übrigen in der Presse auftauchenden Kandidaten waren auch solche, bei denen jedem einigermaßen Kundigen die völlige Grundlosigkeit der Rede sofort einleuchten mußte. Ich selbst habe über den einen oder andern Namen gelächelt und gescherzt.

„In solcher Würdigung der sich entwickelnden Dinge befand ich mich, als ich — irre ich nicht, so war es am letzten Sonntag vor Weihnachten 1871 — zu einer Staatsministerialsitzung geladen wurde, die im Kriegsministerium unter Graf Roons Vorsitz statthatte. Fürst

*) Breslau 1892, Band 2, S. 566 ff. Außerdem: Gedanken und Erinnerungen. Anhang S. 218, Nr. 235.

**) E. Löning, Rudolf von Gneist (Beil. zur Allg. Ztg. 1895, Nr. 180).

Bismarck war nicht anwesend. Auf der Tagesordnung stand unter anderem der Entwurf des Pensionsgesetzes, später erlassen am 27. März 1872, eine zu meinem Ministerialbezernat gehörige Angelegenheit. Es fiel mir auf, daß mir von den Mitgliedern des Staatsministeriums eine Beachtung zuteil wurde, welche die vortragenden Räte des Ministeriums sonst gerade nicht erfuhren. Es kam sogar vor — und das war mir recht peinlich —, daß bei einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vertreter des Justizministers, dem Unterstaatssekretär de Rège, und mir, das Staatsministerium mir beitrug. Indes, auf die richtige Würdigung dieser Vorkommnisse kam ich nicht. Als ich aus dem Kriegsministerium auf die Leipziger Straße hinaus trat, fühlte ich eine Hand auf meiner Schulter. Beim Umschauen sah ich, daß sie Delbrück gehörte. Er sagte alsbald: „Machen Sie sich darauf gefaßt, unter die Linden zu ziehen“ (wo das Kultusministerium lag). Ich erwiderte scherzend: „Ist man schon so weit gekommen?“ Aber ich erhielt die Antwort: „Nein, es ist Ernst“, welcher hinzugesetzt wurde, daß mich Fürst Bismarck an einem der nächsten Tage rufen lassen werde. In meiner übergroßen Überraschung unterließ ich damals die Frage, wie der Genannte auf mich gekommen sei, und als ich dieselbe nach Jahren stellte, erhielt ich keine Aufklärung. So muß ich annehmen, daß meine gesamte Berliner Tätigkeit dazu geführt hat, die auch nach außen hin nicht erfolglose Arbeit im Justizministerium, verbunden mit Leonhardts Lob, meine Tätigkeit in Rauenburgerischen Sachen, mein Auftreten im Bundesrate. Daß ich in bezug auf die Fragen, die im Kultusministerium zu lösen waren, durch keinerlei Vergangenheit gebunden war, mag auch nicht ohne Einfluß gewesen sein. Es waren ernste Gedanken, in denen ich Delbrücks Mittheilung ein wenig nachher meiner Frau übermittelte. Und ernste Gedanken begleiteten diesen Ausblick auf eine neue Lebensbahn fortwährend. Wohl mußte es erheben, daß ich zu solch einem Amte berufen werden sollte, zumal unter den gegebenen Verhältnissen. Aber erschienen mir sogleich die meiner harrenden Arbeiten schwer, so gestalteten sie sich für mich bei weiterem Nachdenken so drückend, daß ich Gott gedankt haben würde, wenn dies Geschick an mir vorübergegangen wäre. Der Generalsuperintendent Büchse in Berlin, keiner meiner Freunde, dagegen Hausfreund der Mühlerei'schen Familie, machte mir kurze Zeit nach meinem Einzuge in das Ministerialgebäude, worin sich die genannte Familie noch aufhielt, einen Besuch. Gegen ihn erwähnte ich, mit wie schwerem Herzen ich nach ernster Prüfung meiner

Kraft und im Zweifel über deren Maß das Amt übernommen habe. Er erwiderte: „Welch ein Gegensatz zu Ihrem Vorgänger! Der war voll Freude und Glückseligkeit, namentlich über den herrlichen, segensvollen Wirkungskreis, den ihm Gott verliehen habe.“ Meine ernste Anschauung über die in Aussicht gestellte Berufung, die mich die Entscheidung in Gottes Hand legen ließ, hatte für meine Person ein Gutes: Die Spannung, worin ich mich im Hinblick auf die Entscheidung naturgemäß befinden mußte, war keine sonderlich drückende. Und das war darum viel wert, weil die Angelegenheit keineswegs schnell zur Entscheidung gedieh.

An einem der letzten Tage des Dezember 1871 wurde ich zum Fürsten Bismarck berufen. Sein erstes Wort: „Geben Sie mir keinen Korb.“ Ich fragte: „Was erwartet man von mir?“ Der Reichskanzler antwortete: „Die Rechte des Staates der Kirche gegenüber wieder herzustellen und zwar mit möglichst wenig Geräusch.“ Mit der Aufgabe konnte ich einverstanden sein und die vorgeschriebene Weise entsprach vollkommen meinem Wunsche. Warum sie nicht innegehalten werden konnte, wird das Weitere zeigen, und dabei wird sich ergeben, daß der, welcher die Weise bezeichnete, sie keineswegs innehielt. Mit gutem Gewissen aber konnte ich damals dem Kanzler sagen, daß ich ihm keinen Korb gebe. Das Gespräch wandte sich sodann meiner Audienz bei dem Kaiser zu. Fürst Bismarck hielt es für nützlich, mich auf Einzelnes aufmerksam zu machen, was den Ansichten des Kaisers entspräche und unter deren Beachtung im Gespräche zu behandeln sei, so des Kaisers Vorliebe für die Union und die noch aus seiner Jugend stammende Abneigung gegen die „Pietisten“. Ich glaube, daß die später von Bismarck wiederholte Bemerkung auch damals schon gemacht wurde, der Kaiser sei über seine Äußerung, so viele gebildete und tüchtige Menschen glaubten nicht an den Wortlaut des zweiten Artikels des Glaubensbekenntnisses *), erstaunt gewesen. Was über den äußeren Grund meines Empfanges bei dem Kaiser besprochen wurde, ergibt ein Schreiben des Reichskanzlers vom 2. Januar 1872 an mich:

„Des Kaisers und Königs Majestät hat mir zu erkennen gegeben geruht, daß es Allerhöchstdemselben angenehm sein würde, über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten der Zivilprozeßordnungs-kommission Näheres zu erfahren. Da der Herr Vorsitzende der

*) Geb. u. Er. II, S. 278 f.

Kommission [der Justizminister Leonhardt] durch sein Unwohlsein verhindert ist, den allerhöchsten Ortes mündlich gewünschten Vortrag zu erstatten, so habe ich des Kaisers und Königs Majestät gebeten, daß Euer Hochwohlgeboren diesen Vortrag halten, und Ihnen über die Zeit desselben unmittelbar die weiteren Befehle zugehen zu lassen. Ich habe nicht unterlassen wollen, Euer Hochwohlgeboren hiervon ergebenst in Kenntniss zu setzen.“

„Erst am 13. Januar 1872 erhielt ich von dem Geheimen Rabinettsrat von Wilmowski, der damals schon erkrankt war oder unmittelbar darauf erkrankte, die Mitteilung, daß Seine Majestät der Kaiser und König den obengenannten Vortrag „heute Vormittag 1½ Uhr“ im Königlichen Palais entgegennehmen wollten.

„Diese Mitteilung gelangte an mich, als ich eben meines Amtes als Referent in der Prozeßkommission waltete. Das betreffende Protokoll stellt fest, daß die Sitzung wegen Verhinderung des Referenten abgebrochen wurde. Ich hatte Mühe, rechtzeitig im Palais zur Stelle zu sein. Um jedes Aufsehen zu vermeiden, fuhr ich nicht die Rampe hinauf, sondern ließ den Wagen etwa vor der Bibliothek halten. Nach der Meldung führte mich der diensttuende Flügeladjutant dem Kaiser zu, in das Zimmer neben und vor dem sogenannten „historischen Eckzimmer“. Hier trat mir der Kaiser entgegen. Gewährend, daß ich keine Akten noch sonst ein Schriftstück mit mir führte, fragte er anscheinend überrascht: „So ganz ohne Akten?“, worauf meine Antwort, wer wie ich seit Monaten mit bei weitem den meisten Gedanken und mit seinem Tun dem Entwurf der Zivilprozeßordnung zugewandt gewesen sei, der müsse über den Fortgang der ihr gewidmeten Arbeit auch ohne schriftlichen Anhalt berichten können. Der Adjutant zog sich zurück, der Kaiser ging, mir das Zeichen gebend, ihm zu folgen, in sein Arbeitszimmer, lehnte sich dort mit dem Rücken an den Schreibtisch und äußerte zu mir, der ich ihm gegenüberstand: „Nun, Sie wissen ja, es handelt sich um ganz etwas anderes.“ Als bald fügte er hinzu: „Ich kenne Sie ja noch gar nicht.“

„Meine Entgegnung begann damit, daß ich ihm wiederholt gegenüber gestanden, ihm an den Stufen seines Thrones als Schriftführer des Abgeordnetenhauses den Eid der Treue geleistet habe, und dann machte ich, soweit mir das nötig schien, Mitteilungen über meinen Lebensgang. Ich stellte meinen Vater wahrheitsgemäß als einen Geistlichen dar, welcher mit aller Kraft der Union zugetan sei, und

bekannte mich in dieser Beziehung als den echten Sohn meines Vaters. Das Gespräch umfaßte wichtige, die wichtigsten Fragen, welche an den künftigen Kultusminister herantreten mußten. Selbstredend knüpften sich meine Äußerungen im wesentlichen an das, was der Kaiser wissen wollte. In bezug auf Preußens Beziehungen zur Römischen Kirche bestand auf beiden Seiten volles Bewußtsein des Ernstes der Lage, und ausgesprochenes Einverständnis zwischen dem Kaiser und mir ging dahin, daß Rom gegenüber nur zähe Ausdauer Erfolg verheiße. Auch die Frage der Zivilehe ward berührt. Hinweisend auf die im vergangenen Jahre gemachte Vorlage, die wesentlich auf Mißstände in der evangelischen Kirche gegründet war, bemerkte ich, daß ich in deren Verhältnissen keinen genügenden Anlaß finden würde, die Entscheidung für die obligatorische Zivilehe in Antrag zu bringen. Der Kaiser entgegnete: „Bleiben Sie dabei!“ In meiner Erwiderung traf ich, ein Stück voraussehend, das Richtige, d. h. das, was später wirklich geschah, denn sie lautete: „Aber Majestät, die Entwicklung der Beziehungen zur Römischen Kirche kann zur Einführung der gedachten Zivilehe zwingen.“ Wenn in diesem Gespräch von der sogenannten fakultativen Zivilehe die Rede gewesen ist, dann nur gewissermaßen historisch, insofern der Inhalt der oben erwähnten Vorlage im Preußischen Landtage angeführt wurde.

„In freundlicher Weise entließ mich der Kaiser. Nicht lange hernach besuchte er seinen erkrankten Kabinettsrat von Wilmowski, um über meinen Fall mit ihm zu reden und äußerte dabei, daß er einen guten Eindruck von mir gehabt habe. Das erfuhr ich indessen erst später. Zunächst hatte ich zu warten. . . Kaiser Wilhelms Gewissenhaftigkeit führte ihn dazu, weitere Erkundigungen über mich einzuziehen. Es fehlte nicht an Bestrebungen, dem Kaiser möglichst Ungünstiges oder Bedenkliches über mich zu sagen. Der Generalsuperintendent Büchsel, der gutes Ansehen bei Hofe hatte, warf überall das Wort hin „ein Nationalliberaler“! Über die Umgebung der Kaiserin hinweg, wie ich nach mir später gewordenen Mittheilungen annehmen muß, ward dem alten Herrn die Mär zugetragen, daß ich kein Freund der Union sei. Man griff zurück auf meine Tätigkeit als Abgeordneter im Landtag 1858/61 bezüglich der Militärfrage. Aus den Denkwürdigkeiten des Grafen Roon ergibt sich, daß der Kaiser darüber mit diesem korrespondiert hat *). Professor A e g i d i, damals Preßbezernt im

*) Denkwürdigkeiten usw., Band 2, S. 567.

Auswärtigen Amte, hat im Septemberheft der Deutschen Revue von 1898 aus diesen Tagen Folgendes erzählt: „Eines Tages nannte mir Bismarck als Nachfolger für Mühler den Namen Falk. Ihm ständen antiliberalen Velleitäten Seiner Majestät entgegen. Ich entdeckte in meinen Zeitungsauszügen einen Artikel, worin Falk wegen einer Rede heftig angegriffen wurde, worin er die Reorganisation der Armee rechtfertigte. Ich legte den Artikel dem Fürsten vor; er lächelte vergnügt, ließ mich den Artikel aufziehen und vorlegen und rief mir zu: Wohlauf zur Falkenbeize.“ [Es war das Falks Rede vom 28. Mai 1861; siehe oben S. 40]. Auch konnte mein Empfang bei dem Kaiser nicht unbekannt bleiben. Die Presse bemächtigte sich der Frage meiner Aussichten, teilte meine Personalien mit, mengte Richtiges und Unrichtiges dabei durcheinander, zum Teil in der Absicht, wohlwollend und witzig zu sein, zum Teil auch in umgekehrter Absicht.

„Am Nachmittag des 22. Januar erhielt ich einen Zettel, den Geheimrat Hahn, Leiter der Presseangelegenheiten im Ministerium des Innern, an seinen von Jugend her mir bekannten Bruder, Obertribunalsrat Hahn, geschrieben hatte: „Am Schluß des heutigen Conseils hat der König Bismarck gesagt, er solle ihm die Ordre für Falk vorlegen.“ Ein überaus höfliches Schreiben des Geheimrat Wagener*), damals vortragenden Rates im Staatsministerium, vom selben Tage folgte. Es lud mich zu Bismarck auf Nachmittags 4½ Uhr. Der Kanzler teilte mir mit, daß über meine Ernennung am gedachten Tage ein Conseil bei dem König stattgehabt habe, in dem sich die Minister einhellig für mich ausgesprochen hätten; er hoffe, mich noch am selben Tage als Kollegen begrüßen zu können. Abends kurz vor 9 Uhr erhielt ich den bekannten blauen Brief. Des Königs Erlaß an den Geheimen Oberjustizrat Dr. Falk, welchen Bismarck gegenzeichnet hatte, lautete:

„Nachdem Ich dem Staatsminister von Mühler die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt habe, will ich Sie, im Vertrauen auf Ihre Pflichttreue und Hingebung, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ernennen und habe dies dem Staatsministerium bekannt gemacht.“

Berlin, 22. Januar 1872.

gez. Wilhelm.

„Was war auf meine Schultern gelegt!“

*) Bekannt durch sein Buch: Bismarck nach dem Kriege, Leipzig 1883.

„Am Morgen des 23. Januar 1872 begab ich mich zu dem Minister von Mühler in das Gebäude des Kultusministeriums und theilte ihm mit, daß die Bürde, die S. M. von seinen Schultern genommen habe, auf die meinigen gelegt worden sei. Persönlich kannte ich Herrn von Mühler wohl. Noch während meines Aufenthaltes in Glogau war ich ihm vorgestellt worden, er nahm damals Theil an einer Gymnasialfeier. In den Staatsministerialsitzungen hatten sich leichte Berührungen ergeben. Die älteren freundschaftlichen persönlichen Beziehungen zwischen meinem Vater und Mühler waren mir bekannt. Was ich von diesem über Mühlens hohe Begabung erfahren hatte, stimmt mit dem allgemeinen Urtheil. Als Dichter war er jedermann bekannt; wer wußte nicht, daß er der Verfasser des bekannten Studentenliedes „Grad aus dem Wirthshaus komm ich heraus“ war? Ich habe wie wenige Einblick in seine Arbeiten gehabt, da ich ja als Minister sein unmittelbarer Nachfolger war, und ich zolle ihm bei aller Verschiedenheit der Auffassung das Anerkennung, daß er sich als ein Mann von hohen Gaben erwies. Diese lagen aber nicht auf dem Gebiete des Willens. Ich habe wiederholt gesehen, daß die sorgfältigst erwogenen, bis ins einzelne durchdachten Maßnahmen nicht zur Durchführung gelangten, weil im letzten Augenblick die Entschlußkraft versagte. In einem und dem andern Falle ist es mir vorbehalten gewesen, an das, was Mühler beabsichtigt hatte, anzuknüpfen und es weiter und zu Ende zu führen. Den Weg zum Beispiel, den Mühler bezüglich der Nassauischen Kirchengemeinde- und Synodalordnung gegangen war, und zwar schon weit, dann aber plötzlich verlassen hatte, nahm ich wieder auf. Die Akten ergaben, daß Mühler wegen eines zur Beratung zu stellenden Entwurfes jener Ordnung bereits an den König berichtet hatte. Eine Allerhöchste Entschließung war aber nicht ergangen, die Sache war nicht weiter gefördert, der Grund hiervon ergab sich nicht aus den Akten. Später erfuhr ich von einem der Räte des Ministeriums, daß Mühler nach Absendung seines Immediatberichtes, zweifelhaft an der Richtigkeit seiner Vorschläge, bei dem König im persönlichen Vortrag gebeten hatte, die Angelegenheit stillschweigend auf sich beruhen zu lassen. — Im Sommer 1872 nahm Mühler seinen Wohnsitz in Potsdam. Dort entstand eine Art religionsphilosophischer Schrift — so möchte ich das Buch, nach den schwachen Erinnerungen, die ich von dessen Inhalt noch habe, bezeichnen *) —,

*) Philosophie der Staats- und Rechtslehre nach evangelischen Prinzipien, Berlin 1873.

das wohl auch bestimmt war, Anschauungen zu rechtfertigen oder klar zu legen, welche ihn als Minister geleitet hatten. In einem Vorwort gedachte der Verfasser der Hilfe, welche ihm seine Gattin bei Herstellung des Buches geleistet habe. Diese Beschäftigung hat trübe Schatten nicht zerstreuen können, welche sich dann und wann über das Gemüt des früheren Ministers breiteten. Auch von körperlichen Leiden war er heimgesucht. Daß ihm die Entwicklung der politischen Lage keine Erleichterung geben konnte, verstand sich von selbst, zumal er untätig zuschauen mußte. Ich habe nur zweimal erfahren, daß er versuchte, eine Einwirkung zu üben. Einmal, indem er mir einen Brief übersandte, worin sich mein Vater für die konfessionelle Schule ausgesprochen hatte, das andere Mal, wie mir der Geheime Rabinettssrat von Wilmowski mitteilte, durch Vorstellung bei dem alten Kaiser über die Kirchenpolitik gegenüber Rom. Der Kaiser veranlaßte nichts darauf. Mühler ist bereits im Sommer 1874 gestorben. Sterbend oder schon tot wurde er am Ufer eines der Seen in der Nähe von Potsdam gefunden.

„Die Gattin des Ministers von Mühler war *U d e l h e i d v o n G o s s l e r*, die Schwester des späteren Oberlandesgerichtspräsidenten von Goszler in Königsberg, der wieder der Vater meines zweiten Nachfolgers war.

„Bei einem Besuche bei dem späteren Justizminister *F r i e d b e r g*, den Jugendbeziehungen mit dem Mühlerschen Ehepaar verbanden, lernte ich ein Bild der Frau von Mühler kennen: Eine schlanke Gestalt mit langherabwallenden Locken, der man wohl ein gewisses ideales Wesen beimessen durfte. Wie erstaunte ich, als ich bei meinem ersten Besuche im Ministerium eine recht irdisch kräftige, derbe Frau in ihr kennen lernte, Eigenschaften, die vielleicht dadurch besonders zur Geltung kamen, daß sie mich in einem Morgenkostüm empfing. Man hegte von ihr die Meinung, daß sie eine energische Frau sei, und diese Auffassung ward durch ihren Anblick zweifellos bestätigt. Die Begegnung mit ihr, so kurz sie war, ließ aber auch den weiteren Ruf begründet erscheinen, daß sie eine sehr kluge Frau sei. Was ich von ihrer Mitarbeit an ihres Mannes letztem Werke erwähnte, ist schon ein Beweis dafür. An Kunstsinne fehlte es ihr nicht. In den Repräsentationsräumen des Ministeriums hatte sie die alte von Schinkel herrührende Decke, die mit einem Leinwandüberzug bedeckt worden war, wieder freilegen lassen, so daß ein zweifelloses Kunstwerk wiederum lebendig wurde, welches wert war, bei dem Abbruch des Ministeriums dem Gewerbemuseum überwiesen zu werden. Ähnlich hat sie die Neben-

räume verzieren lassen, indem sie in ihnen Sprüche anbringen ließ, welche deren Sonderbestimmung in diesem Hause zum Ausdruck brachten. Auch die Küche im Erdgeschoß des Seitenflügels trug Sprüche solcher Art; in Erinnerung ist mir davon allerdings nur der eine: „Treue ist ein seltenes Wildpret.“ Das ist ganz hübsch, weniger läßt sich das sagen von den Versen, welche sich über der Thüre zur Speisekammer fanden: „Kuchen zur Freude, Kuchen zum Leide, Gottes Liebe sendet alle beide.“ Auf ihre Anordnung entstand das geschmackvolle Badebassin im Seitenflügel. Ebenso entsprang die Anschaffung eines sehr schönen, aber kostbaren Flügels für die Wohnung des Ministers dem Willen seiner Frau. Der Gatte hatte dann einen harten Kampf mit der Oberrechnungskammer über diese Anschaffung. Schon wegen der im Landtag notwendigen Erörterung konnte es nicht ausbleiben, daß dieser Fall Gemeingut der Öffentlichkeit wurde. Er wurde ihr ein neuer Beleg für die Schlußfolgerung: Der Gatte nicht immer entschlossen; die Gattin stets entschlossen und dazu klug — folglich beherrscht die Gattin den Gatten. Es fehlte auch sonst nicht an Tatsachen, die in derselben Richtung verwertet werden konnten. Ich erinnere mich, daß der Minister einmal Bilder auf der akademischen Kunstausstellung, die er eben mit seiner Gattin besichtigt hatte, wegen gewisser Mängel verhängen ließ. Ihr Einfluß auf ihren Gatten auch in amtlichen Dingen gilt als zweifellos. Eine Äußerung der Kaiserin Augusta über meine Frau: „In der Proffessorrentochter werden wir wohl eine zweite Adelsheide bekommen“, stammt wohl aus derselben Auffassung. Und ohne Grund war sie nicht. Einer meiner Räte im Kultusministerium, der mit dem Mühlerschen Ehepaar in engen freundschaftlichen Beziehungen stand, hat mir wiederholt über die ihm recht lästig gewordenen Einmischungen der Frau in die amtlichen Angelegenheiten ihres Mannes gesprochen und geklagt. Auch Wiese*), der mit dem Minister auf dem Du-Fuße stand, hat mir erzählt, daß folgendes nicht selten vorgekommen sei: Wenn er im Vortragszimmer des Ministers diesem Vortrag gehalten habe, sei plötzlich die erste, nach der persönlichen Wohnung der Ministerfamilie führende Thüre, über welche sich nur eine Portiäre gebreitet habe, geöffnet worden, eingetreten sei Frau von Mühlher im Hauskostüm mit dem Strickstrumpf in der Hand, habe sich zu den

*) Ludwig Wiese, Geheimrat, Dezerent für das höhere Schulwesen im Ministerium; siehe unten; Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen, Berlin 1886.

Herren gesetzt, stridend dem Vortrag, der Besprechung und Entscheidung zugehört, auch ihr Wort dazu gegeben.

„Mit dem Eintritt in das Ministerium begann meine Arbeit. Sie zu leisten wurde mir im Erdgeschoß das Arbeits- und Empfangszimmer des verstorbenen Unterstaatssekretärs *Lehnert* angewiesen, dessen Stelle noch nicht wieder besetzt war. Eine bescheidene Arbeitsstätte. Ihr eilte ich des Morgens zu und von ihr kehrte ich des Abends sehnsuchtsvoll nach unserer bisherigen Wohnung in der Körnerstraße zurück. Das Mittagmahl nahm ich in dem Restaurant *Müller* ein, das unmittelbar neben dem Ministerium gelegen war. Das war ein Zustand, der nicht länger währen konnte, noch durfte. Meine Frau hatte die Aufgabe, wegen der Übersiedlung mit Frau von *Mühler* zu verhandeln, keine leichte Aufgabe, zumal man ihr nachsagte, sie sei überzeugt, bald wieder in das Ministerhotel zurückzukehren, und da sie die Darlegungen meiner Frau über die vielen Anzutraglichkeiten der Doppelwohnung mit der Bemerkung abschneit, der Kaiser fordere und erwarte von uns diese Rücksicht auf sie.“

Die unerquidlichen Verhandlungen darüber, erschwert durch eine ansteckende Kinderkrankheit in der *Galks*chen Familie, die die volle Trennung des Ministers und der älteren Kinder von der erkrankten jüngsten Tochter und der sie pflegenden Mutter erforderlich machte, kamen erst nach Monaten zum Abschluß. Am 6. Juli 1872 hatten *Mühlers* geräumt, und die Familie konnte in das Ministerialgebäude übersiedeln.

Das damalige, im Jahre 1879 niedergerissene, Haus des Kultusministeriums war in den 30er Jahren die Wohnung des Herzogs von Cumberland, späteren Königs *Ernst August* von Hannover gewesen. Bis zum Abbruch im Jahre 1879 ist an dem Haus irgendwelche wesentliche Änderung nicht vorgenommen worden. Es enthielt neben einigen geräumigen, zwar altmodischen, aber doch reich ausgestatteten Festräumen, nicht ebenso genügend Amtszimmer und Arbeitsräume. Zur Ergänzung war ein dem sogenannten *Jerusalem*er Stiftungsfond gehöriges, von rückwärts anstoßendes Haus mit dem Ausgang nach der *Behrenstraße* angemietet worden. Sehr dankbar empfand *Galk* im Interesse seiner Familie einen bescheidenen Garten, der in der Mitte des großen Hofes angelegt war.

Die Umstände, unter denen *Galks* Ernennung erfolgte, vor allem, daß ein Mann seiner Herkunft und seines Bildungsganges Minister wurde, mußten Aufsehen erregen, gleichviel ob man von seiner Er-

nennung etwas hoffte oder fürchtete. Viele konnten nicht verstehen, weshalb die Wahl gerade ihn getroffen habe. In allen liberalen Kreisen wurde die Ernennung günstig aufgenommen, nicht nur weil darin ein Beweis für den Ernst der neuen Richtung in Bismarcks Politik erblickt wurde, sondern auch weil alle, die Falk aus persönlichen und amtlichen Beziehungen kannten, Vertrauen zu ihm hatten. Allein Falk täuschte sich nicht einen Augenblick darüber, daß er von Anfang an von einflußreichen Kreisen als Gegner angesehen wurde. Ein Erlebnis aus den ersten Tagen lehrte ihn, wie hoch hinauf diese ihm abgeneigte Stimmung reichte. Falk wußte, daß die Kaiserin durch Einwirkung auf ihren Gemahl versucht hatte, seine Berufung zu verhindern. Nun fand sich eine Gelegenheit, dem Minister sofort ihr Mißtrauen gegen ihn klar zu machen. Falk erzählt:

„Ich besaß noch keine Uniform, wie sie meiner neuen Stellung eignete. Den großen Galarock samt Weste konnte ich allerdings von dem früheren Justizminister v o n B e r n u t h auf Grund seines Anerbietens erwerben. Ich war damals noch so schlank wie dieser schwächliche Mann, und der schwergestickte, sogenannte Brandenburgische Rock paßte mir vortrefflich; später freilich vermochte ich seine Äsen an keiner Stelle mehr zu schließen, weil ich breiter geworden war. Alle andern Kleidungsstücke offizieller Art mußte ich aber neu anfertigen oder durch Umarbeitung meiner bisherigen Uniformstücke herstellen lassen. Dazu gehörte Zeit. Ich glaubte daher, bis ich angemessen erscheinen könnte, meine Vorstellungen auf das äußerste Maß beschränken zu sollen, und dies war die Vorstellung bei dem Kaiser selbst. Der Oberzeremonienmeister, Graf v o n S t i l l f r i e d - A l c a n t a r a , teilte mir am 24. Januar 1872 mit, „wie S. M. zu genehmigen geruht haben, daß Sie sowohl bei der Meldung im Palais, als auch bei dem Erscheinen zur Cour die aus ihrer bisherigen amtlichen Stellung Ihnen zustehende Uniform anlegen.“

„Ich fuhr also in meiner Justizuniform am 25. Januar $\frac{3}{4}$ 2 Uhr in das Palais. Während ich im Vorzimmer wartete, erschien dort Graf N e s s e l r o d e , Oberhofmeister der im ersten Stockwerk des Palais wohnenden Kaiserin, und sagte mir, die hohe Dame sei sehr erregt, weil ich mich nicht auch bei ihr habe melden lassen. Ich erwiderte ihm, daß ich die Meldung bisher nicht gewagt habe, weil ich noch nicht im Besitz eines entsprechenden Kleides sei, daß ich aber selbstredend sofort um einen Empfang bitten werde, sobald ich dieses besitze. Mir ward zum Bescheid, daß die Kaiserin meine Vorstellung bei der Cour am

Abend entgegennehmen wolle und mich am nächsten Abend zur Audienz in das Palais befehle. Die Cour war die Gelegenheit, wobei alle inzwischen hoffähig gewordenen Personen, die noch nicht bei Hofe vorgestellt waren, vorgestellt wurden. Auch ohne meine Ernennung zum Minister hätte ich mich dem unterziehen müssen, denn ich war seit der letzten Cour Rat zweiter Klasse und damit hoffähig geworden. Im langgestreckten Saale wurden die Neulinge aufgestellt; neben einem Prinzen Carolath ich zuerst. Als die Kaiserin erschien, begann sie die Cour am andern Ende, so daß ich zuletzt die Ehre der Vorstellung hatte. Endlich bei mir angelangt, hörte sie meinen Namen und rief dann mit laut erhobener scharfer Stimme, die nicht bloß den Vorstellungssaal ausfüllte, sondern auch den Nebensaal durchdrang, worin sich unter anderen das Kronprinzliche Paar befand: „Ich hätte gewünscht, Sie an einem andern Orte kennen zu lernen, als in diesen Salons.“ Sprach's und rauschte von dannen. Wir hatten uns sogleich nach dem „Weißen Saal“ zu begeben, um dort ein Konzert zu hören. Der Weg führte durch den erwähnten Nebensaal, und kaum betrat ich denselben, als durch den ganzen Raum des Kronprinzen Stimme schallte, die mich aus dem Menschengedränge mit den Worten herauszog: „Galt, kommen Sie, ich muß Sie meiner Frau vorstellen, sie will Sie kennen lernen.“ Das war eine Demonstration zu meinen Gunsten. Der Kronprinz äußerte über das Vorkommnis zum späteren Minister Friedberg: „Als ich meiner Mutter Stimme zu Galt hörte, da wußte ich gleich, daß sie ihm zurief: Nimm dich vor mir in Acht.“ Es war dies ein wahres Wort.

„Am nächsten Tage teilte mir Graf Nesselrode mit, daß ich ersucht werde, im schwarzen Frack bei der Audienz zu erscheinen. Im Vorzimmer empfing mich die Hofdame, spätere Palastdame Gräfin Hacke. Sie war evangelisch, außer dem Kabinettssekretär, damals Brandis, später von Mohl, vielleicht die einzige Person in der Umgebung der Kaiserin, die dieser Konfession angehörte. Die andere Hofdame, Gräfin Oriola, und der Oberhofmeister Graf Nesselrode waren katholisch. Die allgemeine Rede ging dahin, daß das gesamte Dienstpersonal Angehörigen dieser Konfession entnommen oder doch während der kirchenpolitischen Bewegungen aus dieser ergänzt worden sei. Man sah darin einen Ausdruck der dem Vorgehen der Staatsregierung in dieser Frage widersprechenden Anschauung der Kaiserin. Der persönliche Gegensatz, der zwischen dieser und Bismarck aus verschiedenen Gründen bestand, mußte dadurch verschärft werden.

Der Fürst glaubte hierin den Grund zu erkennen, daß ihn Graf Nesselrode einmal nicht begrüßt hatte. Er hielt sich von den durch die Kaiserin meist im Palais veranstalteten Gesellschaften noch früher und regelmäßiger zurück, als von den übrigen Hofgesellschaften, und charakterisierte den Beweggrund in meiner Gegenwart einmal mit den Worten: „Ich gehe in kein Haus, in dem mich das Gesinde nicht grüßt.“

„Der Gräfin Hade bemerkte ich, daß es mir als Minister S. M. unmöglich sei, die Weise unberührt zu lassen, wie mir Tags vorher die Kaiserin — ich meinte unverdient — entgegengetreten sei. Das erregte Schrecken, und Beruhigung trat erst ein, als ich es der Gräfin als selbstverständlich bezeichnete, daß ich mich strengstens so verhalten werde, wie es mir der Kaiserin gegenüber ziemte. Dieser Punkt ging auch in der Audienz sehr glatt vorüber. Ich hob, das in Rede stehende Vorkommnis leicht erwähnend, hervor, daß ich vielleicht geirrt, aber lediglich deshalb die Bitte um eine Audienz verschoben habe, weil mir die Ehrfurcht geboten habe, vor der höchsten Frau im Lande nur in angemessener Kleidung zu erscheinen. Das wurde zwar als notwendig nicht anerkannt, meine Entschuldigung aber gnädig angenommen. Das Gespräch währte etwa eine Stunde lang, und die Unterhaltung war eingehend. Die Kaiserin hob unter anderem als „nahen Anknüpfungspunkt“ die Familie Passow hervor, deren früheren Beziehungen zu ihrem Sohne sie voller Anerkennung gedachte. Diese Bemerkung bezieht sich darauf, daß Köschens (Salts Frau) Vetter, Arnold Passow, eine Zeitlang Jugendgefährte des nachmaligen Kronprinzen gewesen war. Sicherer als dieser Teil des Gespräches steht der andere in meiner Erinnerung, der sich auf die damaligen politischen Verhältnisse Rom gegenüber bezog. Zurückhaltung war dabei schon deswegen für mich geboten, weil ich noch ein zu großer Neuling in der Sache war. Nur von einer Angelegenheit konnte ich sprechen, weil ich darin bereits den Weg sah, den ich gehen zu müssen meinte. Es war der damals sehr viel besprochene Schulstreit in Braunsberg. Die Entwicklung der Dinge hatte dahin geführt, daß die Söhne römisch-katholischer Eltern den Religionsunterricht des altkatholischen Lehrers Wollmann besuchen sollten. Ich sagte der Kaiserin, daß ich dieses Verhältnis beseitigen werde, aber allerdings nicht durch Aufhebung der in der Angelegenheit erlassenen besonderen Verfügung, sondern durch allgemeine Ordnung der einschlägigen Fragen. „Ach“, äußerte die Kaiserin, „dann dauert der schlimme Zu-

stand noch so lange.“ Die Versicherung, daß ich ohne Verzug arbeiten werde, beruhigte die Kaiserin offenbar nicht genügend.“

Die Gegnerschaft der Kaiserin zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Ministerzeit Falks hindurch. Sie wurde um so schroffer, je mehr sich die Kaiserin davon überzeugen mußte, daß Falk ihren Versuchen, ihn zu beeinflussen, unzugänglich blieb und sich in seinen Entschlüssen durch Rücksicht auf ihre Wünsche nicht beirren ließ. Einen solchen Versuch unternahm die Kaiserin auf dem Wege über Falks Frau. Diese wurde ihr etwa zwei Monate später vorgestellt und schildert ihren Empfang in einem Briefe vom 2. April an ihre Schwester so:

„Ich fand in der hohen Frau einen Menschen wie unsereinen, nur äußerlich etwas künstlicher zugerichtet, aber es überraschte mich doch, Empfindungen und Ausdrucksweise so ganz uns verwandt zu finden. . . . Sie winkte huldvoll, mich auf einen Diwan ihr gegenüber niederzulassen und begann mir eine längere, hochinteressante Rede zu halten, zu der sie sich aus einem Geschichtsbuch oder durch einen Wissenden vorbereitet haben mußte, denn solch einen Vortrag kann man unmöglich aus dem Ärmel schütteln. Sie rühmte die Toleranz, die Preußens Herrscher an Andersgläubigen stets geübt hätten. Nun folgten Beispiele aus Preußens Geschichte. Diese Toleranz habe Preußen groß gemacht. Das sollte ich meinem Mann ins Gedächtnis rufen, damit ihn die gleiche Duldsamkeit bei seinen Schritten leite und die Richtschnur seines Handelns werde. Ich dankte untertänigst für das Allerhöchste mir geschenkte Vertrauen, bedauerte aber, J. M. erwidern zu müssen, daß es gegen meine Grundsätze sei, auf meines Mannes politische Ansichten, auf sein Verhalten und Vorgehen im Amte irgendwelchen Einfluß üben zu wollen, wie das meines Erachtens überhaupt nicht Sache der Frauen sei. Ein steifes Neigen des Hauptes und ich war entlassen.“

Frau Falk hat nach diesem Empfange die Kaiserin während der Ministerzeit ihres Mannes nie wiedergesehen, — ist auch leider nie dem alten Kaiser vorgestellt oder zu gesellschaftlichen Veranstaltungen am Hofe eingeladen worden. Das hing so zusammen: Die Etikette forderte von allen Damen, die bei Hofgesellschaften erschienen, ausgeschnittenes Kleid. Gegen diese Vorschrift lehnte sich Rose Falks ganzes Wesen auf, und der Arzt unterstützte diese Abneigung durch die Warnung vor schädlichen Folgen für die Gesundheit; in der Familie Passow waren Todesfälle an Schwindsucht vorgekommen.

Damit war der Ausschluß von Hofgesellschaften gegeben. Die Kronprinzessin freilich gestattete Frau Falk „aus eigener Bewegung“, bei ihren Gesellschaften hohes Kleid zu tragen, und diese machte davon auch einige Male Gebrauch, zum Beispiel bei der Taufe der Prinzessin Margarete. „Ich wurde an jenem Tage, wo ich auch bei den ältesten Damen die bloßen Schultern blitzen sah, erst inne, zu welcher einer Ausnahme ich bevorzugt war.“ Allein auch die Einladungen zu den Kronprinzlichen Herrschaften lehnte sie ab, nachdem sie erfahren hatte, daß die Kaiserin, die sie einmal bei solcher Gelegenheit sah, der Kronprinzessin darüber Vorhaltungen gemacht hatte, — auch dann, wenn bei der Einladung ausdrücklich mitgeteilt wurde, daß Ihre Majestät nicht anwesend sein werde, denn wer bürgte dafür, daß die Kaiserin nicht aus Berichten Dritter doch Kenntnis erhalten hätte? Erst lange nach dem Abgange ihres Mannes, im Jahre 1884, beim Kaisermanöver in Münster, hat Rose Falk einmal Gelegenheit gehabt, den Kaiser von Angesicht zu Angesicht zu sehen und von ihm aufs Schuldvollste angeredet zu werden.

Aber nicht bloß Falks Frau suchte die Kaiserin zu gewinnen, um auf ihn in ihrem Sinne einzuwirken; sie veranlaßte auch, daß er von dem Fürsten Anton von Hohenzollern, dem einstigen Ministerpräsidenten der sogenannten Neuen Ära, bei einem Aufenthalte im Berliner Schlosse empfangen wurde. Die Unterredung aber, welche der alte ehrwürdige Herr mit Falk pflog, verfloß ungetrübt durch nennenswerte Differenzen der Anschauung, und wenn die Kaiserin ihr beigewohnt hätte, würde sie Hoffnungen für ihren Standpunkt kaum gewonnen haben. Und wenn die hohe Frau solche auf einen Verkehr mit ihrem Schwiegersohne, dem Großherzog von Baden, gesetzt hat, so sind sie gleichfalls unerfüllt geblieben.

Erfolglos blieb auch ein weiterer Versuch der Kaiserin von ähnlicher Tendenz. Sie sandte dem Minister ihren Kabinettssekretär Dr. Brandis, den leider früh verstorbenen Sohn eines bekannten Bonner Professors, mit folgender Botschaft: Es sei J. M. unerfreulich, wichtige Maßnahmen, die auf dem Gebiete seines Ministeriums getroffen würden, erst aus den Zeitungen zu erfahren; es würde erwünscht sein, wenn er der Kaiserin in derartigen Fällen Mitteilung machte, ehe sich die öffentlichen Blätter des Stoffes bemächtigten. Falk konnte das insoweit zusagen, als es ausführbar sei, und ein paarmal ist er auch wohl der Zusage nachgekommen. Allein bald schloß die Sache ein, und sie trug insofern den Todeskeim in sich, als Falk sich dem nicht

aussetzen durfte, daß die gegensätzlich gesinnte Kaiserin Maßnahmen hinderte, die er für notwendig hielt. Er konnte sie daher nur von vollendeten Thatfachen in Kenntnis setzen, wenn auch, ehe sie Gemeingut wurden. Das war aber unzweifelhaft nicht das, was sie gewollt hatte.

Noch mehr erbitterte die Kaiserin, daß Falk auch persönlichen Wünschen, die mit politischen Grundsätzen an sich nichts zu tun hatten, Widerstand leistete, wenn sie nach seiner Überzeugung unflug und ungerecht waren. Gleich im ersten Sommer sah sich Falk dazu genötigt. Es handelte sich dabei um den Geheimen Regierungsrat Dr. Esse, der an der Spitze der Berliner Charité stand. Esse war mit der schon von Mühler geplanten Neuorganisation der Charité, wonach ihr ein ärztlicher und ein Verwaltungsdirektor vorgelegt werden sollten, nicht einverstanden. Seine Gönnerin, die Kaiserin, erhielt von der Sache Nachricht. Der Kaiser ward in Mitleidenschaft gezogen und bemühte sich, den Wünschen seiner Gattin und den Interessen der Charité gleichmäßig gerecht zu werden. Ehe er mit seinen Bestrebungen zum Abschluß kam, reichte Esse sein Pensionierungsgesuch ein. Falk fühlte sich außerstande, ihm die Dienstunsfähigkeit zu bezeugen, wie es das Gesetz vom 27. März 1872 vorschrieb, da bekannt war, daß Esse in den Dienst einer Privateisenbahngesellschaft übertreten wollte. Er teilte dies am 1. Mai 1872 sowohl dem Kabinettsrat von Wilmowski, wie dem Kabinettsrat der Kaiserin mit. Jener hielt dem Kaiser Vortrag, auch über die von Falk gezogene Konsequenz, daß Esse entweder an der Charité verbleiben oder ohne Pension ausscheiden müsse. Darauf ward ihm unter dem 5. Mai die Antwort, dem Kaiser sei die Wendung, welche die Sache genommen habe, wenig erwünscht. „Dann hätte Ich mir ja nicht so viel Mühe zu geben brauchen“ — hatte er geäußert und die Akten an sich genommen. Am 18. Mai erhielt sie Falk mit der Benachrichtigung zurück, daß „Allerhöchst dieselben unter den obwaltenden Umständen gegen Gewährung des Gesuches jetzt nichts mehr erinnern wollten, dagegen eine Entlassung ohne Bewilligung einer Pension in Rücksicht auf die lange, mühevollen und erfolgreiche Dienstleistung des Dr. Esse für sehr hart erachten und glauben möchten, daß das Lebensalter desselben in Verbindung mit der Trübung des Gemütes durch die Trauerfälle in seiner Familie eine milde Beurteilung bei Prüfung der Voraussetzung der Pensionierung gestatteten“. Die Kaiserin aber fühlte sich durch die Einwendung, die Falk erhoben hatte, persönlich verletzt.

In den ersten Jahren freilich gewann die Ungunst der Kaiserin an der maßgebenden Stelle noch keinen Einfluß. Der Kaiser kam dem Minister mit Vertrauen und mit dem väterlichen Wohlwollen entgegen, das er neuen Ministern zu zeigen pflegte. Er sparte nicht mit guten Ratschlägen. Zum Beispiel benutzte er eine Angelegenheit des Hannoverschen Klosterfonds, in der Mühler ein voreiliges Versprechen gegeben hatte, das sich ohne schwere Schädigung des Fonds nicht erfüllen ließ, um dem Minister die Regel einzuprägen, daß ein Minister äußerst vorsichtig mit Versprechungen sein müsse. Ein andermal warnte er ihn aus Anlaß einer Beschwerde der Kirchgemeinde Magdeburg-Sudenburg über ein kostspieliges, die Gemeinde überlastendes Kirchbauprojekt vor zu großer Nachgiebigkeit gegen Lurusneigungen der Baumeister. Auch gewährte der Kaiser ihm gern die erbetenen persönlichen Vorträge und verkehrte dabei mit ihm offen und freundlich. Und endlich ließ er es auch an den nötigen Ordensdekorationen nicht fehlen. Hierin war bei Falk viel nachzuholen, und der Kaiser sorgte dafür, daß der Minister nicht mehr länger bei Hofe durch die Leere auf seiner linken Brust auffiel. Das Erfreulichste dabei aber war, daß der Kaiser gleich die erste, wie jede folgende Ordensverleihung, mit irgendeinem anerkennenden persönlichen Worte begleitete.

Die dringendste Aufgabe des neuen Ministers war, sich einen brauchbaren und zuverlässigen Mitarbeiterkreis zu schaffen. Nicht nur, daß ein leitender Posten im Ministerium durch den Tod des Unterstaatssekretärs Lehnert frei und die Zahl der höheren Beamten bei der vorauszusehenden Zunahme bedeutender Geschäfte überhaupt zu gering war, die Nötigung dazu wurde noch dadurch verstärkt, daß mehrere Räte sich so stark mit den Tendenzen Mühlers identifiziert hatten, daß sie unter einem neuen Kurse mindestens ihre bisherigen Dezerne nicht behalten konnten. Als Ersatz für Lehnert suchte Falk sogleich seinen nächsten Freund (Sydow *) zu gewinnen. Er war inzwischen aus dem Justizministerium ausgeschieden und Appellationsgerichtspräsident in Münster geworden, damals 48 Jahre alt. Aber die alte Freundschaft war brieflich weiter gepflegt worden.

Als ihm Falks Ernennung zum Minister bekannt wurde, schrieb er ihm:

„Mein teurer Freund! Gestatten Sie mir, daß ich heute noch die Erzjellenz fortlasse. Mir ist das Herz so ganz erfüllt von innigster

*) Siehe oben S. 46.

Teilnahme und Freude, da ich soeben Ihre Ernennung gelesen, daß ich nicht anders kann, als diesmal noch in dem alten Tone schreiben. Ich will Ihnen nur sagen, wie ich Gott, den Allmächtigen, aus tiefstem Herzensgrunde bitte, daß er Ihnen Kraft gebe zur Lösung der so schwierigen und doch auch wieder so dankbaren Aufgabe, daß er Ihnen seinen Geist und mit seinem Geiste seinen Segen verleihe zu allem, was Sie unternehmen, zu jeder Rede, in welcher Sie öffentlich auftreten, zu jedem Gesetzentwurf, den Sie vorschlagen, zu jedem Kampf, den Sie gegen Vorurteil und Kleinglauben ausfechten zu Ehre seines Sohnes, unseres Heilandes. Es sind gerade 100 Jahre, daß Ihr trefflicher Landsmann Zedlitz*) einen ähnlichen Schritt aus der Justiz in den Kultus tat. Möge seine glückliche Hand auch Ihnen zuteil werden, mögen Sie in allem ihm gleichen, nur darin nicht, daß Sie jemals von einem Wöllner**) verdrängt werden. . . . Wenn Sie aber im Kampf gegen Ultramontanismus und Engherzigkeit der Stärkung und Erfrischung bedürfen, dann lesen Sie in einer Schummerstunde die dritte Auflage von Hase „Protestantischer Polemik“ ***) gegen die römisch-katholische Kirche. Ich habe mir das Buch zu Weihnachten schenken lassen und habe mich an demselben nicht nur erquickt, sondern auch besänftigt, wenn ich, wie hier öfters, wild oder betrübt werden möchte. . . .“

Sydow glaubte aber das Amt des Unterstaatssekretärs aus Gesundheitsrücksichten ablehnen zu müssen, er litt unter einer starken Rückgratverkrümmung, die sein Wachstum aufgehalten hatte und ihm zeitlebens Beschwerden und Schmerzen bereitete. Falk brauchte deshalb noch nicht ganz von ihm abzusehen. Änderungen im Etat machten es möglich, einen Direktor der geistlichen Abteilung im Kultusministerium anzuschlagen. In einem Briefwechsel vom September 1872 überwand Falk Sydows Bedenken, und seine Ernennung erfolgte. Bismarck war damit „vollkommen einverstanden“, nachdem Falk um seine Zustimmung mit der Begründung gebeten hatte, daß Sydow namentlich infolge seiner in Münster gemachten Erfahrungen von der Notwendigkeit durchdrungen sei, Übergriffen der katholischen Kirche bestimmt entgegenzutreten.

An Sydow hatte Falk nicht nur einen hervorragenden Mitarbeiter gewonnen, sondern auch einen Freund und Gewissensrat, auf dessen

*) Karl Abraham von Zedlitz, 1770—88 preußischer Justiz-, seit 1771 zugleich Kultusminister.

**) Johann Christoph Wöllner, sein Nachfolger; *RG.* 21, S. 428; *Foerster*, Entsehung usw. I, S. 38 ff.

***) Karl von Hase, *Prot. Polemik*, 3. Aufl. 1870.

ethisches und praktisches Urteil er sich unbedingt verlassen konnte. Wie Falk, war auch Sydow Preuße, sogar Märker, monarchisch und Hohenzollerisch; aber ebenso ernst war es beiden mit der konstitutionellen Verfassung. Ähnlich wie Falks, war auch Sydows Stellung zu religiösen Fragen, vielleicht etwas bestimmter ausgeprägt und durchdacht. Beide waren fromm auch in dem Sinne, daß sie kirchlich waren und sich regelmäßig zum Gottesdienste hielten, dagegen war ihnen die herrschende und tonangebende Orthodorie zuwider. Dieser Gegensatz war bei Falk mehr gefühlsmäßig, wie bei seinem Vater, der selbst orthodox, doch milde und aller Ausschließlichkeit feind gewesen war; bei Sydow war er durch eigene Beteiligung an bibelfritischen und dogmatischen Fragen tiefer begründet. Dieses starke religiöse Interesse verdankte Sydow dem Einflusse von Lisco*), der seit seinem 21. Jahre seine kirchliche und religiöse Erkenntnis als Freund geleitet hatte, und dem er zeitlebens in treuester Freundschaft verbunden blieb. Den Unglimpf, den Hegel**) diesem feinen und tiefen Manne antat, empfand Sydow wie eine persönliche Kränkung. Und dennoch hatte sich Sydow nicht entschließen können, dem Unionsverein***) beizutreten, und das dem Freunde und Lehrer in einem langen Briefe begründet: Er vermisse in dessen Programm das Bekenntnis zu Christus; so schwer es in Worte zu fassen sei, es müsse doch in Worte gefaßt werden, weil es ohne Christus kein Christentum gebe. — Endlich brachte Sydow dem Minister noch etwas, das dieser nicht besaß, und das ihm sehr gut tat, nämlich eine Zutat von Humor.

Nun forderte Falk den Geheimrat Achenbach aus dem Reichsfinanzleramte, vorher vortragenden Rat im Handelsministerium, auf, das Amt des Unterstaatssekretärs zu übernehmen. Er lehnte in einem Briefe vom 11. April 1872 ab: „Nach den schwersten innern Kämpfen der letzten Tage ist es mir bis heute wenigstens nicht gelungen, derjenigen Bedenken und Zweifel völlig Herr zu werden, welchen ich in der mir am Montage gewährten Audienz Ausdruck gegeben habe.“ Diese Bedenken konnte Falk für durchgreifend nicht erachten, zumal er aus Achenbachs Munde erfuhr, daß Freunde und ältere Bekannte, zu welchen auch August Reichenberger gehörte, ihm vorgehalten

*) Emil Gustav Lisco, 1819—1887, Prediger in Berlin, Mitbegründer des Protestantenvereins und der „Protest. Kztg.“, siehe unten Kapitel 6.

**) Siehe unten Kapitel 6.

***) Dem Berliner Zweigverein des Protestantenvereins.

hätten, Falts Position sei unhaltbar, warum wolle er sich in solche Verhältnisse hineinbegeben? In den weiteren Unterredungen blieb Falk Sieger, — ein herzlicher Kuß besiegelte den Beschluß ihres gemeinsamen Zusammengehens. Bald bildeten sich auch zwischen diesen beiden Männern menschlich freundschaftliche Beziehungen, die zu häuslichem Verkehr und gemeinsamen Spaziergängen führten. In einem Briefe an Falts damals verreiste Frau vom 18. Juli 1872 heißt es: „Mit Achenbach war ich gestern im — Bellealliance-Theater. Einige Menschen erkannten mich offenbar und drängten sich neugierig an mich. Ich bin neugierig, ob die Zeitungen mir diese kleine Ausruhe zum Verbrechen zählen werden.“ Die Zeit, welche Achenbach im Kultusministerium gegönnt war, ist keine lange gewesen. Der Handelsminister Graf Tzenplitz, dessen Ministerium er früher angehörte und dessen besondere Wertschätzung er besaß, hatte allen Grund, von neuem die Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken. Reden des Abgeordneten L a s t e r gegen das Gründerwesen führten zur Einsetzung einer staatlichen Kommission, die die angegriffenen Punkte klarstellen sollte. Ihr Vorsitzender wurde Achenbach. Graf Tzenplitz war der am nächsten beteiligte Minister. Er bat Falk, ihm Achenbach als Unterstaatssekretär abzutreten. Falk ging darauf ein, weil er bestimmt hoffte, daß das für ihn der Übergang zum Amte des Handelsministers sein würde. Als dies geschah, hatte Falk in ihm im Staatsministerium einen anhänglichen Freund gewonnen. Einen Ersatz zu finden, erwies sich als schwierig. Endlich entschloß sich Sydow doch, die Stelle des Direktors mit der des Unterstaatssekretärs zu vertauschen.

Die bis dahin von Achenbach geführte Unterrichtsabteilung wurde dem vortragenden Rat im Ministerium für Landwirtschaft, G r e i f f, übertragen. Auch er wurde ein fleißiger, zuverlässiger und dem Minister warm zugetaner Helfer. Seine große persönliche Liebenswürdigkeit und sein sanguinisches Temperament glichen manche Schwierigkeit aus und befähigten ihn, sich in neue Verhältnisse leichter einzufügen, als andern möglich gewesen wäre.

Das Wachsen der Arbeit machte die Gründung noch einer neuen Direktorstelle nötig. Sydow vermochte neben seiner Aufgabe als Unterstaatssekretär, neben der Führung der Medizinalabteilung und dem Voritze in der „Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen“, nicht auch noch die Direktion der Abteilung für die geistlichen Angelegenheiten beizubehalten. Für diese also war ein neuer Leiter

zu suchen. Falks Wahl fiel auf Franz Foerster*), einen Mann, dessen Name unter den Juristen Preußens einen guten Klang hatte; sein großes Werk „Theorie und Praxis des heutigen Preussischen Privatrechts“ war das unentbehrliche Handbuch jedes Richters geworden. Er galt für den besten Kenner des Landrechtes, und bei den gesetzgeberischen Aufgaben, die das Preussische Justizministerium für das junge Reich zu lösen hatte, war er die rechte Hand Leonhardts, „der Suarez des neuen Reformministers“ gewesen. Foerster war ein Breslauer. Schon bei seiner Promotion war Falk einer seiner Opponenten. Seine Frau war eine Jugendfreundin von Falks Frau, Alara Gaupp, die Tochter seines alten Universitätslehrers und Freundes seines Vaters. Als Falk ihn Anfang 1873 aufforderte, in das Kultusministerium überzugehen, lehnte er ab, erteilte Falk aber dennoch manchen guten Rat. Als den wichtigsten den, daß er Heinrich Göppert**) als Nachfolger des ausgeschiedenen Dezerenten für Universitätsangelegenheiten empfahl, einen vortrefflichen Bearbeiter dieser Sache und zugleich einen ausgezeichneten Mann. Es dauerte aber nicht lange — wir greifen hier etwas vor —, daß sich Foersters ablehnende Haltung änderte. Es sollte ein Direktor in der juristischen Abteilung des Reichskanzleramtes, dem späteren Reichsjustizamte, angestellt werden; nach Leonhardts und Falks Meinung war Foerster die geeignetste Person für dieses Amt. Aber die Entscheidung lag bei Delbrück und dieser trat für eine andere, nicht preussische Persönlichkeit ein, um die Empfindlichkeit der andern Staaten zu schonen. Falk wünschte, Foerster diese Enttäuschung zu ersparen, und darum faßte er den Entschluß, trotz der früheren Ablehnung mit der Aufforderung an ihn heranzutreten, daß er im Kultusministe-

*) Preuß. Jahrb., 42. Band, S. 409 ff.; Allg. D. Biogr., 48. Band, S. 661 ff.

**) Treitschke, an den sich Falk gleichfalls um Rat gewendet hatte, hielt für das Amt einen vielseitig gebildeten Beamten für besser geeignet als einen Professor. (Brief aus Freiburg vom 4. Juni 1873): „Das unglaublich weit und tief verzweigte Koteriewesen unserer Universitäten erlaubt nur wenigen Professoren, Personalfragen ganz unbefangen anzusehen, und diese wenigen sind zumeist produktive Köpfe, die man ihrem idealen Schaffen nicht entziehen sollte. Ein geschäftskundiger Beamter, der geistig hoch genug steht, um die Bedürfnisse der Universitäten zu beurteilen, und zugleich das reizbare Gelehrtenvolk weltklug zu behandeln weiß, wird den Pflichten der schwierigen Stellung vermutlich am besten entsprechen.“ Treitschke nannte seinen Freund und Schwager Nohk in Karlsruhe, betonte aber, das Natürlichste sei doch, aus den Reihen des preussischen Beamtentums zu wählen.

rium ein gleich hohes Amt übernehmen sollte. Diesmal, am 25. Februar 1874, folgte er dem Ruf, und „was er leistete — schreibt Falt später —, rechtfertigte denselben. Was all seine Arbeiten auszeichnete, die hervorragenden, oft genialen Gedanken, das gab sich auch in den Arbeiten im Kultusministerium kund. Schwierigkeiten zu überwinden, reizte ihn und führte ihn auch auf Gebiete, welche nicht eigentlich seines Berufes waren. Ich habe dann und wann den Vorwurf gegen Goerstes juristische Arbeiten gehört, daß die Ausführung nicht immer der Tüchtigkeit des Gedankens entspreche. Ähnliches nahm ich wahr, als der Freund seine Kraft den Aufgaben widmete, welche ich ihm stellte. Das Fassen des Gedankens belebte, seine Gestaltung für die Bedürfnisse des Lebens ermüdete ihn, und das legte mir die Pflicht auf, seine Arbeiten sorgfältig zu prüfen und zu ergänzen. Wir standen stets in freundschaftlichem Verhältnis und ich hatte Vertrauen zu ihm, er hat mir dasselbe durch feste Anhänglichkeit an mich als Minister vergolten. Seine Briefe lassen keinen Zweifel, daß dies auch in menschlich persönlichen Beziehungen zwischen uns, nicht nur in wesentlich gleichen Anschauungen seine Wurzel hatte.“

Mit diesen Männern hatte sich Falt die Mitarbeiter gewonnen, die er brauchte. Andere, die später dazu traten, werden zu seiner Zeit genannt werden. Schwieriger war es und doch unerlässlich, die besonderen Vertrauenspersonen Mühlens zurückzudrängen. Zwar bei Stiehl*), dessen Name untrennbar mit den in der gesamten Lehrwelt verhaßten Regulativen verknüpft war, gab es keine ernstern Hindernisse. Er war gealtert und müde und dachte sowieso an seinen Abschied. Auch Joseph Linhoffs**), des einzigen noch übrigen Rates aus der vormaligen katholischen Abteilung, Dezernat ließ sich leicht so abgrenzen, daß die neuen gesetzgeberischen Aufgaben von seiner andern innern Stellung nicht gehemmt wurden. Linhoff hat es stets in dankbarer Erinnerung bewahrt, mit welcher Noblesse ihn Falt behandelte und wie rücksichtsvoll er ihm Funktionen ersparte, die ihm hätten schwer fallen müssen. Wiese***), der bedeutendste und selbständigste Freund Mühlens im Ministerium, hatte das wichtige Dezernat der höheren Schulen. Auch mit ihm mußte Falt sehr vorsichtig umgehen; er war kirchlich ganz auf dem Standpunkte der strengsten

*) Ferdinand, 1812—1878; siehe unten Kapitel 5.

**) Pfülf, O., Joseph Linhoff, der letzte Veteran der „Katholischen Abteilung“, 1901, S. 58 f.

***) Siehe oben S. 81 Anm.

Orthodoxie, aber ein ausgezeichnete Schulmann, — leider persönlich leicht verletzbar und nicht Herr seiner Antipathien; immerhin hat Falk mit ihm, wie Wiese selbst in seinen Lebenserinnerungen bezeugt, ohne schwere Zusammenstöße fertig werden können. Aber bei zwei Räten hatte es Falk schwer, den rechten Weg zu finden, bei dem Juristen de la Croix und vor allem bei dem theologischen und kirchlichen Berater Mühlens, Rögel *). Jenen hat Falk bis ans Ende seiner Ministerzeit ertragen müssen, und er hat seinen Gegensatz zu der Richtung, die Falk einschlug, nie verleugnet, ihn sogar manches Mal mit ziemlicher Schärfe hervorgekehrt. Übrigens war er gescheit und fleißig und von vornehmer Gesinnung. Das zeigt schon das Dankschreiben, mit dem er die briefliche ganz offene Mitteilung Falks erwiderte, daß und weshalb er ihn nicht zum Ministerialdirektor vorschlagen könne. Diesen aber hat sich Falk durch seine Beschränkung auf ein unschädliches Dezernat zum erbitterten und bei seiner Stellung zum Kaiser gefährlichen Feinde gemacht. Rögel ist Falks Verhängnis geworden. Man kann zweifeln, ob das unvermeidbar war, ob es nicht möglich gewesen wäre, Rögel stärker zu den Arbeiten auf dem Gebiete der evangelischen Kirchenverfassung heranzuziehen und an dies Werk zu binden. Die kirchenpolitischen Ansichten Rögel's waren damals noch nicht so entschieden und versteift, daß man diese Möglichkeit einer Zusammenarbeit beider Männer von vornherein für ausgeschlossen halten mußte. Sein späterer schroffer Gegensatz zu des Ministers Regierungsweise ist doch wohl durch das Gefühl einer erlittenen Kränkung mit bedingt, die sein Ehrgeiz nicht verwinden konnte.

Der Charakter des Ministeriums, wie ihn Falk geprägt hatte, ist vortrefflich geschildert in ein paar Sätzen, die ein später eintretender Rat, Robert Bosse, in seinen Lebenserinnerungen [Grenzboten 1904, S. 30 ff.] geschrieben hat. Er schreibt über Sydow:

„Nicht bloß ein bedeutender Mann und ungewöhnlich tüchtiger Beamter, sondern auch ein lauterer und edler Mensch, mit Recht von allen vortragenden Räten, auch von den mehr oder weniger frondierenden, aufs höchste respektiert, für den Minister ein geradezu idealer Unterstaatssekretär“, — und fährt dann fort:

„Die Mehrzahl der Räte stand mit Überzeugung auf dem Boden der Falk-Sydowschen Politik und trieb den Kulturkampf, und auch das Einlenken in mehr liberale Bahnen, ehrlich und eifrig mit einer

*) Rögel, Gottfried, Rudolf Rögel, Band 3, 1872—1896; 1904.

gewissen Begeisterung. . . . Andere standen der politischen Richtung innerlich mehr schwankend, unsicher oder auch mehr oder weniger gleichgültig und zaudernd gegenüber, machten aber mit, ohne sich auszusprechen. Einige wenige endlich machten keinen Hehl daraus, daß sie grundsätzlich auf einem verschiedenen Boden stünden. Diese Kollegen waren, was sie selbst ganz gerechtfertigt fanden, kaltgestellt, d. h. sie wurden nur mit unwichtigeren Sachen, die keine prinzipielle Bedeutung hatten, oder so gut wie gar nicht beschäftigt. Man ließ sie, wie man sagte, spazieren gehen. Sie kamen aber zu den Abteilungs-sitzungen und wurden von den Vorgesetzten mit aller Höflichkeit behandelt. Mir gefiel es, daß man es vermied, diese immerhin doch nicht gerade bequemen Elemente etwa durch eine demonstrativ üble Behandlung zur Pensionierung zu drängen. Es wurde viel, und, wie ich bald sah, formell sehr gut gearbeitet. Der Unterstaatssekretär übte eine scharfe und gefürchtete Kontrolle.“

Die wichtigste und für sein ganzes amtliches Leben bedeutsamste Personalfrage aber trat an den Minister, und zwar schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt, außerhalb des Ministeriums heran. Der Evangelische Oberkirchenrat hatte es seit seiner Einrichtung im Jahre 1850 niemals zu Autorität und Aktivität bringen können. Die Gründe dafür werden später darzulegen sein. Auch die seit 1866 neu-berufenen Mitglieder, Brücker und Dörner, hatten daran nichts ändern können. Es war aber dem Minister sofort klar geworden, daß, wenn überhaupt die seit Jahren verhandelten Pläne einer neuen Verfassung der Kirche Gestalt gewinnen sollten, alles von der energischen Tätigkeit dieser Behörde abhinge. Nun traf es sich glücklich, daß im April 1872 der bisherige Präsident Mathis erklärte, seinen Abschied nehmen zu wollen. Das einflußreichste Mitglied des D. A. K., der Generalsuperintendent und Oberhofprediger Hoffmann, der damals noch im Vertrauen des Kaisers den Vorrang vor Kögel hatte, teilte dies dem „innigst verehrten Minister“ in einem Briefe vom 28. April mit. Er schrieb:

„Ich sprach vorgestern mit S. M. davon, aber nur ganz beiläufig. Mir liegt sehr viel daran, daß Ew. E. wesentlich in derselben Richtung mit Ihrem gewiß von S. M. erfordernten Räte gehen werden. Ein Mann von Energie und Charakter, aber milder Gesinnung, entschiedener Mann der Union und der Synodalverfassung, tüchtiger Geschäftsmann, gründlicher Kanonist, das sind meine Hauptgesichtspunkte. Ein weiterer ist mir, daß es nicht ein gar zu spezifisch

preußischer Mann sei, der unter den andern deutschen Landeskirchen fremd wäre, sondern ein Mann von allgemein deutsch-evangelischer Notabilität. [Hoffmann war Württemberger und trotz seiner langen Wirksamkeit in Preußen und am Preußischen Hofe niemals zum Preußen im engen Sinne geworden.] Von Namen, die mir genannt wurden, hat mir keiner eingeleuchtet. . . . Die einzigen Namen, die mir einleuchteten, als schon früher zwischen Brückner, Dörner und mir die Sache besprochen wurde, weil Mathis mich schon vor einem Jahre bat, darüber zu denken, waren Professor *Gerber* in Leipzig, der in Sondershausen geboren, in Erlangen, Tübingen, Jena, Leipzig Professor war, der aber jetzt leider Minister in Dresden mit 6000 Talern Gehalt ist, und Professor *Herrmann* in Heidelberg, der in Leipzig, Kiel, Göttingen, Heidelberg erfreulich doziert hat, die Seele der hannoverschen Synode als Vizepräsident, Vater der hannoverschen Synodalverfassung, Mitglied des Oberkonsistoriums in Hannover war, jetzt das, besonders in Antikatholizis, wirksamste Mitglied der ersten badischen Kammer, geachtet und gefürchtet von den Ultramontanen dort. Er ist der gewählte Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages, sollte schon unter Bethmann-Hollweg hierher als Professor und Oberkonsistorialrat kommen, was aber mein Freund *Richter* aus professorischer Euloufie hintertrieb. Richter wollte ihn durchaus nicht hier haben; warum, ist mir immer unklar geblieben, sondern ließ ihn, der die Seele der preußischen Partei an der Göttinger Universität vor und nach 1866 war, deshalb auch nicht mehr sich wohl fühlen konnte, als man den Antipreußischen so weiten Spielraum von hier aus ließ, zu meinem größten Unwillen nach Heidelberg gehen. Ich glaube, er wäre zu gewinnen und wäre der Mann, den wir brauchen. . . .“

Falk kannte *Herrmann* *) bis dahin nicht, auch seine Schriften waren ihm fremd geblieben. Diese studierte er nun, vermochte sich aber ein klares Urteil daraus nicht zu bilden. Er erkundigte sich auch persönlich. Die Auskünfte fielen nicht unbedingt günstig aus. Ein alter Jugendfreund des Ministers, *Wilhelm Gafz*, seit 1868 Professor der Theologie in Heidelberg und Herrmanns Kollege, der Sohn des bekannten Freundes Schleiermachers, schätzte ihn zwar als ehrenhaften Charakter, als geistreichen, geschickten und wohlredenden

*) von Kirchenheim, A., Emil Herrmann und die preußische Kirchenverfassung, 1912; noch wichtiger: von Bamberg, A., Emil Herrmanns Eintritt in die Leitung des E. O. K. K. und sein Austritt (D. Ev. Bl., N. F. 6, Jahrgang 1906, S. 587 f., 663 f., 729 f.); weiterhin zitiert: Bamberg.

Mann, als aufrichtigen Freund Preußens und guten deutschen Patrioten. Allein für den rechten Mann auf dem Posten des Präsidenten hielt er ihn nicht. Er sei nicht vordringend und entschlossen genug, um diese Behörde von ihrer bisherigen Richtung abzulösen und auf den Weg der Gleichstellung und Gleichberechtigung verschiedener theologischer Richtungen hinzuleiten, und darauf komme es doch an. So schrieb er an Geheimrat Olshausen am 4. Juni 1872, den Fall mit dieser Erkundigung beauftragt hatte. Auch ein anderer Brief aus Kreisen der Badischen Regierung stammend, enthielt bei aller Objektivität manches, was Fall wohl nachdenklich stimmen konnte.

So mußte Fall wünschen, durch persönliche Begegnung ein sicheres Urteil zu gewinnen. Er bat Hoffmann, eine solche zu vermitteln, und erfuhr dabei, daß auch der Kaiser bereits für Herrmann interessiert sei und sich vom Großherzog von Baden Günstiges über ihn habe berichten lassen. Die Zusammenkunft fand, nachdem der Kaiser sein Einverständnis gegeben hatte, am 20. Juli in Leipzig statt. Der Inhalt der Besprechungen spiegelt sich in dem ausführlichen Briefe, den Herrmann nachher an Fall schrieb *). Fall hatte inzwischen durch sein Studium der Akten und Landtagsprotokolle ein deutlicheres Bild der Lage gewonnen. Er machte Herrmann darauf aufmerksam, daß der Artikel 15 der V. U. verschieden ausgelegt würde, und daß die Vorgänge bei Errichtung des E. O. R. K. nicht eindeutig erkennen ließen, ob sie definitiv oder nur provisorisch gemeint gewesen seien. Im Landtage waren Parteien, die die geforderte Synodalverfassung als Ersatz des Landesherrlichen Kirchenregimentes und damit des O. R. K.s wollten. Der Minister konnte keine Bürgschaft übernehmen, ob sein Weg, den O. R. K. vielmehr durch Synoden zu ergänzen und zu festigen, zum Ziele führen würde. Herrmann mußte sich klar werden, ob er es wagen wollte, an die Spitze einer Behörde zu treten, deren Daseinsgrund bestritten war. Natürlich kamen noch andere Fragen zur Besprechung, Bismarcks Stellung, die Bestrebungen auf Verselbständigung der Provinzialkirchen, die theologischen Richtungsunterschiede, die Möglichkeit der Einführung der Zivilehe. In allen diesen Dingen zeigte sich volles sachliches Zusammenstimmen.

Die Hauptsache aber war, daß sich die beiden Männer auch persönlich gefielen, und schnell ein warmer Ton zwischen ihnen aufkam. Bei

*) Bamberg, S. 587.

Herrmann blieben nur Bedenken finanzieller Art und vor allem die Sorge, ob ihm der Kaiser das nötige Vertrauen schenken würde. Die ersteren konnte Falk nicht beheben, Herrmann mußte sich mit dem bisherigen Präsidentengehalte begnügen und tat es auch. Um mit dem Kaiser sicher zu gehen, ließ Falk ihm durch den Geheimen Rabinettssrat Herrmanns Schreiben *) vorlegen. Der Kaiser, damals noch unbeeinflusst oder sogar durch Hoffmann günstig beeinflusst, erklärte sich im wesentlichen einverstanden, — er hatte wohl die prinzipielle Richtung von Herrmanns Ausführungen nicht ganz aufgenommen. Er gewährte diesem die erbetene Audienz in Baden-Baden, die freilich bei Herrmann zwiespältige Eindrücke hinterließ. Dennoch war Herrmanns Sorge durch die freundliche Art des Kaisers beschwichtigt, und er sagte nun endgültig zu. Hoffmann im Namen des O. K. R. und der Minister entwarfen den gemeinsamen Immediatantrag und verabredeten Anfang November das Nötige über Herrmanns Einführung. Auf seinen Wunsch wurde ihm gestattet, seine Vorlesungen noch zu beendigen und erst nach Semesterschluß nach Berlin überzusiedeln. So war auch diese Stelle mit einer vollwertigen Kraft besetzt. Bismarck, von dem Hoffmann gefürchtet hatte, er werde einen eigenen Kandidaten vorbringen, hatte nicht daran gedacht und dem Minister freie Hand gelassen.

Ehe wir uns dann der Arbeit Falks zuwenden, werfen wir noch einen Blick auf die Kollegen, die Falk im Staatsministerium vorfand, und auf die sich bald nach seinem Amtsantritt darin vollziehenden Veränderungen. Falk trat ins Ministerium als ein warmer Verehrer Bismarcks ein. Das konnte nicht anders sein bei einem preußischen und deutschen Patrioten, der die große Wendung der Jahre 1866 und 1870 miterlebt hatte, und dem immer der Gedanke des starken Staates und der nationalen Einheit den Vorrang vor dem liberalen Gedanken gehabt hatte. Allein, der Briefwechsel zwischen den beiden Freunden Falk und Sydow zeigt deutlich, daß sie sich zur Anerkennung von Bismarcks Genie und zur Willigkeit, seiner Politik zu folgen, nur sehr allmählich durchgerungen hatten, und daß ihnen bei aller Bewunderung und Dankbarkeit, daß er das Sehnen ihrer Jugend zur Erfüllung gebracht hatte, doch immer unheimlich blieb „die Inkommensurabilität seines Wesens, d. h. die Unmöglichkeit, seine Taten vom Standpunkte des normalen Denkens und der normalen Moral

*) Auch ein zweites, B a m b e r g, S. 604.

zu verstehen oder zu rechtfertigen“. Auf ein menschlich warmes oder gar freundliches Verhältniß hat Falk deshalb von vornherein nicht gerechnet. Verkehr von Haus zu Haus bildete sich in keiner Weise. Eine Einladung lehnte Bismarck ab, im Einklange mit seinem sonstigen Verhalten und aus dem berechtigten Grunde, daß die Annahme solcher Einladungen ihm ein zu großes Maß von Anstrengung auferlegen würde. Hierin hat er eine Ausnahme nur bei dem Grafen Friedrich Eulenburg gemacht. Wenn Bismarck, als er jene Einladung ablehnte, hinzufügen ließ, er werde gerne einmal zu einem Familienessen kommen, so war das wohl nur dahin gemeint, der Ablehnung jegliches Verletzende zu nehmen. Jedenfalls ist es zu einem solchen Zusammensein nie gekommen. Überhaupt ist der Fürst nur einmal in Falks Hause gewesen, als er gegen Ende 1872 dessen Frau einen Besuch machte. Sein Auftreten dabei war sehr ritterlich; von *Felix Dahn* hörte Falk noch viel später, daß Bismarck sich gegen diesen in hoher Verehrung für seine Frau ausgesprochen habe. Auch insofern bildete sich kein näherer Verkehr, als Falks etwa in leichterer Weise das Bismarcksche Haus aufgesucht hätten, wie das von verschiedenen Anderen geschah. Zu den parlamentarischen Abenden, die bei dem Fürsten stattthatten, brachten manche Abgeordnete ihre Gattinnen und Töchter mit und setzten sich, wenn das Gros der Herren sich entfernt hatte, zum Plaudern bei einem Glase Wein, Punsch oder Bier mit der Familie des Fürsten nieder. Falk tat dies nie. Denn er hatte einmal gehört, wie Bismarck im Anschlusse an eine Staatsministerial-sitzung lebhaft auf den Abgeordneten von *Kardorff* schalt, welcher die gedachte Sitte eingeführt hätte; auf solche Weise währten diese Gesellschaften bis spät in die Nacht und raubten ihm Schlaf und Ruhe.

Falk war entschlossen, Bismarck ein treuer Gehilfe und Mitarbeiter zu sein, solange es seine Überzeugung zuließ, aber er machte dabei einen Vorbehalt. Er wußte, daß Bismarck sehr rücksichtslos sein konnte und in der Behandlung seiner Kollegen vor sehr zweifelhaften Methoden nicht zurückschreckte. Zum Beispiel stand damals die erste Seite der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zur Verfügung der Minister. Auf ihr fanden sich nicht selten, vor und auch noch nach Falks Eintritt in das Ministerium, Angriffe auf den Minister des Innern, Grafen Friedrich Eulenburg, die wohl mit Recht auf den Fürsten Bismarck zurückgeführt wurden. Falk hatte sich vorgenommen, derartige Angriffe, welche sein ministerielles Ansehen schädigen mußten, schlechter-

dings nicht hinzunehmen. Dieser Entschluß führte in den allerersten Monaten zu einem Zusammenstoß mit Bismarck, der für beide Männer zu charakteristisch ist, als daß er hier übergangen werden könnte. In der genannten Zeitung erschien am Abend des 17. Mai der Auszug aus einem Artikel der Demokratischen „Volkszeitung“ mit schärfster Kritik an dem Zustand der preussischen Lehrerseminare, und dieser Kritik war eine zustimmende Besprechung beigelegt. Falk schrieb noch am selben Abend an Bismarck folgendes:

„Ew. Durchlaucht wollen mich geneigtest noch vor Ihrer Abreise [am nächsten Vormittage] darüber vergewissern, ob, wie ich annehmen muß, der in der heutigen Nummer der N. A. Z. erschienene, das preussische Seminarwesen betreffende Artikel, der die Anschauungen der Volkszeitung unbedingt billigt, mit Hochderselben Zustimmung veröffentlicht worden ist. Bei dem Falles werden Ew. Durchlaucht es mit mir als Gebot der Pflicht und Ehre anerkennen, daß ich E. M. unverzüglich um meine Entlassung bitte. Usw.“

Fürst Bismarck machte damals die Nacht zum Tage, und noch in derselben Nacht erhielt Falk von ihm folgende, eigenhändig geschriebene Antwort:

„Berlin, 18. Mai 1872 früh. Verehrter Herr Kollege! Wenn in der Norddeutschen Zeitung, die ich nicht gesehen habe und mir in der Nacht nicht verschaffen kann, irgend etwas steht, was Sie persönlich verlegt oder auch nur berührt, so glaube ich, daß Sie keine Anfrage bei mir bedurften, um sicher zu sein, daß eine solche Taktlosigkeit meine Zustimmung nicht haben kann. Ich habe nicht geglaubt, daß Ew. E. über meine Gesinnungen Ihnen gegenüber so im Zweifel sein könnten, daß Sie die Möglichkeit meiner Beteiligung an einem Angriff in der Presse auf Sie überhaupt in Erwägung ziehen konnten. Ich erinnere mich nicht, einen Artikel über Seminarwesen seit langer Zeit gelesen zu haben und bekomme die Volkszeitung niemals zu Gesicht. Ich hoffe, daß die Sache sich zu Ihrer Befriedigung aufklären wird, und bin der Meinung, daß die Norddeutsche Zeitung ganz zu Ew. E. Verfügung steht, um nach Ihrem Ermessen rektifiziert zu werden, wenn sie sich erlaubt hat, Ew. E. anzugreifen. Ew. E. ergebenster von Bismarck.“

Sofort sandte Falk Bismarck ein neues Schreiben zu, worin er für die Auskunft dankte und mit dem Wegfall der Voraussetzung von jedem Schritte Abstand nahm. Am anderen Tage aber kam Delbrück und teilte ihm im Auftrage des inzwischen abgereisten Kanzlers mit, daß dieser doch die Aufnahme des besprochenen Artikels in die

N. A. Z. versehentlich veranlaßt habe, er habe Schullehrerseminare und Alerikalseminare verwechselt, über die bekanntlich damals Streit zwischen der Regierung und den Ultramontanen war. Vielleicht war es doch für das fernere Verhältnis des Ministers zum Ministerpräsidenten nicht belanglos, daß jener, wenn auch wohl in übertriebener Empfindlichkeit, Bismarck so energisch gezeigt hatte, daß er sich nicht alles gefallen lassen würde.

Das älteste Mitglied des Staatsministeriums außer Bismarck war Graf Friedrich Eulenburg, zweifellos ein hochbegabter Mann. Der Öffentlichkeit war er zuerst als Führer einer preußischen Expedition nach Japan bekannt geworden. Ein Jugendgenosse Bismarcks, gleichaltrig, trat er nach dem Rücktritte des Ministers des Innern von Jagow an dessen Stelle, wohl der einzige Minister, mit dem Bismarck auch freundschaftlich verkehrte. Er saß damals noch ziemlich fest im Sattel, zumal er Bismarcks Wendung zu den Nationalliberalen aus Überzeugung guthieß, ja, darin mit der Zeit weiter ging als Bismarck selbst. Erst im Laufe der siebziger Jahre entstanden Differenzen. Zu Galt trat Eulenburg schnell in kollegiale Beziehungen. Er gab ihm z. B. manchen guten Rat für die richtige Behandlung des Kaisers.

Seine charakteristische Note aber empfing das damalige Ministerium von einem anderen seiner Mitglieder, nämlich von Otto Camphausen, dem Finanzminister. Camphausen war ein tüchtiger Mann, aber er war sich seiner Tüchtigkeit auch selbst stark bewußt, und das machte seine schon von Natur nicht gerade lebenswürdige Persönlichkeit nicht milder. Obgleich Galt mit den politischen Überzeugungen Camphausens weithin übereinstimmte, kam es daher zu mancherlei Zusammenstößen, die später in den Verhandlungen über das Unterrichtsgesetz zu ernstem Konflikt auswuchsen. In allen Reichsangelegenheiten hatte Galt viel mit Camphausens nächstem Freunde und täglichen Tischgenossen — beide waren Junggesellen — zu tun: Rudolf Delbrück. Zu hervorragendster Person im Preussischen Handelsministerium herangewachsen, ward er später Bismarcks rechte Hand im Norddeutschen Bunde und blieb das im Deutschen Reiche, zu dessen Gründung er wesentlich beigetragen hat, bis sein freier Standpunkt in Handelsangelegenheiten ihn veranlaßte, sich von Bismarck noch zu rechter Zeit, ehe Konflikte entstanden, zu trennen. Kurz vor Galts Ernennung war Delbrück auch zum preussischen Staatsminister ernannt worden.

Mit dem Grafen Roon*), dem Kriegsminister, kam Falk erst im Jahre 1873 in nähere Berührung, als Bismarck das Präsidium im Staatsministerium niedergelegt und Roon es übernommen hatte, — ein völliger Mißgriff einmal deshalb, weil Bismarck seiner Persönlichkeit nach die zweite Rolle nicht spielen konnte, und zweitens, weil Roon damals schon zu alt und erschöpft war, um der ersten gewachsen zu sein. Wie Roon schon vor Falks Ernennung bei dem Kaiser für ihn eingetreten war**), so brachte er ihm dauernd Wohlwollen entgegen und bewies mehrmals Unterstützungsbereitschaft und ließ sich darin durch seinen Freund und Berater in kirchlichen Dingen, den Generalsuperintendenten Büchsel, nicht beirren. Von der Notwendigkeit, den Römischen Ansprüchen fest entgegenzutreten, war er ebenso überzeugt wie Bismarck. Er hatte bald Gelegenheit, dieser Überzeugung in seinem eigensten Ressort Geltung zu verschaffen.

Zu den übrigen Ministern trat Falk nur in lose Beziehungen. Graf Tzenplitz, von Selchow und dessen nur wenige Monate fungierender Nachfolger, Graf Königsmark, waren ja nur kurze Zeit Falks Kollegen.

Ganz merkwürdig gestaltete sich, und ganz ungesucht von Falks Seite sein Verhältnis zu dem alten Generalfeldmarschall Wrangel, der zwar keinerlei politisches Amt bekleidete, aber zu den populärsten Persönlichkeiten am Hofe und in Berlin gehörte. Von dem Augenblicke an, da Falk sich ihm vorgestellt hatte, wurde er von ihm mehr als freundlich, fast zärtlich, behandelt. Als Wrangel einmal einen Besuch bei Falk gemacht hatte, sagte er beim Abschied: „Küsse mir“, — was dann auch geschah. Seine Briefe unterschrieb er gerne: „Ihr treu ergebenster“ oder „dankbarer Freund“, und derartige Aufmerksamkeiten erhielt Falk mehr. Deshalb suchte er einmal Gelegenheit, den Enkelsohn des greisen Feldmarschalls, den damaligen Kammerjunker von Wrangel, nach der Ursache solcher ihm unerklärlichen Zuneigung zu fragen. Statt der Antwort zog dieser eine Kapsel hervor, sprengte sie auf und ließ Falk die Photographie eines Mannes mit den Worten sehen: „Mein Vater“. Falk glaubte sich selbst zu sehen; also war seine Ähnlichkeit mit Wrangels Sohne der Grund der Zärtlichkeit des alten Mannes.

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben des General-Feldmarschalls, Kriegsministers Grafen von Roon, besonders Band 2; 1892.

**) Ebenda S. 567, S. 590.

Drittes Kapitel

Erste Amtshandlungen

Am 30. Januar 1872 begann im Abgeordnetenhaus die Beratung über den Haushalt des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. An diesem Tage stand Falk zum ersten Male als Minister vor dem Hause, denn eine kurze Erklärung, die er am 26. Januar vom Regierungstische als Kommissar des kranken Justizministers abgegeben hatte, kommt nicht in Betracht. Auf diese Beratung hatte sich das Haus seinen Groll gegen Mühler aufgehoben. Es bestand aus 110 Konservativen, 50 Freikonservativen, 107 Nationalliberalen, 45 Mitgliedern der Fortschritts-, 52 der Zentrums- und 19 Polen. 44 Abgeordnete waren Wilde. Die Session — die zweite der ersten Legislaturperiode — war am 27. November 1871 eröffnet worden. Die Thronrede hatte auf diesem Gebiete Folgendes angekündigt:

„Gegenüber den Bewegungen, welche auf dem Gebiete der Kirche stattgefunden haben, hält Meine Regierung daran fest, der Staatsgewalt ihre volle Selbständigkeit in bezug auf die Handhabung des Rechtes und der bürgerlichen Ordnung zu wahren und zugleich neben der berechtigten Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgesellschaften die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Einzelnen zu schützen. . . . Einen Gesetzentwurf, betr. die Aufbringung der Synodalkosten empfehle Ich Ihrer Aufmerksamkeit um so mehr, als der Staat der Evangelischen Kirche noch immer die Ausführung des Art. 15 der V. A. *), verbunden mit den dazu nötigen Einrichtungen schuldet und dies Gesetz nur eine notwendige Vorbedingung dazu ist. . . . Ein Spezialgesetz über die Beaufsichtigung der Schulen bezweckt die beschleunigte Abhilfe eines als vorzugsweise dringend erkannten Bedürfnisses. . . .“

Gleich zu Beginn der Generaldebatte über den Staatshaushalt am 11. Dezember hatte L a s e r namens der Nationalliberalen Partei

*) „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig usw.“ Aber Bedeutung und Auslegung dieses Artikels der Verfassung in bezug auf die evangelische Kirche das Genauere in Kapitel 6.

Mühler ein förmliches Mißtrauensvotum ausgesprochen, und noch schärfer hatte in derselben Sitzung Eugen Richter ihn angegriffen. Den Anlaß gab aber nicht etwa Mühlers Haltung gegen Rom, sondern sein passiver Widerstand gegen die Forderungen des Hauses auf dem Gebiete der Schule und der Evangelischen Kirche. Ganz besonders diese nahm in der Debatte einen breiten Raum ein. Mühler galt als Träger jener Tendenzen, die eine „Trennung von Staat und Kirche“, wie sie die Verfassung gewollt haben sollte, verhinderten und die Schule wie die Gemeinden unter eine absolutistische Hierarchie beugen wollten. Mit den Mitteln des Staates konnte diese Hierarchie „den Gemeinden den Fuß auf den Nacken setzen“. Und der Oberkirchenrat *) war dabei das Werkzeug, dieser „Wechselbalg des Absolutismus und der Alerisei“, wie ihn Virchow einmal nannte. Die Mittel zu einer solchen Politik wollten die Liberalen nicht länger bewilligen. Sie schlugen vor, den Haushalt des Kultusministeriums einer Kommission zu überweisen. Sie sollte prüfen, ob die angeforderten Leistungen des Staates wirklich auf rechtlicher Verpflichtung beruhten, die so nicht begründeten Posten, besonders aber die Ausgaben für den D. K. R., absetzen und wenigstens im Budget die Trennung von Kirche und Staat verwirklichen. „Ein geistlicher Minister ist für Preußen ein Unding, alle diese Dinge gehören entweder ins Finanz- oder ins Justizministerium“, — eine Konsequenz, die von Richter ausgesprochen, wie sich weiterhin zeigte, auch der Nationalliberale Wehrenpennig und der Katholik von Mallindrodt gelten zu lassen geneigt waren.

Auf alle diese Angriffe hatte Mühler nicht mehr selbst geantwortet. Er hatte sich begnügt, am 4. Dezember das Schulaufsichtsgesetz und am 14. zwei weitere Entwürfe aus seinem Ressort einzubringen: betr. die Errichtung eines Gesamtkonsistoriums in Kassel und betr. Einbringung der Synodalkosten. Auch die am 14. Dezember von dem Abg. Reichenberger eingebrachte Interpellation über den Braunsberger Fall — wir kommen noch darauf zurück — war unbeantwortet geblieben.

Dies war die Erbschaft, mit der belastet Falk vor das Haus trat. Allerdings hatte seine Ernennung in etwas den Sturm beschworen. Immerhin hatte die Budgetkommission zwei Anträge gestellt, aus denen das alte Mißtrauen sprach. Sie forderte übersichtlichere Gestal-

*) Fortan abgekürzt D. K. R.

tung des Etats und eine Beteiligung des Hauses an der Kontrolle der Verwendungen aus den einzelnen Fonds. Falk nahm sofort das Wort, ging über diese Anträge leicht hinweg, indem er nur die Schwierigkeit ihrer praktischen Durchführung hervorhob, und erklärte, er halte von den bereits eingebrachten Vorlagen nur das Schulgesetz aufrecht; über die andern könne er noch keine Erklärung abgeben, weitere Entwürfe werde er aus seinem Ressort in der laufenden Session nicht einbringen. Die Aufrechterhaltung des Schulgesetzes erklärte Reichensperger sofort als Sturmsignal. Nach ihm beschwerte sich Mallinckrodt bitter über die seit dem letzten Landtage erfolgte Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium. Falk mußte sie rechtfertigen. Er tat es, indem er die Unverträglichkeit einer konfessionellen Behörde mit dem Prinzip des konstitutionellen Staates hervorhob und diesem Beweise die eindrucksvolle Wendung gab: „Die Abgeordneten Wehrenpfennig und von Mallinckrodt haben die Konsequenz gezogen, das Ministerium der geistlichen Angelegenheiten auf das Justizministerium zu übertragen. Nun, so sehen Sie in meiner Erscheinung einen Anfang; es ist ein Jurist an die Spitze des Kultusministeriums gestellt worden, und diesem Juristen hat — und dafür bin ich dankbar — der Abg. Reichensperger zugerufen, er solle nicht vergessen, daß er bis dahin sein Leben der Justiz und dem Rechte gewidmet habe. Dieser Mahnruf wird von mir sehr wohl gewürdigt werden.“ Bis marck sekundierte ihm alsdann mit einer mächtigen Rede gegen das Zentrum, in der er die ganze Gefährlichkeit der katholischen Abteilung schonungslos ans Licht zog und mit aller Deutlichkeit die Gründe darlegte, weshalb er den Kampf aufgenommen habe.

Die Debatte des folgenden Tages lenkte auf die Anträge der Budgetkommission zurück. Die Zukunft des D. R. R. trat in den Mittelpunkt. Ein jüdischer Abgeordneter beschwerte sich über einen nach Form und Inhalt ausnehmend rohen Erlaß des Brandenburgischen Konsistoriums gegen Übertritte von der Evangelischen Kirche zum Judentum, der nicht nur die Übergetretenen, die doch keinesfalls mehr der Jurisdiktion des Konsistoriums unterstanden, sondern auch das Judentum an sich schwer beschimpfte. Da dieser Erlaß auf eine Anweisung des D. R. R. gegründet war, so beantragte er daraufhin Streichung der Ausgaben für den D. R. R. Ihm trat ein liberaler Berliner Prediger Müller zur Seite. Der D. R. R. sei eine unkonstitutionelle Einrichtung, das Haupthindernis für die Ausführung

des Art. 15 der Verfassung, nämlich die Trennung von Staat und Kirche, das Trugbild einer kirchlichen Repräsentation. Nachdem der Herzog, nämlich Mühler, gefallen, sollte man den Mantel, den D. K. R. nachfallen lassen. Auch Birchow hieb in dieselbe Kerbe, der D. K. R. stifte Unfrieden, entwickele sich immer mehr zum Papsttum usw. Bei der Stimmung des Hauses war das ein sehr gefährlicher Antrag, zumal die Verteidigung des D. K. R. von den Konservativen nur lahm war und Argumente vorbrachte, die das Haus eher reizen als beruhigen mußten, und da eine Denkschrift des D. K. R. gegen das Schulaufsichtsgesetz — Herrmann hatte sein Amt noch nicht angetreten — die Majorität noch mehr verstimmt hatte. Auch Falk war durch dies Vorgehen des D. K. R., das ohne jede Fühlung mit ihm erfolgt und in dem Zeitpunkt höchst inopportun war, geärgert. Falk hatte noch kein sicheres Urteil über die Rechtsgrundlage des D. K. R., sprach das auch offen aus, bat aber trotzdem dringend, die Position nicht zu streichen, weil ein solcher Beschluß ihn bei seinen Maßnahmen zur Ausführung des Art. 15 vorweg binden und hindern würde; und die Mehrheit wollte ihm nicht sofort Steine in den Weg werfen, sondern bewilligte die Position. Auch diese Debatte aber trat in den Hintergrund durch einen leidenschaftlichen Angriff Bismarcks auf das Zentrum und seine Wahlagitation. — Noch einmal nahm Falk in der Etatberatung das Wort, um weitestens Entgegenkommen in der Frage der Aufbesserung der Elementarlehrergehälter zu versichern.

Das Schulaufsichtsgesetz unter Dach zu bringen, konnte an sich im Abgeordnetenhaus nicht schwer sein. Es entsprach der überwiegenden Stimmung und wurde schon deshalb von Mühlens Erbschaft ausgenommen, weil man wußte, daß Mühler es nur mit Widerstreben eingebracht hatte. Auch die Konservativen erblickten darin ein Zeichen, daß Mühler den festen innern Halt verloren und sich zur Verleugnung seiner Grundsätze hatte verleiten lassen. Ein einziger Punkt in dem vorgelegten Entwurf bereitete Schwierigkeiten; auf ihn würde Mühler wohl allerdings Gewicht gelegt haben. Während er nämlich die Aufsicht über das ganze Schulwesen und die Ernennung der Total- und Kreis Schulinspektoren für den Staat forderte, auch den nebenamtlichen Inspektionsauftrag für jederzeit widerruflich erklärte, wollte er doch in seltsamer Inkonsequenz die bisherigen Inspektoren verpflichten, ihr Amt fortzuführen, und neuernannte, es anzunehmen. In einer Versammlung von Vertretern aller Parteien außer dem

Zentrum und den Polen am 2. Februar wurde einstimmig verabredet, diese Bestimmung zu streichen. Gewünscht wurde außerdem, dem § 1 eine noch bestimmtere Fassung zu geben; dadurch wurde nichts Sachliches geändert, — ferner ein Vorbehalt für das Recht der politischen Gemeinden, an der Aufsicht teilzunehmen; da nicht daran gedacht war, dies zu beeinträchtigen, war das gleichfalls unbedenklich, wenn auch unnötig. Um den Konservativen die Zustimmung in etwas zu erleichtern, waren einige geneigt, ausdrücklich die fortdauernde Geltung des Art. 24 der B. A. auszusprechen, der das Recht der Kirchen auf Leitung des Religionsunterrichtes verbürgte. Auch dies war gänzlich unschädlich, es nützte aber nichts, da die zur Ablehnung entschlossenen Konservativen erkannten, wie wertlos diese Bestimmung wäre, wenn nicht den Geistlichen das Recht auf die Schulinspektion zuerkannt würde. Die Ausichten im Plenum schätzte *L a s t e r*, der hiervon dem Minister Mitteilung machte, so: Alle Liberalen und die Freikonservativen bis etwa auf 7 würden für das Gesetz stimmen, die Altkonservativen würden sich teilen, etwa 20 wohl dafür votieren.

Die Vorberatung, wie man damals die erste Lesung nannte, nahm drei Sitzungen in Anspruch, vom 8. bis 10. Februar. Es ist bekannt, daß neben dem Ressortminister *B i s m a r c k* ganz persönlich die Vorlage vertrat, so sehr betrachtete er es als wichtigste politische Frage, daß der Staat die volle Herrschaft über die Schule zurückgewönne. Die beiden Reden vom 9. und 10. gehören zu den größten Rundgebungen seiner Persönlichkeit. Freilich, die Notwendigkeit des Gesetzes begründeten sie weniger als die Zwangslage des Staates, sich gegen die Anmaßungen der Kirche zur Wehr zu setzen. Streng sachlich dagegen faßte *F a l k* seine Aufgabe in den beiden Reden, die er am 9. und 10. hielt. Er ging aus von der großen Zahl von Petitionen, die gegen das Gesetz eingelaufen waren: 861 evangelische und 1462 katholische mit zusammen 206 000 Unterschriften. Die katholische Partei hatte damit zum ersten Male die glänzende Technik, aber freilich auch die Strupellosigkeit ihrer Agitationsmethoden bewiesen. Falk zeigte an drastischen Beispielen, mit welchen Unwahrheiten und Übertreibungen die Bevölkerung bearbeitet worden war, leider auch von evangelisch-kirchlichen Kreisen. Demgegenüber betonte er, daß das Gesetz zu solcher Erregung keinen Grund böte. Es sei nichts als eine Vorsichtsmaßregel in, wie niemand bestreiten könne, aufgeregten Zeiten, eigentlich nur eine Ausführung der Verfassung und zweifellose Klarstellung ihrer Intentionen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte verdunkelt wären.

Unverkennbar lag darin ein Unterschied von Bismarcks Reden. Dieser machte aus dem Gesetz eine große Staatsaktion, während Falk sich bemühte, ein Recht des Staates „möglichst ohne Geräusch“ sicherzustellen. Schließlich spitzte sich der Kampf auf den einen Punkt zu, ob den Geistlichen aus dem Herkommen ein Recht auf die Schulinspektion erwachsen sei. Auch die Konservativen bestritten das Recht des Staates nicht, geistliche Inspektoren wegen pflichtwidrigen Handelns zu entsetzen, sie wollten aber den Staat verpflichten, keine andern als Geistliche zu Inspektoren zu ernennen, oder dies doch nur ausnahmsweise gestatten. Das Gesetz aber stand auf dem Standpunkt, daß der Staat ganz frei sei, wenn sich auch aus praktischen Gründen in den meisten Fällen empfehlen werde, Geistliche zu wählen.

Die Vorlage wurde in der Vorberatung mit 197 gegen 171 Stimmen, in der kurzen Schlußberatung am 13. mit 207 gegen 155 Stimmen angenommen. Von den Altkonservativen hatten etwa 20 sich von der Abstimmung ferngehalten, der größere Teil sich auch durch Bismarcks Drängen nicht von seinem Nein abhalten lassen. Im Gegenteil, Bismarcks Reden hatten die Differenz zwischen ihm und den Konservativen zum Bruche gesteigert.

Wie, wenn die Konservativen des Herrenhauses sich gleichfalls nicht bewegen lassen würden? In der That gab es Leute, die auch nach dem Ausgange der Verhandlungen im Abgeordnetenhaufe an ein Zustandekommen des Gesetzes nicht glaubten. Als am 29. Februar die Bewilligung der vermehrten Kosten für Schulaufsicht zur Debatte stand, wurde aus dem Zweifel daran die Ablehnung empfohlen, und Falk mußte sich sehr ins Zeug legen, um das zu verhindern. Denn in der That, inzwischen hatten die Verhandlungen im Herrenhaufe einen sehr ungünstigen Verlauf genommen.

Schon in den vorangegangenen Beratungen hatte es einigemale bedenklich gewetterleuchtet. Am 3. Februar war die Petition einiger Schlesischer Kirchenvorstände zur Besprechung gekommen, der Evangelischen Kirche eine Dotation und Mittel zur Durchführung der verheißenen Selbständigkeit zu gewähren. Die Petitionskommission fand diese Petition der Erwägung sehr würdig, weil an wahre Selbständigkeit der Kirche so lange nicht zu denken sei, als die Kammern die Mittel zu bewilligen hätten; man sehe das an den Versuchen des Abgeordnetenhauses, die Kosten für den D. R. R. zu streichen. Graf Yorck verlangte sehr entschieden eine neue Verfassung der Kirche, deren Schwerkgewicht auf die Gemeinden gestellt sein müsse. **K l e i s t**

Rehrow trug die Raumer'sche Interpretation des Art. 15 *) von neuem vor, wonach der Kirche nicht erst Selbständigkeit verheißen, sondern ihre vorhandene Selbständigkeit anerkannt sei, warnte vor jedem Einflusse des Landtages auf die Kirchenverfassung und vor einer demokratischen Synodalverfassung. Falk bat dringend, ihm etwas Zeit zu lassen, er lernte jedenfalls aus dieser Verhandlung, mit welchen Gegensätzen er zu rechnen hatte. Nur wenig später hatte Kleist-Rehrow des „sonst von ihm so hoch verehrten“ Mühlher Behandlung der Kirche in Hessen scharf getadelt und ihm die Schuld an der dortigen Separation zugeschoben, die er mit deutlicher Sympathie behandelte. Es sei ein schwerer Vorwurf für das Kirchenregiment — das bezog sich auf den Protestantenverein —, daß es nur zögernd und zweifelnd einschreite, wo der kräftigste, nachteste Unglaube die tiefsten Artifel des christlichen Glaubens öffentlich angreife, aber das Lutherische Bekenntnis verfolge. Es war deutlich, die Kreise, die er führte, dachten nicht daran, in dem Kampfe für die rechtgläubige Kirche auch nur um eine Linie zu weichen.

Die Kommission, der der Schulgesetzentwurf in der Fassung des Abgeordnetenhauses überwiesen wurde, verkehrte ihn fast in sein Gegenteil. § 2 sollte lauten: „In der Regel haben die Superintenden, Erzpriester und Dekane das Amt eines Kreisschulinspektors zu verwalten. In besonderen Fällen können jedoch die vorgesetzten Behörden auch einen andern Geistlichen derselben Kirchengemeinschaft, — insofern es nötig ist, auch einen Nichtgeistlichen damit beauftragen. Die Lokalschulinspektion der Volksschule wird von dem Ortsgeistlichen im Auftrage des Staates wahrgenommen. Der den Kreis- und Lokalschulinspektoren erteilte Auftrag kann, sofern sie die ihnen obliegenden Pflichten nicht erfüllen, durch Beschluß der vorgesetzten Behörde zurückgezogen und an einen andern Geistlichen usw. wie oben . . . übertragen werden.“ Damit nicht genug, hatte die Kommission Sätze zum Vortrage im Plenum aufgestellt, unter denen folgende waren: „Die Trennung der Staatsaufsicht der Elementarschule vom geistlichen Amte der betr. Gemeinde ist auf alle Fälle zu vermeiden und nur in den äußersten Notfällen zu vollziehen, weil dadurch ein unheilbarer Zwiespalt in die betroffenen Gemeinden gebracht wird. Der Entwurf entzieht der Kirche die Geltendmachung ihres Rechtes an der Schule und verletzt Art. 15 und 24 der Verfassung. Die Kirche

*) Siehe Kapitel 6.

wäre darüber in ihren Organen zu hören. Ein derartiges Gesetz würde in seiner notwendigen Konsequenz für die Schule, die Kirche, den Staat die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen.“

Gelang es nicht, die Konservativen zu spalten und wenigstens einen Teil von ihnen hinüberzuziehen, so war die Absicht der Regierung, dem Staate die zweifelhaft gewordenen Rechte über die Schule sicherzustellen, gescheitert, und Bismarck, von dem diese Absicht aus wohl-erwogenem Staatsinteresse ausgegangen und vertreten war, eine schwere Niederlage beigebracht worden. Dies muß man im Auge behalten, um zu verstehen, mit welcher Wucht Bismarck selbst in den Sitzungen am 6., 7. und 8. März sich einsetzte. Falk lag diese Art nicht, so dankbar er für die Unterstützung sein mußte. Seine Reden hielten sich wieder streng an das Gesetz, er vertrat nun die Fassung des Abgeordnetenhauses. Sein Nachweis, wie wenig die Kleistische Interpretation der Verfassung mit den Intentionen ihrer Urheber, sonderlich mit der Meinung Ladenbergs *) übereinstimmte, war völlig unwiderlegbar, und die deutliche Unterscheidung zwischen der allgemeinen Aufsicht über die Schule, die er im Einklange mit der Verfassung allein für den Staat forderte, und der Leitung des Religionsunterrichtes durch die Kirchen, an der dies Gesetz nichts änderte, entzog jenen Anklagen den Grund, daß das Gesetz die Schule von der Kirche trennen oder die konfessionslose Schule einrichten wolle.

Es gelang, besonders durch das Dazwischentreten des früheren Ministerpräsidenten von Manteuffel und der Grafen Eulen-burg und Münster, einen größeren Teil der Konservativen für das Gesetz und gegen die Anträge der Kommission zu gewinnen. Der Standpunkt der Regierung wurde in allen Punkten mit 126 gegen 75 Stimmen gebilligt. Freilich war die Folge ein tiefer Riß innerhalb der Konservativen und ein festerer Zusammenschluß der in der Minorität Gebliebenen zu einer entschlossenen Opposition gegen die Politik des Ministerpräsidenten und Falks. Der Agitation des Zentrums im Lande trat nun eine andere, fast noch gefährlichere, zur Seite in den kernprotestantischen Gebieten mit den Schlagworten: Der Glaube, die Kirche in Gefahr!

Nachdem das Schulaufsichtsgesetz durchgebracht war, konnte der Minister zunächst einmal dem Parlament den Rücken kehren. Die beiden andern, noch von Mühlner eingebrachten Gesetze, betr. das Kas-

*) Kultusminister zur Zeit, da die Verfassung erlassen wurde.

seler Konsistorium und die Synodalkosten, zog er zurück. Die am 12. Dezember 1871 von Reichensperger eingebrachte Beschwerde über die Verfügung Mühlens im Braunsberger Konflikt blieb fürs Erste in Kommissionsberatungen stecken. So konnte er dringende Geschäfte erledigen und seine Zeit im übrigen darauf verwenden, sich in sein Ressort einzuarbeiten. Da nahm ihn gleich ein Streit in der Evangelischen Kirche Schlesiens in Anspruch, obwohl er ihn vom Standpunkte amtlicher Zuständigkeit nichts anging. Zwei Geistliche in Reichenbach, K ö n i g und L a u t e r b a c h , waren in einer Gesangbuchangelegenheit in so schwere Differenzen mit dem Breslauer Konsistorium geraten, daß dieses sie mit Dienstentlassung bestrafte. Das Konsistorium nahm das Jus liturgicum in schroffster Form als Bevollmächtigter des Summepiskopus in Anspruch. Die Geistlichen und der hinter ihnen stehende Gemeindefkirchenrat beriefen sich auf das Landrecht Teil II, Tit. 11, § 46 *), indem sie die dort genannte „Kirchengesellschaft“ als Einzelgemeinde verstanden. Die Entscheidung des Konsistoriums erregte in Reichenbach wie in ganz Schlesien die Gemüter. Die S c h l e s i s c h e Z e i t u n g z. B. schrieb, an der Erledigung dieser Frage werde man den Geist erkennen, in dem der neue Minister sein Amt führen wolle. Und wieder tauchte die Behauptung auf, daß das Landesherrliche Kirchenregiment seit der Verfassung nur noch zu Unrecht amtiere. Der Kronprinz tadelte das Urteil des Konsistoriums und verwandte sich bei Falk. Eine Reichenbacher Deputation wurde bei ihm vorstellig. Falk konnte nichts tun, als nach beiden Seiten zum Frieden raten. Es gelang ihm, die Pastoren zu bewegen, daß sie eine das Konsistorium befriedigende Erklärung abgaben, worauf die Amtsentsetzung zurückgenommen wurde. Der Kronprinz, der bei dieser Gelegenheit zum ersten Male dem Minister aussprach, daß er in kirchlichen Dingen bis an die äußerste Grenze Milde geübt zu sehen wünschte, war befriedigt, die Reichenbacher Bürger enthusiastisch dankbar; einer von ihnen bat Falk zum Paten seines Söhnchens. Auch die liberalen Zeitungen feierten den Ausgang als Zeichen eines neuen Windes.

Eine andere Sache, die in Stunden erledigt werden mußte, betraf einen Wunsch des Kaisers, den Marburger Professor H e u ß i n g e r bei seinem nahe bevorstehenden 60. Doktorjubiläum zu nobilitieren, weil ihm zu Ohren gekommen war, daß der verdiente Mann sich das

*) „Wegen der äußeren Form und Feier des Gottesdienstes kann jede Kirchengesellschaft dienliche Ordnungen einführen.“

wünsche. Falk lernte hier einen Charakterzug des Kaisers kennen, der ihm noch oft entgegentreten sollte: wie gern er nämlich jemand mit einer Dekoration oder Ähnlichem eine Freude machte, am liebsten dann, wenn der Betreffende selbst keine Schritte deshalb getan hatte. So war es in diesem Falle. Als Heußinger auf Veranlassung des Ministers sondiert wurde, war er sehr überrascht aber auch erfreut. Die Sache konnte also ganz so, wie der Kaiser sich das ausgedacht hatte, ausgeführt werden.

Schwieriger und gefährlicher war die Erledigung einer Schulfrage, die der Breslauer Oberbürgermeister *H o b r e c h t* an den Minister gebracht hatte. Er ersuchte um die Bestätigung der Wahl eines jüdischen Lehrers an einer kommunalen höheren Schule, bei der das Provinzialschulkollegium wegen des christlichen Charakters der höheren Schulen in Preußen Anstände erhoben hatte. Falk entschied, daß die Anstellung eines jüdischen Lehrers nach der Verfassung nicht ausgeschlossen sei, daß sie aber nur dann erfolgen könne, wenn an der betreffenden Anstalt jüdische Schüler in größerer Zahl vorhanden seien, und auch nur für Fächer nicht gesinnungsbildender Art. Danach wurde der Lehrer bestätigt. Eine konservative Zeitung machte daraus, daß der Minister die Eröffnung konfessionsloser Schulen genehmigt habe! Die Folge war ein Handschreiben des Kaisers vom 5. Mai 1872:

„Unser Besprechung zur Folge sollte einmal das Wort „Konfessionslos“ ganz verschwinden, da die Sache zweitens nicht sein soll und darf. Ich wünsche also Aufklärung, was zu dieser Mitteilung Veranlassung gegeben haben kann.“

Das Wichtigste aber war natürlich, einen Überblick über die schwebenden Fragen des Ressorts zu gewinnen und festen Boden unter die Füße zu bekommen. Mit unverdrossenem Fleiße vertiefte sich Falk in die Akten. Er studierte sie bis in weit zurückliegende Zeiten. Seine Beobachtungen hielt er in sorgfältigen Auszügen fest. So erwarb er sich in diesen Arbeitswochen des Anfangs die erstaunliche Kenntnis auch der kleinsten Einzelheiten, mit der er später so oft die Debatten wenden konnte, und die Sicherheit und Klarheit in den Prinzipien, die auch Andersdenkenden imponierte. *Ludwig Wiese*, einer seiner Räte, aber von ganz anderer Denkart, schreibt in seinen „Lebenserinnerungen und Amtserfahrungen“ *) von ihm: „Von vornherein stand klar und bestimmt vor seiner Seele, was er wollte und sollte, ebenso ein

*) Band 2, S. 1.

umfassender Plan der Ausführung.“ Diese Klarheit hat sich Falk doch erst erarbeiten müssen, denn bei seinem Eintritt in das Ministerium fehlte ihm die Kenntnis der einzelnen Verhältnisse. Aber von Woche zu Woche wurde es damit besser, und das Gefühl der Anzulänglichkeit, das ihn anfangs überfallen hatte, schwand allmählig. Freilich, umsonst war dieser Gewinn nicht. Monatelang die Arbeitszeit bis tief in die Nacht, ja bis zur Morgendämmerung auszudehnen, tagsüber von einer Fülle von Besuchen überlaufen zu werden, dazu die schweren Angriffe in der Presse, ehe er noch aufgetreten war — ein ungewohnt Ding für einen Mann, der bis dahin in Ruhe und unter Wohlwollen zu schaffen gewöhnt war —: das konnte auch einem arbeitsgewöhnten und starknervigen Körper zu viel werden. Er hatte Stunden voll arger Mutlosigkeit. „Der heutige Tag war die gewohnte Tretmühle für den meist gescholtenen und bekrittelten Mann in Preußen, und doch, wie wenig ist wieder vorwärts gebracht!“ Das Bewußtsein einer übernommenen „Sisyphusarbeit“ drückte ihn: „Was von mir verlangt wird, ist übermäßig; leisten kann ich das nicht, aber wenigstens möchte ich getan haben, was ich kann, mich nach Kräften anstrengen. Ich habe dann wenigstens ein ruhiges Gewissen, wenn der Krug gebrochen ist, was ja nicht zu lange dauern wird.“ Starke Schlaflosigkeit erzwang eine Beschränkung der Nachtarbeit. Professor L i e b r e i c h, der damals das Schlafmittel Chloral-Hydrat erfunden hatte, erbot sich, es seiner Natur entsprechend zu dosieren, aber Falk, dem so etwas aus seiner Erziehung zu fremd war, konnte sich dazu nicht entschließen, was gewiß nur gut gewesen ist. Er suchte die Kraft, diese Stimmungen zu überwinden, lieber anderswo, an einer Stelle, von der seine Gegner allerdings nicht glauben wollten, daß er sie kenne, und von der er trotz aller Anpassungen deshalb beharrlich schwieg, weil ihm Gebet und Selbstprüfung vor Gottes Auge zu heilige Dinge waren. Nur die Allernächsten, seine Frau und Freund Sydow, wußten, daß allein „die Gewißheit, in und mit Gott zu arbeiten“, ihm die Möglichkeit zum Wirken gab.

Es wird im Folgenden eingehender zu schildern sein, welches Bild von der Lage auf den Gebieten der Evangelischen, der Römischen Kirche und der Schule sich für Falk bei diesen Studien ergab. Hier muß nun von der ersten Sache geredet werden, die Falk selbständig zu lösen hatte: der durch Mühler arg verfahrenen Angelegenheit des Religionslehrers, Kaplan W o l l m a n n in Braunsberg. Folgendes war die Vorgeschichte. Der katholische Religionsunterricht am Gym-

nasium zu Braunsberg war seit dem Jahre 1866 durch den regulär als Religionslehrer angestellten Kaplan Dr. Wollmann erteilt worden. Nach dem Vatikanum hatte ihn der Bischof von Ermland aufgefördert, die Beschlüsse des Konzils mit gläubiger Ergebung anzunehmen. Das Provinzialschulkollegium hatte ihm auf seine Anfrage bestätigt, daß er in seiner Eigenschaft als Staatsbeamter nicht verpflichtet sei, eine Erklärung abzugeben. Mit dieser Rückendeckung hatte sich W. geweigert. Der Bischof entzog ihm darauf am 13. März sofort die Vollmacht zur Spendung des Sakramentes der Buße und drohte ihm die Entziehung der *Missio canonica* und schließlich die *Suspensio ab ordine* an, wenn er bis zum 1. April den Gehorsam verweigere, den er dem Dekret einer allgemeinen Kirchenversammlung schuldig sei. Von dieser Verfügung machte der Bischof dem Minister Mitteilung. Dieser beschied ihn, daß Maßnahmen, die gegen W. wegen seiner Stellung zu den Vatikanischen Beschlüssen teils angeordnet, teils angedroht seien, eine rechtliche Wirkung auf das von W. bekleidete Staatsamt nicht zugestanden werden könnte. Am 3. April entzog der Bischof dem W. die *missio*.

Zugleich fragte er bei dem Minister an, ob er einverstanden sei, daß der katholische Religionsunterricht durch einen vom Bischof vorzuschlagenden geeigneten Mann erteilt würde, oder ob der Religionsunterricht überhaupt ausfallen sollte. Der Minister entgegnete, daß W., was sich nach den geltenden Disziplinalgesetzen von selbst verstehe, im vollen Genuße seines Einkommens bleibe, und daß er, der Minister, nicht die Absicht habe, ihm bei Erteilung des Religionsunterrichtes Hindernisse in den Weg zu legen. Auf einen Ersatz Bedacht zu nehmen, sei zunächst kein Anlaß. Da W. bei seiner Funktion beharrte, so verbot der Bischof den 22 Zöglingen des Konviktes die fernere Teilnahme am Religionsunterrichte des Gymnasiums. Elf, die sich dem Verbote nicht fügen wollten, wurden sofort entlassen, die übrigen durch den Gymnasialdirektor mangels anderer Instruktionen vorläufig vom Religionsunterrichte dispensiert. Leider aber stieß das Schulkollegium diese Dispensation um und ließ die Eltern jener Konviktoristen aufordern, ihre Kinder von der Anstalt fortzunehmen. Darauf Beschwerde von Bischof und Eltern bei dem Minister, daß der Zwang auf die Schüler, einen Religionsunterricht zu besuchen, dem die *missio* fehle, eine Beeinträchtigung der verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit darstelle und daher zurückzunehmen sei. Der Minister versagte dieser Beschwerde den Erfolg (29. Juni 1871). Er glaubte bei dem Zwange beharren zu müssen, damit der Charakter des Religionsunterrichtes

als obligatorischer Lehrgegenstand nicht angetastet würde. Die in § 11, Tit. 12 A. L. R.*) gestattete Ausnahme bezöge sich nur auf Schüler, die in einer anderen Religion erzogen würden. Ein Gewissenszwang liege schon deshalb nicht vor, weil eine gesetzliche Nötigung zum Besuch des Gymnasiums zu Braunsberg nicht bestehe. In den weiteren Verhandlungen wurde dieser Punkt vor allem in den Vordergrund geschoben, der gesamte Episkopat trat hinter den Bischof und die verletzten katholischen Gewissen. In der Presse spiegelte sich, daß hier ein empfindlicher Nerv, nicht nur des katholischen Volkes getroffen war. Reichensperger brachte die schon erwähnte Interpellation im Abgeordnetenhaufe ein. Inzwischen aber war der Bischof weitergegangen. Er hatte am 4. Juli über W. die große Exkommunikation verhängt und diese im Pastoralblatt für die Diözese mit Namensnennung publiziert. Der Minister hatte ihn darauf hingewiesen, daß W. für den Staat deshalb doch noch immer Mitglied der katholischen Kirche bleibe, weil nach § 55, Tit. 11 A. L. R.***) wegen bloß abweichender Glaubensmeinungen kein Mitglied von der Kirche mit rechtlicher Wirkung ausgeschlossen werden könne. Er hatte dem aber nur die Folge gegeben, daß nach wie vor für den Staat kein Anlaß sei, gegen W. disziplinarisch vorzugehen. In dem weitergehenden Schriftwechsel drohte der Streit in eine dogmatische Disputation über die Vatikanischen Dekrete auszuarten. Von 251 katholischen Schülern der Anstalt verließen 112 die Schule. Die Bürger der kleinen Stadt klagten über den Verlust an Pensionären.

So lag die Sache, als Falk sein Amt antrat. Er erkannte gleich, daß Mühlers Standpunkt insofern unhaltbar sei, als ein Zwang für katholische Schüler, an dem Religionsunterrichte W.s teilzunehmen, in der That der Gewissensfreiheit widerspreche. Dieser Zwang bestand freilich zu Recht. Der Religionsunterricht sollte obligatorisch sein wie jedes andere Fach auch. Dies Obligatorium mußte allgemein aufgehoben werden, wenn die Dispensation der Schüler in Braunsberg nicht als eine schwächliche Nachgiebigkeit erscheinen sollte. Ein Ministerialerlaß vom 29. Februar traf die Bestimmung, daß in den öffent-

*) „Kinder, die in einer andern Religion, als welche in der öffentlichen Schule gelehrt wird, nach den Gesetzen des Staates erzogen werden sollen, können dem Religionsunterricht in derselben beizuwohnen, nicht angehalten werden.“

**) „Wegen bloßer von dem gemeinen Glaubensbekenntnisse abweichender Meinungen kann kein Mitglied ausgeschlossen werden.“

lichen höheren Lehranstalten hinfort Dispensationen vom Religionsunterrichte zulässig sein sollten, sobald ein genügender Ersatz nachgewiesen würde. Der von einem Geistlichen oder qualifizierten Religionslehrer erteilte Unterricht werde in der Regel dafür zu gelten haben. — Damit war dieser Beschwerde der Grund entzogen, die Interpellation Reichensperger eigentlich gegenstandslos geworden. In Braunsberg richtete der Bischof einen kirchlichen Religionsunterricht ein, dessen Besuch als genügend für Dispensation von dem der Schule angenommen wurde. Bald freilich entstanden neue Reibungen aus der Frage der Schulandachten.

Das aber war nicht Falks Meinung, daß damit nun der Konflikt abgeschlossen sei. Was weiter zu geschehen habe, darüber schuf er Klarheit durch eine ausführliche Denkschrift, an der er im März arbeitete. Zur Begründung seiner Anträge reichte er sie dem Staatsministerium ein, denn die Schritte, die er vorhatte, waren allerdings so weitreichend, daß sie nur getan werden konnten, wenn das ganze Staatsministerium sich dahinter stellte.

Die Denkschrift ist eine Fundgrube geschichtlicher Erkenntnis über die Entwicklung der kirchlichen Ansprüche. Sie zeigt aus den Akten, wie sich aus dem freien Entgegenkommen des Staates, aus der Praxis der Verständigung über geeignete Personen, ein Anspruch der Kirche, bei Anstellung von Religionslehrern mitzuwirken, entwickelt hat, wie darauf dann auch ein Recht, die Absetzung mißliebiger Personen zu fordern, gegründet wurde, wie die Staatsbehörden dies Recht zwar in der Theorie bestritten, aber im praktischen Verhalten anerkannten, wie dieser, den Bischöfen des 18. Jahrhunderts unbekannte Anspruch dann beim Aufsteigen der ultramontanen Idee naturrechtlich begründet und als ewiges Recht der Kirche hingestellt wurde, und wie hilflos die preußische Verwaltung der Ausnutzung der Verfassung zur Verankerung dieses Anspruches gegenüber von einer Nachgiebigkeit zur andern gegliitten war. Dennoch urteilte Falk, daß die Erteilung der *missio* ebenso wie ihre Entziehung eine *res mere ecclesiastica* sei, wie selbstverständlich auch die *suspensio ab ordine*. Dem Staat wahrte er nur das Recht, wenn die Lehrermächtigung mit einem Staatsamt verbunden war, die etwaigen Folgerungen selbständig zu ziehen. Der Staat sei nicht verpflichtet, der kirchlichen Maßregel seinerseits Folge zu geben. Sonst würde ein Staatsamt zur Verfügung der Kirche gestellt, die Staatsbehörde zu einem bloßen Exekutivorgan der Kirche herabgedrückt, ein Staatsdiener des ihm verbürgten Schutzes gegen

willkürliche Behandlung beraubt. Das hieß: Wollmann war in seinem Amte so lange zu schützen, als die Staatsbehörde nicht zu der zweifel-freien Überzeugung gelangt war, daß er sich durch sein Verhalten seines Amtes unwürdig gemacht hätte. Das hieß aber auch: Das Ver-fahren des Bischofs in diesem Punkte war unangreifbar.

Um so energischer griff der Minister nun einen anderen Punkt aus der Vorgeschichte heraus, die über W. und den in gleicher Lage be-findlichen Professor M i c h e l i s verhängte große Exkommunikation. „Auch nach der entgegenkommendsten Auslegung des Art. 15, wie sie die bisherige Verwaltungspraxis beobachtet hat, hat der katholische Klerus Unabhängigkeit von der Staatsbehörde nur in der rein geist-lichen Jurisdiktion. Wo aber Äußerungen der Kirchengewalt neben der kirchlichen zugleich eine bürgerliche Bedeutung haben, bleibt der Klerus auch nach Art. 15 an die Genehmigung des Staates gebunden, wie sie § 57 des L. R.s *) ausdrücklich vorschreibt.“ Hat die Exkommunikation eine solche Bedeutung? Dies war der springende Punkt, und dem Beweise dafür war ein großer Teil der Denkschrift gewidmet. Der Beweis war aber dem Minister leicht gemacht durch eine Hand-lung der Ermländischen Kirchenbehörden, die diese in der Folgezeit gar zu gern ungeschehen gemacht hätten. In derselben Nummer näm-lich des kirchlichen Amtsblattes, das die Exkommunikationssentenz über W. veröffentlichte, war unmittelbar danach ein Aufsatz gestanden: „Wesen und Wirkungen des Kirchenbannes.“ Er sprach unmißver-ständlich aus, daß die Exkommunikation auch den bürgerlichen Verkehr mit dem Betroffenen verböte bei Vermeidung des Ausschlusses vom Sakrament. Außerdem hatte Erzbischof M e l c h e r s von Köln in einem Schreiben vom 7. März 1872 (wohl aus Anlaß der Exkom-munikation der Bonner Professoren Hilgers, Knoedt, Reusch, Langen) ausgeführt: „Wird die Exkommunikation unter namentlicher Bezeich-nung des Exkommunizierten von den kirchlichen Obern öffentlich und amtlich bekannt gemacht, so tritt für die Katholiken ... die Pflicht ein, jeden unnötigen Verkehr mit ihm zu vermeiden.“ Die Exkom-munikation war also mit der Absicht verhängt, den Betroffenen auch bürgerlich zu schädigen.

Wir sehen, die Denkschrift behandelte Fragen, die zwischen Rö-mischer Kirche und Staat strittig sein werden, solange die Kirche sie

*) „Soweit mit einer solchen Ausschließung nachteilige Folgen für die bür-gerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden sind, muß vor deren Veran-lassung die Genehmigung des Staates eingeholt werden.“

selbst bleibt und solange der Staat sich nicht aufgibt, Fragen, die heute so brennend sind wie damals. Die Denkschrift zeigt aber weiter, mit welcher Gründlichkeit und Überlegung solche Fragen damals behandelt wurden.

Eine staatliche Repression gegen diesen Verstoß des Bischofs gegen die gesetzliche Ordnung hielt Galt für unumgänglich. Aber welche? „§ 57 gibt leider kein Mittel an die Hand, da er weder den Akt für wichtig erklärt noch Strafen festsetzt. Soll abgewartet werden, bis die Gesetzgebung Abhilfe geschaffen hat? Eine staatliche Kassation des Bannes wäre wirkungslos, strafrechtliche Buße auf dem Wege richterlichen Verfahrens bedenklich, zumal der Bischof nicht frei ist; eine disziplinarische Amtsentsetzung kommt nicht in Frage, da der Staat das Amt nicht verliehen hat. Es bleibt nur ein Mittel, zu dem der Staat kraft seines Hoheitsrechtes befugt ist, nämlich Temporalien Sperre und letztlich Entziehung des Exequatur und Amtssperre, Verweigerung der staatlichen Anerkennung aller vom Bischof und seinen Behörden ausgehenden Akte. Die Wirkung würde sehr tief greifen. Nahezu alle Akte der Diözesanverwaltung außer der Spendung der Sakramente haben eine bürgerliche Seite. Die Amtssperre legt die ganze bischöfliche Jurisdiktion lahm. Der Bischof kann keine Parochialveränderung begründen, keine administrative Exekution in Anspruch nehmen, die publica fides für die Kirchenbücher erlischt, Abgaben können nicht mit staatlicher Hilfe eingezogen werden, Disziplinarerkenntnissen gegen Geistliche wäre die Vollstreckung zu versagen, die Verleihung von Pfründen durch bischöfliche Kollatur würde ungültig usw. Eine Konsequenz darf dabei aber nicht übersehen werden. Im weitaus größten Teile des Staates gibt es weder staatliche Eheschließungsformen noch weltliche Standesbuchführung. Da zur Eheschließung nur die in staatlicher und kirchlicher Hinsicht ordnungsmäßig berufenen Pfarrgeistlichen legitimiert sind, greift die Lahmlegung der bischöflichen Jurisdiktion auch ins Privatleben tief ein. Solange die staatliche Eheschließung fehlt, wird es da besonderer Notmaßnahmen bedürfen.“ Schon der erste Konflikt also ließ Galt erkennen, daß ohne Zivilehe der Kampf gegen die Ansprüche der Geistlichkeit undurchführbar wäre. Es war nicht seine Art, vor den Folgerungen aus solcher Erkenntnis zurückzuschrecken, weil Vorurteile an maßgebender Stelle im Wege standen. Diese Andeutung in der Denkschrift war vielmehr der erste Versuch, alle Beteiligten auf den allein richtigen und entscheidenden Gesichtspunkt in der Beurteilung dieser Frage zu stoßen.

Das Staatsministerium billigte im ganzen die Ausführungen der Denkschrift. Natürlich sollten die in Aussicht genommenen Zwangsmittel vorerst nur von ferne angedroht werden. Sie sollten nur als Druck dienen, den Bischof zu bewegen, daß er in irgendeiner Form die Exkommunikation zurücknahme oder doch in öffentlicher Erklärung die Beeinträchtigung beseitige, die die Exkommunizierten an ihrer bürgerlichen Ehre erlitten hätten, und daß er dem Staatsministerium die Anerkennung ausspreche, mit der eigenmächtigen Exkommunikation gegen ein gültiges Gesetz verstoßen zu haben.

Der nun folgende Briefwechsel zwischen dem Minister und dem Bischof ist größtenteils bekannt *). Hier sei nur einiges bisher noch nicht Bekannte erwähnt. Zunächst, daß Falk dabei im strengsten Einvernehmen mit dem Staatsministerium handelte. Alle von ihm ausgehenden Schreiben sind vom Staatsministerium gebilligt, zum Teil auch korrigiert; zum Beispiel gleich das erste vom 11. März ist an mehreren Stellen zwar nicht eigentlich gemildert aber abgeschwächt. Die Veröffentlichung desselben wie der bischöflichen Antwort vom 30. März mit Anmerkungen erging auf einen Beschluß des Staatsministeriums vom 18. April. Ein weiteres Schreiben Falks, das er mit ausführlichem Votum am 1. April vorlegte, wurde nicht gebilligt, und ihm aufgegeben, es in eine andere Form zu gießen. Es ist der Erlaß vom 21. Mai, der sogar erst vom Könige genehmigt worden war. Des Bischofs Antwort vom 15. Juni wurde wieder im Staatsministerium genau geprüft und zu leicht befunden. Da sich der Bischof zugleich an den Monarchen persönlich gewendet hatte, beschloß man, daß er auch durch diesen eine Antwort erhalten sollte.

In dem ausführlichen Immediatberichte bemängelte Falk an des Bischofs Schreiben, daß er nur die *staatliche* Souveränität des Staates anerkannt hatte. Das könne nur heißen, er behaupte zweierlei Souveränität, die staatliche und die kirchliche, und es bleibe dabei noch zweifelhaft, ob er das Recht des Staates, von sich aus die Grenzen zu ziehen, anerkenne. Der Prälat habe also dem Verlangen der Regierung weder in Worten noch in der Sache entsprochen. Auch die über den Sinn der Exkommunikation in Aussicht gestellte Erklärung sei ungenügend. Der Bischof war bereit, eine Belehrung ergehen zu lassen, es sei ein Irrtum, die Exkommunikation als bürgerliche Ach-

*) Schulte, S. 131—147; Siegfried, S. 109—131; Hahn, S. 85 bis 91; Rißling, S. 41 ff.

tung aufzufassen, sie sollte keine bürgerlichen Rechtsfolgen haben; aber dies war keine Genugtuung für die durch die öffentliche Verurteilung tatsächlich schwer Geschädigten. In Wahrheit habe der Bischof an seinen früheren Erklärungen einfach festgehalten, die geforderte Erklärung nicht gegeben, und nun müsse mit der Androhung Ernst gemacht werden. Die Wirkung der beantragten Maßnahme wurde dem Könige ganz so wie in der Denkschrift vom März dargelegt, nur die Folgerung, daß von neuernannten Benefiziaten vollzogene Ehen dann ihre Gültigkeit verlieren würden, etwas leiser angedeutet.

Beantragt wurde ein Erlaß an das Staatsministerium folgenden Inhaltes: „Nachdem durch das Ableben des Bischofs Dr. Geritz der bischöfliche Stuhl von Ermland erledigt worden, habe Ich... den Dechanten Pfarrer Kremenß als Bischof von Ermland kraft Königlich-er Machtvollkommenheit anerkannt... Diese Anerkennung des Kremenß als Bischof ist auf Grund des Mir von ihm geleisteten Homagialeides und unter der gesetzlichen Voraussetzung erfolgt, daß er als Bischof die Landesgesetze gewissenhaft zu beobachten willens sei. Aus dem Bericht des Staatsministeriums... habe Ich indes ersehen, daß der Bischof Kremenß durch Verhängung und Verkündigung des großen Kirchenbannes über Angehörige seiner Diözese sich mit den Landesgesetzen in Widerspruch gesetzt und wiederholter Aufforderungen ungeachtet sich nicht hat bereit finden lassen, diesen Widerspruch durch eine entsprechende amtliche Kundgebung zu beseitigen, noch auch eine unzweideutige Erklärung dahin abzugeben, daß er gewillt sei, die Staatsgesetze fortan in ihrem vollen Umfange zu befolgen... Mit Rücksicht hierauf ist dem Bischof Kremenß Mein Wille dahin zu eröffnen, daß die von Mir ihm als Bischof von Ermland erteilte Anerkennung mit allen daraus folgenden rechtlichen Wirkungen erloschen sei. Die Provinzialbehörden sind demgemäß mit Weisung zu versehen, auch dieser Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Mit diesem Antrage vom 25. Juni war auch diese Sache zu einem vorläufigen Ziele gebracht worden. Einige Wochen ruhte sie. Dann zeigte sich, daß der König nicht geneigt war, dem Antrage zu entsprechen. Immer heftiger wurde in den Frühsommermonaten 1872 die Kampfstimmung auf beiden Seiten. Im April spielte das Duell zwischen Bismarck und der Kurie über die Ernennung Hohenlohes und daran schlossen sich im Reichstage stürmische Debatten, ob der Posten eines Gesandten bei der Kurie gestrichen werden sollte. Am

14. Mai hielt Bismarck seine berühmte Rede „Nach Kanossa gehen wir nicht.“ In denselben Tagen ließ Bismarck seine Zirkulardepeſche über eine gemeinſame Stellung der europäischen Regierungen zur nächſten Papſtwahl ausgehen. Am 24. Juni hielt der Papſt in Rom jene Allokution, in der er der Hoffnung Worte lieh auf das Steinchen, das ſich bald von der Höhe löſen möchte, um den Fuß des Kolosſes zu zerſchmettern. So ſehr alle dieſe Vorgänge ſalt in Atem hielten, unmittelbar amtlich beteiligt war er dabei nicht. Er hatte in dem großen Kampfe nur eine Teilaufgabe, die Führung lag wenigſtens jezt noch in der Hand Bismarcks.

Hineingezogen aber wurde er in zwei andere Fragen. Zunächſt in den Konflikt des katholiſchen Feldpropſtes und Armeebiſchofs Namtjanowski mit dem Kriegsminiſter. Entſtanden war er aus der Weigerung des Feldpropſtes, zu geſtatten, daß katholiſcher Gottesdienſt in einer Kirche zu Köln gehalten würde, deren Benützung die Militärbehörde auch den Altkatholiken geſtattet hatte. Dieſe Frage ging ſalt nichts an. Der Feldpropſt hatte aber auch an einer andern Stelle diſziplinarisch eingegriffen. In Inſterburg beſtand eine ſogenannte Miſſionspfarrei, deren Inhaber Grunert zugleich mit der Militärſeelforge in den Garniſonen Inſterburg, Gumbinnen uſw. und mit der Seelforge in den provinzialſtändiſchen Anſtalten Tapiau und Allenberg betraut war. Von jenem Amte war er durch den Biſchof Kremenß wegen Protesſtes gegen das Vatikanum enthoben (10. März). Darauf hatte der Feldpropſt auch die Jurisdiktion der Militärſeelforge für erloſchen erklärt. Gegen erſteres hatte Grunert den Schutz des Staates nicht angerufen, vielmehr nach dem Berichte des Oberpräſidenten ſeinen Wohnſitz verlegt, Pfarrhaus, Kirche, Kirchenbücher übergeben und ohne Weiterung Folge geleiſtet, und nach der Auskunſt des Biſchofs ohne Protesſt das Protokoll und das Inventarium unterzeichnet. ſalt folgerte, da die Entlaſſung aus der Miſſionspfarrei Recht des Biſchofs ſei und den Staat nichts angehe, ſo könne er von Staats wegen in ſeiner Stellung als Miſſionspfarrer nicht geſchützt werden. Fraglich war nur die Entlaſſung aus der Militärſeelforge. Dieſe war nur aus einem kanoniſchen Grunde zuläſſig und hätte dem Kriegsminiſter vorher angezeigt werden müſſen. Aber ſalt hatte Bedenken, ob es geraten ſei, ihn zu ſchützen. Man könne doch keinen Katholiken zwingen, an ſeinem Gottesdienſt teilzunehmen, und die Gültigkeit der von ihm vollzogenen Zivilſtandshandlungen ſei kontrovers; praktiſche Rückſichten geböten, ſie ihm zu entziehen. Der Feld-

propst erklärte am 3. April, er habe den Grunert seines Amtes nicht entsetzt, da derselbe von ihm gar kein Amt erhalten habe. Die Fakultät zur Militärseelsorge sei vielmehr an das Zivilseelsorgeamt gebunden und mit dessen Entzug erloschen. Das Justizministerium hatte die Absetzung des Grunert durch den Bischof und Feldpropst deshalb für unzulässig erklärt, weil eine solche nur durch Spruch eines geistlichen Gerichtes verhängt werden dürfe. Falk wies nach, daß dies jedenfalls verfehlt sei, da der § 532 A. L. R. den geistlichen Oberen das Recht der Remotion zuspreche und nur die Instanz des Richters offen lasse, die Grunert nicht angerufen habe. Die Entlassung aus der Missionspfarre sei deshalb unter allen Umständen gültig. Falk hielt auch die Entziehung der Militärseelsorge für unangreifbar, da Grunert dafür nur jederzeit revokabel angestellt sei. Er warnte davor, aus diesem Punkte eine Anklage gegen den Feldpropst zu konstruieren. In dem Erlasse des Kriegsministers vom 29. Mai *), durch den Namszajnowski suspendiert wurde, blieb denn auch dieser Punkt unerwähnt.

Noch an einem andern Orte bewies der Minister, daß er kühles Blut bewahrte. Der Magistrat zu Elbing hatte an Bewerber um eine Lehrerstelle die Anfrage gestellt, wie sie sich zum Vatikanum stellten, da er entschlossen sei, in Kommunal Schulen die staatsgefährliche Lehre der Unfehlbarkeit nicht zu dulden. Auf ergangene Beschwerde hatte der Regierungspräsident dem Magistrat einen Verweis erteilt, weil er nicht das Recht habe, die Anstellungsfähigkeit festzustellen oder zu verengern. Der Fall kam an den Minister. Er begütigte zwar, hielt aber daran fest, daß die Bestimmung über den Inhalt des Unterrichtes Gegenstand der Staatsregierung bleiben müsse.

Die zweite große Frage, in die Falk hineingezogen wurde, war die des Jesuitengesetzes im Reiche. Vom 8. bis 10. Mai hatte der Reichstag in der Kommission, am 15. Mai im Plenum über die Petitionen gegen die Jesuiten verhandelt. Hinter diesen Petitionen stand damals der gesamte Protestantismus vom Protestantenverein bis zur „Kreuzzeitung“ und alle durch das Vatikanum erregten Katholiken. Ergebnis war der Antrag *Marquardsen-Blankenburg*, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes aufzufordern, durch den die Stellung der religiösen Genossenschaften geregelt sowie deren staatsgefährliche Tätigkeit, namentlich die der Gesellschaft Jesu, unter

*) Schulze, S. 154; Siegfried, S. 107; Hahn, S. 82; Rißling, S. 80 f.

Estrafe gestellt werden sollte. Der Bundesrat beschloß, dem Antrage stattzugeben. Sein Ausschuß für Justizwesen, in dem von Preußen Friedberg, von Bayern Dr. von Fäustle saßen, beantragte folgende Fassung: „§ 1. Den Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder einer mit diesem Orden verwandten Kongregation kann, auch wenn sie das deutsche Indigenat besitzen, an jedem Orte des Bundesgebietes der Aufenthalt von der Landespolizeibehörde ver sagt werden. § 2. Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrate erlassen.“ Bayern wünschte keine Ausdehnung des Gesetzes auf die religiösen Genossenschaften überhaupt.

Im Preußischen Staatsministerium am 1. Juni legte Delbrück, nachdem er betont hatte, es sei absolut notwendig, noch im Laufe der Session einen Entwurf einzubringen, auch nach Ansicht des abwesenden Kanzlers, weil sonst der kompromittierende Eindruck entstehen würde, als ob die Regierung zögere, den Beschluß auszuführen, einen anderen Entwurf vor. § 1 lautete: „Deutsche, welche dem Orden der Gesellschaft Jesu oder einer mit diesem Orden verwandten Kongregation angehören oder beitreten, verlieren die mit dem deutschen Indigenat verbundenen Rechte und damit die Befugnis zum Aufenthalte in irgendeinem Gebiet des Deutschen Reiches.“ § 2 und 3 eröffneten die Berufung an eine richterliche Reichsbehörde in Berlin. Bismarck hatte sich zu diesem Entwurfe noch nicht geäußert.

Delbrücks Vorlage fand aber im Staatsministerium keinen Anklang. Zwei von den sechs anwesenden Ministern, die des Innern und für Landwirtschaft, waren überhaupt nicht dafür, dem Antrage des Reichstages noch in dieser Session zu entsprechen. Alle verwarfen die richterliche Reichsbehörde. Besonders scharf äußerte sich der Minister des Innern, Graf Eulenburg: Verlust des Indigenats sei eine sehr harte Strafe, sie solle noch dazu ohne Urteil und Rechtsweg verhängt werden. Ihre Ausführung sei unmöglich, denn wohin solle man einen Vaterlandslosen ausweisen? Er wollte die Frage mit einem zukünftigen Unterrichtsgesetz verbunden haben: Verbot für alle Mitglieder von Kongregationen, ein Amt in der Schule zu bekleiden. Dies sei der Kern der Sache und alles andere Illusion. Falk wandte sich vor allem dagegen, die Sache hinauszuschieben, und gegen weiteren Zeitverlust. Er schilderte die Staatsgefährlichkeit der Jesuiten, gab dem Minister des Innern zu, daß sie diese mit allen Kongregationen teilten, verneinte aber, daß nur das Gebiet von Schule und Kirche in Betracht komme, und sprach sich für den Fäustleschen Entwurf aus.

Delbrück erklärte sich bereit, die Reichsbehörde fallen zu lassen und statt des Verlustes des Indigenats die Befugnis zur Ausweisung zu setzen. Er übernahm, an Bismarck zu berichten. Dieser Bericht liegt nicht vor. Offenbar hat er vorgeschlagen, sich über die Fassung erst mit den maßgebenden Fraktionen des Reichstages zu verständigen. Wohl aber haben wir die Antwort Bismarcks in zwei Telegrammen an Delbrück vom 4. April und in einem von Bucher geschriebenen Briefe an Falk vom gleichen Tage.

1. „Ich habe mich mit der ersten Fassung einverstanden erklärt. Dieselbe hat die Billigung Bayerns und der Majorität des Bundesrates, des Ressortministers. Das genügt zur Vorlage an E. M.“

2. „Welchen Wortlaut die verschiedenen Fraktionen vorziehen werden, das kann unmöglich den Ausschlag in Staatsministerialberatungen geben. Wer kann das überhaupt beurteilen, da doch unser Wortlaut nicht den Fraktionen zur Beratung vorliegt? Für jetzt ist es wichtiger, des Einverständnisses Bayerns sicher zu bleiben, als einer Fraktion. Die Amendements der Fraktionen gehören in den Reichstag, nicht in die Staatsministerialberatungen. Ich halte jede Fassung allerdings besser als den Eindruck des Scheiterns an der Preussischen Regierung. Die im Telegramm Nr. 2 vorgeschlagene Fassung scheint mir aber sehr anfechtbar. Wer soll entscheiden? Die Landesregierungen? Dann sitzen in Sachsen, Hessen, Württemberg und später in Bayern die Jesuiten fester als je. Auch nach juristischer Logik schwer vertretbar. Was sagt dann Falk dazu?“

3. „Aus den Mitteilungen... habe ich mich gefreut zu sehen, daß Ew. E. den auch von mir geteilten Gäustleschen Entwurf im Staatsministerium vertreten haben. Die Frage, ob und wie derselbe zu amendieren, gehört meines Erachtens in ein späteres Stadium, denn wenn wir unsere Vorlagen nach der Wahrrscheinlichkeitsrechnung über die wechselnden Ansichten einzelner Fraktionen von Hause aus einrichten wollten, so würde die Regierung aufhören, ein legislativer Faktor zu sein. Es kommt dem Auftreten der Kurie der Ramzanowskischen Sache gegenüber [diese hatte dessen Verhalten in der Kölner Frage unbedingt gebilligt] vor allem darauf an, den Schein zu meiden, als wären wir eingeschüchtert, und sofort mit einer klaren Maßregel, für die wir die so wertvolle Zustimmung Bayerns haben, an Bundesrat und Reichstag zu gehen.“

Diese Ansicht schlug durch. Auf eine neue Fassung wurde verzichtet. Die Vorlage kam in der Fassung Gäustles an den Reichstag. An den Beratungen in dessen Plenum war Falk nur als Zuhörer beteiligt. Bekanntlich wurde das Gesetz in wesentlich veränderter und nicht ver-

besserter Fassung angenommen. Die Debatte hinterließ auch bei den Freunden der Tendenz der Vorlage den peinlichen Eindruck, daß man durch die Fassung des § 2 den Zentrumsrednern eine geschickt ergriffene Gelegenheit geschaffen habe, sich als Wortführer unveräußerlicher Freiheitsrechte des Individuums hinzustellen und damit den Beifall der entschiedenen Liberalen, selbst Lasfers, zu gewinnen.

Wohl verständlich aber war, daß dies Vorgehen gegen die Jesuiten in den ultramontanen Kreisen die Stimmung erhitzte und weitgehende Pläne zeitigte. Dem Minister kam darüber allerlei durch von ihm freilich immer sehr zweifelnd betrachtete Berichte der Geheimpolizei zu Ohren. Am interessantesten vielleicht der Plan einer Verbindung aller katholischen Vereine im Reiche, wie er in der Tat in diesen Wochen erwogen wurde und zur Reife kam, und die Mitteilung eines Briefes des päpstlichen Nuntius in München an Windthorst, der in einer Versammlung zu Berlin besprochen sein sollte: Durch den Tod des bayrischen Ministerpräsidenten Grafen Hegenberg gestalte sich die päpstliche Sache günstiger, die ultramontanen Mitglieder des Wittelsbacher Hauses teilten mit allen getreuen Bayern die Feindseligkeit gegen Preußen. Des Königs von Sachsen sei man im Vatikan gewiß, er habe fest versprochen, die Jesuiten zu schützen.

Verlegenheit bereitete auch die Ausdehnung des Gesetzes auf „verwandte Kongregationen“. Sie zwang zu schwierigen Feststellungen, die sich Jahre lang hinzogen und bei denen sich immer klarer herausstellte, daß eigentlich alle Orden vom gleichen Geiste beseelt wären, woraus dann das Bedürfnis einer allgemeinen Regelung der Verhältnisse der Orden und Kongregationen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung erwuchs.

Es wurde August, bis eine Antwort auf die Vorstellung beim Kaiser in der Krementschen Angelegenheit erging. Dies Zögern bedeutete, daß der Kaiser Bedenken hatte oder daß ihm solche von anderer Seite eingeflüstert waren. Von dem weiteren Verlauf der Angelegenheit ergeben die Akten ein anderes Bild, als das bisher bekannte. Und dabei eröffnen sich so bedeutsame Einblicke, nicht nur in die Seele der meistbeteiligten Personen, sondern auch in die Reibungen der damaligen Regierungsweise, daß wir dabei etwas ausführlicher verweilen müssen. Wir lassen am besten die Urkunden selber reden.

Am 4. August berichtete Falk an Bismarck:

„Ew. D. haben vielleicht den Zeitungen die Nachricht entnommen, daß E. M. mich vor einigen Tagen zu einer Besprechung nach

Homburg befohlen haben. Sie fand am 1. und 2. August statt und bezog sich auf die Krementsche Angelegenheit. Es scheint mir geboten, Ew. D. von der weiteren Entwicklung dieser Sache in steter Kenntniss zu halten. Selbst wenn mich daher, wie dies der Fall ist, S. M. nicht beauftragt hätten, Hochdemselben von dem Ergebnis der Unterredung Mitteilung zu machen, würde ich mich hierzu für verpflichtet gehalten haben.

Zu meinem ernstlichen Bedauern ist es mir nicht gelungen, S. M. zur Vollziehung der vorgelegten Erlasse zu bestimmen. Die Allerhöchsten Mitteilungen, sowie anderweitige Nachrichten haben es für mich außer Zweifel gestellt, daß die bei S. M. wohl von vornherein vorhandenen Bedenken von verschiedenen Seiten und in verschiedener Weise genährt worden sind.

Dieselben machen sich vorzugsweise in folgenden Richtungen geltend:

1. S. M. glaubten, in Rücksicht auf das Anerbieten des Krements, eine Belehrung an seine Diözesanen zu erlassen, und auf eine einlenkende Haltung, welche bei einzelnen Bischöfen zu bemerken sei, annehmen zu können, daß eine nochmalige Korrespondenz möglicherweise zum Ziele führe, halten eine solche auch für nötig, um die Ablehnung der diesseitigen Anforderungen durch Krementz außer Zweifel zu stellen.

2. S. M. besorgten, daß Krementz sich den beabsichtigten Maßregeln gegenüber in einer Weise verhalten werde, die dazu nötige, ihn festzunehmen, wie dies 1837 mit den Erzbischöfen Droste und Dunin geschehen sei.

3. S. M. hielten durch den Wegfall der staatlichen Anerkennung die ermländischen Diözesanen in ihren Interessen, namentlich in bezug auf die Eheschließungen und die übrigen Zivilstandsakte bedroht, daß es erforderlich sei, vor dem Einschreiten gegen Krementz die nötigen Abhilfen im Wege der Gesetzgebung zu schaffen.

Es mag mir durch meine entgegenstehenden Ausführungen gelingen sein, die Ansichten S. M. etwas zu modifizieren. Indes Allerhöchst dieselben schlossen die letzte Unterredung mit dem Bemerken, daß es im Hinblick auf die verschiedenen Schritte, die neuerdings auf dem kirchlichen Gebiete seitens der Staatsgewalten geschehen seien, angezeigt erscheine, mit dem Vorgehen gegen den Bischof von Ermland noch zu zögern, weil sonst der Schein erweckt werde, man greife die katholische Kirche als solche an. S. M. entließen mich mit dem Eröffnen, daß Sie in Gastein die Angelegenheit nochmals mit Geheimrat von Wilnowski durchsprechen und Ihre Entscheidung Ew. D. und mir mitteilen würden.

Herr von Wilmowski besorgt, daß S. M. in Gastein nicht die Zeit zur Ausführung Ihrer Absicht finden möchten. Er hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Vorschläge des Staatsministeriums die Allerhöchste Genehmigung erhielten, wenn in einem von Ew. D. und mir gemeinschaftlich zu erstattendem Berichte die gedachten Bedenken eingehend widerlegt würden. Wenn Hochdieselben diese Auffassung teilten und hochgeneigtest bereit wären, einen solchen Bericht mit zu zeichnen, so würde ich mir gestatten, denselben Ew. D. zu unterbreiten.

Schließlich habe ich noch zu bemerken, daß S. M. eventuell Anstand nehmen möchte, den vorgelegten Entwurf des Allerhöchsten Erlasses zu vollziehen, weil er der Kritik ausgesetzte Motive enthielte. Sie würden nur eine Order unterzeichnen, die lediglich Verba dispositiva gibt. Auf diese Intention einzugehen ist meines Erachtens unbedenklich.“

So ging das Schreiben an Bucher zur Übermittlung an Bismarck. Bucher antwortete aus Barzin am 7. August:

„Ew. E. hohem Auftrage vom 5. d. M. gemäß habe ich Ihren Brief über die Kremenzsche Angelegenheit dem Fürsten vorgelegt. Derselbe läßt Sie bitten, den Entwurf eines gemeinsamen Berichtes an S. M. hierher gelangen zu lassen, und sprach sich über die fernere Behandlung der Sache, in der die Kremenzsche Angelegenheit ein einzelnes Glied bildet, folgendermaßen aus:

Der Verlust einer Etappe in dem Operationsplane sei nicht so schlimm, als S. M. durch Stellung der Kabinettsfrage in seinem königlichen Selbstgefühl zu verletzen. Geschähe das Letztere, so würde zu den übrigen Schwierigkeiten noch eine dauernde Verstimmung und Widerwilligkeit treten, so würde S. M. bei jeder Verdrießlichkeit, woran es ja nicht fehlen würde, geneigt sein, geltend zu machen, daß er das ja vorher gesagt habe. Eine solche Entmutigung dürfe man nicht aufkommen lassen. Aus 20jähriger Erfahrung wisse er, daß man S. M. an die ihm fremden Dinge allmählich heranzuführen und ihn womöglich selbst den Weg zum Ziel müsse finden lassen. Deshalb habe ihn in Ew. E. Briefe vor allem die Stelle interessiert, daß der Kaiser vor dem Einschreiten gegen Kremenz die nötigen Abhilfen im Wege der Gesetzgebung für erforderlich erachte. Der Fürst habe es von Anfang an für die schwierigere Aufgabe gehalten, die Zustimmung des Kaisers zu den legislatorischen Maßregeln zu gewinnen. Es komme deshalb jetzt darauf an, die gegenwärtige Auffassung des Kaisers, die verzögerliche Einrede, welche er gegen die administrative Maßregel erhebe, dazu

zu benutzen, seine Zustimmung zu dem beabsichtigten Schritte der Gesetzgebung zu erlangen.

Endlich bemerkte S. D., es sei nicht zu bedauern, wenn die Entschließung des Kaisers sich bis zu seiner Rückkehr nach Berlin verzögere, da S. M. in Gastein mancherlei fremden Einflüssen ausgesetzt sein würde. Auch könne S. D. von hier aus sich nicht in tiefgehende oder scharfe Erörterungen einlassen.“

Falk und Achenbach hatten von diesem Briefe den Eindruck, daß der Reichstanzler über diesen Zwischenfall nicht gerade verdrießlich sei, vielmehr im Gegenteil des Kaisers Weigerung für die in Aussicht genommenen Gesetze auszubeuten gedenke.

Am 11. August schrieb Bismarck einen weiteren Brief von Barzin (Diktat, von Buchers Hand, von Bismarck selbst unterschrieben):

„Ew. E. wird, glaube ich, mit mir in der Korrespondenz über den Bischof Kremenetz einen neuen Beweis von der Schwierigkeit einer Beratung erblicken, welche nicht persönlich und mündlich geführt wird. Abgesehen davon, daß ich, wenn ich genesen soll, absolut der Ruhe bedarf, fehlt mir hier jedes Hilfsmittel zur Feststellung meiner eigenen Ansicht, und ich bin auf mein Gedächtnis angewiesen, um mir die Eindrücke, nach welchen ich mich zu entschließen habe, so gut es geht, zu vergegenwärtigen. Ich habe in schlaflosen Nächten über Ew. E. Schreiben vom 5. d. M. nachdenken können, und dies Nachdenken hat dazu geführt, den Vorschlag, den ich Ihnen mitzuteilen am 7. Auftrag gab, in betreff des dritten Bedenkens S. M., zu modifizieren. Ich möchte Ew. E. nochmaliger Erwägung anheim geben, ob es wirklich unabweisbar ist, das Interdikt der Zivilstandsfunktionen auf alle Priester der Diözese auszu dehnen. Eine Beschränkung des Interdikts auf die Person des Bischofs würde den unmittelbaren Vorteil haben, S. M. den Kaiser, dessen erste beiden Bedenken leicht zu beseitigen sein dürften, für die vorgeschlagene Maßregel im übrigen geneigt zu machen, die, wenn S. M. auf dem dritten Bedenken beharrt, ad calendas graecas vertagt sein würde.

Sodann erscheint mir eine solche Ausdehnung des Interdiktes nach mehreren Seiten hin nicht ohne Bedenken. Wenn es auch logisch und juristisch richtig ist, die Weihen und Berufungen nicht anzuerkennen, welche ein Bischof vornimmt, nachdem seine staatlichen Vollmachten erloschen sind, so ist es mir nicht klar, ob der Entziehung der Vollmachten eine rückwirkende Kraft auf frühere priesterliche Ordinationen beigelegt werden kann. Auch habe ich

Zweifel darüber, ob wir in betreff der später erforderlich werden-
den Ordinierungen eine Wirkung hervorbringen würden, da das
kanonische Recht, dessen Wirksamkeit in dieser Beziehung wir nicht
hemmen können, für den Fall der sedes impedita Aushilfen kennt.
Wenn es gleichwohl gelänge, so hielte ich es doch strategisch be-
trachtet für den Staat nicht nützlich, die Bevölkerung durch einen
Notstand, der sich im Familienleben fühlbar macht, in Mitleiden-
schaft zu ziehen. Wir müssen vielmehr, so weit es möglich ist, den
Bischof Kremenß isolieren, die Zahl unserer Gegner nicht
mehr und nicht eher vermehren, als es unumgänglich ist. Es würde
die ganze katholische Bevölkerung der Diözese von Übelständen
betroffen werden, welche selbst von den der Priesterherrschaft ab-
geneigten Katholiken unwillig würden ertragen werden. Es wäre
ferner möglich, daß andere, vielleicht alle Bischöfe, der Kre-
menßschen Erklärung beiträten, um die Regierung dadurch zu
nötigen, die Sistierung der in das Staatsrechtsgebiet eingreifenden
kirchlichen Funktionen auszusprechen. Diese Landeskalamität würde
als eine von der Regierung herbeigeführte, nach dem Be-
lieben der Regierung zu verlängernde oder widerrufliche darge-
stellt werden. Es erscheint mir daher zweckmäßiger, daß die Kon-
sequenzen aus dem Erlöschen der Vollmachten des Bischofs nicht
von der Regierung gezogen werden, sondern daß dies dem Bischofe
überlassen werde.

Aus diesem Grunde schlage ich Ew. E. ganz ergebenst vor, den
gemeinschaftlichen Immediatbericht so zu fassen, daß wir das erste
Bedenken S. M. nicht teilen könnten, dabei aber einfließen zu
lassen, daß es seiner Erwägung anheim gestellt bleiben müsse, ob
er im eigenen Königlich-namen proprio motu gleichsam im Wege
der Gnade und Milde tun wolle, was wir vom staatsrechtlichen
und politischen Standpunkte nicht für tunlich und dem Ansehen der
Regierung S. M. nicht für förderlich halten, d. h. nochmals in
Anknüpfung an das Kremenßsche Immediatschreiben eine unum-
wundene Unterwerfung unter das Gesetz fordern. Das zweite Be-
denken würde durch Hinweis auf den Unterschied zwischen der frühe-
ren und der heutigen Staatsverfassung, zwischen einem Akte ar-
biträrer Verwaltung und dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft
zu widerlegen, der dritte Punkt endlich durch Nichtausprechen der
Konsequenzen des Interdiktes unter obiger Motivierung zu be-
seitigen sein."

Nachdem eine von Falk erbetene persönliche Besprechung in Var-
zin von Bismarck freundlich, aber mit Hinweis auf die ihm verordnete
vollkommene Ruhe abgelehnt war, überlegte er mit Achenbach

und Hübler die Anregungen Bismarcks. Deutlich war, daß das Schreiben des Fürsten an einem Punkte einen Irrtum oder ein Mißverständnis enthielt. Niemals war daran gedacht gewesen, daß die Zivilstandshandlungen bereits früher berufener Pfarrer für unwirksam erklärt werden sollten. Der Immediatbericht hatte unzweideutig lediglich auf die Zukunft hingewiesen. Das größte Bedenken erweckten bei dem Minister die Ausführungen über die Zivilstandsfunktionen. Falk hatte längst die Überzeugung gewonnen, daß die Gesetzgebung durch Einführung der obligatorischen Zivilehe Abhilfe schaffen müsse. Es schien ihm nach Bismarcks Briefe, als ob dieser an einer Möglichkeit des raschen Zustandekommens eines solchen Gesetzes zweifle, ja als ob er selbst immer noch ein Gegner der obligatorischen Zivilehe sei.

Wir übergehen die Bemühungen im Schoße des Ministeriums, einen Immediatbericht nach den Intentionen Bismarcks zu verfassen, denn diese Bemühungen wurden durch einen neuen Zwischenfall gegenstandslos. Am 22. August suchte der Bischof bei dem Kaiser um die Erlaubnis nach, bei dem bevorstehenden Feste in Marienburg, das zur Feier der hundertjährigen Verbindung Westpreußens mit Preußen veranstaltet werden sollte, dem Kaiser die Gesinnungen der Treue und Ergebenheit des ermländischen Klerus persönlich ausprechen zu dürfen. Der Kaiser war sofort geneigt, diesen Anlaß zu einem persönlichen Versuch der Einwirkung auf den Bischof zu benützen. Das von Hübler entworfene, von Falk stark veränderte königliche Handschreiben an den Bischof vom 2. September 1872 ist wenigstens im Auszuge bekannt. Das Wesentliche darin war der Satz:

„Die wiederholte Versicherung, daß Sie sich Ihrer eiblich gelobten Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen mich ebenso bewußt seien, wie Ihrer übrigen staatsbürgerlichen Pflichten, und das Streben nach einer Verständigung, welches Ihre Worte bekunden, lassen mich hoffen, daß ich keinen fruchtlosen Schritt tue, wenn ich Sie auffordere, rückhaltlos zu erklären, daß Sie gewillt seien, den Staatsgesetzen in vollem Umfang Gehorsam zu leisten. Wenn Sie dieser Aufforderung entsprechen haben, werde Ich... mit Freuden die Gesinnungen der Treue und Ergebenheit, welche den ermländischen Klerus unverändert befeelen, durch Sie bestätigen hören. Im andern Falle wird diese Bestätigung durch Wort und Schrift zwar auch zu meiner hohen Genugtuung gereichen, aber aus Ihrem Munde und Ihrer Hand würde ich dieselben nicht entgegennehmen können.“

Der Bischof antwortete am 5. September; die an den Kaiser gerichtete Antwort wurde von Wilmowski sofort Bismarck und Falk zugesandt.

Dem Ministerium schien dieses Schreiben nun genügend, um ein Einlenken zu empfehlen. Dementsprechend wurde ein Schreiben an Bismarck und ein Immediatbericht verfaßt. In dem Schreiben hieß es: „Ich halte es nicht mehr für durchführbar, den Bischof von Ermeland als einen Prälaten zu charakterisieren, der bewußterweise und allgemein das Kirchengesetz über das Landesgesetz stelle und bei etwaigem Widerspruch zwischen beiden gegen letzteres handle, und darum auch nicht für statthast, die in Aussicht genommenen Maßnahmen S. M. ferner zu empfehlen. Die prinzipielle Differenz wird man als gehoben ansehen können, und nur darauf Bedacht nehmen müssen, den Wollmann-Michelischen Spezialfall zum Austrag zu bringen.“ Dem Kaiser wurde empfohlen, „dem Krementz eröffnen zu lassen, nachdem er in seiner Immediateingabe vom 5. die rückhaltlose Erklärung abgegeben habe, daß er es für seine Pflicht hielte, den Staatsgesetzen im vollen Umfange Gehorsam zu leisten, wollten S. M. ihn gerne in Marienburg empfangen und die beabsichtigte Ergebenheitserklärung entgegennehmen“.

Bismarck war, wie er Falk durch seinen Vertrauensmann Wagener sagen ließ, nicht einverstanden. Er hatte sogar Falk im Verdacht einer Konspiration mit der Kaiserin Augusta! Ob der Bischof in Marienburg empfangen werden solle, gehe auch nur den Präsidenten des Staatsministeriums, nicht aber den Ressortminister etwas an. Dennoch gelangte der gemeinsame Bericht an den Kaiser am 8. September. War er etwa von einem abweichenden Votum Bismarcks begleitet? Jedenfalls kam am 9. früh folgender eiliger Brief von Wilmowski, der zeigte, daß dieselbe Hand, die die Wendung zum Frieden herbeigeführt hatte, nun doch Bedenken trug, die volle Konsequenz aus diesem Schritte zu ziehen:

„Heute früh 7 $\frac{3}{4}$ Uhr, also zur Zeit der Abreise S. M. zum Manöver, erhielt ich von Allerhöchstdemselben den Bericht vom 8. d. M., welchen Ew. E. in Gemeinschaft mit dem Herrn Ministerpräsidenten in der Krementz'schen Angelegenheit erstattet haben, versehen mit folgendem Vermerk:

„Nach dieser Erklärung kann es ihm nicht schwer werden, nun auch zu erklären, daß er einsähe, gegen die Landesgesetze gefehlt zu

haben, bei Auspruch der großen Exkommunikation ohne Vorwissen der Regierung. Dies müßte also noch von ihm verlangt werden?“

Diese, wie das beigelegte Fragezeichen zeigt, vielleicht nicht ganz ernst gemeinte, jedenfalls eilig hingeworfene Randbemerkung des Kaisers gab Bismarck, dem die sanfte Beilegung der Sache ohnehin nicht genehm war, die Gelegenheit, sie nun ganz in seine Hand zu nehmen. Die Korrespondenz zwischen Bismarck und dem Bischof ist bekannt. Sie erweckt den peinlichen Eindruck, daß plötzlich zu der vom Kaiser am 2. September gestellten und vom Bischof ohne Einschränkung erfüllten Bedingung eine neue hinzugefügt wurde, und blieb völlig ergebnislos. Erst mit dem letzten Stück dieser Korrespondenz vom 23. September wurde die Sache wieder an Falk verwiesen. Sie kam nun zu schnellem Ende. Nach mündlicher Besprechung im Staatsministerium legte Falk den Entwurf eines vom Staatsministerium zu bestätigenden Immediatberichtes an den Kaiser vor. Der Bericht ging an den Kaiser in einer von Bismarck persönlich veränderten und verschärften Form. Wir geben das Wesentliche daraus wieder, indem wir die von Bismarck herrührenden Formulierungen durch **S p e r r -**
d r u c k kenntlich machen:

„... Des Bischofs Antwort auf die Allerhöchste Aufforderung vom 2. d. M. ist zwar in der Ausdrucksweise entgegenkommend und wiederholt sogar wörtlich den Text derjenigen Erklärung, welche Ew. M. von dem Bischofe gefordert haben. Allein es sind derselben Erwägungsgründe und Zusätze beigegeben, welche ihren Sinn zweifelhaft machen und die die landeshoheitlichen Rechte Ew. M. beeinträchtigende Deutung mindestens zulassen, welche in der an den Minister der g. A. gerichteten Erklärung des Bischofs ihren zweifellosen und für jede Staatsregierung unannehmbaren Ausdruck gefunden hatte. Die neueste Äußerung des Bischofs ist daher keine rückhaltlose und kann nicht befriedigen. Die Gelegenheit, welche dem Bischof durch den Ministerpräsidenten gegeben ward, den Sinn seiner Worte klarzustellen, hat er von der Hand gewiesen....

Der Landtag der Monarchie tritt in etwa einem Monat wieder zusammen und es wird dann Gelegenheit sein, diejenigen Gesetze zu beraten, welche u. E. erforderlich sind, um die Rechte des Staates und seiner Angehörigen vor Beeinträchtigung durch die Kirche nach Möglichkeit zu wahren. Im Hinblick auf diese Gesichtspunkte glauben wir die weitgreifende Maßregel, welche

wir E. M. in unserm Berichte vom 19. Juli in Vorschlag brachten, nicht weiter anraten zu sollen. Wohl aber sind wir der Meinung, daß die Staatsregierung die Verantwortung dafür nicht weiter übernehmen könne, einem Bischofe, welcher dauernd und trotz der reichlich gebotenen Gelegenheit zum Einlenken den Staatsgesetzen gegenüber in einer Stellung prinzipieller Ablehnung und ev. Auflehnung verharret, diejenigen Kompetenzen aus Staatsmitteln weiter zu zahlen, welche für die Person des Bischofs bestimmt sind. Selbstverständliche Voraussetzung einer solchen Zahlung ist die grundsätzliche Anerkennung der Landesgesetze, von denen das Budget einen integrierenden Teil bildet, und die unbedingte Anerkennung der Souveränität Ew. M. ... (Es folgt die Berechnung des danach zu sparenden Anteils der Dotation des Bistums Ermland.) Wir verhehlen uns nicht, daß die aufgeführten Beträge nicht so groß sind, um durch ihre Einhaltung einen unmittelbaren Druck von obiger Wirkung auf den Bischof zu üben, allein hierauf scheint es uns auch in einem Prinzipienkampf, der lange Zeit zu seinem Verlaufe und Abschlusse bedürfen wird, nicht vorzugsweise anzukommen. Die Hauptsache ist, zum unzweideutigen Ausdruck zu bringen, daß die Staatsregierung entschlossen ist, den Übergriffen des katholischen Klerus gegenüber nicht nachzugeben. Die E. M. vorgeschlagene Maßregel hat mehr den Charakter einer Rechtsverwahrung als eines Zwanges. ... Es ist nicht ungünstig, daß der Wiederzusammentritt des Landtages so nahe bevorsteht. Unzweifelhaft wird die Krementsche Angelegenheit alsbald zur Erörterung kommen und sich zeigen, ob der Landtag seinerseits die Verantwortung übernehmen will, die Zahlungen weiter zu leisten. In diesem Falle würde die Regierung der alleinigen Verantwortung für die Weiterentwicklung der Streitfrage enthoben sein. Dasselbe wäre der Fall, wenn es sich als tunlich erwiese, die Frage der Entscheidung im Rechtswege zuzuweisen. Letzteres aber würde, wenn überhaupt zulässig, eine so geraume Zeit erfordern, daß zu hoffen steht, es werde die Gesetzgebung, durch welche sichere Bürgschaften für die Zukunft gewonnen werden können, bis dahin zum Abschluß gelangt sein. Der Minister der g. A. würde dem Bischof Krementz die beschlossene Maßnahme in einem besonderen Schreiben zu eröffnen haben. Indem wir den Entwurf eines solchen ehrfurchtsvoll beifügen, bitten wir Ew. M. im vorher festgestellten Einverständnis mit dem

abwesenden Ministerpräsidenten alleruntertänigst, sich durch huldreiche Vollziehung des beiliegenden Orderentwurfes mit unserer Auffassung allergnädigst einverstanden erklären zu wollen.“

Am 25. vollzog der Kaiser die vorgeschlagene Order:

„Auf den Bericht vom 18. ermächtige Ich das Staatsministerium, gegen den Bischof Kremenß zu Frauenburg nach Maßgabe des Berichtes zu verfahren, und genehmige zugleich, daß der Minister der g. A. den Bischof nach dem mir vorgelegten Verfügungsentwurf befeide.“

Auch diese Verfügung ist von Bismarck selbst aufs sorgfältigste durchkorrigiert und verkürzt worden. Eine ausführliche Darlegung über die Unzulänglichkeit der Erklärungen des Bischofs hat er gestrichen:

„Ich halte dringend wünschenswert, in amtlichen, zur Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen diese prinzipiellen Erörterungen zu vermeiden. Sie bieten zu viel Fläche zur Anfechtung und Entstellung. Wir regieren, aber wir disputieren nicht. Gelegenheit zu mündlicher Disputation wird die Anfechtung bieten.“

Der Schluß stammt fast ganz von Bismarcks Hand. Die Aufnahme der Temporalien Sperre war in der liberalen Presse sehr günstig. Der Bischof legte sofort Verwahrung ein. Sie gab keinen Grund zu abermaliger Erwiderung. Die Regierung ließ der Klage des Bischofs gegen den Fiskus ihren Lauf. Die Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen.

Zu Ende war damit die Sache nicht. Der Konflikt hatte mit Blicke die Schwäche der Staatsregierung gegen den Episkopat gezeigt, den gänzlichen Mangel an Waffen, die große Lücke, die sich seit der Verfassung aufgetan hatte und die durch keine Spezialgesetze ausgefüllt war, die Schutzlosigkeit wie des niedern Klerus so des katholischen Laien gegen die absolute Herrschaft der geistlichen Oberen. Die Notwendigkeit einer gründlichen gesetzlichen Auseinandersetzung auf dem ganzen Grenzgebiete zwischen Staat und Kirche war unwiderleglich dargetan. Daher ist denn auch bei der folgenden Gesetzgebung immer wieder auf diesen Vorgang und seine wenig befriedigende Lösung zurückgegriffen worden.

Zu Ende war die Sache auch insofern noch nicht, als ja die Interpellation Reichensperger noch nicht zur Verhandlung gekommen

men war. Die unzweifelhaft berechtigte Beschwerde, von der Reichensperger ausgegangen war, war durch den Ministerialerlaß vom 29. Februar behoben worden. Kein Schüler in Braunsberg war mehr gezwungen, an dem Religionsunterricht Wollmanns teilzunehmen. Aber das Zentrum verlangte mehr, nämlich, daß dem Wollmann der Charakter als katholischer Religionslehrer entzogen und ein neuer katholischer Religionslehrer angestellt würde. In der Sitzung der Unterrichtskommission vom 12. März hatte der Minister anerkannt, die Regierung würde einen Beamten, der katholischer Religionslehrer sei, wenn sie ihn nicht mehr für katholisch halte, auch nicht mehr in seinem Amte belassen, aber hinzugefügt, das eben sei Gegenstand des Zweifels, da der Staat bei dem in der katholischen Kirche herrschenden Streit beide Parteien, die Gegner wie die Anhänger des Vatikanums, als innerhalb der Kirche stehend anerkennen müsse. Diesen Punkt stellte die Interpellation in den Vordergrund, als sie am 27. November endlich zur Behandlung im Plenum kam. Salk faßte ihren Sinn in die Forderung zusammen, die Regierung solle Wollmann aus seinem Amte entfernen. „Ich kann den Antragstellern keine Aussicht eröffnen, daß auf ihren Antrag eingegangen werde.“ Auch bei liberalster Auslegung sei der Kirche ein Recht, mitzuwirken, immer nur bei der Anstellung, nicht bei der Entlassung beamteter Religionslehrer zuerkannt worden. Der Staat aber habe keinen Anlaß, nicht einmal einen Grund, den Wollmann disziplinarisch zu entlassen. Die Tatsache, daß der Bischof ihn aus der katholischen Kirche ausgeschlossen habe, sei für den Staat nicht maßgebend. Er habe selbständig zu prüfen, ob Wollmann noch katholisch sei. Auch daß, wie behauptet werde, nun alle Bischöfe die Annahme der Vatikanischen Dekrete für jeden Katholiken verbindlich erklärt hätten, entbinde die Regierung nicht von der Pflicht selbständiger Prüfung, zumal wenn man sich vergegenwärtige, wie sehr sie geschwankt hätten. Diese Prüfung sei dahin ausgefallen, daß der Staat, da beachtenswerte Stimmen in der katholischen Kirche sowohl das Zustandekommen wie den Inhalt der Vatikanischen Beschlüsse anfochten, die Ablehnung derselben für sich allein nicht als genügend ansehen könne, um jemand den katholischen Namen abzusprechen. Wenn die Regierung den Wollmann absetzen oder den § 11, Tit. 12 des L. R. für anwendbar erklären wollte, so würde sie in einen innerkirchlichen Streit eingreifen und eine dogmatische Entscheidung treffen.

Gerade diese letztere Wendung war so glücklich und überzeugend,

daß das Haus mit großer Mehrheit beschloß, über den Antrag Reichensperger zur Tagesordnung überzugehen.

Auffallend könnte sein, daß es zu der von Bismarck in Aussicht genommenen Landtagsverhandlung über die Temporalien Sperre nicht gekommen ist. Aus den Ausführungen Falks in der Sitzung vom 29. Januar 1874 ergibt sich, daß die Regierung in der Tat dem Landtage eine Vorlage gemacht hatte, die getroffene Maßregel zu genehmigen, daß der Landtag aber glaubte, die Sache auf sich beruhen lassen zu sollen, weil die inzwischen vorgelegten Kirchengesetze die Regierung in eine Lage bringen würden, in der sie auf diesen Spezialfall kein Gewicht mehr zu legen brauche. Die Regierung akzeptierte diesen Standpunkt und war schon entschlossen, dem Bischof seine Temporalien wiederzugeben, als die Erklärung von Fulda erschien. Diese machte ihr ein Einlenken unmöglich.

Falk leitete im Sommer 1872 die Geschäfte des Ministeriums während des August von K r u m m h ü b e l im Riesengebirge aus. Einen eigentlichen Urlaub konnte er sich in diesem Jahre nicht gestatten, da es galt, sich in das neue Amt einzuarbeiten. Zur Wahl der schlesischen Berge als Aufenthalt aber bestimmte ihn noch ein anderer Grund: die schwere, zum Tode führende Erkrankung seines Vaters. Der Vater hatte seine Ernennung zum Minister noch erlebt und war dadurch hoch beglückt worden. Im Juni aber war er erkrankt. Der widerstandskräftige Körper wehrte sich wochenlang. Aber obwohl der Arzt eine Genesung noch für möglich hielt, sahen der Vater selbst und seine Kinder klar, daß das Ende nahe. Schon bei einem Besuche am 16. Juni segnete er den Sohn und nahm Abschied. Noch einmal hat ihn dieser Anfang August gesehen, auch zu seinem Geburtstage am 10. August noch ein paar schwer leserliche eigenhändige Worte erhalten. Am 20. August ging der Vater heim. Der Sohn eilte nach Waldbau und wohnte am 23. der Bestattung neben dem Grabe der vorangegangenen Mutter bei.

Viertes Kapitel

Die erste Reihe der kirchenpolitischen Gesetze

Hier ist es nun nötig, unsere Schilderung dessen, was geschah, zu unterbrechen, um es in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Denn nur so läßt sich ein Verständnis und die rechte Würdigung der Politik, die Falk einschlug, gewinnen.

Heute herrscht die Legende, als ob der große Kampf zwischen Preussischem Staat und Römischer Kirche, der damals ausbrach und jahrelang die ganze deutsche Nation bis in ihre Tiefen aufwühlte, eine seltsame historische Zufälligkeit darstelle und sein Entstehen der willkürlichen Laune und persönlichen Gereiztheit des leitenden Staatsmannes verdanke, als ob er eine Art Entgleisung, ein Fehlgriff gewesen sei, dessen Motiv nicht recht verständlich, dessen Energie wie eine Kraftverschwendung erscheine. Besonders von katholischer Seite ist die Sache so angesehen worden, als ob Bismarck oder der Liberalismus ganz ohne Grund den Erisapfel konfessionellen Streites in das junge Deutsche Reich geworfen hätte. Wer so denkt, beweist damit nur, daß ihm die Fähigkeit fehlt, sich in das geistige Leben jener Zeit zurückzuversetzen. Die Herleitung eines so gewaltigen Ringens, bei dem auf beiden Seiten die höchsten geistigen Kräfte aufgeboten wurden und letzte Überzeugungen sich geltend machten, aus bloßen persönlichen Gereiztheiten, Mißverständnissen, Vorurteilen ist zu flach, um das historische Gewissen zu beruhigen. Ein solches Phänomen ist erst dann wirklich geschichtlich begriffen, wenn es als notwendig erkannt wird und wenn hinter den handelnden Menschen mit ihren Leidenschaften, Irrtümern und Einseitigkeiten der große Gegensatz der Ideen sichtbar wird. Es handelte sich damals nicht um ein Duell zwischen einem herrischen Staatsmann und einem halsstarrigen Priester, sondern um die Auseinandersetzung zwischen zwei großen Denkweisen über das Verhältnis von Staat und Kirche, nennen wir sie kurz: die kanonische und die protestantisch-naturrechtliche.

Unzweifelhaft hatte der Katholizismus seit der fürchterlichen Staupe, die er im Zeitalter der französischen Revolution und Napoleons er-

litten hatte, eine Renaissance erlebt *). Nun ist es ein in der Geschichte der katholischen Kirche immer wiederlehrendes Gesetz, daß, wie das Wasser in zwei verbundenen Röhren zugleich steigt, mit der Zunahme der religiösen Lebendigkeit immer auch das Wachstum des kirchlichen Selbstgefühls und seiner Ansprüche Hand in Hand geht. Der Katholizismus des 18. Jahrhunderts, mit dem die Höfe und Kabinette so gut auskamen, war kraftloser und kälter als der des 19. Jahrhunderts. Dieser innerlich rege und lebendige Katholizismus mußte mit dem gleichfalls ungeheuer erstarkten Selbstgefühl des modernen Nationalstaates in viel stärkere Reibungen geraten. Daß aber diese Reibungen zum offenen Kampfe wurden, das ist nicht die Schuld des Staates gewesen, sondern die Schuld Papst Pius' IX. und der Richtung, der er sich nach dem Mißerfolge seines Anfanges ergab. Am 8. Dezember 1864 erschien die Encyclica *Quanta cura* und der *Syllabus errorum*, ein Verzeichnis von 80 Irrtümern der Gegenwart, die der Verdammung preisgegeben wurden, fast durchweg Sätzen religiösen, philosophischen, staatsrechtlichen Charakters, die von der gesamten Zeitströmung der modernen, insbesondere protestantischen Welt als feststehende Wahrheiten anerkannt waren. Man kann die folgenden Kämpfe unmöglich verstehen, wenn man diesen Ursprung für nichts achtet. Schärfer konnte die Unvereinbarkeit der kirchlichen Theorie mit Staat, Wissenschaft und Ethik der modernen Welt nicht ans Licht gestellt werden. Es war eine Kampfanzeige. Wenn heute dieser Charakter des *Syllabus* bestritten wird, so wird ihm damit eine Auslegung gegeben, die erst durch den Abwehrkampf des Staates erzwungen ist; es wird ihm eine Unschuldigkeit und Harmlosigkeit angedichtet, die er nicht besaß, die man ihm aber beilegte, um dem Staate den Grund zur Abwehr zu entziehen und sich selbst als den unschuldig Angegriffenen hinzustellen. Die heutige Auslegung des *Syllabus* verdanken wir dem — Kulturkampfe. Sie, das heißt der Verzicht auf seine Ansprüche, der auf diese geschickte Weise verhüllt wurde, ist die Frucht der Energie, mit der Widerstand geleistet wurde. Dem Papste aber war es bitterer Ernst. Hatte er durch den *Syllabus* der katholischen Christenheit die Richtung gewiesen, so versuchte er nun auch, sich das Heer zur Durchführung dieser Grundsätze zu schaffen. Er wollte die

*) Zum Folgenden: Hans von Schubert, Der Kampf des geistlichen und weltlichen Rechtes (Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften), Heidelberg 1927, S. 69 f.

Kampfkraft der Kirche durch die allerschroffste Zentralisation der Hierarchie und die unbedingte Unterwerfung des Klerus unter den päpstlichen Absolutismus stärken. Das gelang ihm durch das Dogma der Infallibilität. Auch hier muß man wieder sagen, daß ihm heute ein viel harmloserer Sinn untergelegt wird. Aus der Erfahrung, daß sich eine gewisse Freiheit der Bischöfe und namentlich des katholischen Laientums trotzdem erhalten hat, wird die Behauptung, daß die Unterdrückung solcher Freiheit gar nicht beabsichtigt gewesen sei. Allein wem wird dieser Rest von Freiheit verdankt? Doch wohl dem Kampfe des Staates, der den Tendenzen des Vatikanums die gefährlichste Spitze abbrach.

Jedoch, Syllabus und Vatikanum haben zwar die Voraussetzungen für die folgenden Kämpfe geschaffen, aber den unmittelbaren Anlaß gaben sie nicht. Es läßt sich meines Erachtens sicher beweisen, daß Bismarck bis zur Rückkehr aus dem französischen Kriege an einen Kampf nicht gedacht hat. Die Haltung der Regierung wurde festgelegt in einem Beschlusse des Staatsministeriums vom 8. Oktober 1870, „daß den Erlassen der preußischen Bischöfe über die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils gegenüber ein nur theoretisches Eingehen von seiten der Staatsregierung nicht stattzufinden habe, vielmehr lediglich abzuwarten sein werde, ob daraus praktische Konsequenzen gezogen würden, denen Verwaltung oder Gesetzgebung entgegenzutreten haben werde.“ Aufmerksam und wachsam war man geworden, aber nicht mehr; man wollte die Sache an sich herankommen lassen. Da bildete sich die katholische Partei. Das war „die praktische Konsequenz“ aus dem Vatikanum, die Formation einer Truppe im Dienste der Ideen des Syllabus. Denn welchen andern Sinn hätte diese Gründung sonst haben sollen? Der Landtag, der im Herbst 1867 zusammengetreten war, sah in seiner Mitte keine katholische Fraktion mehr, ebenso wenig der konstituierende und der Norddeutsche Reichstag. Aber als der Krieg zu Ende, stand Bismarck einer völlig veränderten Lage gegenüber: Sowohl in das Abgeordnetenhaus wie in den ersten Deutschen Reichstag war eine katholische Partei eingezogen, dort 48, hier 67 Mitglieder stark. In dieser Bildung hat Bismarck — seine ersten Kampfreden beweisen es, — eine tödliche Gefahr für das junge Reich erblickt. Eine konfessionelle Partei, mochte das auch im Namen und im Programm verhüllt sein, — in der Wahlagitation und in dem Hervortreten des Klerus dabei war das ganz deutlich geworden. Eine Partei also, deren oberstes Anliegen die „Freiheit der Kirche“ war

und die deshalb bereit sein mußte, alle politischen Fragen allein unter dem taktischen Gesichtspunkte des Nutzens oder Schadens für die Kirche zu behandeln. Damals hatte man sich an diese Ungeheuerlichkeit noch nicht gewöhnt, war man noch der Meinung, daß politische Fragen sachlich-politisch behandelt werden müßten *).

Mit einer wahrhaft prophetischen Voraussicht hat Bismarck das Äbel, das damit in das deutsche parlamentarische Leben eingepflanzt wurde, in einer Rede im Herrenhause vom 24. April 1873 geschildert. Er nannte die neugebildete konfessionelle Partei eine Breschbatterie, aufgeführt gegen den Staat. „In einer Zeit, wo tiefer konfessioneller Friede im Lande war, da haben die Gründer der Zentrumspartei diesen Zündstoff des Zerwürfnisses und Kampfes sorgfältig gesammelt, in der Absicht, sich einer erheblichen Macht im Staate zu bemächtigen, die für oder gegen die Regierung nach dem Willen der Fraktionsleiter den Ausschlag gegeben hätte, es auf 70 bis 80 Stimmen, womöglich auf 140 zu bringen. Wenn man das mit Erfolg organisieren kann, ist man Herr im Staate; der Staat aber tut wohl, daß er sich vorsieht, auf daß der König Herr im Staate bleibe und nicht die Zentrumspartei.“ Eine ganz klare Rechnung! Wenn zwischen zwei politische Standpunkte ein Dritter dazwischentritt, der weder auf dem einen, noch auf dem andern steht, aber von einem außerpolitischen Gesichtspunkte aus bald zu dem einen und bald zu dem andern hinübertreten kann, so wird dieser Dritte das Zünglein an der Wage und die ausschlaggebende Macht, und die Regierung von ihm abhängig. Solange eine der beiden großen berechtigten politischen Grundrichtungen so stark war, daß sie die andere auch bei deren Unterstützung durch das Zentrum überstimmen konnte, wie in den 70er Jahren, und solange diese Richtung ihre Macht maßvoll und klug gebrauchte, war diese Gefahr noch verborgen. Aber Bismarck wußte, wie nahe die Gefahr eines solchen Mißbrauches der Macht lag; er mußte auch wünschen, daß einmal wieder ein normales Gleichgewicht zwischen der Rechten und der Linken entstünde und damit für die Regierung die Möglichkeit eines gesunden Wechsels zwischen einem mehr konservativen und einem mehr liberalen Regiment gegeben würde. In dem Augenblick aber mußte dann die Gefahr

*) Adalbert Wahl (Vom Bismarck der siebziger Jahre, 1920) hätte seine sehr gut begründete These, daß Bismarcks Entschluß zum Kampfe auch durch Erwägungen der auswärtigen Politik hervorgerufen sei, nicht durch die Behauptung zu stützen brauchen, daß er sonst ein unbegreiflicher, Bismarck nicht zuzutrauender Fehler gewesen sei.

akut werden, daß die dritte Partei das Szept in die Hand bekäme. Um dieser drohenden Vergiftung des deutschen parlamentarischen Lebens zu begegnen, hat Bismarck den Kampf gegen die konfessionelle Partei aufgenommen, und wer wollte heute sagen, daß er diese Gefahr falsch eingeschätzt hätte!

Die Partei zeigte sofort, daß sie auch die auswärtige Politik unter dem Gesichtspunkte des Interesses des Heiligen Stuhles ansah, und daß ihr, um ihre Macht zu stärken, jede Bundesgenossenschaft recht war, auch die der Polen, die noch im konstituierenden Reichstage feierlich gegen die Einbeziehung ihrer Landesteile in den Norddeutschen Bund protestiert hatten. Unter ihren Fittichen sammelten sich alle die Elemente, die mit der Entwicklung über 1866 zu 1870 unzufrieden waren; unter die Führer trat sofort Ludwig Windthorst. Bismarck sah, daß sich hier ein gefährlicher Keil in das deutsche Verfassungsleben einschöbe. Und dennoch, er zögerte immer noch. Vielleicht war es doch möglich, dieser Parteibildung eine andere Wendung zu geben. Er versuchte es durch einen Druck auf die Kurie. Diese sollte das Zentrum zu gouvènementaler Haltung, zur Säuberung von den gegnerischen Elementen veranlassen, das heißt: er hoffte, einen Teil des Zentrums zu gewinnen. Das brachte der berühmte Brief vom 19. Juni 1871 an den Grafen Fred. Frankenberg ans Licht. Aber dieser Plan scheiterte an dem Versagen der Kurie; wie Bismarck urteilte, an deren Schwäche. Mir scheint, daß dies der entscheidende Augenblick war, und es wäre wohl verlockend, dem Gedanken Raum zu geben, wie anders sich die Dinge hätten entwickeln können, wenn damals an der Kurie eine geschickte Hand zugegriffen hätte. War aber dieser Plan, auf dem Wege über die Kurie das Zentrum an seinen Wagen zu spannen, mißglückt, so mußte er nun auf anderm Wege mit dem erklärten Gegner fertig werden. Seine Entschlüsse seien bereits gefaßt, so ließ er in diesen Tagen dem Professor Geizer sagen *). Am 8. Juli hob er die katholische Abteilung im Preußischen Kultusministerium auf. Am 22. Juli kündigte ein offiziöser Artikel in der „Arenzzeitung“ den Kampf an. Dann drängte er Mühler zur Vorlage des Schulaufsichtsgesetzes. Am 17. November trat er für den bayrischen Antrag zum Strafgesetzbuche ein. Von dieser Stunde ab ist sein Handeln ganz klar und bestimmt.

Jedoch, nun mußte er auch überlegen, ob er genügend Machtmittel

*) Siehe oben S. 71.

befah, um den Kampf zu führen. Und da entdeckte er mit der intuitiven Sicherheit, die ihm eignete, wenn auch gewiß noch nicht so klar, wie sich das später herausstellte, daß der Staat gegen die Kirche eigentlich keine Machtmittel oder keine mehr hatte. Der gesamte Klerus vom Kaplan bis zum Bischof war jedem Einflusse des Staates auf seine Erziehung, Anstellung, Amtsführung entzogen, in sich geschlossen und hermetisch abgesperrt. Die Bischöfe saßen unabsehbar und jeder Disziplin des Staates entzogen auf ihren vom Staate dotierten Thronen. An der verwundbarsten Stelle des Landes, in den polnisch sprechenden Teilen, stand der Klerus in kompakter Masse auf seiten des Polentums. Und dabei hatte der Staat dem Klerus die stärksten Einflußmöglichkeiten eingeräumt, nicht nur durch die Dotation der Kirche, sondern vor allem durch die Übergabe der Schule. Wie war es zu dieser Machtstellung der Kirche, die im schroffsten Gegensatz zum Rechte des 18. Jahrhunderts stand, gekommen?

Seit dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 war auch in Brandenburg = Preußen geltendes Reichsrecht gewesen, daß dem Monarchen das Kirchenregiment über jede Kirche im Lande zustand. Katholisch = bischöfliche Jurisdiktion, soweit sie geübt wurde, konnte da nur auf Konzeßion oder landesherrlich gewährten Privilegien beruhen, seit Einführung des Landrechtes auf anerkannten Kollegialrechten der Kirche. Aber die Sezung der Grenzen dieser Rechte lag unbestritten bei dem Landesherrn, und sie wurden sehr eng gezogen. Das war nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis bis gegen Ende der Regierung Friedrich Wilhelms III. Ich brauche nicht zu schildern, wie es kam, daß sich die deutschen Katholiken das gefallen ließen; es rührte von dem mächtigen Einfluß der Febronianischen Ideen her.

Auch die Königliche Sanktion der päpstlichen Bulle *De salute animarum* vom 16. Juli 1821 durch die R. O. vom 23. August d. J. hatte daran nichts geändert. Die Sanktion war erteilt „vermöge der Königlichen Majestätsrechte“ und „diesen Rechten unbeschadet“, irgendein Gesetzgebungsrecht der Kirche nicht anerkannt. Die Bulle fixierte unter Genehmigung des Staates die Jura collegialia der Kirche, aber das übergreifende Recht des Staates blieb unberührt. Das gilt auch von den finanziellen Festsetzungen. Die Bulle verkündigt, daß der König sich zu diesen und jenen Leistungen erboten habe, und die Sanktion bestätigt das, aber sie gründet keinen Rechtsanspruch, auch nicht auf die damals in Aussicht genommene Sicherstellung dieser

Leistungen durch Grundbesitz. Die Bulle ist kein Vertrag. Das gilt ebenso von den Bestimmungen über die Besetzung der Bischöflichen Stühle. Der Papst bindet sich gegen die Domkapitel, sie nicht einseitig zu besetzen. Die dem Staat zustehende Einwirkung wird weder beschränkt noch stillschweigend außer Kurs gesetzt; wenn darüber irgendein Zweifel bestehen könnte, so wird er durch das gleichzeitig erlassene Breve „Quod de fidelium“ beseitigt.

Erst unter Friedrich Wilhelm IV. änderte sich die Lage. Allerdings schon vorher hatte sich gezeigt, daß die katholische Bevölkerung und der Klerus diese Praxis des Staates nicht mehr so harmlos hinnahmen wie im 18. Jahrhundert. Der Ultramontanismus eroberte die jüngere Geistlichkeit und drang auch in Laientreise vor. Der Episkopat, seiner weltlichen Stellung beraubt, in der ein starkes Motiv zur Selbständigkeit gegen die Kurie lag, sah nun nur noch einen Gegner seiner Stellung, den Staat, und lehnte sich um so enger an den Papst an. Die daraus entstehenden Konflikte sind hier nicht zu schildern. Die entscheidende Wendung brachte die Verfassung vom 31. Januar 1850 in den berühmten Artikeln 14 bis 18 und 24. Über Absicht und Sinn dieser Artikel wird in diesem Buche noch viel zu reden sein. Hier kommt es nur darauf an, in welchem Sinne die katholische Kirche diese Artikel ergriff und ausnuzte. Man kann es kurz sagen: im Sinne vollständiger, keiner weiteren gesetzlichen Ausführung bedürftigen Freiheit der Kirche, zugleich aber unter Behauptung aller bisherigen Privilegien. Daß es der Kirche gelang, das durchzusetzen, ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der neuern Geschichte, wobei zwei gegensätzliche Kräfte zusammenwirkten, der Freiheitsbegriff des älteren Liberalismus wie seine Gegnerschaft gegen den starken Staat und die Katlosigkeit der Preußischen Monarchie und ihrer Anhänger, die die katholische Kirche als Stütze der konservativen Ordnung in jeder Weise stärken zu müssen wähten. Das Organ dieser Regierungsweisheit war die von dem Könige 1841 geschaffene katholische Abteilung im Preußischen Kultusministerium. Ein Recht des Staates nach dem andern ward preisgegeben, weil die Abteilung die katholische Interpretation der Verfassung unbedenklich annahm. Vergeblich warnte die deutsche Kirchenrechtswissenschaft in der „Zeitschrift für Kirchenrecht“ gegen diese Schwächung des Staates, sie blieb ohne allen Einfluß auf die Praxis der Regierung.

Die Erkenntnis dieser Notlage — gewiß übersah er sie nicht gleich

bis in ihre tiefsten Gründe — veranlaßte Bismarck zu der Berufung Falks und zu dem ihm erteilten Auftrage, die Rechte des Staates wiederherzustellen. Ohne Säumen ging der Minister daran.

Am 3. August 1872 wurde im Kultusministerium eine Konferenz eröffnet „über die gesetzliche Regelung des Verhältnisses des Staates zur Kirche“. Den Vorsitz führte der Minister, außerdem nahmen teil der Unterstaatssekretär Dr. Achenbach, der Geheime Oberregierungsrat de la Croix, der Geheime Oberregierungsrat Wagner, Bismarcks Vertrauensmann, der Professor Konsistorialrat Dr. Hübler, der nach der Konferenz als vortragender Rat in das Ministerium eintrat, der nationalliberale Abgeordnete Kreisgerichtsdirektor Günther aus Lissa, wegen seiner besonderen Kenntnis der Verhältnisse in der Provinz Posen, die Professoren Gneist und Hirschius aus Berlin, Friedberg aus Leipzig und Mejer aus Rostock. Dieser gewann dabei besonders das Herz des Ministers und seiner Hausgenossen; „der alte freundliche Herr mit den dunkeln, klaren Augen, in denen sich die Seele zu spiegeln scheint“, schrieb Rose Falks Schwägerin Franziska über ihn, die die Ministerin bei dem Diner zu Ehren der Konferenz vertrat. Die Zusammensetzung konnte wohl zu Bedenken Anlaß geben. Kein einziger Katholik nahm an der Konferenz teil, auch kein protestantischer Theologe. Offenbar handelte es sich nicht mehr um eine ruhige Überprüfung der Sachlage, sondern um eine Art Generalstabsberatung. Der Kampf war da.

Der Minister hob in seinen einleitenden Worten hervor, es komme darauf an, unter den gegenwärtig eingetretenen Verhältnissen die staatliche Selbständigkeit gegenüber kirchlichen Übergriffen aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Ob hierbei die Kompetenz des Reiches oder der Einzelstaaten in Anspruch zu nehmen sei und ob die fraglichen Gesetze auch auf die evangelische Kirche und andere religiöse Bekenntnisse ausgedehnt werden sollten, werde am Schluß der Beratung zu erwägen sein. — Zugrunde gelegt war der Konferenz eine Überschau über die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen von Baden, Bayern, Württemberg und Sachsen. Daraus ging auf den ersten Blick hervor, daß dort überall das Staatskirchenrecht viel besser ausgebildet war, als in Preußen. Die Frage war, wie weit sich die dort getroffenen Bestimmungen bewährt hätten, wie weit bei der Ausführung Mängel hervorgetreten wären und was man davon etwa für Preußen übernehmen sollte. Der Referent war Professor Hübler und er behandelte nacheinander alle die Abwehrmittel, die

dem Staate zur Verfügung ständen, und die Gebiete, auf denen eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche erforderlich wäre.

Zuerst stellte er über das sogenannte *Plazet*, die staatliche Genehmigung geistlicher Erlasse, folgende Grundsätze auf: Allgemeine kirchliche Verordnungen sind gleichzeitig mit der Verkündigung zur Einsicht der Staatsbehörde vorzulegen. Greifen sie in bürgerliche oder staatliche Verhältnisse ein, so ist dazu die staatliche Genehmigung erforderlich. — Beides entsprach dem badischen und württembergischen Rechte, wurde aber in diesen Ländern fast nie befolgt, weil eine Strafbestimmung fehlte. Deshalb fügte der Referent die Forderung hinzu, die Unterlassung der gebotenen Vorlegung mit Geld- und Freiheitsstrafe zu belegen. Einen Widerspruch zu Artikel 16 der Verfassung erkannte er nicht an.

Die Debatte ergab im allgemeinen Einverständnis. Nur *Achenbach* warnte dringend davor, geistliche Erlasse zu genehmigen, da dies ihnen den Charakter einer staatlichen Anordnung ausdrücken würde. Ähnlich urteilte auch *Wagener*: Eine Vorlage zur Genehmigung würde dem Staate nur Verlegenheit bereiten, da er dann zur sofortigen Entscheidung genötigt sei. Man einigte sich dahin, daß jeder allgemeine Erlaß der Kirchenoberen bei der Publikation auf amtlichem Wege der Staatsregierung mitzuteilen und daß die Unterlassung dieser Mitteilung mit Strafe zu bedrohen sei.

In der wichtigen Frage der *Besetzung der Kirchenämter* gingen die Vorschläge des Referenten dahin:

Ständige Kirchenämter dürfen nur an solche Personen verliehen werden, welche a) das preußische Staatsbürgertum besitzen, b) von der Staatsregierung weder in bürgerlicher noch politischer Beziehung als mißliebig erklärt worden sind, c) sich vor der Staatsregierung über den Besitz einer wissenschaftlichen Bildung ausgewiesen haben. Der Umfang derselben und die Art des Nachweises wird durch eine Verordnung festgelegt. Der Referent hielt Maturitätszeugnis und Nachweis eines dreijährigen Universitätsstudiums für erforderlich. Ausländische Geistliche und solche Inländer, die sich über den Besitz ihrer wissenschaftlichen Vorbildung vor der Staatsbehörde nicht ausgewiesen haben, können nur mit Genehmigung der Staatsregierung im Kirchendienst verwendet werden.

In der Debatte wurde betont, daß das Einspruchsrecht des Staates ohne Angabe von Gründen ausgeübt werden müsse; um die Umgehung der Bestimmungen zu verhindern, sollte die Errichtung von

sogenannten Missionspfarreien überhaupt untersagt und sollten Vikare und Pfarrverweser nur mit Genehmigung des Staates zugelassen werden. In der Regel müsse jeder Seelsorgegeistliche definitiv angestellt werden und dürfe ein geistliches Amt nur mit staatlicher Genehmigung über eine Frist hinaus unbesezt bleiben.

Sinnsichtlich der Seminarien: Die geistlichen Lehranstalten stehen unter Aufsicht des Staates. Lehrerstellen an ihnen dürfen nur an Personen verliehen werden, die den oben angegebenen Bedingungen für die Besetzung der Kirchenämter genügtun.

Die Mehrzahl der Konferenzmitglieder wollte weitergehen. Sie wollte die Knabenseminare und die das Universitätsstudium ersetzenden Klerikalseminare, sowie die Konvikte an den Universitäten überhaupt aufgehoben sehen. Friedberg wies nach, daß eine ge-
 deihliche Wirksamkeit der theologischen Fakultäten nur bei Aufhebung der Klerikalseminare gesichert sei. Mehrere forderten auch Aufhebung der auf das Universitätsstudium folgenden Priesterseminare. Dagegen, wie gegen die Aufhebung der Konvikte, waren andere doch bedenklich, weil dadurch vermögenslosen Studierenden eine Unterstützung entzogen würde, die sich durch Stipendien nicht würde ausgleichen lassen. Zugegeben wurde, daß, wenn die Klerikalseminare aufgehoben würden, den Bischöfen bei der Besetzung der katholischen Professuren an den Universitäten eine Mitwirkung gewährt werden müsse. Um dem ausschließlichen Besuch ausländischer Lehranstalten entgegenzuwirken, einigte sich die Konferenz dahin, die Anstellungsfähigkeit der Geistlichen an den dreijährigen Besuch einer deutschen Staatsuniversität zu binden und sie von einer wissenschaftlichen Staatsprüfung abhängig zu machen. Nur den so vorgebildeten Klerikern sollte das Prärogativ der Militärfreiheit zugebilligt werden.

Prozeffionen und Missionen: Kirchenfeierlichkeiten außerhalb des Kirchengebäudes bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizei. Sie muß mindestens 48 Stunden vor der Feier nachgesucht werden und ist zu versagen, wenn aus der Feier Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder den religiösen Frieden zu besorgen ist.

Geistliche Orden und Genossenschaften, deren Mitglieder zufolge eines dauernden oder zeitlichen Gelübdes nach besonderen Regeln einer Oberleitung leben, bedürfen der Genehmigung des Staates. Die Mitglieder müssen Preußen sein und dürfen unter keinem Oberen außerhalb des Landes stehen. Jede öffentliche Lehr-

wirksamkeit ist ihnen zu untersagen. Auch die Abhaltung von Missionen und die Aushilfe in der Seelsorge ist ihren Mitgliedern zu verbieten, soweit sie nicht die Genehmigung des Staates dazu erhalten haben. Die Klöster und Niederlassungen stehen unter staatlicher Aufsicht, und die Aufnahme neuer Mitglieder muß binnen 24 Stunden angezeigt werden.

Die Konferenz war darin einig, daß die staatliche Genehmigung nachgesucht werden müsse, erstens für den Orden an sich und zweitens für jede einzelne Niederlassung, und daß sie immer nur widerruflich erteilt werden dürfe. Auch bei bereits existierenden Ordensniederlassungen sollte die Genehmigung als nur widerruflich erteilt gelten. Übrigens müßten die Bestimmungen so weit gefaßt werden, daß sie auch Vereinigungen träfen, deren Mitglieder sich örtlich einzeln hielten. Das Verbot der Unterstellung unter einen ausländischen Oberen wurde als illusorisch bezeichnet. Das Verbot der öffentlichen Lehrwirksamkeit sollte auch auf die nicht öffentliche erstreckt werden, und eine Fortsetzung derselben nur zulässig sein, wenn die Lehrenden aus den Orden austräten.

Kirchliche Disziplinalgewalt: Disziplinarstrafen gegen Kirchenlieder dürfen von den Kirchenbehörden nur auf Grund eines geordneten Verfahrens verhängt werden. Disziplinarstrafsachen dürfen auch im Instanzenzuge nicht vor ein außerdeutsches kirchliches Gericht gezogen werden. Verfügungen der kirchlichen Disziplinalgewalt gegen die Freiheit oder das Vermögen einer Person dürfen nicht wider deren Willen vollzogen werden. Eine Mitwirkung der Staatsbehörde findet weder bei der Untersuchung, noch bei der Strafvollstreckung statt. Die Verweisung in eine Demeritenanstalt darf die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen, körperliche Strafen sind unzulässig. Die Demeritenanstalten sind der staatlichen Aufsicht unterworfen, sie sind regelmäßig zu visitieren, die Hausordnung ist vom Staate zu genehmigen und von der Aufnahme eines Demeriten ist jedesmal in kurzer Frist Anzeige zu erstatten. Von jeder auf eine Geldstrafe von mehr als 20 Mark, auf Verweisung in eine Demeritenanstalt für mehr als 14 Tage, auf Suspension, Versetzung, Entlassung lautenden Disziplinarverfügung ist der Staatsbehörde sofort Mitteilung zu machen. In schweren Fällen muß der Rekurs von den bischöflichen Disziplinarerkenntnissen an die Staatsbehörde offengehalten werden.

Der Referent hatte seine Vorschläge im wesentlichen dem württem-

bergischen Rechte von 1862 nachgebildet, meinte aber, dies in einem Punkte ergänzen zu müssen: Der Staat sollte auch von sich aus zugunsten des Disziplinierten einschreiten können.

Der Minister stellte hierzu mehrere Fragen: Soll dem niedern Klerus gegen die Willkür seiner geistlichen Oberen Schutz gewährt werden? Die Konferenz antwortete mit Ja. Welche Mittel bieten sich dazu? Darüber waren die Meinungen verschieden. Friedberg hielt für genügend, wenn der kirchlichen Disziplinalgewalt alle Mitwirkung der Staatsbehörde entzogen werde, und einen speziellen Schutz dann nicht mehr für erforderlich. Die Mehrheit stellte sich auf die Seite des Referenten. Der Minister urteilte, daß von einer Bestätigung oder Genehmigung der Absetzung eines Klerikers werde abgesehen werden müssen. Die Hauptsache schien ihm und der Mehrzahl der Konferenzmitglieder die Eröffnung eines Rekurses an die Staatsbehörde.

Um den Mißbräuchen der Amtsgewalt entgegenzutreten, hatte Hirschius in einer besonderen Schrift „Die Stellung der deutschen Staatsregierungen gegenüber den Beschlüssen des vatikanischen Konzils“, Seite 75, eine Strafbestimmung vorgeschlagen. Der Referent glaubte, daß dieselbe nicht genüge, er prüfte, welche Mißbräuche in Frage kämen: Die Exkommunikation, die Verweigerung der Absolution, resp. der Sakramente wegen staatlich gebotener oder wenigstens erlaubter Handlungen, die Trockenlegung der theologischen Fakultäten. Er fragte weiter, welche Strafen in Betracht kämen, Geld- und Gefängnisstrafe oder nur Temporalien Sperre, und endlich, welche Gerichtshöfe zuständig sein sollten, ob der Oberpräsident in erster und der Minister in zweiter Instanz, der bestehende Disziplinargerichtshof oder ein eigens dazu eingesetzter Gerichtshof.

Der Minister hob folgende Gesichtspunkte hervor: Keine kirchliche Strafe dürfe über die kirchliche Gemeinschaft hinausgehen, namentlich den bürgerlichen Verkehr treffen. Auch müsse bei Verhängung einer solchen jede nicht zur Sache gehörige verletzende Form vermieden werden. Dies Verbot sei besonders auszusprechen. Die Anwendung der Kirchenzucht zur Erreichung gewisser im Gesetz näher zu bezeichnender Zwecke sei zu verbieten und mit Strafe zu bedrohen.

Die Majorität der Konferenz billigte diese Gesichtspunkte und hob hervor, man müsse nicht nur die Kirchenbeamten, sondern besonders auch die Laien schützen, zum Beispiel auch gegen Beeinflussung der Wahlen, die durch nachträgliche Ungültigkeitserklärung nicht genügend abgewehrt werden könne. Mit einem gewissen Maß von Gefängnis=

strafe müsse der Verlust eines Kirchenamtes von selbst verbunden werden. In der schwierigen Frage, welcher Gerichtshof zur Kognition berufen sein sollte, trat G n e i s t mit größtem Nachdruck für einen eigenen, aus Königlich-er Ernennung zu bildenden Gerichtshof ein, während A h e n b a c h sich dagegen aussprach.

Kirchliches Vermögen: Das den kirchlichen Bedürfnissen und Anstalten gewidmete Vermögen steht unter der Oberaufsicht des Staates. Aber seine Erhaltung und stiftungsmäßige Verwendung kann die Staatsbehörde Nachweis verlangen. Bei der Verwaltung des den kirchlichen Bedürfnissen der Gemeinden gewidmeten Vermögens ist diesen eine Vertretung einzuräumen. Ebenso bei der Auf-erlegung von Gemeindesteuern. Die Mitwirkung muß durch Beschlüsse der von den Gemeinden gewählten Repräsentanten erfolgen.

Der M i n i s t e r hob hervor, daß für die Auf-erlegung von Steuern die Zustimmung des Staates erforderlich sei.

Endlich kamen noch einige Einzelfragen zur Sprache. Auf die gesetz-liche Regelung von Kirchhofsstreitigkeiten glaubte man zur Zeit noch verzichten zu können. Um so dringender hielt die Konferenz die Ein-führung der obligatorischen Zivilehe und die Abschaffung des Tauf-zwanges. Die beiden anfangs zurückgestellten Fragen wurden so be-antwortet, daß die gesetzliche Ordnung nicht durch das Reich, sondern durch den Einzelstaat, das hieß also durch Preußen erfolgen solle, und zwar nicht in einem großen Gesetz über die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat, sondern in Einzelgesetzen. Unvermeidlich würde sein, wenigstens einen Teil dieser Gesetze in bezug auf Kirchen-zucht, Disziplinarstrafen und Seminare auch auf die evangelische Kirche zu erstrecken, während dies in anderen Fällen bei der Stel-lung des Königs in der Kirche nicht nötig sein würde.

Das sind die Grundsätze, auf denen die erste Reihe der kirchenpoli-tischen Gesetzgebung aufgebaut wurde. Man wird heute fragen, ob sie falsch waren. Aber wenn man genau zusieht, wird man doch zu-geben müssen, daß die Grenze gegenüber der Freiheit und Selb-ständigkeit der Kirche zwar weit vorgeschoben, aber nirgends über-schritten wurde. Freilich, maßgebend für das Recht einer solchen Ord-nung war nicht nur der Schutz des Staates selbst, sondern auch der Schutz des einzelnen Staatsbürgers. Man war davon durchdrungen, daß das kirchliche Eigenrecht in absoluten Einklang auch mit den For-derungen der individuellen Gewissensfreiheit gesetzt werden müsse. Daher der Versuch, den niedern Klerus gegen die Willkür der geist-

lichen Oberen, und die katholischen Laien gegen priesterliche Herrschaft zu schützen. Diese Versuche setzten voraus, daß ein Bedürfnis nach solchem Schutz bei dem niedern Klerus und bei den Laien vorhanden wäre. Und zu dieser Annahme hatte man damals guten Grund, mehrten sich doch von Tag zu Tag die Hilferufe niederer Kleriker gegen die zwangsweise Auserlegung des Vatikanums und griff doch die sogenannte altkatholische Bewegung unter der Laienschaft immer mehr um sich. Es schien nicht aussichtslos, indem man diese beiden Teile der katholischen Kirche gegen die Hierarchie in Schutz nahm, einen Keil in ihre Einigkeit zu treiben. Aber nicht diese taktisch politische Erwägung war ausschlaggebend, sondern die Überzeugung, daß es Menschenrechte gäbe, deren Verletzung der Staat in seinem Machtbereich nicht dulden dürfe. An diesem Punkte wird wohl immer wieder von neuem die berechtigte Kritik einsetzen. War es wirklich die Aufgabe des Staates, die Katholiken gegen ihre Kirche zu schützen? Liegt nicht in der Idee der katholischen Kirche ein Verzicht auf solchen Schutz und eine unbedingte Unterwerfung unter die Kirche mit darin? Ging also diese Auffassung nicht von einem anderen Kirchenbegriff aus? Und tat nicht der Staat seine Schuldigkeit, wenn er jedem Bürger das Recht des Austrittes aus der Kirche sicherte? Minder bedeutsam ist ein anderer Vorwurf, weil sentimentaler Art: Wenn in den kommenden Gesetzen dem nachlebenden Beurteiler die Strenge und Schärfe der Strafbestimmungen auffällt, so ist zu bedenken, daß die inhaltlich mindestens ebenso strenge Staatskirchengesetzgebung andrer deutscher Länder und Oesterreichs eben durch das Fehlen solcher Strafbestimmungen unwirksam geblieben war, und daß sich die Überzeugung herausgebildet hatte, wenn man diese Grundsätze überhaupt aufrecht erhalten wolle, dürfe man auch vor dem ernststen Zugriffe nicht zurückschrecken.

Nach dieser Generalidee wurden nun die Operationen der Gesetzgebung angelegt. Auf ein großes Gesetz über Auseinandersetzung von Staat und Kirche hatte man, wie wir hörten, verzichtet, gewiß auch, um die Sache nicht zu verzögern. Man wollte vielmehr die einzelnen Stücke gesondert behandeln.

Das erste Gesetz, an dessen Ausarbeitung man ging, war das „über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen“. Ein erster, von dem Professor Friedberg gearbeiteter Entwurf sagte dem Minister nicht zu. Aber auch der zweite, im Ministerium selbst verfaßte, unterscheidet sich tiefgreifend von dem dann dem Land-

tage vorgelegten. „Ein Gesetzesentwurf — so besagte eine Randbemerkung zur Überschrift — des nebenstehenden Inhalts kann sich meines Erachtens jetzt nicht auf die evangelische Kirche erstrecken. Die Einrichtungen, gegen welche er gerichtet ist, kommen in der evangelischen Kirche nicht oder fast nicht vor. Der durch das Gesetz erzielte staatliche Einfluß ist, wie die Dinge liegen, bereits vorhanden, zum Teil in größerem Maße, als ihn der Entwurf der katholischen Kirche gegenüber erreichen will.“ Daher der Titel: „Gesetz über ... der katholischen Geistlichen.“ So ging der Entwurf an das Staatsministerium am 29. Oktober 1872. Hier aber begegnete er dem Widerspruche Bismarcks, ausgesprochen in einem Schreiben von Buchers Hand, daß er dem Entwurfe zwar im allgemeinen zustimme, „dagegen sich mit der Beschränkung desselben auf katholische Geistliche nicht einverstanden erklären könne, indem er höchsten Wert darauf lege, daß das Gesetz nicht die Natur einer bill of attainder [eines Ausnahmegesetzes] gegen eine einzelne Konfession habe“. Falk ging auf diesen Wunsch ein, indem er sozusagen auf umgekehrtem Wege das Gesetz zwar auf alle Geistlichen einer anerkannten Kirche erstreckte, aber durch besondere Bestimmungen die evangelische Kirche von der Staatsprüfung wie vom Einspruchsrecht ausnahm. Auch einen weiteren Wunsch berücksichtigte er. Er hatte die Errichtung von Seelsorgeämtern, deren Inhaber jederzeit abberufbar sind, für unzulässig erklären wollen, Bismarck wollte sie an die Genehmigung des Ministers binden. Hier zeigt sich ein Unterschied zwischen beiden Männern, der uns noch öfter begegnen wird. Falk suchte für alles eine klare gesetzliche Basis, Bismarck ging darauf aus, die diskretionäre Gewalt der Regierung zu stärken.

Aus dem Begleitschreiben, das dem ersten Entwurfe beigegeben war, hebe ich Folgendes hervor:

„In den Beratungen des Staatsministeriums über die katholisch-kirchlichen Angelegenheiten ist es wiederholt, insbesondere auch von dem Herrn Ministerpräsidenten, hervorgehoben worden, daß das Verhältnis, welches sich im letzten Menschenalter zwischen den Bischöfen und dem ihnen untergebenen Klerus herausgebildet hat, den Ersteren ihre wesentlichste Stärke und damit die Macht verleiht, mit Erfolg dem Staate entgegenzutreten, seine Bestrebungen lahmzulegen und seine Interessen zu gefährden. Der Klerus ist das weitaus wesentlichste Organ, durch welches die von der Kurie abhängig gewordenen Bischöfe ihren Einfluß auf die katholische Laienwelt vermitteln und diese leiten: Die Abhängigkeit des Klerus

von den Bischöfen ist nahezu unbeschränkt. Zum Beweise: Die Vorbildung ist ganz in der Hand des Bischofs. Nur bei Ernennung der Fakultätsprofessoren hat sich der Staat eine Mitwirkung gewahrt. Kein Einfluß steht dem Staate in diesen Beziehungen zu, seit der Verfassungsurkunde ist jegliches Aufsichtsrecht von ihm aus den Händen gegeben worden. Der Staat aber hat hervorragendes Interesse an der Bildung der Geistlichen . . ., daß die Geistlichen nicht in einer Weise erzogen werden, welche eine selbständige Charakterentwicklung unmöglich macht. . . . Lediglich auf den Bischof kommt es an, ob er ein Pfarrbenefizium definitiv oder, um den Inhaber ad nutum amovibel zu halten, nur interimistisch besetzen will. Ein großer Teil des Klerus ist jederzeit absehbare. . . . Der Staat hat kein Einspruchsrecht gegen die Anstellung von Personen, die die Interessen des Staates auf das schwerste zu schädigen geeignet sind. . . .

„Den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit gegen das Gesetz kann ich nicht anerkennen. In Frage kommen die Artikel 15 und 18. Jener verbürgt der katholischen Kirche die selbständige Ordnung „ihrer“ Angelegenheiten. Hierunter sind nur rein kirchliche zu verstehen. Der Wortlaut stützt diese Auffassung, eine andere führt, wie die Erfahrung lehrt, zur Abdankung des Staates. Ist der Begriff zweifelhaft, dann bedarf es — was leider unterlassen worden ist — zu seiner zweifellosen Feststellung besonderer Gesetze, die nur vom Staate ausgehen können. Ein solches Gesetz stellt der Entwurf dar, der sich nach obigem auf Angelegenheiten bezieht, welche sowohl der Staat als die Kirche als die ihrigen zu bezeichnen hat. „Besitz und Genuß“ ihrer Anstalten wird durch Bedingungen, unter denen er statt hat, nicht aufgehoben. Einspruch ist kein „Ernennungs-, Bestätigungs-, Wahl-, Vorschlagsrecht“, keine positive Mitwirkung des Staates, nur eine negative Tätigkeit, wie sie die Verfassung nicht verboten hat. . . . Jedenfalls scheint mir die Sache so zu liegen, daß man abwarten kann, ob der Landtag Verfassungsbedenken geltend machen wird und wie er ihnen abhelfen will.“

In dem zweiten Berichte vom 9. November rechtfertigte Falt die Einbeziehung der evangelischen Kirche.

„Während die katholische Kirche auf Grund des Art. 15 und 18 in den Vollbesitz der den Religionsgesellschaften verheißenen Selbständigkeit gelangt ist und hierbei selbst die dem Staate verbliebenen Hoheitsrechte, zu deren Reaktivierung der vorliegende Entwurf wesentlich bestimmt ist, außer acht geblieben sind, ist das Verhältnis des Staates zur evangelischen Kirche auf dem hier in Rede stehenden Gebiete bisher im wesentlichen unverändert geblieben.

Hierin wird auch kaum eine Änderung eintreten, bis der Art. 15 auch ihr gegenüber vollständig ausgeführt ist. Wenn es daher der Gerechtigkeit entspricht, schon jetzt eine grundsätzliche Gleichstellung beider Kirchen auszusprechen, so muß doch die Möglichkeit offen gelassen werden, die bezüglichlichen Einrichtungen der evangelischen Kirche, welche dem Staate die volle, ja weitergehende Garantie seiner Interessen darbietet, zu erhalten, bis in organischer Fortentwicklung der Verfassung der evangelischen Kirche eine Umbildung erreicht ist, die die unbeschränkte Anwendung dieses Gesetzes auf sie möglich und damit zugleich erforderlich macht."

Gegen Verfassungsbedenken des Handelsministers wies Falk zur Unterstützung seiner Ansicht auf das badische Gesetz vom 9. Oktober 1860 und auf das württembergische vom 30. Januar 1862 hin, worin ganz ähnliche Bestimmungen getroffen waren, obwohl in beiden Staaten die Selbständigkeit der Kirche verfassungsmäßig garantiert war. Und gegen denselben Rat „legte er besonderen Wert darauf, daß gerade dieser Entwurf bei seiner entscheidenden Bedeutung und der Schwere des Kampfes, der gegen die Macht des Ultramontanismus von der Staatsregierung nicht erst aufzunehmen, sondern bereits aufgenommen ist, nachdem dies geschehen, aber mit voller Energie durchgeführt werden muß, als einer der ersten zur Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zur Vorlage komme“.

Dennoch wurde nicht dieser Entwurf, sondern zwei andere zuerst im Landtage eingebracht, „über die Grenzen des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel“ und „über Austritt aus der Kirche“. Jener, am 22. Oktober dem Staatsministerium zugeleitet, enthielt in seiner ursprünglichen Fassung noch folgenden, später gestrichenen Paragraphen: „Im Falle einer nach § 1 erfolgten Verurteilung muß sofort die Zurücknahme des Erlasses erfolgen, durch den das Straf- oder Zuchtmittel angedroht oder verhängt worden ist. Vom Tage der Rechtskraft bis zur Zurücknahme tritt der Verlust der dem Verurteilten aus Staatsmitteln gewährten oder zu gewährenden vermögensrechtlichen Vorteile von Rechts wegen ein.“ Falk war von dieser Fassung, die ja offenbar von den Erfahrungen im Falle Krenn bestimmt war, selbst nicht befriedigt; es gelang nicht, eine bessere zu finden. Die besondere Dringlichkeit einer gesetzlichen Neuregelung bewies der Minister mit einer Entscheidung des Gerichtshofes zur Kompetenzkonflikte vom 30. Mai 1857. Eine Lehrerin in Koblenz hatte ihren Schülerinnen ver-

boten, bei einem Kaufmanne zu kaufen, der exkommuniziert war, sie auch dafür bestraft. Das Gericht hatte das Recht der Lehrerin anerkannt.

Der Entwurf „über den Austritt aus der Kirche“ war viel einfacher und klarer als das Gesetz. Er setzte keine Deliberationsfrist, schaltete keine Einwirkung des Geistlichen ein und wollte alle persönlichen Pflichten gegen den Parochialverband nach sechs Monaten erlöschen lassen. Der Grundgedanke des Entwurfes war: Der Zivilakt ist notwendig, wenn der Austretende Dissident werden wollte; nicht notwendig, wenn er zu einer andern anerkannten Kirche übertreten wollte, weil der formlose Übertritt durch Teilnahme an den Sakramenten dem Herkommen entsprach; ratsam aber, wenn der Austretende vermögensrechtliche Vorteile beanspruchte. — Man muß bedenken, daß damals noch keine Kirchensteuer bestand.

Der letzte dieser Entwürfe betr. „die kirchliche Disziplinargewalt und Errichtung eines kirchlichen Gerichtshofes“ deckt sich wörtlich mit dem späteren Gesetze. Nach dem Berichte an das Staatsministerium vom 12. Dezember 1872 wollte er die Grenzen abstecken, innerhalb derer die kirchliche Disziplinargewalt freie Übung behalten sollte, die Möglichkeit schaffen, gegen deren Überschreitung die Staatsgewalt anzurufen, und ein gerichtliches Verfahren für solche Fälle ordnen, wo fernere Amtstätigkeit eines Kirchendieners mit der öffentlichen Ordnung unverträglich ist, Remedur aber durch die kirchliche Disziplinargewalt verweigert wird. Auch diesen Entwurf hatte Falk gegen den Vorwurf der Verfassungsverletzung zu verteidigen. Er beanspruche keine positive Teilnahme an der Disziplinargewalt der Kirche, nur ein Recht der Negation. Dies Recht aufzugeben sei nicht möglich, und es sei durch die Verfassung tatsächlich auch nicht aufgegeben. Die Abgrenzung des Gebietes, in dem die Kirche selbständig ist, müsse Sache des Staates sein. Die staatlichen Hoheitsrechte habe die Verfassung nicht beschränkt. „Hat der Staat dafür zu sorgen, daß kein an sich noch so berechtigter Faktor des nationalen Gemeinlebens die übrigen erdrücke oder die Grundlagen der staatlichen Ordnung in Frage stelle, so ist er auch befugt, seine Hoheit gegen die kirchliche Disziplinargewalt geltend zu machen und Mißbräuchen, Exzessen und Indolenzen zu steuern.“ Lebhaftige Debatten im Schoße des Kultusministeriums hatte die Frage hervorgerufen, ob eine Mitwirkung des Staates bei Führung einer kirchlichen Untersuchung und bei Vollstreckung einer kirchlichen Disziplinarstrafe stattfinden sollte. Der Minister entschied,

daß eine solche auch ferner, aber nur nach eigener *cognitio causae*, gewährt werden solle, — eine grundsätzlich sehr bedeutsame, mit ihren Wirkungen bis in die Gegenwart hineinreichende Entscheidung.

Der Gang der Verhandlungen über diese Gesetze im Landtage ist bekannt, der ungeheure geschichtliche und theoretische Stoff der Motive und Kommissionsberichte in zahlreichen Ausgaben und Kommentaren der Gesetze gedruckt *). Und da diese Fragen ja längst noch nicht erledigt sind, vielmehr immer wiederkehren, so wäre es wohl lothend und lohnend, diesen Stoff hier auszubreiten. Gewiß ist auch für die Gegenwart viel daraus zu lernen. Dennoch kann das im Rahmen dieser Biographie nicht die Aufgabe sein. Wir beschränken uns darauf, den Anteil, den Falk persönlich an diesen Kämpfen — denn das waren sie — hatte, zu schildern. Und auch das ist ganz unmöglich, die Reden, die er bei der Gelegenheit gehalten hat, wiederzugeben oder gar abzudrucken. Nur die immer wiederkehrenden Kerngedanken und letzten Überzeugungen sollen in kurzer Zusammenfassung vorgeführt werden. Allerdings, die Wucht seiner bestimmt und fest ausgesprochenen Sätze, die Gewandtheit seiner Fectweise, das gewaltige Wissen bis in die kleinsten Einzelheiten und entlegensten geschichtlichen Vorgänge hinein, die unerschütterliche Ruhe inmitten stürmischer Angriffe, der sittliche Ernst und die Wärme seiner Appelle an das Haus und darüber hinaus an die Nation, die hinreißende Durchdrungenheit von dem Rechte des Staates und von der absoluten Notwendigkeit des Kampfes, den er führte, führen mußte: dies alles läßt sich auf diese Weise nicht sichtbar machen. Wer einen Eindruck davon haben will, der muß schon nach den Reden selbst greifen. Kein anderer Minister aus dieser großen Zeit hat, wie Falk, das Ohr der Nation gehabt, keiner ihr so tief an die Seele gegriffen. Handelte es sich doch um Fragen, die dem Deutschen allezeit die höchsten gewesen sind, Fragen, deren ideenlose und ängstliche Behandlung durch die kläglichen Gestalten, die einer nach dem andern auf diesem Ministerstuhl gesessen hatten, das Volk so furchtbar erbittert und den Ruf Preußens so tief herabgedrückt hatte. Nun hörte das Volk endlich einmal wieder die Stimme eines freien und tapfern Sachwalters dieser Güter, eines echten Preußen, aber freilich nicht von der Art, die dem Worte Preuße den Inhalt der

*) Vor allem: Hinschius, Paul, Die preußischen Kirchengesetze des Jahres 1873, herausgegeben mit Einleitung und Kommentar. Berlin 1873.

dunkelsten Reaktion gegeben hatte. Preußen, die militärische Vormacht des Reiches, nahm nun auch die Führung im geistigen Leben. Die deutsche Politik Bismarcks enthüllte ihren tiefsten Sinn.

Bekanntlich fügte das Abgeordnetenhaus den vorgelegten Entwürfen noch einen eigenen Gesetzesantrag hinzu, betr. Abänderung der Artikel 15 und 18 der V. U. Das Haus wollte damit freie Bahn für die als notwendig erkannte Gesetzgebung schaffen und den Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit ein für alle Mal beseitigen. Falk teilte diesen Zweifel, wie wir wissen, nicht; er konnte sich aber diesem Wunsche fügen, weil die neue Formulierung der Artikel im Grunde nur eine authentische Interpretation brachte, dieselbe, die er immer für die richtige gehalten hatte, und weil dadurch nicht verwischt wurde, was ihm vor allem wichtig war, daß seine Gesetze nichts anderes seien als die schon beim Erlaß der Verfassung beabsichtigte und nur infolge der Schwäche des damaligen Staates unterbliebene Ausführung. Er bewies, daß der damalige Minister L a d e n b e r g und die Rammern von dieser Auffassung durchdrungen gewesen waren, daß Ladenberg deshalb sofort nach Annahme der Verfassung an die Bischöfe mit dem Wunsche nach Verhandlungen über die zu erlassenden Ausführungsgesetze herangetreten war, sich aber bei diesen eine schroffe Ablehnung geholt hatte. Das war Ausnützung der in den damaligen Verhältnissen begründeten Schwäche der Regierung, die Bischöfe hatten von dem vermeintlichen Inhalt der betr. Artikel eigenmächtig Besitz ergriffen, diese Usurpation bestand also nicht zu Rechte und war auch durch die schwächliche Praxis der Regierung seit 1850 nicht Recht geworden. Diese Lücke mußte jetzt ausgefüllt werden, weil der rechtlose Zustand der Kirche die Möglichkeit gewährt hatte, ihn in einer dem Staate gefährlichen Weise auszunützen und eine völlig unkontrollierte Macht im Staate aufzurichten. Sie würde auf die gerechteste und am ehesten Frieden verheißende Art durch Gesetze ausgefüllt, nicht etwa nur durch eine Änderung der Verwaltungspraxis, wodurch wieder nur Willkür etabliert worden wäre, und es könne kein Zweifel sein, daß die Macht, die die Kirche erst in die Möglichkeit versetzt hat, „i h r e“ Angelegenheiten selbständig zu ordnen, im Streite auch das Recht habe, die Grenzen zu ziehen. Hier nun trat der Angelpunkt des ganzen Streites hervor. Falk betrachtete die Selbständigkeit der Kirche als eine durch positives Gesetz des Staates gesetzte, die Zentrumsredner dagegen als eine durch göttliches Recht gegebene, vom Staate nur anerkannte und einfach hinzunehmende. Mit andern

Worten, hier stand der protestantische Staatsgedanke gegen den kanonischen Kirchenbegriff. „Was will die Kirche? Das Recht der Entscheidung, ob das Staatsgesetz Anspruch machen dürfe, vor dem Kirchengesetz zu gelten. Dies Recht hat der Bischof von Ermland, hat der Bischof von Paderborn unverhüllt gefordert. Und dieses Recht nicht anzuerkennen, ist das Lebensinteresse jedes modernen Staates. Die Häupter der Kirche reden von Rechtsbrüchen und fordern das Volk auf, gegen den Staat zu beten, und das nennen sie dann, dem Staate geben, was des Staates ist! Sie bestreiten eben, daß die Kirche rechtlich betrachtet eine Korporation im Staate ist, so gewiß beide auf ethischem Gebiete gleichberechtigte und gleichgestellte Mächte sind.“

In diesem Streite zwischen protestantischem und kanonischem Rechte trat schon damals, wenn auch nur vereinzelt, die Meinung hervor, er könne geschlichtet werden durch die sogenannte „Trennung der Kirche vom Staate“. Falk erwiderte, daß eine Trennung, bei der eine Faktor von dem andern nichts wissen wolle, doch das Dasein der beiden nicht aufhebe und deshalb ein Ding der Unmöglichkeit sei. Er bewies das durch die Stellung der Geistlichen. Sie blieben auch nach einer solchen Trennung von einem so großen Einflusse, daß der Staat das niemals werde ignorieren können. Nicht um der paar Privilegien willen, sondern um dieses Einflusses willen, den ihnen ihr Amt gäbe, müsse der Staat darauf drängen, daß die Geistlichen diesen Einfluß nicht in einer dem Staate gefährlichen Weise ausnützten.

Indem Falk nicht das kanonische Recht sondern das in der Verfassung gegebene positive Recht als maßgebend anerkannte, stellte sich für ihn die Frage so, ob die Gesetze die hier verbürgte Selbständigkeit der Kirche, die er unbedingt respektieren wollte, verletzten. Als der alte und vielredende Herr von Senfft im Herrenhause von den Gesetzen gesagt hatte, sie griffen in die Sakramentsverwaltung ein und verletzten die Lehre der Kirche, trat er dem entgegen: „Ich behaupte, daß das nicht wahr ist, und werde das beweisen.“ Er zeigte immer wieder, daß sich die Kirche auch nach diesen Gesetzen vollkommen frei bewegen könne in dem, was ihr gehört, d. h. in der Vervollkommnung des Menschen im Aufblick zu Gott, in der Lehre der Heilswahrheit und in der Verwaltung der Heilmittel. Wie könnten die Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen deren sittliche und christliche Kraft schwächen? Die geforderte höhere nationale Bildung könne ihre Wirksamkeit doch nur fördern. Es gelang den

Gegnern in der That nicht, einen Ubergreif in die innere Sphäre der Kirche nachzuweisen, aber sie wollten das ja auch gar nicht; hätten sie überhaupt das Recht des Staates zu einer solchen Grenzziehung anerkannt, so hätte sich über Einzelnes wohl reden lassen. Die das katholische Gefühl am meisten reizenden Bestimmungen rührten gerade nicht aus dem Staatsinteresse her, sondern aus der, begreiflich genug, vom Staate akzeptierten Idee eines Berufes des Staates, auch den niedern Klerus und die katholischen Laien zu schützen, worüber man doch, wie oben gesagt, recht zweifelhaft sein kann. Allein der Nachweis, daß die meisten Bestimmungen der Gesetze ja längst in andern Ländern gälten und dort von der Kirche hingenommen wären, mußte völlig seine Wirkung verfehlen, wo bestritten wurde, daß der Staat das Recht zur einseitigen Gesetzgebung habe, wo gerade daran Anstoß genommen wurde, daß das Oberhaupt der Kirche nicht um seine Zustimmung gefragt war.

In diesem Punkte aber blieb Falk unbeugsam und consequent, auch gegen die evangelische Kirche. Er verargte es dem D. R. R. nicht, daß er sich mit Bedenken gegen das Austrittsgesetz und das Gesetz über Vorbildung der Geistlichen an den Landtag wandte, wie es die Bischöfe in gemeinsamer Erklärung vom 30. Januar 1873 gethan hatten; das war sein gutes Recht; aber er wollte auch den Schein vermeiden, als bedürfte der Staat einer Zustimmung der Kirche, und hatte den D. R. R. deshalb in den Vorberatungen nicht zugezogen. Und als im Herrenhause der Versuch gemacht wurde, in das Gesetz über die Vorbildung der Geistlichen eine Bestimmung einzuschieben, wodurch, wie den Bischöfen für die katholischen Fakultäten, so den protestantischen Kirchenbehörden für die evangelischen das Recht einer Mitwirkung bei der Besetzung der Professuren gegeben werden sollte, trat er dem bestimmt entgegen. Das hätte das Prinzip verletzt, auf das es ihm ankam, und den Staat bei der kommenden Unterrichtsgesetzgebung in seiner Freiheit beschränkt.

Die Gesetze wurden alle in beiden Häusern angenommen, mit geringen Änderungen. Im Abgeordnetenhause hatte der Minister glänzende Unterstützung aus dem Hause, im Herrenhause mußte er selbst das Meiste tun und viel eingreifen. Erheblich umgestaltet wurde nur das Austrittsgesetz; die Kommissionsverhandlungen boten den Ultramontanen Gelegenheit zu billigen Vorbeern. Sie bekämpften die Forderung des D. R. R.s, eine zweimalige Austrittserklärung zu verlangen und dazwischen eine Überlegungsfrist zu legen, als eine

Bevormundung der Laien. Die vom D. R. R. befürchteten Gefahren setzten einen bedauerlichen Zustand in der Evangelischen Kirche voraus. „Dieselbe Seite des Hauses, die jederzeit für die Freiheit der Kirche eintrete, fordere auch Freiheit für den Einzelnen, über die Zugehörigkeit zu einer Kirche ohne künstliche Hindernisse zu beschließen.“ Ebenso wünschten sie eine möglichste Abkürzung der Frist, nach der die Leistungen der Ausgetretenen erlöschen sollten. „Die Kirche solle zu stolz sein, um Leute zu Zahlungen zu zwingen, die nicht wollten.“ Die Regierungsvorlage wurde also hierbei einmal von ihnen unterstützt.

Jedoch, fehlte denn nicht in dem Gefüge dieser Gesetze, die bestimmt waren, die Verfassung auszuführen und Staat und Kirche auseinander zu setzen, ein s, das in Art. 19 der Verfassung ausdrücklich verheißen und von der Volksvertretung immer wieder gefordert worden war und ohne das die Verslochtenheit beider Lebensgebiete niemals gelöst werden konnte, das Zivilstandsgesetz? In der That, es fehlte. Warum?

Schon im Herbst 1869 hatte das Abgeordnetenhaus einen Antrag Löwe-Eberty auf Einführung der Zivilehe angenommen. Die Sache kam am 19. November im Staatsministerium zur Behandlung. Einem Votum M ü h l e r s stand ein Gegenvotum des Justizministers L e o n h a r d t gegenüber. Mühlner hatte anerkannt, daß für jede nach dem bürgerlichen Rechte zulässige Ehe eine Form der Eheschließung durch die Gesetzgebung dargeboten werden müsse, die weder den Brautleuten noch dem eheschließenden Beamten Gewissenszwang auferlege, — und daß die bestehende Gesetzgebung dem nicht genüge. Mühlner wollte ursprünglich einen Entwurf vorlegen, durch den das sogenannte Dissidentengesetz vom 30. März 1847, G. G. S. 125, erweitert würde. Davon war er nach der Verhandlung im Abgeordnetenhaus zurückgekommen, weil dort für eine nur den dringendsten Notständen abhelfende Vorlage keine Aussicht sei, und er empfahl nun, wie es seine Art war, zunächst nichts zu tun. Leonhardt bezweifelte, daß eine Vorlage der gedachten Art aussichtslos wäre, und hielt die Notstände für so dringend, daß sich eine Reform nicht hinauschieben ließe. Nach seinen Gedanken wurde ein Entwurf ausgearbeitet, dessen Hauptbestimmungen folgende waren: Ehen werden durch Trauung geschlossen, wenn beide Brautleute einer Religionsgemeinschaft angehören, deren Geistliche oder Vorsteher zu dieser Amtshandlung mit bürgerlicher Wirkung befugt sind. Wird den Brautleuten die Trauung

von dem zuständigen Geistlichen versagt, obgleich das bürgerliche Recht die Ehe gestattet, oder knüpft der Geistliche seine Mitwirkung an andere als in den Landesgesetzen vorgesehene Bedingungen, so findet die Eheschließung vor dem Richter statt. Die Erklärung vor dem Richter, einer Religionsgemeinschaft, deren Geistliche zur Vornahme von Amtshandlungen mit bürgerlicher Wirkung ermächtigt sind, nicht anzugehören oder nicht ferner angehören zu wollen, genügt, um festzustellen, daß der Erklärende einer solchen Religionsgemeinschaft nicht angehört.

Im Kriegejahre blieb dieser Entwurf liegen —, man wird sagen dürfen: glücklicherweise. Denn in der letzten Bestimmung lag nahezu eine Aufforderung zum Austritt aus der Kirche. Man sieht daraus recht deutlich, auf wie gefährliche Auswege die Abneigung gegen die natürlichste Lösung der Frage, die obligatorische Zivilehe, führte. Nun befaßte sich auch der Juristentag mit der Sache. Ausführliche Referate von Wasserichleben und Friedberg kamen zu dem Ergebnis: Keine Notzivilehe, weil sie die bürgerliche Ehe entwertet; keine fakultative Zivilehe, weil sie zur Mißachtung des kirchlich-religiösen Elementes führt und den Indifferentismus gegen die Kirche gesetzlich sanktioniert; sondern obligatorische Zivilehe.

Neben diesem Material arbeitete Falk auch die älteren Akten genau durch und entdeckte darin noch mancherlei Interessantes. Aus den Landtagsdebatten von 1859 und 1860 entnahm er, daß sich die Katholiken eher mit der obligatorischen als mit der fakultativen Zivilehe abfinden würden. Auch fand er einen Bericht des D. R. A.s an Raumer vom 17. Februar 1851, worin sich dieser sehr bestimmt für die Abschaffung der Zwangstausen und Aufhebung der R. O. vom 23. Februar 1802 *) aussprach und dies mit gut kirchlichen auch auf die Trauung anwendbaren Gründen unterstützte.

Schon wenige Monate nach seinem Amtsantritte war Falk zu der Überzeugung gelangt, daß die Zivilehe eingeführt werden müsse. Die Schwierigkeiten, die sich aus dem Falle Kremenß ergaben, kennen wir bereits. Zu den bisher schon starken Gründen aus der Lage der Dissidenten und aus den Trauerweigerungen evangelischer Geistlicher gesellte sich nun die Einsicht, daß ohne das die Machtstellung der katholischen Geistlichen nicht einzuschränken sein würde. Falk ließ also

*) Siehe Foerster, Entstehung der Preussischen Landeskirche, Band 1, S. 101 f.

eine Vorlage ausarbeiten und setzte sich mit den zunächst beteiligten Ressortministern der Justiz und des Innern in Verbindung. Beide waren zwar keine Schwärmer für die Zivilehe, wie sie denn auch nicht die Initiative ergriffen hatten, obwohl das eigentlich ihre Sache gewesen wäre, aber sie waren einverstanden. Ehe aber der Entwurf an das Staatsministerium geleitet wurde, mußte sich Falk mit dem damals in Varzin befindlichen Ministerpräsidenten ins Einvernehmen setzen. Er schrieb ihm am 23. Oktober 1872:

„Ew. D. habe ich wiederholt meine Überzeugung dahin ausgesprochen, daß zu den verschiedenen, dem Landtage zu machenden Vorlagen auch der Entwurf eines Gesetzes über die obligatorische Zivilehe und die Zivilstandsregister gehören müsse. Nach früheren Vorgängen glaube ich annehmen zu dürfen, daß das Staatsministerium hiermit einverstanden sein wird. In bezug auf die Schwierigkeiten, die eine derartige Vorlage an Allerhöchster Stelle finden werde, darf ich eine Wendung hoffen. S. M. haben von Baden-Baden aus sich von den einzelnen Ressortministern über den wesentlichen Inhalt und die Hauptmotive der für den Landtag in Aussicht genommenen Vorlagen Bericht erstatten lassen. Die durch den Konflikt mit der Kirche erforderlich gewordenen gesetzgeberischen Schritte sind meinerseits skizziert worden, auch auf die obligatorische Zivilehe bin ich kurz eingegangen. Über den Bericht haben S. M. Unterredungen mit dem Großherzog von Baden gehabt, der sich augenblicklich hier befindet. Aus dem Munde S. K. H. habe ich heute erfahren, daß S. M. über die Gesamtheit der in Aussicht genommenen Maßregeln nicht ungünstig urteilen und daß Sie sich insbesondere, wie die Dinge liegen, wohl entschließen dürften, Ihre Zustimmung zur Einbringung eines Gesetzes betr. die obligatorische Zivilehe zu erteilen. Aus Ew. D. Äußerungen in der letzten Staatsministerial-sitzung vor Ihrer Abreise glaubte ich entnehmen zu müssen, daß auch Hochdieselben mit der eingangs bezeichneten Vorlage einverstanden seien. Um indes nicht irrtümlicherweise etwas Unrichtiges zu versichern, bitte ich, daß Ew. D. mich in dieser Beziehung vergewissern lassen und mich eventuell ermächtigen möchten, Ihre grundsätzliche Zustimmung dem Staatsministerium und eintretendenfalls S. M. bezeugen zu dürfen. . . . Es kann leicht sein, daß ich genötigt bin, die Absicht der Staatsregierung, mit einer solchen Vorlage vor den Landtag zu treten, im Abgeordnetenhause kundzutun. . . . Man trägt sich im Abgeordnetenhause mit der Absicht, die Initiative zu ergreifen. Aus der bezeichneten Quelle habe ich erfahren, daß es S. M. nicht erwünscht sein würde, wenn die Regierung der Initiative verlustig ginge. . . .“

Bismarcks Antwort vom 27. Oktober, geschrieben von Bucher, unterschrieben von Bismarck selbst, lautet:

„Ew. E. erwidere ich auf das geehrte Schreiben, daß ich mit der Einführung der obligatorischen Zivilehe einverstanden bin, einen so harten Kampf sie auch mit der konservativen Partei zu bestehen haben und so schwer es sein [wird], sie der Landbevölkerung zum richtigen Verständnis zu bringen. Es wäre mir deshalb nicht unerwünscht, wenn der Entwurf im Abgeordneten Hause entstünde und zu einer annehmbaren Gestalt umgeformt würde; bei der Allerhöchsten Orts bestehenden Abneigung gegen die Initiative des Landtages jedoch bin ich auch damit einverstanden, daß von der Regierung eine Vorlage gemacht wird. Da ich mich zu einer andern Zeit und unter andern Verhältnissen gegen die Zivilehe öffentlich ausgesprochen habe, so ist es eine Schidlichkeitsfrage, wie weit und wie lebhaft ich mich persönlich an diesem Gesetze beteilige, — vorausgesetzt, daß meine Gesundheit mir gestattet, etwa im Dezember nach Berlin zurückzukehren. Ich würde wohl nicht in Verlegenheit sein, meine heutige Ansicht zu begründen, aber das Deforum bringt es mit sich, daß ich mich nicht schärfer meiner früheren Äußerung gegenüberstelle als absolut notwendig. Mein prinzipielles Einverständnis mit dem Gesetze braucht deshalb kein Geheimnis zu bleiben. Bei E. M. glaube ich nach den Mitteilungen, welche Ew. E. mir zu machen die Güte hatten, auf Zustimmung rechnen zu dürfen. Sollte sich das gleichwohl nicht bestätigen, so bitte ich, die Sache in konzilianter Weise zu behandeln und nicht mit der Kabinettsfrage vorzugehen.“

Am 22. November hielt Falk den erbetenen Vortrag vor dem Kaiser. Er dauerte mehrere Stunden. Herr von Wilnowski war gegenwärtig. Am Schlusse dankte der Kaiser lebhaft und sagte: „Nun schicken Sie mir die Sache, damit ich sehe, wie sie sich dramatisch macht.“ Wilnowski meinte: „Wenn der Kaiser so spricht, so haben Sie gewonnen.“ Vor dem Ende dieser Unterredung ereignete sich noch eine hübsche Episode. Der Kaiser sagte nämlich beim Abschiede: „Ja, ja, mein Bruder war sehr orthodox“, und dann fuhr er scherzend fort, indem er mit dem Finger auf sich selbst deutete: „Na, Sie denken wohl, der ist auch sehr orthodox.“ Es war Falts oft gemachte Erfahrung, daß der Kaiser in persönlicher Unterredung mit guten Gründen nicht schwer zu überzeugen war, auch wo er Vorurteile zu überwinden hatte, und daß sein praktischer Verstand sich sachlichen Beweisen nicht verschloß. Das Gefährliche waren immer die Einflüsse seiner Um-

gebung, denen es in Abwesenheit des verantwortlichen Beraters gelang, den Kaiser umzustimmen. Das sollte sich auch hier zeigen. Sichtbar wurden diese Gegeneinflüsse dem Minister zum Beispiel, als R ö g e l den Neujahrtsgottesdienst in der Charlottenburger Schloßkapelle wahrnahm, um gegen die Zivilehe zu predigen, und als der D. R. K. — noch ehe Herrmann das Präsidium übernommen hatte — eine Denkschrift gegen die Zivilehe an den Kaiser richtete.

Bekanntlich legte Bismarck in diesen Tagen das Ministerpräsidium nieder. Es ging an den rangältesten Minister, Grafen Roon, über. Dieser war wie Bismarck stimmungsmäßig Gegner der Zivilehe. Beide sprachen Falt davon, daß der Kaiser in Gesprächen mit ihnen sich sehr im Gegensatze dazu geäußert habe, und Roon stellte es Falt als zweifelhaft hin, ob der Kaiser die kirchenpolitischen Gesetze genehmigen würde, wenn der Minister die Vorlage betr. die Zivilehe als untrennbares Stück festhalte. Da dem Minister jene Vorlagen in erster Linie wichtig waren, so entschloß er sich, die Zivilehe vorerst zurückzustellen.

Natürlich sagte sich Falt, daß das Abgeordnetenhaus sich damit keinesfalls zufrieden geben würde. So geschah es. Am 20. März forderte ein mit großer Mehrheit angenommener Antrag die Regierung auf, dem Hause baldigst einen Entwurf über diese Materie vorzulegen.

Den für Falt persönlich wohlthuenden Abschluß der sogenannten Maigesetzgebung und der an Kämpfen reichen parlamentarischen Kampagne des Winters 1872 auf 1873 bildete ein Handschreiben des Kaisers vom 27. Mai 1873:

„Ich habe Ihnen in Anerkennung Ihrer aufopfernden Tätigkeit während der letzten parlamentarischen Session den Roten Adler-Orden zweiter Klasse verliehen und lasse es Mir zur Freude gereichen, Ihnen hierbei die Insignien zu übersenden.“

Fünftes Kapitel

Die ersten Schritte zur Schulreform

Das Schulaufsichtsgesetz bot die Möglichkeit, dem Einfluß der Kirche, wo er gefährlich war, einen Damm entgegenzusetzen. Von dem Recht, geistliche Schulinspektoren abzusetzen, machte der Minister zunächst fast nur in den zweisprachlichen Provinzen und in der Rheinprovinz Gebrauch. Allein, er erkannte bald, daß damit wenig getan sei. Viel wichtiger als die Inspektoren waren die Lehrkräfte. Was nützten alle Veränderungen in der Aufsicht, wenn die Schulen selbst in den Händen kirchlicher Lehrkräfte blieben? Die Aufmerksamkeit des Ministers richtete sich auf die Tatsache, daß in einer großen Zahl von Schulen Mitglieder von Orden und Kongregationen als Lehrer angestellt waren, teils durch Vertrag mit einzelnen Ordenspersonen, teils durch Vertrag mit den geistlichen Genossenschaften als solchen, die gegen eine Entschädigung seitens der Gemeinden die Schule übernommen hatten und sie durch von ihnen gestellte und entsandte Kräfte besorgten, teils auch so, daß die Genossenschaften von sich aus Schulen gegründet hatten, die von den Gemeinden als öffentliche anerkannt waren, keine oder nur geringe Subvention erhielten und den Gemeinden die Kosten für eigene Schulen ersparten. Fast ausnahmslos waren es weibliche Orden, Schulschwestern, die diese Tätigkeit übten. Es war klar, daß hier die Tendenz der katholischen Kirche, die Erziehung in ihre Macht zu bekommen, und die Ausgabenscheu der Gemeinden einen für die Schule höchst bedenklichen Bund geschlossen hatten. Dem trat eine Verfügung des Ministers vom 15. Juni 1872 entgegen. Er bestimmte grundsätzlich, daß Mitglieder einer geistlichen Kongregation oder eines geistlichen Ordens in Zukunft als Lehrer oder Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen nicht mehr zuzulassen oder zu bestätigen, und daß Verträge, wie die eben geschilderten, mit billiger Schonung der Beteiligten zu kündigen seien.

Abg. von Mallinckrodt beantragte im Abgeordnetenhaufe, diese Verfügung als verfassungswidrig zu bezeichnen. Der Antrag stand am 28. November 1872 zur Beratung. Nach einer äußerst

temperamentvollen Rede Mallindrodt's nahm **S a l t** sofort das Wort. Zunächst um den Vorwurf, den Art. 4 der Verfassung gebrochen zu haben, völlig schlagend zu entkräften. Die Gleichheit vor dem Gesetz bedeute nicht den Anspruch jedes Preußen, nach Absolvierung der vorgeschriebenen Prüfungen als Beamter angestellt zu werden. Die Regierung könne jederzeit die Bestätigung an Bedingungen knüpfen. Der Satz gelte in der That für alle, daß der Zutritt zu einer geistlichen Genossenschaft den Zugang zum öffentlichen Lehramte ausschliesse, und sei eine Warnung an alle, die gerne Lehrer werden wollten, ein solches Band nicht einzugehen oder es zu lösen, — die Gelübde der Kongregationen waren nur zeitlich. Tatsächlich aber sei die Verfügung nötig gewesen, weil der Staat niemand als Beamten dulden könne, der nicht ganz und allein unter seiner Disziplin stünde, sondern andern zu Gehorsam, ja zum Teil unbedingten Gehorsam sich verpflichtet hätte. Er allein müsse über Auswahl, Abberufung und Versetzung der Lehrer, über Schulordnung usw. bestimmen können. Durch diese Verträge aber seien die Schulen vielfach reine Kirchenanstalten geworden; es machte auf das Haus tiefsten Eindruck, als der Minister einen solchen Vertrag verlas, nach dem zum Beispiel in der Schule sämtliche Ordensfeste gehalten wurden, statt der Osterferien die drei letzten Tage vor Ostern mit frommen Übungen zugebracht werden sollten, die Kinder verpflichtet waren, dem Begräbnis von Wohltätern beizuwohnen oder für sie eine Messe zu hören, die Schwestern zugleich Aufträge vom Pfarrer auszuführen hatten und ihr Gehalt denn auch aus beiden Kassen, der Gemeinde und der Kirche, empfangen. Der Minister konnte sagen, daß er nur das, was seine Vorgänger schwächlich und zaghaft versucht, kräftig und wirksam getan hätte. Zuletzt wandte er sich an das Haus mit folgenden Worten: „In der Fuldaer Denkschrift der Bischöfe ist eine Kränkung der Ehre der katholischen Kirche und Religion behauptet worden. Nein, es handelt sich um etwas ganz anderes, es handelt sich auch bei dieser Sache um den Anspruch: Die Kirche verlangt vom Staat die Anerkennung ihrer Institutionen mit Wirkung auf das staatliche Gebiet. Es handelt sich nicht um die Ehre sondern um Recht; ja, es handelt sich noch um eine andere Verwechselung, von Recht und Macht, um Ausdehnung des Machtinteresses soweit es möglich ist. . . . Dieser Punkt ist aber der Angelpunkt, um den unser ganzer Kampf sich gegenwärtig dreht. Ich weise das Wort Kampf nicht zurück. Er ist uns aufgezwungen worden. Wir haben uns die Frage vorgelegt: Ist der

Kampf aufzunehmen? Und diese Frage haben wir bejaht. ... Wir werden den Kampf nicht siegreich durchführen, wenn wir allein bleiben. Wir brauchen das Land, wir brauchen Sie."

Der nachfolgende Redner, Graf Bethuſſon, begann seine Worte mit dem Ausdruck tiefer Bewegung über die eben gehörte „großartige“ Rede. Das Haus lehnte den Antrag Mallinckrodt mit 242 gegen 83 Stimmen ab. Bismarck war über diesen Sieg der Regierung so erfreut, daß er noch am selben Abend an Falk telegraphierte: „Herzlichen Glückwunsch zu heutiger und gestriger Debatte“, — bei der Debatte Tags zuvor war die Interpellation Reichensperger (S. v. S. 136) auf der Tagesordnung gewesen. Auch bei dem Kronprinzen hielt er mit Ausdrücken wärmster Anerkennung nicht zurück.

Noch mit einer andern Verfügung griff Falk sogleich in das innere Leben der Schule, und zwar der höheren Schule, ein. Er bestimmte, daß in denjenigen Gymnasien der zweisprachigen Provinzen, in denen alle andern Fächer in deutscher Sprache unterrichtet wurden, fortan auch der Religionsunterricht deutsch gegeben werden sollte. Auch diese Verfügung vom 16. November 1872 mußte er im Abgeordnetenhaus am 7. Februar 1873 gegen harte Angriffe der Polen rechtfertigen. Es gelang ihm mit dem Beweise, daß der Gebrauch der polnischen Sprache hier ganz allein den Absonderungstendenzen diene und durch kein praktisches Bedürfnis begründet sei, da ja die Kinder völlig fähig wären, dem Unterricht auch in deutscher Sprache zu folgen. Hinzu kam, daß nicht wenig Beschwerden über Vernachlässigung der deutschsprechenden katholischen Kinder im Religionsunterricht vorlagen, für die der Gebrauch der polnischen Sprache geradezu ein Hindernis des Verständnisses war. Wenn von polnischer Seite der Mangel an katholischen Religionslehrern ins Feld geführt war, die imstande wären, den Unterricht deutsch zu geben, so drehte der Minister dies Argument um: Eben deshalb sei es Pflicht der Regierung, für genügend deutschsprechende Priester zu sorgen. Im Regierungsbezirk Posen waren 39 geistliche Schulinspektoren festgestellt worden, denen die Kenntnis der deutschen Sprache mangelte.

Allein alle diese Maßregeln trafen noch nicht den Kern der Sache. Die große Mehrzahl der Schulen war ja doch evangelisch. Und auch in diesen waren einfach unhaltbare Zustände eingerissen. Der Minister beschäftigte sich in den ersten Wochen seines neuen Amtes eindringend mit der Lage der Lehrer überhaupt. Er las die Verhand-

lungen der Lehrerversammlungen in Hildesheim von 1867, in Berlin von 1869, in Wien von 1870, in Hamburg von 1872, die „Freie deutsche Schulzeitung“, die gehässige Schrift von Meißner „Drei Jahre in einem preussischen Regulativseminar“, mancherlei andere Aufsätze von Lehrern, zum Beispiel in der „Gartenlaube“, auch die „Sandfibel“ von Rutenfeind. Der Eindruck war erschütternd, Falk hat ihn nie vergessen; noch in einer seiner letzten Reden, am 15. Januar 1879, hat er davon gesprochen. Das also waren die Lehrer, die in den Bildungsanstalten der Stiehl'schen Regulative herangewachsen waren und nach diesen Regulativen unterrichten sollten! Einen so furchtbaren Haß gegen Religion und Kirche, einen so gefährlichen Radikalismus hatten diese Regulative in der Lehrerwelt geschaffen! Falk forschte den Ursachen dieser Erscheinung aufs Ernsteste nach. Die Anklagen der Lehrer wiesen ihm den Weg. Die Ursache lag in den berühmten Räumerschen Regulativen von 1854, die man nach ihrem Verfasser als die Stiehl'schen zu bezeichnen pflegte. Sehr bezeichnend, wen er sich zum Ratgeber in dieser Frage auserkahl! Einen Jugendfreund, den damaligen Direktor des Stadtschullehrerseminars in Berlin, Karl Schneider, einen Mann, der auf dem Standpunkte positiven Glaubens stand, auf der Provinzialsynode seiner schlesischen Heimat und als Redner des Kirchentages sich als gut kirchlichen Mann ausgewiesen hatte, aber allerdings einen Mann von freiem Blick und vor allem mit genauester Kenntnis der Schule und mit Begeisterung für ihre Aufgaben. Zunächst nur als Freund gab ihm Schneider Auskunft. Er klagte in erster Linie den Religionsunterricht in der Schule und vor allem im Seminar an, sein dogmatisches Formelwesen, seine Rückständigkeit, das Memorieren, die zwangsmäßigen und handwerksmäßigen Andachten, die demonstrative Bigotterie, endlich die Taktlosigkeiten vieler Direktoren. Ebenso ernst aber wies er auf die Gleichgültigkeit der Regierung gegen die wahrhaft jämmerliche wirtschaftliche Lage der Lehrer hin.

Ehe der Minister sich weiter entschloß, rief er eine Konferenz über Fragen des Volksschulwesens ein, die am 11. Juni 1872 zusammentrat; 20 Teilnehmer, Abgeordnete wie Kleist-Regow, Mallindrodt, Richter-Mariendorf, ein Pastor, Tchow, ein Berliner Gymnasialdirektor, außerdem Schulräte, Seminardirektoren; auch Doerpfeld aus Barmen war dabei. Nicht aber Schneider, mit dem der Minister anderes vorhatte.

Die Beratungen gingen aus von der Basis des ganzen Schulwesens, der einklassigen Volksschule. Sie sollte vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 14. Lebensjahre reichen; die Regierung hätte gerne das 15. gesetzt, was aber die Konferenz nur ausnahmsweise zugeben wollte. Die Höchstzahl in einer Klasse wurde auf 80, die Höchstzahl der Wochenstunden auf 30 festgesetzt. Halbtagschulen mit verkürzter Stundenzahl sollten nur als Notbehelf und widerruflich zugelassen werden. Für den Religionsunterricht forderte die Konferenz wöchentlich 6 Stunden. Der Minister warf die Frage dazwischen: „Muß das sein?“ Daß die einklassige Schule konfessionellen Charakter habe, wurde für selbstverständlich gehalten, doch dürfe Verschiedenheit des Bekenntnisses nicht von der Aufnahme ausschließen. Für Kinder einer Minderheit aus einer anerkannten Religionsgesellschaft sollte die Schule in der Regel den Religionsunterricht besorgen; der Minister formulierte: Bei wenigstens 15 Kindern und nicht zu großen Kosten. Bei 40 Kindern ist eine besondere Schule zu gründen oder ein besonderer Lehrer anzustellen.

Während aber die Raumerischen Regulative die Volksschule auf dieser Basis festhalten wollten und der Bildung mehrklassiger Schulen geradezu Hindernisse in den Weg legten, forderte der Minister die Konferenz auf, auch für die mehrklassige Schule einen Plan zu entwerfen, und ließ keinen Zweifel, daß er in deren Förderung eine Hauptaufgabe sähe. Denn nur so sei eine Erweiterung und Vertiefung des Unterrichtes, eine bessere Vorbildung für das gewerbliche Leben, eine Trennung der Geschlechter auf der Oberstufe möglich. Ja, darüber hinaus wünschte er die Ausgestaltung der sogenannten Mittelschule oder deutschen Bürgerschule.

Ganz besonders dringend endlich erschien dem Minister eine Neugestaltung der Lehrerseminare und der in den „Regulativen“ ins Leere gefallenen Präparandenbildung.

Es scheint nicht, daß die Konferenz zu fruchtbaren Vorschlägen gekommen wäre. Immerhin, der dringenden Reformbedürftigkeit des Schulwesens konnten sich auch die rechts stehenden Abgeordneten nicht verschließen. Das hatten die Argumente der Schullehrer und Schulfenner doch zu Wege gebracht. Der Minister war jedenfalls in seinem Entschlusse, die geltenden Bestimmungen durch neue zu ersetzen, nur bestärkt worden. Stiehl konnte sie unmöglich verfassen, dazu war sein Name zu eng mit den alten verbunden. So entschloß er sich, wenn auch in ziemlicher Erregung, zum Rücktritte. Er teilte dem Minister

mit, daß er um seinen Abschied bitten werde. Nun berief Falk Schneider, sagte ihm, daß er ihn zu Stiehls Nachfolger ausersehen habe, und gab ihm den Auftrag, neue Regulative zu entwerfen. Er band ihn an keine Grundsätze und keine Vorlage, Schneider sollte ganz nur nach seinem Gewissen und seiner Erfahrung schaffen, — gewiß das rechte Verfahren, wenn ein Werk aus einem Gusse herauskommen sollte. Schneider hat in seinen Lebenserinnerungen *) das Weitere erzählt. Der erste Entwurf fand nicht die Billigung des Ministers, er verlangte kurze imperativische Sätze ohne Begründungen und ohne Paränese; gerade der paränetisch frömmelnde Ton hatte den Raumerschen Regulativen einen so fatalen Beigeschmack gegeben. Mit dem zweiten hatte Schneider dann noch einen heftigen Kampf gegen Stiehl zu bestehen, in dem er unterlegen wäre, wenn nicht der ausgezeichnete zweite Referent des Ministeriums in Volksschulangelegenheiten, Geheimrat W ä g z o l d t, an seine Seite getreten wäre. Damals knüpfte sich das Band der Freundschaft zwischen diesen beiden treuen Sachwaltern der preußischen Volksschule, das ihr zum Heile jahrelang dauern sollte. Unvergesslich ist Schneider die Szene geblieben, als Falk den Entwurf in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober nach einer letzten Durchsprache mit Schneider unterzeichnete. Als Falk die Feder ansetzte, sagte ihm Schneider: „Stiehl hat mir zur Pflicht gemacht, Dich darauf hinzuweisen, daß Du seit Deinem Amtsantritte eine gleich wichtige Bestimmung noch nicht unterzeichnet hast.“ Falk antwortete: „Ich weiß es“ und unterschrieb mit den Worten: „In Gottes Namen“.

Was er da unterschrieb, und was dann unter dem Tage des 15. Oktober veröffentlicht wurde, das waren die „Allgemeinen Bestimmungen, betr. das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen“ in fünf Teilen; dasjenige Werk seiner Ministerzeit, das ihn am längsten überlebt und allgemeines Lob errungen und seinen Namen für immer in die Geschichte des deutschen Erziehungswesens als Urheber eines großen Fortschrittes eingegraben hat. Vor allem, das ihm das Vertrauen des Kerns der preußischen Lehrerschaft gewonnen hat. Schneider hat in dem genannten Buche so erschöpfend die Absichten und Ziele der Allgemeinen Bestimmungen dargestellt, daß wir dem nichts mehr hinzuzufügen

*) Schneider, Karl, Ein halbes Jahrhundert im Dienste von Kirche und Schule, Berlin 1900, S. 294—323.

brauchen, zumal ja das Verdienst am Inhalt in der That dem Verfasser zukommt. Es war, als ob eine starke Hand den Riegel fortgeschoben hätte, der eine Entwicklung der Volksschule und ein höheres Streben der Lehrerschaft bisher gehindert hatte.

Während aber Schneider und Wähldt die Aufgabe zufiel, in jahrelanger Verwaltungsarbeit die Bestimmungen zur Ausführung zu bringen und das Lehrerbildungswesen umzugestalten, mußte Gall sie im Kampfe verteidigen. Denn von den Extremen rechts und links kamen die Angriffe. Zwar die Katholiken hielten sich, solange die Frage der Simultanschule noch nicht in den Vordergrund trat, zurück, da die Bestimmungen den katholischen Religionsunterricht nicht trafen. Aber die fortschrittlichen Blätter tabelten die Zahl der Religionsstunden in der einklassigen Schule, und daß die Vereinigung mehrerer einklassigen Schulen an einem Orte nur „angestrebt“ werden sollte und nicht schlechtweg befohlen wäre. Der *Kreuzzeitung* dagegen schien die Zahl der Religionsstunden in der Schule, namentlich aber im Seminar, zu gering, und sie beklagte die angebliche Zurücksetzung des Katechismus, ja witterte darin eine Tendenz zur Konfessionslosigkeit. Vor allem aber befürchtete sie von einer Steigerung der Ansprüche an die Lehrer auch eine solche des Lehrermangels und gab unverhohlen ihrer Abneigung gegen höhere Ziele der Lehrerbildung Ausdruck, — als ob, bemerkte Schneider dazu, der minder Gebildete frömmere und sittlich zuverlässiger wäre! Auch der D. R. N. äußerte sich empfindlich, daß er nicht vor dem Erlaß angehört sei, und beschwerte sich über die teilweise Hinausschiebung des Katechismus, der nicht einmal vollständig gedächtnismäßig angeeignet werden sollte. Er erhob dabei Forderungen, die sogar über die Raumerschen Regulative hinausgingen. Und anderseits stellte die „*Berliner pädagogische Zeitung*“, ein Blatt der radikalen Lehrer, die Allgemeinen Bestimmungen auf eine Stufe mit den Regulativen: „Eine Volksbildung, die auf den in den Allgemeinen Bestimmungen gegebenen religiösen Zwecken und Stoffen beruht, bringt das sittliche Gefühl mit der öffentlichen Meinung in Zwiespalt.“ Das alles zeigte, daß die Bestimmungen auch im Landtage angefochten werden würden. Und so kam es in der That.

Bei der Beratung des Kultusetats am 26. Februar 1873 machte sich der konservative Abg. von Gottberg zum ersten Male zum Sprecher der kirchlichen Beschwerden. Neben andern — die Bestimmungen stellten zu hohe Ansprüche an die Gemeinden, zum

Beispiel Fenstervorhänge und Tintenfüßer, an die Lehrer, an die Schüler und würden zu höheren Aufwendungen für das Schulwesen führen, — beklagte er, daß die Verfassung verletzt worden sei, die vorschreibe, daß die Leitung des Religionsunterrichtes den Kirchen zustehe. Hier aber seien tiefeingreifende Vorschriften über den Religionsunterricht ohne Mitwirkung kirchlicher Organe erfolgt. Darauf antwortete Falk mit der Feststellung, daß der Art. 24 überhaupt noch nicht geltendes Recht, da er noch nicht ausgeführt sei. Erst wenn das kommende Unterrichtsgesetz die Art und Weise der Leitung des Religionsunterrichtes bestimmt haben würde, träte die Verfassungsbestimmung in Kraft. Es kam dem Minister offenbar viel darauf an, zu zeigen, daß aller Einfluß, den die Kirche bisher auf die Schule geübt hatte, nicht auf einem Ansprüche der Kirche sondern auf freier Gewährung des Staates beruhe. So allein konnte er dem Unterrichtsgesetze den Weg offen halten. Wenn er also in der That die Kirchen vor Erlaß der Allgemeinen Bestimmungen nicht befragt habe, so wisse er sich einer Verletzung der Verfassung nicht schuldig. Aber auch sachliche Gründe sprächen für dies Verfahren. „Der Religionsunterricht ist ein Teil des Schulunterrichtes, die Kräfte, die ihm zugewendet werden, sind ein Teil des Gesamtkapitals der Kräfte, die von Schülern und Lehrern aufgewendet werden müssen. Dafür zu sorgen, daß nach allen Richtungen hin diese Kräfte gehörig zur Verwendung kommen, daß sie nicht an einer Stelle übermäßig und an der andern zu wenig verwendet werden, das zu beurteilen, kann in der That nur in einer Hand liegen.“

Falk vergaß aber über diesen Änderungen der Schulordnung auch den andern Punkt nicht, den ihm Schneider zu Anfang als Grund für die Verbitterung der Lehrer genannt hatte, ihre jämmerliche wirtschaftliche Lage. Er konnte da zunächst nicht viel mehr tun, als die Unterstützungsfonds für Lehrer und Hinterbliebene von Lehrern erhöhen und die Gehälter der staatlichen Lehrkräfte, zum Beispiel an den Seminarien, aufbessern. Gründliche Abhilfe konnte erst mit dem Unterrichtsgesetz und mit der Schaffung neuer leistungsfähiger Träger der Schulunterhaltungspflicht gebracht werden.

Diesem Gesetze gehörte von vornherein seine Vorliebe, man möchte sagen, seine Sehnsucht. Sobald nur erst der Weg etwas freier sein würde, wollte er alle Kraft an dies Werk setzen, das von der Verfassung so bestimmt verheißen und von Ladenberg, Bethmann-Hollweg, Mühler nicht zustandegebracht war, in dem die deutsche Politik

Bismarcks, so wie er sie verstand, ihre innerliche Erfüllung und zugleich ihren festesten Schutz gegen den römischen Geist finden mußte. Falk hoffte, den Entwurf in der nächsten Session vorlegen zu können. Hätte er das vermocht, so würde Preußen in den Besitz eines freien Unterrichtsgesetzes gelangt sein, denn bei der damaligen Lage wäre es sicher von Bismarck und vom Landtage angenommen worden. Man kann kaum abschätzen, welch ein bis in die Gegenwart hineinreichender Gewinn das gewesen wäre, hätte sich diese Ernte rechtzeitig in die Scheuer bringen lassen. Allein Falk unterschätzte die Weglänge bis zum Ziele. Zumal die finanziellen Hindernisse waren ungeheuer. Als der Entwurf dann nach jahrelanger Arbeit reif war, da waren die Bedingungen für sein Zustandekommen sehr viel ungünstiger geworden.

Sechstes Kapitel

Grundlegung einer Verfassung der evangelischen Kirche

Hier ist es nun wieder unvermeidlich, unsere Darstellung durch einen geschichtlichen Rückblick zu unterbrechen. Fast hat die Rechtsstellung der evangelischen Kirche im preussischen Staate so stark verändert, daß das bis dahin Gewordene und Bestandene heute schon undeutlich geworden ist. Es bedarf erst einer Erinnerung, um die Größe des Wandels zu verstehen. In Brandenburg-Preußen herrschte seit den Tagen der Reformation die Konsistorialverfassung. Gegen diese ist von der Theologie wie von der Kirchenrechtswissenschaft des 19. Jahrhunderts zum Teil der Vorwurf erhoben worden, daß sie den Grundgedanken des Lutherischen Bekenntnisses widerspreche. Dieses Urteil ist nicht richtig. Sie steht weder zu der Lehre von der Freiheit eines Christenmenschen noch zu der vom allgemeinen Priestertum in Gegensatz. Die Freiheit eines Christenmenschen ist etwas ganz anderes als ein dem Staatsbürgerrecht verwandtes Kirchenbürgerrecht; politische Rechte lassen sich daraus nur bei schwärmerischer oder täuferischer Interpretation ableiten. Das allgemeine Priestertum hat allerdings eine Bedeutung für die Verfassung der Kirche, aber nur die einer Schranke gegen den Kirchengedanken überhaupt, gegen das Recht der Gemeinschaft als solcher; es begründet die religiöse Unabhängigkeit des Einzelnen, nicht der Mehrheit, ja gerade gegen die Mehrheit und gegen die äußere Autorität; und die Gefahr, gegen diese göttliche Schranke zu verstoßen, ist in der konsistorial verfaßten Kirche nicht größer als in einer bischöflichen oder synodalen. Das Prinzip der Reformation für die Kirchenverfassung liegt in der andern Lehre von der Scheidung zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt, was nichts zu tun hat mit der Scheidung von Staat und Kirche. Diesem Prinzip aber entspricht die Konsistorialverfassung durchaus. Sie legte alles Regieren, auch das der religiösen Gemeinschaft, in die Hände der Obrigkeit und ließ — grundsätzlich — das Charisma *) frei walten.

*) den Innern Beruf zum Zeugenamt

Dennoch ist es sehr begreiflich, daß schon früh das Konsistorialregiment als doppelter Mißbrauch der weltlichen Gewalt durch die Obrigkeit empfunden wurde.

Sie vernachlässigte die Pflichten, für den Leib der Kirche zu sorgen, und sie beging das Unrecht, auch das geistliche Leben zu regieren. Dieser schreckliche Mißbrauch hat die Empfindung geweckt, daß die Funktion der weltlichen Gewalt bei der Obrigkeit nicht gut aufgehoben sei. In den Bewegungen des Pietismus und der Aufklärung fing die Kritik an, sich zu regen. Andererseits entstand bei den Staatsmännern ein Gefühl für die Last, die mit diesem Auftrag dem Staat aufgebürdet war, und der Wunsch, die Verantwortung für die Kirche loszuwerden, verstärkt durch die zunehmende Mischung der Konfessionen innerhalb der Länder. So wurde das Kirchenregiment des Landesherrn als eine Fessel und ein Hindernis empfunden, und es begann nun das Suchen nach den andern Händen, in denen die Regierung der christlichen Gemeinschaft besser geborgen sei. Träger dieses Suchens waren einmal die Stillen im Lande, das heißt die pietistischen Konventikel, die sich von den Konsistorien bedrückt und verfolgt sahen, und zum zweiten die große Masse der Geistlichen, die sich vom Staate der Aufklärung vernachlässigt und hintangeseht fühlten.

Bei diesem Suchen ergaben sich nun Anknüpfungspunkte. Zwar die Ansätze zu einer Synodalverfassung auf dem Boden des Lutherthums, wie sie im Anschluß an die Homberger Synode von 1526 in Hessen sich entwickelt und wie sie die Pommersche Kirchenordnung von 1563 eingerichtet hatte, waren längst wieder zugrunde gegangen. Auch waren diese Synoden reine Geistlichkeitskonvente, zwar Träger einer gewissen brüderlichen Disziplin und Lehrordnung, aber sie regierten nicht die Kirche. Auch in den deutschen Ländern reformierten Bekenntnisses hatte sich die Konsistorialverfassung, das heißt die Landesherrliche Leitung des Kirchenwesens durch von ihm bestellte Behörden durchgesetzt. Aber an zwei Punkten machte sich nun das Vorbild der Synodalverfassung geltend: Erstens an den durch Einwanderung der Hugenotten entstandenen französisch reformierten Gemeinden, zweitens an den Gemeinden am Niederrhein. Später sind dann hinzugekommen amerikanische Einflüsse und der Eindruck, den die Brüdergemeinde machte.

Das Gemeinsame an diesen Vorbildern war, daß man hier Kirchen vor sich hatte, die unabhängig vom Staate waren, das hieß damals: unabhängig vom Monarchen. Es waren Kirchen mit Selbstverwal-

tung. Dies war das Entscheidende, was der Zeitgeist von diesen Vorbildern aufnahm. Er sah hier die Grundsätze des Naturrechtes verwirklicht: Die Kirche ein Verein, regiert durch die Vereinsgenossen. Die Regierung der Kirche durch den Staat erschien nun als ein Raub am natürlichen Recht der Vereinsgenossen und die Selbstverwaltung als Wiederherstellung dieses Urrechtes. Nun ist richtig, daß die reformierte Kirchenverfassung auch Laien an der Kirchenregierung beteiligt, nämlich die Ältesten, ja ihnen das entscheidende Gewicht beilegt, aber freilich nicht, weil sie Repräsentanten der Vereinsmitglieder sind, sondern weil sie erwählte Gläubige sind. Die Tendenz der kalvinischen Kirchenordnung geht nicht auf Regierung der Kirche durch Vertreter der Masse aller einzelnen Vereinsgenossen, sondern ganz religiös auf die Regierung durch die dazu von Gott Berufenen. Daher kennt sie keine Wahl der Ältesten, sondern nur eine außerordentlich strenge Auswahl mittels Kooptation durch die schon Bewährten. Daher stellt sie für diese Auswahl strenge Bedingungen einer schon vorher sichtbar gewordenen Erprobung. Daher macht sie keinen Unterschied zwischen Geistlichen und Ältesten und kennt keine zahlenmäßige Begrenzung des Anteils der einen und der andern am Kirchenregiment, sondern sie weiß nur von Ältesten, die sich unterscheiden durch die besondere Funktion, lehrende und Aufsicht übende Älteste. Dies wurde nun damals übersehen. Die Begeisterung für die reformierte Kirchenverfassung in Presbyterien und Synoden stammte aus der Begeisterung für die Idee der Selbstverwaltung, für die Forderung, daß alle gesetzgebende und verwaltende Macht von den Einzelnen ausgehen und übertragen sein müsse.

Nun ist zweifellos der Gedanke der Selbstverwaltung ein politisch gesunder und fruchtbarer Gedanke. Ein Gemeinwesen wird stärker, je klarer hervortritt, daß der regierende Wille mit dem Willen der Gesamtheit oder der Mehrheit übereinstimmt. Die Freude an der Leistung für das Gemeinwesen wird größer, wenn der Leistung auch das Recht der Mitleitung und die Verantwortung für die Verwendung der gemeinsamen Kräfte zur Seite steht. Allein es ist eben ein politischer Gedanke und nicht ein religiöser. Dem Frommen liegt daran, daß die Kirche von Gott regiert werde, und dafür bietet die Bestellung der Regierenden aus Wille und Wahl der Einzelnen keine größere Gewähr, als die Bestellung durch die Träger geschichtlich erworbener und gefestigter Macht. Es ist doch die Frage, ob das Charisma besser von der Masse herausgefunden wird oder

von einem allein Verantwortlichen oder von einer Körperschaft der Verantwortlichen und Geschulten. Denn immer kommt es schließlich darauf an, daß der rechte Mann an die rechte Stelle komme, der, dem Gott Weisheit, Verstand, Energie usw. gegeben hat. Vielleicht ist das der letzte Unterschied zwischen der Selbstverwaltung und der obrigkeitlichen Regierungsweise, ob die entscheidende Entscheidungsfähigkeit besser bei Sachleuten liegt, die sich aus eigenem Entschluß und mit ungeteilter Kraft einer bestimmten Sache in Dienst gestellt haben, oder bei der Masse, die aus Menschen an sich besteht und deren Glieder immer nur mit einem relativ geringen Maß ihrer Kräfte der Sache dienen können.

Zu verkennen ist auch nicht, daß das Verlangen nach Selbstverwaltung aus demselben Ursprung erwächst wie das obrigkeitliche Regiment, nämlich aus dem Verlangen nach Macht. Man ruft nach Selbstverwaltung und meint damit Beteiligung einer bestimmten Schicht an der regierenden Gewalt.

Es war daher gewiß eine Täuschung, wenn im ausgehenden 18. und anfangenden 19. Jahrhundert die Presbyterial-Synodalverfassung als die christlichere erschien. Bestärkt war sie übrigens durch das damalige Verständnis des Neuen Testaments und des apostolischen Zeitalters. Aber gleichviel, es geschah so. Aller berechtigte Unwille gegen die Nachlässigkeit und Engherzigkeit der obrigkeitlichen Kirchenregierung gewann an diesem Vorbild ein Ziel und ein Programm. Die Niederrheinische Kirchenverfassung erschien als die evangelische, freiheitlich weit überlegene, wobei man sich nicht fragte, ob das zweifellos herzlichere und kräftigere Gemeindeleben dort wirklich gerade durch diese Verfassung hervorgerufen sei und nicht durch ganz andere Faktoren wirtschaftlicher und politischer Art, vor allem auch durch die Erziehung des gemeinsam getragenen Kreuzes. Jedenfalls richtete sich nun die Sehnsucht auch in denjenigen Ländern, wo die Konsistorialverfassung herrschte, nach etwas Ähnlichem, wie es die Niederrheinische Kirche besaß.

Ich übergehe das Intermezzo, das in dieser Entwicklung durch den Versuch des Freiherrn v o m S t e i n eintrat, das Staatskirchentum zu reformieren. Auch seine Absicht war, die staatliche Kirchenregierung zu reinigen und zu festigen durch Heranziehung des Laienelements, allerdings nicht in der Form von Synoden, sondern durch die allernäheste Verbindung der kirchlichen Behörden mit den weltlichen, durch Einrichtung von städtischen Kirchendeputationen, gewählt von der

Stadtverordnetenversammlung zur Versorgung der kirchlichen Angelegenheiten, und durch Aufhebung des Patronates auf dem platten Lande. Auch die Synoden hatten einen Platz in Steins Plänen, aber sie waren nur als Geistlichkeitskonvente gedacht zur wissenschaftlichen und praktischen Anregung der Pfarrerschaft. Aber dieser Reformversuch fand keinen Anklang, weder bei den Pietisten noch bei der Masse der Geistlichen, auch nicht bei den Rationalisten, die davon eine straffere Zucht und Uniformierung fürchteten.

Vielmehr brach nun immer stärker die hierarchische Tendenz hervor, die regierende Gewalt in der Kirche in die Hände der Geistlichen zu legen, den Einfluß des Staates, das heißt der Laien, zurückzudrängen, eine vom Staat unabhängige oberste geistliche Behörde mit dem alleinigen Recht der Pfarrbesetzung zu konstituieren, die geistliche Gerichtsbarkeit mit Strafgesetzen, die zur Teilnahme am Gottesdienst zwingen sollten, und mit Vollmacht über die Zensur und die Schule wiederherzustellen.

Von den beiden oben genannten Trägern der Begeisterung für die Synodalverfassung traten also zunächst die Geistlichen in den Vordergrund vor den Pietisten, und trat die Forderung der Beteiligung der Laien in den Hintergrund vor der Forderung, das Kirchenregiment in die Hände der Geistlichen zu verlagern. Auch Schleiermacher hat dieser Stimmung seinen Tribut gezahlt. Kleinere Geister gingen noch viel weiter. Unerhohlen wurde hier ausgesprochen, daß man unter Freiheit der Religion die Unabhängigkeit der organisierten Geistlichkeit vom Staate verstand. Eine vom König zur Reform des protestantischen Kirchenwesens einberufene geistliche Kommission in den Jahren 1814/15 forderte eine von der Staatsgewalt unabhängige Synodalverfassung, allerdings in einer gewissen Verbindung mit dem Konsistorialsystem. Sieht man aber genau zu, so blieb von diesem so gut wie nichts übrig. Das Kirchenregiment sollte in die Hand einer Körperschaft gelegt werden, die nur aus Geistlichen bestand, von einem geistlichen Vorsitzenden oder Bischof präsidirt und nur von Geistlichen gewählt war. Dabei beanspruchte man für diese Behörde die regierende Gewalt über alle Konfessionen und über alle Schulen! Es war sehr verständlich, daß alle Staatsmänner, in denen die Tradition des preußischen Staates lebendig war, sich gegen diese Bestrebungen wandten; und auch dies war verständlich, daß der Zorn über diese hierarchischen Bestrebungen auch die infolge der Stein'schen Reform entstandenen Geistlichkeitskonvente mißtrauisch betrachtete

und gern verkümmern ließ. Damit ging der erste Ansaß der Synodalverfassung in den östlichen Provinzen Preußens wieder zugrunde.

Anders lief die Sache in Rheinland und Westfalen. Während der französischen Okkupation der Rheinlande von 1794—1814 waren zwar am linken Rheinufer die „Organischen Artikel“ des 18. Germinal eingeführt worden, am rechten Rheinufer aber erhielt sich die Presbyterial-Synodalorganisation, wenn auch nur kümmerlich. 1815 bildete nun Preußen aus altem Besitz und neuem Erwerb zwei neue Provinzen, und nun mußten die vielen einzelnen Kirchenordnungen in den zahllosen früher voneinander unabhängigen Gebieten durch eine neue Ordnung ersetzt werden. Da galt es den Ausgleich zu finden zwischen der in Preußen herkömmlichen Konsistorialverfassung und der dortzulande größtenteils herrschenden Organisation. Denn von der Einsetzung von Konsistorien ließ sich die preußische Krone nicht abbringen. Schon 1815 waren die Konsistorien in Köln und Koblenz eingerichtet und später zu einem Konsistorium in Koblenz vereinigt worden. Der Versuch eines Ausgleichs gelang. Am 5. März 1835 wurde die Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen erlassen, trotz der Abneigung des Königs gegen die „angehende Kirchenrepublik“ und trotz des Widerstandes der Rheinländer gegen die Generalsuperintendenten und die Konsistorien des Landesherrlichen Kirchenregimentes. Es ist ein prinziploser Kompromiß, bei dem unzweifelhaft das Landesherrliche Kirchenregiment seine Position im wesentlichen behauptet hatte. Es blieb das vom König ohne Mitwirkung der Bevölkerung ernannte Konsistorium mitsamt dem Generalsuperintendenten, und sein Wirkungsbereich wurde nicht, wie das Rheinland verlangt hatte, auf das *jus circa sacra* beschränkt. Nur höchst unwillig ließen sich die Rheinländer diese Kirchenordnung gefallen; sie waren weit entfernt davon, darin einen Sieg der Synodalverfassung anzuerkennen, vielmehr ging durch das Rheinland das Gefühl einer großen Niederlage. Jedoch das war nur Theorie, in der Praxis zeigten sich während der kommenden Jahrzehnte innerhalb dieser Verfassung die Synoden stärker als die Konsistorien. Wie kam das? Die Antwort muß lauten, weil hier die Gemeinden gebildeter waren und weil ein ansehnlicher, geistig und wirtschaftlich hochstehender Laienstand den Synoden das innere Schwergewicht verlieh. Allerdings waren die Laien in den Synoden nur in gleicher Zahl mit den Geistlichen vertreten. Dennoch war es diese Mischung, die die rheinisch-westfälische Kirche auf eine in anderen Landesteilen nicht erreichte

Höhe erhob, und dies Beispiel wirkte so stark, daß, als später im Osten die Synodalbestrebungen wieder auflebten, nie mehr von reinen Geistlichkeitssynoden die Rede war.

Die Neubelebung der Synodalbestrebungen erfolgte unter dem Einfluß der liberal-konstitutionellen Bewegung. Sie richtete ihre Spitze gegen das absolute Königtum in Staat und Kirche. Da diese Bewegung aber aufs stärkste von der englischen Verfassungsbewegung beeinflusst war, tauchte in ihr auch bald die Idee einer Trennung von Staat und Kirche auf. Auch die Unkirchlichen traten auf den Standpunkt: Man müsse der evangelischen Kirche eine selbständige, vom Staat unabhängige Verfassung geben, damit sie dann den Staat nicht mehr angehe, wie jeder andere Verein. Wie aber sollte diese Verfassung anders gedacht werden, denn zugleich als Lösung vom Landesherrlichen Kirchenregiment? Man wollte eine Kirche, die unabhängig wäre gegen den Staat, vorbehaltlich einer gewissen Aufsicht, über die man sich nicht viel Gedanken machte, denn man war damals ohne jede Furcht vor der Kirche; die Kirchen schienen ohnmächtig, fast überlebt, von der Bildung des Zeitgeistes überholt; und man wollte sie unabhängig gegen den Monarchen. Das konnte nur, wollte man nicht wieder katholisch werden und der Geistlichkeit die bischöfliche Stellung einräumen, auf dem Wege der Synodalverfassung geschehen. Allerdings zu unabhängig sollte diese Kirche doch nicht werden, vielleicht tat man besser, sie nur innerhalb der einzelnen Provinzen zu organisieren und die Bildung einer einheitlichen großen Kirche zu verhindern.

Je mehr aber der Liberalismus sich dieser Idee bemächtigte, desto bedenklicher und ängstlicher wurde die Geistlichkeit und die ihr anhängenden altgläubigen Kreise. Die protestantische Geistlichkeit Norddeutschlands erlebte im 3., 4., 5. Jahrzehnt eine innere Umbildung. Der Rationalismus versank, die Erweckung durchdrang sie, ein neuer orthodoxer Pietismus kam auf, verlor die weichen antikirchlichen Züge des älteren, wurde romantisch und damit katholischer in der Betonung des Dogmas, des Ritus, des Amtes. In der Geistlichkeit griff die Furcht vor der Masse um sich, die dieser Erweckung kühl, ablehnend, ja feindlich entgegen stand und die auf dem Boden der romantischen Staatsauffassung vollzogene Verbindung dieser neuen Kirchlichkeit mit der Gegnerschaft gegen den Liberalismus wie seine Belämpfung mit christlichen Waffen unerträglich fand. Von dieser Masse erwartete man Auflösung der Kirche, wenn sie in ihr das Heft

in die Hand bekäme. Um so enger wurde nun der Anschluß an das Königtum, bei dem man Schutz gegen die andringenden Stürme des Liberalismus suchte und dessen Recht auf das Kirchenregiment man nun auch theoretisch unterbaute. Nicht bloßer historischer Zufall, nicht Usurpation der Machthaber, sondern der Wille der durch die Reformatoren sprechenden Kirche habe dem Landesherrn das Kirchenregiment gegeben. Das Regiment der Kirche wie des Staates stehe ihm zu „von Gottes Gnaden“. Das Kirchenregiment des Landesherrn wurde als die allein dem Lutherischen Bekenntnis entsprechende Verfassung der Kirche aufgefaßt. Freilich ganz ging der Gedanke der vom Staat unabhängigen Kirche doch nicht unter. In dem kleinen Kreise, der sich um den Romantiker auf dem Throne, um Friedrich Wilhelm IV. bildete, führte er ein eigentümliches Leben fort. Allein hier suchte man nicht in der Synodalverfassung, sondern in der Erneuerung der alten bischöflichen Verfassung nach dem Vorbilde der Anglikaner das Heil. Das konnte der Geistlichkeit, sonderlich der, die dann erst recht darauf rechnen konnte, die Macht in die Hände zu bekommen, natürlich auch recht sein. Während also die Geistlichen am Anfang des Jahrhunderts, wie wir gesehen haben, eifrige Freunde der Synodalverfassung waren, freilich einer rein geistlichen, weil sie darin das Mittel sahen, dem verhassten Staat das Regiment zu entreißen und es in die Hände der Geistlichen zu spielen, waren sie jetzt in der Mehrzahl Gegner der Synodalverfassung, weil sie davon gerade die Vorherrschaft des unbekehrten und ungebildeten, das heißt eben nicht orthodox-pietistisch durchsäuerten Laientums erwarteten. Nur ein ganz kleiner Kreis evangelischer Geistlicher liberaler Färbung versocht den Satz: Die evangelische Kirche muß, wie der Staat es anstrebt, konstitutionell werden.

Die deutschen Fürsten waren eher liberaler, als die protestantischen Geistlichen. Eine 1846 in Berlin zusammentretende Konferenz von 26 deutschen Kirchenregierungen, die durch den Württembergischen König veranlaßt war, forderte wenigstens eine Verbindung der Konsistorial- und Synodalverfassung, um dadurch zu einer größeren Einigung der deutschen evangelischen Kirchen und zu einer Wiederbelebung des untergegangenen Corpus Evangelicorum zu gelangen. Als der Umsturz von 1848 kam, stand die Sache so, daß das gesamte Bürgertum und die Großstädte die Synodalverfassung zugleich mit dem Parlamentarismus forderten; die Gegner der einen waren auch die Gegner der anderen.

Als die Verfassung vom 5. Dezember 1848 in Artikel 12 den

Grundsatz der Selbständigkeit der evangelischen und römisch-katholischen Kirche sowie jeder andern Religionsgesellschaft in der Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten aussprach (gleich Artikel 15 der V. U. vom 31. Januar 1850), zweifelte kaum ein Mensch, daß dies das Ende des bisherigen Landesherrlichen Kirchenregimentes und den Übergang zur Synodalverfassung an seiner Statt bedeutete. Die Staatsregierung durch den Mund des Kultusministers Graf Schwerin, die Kirchenrechtswissenschaft durch die Feder von L. Am. Richter und von F. J. Stahl, wie die amtlichen Gutachten aus jenen ersten Monaten nach der Revolution traten auf diesen Standpunkt. Das kurz vorher errichtete Oberkonsistorium wurde sofort wieder aufgelöst. Das war deutlich, die Zeit der Konsistorialverfassung war vorüber.

Allein nach kurzem Schweigen erhob sich nun jene oben charakterisierte, in der theologischen Welt allmählich durchgedrungene Anschauung: Das Kirchenregiment des Landesherrn ist ein innerkirchliches Amt, es wird von Umwälzungen innerhalb des Staates nicht berührt, die Selbständigkeit der Kirche erfordert nicht eine Synodalverfassung und Aufhebung des Landesherrlichen Kirchenregimentes, sondern vielmehr dessen Lösung vom Parlament und Ausübung durch Behörden rein kirchlicher Art, die dem Parlament nicht verantwortlich sind. Zuerst freilich setzte man noch hinzu: Unter Beordnung von Synoden. Sobald aber erst einmal diese Ansicht von der Fortdauer des Landesherrlichen Kirchenregiments auch nach Einführung der Verfassung zum Siege gelangt war — und dies geschah bald —, ließ man auch dies Zugeständnis an den Zeitgeist fallen und erklärte nun, die Verfassungsurkunde bedürfe zu ihrer Ausführung lediglich der Einrichtung einer vom Minister und Parlament unabhängigen kirchlichen Oberbehörde. Als solche wurde der Evangelische Oberkirchenrat gegründet. Also: So wenig wie das bischöfliche Regiment der katholischen Kirche, ist das Landesherrlich bischöfliche Regiment in der evangelischen Kirche durch die Staatsumwälzung verändert worden. Allerdings blieb bei der Errichtung des Oberkirchenrats eine Unklarheit. Sollte das nun der Abschluß der Kirchenverfassung und damit die Ausführung der Verheißung der Verfassungsurkunde sein oder nur ein Anfang oder gar nur ein Provisorium? Als solches nahmen es die Liberalen in der Kammer an, deshalb bewilligten sie auch die Mittel für die persönlichen und sachlichen Kosten des Oberkirchenrats im Staatshaushalte immer nur als künftig wegfallend. Sie betrach-

teten den Oberkirchenrat als ein Organ, das eine Synodalverfassung herbeizuführen und dann, wenn dieser Zweck erfüllt wäre, zu verschwinden hätte. Als einen Anfang betrachteten es die Gemäßigten, zum Beispiel der Kultusminister *Ladenberg*. Sie erkannten an, daß der Oberkirchenrat verpflichtet sei, sich durch aus den Gemeinden gewählte Organe zu ergänzen. Als Abschluß betrachteten *Raumer* und die Reaktion die Einsetzung des Oberkirchenrats: Es bedürfe nun keiner Fortbildung der Kirchenverfassung mehr. Von Einrichtung von Synoden könne nur die Rede sein, wenn sich der freie Wille des Landesbischofs dazu entschlösse. Ein Ersatz des Landesherrlichen Kirchenregimentes oder der Konsistorialverfassung durch Synoden war dann natürlich ausgeschlossen. Es konnte sich nur noch darum handeln, ob man den König willig machen könnte, jenes durch Synoden und Presbyterien zu ergänzen und seine Gewalt mit ihnen zu teilen, respektiv an sie zu delegieren.

Nach dieser Erfahrung bildeten sich nun drei Parteien. Erstens diejenigen, die der Synodalverfassung jetzt noch mehr feind waren wie zuvor, hatten sie doch in ihr einen Seitentrieb der bis aufs Blut gehaßten liberalen Bewegung erkannt. Teils wollten sie überhaupt nicht, daß etwas anders würde, wollten die Konsistorialverfassung um jeden Preis erhalten, teils ersehnten sie eine Episkopalverfassung, das heißt eine geistliche Spitze der Konsistorien. Zweitens diejenigen, die nach wie vor das Landesherrliche Kirchenregiment nur für eine verkappte Form des Staatskirchentums, das heißt für einen fortwährenden Widerspruch gegen die Bestimmungen der Verfassungsurkunde hielten. Sie forderten im Landtage immer wieder Durchführung der Verfassung, das heißt eben eine freie Synodalverfassung. Dabei gab es wieder zwei Spielarten. Die einen wünschten nur Presbyterialverfassung der Gemeinden und wollten den weitergehenden Zusammenschluß deren freiem Entschluß überlassen. Die anderen dachten an einen vollständigen Verfassungsaufbau von Presbyterien unten, über Kreissynoden und Provinzialsynoden hinweg bis zur Landessynode, jedoch unter Wegfall der Konsistorien oder — dies ist der springende Punkt — Wahl statt Ernennung des Kirchenregimentes und dessen volle Verantwortlichkeit vor den Synoden. Der Oberkirchenrat stellte nur ein Übergangsstadium dar, er sollte ebenso wie alle Konsistorien abgeschafft werden. Drittens die Maßvollen, die immer mehr Boden gewannen, jemehr sich die Mischform der konstitutionellen Monarchie einlebte und besonders, als sie nach 1866

sich glänzend bewährte. Sie forderten Ausbau des Landesherrlichen Kirchenregimentes durch Zufügung kirchlicher Vertretungen, also Presbyterien und Synoden, und Beschränkung des Landesherrlichen Kirchenregimentes durch Übertragung einer gewissen Selbstverwaltung an sie. In diesen Kreisen wurde die Rheinisch-westfälische Kirchenordnung, die ursprünglich als ein armseliger Kompromiß betrachtet worden war, nun als die vollkommene, allen Ansprüchen gerecht werdende Lösung gefeiert. Die zweite Richtung fand ohne scharfe Abgrenzung von der dritten ihre kräftige Vertretung in dem 1863 gegründeten Protestantenverein. Er war aus der Erregung über die Reaktion der Kirchenbehörden hervorgegangen, ein Zusammenschluß freier gerichteter Geister, und von vornherein forderte er, neben Lehrfreiheit im Gegensatz gegen die Orthodoxie, die Durchführung des Gemeindeprinzips im Gegensatz gegen die Konsistorialverfassung. Die Begründung dieser Forderung war recht bedenklich. Ich habe das im Anfang gestreift. Die Presbyterial-Synodalverfassung sollte die biblisch urchristliche und allein reformatorische sein. Man verhüllte sich damit selbst die Abhängigkeit vom politischen Liberalismus, der man sich doch nicht zu schämen brauchte.

Erst die großen politischen Ereignisse von 1866 und 1870 brachten nun die Frage der Synodalverfassung weiter. 1866 war an Preußen ein Land gelangt, das bereits eine Synodalordnung hatte, Hannover. Dort war am 9. Oktober 1864 eine neue Kirchenverfassung eingeführt worden und zwar nach dem Muster der Mischung zwischen Konsistorialverfassung und Synodalverfassung. Das gab natürlich einen neuen Anstoß, zumal sich zugleich damit die Frage aufdrängte, wie denn überhaupt die Kirche der neuen Provinzen mit der Kirche der alten Provinzen zusammengefügt werden sollte. Bekanntlich ist es Bismarck gewesen, der sich eine einfache Eingliederung in die altpreußische Landeskirche verbat und den altpreußischen Kirchenführern in den Weg trat. Dieser Verzicht wurde in einem Erlasse des Königs vom 3. November 1867 den Kirchen von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau feierlich verbürgt. Immerhin kam die Frage nun nicht mehr zur Ruhe und sie beschäftigte in Preußen schon das damals amtierende Ministerium des Herrn v o n M ü l l e r.

Nichts ist interessanter als ein Entwurf, der gegen Ende seiner Amtsperiode, im Jahre 1869, in seinem Ministerium erörtert wurde. Er war freilich nicht von ihm ausgegangen, sondern von liberalen Kreisen des Abgeordnetenhauses vorgelegt worden. Er zeigt aber, zu

welcher Gedankenklarheit inzwischen die Synodalbewegung durchgedrungen war und zu wie reinlicher Scheidung sie drängte.

Bezeichnend ist schon der Name: „Gesetz betreffend die Ausführung des Artikels 15 der Verfassungsurkunde betreffend die evangelische Kirche des preussischen Staates.“ Das hieß also, der Artikel 15 ist noch nicht ausgeführt. Der Entwurf stellte sich in schroffen Gegensatz gegen die R a u m e r s c h e Auslegung der Verfassungsurkunde. Er faßte die Errichtung des Evangelischen Oberkirchenrats als provisorisch auf, bestimmte seinen Zweck dahin, er habe die bisherige Konsistorialverfassung in eine neue Selbständigkeit, das heißt Synodalverfassung der evangelischen Kirche überzuleiten. Dann hat der Oberkirchenrat aufzuhören und mit ihm die Konsistorien, das Landesherrliche Kirchenregiment hat zu verschwinden, denn es verträgt sich nicht mit der Verfassungsurkunde. Ganz unmißverständlich reden die Motive: „Die von der Staatsregierung bisher getanen Schritte, zu einer selbständigen Verfassung der evangelischen Kirche zu kommen, sind ohne Erfolg geblieben, lassen sich auch schwer mit der Verfassungsurkunde in Einklang bringen. Richtig war, daß man die Absicht, zur Feststellung der Verfassung eine Landessynode zu berufen, aufgab und auf einen Aufbau von der Gemeinde aus zurückging. Aber materiell nicht zu rechtfertigen war, daß die bisherigen Erlasse alle die Aufrechterhaltung des Landesherrlichen Kirchenregimentes zur Voraussetzung hatten, während dies gerade nach dem Sinn des Artikels 15 zu beseitigen ist. Um es zu behaupten, berief man sich auf das Episkopalssystem, das einer rationellen Begründung nicht fähig ist. Danach soll die den Bischöfen zuständig gewesene Gewalt dem Landesherrn nicht als solchen, sondern als vornehmstem Mitglied seiner Landeskirche und Rechtsnachfolger des Bischofs zustehen. Dies widerspricht dem Artikel 28 des Augsburgischen Bekenntnisses und dem Artikel 14 der Apologie. Alle Gewalten, welche über das geistliche Amt, die Wort- und Sacramentsverwaltung, hinausgehen, werden von den Reformatoren als Attribut der weltlichen Obrigkeit bezeichnet, das heißt als zum legislativen und administrativen Recht des Fürsten gehörig. Das Episkopalssystem beruht auf einer Fiktion, was zu deutsch zwischen Dichtung und Lüge in gefährlicher Mitte geht, es ist lediglich erfunden, um die Mitwirkung der Stände auszuschließen. Geschichtlich begründet ist nur das Territorialsystem, besonders deutlich in der Mark Brandenburg und im Herzogtum Preußen. Daraus folgt, daß bei Umwandlung des absoluten Staates in den

Verfassungsstaat das bisher dem Staatsoberhaupt allein zugestandene Gesetzgebungsrecht auch in Ansehung auf die Kirche mit auf die Landesvertretung übergegangen und von beiden legislativen Faktoren gemeinschaftlich zu handhaben ist, und zwar nach der Verfassungsurkunde. Deren Grundsätze sind erstens, daß alle Angelegenheiten, die das Bekenntnis und die Lehre der Kirchen, Kultus, Anstellung, Verpflichtung, Einführung der Geistlichen und sonstigen kirchlichen Beamten, sowie die Kirchenverfassung betreffen, der Gesetzgebung der Kirche selbst zu überlassen und ein sachliches Widerspruchsrecht nur insoweit zuzugestehen sei, als dadurch die eigenen Interessen und Zwecke des Staates gefährdet oder verletzt sein sollten; zweitens, daß alle Angelegenheiten, die die Vermögensverwaltung und die Bedingungen des äußern Bestehens der Kirche innerhalb des Staates betreffen, der staatlichen Mitwirkung unterliegen, welche allerdings auch hierbei auf das Maß der Interessen des Staates und seiner Angehörigen beschränkt bleiben, innerhalb dieser Grenzen aber mit voller Machtbefugnis geübt werden muß.“

Nach diesen Grundsätzen war die Organisation des Ganzen gedacht: Presbyterien, Kreissynoden, Provinzialsynoden, Landessynode, hervorgehend aus freien Wahlen; Wegfall aller Konsistorien und Ersatz derselben durch gewählte Ausschüsse der betreffenden Synoden; neben ihnen Staatsaufsichtsbehörden im Anschluß an die Kreis- und Provinzialverfassung.

Es ist nicht bekannt, welche Stellung *Müller* zu diesen radikalen Plänen eingenommen hat. Für diesen bedächtigen Mann war das Zögern, ein heißes Eisen anzufassen, charakteristisch. Dazu hätte eine Führernatur gehört, die er nicht besaß, und außerdem war ihm gewiß nicht unbekannt, welche Gedanken *Bismarck* in dieser Frage hatte. Welche waren das? Es waren die Gedanken *Fabris*, eines Mannes, der in der unabhängigen Stellung eines Inspektors der Rheinischen Mission, trotz persönlicher Gläubigkeit, über die engen Gesichtspunkte des altpreußischen Konservatismus weit herausgewachsen war. Es soll ihm unvergessen bleiben, daß er fast der erste Deutsche gewesen ist, der für Kolonialpolitik und Weltpolitik Verständnis hatte und um Verständnis warb. Er hatte seit 1867 in mehreren Schriften kirchenpolitische Gedanken von großer Originalität entwickelt *). Man kann seinen Schriften auch heute noch den Ruhm

*) Die politische Lage und die Zukunft der evangelischen Kirche in Deutschland; Die Unions- und Verfassungsfrage. Siehe über ihn *RE.*, Band 5, S. 723 f.

nicht vorenthalten, daß sie zum Bedeutendsten gehören, was im 19. Jahrhundert über die Frage der Form der evangelischen Kirche geschrieben ist, und daß er das Wesentliche, worauf es ankam, weit voraussehend erkannt hat. Dies Wesentliche war der Verzicht auf den Summepiskopat. Er dachte sich Provinzialkirchen mit größter Selbständigkeit unter einer gemeinsamen Oberbehörde ohne regimentliche Befugnisse nach Art eines höchsten Gerichtshofes. Daneben forderte er eine Dotation der selbständigen Provinzialkirchen und deren auch finanzielle Selbständigkeit, endlich die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche durch ein interkonfessionelles Gesetz. Unzweifelhaft war das eine Anpassung der Idee der Trennung von Staat und Kirche an deutsche Verhältnisse.

Das hat Bismarck eingeleuchtet. In einer Staatsministerialsitzung vom 28. April 1869 hat er seine Stellung zu der Sache mit folgenden knappen Sätzen ausgesprochen: „Keine Erörterung der innerkirchlichen Verfassungsfragen im Staatsministerium. Spezialisierter Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung von Staat und Kirche. Ausstattung der Kirche mit den Mitteln zur Selbstverwaltung. Überweisung der betreffenden Gegenstände an die Kirche. Stellung der Kirche auf Normaletat. Sorge für eine gesetzliche Basis zur Exekution kirchlicher Beschlüsse.“

Knappe Sätze, in denen die Genialität Bismarcks doch stark hervortritt. Bismarcks Motive sind ganz klar. Ob er den in seine Jugend hineinspielenden Konflikt zwischen Union und Luthertum durch die Verselbständigung der Provinzialkirchen schlichten wollte, ist nicht deutlich. Die Hauptsache ist etwas anderes: Er wollte Entlastung des Staates von der Sorge für die Kirche, und deshalb Entstaatlischung der Kirche. — Bismarck hat diese Ideen nicht mit der ihm sonst eigenen Kraft vertreten. Auch die Gründe dafür liegen zu Tage. Es war vor allem die Rücksicht auf den König, dem er als „Altlutheraner“ verbächtig war und mit dem er wahrlich schon genug Reibungen hatte.

Natürlich war der Oberkirchenrat gegen diese Pläne Bismarcks. Das einflußreichste Mitglied der Behörde, der Generalsuperintendent Hoffmann, ein geborener Württemberger, den man der oben charakterisierten dritten Strömung zurechnen darf, sprach sich dagegen in mehreren Denkschriften an Bismarck aus. Bismarck hat darauf durch seinen damaligen Gehilfen Wagener, der übrigens persönlich Irvingianer war, antworten lassen, ohne daß bei diesem Schriftwechsel etwas herauskam. Aber aus der Besorgnis, daß Bismarck

Gedanken bewege, die im wesentlichen von der Provinzialkirchenansicht ausgingen, und von der bisherigen Entwicklung ablenken, das heißt das Landesherrliche Kirchenregiment in Frage stellen wolle, regte sich nun im Oberkirchenrat um so energischer der Wunsch, Bismarck zuzuvorkommen. Was man wollte, war eine Verfassung, die nicht auf Aufhebung des Oberkirchenrats, sondern auf seine Befestigung und Stärkung hinauslief. Es galt, nachdem in den sechziger Jahren Kreissynoden eingerichtet waren und nachdem 1869 außerordentliche Provinzialsynoden gehalten waren, dieses System zu kodifizieren und zu vervollständigen. Das Ziel war eine Erweiterung und Ergänzung des Landesherrlichen Kirchenregimentes, um ihm das fehlende Ansehen zu schaffen. Deshalb nicht parlamentsähnliche Synoden, sondern Selbstverwaltungskörper, die durch ihre Ausschüsse auch an den Aufgaben der Rechtsprechung und Verwaltung beteiligt waren.

Von diesen Plänen erfüllt, lenkte Hoffmann die Aufmerksamkeit Falks auf Emil Herrmann als Nachfolger des Anfang 1872 zurücktretenden Präsidenten des Oberkirchenrates Mathis. Wir haben seine Ernennung oben (S. 97) erzählt. Er war damals Professor des Kirchenrechtes in Heidelberg, vorher in Leipzig, Kiel, Göttingen tätig gewesen, dazwischen Präsident der verfassungsgebenden Hannoverschen Landessynode; man konnte ihn als den Vater von deren Verfassung bezeichnen. Er war der hauptsächlichste, gewandteste, klügste und warmherzigste Vertreter der oben charakterisierten dritten Richtung, der sich mittlerweile der Oberkirchenrat angeschlossen hatte. Als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages genoß er Vertrauen in weitesten Kreisen; er war religiös positiv, wenn auch nicht orthodox. Seine innere Stellung wird am besten dadurch charakterisiert, daß er der nächste Freund Dorners war.

Falk war sofort an ein eindringendes Studium der Verfassungsfrage gegangen. Die Bedenklichkeit der Theorien über das Landesherrliche Kirchenregiment war ihm dabei nicht entgangen, ebenso wenig die Mehrdeutigkeit der Verfassungsurkunde. Die Brüchigkeit der Interpretation Raumers hatte er sofort erkannt. Die Unsicherheit der Stellung des Oberkirchenrates, ob er als provisorisch oder definitiv gemeint war, war ihm deutlich geworden. Stark beeindruckte ihn vor allem die Beobachtung, daß auch die Protestantische Kirchenzeitung sich 1872 gegen eine Aufhebung des Oberkirchenrates erklärte: „Die evangelische Kirche braucht bei der äußern Gefahr und innern Zerklüftung ein oberstes weiterführendes Organ.“ So schloß

sich Fall gleichfalls der dritten Richtung an und stellte sich das Ziel: Nicht Ersatz des Landesherrlichen konsistorialen Kirchenregimentes, sondern Ergänzung durch Selbstverwaltung der Gemeinden und größeren Kirchenkörper. Zur Lösung dieser Aufgabe war Herrmann berufen. Aber ehe er noch sein dornenvolles Amt antrat, war darauf ein dunkler Schatten gefallen. Wir wollen das Fall selbst erzählen lassen.

„Im Winter 1871/72 hatte der Berliner Unionsverein eine Reihe von Vorträgen im Bürgersaal des Berliner Rathauses vor Männern und Frauen veranstaltet. Am 12. Januar 1872 hielt der Prediger an der Neuen Kirche zu Berlin, D. Sydow, einen Vortrag über die „wunderbare Geburt Jesu“, der ein lebhaftes Aufsehen erregte und die öffentlichen Blätter mit Äußerungen für und wider füllte. Das Konsistorium der Provinz Brandenburg nahm Veranlassung, Sydow vor sein Kollegium zu einem Kolloquium zu laden, welches am 14. März 1872 statt hatte. Diese Tatsache, verbunden mit dem Umstand, daß gleichzeitig gegen den zweiten Prediger an der Neuen Kirche, D. Lisco, ebenfalls wegen eines vom Unionsverein veranstalteten Vortrages vom Konsistorium ein Verweis verhängt und — wohl unberechtigt — veröffentlicht wurde, vermehrte die Erregung der Anhänger der beiden genannten Geistlichen. Der Vorstand des Unionsvereins erließ dazu eine öffentliche Erklärung, und eine Reihe von angesehenen Berliner Bürgern ließ die Einladung zu einer Versammlung im Rathaus am 16. März 1872 ergehen.

„Die betreffenden Zeitungsausschnitte gingen mir am Vormittag des 19. März 1872 mit folgendem Kaiserlichen eigenen Handbillet zu:

„Berlin, 19. 3. 72. Die beiden einliegenden Ausschnitte beweisen mir, daß die Stadtbehörde und andere angesehenen Personen geradezu dem Unglauben zusteuern, da morgen eine Versammlung, zu der die Stadtbehörde das Rathaus hergibt, dem Beschluß der Staatsbehörde, die den ungläubigen Geistlichen einen — Verweis nur — gab, offiziell entgentreten wird. Mir erscheint dies so ungeheuerlich, daß Ich Sie auffordern muß, über den ganzen vorliegenden Fall zu berichten und Ihre Ansicht vorzutragen, was zu tun ist.“

„Der befohlene Vortrag war ein mündlicher. Eine Aufzeichnung über denselben habe ich nicht gemacht und auch nicht über das sich daran schließende Gespräch. In Erinnerung steht mir nur, daß ich die Lage der Gesetzgebung entwickelte und darauf die Ansicht grün-

bede, daß ein Verbot der Versammlung unmöglich sei, sowie daß viel vom Protestantenverein die Rede war. Im Hinblick auf die nahe Osterzeit warf der Kaiser die Bemerkung hin, er könne nicht begreifen, wie ein Protestantenvereiner das heilige Abendmahl nehmen könne. Meine Erwiderung war, daß ich doch meine, auch ein auf dem Sydowschen Standpunkt stehender Christ dürfe das heilige Mahl verlangen und nehmen, wenn es ihm ein Erinnerungsmahl an Christi heiliges Leben und Wirken sei. Die kaiserliche Antwort war lediglich: „Das ist die reformierte Auffassung.“

„Die Angelegenheit ging im Disziplinarverfahren den geordneten Weg. Das Konsistorium der Provinz Brandenburg gelangte am 2. Dezember 1872 zu dem Endurteil,

„daß gegen den Angeflagten wegen schwerer Verletzung seiner Amtspflicht, das reine und unverfälschte Wort Gottes gemäß den Bekenntnissen der evangelischen Kirche zu verkündigen und des dadurch in der Kirche erregten großen Argernisses auf Grund des § 103, Titel 11, Teil 2 A. L. R. unter Anwendung des § 532 dafelbst und der R. O. vom 11. April 1822 die Amtsentsetzung auszusprechen sei *). Diese Entscheidung ist dem Angeschuldigten am 2. Januar 1873 publiziert und gleichzeitig seine Amtsjuspension verfügt worden“,

welche demnächst nur insoweit Einschränkung fand, als Sydow gestattet wurde, den begonnenen Konfirmandenunterricht zu beenden.

„Diese Entscheidung mußte dahin wirken, daß die Leidenschaften der Parteien von neuem erregt wurden, triumphierend auf der einen, niedergeschlagen und verbittert auf der andern Seite. Die Anhänger Sydows setzten ihre Hoffnung auf den nahe bevorstehenden Eintritt des Heidelberger Professors der Rechte, Dr. Hermann, als Präsident des Oberkirchenrates **) zu Berlin, und nicht mit Unrecht, wie der mir aus Heidelberg vom 8. Januar 1873 geschriebene Brief beweist:

„In den letzten Tagen ist mir und sicher auch Erw. E. eine recht unangenehme Überraschung durch den Beschluß des Brandenburgischen Konsistoriums in der Sydowschen Sache bereitet worden. Zwar bin ich über die Anstößigkeit und Rügewürdigkeit des Sydowschen Verhaltens nicht zweifelhaft und bedauere lebhaft,

*) Vgl. über die Bedeutung der angezogenen Gesetzesstellen: Foerster, Entstehung usw., Band 2, S. 229 ff.

**) Siehe oben S. 99.

daß ein offenbar sehr begabter Mann und Geistlicher keinen bessern und fruchtbareren Gebrauch von seinen Gaben macht. Allein Absetzung und vorläufige Suspension durfte meines Erachtens nicht ausgesprochen werden. Die Entscheidungsgründe, die ich aus einer von Präsident Hegel *) mir zugesandten Abschrift kennen gelernt habe, sind zum Teil recht schwach, ja ungeschickt, stellenweise nicht objektiv, sondern bitter und gehässig, und zeigen mir wieder, daß bei den Herren der Protestantenverein das rote Tuch ist, das ihren Kampfeifer bis zu einer Verblendung steigert, welche das Judizieren beeinträchtigt. Weit schlimmer aber als die Mängel in der Begründung der Entscheidung sind augenblicklich die nachteiligen kirchenpolitischen Wirkungen. ... Zunächst wäre es von Wert, wenn die, soviel ich sehe, am wenigsten begründete Suspension, entweder auf Sydows Beschwerde, oder, was noch erwünschter, ex officio baldigst aufgehoben würde. Da dies lediglich in der Zuständigkeit des Oberkirchenrates liegt, so gehe ich auf diesen Punkt nicht weiter ein, sondern bemerke nur, daß ich von ihm Veranlassung nehmen werde, meine Überkunft nach Berlin möglichst zu beschleunigen. Hoffentlich kann ich mich schon am 21. dort einfinden. Die Hauptsache bleibt mir aber, daß ohne Verzug mit der Erwirkung einer königlichen Kabinettsordre Ernst gemacht wird, durch welche das Urteil in Disziplinaruntersuchungen gegen Geistliche wegen Lehrvergehen dem Oberkirchenrat vorbehalten wird, mindestens in solchen, in welchen das Konsistorium eine Entlassungs- oder Absetzungsstrafe begründet findet. Wenngleich in der Gegenwart behördliche Schaltern, also auch die des Oberkirchenrats, zu schwach sind, um allein ohne synodale Stütze diese Entscheidung und ihre Folgen auf sich zu nehmen, so ist der Oberkirchenrat doch vorläufig und bis wir synodale Ausschüsse haben, welche zugezogen werden können, schon wegen seines umfassenderen Gesichtskreises das angemessenere Organ und stellt gesündere Entscheidungen in Aussicht, wie er denn auch niemals solche schon durch ihre Dilettantigkeit monströse Entscheidung ergehen lassen wird. Er muß aber nicht im Rekurswege, sondern allein und endgültig entscheiden, damit nicht durch erstinstanzliche Entscheidung ein Stoff der Aufregung und der kritischen Anfechtung der Kirchenbehörden geliefert sei, der auch durch die reformatorische Entscheidung in höherer Instanz, die erst nach Monaten erfolgt, nicht wieder beseitigt werden kann. Es ist mir jetzt von hohem Werte, daß ich schon in meiner ersten brieflichen Auserkung **) den Erlass einer solchen Kabinettsordre in Aussicht genom-

*) Präsident des Brandenburgischen Konsistoriums, siehe unten Kapitel 12.

**) Siehe oben S. 99.

men und der Sache nach erbeten habe. Bei der Sachlage, welche das Brandenburger Konsistorium geschaffen hat, wird diese Bitte zum Antrag, den ich im Oberkirchenrat zu stellen entschlossen bin. Für seine Durchführung getröste ich mich der kräftigen Hilfe Ew. E.“

„Die Erörterungen, die demnächst unter dem eben bezeichneten Gesichtspunkt im E. D. K. stattfanden, führten Anfangs März 1873 zu dem Antrage an den Kaiser, eine Ordre zu vollziehen, die in ihrer schließlichen, von mir miterwogenen Fassung lautete:

„An den E. D. K. Aus dem Bericht des E. D. K. vom 23. v. M. ersehe Ich, daß die von dem Konsistorium der Provinz Brandenburg gegen den Prediger Sydow hieselbst eingeleitete Disziplinaruntersuchung und insbesondere der in derselben erlassene Beschluß vom 2. Dezember v. J. in der evangelischen Kirche Preußens und Deutschlands eine tiefe Bewegung hervorgerufen hat, so daß die noch zu treffende endgültige Entscheidung der Sache eine über den einzelnen Fall weit hinausgehende Bedeutung gewinnt.

„Ich fühle Mich im Einklang mit Meiner wiederholt kundgegebenen Überzeugung in Meinem Gewissen verpflichtet, darüber zu wachen, daß, wie überhaupt, so insbesondere in dieser Sache, die evangelische Kirche in Meinen Landen an ihrem Glaubensgrund in keinerlei Weise geschädigt werde. Bei der Tragweite aber, welche einem schließlichen Ausspruch in dieser Angelegenheit für die Lehre und das Leben der evangelischen Kirche beizulegen ist und beigelegt wird, erachte Ich es für das Ersprießlichste, daß dieser Ausspruch von der kirchenregimentlichen Behörde höchster Instanz nur unter angemessener Beteiligung des zuständigen synodalen Organes getroffen werde. Ich darf erwarten, daß die auf diesem Wege getroffene Entscheidung — was Gott in Gnaden verleihen möge — geeignet sein wird, das Ansehen der aus der deutschen Reformation emporgewachsenen evangelischen Kirche in Meinen Landen und den Frieden unter ihren Angehörigen wirksam zu sichern, während die damit verbundene Verzögerung der Entscheidung dadurch an Gewicht verliert, daß der baldige Abschluß der Verfassung der evangelischen Kirche für die acht älteren Provinzen in sicherer Aussicht steht.

„Demgemäß will Ich, im Einverständnis mit dem E. D. K., hiermit genehmigen, daß in der bezeichneten Disziplinarsache die auf den eingelegten Refurs zu erlassende Entscheidung ausgesetzt werde, bis sie unter der für Beschlüsse in Sachen der Lehrdisziplin nach der Verfassung zu regelnden Beteiligung synodaler Organe erfolgen kann. Der E. D. K. hat das hiernach weiter Erforderliche zu verfügen.

„Die vollständige Regelung der Synodalverfassung ist unverweilt in Angriff zu nehmen. Die darauf bezüglichen, in Gemeinschaft mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Mir zu machenden Vorlagen sind so zu beschleunigen, daß die Landessynode, wenn irgend möglich, im Frühjahr des nächsten Jahres zusammentreten kann.“

„Noch ehe dieser Ordreentwurf an seine Adresse gelangte, machte sich aus dem Schoße des Oberkirchenrats das Streben gegen seine Vollziehung geltend. Oberhofprediger Hoffmann, ein scharfer Gegner des Protestantenvereins, auf dessen Einfluß des Kaisers Abneigung, ja aller sonstigen Gerechtigkeit und Güte widersprechende Feindschaft gegen diesen zurückging, widerriet sie an entscheidender Stelle. Herrmann schrieb mir am 6. März 1873 von seiner Hoffnung, daß das Hoffmannsche Schreiben ohne Erfolg sein werde, „da die jetzige Fassung jede Unklarheit und Ungewißheit von der persönlichen und Herzensstellung S. M. zu den Grundlehren der Kirche abwehrt. Kann S. M. trotzdem zu der Maßregel keine Zuversicht gewinnen und entschließt Sie sich zu ihr nur mit Resignation und im Widerspruch gegen die Stimme des Herzens, so daß die gegenwärtige Fassung ‚den drückenden Alp‘ nicht hebt, so möchte ich die Ablehnung vorziehen. Die Ausführung der Ordre, gegen welche Schwierigkeiten hervorzurufen gewissen Leuten geraten erscheinen wird, wird nur bei fester Allerhöchster Überzeugung, bei zuversichtlichem Glauben an die Richtigkeit ihres Inhaltes wohlgelingen“.

„Es ist so gekommen, wie Herrmann im Vorstehenden besorgte, aber nicht unmittelbar. Durch Wilmowski ward mein Vortrag beim Kaiser vermittelt, und am Schluß des Vortrags sagte dieser zu, die ihm vom E. D. K. vorgelegte Ordre zu zeichnen. Er gab diese Zusage, obwohl ich ihm darzulegen hatte, daß es unmöglich sei, die Suspension Synods bis zu der jedenfalls nicht nahen, vielleicht in unbestimmte Zeit verschobenen Entscheidung unter Heranziehung synodaler Organe aufrecht zu erhalten. Allein am Nachmittag des Tages, 29. März, an welchem sich Kaiser Wilhelm so entschied, oder am folgenden Tage, erschien der Großherzog von Baden bei mir und stellte mir vor, den Kaiser drücke das mir gegebene Versprechen schwer; der Großherzog Sorge, daß der Kaiser hier gegen seine innere Überzeugung an einer Zusage festgehalten, auf andern Gebieten sich über erwünschte Grenzen hinaus ablehnend verhalten könne, und er knüpfte daran die Frage, ob ich dem Kaiser nicht sein Wort zurück-

geben könne. Das habe ich sofort getan. Der Kaiser vollzog diese Ordre nicht und die Angelegenheit des Prediger Sydow ging den rein geschäftlichen Gang.

„Unter dem 25. Juni 1873 erteilte der E. O. K. auf den Rekurs des Angeschuldigten zur Resolution:

„Daß die Entscheidung des Königlichen Konsistoriums der Provinz Brandenburg vom 2. Dezember 1872 dahin abzuändern sei, daß demselben wegen des durch einen öffentlichen, außeramtlichen Vortrag gegebenen schweren Anstoßes ein scharfer, durch den zuständigen Generalsuperintendenten zur Vollziehung zu bringender Verweis zu erteilen, ihm auch die Kosten des Verfahrens zur Last zu legen seien.“

Diese Entscheidung hatte, nur in umgekehrter Richtung, dieselbe Wirkung wie vorher die des Konsistoriums. Stärker war sie aber, weil es sich um eine nicht mehr angreifbare Entscheidung handelte. „Der Ausgang der Sydowschen Sache“, schrieb mir Freund Sydow *) am 23. Juli 1873 aus Gastein, „hat, sobald er in die Öffentlichkeit gelangte, auch in mein Babelleben einige Aufregung gebracht, denn fünf Mal bin ich genötigt worden, alten Generälen, Landschaftsdirektoren, Rittergutsbesitzern und dem Herrn Hofprediger [Frommel] gegenüber, der sich übrigens in seinem Urteil ziemlich gemäßigt hielt, zum Verteidiger Sydows zu werden.“

Am unzufriedensten mit der Entscheidung des D. K. K. aber war der Kaiser. Er hat sie dem D. K. K. nie verziehen, und sie hat sein Verhältnis zu Herrmann in der Wurzel vergiftet. Wir werden das noch oft zu beobachten haben. Alle Gegner Herrmanns fanden hier einen Anknüpfungspunkt, um ihn bei dem Kaiser zu verdächtigen. Der wahrhaftig gar nicht so wichtige Einzelfall, der, wäre er nicht in Berlin vorgefallen, wahrscheinlich gar nicht zur Kenntnis des Kaisers gelangt wäre, wurde zu einem kirchenpolitischen Ereignis ersten Ranges. Es wäre wohl wichtig, zu wissen, ob nicht schon das Vorgehen des Brandenburgischen Konsistoriums und seines Präsidenten Hegel von vornherein darauf berechnet war, der Entwicklung, die man kommen sah, einen Block in den Weg zu rollen **). Und ebenso

*) Der Unterstaatssekretär im Ministerium.

**) Das Verfahren gegen Sydow ist vor der Ernennung Herrmanns, am 23. Mai 1872, eröffnet worden. Die erste protokollarische Vernehmung fand sogar schon am 14. März statt, durch Brückner und Hegel. Brückner spielte

wichtig wäre, zu wissen, ob auch Kögel schon damals willens war, diese dogmatischen Fragen bei dem Kaiser zur Verstimmung gegen Herrmann zu benützen. Wir möchten das nicht annehmen. Denn in der Kreissynode Berlin-Köln-Stadt vom 30. April 1872 hat Kögel noch mit andern dem Protest einiger Ultraorthodoxen gegen die Teilnahme von Christusleugnern wie Lisco und Sydow an der Synode seine Stimme verweigert, also an der Hege gegen diese Männer nicht teilnehmen wollen.

Über das Recht der Kirchengewalt des Königs war sich Falk nun

in der ganzen Sache eine merkwürdige Rolle. Hegel mußte annehmen, daß er mit seiner Auffassung des Falles ganz übereinstimme, und er tat es wohl auch. Jedenfalls hat er nicht den geringsten Versuch gemacht, eine mildere Beurteilung herbeizuführen. Dasselbe gilt von Hoffmann. Es waren also ihre eigenen Fehler in der ersten Instanz, die diese Männer in der Berufungsinstanz auszukosten hatten. Hätten sie im Konsistorium den Mut zu einem Votum gegen Hegel gehabt, so wäre alles anders gekommen. Unter Hoffmann als Vizepäsidenten hatte der Oberkirchenrat Grundsätze über die Behandlung von Disziplinarfällen in Lehrfragen aufgestellt und dem Brandenburgischen Konsistorium mitgeteilt (Erlaß vom 18. Mai 1872): Ein solches Verfahren ist nur dann begründet, wenn der Widerspruch wider den evangelischen Glaubensgrund notorisch geworden ist und sich nicht bloß auf Heterodoxien beschränkt. Es macht keinen Unterschied, ob der Widerspruch gegen die Grundlagen der Kirchenlehre auf amtliche oder außeramtliche Weise hervorgetreten ist, sobald die Gemeinde dadurch bewegt worden ist. Bei der Feststellung des Urteils ist neben der Lehrabweichung der ganze Mann, sein Bildungsgang, sein Wandel, seine Amtsführung, sein Verhältnis zur Gemeinde und die Lage derselben ebenso mit in Betracht zu ziehen wie die Frage, ob der Widerspruch in einer Art vorgebracht ist, welche das kirchliche Bewußtsein und das sittliche Gefühl verletzt oder nicht. — Man sieht, der zweite Satz widerspricht direkt dem Landrecht und der Motivierung des späteren Beschlusses des Oberkirchenrates, der das erstinstanzliche Urteil aufhob. Gerade das Gegenteil war richtig. Welch eine Erbitterung aber mußte es bei Hegel hervorrufen, daß ein Grundsatz, den der Oberkirchenrat erst selbst ausgesprochen, und nach dem er sich gerichtet hatte, dann als ein Rechtsirrtum des Konsistoriums bemängelt wurde! — Man sieht aber auch, wie wertlos solche allgemeinen Grundsätze sind. Hegel war offenbar der Meinung, sich genau danach gerichtet zu haben, denn er hielt eben die Bezweiflung der Geschichtlichkeit der biblischen Erzählungen von der Geburt aus der Jungfrau nicht bloß für eine Heterodoxie, sondern für einen Widerspruch gegen den Glaubensgrund. Nachdem das Urteil des Konsistoriums ergangen war, sprach der Kaiser Hegel bei gelegentlichem Zusammentreffen am Ordensfeste, 18. Januar, seine volle Zustimmung dazu aus. In der Berufungsinstanz bildeten die Majorität Herrmann, Dörner, Stahn, Hermes und Hoffmann; gegen die Ermäßigung der Amtsentlassung in einen Verweis stimmten Kundler und Twesken!

klar geworden. Ein Jurist, der er war, hatte er sich nicht bei Theorien befragt, sondern bei den Vorgängen selbst. Seine Frage an die Akten war diese: Ist die Kirchengewalt ein Teil der Landesherrlichen Gewalt oder etwas Selbständiges? Im erstern Falle war sie mit auf den neuen Träger der Staatsgewalt nach Einführung der Verfassung übergegangen, war die Verheißung der Verselbständigung der Kirche von König und Landtag gemeinsam zu erfüllen. Im andern Falle war sie nicht mit übergegangen, und konnte eine neue Verfassung von dem königlichen Träger der Kirchengewalt allein, ohne Mitwirkung des Landtages erlassen werden. Dann hatte dieser erst mitzureden, wenn für die vom Landesherrn geschaffenen neuen Organe irgendwelche öffentlichen Rechte, insbesondere auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung, gefordert wurden. Im erstern Falle war die Einsetzung des D. R. R. entweder überhaupt widerrechtlich, weil ohne Bewilligung der Rammern erfolgt, oder doch, wenn man diese substituierte, jederzeit widerruflich, im andern war der D. R. R. das legitime Organ des Landesherrlichen Kirchenregimentes und seine Existenz für die Rammern unangreifbar. Falk trat auf den zweiten Standpunkt. Aus den zahlreichen Aktenauszügen, die er sich machte, sehen wir, welche Vorgänge für sein Urteil bestimmend wurden.

Zunächst prüfte er, ob der König das Oberkonsistorium im Jahre 1847 als König oder als Inhaber des Kirchenregimentes errichtet habe. Eichhorn, der Kultusminister von damals, hatte im Staatsministerium auseinandergesetzt: Es sei der reformatorische Gedanke der gewesen, daß der Landesherr als vorzüglichstes Glied der Kirche und von Gott verordnete Obrigkeit die höchste Kirchengewalt übernommen habe. Man habe Eintritt in das durch Wegfall der Bischöfe eingetretene Vakuum fingiert und so den Summepiskopus gewonnen. Zugleich aber habe sich die Idee entwickelt, daß der Landesherr die Kirchengewalt getrennt von der Landesherrlichen übe, unter Zuziehung geistlicher Räte. — Diese Auslassung brachte keine Klarheit, da sie sich nach beiden Seiten gebrauchen ließ. Sehr lichtgebend aber war ein Bericht Ladenbergs, also des berufensten Auslegers der Verfassung, an den König vom 8. September 1848, wenige Wochen vor deren Verkündung: „Dagegen würde die Publikation der Verfassungsurkunde der Zeitpunkt sein, an welchem durch eine von Ew. M. kraft der Allerhöchstdemselben zustehenden Kirchengewalt erlassene und deshalb nicht kontra-

signierte Ordre der provisorische Rechtszustand in das Leben zu rufen sein würde.“ Das heißt: L a d e n b e r g betrachtete die Kirchengewalt des Königs als eine neben der konstitutionellen fortlaufende, die er ohne Verantwortung vor dem Parlament übte. Damit stimmte Folgendes ganz überein: Bei den Beratungen über die Verfassung war zuerst vom Abgeordnetenhaus der Satz angenommen worden — dem Sinne nach —: Das Landesherrliche Kirchenregiment hat dafür zu sorgen, daß die evangelische Kirche eine Verfassung bekomme *). Der Satz war zwar später wieder fallen gelassen, aber nur deshalb, weil er für selbstverständlich galt. Das hieß gleichfalls: Das Landesherrliche Kirchenregiment war als fortbauend anerkannt worden, sonst hätte es keinen Auftrag empfangen können. Nun hätten eigentlich die beiden Ordres vom 7. Oktober 1848 und vom 26. Januar 1849, durch die die geistliche Abteilung des Kultusministeriums an Stelle des aufgelösten Oberkonsistoriums gesetzt wurde und den Namen D. K. R. empfang, ohne Kontratsignierung ergehen müssen. Sie sind aber kontratsigniert und geben sich als Ausflüsse königlicher Rechte. Jedoch beweiskräftig erschien das doch nicht. Denn die Einsetzung des D. K. R. war ja zugleich die Verwandlung einer bis dahin staatlichen Behörde, und dafür bedurfte es gewiß der Verantwortung des Ministers. Ganz eindeutig war dann wieder eine Denkschrift des D. K. R. an den König vom 28. November 1850, worin ausgeführt wurde, der König könne den durch Patent vom 16. Dezember 1808 **) dem Minister erteilten Auftrag quoad externa ohne weiteres zurücknehmen und übertragen, wem er wolle, ohne Dazwischenkunft eines Dritten, das heißt des Landtages, was die K. D. vom 30. Dezember bestätigte.

Wie aber erklärte sich dann die Aufnahme des D. K. R. in das Budget? Wäre es dann, wenn er eine kirchliche Behörde war, nicht richtiger gewesen, ihn aus kirchlichen Mitteln zu besolden? Eine Korrespondenz zwischen Kultus- und Finanzminister erwies, daß die Aufnahme des Postens ins Budget nur aus Gründen der Parität und in Konsequenz des § 4 des Ediktes vom 30. Oktober 1810 ***), und die Bewilligung nur „sub spe rati“, das heißt unter Vorbehalt für die Kammern geschehen sei. Sie bewies also nichts. Immer fester wurde die Überzeugung des Ministers, daß die Verfassung die Kirchengewalt des

*) Wörtlich bei Niedner, Die Ausgaben des preussischen Staates für die evangelische Landeskirche, Stuttgart 1904, S. 207.

**) Siehe Foerster, Entstehung, Band 1, S. 137.

***) Siehe Niedner a. a. O., S. 164.

Königs nicht alteriert habe, und daß er auch heute noch befugt sei, eine Kirchenverfassung selbständig zu erlassen. Den Ausschlag in den Erwägungen Falks aber gab ein Dokument aus anderer Zeit: Friedrich Wilhelms III. Aufruf zur Union vom 27. September 1817. Da war es mit Händen zu greifen, daß der König nicht als Monarch sondern als Inhaber einer besondern Stellung innerhalb der Kirche gehandelt hatte. Bei dieser Auffassung, die einschloß, daß der D. R. K. keine staatliche, sondern eine kirchliche Behörde sei, ist der Minister auch später immer geblieben und hat sich durch ein bedenkliches Urteil des Obertribunals vom 28. Juni 1876 nicht irre machen lassen, das in seiner Begründung den D. R. K. als Staatsbehörde bezeichnete. Damit war natürlich noch nicht entschieden, ob die Konstituierung des D. R. K. als definitiver Abschluß der Kirchenverfassung zu gelten habe oder nur als ein Provisorium. Falk konnte aus den Akten beweisen, daß der D. R. K. selbst sich nur als Anfang betrachtet hatte, und daß es zur Einrichtung von Synoden wie zur Übertragung der vollen jura sacrorum, also zur reinlichen Scheidung zwischen staatlichen und kirchlichen Funktionen, nur durch den passiven Widerstand Raumers nicht gekommen war. Bei ihm war die Furcht zu groß, bei einem Ausbau der Verfassung werde dem „Drängen in unhistorischer und unkirchlicher Richtung neue Nahrung gegeben werden“, und die Synoden würden sich zu parlamentarischen „Vertretungen gegen das Kirchenregiment“ entwickeln. Deshalb ließ er den D. R. K. lieber in dem von diesem oft beklagten unfertigen Zustande und versteckte sich hinter allerlei praktische Bedenken, so oft der D. R. K. seine definitive Konstituierung und volle Selbständigkeit forderte.

Am 15. Mai 1873 übersandte Herrmann den von ihm im D. R. K. ausgearbeiteten „Entwurf einer Kirchgemeinde- und Synodalordnung“ dem Minister. Er wurde im Ministerium von Falk, Sydow und Lufanus sehr genau geprüft und rief ziemliche Enttäuschung hervor. Abgesehen von erheblichen gesetzestechnischen Mängeln entsprach er auch inhaltlich wenig dem, was man hier für nötig hielt. Das zeigen deutlich die Randbemerkungen, mit denen versehen der Entwurf an den D. R. K. zurückgelangte.

Der Entwurf gewährte den Laien nicht die Rechte, auf die sie nach der Meinung des Ministers Anspruch hatten. Er sah zum Beispiel vor, daß die Ältesten durch die Gemeindevertretung gewählt werden sollten. Dazu bemerkte der Minister: „Die Wahl der Ältesten

in die Hand der Gemeindevertretung zu legen, dürfte die Rechte der Gemeinde in einem der wesentlichsten Punkte beeinträchtigen. Eine indirekte Wahl zum Gemeindefkirchenrat schiebt zwischen dem letztern und der Gemeinde ein Mittelglied ein, welches das Interesse dieser an jenem mindert und die Wechselwirkung zwischen beiden aufhebt. Abgesehen hiervon, stellt sie sich, da die G. V. überall nur in Gemeinschaft mit dem Gemeindefkirchenrat verhandelt und beschließt, als eine erweiterte Kooptation dar, für welche es — im Gegensatz zur Rheinprovinz und Westfalen — in den östlichen Provinzen der Monarchie an der historischen Basis fehlt. Sollen die Gemeinden zu einer lebendigen Mittätigkeit für ihre Angelegenheiten herangezogen werden, so muß ihnen in erster Linie die Wahl der Ältesten verbleiben.“

Ein ähnliches Bedenken machte er gegen die vorgeschlagene Zusammensetzung der Kreissynode geltend. Sie sollte nach dem Entwurf bestehen aus: dem Superintendenten, sämtlichen Geistlichen, ebensoviel Ältesten, die von den Gemeindefkirchenräten aus ihrer Mitte oder aus den früheren Ältesten gewählt würden, aus höchstens drei weltlichen Mitgliedern, welche vom Konsistorium aus dem Stande der Volksschullehrer usw. berufen würden. Der Minister wandte ein: „Ohne auf theoretische Erörterungen hier einzugehen, vermag ich in einer solchen Regelung kein Heil zu finden. Soll dem Mißtrauen gegen hierarchische Bestrebungen ein wirksamer Anhalt entzogen werden, so bedarf es eines Maßstabes, der dem weltlichen Element das numerische Übergewicht zugesteht und ihm dadurch eine äußerlich erkennbare Gewähr gegen etwaige Beeinträchtigung seiner Interessen bietet. Die ziffernmäßig gleiche Verteilung zwischen beiden Ständen würde bei der amtlich und intellektuell hervorragenden Stellung der Geistlichen das Übergewicht jederzeit in den Lehrstand verlegen.“ Falk schlug einen Modus vor, bei dem das Verhältnis der Laien zu den Geistlichen wie zwei zu einem Drittel geworden wäre, und wollte die Wählbarkeit erheblich weiter ausdehnen. Dieselbe Forderung erhob er für die Zusammensetzung der Provinzialsynode. Gegen die Ernennung eines Sechstels der Mitglieder durch den Landesherrn erhob er keinen Einspruch, obwohl er den Grund dafür nicht einsehen konnte.

Auf derselben Linie liegt, daß er eine Zusammensetzung der Vorstände der Synoden forderte, worin die Laien die Mehrzahl bildeten, und daß er bei Vakanz des Pfarramtes einem gewählten Laien den Vorsitz in den Gemeindefkörperschaften übergeben wollte.

Ihm erschien auch die Zuständigkeit der Laien gegenüber dem

Geistlichen und dem Patron zu gering. Es handelte sich da zum Beispiel darum, ob der Geistliche, wenn er jemand von einer geistlichen Handlung zurückweisen will und dafür nicht die Zustimmung des G. K. K. erlangt, an das Votum des G. K. K. gebunden sein oder freie Hand behalten sollte bis zur Entscheidung der höheren Instanz. Falk hielt das Erste für das Richtige. Ober: Falk verlangte in allen Fällen, in denen auf Entfernung eines Geistlichen aus seinem Amte erkannt werden sollte, Mitwirkung des Provinzialsynodalvorstandes, und wollte die Konsistorien darin beschränken.

Viel zu zaghaft waren ihm auch die Bestimmungen über die Rechte des Patronates: „Soll die Aktivität der Gemeinde auf dem Gebiete der lokalen kirchlichen Angelegenheiten von praktischer Bedeutung werden, so genügt es nicht, die Wahl der Kirchenvorsteher zu ändern, vielmehr muß in erster Linie die Verwaltung selbst von der beengenden Konkurrenz des Patrons befreit und unter die Kontrolle der Gemeinde gestellt werden. Eine strikte Aufrechterhaltung der patronatistischen Teilnahme und Aufsichtsrechte würde im wesentlichen alles beim alten lassen. ... Soweit ich sehe, muß die Stellung des Patronates zur kirchlichen Vermögensverwaltung ... neu geregelt werden.“

Ganz offen bezeichnete er die Konzessionen, die den Gemeinden auf dem Gebiete des Pfarrwahlrechtes gemacht waren *) — alternierende Gemeindewahl bei Stellen, die bisher der freien kirchenregimentlichen Verleihung unterlagen (nicht derer, bei denen der Landesherr als Patron besetzte) —, als von äußerst geringer Bedeutung, da solche Stellen nur in ganz geringer Zahl vorhanden waren. „Daß mit einem solchen Zugeständnis dem Anspruch der Gemeinden auf eine wirksame Beteiligung an der Pfarrwahl zu genügen sei, wird sich nicht behaupten lassen.“ Er schlug vor, die Besetzung der Pfarrstellen aus der Ordnung fortzulassen und in einem Sondergesetz zu regeln.

Endlich ist der Vorausblick des Ministers an zwei letzten Bedenken zu bewundern. Sie betrafen Punkte, die sich in der Zukunft als gefährliche Sprengstoffe erwiesen. Einmal die Bestimmungen über die Bedingungen der Wählbarkeit. Sie lauteten schon im Entwurfe fast genau so, wie in der G. und S. D. selbst. Falk schrieb: „Hierbei ist anscheinend davon ausgegangen, daß eine Garantie gegen das Ein-

*) Heckel, Joh., Die Besetzung fiskalischer Patronatsstellen in der Evangelischen Landeskirche ... Altpreußens, Weimar 1926, S. 117 ff.

bringen unfirchlicher Elemente in die G. V. gefunden werden muß. Ich halte den Gedanken für richtig, den dafür vorgeschlagenen Weg aber in mehrfacher Hinsicht für bedenklich. . . Die Bestimmung dürfte weder ausreichend noch durchführbar sein. Nicht ausreichend, weil der Kirchenbesuch und Gebrauch der Sakramente nicht immer ein Zeichen wahrhaft kirchlicher Gesinnung ist. Nicht durchführbar, weil es an jedem objektiven Maßstabe für die verlangte Betätigung der kirchlichen Gemeinschaft fehlt. Offenbar können die Anforderungen deshalb sehr verschieden sein, und wie es möglich wäre, sie zur Angehörigkeit zu steigern, so läßt sich umgekehrt eine Ermäßigung denken, bei der die Vorschrift jede Bedeutung verliert. Hinzu kommt die Weitläufigkeit des Verfahrens, die Schwierigkeit des Beweises und das Ärgernis, das durch derartige unevangelische und widerwärtige Untersuchungen über den Kreis der zunächst beteiligten Gemeinde hinaus erregt zu werden pflegt. Aus diesen Gründen ist bereits in anderen Kirchenordnungen (Baden, Sachsen) die zur Stimmberechtigung nötige Qualität für die Wählbarkeit als ausreichend angesehen und nur das Erfordernis eines höheren Alters hinzugefügt worden. Die gleiche Basis dürfte auch hier zu wählen sein. Solange es an einem untrüglichen Kriterium der an sich nötigen kirchlichen Begabung fehlt, bleibt nur übrig, die Abhaltung heterogener Elemente den Wählern ins Gewissen zu schieben und durch eine spezielle Pflichterinnerung dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß für die Mitgliedschaft . . . auch positive kirchliche Eigenschaften zu beachten sind.“

Der andere Punkt, an dem sich Herrmann vor großen Unannehmlichkeiten hätte bewahren können, wenn er dem Räte des Ministers gefolgt wäre, betraf die Ordnung des Verfahrens bei Einsprüchen aus der Gemeinde gegen Pfarrbesetzungen. Falk wollte bei Einwänden gegen die Lehre als einzige Instanz den D. A. R. in Verbindung mit dem Landessynodalvorstand, bei allen übrigen als untere das Konsistorium mit dem Provinzialsynodalvorstand setzen; den Kreis-synodalvorstand hielt er für nicht geeignet.

Mit allen diesen Bedenken ging der Entwurf an Herrmann am 18. Juni zurück, und es begannen nun recht schwierige Konferenzen, an denen vom D. A. R. Brückner und Hermes, vom Ministerium Sadow und Lufanus teilnahmen. Die schließlich publizierte Ordnung zeigt, wie viel oder wie wenig der Minister durchgesetzt hat; man darf nicht vergessen, daß er hier nur Berater war. Sicher ist dies, daß, was in der Ordnung von Rechten des Laienstandes gewährt wurde,

vor allem aber die außerordentliche Ausdehnung des Pfarrwahlrechtes (§ 32, 2, K. G. u. E. O.) zum größten Teil durch den Minister errungen ist. Und sicher ist auch das, daß damals eine gute Gelegenheit verpaßt wurde. In diesem Stadium der Sache konnte das Verhältnis der Laien zu den Geistlichen in den Synoden wie zwei zu eins ohne Aufregung durchgesetzt werden. Der ganze spätere Kampf um die sogenannten Schlußbestimmungen wäre vermieden worden. Das Abgeordnetenhaus wäre gar nicht erst in die Lage gekommen, einen Druck auszuüben. Was jetzt eine freie Gewährung gewesen wäre, wurde später eine erzwungene Konzeßion, die nun das Odium einer Unterwerfung unter politische Mächte auf sich hatte. Falk wußte, daß an diesem Punkte die Gemeindeordnung nicht so bleiben konnte, wie sie lautete; schon bei der Überprüfung der Instruktion zur K. G. u. E. O. hat er das ausgesprochen. Aber Herrmann ließ sich nicht belehren, hier trat bei ihm die Eigenschaft hervor, die dem Minister noch manche bittere Stunde bereiten sollte, ein gewisser professorenhafter Eigensinn und Dogmatismus. Vielleicht war er auch gereizt durch mancherlei Erfahrungen von Übelwollen aus kirchlichen Kreisen und dadurch ängstlich geworden, zu kühn vorzugehen. Die Konfessionellen hatten, ehe sie noch den Entwurf kannten, am 31. Mai 1873 zu einer Konferenz mit der Begründung eingeladen, daß von der neuen Ordnung „ernste Gefahren zu erwarten wären“, — eine Insinuation, wie Herrmann das mit Recht in einem rügenden Erlaß an diejenigen Unterzeichner jener Einladung nannte, die in einem kirchenregimentlichen Amte standen.

Endlich, am 8. August, konnte Sydow dem abwesenden Minister schreiben, daß man einig geworden sei. Nun handelte es sich nur noch um den Königlichen Erlaß zur Sanktion der Ordnung und die Verordnung zur Berufung einer außerordentlichen Generalsynode. In jener war zu erwägen, wie auf die erforderliche Mitwirkung der Landesvertretung Bezug genommen werden sollte. Herrmann wünschte eine genaue Bezeichnung derjenigen Punkte, in denen diese vorbehalten blieb, Sydow empfahl dringend eine allgemeine Formel. Die schließliche Formulierung „soweit die Ausführung nicht zu ihrer Regelung vorab noch einer Mitwirkung der Landesgesetzgebung, wie insbesondere hinsichtlich der Vermögensverwaltung der Gemeinden und der Beteiligung des Patronats bei derselben bedarf“, stammte von Falk. Ferner drängte Sydow darauf, daß des Landesherrlichen Kirchenregimentes nur vorübergehend als einer selbstverständlichen Sache

gedacht, daß jede Hindeutung auf eine zukünftige Vereinigung mit den Kirchen der neuen Provinzen unterlassen, endlich daß der Pluralis majestaticus überall durch das einfache Ich ersetzt und der Stil nüchterner und knapper gestaltet würde. In der Berufsungsverordnung bereitete nur der Artikel 2, die Zusammensetzung der Generalsynode, Schwierigkeiten. Brüdner verlangte die elf Generalsuperintendenten, die Synode erst nach längerem Sträuben konzedierte — „sie sind teilweise von trauriger Gestalt“ —, dafür setzte Synow die je sechs Professoren der Theologie und des Kirchenrechts durch. „Ich schreibe an Herrmann. Hoffentlich wird er über seinen Entwurf nach unsern Änderungen nicht in Zorn geraten. Er ist aber doch ein prächtiger Mensch, und wir wollen Gott danken, daß wir ihn haben.“

Der Erlaß wurde vom 10. September 1873 datiert, die Publikation erfolgte am 12. im Staatsanzeiger. Die Unterschrift war dem Kaiser nicht ganz leicht gefallen, — gab er doch damit freiwillig bedeutsame Rechte seines Landesherrlichen Summepiskopates auf. Allein, sie wurde ihm durch einen Umstand erleichtert. Als er die Feder absetzte, sagte er mit einem Ausdruck der Befriedigung zu Wilmowski: „So, nun kann mein Sohn nichts mehr daran ändern“; eine Äußerung, die in das Mißtrauen bliden ließ, das der Kaiser gegen den Kronprinzen gerade auf diesem Gebiete hegte —, genau wie einst sein Vater gegen seinen ältesten Sohn.

Während im Ministerium das die K. G. u. S. D. bestätigende Staatsgesetz ausgearbeitet wurde, gab der D. K. R. die Instruktion zu deren Ausführung heraus (31. Oktober). Falls Mitarbeit daran beschränkte sich darauf, die Bestimmungen über das Wahlverfahren zu präzisieren. Er fand nicht scharf genug ausgedrückt, daß die Legalität der Wahlhandlung ebenso wie Einsprüche gegen Gewählte von den neu gewählten Gemeindefkirchenräten und von den neu formierten Kreisynoden zu prüfen seien, und er tabelte die Bestimmung, daß schriftliche Anmeldungen zur Wählerliste notariell beglaubigt werden sollten, als eine negatorische Schikane. An der Instruktion zeigt sich, daß Falls Bedenken gegen die Ordnung auch da, wo Herrmann ihnen nicht stattgegeben hatte, doch Eindruck auf ihn gemacht hatten. Er hatte deshalb betont, daß in den zukünftigen Synoden Organe zu sehen seien, „von deren Tätigkeit auch die neuen gemeindlichen und synodalen Einrichtungen selbst ihre fortschreitende Verbesserung zu erwarten hätten“, und damit die Tür zu einer künftigen Verstärkung des Laienelementes offen gelassen. Das war nur geschickt. Bedenklich

aber war, daß er den Qualifikationsbedingungen für die Wählbarkeit eine Auslegung gegeben hatte, die mit dem Wortlaut der Ordnung kaum noch in Einklang zu bringen war. Die Qualifikation sollte nämlich nur dann aberkannt werden können, wenn „völliger Abbruch der kirchengliedlichen Beziehung notorisch festgestellt“ wäre. Wenn dies die Meinung war, hätte es unbedingt in der Ordnung selbst klarer zum Ausdruck gebracht werden müssen. Er gab hiermit seinen Gegnern eine Handhabe, ihn einer über das Gesetz hinausgehenden Konnivenz gegen unfirchliche Elemente anzuklagen, was denn auch bald genug, natürlich auf Berliner Boden, geschah.

Das Staatsgesetz bereitete Schwierigkeiten. Dem Entwurfe gingen nicht weniger als zehn Vorarbeiten vorher. Es handelte sich um die sehr knifflische Frage, welche Bestimmungen der Ordnung staatsgesetzlicher Bestätigung bedürften. Herrmann widerrieth dringend, einzelne Punkte aufzuführen und wünschte eine ganz allgemeine Bestätigungsklausel. Ganz energisch verbat er sich die von den Kommissaren des Ministers beabsichtigte Bestimmung, jede Abänderung der Ordnung von staatlicher Genehmigung abhängig zu machen. Eine solche Hemme werde erst nach Abschluß des ganzen Werkes der Kirchenverfassung erforderlich werden, und auch dann nicht in Form staatlicher Gesetzgebung, sondern durch das Placet. Mit dem zweiten Einwand siegte er bei Falk, nicht aber mit dem ersten; Falk hielt für unumgänglich, einzelne Paragraphen der Ordnung im Gesetz aufzuführen. Die Beratung im Abgeordnetenhaufe verlief nicht nach Wunsch. Wie Falk vorausgesehen, nahm die Mehrheit an der zu geringen Zahl der Laien auf den Synoden Anstoß. Deshalb beschloß die Kommission, lediglich die Organe der Kirche *g e m e i n d e n* zu legalisieren und die Anerkennung der *S y n o d e n* vorzubehalten. Wichtiger als diese Niederlage aber war, daß sich die Kommission darin auf den Boden der Regierungsvorlage stellte, daß sie den begangenen Weg für richtig anerkannte, also die Fortdauer des Landesherrlichen Kirchenregimentes und seines Rechtes, selbständig Kirchenordnungen zu erlassen. Das war um so wichtiger, als am 29. Januar 1874 der fortschrittliche Abgeordnete von S a u d e n - T a r p u t s c h e n bei der Haushaltberatung von neuem den Posten für den D. R. R. zu streichen beantragt hatte. Die Schöpfung des D. R. R. sei von Anfang an eine verfehlte Idee gewesen, denn durch eine bloße Namensnennung werde eine staatliche Behörde noch nicht zu einer kirchlichen; der D. R. R. habe kein Recht, als Organ der Kirche zu sprechen. Falk hatte energisch

aufzutreten müssen, um die Ablehnung des Antrages zu erreichen. Aber Sauten wiederholte seine Bedenken gegen die Fortdauer des Landesherrlichen Kirchenregimentes nach der Verfassung am 7. Februar abermals.

Das Plenum verhandelte in zweiter Lesung am 1. Mai. Die Stimmung war der G. u. S. D. nicht günstig. Das hatte sich schon bei der Beratung der von der Regierung geforderten 50 000 Taler für die Kosten der in Aussicht genommenen Provinzial- und General-synoden am 2. Februar gezeigt. Die Fortschrittler erkannten zwar die Bestimmungen über die Gemeinden an, urteilten aber, daß die Synodalordnung gegen die Prinzipien der Freiheit der Kirche verstieße. Denn erstens gingen die Kreissynoden nicht aus ganz freien Wahlen hervor, da die Hälfte der Mitglieder, die Geistlichen, geborne Mitglieder seien, und zweitens fixiere die Ordnung die Abhängigkeit der Gemeinden von Staatsbehörden, nämlich von den Konsistorien und dem D. A. R., — der alte Einwand. Aber auch von nationalliberaler Seite wurden die Qualifikationsbestimmungen als etwas ganz Ungeheuerliches bezeichnet, die von zelotischen Pastoren benützt würden, alle ihnen mißliebigen Personen aus den Gemeindeförperschaften hinauszubringen. Es konnten dafür horrende Beispiele angeführt werden. Zum Beispiel war der hochangesehene Abgeordnete T e c h o w in einer Berliner Gemeinde beanstandet worden, was seinen Grund nur in seiner Stellung als Vorsitzender des Unionsvereins haben konnte. Fast kannte noch viel mehr solcher Fälle, in denen sich der geistliche Fanatismus von der übelsten Seite gezeigt hatte. Wenn der Redner freilich auch den Hirtenbrief des Generalsuperintendenten B ü c h s e l über die Wahlen heranzog, so war das nicht gerecht, denn dieser hatte nur aufgefordert, „ganz offenbar lasterhafte und unfkirchliche Männer, deren Beteiligung ein Argernis und eine Entwürdigung sein würde“, zur Streichung zu bringen, war also über die Instruktion nicht hinausgegangen. B i r c h o w sprach geradezu aus, auf dem Wege, den der Minister eingeschlagen, werde das Gegenteil von dem herauskommen, was er wolle, nämlich eine hierarchische Gestalt der Kirche. Und noch ein Abgeordneter wies auf die oppositionelle Haltung der Konsistorien hin; der Berliner Konsistorialpräsident [Hegel] hatte bei einer öffentlichen Feier die G. D. „die Einführung der Unordnung in die Kirche“ genannt und gefordert, eine künftige Synode müsse korrigieren, was der D. A. R. geschaffen. Von der andern Seite aber kamen die Leute, denen diese ganze Ordnung viel zu wenig kirchlich war, weil die neuen

Organe nicht auf das Bekenntnis verpflichtet waren, und die durch den Mund Gerlachs dem Minister, „der zu der großen Verfolgung der Kirche geführt habe“, das Mißtrauen aussprachen, weil er sich geßfientlich jeder Art von kirchlichem Bekenntnis enthalte. Da mußte Falk zufrieden sein, wenn er wenigstens die Bestätigung der Gemeindeorgane durchsetzte; er verzichtete deshalb auf mehr, zumal ja damit für die Zukunft nichts verloren war und sich diese Stimmung des Hauses trefflich benutzen ließ, um die auch von ihm erkannten Mängel der G. O. nachträglich zu korrigieren.

Um so energischer aber wandte er sich nun doch einmal, nachdem er lange geschwiegen hatte, gegen die Verdächtigungen seiner eigenen religiösen Stellung: „Der verehrte Herr Abgeordnete [von Gerlach] macht es sich seit einiger Zeit zum Vergnügen, mir bei jeder Gelegenheit, da er diese Tribüne betritt, die Frage nach einem persönlichen Glaubensbekenntnis vorzulegen. Ich weiß nicht, ob ich irre, es ist heute das fünfte Mal, daß er mich danach fragt. Ich würde ihm gegenüber heute vielleicht ebensowenig mit einer Antwort hervortreten, wie ich es bisher getan habe, aber, meine Herren, die Sache hat eine ernstere Seite, und zwar keine bloß theoretische, sondern eine recht praktische. Begegnen Sie denn nicht an allen möglichen Stellen der Behauptung, daß der preußische Kultusminister in religiösen Dingen den Standpunkt von David Strauß in seinem Buche „von dem alten und neuen Glauben“ habe? Sie wissen, was ich meine, die Schrift [des Bischofs Freiherr von Ketteler] wird Ihnen bekannt sein. Lesen Sie denn nicht in gewissen Organen direkt an meine persönliche Adresse mit Nennung meines Namens gerichtete Bemerkungen, wie beispielsweise etwa: „Auch die schärfsten Schärfungen, Herr Dr. Falk, werden an Einem scheitern, das Sie vielleicht Verhängnis, wir aber göttliche Vorsehung nennen?“ Es ist nicht lange her, daß ein innerhalb dieses Hauses und draußen hoch angesehener Mann von der Tribüne gesprochen hat, daß sich große und kleine Staatsmänner, die das Christentum hassen — wörtlich —, finden würden und zu jeder Zeit fänden, um Geseze, wie sie jüngst im Reichstage beraten wurden, auszuführen. Nun, meine Herren, es liegt System in der Sache, es soll in die Welt der Gedanke hinausgestreut werden, daß ich ein Mensch sei ohne Religion, ein Mensch sei ohne Christentum. Nun, meine Herren, es genügt, wenn ich diesen Dingen gegenüber einfach sage: Es ist das Verleumdung! Gerade das Gegenteil ist wahr! — Soll ich Ihnen das hier beweisen? Gehört wohl, meine Herren, und darum

handelt es sich ja, die individuelle Glaubensüberzeugung auf den öffentlichen Markt?

„Ich frage, meine Herren, wo hat sie sich zu betätigen? Sind die Leute, die derartige Vorwürfe direkt und indirekt bringen, mit mir in solcher engen Beziehung, daß sie zu einem solchen Urteil, mit dem Sie so leicht fertig geworden sind, auch nur irgendwelche Berechtigung hätten?

„Meine Herren, lassen Sie mich Eins sagen. Ich würde es einmal für eine Entweihung halten, derartige, das Wesen eines jeglichen Menschen durchbringende und ihm heiligste Dinge in parlamentarischen Verhandlungen zu erörtern.

„Aber, meine Herren, noch ein anderes. Wenn jemand, der einen solchen Platz einnimmt, wie ihn mir die Entwicklung der Dinge und der Wille Sr. Majestät des Königs übertragen hat, — wenn der gegenüber dem großen Ganzen, dessen Wohl und Wehe zu einem guten Teile in seiner Hand liegt, sich wollte durch individuelle Glaubensansichten leiten lassen, — was wäre das für ein Unglück für den Staat!

„Meine Herren, jegliche Proklamation eines solchen Bekenntnisses in derartigen Versammlungen würde aussehen, wie ein Programm in dieser Richtung. Mit einem solchen Programm würde ich mit Nichten glauben, meinen Platz ausfüllen zu können!“

Schließlich nahm das Haus in zweiter und dritter Lesung das Gesetz in der Fassung der Kommission an. Der Versuch der Konservativen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, scheiterte, obwohl Falk ihn natürlich unterstützte und die sympathische Rede des Abgeordneten von Wedell dankbar begrüßte.

Immerhin war ein Großes erreicht. Das war auch Herrmanns Meinung, der am folgenden Tage an Falk schrieb:

„4. Mai 1874. Lassen Sie mich Ihnen, verehrter Herr Staatsminister, noch ein Wort des Dankes sagen für das durchgeführte Synodalgesetz. Ist auch nicht alles erreicht, worauf ich mir nach dem Abschluß unserer G. und S. D. sichere Hoffnung machte, so ist doch ein überaus erheblicher Erwerb sichergestellt. Wenn ich aus Kräften danach drängte, daß die staatsgesetzliche Anerkennung auch auf die Kreis- und Provinzialsynoden oder doch wenigstens auf die ersteren ausgedehnt werden möchte, so bestimmte mich dazu hauptsächlich die Befürchtung, daß die ersten Synoden noch zu sehr die Spuren der jüngstvergangenen Epoche unserer Kirche an sich

tragen würden, um der Synodalordnung in der Landesvertretung den zu ihrer Anerkennung erforderlichen Anklang zu erwerben. Ich hege diese Befürchtung noch und kann mich leider nicht zu der Hoffnung aufschwingen, daß die Parteiführer durch den Hinblick auf das über der Synodalordnung noch schwebende Damoklesschwert zur Mäßigung werden bestimmt werden. Leicht könnte so unser Werk ein Torso bleiben, was gleich sehr Ihrem und meinem Herzensanliegen zuwider sein würde, doch gereicht es mir zur Beruhigung, daß ich bei unbefangener Erwägung der Lage die von dem Abgeordnetenhaus eingenommene Stellung nicht bloß begreiflich finde, sondern auch, politisch angesehen, nicht zu mißbilligen vermag. Und daran knüpft sich nun die Hoffnung, daß der in guter Meinung gefaßte Beschluß doch nicht zum Nachteil der guten Sache ausschlagen, sondern nur dazu führen werde, auf unserm Wege zum Ziel eine neue Etappe einzuschieben. Der Weg wird freilich dadurch länger und meine Aussicht, sein Ziel zu erleben, schwächer, doch des Herren Wille geschehe.“

Im Herrenhause, wo von neuem der Versuch gemacht wurde, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, am 16. Mai, kam im Gegensatz zum Abgeordnetenhause die Raumersche Auslegung der Verfassung lebhaft zum Ausdruck. Falk akzeptierte das darin liegende Wahrheitsmoment, daß der König befugt gewesen, die G. u. E. O. aus Vollmacht des Landesherrlichen Kirchenregimentes zu erlassen, und unterstrich die darin liegende Anerkennung des Weges, den er gegangen, bemühte sich aber dann lebhaft, das Haus zur Annahme der Vorlage in der Fassung des andern Hauses zu bewegen, weil sonst überhaupt nichts zustande gekommen sein würde. Das gelang ihm. Das Gesetz wurde, allerdings gegen eine erhebliche Minderheit, angenommen und am 25. Mai 1874 publiziert.

War es richtig, was die Gegner von rechts und links mit umgekehrten Argumenten behaupteten, daß die Kirche dadurch erst recht an den Staat — die Einen meinten damit den König, die Andern den Landtag — gebunden würde? Nein, nach den Erfahrungen eines halben Jahrhunderts darf heute als ein sicheres historisches Urteil behauptet werden: Die Kirche empfing damit die erste Morgengabe der Freiheit und Selbständigkeit. Die Gemeinden wurden dem Staat wie dem Landesherrlichen Regiment gegenüber in wesentlichen Beziehungen unabhängig, sie wurden vor allem auch von der drückendsten Fessel freier, der der Armut. Sie konnten sich jetzt selbst helfen. Der ganze Aufschwung des kirchlichen Lebens seither beruht auf dieser

Voraussetzung. Noch mehr, die neue Ordnung eröffnete den Laien den Weg zur Mitarbeit in der Kirche, die Pastorenkirche war wenigstens prinzipiell überwunden. Man denke sich einmal den Fall, die Bewegung von 1918 hätte die Kirchgemeinden in dem Zustande von vor 1874 getroffen, was wäre dann wohl aus ihnen geworden? Ich wüßte nicht, daß es heute auch nur noch eine einzige Stimme gäbe, die in dem, was damals geschah, nicht einen segensreichen Fortschritt erkannte. Gedankt freilich hat es die Kirche seinem Urheber herzlich wenig *).

*) Siehe unten S. 275.

Siebentes Kapitel

Im heißen Kampfe

Die zweite Reihe der kirchenpolitischen Gesetze

Mit dem letzten Kapitel haben wir zeitlich ein wenig vorgegriffen. Wir wenden uns nun wieder dem Zeitpunkte zu, der durch die Publikation der ersten sogenannten Maigesetze gegeben war. Die Gesetze waren zweifellos legitime Gesetze, von den übereinstimmenden beiden Faktoren der Gesetzgebung der Verfassung gemäß erlassen. Den Einwand der Verfassungswidrigkeit hatte überdies das Gesetz betreffend die Änderung der Verfassung den Gegnern aus der Hand genommen. Jetzt war die Frage nur noch, ob sich die Betroffenen dem Gesetz beugen würden. Sollten nicht überhaupt alle Grundlagen des konstitutionellen Staatslebens umgestürzt werden, so mußten sie das tun. Die Lage des Staatsbürgers ist der *lex ferenda* gegenüber eine andere als der *lex lata*. Für das Verhalten der Katholiken hatte Windthorst die Parole „des passiven Widerstandes“ ausgegeben. Daß der preussische Episkopat sich diese Parole aneignete, entfesselte den allgemeinen Kirchekonflikt. Sofort nach der Publikation der Maigesetze hatte der Minister sich an die Bischöfe mit dem Ersuchen um ihre Mitwirkung bei Ausführung der Gesetze gewandt. Die Antwort gab der preussische Episkopat in der Fuldaer Erklärung vom 26. Mai, die dadurch verschärft war, daß sich der Episkopat zugleich an die Geistlichen und Gläubigen wandte. Er erklärte sich außerstande, zum Vollzuge der neuen Gesetze mitzuwirken. Er könne das der ganzen christlichen Tradition widersprechende Bestreben des Staates nicht unterstützen, einseitig vorzugehen und der Kirche eigenmächtig Grenzen und Schranken zu setzen. Er vermöge auch denjenigen einzelnen Bestimmungen nicht Folge zu geben, die von der Kirche an verschiedene Staaten kraft eines Übereinkommens derselben mit dem Heiligen Stuhle zugestanden seien; sonst würde er die Kompetenz des Staates, über kirchliche Dinge einseitig zu verfügen, anerkennen. — Der Standpunkt des Bischofs von Ermland war damit bestätigt, die Souveränität des Staates prinzipiell bestritten. Es zeigte sich, wie recht die Regierung daran getan hatte, seine Äußerung darüber so ernst zu nehmen.

Wir wissen heute, daß der Fuldaer Erklärung ein Gutachten des Mainzer Domherrn Dr. Christoph Mousang zugrunde lag, das empfahl, keinerlei einzelne Punkte anzunehmen, sondern die Position zu behaupten, daß sich die Regierung, wenn sie an den bestehenden Rechtsverhältnissen etwas ändern wolle, mit dem Papste zu benehmen habe. Was wir aber leider nicht wissen, ist, ob diese Stellungnahme nach einer Anweisung aus Rom erfolgte, oder aus eigenem Entschlusse. Die Regierung nahm das Erstere an und sah in der Fuldaer Erklärung den Beweis für die Abhängigkeit der Bischöfe von Rom.

War diese Stellung unvermeidlich und mit dem katholischen Glauben gegeben? In keiner Weise. Es war auf preußischem Boden ein ganz neuer Anspruch, daß die Ordnung der staatskirchlichen Beziehungen nur auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Staat und Kurie erfolgen könne. Die Geschichte sprach dagegen. Die Rechte der katholischen Kirche in Preußen beruhten auf Landesfürstlichen Privilegien und KonzeSSIONen, in späterer Zeit auf Gesetz und Verfassung, die der Staat sich gegeben hatte. Weder bei Erlass der landrechtlichen Ordnung noch der Verfassung war mit der Kurie verhandelt worden. Auch die Zirkumscriptionen nach der Bulle de salute animarum waren vom König kraft seiner Majestätsrechte gewährt worden. Gewiß, die Selbständigkeit der Kollegialrechte der Kirche beruhte letzten Grundes nicht nur auf dem positiven Recht, sondern auf einer den modernen Völkern eigenen Rechtsüberzeugung, die wieder aus der reformatorischen Idee von der Scheidung weltlicher und geistlicher Gewalt stammte; aber niemals war zweifelhaft gewesen, daß die Abgrenzung dieser Rechte dem Staate zustand. In welche Lage auch wäre der Staat geraten, hätte er jenen Grundsatz angenommen! Er hätte dann dem Papst gegenüber ungünstiger dagestanden als jedem auswärtigen Souverän, denn kein solcher war zugleich Gebieter über ein Heer im Lande und Herr über einen Teil der Bevölkerung. Und nun bedenke man, was für eine Persönlichkeit damals Papst war. Daß er an seinen eigenen Syllabus gebunden war, daß er den Versuch Bismarcks, das Zentrum umzubilden, abgelehnt, daß er in dem Konflikt mit dem Feldpropst *) sich schroff auf die Seite desselben gestellt hatte. Nein, dieser Weg war ungangbar, und seine Empfehlung zeigte nur, daß die Bischöfe auf die Theorie des Syllabus und des Vatikanums eingegangen waren, daß sie damit bei der Kurie den peinlichen Eindruck

*) Siehe oben S. 122.

ihres Verhaltens auf dem Konzil auslöschen wollten und daß es sich ihnen nicht darum handelte, die Bedürfnisse der Kirche mit denen des Staates in Einklang zu bringen, sondern um die Machtfrage, um die Durchsetzung des furialen Anspruches auf Freiheit der Kirche.

Was konnte die Regierung nun anders tun, als die Gesetze ausführen, wenn sie nicht ihre Autorität preisgeben wollte? Das war die Aufgabe Falks in den Sommermonaten 1873. Und nun zeigte sich der Unterschied zwischen der preussischen und der süddeutschen Art. Die einzelnen Bestimmungen der Maigesetze galten nahezu in gleicher Weise in Baden und Württemberg und anderswo, aber sie waren dort auf dem Papier stehen geblieben, weil in den betreffenden Gesetzen die Strafbestimmungen fehlten und weil es den ausführenden Organen an der Entschlossenheit und dem Mut gebrach, Zwang anzuwenden. In Preußen aber galt der Grundsatz, daß Gesetze dazu da seien, befolgt zu werden, und dieser Grundsatz stand dem verantwortlichen Staatsmanne unbedingt fest. So wurde nun der Versuch gemacht, die Durchführung der Maigesetze zu erzwingen. Wir können unmöglich alle die Verfügungen aufführen, die zu diesem Zwecke ergingen. Sie blieben nahezu erfolglos. Die Anklagen und Bestrafungen renitenter Priester und Bischöfe wuchsen ins Ungeheure. Es zeigte sich rasch, daß die Gesetze, wie sie waren, nicht genügten, den Widerstand des Klerus zu brechen, zumal sie Lücken hatten. Das Gesetz über die Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 wurde in vielen Fällen so umgangen, daß die Bischöfe überhaupt nicht anstellten, also auch die Anzeigepflicht nicht verletzten; sondern ohne Auftrag des Bischofs erschienen in den vakanten Pfarreien gewissermaßen als Privatpersonen Priester, um die Seelsorge zu übernehmen. Es konnte also kein Einspruch erhoben werden, weil gar keine Benennung des Kandidaten bei dem Oberpräsidenten erfolgt war. Mehrere Gerichte hatten die Strafbestimmungen der §§ 22 und 23 des Gesetzes auf solche Fälle für nicht anwendbar erklärt. Das führte zu Erwägungen, ob eine Ergänzung jenes Gesetzes notwendig sei, und sie wurden bejaht. Noch bedenklicher war eine andere Lücke in dem Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt. Sie wurde offenbar, als die erste Amtsentsetzung eines Bischofs in Sicht kam. Für den Fall nämlich, daß ein amtsentlassener Kirchendiener trotzdem fortfahren sollte, Amtshandlungen vorzunehmen, waren in dem Gesetz nur Geldstrafen vorgesehen. Man überlegte, ob nicht auch dieses Gesetz einer Ergänzung dahin bedürfe, eine Gefängnisstrafe festzusetzen, sah aber dann davon ab, weil diese

schon von sehr langer Dauer hätte sein müssen, um den Zweck der tatsächlichen Entfernung des Betreffenden aus seinem Wirkungskreise zu erreichen. Der Oberpräsident von Posen, der diese Frage mit Hinblick auf den Erzbischof Grafen Ledochowski angeregt hatte, erklärte, daß nur eine Bestimmung wie die folgende helfen könnte: „Aus dem Amte entlassenen Kirchendienern kann der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.“ Das war einleuchtend, ließ sich aber nur durch Reichsgesetz erreichen, da dies hier allein zuständig war. Die Sache wurde zunächst vertagt. Dagegen wurde bei solchen Aussichten die Frage der Verwaltung erledigter katholischer Bistümer brennend.

Die Regierung hatte aber bei der Durchführung der Maigesetze noch mit einer anderen Schwierigkeit zu kämpfen, mit den den Zielen der Staatsregierung widerstrebenden oder durch ihre Gleichgültigkeit unbrauchbaren Beamten, wie deren namentlich im Rheinlande, Posen und Schlesien nicht wenige waren. Immer neue Briefe von Privatleuten, Gelehrten, Schulmännern, aber auch staatsfreundlichen katholischen Geistlichen schilderten die Schwäche und Unzuverlässigkeit von Verwaltungs- und Schulaufsichtsbeamten gegen ultramontane Gehässigkeiten und Propaganda, darunter so beachtliche Zeugen, wie der Domherr *Frenken* in Köln und Fürst *Hendel-Donnersmarck*, der sich deshalb auch an Bismarck wandte. Am 18. August 1873 schrieb Bismarck aus Varzin an Falk:

„Verehrtester Herr Kollege! Die Landräte, welche mit den Jesuiten und Polen sympathisieren, verwerten den staatlichen Einfluß, der ihnen anvertraut ist, zur Herbeiführung staatsfeindlicher Wahlen. Ich habe eine durchgreifende Richtigstellung dieser ebenso gefährlichen wie vernunftwidrigen Einrichtung seit Jahr und Tag begehrt und mit Mühe in meiner nächsten Heimat durchgesetzt. Das Zehnfache des Geschehenen ist aber noch zu tun, und die Wahlen sind nahe. Ich benutze die Anlage, um Ihre Bundesgenossenschaft zu diesem Zwecke zu erbitten. [Die Anlage enthielt ein Verzeichnis besonders feindlich gegen die Regierung aufgetretener Landräte.] Ich hoffe anfangs September auf einige Tage in Berlin zu sein. Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen bin ich der Ihrige von Bismarck“.

In seiner von Lausanne, 25. August 1873, datierten Antwort konnte Falk die erbetene Bundesgenossenschaft nur unbedingt zusagen und darauf hinweisen, daß er denselben Standpunkt bereits im Staats-

ministerium vertreten hätte. Aber im Januar 1874 mußte er Bismarcks Leidenschaft, der Gewaltmaßregeln plante, durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten dämpfen, die sich einem Vorgehen gegen solche Beamte in den Weg stellten, solange sie nicht disziplinarisch faßbare Agitation trieben.

Vor allem aber ließ sich nun die Frage der Zivilehe nicht länger hinauschieben. Das Gesetz vom 11. Mai 1873 hatte bestimmt, daß die den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufende Übertragung eines geistlichen Amtes als nicht geschehen gelte. Somit entbehrten alle von gesetzwidrig angestellten Geistlichen vorgenommenen Amtshandlungen der rechtlichen Wirksamkeit. Eintragungen in die öffentlichen Kirchenbücher, die sie vornahmen, hatten keinen öffentlichen Glauben. Ihre Trauungen begründeten keine bürgerlich gültige Ehe. Die auf diese Weise geschlossenen Verbindungen galten als Konkubinate, der willkürlichen Trennung konnte nicht entgegengetreten werden, die aus solchen Ehen hervorgehenden Kinder hatten kein Erbrecht am Nachlaß des Vaters usw. Und trotz dieser der Bevölkerung immer wieder eingeschärften Folgen wurden fortwährend solche Ehen geschlossen, ja es galt in dem aufgeregten katholischen Volksteil geradezu als eine Ehrensache, diese Folgen nicht zu scheuen. Was sollte daraus werden, wenn der Kirchenstreit länger anhielt? Und was konnte hier anders helfen wie die obligatorische Zivilehe? Denn von einer fakultativen konnte ja keine Rede sein, weil es im einzelnen Falle eben keine Wahl gab, sie wäre in jedem Bezirke eines widerrechtlichen Pfarrers doch zwangsläufig gewesen. Und die Notzivilehe konnte schon deshalb nichts helfen, weil die Beteiligten einen Notstand gar nicht anerkannten. Falt beschloß, den im vorigen Jahre zurückgestellten Antrag zu erneuern.

Währenddem griff die Erregung im Volke, durch die Presse und die Agitation des inzwischen gegründeten Mainzer Katholikenvereins geschürt, um sich. Aber nicht nur die Anhänger der Bischöfe und ihres Standpunktes regten sich, sondern auch die Altkatholiken. Am 4. Juni wählten sie sich in der Pantaleonskirche zu Köln einen Bischof. Frau Lilla Deichmann-Schaffhausen schrieb darüber an Falt und berichtete ihm, größter Hoffnung voll, von der ergreifenden Szene der Wahl. Der Eindruck auf Falt war aber nicht ganz so wie die Brieffschreiberin hoffen mochte. Es berührte ihn peinlich, daß Reintens, nachdem Reusch, Knoodt und Langen abgelehnt hatten, trotz seines entschiedenen Sträubens nahezu vergewaltigt

worden war. Sollte, konnte der neue Bischof staatlich anerkannt werden? Ließ sich sonst noch etwas tun, um die Bewegung zu fördern? Überraschend warm setzte sich Bismarck dafür ein. Einer der Führer, Professor von Schulte*), hatte ihn dafür gewonnen, aber gerade diese Persönlichkeit war für Falk eher ein Grund des Mißtrauens. Seine Forderung lief nämlich darauf hinaus, die Regierung solle die Altkatholiken als die echten ansehen und ihnen das Kirchengut zusprechen. Alles, was er dem Minister schrieb und empfahl, war grenzenlos äußerlich. — Am 14. Juni traten auch die staatsstreuen Katholiken, fast lauter schlesische Magnaten und ihr Anhang, mit einer Adresse an den Kaiser hervor, auf die Bismarck gleichfalls große Hoffnungen baute. Den Höhepunkt erreichte die Aufregung, als am 14. Oktober das Schreiben des Papstes an den Kaiser vom 7. August und dessen Antwort vom 3. September veröffentlicht wurden, diese Antwort, die, man darf wohl sagen, von allen Protestanten der Welt als die würdigste Zurückweisung des Anspruches einer Oberhoheit des Papstes empfunden wurde. . . . Sie war von Bismarck selbst aufgesetzt und im Staatsministerium einmütig gebilligt worden.

In dieser Stimmung wurde das Volk zu den Wahlen zum Abgeordnetenhause gerufen. Das Ergebnis war, daß zwar das Zentrum mit 87 Abgeordneten als fest geschlossene Macht in das Haus einzog, im übrigen aber die Nation sich mit überwältigender Mehrheit auf die Seite des Staates im Kulturkampfe — so hieß er nun allgemein nach der Namengebung *Birchows* in einer Rede vom 17. Januar 1873 — stellte. Die einzige Partei, die ihn ablehnte, die Konservativen, kehrten nur mit 6 Abgeordneten zurück, dagegen die Nationalliberalen mit 180, der Fortschritt mit 68, die Freikonservativen mit 34; und die Neukonservativen, die sich eben um dieser Sache willen von den Altkonservativen getrennt hatten, zählten 25 Mitglieder. Die Regierung verfügte über eine sichere Mehrheit. Fast noch charakteristischer für die Volksstimmung aber war, daß Falk in nicht weniger als sieben Wahlkreisen gewählt war, — ein in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus wohl einzigartiges Vorkommnis; konnte das Volk deutlicher bekunden, welches Vertrauen sich der vor zwei Jahren noch unbekannte schlesische Jurist mittlerweile gewonnen hatte? Ich füge

*) von Schulte, Joh. Fr., Der Altkatholizismus. Geschichte seiner Entwicklung, innern Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland, Gießen 1877, S. 360 ff.

gleich hinzu, daß auch die wenige Wochen danach stattfindenden Reichstagswahlen daselbe Bild zeigten. Das Zentrum gewann: es zählte nun 91 Vertreter, die Konservativen aber behaupteten nur 21 Sitze, die Deutsche Reichspartei hatte 31, die Nationalliberalen 151, der Fortschritt 49, daneben die Polen 14, die Sozialdemokraten 9, die Elßässer 15. Allein nicht nur der Ausfall der Wahlen hatte Falks Stellung wesentlich verstärkt, auch im Ministerium waren um dieselbe Zeit Veränderungen vorgegangen, die Falk nur angenehm sein konnten. Roon war zurückgetreten, Bismarck hatte wieder das Präsidium übernommen, Camphausen war zum Vizepräsidenten, Achenbach zum Handelsminister ernannt worden; wenige Monate später trat Friedenthal als Minister für Landwirtschaft ins Kabinett. Alle waren so gut wie einig, den Kampf gegen Rom mit aller Energie weiter zu führen. Fraktionen innerhalb des Staatsministeriums hatte Falk nicht mehr zu befürchten.

Welche Rücksicht Bismarck damals auf Falk nahm, zeigt sich auch darin, daß er um seinetwillen auf die Ernennung seines Jugendfreundes Moritz von Blandenburg zum Landwirtschaftsminister verzichtete. Im Dezember 1873 fragte Bismarck Falk, ob er einverstanden sein würde, wenn Blandenburg das Landwirtschaftliche Ministerium übernehme. Jener erwiderte, daß für Blandenburg und ihn in demselben Ministerium kein Platz sei, worauf Bismarck sofort antwortete, daß mit dieser Erklärung die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden habe. Offenbar hatte Roon diese Ernennung angeregt und deshalb kurz zuvor ein Kennenlernen der beiden Männer bei einer Gesellschaft in seinem Hause vermittelt. Falk hatte gemeint, daß dies Zusammentreffen zufällig wäre, erkannte aber nun, daß es von Roon absichtlich veranlaßt worden war. Daß es sich um kirchenpolitische Fragen bewegte, verstand sich von selbst. Sie standen im Mittelpunkt des Interesses. Aber zu einer Annäherung zwischen beiden Männern führte das Gespräch nicht. Blandenburg drängte auf baldigen Friedensschluß mit den Bischöfen, was Falk erst dann für möglich erklärte, wenn sie nachgegeben hätten.

Die Wirkung dieser Ereignisse zeigt sich darin, daß er nun erstens die Vorlage des Zivilehegesetzes mit stärkstem Nachdruck betrieb, und zweitens am 6. November beim Staatsministerium beantragte, vor dem Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten das Verfahren auf Amtsentlassung des renitentesten aller Bischöfe, des Grafen Ledochowski, in Gang zu bringen.

„Sagt man alle die vorgelegten Momente zusammen — so lautete der Schluß dieses Antrages —, so gewinnt man in der Person des Grafen Ledochowski das Bild eines Prälaten, der in offener Auflehnung gegen die Geseze und Ordnungen des Staates lebt, der gegen die Anordnungen der Staatsregierung eine systematische Opposition betreibt und sich so vieler und schwerer Verletzungen der auf sein Amt bezüglichen Vorschriften schuldig gemacht hat und sich schuldig zu machen fortfährt, daß ein Zweifel darüber nicht mehr bestehen kann, wie ein längeres Verbleiben deselben im Amte mit der öffentlichen Ordnung schlechthin unverträglich ist.“

Dem folgte am 6. Dezember die Änderung des Bischofseides unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Enzyklika des Papstes vom 21. November, wonach es allerdings lächerlich gewesen wäre, den Schwörenden noch länger versichern zu lassen: „Ich bin gewiß, daß ich mich durch den Eid, welchen ich Seiner päpstlichen Heiligkeit und der Kirche geleistet habe, zu nichts verpflichte, was dem Eide der Treue und Untertänigkeit gegen Seine Königliche Majestät entgegen sein kann“, und hochnötig wurde, von dem Schwörenden die Versicherung zu verlangen, „die Geseze des Staates gewissenhaft zu beobachten.“

Nachdem Falk die Oberpräsidenten über die Zivilehe gehört hatte, die sich zumal in den beteiligten Provinzen lebhaft für ihre baldige Einführung aussprachen, richtete er an das Staatsministerium am 3. November den betreffenden Antrag. Er vermied, von neuem an Bismarck heranzutreten, da er ja dessen Zustimmung bereits im vorigen Jahre erlangt hatte. Bismarck aber sandte ihm den eben ernannten Staatssekretär v o n B ü l o w, den er, wie wir noch sehen werden, gern zu solchen Botschaften benützte, mit folgender Eröffnung. Er spreche sich nicht grundsätzlich gegen die Zivilehe aus, habe aber Bedenken der Opportunität. Der Schaden, welchen die Staatsangehörigen hätten, sei ihre eigene Schuld, respektiv die der Kirche; der Staat habe keinen Grund, ihn zu beseitigen. Auch sei ihm zweifelhaft, ob die Zivilehe wirklich eine Waffe im Kampfe gegen Rom sei. Falk entgegnete, daß er von diesem Gesichtspunkte gar nicht ausgehe. Die Beschädigung der Staatsangehörigen aber falle immer auf den Staat zurück, wenn dieser das Mittel habe, zu helfen, und es nicht anwende. Diese neue Waffe wolle er den Gegnern nicht in die Hand drücken. Bülow berichtete nach Varzin und kam einige Tage später wieder zu Falk. Er fragte in Bismarcks Auftrage, ob Falk

nach nochmaliger Erwägung bei seiner Auffassung bleibe. Als Falk dies mit dem Bemerken bestätigte, er könne die Verantwortung für jene schweren Unordnungen und Verwirrungen des bürgerlichen Lebens nicht übernehmen, entgegnete Bülow: „Dann ist heute ein Tag wichtiger Entscheidung für Deutschland, der Kanzler wird keinen Widerspruch erheben.“ Bismarck ist dies nicht leicht geworden. Er hat später die Sache so dargestellt, daß er nur einem gemeinsamen Druck seiner Kollegen im Staatsministerium mit der Drohung des Rücktrittes nachgegeben habe, weil er damals einen Ministerwechsel für das größere Übel hielt (Herrenhausrede vom 30. November 1881). Das ist aber nicht richtig, keiner der andern Minister hat sich mit der Zivilehe solidarisch erklärt und nicht einmal Falk hat mit dem Rücktritte gedroht, aber allerdings mit Energie seine Überzeugung festgehalten.

Im Staatsministerium wurde eingehender nur die eine Frage behandelt, ob das Gesetz zulassen sollte, daß auch Geistliche zu Standesbeamten, oder wie man damals noch sagte: Personenstandsbeamten bestellt werden könnten. Das war Falks Meinung. Die Minister des Innern und der Justiz waren dagegen. Jener forderte Ausschluß der Geistlichen, dieser wollte allenfalls neben den Standesbeamten auch Geistlichen widerruflich die Ermächtigung erteilen lassen, Personenstandsakte zu vollziehen. Falk wehrte sich für seinen Vorschlag, weil er sich davon eine günstige Wirkung auf den Kaiser versprach. Denn das wußte er, dessen Widerstand zu überwinden, war noch ein schweres Stück. So erhielt der Paragraph die Fassung: „Der Regierungspräsident ist befugt, neben den ordentlichen Standesbeamten innerhalb bestimmter örtlicher Grenzen auch Geistliche als Standesbeamte zu bestellen. Dieselben sind alsdann ermächtigt und verpflichtet, in Beziehung auf diejenigen Personen, welche sich an sie wenden, alle Standesakte mit voller rechtlicher Wirkung zu vollziehen.“ Nachdem Bismarck sich damit einverstanden erklärt hatte, ging die Vorlage mit einem ausführlichen Immediatbericht am 20. November an den Kaiser. Hier hatte Wilowski vorgearbeitet. Auf Falks Mitteilung, daß der Immediatbericht Bismarcks Billigung gefunden, hatte er an den Kaiser geschrieben:

„Das Staatsministerium wird in den nächsten Tagen einstimmig einen Entwurf über die Zivilehe vorlegen. In dem Bericht soll gezeigt sein, daß die Verhältnisse jetzt ganz anders liegen als 1859. Fakultative Zivilehe gegenwärtig unmöglich ohne schwere Nieder-

lage der Regierung vor dem Episkopat; unausführbar, weil eine Wahl überhaupt nicht möglich sei, da in zahlreichen Gemeinden überhaupt kein Geistlicher existiere, der rechtmäßig trauen könne, da die blinde Masse sich dennoch demonstrativ von den rechtswidrigen Geistlichen trauen lassen würde, — Folgen: Konkubinate! Unehelichkeit der Kinder, Erbrecht, Trennung ohne Ehescheidung usw., Chaos. Sehr dringend, einzige Hilfe obligatorische Zivilehe, um so mehr als sonst Initiative des Abgeordnetenhauses droht und bekannt ist, daß alle Oberpräsidenten mit katholischer Bevölkerung dafür. Im Interesse der evangelischen Kirche, um Ev. M. Intentionen nach Möglichkeit entgegenzukommen, Auskunft, daß Geistliche neben den ordentlichen Standesbeamten bestellt werden können.“

An den Rand dieses Schreibens schrieb der Kaiser, nachdem er den Immediatbericht studiert hatte, eine Ordre, deren Wortlaut mir nicht bekannt ist. Sie muß aber die Fragen enthalten haben, ob alle Oberpräsidenten einverstanden seien — es fehlten einige, zum Beispiel der von Pommern —, ob nicht die fakultative Zivilehe genüge.

In einer Unterredung zwischen Falk und Wilmowski wurde genau besprochen, welche Antwort Falk geben sollte. Ihren Hauptinhalt mußte die Anzulänglichkeit der fakultativen Zivilehe bilden, es mußte aber auch auf das Gemüt des Kaisers mit einem Appell an die Verantwortung vor Mit- und Nachwelt gewirkt werden, es mußte gezeigt werden, daß die fakultative Zivilehe für die Kirche gerade das Allergefährlichste und Unwürdigste wäre. Nach dieser Verabredung schrieb der Minister am 5. Dezember einen langen Brief an Wilmowski, der fast zu einer Abhandlung wurde, zur Vorlage an den Kaiser. Nur eine Stelle aus diesem Briefe, dem es gelang, seinen Widerstand zu besiegen, sei hier angeführt, weil sie zugleich zeigt, wie geschickt Falk den Ton zu treffen wußte, der zu dem Herzen des Kaisers drang. Falk schreibt von den Folgen, die die Zivilehe für die evangelische Kirche haben könnte:

„... Ich kann nicht anders, als die Besorgnisse, welche in ihrem Interesse von der Einführung dieses Instituts gehegt werden, für unbegründet zu halten.

Mit dieser Ansicht haben sich, wie ich aus unmittelbarer Erfahrung weiß, in neuerer Zeit ebenso evangelische Konservative, wie auch evangelische Geistliche einverstanden erklärt. ...

Was sie gegen die fakultative Zivilehe und für die obligatorische,

insbesondere vom kirchlichen Standpunkt aus, anzuführen haben, mag sich in der Hauptsache auf folgendes zusammenfassen lassen:

1. Die fakultative Zivilehe gibt kein gleiches Recht für alle, sie überläßt es völlig dem Belieben des Einzelnen, wo er die Rechtssicherung seiner Ehe nachsuchen will, bei der Kirche oder bei dem Staate. Dies muß auf das Volksbewußtsein verwirrend einwirken, denn es kann ein Wählen und Schwanken, vielleicht eine Meinungsverschiedenheit zwischen den Brautleuten eintreten und von dieser allein abhängen, ob sie auf die eine oder andere Weise in die Ehe treten. . . .

. . . Die Hauptsache aber ist das Verhältnis, das durch Einführung der fakultativen Zivilehe der Kirche erwächst. Die Notzivilehe gewährt schon den Schein einer Opposition gegen die Kirche, indem sie Personen, die sich der kirchlichen Ordnung nicht unterwerfen können oder infolge ihrer besonderen Verhältnisse — Scheidung — nicht wollen, doch wider die Ordnungen der Kirche den Weg zur Ehe bahnt, was leicht als versteckter Tadel gegen die Kirche, als Sieg über sie betrachtet werden und in negativer Stellung gegen sie bestärken kann. Viel schlimmer aber ist es bei der fakultativen Zivilehe. Vermöge der Freiheit der Wahl, welche bei ihr besteht, ist die Eheschließung für sie ein Ausdruck willkürlicher Geringschätzung des kirchlichen Segens. Sie ermöglicht es, etwaiger Mißstimmung gegen die Kirche oder den Diener derselben, etwaigen Gelüsten, letzteren zurückzusetzen und zu kränken, oder ersterer Verachtung zu beweisen, und ähnlichen unlauteren Empfindungen praktische Geltung zu geben. Damit ergibt sich ein Angriff gegen die Kirche. Dieselbe wird gedrängt, denselben abzuwehren und zu Zensuren zu schreiten, welche bei überorthodoxen Geistlichen leicht über ein zulässiges Maß hinausgehen würden. Nicht Frieden und Förderung erwächst der Kirche aus der fakultativen Zivilehe, sondern ein Kampf, der an und für sich nicht nötig und wegen seiner Eigentümlichkeit die Gemüter in weiten Kreisen und tief ergreift, deswegen aber der Kirche nicht gedeihlich ist.

2. Völlig anders ist es mit der obligatorischen Zivilehe. Mit ihr nimmt der Staat für sich, was er zu beanspruchen das Recht hat. Ist dies geschehen, dann gewinnt die Kirche für sich und ihre Diener die geistliche Freiheit. Sie können nach Bibel, Kirchenlehre und Gewissen handeln, ohne durch Anforderungen des Staats und seine Zumutung, nach seinen Wünschen und Ordnungen Ehen kirchlich geweiht zu sehen, sich gedrängt, beengt, einem fremden Prinzipie dienstbar gemacht zu finden. Nur unter dieser Voraussetzung kann die von S. M. dem Könige Friedrich Wilhelm IV. in

dem Erlasse vom 8. Juni 1857 *) speziell für die korrekte Behandlung der Ehescheidungssachen ausgesprochene Überzeugung, daß eine rechte Bewegung der Kirche nur möglich sein werde, wenn dieselbe gänzlich von allen menschlichen Rücksichten befreit sei, — aufhören, eine ideale subjektive Meinung zu sein.

Durch Einführung der obligatorischen Zivilehe wird die Ehre der Kirche am besten, eigentlich allein gewahrt. Bis jetzt liegt die Eheschließung ganz in den Händen der Kirche, die Ehescheidung ganz in den Händen des Staates; der letztere maßt sich an, zu scheiden, was die Kirche verbunden hat; dies widerstrebt entschieden deren Würde und Ehre. Noch mehr gilt dies von dem Verlangen des Staates, daß die Kirche Eheleute, die der Staat, ohne die Kirche zu fragen, und ohne auf ihre Ordnungen Rücksicht zu nehmen, geschieden hat, anderweitig wieder traue, — ein Verlangen, welches sich um so bedenklicher zeigt, wenn es für den Fall, daß der eine Diener der Kirche hierzu zu gewissenhaft wäre, mit der Spekulation gesetzlich verbunden ist, daß ein anderer Diener ein weiteres Gewissen haben werde. Aus solchem schmählischen Verhältnisse muß die Kirche erlöst werden, und dazu ist kein anderes Mittel denkbar, als die obligatorische Zivilehe, bei welcher der Staat zur Ehe vereinigt, je nachdem er es für recht und in der Ordnung hält, und die Kirche dann ihrerseits nur solchen Paaren die kirchliche Segnung und Weihe dazu erteilt, bei denen sie es nach Pflicht und Gewissen kann.

Der Segen der Kirche wird in seiner Würde und Bedeutung erst dann gewahrt, wenn infolge Einführung der Zivilehe niemand *g e z w u n g e n* ist, ihn nachzusuchen, sondern dies nur aus freier eigener Wertschätzung desselben geschieht. Die kirchliche Eheschließung wird alsdann eine ganz andere Stellung einnehmen als jetzt. Dieselbe hat keine äußerlich juristische Bedeutung mehr, sondern die einer innerlichen geistlichen Weihe, die nicht ohne Einfluß auf das Leben in der Ehe bleiben kann. Es ist eine zweifelsfreie Tatsache, daß im Bereiche der Zivilehe das Eheband heiliger gehalten

*) „Es ist Ihnen bekannt, daß nach meiner Überzeugung eine völlig korrekte Behandlung der Ehescheidungssachen durch die Kirche erst dann möglich sein wird, wenn dieselbe durch die Gestattung der bürgerlichen Ehe auch für solche Personen, welche aus der Landeskirche nicht ausgeschieden sind, gänzlich von allen menschlichen Rücksichten befreit sein wird. Die Kirche kann dann das Schriftwort in vollster Strenge zur Anwendung bringen, ohne daß zerstörende Konflikte zu besorgen sind, weil es den geschiedenen Personen möglich ist, eine Ehe ohne den kirchlichen Segen einzugehen.“ Die *RD.* in dem gleich zu nennenden Buche von Schubert, S. 94.

wird, als da, wo bloß kirchliche Eheinssegnung besteht. In der Rheinprovinz kommen jährlich 16 bis 20, in der Provinz Brandenburg 300 bis 400 Ehescheidungen unter Evangelischen vor; zu den anderen östlichen Provinzen waltet gleiches Verhältnis ob. Diese eine Tatsache beweist, daß es eine unmotivierte Lebensart ist, wenn man von einem antireligiösen Charakter der Zivilehe spricht. Es handelt sich ja dabei nur um die Form, wie die Ehe abgeschlossen wird. Gleichviel in welcher Form ihre Eingehung statthat, kann die Ehe selbst religiös oder antireligiös sein und geführt werden. Das reiche Maß der Ehescheidungen bei nur kirchlich geschlossenen Ehen ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit der Tatsache. Könnte es wirklich als eine Schädigung des religiösen Lebens angesehen werden, wenn die Geschiedenen, oder doch der größere Teil derselben, weil sie kein religiöses Eheleben zu pflegen imstande sind, auch zu keiner kirchlichen Eheschließung kämen? Wie viele sind unter denen, die in der Kirche getraut werden, welche ihre Ehe lediglich eingehen um des Geldes willen! Sind sie nicht vergleichbar jenen Wechslern und Heuchlern, welche der Erlöser aus dem Tempel zu Jerusalem trieb? Wäre es wohl wider des Herrn Tat, wenn man im Interesse der Kirche kein Gewicht darauf legte, daß sie eine kirchliche Trauung nachsuchen? Es kann der Kirche nicht schaden, wenn in solchen und ähnlichen Fällen ihr Segen zur Eheschließung nicht beansprucht wird. . . .“

Am 9. Dezember gelangte der Entwurf an den Landtag. Salk hatte damit dem sehr lebhaften Gelüst der Fortschrittler, die Initiative zu ergreifen, den Faden durchschnitten und die Führung für die Regierung gewahrt. Das Abgeordnetenhaus verhandelte im Plenum vom 17. ab. Die Zustimmung war von vornherein nicht zweifelhaft. Nur eine Bestimmung bereitete Schwierigkeiten, allerdings gerade eine, auf die die Regierung Wert legte, die Zulässigkeit der Bestellung von Geistlichen zu Standesbeamten, und die sie daher zähe verteidigte. Dennoch wurde sie gestrichen, dafür in § 2 eingefügt: „Außer im Falle des besonderen Bedürfnisses ist das Amt eines Standesbeamten nur Gemeinde- oder Bezirksbeamten zu übertragen.“ Ausnahmsweise war also jene Möglichkeit doch offen geblieben. Sehr ungünstig in den Kreisen der evangelischen Geistlichen wirkte, daß eine Resolution mit knapper Mehrheit abgelehnt wurde, allerdings nicht aus sachlichen, sondern nur formalen Bedenken, die eine Entschädigung der Pfarrstellen für erwachsende Verluste verhieß. Sie war angeregt durch eine Eingabe des D. A. R., worin dieser diese Verluste auf

etwa 200 000 Taler jährlich berechnet hatte. Das Gesetz wurde am 23. Januar angenommen. Die Herrenhausberatung begann am 17. Februar. Hier stand ihm neben den Katholiken eine geschlossene Gruppe von Ultrakonservativen entgegen. Ihre Wünsche gingen auf Ablehnung des Gesetzes, waren aber aussichtslos, da auch hier eine sichere Mehrheit vorhanden war. Eine Änderung des Gesetzes erlangten sie merkwürdigerweise in derselben Richtung, die im Abgeordnetenhaus die Linke verfolgt hatte. Sie setzten nämlich durch, daß Geistliche niemals zu Standesbeamten sollten bestellt werden, und ebneten damit dem Minister den Weg, die Neigung des Königs, an dieser Bestimmung das ganze Gesetz scheitern zu lassen, zu überwinden. Eine entschiedene Verbesserung war es, daß an Stelle der vom andern Hause mit geringer Mehrheit abgelehnten Resolution ein Paragraph eingeschoben wurde, der den Geistlichen und Kirchendienern für den Ausfall an Gebühren einen Rechtsanspruch einräumte. Das Gesetz mußte um dieser Änderungen willen noch einmal an das Abgeordnetenhaus zurückgehen, wurde hier aber anstandslos definitiv angenommen.

Die Tat, die damit getan wurde, kann niemals zurückgenommen werden. Ihre Bedeutung ist auch in der evangelischen Kirche erst sehr allmählig richtig verstanden worden. Sie erschien zuerst als ein Schlag gegen das Ansehen der Religion im Volke, und die ersten Erfahrungen mit der Wirkung des Gesetzes gaben zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Auch Falk hat die nach Erlaß des Gesetzes, besonders in Berlin stark ansteigenden Tauf- und Trauversäumnisse mit großer Sorge beobachtet. An der Richtigkeit der Zivilehe machten sie ihn nicht einen Augenblick irre. Wohl aber offenbarten sie ihm einen Schaden in der evangelischen Kirche, auf den er in seinen Aufzeichnungen oft zurückkommt, — den Mangel an spezieller persönlicher Seelsorge. Er machte in der Kirchengemeinde, deren Vertretung er angehörte, in der Dorotheenstädtischen, eine eigentümliche und lehrreiche Beobachtung. Auch in ihr gingen die Taufzahlen von 1875 ab stark zurück: 1874 noch 863, 1875 509, 1876 453, 1877 333, 1878 322, 1879 336, 1880 337, 1881 356. Im Jahre 1882 stiegen sie plötzlich wieder auf 718. Wie kam das? Im Herbst 1880 war der alte müde Pastor B a t e r pensioniert worden, an seine Stelle trat zunächst ein von Falk als ungewöhnlich eifrig und geschickt geschilderter Hilfsprediger v o n T r e s d o w, dann endgültig eine neue frische Kraft, Pastor B o g e l. Das tatkräftige Einsetzen persönlicher Seelsorge hat

nach Salts Urteil bewirkt, daß die Taufversäumnisse so gut wie völlig verschwanden.

In Wahrheit war die Zivilehe ein Schritt zur Durchführung des protestantischen Kirchenbegriffes und sie lag ganz auf der Linie der Reformation. Das hat die bedeutende Schrift Hans von Schuberts *) ein für allemal gezeigt. Durch die Zivilehe wurde an einem besonders empfindlichen Punkte die Scheidung von weltlicher und geistlicher Gewalt zur Wahrheit und damit die Trauung wieder, was sie bis dahin nicht war, eine Handlung der Wortverwaltung ohne Rechtsfolgen, aber auch ohne Gebundenheit an staatliches Recht.

Über die Beratung der beiden andern Gesetze, „wegen Ergänzung und Deklaration des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und „betreffend die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer“ — endgültig erlassen am 20. und 21. Mai 1874 —, dürfen wir kurz hinweggehen. Eine gefährliche Bestimmung war es, daß die Regierung den Versuch machte, an Stelle der kanonischen Besetzung der Seelsorgeämter, die durch die Weigerung der Bischöfe verhindert war, ein Berufsrecht des Patrons und gar ein Wahlrecht der Gemeinde zu setzen. Das Motiv ist wohl verständlich, wurde doch der Kampf zwischen Staat und Kirche gewissermaßen auf dem Rücken der Gemeinden ausgetragen. Die Zahl der Gemeinden wuchs, die keine geregelte Seelsorge mehr hatten, und das Gefühl der Verantwortung für diese Not trieb die Regierung dazu, einen Weg zu eröffnen, auf dem die Gemeinden auch während der Sistierung der Bischöflichen Gewalt zu Seelsorgern kommen könnten. Die Regierung hatte mehr Mitgefühl, als der hohe Klerus, der gerade diese Not als Druckmittel benützte, um die Bevölkerung gegen die Regierung zu entflammen. Allein, das ist doch wohl nicht zu leugnen, daß die Regierung damit in die Sphäre des kanonischen Rechtes eingriff. Man kann, glaube ich, nicht bestreiten, daß der Protest der Domkapitel in diesem Punkte berechtigt war. Ein neues Verfahren zur Stellenbesetzung konnte ohne Mitwirkung der Kirche vom Staat nicht geordnet werden.

Viel mehr Staub aber wirbelte ein drittes Gesetz auf, das Preußen beim Reich beantragte, das sogenannte Expatriierungsgesetz, das im Reichstage vom 21.—25. April beraten wurde. Der Bundesrat hatte das Preußische Kultusministerium mit der Vertretung der

*) Die evangelische Trauung, ihre geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung, Berlin 1890.

Vorlage beauftragt und Falk diese Aufgabe dem Ministerialdirektor Foerster übergeben. Ich möchte aus seiner Rede zur Begründung des Gesetzes einige Worte zitieren, weil mir scheint, daß darin mit besonderer Klarheit die Entwicklung des Kampfes bis auf diesen Augenblick geschildert und die in dem Gesetze für die Regierung geforderte ganz außerordentliche Machtbefugnis begründet ist.

„Es wird wohl vorausgesehen werden können, daß bei der gegenwärtigen Diskussion die Angriffe wiederholt werden, die bei den Beratungen aller ähnlichen Gesetze vorgebracht worden sind: daß wir zusteuern einem Zustande der Verwirrung, der kirchlichen und staatlichen Unordnung und einer Vernichtung der katholischen Kirche. Ruhig und unbeirrt kann der Staat diesen Vorwurf zurückweisen; er steht nicht im Kampfe mit der katholischen Kirche und hat kein Dogma derselben berührt; er hat nirgends und an keinem Ort im Umfang des deutschen Reiches irgendeinem deutschen Katholiken wehrt oder ihn irgend darin beschränkt, die kirchlichen Handlungen auszuüben und seine religiösen Bedürfnisse innerhalb seiner Kirche zu befriedigen. Wodurch sind wir überhaupt in die Sachlage hineingeraten, die uns nötigt, jetzt ein derartiges Gesetz zu beraten? Seitdem auf der Fuldaer Konferenz der deutsche Episkopat sich dem neuen Dogma unterwarf und gleichzeitig in allen politischen Vertretungskörpern sich eine politisch-konfessionelle Fraktion gebildet hat, die von dem Standpunkt der neueren Entwicklung der katholischen Kirche aus die politischen Fragen erörterte und zu erledigen suchte, war der Staat in die Notwendigkeit versetzt, sich danach umzusehen, ob die Grenzzeichen noch ständen, die bisher die Scheidelinie zwischen dem Recht des Staates und dem Recht der katholischen Hierarchie gezogen haben, und die auch ferner aufrecht erhalten werden mußten, um die Rechtsordnung und das Gleichgewicht in der Behandlung der verschiedenen im Staate lebenden Konfessionen zu wahren.

„Bei dieser Betrachtung ergab sich, daß in den letzten Jahrzehnten diese Grenzzeichen ziemlich stark verschoben, zum Teil abhanden gekommen waren, so daß die Notwendigkeit hervortrat, sie aufs neue sicher und klar hinzustellen. Da begann nun aber der Streit darüber, wer diese Grenzlinien ziehen und wer diese Grenzzeichen setzen sollte. Die katholische Prälatur nahm für sich das Recht in Anspruch, die Scheidelinie anzugeben und zu bestimmen und darüber sich auszusprechen, daß nur diejenigen gesetzlichen Bestimmungen für sie gültig seien, die nach ihrer Überzeugung das Dogma ihrer Kirche nicht be-

rühren. Es wurde damit dem Staate das Recht abgesprochen, selbst auch diese Grenzlinien zu ziehen und zu bestimmen, wo sein Recht anfängt und das Recht der Kirche endet. Was der Staat bisher getan hat, und zwar der größte deutsche Bundesstaat, ist noch sehr wenig und beschränkt sich nur auf das Notwendige. Er hat in seinen gesetzlichen Bestimmungen, den Maigesetzen des vorigen Jahres, das Dogma der katholischen Kirche nicht berührt; denn es ist keine Verührung eines Dogmas der katholischen Kirche, daß ein katholischer Geistlicher, der in Deutschland amtlich fungieren soll, der deutschen Nation angehören und daß er eine auf öffentlichen und anerkannten Anstalten erworbene, wissenschaftliche Ausbildung haben soll, und es ist keine Verührung irgendeines katholischen Dogmas, daß die Straf- und Zuchtmittel, die die Kirche benutzen muß gegen ihre Diener, in einem Maße ausgeübt werden, welches mit den heutigen neueren Auffassungen über den Schutz, dessen die Person auch eines zu Bestrafenden bedarf, im Einklang steht. Trotzdem, daß diese Bestimmungen sich nur auf die äußerlichen Dinge bezogen, haben die katholischen Prälaten den Gesetzen, auch nachdem sie in der legalsten Weise zustande gekommen waren, den Gehorsam versagt. Sie haben passiven Widerstand leisten wollen, der freilich sofort umgeschlagen ist in einen täglichen und sehr entschieden aktiven Widerstand. Die Staatsregierung hat sich genötigt gesehen, diejenigen Zwangsmaßregeln in Anwendung zu bringen, die die Gesetze ihr gegeben haben.

„Bei der Ausübung dieser Zwangsmaßregeln hatte aber die Staatsregierung eine Grenze, die sie nicht überschreiten konnte, weil die Reichsgesetzgebung bereits besteht und ihr eine Grenzlinie gezogen hat; und doch waren Maßregeln, die nun weiter ergriffen werden mußten, um diejenigen Geistlichen, welche durch gerichtliches Urteil ihres Amtes entsetzt oder wider das Gesetz ein Amt angenommen und in demselben fungierten, wirklich zu hindern, diese Gesetzesübertretung immer noch weiter fortzusetzen, es waren Maßregeln geboten, die über das Gebiet der Landesgesetzgebung hinausgriffen.

„Zu diesem Zwecke, und um diese Maßregeln sich zu erbitten, ist die Gesetzesvorlage eingebracht worden. Es sind dies zwei Maßregeln: eine mildere und eine schärfere. Eine mildere, daß der Geistliche, der eine bestimmte amtliche Handlung noch vornimmt, nachdem er entlassen oder nachdem er gesetzwidrig das Amt übernommen hat, in dem Bezirk nicht bleiben darf, in welchem er diese Amtshandlung vornehmen will, wenn nicht die Regierung fortgesetzt kompromittiert wer-

den soll, wenn nicht eine fortgesetzte agitatorische Unruhe in den Gemeinden erhalten und ernährt werden soll; das wird einer besondern Rechtfertigung kaum bedürfen. Das ist die mildere Maßregel, daß man denjenigen Geistlichen, der so gegen das Gesetz sich vergeht, aus dem Bezirke entfernt und ihm einen anderen Bezirk anweist, in dem er wohnen kann. Die scharfere Maßregel, die Entziehung der Staatsangehörigkeit, hat schon hier und da Zweifel erregt. Man erwäge indes, daß die Staatsangehörigkeit nicht bloß eine Anzahl sehr wertvoller Rechte dem einzelnen Individuum gibt, sondern mit diesen Rechten auch sehr ernste und wichtige Pflichten, und daß es insolgedessen nur logisch und rechtlich gerechtfertigt ist, daß man die Rechte der Staatsangehörigkeit für *verirrt* erklärt, wenn die ihnen korrespondierenden Pflichten nicht nur nicht erfüllt, sondern grundsätzlich verneint werden. In dieser Lage befindet sich aber die katholische Geistlichkeit, welche dem Gesetze nicht den Gehorsam leisten will. Es ist ein großer Unterschied, ob man ein einzelnes Strafgesetz übertritt und sich dadurch vor dem Gesetze strafbar macht; denn man erkennt doch dabei das Gesetz in seiner Gültigkeit noch an und sucht sich nur ihm zu entziehen oder es zu umgehen. Ein ganz anderer Fall ist es aber, wenn man grundsätzlich sagt: „Diesem Gesetze leiste ich nicht Gehorsam, ich will es nicht anerkennen, weil es nach meiner individuellen Ansicht, nach meiner Überzeugung einem Gebote, welches mir höher steht, nicht entspricht“; dann wird der gesetzliche Zustand, die Rechtsordnung selbst, grundsätzlich verneint. Die Folge davon kann nur sein, die natürliche Folge ist es nur, daß demjenigen, der die Rechtsordnung desjenigen Staates verneint, dem er angehört, auch die Angehörigkeit zu diesem Staate entzogen wird. Es dürfte daher an einer inneren Begründung dieser Maßregel in der That nicht fehlen. . . . Meine Herren, gewiß, das Gesetz verlangt und erbittet eine schneidende Waffe; aber mit stumpfen Waffen kann dieser Kampf nicht gekämpft werden, und man bedenke, daß eine scharf geschnittene Wunde schneller heilt, als eine stumpf gerissene!“

Die Debatte wurde mit äußerster Leidenschaft geführt, der uralte Konflikt zwischen Kirche und Staat, der ganze Gegensatz zwischen kanonischem und staatlichem Rechte bis in seine letzten Prinzipien wurde aufgerührt; vergebens suchte *Miquel* eine besonnene Mittellinie innezuhalten, die Übertreibungen der Zentrumsredner trieben auch die Gegner immer weiter vom Gegenstande ab. Das Ergebnis

war, daß das Gesetz mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

Hatten schon die Vorbereitung und Vertretung dieser Gesetze die Arbeitskraft des Ministers und seiner Räte stark angespannt, so wurde die Anstrengung noch mehr durch die Methode des Zentrums gesteigert, die Regierung mit einer wahren Kanonade von Interpellationen, Beschwerden, Anträgen unter Feuer zu setzen. Viele davon fielen in Falks Ressort. So die gleich zu Beginn der Session eingebrachte Interpellation Reichen sperger über die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens, die Mallinckrodt's im Abgeordnetenhaus und die des Grafen Brühl im Herrenhaus über Aufhebung der Maigesetze, die Beschwerde des Zentrums gegen die Haushaltsforderung für einen katholischen Bischof, nämlich den altkatholischen Bischof Reinkens, die Beschwerde über Zurückdrängung der polnischen Sprache in den Elementarschulen der Provinz Posen, die Interpellation über Verkümmern der Wahlfreiheit für Lehrer in der Rheinprovinz und andere mehr. Es tut nicht not, alle diese Einzelgefechte zu vergegenwärtigen. Wir möchten statt dessen einige besonders charakteristische Stücke aus den bei diesen Gelegenheiten gehaltenen Reden des Ministers mitteilen.

1. Aus der Herrenhausrede am 17. Februar 1874 über die Zivilehe (Sten. Ber. S. 128 ff.) „... Dann, meine Herren, werde ich mich auch bemühen, in der Sache sachlich zu bleiben und nicht der Phantasie freie Zügel schießen zu lassen. Ich gebe nämlich das Wort, welches vorhin gesprochen wurde, es gehöre viel Phantasie dazu, die Überzeugung zu haben, daß durch die Einführung der obligatorischen Zivilehe der Kirche die Freiheit wiedergegeben werde, die Eheangelegenheiten nach ihren Normen zu ordnen, mit der Modifikation zurück, daß es nach meiner Überzeugung nicht bloß viele, sondern mindestens eine geniale Phantasie erfordert, in Verbindung zu bringen mit der gegenwärtigen Vorlage die Furcht, daß künftig den Kindern in der Schule das Wort nicht mehr werde gelehrt werden, Gott zu fürchten, der alles sieht; ebenso damit in Verbindung zu bringen die Abschaffung der Todesstrafe; damit in Verbindung zu bringen die Beseitigung der göttlichen Autorisation, die auf der Krone des Königs ruht; damit in Verbindung zu bringen die Vernichtung der evangelischen Kirche und des Preussischen Staates, das bekannte Wort: *écrasez l'infame*, oder sich dabei in so geschmackvollen Bildern, wie das von dem Ausatz, zu ergeben. ...

„Es hat dann der verehrte Herr Redner [Graf Brühl] von seinem katholischen Standpunkte aus betont, daß man einer Civilehe sich wohl unterwerfen könnte, wie überhaupt Anordnungen, die der Staat treffe, wenn eine Vereinbarung mit der Kirche vorliege. Nun, meine Herren, ich weiß wohl, daß das jetzt der berühmte Satz ist, auf den die ganze Opposition gestellt wird. Es wird gesagt, wenn vereinbart wird, geht alles, ist nichts mehr gegen unser Gewissen, wir können das Vereinbarte befolgen; so lange aber nicht vereinbart, sondern nur von dem Staate etwas einseitig festgestellt wird, ist es gegen unser Gewissen, das so Festgestellte zu befolgen, wir können es nicht. Ich glaube, wenn aus der Gegenüberstellung dieser Formeln der Satz gefolgert wird: Es handelt sich nicht mehr um eine Frage — inhaltlich — des Gewissens, sondern um eine Machtfrage, dann ist die Folgerung vollständig richtig. Allerdings ist der Standpunkt, den die Staatsregierung gegenwärtig hat, ein anderer als der hier versuchte, und wenn der Herr Redner ausgeführt hat, sie werde auf den Weg der Vereinbarung, wie die Dinge stehen, nicht gehen, so hat er vollständig recht: Die Staatsregierung kann von ihrem Standpunkte nicht abgehen, bis die Untertanen des Staates sich dem Gesetz gefügt haben. . . .

„Der verehrte Herr hat dann hervorgehoben, daß die Nichtkatholiken es nicht verstanden, was die Katholiken empfinden in bezug auf den eben hervorgehobenen Unterschied der Vereinbarung und der Nichtvereinbarung; er hat ferner gemeint, man solle lieber dieses Gesetz nicht annehmen, oder doch einen Paragraphen hinzufügen etwa des Inhalts: Das Gewissen ist abgeschafft, und es gilt jetzt nur noch die Furcht vor der Gefängnisstrafe. Meine Herren! Das ist ja ein recht lebhaftes Wort, aber es ist nur, und das sage ich, um den Eindruck zu bezeichnen, den es etwa machen könnte, eine Variante eines anderen Wortes, welches wir so oft schon gehört haben, es solle den Majestäten noch ein Paragraph gegeben werden: Die katholische Kirche ist in Preußen abzuschaffen. Ich denke, das sieht so ziemlich wie ein Ei dem anderen dem Worte ähnlich, welches vorhin der verehrte Herr ausgesprochen hat; ich kann darum nicht glauben, daß sein Wort von besonderer Wirkung sein könne. . . .

„Herr von Kleist hat hervorgehoben, es wäre das kirchliche Leben wesentlich alteriert durch die gegenwärtigen Vorlagen und zwar im vollen und ganzen Gegensatz zu der Reformation, indem er den Gedanken der Reformation darinsetzt, die Einheit der Kirche und der

Nation darzustellen. Nun, meine Herren, man kann ja historisch darüber streiten, ob dies wirklich als Grundgedanke der Reformation zu bezeichnen ist. Jedenfalls aber steht das Eine fest, daß dieser Grundgedanke nicht zur Durchführung gekommen ist, denn in der That deckt sich bei uns die Einheit der Nation nicht mit der Einheit der Konfessionen und der Kirche, das ist ein Punkt, der denn doch nicht vergessen werden sollte bei allen Argumentationen. Das kirchliche Leben also sieht der verehrte Herr durch die Vorlage gefährdet. Er hat sich auf Luther in dieser Beziehung berufen und jenen oft wiederholten Worten ganz und gar keine Bedeutung beigemessen, weil sie aus dem Zusammenhang hervorgehoben seien, und weil sich in Luthers Schriften auch mannigfach entgegenstehende Sätze fänden. Nun, meine Herren, geht denn die Vorlage wirklich davon aus, daß fortan keine kirchliche Trauung, keine christliche Trauung mehr sein soll? Wo steht darin hiervon ein Wort geschrieben? Die Motive heben Ihnen hervor, daß es die Staatsregierung dringend wünscht, daß die kirchliche Trauung folge der bürgerlichen Schließung der Ehe, weil sie gerade ebenso durchdrungen ist davon, daß der Segen der Kirche zum Heile der Brautleute diene. Wer ist verhindert, durch diese Vorlage den Segen der Kirche zu suchen? Niemand. Wer ist behindert, sich selbst erst dann als wirklich getraut anzusehen, wenn der kirchliche Segen gegeben ist, und den Zivilakt zu betrachten wie einen einfachen Ehekontrakt in sonstigen Fällen? Niemand. Wie kann man also sagen, daß dieses Gesetz dahin abzwecke oder dahingehen müsse in seinen Folgen, das kirchliche Interesse zu schwächen, das kirchliche Leben zu beseitigen? Der Segen der Kirche kann nach wie vor gefordert werden, und in der That ist es das gerade, worin Luther die Hauptmitwirkung der Kirche gesetzt hat. Es mag nicht müßig sein, die wenigen Worte nochmal zu lesen:

„So manch Land, so manch Sitte, sagt das gemeine Sprüchwort; demnach, weil die Hochzeit und Ehestand ein weltlich Geschäft ist, gebührt es den Geistlichen oder Kirchendienern nichts darinnen zu ordnen oder zu regieren, sondern lassen einer jeglichen Stadt und Land hierin ihren Brauch und Gewohnheit, wie sie gehen. Etliche führen die Braut zweimal zur Kirche, beide des Abends und des Morgens, Etliche nur einmal; Etliche verkündigen's und bieten sie auf, auf der Kanzel, zwei oder drei Wochen zuvor; solch alles und dergleichen laß ich Herren und Rath schaffen und machen, wie sie wollen; es gehet mich nichts an. Aber so man von

uns begehret, für der Kirchen oder in der Kirchen, sie zu segnen, über sie zu beten, oder sie auch zu trauen, sind wir schuldig dasselbige zu thun.'

„Und Luther bringt ferner zum Ausdruck, daß es ausreiche, daß Braut und Bräutigam öffentlich in der Kirche bekennen sollen, daß sie nach Gottes Ordnung in den heiligen Ehestand treten, und rühmt es demnächst als einen weiteren frommen Brauch, Braut und Bräutigam in die Kirche zu führen, ihnen auf ihren Wunsch den Segen Gottes zu erteilen, und er sagt dann weiter: Wäre dieser Segen zu kaufen, so sollte man sich keines Geldes dauern lassen; die Kirche gäbe ihn aber ohne Geld, und doch seien Etliche so grob, daß sie nicht danach frügen und lieber entbehren wollten; solche Leute möge man fahren lassen. Nun, meine Herren, ich sollte glauben, daß Luther es klar und deutlich ausgesprochen hat, die Hauptsache ist der Segen der Kirche, wenn er freiwillig erbeten wird, nicht aber ein aufgezwungener Segen!

„Meine Herren! Es wird nun auf die Erfahrung hingewiesen und gesagt, es würde die Zivilehe doch dazu führen, die kirchliche Einsegnung, den Segen der Kirche nicht mehr in solchem reichen Maße zu suchen wie bisher. Mich hat es eigentlich gefreut, daß der geehrte Herr Vorredner mir in dieser Beziehung selbst die Waffen in die Hand gegeben hat. Er hat sich nämlich auf unsere christlichen Frauen bezogen; und, als ob er dächte, mir läge etwas daran, oder die Staatsregierung suche dahin zu gelangen, keinen kirchlichen Segen mehr zu beschaffen oder eintreten zu sehen, das Wort ausgesprochen: Sie bringen es nicht fertig. Ja, meine Herren, wir bringen es nicht fertig, wir wollen es auch nicht fertig bringen, aber weil dem so ist, so glaube ich, hat der Herr Vorredner sich selbst geschlagen.“

2. Aus der Rede bei Beratung des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer im Abgeordnetenhaus am 7. Februar 1874 (Sten. Ber. S. 1153), unmittelbar nach einem heftigen Angriffe von Mallinckrodt:

„Der Herr Vorredner hob hervor, daß es einem verständigen Manne gezieme zu schweigen, wenn er nichts Treffendes zu erwidern vermöge. Ich meine, es gibt noch andere Gründe, aus welchen ein verständiger Mann schweigt: Er schweigt, wenn er seinen Standpunkt klar und bestimmt, für jedermann deutlich und zu wiederholten Malen ausgesprochen hat. Er schweigt, wenn er nur Dinge hört, die

er schon zehnmal an derselben Stelle hörte! Und er schweigt außerdem, wenn er Dinge hört, die einer Antwort gar nicht würdig sind.

„Nun, meine Herren, solche Erwägungen könnten mich auch heute dazu bestimmen, zu schweigen. Es ist auch nicht gerade meine Absicht, viel zu reden. Ich unterscheide mich in diesem Punkte, wie in vielen andern, auch von den Anschauungsgenossen des Herrn Voredners. Es ist eine ganz eigene Sache, daß die Freunde dieser Partei überall ganz denselben Modus der Erörterung dieser Fragen innehalten — nicht bloß in Europa, auch in Amerika. Mir lag dieser Tage vor der Bericht des Deutschen Geschäftsträgers in Santiago, Republik Chile, und darin ist hervorgehoben worden, daß bei ähnlichen Vorlagen die Mitglieder der dortigen Zentrumsparlei ihr Hauptaugenmerk darauf richteten, durch lange, nicht zur Sache gehörige Reden die Diskussion in die Länge zu ziehen.

„Ich sage, nicht bloß diese Übereinstimmung zeigt mir, daß es sich hier um eine solche Taktik handelt, sondern auch die Wirkung, welche mit der geschilderten Art Reden notwendig verbunden ist. Wenn man immer wieder ganz allgemeine Erwägungen vorträgt, auf solche Punkte zurückkommt, die längst der Vergangenheit angehören, als kämen sie noch in der Gegenwart in Betracht, so bleiben Verwirrung und Mißverständnis der Dinge aufrecht erhalten, und Klarheit über dieselben bei der Masse verhindert. Ich will diese Taktik hiermit gekennzeichnet haben.

„Dann, meine Herren, ein zweites Moment in dieser Taktik ist, daß mehr und mehr der Ausdruck feindseliger Leidenschaftlichkeit sich steigert.

„Haben Sie wohl in Erinnerung die Worte des Herrn Abgeordneten Reichensperger, als er rief: Die gegenwärtige Staatsregierung hat die Säule der Religionsfreiheit umgestürzt.

„Ist das nicht ein wahrhaft leidenschaftliches Wort?

„Ist es nicht ein unwahres Wort?

„Es handelt sich um Auscheidung der Auswüchse klerikaler Machtbestrebung, darum, die Auswüchse zu beseitigen, die, wenn nicht noch rechtzeitig das Messer an sie gelegt worden wäre, endlich soweit sich ausgedehnt haben würden, daß der Staat sich ihrer Macht unterwerfen müßte und nicht mehr imstande wäre, seine Aufgabe zu erfüllen, Religionsfreiheit zu gewähren allen Religionsgemeinschaften gegenüber.

„Sie erinnern sich wohl der Drohung des Abgeordneten Reichens-

Isperger mit dem Feuer und dem Eisen, die derselbe neulich hier aussprach, jene Drohung, die weiter hinwies auf die unsere sozialen Verhältnisse unterwühlenden und zerstörenden Mächte, und die in der Prophezeiung enthalten war, daß, wenn die Macht der Kirche erst niedergeworfen sei, diese Mächte den Staat zerrütten würden; Sie erinnern sich wohl, daß der Abgeordnete von Mallindrodt dies speziell hier ausgemalt hat, indem er die Bilder ganz auf diesem Boden weiter zeichnete durch den Hinweis auf die sittliche Verwilderung mit allem, was darum und daran hing.

„Und, meine Herren, es ist ein ganz wunderbares Ding, daß die Herren dabei eine Tatsache vergessen, nämlich das böse Beispiel, welches ihre Kirchenfürsten gaben in jüngster Zeit, indem sie sich gegen die Gesetze des Staates auslehnen. Angesichts dieser Tatsache ist wohl zu fragen: Können Sie uns den Vorwurf machen, daß wir an derartigen Zuständen schuld sind? Würde nicht wo anders der Vorwurf an richtiger Stelle sein?

„Der Herr Abgeordnete von Mallindrodt hat uns dann weiter unterhalten mit allerlei Schreckbildern: — von dem hier nicht durch die Türe in des Bischofs Haus hineinkommenden Bischof Reintens; ich weiß nicht, zu welchem andern Eingange er ihn hineinkommen lassen wollte; — von dem Bestreben der Staatsregierung, den Protestantismus durch die Vorlage zu fördern; er hat dabei auch nicht verschmäht, um das Bild recht kraß zu zeichnen, auf die Nichtexistenz der evangelischen Kirche hinzuweisen, — und allerlei andere Dinge. Ja, meine Herren, diese Bilder erkläre ich, um sie mit einem vulgären Ausdrücke zu bezeichnen — verzeihen Sie mir — für Räubergeschichten.

„Es ist auch nicht entfernt ein Anklang von Wahrheit darin. Wenn der Herr Abgeordnete Reichensperger am Eingange seiner vorgestrigen Rede gesagt hat, es komme ihm bei diesen Vorlagen vor, als ob sich der alte Spruch wieder bewahrheiten sollte, daß das Böse neues Böse gebären müsse, so muß ich sagen, daß er sich mit diesen Worten doch in der Adresse, an die er sie richtete, vollständig geirrt hat. Diese Gesetze sind notwendig und werden notwendig, weil den Bestimmungen der Gesetze seitens der Bischöfe und der von ihnen abhängigen Geistlichen nicht Folge geleistet worden ist, weil sie das Gesetz gebrochen haben; — das ist das Übel, welches weitere Übel, wenn es solche für die katholische Kirche sind, erzeugt.

„Meine Herren, die Staatsregierung hat die Verpflichtung, insbesondere solchem Ansturm gegenüber, wie wir ihn erlebt haben, dem

Gesetze Folge zu schaffen; das Gesetz vom 12. Mai vorigen Jahres bestimmt für gewisse Fälle, daß ein besonderer Gerichtshof einen Bischof seines Amtes entsetzen kann, nicht ihm bloß die Anerkennung des Staates für gewisse Funktionen entziehen. Wie ich bereits gegenüber den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reichensperger, als er darüber verhandelte, ob es wohl zweckmäßig sei, die Maigesetze wieder zurückzunehmen, hervorgehoben habe, mußte die Staatsregierung den Fall als einen wohl bald konkret werdenden voraussehen. Nun, meine Herren, wenn er wirklich eintreten sollte, so hat die Staatsregierung die Pflicht, daß den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen und der Entscheidung auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen eine ausgiebige und durchgreifende Folge gegeben werde. Die Folge muß dahin gegeben werden, daß alle Mittel zur Entfaltung kommen, um klar zu machen, daß es sich auf Grund des Gesetzes um einen freigewordenen Bischofsstuhl handelt, — das ist die Forderung, die das Gesetz an die Staatsregierung stellt.

„Wenn nun ganz so, meine Herren, wie von seiten der Staatsregierung vermutet wurde, der Herr Abgeordnete von Mallinckrodt heute erklärte: Diese Absetzung wird als eine solche nicht respektiert werden, wir werden den abgesetzten Bischof als noch im Amte befindlich betrachten, — nun, meine Herren, wenn dies heute von der gedachten Seite ausgesprochen worden ist, so ist damit zugleich der allerentschiedenste Beweis für die Notwendigkeit dieses Gesetzes gegeben. Die Staatsregierung muß auch bedacht sein, wie ich gleichfalls früher andeutete, den Fall zu regeln, soweit sie es angeht, wenn nach regelmäßigem Eintritt einer Sedisvakanz es nicht möglich ist, zur ordnungsmäßigen Bestellung eines Bischofs zu gelangen, und, meine Herren, ob es möglich ist, weiß ich nicht, aber für den Stuhl Fulda ist es jetzt sehr unwahrscheinlich. Es tritt also auch in dieser Richtung ein dringender konkreter Grund für die Vorlage hervor.

„Wenn die Staatsregierung solche Zustände vor Augen hat, so muß sie sich Folgendes sagen: Sie kann nicht dulden, erstens, daß ein abgesetzter Bischof weiter fungiert; sie kann ferner nicht dulden, daß jemand in eine bischöfliche Funktion trete, der dem Staate nicht ausreichende Garantien dafür gewährt, daß er sein bischöfliches Amt in anderer Weise führen werde, als diejenigen Bischöfe, welche gegenwärtig die Bistümer inne haben und die sich gegen das Staatsgesetz auflehnen. Die Staatsregierung ist ferner verpflichtet, durch Mittel, die auf dem äußeren Boden liegen, dahin zu drängen, daß ihren

Intentionen Folge gegeben wird. Die Staatsregierung darf während der Verhandlung nicht auf die Dauer stillschweigend zusehen, daß alle äußeren Verhältnisse zum Schaden vieler Diözesanen in Unordnung kommen. Und, meine Herren — ich weiß freilich, darin hat sie keine große Macht —, sie darf wenigstens denjenigen Katholiken, welche in geordneter Weise zur Seelsorge nicht gelangen können, nicht hinderlich in den Weg treten, daß sie aus ihrer eigenen Initiative sich eine Seelsorge schaffen. Das sind die Gedanken kurz ausgedrückt, die in den formulierten Paragraphen der vorliegenden Gesetzesvorlage Ausdruck gefunden haben. Ich glaube, daß sie ganz notwendig gegeben waren mit den Bestimmungen der Maigesetze und dem Verhalten der Bischöfe gegenüber den Maigesetzen.

„Ich kann nur bitten, daß das Hohe Haus dieser Vorlage seine Zustimmung gebe.“

Eine Störung inmitten dieser heißen Debatten war es für Galt, als ihm zu Weihnachten 1873 der Staatssekretär von Bülow Folgendes mitteilen konnte:

„Gleichzeitig mit dem Briefe an S. M. (vom 7. August) hat der Papst auch an den König von Bayern ein Schreiben gerichtet. Dasselbe — den Wortlaut kennen wir nicht — ist in sehr wohlwollendem, väterlichen Tone gehalten, weist darauf hin, und zwar ganz im allgemeinen, ohne Bayern zu nennen, daß eine kirchenfeindliche Politik die Throne gefährde, und enthält am Schlusse den Segen des Papstes. Die Antwort S. M. des Königs knüpft an den Schluß an, beginnt mit dem Ausdruck des Dankes für das Wohlwollen des Papstes, erkennt die Religion als Fundament der Throne an und bemerkt, daß, weil S. M. ein sehr religiöser Herrscher sei und über ein sehr religiöses Volk gesetzt, die geäußerte Besorgnis für Bayern nicht zutreffe. — Der Brief des Papstes ist italienisch, die Antwort ist deutsch geschrieben. Beabsichtigte man in Rom, den König zu gewinnen, so hat sich das als aussichtslos erwiesen, wie Allerhöchstseiner Brief an Döllinger bei Gelegenheit seines Jubiläums, die Einführung der gemischten Schulen und die Haltung S. M. in der Frage der Erweiterung der Reichskompetenz für das Zivilrecht beweisen, dieses mächtigen Hebels, mit Hilfe dessen allein Bayern das Konkordat wirkungslos machen kann. Der Minister Häußle kann sich der richtigen Erkenntnis des Bedürfnisses, die S. M. in dieser Sache bekundet, und Seines persönlichen Wohlwollens nicht genug beloben. Die Ausdrücke „Kirche“

und „katholisch“ sind in der Antwort des Königs an den Papst vermieden. Erw. E. beehre ich mich, von diesen erfreulichen Erscheinungen zu Ihrer persönlichen Information in Kenntniss zu setzen.“

Eine wahre Wohltat endlich war es für Galt, daß sich ihm gegen Ende der Session Gelegenheit bot, auch einmal in einer friedlichen Sache eine starke Hand zu zeigen und höchsten Interessen der Kunst einen Dienst zu erweisen.

Im Frühjahr 1874 bot sich die Möglichkeit, die Sammlung des Rentiers Suermondt in Aachen an Gemälden und Handzeichnungen älterer Meister zu erwerben. Der Kronprinz als Protektor der Museen hatte das höchste Interesse an diesem Ankauf betätigt und gab ihm, nachdem es gelungen war, in großer Eile die Zustimmung des Landtages zu erreichen, warmen Ausdruck:

„Potsdam, 20. Mai 1874. Soeben erhalte ich die Nachricht, daß das Herrenhaus den Ankauf der Suermondt'schen Galerie bewilligte, so daß nunmehr beide Häuser des Landtages diesen wichtigen Schritt gutgeheißen haben. Glückliche, daß unser Museum um einen so ungewöhnlich schönen Beitrag reicher geworden ist, gebührt Ihnen mein aufrichtiger Dank für die Mühe, die Sie sich gaben, uns in den Besitz solcher Herrlichkeiten zu setzen. Ihrer unausgesetzten Fürsorge und Tätigkeit verdanken unsere Kunst- und kunstgewerblichen Anstalten bereits manche Schätze, wie solche heutzutage nicht leicht mehr erworben werden. [Das bezog sich zum Beispiel auf das Bild des Malers Otto Knille, „Tannhäuser im Venusberge“, das Galt im Einverständnis mit dem Kronprinzlichen Paare, aber nicht ohne Widerspruch reaktionärer Kreise, die an dem Gegenstand Anstoß nahmen, 1873 für die Nationalgalerie erworben hatte.] Dieser Ankauf aber bringt uns eine wahre Zierde, über die ich ganz stolz bin. Seien Sie versichert, daß Ihr Name unzertrennlich bleibt von dem Schätze, den das Berliner Museum erwarb. Mögen Sie nun auch auf demjenigen Gebiete, dessen Dornen sich täglich fühlbarer machen, ebensolche Erfolge erleben wie die gegenwärtigen für die Kunst, denn auf beiden dienen Sie recht eigentlich dem großen Vaterlande. Ihr“

Achtes Kapitel

Auf der Höhe des Kampfes

Auf den arbeits- und kampfreichen Winter 1873 auf 1874 folgte ein ruhigerer Sommer. Der Kulturkampf war schon im Januar 1874 aus einer preußischen eine Reichsangelegenheit geworden; damit aber verlegte sich das Schlachtfeld vom preußischen Kultusministerium und vom Abgeordnetenhaus in das Auswärtige Amt und in den Reichstag. Die Antwort des Kaisers auf das Schreiben Lord Russels vom 28. Januar ging nicht durch die Hand des Ministers, und auch an den Schritten, die Bismarck bei der französischen, belgischen und italienischen Regierung unternahm, um diese zum Einschreiten gegen Prälaten zu veranlassen, die den deutschen Bischöfen Sympathiegebungen zugesandt hatten, war Falk nicht beteiligt. Die Immediateneingabe der Bischöfe vom 22. Mai ging zwar Falk zur Bescheidung zu, ließ sich aber mit einer kurzen Empfangsbescheinigung erledigen, da sie nichts Neues enthielt. Die Verfahren gegen die renitenten Bischöfe und Priester gingen ihren gesetzlich geordneten Gang. Die Wirkung mußte abgewartet werden.

So konnten sich der Minister und seine Räte intensiv der wichtigsten Aufgabe ihres Ressorts zuwenden, der Vorbereitung des Unterrichtsgesetzes. Im Frühjahr 1874 hatte Foerster den ersten grundlegenden Entwurf gefertigt. Die Schulverwaltung und das Unterrichtsgesetz möchten wir aber erst später im Zusammenhange behandeln.

Falk war damals der Meinung, daß die ihm von Bismarck gestellte Aufgabe im wesentlichen gelöst sei: Die Rechte des Staates gegen die Kirche waren wiederhergestellt, die Grenze war fest gezogen und mit klaren gesetzlichen Institutionen und Strafbestimmungen gegen willkürliche Überschreitungen geschützt. Allerdings war das Programm vom Juni 1872 nicht völlig ausgeführt; es fehlten noch zwei Punkte, die Regelung der kirchlichen Vermögensverwaltung und ein Ordensgesetz. Aber jene, die freilich noch bevorstand, erschien dem Minister überhaupt nicht sowohl aus staatlichem Interesse, als aus dem der

Parität und der Kirche selbst geboten; wollten die katholischen Gemeinden das den evangelischen soeben gewährte Umlagererecht auch haben, so mußten sie sich selbstverständlich auch eine entsprechende Ordnung gefallen lassen. Und um dieses hoffte der Minister doch wohl durch das Unterrichtsgesetz herumzukommen. Alles andere aber, was in der damaligen Konferenz noch berührt worden war, war unwesentlich und durfte der Zukunft überlassen werden. War die Hoffnung zu kühn, es werde bei konsequenter und ruhiger Haltung der Regierung gelingen, die katholische Bevölkerung zu überzeugen, daß ihre Kirche jenseits der gesteckten Grenzen ein selbständiges Leben führen und ihren religiösen Beruf erfüllen könnte? Fast durfte das um so mehr hoffen, als er sah, daß die großen Staaten allesamt von dem gleichen Streben der Grenzbefestigung gegen die Kirche erfüllt waren. Die preußische Gesetzgebung war ja nicht einzigartig; nicht nur in den andern deutschen Staaten mit gemischter Bevölkerung, sondern auch in Österreich und in der Schweiz war man auf dieselben Bahnen gedrängt worden. Je einheitlicher aber die Abwehr des modernen Staates gegen die ultramontane Tendenz wurde, desto eher war auf ein Nachgeben der Kurie zu rechnen, wenn nicht unter dem gegenwärtigen Papst, dann vielleicht unter einem andern. Und gerade im Hinblick auf diese ganz sicher einmal kommende Gelegenheit und die dann ebenso sicher kommenden Verhandlungen war es von höchstem Werte, daß der Staat eine feste Position innehatte.

Allein in diese Gedanken, daß die kirchenpolitische Gesetzgebung so ziemlich zum Abschlusse gekommen und nun nichts weiter nötig sei als Aufrechterhaltung und Durchführung der Gesetze, fiel ein Revolverschuß, — das Kullmannsche Attentat vom 13. Juli 1874. Wie damals, wird auch heute kein Besonnener die katholische Kirche oder auch die Zentrumsparthei für dies Attentat unmittelbar verantwortlich machen, aber ebensowenig wird sich bestreiten lassen, daß die ungeheuerlichen Übertreibungen der katholischen Presse und das Bild, das sie von dem leitenden Staatsmanne zu entwerfen pflegte, ihren Anteil an dem Entschlusse des Attentäters hatten. Jedenfalls war die Wirkung des Attentates ungeheuer, vor allem auf die Seele Bismarcks selbst, dann aber auch auf die ihn ehrende Nation, die durch dies Verbrechen ihr persönlichstes Kleinod angegriffen sah und nun auch die härtesten Maßregeln nicht mehr als zu hart empfand. Mit dieser Stunde beginnt die zweite Periode des Kulturkampfes, in der er wirklich ein Kampf zwischen Feinden wurde. Bismarck machte

Falk noch am selben Tage telegraphische Mitteilung von dem Attentat, in einem sofort geschriebenen Briefe gab dieser der Meinung Ausdruck, daß das schändliche Verbrechen niemand mehr schaden werde, als den Ultramontanen. An den gleich erfolgenden Gegenschlügen der Regierung ist er kaum beteiligt gewesen. Die drei Verfügungen vom 15., 15., 19. Juli betreffend die Überwachung der katholischen Presse und des katholischen Vereinswesens und betreffend die Herz-Jesu-Bruderschaften sind von den Ministern des Innern und der Justiz, nur die letzte auch von ihm mit gezeichnet. An neue gesetzliche Maßnahmen, außer dem Vermögensverwaltungsgesetze, scheint er zunächst nicht gedacht zu haben. Wenn er sich im nächsten Jahre doch zu solchen entschloß, so war dafür ein anderes, in der Tat viel wichtigeres Geschehnis maßgebend, die Enzyklika des Papstes vom 5. Februar 1875, der Schritt, um deswillen für jedes gerechte Urteil die Verantwortung für die einschneidenden Kampfgesetze des Jahres 1875 allein auf diesen fällt, denn ein Staat, der sich das hätte gefallen lassen, hätte seine Ehre preisgegeben. Mag in der leidenschaftlichen Erregung jener Tage die Verantwortung des Zentrums für das Attentat Kullmanns manchmal übertrieben worden sein, für diese Enzyklika des unfehlbaren Papstes, zweifellos in einer Frage der mores ex cathedra erlassen — trotzdem dieser Charakter aus apologetischem Interesse bestritten ist —, wird die Kirche die Haftung vor der Geschichte nicht ablehnen können.

Unsere Darstellung eilt deshalb den Entschlüssen zu, die sie auflöste. Sie muß nur noch einen Augenblick bei einem interessanten Briefe Bismarcks verweilen, den er kurz nach dem Attentat, noch von Rissingen aus, an Falk richtete, und der, wenn auch die darin gegebene Anregung nicht glücklich war, doch zeigt, wie richtig er erkannte, wo die schwache Stelle der Regierung in dem Kampfe lag. Er nimmt Ausführungen vorweg, die Bismarck später in der berühmten Herrenhausrede vom 14. April 1875 öffentlich machte. Der Brief — Diktat des Fürsten — ging über den Staatssekretär von Bülow und lautete:

„Ich bitte mit dem Herrn Kultusminister gelegentlich die Frage zu besprechen, ob es nicht indiziert ist, in das Kirchengebet bei evangelischen Gottesdiensten eine Fürbitte um Befehrung der sich auflehrenden katholischen Bischöfe aufzunehmen. Ich erinnere daran, daß wir in sehr viel weniger bedeutenden Vorkommnissen (ich brauche nur an parlamentarische Sitzungen zu erinnern) dem

staatlichen Gedanken auf der Kanzel Ausdruck gegeben haben, vieler andern Themata nicht zu gedenken. Es liegt jedenfalls nicht außerhalb des Herkömmlichen, einer so bedeutenden Erscheinung gegenüber, wie die Auslehnung der gesamten katholischen Kirchenfürsten gegen das Staatsgesetz, beim Gottesdienst zu gedenken. Die Form braucht auch keine aufregende, feindselige zu sein, sondern nur die, in welcher Landeskalamitäten an derselben Stelle Erwähnung finden. Es liegt ein Element der Schwäche des Staates und noch mehr der evangelischen Kirche darin, daß sie sich den stürmischen und rohen Angriffen der katholischen Propaganda gegenüber nur defensiv verhält. Das war zur Zeit der Reformation anders, sonst hätte die Reformbewegung nicht den Erfolg gehabt, den sie hatte. Eine noch größere Schwäche aller der Positionen, welche von der priesterlichen Herrschsucht angegriffen sind, liegt darin, daß die Abwehr nicht von dem positiven evangelischen Bekenntnis so kräftig unterstützt wird, wie es sein sollte. Dadurch entsteht der Schein, als ob nur der Unglaube, die Staatsraison, das Element des Pilatus, bei der Abwehr gegen das heutige römische Heidentum und seinen Kriegszug beschäftigt wären. Wir haben auch in der evangelischen Kirche leider heidnische, christlich maskierte Einflüsse der Art, denen das Priestertum und seine Herrschaft höher steht als das Christentum, und die nicht sehen oder sich wenig daraus machen, daß die evangelische Kirche, wenn das Königtum dem Papsttum unterliegt, der nächste Gegenstand des Angriffs und der Verfolgung der römischen Priester sein würde. Mir scheint es Unrecht und mit einem Geschmack von Gleichgültigkeit, wenn nicht Feigheit behaftet, daß dem Angriff gegenüber, den die Miliz des Papstes bei jeder kirchlichen Handlung ausdrückt, die evangelische Kirche als solche sich nicht zu einem Zeugnis wenigstens aufraffen kann. Der ganze Kampf, in dem wir uns befinden, hätte von Haus aus eine andere Färbung angenommen, wenn ein einflußreicher Teil der evangelischen Geistlichkeit nicht schon bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes im Bunde mit den Führern der Kreuzzeitungspartei die Regierung im Stiche gelassen hätte. Bei stärkerer Unterstützung von seiten der evangelischen Kirche und ihrer Diener würde die Regierungspolitik nie als antichristlich haben verdächtigt werden können, und dadurch auch tatsächlich des Kampfes gegen viele mit Unrecht beunruhigten Gemüter überhoben worden sein. Ich möchte nun, daß der Herr Kultusminister die Frage erwäge, ob an der Handhabe des obersten Kirchenregimentes Leben in die Haltung der evangelischen Kirche zu bringen und dem Staate eine Unterstützung zugeführt werden kann,

deren Eintritt alle die Gemüther beruhigen würde, denen die Verleumdung der Staatspolitik als einer antichristlichen Eindruck macht."

Falk war ja jedenfalls zur Erfüllung von Bismarcks Wunsch unzuständig. Er gab dessen Anregung an Brückner weiter, und dieser erstattete ein langatmiges Gutachten. Es ist fast unerträglich zu lesen und von einer niederschlagenden Engigkeit des Gesichtskreises. Das freilich war ihm nicht zu verdenken, daß er sich gegen die Durchführbarkeit jener Anregung aussprach, aber er hatte auch nicht das geringste Verständnis für den gesunden Kern in Bismarcks Gedanken. Denn das war doch einfach richtig, daß die evangelische Kirche den Staat in diesem Kampfe im Stiche ließ, daß ihre maßgebenden Kreise geradezu eine Niederlage des Staates wünschten und herbeizuführen beflissen waren, daß sie in der Verdächtigung seiner Motive mit den Ultramontanen Hand in Hand gingen und daß es ihnen viel wichtiger war, ihre Herrschaft in der Kirche zu erhalten, als dem gefährlichsten Gegner des Protestantismus Schranken zu setzen. Statt dies zu erfassen, kleidete Brückner seine Ablehnung in eine breite Anklage des Staates, der den einzigen Bundesgenossen, den er haben könnte, durch Hinauszögerung der Generalsynode und der Verfassung schwäche — ein ganz ungerechter Vorwurf, da der Oberkirchenrat noch nicht einmal mit der Vorlage fertig war, und der Widerstand gegen den Abschluß der Verfassung ja aus der Kirche selbst kam —, und der an der Verstimmung und dem Mißtrauen in Kreisen der Kirche schuld sei, indem er in falscher Parität die evangelische Kirche denselben Maßregeln unterwerfe wie die katholische — Brückner nannte ganz im Einklange mit den Konservativen vom äußersten Flügel dabei das Schulaufsichtsgesetz und die Zivilehe, — und finanziell knausere. Und dabei hatte der Minister im Haushalt von 1873 und 1874 zum erstenmal seit 1852 Mittel zur Aufbesserung der Pfarrgehälter gefordert, um alle Stellen auf ein Mindestgehalt von sechshundert Talern zu bringen, für eine Remuneration der geistlichen Schulinspektion gesorgt, sich nicht geweigert, die Entschädigung für ausfallende Gebühren infolge des Zivilehegesetzes aus der Staatskasse zu leisten, und wie keiner seiner Vorgänger die dringende Notwendigkeit betont, die trotz alledem klägliche wirtschaftliche Lage der Geistlichen weiter aufzubessern. Völlig endlich gab sich Brückner als Sprachrohr der Reaktionsären, wenn er von dem Eindruck sprach, als wolle der Staat dem kirchlichen Liberalismus aus Gefälligkeit gegen die politisch liberalen Parteien zur Herrschaft in der Kirche verhelfen! So also be-

urteilte der erste Geistliche im Kirchenregiment die Bemühungen des Ministers, die seit Jahrzehnten in der Kirche Preußens übliche Unterdrückung aller freieren Richtungen etwas zu lockern! Großmütig stellte er am Schlusse in Aussicht, daß die Kirche ihre kühle Haltung gegen den staatlichen Kampf mit Rom aufgeben würde, wenn der Staat seine Stellung zu ihr revidieren, ihr schleunigst zur Generalsynode verhelfen und — hier erreicht die Verwirrung der Begriffe ihren Gipfel — den Oberkirchenrat gegen die widerstrebenden Mittelinstanzen, das heißt die Konsistorien, stärken werde; also in einer rein innerkirchlichen Sache, im Kampfe des Oberkirchenrates gegen die Obstruktion der Konsistorien, besonders des Brandenburgischen, sollte der Minister eingreifen! Welches waren denn die kirchlichen Kreise, deren Vertrauen er auf diese Weise gewonnen hätte?

Falt hat dies kümmerliche Elaborat keiner Antwort gewürdigt. Da auch Bismarck auf seine Anregung nicht zurückkam, hatte sie keine weitere Folge. Die evangelische Kirche ließ den Staat in seinem Kampfe allein, ja mehr, sie warf ihm dabei Steine in den Weg. Erst als es zu spät war, nachdem der Kampf abgebrochen war, kam ihr diese Schuld zum Bewußtsein. Der „Evangelische Bund“ hätte ein Jahrzehnt früher gegründet sein sollen.

Der Landtag wurde im Winter 1874 auf 1875 erst zum 16. Januar 1875 einberufen. Die Session des Reichstages, der schon am 29. Oktober zusammengetreten war, sollte nicht beengt werden. Das war gut, denn seine Verhandlungen nahmen die allgemeine Aufmerksamkeit stark in Anspruch. Das Kullmannsche Attentat zitterte in jeder seiner Reden nach, und der Prozeß gegen den Grafen Arnim bot neuen Stoff zur Erregung. Bismarck selbst faßte den Stier bei den Hörnern, indem er am 21. November unverblümt den Zusammenhang zwischen diesem Verbrechen und dem bösen Beispiel klarlegte, das die Bischöfe und Priester durch ihre Mißachtung der Staatsgesetze gegeben hatten, und am 4. Dezember eine Provokation des Zentrumsabgeordneten Jörg mit der Feststellung der Tatsache beantwortete, daß der von diesem ohne ein Wort der Verurteilung genannte „halbverrückte Mensch“ sich selbst an die Ruchschöfze des Zentrums hängt und das Zentrum seine Fraktion genannt hatte. Das waren Tatsachen, die nicht aus der Welt zu bringen waren, und im Grunde hatte ja die „Germania“ diesen Zusammenhang zugegeben, indem sie ausführte, es sei nicht zu verwundern, daß die Taten der Minister die Leute zu solchen Verbrechen brächten. Wie wenig das Haus

damals den Eindruck agitatorischer Leidenschaft von diesen wohl tief-
ernsten und schwerwiegenden Worten hatte, beweist nichts so sehr
als die kurze Rede, mit der eines der vornehmsten und ehrwürdigsten
Mitglieder, nämlich Georg Beseler, diese Debatte schloß. Allein,
trotzdem das Attentat bei Bismarck und in weitesten Kreisen des
Volkes tiefsten Eindruck gemacht hatte, war damals an neue gesetz-
geberische Aktionen nicht gleich gedacht worden. Bismarck zog nur
die Folgerung, den Posten für die Gesandtschaft des Reiches beim
päpstlichen Stuhle zurückzuziehen (5. Dezember) und der alten Forde-
rung der großen Mehrheit auf Einführung der Zivilehe im ganzen
Reiche zuzustimmen.

Nun aber fiel im Februar 1875 der zweite Schuß, wohlüberlegt
und gutgezielt. Am 18. Februar brachte der „Westfälische Merkur“
eine Enzyklika des Papstes an die Erzbischöfe und Bischöfe Preußens
vom 5. des Monats an die Öffentlichkeit, nachdem sie zuvor in größter
Heimlichkeit den Adressaten zugestellt war. Unter einem Schwall von
frommen Worten erklärte sie mit der Autorität des göttlichen Rechtes
und in Erfüllung der Pflichten des päpstlichen Amtes allen, welche
es angeht, und dem ganzen katholischen Erdkreise, daß die Gesetze,
welche man in Preußen vor kurzem erlassen habe, ungültig
seien, und verhängte über alle, die sich diesen Gesetzen unter-
würfen, die große Exkommunikation. Schärfer konnte die kirialistische
Theorie, der Anspruch des Papstes auf Oberhoheit über die weltliche
Gewalt, nicht ausgesprochen werden. Es war eine unzweideutige Auf-
forderung zum Ungehorsam und zum Widerstand gegen die staatlichen
Gesetze. Eine Gegenwirkung des Staates war unumgänglich. Sie
wurde auch von Bismarck sofort gefordert und im Kultusministerium
überlegt. Das Erste war, daß man Vorbeugungsmaßregeln gegen die
Publikation der Bulle durch die Bischöfe traf. Am 24. berichtete
Falk an das Staatsministerium, daß er die Oberpräsidenten ange-
wiesen habe, gegen jeden Bischof, der publiziere, das Verfahren auf
Amtsenthebung zu eröffnen. Allein, was nützte das, da die Ver-
öffentlichung im „Westfälischen Merkur“ und in der „Germania“
bereits erfolgt war, zumal nach kanonischem Rechte die Gültigkeit
päpstlicher Anordnungen nicht von einer bestimmten Publikations-
form abhing, vielmehr jeder Katholik um Gewissens willen verpflichtet
war, der Bulle zu gehorchen, sobald er davon auf irgendeinem Wege
Kenntnis hatte? Der Versuch, die Verbreitung der Bulle unter der
katholischen Bevölkerung zu verhindern, wurde aber vollends ver-

eitelt, als am 18. März der Abgeordnete Freiherr v o n W e n d t den Wortlaut der Enzyklika im Abgeordnetenhaus vorlas und damit der Verbreitung des Schreibens die Straffreiheit sicherte, die die Verfassung der Wiedergabe des Parlamentsberichtes gewährt hatte.

Bismarck drängte auf zweierlei, einmal auf schärfere Verwaltungsmaßregeln und deshalb, zurückkommend auf eine frühere Anregung, auf Reinigung und Sichtung der Beamtenschaft, dann auf ganz radikale gesetzgeberische Maßnahmen. In beiden Punkten sah sich Falk gezwungen, zu dämpfen, abzuschwächen und zu hemmen.

Am 13. März legte Bismarck dem Staatsministerium folgendes Votum vor:

„Vertraulich. Bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich mir bereits gestattet, auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, daß der Regierung, namentlich in den dem feindlichen Einflusse des Klerus besonders zugänglichen Teilen des Staates solche Organe zur Verfügung stehen, welche bei Bekämpfung geistlicher Übergriffe und Auflehnungen sich nicht auf äußerliche und formale Ausführung ihrer Aufträge und der Gesetze beschränken, sondern aus eigenem Antriebe innerhalb ihres Wirkungskreises mit selbständigem Eifer die der Regierung durch staatliche Notwendigkeit gesteckten Ziele auch ihrerseits erstreben. Es heißt die Schwere des Kampfes und die Verantwortlichkeit der Regierung für die Art seiner Führung unterschätzen, wenn vom Staate nicht jedes in seiner Macht stehende Mittel angewendet wird, um den Widerstand gegen die Autorität des Gesetzes zu brechen. Auch für die Ausführung der Verwaltungsreform in den westlichen Provinzen halte ich die Purifikation des Beamtenstandes in denselben für eine unerläßliche Vorbedingung. Deshalb betrachte ich es als eine verantwortliche Pflicht, welche sämtlichen Mitgliedern des Staatsministeriums gegen dieses und gegen das Land obliegt, daß bei der Ernennung und Bestätigung aller Beamten, welche irgendwie zu einer Betätigung in kirchenpolitischer Beziehung berufen sind, kein Kandidat zugelassen werde, dessen unbedingte Zuverlässigkeit einem Zweifel unterliegt, und daß die im Dienste befindlichen Beamten, welche ihre Aufgabe nicht mit voller Hingebung erfüllen, soweit das Gesetz es gestattet, ohne Ansehen der Person und ohne Verzug entfernt werden, damit sichere und brauchbare Männer an ihre Stelle treten können. Insbesondere gilt dies von den Landräten, durch deren Widerwilligkeit oder Schwäche in ihren Kreisen die Kraft der Regierung gebrochen wird. Ich muß es meinerseits ablehnen, zu der Schädigung unserer Politik, welche in der persön-

lichen Schonung unzuverlässiger Beamten liegt, verantwortlich mitzuwirken, und bin eventuell genötigt, diesen Entschluß bei S. M. und vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Ich stelle deswegen dem Königlichen Staatsministerium ganz ergebenst anheim, zu beschließen, daß in dem vorstehend entwickelten Sinne verfahren, daß namentlich zunächst gegen alle Landräte, auf deren entgegenkommende Unterstützung in dem Kampfe des Staates gegen die in Auflehnung befindlichen Priester nicht sicher zu rechnen ist, eingeschritten und daß der Herr Minister des Innern ersucht werde, sich der Ausführung der zu fassenden Beschlüsse ungehäumt zu unterziehen. Ich werde den Gegenstand in einer der nächsten Sitzungen des Staatsministeriums auf die Tagesordnung bringen lassen und erlaube mir den Herren Mitgliedern hiervon durch Abschrift des Votums eine vertrauliche Mitteilung zu machen.“

Falk war damit natürlich einverstanden, aber er sah auch, wie gefährlich auf diesem Gebiete generelle Maßregeln sein mußten, und wie leicht unzuverlässige Denunziationen und unhaltbare Beschuldigungen unverantwortlicher Privatpersonen zu Ungerechtigkeiten führen konnten. Der Kanzler war zu leicht geneigt, derartigen Hinterbringungen sein Ohr zu öffnen. Das zeigte sich, als im Mai 1875 ein ausführliches Schriftstück aus dem Bureau des Staatsministeriums autographiert an Falk gelangte, das schwere Angriffe auf ultramontane oder angeblich ultramontane Lehrer und Schulbeamte der Rheinprovinz enthielt und dabei sogar einen von dem Minister selbst am 22. Oktober 1874 an das Provinzialschulkollegium in Koblenz gerichteten Erlaß über katholische Gottesdienste in höheren Lehranstalten als unberechtigtes Zugeständnis an ultramontane Ansprüche deutete. Zwei Verzeichnisse von Beamten mit Charakteristik derselben ergänzten das erstgedachte Schriftstück; sie bezogen sich freilich zum Teil auch auf Beamte anderer Ressorts. Falk hatte Grund zu der Annahme, daß diese Schriftstücke auf Mitteilungen beruhten, die der sogenannte „Deutsche Verein der Rheinprovinz“ an Bismarck hatte gelangen lassen, und die auf Erkundigungen eines ziemlich dunkeln Ehrenmannes gegründet waren.

Auch durch die formlose und indiskrete Art dieser Mitteilung erregt, schrieb Falk am 11. Mai 1875 an den Fürsten:

„Gestern Abend ist durch das Bureau des Staatsministeriums an das Zentralbureau meines Ministeriums brevi manu ein metallographiertes Exemplar einer anonymen Schrift über die im höheren Schulwesen, besonders der Rheinprovinz, obwaltenden

übelstände gelangt. Durch eine Rückfrage hat sich die durch die metallographische Form der Schrift gegebene Vermutung bestätigt, daß dieselbe sämtlichen Herren Departementchefs ebenfalls zugestellt sei. Für die Annahme, daß bei dieser Zustellung eine andere Form als mir gegenüber innegehalten worden, fehlt mir jeder Anhalt. Das Skriptum enthält aber wesentlich eine Denunziation gegen meine Amtsführung voll Unkenntnis, Unrichtigkeit, Übertreibung und tendenziöser Entstellung und Verdächtigung. Daß ein solches Schriftstück zu meiner und meiner Kollegen Kenntnis gebracht werde, gibt mir ernststen Grund zur Beschwerde. Ich sehe von Verfolgung derselben indessen ab, weil die Mitteilung des Auftrages an die übrigen Herren Departementchefs und die danach anzunehmende Absicht, die darin behandelten Gegenstände zu einer Erörterung im Staatsministerium zu bringen, für mich eine ungleich schwerere Bedeutung hat. Denn dieselben betreffen in allen Hauptpunkten lediglich mein spezielles Ressort, das ich mir bewußt bin, mehr als drei Jahre mit voller Hingebung und Energie verwaltet zu haben. Demgegenüber gewinnen Anführungen, wie die in dem fraglichen Auftrage vorgetragenen, ohne Nennung des Angebers mitgeteilten, einen Charakter, welcher eine Erörterung, wie die beabsichtigte, meines Erachtens ausschließt. Ich muß es deshalb, wie ich schon jetzt mich verpflichtet halte, Ew. Durchlaucht ganz ergebenst mitzuteilen, ablehnen, in eine Erörterung einzutreten, die darauf hinauslaufen würde, mich auf die Anzeige eines Zwischenträgers Ew. Durchlaucht und meinen Kollegen gegenüber, also an einer Stelle zu verantworten, deren volles Vertrauen in meine Amtsführung ich zu beanspruchen mich berechtigt fühle und bisher auch zu besitzen geglaubt habe. Ich schließe mit dem ganz ergebensten Ersuchen, den Herren Ministern, welchen der metallographierte Aufsatz zugeing, auch von dieser Erklärung geneigtest Kenntnis zu geben.“

Noch an demselben Tage ließ Fürst Bismarck den Minister Friedenthal zu sich bitten und beauftragte ihn, Falls mitzuteilen, er habe geglaubt, interessante und bisher unbekannte Mitteilungen ihm machen zu sollen; ungeschickte Behandlung der Angelegenheit durch das Bureau des Staatsministeriums werde gerügt werden. Das Ergebnis der Friedenthalschen Vermittlung war dann folgendes weiteres Schreiben Falls vom 11. Mai 1875:

„Die Mitteilungen, die mir Minister Friedenthal soeben in Ew. Durchlaucht Auftrage machte, stellen die Auffassung, die ich in bezug auf das in meinem heutigen Schreiben erwähnte Schriftstück und

seine Verteilung hegen zu müssen glaubte, als nicht zutreffend dar. Daß mir dies zur Beruhigung gereicht, halte ich für meine Pflicht, Ew. Durchlaucht sofort auszusprechen.“

Dessenungeachtet nahm er an der nächsten Staatsministerialsitzung nicht teil. Sie fand am 13. Mai statt. Achenbach schrieb davon noch am selben Tage: „Lieber Freund! In der heutigen Sitzung kamen zunächst nur ganz allgemeine Mitteilungen des Vorsitzenden zur Sprache. Zum Schluß bedauerte derselbe, daß Sie nicht anwesend seien, da er Ihnen selbst Aufklärung über Ihre Beschwerde gegeben haben würde, indem seinerseits keinerlei Mißtrauen vorgelegen habe, noch irgendwie beabsichtigt gewesen sei, Ihnen zu nahe zu treten. Hieran schlossen sich Benennungen einzelner Beamten im Rheinland und Westfalen, welche nicht als zuverlässig angesehen werden könnten, darunter einzelne der Bergverwaltung. Das Wichtigste sei aber unter allen Umständen die Kategorie der Schulräte und Schulinspektoren. Über ein allgemeines Gespräch kam die Sache nicht heraus. Der Gegenstand soll in vierzehn Tagen nochmals genau erörtert werden.“

Diese weitere Erörterung unterblieb, ebenso aber ein umfassendes Vorgehen gegen die Beamtenschaft, das sicher nur böses Blut erregt hätte. Bismarck hatte allen Grund, Faß für diese Weigerung dankbar zu sein, denn eine kurz nachher in Bonn stattgefundene Gerichtsverhandlung gegen den Sammler jener Notizen wegen Erpressung ergab, daß derselbe eine ganz minderwertige Persönlichkeit war. Der „Deutsche Verein“ wurde dadurch empfindlich geschädigt, und es war gut, daß die Regierung in diese Bloßstellung nicht mit hineingezogen wurde.

Die gesetzgeberische Maßnahme aber, mit der Bismarck das Attentat und die Enzyklika beantworten wollte, war die *Aufhebung der Zirkumskriptionsbullen*, auf denen die Diözesaneinrichtungen der katholischen Kirche beruhten. Mit diesem Gedanken setzte sich deshalb auch vor allem die Denkschrift des Ministers auseinander, die er am 3. April 1875 dem Staatsministerium über die Frage einreichte: Sollen die Maßregeln gegen die katholische Kirche erweitert werden und nach welchen Seiten hin? Soll dies noch in der laufenden Session geschehen?

Die große Ausführlichkeit, mit der gerade dieser Punkt behandelt und ein solcher Plan widerraten wird, läßt sich gar nicht anders erklären, als daß Faß hierin Bismarck selbst als Gegner vor sich sah.

Er bestritt nicht die rechtliche Möglichkeit. Die vier Bullen: *De salute animarum*, *Impensa romanorum*, *Provida sollersque*, *Ad dominici gregis custodiam* sind zwar einseitige päpstliche Erlasse, auch wenn bei ihrer Redaktion der Staat mitgewirkt hat, und fallen nicht in den Bereich der staatlichen Legislatur. Wohl aber könnten die Landesherrlichen Erlasse, die ihren Anordnungen die staatliche Sanktion erteilt haben, aufgehoben werden. Es besteht kein Vertragsverhältnis zwischen Staat und Kirche. Nach preussischem Staatsrecht ist die katholische Kirche innerhalb des Staatsgebietes der Staatsgewalt unterworfen und in einzelne Korporationen gegliedert. Der Papst kommt nur als Vertreter dieser inländischen Korporationen in Betracht, nicht als Souverän und Oberhaupt der universellen Kirche. Zwischen dem Staat und inländischen Korporationen gibt es aber bindende Verträge nur über privatrechtliche Verhältnisse, nicht über öffentliche Angelegenheiten.

Allein, welche Tragweite und welche Folgen würde ein solches Vorgehen haben? Wäre es überhaupt zu realisieren? Es würde damit die gesamte Organisation der katholischen Landeskirche hinfallen. Was von den bestehenden Ordnungen noch übrig bliebe, wäre ein unabhängiger Pfarrklerus, der kirchlich unabsehbar von jeder Einwirkung geistlicher Oberer befreit wäre. Das ergäbe eine völlig andere Frontstellung. Alle bisherigen Maßnahmen wollten die Kirche unter Wahrung ihrer Autonomie den Staatsgesetzen unterwerfen. Die Maigesetze vermieden jeden Eingriff in das Gebiet der innerkirchlichen Organisation und richteten ihre Spitze gegen den Episkopat, nicht gegen die Gemeinden. Fortan würde der Konflikt unmittelbar in die Gemeinde eintreten. Das scheinbar rein negative Ergebnis der Maigesetze legt den Gedanken eines solchen Frontwechsels nahe, um mit akuterer Mitteln schneller zum Ziele zu kommen. Aber die kirchliche Organisation selbst zum Objekt des Angriffs zu machen, den Episkopat aus der katholischen Kirchenverfassung zu eliminieren und so staatsseitig das Band zu lösen, das die Gemeinden in der dogmatisch gebotenen Einheit mit den Bischöfen erhält, das ist eine Maßregel, die alle älteren Erfahrungen wider sich und neuere Vorgänge nirgends für sich hat.

Die staatliche Ordnung von 1821 entspricht auch staatlichen Bedürfnissen, weil nur geregelte Bistumsverbände ermöglichen, eine unmittelbare Einwirkung ausländischer Kirchenoberer auf inländische Verhältnisse zu verhindern, zum Beispiel bei Besetzung der bischöf-

lichen Stühle. Diese Position würde verloren gehen. Zwei Möglichkeiten bieten sich dar. Entweder: Gelänge es, durch Strafgesetze wirklich jede Ausübung des Epistopalregimentes dauernd zu verhindern, so würde ein geheimes Delegaten- und Vikariatswesen der sichere Erfolg sein. Oder, was wahrscheinlicher, wenn die Mittel des Staates dazu unzulänglich sind, dann bestünden die bisherigen Diözesanverbände kirchlich weiter und der faktische Zustand bliebe derselbe, nur ohne jede Teilnahme des Staates. Immer aber würde die Negation des Episkopates als ein Versuch erscheinen, die katholische Kirche selbst aufzuheben. Abri gens zeigt die Geschichte, daß staatskirchliche Gesetze nicht hinreichen, um eine eigenmächtige Rekonstitution der katholischen Kirchenverfassung ins Leben zu rufen. Was wäre denn gewonnen, wenn die Abhängigkeit der Gemeinden von den Bischöfen gelöst würde, die von Rom aber bliebe? Die Konsolidierung einer deutschen Nationalkirche ist ohne die rechten Männer auf den bischöflichen Stühlen unerreichbar, und da diese Männer nicht da sind, so ist sie überhaupt unerreichbar.

Aus allen diesen, lebhaft und nachdrücklich vorgetragenen Gründen muß Falk die Aufhebung der Zirkumstriptionsbullen entschieden widerraten. Die Argumente, die er hier zusammengetragen hat, sind dieselben, die jedem Projekt einer „Trennung von Staat und Kirche“ entgegenstehen, bei der der Staat nur einzelne örtliche Religionsgesellschaften anerkennen und deren Verbindung dem von ihm unkontrollierten Zufall und der Willkür überlassen wollte.

In einem zweiten Abschnitte der Denkschrift wird auch der Gedanke, das Plazet zu erneuern, abgelehnt. Falk äußert dabei, daß er auch aus staatlichem Interesse die möglichste Publizität von Schriften, wie der letzten Enzyklika, nur wünschen könne. Dagegen empfiehlt er den Ausbau des sogenannten Kanzelparagraphen im Strafgesetzbuche.

Ganz nutzlos, ja schädlich würde auch ein promissorischer Eid der katholischen Beamten nach dem Muster des englischen Suprematist sein.

Nun erst entwickelt die Denkschrift die positiven Vorschläge des Ministers. Für das Wichtigste hält er Maßregeln gegen die geistlichen Orden und Kongregationen wie gegen die katholischen Vereine, Bruderschaften, Sodalitäten. Das Land ist von einem Netz derartiger Gebilde überspannt, und sie sind die Kanäle des ultramontanen Einflusses. Gerade hier zeigt sich die Lückenhaftigkeit des Preussischen

Kirchenstaatsrechtes, denn das Land hat kein einheitliches Kloster- und Ordensgesetz, und die Interpretation der Verfassung durch die Verwaltungsbehörden und die Justiz mit der Behandlung der Orden als bloße Vereine, wie andere auch, hat jede Schranke niedergerissen. Es ist ein Gesetz zu geben, das alle Orden vom Gebiete der Monarchie ausschließt und nur die ausschließlich der Krankenpflege gewidmeten bestehen läßt, das also das Antijesuitengesetz auf alle Orden ausdehnt, und weiter ein Gesetz, das die katholischen Vereine für politische erklärt.

Endlich berührt die Denkschrift noch die schon längst erkannte Notwendigkeit, in der Vermögensverwaltung der staatlichen Aufsicht und der gemeindlichen Teilnahme mehr Raum zu schaffen und die Bestimmungen über die „tote Hand“ zu verschärfen.

„Weitere Maßnahmen kommen zur Zeit nicht in Betracht.“ Wir sehen: Weder das Einstellungsgesetz noch die Aufhebung der Artikel 15, 16, 18 der Verfassung gehörten zu den Plänen des Ministers. Zu beidem hat Bismarck ihn gedrängt, und zwar stark gedrängt, einmal sogar mit der Andeutung, wenn er nicht wolle, so sei ein anderer, nämlich Gneist, gerne bereit, es zu tun. Beides sind Teile und Reste von dem ursprünglich viel weitergehenden Plane, den Falk so gründlich widerlegt hatte. Der Unterschied zwischen der Aufhebung der Zirkumskriptionsbullen und dem Einstellungsgesetze war der, daß dieses die Ordnungen jener Bullen, auch die staatlichen Dotationen, grundsätzlich bestehen ließ und nur vorübergehend suspendierte, während jene das alles beseitigen wollte. Mit den Verfassungsartikeln lag es etwas anders. Bismarck dachte, damit daselbe zu erreichen, nämlich die Kirche auf die Rechtslage des Landrechtes zurückzudrücken, Falk wollte das auch, behauptete aber, daß die Aufhebung an der Rechtslage so gut wie nichts ändere und eigentlich überflüssig, freilich deshalb auch unschädlich sei.

Der Gedanke einer Sperrung der Staatsleistungen lag ja nahe genug, nachdem der Widerspruch des Klerus so prinzipiell und heftig geworden war. Schon bei Besprechung der neu eingestellten Statposition von zwei Millionen Mark zur Verbesserung der Lage der Geistlichen — vor der Enzyklika — hatten mehrere Mitglieder des Staatsministeriums für selbstverständlich gehalten, daß Zahlungen aus Staatsfonds nur an solche Geistliche geleistet würden, die sich zum Gehorsam gegen die Gesetze verpflichteten. Daran knüpfte Falk an, nur drehte er die Sache um. Er machte die Einstellung nicht

von der verweigerten Gehorsamserklärung abhängig, was zu neuen weitläufigen Verhandlungen geführt hätte, sondern er sperrte erst und nahm die Aufhebung nach einem Entgegenkommen der Geistlichen in Aussicht. Stark betonte er, daß nicht eine Einziehung, sondern nur eine Einstellung beabsichtigt sei. Im Staatsministerium wie beim Könige fand der Entwurf ohne Weiterungen Zustimmung, nur an den Motiven war Einiges geändert worden.

Im Ganzen betrugen die Staatsleistungen für katholisch-kirchliche Zwecke damals etwa eine Million Taler. Da aber die für Befoldung der niederen Kirchendiener und für Bau- und sächliche Kultusbedürfnisse der einzelnen Gemeinden bestimmten Summen von der Sperrung ausgenommen bleiben sollten, so betrug die Summe, deren Einbehaltung beabsichtigt war, etwa 880 000 Taler. Die einzelnen Provinzen kamen dabei mit sehr verschiedenen Beträgen in Betracht, die westlichen mit viel höheren als die östlichen. Aus den Motiven geben wir zwei Stellen hier wieder, die eine, worin die Einbehaltung grundsätzlich gerechtfertigt wird, die andere, worin über die spätere Verwendung der gesperrten Summen gehandelt wird; die Ausführungen über die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel waren im Staatsministerium gestrichen worden, um die Stellung der Regierung nicht vor der Zeit festzulegen.

1. Als König Friedrich Wilhelm III. in der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 23. August 1821 (Gesetzsammlung Seite 113) der päpstlichen Bulle „De salute animarum“ Allerhöchst Seine Königliche Billigung und Sanktion mit den Worten erteilte:

Diese Meine Königliche Billigung und Sanktion erteile Ich vermöge Meiner Majestätsrechte und diesen Rechten ... unbeschadet,

sprach Allerhöchstder selbe einen Grundsatz aus, an welchen jetzt zu erinnern an der Zeit ist. Es ist der Grundsatz, daß die katholische Kirche des preussischen Staates — so nannte sie die gedachte Order mit Recht —, so weit sie von diesem Staate Nuzungen oder Leistungen bezieht, diese nur beziehen kann und darf, so weit und lange sie die Majestät des preussischen Staates und seiner Gesetze achtet und anerkennt. Der Grundsatz gilt auch für die katholische Kirche in den neu erworbenen Provinzen. ... Jener Grundsatz hätte kaum ausgesprochen zu werden brauchen; er bildet die selbstverständliche Voraussetzung für alle Leistungen des Staates an die katholische Kirche und er muß für diese Leistungen gelten, auf welchem Rechtsgrunde immer dieselben beruhen, zu welchem Zeit-

punkte die Verpflichtungen des Staates zu denselben entstanden sein mögen.

Der Staat ist genötigt, ihn jetzt zur Anwendung zu bringen. Das Verhalten des römisch-katholischen Episkopats gegenüber den verfassungsmäßig beschlossenen, von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige vollzogenen und gehörig publizierten Gesetzen vom 11., 12. und 13. Mai 1873 (Gesetzsammlung Seite 191), vom 20. und 21. Mai 1874 (Gesetzsammlung Seite 135) ist notorisch ein solches gewesen, daß jene Majestätsrechte, unter deren Vorbehalt allein die katholische Kirche in Preußen alle die Erweisungen der „höchsten Großmuth und Güte“ — wie Papst Pius VII. in der Bulle „De salute animarum“ sich ausdrückte — empfangen hat und zu genießen berechtigt ist, auf das Schwerste geschädigt und verletzt erscheinen. Der Staat ist deshalb ebenso berechtigt, als verpflichtet, bis dahin, daß der römisch-katholische Alerus zum Gehorsam gegen die Gesetze zurückkehrt, ihm zunächst alle diejenigen Mittel zu entziehen, welche er selbst bisher zur Unterhaltung dieses Alerus beigetragen hat. Unterließe der Staat dies noch länger, es müßte ihn der schwere Vorwurf treffen, daß er selbst seine Gegner in ihrem Widerstande stärke.

Solchem Vorwurfe darf er sich am wenigsten in einem Augenblicke aussetzen, in welchem in deutschen und römischen Blättern, im lateinischen Text wie in deutscher Uebersetzung eine bezüglich ihrer Echtheit nirgends angezweifelte Enzyklika des Papstes vom 5. Februar dieses Jahres veröffentlicht worden ist, welche jene Gesetze vor der katholischen Welt und für alle, die es angeht, für ungültig (irritas) erklärt und den Ungehorsam gegen dieselben sanktioniert hat, — und die Erzbischöfe und Bischöfe in Preußen diese an sie gerichtete Enzyklika — soweit bekannt — ohne einen Widerspruch hingenommen haben.

2. Während in den Fällen des Gesetzes vom 11. Mai 1873 nur eine exekutive Maßnahme zur Erzwingung einer vom Gesetz geforderten Handlung in Frage steht, handelt es sich jetzt darum, zum Ausdruck und zur Geltung zu bringen, daß die Pflicht des Staates zur Gewährung von Mitteln an die katholische Kirche einer kirchlichen Gemeinschaft gegenüber ruhen muß, welche die Grundlagen, auf welche ihre eigene rechtliche Existenz im Staate beruht, grundsätzlich negiert. Auch würde es den Erfolg der beabsichtigten Maßregel wesentlich beeinträchtigen, wenn von vornherein festgestellt würde, daß alle einbehaltenen Beträge früher oder später den empfangsberechtigten Stellen nachzuzahlen seien. Endlich müßte es im Interesse des Staates selbst in hohem Maße

bedenklich erscheinen, bedeutende Summen anzufammeln, die später ohne alle Kautelen für den Staat den Leitern der römisch-katholischen Kirche zur Verfügung zu stellen sein würden. Anderseits erscheint es nicht ratsam, schon jetzt definitive Festsetzung über die künftige Verwendung der nicht zur Auszahlung gelangenden Zuschüsse zu treffen, da für die Entschliebung hierüber diejenigen Verhältnisse maßgebend sein müssen, unter welchen die Wiederaufnahme der Leistungen erfolgen wird. Der vorliegende Entwurf schlägt deshalb vor, die Bestimmung über die Verwendung der während der Einstellung angesammelten Beträge einem künftigen Gesetze vorzubehalten.

Die Beratung im Abgeordnetenhaus begann am 16. März. Allein schon vorher hatte ihr das Zentrum sozusagen den Boden unter den Füßen wegzuziehen gesucht, indem Reichensperger am 10. März der Enzyklika eine gänzlich harmlose Auslegung gegeben hatte. Sie enthalte keine Entscheidung de fide et moribus und sei nicht ex cathedra ergangen. Auch seien nicht die Staatsgesetze als solche für „irritae“ erklärt worden, sondern nur „utpote quae“, insofern und soweit sie mit den Gesetzen der Kirche im Gegensatz stünden. „Irritae“ bedeute nicht ungültig oder nichtig im Rechtsinne, sondern nur moralisch unverbindlich. Die lateinische Fassung sei maßgebend, nicht die schärfer klingende deutsche Wiedergabe in den Zeitungen. Dieselbe Auslegung wiederholte Reichensperger am 16. März, und Windthorst am 6. April. Sie hatten damit einen Weg beschritten, den schon vorher die Kollektiverklärung der deutschen Bischöfe vom Januar und Februar 1875 zu der im Arnimprozeß bekannt gewordenen Depesche Bismarcks betreffend die künftige Papstwahl vom 14. Mai 1872 eingeschlagen hatte. Das war nämlich der Weg, das Vatikanum (und damit auch den Syllabus) durch eine Umdeutung quasi zurückzunehmen. Was hätte der Papst wohl auf dem Konzil gesagt, wenn ihm dort derartige Theorien über die Grenzen seiner Macht und die fortbauernde Selbständigkeit des Episkopates vorgetragen worden wären! Jetzt allerdings war die Lage so anders, daß er dieser Erklärung durch Breve vom 2. März seine Zustimmung aussprach. Wir werden dieser Methode noch öfter begegnen, und wir werden darin nicht nur wie die Miterlebenden ein taktisches Manöver erblicken, sondern eine erste und bedeutende Wirkung des staatlichen Widerstandes. Die Ansprüche des Syllabus und des Vatikaniums ließen sich nicht behaupten, also wurden sie verleugnet, und nun war die Position der unschuldig und

grundlos Verfolgten gewonnen und dem Gegenschlage des Staates die Motivierung weggenommen. Heute gibt es viele Katholiken und Protestanten, die davon überzeugt sind, es sei wirklich so gewesen; der Syllabus und das Vaticanum sind ja in der That Luststreiche geblieben und haben sich nicht durchgesetzt, auch nicht in der Seele der Katholiken selbst; dieser geschichtliche Mißerfolg wird als Beweis nicht vorhanden gewesener Absicht genommen, und der damalige Staat scheint im Irrtum gewesen zu sein. Allein so konnten die Ohrenzeugen jener Kämpfe nicht urtheilen, und deshalb ist es durchaus zu verstehen, daß der Minister diese Auslegungskünste zurückwies. Er erklärte, daß er nur die deutsche Übersetzung für maßgebend anerkenne, denn nur in dieser sei die Publikation in Deutschland erfolgt, und diese habe ohne Einschränkung die Staatsgesetze „für ungültig erklärt, da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten“. Und dann fuhr er fort:

„Meine Herren, der Erfolg, den die Enzyklika etwa haben konnte auf die Gemüther im Lande, der ist vollständig damit erzeugt worden, und erzielt, wie es nur geschehen konnte, den kann die Staatsregierung nicht ändern; — aber hinterher soll sie sich beruhigen und meinen, es habe nichts zu bedeuten mit diesem Erfolg? sie soll sich beruhigen mit Interpretationen über utpote quae und über leges irritas? — Ja, meine Herren, können Sie wirklich der Staatsregierung so etwas zutrauen? Was wäre das wohl für eine Staatsregierung, die erst den Schaden im Lande entstehen ließe und sich hinterher mit dialektischen oder philologischen Auseinandersetzungen ihr Gewissen beruhigen wollte? Wer wird denn draußen diese philologischen Auseinandersetzungen und ähnliche Dinge verstehen? Die deutschen Worte, die in der Übersetzung stehen, und den Kommentar der Presse hat jeglicher Mann verstanden, der ist hinausgetragen in jedes Haus im Lande; aber hier diese akademischen Erörterungen, — ich denke, meine Herren, die sind wahrhaftig ohne allen und jeden Eindruck geblieben. Aber die Staatsregierung, der in vollem Ernst zugemutet werden könnte, sich damit zu beruhigen, die müßte wirklich nahe sein an der Grenze der Abdanfung.

„Meine Herren, die Staatsregierung hat die Enzyklika ernst genommen, und sie mußte sie ernst nehmen, denn in jenen deutlichen Worten arger Überhebung, und an einer anderen Stelle, in jenen Worten ernster Anregung zum Angehorsam ist in vollster Schärfe

der Standpunkt eingenommen worden, der dem Staate widersteht. Was wäre das wohl für eine Regierung, die sich unter solchen Umständen noch dem Vorwurf aussetzte, diese widerstrebende Kraft, die sich zu solchen Dingen, wie ich sie kennzeichnete, versteigt, noch zu unterstützen mit ihren eigenen Mitteln! Meine Herren, es handelt sich in erster Linie in diesem Gesetze darum, daß der Staat ein energisches Zeugnis dafür ablegt, daß er sich nicht verhöhnen läßt.

„Und, meine Herren, schon um dieses Erfolges willen würde es ein Resultat dieser Vorlage sein, das man als ein gutes bezeichnen muß. Denn es ist notwendig, daß der Staat heutzutage klar und offen solchen Angriffen gegenüber sich entgegenstellt, auf die Gefahr hin, daß die Maßnahmen, die er zunächst zur energischen Abwehr ins Auge gefaßt hat, die Reime zu einer Gesetzgebung begründen, die noch ganz andere Ergebnisse haben müßte gegenüber jenen zu bekämpfenden Faktoren, als dieser Entwurf auch im günstigsten Falle für die Staatsregierung haben kann.“

Den Schluß seiner Rede, die stärksten Beifall bei der Mehrheit des Hauses fand, bildete ein persönliches Wort:

„Es sind schwere Vorwürfe, meine Herren, ganz außerordentlich schwere, die Sie mir bei aller und jeder Gelegenheit entgegenbringen, und wie Sie es tun, so tun es die von mir schon so oft berührten Blätter auch täglich und reichlich. Es wäre kein Wunder, wenn jemand, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, solchen Vorwürfen gegenüber matt, gebeugt werden könnte. Denn, meine Herren, ich bin mir der Verantwortung bewußt, nicht bloß weil, wie der Herr Abgeordnete Reichensperger meint, ich sie einmal äußerlich trage, sondern auch, weil ich weiß, daß wirklich ein Teil und ein recht leidlicher Teil des ganzen Kampfes von diesen beiden Schultern getragen wird. Aber, meine Herren, es gibt doch ein Moment, das mich derartigen Vorwürfen gegenüber aufrecht erhält; ich kann nämlich nicht umhin, in allen diesen heftigen Angriffen doch für mich das Zeugnis gewissenhafter Pflichterfüllung zu finden, wie es mir nicht besser ausgestellt werden kann. Denn, meine Herren, Sie drücken damit aus, daß ich, wo ich es kann, die Wurzeln abzugraben suche, aus denen solche heillofen Zustände erwachsen sind, wie sie gegenwärtig bestehen, indem es dahin hat kommen können, daß Sie nicht das Wort des Landesgesetzes, sondern das Wort des Papstes in Rom als maßgebend für sich erachten; Sie drücken auch weiter damit aus, daß Sie die vollständige Überzeugung bei sich haben, ich würde,

so lange ich dazu berufen bin, von dieser Pflicht nicht weichen, sondern sie erfüllen trotz der Mühseligkeit des Einzelkampfes, trotz aller persönlichen Verunglimpfungen und Bedrohungen, die ich erfahre. Und darin haben Sie Recht; ich bescheinige Ihnen das. Ich tröste mich aber auch und das erwidere ich wiederum auf gewisse Worte des Herrn Abgeordneten Reichensperger, daß diese Bescheinigung zustimmend beglaubigt werden wird, nicht bloß wie früher von der Mehrheit des andern Hauses, so jetzt von der Mehrheit dieses Hauses, sondern in Wahrheit von der großen Mehrheit des preußischen und deutschen Volkes.“

Ohne Kommissionsberatung, aber nach endlosen Debatten im Plenum wurde das Gesetz in dritter Lesung am 6. April angenommen. Bei der entscheidenden Abstimmung am 18. März fielen 264 Stimmen dafür und 88 dagegen. Die Verteidigung der Einzelbestimmungen durfte der Minister seinen Kommissaren überlassen.

Dem Entwurfe eines Gesetzes über Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 war eine möglichst harmlose Motivierung beigegeben. Wiederum war als ein Grund die Enzyklika des Papstes genannt. Vorher hieß es: „Seitdem in neuerer Zeit begonnen werden mußte, durch die Gesetzgebung des Staates die notwendigen Grenzen zwischen diesem und der Kirche zu regeln, um dadurch ein festes, für jedes der beiden Gebiete geregeltes Verhältnis herzustellen, hat die Staatsregierung stets und immer von neuem die Erfahrung gemacht, daß ihren Schritten der Einwand entgegengesetzt wurde, dieselben verstießen gegen diejenigen Bestimmungen der Verfassungsurkunde, welche den Religionsgesellschaften die selbständige Verwaltung ihrer Angelegenheiten zugewiesen haben. Als sich im Jahre 1873 die Gesetzgebung zum ersten Male dem bezeichneten Gebiete zuwandte, war dies erklärlich. Denn damals bestand der Artikel 15 der Verfassungsurkunde noch in seiner ursprünglichen Fassung, die verschiedener, engerer und weiterer Auslegung Raum gab, und hatte lange Zeit durch das selbsttätige Eingreifen der katholischen Bischöfe und die Zulassung der Organe des Staates eine über seinen wahren Sinn hinausgehende Anwendung erhalten. Diesen wahren Sinn klar zu stellen, war die Aufgabe des Gesetzes vom 5. April 1873; es sollte zum allgemeinen und klaren Bewußtsein gebracht werden, daß auch eine selbständige Besorgung der kirchlichen Angelegenheiten dem Hoheitsrechte des Staates, seiner Gesetzgebung und Aufsicht unterliege. Dennoch wird jener Einwand

weiter und bis in die neuesten Tage gegen jede kirchenpolitische Gesetzesvorlage erhoben. Fort und fort sowohl in den Häusern des Landtages, als in Organen der Presse gegen die Verfassungsmäßigkeit der Maßregeln wiederholt, wiegt er um so schwerer, als er Beunruhigung in die Bevölkerung trägt, die gesetzgebenden Faktoren und die Staatsregierung eines verfassungswidrigen Verhaltens verdächtigt und die Gesetze, noch ehe sie verkündet werden, als solche bezeichnet, denen mit Recht Widerstand geleistet werden dürfe. Ein solcher Zustand kann in keinem Staate ertragen werden, namentlich in einer Zeit so ernster Bewegungen, wie die gegenwärtige; unabweisbare Pflicht ist es, denselben entschieden, kräftig und so schleunig als möglich zu beseitigen. Dies kann nur gelingen, wenn das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht ferner durch allgemeine, der Mißdeutung fähige Sätze, sondern lediglich durch eingehende Spezialgesetze geregelt wird, also eine Änderung der Verfassungsurkunde erfolgt. . . . Die auf diesem Wege für die Gesetzgebung gewonnene Freiheit soll zur Abwehr jener Angriffe dienen. Anderen Religionsgesellschaften, insbesondere der Evangelischen Kirche gegenüber, bedarf es solcher Abwehr nicht. Soweit die eigene Ordnung ihrer Angelegenheiten gesetzlich bereits geregelt ist, wird es dabei bewenden; soweit dies nicht der Fall ist, die Gesetzgebung diejenige Sicherheit schaffen, welche Korporationen gebührt, die der Rechtsordnung des Staates sich unterwerfen.“

So hatte es Falk formuliert und die Frage nach der Wirkung der Aufhebung, worin er mit Bismarck differierte, umgangen. Mit dem letzten Satze hatte er der vorausgesehenen Beunruhigung der evangelischen Kirche vorbeugen wollen. Das gelang aber nicht. Der Abgeordnete Brühl bezeichnete die Maßregel als einen verächtlichen Fußtritt, der der evangelischen Kirche versetzt werde. Nachdem Bismarck mit einer seiner eindringlichsten Reden für das Gesetz im ganzen gesprochen hatte, war es Falk's Aufgabe, die Besorgnisse der evangelischen Kreise zu zerstören. Er führte den schlagenden Nachweis, daß die betreffenden Artikel der evangelischen Kirche nicht das Geringste genützt hätten, daß sie deshalb auch keinen Anlaß zu der Sorge hätten, deren Aufhebung würde an ihrer Selbständigkeit etwas ändern. Auf die äußerst gehässigen Angriffe Gerlach's dagegen, die mit dem vorliegenden Gesetz nichts zu tun hatten, daß er durch seine Begünstigung des kirchlichen Liberalismus die Kirche in ihren heiligsten Rechten verlegt und ihre Fundamente erschüttert

habe, zog er vor, mit Stillschweigen zu antworten. Auch dies Gesetz wurde mit einer großen Mehrheit, 275 gegen 90, angenommen.

Bismarck hat dies Gesetz außerordentlich hoch eingeschätzt. Noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ (II, Seite 132) hat er die Beseitigung der Verfassungsartikel als wertvollen Siegespreis und als dauernd unentbehrlich bezeichnet. Und auch sonst, zum Beispiel in den Gesprächen mit dem Württembergischen Minister von Mittnacht*), hat er nicht nur mit vollem Recht sich selbst das Verdienst für dieses Gesetz zugesprochen, sondern auch betont, daß er dadurch „die Wiederherstellung einer stärkeren Defensivstellung des Staates gegenüber der aggressiven katholischen Kirche“ oder „die Wiederherstellung des Landrechtlichen Zustandes“ erreicht habe. Diese hohe Einschätzung jener gesetzlichen Maßnahme hält aber vor einer ruhigen Nachprüfung nicht Stich. In Wahrheit war die Aufhebung der Verfassungsartikel ein Schlag ins Wasser. Sie hat tatsächlich gar keinen Einfluß geübt. Dabei soll nicht die Frage aufgeworfen werden, welchen Wert überhaupt solche Artikel haben, zumal wenn sie nur allgemeine und auf verschiedenste Weise auslegbare Sätze enthalten. Nein, Bismarck war über die Wirkung der Aufhebung in einem Rechtsirrtum befangen. Er war nämlich der Meinung, daß nun das frühere, seiner Zeit durch jene Artikel aufgehobene Recht von selbst wieder in Wirksamkeit trete. Gegen diese Meinung wandte sich Falk in einem ausführlichen Votum an das Staatsministerium. Er hatte es von seinen besten Juristen, von Foerster und Hübler, anfertigen lassen, und außerdem dazu noch Hinschius zugezogen.

Alle drei waren darin einig, daß jene Meinung des Kanzlers unhaltbar sei. Ihnen erschien als die allein praktisch erhebliche Frage die: Welches Staatshoheitsrecht über die Religionsgesellschaften gilt jetzt, nachdem die erwähnten Artikel aufgehoben sind und neue Gesetze noch nicht erlassen sind? Und diese Frage wieder hängt von der andern ab, was denn eigentlich jene Verfassungsartikel von dem bei ihrem Erlaß geltenden Recht geändert oder aufgehoben haben. Der Artikel 15 enthält erstens einen allgemeinen Grundsatz: „Die Kirchen ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig“, und zweitens eine spezielle Garantie: „Sie bleiben im Besitz und Genuß ihrer Fonds usw.“ Jener allgemeine Grundsatz teilt das Schicksal mit allen allgemeinen und des konkreten Inhaltes entbehrenden Behauptungen, daß ihre Interpretation eine vieldeutige ist und man mehr und

*) von Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, 1903, S. 58 f.

weniger hineinlegen kann. Es ist jetzt wohl allgemein zugegeben, daß die ältere Verwaltungspraxis bis zum Amtsantritte Falks viel zu viel in diese Worte hineingelegt hatte, indem seit 1850 angenommen wurde, durch Artikel 15 sei jede Aufsicht des Staates über die Ordnung und Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten beseitigt. Freilich nur gegenüber der katholischen Kirche, während die evangelische in ihrer Unselbständigkeit erhalten blieb! Allerdings mögen die Redaktoren der Verfassungsurkunde von der, einer damaligen Zeitströmung entsprechenden Anschauung ausgegangen sein, daß die Kirche, die nur im Staate besteht, gleichwohl ganz frei und unabhängig vom Staate sein solle, — das verkehrte und verwerfliche Dogma der freien, souveränen Kirche im Staate. Allein diese Auffassung der Redaktoren ist nicht bindend für die richtige Interpretation. Selbständig heißt nicht: unbeaufsichtigt, sondern nur: nicht bevormundet. Den Beweis dafür liefert die Ordnung der Kommunalverwaltungen, sie sind gewiß selbständig und doch staatlich beaufsichtigt. Der Artikel 15 hat also nur das Staatsaufsichtsrecht des bevormundenden Charakters entkleidet. Damit hat er dem gemeinen und französischen Rechte gegenüber nichts Neues geschaffen, weil dies keine Vormundschaft über die Kirchen enthielt, wohl aber ein Neues auf dem Gebiete des Landrechtes. Denn in diesem, besonders in den Paragraphen 161—163, vielleicht auch in dem Paragraphen 629 ff. II, 11, waren in der Tat die Aufsicht und die Vormundschaft verquidelt. Das Resultat der Prüfung ist also, daß Artikel 15 an denjenigen Aufsichtsrechten, die das Landrecht dem Staat zuspricht, im wesentlichen überhaupt nichts geändert hat und daß deren Gültigkeit fortbesteht, soweit nicht einzelne Bestimmungen durch Spezialgesetze geändert sind. Die Aufhebung erzeugt keine Rechtslücke und hat lediglich den Wert, der populären Agitation eine scheinbar gewichtige Waffe zu entwinden. Die Aufhebung der oben genannten speziellen Garantie aber beraubt die Kirche nicht etwa ihrer Fonds usw., sondern nimmt ihr nur die Verfassungsgarantie und läßt weiterer Gesetzgebung Raum.

Der Artikel 16 enthält den Grundsatz, daß der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ungehindert bleiben soll. Nach der Aufhebung kann er Beschränkungen unterworfen werden, aber nur durch neue Gesetze auf der Linie repressiver Strafbestimmungen, wie sie in der Denkschrift vom 3. April vorgeschlagen waren. Die Bestimmungen des Landrechtes über das Plazet, § 117 ff., sind und bleiben abgeschafft.

Auch die Aufhebung des Artikel 18 erzeugt keine Rechtslücke, weil die Anstellung der Geistlichen durch das Gesetz vom 11. Mai 1873 bereits genügend geregelt ist und weil bei den Verhandlungen über die Besetzung der bischöflichen Stühle die Fortdauer des älteren Rechtes anerkannt ist.

Hinschius war diesem Gutachten in allen Stücken beigetreten. Hübler verschärfte es noch. Er wies zur Auslegung des Artikels 15 auf die damaligen Erläuterungen des Ministers von Ladenberg hin. Diese nahmen Bezug auf die Beschlüsse des Frankfurter Parlamentes, welche die kirchliche Autonomie durch den Zusatz deklariert hatten, daß jede Religionsgesellschaft den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen bleibe. Sie unterschieden eine positive Teilnahme an der Kirchenverwaltung, die nicht mehr stattfinden soll, und ein negatives Recht, auf welches der Staat niemals verzichten kann, wenn er sich nicht selbst gefährden will. Dies ist das *jus inspectionis*. Der Begriff der Selbständigkeit ist damit nicht alteriert, er schließt Staatsaufsicht nicht aus, sonst könnte es keine Selbständigkeit im Staate geben. Hübler hob hervor, daß schon bei der Beratung des Gesetzes vom 5. April 1873 diese Auslegung der Verfassungsartikel von der Regierung und von der Kommission des Abgeordnetenhauses anerkannt sei.

Etwas wich Hübler von dem Goerster'schen Gutachten darin ab, daß er nicht zugeben wollte, das Landrecht habe die positive Teilnahme an der Kirchenverwaltung, die Artikel 15 beseitigte, als Bevormundung verstanden. Denn auch das Landrecht überließ die Kirchen der Direktion ihrer Oberen, und die von ihm dem Staate vorbehaltene Direktion war nichts anderes, als das *jus inspectionis*. Das Landrecht steht fest auf der Basis des Paragraphen 27, den Garmer selbst formuliert hat: „In allen Angelegenheiten, welche die Kirche mit andern bürgerlichen Gesellschaften gemein hat, muß sie sich nach den Gesetzen des Staates richten“, von Sparez in seinen Vorträgen vor dem Kronprinzen dahin erläutert: „Keine Religionsgesellschaft besitzt äußere Rechte im Staate und gegen die Bürger desselben; solche Rechte erhält sie durch ausdrückliche Verleihung des Staates und muß sie daher nach den Gesetzen des Staates ausüben.“ Der katholische Referent im Ministerium Altenstein, von Schmedding, hat das so präzisirt: „Nach dem Landrecht ist der König Quelle allen Rechtes, auch des religiösen, und zwar des katholischen nicht anders wie des protestantischen. Dieser Grundsatz ist die Seele der preussischen Gesetzgebung und Richtschnur aller Verwaltung. Der

Katholizismus will von dem Grundsatz der göttlichen Stiftung der Kirche aus eine Dualität der obersten Gewalt, deren Grenzberichtigung nur durch friedliche Übereinkunft möglich sei. Damit steht das allgemeine Landrecht im direkten Widerspruch.“

In der Ordnung, die von 1808 bis zum 23. Oktober 1817 galt, waren die rechtlichen Befugnisse der geistlichen Oberen auf die Bezirksregierungen übergeleitet. Da war die Staatsaufsicht in der That zu einer aktiven Konkurrenz und zu einer positiven Einwirkung gesteigert worden. Die Kirchenverwaltung wurde zu einer Branche der Staatsverwaltung und die Staatsaufsicht zu einer fast das ganze Detail der Kirchenverwaltung umfassenden Staatsadministration. Diese Übersteigerung der Staatsaufsicht wollte die Verfassungsurkunde beseitigen. Darin liegt die juristische Pointe der von ihr den Kirchen zugesprochenen Selbständigkeit. Im großen und ganzen, freilich nicht strikte durchgeführt, da auch schon das Landrecht die Staatsaufsicht stellenweise zu einer positiven Teilnahme übersteigert, entspricht das kirchenpolitische System des Landrechts den Forderungen der Verfassungsurkunde, und der Artikel 15 hat wesentlich nicht die Vorschriften des Landrechts, sondern diejenigen Vorschriften der nachfolgenden Gesetzgebung derogiert, welche seit 1808 die reine Kirchenaufsicht und Mitwirkung von den geistlichen Oberen auf die Staatsbehörden übertrugen. Der Fehler der Verwaltungspraxis, die mit den fünfziger Jahren aufkam, liegt darin, daß sie auch die unverzichtbaren negativen Befugnisse des Landrechts als abgeschafft behandelt hat. Es muß durch Retablierung der bezüglichlichen Vorschriften resp. Fortbildung des Staatskirchenrechtes das richtige Verhältnis von Staat und Kirche wieder hergestellt werden. —

Wir sehen aus diesem Gutachten deutlich, daß die Aufhebung der Verfassungsartikel für den Minister nicht die Bedeutung hatte, die Bismarck ihr beilegte. Unzweifelhaft hat der Minister und seine Räte darin Recht gehabt. Es handelte sich aber dabei nicht nur um eine theoretische Frage. Falk wußte, was er tat, wenn er bestritt, daß diese Aufhebung die ihr zugeschriebene Bedeutung habe, denn das mußte eine unerwünschte Wirkung auf die evangelisch kirchlichen Kreise haben. Auch der Oberkirchenrat teilte nämlich die Bismarcksche Anschauung und wandte sich deshalb nach Erlaß des Gesetzes am 9. und 17. April 1875 an den Minister mit der sehr lebhaft begründeten Forderung, daß nun die staatsgesetzliche Anerkennung der Kreis- und Provinzialsynoden in den sechs östlichen Provinzen sofort

erfolgen müsse, weil diesen durch Aufhebung des Artikels 15 die rechtliche Grundlage entzogen sei. Obgleich der Minister den Oberkirchenrat zu beruhigen suchte und die über diese Frage entstandenen Korrespondenzen im „Staatsanzeiger“ vom 27. April zur Beschwichtigung der entstandenen Befürchtungen veröffentlichen ließ, wandte sich der Oberkirchenrat wenig freundlich noch mit einer Immediat-eingabe an den Monarchen, und der Kaiser, von den vorgetragenen Sorgen stark beeindruckt, forderte den Minister durch ein Handschreiben vom 28. April zum Berichte auf.

Der Bericht, den Sydow gearbeitet hatte, wurde am 4. Mai erstattet. Der Minister nahm darin Stellung gegen den Oberkirchenrat. Er versicherte, daß es auch sein sehnlichster Wunsch sei, das Ziel einer gesetzlichen Anerkennung der Kirchenverfassung baldigst zu erreichen. Es sei aber Vorsicht geboten, damit es nicht abermals gehe wie mit Mühlerts Vorlage über die hessische Presbyterial- und Synodalordnung im Dezember 1870, die im Landtage scheiterte, weil der Minister nicht vorher Fühlung mit dem Abgeordnetenhaufe genommen hatte. Bei den Beratungen über die staatsgesetzliche Bestätigung der Gemeinde- und Synodalordnung habe sich gezeigt, daß das Abgeordnetenhaus die auf die Synoden bezüglichen Bestimmungen erst nach Abschluß der Generalsynodalordnung zu bestätigen willens sei. Nur unter dieser Beschränkung auf die Bestätigung der Gemeindeorgane sei es gelungen, das Gesetz zustande zu bringen, Staatsministerium und König hätten ihm ausdrücklich zugestimmt. Man würde den bisher innegehaltenen Weg vollständig aufgeben, wollte die Staatsregierung jetzt dem Landtage das Verlangen stellen, die Kreis- und Provinzialsynoden zu bestätigen, ehe die Generalsynodalordnung abgeschlossen sei. Der Oberkirchenrat habe offenbar versäumt, sich genügende Kenntnis vom Laufe der Landtagsverhandlungen zu verschaffen, wenn er das verlange, und er erkenne, wenn er den Minister dazu drängen wolle, daß dieser schließlich allein die Verantwortung für das Zustandekommen des Gesetzes trage. Ein solcher Versuch würde aber nicht nur aussichtslos sein, wie alle befragten und einflußreichen Abgeordneten versicherten, sondern die Ablehnung einer solchen Vorlage würde das ganze Werk der Kirchenverfassung gefährden und die nur widerruflich erfolgte Bewilligung von zwei Millionen Mark für die Aufbesserung der Lage der Geistlichen im nächsten Etat wieder in Frage stellen. Vor allem böte die Aufhebung des Artikels 15 keinen Grund zu solcher Abweichung von dem bis-

herigen Wege. Die Selbständigkeit der evangelischen Kirche habe einen bessern Halt in der proklamierten Stellung des Kaisers, als in einem Verfassungsartikel, der nur ein totes Prinzip enthielt, drei- und zwanzig Jahre lang für die evangelische Kirche keine praktischen Folgen gehabt habe und den Zankapfel der Parteien bildete, indem zum Beispiel Kaumer ihn durch die Einsetzung des Oberkirchenrats für vollständig ausgeführt erklärte, während andere damit das ganze landesherrliche Kirchenregiment in Frage stellten. Durch die Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 und das Gesetz vom 25. Mai 1874 ist die Selbständigkeit der evangelischen Kirche auch in den älteren Provinzen auf festere Grundlagen gestellt, und für Schleswig-Holstein, Nassau und Hessen wird ganz dasselbe in nächster Zeit zu erreichen sein. „Ew. M. werden mir das Zeugnis nicht versagen, daß ich Sorge, Mühe und Kampf nicht gescheut habe, um, was an mir war, zur gesetzlichen Organisation der evangelischen Landeskirche mitzuwirken. Wollen Ew. M. mir auch vertrauen, daß ich in dieser doch nicht ohne Erfolg gebliebenen Arbeit nicht erlahmen und den Augenblick nicht versäumen werde, welcher zur weiteren gedeihlichen Förderung der Sache geeignet ist. Der gegenwärtige Augenblick aber ist nach meiner vollen Überzeugung dazu nicht der rechte. Darum wollen Ew. M. mir zu Gnaden halten, wenn ich diesen mit schwerem Herzen geschriebenen Bericht mit der Bitte schließe, zu genehmigen, daß ich von der Vorbereitung eines Gesetzentwurfes, betreffend die staatliche Anerkennung der Kreis- und Provinzialsynoden in den sechs östlichen Provinzen, zur Zeit absehe.“

Diesem Bericht Falts gelang es, auch den König zu beruhigen.

Aus der eigensten Initiative Falts gingen die beiden Entwürfe von Gesetzen über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden und betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche hervor. Jenes gehörte nicht zu den durch die Enzyklika gezeitigten Kampfgesetzen, wie es denn auch schon vor deren Erlaß dem Landtage vorgelegt wurde, am 23. Januar 1875. Dagegen war das Ordensgesetz ausdrücklich damit begründet, „so schnell und durchgreifend wie möglich zu verhindern, daß das zahlreiche, der Lenkung der Kurie und des Episkopats willenlos preisgegebene Personal der Orden und Kongregationen zu einer staatsfeindlichen Einwirkung auf die ihm weit und breit zugängliche

Masse der katholischen Bevölkerung benutzt würde“. Unter allen Gesetzen des sogenannten Kulturkampfes ist keines, dessen Rechtfertigung so schwer fällt. Das Einstellungsgesetz war ein wohlverständlicher Gegenschlag gegen die Provokation der Enzyklika, und der Zusammenhang mit dieser unmittelbar gegeben. Von dem Ordensgesetz wird man das nicht behaupten können. Daß die Mitglieder der Orden hier lediglich unter dem Gesichtspunkt eines gegen den Staatsgedanken feindlichen Heerbannes betrachtet wurden, war mindestens einseitig und enthielt ein unbewusstes Zugeständnis an protestantische und modern weltliche Urteile, die der Katholik, kraft seiner Glaubensstellung, nicht anerkennen konnte. Die von vornherein der berechtigten Absicht der Gesetzgebung, die Rechte des Staates gegenüber der katholischen Kirche zu wahren, beigemischte Tendenz, auch die katholische Bevölkerung vor schädlichen, das heißt nach dem Urteil des Kulturprotestantismus schädlichen, Lehren seiner Kirche zu bewahren, erreichte hierbei den Gipfel. Gewiß ist das monastische Lebensideal für den evangelischen Glauben schlechtweg sündhafte Verirrung, weil Flucht aus gottgegebenen Pflichten und Ordnungen, und für die modern weltliche Lebensansicht eine Selbstberaubung der persönlichen Würde. Aber diese Werturteile durften nicht zur Grundlage staatlicher Maßnahmen gemacht werden. Außerdem griff dieses Gesetz, wie keines der vorhergehenden, aufs tiefste in das Leben des katholischen Volkes und in seine Gemütsbeziehungen ein, und seine Durchführung war ohne Antastung des Gefühls einfach nicht möglich. Auch in der Seele des Kaisers ließen diese unvermeidlichen Härten stärkere und stärkere Bedenken gegen die Ausdehnung des Kampfes entstehen und weckten damit das Friedensbedürfnis in ihm.

Solche Bedenken äußerte der Kaiser schon wenige Wochen nach Erlaß des Gesetzes. Offenbar war es die Kaiserin, die sie geistlich nährte und das Gemüt des Monarchen mit Klagen und Beschwerden bestürmte. Sie war über das Ordensgesetz fast leidenschaftlich erregt. Die Großherzogin von Baden sagte damals von ihr: „Sie wird immer faroucher.“ Nicht nur der Minister erfuhr ihr Wort: „Wir machen uns durch unsere Kirchenpolitik Rom gegenüber nachgerade vor Europa lächerlich.“ Sicher hatte sie schon den Erlaß des Kaisers an die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten vom 9. Juni veranlaßt, der alle drei Monate Anzeige über folgende Fragen erforderte:

1. Welche Maßnahmen werden seitens derjenigen Niederlassungen, die nach § 1 des Gesetzes vorbehaltlos aufzulösen sind, zur Befolgung dieser Bestimmung getroffen und was für Erscheinungen ergeben sich dabei?

2. Tritt bei den der Krankenpflege gewidmeten Niederlassungen ungeachtet der gesetzlichen Zusicherung ihres Fortbestehens die Absicht, freiwillig sich aufzulösen, in tatsächliche Erscheinung, oder ist Aussicht, daß sie sich dem Gesetze unterwerfen? Die erstgedachten Niederlassungen sind mir zu benennen.

3. Zeigen sich bei denjenigen Niederlassungen, welche teils mit Krankenpflege, teils mit Unterricht und Erziehung sich beschäftigen, Schwierigkeiten? Tritt etwa die Absicht hervor, weltliche Lehrer und Lehrerinnen anzustellen und die gemischten Aufgaben beizubehalten?

4. Welche Vorbereitungen werden getroffen, um die klösterlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten durch Privat-, Kommunal- oder Staatsanstalten zu ersetzen? Wird dafür gesorgt, daß die Jugend auch nicht vorübergehend ohne Unterricht bleibe?

5. Welche Behandlung haben die den Klöstern zugewendeten Stiftungen zu erwarten? Ist die Neigung tatsächlich zu erkennen, solche zu weltlichen selbständigen Instituten umzubilden? Oder werden den Stiftern die betreffenden Fonds zurückgezahlt?

6. Zu welcher Kategorie rechnen die Niederlassungen für Pflege von Armen und Altersschwachen?

7. Ich habe erfahren, daß die Niederlassungen zur Besserung gefallener Mädchen als Erziehungsanstalten betrachtet werden, so in Charlottenburg, und deshalb aufgelöst werden. Dadurch würde der Moralität erheblicher Nachteil verursacht, wenn nicht für den Ersatz durch weltliche Anstalten gesorgt wird. Ob jene Anstalten in anderer Form zu konservieren sind?

Und nun folgten Schlag auf Schlag unbehagliche Handbilletts ähnlichen Inhaltes, vom 10., vom 15., vom 16. Juni, vom 27. Juli usw. mit Wiedergabe von Angstrufen der Kaiserin und trassen Schilderungen peinlicher Szenen, die sich bei der polizeilichen Inspektion besonders von Nonnenklöstern zugetragen haben sollten, nicht ohne gereizte Bemerkungen und spitze Ermahnungen.

„Wenn auf diese Art von Behörden das Gesetz verschärft wird, so muß von Ihnen eingeschritten werden. Darum teile ich dies alles Ihnen mit, da es natürlich mein Wille ist, daß das Gesetz nicht falsch ausgelegt wird.“

Ober:

„Aus Ihrer Anzeige habe ich ersehen, daß Sie in kurzem die Westprovinzen der Monarchie bereisen werden. Es wird Ihnen dies Gelegenheit geben, in der jetzigen heftigen und brennenden Klosterskatastrophe zur Stelle die Dinge kennen zu lernen, und dabei meine oft wiederholte Ansicht zu beherzigen, daß bei der Ausführung des so notwendigen Gesetzes die Milde und Nachsicht vorwalte, welche unerläßlich ist, damit nicht eine Mißstimmung erzeugt werde, die bisher wenigstens noch nicht zum Ausbruche gekommen ist. Auf der anderen Seite werden Sie Mißverständnisse beseitigen können und die Quelle finden, die dieselben absichtlich herbeiführt.“

Ober:

„Sie kennen hinlänglich meinen Standpunkt zu diesem Gesetze, der das Prinzip desselben völlig guthießt, aber in der Ausführung die Milde und Rücksichtnahme verlangt, die diese so tief eingreifenden Maßregeln mit sich führen.“

Am 29. August empfing Sydow, der den verreisten Minister vertrat, ein sehr erregtes Handschreiben des Kaisers über das Verfahren der Polizei gegen die Grauen Schwestern in Berlin und über ein ähnliches Vorkommnis in Trier. Zugrunde lagen Klagen und Beschwerden einzelner Nonnen und Oberinnen, die Graf Stillfried vor das Ohr des Kaisers gebracht hatte. Ohne erst abzuwarten, ob und wie weit sich diese Schilderungen bewahrheiteten, hatte der Kaiser eine Anzahl von Randbemerkungen gemacht, die deutlich seinen Unwillen widerspiegeln, und darunter geschrieben:

„Wenn sich diese Angaben bestätigen, so muß ich das Benehmen der Polizei in hohem Grade tadelnswert nennen und steht es in klarem Widerspruche mit meinen oft wiederholten Bestimmungen, daß in der Klosterfrage mit der größten Schonung, mit Milde und Takt vorgegangen werden solle. Wenn dennoch solche Verstöße wie hier vorkommen, so kann ich daraus nur folgern, daß die verschiedenen oberen Behörden die niederen Chargen durchaus nicht von diesem meinem bestimmten Willen benachrichtigt haben können oder deren Verfahren nicht gehörig kontrollieren. Ich muß daher verlangen, daß meine Anordnungen mit größerem Nachdruck ausgeführt werden.“

Der Polizeipräsident von Madai erzählte dazu noch mündlich, daß die Kaiserin ihm auf einem Hoffeste, als er versuchte, seine untern Organe in Schutz zu nehmen, sehr unwirsch gesagt habe: „Wenn das

Ihre taktvollen Beamten sind, so bedaure ich das Publikum.“ Auch bei der Ordnung der Verhältnisse des St. Josephshauses in Potsdam, die schwierig war, weil die Anstalt zugleich Kranken-, Waisen- und Rettungshaus war, hatte die Kaiserin nach dem Berichte des Regierungspräsidenten geradezu Einschüchterungsversuche gemacht.

Alles Äußerungen, die Falt zeigen mußten, daß mit diesem Gesetze die Grenze erreicht sei, über die der Kaiser nicht gehen werde, und die bei der Ausführung die äußerste Vorsicht geboten.

Dennoch wurde gerade dieses Gesetz von weitesten Kreisen des preußischen Volkes mit rückhaltloser Zustimmung begrüßt. Erfüllte es doch eine schon seit Jahren wieder und wieder ausgesprochene Forderung. Schon im Jahre 1869 hatte sich das Abgeordnetenhaus zu folgendem Antrage geeinigt: „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, die beschränkenden Bestimmungen der preußischen Landesgesetzgebung über die geistlichen Gesellschaften zur Ausführung zu bringen und auch eine Umgehung dieser Beschränkungen in Form von Konzessionen und Inkorporationen für Waisenhäuser, Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, Krankenhäuser und andere Stiftungen nicht zuzulassen, insbesondere Konzessionen und Korporationsrechte für Anstalten derart nicht an Personen zu erteilen, welche geistlichen Gesellschaften zugehören, und im Wege des Aufsichtsrechtes eine aktive Beteiligung von Mitgliedern geistlicher Gesellschaften an der Leitung und Verwaltung derartiger Anstalten nicht zu gestatten.“ Die Staatsregierung war aber diesem Antrage nicht beigetreten. Bei den Verhandlungen im Staatsministerium hatte Mü h l e r den Standpunkt vertreten, daß nach Artikel 30 der Verfassung die geistlichen Gesellschaften lediglich den Einschränkungen des V e r e i n s g e s e t z e s unterlägen und daß deshalb keine Mittel vorhanden seien, ihnen entgegenzutreten, solange sie keinen Anspruch auf Korporationsrechte erhoben. Er hatte zwar zugegeben, daß man nach Wegen suchen müsse, um einer unerwünschten Vermehrung klösterlicher Anstalten zu begegnen, aber keine Mittel dazu anzugeben gewußt. Der damalige Justizminister hatte darauf aufmerksam gemacht, daß der Artikel 13 der Verfassung beabsichtigt habe, katholischen Ordensgesellschaften die Ansässigmachung und besonders den Erwerb von Grundbesitz zu erschweren, daß er aber diesen Zweck nicht vollständig erreicht habe. Denn während er zur Verleihung von Korporationsrechten an geistliche Gesellschaften ein Gesetz für notwendig erklärte, überließ er diese Verleihung an milde Stiftungen, zum Beispiel

Krankenanstalten, einem bloßen landesherrlichen Erlaß. Infolgedessen pflegten die Orden so zu verfahren, daß sie die Korporationsrechte nicht für sich selbst, sondern nur für damit zusammenhängende Stiftungen nachsuchten, um mittelbar dem Orden zu einer korporativen Stellung zu verhelfen. Dieser indirekten Umgehung des Artikels 13 ließ sich durch eine strengere Praxis der Administration wehren, indem sie in der Erteilung von Korporationsrechten an milde Stiftungen, die geistlichen Gesellschaften zugehörten, zurückhaltender wurde. Ferner hielt der Justizminister jedenfalls für möglich, auf Grund der bestehenden gesetzlichen Ordnung die Orden von ausländischen Elementen zu reinigen und die Gründung von Klosteranstalten durch Ausländer wie die Aufnahme von Ausländern in solche Anstalten zu verhindern.

Eine weitere Folge hatten diese Erwägungen nicht gehabt. Erst falls bereits behandelter Erlaß vom 15. Juni 1872, der die Mitglieder geistlicher Kongregationen aus den Lehrämtern an öffentlichen Volksschulen ausschloß, hatte einen energischen Schritt vorwärts gemacht. Das jetzt eingebrachte Gesetz aber ging viel weiter, weiter auch, als die Konferenz im Sommer 1872 ins Auge gefaßt hatte. So wie es lautete, ist es nur aus der durch die Enzyklika aufs Äußerste gereizten Stimmung zu erklären. Es brach mit der bisher von der Regierung behaupteten Auslegung der Verfassung, daß Orden und Kongregationen als Vereine zu behandeln seien. In ausführlichen juristischen Darlegungen bewies der Minister, daß die Verfassung nicht die Absicht gehabt habe, die Garantien für die Vereinsfreiheit auch den Orden und Kongregationen zu gewähren. Das Bedürfnis aber, die Orden und Kongregationen unter ein Ausnahmerecht zu stellen, das heißt sie zu verbieten, leitete er aus der Tatsache her, daß sie unbedingt zuverlässige Werkzeuge in den Händen der katholischen Kirche bei deren Kampf gegen die Staatsgesetze seien und ihren Einfluß auf die katholische Bevölkerung dazu benutzten, den Widerstand gegen den Staat als Pflicht der Frömmigkeit hinzustellen. — Das Haus lehnte auch über diesen Entwurf eine Kommissionsberatung ab und nahm das Gesetz mit 243 gegen 80 Stimmen an.

Der Entwurf über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden, sehr sorgfältig von Foerster gearbeitet und mit ausführlichen Motiven versehen, die die verwickelte Rechtslage in den verschiedenen Teilen des Staates schilderten, — in-

haltlich weithin dem Staatsgesetz über die evangelische K. G. und S. D. angepaßt, wurde ausführlich in einer Kommission des Abgeordnetenhauses durchberaten. Auch dabei entstanden ernste Schwierigkeiten. Die Ultramontanen bestritten überhaupt die staatliche Kompetenz zu einer solchen Gesetzgebung. Sie wollten dem Staat nur ein Oberaufsichtsrecht zugestehen. Vor allen Dingen erklärten sie die Anwendbarkeit des Gemeindeprinzips auf das katholische Kirchenvermögen für rechtswidrig. Nach ihrer Meinung konnte die Verwaltung des Kirchenvermögens nur durch ernannte, nicht durch gewählte Kirchenvorsteher erfolgen, und eröffnete die Einfügung einer Gemeindevertretung in den kirchlichen Organismus den Weg zu einer kirchlichen Revolution. Die Liberalen versuchten das Gesetz noch über die Vorschläge der Regierung hinaus auszudehnen, besonders wandten sie sich gegen deren Vorschlag, daß der Pfarrer, wie in den evangelischen Kirchgemeinden, der geborene Vorsitzende des Kirchenvorstandes sein solle. Einige wollten ihn wenigstens für wählbar erklären, andere, die Mehrzahl, ihn vom Vorsitz ausschließen. Diesem Standpunkt schloß sich das Plenum an. Immerhin war schon in den Kommissionsverhandlungen und noch mehr im Plenum zu spüren, daß die katholische Kirche und das Zentrum, so lebhaft sie auch die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes bekämpften, ihm doch nicht einen so grundsätzlichen Widerspruch entgegensetzten, wie den übrigen Gesetzen. Es war ja auch mit Händen zu greifen, daß dieses Gesetz nicht bloß nahm, sondern auch gab, indem es den katholischen Kirchgemeinden durch das Umlagerrecht den Weg zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse eröffnete. Auch dieses Gesetz hatte von vornherein seine feste Mehrheit.

Außer diesen von der Regierung ausgehenden Entwürfen hatte der Minister aber noch einen aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen zu bearbeiten und brauchbar zu gestalten: den Entwurf eines Altkatholikengesetzes. Bei aller Sympathie mit den einzelnen Kirchendienern, die um der Weigerung willen, das Vatikanum anzuerkennen, verfolgt wurden, und bei aller Bereitwilligkeit, sie zu schützen, hat er die altkatholische Bewegung doch ohne große Erwartungen beobachtet. Doch hatte er geglaubt, den von ihnen gewählten Bischof trotz der Bedenken, die dagegen sprachen, anerkennen zu sollen, und den für ihn eingestellten Etatposten warm gegen die Angriffe des Zentrums verteidigt. Den von Professor von Schulte vorgeschlagenen Gesetzentwurf im Herbst 1872 dagegen hatte er im

Staatsministerium für unmöglich erklärt und dem Abgeordneten Dr. Petri aus Wiesbaden, der die Sache der Altkatholiken im Abgeordnetenhaus vertrat, wie Schulte auch kein Fehl daraus gemacht, daß die Regierung in keinem Einzelfalle den Schein einer Entscheidung auf sich nehmen dürfe, welche von den beiden Parteien in der katholischen Kirche die echten Katholiken repräsentiere, und ob die eine oder die andere sich mit Recht als katholisch bezeichnen dürfe. Er riet den Drängern auf eine gesetzliche Regelung der Ansprüche der Altkatholiken ebenso wie ihren Freunden im Parlament dringend, darauf zu verzichten und die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Petri ließ sich aber nicht bewegen, er arbeitete selbst mit Schultes Hilfe einen Entwurf aus, und es war bei seinem Einflusse im Abgeordnetenhaus sicher, daß er dafür eine Mehrheit gewinnen würde. Die Ablehnung wäre für die Regierung in der damaligen Lage außerordentlich zweideutig gewesen. Deshalb versuchte der Minister lieber, dem Entwurf die schlimmsten Anstöße auszubrechen, und beauftragte Foerster und Hübler mit den nötigen Verhandlungen. Der Antragsteller empfand die geforderten Streichungen zwar als bedeutende Verschlechterungen, brachte dann aber doch den Entwurf in der von den Kommissaren des Ministers für annehmbar gehaltenen Form ein, und Falk hielt es nun für seine Pflicht, den Entwurf auch seinerseits zu empfehlen. Wer zu hören verstand, mußte allerdings merken, daß ihm das schwer fiel und daß er irgendwelche Hoffnungen auf die Bewegung nicht setzte.

Er hat hierin, wie die Zukunft erwies, durchaus richtig gesehen. Es ist einfach töricht, wie es das Buch von Schulte „Der Altkatholizismus“ *) tut, die Schuld am Mißlingen der Bewegung in der mangelnden Unterstützung der Regierung zu suchen. Auch führende Altkatholiken sind ganz anderer Meinung gewesen. Nur drei Jahre später, am 8. Oktober 1878 — ich greife hier vor —, hat Reinkens selbst sich mit dem Minister darüber ausgesprochen. Er kam nach Berlin, um dem Minister seine Absicht, zu resignieren, und die Bitte vorzutragen, der Minister möchte ihm durch Verleihung einer Professur dazu helfen. Nicht nur die Bürde des Amtes hatte ihn erschöpft, er konnte vor allem die gemüthlichen Erregungen nicht länger tragen. Die Gemeinden klagten über den Mangel an tüchtigen Geistlichen. Auch wenn er die äußerste Sorgfalt bei Annahme der Geist-

*) Siehe F. von Schulte, Der Altkatholizismus, Gießen 1887.

lichen aufwende, wobei er die trübsten Blicke in die Sitten- und Glaubenslosigkeit des katholischen Klerus tue, komme es immer wieder vor, daß Geistliche entsezt werden müßten. Wenn er aus der Tiefe und Wärme des Evangeliums heraus gesprochen habe, träten die Geistlichen mit oberflächlichsten Bemerkungen über Tagesfragen oder mit groben Schimpfsworten auf Rom hervor. Ein Berührtsein von religiösen Momenten sei selten zu erkennen. Noch schlimmer sei die Indifferenz und Glaubenslosigkeit der gebildeten Laien. Es sei durchaus notwendig, derartige Elemente auszuscheiden, selbst wenn sich die Zahl der Altkatholiken dadurch verringere. Der Beschluß über das Zölibat (vgl. S c h u l t e , S. 647) habe ihm seine besten Helfer entzogen. R e u s c h und L a n g e n hätten ihre seelsorgerliche Tätigkeit eingestellt, obschon der Erstere ihn seinerzeit nur durch die Zusage seiner Hilfe zur Annahme der Bischofswahl bestimmt habe. Er habe gehofft, die Geistlichen würden nur in Ausnahmefällen von der Freiheit, zu heiraten, Gebrauch machen, statt dessen hätten ihm innerhalb sechs Wochen sieben Geistliche ihre Verlobung mitgeteilt — darunter einer mit einer Wiener Opernsängerin niedersten Grades —, ein achter habe einen Korb erhalten. Nirgends seien die erwählten Frauen echte Pfarrfrauen. — Und wie Reinkens, hat Professor M i c h e l i s am 29. August 1879 an Falk geschrieben, von altkatholischer Seite würden häufig Klagen über Zurücksetzung während Falks Ministerium erhoben. „Meine Meinung ist vielmehr die, daß ich den Grund der schwachen Stellung des Altkatholizismus in erster Linie in der Mattigkeit suche, die denselben mit einem wahrhaft idealen Schwunge in die Bewegung der Zeit einzugreifen verhindert und gegen die ich vergebens, aber doch mit Gott noch nicht ganz mutlos arbeite.“ Falk bemerkt dazu in seinem Tagebuche: „Charakterisierung der Altkatholiken zu meinen Gunsten.“ Im Jahre 1875 aber stand er mit seiner nüchternen Einschätzung der Bewegung allein.

Alle diese im Abgeordnetenhause angenommenen Gesetze mußten ja nun noch durch das Herrenhaus. Ihre Annahme war zwar auch hier bei den Mehrheitsverhältnissen nicht fraglich. Immerhin saßen hier die einflußreichsten Führer der Altkonservativen fest, und sie setzten den Gesetzen ohne Scheu vor der Gegnerschaft Bismarcks heftigen Widerspruch entgegen. Und zwar griffen sie Falk vor allem deshalb an, weil er durch seine Politik die Kirche überhaupt, die evangelische ebenso wie die katholische, zugrunde richte. Das waren Anklagen, die der Minister schon deshalb nicht ohne Erwiderung

lassen durfte, weil sie auf das Ohr des Kaisers berechnet waren. So hat er denn hier öfter noch zur Rechtfertigung seiner Politik und seiner Person das Wort genommen, als zur Verteidigung der Gesetzesvorlagen. Es war etwas Neues in der Geschichte Preußens, mit welchem Freimut und welcher Schärfe ein bürgerlicher Minister den Herren Grafen und Freiherren entgegentrat, die nicht gewohnt waren, daß ihnen jemand widersprach. Er scheute sich gar nicht, ihnen den Vorwurf der Phrase und der kaum unbewußten Unwahrheit ins Gesicht zu sagen, und — die Stimmen der Presse bezeugen es — gerade diese Entschlossenheit errang ihm bei dem Bürgertum, das Jahrzehnte unter dem Druck dieser engen und verwöhnten Herrenkaste gelitten hatte, Zustimmung und Vertrauen. Diese Abwehr war es nicht minder als sein Kampf gegen Rom, was seine Popularität begründete.

So erwiderte er am 14. April dem Grafen zur Lippe, dem früheren Justizminister *), einem der schärfsten und engherzigsten Reaktionsäre, bei der Beratung des Einstellungsgesetzes:

„Herr Graf zur Lippe hat uns demnächst auseinandergesetzt, daß die Staatsregierung der Majestät des Königs die der Staatsgesetze entgegenstelle. Der Vorwurf war gerichtet direkt an die Regierung Sr. Majestät, und deswegen würde ich die Pflichten, die mir als Mitglied dieser Regierung obliegen, nicht erfüllen, wenn ich solche Worte des Herrn Grafen zur Lippe ohne die gebührende Kritik hinnehmen wollte. Herr Graf zur Lippe hat zunächst, ohne die direkte Beziehung auf die Staatsregierung einzuhalten, gesagt, es sei jetzt üblich, die Majestät der Gesetze entgegenzustellen der Majestät des Königs; er hat dann aber weiter gesagt, die Motive seien ganz republikanisch, sie sprächen nur noch von der Majestät des Gesetzes und nicht mehr von der Majestät des Königs. Und nun, meine Herren, denke ich, ist es doch wohl nur die erste Seite der Motive, die zu solchen Bemerkungen den äußeren Anstoß überhaupt geben kann. Ich finde nun auf dieser ersten Seite hervorgehoben die zitierten Worte (oben S. 251):

„Diese Meine Königliche Billigung und Sanktion erteile ich vermöge Meiner Majestätsrechte.“

„Das sagt König Friedrich Wilhelm III., und es folgen dann die Worte:

„An diesen Grundsatz jetzt zu erinnern, sei an der Zeit“, und wird ausgeführt, er führe zu der Auffassung,

*) Siehe oben S. 48.

„daß, soweit die katholische Kirche vom Staate Nuzungen oder Leistungen bezieht, sie diese nur beziehen kann und darf, soweit und solange sie die Majestät des Preussischen Staates und seiner Gesetze achtet und anerkennt.“

„Und später heißt es auf derselben Seite:

„Das Verhalten des römisch-katholischen Episcopats gegenüber den verfassungsmäßig beschlossenen, von Seiner Majestät dem Kaiser und König vollzogenen und gehörig publizierten Gesetzen ist notorisch ein solches gewesen, daß jene Majestätsrechte, unter deren Vorbehalt allein die katholische Kirche in Preußen alle die Erweisungen „der höchsten Großmut und Güte“ — (wieder des Königs!) wie Papst Pius VII. in der Bulle De salute animarum sich ausdrückte — empfangen hat und zu genießen berechtigt ist ic.“

„Nun, meine Herren, halten Sie sich das vor Augen, und wo finden Sie hier einen Gegensatz zwischen der Majestät des Königs und der Majestät der Gesetze? Wo finden Sie hier ausgedrückt, daß diese Motive nicht mehr von der Majestät des Königs sprächen, sondern nur von der Majestät der Gesetze? Wo finden Sie die Berechtigung, diese Motive in solchem Zusammenhang, und, meine Herren — vorhin war ja so viel von der Französischen Revolution die Rede — in solchem Zusammenhang republikanisch zu nennen?!

„Meine Herren! Der Herr Graf zur Lippe ist ein viel zu kluger Mann, als daß er nicht wüßte, was er spräche. Ich aber darf, meine Herren, um der parlamentarischen Sitte willen nicht rund die Folgerung ziehen, zu der seine Worte drängen; aber das darf ich wenigstens sagen, wie jeder, der diese Motive liest und die Worte des Herrn Grafen zur Lippe vergleicht, sie auffassen muß, welchen Eindruck er davon bekommen muß, den Eindruck, die Diener Seiner Majestät, die ersten Diener Seiner Majestät bei Seiner Majestät und anderwärts zu verdächtigen und zu denunzieren, und, meine Herren, das noch mit Bemerkungen, auf die das Wort, wie mir scheint, schlagend paßt, welches Herr Graf zur Lippe so oft gebrauchte: mit Floskeln.“

Sast noch schärfer war seine Zurückweisung des Abgeordneten von Kleiſt-Neßow am 20. Mai, als die Vorlage betreffend Aufhebung der Verfassungsartikel zur Beratung stand:

„Meine Herren! Sie sind gewiß mit mir darin einverstanden, daß die Rede, die wir soeben gehört haben, mir alle Ursache gibt, darauf zu antworten. Ich werde mich unerachtet der maßlosen Persönlichkeiten — ich habe das Recht dazu, sie so zu bezeichnen —, die ich eben gehört habe, nicht verleiten lassen oder wenigstens mich bemühen, nicht einen solchen Ton anzuschlagen, obwohl ich genötigt bin, mit Worten ernstester Abwehr dem Herrn von Kleist entgegenzutreten. Ich würde mich, wenn ich solchen Ton anschläge und auch im übrigen die Ausdrucksweise des Herrn von Kleist beliebte, in einem schweren Widerspruche bewegen. Nämlich, wer so an dieser Stelle an die christliche Liebe und an die evangelische Liebe appelliert und so, nicht die Mitglieder anderer Konfessionen, sondern vielmehr seiner eigenen behandelt, der steht in einem Widerspruche, den er gar nicht lösen kann; er bezüchtigt sein eigenes Wort — und forrigiert es — von der Liebe, von der evangelischen Liebe.

„Herr von Kleist meinte, ich machte es mir außerordentlich leicht, ich stellte hin: Auch dieser Artikel wird verschieden ausgelegt, und weil er verschieden ausgelegt wird, muß er fortgeschafft werden. Wenn ich wirklich so argumentiert hätte, so könnte vielleicht einiges an der Argumentation des Herrn von Kleist richtig sein; aber, was habe ich denn nun gesagt? Ich habe gesagt, der Artikel 15 habe in bezug auf die evangelische Kirche die verschiedenste Auslegung gefunden; ich wolle die beiden Extreme einander gegenüberstellen, Extreme, die nicht Auslegungen geblieben sind, sondern die praktische Folgen gehabt haben. Es gilt das insbesondere von der Auslegung, zu der sich namentlich auch der Herr selbst bekennt — er hat mir das als richtig bestätigt —, er hat die Auslegung als die seinige bezeichnet, die die evangelische Kirche, wie sie war, infolge des im Artikel 15 gebrauchten Präsens als selbständig hinstellt. Von dem Standpunkte aus, daß man meinte, die Organisation, wie ich sie vorhin darstellte, mit ihrem Episkopus, Ober-Kirchenrat und Konsistorien, das sei die evangelische Kirche des Artikels 15, ist man dahin gekommen, zu Zeiten, wo man mit großer Leichtigkeit, namentlich im Vergleiche mit der heutigen Stunde, in der Lage war, der evangelischen Kirche eine ordentliche Verfassung zu schaffen, die Hände in den Schoß zu legen und sich nicht zu rühren, sondern daran Befriedigung zu finden, daß lediglich nach einer Richtung alles regiert wurde in der evangelischen Kirche. Das ist eben der Gluch, den wir noch heute tragen aus jener Zeit, daß man die Kirche identifizierte

mit einer und derselben bestimmten Richtung und in ihr für nichts anderes Raum lassen wollte.

„Herr von Kleist meint, er habe diesen Vorwurf erwartet. Gewiß! Ich muß ihm diesen Satz entgegenstellen. Er vertritt eine einseitige Richtung in der Kirche, und seine Beweisführung von heute ist nicht mehr wert — wie er vorher selbst sagte —, als ein Schuß Pulver. . . .

„Meine Herren! Glaubt denn Herr von Kleist wirklich, daß es einem Minister, der berufen ist, die evangelische Kirche zur Selbstständigkeit überzuführen, und der anderseits die Stellung des Staatsministers hat, möglich wäre, lediglich mit den Elementen einer bestimmten positiven Richtung die evangelische Kirche neu zu gründen? Ja, sagt mir Herr von Kleist, mir fehle in dieser Beziehung das Verständnis. Ja, ich würde glauben, mir fehlte es, wenn ich derselben Auffassung wäre, wie Herr von Kleist. Er spricht von seinem einzelnen Standpunkt in der Kirche aus, und ich bin nun einmal auf einen Platz gewiesen, wo ich die verschiedenen Standpunkte übersehen kann, die ihr Recht haben. Nun hat Herr von Kleist behauptet, ich hätte erklärt, zum Leben der evangelischen Kirche gehöre es, daß Männer im Amte blieben, die die Gottheit Christi leugnen. Wo habe ich das erklärt, Herr von Kleist? Ich erkläre das rundum für eine U n g e. Wo habe ich das ausgesprochen? Was ich aber ausgesprochen habe anderwärts und an dieser Stelle — Sie sind dessen Zeuge — ist dies; ich habe gesagt: Zur Erbauung der evangelischen Kirche gehören alle die Elemente, die ein warmes Herz für ihre Kirche haben, oder solche, in denen solch warmes Herz durch die Betätigung an den Angelegenheiten der Kirche bald erweckt wird, und ich habe zugesetzt: Solcher Elemente gibt es — und Gott sei Dank nicht wenige — auch in den Kreisen, die von Herrn von Kleist immer als die negativen und die herauszuwerfenden bezeichnet werden. Dies Wort wiederhole ich in diesem Augenblick und halte es aufrecht, — ein anderes aber habe ich nicht ausgesprochen, und was mir von Herrn von Kleist zur Last gelegt wird, das — ich mag den harten Ausdruck nicht wiederholen — weise ich nochmals zurück.

„. . . Ich will, daß die evangelische Kirche weiter entwickelt werde, und ich denke, ich habe diesen Willen bewiesen, ich kann ganz stolz und selbstbewußt sagen: Wo ist der preußische Kultusminister, der die evangelische Kirchenverfassung so weit gefördert hat wie ich, gegenüber allen Stürmen. Denn, meine Herren, es war keine Kleinigkeit, kein billigendes Wort zu hören nach Erlaß der Synodalordnung, nur

ein zweifelhaftes Achselzucken in den Blättern, welchen Herr von Kleist dem Vernehmen nach näher steht, im übrigen nichts wie die mißbilligendsten Worte, selbst aus dem Munde der Freunde, mit denen man glaubte auf demselben Boden zu stehen! Meine Herren! Ich denke auch noch einen andern Punkt als Zeugnis für mich in die Waagschale werfen zu können. Sie klagten mit Recht in diesem Hause über die trüben Einnahmeverhältnisse, in welchen die evangelische Geistlichkeit sich bewege. Nun, diesen Klagen ist jetzt wesentlich abgeholfen. Glauben Sie wohl, daß ein preußischer Kultusminister, der nicht den Standpunkt hätte wie ich, der evangelischen Kirche hätte verschaffen können, was ihren Geistlichen so nottut? Ist das, was man früher ersehnte, jetzt plötzlich so schlecht geworden, weil es aus einer Hand kommt, welche mit der Auffassung des Herrn von Kleist nicht übereinstimmt? Es wäre eine solche Folgerung vielleicht möglich, wenn auf die Gaben meine persönliche Anschauung Einfluß hätte; ich frage Herrn von Kleist, ob er einen Fall weiß, und er muß verneinen, der Fall müßte wieder in der Zeitung gestanden haben, — welcher darauf angezogen werden könnte, daß ich dabei Rücksicht genommen hätte auf die kirchliche Stellung des Mannes? Rein objektiv werden diese Gaben gewährt von seiten des Staates und von einem als so religionslos geschilderten Minister.

„Meine Herren! Ich konnte nicht anders, ich mußte solche Dinge in so ernster Weise zurückweisen; und da ist es zum Schluß recht erwünscht, wenigstens ein kleines Wort der Versöhnung noch zu hören, vielleicht wundert es Sie, gerade bei dem Punkte es zu vernehmen. Herr von Kleist sagt: Es ist das dringendste Bedürfnis für die evangelische Kirche, daß der Minister Falk wegstommt, daß er nichts mehr zu sagen hat in der evangelischen Kirche. Er hat das glücklicherweise motiviert in einer ganz allgemeinen Art, indem er, sich stützend auf eine Denkschrift des späteren Kultusministers von Mühlher, ausführte, es sei auf die Dauer nicht möglich, daß ein Staatsminister die Interessen der Kirche als solcher vertrete. Meine Herren! Dies ist eine Überzeugung, welche ich wiederholentlich öffentlich ausgesprochen habe als die meinige, und weil ich diese Überzeugung habe, bemühe ich mich, die evangelische Kirche zur Selbstständigkeit zu fördern, damit dieses zwiespältige Wesen, in dem ich mich, in unserem alten Preußen vielleicht weniger, in anderen Teilen des Landes mehr, aber doch überall befinde, ein Ende habe. Denn es ist in Wahrheit unerträglich, und Sie mögen in diesem Satz —

ich habe das auch schon an einem anderen Orte gesagt — nicht individuelle Empfindungen ausgedrückt sehen, sondern Empfindungen, die um der Verhältnisse willen die Empfindungen eines jeden Kultusministers werden müssen. Darin mögen Sie eine weitere Bürgschaft finden für den großen Ernst und den guten Willen, die Interessen der evangelischen Kirche weiter zu fördern.“

Nur bei einem der vorgelegten Gesetze machte das Herrenhaus auch in seiner Majorität Weiterungen. In dem Gesetz über die kirchliche Vermögensverwaltung stellte es den Vorsitz des Geistlichen nach der ursprünglichen Regierungsvorlage wieder her. Das Abgeordnetenhaus verhartete aber in diesem Punkte bei seinem Votum, und Falk blieb nun nichts übrig, als das Herrenhaus zur Nachgiebigkeit zu überreden. Allein er mußte das in einem ausführlichen Berichte vor dem Kaiser rechtfertigen, der über den Beschluß des Abgeordnetenhauses unwillig geworden war. Falk legte dar, daß die Abweichung von der Regierungsvorlage keine prinzipielle Bedeutung habe, da der katholische Kirchenvorstand lediglich finanzielle Geschäfte habe und der Vorsitz des Geistlichen ihn leicht in einen Konflikt zwischen bischöflicher und staatlicher Aufsicht und zwischen eigenen und Gemeindefürsorge führen könne, und berief sich darauf, daß im ganzen Gebiete des französischen Rechtes der Pfarrer vom Vorstände ausgeschlossen sei.

Die Leistung, die der Minister mit der Vorbereitung und Vertretung dieser Vorlagen innerhalb weniger Monate zu vollbringen hatte, war unmäßig, und es war kein Wunder, wenn seine Stimme versagte und eine Anschwellung der Stimmbänder eintrat, die dem Ton seiner Reden eine unerwünschte Rauigkeit und Schärfe verlieh. Und dabei war es ja damit noch nicht getan. Zwischen allen diesen Debatten lag ihm auch noch die Vertretung des Etats ob, die sechs lange Sitzungen in Anspruch nahm, vom 6. bis 13. März. Das Zentrum, das in dieser Session die Taktik befolgte, bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit seine Kulturkampfbeschwerden vorzubringen, überschüttete den Minister hierbei mit Angriffen gegen seine Schul- und Kirchenpolitik, und er hatte sich außerdem auch gegen die Angriffe der Polen und auch gegen Klagen der Fortschrittspartei zu wehren. Windthorst trat dabei mit der Behauptung hervor, daß der einzige Weg, um aus den gegenwärtigen Wirren herauszukommen, wenn denn die Regierung nicht in Verhandlungen mit der

Kurie eintreten wolle, der einer vollen Trennung der Kirche vom Staate nach amerikanischen Muster sei. Das war jedenfalls taktisch sehr geschickt, denn er wußte, daß er damit ein Schlagwort ausgab, das auf die Liberalen wirkte. In der Folge dieses Gedankenganges forderte er die Aufhebung des Kultusministeriums und Übertragung seiner Geschäfte auf das Justizministerium und verweigerte er die Vermehrung der staatlichen Aufwendungen für Verbesserung der Einkommen der Geistlichen. Falk erwiderte zunächst am 9. März:

„Meine Tätigkeit ist die des Staatsministers, und es ist in dieser Beziehung vollkommen gleichgültig, ob der Wunsch des Herrn Abgeordneten Windthorst in Erfüllung ginge oder nicht, die eigentlichen Kultusangelegenheiten, die der Staat zu behandeln hat, in die Hände des Justizministers zu legen, oder ob der Kultusminister damit befaßt bleiben soll. Die evangelischen Angelegenheiten, bei denen die Sache vermöge der Überleitung etwas anders geht, lasse ich in diesem Augenblicke beiseite; aber der Kultusminister ist gegenüber diesen katholischen Angelegenheiten in der That dasjenige, was der Herr Abgeordnete Windthorst von dem Justizminister verlangt: Er hat die Rechte des Staats gegenüber der Kirche zu bewahren. Meine Herren, von diesem Gesichtspunkte aus bin ich der Meinung, daß auf meine Konfession bei der Sache in der That nichts ankommt, wenn ich mich nur von der Pflicht erfüllt fühle, meinen Obliegenheiten als Staatsminister zu genügen. Ob in dieser Beziehung wirklich eine konfessionelle Stellung die Sache erschweren oder unmöglich machen würde, lasse ich in diesem Augenblick dahingestellt; — der Herr Abgeordnete Windthorst denkt sich nun auch allerdings meine eigene persönliche Entwicklung und die Beschäftigung mit den hier interessierenden Dingen recht anders als sie in Wahrheit liegt, und befindet sich in dieser Beziehung auf dem Holzwege. Ich mag zunächst die einfache persönliche Bemerkung nicht unterdrücken, daß, wenn auch protestantischer Erziehung durch und durch theilhaftig, ich doch erwachsen bin in einer konfessionell vollständig gemischten Bevölkerung, und daß mir von Jugend auf Bewegungen und Eindrücke nicht fremd geblieben sind, die dem abstrakten Protestanten, wie ich ja von jener Seite dargestellt werde, vielleicht fremd geblieben sein möchten. Ich bin in der That auch wirklich recht bestrebt, mich mit den Fragen zu beschäftigen, welche die Herren so besonders interessieren, um von den Ansichten genügende Kenntnis zu gewinnen, welche die Herren immer als die allein richtigen bezeichnen. Denn, meine Herren, es

ist nicht gerade notwendig, daß ein Rat Ihrer persönlichen Gesinnung mir zur Seite steht und mir täglich erzählt: Das und das fassen wir so und so auf, sondern ich denke, in der Schrift ist das an hundertfältigen Orten ausreichend zu lesen. Der Herr Abgeordnete kommt dann aber freilich auf einen ganz eigentümlichen Schluß, nämlich den, daß er meint, wenn ich mich darum ordentlich bekümmerte, würde ich der Auffassung der Herren werden.

„Ja, meine Herren, dieser Schluß ist doch wirklich einer, den Sie mir nicht oktroyieren können, und doch liegt er hinter allen Ihren Argumentationen und Ausführungen, und doch nennen Sie ja alles dasjenige, was Sie von Ihrem subjektiven Standpunkte für Recht halten, objektiv — das ist, meine Herren, glaube ich, der Fehler in Ihrer Argumentation. Es ist mir als ein rechter Beweis, wie wenig ich objektiv in diesen Dingen sei, der Satz entgegengehalten worden, daß ich es mit für meine Hauptaufgabe halte, den Kampf gegen Rom zu führen. Ja, meine Herren, sehen Sie sich doch bloß die wirklich draußen bestehende objektive Welt an, und fragen Sie sich dann, welcher preußische Staatsminister wäre in diesem Augenblicke nicht gezwungen, dasjenige mitzukämpfen, was Sie den Kampf gegen Rom nennen. ... Die Argumentationen des Herrn Abgeordneten Windthorst gehen nun hin auf die „Trennung des Staates von der Kirche“. Es ist so recht übel, daß dieses berühmte Wort von den Menschen unter so sehr verschiedener Bedeutung aufgefaßt wird. Ich fürchte, mit diesen allgemeinen Andeutungen ist nichts gewonnen. Ich will auch die Trennung des Staates von der Kirche, und der Herr Abgeordnete ist gewiß vollständig davon durchdrungen, daß, wenn ich das ausspreche, ich mir darunter ganz etwas anderes denke, als er, und so möchte es wohl anderen Leuten auch noch gehen. Er weist uns hier so gern auf Amerika und England hin, er sagt, dort bekümmert sich eben niemand um die Entwicklung der Kirche, also insbesondere auch nicht um die Entwicklung der Kirche, der er angehört. Meine Herren, ob alle Engländer und Amerikaner diesen Hinweis in dem Sinne als richtig anerkennen möchten, wie es der Herr Abgeordnete Windthorst uns eben entwidelt hat? — Soweit ich unterrichtet bin, steht die Sache ganz anders. Der sehnsüchtige Blick, den der Herr Abgeordnete jenseits der Meere hinüberwirft, den fängt man an, umgekehrt sehnsüchtig zurückzuwerfen auf den Kontinent.

„Meine Herren, es ist ja auch ganz natürlich; dort hat diese ge-

waltige Gestaltung der hierikalischen Kirche lange nicht die Geschichte, die sie bei uns hat, dort sind es relativ noch Anfänge, und daß man diesen Anfängen gegenüber — in England stand man der römischen Kirche mit gewaltiger Repression Jahrhunderte hindurch gegenüber, erst in dem letzten Jahrzehnt hat sie nachgelassen —, daß man in Amerika von Anfang an dieser Kirche und ihrer Organisation nicht einen Widerstand glaubte entgegensetzen zu dürfen, das lag eben nur darin, daß man die Entwicklung aus diesen Anfängen nicht kannte.

„Jetzt ist die Entwicklung heraufgewachsen, und es gibt manchen Amerikaner, der Sorge hat wegen seines Vaterlandes. Und, meine Herren, wir in Preußen haben — das ist meine Überzeugung wenigstens — die Erfahrung gemacht, daß der gewaltige Widerstand, der heutzutage in Beziehungen und Äußerungen gipfelt, wie sie in jener vorhin erwähnten Enzyklika zum Ausdruck gekommen sind, — dieser Widerstand ist ungleich weniger dadurch erwachsen, daß der Staat die katholische Kirche positiv unterstützte, nein, meine Herren, vielmehr dadurch, daß der Staat sie machen ließ, was sie wollte, daß er sich also so trennte von der Kirche, wie es der Herr Abgeordnete Windthorst will. Und, meine Herren, wenn man eben solch eine Erfahrung vor Augen hat, dann ist es doch ganz natürlich, daß man Ausführungen, wie sie der Herr Abgeordnete Windthorst hinstellt, als solche bezeichnen muß, die man mit aller Kraft auch des weiteren zu bekämpfen, und nicht zu fördern habe.“

Auf derselben Linie lag es, daß die Fortschrittler Neigung zeigten, die vom Minister geforderten zwei Millionen Mark, die noch außer einer Summe zur Entschädigung für den Ausfall an Stolzgebühren in den Etat eingestellt waren, um die Gehälter der Geistlichen aufzubessern, — abzulehnen. Leider war Falk gerade an dem Tage, da dieser Posten zur Beratung stand, durch seine Heiserkeit stark behindert; er mußte sich deshalb darauf beschränken, zu versichern, daß der Regierung die Bewilligung dieser Position ganz besonders am Herzen läge, und die Rechtfertigung den Mitgliedern des Hauses überlassen, mit denen er vorher gesprochen hatte, was denn auch *Miquel* in ausgezeichnete Weise tat.

Endlich beschwerte sich, wieder von derselben Grundanschauung aus, ein fortschrittlicher Lehrer über eine Verfügung der Regierung zu Potsdam, die einem Lehrer gekündigt hatte, weil er seine Ehe nicht kirchlich hatte einsegnen lassen. Er erwartete, daß der Minister diese Verfügung aufheben werde. Falk aber antwortete:

„Ich besorge, daß der Herr Abgeordnete sich über meinen Standpunkt in der Sache ein wenig täuscht und daß er diesmal mit dem Gegensatz von Mühlerschem und Falkschem Geiste das Rechte nicht in der Weise getroffen hat, wie er es sich denkt, denn im allgemeinen, meine Herren, halte ich es für die P f l i c h t des Lehrers, der berufen ist, den Religionsunterricht in der Schule zu geben — und ein Religionsunterricht, dem das Beispiel fehlt, ist kein wahrhaft wirksamer —, die Kirche nicht zu vernachlässigen. Im ganzen und großen bin ich der Meinung, solch ein Lehrer hat vermöge seines Lehramts die Pflicht, die kirchliche Trauung nachzusuchen.“

Andere Angelegenheiten der Schulverwaltung, die bei der Etaberberatung noch berührt wurden, sollen in einem späteren Kapitel zusammenhängend behandelt werden.

Als der Landtag am 15. Juni geschlossen wurde, sah der Minister auf ein gewaltiges Stück Arbeit zurück. Aber nun hoffte er auch, auf dem Gebiete des Kampfes gegen Rom weitere gesetzgeberische Forderungen nicht nötig zu haben. Und er durfte sich auch sagen, daß er seinen Mann gestanden habe, und mit Befriedigung erkennen, daß er die große Mehrheit nicht nur des Landtages sondern des Volkes hinter sich hatte. Wie sehr, das wurde auf einer Reise offenbar, die er gleich nach Schluß des Landtages antrat.

Auf dem Höhepunkte des amtlichen Lebens

Eine Dienstreise wurde zu einem Ereignis der großen, ja man darf sagen, der europäischen Politik. Falt hatte im Laufe der Session einigen Abgeordneten von seiner Absicht Kenntnis gegeben, mit den Wählern seines Wahlkreises Essen-Duisburg, dessen Mandat er 1873 vor den sechs anderen, die ihn erkoren, angenommen hatte, persönlich Fühlung zu nehmen und zugleich Schul-, Kirchen- und Universitätsverhältnisse der Rheinprovinz durch Augenschein kennen zu lernen. Jeder Gedanke an eine politische Demonstration lag dabei fern, eher hoffte der Minister mit diesem Zwecke etwas Erholung nach der anstrengenden Arbeit der letzten Monate zu verbinden, und veranlaßte deshalb seine Frau, ihn zu begleiten. Für diese mag vielleicht noch ein anderer Grund leise mitbestimmend gewesen sein, an der Reise teilzunehmen. Seit dem Kullmannschen Attentat hatten sich anonyme Drohbriefe gehäuft, die Falt ähnliches ankündigten, und wenn auch der Minister selbst darauf keinen Wert legte, so fehlte es doch nicht an Freunden, die seine Reise in die von der allerschärfsten Kaplanspresse verheßten Gegenden mit Sorge und Unruhe sahen. Begreiflich, daß die Gattin wünschte, ihrem Gatten zur Seite zu bleiben. Und es war gut so, denn sie wurde dadurch Zeugin eines wahrhaft überwältigenden Triumphes ihres Mannes.

Anfangs plante Falt, zuerst nach Essen zu fahren. Der Reiseplan mußte aber geändert werden. Falt empfing am 8. Juni folgenden, schwerlich ohne Vorwissen des Kaisers geschriebenen Brief des Geheimen Rabinettsrates von Wilnowski vom 7. Juni 1875 aus Ems:

„Ew. Exzellenz hat mir so oft Zeichen Ihres Wohlwollens gegeben, daß ich mich ermächtigt fühle, eine Angelegenheit freimütig mit Ihnen zu besprechen. Am Abend der Abreise teilten Sie mir mit, daß Sie eine Dienstreise von etwa vierzehn Tagen in die Rheinprovinz zu machen gedächten. Ich darf voraussetzen, daß Sie hierbei Koblenz besuchen, und bemerke, daß dort vom 19. d. M. ab Ihre Majestät Aufenthalt nehmen werden. Sie wissen selbst, daß Sie zu den Lieblingen jener hohen Dame nicht gehören; dessen-

ungeachtet werden Sie nicht unterlassen dürfen, sich bei ihr zu melden (und wie ich noch beifüge, Karten für die Palastdame Gräfin Hade, sowie für den Kammerherrn vom Dienst abzugeben). Ihre Majestät sieht in Koblenz täglich zur Tafel Gäste. Ich glaube, daß Ihre Majestät zur Wahrung des Deforums Resignation übt, Sie mit einer — nicht abzuschlagenden — Einladung zu beehren. Aber ich halte es nicht für unwahrscheinlich, daß Ihre Majestät den Ihnen gebührenden Platz, nämlich an der Allerhöchsten Seite, versagt und Sie völlig ignoriert. Diese ihre Operation, daß man wie Luft behandelt wird, kenne ich aus reicher Erfahrung. Mich tangiert diese Behandlung nicht mehr, die Begleitung des Kaisers ist daran gewöhnt, irgendein anderer merkt davon kaum etwas, eventuell wäre es gleichgültig. Bei Ihnen, einem Minister, ist aber die Sache wesentlich anders; der in Koblenz herrschende Klatschgeist würde eine solche geflüsterte Vernachlässigung bald transpirieren lassen, und die Ultramontanen würden mit Wollust darüber herfallen. Auch im günstigsten Falle würde diese Begegnung für beide Teile etwas Peinliches haben. Läßt es sich denn mit Rücksicht auf den bald zu Ende gehenden Landtag und Ihre sonstigen Dispositionen nicht ermöglichen, daß Sie zuerst und so zeitig nach Koblenz gehen, um von dort am 18. abends weiterzureisen? Der Vorwurf, daß das wie eine Flucht vor Ihrer Majestät aussähe, ließe sich beseitigen, wenn Sie am 19. an einem anderen Ort bereits eine Konferenz oder Revision angesetzt haben und dafür gesorgt wird, daß dies bekannt werde. Ich stelle dies zu Ihrer geneigten Erwägung.“

Diesem Ratschlag gemäß änderte Falk seinen Reiseplan und fuhr zuerst die Lahn hinunter nach Koblenz, nachdem er von Wilmowski noch erfahren hatte, daß es nicht schade, wenn er bei dieser Disposition auch bei Ems, wo sich der Kaiser zur Kur aufhielt, vorbeiführe.

In Koblenz, einer vorwiegenden Beamtenstadt, verlief der Aufenthalt so, wie es sich der Minister gedacht hatte, ausgefüllt mit Sitzungen, Besichtigungen, Revisionen. Den folgenden Tag, den 17., fuhr er nach Ems, da ihn der Kaiser dorthin, wohl aus dem in dem Briefe Wilmowskis berührten Grunde, zur Tafel und zu einem Vortrage über kirchliche Streitigkeiten zwischen Katholiken und Ultrakatholiken in Koblenz befohlen hatte. Er genoß dort ein paar Stunden die behagliche Angezwungenheit, die der Kaiser auf Reisen, ganz im Gegensatz zu der Steifheit der Berliner Hoffestlichkeiten, um sich zu sehen wünschte, und von der Sowows Briefe aus Gastein, wo er mit

dem Kaiser fast jedes Jahr zur gleichen Zeit die Kur brachte, manche wunderhübsche Probe berichteten. Bei dieser Gelegenheit erzählte der Kaiser über jene ältere katholische Dame aus der Rheinprovinz, die ihn um Hilfe gegen den Anspruch der Altkatholiken in Koblenz auf Überlassung einer katholischen Jesuitenkirche angerufen hatte, die Dame sei mit dem und dem Offizier evangelischer Konfession verlobt gewesen, zur Ehe sei es aber nicht gekommen, weil von dem Offizier das Versprechen katholischer Kindererziehung verlangt worden sei. Dieses habe derselbe jedoch nicht abgegeben, „er habe ja sonst — der Kaiser sprach das als etwas ganz Selbstverständliches aus — seinen Abschied nehmen müssen“.

Am 18. fuhr Falk nach Saarbrücken und dann ging die Reise weiter nach Trier, Rüdesheim, Remagen, Bonn, Köln, Düsseldorf, Aachen, Düren, wieder Düsseldorf, Essen, Mühlheim, Duisburg. Schon in Saarbrücken benutzte die Bevölkerung den Empfang des Ministers zu einer großen spontanen Kundgebung, und nach diesem Beispiel wurde die Reise von Ort zu Ort mehr eine Reihenfolge von herzlichen, begeisterten Ovationen und demonstrativen Bezeugungen der Zustimmung zu der Schul- und Kirchenpolitik des Ministers. Straßen und Märkte waren wie bei dem Empfange gekrönter Häupter geschmückt und geflaggt, Tausende säumten den Weg und versammelten sich vor den Fenstern der Hotels; Festessen, Gadelzüge, Ständchen, Serenaden, Kommerse, Schiffahrten jagten sich, eine Fülle von Deputationen, besonders aus Lehrerkreisen, drängte herzu. Den Höhepunkt bildete das märchenhafte Fest, das der Düsseldorfer Malkasten dem gefeierten Gaste bereitete. Die Bürgerschaft von Düsseldorf war es auch, die ihm nicht nur Adressen und Blumen, sondern ein echtes Kunstwerk, den vom Bildhauer Broßmann entworfenen Germania Schild, zum Andenken an seinen Besuch überreichte. Natürlich war es zahlenmäßig die Minderheit, die sich zu diesen Huldigungen zusammenfand; das wußte Falk, und die ultramontane Presse brauchte es ihm nicht erst zu sagen. Aber es war doch herzkstärkend, in diesem Stammsitz des Katholizismus so große Scharen im jubelnden Zuruf zu seiner Politik vereinigt zu sehen, zu sehen, wie diese Politik die Kraft entwickelte, alle nicht Ultramontanen zu einigen. Anreger waren überall die sogenannten „Deutschen Vereine“ und die Bildungsvereine, die sich im Gegensatz zu den katholischen gebildet hatten und die mehr und mehr die rheinischen Protestanten, die Lehrer, auch viele katholische, und die in Industrie und

Schiffahrt führende Bürgerschaft in sich hineinzogen. Aber auch Katholiken fehlten nicht, sogar nicht einmal Geistliche. Freilich mit der Erholung wurde es nun nichts, kaum daß Falk die nötigsten Besprechungen und Besichtigungen durchführen konnte. Er hat in diesen vierzehn Tagen etwa dreiundzwanzig längere Ansprachen gehalten, abgesehen von den zahllosen Erwiderungen auf Adressen und Vorstellungen, und er entwickelte dabei einen so schlagfertigen Witz und Humor in der Antwort auf Liebenswürdigkeiten der katholischen Presse, so echte Heiterkeit und Herzlichkeit, wußte mit so passenden Sätzen die Massen zu bewegen und den Akademikern die tiefsten Ideen seiner Maßnahmen so ernst zu erklären, daß der Eindruck auf die rheinische Bevölkerung groß war. Der Wahlspruch, zu dem er sich unter Hinweis auf einen freundlichen Zuspruch des Kaisers in Bonn bekannte: „Sincere et constanter“, wahrhaftig und beständig, wurde überall mit Jubel wiederholt; der Titel des praeceptor Germaniae, mit dem ihn der Kölner Oberbürgermeister Becker gezeichnet hatte, immer neu variiert; auch der Name des Ministers bot reichen Stoff zu Ausdeutungen und Anspielungen: der Mann des Falkenbildes, der Edelfalk usw. Neben ernststen und bedeutenden Reden, wie denen des Bonner Professors Jürgen Bona Meyer und des Kölner Oberbürgermeisters wurde viel gutgemeinte Poesie über den Gast ausgeschüttet; am hübschesten war ein Verschen in Kölner Platt:

Will Beschwer, huben Fähr,
 Hatten de Magister —
 Dem holf aff, un met Kraff,
 Unse Schull-Minister!
 Doröm kling heh am Rhing
 Leedchen imm zo Ehre,
 Met Allaaf, Eölschem Klaaf
 Welle meer inn feere!
 Jih fall bruse bis noh Kalk
 En Hurrah dem große Falk
 König der Magister!
 Rhinglands Naß bleh em Glas
 We met golde Funke:
 Dä et kann, eh der Mann —
 Dorop wehd gedrunke!

Falk betonte in seinen Reden vor allem zweierlei: Einmal seine Hoffnung, es werde einmal die Zeit kommen, da auch die jetzt abseits Stehenden erkennen würden, daß das, was von ihm getan

würde, auch für sie getan würde, und da manches bittere, schmähende Wort, das er in diesen Tagen gelesen habe, sich wandeln würde in Lob und Zustimmung. Sodann die feste Entschlossenheit der Regierung, keinen faulen Frieden zu schließen und die staatsfreundlichen Geistlichen und Lehrer unter keinen Umständen preiszugeben, denn das war die Befürchtung, die ihm wieder und wieder ausgesprochen wurde.

Wenn aber diese Reise Falks ein voller und überraschender persönlicher Erfolg wurde, so hatte das doch noch einen anderen Grund als die Zustimmung zu der Sache, die er vertrat. Die Bevölkerung lernte in ihm eine neue Art Minister kennen, keinen Grand-Seigneur, keinen Junker und Korpsstudenten, keinen zugeknöpften Bürokraten, sondern einen bürgerlichen Minister, der ganz unbefangen mit jedem verkehrte, keinen Unterschied zwischen dem hohen Beamten und dem Volksschullehrer machte, am liebsten zu Fuße ging, sich in der Badeanstalt mitten unter den anderen Badenden im Wasser tummelte und die Sachen, die man ihm vortrug, schlicht sachlich behandelte. Und zu diesem Eindruck trug besonders die Gesellschaft seiner Frau bei, dieser äußerlich kleinen und zarten, aber innerlich und künstlerisch so gebildeten Frau, die allem Tand und Prunk ausgesprochen feind mit betonter Schlichtheit die Bande von Herz zu Herz gerade zu einfachen und schüchternen Menschen zu knüpfen verstand, oder vielmehr, die das nicht als Kunst übte, sondern der das natürlich war. Das weckte in der dem ostelbischen Wesen abgeneigten rheinischen Bevölkerung zu der Regierung Vertrauen und trug zur Versöhnung zwischen dem preußischen Staatsgedanken und dem liberalen Geiste des dortigen Bürgertums bei. Aus den massenhaften Zeitungsstimmen, in denen der Ertrag der Reise gebucht wurde, will ich nur zwei rheinische hervorheben, worin dies gut zum Ausdruck kommt. Die „Essener Zeitung“ schrieb am 7. Juli:

„... Gern und oft wird man sich in dem Kampfe, dessen Ende noch nicht erreicht ist, der Einfachheit und Schlichtheit in dem ganzen Wesen und Auftreten unseres Kultusministers erinnern. Nichts von Hochmut, nichts von Herabsehen auf diejenigen, die unter ihm stehen an Rang, Würden und Stand, kein Zug, der unangenehm daran gemahnte, daß wir es mit einem der ersten Räte der Krone zu tun hatten! Einem solchen Manne ist die Liebe derer um so sicherer, die mit ihm arbeiten müssen an dem großen Werke der nationalen Erziehung unseres Volkes; um so gewisser die warme Anhänglichkeit

derer, für die er arbeitet und kämpft. Es ist gar nicht so lange her, da solche Eigenschaften in der Nähe des Thrones zu den Seltenheiten gehörten, da man gerade in dem Gebiet, an dessen Spitze der Kultusminister steht, mit einer aus schweigender Opposition entspringenden Anlust oder gar mit serviler Kriecherei zu arbeiten pflegte. Doch unsere Zeit beweist, daß Lust und Liebe bessere Triebfedern sind, als verschwiegene Opposition oder servile Kriecherei. Und Lust und Liebe sind nur dort im vollen Maße, wo Vorgesetzte und Untergebene in einem Verhältnisse zueinander stehen, das nichts Trennendes in sich schließt. Und daß neben der Liebe Achtung und Anerkennung einfacher Schlichtheit eher zuteil wird, als hochmütigem Wesen, ist gewiß; denn derjenige, der seine hohe Stellung mißbraucht zu hochmütigem Gebahren und Überhebung, hat seinen Lohn dahin, da jeder Gebildete fühlt, daß auch bei den größten Verdiensten Hochmut und Arroganz nur geeignet sind, diese Verdienste abzuschwächen, Einfachheit und Bescheidenheit aber die herrlichsten Zugaben sind zu wohlverworbenem Ruhme. An dem Tage, als der hohe Gast unsere Stadt beehrte, mußte man unwillkürlich seiner wütendsten Gegner gedenken, der preußischen Kirchenfürsten. Dort bei dem Minister schlichte Einfachheit im äußeren Auftreten und im inneren Wesen, bei den Bischöfen Aufgeblasenheit und Hochmut des Wesens, eitler Pomp und eitle Pracht in der Ausstattung des eigenen Körpers und der Umgebung, trotzdem daß diese doch zu denen gehören, die sich nicht kümmern sollen um Schätze, „die Motten und Rost fressen“, der Kultusminister aber zu denen, die im Dienste des irdischen Staates stehen.

„Es ist ferner die Offenheit, Geradheit und das zuversichtliche Vertrauen auf die Kraft der Wahrheit ein Zug an dem Minister, der ihm Liebe und Achtung bei allen ehrlichen und nicht betörten Leuten erwerben muß. Wie die Zeiten doch sich ändern! Früher und auch heute noch hie und da gehörte zu einem richtigen preußischen Beamten, daß er die Kunst verstand, sich möglichst „zugetnöpft“ zu betragen. Vor allem kam das in vergangener Zeit einem Diplomaten zu. Fürst Bismarck hat die bisher bestandene Regel mit kräftiger Hand durchbrochen und von vornherein offene, gerade Wege eingeschlagen zum Ärger seiner Feinde, besonders der hinterlistigen und heimtückischen, und zur Freude seiner Freunde. Dieselbe Offenheit, dieselbe Geradheit darf man an unserm Kultusminister preisen. Auf seiner ganzen Reise und auch in unserer Stadt

hat er kein Blatt vor den Mund genommen. Frisch und frei hat er gesagt, was er will: nämlich die Ultramontanen so lange bekriegen, bis sie die Waffen strecken. Wer ihn gehört, der hat auch in das Herz dieses Mannes gesehen, und die Gegner unseres Ministers können dessen gewiß sein: bei dem Mann sitzt das Herz auf dem rechten Fleck! Nicht diplomatische Taschenspielerkünste, mit denen man wohl augenblickliche Erfolge erringen kann, sind sein Sinnen und Trachten; sondern er verläßt sich darauf, daß die Wahrheit eine Macht in sich birgt, die schließlich auch den zähesten Gegner zu Boden werfen muß.“

Und in der „Elberfelder Zeitung“ vom 8. Juli war zu lesen:

„Es ist Tatsache, daß ein Minister Wilhelms I. in dieser völlig rücksichtslosen Weise wochenlang mit den breiten Massen des Volkes verkehrt und Gelöbnisse ausgetauscht hat. Das schmeckt wahrlich nicht nach Reaktion, zumal wenn sich aus allem ergibt, daß sowohl der Monarch wie der Reichszangler an dem Triumphe ihres jüngeren Mitarbeiters eine herzliche Freude gehabt haben. . . . Die Rheinreise hat Falk die Popularität gegeben, die dem auf der Leiter der Bürokratie Emporgekommenen noch gefehlt hatte. Das gibt Macht. Die glänzenden Gaben und die überwältigende Persönlichkeit eines Bismarck oder selbst eines Vincke besitzt der Kultusminister nicht, aber er ist ein kräftiger, frischer, tapferer Mensch, eine grundgute und gesunde Natur, ein Mann, nehmt alles nur in allem. . . . Es war ein guter Einfall, daß er seine Gemahlin mitgebracht hat, eine Frau ohne Prunk, aber tüchtig an den Bestrebungen des Lettevereins für die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Gleichausrüstung der Frau beteiligt. Ihre Gegenwart deutete auf eine Hebung ihres Geschlechtes hin, die Frau soll aus alltäglichem Kleinram und Genußleben zur ebenbürtigen Genossin des Mannes im Reiche freier Bildung werden. Es war das zugleich ein Protest gegen den Baalspaffendienst der klösterlich erzogenen Frauenwelt.“

Die Wiener „Neue Freie Presse“ aber schrieb am 9. Juli:

„Wer möchte dem bescheidensten unter den Räten des deutschen Kaisers diese glänzende Satisfaktion nach vierjährigem unermüdblichen Wirken nicht von Herzen gönnen? Albalbert Falk ist ein heldenmütiger Soldat des Geistes, genährt mit den herrlichen Traditionen der deutschen Wissenschaft und erfüllt von den großen Grundsätzen Luthers. Die schlichten bürgerlichen Verhältnisse, aus denen er herauswuchs, haben frühzeitig seinen Blick für die idealen Bedürfnisse

der Nation geschärft, und zelotische Hoffart blieb seinem Charakter fern.“

Ein anonymers Vers möge den Abschluß dieser Reisebeschreibung machen:

Uralt persische Mythe erzählt uns von Adler und Falken,
 Daß sie die Vögel des Lichts. Freuet euch! Deutschland zum Heil
 Stellte ein gütiger Gott dem Schirmer des Reiches zur Seite
 Bismarck, den Adler an Kraft, Falk, dessen Name nicht trügt.
 Badet noch lang im Äther die ruhmestglänzenden Schwingen!
 Deutschland erfreut euer Flug. Sein sind die Söhne des Lichts.

Als Falk zurückkehrte, fand er eine Anmenge von Glückwünschen vor. Rührend war die Mitfreude Sydows, der aus seiner Gasteiner Sommerfrische den Triumphzug des Freundes mit seinen Gedanken begleitet hatte. Das lauteste Echo fand die Reise im Osten; Lehrervereine und Bürgervereine von dort sandten Grüße und Adressen, worin sie sich fast beklagten, daß der Minister nicht auch ihre Provinzen aufgesucht hätte, und versicherten, daß ihm dort derselbe Empfang würde zuteil geworden sein. Aber auch an andern Meinungen fehlte es nicht ganz: Was wird Bismarck und der Kaiser dazu sagen! Doch diese Leute kannten weder den alten Kaiser noch Bismarck, wenn sie sich um den Reiz dieser beiden sorgten. Der Kaiser hat sich über den Erfolg seines Ministers nur gefreut und dies wiederholt ihm selbst wie Wilmowski und Sydow ausgesprochen, auch den Reisebericht Falks mit wärmster Zustimmung gelesen. Und auf Bismarck hatte die öffentliche Anerkennung seines Mitarbeiters nur die Wirkung, daß er ihn von jetzt ab mit ausgesuchter Höflichkeit und Rücksicht behandelte. Falk hat niemals mehr über eine Rauheit oder Schroffheit von seiner Seite zu klagen gehabt, wie sie andern Ministern wohl widerfuhr. Auf diesem Gebiete lag nicht, was ihn trotzdem von Bismarck fernhielt und was schließlich die Trennung herbeiführte.

In einem längeren Reiseberichte gab Falk seinem kaiserlichen Herrn Rechenschaft über seine Eindrücke. Zugleich suchte er sie zu nutzen, um den Kaiser in der einmal eingeschlagenen Richtung zu befestigen und ihn, namentlich auf dem Schulgebiete zu Entschlüssen willig zu machen, von denen er wußte, daß sie dem Kaiser von seinen Voraussetzungen aus schwer fallen mußten.

Nun erst konnte Falk daran denken, die notwendige Erholung zu suchen. Er wählte dazu in diesem Sommer, wohl mit Rücksicht auf das Halsleiden, das ihn im Winter befallen hatte, das Seebad

Marienlyst in Dänemark. Wenn er in den stillen Wochen dort seine Lage überdachte, dann konnte er wohl Befriedigung empfinden. Er durfte sich des wohlwollenden Vertrauens des Kaisers freuen. Bis jetzt hatte dieser noch immer eigene Wünsche zurückgestellt, wenn ihm der Minister vorgestellt hatte, daß das Interesse der Sache das erfordere, und ihm trotz solcher Nötigungen seine Schuld nicht entzogen. Wohl war der alte Herr nicht immer leicht zu behandeln. Warnend schrieb Graf Eulenb urg einmal am 10. März 1874 an Falk:

„Verehrter Herr Kollege! Ich habe dem Kaiser heute Vortrag gehalten. Er rechnet auf Ihren Bericht über die Trierschen Vorfälle [Vorgänge bei der Verhaftung des Bischofs], und äußerte sich verstimmt, daß Sie und der Justizminister ihn nicht in Kenntnis setzten, was den Bischöfen gegenüber vorgehe. Versäumen Sie nicht, Se. Majestät über alles, was ihn in dieser Beziehung interessieren könnte, fortlaufend au courant zu halten. Erlebt Se. Majestät so mit, was wir erleben, so werden ihm Entschlüsse viel leichter, als wenn sie ohne fortlaufende Kenntnis der maßgebenden Tatsachen von ihm verlangt werden.“

Diesen Rat hat Falk treulich befolgt, und damit gute Erfolge erzielt.

Ähnlichem Argwohn, daß hinter seinem Rücken regiert würde, entsprang auch die Kabinettsorder vom 6. Februar 1875 an das Staatsministerium, worin der König rügte, daß ihm von legislatorischen Projekten erst in einem Stadium Kenntnis gegeben würde, in dem es ohne Inkonvenienzen kaum noch tunlich wäre, anderweite Erwägungen eintreten zu lassen. Er bestimmte, daß jeder Ressortchef, der den Erlaß eines Gesetzes für angezeigt halte, zunächst die Frage des Bedürfnisses sowie die Grundsätze, mittels derer dessen Befriedigung erstrebt würde, dem Staatsministerium zur Erörterung und Beschlußfassung unterbreite. Sofern das Staatsministerium die Notwendigkeit einer legislatorischen Maßnahme anerkenne, solle es in allen Angelegenheiten von erheblicher, organisatorischer oder politischer Bedeutung die beschlossenen Prinzipien ihm zur Genehmigung vorlegen. Erst dann solle der vollständige Gesetzentwurf ausgearbeitet werden.

Allein, was die Hauptsache war, zur Grundrichtung von Falks Politik hatte der Kaiser seine Zustimmung wiederholt in der bündigsten Weise ausgesprochen. Im Frühjahr 1875 unternahm der Wiesbadener Regierungspräsident von Wurmb einen unberufenen und wenig geschickten Vermittlungsversuch, der Kaiser lehnte die ihm auf

diesem Wege zugegangenen Vorschläge des Bischofs von Ketteler sofort unbedingt ab und veranlaßte, daß Wurmb gerügt wurde. Jetzt im Juli erhielt Galt einen Brief von seiner Hand, der deutlich zeigt, wie fest der Kaiser bei seiner Meinung stand. Er las damals das Buch „Martin Luther als deutscher Klassiker in einer Auswahl seiner kleinen Schriften“ (Frankfurt am Main, 1871) und fand darin den bekannten Begleitbrief Luthers zu der Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ an den Papst vom 6. September 1520. Den schickte er dem Minister mit den Worten:

„Wäre die Einlage, die Ihnen vermutlich bekannt ist, nicht gelegentlichst in einem Zeitungsartikel in die Öffentlichkeit zu bringen? Sie paßt so ganz in die jetzige Zeit, wo in Erfüllung ging, was Luther prophetisch sagte!“

Wenige Tage nachher, am 25. Juli, erhielt Galt einen langen Plauderbrief von Sydow, der mit dem Kaiser in Gastein zusammengetroffen war, wohin dieser von Ems gereist war. „Am vorigen Donnerstag begegnet mir Ahnungslosem der Kaiser an der Treppe, fragt, was ich da habe, befiehlt usw. Am Freitag sieht er mich auf dem Platz vor den beiden einander gegenüberliegenden Hotels, in denen er residiert und ich wohne, schickt den Adjutanten mit der Frage zu mir, wie lange ich hier bleibe, und gestern endlich greift er mich bei einer Blumenhändlerin nach einem Besuche, den er der Gräfin von Meran gemacht, auf der Straße auf, heißt mich ihn begleiten, geht mit mir auf dem betreffenden Platz etwa sechsmal auf und ab und bestimmt endlich, daß ich heute nach der Kirche zu ihm kommen möge. . . . Und nun erzählte der Kaiser mir, daß der Kaiser von Österreich bei dem letzten Zusammensein nach Erledigung der politischen Fragen, über die übrigens volles Einverständnis geherrscht habe, ihm gesagt hätte: „Nun habe ich Dir noch etwas zu sagen. Das sage ich nicht als Kaiser von Österreich und nicht als jemand, der sich in die Regierung eines anderen Landes mischen will, sondern als katholischer Christ: Schone die katholische Kirche!“ Darauf habe er, Se. Majestät, ihm erwidert, die erlassenen Gesetze gingen nicht gegen die Kirche, soweit es auf die Religion ankomme; die katholische Religion sei ungeschädigt; aber im Staat könne nur ein Herrscher sein. Die früheren Gesetze seien bestimmt gewesen, den Ungehorsam des Klerus zu brechen, das Klostergesetz gehe zwar weiter, berühre Personen und Familien, es diene aber nur dazu, die Herrschaft des Klerus zu mindern, und werde mit Milde und Scho-

nung durchgeführt werden, soweit das Prinzip das gestatte. Er bemerkte übrigens noch, bei der Stelle über das Brechen des Angehorsams, daß der Kaiser von Österreich dazu genötigt habe.“

Freilich stand in dem Briefe noch etwas anderes, für Falk nicht ebenso angenehm zu lesen: „Auch wurde meines armen Namensvetters [des Predigers Sydow] Stellung berührt und ich fand wenigstens Gelegenheit, dem ausdrücklich zu widersprechen, daß er die Göttlichkeit der Lehren Christi bestreite, mehr konnte ich nicht gut sagen, weil ich wußte, wie die Sache den alten Herrn erregt und ich ihm hier im Bade nicht schaden mochte.“

Dieselbe Festigkeit zeigte eine Randbemerkung des Kaisers, die Bismarck wenige Wochen danach im Dezember 1875, Falk mitteilte. Wieder hatte jemand Unberufenes einen Vermittlungsversuch gemacht, der christliche Philanthrop Prinz Karl von Salm-Horstmar. Diesmal war aus Kreisen der Kurie der Bischof Dr. von Hefele genannt worden, übrigens eine Wahl, die zeigte, daß dort Männer waren, die ernstlich eine Verständigung wünschten. Auf die Eingabe, in der Prinz Salm dies dem Kaiser, offenbar in der Meinung, ihm einen großen Dienst zu tun, mitteilte, hatte der Kaiser ärgerlich geschrieben:

„Sie sind stark mystifiziert worden, wenn Sie bei Ihrer Abreise von hier benachrichtigt sein wollen, ich suche nach einem Vermittler zwischen mir und dem Papst. Ich habe nie daran gedacht, eine solche Vermittlung meinerseits zu unternehmen. Daß Sie sich sogar infolge jener Mystifikation verleiten ließen, mit dem Fürsten Kardinal Hohenlohe und anderen über eine solche Vermittlung zu sprechen, muß ich bedauern, weil, wenn es bekannt würde, ich stark kompromittiert werden könnte, da man mir sofort Inkonsequenz vorwerfen würde, während mein Motto in den katholischen Wirren heißt: Nur konsequent! Ich muß Ihnen raten, in so wichtigen Dingen nicht so leichtgläubig zu sein, wie im vorliegenden Falle, und erst zu prüfen, ehe Sie handeln.“

Das war ganz dieselbe Gesinnung, die der Kaiser dem Minister zu Weihnachten 1874 befundete, als er ihm bei der Dankaudienz für eine neue Ordensverleihung sagte: „Sie werden jetzt so viel angegriffen, da wollte ich Ihnen gern mein Vertrauen zeigen“, und dann tröstend und mahnend auf die Ordensdevise hinwies: *Sincere et constanter*.

Nein, von dieser Seite war keine Anfechtung der Stellung Falks zu erwarten. Die bestehenden und Falk natürlich bekannten, wenn

damals auch noch zu gering geschätzten, Differenzen über die evangelische Kirche und die konfessionelle Schule waren 1875 noch nicht akut. Auf die Handlungen ihres Gemahls hatte sich ein Einfluß der Kaiserin nicht gezeigt. Ihre Ungunst war allerdings dieselbe geblieben. Wo sie die Einladungen zu bestimmen hatte, bei den kleineren Festen im Palais, wurde Falk nie eingeladen, mit einer einzigen Ausnahme viel später, auf die sicherlich der Kaiser gedrungen hatte. Bei den großen Gesellschaften im Schlosse verstand es die Kaiserin sehr geschickt, ihr mißliebige Personen zu ignorieren, — von dieser ihrer Kunst lasen wir schon oben in dem Briefe Wilmowskis.

Daraus entsprangen die komischsten Situationen. Bei allgemeinen Vorstellungen konnte die hohe Dame Falk nicht gänzlich ignorieren, aber sie konnte es einrichten, mit ihm nicht sprechen zu müssen. Da machte sie es dann so, immer einige aus der Zahl der nach der Reihe Dastehenden zu überschlagen, um so auch um eine Zwiesprache mit ihm herumzukommen. Aber immer gelang das nicht. Dann und wann trat doch einer oder der andere von denen, die um seinetwillen überschlagen werden sollten, in das Gespräch ein, und die künstliche Berechnung wurde hinfällig. Gelangte die hohe Dame in derartigen Fällen bis an Falk, dann zögerte sie wohl einen Augenblick, wandte sich dann aber mit plötzlichem Herumschwenken an ihn und fragte nach dem Befinden seiner Frau. Das wurde bald stereotyp. Die Hofgesellschaft pflegte sich in seine Nähe zu stellen, neugierig, ob die Kaiserin ihn anreden und was sie etwa mit ihm sprechen würde, gewiß eine lästige Situation. Um ihr zu entgehen, pflegte er sich den Blicken der Kaiserin möglichst zu entziehen. Ein anderer hätte sich dadurch vielleicht getränkt gefühlt oder Anstrengungen gemacht, es zu ändern. Aber Falk legte auf Hofbeziehungen keinen Wert und scherzte nur zuweilen über solche Erlebnisse.

Auch Falks Gattin verkehrte nicht bei Hofe. Das hatte sich schon in den ersten Wochen von Falks Ministerzeit entschieden. Wir haben bereits (S. 86) erzählt, wie das kam. Ihre Natur entbehrte dabei gar nichts.

Etwas anderes war Falk wichtiger. Er durfte sich des Einklanges mit der großen Mehrheit der Nation und sonderlich mit der Schicht freuen, auf die er den größten Wert legte, der gebildeten. Das zeigte nicht nur der Beifall der großen liberalen Tageszeitungen, sondern auch das Lob und die Zustimmung, die seine Reden und Handlungen in den mehr wissenschaftlichen Zeitschriften, allen voran den „Preu-

hischen Jahrbüchern“, den „Grenzboten“ und Fleischers „Revue“ empfingen. Zahlreiche Abhandlungen und Schriften aus dem Kreise der deutschen Rechts- und Staatswissenschaft rechtfertigten seine Politik; auch in der schönen Literatur fand der Kampf sein begeistertes Echo *).

Es war eine ganz vereinzelte Beobachtung, die ihm Hermann in einem Briefe aus Süddeutschland vom Sommer 1874 mitgeteilt hatte:

„Bei dem Austausch über die kirchlichen Verhältnisse, namentlich die der katholischen Kirche, habe ich im Vergleich mit dem vorigen

*) Adalb. Wahl (Vom Bismarck der siebziger Jahre, Tübingen 1920) hat in dort gegebenen „Untersuchungen zur Geschichte des Kulturkampfes“, worin er diesen als einen kaum begreiflichen Mißgriff verurteilt, eine Reihe von kritischen Stimmen gesammelt. Von diesen scheiden aber doch zunächst diejenigen aus, die sich erst hervorzugehen, nachdem Bismarck seine große Wendung vollzogen hatte; ferner die Stimmen der Altkatholiken, die Grund zu haben glaubten, sich über zu geringe Unterstützung durch die Staatsregierung zu beschweren, endlich die Rechtskonservativen, deren Ansicht durch das romantische Vorurteil von der Gemeinsamkeit der Interessen von evangelischer und katholischer Kirche beeinflusst war. Dann aber bleibt kaum jemand übrig, von dem mehr anzuführen wäre, als selbstverständliche Kritik am Einzelnen. Julius von Eckhardt, Gustav Rümelin, der Kronprinz, selbst Kron haben aber die Notwendigkeit des Kampfes gegen Rom entschieden anerkannt, ihre Bedenken treffen Einzelheiten, des erstgenannten Leitung des „Hamburger Korrespondenten“ deckt sich nicht mit seinem späteren Urteil in den „Lebenserinnerungen“. Wenn Wahl glaubt, auch Ranke schlankweg unter die Gegner einreihen zu dürfen, so kann ich nur raten, die Aufzeichnungen Rankes (S. W. Bd. 53/54, S. 601—604) selbst zu lesen; man wird dann finden, daß sich seine Gedanken so jedenfalls nicht charakterisieren lassen. — Wahl berichtet auch von „Rankes hartem Urteil über Falk, den er für weder hinreichend befähigt noch genügend vorgebildet für sein Amt fand.“ Es liegt kein solches Urteil Rankes vor; Wahls Behauptung beruht auf den Erinnerungen von Theodor Wiedemann, „Sechszehn Jahre in der Werkstatt Leopold von Rankes“, Deutsche Revue, Jahrg. 17, S. 235. W. schreibt dort: „Durchaus unsympathisch war Ranke Mühlers Nachfolger im Kultusministerium. Seine Informationen gingen dahin, daß dieser zur selbständigen Verwaltung desselben weder hinreichend befähigt noch genügend vorgebildet, von zwei ihm untergebenen Persönlichkeiten, der einen in den kirchlichen, der anderen in den Schulangelegenheiten geleitet würde.“ Also: Ranke hat nur ihm zugeflossene Informationen seinem Amanuensis mitgeteilt; nimmt man nun hinzu, daß diese höchst wahrscheinlich aus dem Kögelschen Kreise kamen, so verliert das Urteil alles Gewicht. Abgesehen würde wohl Wahl selbst das von Wiedemann mitgeteilte, ganz ähnlich ungünstige Urteil Rankes über Bismarck auch nicht gewichtig nehmen.

Jahre ein Sinken der Zuversicht auf einen Sieg des Staates, ein Steigen der Furcht vor der innern Zerrüttung unseres Volkslebens und vor der Schwächung des Staates in den ihm bevorstehenden äußeren Kämpfen gefunden. Es bestätigt sich mir wieder, daß die Menschen immer geneigt sind, das nächste Übel für das größere zu halten; was hinter dem Nachlassen der bisherigen Politik unseres Staates liegt, erwägen sie weniger als den unmittelbaren Druck des augenblicklichen Kriegszustandes. Auch das will ich Ihnen nicht vorenthalten, daß ich nicht selten und mit einiger Besorgnis darum gefragt worden bin, wie es denn eigentlich mit Ihrem Christentum stehe, und daß ich für meine aus der Erfahrung geschöpfte Belehrung nicht immer gläubige Hörer gefunden habe. Auch in dieser Beziehung waren meine vorjährigen Erfahrungen besser. Den Meisten dauert der Kampf zu lange. Wie äußere Kriege, so will man auch die innern im 19. Jahrhundert rasch beendet sehen. Gelingt dies nicht, so ist es am bequemsten, die kommandierenden Generäle zu bemängeln, und wenn man keine sachliche Kritik üben kann, mit Fragezeichen persönlicher Art sich zu helfen. Es ist traurig, aber es ist so.“

Vergessen wir eins nicht: Falk genoß damals die Gunst einer Lage, wie sie so seit dem Ende dieses achten Jahrzehnts im deutschen parlamentarischen Leben nie wieder gekommen ist, nämlich einer festen, zuverlässigen Mehrheit im Parlament. Es ist nicht zu sagen, was das für den Ausbau des jungen Reiches bedeutet hat. Obgleich weder in der Reichsverfassung noch in der Preussischen Verfassung das konstitutionelle System sauber durchgeführt war, wurde damals wirklich konstitutionell regiert. Das heißt: Das Volk wurde von den Männern seines Vertrauens, im wesentlichen nach seinem Willen regiert. Die Regierung stützte sich auf eine geschlossene Mehrheit. Denn für den Konstitutionalismus ist dies die unentbehrliche Voraussetzung, und sie ist viel wichtiger als die verfaßte Staatsform. Ist das Parlament zur Mehrheitsbildung unfähig, so ist aller Konstitutionalismus Papier. Das war es, was damals einem Minister den Schwung und die Sicherheit lieb, dem es Überzeugungsache war, konstitutionell zu regieren; er konnte es, die Voraussetzungen waren gegeben. Dazu kam, daß die Mehrheiten im Preussischen Landtage und im Reichstage nahezu gleich zusammengesetzt waren, also auch das Problem des Verhältnisses zwischen dem größten Bundesstaat und dem Reiche nicht in gefährliche Erscheinung trat.

Auch im Staatsministerium genoß Falk bei allen Kollegen Achtung

und Ansehen, *Leonhardt* und *Achenbach* waren ihm Freunde, *Friedenthal* ein fast zu sehr Anschlußbedürfnis und Hilfsbereitschaft beweisender Gefährte. Falk war der stärkste Pfeiler des Gesamtministeriums geworden. In einem Briefe aus dieser Zeit an seine Frau schrieb Falk auf ihre Frage, ob ihre persönlichen Verhältnisse unverändert bleiben würden: Das hängt ab „von der Ausdauer der entscheidenden Potenzen und der Unterstützung des Landes in den großen Fragen. So wenig ich selbst für meine Person je mutlos werde und so oft ich auch wohl ausgesprochen habe, daß meine einzige Besorgnis der Mangel an Nachhaltigkeit bei den Kräften sei, derer wir zu unserer Stütze bedürfen, so wenig sorge ich jetzt noch, daß diese Nachhaltigkeit bestehe.“

Nachdem Falk aus dem Seebade zurückgekehrt war, nicht ohne auf der Rückreise in Schleswig-Holstein abermals Gegenstand begeisterter Ovationen zu sein, denen er sich schnell entzog, hatte er bald darauf Gelegenheit, auch die Festigkeit seines Verhältnisses zu *Bismarck* zu empfinden. Der Fürst lud ihn nach Varzin ein, um mit ihm persönlich zu beraten. Er weilte dort am 6. und 7. November. Echteste Gastlichkeit wurde ihm erwiesen. Die Fürstin selbst wachte über seine Bequemlichkeit. Einmal, als er in sein Zimmer trat, fand er sie vor dem Ofen knieend, um das Feuer anzuregen. Nächster Anlaß war die Frage, ob der Versuch im Reichstage gemacht werden sollte, ein Gesetz gegen das gemeingefährliche Vereinswesen der katholischen Kirche zustande zu bringen. Das hatte Falk schon in seinem Votum vom 3. April angeregt und einen Entwurf betreffend katholische Vereine und Prozessionen ausgearbeitet und dem Staatsministerium Ende Oktober vorgelegt. Darüber wollte *Bismarck* mit Falk sprechen. Die Verhandlung erstreckte sich über die Gesamtlage. Falk trug dem Kanzler, der infolge seiner langen Abwesenheit von Berlin etwas die Fühlung verloren hatte, vor, das Zentrum trage guten Mut zur Schau und stelle sich einer nahen Einigung mit *Bismarck* gewiß. Es dachte, wie aus einem Briefe des mit *Windthorst*, *Reichensperger* und anderen nahe befreundeten Herrn von *Gruener*, bekanntlich eines intimen Gegners *Bismarcks*, an *Friedberg* hervorging, daß *Bismarck* durch das Mißlingen des Versuches, Österreich und Italien zur Teilnahme am Kulturkampfe zu bewegen, müde geworden sei. „So läßt es sich allerdings erklären, daß, wie von allen Seiten versichert wird, *Bismarck* den Kulturkampf satt hat bis an den Hals, und daß die Führer des Zentrums voll Zuversicht sind.“ Diese Zu-

verfiel des Zentrums war gewachsen, als ihm bekannt wurde, die hohe Dame, deren Einfluß Falk seit einiger Zeit (in der Ordensfrage) lebhaft empfand, habe neulich an ihren Sohn geschrieben, der vielfache Verkehr mit Fremden in Baden-Baden habe ihr die Überzeugung gewährt, daß Preußen mit seiner kirchlichen Politik bereits zum Gespött von ganz Europa geworden sei. Wie sich die Ultramontanen den Modus vivendi vorstellten, zeigte ein Brief Ketteler's an einen katholischen Baron v o n L ü t t w i z bei dem schon erwähnten Vermittlungsversuch des Präsidenten v o n W u r m b. Ketteler erklärte Frieden ohne Aufgabe der Maigesetze für unmöglich, einen Modus vivendi aber vielleicht, seinem privaten Ermessen nach, für denkbar dahin, daß die Kirche die Konzession der Anzeige vor Besetzung der definitiven Pfarrstellen mache, w e n n der Staat auf das Staatsexamen verzichte, die Seminare wieder öffne, in der Schule den alten Zustand wiederherstelle, die religiösen Genossenschaften nicht mehr gehindert, die abgesetzten Bischöfe und Priester zurückgeholt und alle Strafen erlassen würden, wenn die Katholiken nicht mehr als Reichsfeinde behandelt und die Altkatholiken nicht mehr unterstützt würden!

Bismarck *) versicherte dem Minister, daß er auch nicht entfernt

*) In dem oben (S. 294) erwähnten Buche Wahl's hat dieser die Sache so dargestellt, als ob Bismarck „die unter seiner Verantwortung, auf seinen Willen hin hergestellten Gesetze von dem Zeitpunkte ihres Erscheinens an aufs Herbeste kritisiert“ habe. Die Legende, an deren Entstehung Bismarck selbst einigen Anteil hat, daß er für die Falk'sche Gesetzgebung nicht verantwortlich sei, wird, wie ich meine, durch dies Buch im Ganzen widerlegt. Die Äußerungen Bismarck's, auf die sich diese Legende stützt, müssen sehr genau angesehen und abgewogen werden. Diejenigen, die nach 1880 fallen, müssen zunächst ganz ausscheiden. In ihnen waltet eine erklärliche Tendenz vor. Aber auch bei den Äußerungen aus den siebziger Jahren kommt alles darauf an, zu wem sie gefaßt wurden und welche Absicht Bismarck damit verfolgte. Bismarck ist in der Tat mit den Gesetzen von 1875 nicht ganz zufrieden gewesen — aber weshalb? Weil sie ihm nicht weit genug gingen und weil er auf die Aufhebung der Verfassungsartikel einen übergroßen Wert legte. Die wichtigste Äußerung ist die von Mittnacht aus dem August 1875 berichtete (Erinnerungen an Bismarck, S. 58); allein gerade wenige Monate danach fand die oben wiedergegebene Aussprache zwischen Bismarck und Falk statt, die deren Bedeutung stark herabmindert und aus der deutlich hervorgeht, daß Bismarck bei seiner Kritik Falk's anfängliches Widerstreben gegen die Aufhebung der Verfassungsartikel, gegen die vermeintliche „Wiederherstellung des alten landrechtlichen Zustandes“ im Auge gehabt hat. Ubrigens kann ich auch Bismarck's

daran denke, den Kampf unter solchen entwürdigenden Bedingungen aufzugeben. Über das geplante Gesetz äußerte er sich dahin, Prozessionen und Vereine seien getrennt zu behandeln, nicht zu verbieten aber unter Aufsicht zu stellen; der Ausdruck „katholische Vereine“ müsse vermieden werden, statt dessen solle man lieber sagen: „Vereine, die den Zwecken einer außerhalb Deutschland bestehenden politischen oder kirchlichen Autorität dienen“. Wichtig schiene ihm, den Ausschluß Jugendlicher besonders sicher zu stellen. Die Hauptsache aber war, daß Bismarck die Einbringung einer solchen Vorlage nur dann für möglich hielt, wenn Bayern vorher zugestimmt hätte, was durch eine Korrespondenz zwischen Falk und Luz festgestellt werden müsse. An diesem Punkte ist, wie ich gleich hinzufüge, der Plan gescheitert, da Luz erklärte, daß er die Zustimmung des Königs niemals erreichen würde, auch ein Bedürfnis wenigstens für Bayern in Abrede stellte. In wie freundschaftlichem Tone der Besuch ausklang, zeigt eine besondere Aufmerksamkeit, die Bismarck dem Hause Falks nachher erwies und die für Bismarck etwas bedeutete.

Zu Weihnachten 1875 erhielt Falks jüngste Tochter Julchen von Bismarck einen prachtvollen Hund. Er hatte in Varzin beim Anblick der schönen Hunde des Bismarckschen Hauses von ihrer Vorliebe für Hunde erzählt. Sie schwamm darob in Seligkeit, weniger Falks Frau, der das edle, aber noch ganz unerzogene Tier in der Ministerwohnung manche Not bereitete. Julchens Dankbesuch in Begleitung ihrer Mutter nahm die Fürstin mit rührender Freundlichkeit entgegen. Leider mußte der Hund dann doch aus dem Ministerhause verbannt werden, weil er sich nicht abgewöhnen ließ, jeden Menschen anzufallen, der ein Paket über den Hof tragen wollte.

Es ist nicht die Absicht dieser Biographie, die dem Staatsmann gewidmet ist, von seinem Privatleben viel zu erzählen. Das würde auch ganz und gar nicht dem Charakter des Mannes entsprechen, von dem sie handelt. Dennoch darf an diesem Ruhepunkte in seinem Leben wenigstens einiges gesagt werden.

Der Tageslauf des Ministers verlief gewöhnlich so, daß er schon früh die Amtsräume betrat. Manchmal ging er gleich nach Beginn der Bürostunden durch die Geschäftszimmer, nicht gerade zur Freude

Urteil über Falks Tätigkeit in den „Gedanken und Erinnerungen“ keineswegs als eine „vernichtende Kritik“ ansehen.

unpünktlicher Beamten. Wenn kein Landtag war, verlief der Vormittag mit Besprechungen, Konferenzen, Sitzungen, Besuchen. Nach Tische ging Falk gern im nahen Tiergarten spazieren; Berlin war damals noch so intim, daß er dort häufig mit Kollegen oder Parlamentariern zusammentraf. Von 6 bis 8 Uhr war die Sprechstunde, in den ersten Jahren täglich, später nur an einigen Tagen. Nach dem Abendessen zog er sich gleich zurück und arbeitete bis tief in die Nacht. Die Landtagsessionen und gesellige Verpflichtungen zerstörten natürlich oft die Regel dieses Tageslaufes. Seine manchmal sehr nötige Erholung suchte er in kleineren oder größeren Reisen. Mit ersteren verband er gerne irgendwelche Besichtigungen oder Besprechungen. Solche kurzen Unterbrechungen hatten jedesmal eine günstige Wirkung auf seine Frische. Die gewöhnlich fünf Wochen dauernde Sommerreise führte ihn — soviel ich sehe, immer mit der Familie zusammen —, im Jahre 1872 in die heimatlichen schlesischen Berge nach Krummhübel, das damals noch eine sehr primitive Sommerfrische war, 1873 nach der Schweiz und Oberitalien mit einem Abstecher zu dem badischen Freunde, Pfarrer Issel in Ispringen, 1874 nach Schreiberhau, 1875 nach Marienlyst, in den folgenden Jahren immer nach Schruns in Vorarlberg, wo er Gelegenheit zu weiten und anstrengenden Gebirgstouren fand.

Es war so charakteristisch für den Pfarrerssohn und die Tochter des Professors alter Schule, daß ihnen beim Einzug in das Ministerhotel große, ernste Sorge bereitete, ob sie auch fernerhin ihren Kindern die einfache und genügsame Lebensweise würden bewahren können, die sie gewohnt waren. Sie hatten sich das Wort darauf gegeben, darüber zu wachen, daß der Wechsel der äußeren Lage der Charakterentwicklung ihrer Kinder nicht schaden sollte. Das gelang ihnen auch. Die älteste Tochter, Marie, war eine so nach innen gerichtete Natur, daß ihr das lautere und geselligere Leben niemals zur Versuchung und Gefahr werden konnte, die jüngste war noch ein Kind, sie ist erst nach Falks Entlassung konfirmiert worden. Am ehesten hätten die veränderten Verhältnisse auf den einzigen Sohn einwirken können. Aber die Einwirkung beschränkte sich auf etwas Verwöhnung durch die Subalternbeamten des Ministeriums und den unschuldigen Luxus einer Kaninchen- und Taubenzucht. Gutbegabt machte er schnell seinen Weg durch die Schule und trat mit 18½ Jahren in die Armee, um Offizier zu werden. Trotz der bewußt gepflegten häuslichen Einfachheit wurden die geselligen Pflichten im vollen

Maße erfüllt. Jeden Sonntag war „offener Abend“, bei dem auch der Jugend ihr Recht wurde. Sehr verschiedene Geister fanden sich dort ein, Gelehrte, Künstler, Schriftsteller — Theodor Mommsen, Felix Dahn, Berthold Auerbach. Auch Ausländer — Galt beherrschte das Englische, Französische und Italienische soweit, daß er auf einem Orientalistenkongresse den Fachvorträgen in diesen drei Sprachen Wort für Wort folgen konnte. Der Verkehr wurde mit der Zeit doch recht groß. Das lag in der Stellung, besonders des Kultusministers. Und er pflegte den Verkehr auch gerne. Allerdings war es vielfach nur Herrenverkehr. Es gehörte auch zu den besonderen Geschenken seines Lebens, daß so viele seiner Mitarbeiter zugleich Freunde waren, vor allem Eybow, Foerster und auch Herrmann, wenigstens wenn dieser nicht gerade verstimmt war. Jahrelang pflegten diese besfreundeten Familien an einem Nachmittage der Woche in dem damals noch nicht zum lauten Vergnügungslokal verwandelten Zoologischen Garten, auf der Neptunterrasse, zusammenzukommen. Der Minister und seine Familie waren freilich nur selten dabei.

Rose Galt hat nie etwas anderes sein wollen als die Frau ihres Mannes. Sie hat deshalb alle Pflichten ihrer Stellung an seiner Seite erfüllt, wenn auch ihre Neigung in einer anderen Richtung lag. Das größere Hauswesen mit einer größeren Zahl von Dienstboten entlockte ihr manchen Seufzer, und ihr gutes Herz machte, zumal mit den unvermeidlichen Dienern, manche ungute Erfahrung. Was sie am meisten entbehrte, war, daß sich in dem großen Hause kein einziges zum Atelier geeignetes Zimmer finden ließ. Sie war eine weit über bloßen Dilettantismus begabte und ausgebildete Malerin und hätte dieser Kunst wohl gerne mehr Stunden gewidmet, als ihr übrig blieben. In eine gewisse Öffentlichkeit trat sie durch ihre Teilnahme an Frauenbildungsbestrebungen, wie sie der Letteverein betrieb. Wenn es nur keine Bazole gegeben hätte! Überhaupt war das Gebiet aus dem Reiche ihres Mannes, für das sie sich am meisten interessierte, die Schule und darin besonders die bessere Ausbildung der Hand in der Mädchenschule.

Endlich ein Wort über Galts eigenes Verhältnis zur Kirche, denn ein Schweigen darüber könnte mißdeutet werden. Er war von Jugend auf an Kirchengang gewöhnt, und ist ihm auch niemals fremd geworden. Allein ebenso natürlich war ihm, in die Kirche zu gehen, zu der er gehörte, und nicht zu einem Modeprediger. Deshalb hielt er sich zur Kirche seines Kirchspiels, zur Dorotheenstädtischen Kirche.

Das war nun freilich keine der Kirchen, die das sogenannte gläubige Publikum aufzusuchen pflegte. Man muß wissen: Wer damals in Berlin kirchlich für voll gelten wollte, der ging in den Dom oder in die Matthäuskirche; wer besonders fromm war, in die Böhmishe. Für Falks Ruf in kirchlichen Kreisen wäre es vielleicht besser gewesen, er hätte das auch getan. Daß man ihn dort nie sah, schadete ihm. Er tat es nicht, obgleich seine Gemeindefirche in der Tat große Mängel hatte, denn die Gottesdienste waren schlecht besucht und auf der Kanzel stand der alte Prediger Vater, dessen Kraft ziemlich verbraucht war. In Falks Tagebuch steht mancher Seufzer über seine Predigten, zumal der Mann die Vorliebe hatte, sich an ganz besonders schwierige Themata zu wagen. Der zweite Prediger, Stechow, war zwar auch kein bedeutender Redner, aber eine milde, liebe Persönlichkeit. Eigentlich theologisch oder dogmatisch ist Falk nicht interessiert gewesen. In seinen Briefen ist viel Ausdruck kraftvollen Gottvertrauens, aber nichts von dogmatischer Reflexion und noch weniger von Salbung. Was ihn an einem Manne wie Rögél so abstieß, war nicht der dogmatische Standpunkt, sondern die Verquickung der Religion mit konservativer Politik, mit Unduldsamkeit und Herrschsucht. Er hatte zu oft Gelegenheit, zu beobachten, wie Rögél bei offiziellen Anlässen die Predigt zur Beeinflussung seines vornehmsten Zuhörers zu benutzen wußte. Auch störte ihn bei diesem der Prunk der Rede, der seiner Natur nicht lag.

Zehntes Kapitel

Vollendung der Verfassung der evangelischen Kirche Preußens

Die Kirchengemeinde- und Synodalordnung war in keine günstige Zeit gefallen. Die Unkirchlichkeit, besonders auch in den gebildeten Kreisen, war so angewachsen, daß zum Beispiel F o e r s t e r die ernstesten Zweifel hegte, ob sich überhaupt die nötige Anzahl brauchbarer und williger Männer finden würde, um überall Gemeindeförperschaften zu bilden.

Leider haben wir bis heute noch keine Geschichte der deutschen Unkirchlichkeit. Es darf aber wohl behauptet werden, daß selten eine Generation von Männern dem Gottesdienst und der Kirchengemeinde so entfremdet war wie jene, die damals den Vordergrund des Staates und des Marktes beherrschte, das liberale und nationalliberale Bürgertum. Vor allem hatten dahin die enormen Wandlungen des politischen und wirtschaftlichen Lebens gewirkt. Das deutsche Volk war so spät in den Kampf um wirtschaftliche und politische Großmacht eingetreten, der Vorsprung anderer großer Völker in der Welt war so ungeheuer, daß die Sammlung aller Kräfte notwendig wurde, um auch dem Deutschen den Platz an der Sonne zu gewinnen, der jenen fast von selbst zugefallen war. Es war, als ob der deutsche Mensch in dieser geschichtlichen Lage keine Zeit zum Feiern mehr hätte und sich Mußestunden des Gemütes nicht mehr gönnen dürfte. Die Entfremdung von der kirchlichen Feier war gewissermaßen ein Opfer, das der Aufstieg der Nation forderte. Brachten es viele unbewußt und ohne daß es sie etwas kostete, tauchten viele andere vorbehaltlos und wohlgefällig in dem Strom des politischen und Wirtschaftslebens unter, der sie fortriß, so hat es doch auch an feineren und tieferen Geistern nie gefehlt, die beklagten, daß damit ein Raub an den innersten seelischen Kräften des Volkes getrieben würde. Ganz gewiß wirkte in derselben Richtung die Wandlung des geistigen Lebens, die Entartung der idealistischen Philosophie und Lebensansicht ins Phantastische, Mythologische, Ästhetische, und damit ihre Entfremdung vom bürgerlichen Leben, der gewaltige Aufschwung der Natur-

wissenschaften und der technischen Künste, die völlige Abdankung der Philosophie von ihrer Führerstellung nach dem Bankrott der Hegelschen Schule.

Allein, eine Ursache darf doch auch nicht vergessen werden, so wenig es gerecht wäre, sie allein in den Vordergrund zu stellen. Das war die Entwicklung der evangelischen Kirche und Theologie, vor allen Dingen in Norddeutschland. Verführt von der neuerwachten Romantik hatten Kirche und Theologie sich unterfangen, die Frömmigkeit gewaltsam in die Ausdrucksformen einer gewesenen Zeit zu pressen, und was das ärgste war, mit Hilfe des Staates alle anderen Richtungen zu unterdrücken. Der Rationalismus war nicht eines natürlichen Todes gestorben, zu dem er freilich reif war, sondern erschlagen worden. Die nicht durch Schuld der Kirche entstandene Kluft zwischen der herrschenden Bildung und der kirchlichen Lehre und Praxis war durch die Schuld der Kirche in einer Weise vertieft worden, daß unser Volk mehr und mehr in eine weit größere Partei der ganz Unkirchlichen und eine andere zu zerfallen drohte, für die Kirchlichkeit eins und daselbe war mit starrster Orthodogie und pietistischem Kulturmißtrauen. Und dabei klammerte sich diese Orthodogie nicht etwa an die Kerngedanken der lutherischen Reformation, sondern an das altkirchliche Dogma, so sehr, daß das Bekenntnis zur Trinität und zu den Heilstatsachen der Christologie zum allein entscheidenden Merkmal evangelischer Frömmigkeit wurden. Wie wenig es diesem Konfessionalismus um eine Erneuerung Luthers zu tun war, zeigt schlagend die innere Stellung eines der vornehmsten Führer der preußischen Lutheraner, des langjährigen Vorsitzenden der sogenannten Augustkonferenz, Pastor F r i e d r i c h E u e n. Nicht etwa eine gegnerische Stimme, sondern die „Evangelische Kirchenzeitung“ schreibt nach seinem Tode Folgendes zu seiner Charakteristik: „Einer der hervorragendsten Führer der Lutheraner, der von sich sagen konnte, er habe keinen Tag seines Lebens gehabt, an dem er orthodoxer Lutheraner gewesen sei, ja daß er eine ausgeprägte Idiosynkrasie gegen Luthers Persönlichkeit hätte. . . . Daß Luther die Einheit der Kirche zerstört, in den Streitschriften von 1520 die revolutionäre Brandfackel geschwungen habe, das konnte er ihm nie verzeihen. . . . Euen war Episkopalist nach der Art Cyprians. . . . Seine Rechtfertigungslehre war nicht die Luthers, sondern Augustins. In der römischen Kirche sah er eine zwar mit Mängeln behaftete, aber auch mit Gaben gezielte Genossin der evangelischen Kirche.“ Derart

waren diese Lutheraner, die alle, die nicht ihrer Partei waren, aus den Ämtern und aus der Teilnahme an der Kirche ausschließen wollten! Kein Wunder, daß der Liberalismus, der damals noch so gut wie die ganze bürgerliche Schicht erfüllte, sich davon abgestoßen fühlte, zumal jene Lutheraner in ihrem Organ, der Hengstenbergschen „Kirchenzeitung“, alles taten, nicht nur die Schwächen und Mängel des Liberalismus, sondern auch seine höchst verehrten Helden und Ideale herabzusetzen und zu beschimpfen. Solange diese exklusive moderne Orthodogie — denn mit der echten, kernigen, antipietistischen Orthodogie hat sie ja kaum mehr als den Namen gemein, — die Macht in der Kirche besaß, blieb dem liberalen Bürgertum gar nichts anderes übrig, als sich vom Kultus der Kirche zurückzuziehen.

Das Bedenklichste aber war, daß bei der in Deutschland übernommenen Rechtsordnung die Entfremdung vom kirchlichen Kultus zu einer Entfremdung vom Kultus überhaupt, zu einer Entwöhnung von der Lebensäußerung des religiösen Feierns selbst führen mußte. Während zum Beispiel in England jede Erschütterung der „Church“ und jede Auflehnung gegen von ihr gepflegte und festgehaltene Formen, Lehren, Sitten sofort zur Schaffung eines neuen Kultus geführt hat, um den sich dann fast von selbst neue kirchliche Körper bildeten, hatte die Abneigung gegen die Kirche in Preußen keine andere Ausmündung als die literarische Kritik. Gelang es nicht, dieser Schicht, soweit sie sich dem religiösen Leben noch nicht völlig entfremdet hatte, in der Kirche wieder Raum zu schaffen, so war damit das Schicksal der evangelischen Kirche in Norddeutschland besiegelt. Sie wurde dann zur Kirche einer relativ engen Gruppe, die, je mehr und mehr die Industrialisierung und Politisierung fortschritt und auf das Land vordrang, abbröckelte, während die große Masse der Gebildeten und die städtische Bevölkerung ein Leben „außerhalb des Schattens der Kirche“ suchte.

Es war die Frage, ob es noch gelingen konnte, dieser Entwicklung zu steuern und wenigstens einen Teil der Bildungsschicht zurückzugewinnen. Das Ergebnis der Kirchengemeindeordnung war nun dieses, daß es im großen und ganzen überall gelang, die Männer zu finden, die willens waren, in die neuerrichteten Gemeindeförperschaften einzutreten und am Wiederaufbau einer Volkskirche mitzuarbeiten. Nur in einigen großen Städten zeigten sich Schwierigkeiten. Der Gegensatz gegen die orthodoxe Pastorenkirche war hier so stark geworden, daß es statt zum Zusammenwirken zum Kampf

nach Art häßlicher und kleinlicher politischer Kämpfe kam. Ganz besonders war dies der Fall in einigen Randgemeinden Berlins, zum Beispiel in der Zionsgemeinde. Hier wirkte seit etwa zwanzig Jahren der Pastor K r a f t in eifriger und nicht erfolgloser Arbeit, aus dem Proletariat einen kirchlichen Kern zu sammeln. Er hatte sich viele Gegner erworben. Das trat bei der Wahl des neuen Gemeindefkirchenrates im Januar 1874 hervor. Die zum Trotz der heftigen Agitation des Pastors gegen sie Neugewählten, alle dem fortschrittlichen Kleinbürgertum angehörig, bereiteten dem bei ihnen unbeliebten Pastor und der kirchlich entschiedenen, aber auch engherzigen Minderheit Schwierigkeiten. Der Streit verschärfte sich durch persönliche Schroffheiten und Eigenmächtigkeiten des Pastors, noch mehr aber dadurch, daß der Konsistorialpräsident S e g e l sich einmischte und als Privatperson wider die liberalen Gemeindefkörperschaften Partei ergriff, dem Pastor aber den Rücken steifte. Der Oberkirchenrat stützte zwar ebenso wie das Konsistorium den Pastor, aber er gab in einer Reihe von Beschwerden dem neuen Gemeindefkirchenrat Recht. Endlich hatte sich der Konflikt dahin zugespitzt, daß die liberale Mehrheit der Ältesten und Gemeindevertreter ihr Amt niederlegte und sich zugleich band, wenn sie wiedergewählt würden, nicht länger mit Pastor Kraft zusammenzuarbeiten. Sie wurden aber wiedergewählt und stellten nun den Antrag auf ein Disziplinarverfahren gegen den Pastor mit dem Ziele, die Gemeinde von ihm zu befreien. Daraus entstand ein weiterer Konflikt zwischen dem Konsistorium, das die Qualifikationsbestimmungen der Gemeindeordnung gern benutzt hätte, um ihre Wahl zu fassieren, daran aber durch die Instruktion des Oberkirchenrates gehindert wurde, und diesem. Er lehnte zwar ein Disziplinarverfahren gegen den Pastor gleichfalls ab, verhehlte aber dem Gemeindefkirchenrat nicht, daß er jenem seine Mißbilligung ausgesprochen hätte, und tadelte in einer Verfügung an Segel dessen Stellungnahme. Die ganze kirchliche Richtung im Lande nahm eifrig Partei für den Pastor und erkannte in den Ausführungen der Instruktion über die sogenannten Qualifikationsbestimmungen ein Übel, das die Auslieferung des Heiligtums an die unkirchlichen Massen zur Folge hätte.

Dieser Gegensatz gegen den Oberkirchenrat wurde durch einen Schritt H e r r m a n n s verschärft, den man, glaube ich, nicht anders denn als eine große Ungeschicklichkeit bezeichnen kann. Der Oberkirchenrat erließ nämlich, nachdem das Zivilhegegesetz ergangen war,

eine neue Trauungsordnung (21. September 1874). In derselben erregten zwei Punkte Anstoß. Erstens das Verbot der altherkömmlichen liturgischen Trauungsformel des Zusammensprechens der Eheleute in den heiligen christlichen Ehestand. Die neu vorgeschriebene Trauungsformel nahm die Ehe als durch den Zivilakt geschlossen an und ließ der Trauung nur eine Segnung des bereits bestehenden Bundes übrig. Zweitens waren damit Bestimmungen über die Wiedertrauung Geschiedener verbunden, die dem Pfarrer das Recht zu nehmen schienen, die Trauung auch in dem Falle abzulehnen, wenn die Eheschließenden aus anderen als schriftgemäßen Gründen die erste Ehe gelöst hatten. Falk war an der Trauungsordnung nicht beteiligt. Es war eine rein kirchliche Angelegenheit. Er billigte die in der Trauungsordnung vorgeschriebene Trauformel. Allein die Motivierung unter Berufung auf das ergangene Zivilehegesetz entsprach nicht den Ansichten, die er selbst gegen den Kaiser und im Landtag vertreten hatte. Als nun im Jahre 1874 in der Hannoverschen Landeskirche, die, wie bekannt, bereits eine vollständige Kirchenverfassung besaß, Landeskonsistorium und Synode eine neue Trauordnung vereinbart hatten, worin die Form des Zusammensprechens beibehalten war, wurde Herrmann von ernstester Sorge erfüllt. „Ich brauche nicht auszuführen“, schrieb er am 16. Oktober 1874 an den Minister, „weshalb die Beibehaltung des Zusammensprechens der Eheleute in dem Hannoverschen Entwurfe mich mit schwerer Sorge erfüllt. Die Stellung des Oberkirchenrates in den älteren Provinzen wird dadurch hart bedrängt. Ich gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß die bedenkliche Formel in das Kirchengesetz selbst nicht aufgenommen wird.“ Und am 17. November 1874: „Sobald ein Entschluß über das Zusammensprechen in der Hannoverschen Trauungsordnung gefaßt worden ist, hoffe ich durch Ihre Güte sofort benachrichtigt zu werden. Ich getröste mich der Weglassung, da ich meine Last an Sorgen und Arbeiten nicht gern durch Gedanken an eine neue Verwicklung, und zwar die peinlichste von allen, steigern möchte, peinlich vor allem auch deshalb, weil sie mir durch befreundete Hand bereitet werden würde. Ich bitte dringend darum, sie von mir abzuwenden.“ Falk schrieb an den Rand dieses Ergusses: „Als ob ich das könnte! Beschluß der Synoden ohne Differenz!“

Noch ein drittes Schreiben Herrmanns folgte, nun ganz förmlich gefaßt. 11. Dezember 1874:

„Vor einigen Wochen nahm ich mir die Freiheit, Ew. Excellenz

die dringende Bitte vorzutragen, die in dem Erlasse des Evangelischen Oberkirchenrates nicht zugelassene Formel der Zusammensprechung unter keiner Bedingung in das Hannoversche Kirchengesetz aufnehmen zu lassen. Ich erinnere mich, eine solche Aufnahme, die ich nach allem Vorangegangenen für unmöglich hielt und noch halte, damals als den schwersten Schlag, der dem Evangelischen Oberkirchenrat zugefügt werden könne, bezeichnet zu haben, um so schwerer, als er ihn von befreundeter Hand treffen würde. Jetzt, nachdem wir noch neuerdings durch unsere Ansprache die gefährliche, aber von der Richtigkeit der Sache gebotene Position, in die uns die Verwerfung der Zusammensprechung versetzt hatte, mit aller Kraft festzuhalten versucht haben, stehe ich nicht an, die Sanktionierung der Zusammensprechung für Hannover als eine dem Evangelischen Oberkirchenrat von dem preußischen Kirchenregiment selbst, soweit es in der Hand Ew. Erzellenz liegt, bereitete Niederlage zu bezeichnen. Sollte sie unternommen und durch das Dazwischentreten Sr. Majestät nicht abgewendet werden, so erachte ich die Stellung des Evangelischen Oberkirchenrates als dergestalt unhaltbar, daß für mich und die Mitglieder der so preisgegebenen Behörde kaum etwas anderes übrigbleibt, als soweit es ihnen möglich, ein der Bedingungen des kirchlichen Ansehens entkleidetes Amt niederzulegen. Männer, mit deren Bleiben und Gehen der Oberkirchenrat steht und fällt, haben mir diese Auffassung kundgetan, so daß ich nicht zögern darf, sie zur Kenntniss Ew. Erzellenz zu bringen.

„Ohne Frage sind mit mir die Mitglieder meines Kollegiums, die ich hierbei im Auge habe, weit davon entfernt, anders als im äußersten Fall die Hand von einer Aufgabe zurückzuziehen, welcher mit so viel Hingebung und Ausdauer die Kräfte unter schwierigen Verhältnissen gewidmet worden sind. Es werden daher alle Anstrengungen gemacht werden, um diesen äußersten Fall abzuwenden. Für diesen Zweck ist es, daß ich an Ew. Erzellenz mir die ergebnisste Bitte zu richten erlaube, den hinsichtlich Hannovers gefaßten Beschluß, mich, sobald er gefaßt ist, wissen zu lassen. Bis dahin will ich nicht von dem Gedanken lassen, daß, wie meinerseits keine Mühe und kein Fleiß gespart worden ist, um an meinem Teile die absolut notwendige wesentliche Gleichartigkeit der Neugestaltung des Trauwesens in den älteren und in den neuen Provinzen herbeizuführen, so auch von Ew. Erzellenz diese Gleichartigkeit als maßgebende Norm festgehalten bleibt. Aber ihre Erschütterung durch die Zulassung der Zusammen-

sprechung für Hannover und über deren kirchenpolitische Folgen für die Stellung des Kirchenregimentes in den älteren Provinzen kann man sich, angesichts des über diesen Punkt geführten Kampfes, schwerlich einer Täuschung hingeben. Auch darauf fahre ich fort zu hoffen, daß die wiederholte und dringende Darlegung meiner auf die Nichtzulassung der Zusammensprechung bezüglichen Bitten ihres nachhaltigen Eindruckes bei Ew. Erzellenz nicht verfehlt hat.“

Eine sofort von Galt veranlaßte persönliche Besprechung führte nicht zur Verständigung. Es gelang Galt nicht, Herrmann zu überzeugen, daß er den Beschluß der Hannoverschen Synode zu befechten kein Recht habe. Die starke Verstimmung Herrmanns klingt noch in seinem Neujahrsglückwunsch vom 1. Januar 1875 nach: „Ich will und werde von dem Glauben nicht lassen, der mich in mein Amt führte, daß es des Herrn Wille ist, unsere Gemeinschaft, sowohl uns persönlich, als der Sache, der wir dienen, zum Segen gereichen zu lassen.“ Galt aber konnte nicht anders handeln, als die Hannoversche Trauungsordnung dem Monarchen zur Genehmigung empfehlen, und er hat seine Haltung später, im Abgeordnetenhaus darum angegriffen, einleuchtend gerechtfertigt (17. Februar 1877).

Noch bedenklicher für die Entwicklung der Kirchenverfassung war aber ein anderes Moment. Die Wahlen der Kreissynoden zu den Provinzialsynoden hatten bei dem ungeheuren Übergewicht des platten Landes über die Städte den antiliberalen Richtungen in den meisten Synoden die Mehrheit, in allen einen starken Einfluß gebracht, und bei den Wahlen der Generalsynodalmitglieder in den Provinzialsynoden war dies noch viel stärker hervorgetreten. Die Parole „Gegen den Protestantenverein“ diente dazu, alle Männer auszuschließen, die irgendwie, zum Beispiel durch ihre politische Haltung, des Liberalismus verdächtig waren. Es war klar, daß der Oberkirchenrat jetzt in der außerordentlichen Generalsynode hart angefochten werden würde. Dieses Resultat hatte aber zugleich die Abneigung gegen den Ausbau der Kirchenverfassung mit staatlicher Hilfe innerhalb des politischen Liberalismus gesteigert.

Dazu regten sich in der rheinischen Kirche Bestrebungen gegen eine Zusammenfassung dieser mit den Provinzialkirchen der östlichen Provinzen. Am 16. Februar 1874 war in einer freien Synodal-Konferenz der Elberfelder Kreissynode verlangt worden, die Bescheidung der Generalsynode von der rheinischen Provinzialsynode an die Bedingung zu knüpfen, daß vorher anerkannt werde, „die Ein-

gliederung der westlichen Provinzialkirchen in die beabsichtigte Gesamtorganisation der evangelischen Landeskirche könne nur nach freier Vereinbarung mit der Vertretung jener Provinzialkirchen erfolgen“. Dagegen hatten andere, darunter eine Reihe angesehenen Bonner Professoren, die Juristen *Blum* und *Wach* und der Theologe *von der Goltz*, eine öffentliche Erklärung erlassen, — „das hieße das ganze Verfassungswerk in Frage stellen; es genüge, wenn den rheinisch-westfälischen Provinzialsynoden eine Mitwirkung bei der Gesetzgebung dergestalt gewährt würde, daß alle Änderungen der der Provinz eigentümlichen rechtlichen Bestimmungen ihrer Kirchenordnung ihrer Zustimmung bedürften“. Beide Erklärungen wurden kombiniert in einer dritten, der sogenannten Hammer Erklärung vom 21. April 1874, die erstens den Vorbehalt der Bonner Erklärung stärker wiederholte, zweitens Wegfall der königlich ernannten Mitglieder der Generalsynode für die Zukunft forderte und drittens verlangte, daß die Kompetenzen der Generalsynode, wie der Zentralkirchenbehörde auf die durch die festzuhaltende Einheit der evangelischen Landeskirche notwendige Befugnis beschränkt würde.

Von ganz anderen Beweggründen aus wurde also hier daselbe verlangt, was im Osten die lutherischen Vereine erstrebten, möglichste Stärkung der Rechte der Provinzialkirchen, in denen sie den Rückhalt des lutherischen Bekenntnisses sahen, Schwägerung der Macht der Generalsynode und der Zentralkirchenbehörde.

Wieder von einer anderen Seite her beschäftigten sich politische liberale Zeitungen mit der kommenden Generalsynodalordnung. Die „Magdeburger Zeitung“ forderte mit großer Entschiedenheit, daß die neue Ordnung auch eine Revision des Zahlenverhältnisses von Weltlichen und Geistlichen auf der Stufe der Kreis- und Provinzialsynoden bringen müsse, und wünschte, daß die künftigen Generalsynoden überhaupt nicht aus einem dreifachen Filtrierungsprozeß, sondern aus Urwahlen hervorgehen möchten. Dagegen hatte sich *Beyschlag* in der „Post“ vom 18. Juni 1875 ausgesprochen. In seinem Artikel hieß es:

„Die Besorgnis, welche diese Ansichten und Ratschläge eingibt, ist die, daß ohne diese die kirchliche Repräsentation von jener Theologenschaft beherrscht werden möchte, welche im Dogma und dem Bekenntnis zum Buchstaben des Dogmas das Wesen des evangelischen Glaubens sieht, und daß diese Theologenschaft auf einer der nächsten Generalsynoden die Bekenntnisfrage vornehmen

und irgendein neues Symbolum verfertigen möchte, welches die gebildete Welt aus der Kirche her austreibt. . . .

„Das Zahlenverhältnis der Geistlichen und sogenannten Laien auf den Synoden, das man beanstandet, ist ja kein Dogma, und kein verständiger Geistlicher wird davor erschrecken, auch einmal einer Mehrzahl von Laien diskutierend gegenüberzustehen; im Kirchenvorstand tut er's ja immer. Gleichwohl ist es ein vernünftiger Grundsatz der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung, der bewährtesten unseres Jahrhunderts, daß — während in der Gemeindevertretung die Laien die große Überzahl haben — auf den höheren Stufen der kirchlichen Repräsentation, je mehr Fragen zu lösen sind, welche umfassendere Sachkenntnis und kirchliche Überschau erfordern, der theologisch gebildete und amtserfahrene Lehrstand den Laien gegenüber an Stimmrechten zunimmt und zuletzt überwiegt. Unsere neue Kirchenordnung geht über die rheinisch-westfälische zugunsten der Laien bereits hinaus, indem sie ihnen die Hälfte der Stimmen auch auf der Provinzialsynode sichert, und wir finden das ganz unbedenklich. Noch mehr an ihr zu loben ist, daß sie die Gleichzahl gar nicht ängstlich fixiert, sondern sogar ein kleines Übergewicht der Laien, wie es auch tatsächlich auf den Provinzialsynoden hervorgetreten ist, gestattet hat: die ungefähre Gleichzahl hat nur den guten Sinn, daß keiner der beiden kirchlichen Stände daran denken soll, den andern zu majorisieren, sondern angehalten sein soll, sich möglichst mit ihm zu verständigen. Und nun will man diese billigste und verständigste Auskunft, ohne daß sie irgendwelche Übelstände gezeigt hätte — denn auf welcher Synode wären die Laien als solche von den Geistlichen als solchen überstimmt worden? —, beseitigen zu ungunsten des Standes, auf dessen Treue, Hingebung und Freudigkeit das Gedeihen des kirchlichen Lebens doch nach wie vor in erster Linie beruhen wird! Fühlt man denn nicht, daß das durch unbillige Zurücksetzung die Geistlichen in die Abneigung gegen die neuen Ordnungen hineintreiben, die Lebenskraft dieser Ordnungen an der Wurzel versehren heißt? Ist es recht, aus der augenblicklichen Verstimmung, die vielfach zwischen dem geistlichen Stand und der gebildeten Gemeinde herrscht, das Motiv dauernder Institutionen zu entnehmen; ist diese Verstimmung nicht die naturgemäße Folge der seitherigen isolierten Stellung des Geistlichen inmitten der rechtlosen Gemeinde, und wenn diese seitherige Verfassungslosigkeit unserer Kirche hier überspannte Standesgefühle, dort Entfremdung vom kirchlichen Leben großgezogen hat, sollen wir die neuen Verhältnisse nicht damit antreten, daß wir gegenseitig, Geistliche und Laien, füreinander Nachsicht und Verzeihung

haben? Wenn erst ein jüngeres Theologengeschlecht in den neuen Ordnungen aufgewachsen sein wird, wenn die Gemeinden erst Geistliche ihrer freien Wahl an ihrer Spitze haben werden, wird man es nicht mehr begreifen, daß man das neue Verfassungsleben damit inaugurierten wollte, die natürlichen Vertreter und Vertrauensmänner der Gemeinden in den über den Lokalbereich hinausgreifenden Fragen künstlich zu minorisieren. Für jetzt aber dürfte diese Vermehrung des Laienelements auf den Synoden ein sehr zweischneidiges Schwert sein. Ist man so gewiß, daß sie gerade der liberalen Richtung zugute kommen wird? Auf der außerordentlichen sächsischen Provinzialsynode von 1869 stimmte wider die Vorschlagsliste und für die freie Gemeindevahl die Majorität der Geistlichen (32:30); daß letztere dennoch mit sechs Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde, kam daher, daß unter den Laienmitgliedern vierundzwanzig adlige Patrone saßen und von diesen neunzehn dagegen stimmten. Bei dem Übergewicht der ländlichen Gemeinden in den östlichen Provinzen und der bedeutenden sozialen Stellung des aristokratischen, meist hochkirchlichen Elements auf dem Lande dürfte die Zweidrittelmajorität der Laien noch manchmal ähnliche Resultate ergeben.

„Noch viel bedenklicher aber, und geradezu verwerflich ist der andere geäußerte Gedanke, die künftigen Generalsynoden nicht aus den Provinzialsynoden, sondern aus Urwahlen hervorgehen zu lassen. Wenn man das System unserer neuen Kirchenordnung, nach welchem jede höhere Stufe der kirchlichen Repräsentation aus den Wahlen der elementareren hervorgeht, ein ‚Filtriersystem‘ nennt, nun wohlan: durch ein Filtriersystem gewinnt man aus dem Trüben Klares und Reines; ist etlichen das Trübe vielleicht darum lieber, weil ‚im Trüben gut fischen ist?‘ Jenes Filtriersystem ruht auf dem echt kirchlichen und wahrhaft sittlichen Gedanken, daß auf den höheren Stufen der kirchlichen Organisation nicht mitraten soll, wer auf den niederen nicht mitgetatet und sich durch anspruchlosen Dienst der Kirche bewährt hat; auf dem Wunsche, eine immer sachkundigere und auserlesenere Wählerchaft und so zuletzt für die Landessynode die Elite der kirchlichen Kräfte zu gewinnen, und für die etwaigen faktischen Unvollkommenheiten, die dies Verfahren haben kann, bietet gerade die neue Kirchenordnung treffliche Ausgleichungsmittel. Das System der Urwahlen, auf eine Generalsynode angewendet, bedeutet dagegen, daß die in den großen kirchlichen Fragen am wenigsten orientierten Elemente, die durch dunkle Instinkte am ehesten in Bewegung zu setzenden, der Agitation am meisten zugänglichen Volksversammlungen den Senat der Kirche hervorbringen sollen, ein System, das wir sittlich

verwerflich nennen, weil durch dasselbe den Kreis- und Provinzial-synoden die reifere Einsicht in die Bedürfnisse der Kirche, auf der doch das Recht ihrer Existenz beruht, mutwillig abgesprochen wird, um der kirchlichen Demagogie die Wege zu ebnen. Umsonst beruft man sich für dieses Urwahlensystem auf die Analogie der politischen Vertretung: Staat und Kirche sind ganz verschiedenartige Organismen; was sich für den einen schickt, kann für den anderen ganz ungeschickt sein. Es fehlt uns hier der Raum, das aus der Natur der Kirche wie des Staates näher zu begründen, nachzuweisen, wie jenes presbyterial-synodale ‚Filtriersystem‘ das wesentlich kirchliche und jene Urwahlenidee die prinzipielle Verfälschung der evangelisch-kirchlichen Verfassungs-idee ist; wir wollen statt dessen denen, die für die Urwahlensynode praktische Propaganda machen möchten, etwas Bündigeres und Praktischeres sagen. Wir halten es zwar für ganz undenkbar, daß unsere evangelische Oberkirchenbehörde sich auf solch eine Urwahlen-General-synode einlasse; aber wenn sie's täte, diejenige Denkart, welche auf der bevorstehenden Landessynode die ziemlich gesicherte Majorität hat, die sogenannte Mittelpartei, wird sich, soweit wir sie kennen, zu einer solchen Verfälschung des evangelisch-kirchlichen Organisationsprinzips unter keinen Umständen hergeben. Wir haben nicht dazu lebenslang für die presbyterial-synodalen Ideen in Wissenschaft und Leben gestritten, um schließlich um einer PreSSION willen, sie komme woher sie wolle, unsere Grundsätze zu opfern. Lieber eine nicht legalisierte, unfertige, trümmerhafte Verfassung, als eine für unabsehbare Zeiten verpfuschte.

„Der Korrespondent der „Magdeburger Zeitung“ schreckt sich und andere mit eingebildeten Befürchtungen. General-synoden im Stil unserer jetzigen, unveränderten Kirchenordnung, meint er, würden demnächst ‚die Bekenntnisfrage zum Gegenstand ihrer Beschlüsse machen und irgendein neues Symbolum verfertigen, welches die gebildeten Klassen aus der Kirche her austreibt‘. Wenn sich die gebildeten Klassen nur durch nichts anderes aus der Kirche her austreiben lassen, als durch ein neu zu fertigendes Symbolum, so hoffe ich doch, daß wir sie darin behalten werden. Meint aber der Verfasser mit dem neuen Symbolum eine Neuordnung der Lehrverpflichtung der Geistlichen, so weiß ich zwar nicht, ob er gar keine solche will, sondern darauf besteht, daß die Geistlichen der Gemeinde jeden Unglauben oder Aberglauben sollen predigen dürfen, der ihnen einfällt; nur soviel weiß ich, daß, wenn die künftigen Synoden hiergegen ein neues ‚Symbolum‘ machen würden, es milder, weitherziger ausfallen würde als die jetzt in Geltung befindlichen alten Symbole, und auch so würde man auf dasselbe nur

die Geistlichen, nicht die Laien verpflichten, also letztere nicht damit ‚aus der Kirche treiben‘. Der Korrespondent mag es uns glauben, uns Theologen liegt auch etwas daran, daß die ‚Bekenntnisfrage‘ in keinem unevangelisch = knechtenden Sinne gelöst werde; denn wir und nicht die Laien hätten die Knechtschaft zu tragen. Statt solcher Gespenstergeschichten von neuen Symbolen, mit denen man Kinder schreckt, wollen wir dem gedachten Korrespondenten ein anderes Zukunftsbild vorhalten, das auch Männer erschrecken mag. Wenn durch Pressionen, denen keine sich selbst achtende Generalsynode nachgeben könnte, wenn durch liberal-kirchliche Einflüsse, von denen die Mehrheit des Landtags sich mißleiten ließe, der Abschluß des evangelischen Verfassungswerkes vereitelt, die evangelische Kirche vom sichern Ufer wieder in die empörten Wellen zurückgeschleudert würde — was dann? Wir würden auch dann versuchen, die alsdann in diesem Jahrhundert zum drittenmal durch die Verheißung einer verselbständigenden Organisation erregte und zum drittenmal um die Erfüllung betrogene Gemeinschaft zusammenzuhalten, aber ob uns das noch gelänge? Nachdem die religiösen, theologischen, kirchlichen Gegensätze, zu deren gesunder Schlichtung uns die freiheitlichen Ordnungen versagt waren, schon genugsam am Bestand der Landeskirche gerüttelt, sind die Stöße unserer neuesten politischen Epoche zu stark geworden. Alle die Schläge, welche — wider die römische Kirche geführt — die evangelische mitgetroffen haben, ohne daß man sich politischerseits viel Sorge und Strupel darum gemacht hätte, haben in den evangelisch-kirchlichen Kreisen eine unsägliche Verwirrung, und mehr als Verwirrung, — sie haben vieler Orten eine Verzweiflung am Bestand der Landeskirche erzeugt, die nur durch schnelle Gewährung wirklicher Freiheit, voller Möglichkeit, statt des zusammenbrechenden alten Hauses sich ein neues zu bauen, noch beschworen werden kann. Was manchen politischen Männern beim etwaigen Scheitern des jetzigen Verfassungswerkes als Auskunfts-mittel vielleicht vorschweben mag, eine weitgehende Autonomie der Einzelgemeinden unter einem liberalen Staatskirchenregiment, wäre unter jetzigen Umständen mutmaßlich der Anfang vom Ende, nämlich der Anfang der Auflösung der Landeskirche in Sekten und Freikirchen aller Art, also des Untergangs der evangelischen Kirche als Volkskirche. Aber der Untergang der evangelischen Volkskirche in Preußen in dem Augenblick, wo der Staat mit der römischen Kirche auf Leben und Tod kämpft: welcher Minister, welcher Landtag wolle die Verantwortung tragen, daran mitschuldig zu werden?“

Allein diese Ausführungen, die, wie man heute wohl allgemein zugeben wird, die Rücksichtslosigkeit der den Pastorenstand beherrschenden kirchlichen Orthodorie unterschätzten, so viel Richtiges und Besonnenes sie sonst auch enthielten, vermochten den Minister nicht über die harte, immer deutlicher werdende Tatsache hinwegzubringen, daß ohne eine Verstärkung des Laieneinflusses in der Kirchenverfassung ihre staatsgesetzliche Genehmigung im Landtag nicht zu erreichen sein würde. Am 15. Juni 1875 überreichte der einflußreiche national-liberale Abgeordnete *Techow* Galk eine Reihe von Sätzen, auf die sich Angehörige der drei Fraktionen geeinigt hatten, welche die Mehrheit bildeten und Galks Kirchenpolitik bisher unterstützt hatten. Es hieß darin erstens, betreffend Zusammensetzung der Generalsynode, man sei einverstanden damit, daß die sechs theologischen Fakultäten je ein Mitglied entsenden, daß die Generalsuperintendenten durch ihr Amt Mitglieder sein und dreißig Mitglieder durch den Landesherrn ernannt werden sollten. Man wolle aber, daß die gewählten Vertreter nicht aus Wahlen der Provinzialsynoden, sondern aus Gemeindewahlen hervorgingen und zwar ungefähr nach dem Verhältnis von einem Abgeordneten zu hunderttausend evangelischen Einwohnern, im ganzen also etwa 120 bis 130. Diese Vertreter sollten von Wahlmännern gewählt werden, die selbst von den Gemeinden gewählt würden, also nach Art der Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Jede Gemeinde bis zur Größe von fünfhundert Evangelischen sollte einen Wahlmann, bis zu Tausend zwei und weiter für jedes Tausend einen weiteren wählen. Zweitens, betreffend den Wirkungskreis der Generalsynode, sollte die gesetzgebende Gewalt in der Kirche durch das Landesherrliche Kirchenregiment und die Generalsynode gemeinschaftlich geübt werden, beide sollten das Recht der Initiative zu Gesetzesvorschlägen haben, das Bekenntnis sei von den Gegenständen der kirchlichen Gesetzgebung auszunehmen, Gesetze für einzelne Provinzen könnten nur unter Zustimmung der Provinzialsynoden erlassen werden, alle Kirchengesetze bedürften der Anerkennung des Staates, daß sie Staatsgesetzen nicht widersprächen. Die Generalsynode sollte die Aufsicht führen über die Regelung der Kirchenordnung und Lehre, des Kultus und der Verfassung und das Recht zu Anträgen und Beschwerden bei dem Kirchenregiment haben; dagegen sollte die Disziplin über die Kirchendiener allein beim Kirchenregiment verbleiben. Es sei ein Ausschuß der Generalsynode zu bilden, der an allen Disziplinarverhandlungen teilnähme, bei denen es sich

um Nichtzulassung zum Amte oder Entfernung aus dem Amte handle, und der bei der Besetzung der höheren kirchenregimentlichen Stellen mitwirke. *Lechow* bat den Minister dringend, diese Sache schon bei der Vorlage einer Generalsynodalordnung vor der außerordentlichen Generalsynode zu berücksichtigen.

Schon bei seiner rheinischen Reise hatte *Galt* über alle diese Dinge eingehend mit dem Professor Dr. von der Goltz in Godesberg auf einem langen Spaziergang am 4. Juli gesprochen und ihm nicht verhehlt, daß er eine Verstärkung des Laienelementes auf den mittleren Synodaltufen als unerläßlich ansähe, um die Zustimmung des Landtages zu erlangen. Von der Goltz machte diese Frage zum Gegenstand eines Briefes, den er am selben Tage an *Galt* richtete. Er war gegen eine solche Vermehrung, weil an den Grundlagen der Gemeindeordnung nicht sogleich wieder geändert werden dürfe, weil er sachlich den überwiegenden Einfluß der theologisch Gebildeten für richtig hielt, weil er eine prinzipielle Bedrohung der Selbständigkeit der evangelischen Kirche darin sähe, wenn dem Landtage gestattet würde, sein unzweifelhaftes Recht, kirchliche Korporationen mit der Befugnis der Selbstbesteuerung zu bekleiden, dahin auszudehnen, daß er der Kirche die für die Verwaltung ihrer innern Angelegenheiten ersprißlichste Form der Organisation vorschriebe, weil er endlich die Sorge vor einem Übergewicht des Alerus auf den Synoden nach seinen rheinischen Erfahrungen für überflüssig hielt. Wenn es aber doch sein müsse, so sei es am Landtage, die Bedingungen festzusetzen, an die er die Ausstattung mit dem Steuerrechte knüpfen wolle, und die Kirche müsse sich dann überlegen, ob sie darauf eingehen oder auf jene nur durch den Landtag erreichbare Befugnis verzichten wolle, oder ob sie etwa eine Trennung der Organe für die Vermögensverwaltung und derjenigen für die innere Kirchenleitung herbeiführen solle. Zu einer solchen Ablehnung brauche die Vermehrung der Laien auf den Synoden nicht zu führen, wohl aber sei die direkte Wahl der Generalsynode auf der Basis der bloßen Zahl abzulehnen. Von der Goltz freute sich, daß sich auch der Minister bereits dahin ausgesprochen hatte, und betonte, in der Generalsynode würde sich dafür keine Majorität schaffen lassen. Auf einen Kompromiß: Änderung der Synodalordnung in der Richtung, daß das Laienelement verstärkt würde, würde von der Goltz eingehen, wenn die Staatsregierung respektive die Kirchenregierung es verlangte und davon die Bestätigung durch den Staat abhängig machte. Nach seiner

Schätzung der Lage würde sich die Mehrheit wohl, wenn auch schweren Herzens, darein fügen.

Alle diese Urteile ließ Falk auch Herrmann zugehen. Bei Rücksendung des Schreibens von von der Goltz an den Minister sprach er seine Freude aus, daß von der Goltz die verfassungsmäßige Feststellung einer Mehrheit der Laiensynodalen auf der Generalsynode für keine Sünde ansähe und auch für Kreis- und Provinzialsynoden eine Vermehrung des Laienbestandes akzeptieren wolle.

Man sah im Kultusministerium den Beratungen über die Generalsynodalordnung, deren Entwurf im Oberkirchenrat ausgearbeitet war, mit einiger Besorgnis entgegen. F o e r s t e r schrieb am 26. Juli 1875 aus der Sommerfrische an Falk: „Sehr gespannt bin ich, wie sich die Verhandlungen über das Generalsynodalprojekt gestalten werden. Ich fürchte Herrmanns Dogmatismus und Selbstbewußtsein und sehe unliebsamen Kämpfen entgegen. Lassen Sie dann nur uns, Sydow und mich, die Puffer sein, welche die Zusammenstöße mildern.“

In der Tat entsprach der am 14. Juni dem Ministerium zugehende Entwurf den hier herrschenden Anschauungen in vielen Punkten nicht. Vor allem enthielt der Entwurf nichts über eine Vermehrung der Laienmitglieder auf den unteren Synodalebenen. Der § 2 wollte die Generalsynode zusammensetzen: Erstens aus einhundertfünfzig Mitgliedern, welche von den Provinzialsynoden gewählt würden, zweitens aus sechs Mitgliedern der theologischen Fakultäten, drittens aus sechs Rechtslehrern der juristischen Fakultäten, viertens aus allen Generalsuperintendenten, fünftens aus dreißig vom Landesherrn ernannten Mitgliedern. Er bestimmte weiter in § 4, die Gewählten müßten zu einem Drittel dem geistlichen, zu zwei Dritteln dem weltlichen Stande angehören.

Dazu machte der Minister folgende kritische Einwendung: „Bei den weittragenden Befugnissen, die dem synodalen Zentralorgan zugewiesen werden, kommt alles darauf an, für seine Zusammensetzung diejenigen Grundsätze zu finden, welche eine wahrhafte Vertretung aller berechtigten Elemente innerhalb der Landeskirche ermöglichen und zugleich einen Schutz gegen das Überwiegen einseitiger Richtungen oder Parteibestrebungen bieten. Daß das System direkter Gemeindewahlen diesen Anforderungen nicht entspricht, liegt auf offener Hand. Aber auch ein anderweites Zurückgehen auf die einzelnen Gemeinden unter der neuerdings von hervorragenden Mitgliedern des Landtags mehrfach befürworteten Modalität einer mittel-

baren Wahl zeigt sich unausführbar. Abgesehen von allen anderen Gründen würde die ungleiche Dichtigkeit der evangelischen Bevölkerung zur Bildung von Wahlkreisen nötigen, deren geographischer Umfang in einzelnen Provinzen 50 bis 100 Quadratmeilen beträgt, eine Kombination, welche vorweg als praktisch unmöglich bezeichnet werden muß.

„Bin ich hiernach einverstanden, daß an den Provinzialsynoden als den gegebenen Wahlkörpern für die Generalsynode festzuhalten ist, so werden andererseits diese jetzt, wo es sich um den Plan zu der Organisation einer definitiven Generalsynode handelt, doch nochmals darauf zu prüfen sein, ob sie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung die erforderlichen Garantien für ein entsprechendes Wahleresultat enthalten, oder ob nicht nach Lage der Verhältnisse und auf Grund der bisher bereits gewonnenen Erfahrung eine teilweise veränderte Organisation derselben unerlässlich werden dürfte. Ich nehme keinen Anstand, diese Frage im Sinne der letzteren Alternative zu bejahen.

„Man kann über den Wert oder Unwert einer überwiegenden Vertretung des weltlichen Elementes auf den Synoden verschiedener Ansicht sein. Jedenfalls steht fest, daß die synodalen Institutionen der Kirchgemeinde- und Synodalordnung gerade bei jenem Punkt von Anfang an zum Gegenstand so lebhafter Erörterungen gemacht worden sind, daß das Kirchenregiment notwendig zu ihnen Stellung nehmen muß. Meines Erachtens ist nur anzuerkennen, daß das Laienelement in der Zusammensetzung der Kreis- und Provinzialsynoden nicht die billige Berücksichtigung gefunden hat, die es verdient. Es ist außerdem meines Erachtens auf eine gleichmäßige Gliederung des Verhältnisses zwischen Geistlichen und Laien auf allen Stufen hinzuwirken. Hat aber schon der § 4 des vorliegenden Entwurfes, mit welchem ich ganz einverstanden bin, für die Generalsynoden zwei Drittel sämtlicher Deputierten dem weltlichen Stande zugewiesen, so ergibt die Konsequenz, daß, wenn keine besonders gewichtigen Gründe entgegenstehen — und diese finde ich überall nicht —, das gleiche Prinzip auch für die unteren Synodalstufen in Anwendung gebracht werde. Endlich, der Landtag ist entschlossen, an dieser Bedingung festzuhalten, und anders ist zu einer staatsgesetzlichen Anerkennung der synodalen Teile des Verfassungswerkes nicht zu gelangen.

„Welcher Weg? Es muß die Initiative der Kirchenregierung ergriffen werden, nicht aber ein Vorschlag der Generalsynode oder gar

eine Forderung des Landtages abgewartet werden. Also ist eine Revision der §§ 50, 59, 61, 62 der Kirchgemeinde- und Synodalordnung nach der Norm des § 4 in den Entwurf einzuschließen, am besten unter dem Titel „Schlußbestimmungen“. Der Eintritt von sechs Rechtslehrern könnte dann fortfallen, um so mehr als die juristischen Fakultäten kein festes Verhältnis zur Landeskirche pflegen und die Auswahl geeigneter Personen schwierig werden könnte.“

Aber noch an anderen Punkten setzte die Kritik des Ministers ein. Der § 2 des Entwurfes lautete: „Die Generalsynode wird auf Grund des gegenwärtigen landeskirchlichen Bestandes zusammengesetzt“, und § 3: „Bei Erweiterung des landeskirchlichen Bestandes durch den Zutritt anderer Provinzen wird die Vertretung derselben auf der Generalsynode vorläufig durch den König bestimmt, definitiv mit der demgemäß modifizierten Generalsynode vereinbart.“

Dazu schrieb der Minister: „Auf eine etwaige Erweiterung schon jetzt ausdrücklich hinzuweisen, ist kein Bedürfnis vorhanden und bedenklich. Der kirchliche Partikularismus ist in Hannover nicht minder wie in Hessen und Schleswig-Holstein in so ausgeprägter Form hervorgetreten, daß dem Anschluß an die evangelische Landeskirche dort zur Zeit nicht nur kein Zug entgegenkommt, sondern daß jeder auch nur andeutende Versuch dazu selbst in gemäßigten Kreisen Besorgnisse hervorrufen, Verstimmungen wecken und dazu benutzt werden würde, das Bekenntnis und die Selbständigkeit des besonderen Kirchenkörpers als gefährdet hinzustellen. Ich bedauere diese Erscheinung, aber ich darf sie nicht außer acht lassen und ich würde es unter diesen Verhältnissen für sehr bedenklich, ja geradezu gefährlich halten, in der Generalsynodalordnung dem Gedanken einer weiteren landeskirchlichen Einigung zur Zeit offiziell Ausdruck zu geben. Meines Erachtens kann dadurch die bestehende Trennung lediglich gesteigert und die kirchliche Absperrung der neuen Provinzen nur noch schroffer gestaltet werden. Es läßt sich hier nichts für die anderen Provinzen bestimmen, ohne sie zu hören. Deshalb Streichung.“

§ 6 forderte die Gegenzeichnung landeskirchlicher Gesetze durch den Präsidenten des Oberkirchenrates und den Präses der Generalsynode, während die Gegenzeichnung des Ministers fortfallen sollte.

Dazu bemerkte dieser: „Die Gegenzeichnung landeskirchlicher Gesetze durch den Präsidenten des Oberkirchenrates und den Präses der Generalsynode ist ohne Bedeutung, da es an einer Verantwortlichkeit dieser Stelle gegenüber der Synode fehlt. Daß die Gegenzeich-

nung des Ministers wegfällt, ist ganz richtig, aber die Erklärung des Ministers, daß das Gesetz verfassungsmäßig sei, wird in dem Gesetz selbst beurfundet werden müssen.“

§ 7 bestimmte: „Folgende Gegenstände werden fortan durch landeskirchliche Gesetze geregelt: E r s t e n s die Schranken der kirchlichen Lehrfreiheit, . . . f ü n f t e n s die Kirchenverfassung. Als Bestandteile derselben gelten sowohl die auf dieser Ordnung, wie die auf der Kirchgemeinde- und Synodalordnung vom 10. 9. 1873 beruhenden Institute der kirchlichen Selbstverwaltung und Vertretung, als auch das Kirchenregiment des Königs und die Ausübung desselben mittels kollegialer, mit geistlichen und weltlichen Mitgliedern besetzter Kirchenbehörden.“

Zum ersten Punkt wünschte der Minister gesetzt: „Die kirchliche Lehrfreiheit im allgemeinen“, nicht bloß hinsichtlich der Schranken, und zur zweiten Bestimmung bemerkte er, sie ginge zu weit, sie würde nicht nur das dem Landesherrn bisher unbestrittene Jus consistorii, sondern auch alle Zuständigkeit des Kirchenregimentes in Sachen der Aufsicht, Organisation und Verwaltung von einer Mitwirkung der Generalsynode abhängig machen.

§ 16 statuierte ein Beschwerderecht der Generalsynode bei dem Oberkirchenrat und über diesen hinweg beim Könige. „Dessen Entscheidung ergeht, nachdem eine Untersuchung des Sachverhaltes durch die vom Könige dazu berufenen Vertrauenspersonen stattgefunden hat.“

„Ich vermag“, schrieb der Minister dagegen, „einer Regelung nicht zuzustimmen, welche dem Träger des Kirchenregimentes die Stellung einer außerordentlichen Beschwerdeinstanz zuweist, ihn dadurch in den kirchlichen Behördeorganismus eingliedert, für seine Entscheidung ein besonderes formelles Verfahren anordnet und durch Interposition von Vertrauensmännern die unmittelbaren Beziehungen zur obersten Kirchenbehörde gefährdet.“

§ 19 wollte den Vorsitz der Generalsynode aus dem Präses, dem Vizepräses und elf Beisitzern zusammensetzen. Galt fand dies viel zu groß. Der Vorstand würde dann beim Zusammenwirken mit dem Oberkirchenrat diesen mit seinen sieben Mitgliedern überstimmen können; er schlug vor: Präses, Vizepräses und fünf Beisitzer.

Zu weitgehend fand Galt auch, daß ein Zusammenwirken des Synodalvorstandes mit dem Oberkirchenrat in § 32, 3 bei der Verleihung kirchenregimentlicher Ämter vorgeschlagen war. „Für die Be-

setzung der Superintendenturen besteht und genügt die Teilnahme des Provinzialsynodalvorstandes. Bei Besetzung des evangelischen Oberkirchenrates dürfte Beschränkung des freien Landesherrlichen Ernennungsrechtes bedenklich sein. Der Einfluß der Generalsynode durch Eintritt ihres Vorstandes bei allen wichtigeren Verwaltungsangelegenheiten ist bereits gewahrt. Noch mehr würde die ganze verfassungsmäßige Stellung des Oberkirchenrates verschieben und ihm den Charakter eines synodalen Verwaltungsausschusses verleihen.“ Falk wünschte deshalb eine Mitwirkung des Synodalvorstandes nur bei der Besetzung der Konsistorien und der Generalsuperintendenturen.

Endlich bestand eine Differenz bei den Bestimmungen über das kirchliche Steuerrecht, § 14. Der Oberkirchenrat hatte folgende Fassung gewählt: „Zu neuen Ausgaben für landeskirchliche Zwecke, soweit sie durch Umlagen aus den Kirchentassen und Kirchengemeinden oder durch Besteuerung des Vermögens wohlhabender Kirchen und Pfarrpfründen gedeckt werden sollen, ist die Bewilligung der Generalsynode erforderlich. Sie geschieht auf Grund einer Vorlage der Kirchenregierung, zu welcher die staatsseitige Genehmigung erteilt ist.“ Der Minister führte aus, hierbei seien zwei Fälle sauber zu unterscheiden: Erstens Umlagen rein steuerlichen Charakters. Eine Mitwirkung der Staatsgewalt fände hier nur soweit statt, als es sich um die Vollstreckbarkeit handle. Zweitens Beiträge wirtschaftlich bevorzugter Gemeinden, das sei keine Besteuerung, sondern Eingriff in das Privatrecht der einzelnen Gemeinden und ohne staatsgesetzliche Sanktion nicht durchführbar.

In seinem letzten Paragraphen stellte der Oberkirchenrat Grundsätze zusammen für die Neuregelung des Ressorts der Staats- und Kirchenbehörden. Das erklärte der Minister für ganz unmöglich. Das bleibe lediglich Sache der Staatsgesetzgebung, die sich durch ein Kirchengesetz nicht grundsätzlich binden lassen könnte. Sachlich waren dabei übrigens kaum Meinungsverschiedenheiten.

In den langen gemeinsamen Beratungen zwischen Kommissaren des Oberkirchenrates und des Ministers ist von Bedeutung nur der Entschluß, neben den Generalsynodalvorstand einen Generalsynodalrat von 17 Mitgliedern ohne beschließende Zuständigkeit zu stellen. Die Einfügung der Schlußbestimmungen nach den Vorschlägen des Ministers wurde vom Oberkirchenrat zugestanden. Am 27. Oktober 1875 ging der fertige Entwurf mit begleitendem Immediatbericht an den König, zugleich mit Vorschlägen für die königlichen Ernennungen.

Allein gerade dieser Vorschlag des Oberkirchenrates führte zu einem ernststen Konflikt mit dem Kaiser, bei dem sich Falk zum ersten Male genötigt sah, die Kabinettsfrage zu stellen. Der Kaiser hatte von der Liste der ihm als Vertrauensmänner zur Entsendung in die Generalsynode Vorgeschlagenen nicht weniger als neunzehn Namen gestrichen, darunter erstens alle den liberalen Fraktionen des Landtages zugerechneten Namen, sogar einen so Gemäßigten, wie den Grafen Wimpfingerode. Ferner jeden, der der Zugehörigkeit zum „Protestantenverein“ verdächtig war, und endlich sogar hohe Beamte des Ministeriums selbst, wie den Ministerialdirektor Foerster, der an den Vorberatungen der Generalsynodalordnung auf das stärkste beteiligt war. Dafür hatte er in einer Kabinettsorder vom 11. November lauter Mitglieder der konfessionellen und positiv = unierten Gruppe und drei Hofprediger gesetzt, und darunter auch drei der schärfsten Gegner der Falkschen Kirchenpolitik im Herrenhause, Graf Kanitz-Podangen, den früheren Ministerpräsidenten Freiherrn von Mantuffel und den Freiherrn von Zedlitz-Neuhirch. Einen Platz hatte er sich noch vorbehalten. Dies teilte Hermann am 12. November dem Minister zur Besprechung der ernststen Fragen mit, die sich für seine Person und sein Amt daran knüpften.

Falk ersuchte den Oberkirchenrat sofort, von einer Publication des königlichen Erlasses vorerst abzustehen, da er genötigt sei, gegen die Ernennung der eben genannten drei Einspruch zu erheben. Seine Vorstellung an den Kaiser ging zugleich abschriftlich an Bismarck mit folgendem Begleitschreiben:

„Se. Majestät haben die von dem Evangelischen Oberkirchenrat gemachten, meinerseits nicht bemängelten Vorschläge über die landesherrlich in die außerordentliche Generalsynode zu berufenen Mitglieder so eingreifend umgestaltet, daß die ohnehin nicht unbedenklichen Aussichten auf ein Gelingen des Werkes mir im äußersten Maße beeinträchtigt erscheinen. Sache des Oberkirchenrates wird es sein, sich darüber schlüssig zu machen, ob überhaupt und namentlich angesichts der bereits am 24. d. M. zusammen tretenden Synode, gegen die Allerhöchsten Anordnungen im allgemeinen remonstriert werden könne. Ich aber habe der Kürze der Frist ungeachtet Se. Majestät bitten müssen, von drei der erfolgten Berufungen Abstand zu nehmen. Denn die Tatsache, daß Se. Majestät aus höchst eigener Bewegung folgende Mitglieder des Herrenhauses, den Ministerpräsidenten a. D. Freiherrn von Mantuffel-Crossen, den Major a. D. und Landschaftsdirektor Frei-

herrn von Zedlitz-Neukirch, den Generallandschaftsdirektor Grafen Kanitz-Podangen unter seine Vertrauenspersonen aufgenommen haben, stillschweigend hinzunehmen, ist für mich schlechterdings unmöglich. Die Beilage spricht sich des Näheren über meine Gründe aus. Im Hinblick auf die Entwicklung, welche die Sache möglicherweise nehmen kann, habe ich mich für verpflichtet gehalten, Ew. Durchlaucht von dem Geschehenen alsbald ganz ergehenst in Kenntnis zu setzen. In gewohnter aufrichtiger Berührung ...“

In seiner Immediatvorstellung an den Kaiser vom 13. November führte Falk aus, er sei sich bewußt, daß ihm nicht zustehe, gegen die Allerhöchsten Ernennungen Bedenken geltend zu machen. Der Kaiser habe auf Grund ganz persönlicher Entschlüsse über die Berufungen zu entscheiden. Er begreife, daß der Kaiser ihm persönlich bekannte Männer berufe und solche, die ihm geistlichen Beistand gewährten, aber über die obengenannten drei müsse er sich in voller Offenheit aussprechen. „Alle drei gehören der orthodox konfessionellen Partei in der Kirche an. Im Herrenhause zählen sie sämtlich zu dem Kreise, dessen Führer, namentlich der Oberpräsident von Kleist-Regow, jede Gelegenheit benutzen, um meine den Verhältnissen der evangelischen Kirche, insbesondere der Entwicklung ihrer Verfassung zugewandte amtliche Tätigkeit auf das schärfste, ja mit leidenschaftlicher Heftigkeit und in einer Weise öffentlich anzugreifen, welcher sich der Charakter verleumderischer Denunziation meines Teiles kaum absprechen läßt.“

Dieselben stünden in dauernder Opposition zu der gesamten kirchenpolitischen Gesetzgebung. Während der Kaiser aus eigenster Entschluß diese Männer berufen habe, habe er die vorgeschlagenen Mitglieder des Abgeordnetenhauses gestrichen, die ausnahmslos bisher die Kirchenpolitik der Regierung unterstützt hätten. „Unter solchen Umständen wird die Berufung der drei als Entscheidung des Kaisers zwischen ihnen und dem Minister und als ein sehr bestimmter Ausdruck geminderten Vertrauens zu diesem aufgefaßt werden. Ohne den Rückhalt des Vertrauens des Königs kann kein preussischer Minister sein Amt führen. Die Durchführung der Synodalverfassung wird dadurch wesentlich erschwert, ebenso der Kampf gegen den Ultramontanismus.“ Alle Gerüchte über eine Umkehr der Regierung würden dadurch einen Inhalt gewinnen, den sie bisher nicht hatten. Dadurch würden auch die staatsstreuen katholischen Geistlichen aufs

schwerste beunruhigt und entmutigt werden. Die Nachrede der Gegner, der Kaiser denke anders als seine Minister, und werde sie bald „aus dem Palaste weisen“, würde diese Berufungen für sich verwenden. Deshalb bäte er den Kaiser, er möge von der Berufung dieser drei Abstand nehmen. Um dem Kaiser den Rückzug zu erleichtern, empfahl Falk, aus der Rheinprovinz, auf die nur ein einziger Vertrauensmann entfallen sei, den Wirklichen Geheimen Rat von Dechen in Bonn, den Vorsteher der Diakonenanstalt zu Duisburg Dr. Engelbert, den Superintendenten Nitzsch in Sigmaringen, außerdem den Feldmarschall Graf Moltke und den Industriellen Treutler zu Weissenstein in Schlesien. Zum Schlusse bemerkte er, daß bei der Wichtigkeit der Sache auch dem Fürsten Bismarck eine Abschrift der Vorstellung zugegangen sei.

Eine Intervention des Kanzlers war nicht nötig. Der Kaiser beugte sich, noch einmal, zum letztenmal. Er nahm am 14. die drei beanstandeten Ernennungen zurück und setzte an deren Stelle die vorgeschlagenen von Dechen, Engelbert, Moltke und an die noch offene Stelle Nitzsch. Kaum kann ein Zweifel sein, daß der Kaiser bei seiner Korrektur der Vorschlagsliste nicht aus eigenster Initiative handelte, sondern von Rögel beeinflusst war. Zum ersten Male trat also hier deutlich in Erscheinung, daß der Kaiser neben seinem verfassungsmäßigen Beirat in kirchlichen Fragen einer anderen, unberufenen Stelle wirksamen Einfluß auf seine Entschließungen gewährte. Auch nach der vom Minister durchgesetzten Streichung der drei schroffsten Namen machte die Veröffentlichung der vom Kaiser ernannten Vertrauensmänner im ganzen Lande den Eindruck einer deutlichen Parteinahme für die mittlerweile immer stärker gewordenen, gegen den Oberkirchenrat und gegen den Minister gerichteten Strömungen innerhalb der Kirche.

Die außerordentliche Generalsynode tagte vom 24. November bis zum 18. Dezember. Als Kommissare des Ministers fungierten Sydow, Foerster und Hübler. Falk erklärte zum Eingang der Verhandlungen, er werde sich im wesentlichen schweigend verhalten, um auch den Schein eines Druckes zu vermeiden. Nur zu der Frage, ob der König als Summepistopus nach Anhörung der Generalsynode Bestimmungen der G. u. E. O. vom 10. Dezember 1873 ändern dürfe, warf er seine Meinung in die Waagschale. Er bejahte sie, da bei der Bestimmung über die Frage, wie die zukünftige Generalsynode gebildet werden solle, die Versammlung wie der Träger des Kir-

chenregimentes noch völlig frei sei. In derselben Angelegenheit hat er dann noch einmal ausführlich das Wort ergriffen und dabei zugleich glänzend die Tendenz aufgedeckt, um derentwillen Kögel vorher den Protestantenverein und die Stellung des Kirchenregimentes zu ihm in die Debatte gezogen hatte. In der Schlußabstimmung stimmten für die Generalsynodalordnung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung 134, dagegen 62. Aber unter diesen 62 waren die drei Hofprediger Hengstenberg, Kögel, Baur, außerdem Büchsel, Hegel, die Generalsuperintendenten Erdmann, Wiesmann und, was Falk einigermaßen schmerzte, auch sein eigener Vortragender Rat Wiese. Der Verlauf der Generalsynode hatte also dazu Anlaß gegeben, den rechten Flügel der auf dem Boden der Union stehenden großen Mehrheit abzusprengen und eine Verbindung zwischen ihm und den Konfessionellen zu schaffen. Diese Gruppe schloß sich auch zusammen zu einer Eingabe an den Kaiser, worin sie ihren Protest wider die Trauungsordnung des Oberkirchenrates ausdrückte.

Durch die Beschlüsse der Generalsynode war die Vorlage des Oberkirchenrates nur in wenigen Punkten geändert. In § 3 war eine Bestimmung zugesetzt worden, die die Bildung einer besonderen Provinzial- oder Stadtsynode Berlin durch königliche Verordnung in Aussicht nahm. Höchst überflüssige Debatten hatte der § 5 hervorgerufen mit dem Satze, daß ein von der Generalsynode angenommenes Gesetz dem Könige zur Entschließung über die ihm zu erteilende Sanktion nicht eher vorgelegt werden dürfe, als nachdem der Minister erklärt hatte, daß von Staats wegen hiergegen nichts zu erinnern sei. Die Anhänger des persönlichen Regiments des Königs in der Kirche hatten die Klage angestimmt, daß hierdurch zwischen König und Kirche der Minister eingeschoben würde, daß gewissermaßen der König durch eine staatliche Stelle in seinen Rechten beschränkt werden solle! Da aber die Rechtslage ja doch unzweifelhaft war, so war das Ergebnis nur eine andere Formulierung, die den Sinn nicht wesentlich veränderte. Die abgeneigte Stimmung gegen den Oberkirchenrat kam darin zum Ausdruck, daß auch die Festsetzung der kirchlichen Bedingungen der Trauung der Kirchengesetzgebung überwiesen und damit den Händen des Oberkirchenrates entzogen, und daß in § 33 der Oberkirchenrat auch für zur Ausführung landeskirchlicher Gesetze erforderliche Instruktionen an die Mitwirkung des Synodalvorstandes gebunden wurde. Der Hauptkampf entspann sich

über die Schlußbestimmungen und die darin beabsichtigte Vermehrung der Laien auf den unteren Synodalstufen. Im Grund hatten die Gegner der Schlußbestimmungen gegen die Vermehrung der Zahl nicht viel einzuwenden, viel mehr hätte ihnen an scharfen Qualifikationsbestimmungen gelegen. Es kommt dem nachträglichen Beobachter vor, als ob die Parteien sich vielfach nicht verstanden hätten. Von einer Verstärkung des Laienelementes fürchtete die Rechte den Einbruch unkirchlicher Massen, während die Linke in der Verschärfung der Qualifikationsbestimmungen einen Versuch witterte, bloß dogmatisch mißliebige Leute von der Teilnahme am Leben der verfaßten Kirche auszuschließen. Die Rechte berief sich auf die schon erwähnten widerwärtigen Berliner Vorgänge, wo wirklich unkirchliche und unerfreuliche Elemente sich in die Gemeindeförperschaften gedrängt hatten, bei den anderen standen im Hintergrund die Erfahrungen, daß orthodoxe Pastoren versucht hatten, höchst anständige und ehrenwerte Männer auszuschließen. Bei den Alten liegt ein Haufen von Beschwerden, darunter solche von Magistratskollegien dagegen, daß die Qualifikationsbestimmungen zu einer Art Diffamierung ehrenwerter Mitbürger ausgebeutet würden. Großen Eindruck hatte besonders gemacht, daß eine Persönlichkeit wie der Berliner Stadtschulrat Dr. Tschow angefochten war. Da war mit Händen zu greifen, daß nur seine Stellung als Vorsitzender des Berliner Unionsvereins dazu Anlaß gegeben hatte. — In der Generalsynode hatte die Vorlage immerhin eine beträchtliche Mehrheit gefunden. Würde es gelingen, für das notwendige Staatsgesetz auch eine Mehrheit im Landtage zustande zu bringen? Die Aussichten waren nicht günstig.

Falk beschloß, denselben Weg zu gehen, den er schon bei Erlaß der Kirchengemeinde- und Synodalordnung beschritten hatte. Er hielt an dem Recht des Königs als Inhaber des Kirchenregimentes fest, aus eigener Machtvollkommenheit ohne Mitwirkung des Landtages Kirchenordnungen zu erlassen, und gab deshalb Auftrag, die Generalsynodalordnung als kirchliche Ordnung zu publizieren. Durch Allerhöchsten Erlaß vom 20. Januar 1876 erteilte der Monarch „kraft der ihm als Träger des Landesherrlichen Kirchenregimentes zustehenden Befugnisse“ der Generalsynodalordnung, wie sie aus den Beratungen der außerordentlichen Generalsynode hervorgegangen war, seine Sanction und beauftragte den Oberkirchenrat zusammen mit dem Minister mit deren Ausführung, soweit dieselbe nicht noch

einer Mitwirkung der Landesgesetzgebung bedürfe. Nur an einem einzigen Punkte war den Beschlüssen der Generalsynode nicht stattgegeben worden. In der zweiten Lesung hatte diese nämlich die Mitwirkung des Generalsynodalvorstandes nicht nur bei den Vorschlägen für die Besetzung der Generalsuperintendenturen gefordert, sondern auch bei denen für die Besetzung der anderen kirchenregimentlichen Ämter. Dies hielt der Minister für unannehmbar, und die Bestimmung wurde denn auch auf sein Drängen in der endgültigen Ordnung gestrichen. Es hat sich später gezeigt, daß Galt hier einen taktischen Fehler beging; bei dem kommenden Konflikt über die Ernennung des Präsidenten und der Mitglieder des Oberkirchenrates wäre es für Galt eine große Erleichterung seiner Position gewesen, wenn er dem Könige gegenüber auf ein solches Recht hätte verweisen können. Er selbst hat hier die absolute Freiheit des Königs bei Besetzung dieser Stellen geschützt, die sich gegen ihn wandte, was um so verhängnisvoller war, als er an der Mitverantwortung des Ministers bei der Besetzung dieser Ämter mit Rücksicht auf die ihnen zustehenden Rechte und Ansprüche der Staatsbeamten festhielt.

Aber ehe noch der Königliche Erlaß und die Generalsynodalordnung publiziert waren, wurde gegen diesen Weg aus dem Abgeordnetenhaufe Widerspruch erhoben. Virchow interpellirte den Minister: „Besteht die Absicht, bei versammeltem Landtage die Generalsynodalordnung als landeskirchliches Gesetz zu publizieren und einseitig diejenigen Punkte zu bezeichnen, für deren Feststellung die Mitwirkung des Landtages als erforderlich gilt?“ Die Interpellation wurde auf die Tagesordnung der Sitzung vom 22. Januar gesetzt. Galt hielt für nützlich, der Verhandlung durch die vollendete Tatsache zuvorzukommen: Am Abend vorher erschien der Allerhöchste Erlaß im „Staatsanzeiger“. Damit war der Interpellation die praktische Spitze abgebrochen, die gestellte Anfrage war tatsächlich bejaht. Aber dies Vorgehen mußte nun verteidigt werden, und es entspann sich eine bedeutsame Debatte über das Recht des Landesherrlichen Kirchenregimentes, in der Galt seine inzwischen, wie ich schon erzählt habe, gewonnene Überzeugung vom Fortbestande desselben auch nach Erlaß der Verfassung darlegte und rechtfertigte. Da das Haus das formale Recht des Königs als Trägers des Kirchenregimentes eigentlich schon bei der Beratung über die Kirchgemeinde- und Synodalordnung anerkannt hatte, fiel es ihm nicht schwer, auch jetzt dessen Zustimmung zu erlangen, daß der von ihm gegangene Weg formal korrekt ge-

wesen sei; aber ebenso unverkennbar war, daß das Abgeordnetenhaus von dem Inhalte der Generalsynodalordnung nicht befriedigt und entschlossen war, bei dem genehmigenden Staatsgesetze sehr vorsichtig zu sein.

Der Entwurf zu diesem Gesetze war im Ministerium Gegenstand sehr eingehender Beratungen und empfing seine endgültige Form erst nach mehreren Vorentwürfen. Im wesentlichen war er das Werk Goersters, der auch die Motive schrieb.

Durch das Gesetz sollte zweierlei erreicht werden: Einmal sollte den synodalen Organen die staatsgesetzliche Sanktion erteilt werden, — diese Aufgabe war, nachdem die Prinzipienfrage bereits bei dem Gesetz vom 25. Mai 1874 entschieden war, verhältnismäßig leicht zu lösen (Art. 1—18). Dann aber — und das war das Schwierigere — mußten die Grenzen zwischen der nun selbständig und handlungsfähig gewordenen Kirche und dem Staate neu reguliert, die bisher von staatlichen Behörden mitverwalteten Angelegenheiten dem Regiment der Kirche übergeben (worin zugleich die endgültige Anerkennung des Landesherrlichen Kirchenregimentes und seiner Organe lag), die bleibenden Aufsichtsrechte des Staates genau bestimmt werden (Art. 19—26). Das Gesetz „betreffend die evangelische Kirchenverfassung in den acht älteren Provinzen der Monarchie“ brachte also für diesen Landesteil die „Trennung von Kirche und Staat“. Es entlastete den Staat von jedem Kirchenregiment und behielt ihm nur die Kirchenhoheit vor, die der Staat einer so einflußreichen öffentlichen Korporation gegenüber unter allen Umständen festhalten mußte. Ist diese Scheidung in dem Gesetze richtig vollzogen? Sieht man den Entwurf an, so wird man wohl mit Ja antworten dürfen, das schließliche Gesetz hat allerdings manches für die Kirchenhoheit reklamiert, was doch wohl dem Kirchenregimente hätte überlassen werden können.

Nur an einem Punkte hatte schon der Entwurf das zugrundeliegende Prinzip nicht innegehalten. Der Art. 21, Nr. 7 ordnete eine Mitwirkung des Staates bei der Besetzung kirchenregimentlicher Ämter an. Die Motive gestanden zu, daß das Erwünschte und zu Erstrebende sei, die Einwirkung des Staates auf ein Einspruchsrecht zu reduzieren. Dies schien aber unausführbar, solange als die Kirche nicht aus eigenen Mitteln diese Ämter besolden konnte, solange also die Gehälter, Pensionen usw. durch den Staatshaushalt gingen. Auch der Oberkirchenrat hatte das in seiner Denkschrift über die Ressort-

verhältnisse der Kirchen- und Staatsbehörden so angesehen, wobei dahingestellt bleibe, ob er nicht in dieser Abhängigkeit einen sehr willkommenen Rückhalt seiner Stellung gegenüber der Synode erkannt hatte. Aber wenn überhaupt, so war es auf alle Fälle eine bedauerliche Notwendigkeit. Die Kirche blieb an einem der empfindlichsten Punkte unfrei, und der Staatsminister wurde mit einer Verantwortung beladen, die ihn nur zu leicht in die ärgerlichsten Konflikte hineinziehen konnte. Wäre damals die Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter als eine innerkirchliche Sache anerkannt worden, die zwischen dem Träger des Kirchenregimentes und der Synode allein auszumachen ist, hätte man resolut auf den Staatsbeamtencharakter der Kirchenbeamten verzichtet, wie es unzweifelhaft in der Konsequenz des Prinzips lag, so wäre der kommende Konflikt zwischen König und Minister über die Besetzung des Oberkirchenrates gar nicht erst entstanden.

Immerhin, der Minister durfte mit Recht sagen, daß diese Verfassung die liberalste sei, die überhaupt in Deutschland und auch in ähnlichen Gestaltungen der evangelischen Kirche bestehe. Der Gesetzesentwurf ging dem Landtage am 12. Februar zu; bereits am 26. und 28. fand die erste Beratung statt. Die Kommission, der der Entwurf überwiesen wurde — Vorsitzender Miquel, Schriftführer Gneist —, brauchte elf Sitzungen und erstattete Bericht am 4. April. Die zweite Beratung war am 4. und 5. Mai, die dritte am 9. Mai. Es waren Verhandlungen von größter Tragweite und erfüllt von tiefstem Ernste. Die letzten Fragen der Kirchenverfassung wurden dabei aufgerollt, und Männer wie Gneist, Hänel, Sybel ergriffen das Wort. Man stritt nicht mehr nur über das Recht des Landesherrlichen Kirchenregimentes nach Idee und Staatsverfassung, sondern über den Kirchengebanten selbst auf protestantischem Boden, über die Grenzen zwischen religiöser Freiheit des Individuums wie der Gemeinde und der kirchlichen Ordnung, ja über das Verhältnis von Kirche und Kultur und von kirchlicher Dogmatik und Ethik und modernem Geiste. Man fühlte auf allen Seiten, daß man im Begriffe stand, ein Gesetz von außerordentlicher Bedeutung zu geben, und die Sorge war groß, daß dieser Schritt ins Angewisse unvorhergesehene Folgen nach sich ziehen könne. Mit großer Freudigkeit wurde er nicht getan. Das unbedingt freundliche Urteil über den Entwurf, das ein Führer des Norddeutschen Protestantenvereins, Lammers in Bremen, in der „Weserzeitung“ gefällt hatte, und dem süddeutsche Zeitungen weithin

zustimmten, fand im Abgeordnetenhaufe kaum ein Echo. Die Linke, Hänel, Virchow, von Sauten u. a., stellte sich entschlossen auf den ablehnenden Standpunkt. Ihr stimmten, freilich aus ganz anderen Motiven, die Männer der äußersten Rechten und der protestantische Hospitant des Zentrums, Brüel zu; durch diesen hatte sich das Zentrum bestimmen lassen, sich an der Abstimmung gegen das Gesetz zu beteiligen. Die Linke bestritt, daß diese Kirchenverfassung dem Willen der Kirche entspräche, und meinte dabei mit der Kirche die protestantische Bevölkerung; die Rechte bestritt das ebenso und meinte damit die pastorale und junkerliche Orthodogie, wie sie in der „Evangelischen Kirchenzeitung“, der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“, dem Organ der Hosprediger, und der „Kreuzzeitung“ zum Ausdruck kam.

In der Gesamtkonstellation lag es, daß Falk fast nur gegen links sprach. Er nahm das Wort in der ersten Lesung gleich nach Virchow, der radikal ablehnend gesprochen hatte. Und zwar jetzt nicht deshalb nur, weil Virchow das Landesherrliche Kirchenregiment für unzuständig hielt, eine Kirchenordnung zu erlassen, sondern weil er überhaupt eine Organisation der Gesamtkirche nicht wollte. Nach seiner und seiner Freunde Meinung hätte sich der Staat auf die Konstituierung der Einzelgemeinden beschränken, diese mit starker Selbständigkeit, besonders mit dem freien Pfarrwahlrecht ausstatten, alles andere aber, den Zusammenschluß von Gemeinden zu Synoden, die Bildung von Synodalsvorständen mit regimentlicher Befugnis usw. unter Aufhebung des Landesherrlichen Kirchenregimentes der Freiwilligkeit überlassen sollen. An die Stelle der evangelischen Landeskirche wäre dann also ein, viele oder wenige Gemeinden umfassender Verein evangelischer Gemeinden getreten, der nach keinen anderen Regeln als denen des Vereinsgesetzes zu behandeln war. Virchow sah richtig, daß eine zwangsweise, staatsrechtliche Unterwerfung der Gemeinden unter die Kirche, wie sie das Gesetz zwar nicht schuf, aber bestehen ließ und festigte, die Gefahr in sich schloß, die Freiheit der Gemeinden zu erdrücken, und daß das Kirchenregiment eine bis dahin nicht besessene gefährliche Macht gewönne. Er behauptete, daß das Gesetz nicht der Kirche, nämlich den Gemeinden, Freiheit brächte, sondern dem Kirchenregiment. Man wird heute zugeben, daß diese Befürchtungen nicht grundlos waren. Was die Fortschrittler eigentlich wollten, das war aber keinesfalls zu erreichen. Dann aber wollten sie wenigstens die Macht der Zentralgewalt über die Gemeinden beschränken, jene möglichst schwach halten, und vor allem, sie forderten zum Schutz

gegen Bergewaltigungen eine Art von Minderheitschutz, nämlich Ordnung eines Verfahrens beim Ausscheiden einer erheblichen Anzahl oder der Mehrheit von Gliedern einer Gemeinde aus der Landeskirche. Es sollte diesen der Mitgenuß der Kirche, ein Anteil am Pfarrgehalt usw. gewährleistet werden.

Falk ist diesem Gedankengange mit der allergrößten Entschiedenheit entgegengetreten: „Es ist meine volle Überzeugung, wenn wir dem deutschen Volke sein religiöses Bewußtsein wirklich erhalten wollen, dann müssen wir die evangelischen Gemeinden zusammenfassen in einem Organismus, dann muß es also bei der Kirche bleiben. Ich bin weiter überzeugt, daß die große Mehrheit, ja das ganze preußische Volk diese Meinung teilt.“ Er vertrat den Standpunkt, daß die Kirche da sei und daß sie das Recht habe, sich durch ihre zuständigen Organe eine Verfassung zu geben, daß der Staat nicht befugt sei, diese Verfassung zu ändern, daß der Landtag nicht zu beurteilen habe, ob diese Verfassung schädlich oder nützlich für die Kirche sei, sondern nur, ob das Staatsinteresse dadurch beeinträchtigt werde, und daß er, wenn er finde, daß das nicht der Fall sei, auch verpflichtet sei, sie zu bestätigen. Er konnte Gefahren für den Staat in irgendwelcher Bestimmung der Generalsynodalordnung nicht finden, auch nicht in den beiden Punkten, die in der Debatte in den Vordergrund traten, in der Verleihung eines Besteuerungsrechtes an die Gesamtkirche und in deren Befugnis der Kirchengesetzgebung. Er wies nach, daß die Freiheit der Einzelgemeinde in der Generalsynodalordnung besser gesichert sei als in der bisher gültigen Ordnung, beharrte aber bei dem Recht der Kirche, Schranken der Lehrfreiheit aufzurichten, und bei der Meinung, daß die Beteiligung des Synodalvorstandes an Lehrprozessen einen Schutz gegen dogmatische Härte bieten werde. Wenn er auch durchblicken ließ, daß er das Filtrungsverfahren zur Bildung der Generalsynode nicht gern angenommen habe, so betonte er doch: „Ich bin überzeugt, daß, wenn die Minorität nur will, wenn sie ihre Hände rührt und gehörig arbeitet an der Kirche, daß sie dann zu ihrem vollen Rechte kommen kann auch bei dem Wahlmodus der Generalsynodalordnung.“

Am Schlusse der zweiten Lesung sprach er noch einmal, und zwar gegen den oben genannten Antrag Virchow's. Er nannte ihn provokatorisch, insofern er zum Massenaustritte aus der Kirche reize und darauf eine Prämie setze, und er bestritt, daß von der verfaßten Kirche größere Gefahren für die Gewissensfreiheit zu befürchten seien

als bisher. Die von Virchow als Schutz der Gewissen gemeinte Bestimmung werde aber vielmehr zur Beförderung der Streitsucht und des Eigensinnes ausschlagen und die Leute dazu verführen, sich um ganz geringfügiger, äußerlicher Dinge willen von der Kirche zu trennen, vielleicht weil ihnen ein Oberkirchenrat oder ein Präsident nicht gefalle. „Die Staatsregierung kann ihre Zustimmung zu einem solchen Antrag nicht geben, nicht im Interesse der Kirche und nicht im Interesse des Staates, weil sie auch um feinetwillen die evangelische Landeskirche zusammenhalten muß.“

Der Antrag wurde abgelehnt, das Gesetz selbst mit 211 gegen 141 Stimmen angenommen. Unerheblich waren die vom Hause vorgenommenen Änderungen nicht. Das Haus hatte die Staatsaufsicht noch verstärkt und die Bewegungsfreiheit der Kirche eingeengt, besonders empfindlich auf finanziellem Gebiete.

Ganz anders war Falks Aufgabe im Herrenhause. An der Annahme des Gesetzes war nach den vorangegangenen Kommissionsverhandlungen nicht zu zweifeln; nur das stand in Frage, ob das Haus Neigung tragen würde, die über die Regierungsvorlage hinausgehenden Beschlüsse des anderen Hauses abzuändern. Dadurch wäre das Zustandekommen des Gesetzes unter Umständen gefährdet gewesen. Nach dem ausgezeichneten Bericht, den Herr von G o s s l e r erstattete und in dem er sich den Standpunkt des Abgeordnetenhauses fast völlig aneignete, war auch das kaum mehr zu besorgen. Falk kämpfte hier mit umgekehrter Front. Ein entschiedener Liberalismus war nicht vorhanden. Hier kamen die Einwände lediglich von der anderen Seite, von den Altkonservativen, den Herren v o n K l e i s t - R e t z o w , G r a f K r a s s o w , Freiherr v o n M a l z a h n ; nicht die Zahl verlieh diesen Männern Gewicht, wohl aber ihr Ansehen bei dem Träger der Krone und ihr Einfluß innerhalb der Kirche. Übrigens war die Rede, womit Kleist seine Ablehnung begründete, eine der maßvollsten und sachlichsten, die er je gehalten hat. Der Minister konnte das in seiner Erwiderung nur dankbar anerkennen. Kleist nahm nicht nur an den vielgetadelten Schlußbestimmungen Anstoß, formal deshalb, weil das Kirchenregiment nach dem Erlaß der Kirchengemeinde- und Synodalordnung, die als definitiv bezeichnet worden war, gar nicht mehr berechtigt wäre, daran nachträglich zu ändern; inhaltlich deshalb, weil er davon die Überschwemmung der Kirche mit unkirchlichen und ungläubigen Elementen befürchtete. Viel schwerer wog für ihn, daß das Gesetz nach seiner Meinung den staat-

lichen Einfluß auf die Kirche, insonderheit den des Landtages, stärkte, statt ihn zu beseitigen. Als Beweis führte er an: die Form, die im Abgeordnetenhanse der § 1 erhalten hatte, wodurch jede Weiterentwicklung der kirchlichen Organe an die Genehmigung des Landtages gebunden und die Einführung eines episkopalen Regimentes verhindert würde; den Mangel einer Dotation, über die die Kirche allein zu verfügen hätte; die Beschränkungen des Steuerrechtes; die staatliche Mitwirkung bei Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter; das Verbot, dem König Kirchengesetze zur Sanction vorzulegen vor der Zulässigkeitserklärung des Staatsministeriums; die Lösung der theologischen Fakultäten von der Kirche. In dieser vermeintlichen Steigerung des staatlichen Einflusses sah er eine Bedrohung des religiösen, bekenntnismäßigen Charakters der Kirche und warf dem Minister vor, er habe diese die Freiheit der Kirche bindenden Bestimmungen nur deshalb aufgenommen oder zugelassen, um den Protestantenvereinigern zur Macht zu verhelfen und die Kirche am Kampfe gegen diese zu hindern. Denn berechtigt, die Kirche mit zu regieren, schien ihm nur, wer fest auf dem Boden — nicht des „evangelischen Bekenntnisses“, sondern der lutherischen (oder reformierten) Bekenntnisse stand. Er nannte das eine Vergewaltigung der Kirche und weisagte, daß die bekenntnistreuen Glieder der Kirche aus dieser austreten oder wenigstens einen Kampf gegen das seines persönlichen, gewissenmäßigen Charakters entkleidete, vom religionslosen Staate abhängig gewordene Landesherrliche Kirchenregiment aufnehmen würden.

Falk hielt sich nicht lange bei den Schlußbestimmungen auf. Nachdem diese einmal von der Synode gebilligt wären, hätte der Landtag daran nichts mehr zu kritisieren. Er konnte auch die Sorge, die neue Verfassung werde zu einer Herrschaft der bekenntnisfeindlichen Massen führen, leicht mit der Erfahrung widerlegen, die man mit der Kirchengemeinde- und Synodalordnung gemacht hatte. Da hatte Kleist gleichfalls so gefürchtet, und wie anders war es gekommen! Falks Hauptthese aber war, daß Kleist den durch das Gesetz herbeigeführten Zustand der Kirche nicht mit dem bestehenden, sondern mit einem erdachten Kirchenideal vergleiche. Gegen den bestehenden brachte die neue Ordnung zweifellos einen gewaltigen Fortschritt; daß aber viele Wünsche übrig blieben, brauchte der Minister nicht zu bestreiten und wollte er nicht bestreiten. Er gab unbedingt zu, daß eine Dotation der Kirche wünschenswert sei, und daß die Mitwirkung des Staates

bei Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter dann wegfallen müßte, obwohl ein Rechtsanspruch der Kirche nicht bestünde. Das hatte der Regierungskommissar schon im anderen Hause klargestellt. Da die evangelische Kirche als Ganzes niemals Eigentum besessen hatte, so war ihr solches auch durch die Säkularisation nicht geraubt worden; das „Unrecht“ der Säkularisation wäre nur durch die Auferweckung der davon betroffenen Stiftungen gut zu machen gewesen, von denen die Kirche keinen Nutzen gehabt hatte. Mit am eindringlichsten aber waren die Worte, mit denen Falk seine Hoffnungen auf die Beseitigung des unseligen Richtungsstreites in der Kirche infolge des Zusammenwirkens auf den Synoden aussprach:

„Wenn diese Generalsynodalordnung durch das Staatsgesetz ihre volle Festigung erhält, so ist es meine Überzeugung, daß in der That ein Boden geschaffen ist, auf dem die Richtungen, die in der Kirche berechtigt sind, miteinander sich messen können und zu einer gemeinsamen Wirksamkeit auf dem gemeinsamen Boden, den sie alle haben, kommen werden, zum Heile unserer Kirche. In der Auffassung über die berechtigten Richtungen unterscheide ich mich allerdings von Herrn von Kleist; ich meine ihm entgegen, daß Richtungen in der Kirche, die von mancher Seite aus in der Kirche als nichtberechtigte bezeichnet werden, berechtigt seien. Aber ich habe auch in dieser Beziehung bereits die Erfahrung für mich, daß bei der Arbeit an der Kirche und in der Kirche niemand, der sich ihr gewissenhaft hingibt, frei bleibt von ihrem segnenden Einfluß. Wer einmal hineingetreten ist in solche Tätigkeit, der wird gefaßt mit gewaltiger Hand und in solcher Tätigkeit gehalten. Ich könnte bis in die Namen hinein Beispiele vorführen. Meine Herren! Wenn ich solche Überzeugung nicht hätte, glauben Sie denn wirklich, daß ich hätte den Entschluß finden können, in jetziger Zeit an diese Aufgabe, die evangelische Kirchenverfassung im gewissen Sinne zu einem festen Abschlusse zu bringen, heranzutreten? Ist denn die Aufgabe eine so leichte, und ist denn bis auf diese Stunde mir etwa die Lösung der Aufgabe leicht gemacht worden? Nein, meine Herren, wenn man eben solche Aufgaben übernahm, so mußte man durchdrungen sein von der vollen und ganzen Überzeugung, und meine Überzeugung war: Es ist die höchste Zeit, daß die Kräfte der evangelischen Kirche zunächst in äußerlich organisierter Gestalt zusammengefaßt werden, wenn sie nicht zersprengt werden und zuschanden gehen soll, und, weil ich auch als evangelischer Christ, den ich ja doch nicht verleugnen kann bei allen Funk-

tionen, die mir von einem anderen Standpunkte aus übertragen sind, diese Überzeugung ganz besonders hatte, habe ich allerdings nicht anders können, als die Kraft, die mir gegeben war, daranzusetzen, um das Ziel zu erreichen; und weil ich das für Recht hielt, habe ich zu einer Zeit, wo alles im Dunkeln lag, und wo noch wenig Hoffnung auf ein Gelingen war, die Hoffnung doch nicht aufgegeben, sondern gesagt, ich gebe sie erst auf, wenn sie wirklich als unerfüllbar sich zeigt. Eine starke Überzeugung gegenüber einer anderen! Zwischen uns beiden mag dann die weitere Entwicklung entscheiden!"

Auf die Altkonservativen wirkten diese Worte zwar nicht. Die Debatte wurde durch wahrhaft leidenschaftlich gehässige Angriffe auf den Protestantenverein verunziert, gegen die der unbestechliche Hüter der Gerechtigkeit, Beseler, vergebens mit tiefstem sittlichen Ernst protestierte. Schließlich wurde das Gesetz mit 65 gegen 24 Stimmen angenommen. Die Fassung des anderen Hauses war nur an einem unwesentlichen Punkte verändert, aber auch dieses machte nun keine weiteren Schwierigkeiten mehr, sondern trat der Fassung des Herrenhauses bei, — das große Werk war gelungen. Der Staat hatte der evangelischen Kirche die von der Verfassung verheißene, so lange vorenthaltene Selbständigkeit verliehen. Das Gesetz trug das Datum des 3. Juni 1876.

Allerdings, vollkommen war das Werk nicht. Zunächst war eine Hoffnung unerfüllt geblieben, die nach 1866 allgemein gehegt worden war: Die eine preussische Landeskirche war nicht zustande gekommen. Der kirchliche Partikularismus hatte gesiegt. Nur der starke Arm des Staates hätte das erzwingen können. So war es ja auch in der Vergangenheit immer gewesen. Auch die schlesische, pommerische, rheinische Kirche waren nur dadurch zu einem Kirchenkörper zusammengefügt worden. Damals hatte das Rechtsgefühl des Volkes daran keinen Anstoß genommen. Jetzt hätte es das nicht mehr tragen. Es war nur weise, daß der Staat davon Abstand nahm. Aber was für ein Zustand war es doch, daß der Minister, der sich des Kirchenregimentes über den größten Kirchenkörper des Landes entäußert hatte, das Kirchenregiment über die kleineren in Händen behielt!

Noch bedenklicher war, daß es nicht gelungen war, das Patronat aufzuheben, wie doch schon die Verfassung zugesagt hatte. Zwar hatte sich das königliche Patronat durch Verzicht auf die Hälfte der Pfarrbesetzungen selbst beschränkt, aber das Privatpatronat war geblieben,

wenn auch in der Kirchgemeinde- und Synodalordnung ein wenig zugunsten der Gemeinden beschnitten. Solange es aber bestand, konnten die Gemeinden niemals zum Gefühl der Selbständigkeit kommen, denn nichts greift so tief in das Leben der Gemeinde ein wie dies. Falk hatte deshalb in einer Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Juni 1875 die Inangriffnahme der Sache angekündigt, er mußte jedoch am 1. März 1876, darüber interpelliert, berichten, daß er bei näherer Prüfung zu dem Entschlusse gelangt sei, auf eine Vorlage zur Zeit zu verzichten. Entscheidend war das Interesse des Staates an der Aufrechterhaltung des Landesherrlichen Patronates über katholische Pfarreien. Ebenso wichtig aber die finanzielle Schwierigkeit der Sache, da die Gemeinden nicht willig waren, für ideelle Rechte materielle Lasten einzutauschen.

Allein der wichtigste Grund, weshalb die neue Ordnung dem Volksempfinden nicht als die gewünschte saubere Trennung von Staat und Kirche erschien, lag noch tiefer. Einmal darin, daß die Kirche durch die Verweigerung der Dotation und die ängstliche Beschränkung ihres Steuerrechtes nicht zur selbständigen Vermögensverwaltung gelangte. Beides war freilich nicht Falks Schuld, sondern hatte seinen Grund in der falschen Finanzpolitik Camphausens und in der erblichen Belastung des Liberalismus mit der kleinbürgerlichen Scheu gegen jede Steigerung der öffentlichen Abgaben. Sachlich ist es ganz unbegreiflich, weshalb es damals unmöglich gewesen sein sollte, auf beiden Gebieten ganze Arbeit zu leisten, mindestens die gesamten Staatsleistungen in eine feste Rente zu verwandeln, wie dies schon Bismarck im Sinne gehabt hatte. Materiell hätte die Kirche davon ja keinen Nutzen gehabt, denn die außerordentliche Steigerung der Staatsleistungen, die in den folgenden Jahren eintrat, wäre dann natürlich unmöglich gewesen. Allein ideell hätte die Durchführung des Prinzips der Falkschen Gesetzgebung auch auf diesem Gebiete der Kirche nur Gewinn bringen können, denn dann hätten die Synoden erst wirklich Bedeutung erlangt. Und damit wäre auch der andere größte Mangel der neuen Ordnung wenigstens gemildert worden, nämlich die Beibehaltung des absoluten Regimentes des Königs in der Kirche. Die theoretische Unterscheidung zwischen dem König als Staatsoberhaupt und dem König als Kirchenregent ist zu subtil, als daß sie jemals dem Volksempfinden hätte eingehen können. Indem die Kirche vom Könige beherrscht blieb, erschien sie dem Volke, und übrigens auch dem ausländischen Beobachter, trotz

allem als Staatskirche. Dazu: Falt hoffte, der König werde sich hier dieselbe Zurückhaltung auferlegen, wie im Staate. Er hatte nicht daran gedacht, daß einflußreiche Kreise der Kirche, um des Nutzens für ihre Partei willen, den König drängen könnten, von seinem persönlichen Regiment denkbar stärksten Gebrauch zu machen. In dem Augenblick, da das geschah, mußte die weithin erfolgte Trennung der Kirche von der konstitutionellen Staatsgewalt in die Allgewalt des Landesherrlichen Kirchenregimentes umschlagen.

Schulverwaltung und Unterrichtsgesetz

Seitdem Falk mit dem Schulaufsichtsgesetze und den „Allgemeinen Bestimmungen“ notdürftig Ordnung im Schulwesen geschaffen hatte, war sein fortgesetztes Streben auf das Unterrichtsgesetz gerichtet gewesen. Am liebsten hätte er alle brennenden Fragen auf diesem Gebiete gleich einer gesetzlichen Lösung zugeführt. Er empfand Tag für Tag die Peinlichkeit der merkwürdigen Lage, daß dieses große und wichtige Gebiet des Staatslebens jeder gesetzlichen Grundlage entbehrte, und daß hier die Tradition der Verwaltung und das Ermessen des Ministers fast unbeschränkt regierte. Aber freilich war hiermit eine Aufgabe gestellt, die nicht übers Knie gebrochen werden konnte. So intensiv er selbst und seine Räte arbeiteten, es zeigten sich immer neue Überlegungen und Untersuchungen als nötig. Andererseits aber tauchten fortwährend aus der Erfahrung der Verwaltung, besonders bei der Durchführung der „Allgemeinen Bestimmungen“, aus Anfragen untergeordneter Organe, aus Beschwerden, Petitionen, Interpellationen Fragen auf, deren Entscheidung sich nicht vertagen ließ. Der Minister mußte von seinem Rechte, selbständig Verfügungen zu treffen, Gebrauch machen. Sein Streben war dabei, sie so zu treffen, daß sie sich gleich als Bausteine für das Unterrichtsgesetz verwenden ließen.

Diese Fragen hingen nicht alle mit dem Streit zwischen Staat und Kirche zusammen. Wiederholte Petitionen aus der Rheinprovinz und aus Ostpreußen, damals noch einem Sitz des Liberalismus, verlangten eine Ausgestaltung der Volksschule in der Richtung der Fachschule, der besseren Vorbildung auf die praktischen Bedürfnisse des Lebens, dort des Gewerbes, hier der Landwirtschaft, beide mit deutlicher Spitze gegen die übertriebene Pflege der Religion. Im Zusammenhange damit wurde auch die Notwendigkeit einer auf die Volksschule folgenden Fortbildungsschule betont.

Die dunkelgefärbten Schilderungen aus Lehrerkreisen über den Gefinnungsdrill und unwürdigen Zwang in manchen Lehrerseminaren hatten im Abgeordnetenhaufe eine starke Abneigung gegen die Form

der Internate erregt und zu der Forderung geführt, neue Seminare nur noch in der Form der Externate zu gründen. Die Altkonservativen im Herrenhause waren natürlich anderer Meinung. Die Frage: Internate oder Externate, die doch vor allem eine solche des praktischen Bedürfnisses war, drohte zu einer Prinzipienfrage des Liberalismus zu werden.

Die jämmerlichen Einkommensverhältnisse der Lehrer erzwangen immer neue Vermehrung von Zuschüssen im Staatshaushalt, ließen sich aber auf diesem Wege nicht gleichmäßig und gerecht und, wenn die Belastung des Staates nicht ins Ungemessene steigen sollte, nicht durchgreifend verbessern. Auch die notwendigsten Fortschritte im Schulleben scheiterten am Unvermögen der Unterhaltungspflichtigen. Die Grundbesitzer beschwerten sich über die ihnen aufgebürdeten Lasten; die konfessionellen Verbände legten ihre Unfähigkeit, mehr zu leisten, dar; kleine Landgemeinden murrten über die offenbar unbillige Verpflichtung, eine Masse von Arbeiterkindern zu beschulen, die ihnen irgendeine industrielle Anlage eines auswärtigen Unternehmers zugeführt hatte. Die Unterhaltungspflicht mußte neu geregelt werden, wenn es überhaupt mit der Schule vorwärts gehen sollte. Dahinter aber tauchte sofort der ganze Fragenkomplex auf, wie die Schulleitung und Aufsicht organisiert werden sollte, denn wenn die Pflicht verlagert wurde, so mußte den neuen Verpflichteten natürlich auch ein Einfluß gewährt werden. In der Lehrerwelt drängte man auf die reine Staatschule, auf Zentralisation und Unterstellung allein unter Regierung und Parlament. Die Kommunen forderten die Schule für die Selbstverwaltung und wünschten den staatlichen Einfluß auf bloße Aufsicht beschränkt zu sehen.

Die schwierigsten Fragen aber erwuchsen allerdings aus dem Versuch einer neuen Grenzberichtigung zwischen Staat und Kirche. Vielen katholischen, auch einigen evangelischen Geistlichen hatte der Staat die Inspektion der Schulen entziehen müssen; er hatte von seinem Rechte Gebrauch gemacht, selbständig Inspektoren zu ernennen, weltliche oder auch andere geistliche. Unvermeidlich führte das dazu, daß katholische Schulen unter evangelische Inspektoren kamen und umgekehrt, und dies stand in solchem Widerspruch mit den Gewohnheiten der kirchlichen Bevölkerung, daß es von beiden Seiten als unerhört empfunden wurde. Hier stieß das Territorialprinzip am stärksten mit dem Konfessionsprinzip zusammen. Am meisten sträubte man sich dagegen, daß G e i s t l i c h e der einen Konfession Schulen der

anderen beaufsichtigten; und doch, die Regierung konnte nicht auf die Ernennung von Geistlichen verzichten, weil es schwer war, geeignete Personen zu finden. — Sollten aber überhaupt hauptamtliche Kreis-
schulinspektoren nur da angestellt werden, wo die nebenamtlichen geistlichen versagt hatten? Die rheinischen Regierungen forderten grundsätzlich Beseitigung der nebenamtlichen Inspektion, weil sie von deren Dauer ein Zurückbleiben des ihr unterstellten Schulwesens befürchteten, also auch da, wo sie von staatsstreuen evangelischen Geistlichen geführt wurde. Besonders der Regierungspräsident von Bernuth trat dafür vor dem Könige selbst ein: Es fehle den evangelischen Geistlichen an den erforderlichen technischen Kenntnissen und an ausschließlichem Interesse. Wo weltliche Inspektoren eingesetzt seien, habe das Schulwesen einen sichtbaren Fortschritt gemacht. Die rheinische Provinzialsynode von 1876 war freilich anderer Meinung.

Die von den „Allgemeinen Bestimmungen“ zwar nicht vorgeschriebene aber empfohlene Verbindung mehrerer einklassiger konfessioneller Schulen zu einer mehrklassigen, dann natürlich paritätischen, erregte bei den Anhängern der konfessionellen Schule die Furcht, daß der Minister beabsichtige, als Normalschule die simultane, nur nach dem Territorialprinzip gebildete, Schule einzurichten. Das schien im Widerspruch mit der Verfassung, wie man sie damals auslegte. Der Streit dagegen wurde heftiger, als bekannt wurde, daß der Minister auch da Anträge von Kommunen auf Vereinigung mehrerer Schulen stattgegeben hatte, wo es sich nicht um einklassige handelte, sondern wo der Antrag mit dem Wunsch der Bevölkerung nach dem Aufbau größerer und mehr leistungsfähiger Anstalten begründet war. Er empfing neue Nahrung durch die Prüfungsordnung für Lehrerinnen und Schulvorsteherinnen vom 24. April 1874, die simultane Prüfungskommissionen für die bisherigen konfessionellen bildete, und durch die Begründung eines neuen Lehrerseminars in Rawitsch, das als erstes in Preußen keinen streng konfessionellen Charakter trug und Lehrer von beiden Konfessionen vereinigte (1875).

Eine der peinlichsten Fragen entstand um das Schulbuch, sowohl das Lesebuch, wie das Lehrbuch für den Religionsunterricht. Daß die Einführung eines neuen Religionsbuches nicht ohne Zustimmung der Kirche erfolgen könne, war staatlicherseits zugegeben, ebenso fest mußte aber gehalten werden, daß die Kirche nicht mehr als ein Recht des Einspruches und der Staat die letzte Entscheidung habe. Folgte aus jenem Recht der Kirche auch, daß die Abschaffung veralteter

Bücher nicht ohne Zustimmung der Kirche geschehen könne? Dies zu bestreiten, war für den Minister bei der haarsträubenden Rückständigkeit und Einseitigkeit vieler der gebrauchten Bücher eine Notwendigkeit (Verfügung vom 2. November 1874). Aber auch über das Lesebuch beanspruchte die Kirche eine Kontrolle, und in der Tat kann ja auch in ihm manches dem konfessionellen Standpunkt gefährlich werden, und vielleicht konnte auf diesem Wege katholischen Kindern un-katholische Denkweise, zum Beispiel über Luther und die Reformation eingeflößt werden. Das Zentrum stach aber auch in den für evangelische Schulen bestimmten Büchern jede Darstellung der Reformation auf, die die katholische Kirche, das Papsttum, den Ablass belastete. Salk sicherte allen gegenständlichen Beschwerden die eingehendste Prüfung zu, er gab seinen Räten die strengste Weisung, keinerlei konfessionelle Übertreibungen und Schroffheiten zu dulden, auch zum Beispiel als Schulprämien nur Bücher zu genehmigen, die in dieser Beziehung keinen Anstoß boten. Aber ein Recht des Einspruches gestand er der Kirche nicht zu.

Die Frage der *Missio canonica* war schon im Falle Wollmann von allen Seiten untersucht und umstritten worden. Kein Streit war, daß der Staat keinem Lehrer Religionsunterricht übertragen dürfe, dessen Fähigkeit dazu nicht von kirchlicher Seite festgestellt war. Allein Salk bestand auf dem Rechte des Staates, die Form dieser kirchlichen Anerkennung zu bestimmen, nämlich in der Mitwirkung eines kirchlichen, bischöflichen Kommissars bei der Prüfung in der Religion, dessen Veto entscheidend war. Es ergab sich ein Notstand, wenn in einer Diözese kein Bischof war. Durch wen sollte dann die Befähigung des Lehrers für den Religionsunterricht ausgesprochen werden? Die katholische Kirche forderte ja aber mehr, auch das Recht, die erteilte *Missio* jederzeit wieder zu entziehen, und vom Staate, daß er dann dem Lehrer den Religionsunterricht untersage und ihn, wenigstens in einer konfessionellen Schule, nicht mehr beschäftige. Salk weigerte sich, die Disziplinargewalt des Staates der Kirche zur Verfügung zu stellen, und gestand ihr nicht mehr als ein Beschwerderecht zu.

Wie weit reichte überhaupt die in Art. 24 der Verfassung der Kirche gewährleistete — wenn auch noch nicht Gesetz gewordene „Leitung des Religionsunterrichtes“? Die katholische Kirche nahm die volle Aufsicht über ihn in Anspruch, über Lehrplan, Lehrmittel, Erteilung, verlangte jederzeit freien Zutritt zur Stunde und Rüge-recht gegenüber dem Lehrer, das Recht, Religionsübungen einzu-

richten, ja sogar, den Unterricht selbst an Stelle des Lehrers zu übernehmen. Der Minister unterschied zwischen Aufsicht und Leitung, stellte jene über diese und erließ am 18. Februar 1876 seinen vielbefehdeten „Erlaß betreffend Erteilung, Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in der Volksschule“, zunächst nur für den katholischen Unterricht.

Endlich spielte ja auch die Sprachenfrage in den zweisprachigen Landesteilen, Posen, Westpreußen, Oberschlesien, in die Schule hinein, das Recht der Muttersprache überhaupt und besonders im Religionsunterricht.

Alle diese Fragen sind in diesen Jahren im Abgeordnetenhaufe wie im Herrenhaufe lebhaft, ja leidenschaftlich erörtert worden. Falk sah sich stürmischen Angriffen des Zentrums auf seine Verwaltung ausgesetzt, und kaum weniger heftig waren die Klagen der Ultrakonservativen, die nahezu in allen Stücken dem Zentrum sekundierten und dabei den Chor der „Evangelischen“ und „Neuen evangelischen Kirchenzeitung“ hinter sich hatten. Er konnte sich freilich auf die Zustimmung einer festen Mehrheit stützen, hatte aber bei dieser auch gegen Neigungen, die Schule völlig von der Kirche zu trennen, zu kämpfen. Neben seinen ausgezeichneten Räten, Schneider und Wälgoldt für die evangelischen, Stauder für die katholischen Schulen, deren Sachkenntnis, Sachlichkeit und Ruhe in jeder Situation gleich blieben, hat auch Falk selbst oft das Wort genommen. Seine Reden über den Religionsunterricht in der Volksschule zur Rechtfertigung seiner obengenannten Verfügung am 14. März 1876 und am 24. Januar 1877 im Abgeordnetenhaufe, über Simultan- und Konfessionschule am 17. Juni 1876 im Herrenhaufe sind Muster einer grundsätzlichen Behandlung dieser Fragen.

Allein wir müssen uns versagen, auf diese Debatten näher einzugehen. Und wir dürfen es, weil die Grundsätze, die Falk dabei mit fortschreitender Klarheit entwickelte, alle in seinem Entwurfe des Unterrichtsgesetzes wiederkehren, und weil erst hier im Zusammenhange die Bedeutung und Begründung seiner einzelnen Maßregeln zu erkennen ist, erst hier sichtbar wird, wie er sich das Ganze des preußischen Unterrichtswesens von der Volksschule bis zur Universität dachte, und wie er die Grenzen zwischen Staat und Kirche, Regierung und Selbstverwaltung ziehen wollte. Dem Werden dieses Gesetzes wenden wir uns nun zu.

Nachdem in den Jahren 1872 und 1873 Schulfragen in mehreren

Sachverständigenkonferenzen behandelt waren und das hierbei gewonnene Material von den Provinzialschulkollegien begutachtet worden, erteilte Falk Anfang 1874 dem Ministerialdirektor Foerster den Auftrag, das Gesetz zu entwerfen. Foerster hat diese Arbeit mit einer Freude übernommen, die ihm seine sonstige Tätigkeit im Ministerium und der parlamentarische Kleinkampf nicht immer gewährten. Der Entwurf wurde von ihm im August vorgelegt; der auf die Volksschule bezügliche Teil war schon vorher zum Gegenstande von Ministerialkonferenzen gemacht worden. Der Entwurf hielt sich streng an die Verfassung; nur die Änderung des Absatzes 3 des Art. 24 glaubte er vorschlagen zu müssen *), — ein unbedenklicher Vorschlag. Als Ausführung der betreffenden Verfassungsartikel konnte Foerster dies Gesetz freilich nur deshalb betrachten, weil er beim Studium der Verfassung zu einer anderen Auslegung als der herrschenden gelangt war.

Auf diesen Entwurf bezieht sich die bereits mitgeteilte Äußerung Falks **), er habe in den Arbeiten seines Freundes oft die Genialität bei der Erfassung und Gestaltung der Idee bewundert, aber zugleich eine gewisse Abneigung beobachtet, sie bis ins Einzelne durchzuführen und an die gegebenen praktischen Verhältnisse anzupassen. Mit diesem Urteil hatte er Recht.

In der Tat gab der Entwurf nur große Linien und überließ die Ausführung und Anwendung weithin der Verwaltung. Das zeigt schon der Umfang. Während Foersters Entwurf das ganze Unterrichtswesen in 287 Paragraphen regelt, brauchte der endgültige Entwurf dazu 789! Jedoch, war das nicht auch ein Vorzug? Mußte es nicht das Zustandekommen des Gesetzes verlangsamen und erschweren, wenn darin für jeden Einzelfall Regeln gegeben werden sollten? Falk hatte aber in den ersten Jahren seiner Ministerschaft den Mangel der gesetzlichen Basis so peinlich empfunden, daß er darauf drängte, jede Frage, die aufgetaucht war oder deren Auftauchen überhaupt vorauszu sehen war, zur gesetzlichen Entscheidung zu bringen.

Die Genialität des Entwurfes liegt darin, daß hier die Form der Schule rein aus der Idee der Schule entwickelt war. Alles war nur darauf angesehen und abgestellt, ob es dem Zwecke der Schule diene; die historischen Ansprüche der Kirchen waren ebenso wie die neuen Ansprüche der Gemeinden beiseite geschoben. Ein Haupthindernis für

*) „Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu.“

**) S. 94.

eine Entwicklung der Schule, wie sie um ihrer selbst nötig war, lag nun aber in der seit dem Ministerium Raumer angewandten Auslegung des Art. 24, Abs. 1 der V.M.: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.“ Einrichtung war dabei als Errichtung verstanden und gefolgert worden, neue Volksschulen sollten nicht nach dem Territorialprinzip der Vereinigung aller schulpflichtigen Kinder eines Raumbezirkes in einer möglichst entwickelten Schule errichtet werden, sondern, wo dies irgend möglich, nach dem Konfessionsprinzip, nur für Kinder eines Bekenntnisses, selbst auf die Gefahr hin, den Schulbesuchsbezirk ungesund weit zu erstrecken und die Ausbildung mehrklassiger Schulen zu verhindern.

Foerster suchte zu beweisen, daß dies gar nicht der Sinn jener Verfassungsbestimmung war. Das ergaben die Verhandlungen der beiden Kammern im Jahre 1849. Es gab schon damals die beiden entgegengesetzten Strömungen, die eine, die unbedingt die Konfessionsschule wollte, die andere, die aus der Schule alle Konfession ausweisen wollte. Die Kammern lehnten beides ab. Ausdrücklich wurde der Antrag verworfen, statt „möglichst“ „grundsätzlich“ zu setzen oder zu sagen: „Die niederen Volksschulen sind Konfessionsschulen.“ Den Sinn der dann angenommenen Fassung erläuterte kein Geringerer als Stahl dahin, daß dadurch zwar nicht der konfessionelle Charakter der Volksschule festgestellt werde, wohl aber, was wichtiger sei, daß auch den Simultanschulen der christliche Charakter erhalten bleibe. Das hieß: Die Verfassung verbot nicht die Errichtung simultaner Schulen, wo solche im Interesse der Schule zweckmäßiger war; sie ließ den Gemeinden, deren Sache dies nach § 25 war, darin Freiheit. Dann aber, bei der Einrichtung der Schulen, waren sie nicht mehr frei, sondern verpflichtet, die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen, vor allem für geordneten konfessionellen Religionsunterricht der Mehrheit wie der Minderheit zu sorgen, soweit deren Zahl einigermaßen beträchtlich war. Diese Auslegung der Verfassung wurde gestützt durch die Übereinstimmung mit den älteren Gesetzen. Besonders ließ sich nachweisen, daß das Landrecht keine sogenannten Konfessionsschulen, sondern nur im Namen des Staates errichtete, von allen Hausvätern zu unterhaltende allgemeine Volksschulen kenne.

Diese Ansicht, die Foerster seit seiner Beschäftigung mit dem Unterrichtsgezetz vertrat, hat Falk gebilligt, sie findet sich in der schon

erwähnten Rede vom 17. Juni 1876 und ist in der 1878 erschienenen „Geschichtlichen Darstellung des Verfahrens der Preussischen Unterrichtsverwaltung“ ausführlich begründet worden.

Auf diese Ansicht stützte sich nun auch Foersters Entwurf. Weder der Ausdruck „Konfessionsschule“ noch der „Simultanschule“ findet sich darin. Der Gesetzgeber verzichtet darauf, den Charakter der Schule durch eine gesetzlich sanktionierte Theorie zu bestimmen. Es gibt nur die allgemeine Volksschule. Ihren Charakter empfängt jede einzelne aus dem Leben, von den Kindern her; wo diese Kinder eines Bekenntnisses sind, wird die Schule von selbst konfessionell, wo nicht, von selbst paritätisch; die Natur der Dinge entscheidet. Nur soll in jedem Falle bei der Einrichtung der Schule die Pflege der konfessionellen Bedürfnisse den gebührenden Platz einnehmen. Präparandenanstalt und Lehrerseminare sind Simultanschulen im erörterten Sinne, nicht anders die höheren Schulen. Da nur die vier unteren Klassen in ihnen der Volksschule entsprechen, für die in der Verfassung die Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse verbürgt ist, wird für die beiden oberen sogar kein konfessioneller, sondern ein christlicher, allerdings dispensabler Religionsunterricht angeordnet, der kein Gegenstand der Abgangsprüfung ist.

Irgendwie muß dieser Gedanke damals in die Öffentlichkeit durchgedrungen sein und auch in der Presse verlautet haben. Falk erhielt am 2. August 1874 wieder eins von den unbehaglichen Handbilletts des Kaisers: „In der anliegenden Zeitung ist von der Einführung eines konfessionslosen obligatorischen Religionsunterrichtes in den höheren Lehranstalten die Rede. Ich wünsche zu wissen, was davon wahr ist und wie ein solcher Unterricht gedacht ist?“ Falk antwortete, daß er in dieser Richtung keinerlei Anordnungen erlassen hätte.

Ebenso genau, wie den ersten Satz des Art. 24, prüfte Foerster auch den zweiten: „Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.“ Nach seinem Wortlaut stand den Kirchen kein Recht der Leitung in den oberen Klassen der höheren Schulen oder gar in den Universitäten zu. Es wurde in seinem Entwurfe ausdrücklich ausgeschlossen, die theologischen Fakultäten von jeder Bindung an die Kirchen befreit. Wichtiger aber noch war die inhaltliche Bestimmung der Leitung. Was hatte die katholische Kirche da hineingelegt! Foerster nahm den Satz in Zusammenhang mit dem ersten und verstand den zweiten als Bürgschaft für den ersten, die Leitung als Kontrolle für die geforderte Berücksichtigung der kon-

fessionellen Verhältnisse. Sein Entwurf formulierte das so: „Die Religionsgesellschaften haben das Recht, durch ihre Organe von dem Religionsunterricht der ihrem Bekenntnis angehörigen Kinder Kenntnis zu nehmen und der Schulaufsichtsbehörde ihre Wünsche und Bedenken auszusprechen. Einzelnen Stunden beizuwohnen, kann ihnen gestattet werden.“ Das war wenig. Weder einer Mitwirkung bei der Aufstellung des Lehrplanes und bei der Einführung neuer Lehrbücher war gedacht, noch in irgendeiner Form eine *Missio canonica*, nicht einmal eine Teilnahme an der Prüfung der Befähigung zum Religionsunterricht zugestanden, dies vielmehr alles in das Befinden der Verwaltung gestellt. In keiner der vorgesehenen Schulkommissionen hatte der Geistliche als solcher Sitz und Stimme. Fast war nicht geneigt, die Leitung soweit einzuengen. Sein oben erwähnter Erlass vom 18. Februar 1876 gab der Leitung einen viel volleren Inhalt.

Wenn schon in diesen beiden Punkten der Entwurf auch im Ministerium selbst auf starke Gegnerschaft stieß, so trat dies doch zunächst in den Hintergrund vor den schweren Bedenken gegen die Regelung der Unterhaltungspflicht und der Aufsicht. Foerster hatte auch hier den Knoten durchhauen wollen, indem er jene Pflicht den Hausvatersozietäten und Gemeinden entzog und sie den Kreisen und kreisfreien Städten auslegte unter Zubilligung eines Anspruches auf Zuschüsse der Provinz, der der Staat durch eine Dotation die Mittel dazu gewähren sollte, und bei Beschränkung der subsidiären Verpflichtung des Staates auf Notfälle. Dennoch aber sollte die Aufsicht über die Volksschule rein staatlich sein: Der Minister oberste Instanz; die Provinzialschulkollegien mittlere für das ganze, höhere und niedere Schulwesen der Provinz; unter ihnen die durchweg hauptamtlichen Kreis Schulinspektoren unterste für die Volksschulen ihres Bezirkes, und Stadtschulämter, diese aber nur für die höheren Schulen, die von den Städten unterhalten wurden, während die staatlichen unmittelbar den Provinzialschulkollegien unterstellt sein sollten. Die Ortschulinspektion war gänzlich beseitigt. Der Bruch mit der Tradition, die von jeher die Schule als Sache der Gemeinde angesehen hatte, fand ebenso Widerspruch wie die zu geringe Beteiligung der Selbstverwaltung an der Schulaufsicht.

Fast sah ein, daß der Entwurf noch tiefgreifender Verbesserungen bedürfte. Er verfuhr so, daß er ihn in einzelne Stücke zerlegte und von Kommissionen innerhalb des Ministeriums beraten ließ. Er selbst nahm, soweit es möglich, an allen Sitzungen teil und wahrte sich die

letzte Entscheidung, so daß er mit Recht den endlichen Entwurf als den seinigen bezeichnen durfte. B o s s e schreibt in seinen Lebenserinnerungen (Grenzboten 1904, S. 30 ff.) über diese Konferenzen Folgendes: „Ich habe die geistige Kraft des Ministers angestaunt, der mit dem Unterstaatssekretär die Diskussion vollständig beherrschte und sie, obwohl nichts über das Knie gebrochen wurde, doch so geschickt zu leiten wußte, daß die Arbeit glatt und schnell voranschritt und, soviel ich mich entsinne, auch noch im Laufe des Winters zum Abschluß kam.“

Zugleich aber legte er die Frage der Unterhaltungspflicht noch einmal den Oberpräsidenten vor. Die von ihnen erstatteten Berichte boten die Möglichkeit, diese Frage zu klären. Die Lösung wurde in einer Teilung der Kosten in sachliche und persönliche gefunden, jene den örtlichen kommunalen Verbänden aufzulegen, diese größeren Verbänden zu übertragen. Als solche wählte man die Provinzialverbände, nicht die Kreise, und verwies sie auf eine staatliche Dotation.

Die Protokolle der Kommissionsberatungen füllen viele Bände. Ein ungeheurer Fleiß spricht aus ihnen, aber noch mehr eine warme Liebe zur Sache. Überlegt man, daß alle diese Arbeit ja schließlich umsonst war, so gewinnt man einen lebendigen Eindruck von dem Maß von Entsagung, das dazu gehört, alle Kraft an eine Sache zu wenden, von der man niemals wissen kann, ob nicht ein Wechsel der politischen Konstellation alles zunichte macht. Ausgezeichnete Männer waren um den Konferenztisch des Ministeriums vereinigt. Einige, denen der Widerspruch gegen die Tendenz, die Schule stärker von der Kirche zu trennen, Gewissenssache war, und die in den besprochenen Verfassungsbestimmungen den Kirchen viel weitergehende Rechte verbürgt sahen, wie *de la Croix* und *Wiese*; andere, *Wäholdt*, *Schneider*, *Stauder*, auch *Barthausen*, die unabhängig von dieser Rechtsfrage doch um der Schule selbst willen einen stärkeren Einfluß der Kirche und größere Rücksicht auf die Konfession wünschten. Unter den jüngeren trat *Barthausen* durch sein Geschick, zu formulieren und Schwierigkeiten durch Zerlegung einzelner Paragraphen in mehrere zu überwinden, hervor. Das Wachstum der Paragraphenzahl im Lauf der Beratungen ist hauptsächlich sein Werk. An den Beratungen über das höhere Schulwesen und die Universitäten hatten *Bonitz* und *Göppert* den ausschlaggebenden Anteil, beide, wie *Sydow* und *Foerster*, überzeugte Anhänger der humanistischen Bildung. *Foerster* blieb Generalreferent, der für die

Einheitlichkeit der Beschlüsse und die Stilreinheit zu sorgen hatte und jedes unnötige Fremdwort ausmerzte.

Endlich, anfangs 1877, kamen die Beratungen zum Abschluß. Der Entwurf mit den ausführlichen Motiven wurde als Manuskript gedruckt; an die Öffentlichkeit ist er leider niemals gedrungen. Außer den Mitgliedern des Staatsministeriums und wenigen Eingeweihten hat ihn niemand gelesen. Beigegeben waren den Motiven einige Denkschriften, von denen die wichtigste die von Barthhausen gearbeitete „Erläuterung der Bestimmungen des Entwurfes über den Religionsunterricht an den niederen und höheren Schulen“ ist.

Der Entwurf ist das reifste Werk aus Falks Ministerchaft. Die Motive enthalten förmliche Abhandlungen über alle bedeutenden Probleme, zum Beispiel über die möglichen Formen der Lehrerbildung, über die Taubstummen-erziehung, über Kindergärten und ähnliche Anstalten, über die Berechtigungen der höheren Schulen, über Mädchenbildung, und eingehende geschichtliche Darstellungen der Entwicklung des Schulwesens, nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen Ländern. Man kann den Entwurf nur mit Schmerz darüber lesen, daß der vorzeitige Sturz des Ministers ihn noch im Stadium der Vorbereitung begrub. Wäre er Gesetz geworden, so wäre das preußische Schulwesen zu einer Selbständigkeit gelangt, die ihm bis heute fehlt, würden die Reibungen zwischen Staat und Kirche und zwischen Regierung und Selbstverwaltung, die seine Förderung so stark behindert haben, auf ein Minimum reduziert worden sein, würde die Bitterkeit, die sich namentlich der Lehrerschaft der Volksschule begreiflicherweise mehr und mehr bemächtigte, vielleicht allmählich verschwunden sein. Wir können aus dem gewaltigen Werk nur ein paar Punkte herausheben, an denen sichtbar wird, welch ein Fortschritt damals aufgeopfert worden ist.

Es war Falks Streben, das gesamte Unterrichtswesen zusammenzufassen und es als ein selbständiges Ganzes von allen anderen Zweigen der Staatsverwaltung abzusondern. Bismarck charakterisierte den Plan nicht mit Unrecht als „Aufrichtung eines Schulstaates im Staate“. An der Spitze dieses Organismus der Unterrichtsminister; unter ihm als seine wichtigsten Organe, nur ganz lose mit dem Oberpräsidenten verbunden, die kollegialen Provinzialschulkollegien für das gesamte höhere und niedere Schulwesen der Provinz; unter diesem nur noch die hauptamtlichen Kreisschulinspektoren als Aufsichtsorgane über die niederen Schulen ihres Bezirkes, deren Funktionen

auch den von Gemeinden angestellten Stadtschulinspektoren übertragen werden können. An der Aufsicht ist also die Kirche gar nicht, die Selbstverwaltung kaum beteiligt. Diese wird nur bei der örtlichen Verwaltung zugezogen, insofern aus ihr die Vorstände der einzelnen Schulen und in Städten die Schuldeputationen gebildet werden; freilich schloß der Begriff der Verwaltung doch eine gewisse Aufsichtsbefugnis in sich. Aber die Kirche als solche hat auch in diesen Stellen keine Vertretung. Maßgebend ist, daß alle Fragen ausschließlich von Behörden entschieden werden, die kein anderes Interesse, als das der Schule haben.

Dementsprechend ist der Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht beschränkt. Hierbei ist ihr allerdings viel mehr zugestanden, als in dem Foersterschen Entwurfe. Kommissare der kirchlichen Oberen haben bei der Prüfung der Befähigung für den Religionsunterricht in allen Schulen mitzuwirken, und ihre Zustimmung ist zur Erteilung der Befähigung erforderlich. Auch steht ihnen ein Einspruch gegen den Religionslehrer wegen Abweichung von der Lehre der Kirche zu, allerdings nur in Form einer Anrufung der staatlichen Entscheidung. Sie haben das Recht, die Lehrpläne für den Religionsunterricht zu begutachten, sich bei der Zulassung neuer Lehrbücher zu äußern, von der Erteilung des Unterrichtes Kenntnis zu nehmen und Beschwerden zu erheben. Das soll im wesentlichen gleich für alle Schulen ohne Unterschied gelten. Bei den theologischen Fakultäten ist die Pflicht des Ministers anerkannt, sich vor der Anstellung eines Professors bei der zuständigen kirchlichen Stelle zu informieren, ob Tatsachen vorliegen, daß die Lehre des Anzustellenden von der der Kirche abweicht, und wenn ihm das nachgewiesen wird, auf die Anstellung zu verzichten. Werden solche Beschwerden gegen einen angestellten Professor vorgebracht und begründet befunden, so muß zum Ersatz für das betreffende Fach eine neue Professur errichtet werden. Neben de la Croix war es besonders Sydow gewesen, der Falt zu diesen Einräumungen bestimmt hatte. Konnte die Kirche damit nicht zufrieden sein? Jedenfalls war der Minister berechtigt, zu sagen, er sei bis an die äußerste Grenze gegangen.

Um so strenger ist festgehalten, daß außerhalb des Religionsunterrichtes konfessionelle Verhältnisse erst dann berücksichtigt werden dürfen, wenn zuvor allen Forderungen der Schule selbst Erfüllung gesichert ist. Diese Forderungen sind: möglichst nur drei- oder sechs-klassige Schulen, nicht zu weit gedehnte Schulbezugsbezirke, deshalb

Zusammenlegung einflussiger Schulen, Freiheit der Schulverbände, ausschließlich dem Territorialprinzip zu folgen, Erlaubnis zur Neugründung konfessioneller Schulen nur, wenn sie mit drei Klassen errichtet werden. Wieder vermeidet der Gesetzgeber streng den Ausdruck Simultan- oder Konfessionsschule, ihren Charakter empfängt die Schule aus den örtlichen Verhältnissen. Sie wird von selbst eine Konfessionsschule, wo die im Schulbesuchsbezirk wohnenden Kinder alle oder zum größten Teile einerlei Bekenntnisses sind, von selbst simultan, wo die Bevölkerung gemischt ist. Nur das bestimmt das Gesetz, daß der Lehrer derselben Konfession sein soll, wie die große Mehrheit der Kinder, und daß in gemischten Schulen in der Regel auch die Minderheit einen Lehrer ihres Bekenntnisses haben soll.

Für die Präparandenanstalten, Seminare, höheren Schulen sind diese Grundsätze noch schärfer durchgeführt.

Dies alles bezweckt die Förderung der Schulanstalten, und demselben Ziele dient die Begünstigung der Errichtung neuer Mittelschulen und die Ermöglichung der Einrichtung obligatorischer Fortbildungsschulen.

Wichtiger noch ist die Hebung der Lehrerbildung und des Lehrstandes. Die Schaffung genügender Lehrerbildungsanstalten und Vorbereitungsanstalten wird als eine der ernstesten Staatsaufgaben betont, der Lehrplan der Seminare erweitert und vertieft, die Wahl zwischen Externat und Internat den Zöglingen freigegeben, Kurse und Lehrgänge zur Weiterbildung der Lehrer und zur Vorbereitung auf die Prüfungen des Mittelschullehrers, des Rektors, des Seminarlehrers angegliedert. Der in den Beruf eintretende Junglehrer sieht vor sich eine verheißungsvolle Laufbahn, mit Fleiß und Streben kann er aufsteigen; auch die Stellen der Kreischulinspektoren und Seminardirektoren stehen ihm offen, und nichts hindert auch die Berufung der Besten in das Amt der technischen Räte der Provinzialschulkollegien. Zugleich wird der Lehrer von aller Unterordnung unter die Ortsgewaltigen und den Ortspfarren befreit, einer rein pädagogischen Aufsicht unterstellt; er ist geborenes Mitglied des örtlichen Schulvorstandes, und Vertreter der Lehrerschaft sitzen auch in der städtischen Schuldeputation. Er wird auf ein festes, von den örtlichen Verhältnissen unabhängiges Bargehalt mit Alterszulagen gestellt, empfängt Anspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung, wie andere Staatsbeamte auch.

Aus der Ordnung der höheren Schulen will ich nur die end-

liche Regelung der in der Kommission heiß umstrittenen Frage der Berechtigungen mitteilen. Als höhere Schulen waren anerkannt Gymnasien, Realschulen und höhere Bürger Schulen, diese letzteren eine besonders von Sydow eifrig befürwortete Schulart, die gar keine Berechtigung haben und dem zu Unrecht vermuteten allgemeinen Bildungsbedürfnis dienen sollte, eine wenig glückliche Idee. Wäre es nach Göpperts Ansicht gegangen, hinter der alle philosophischen Fakultäten und die medizinischen mit einer Ausnahme standen, so wäre nur den Abiturienten der Gymnasien die Berechtigung zum Universitätsstudium zugesprochen worden. Galk berechnete die lateinlose Realschule zur Vorbereitung auf das Studium der Mathematik und der Naturwissenschaften und fügte hinzu, es könne in deren Lehrplan auch eine solche eingehende Beschäftigung mit der lateinischen Sprache und Literatur aufgenommen werden, daß dadurch eine ausreichende Vorbereitung zum Studium der fremden neueren Sprachen erzielt würde.

Die Universitäten endlich wollte der Entwurf in ihrer Selbstverwaltung und herkömmlichen Verfassung sicherstellen. Noch hier und da bestehende Aufsichtsrechte kirchlicher Oberer über die theologischen Fakultäten wurden ebenso aufgehoben wie die Bindung von Professuren außerhalb der theologischen Fakultät an ein religiöses Bekenntnis. Das Vorschlagsrecht der Fakultäten und das Recht der Professoren, nicht ohne ihre Zustimmung versetzt und nur auf ihren Antrag von den Lehrverpflichtungen entbunden zu werden, ihr Amt aber bis zum Tode zu behalten, wurde ausdrücklich anerkannt. Die akademische Gerichtsbarkeit wurde aufgehoben. An ihre Stelle trat die von Rektor und Senat auszuübende akademische Disziplin. Einen Satz hebe ich zum Schlusse hervor: „Neue Universitäten dürfen nur vom Staate errichtet werden.“

Dies der Hauptinhalt des großgedachten Gesetzentwurfes. War es denkbar, ihn zur Annahme zu bringen? Galk täuschte sich nicht einen Augenblick über die Schwierigkeiten. Am wenigsten Sorge noch hatte er vor dem Widerspruche der Kirchen. Wie die Dinge damals lagen, konnte er hoffen, daß dieser in der Minorität bleiben würde. Ließ sich aber der Träger der Krone dafür gewinnen? Wilmowski tat, sowie er den Entwurf in Händen hatte, in Gastein alles, was in seinen Kräften stand. Und der erste Eindruck, den der Kaiser hatte, war offenbar nicht ungünstig, wie Sydow, der ebenfalls in Gastein die Kur brauchte, Galk am 8. August berichtete. Aber alles hing

ja davon ab, ob Bismarck mit Entschiedenheit dafür eintreten würde. Deshalb war Falk auf dessen Urteil äußerst gespannt und dankbar, daß Tiedemann, Bismarcks Vortragender Rat, es übernahm, ihn gleichfalls in Gastein zu informieren. Manches in dem Entwurfe war geradezu darauf zugeschnitten, ihm die Zustimmung zu erleichtern, zum Beispiel die starke Betonung der staatlichen Aufsicht und die Fernhaltung der Selbstverwaltung davon. Aber anderseits schuf sich Falk damit bei den Liberalen im Abgeordneten Hause eine gefährliche Gegnerschaft, und er mußte damit rechnen, daß die großen Städte heftig protestieren würden. Jedoch, das alles war nicht die größte Gefahr. Die drohte vom Finanzminister. Ohne eine Steigerung der Staatsauswendungen war der Schule überhaupt nicht zu helfen. Falk forderte wahrlich nicht viel, etwa zehn Millionen als Dotation des Staates an die Provinzen. Ans, die wir die außerordentliche Steigerung des allgemeinen Wohlstandes in den folgenden Jahren kennen, möchte diese Summe lächerlich gering vorkommen; kein Zweifel, daß der Staat das ebenso spielend hätte leisten können wie die Provinzialverbände und Städte die ihnen zugeschobenen Lasten. Allein, die preußischen Staatsfinanzen standen damals so schlecht, daß eine solche Summe Camphausen völlig untragbar erschien. Die Behandlung der Vorlage im Staatsministerium führte sofort zu einem heftigen Kampfe mit ihm. Vielleicht hat Falk doch das damalige Preußen, Krone, Regierung, Landtag, Parteien überschätzt, wenn er hoffte, dies Gesetz durchzubringen. Allein — in magnis voluisse sat est.

Zwölftes Kapitel

Beginn der Krisis

Das Jahr 1876 brachte eine gewisse Pause in Arbeit und Kampf. Zwar mußte die Klinka der Gesetzgebung doch noch einmal in die Hand genommen werden, um ein Gesetz, betreffend „die Staatsaufsicht über die bischöfliche Vermögensverwaltung“, zu erlassen. Es war von Hübler und Bartsch gearbeitet, ging am 14. Februar 1876 an das Abgeordnetenhaus und wurde dort, wie im Herrenhause, natürlich unter lebhaftem Widerspruche des Zentrums, mit geringen Änderungen angenommen. Es ist nicht nötig, dabei zu verweilen. Ebenso dürfen wir die vorangegangenen Gesetze zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Baptisten und Mennoniten und des Austrittes aus den jüdischen Synagogengemeinden übergehen.

Auch ließen die Angriffe des Zentrums nicht nach. Der Minister wurde durch Interpellationen und Beschwerden bei der Etatberatung immer von neuem herausgefordert. Unter den Kämpfern trat jetzt neben Windthorst Herr von Schorlemer-Alst durch die Leidenschaftlichkeit seines Tones und die persönlich verletzende Schärfe hervor. Falk ließ sich aber nicht aus der Fassung bringen, auch dann nicht, wenn die vorgetragenen Beschwerden in der Tat einen berechtigten Kern in sich trugen. Es war ja begreiflich, daß die untergeordneten Organe in den Provinzen manchmal Takt und Billigkeit bei der Ausführung so schwieriger Gesetze vermissen ließen, und daß Mißgriffe vorkamen. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung verlegte sich in diesen Jahren auf die Schulverwaltung. Die härtesten Anfechtungen richteten sich gegen das Institut der weltlichen Kreis- und Schulinspektoren, gegen die Festsetzung der Leitungsbefugnis der Kirche (siehe oben S. 341), gegen die Förderung der Simultanschule. Hier zeigte sich die evangelisch-orthodoxe Partei noch empfindlicher und feindlicher als das Zentrum. Falks große Rede über Simultan- und Konfessionschulen am 17. Juni 1876 im Herrenhause wandte sich vornehmlich gegen diese.

Auch die evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten waren durch das Staatsgesetz, betreffend die evangelische Kirchenverfassung, zu einem



gewissen Abschluß gebracht. Es blieb nur übrig, auch in der Provinz Schleswig-Holstein und in Nassau die Kirchenverfassung auf derselben Grundlage neu zu ordnen und zu sanktionieren. Im ehemaligen Kurhessen schienen die Verhältnisse dazu noch nicht reif. Hier mußte sich das im Jahre 1873 errichtete gemeinsame Konsistorium erst einleben. Nachdem Mühlers Versuch, in diesem Bezirke die Kirchenverfassung zu ordnen, gescheitert war und zur Separation geführt hatte, war nach mühseligen Verhandlungen mit allen Beteiligten durch Königlichem Erlaß vom 24. April 1873 die Vereinigung der bisherigen drei Konsistorien zu einem einzigen mit dem Sitze in Kassel genehmigt und die Mittel dazu auf den Staatshaushalt gebracht worden, übrigens gegen den Widerspruch Camphausens, der nur durch das freundliche Eintreten des Grafen Roon für Falts Forderung zu überwinden gewesen war. Im Juli 1873 war dies Konsistorium im Auftrage des Ministers durch Sydow „unter vorläufiger Zurückstellung der weiteren Verfassungsfrage“ eröffnet worden. Da aus dem Lande selbst kein dringender Wunsch danach laut wurde, hatte der Minister keinen Anlaß, die wegen der Verwachsenheit konfessioneller und partikularistischer Überzeugungen hier besonders schwierige Verfassungsfrage von neuem aufzurollen.

Die Hauptarbeit Falts galt von Anfang 1876 bis Mitte 1877, wie schon gesagt, dem Unterrichtsgesetz.

Aber die Pause bedeutete nicht, daß nun etwa der Kampf selbst zum Ziele gelangt wäre. Die katholische Bevölkerung des Landes stand in einer immer fester gewordenen Geschlossenheit gegen den Staat. Bei den Neuwahlen zum Abgeordnetenhanse am 20. und 27. Oktober behaupteten das Zentrum 87, die Polen 14 Sitze. Allerdings kehrten die Nationalliberalen mit 174, die Fortschrittler mit 67 Abgeordneten wieder; die Freikonservativen hatten 32, die Neukonservativen 26, die Altkonservativen 9 Sitze. Die bald danach stattfindenden Reichstagswahlen am 10. Januar 1877 ergaben folgendes Resultat: 40 Konservative, 34 deutsche Reichspartei, 126 Nationalliberale (gegen 151 in der vorangehenden Periode), 31 Fortschrittler (gegen 49), 92 Zentrum, 14 Polen (beide unverändert), 15 Elsäßer, 12 Sozialdemokraten. Der Rückgang der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei war durch die starke Zunahme der agrarischen Agitation verursacht; sie ließ das Aufkommen neuer wirtschaftlicher Fragestellungen und Interessengruppierungen erkennen. Die an sich unbedeutende Zunahme der Sozialdemokraten von 9 auf 12 wurde

von Altkonſervativen und Zentrum natürlich auf das Konto der Falkſchen Schulpolitik geſchrieben. Falk ſelbſt war im Abgeordneten-
hauſe wie im Reichstage wiedergewählt worden.

Es war auch nicht gelungen, den Widerſtand des Epiſkopates und des Klerus zu brechen. Nur noch vier Biſchöfe waren im Amte, die Biſchöfe von Kulm, Ermland, Hildesheim und Osnabrück. Immer mehr wuchs die Zahl der „verwaiſten“ Pfarreien. Die Ausführung des Ordens- und Kloſtergeſetzes bereitete Schwierigkeiten, weil für die aufgelöſten Erziehungs- und Bewahranſtalten genügender Erſatz nicht leicht zu ſchaffen war. Der Zuſtand war durchaus unbefriedigend. Auf die Dauer konnte er jedenfalls nicht anhalten. Aber wenn ſich die Staatsregierung dieſer Einſicht auch nicht verſchloß, ſo war ſie doch des guten Gewiſſens, daß die Schuld daran bei der Halsſtarrigkeit des Epiſkopates und der Kurie läge, und entſchloſſen, abzuwarten. Jedenfalls deutete nichts auf eine Erſchütterung der Stellung Falks. Der Kaiſer zeigte perſönlich ungezwungenes Wohlwollen. Als Falk im Sommer 1876 inſolge Überanſtrengung ernſtlich erholungsbedürftig geworden war und deshalb einen etwas längeren Urlaub genommen hatte, konnte ihm Sydow aus Gaſtein, wo er mit dem Kaiſer zuſammengetroffen war, am 16. Auguſt ſchreiben: „Se. Majeſtät hat die eingehendſten Erkundigungen über Ihr Befinden, Ihren Aufenthalt und den Erfolg Ihrer Ausſpannung bei mir einge-
gezogen und, als ich ihm alles gemeldet, auch von dem günſtigen Erfolge Bericht erſtattet hatte, gab er ſeiner Freude unverhohlen Ausdrud.“ Allerdingſ bewieſen immer wieder Handbilletts des Kaiſers, daß das Kloſtergeſetz ihm ſteigendes Unbehagen bereite. Am 13. Februar 1876 ſchrieb er:

„Ich muß Sie um die Beſchleunigung Ihrer Berichterſtattung über die Ihnen von mir vorgelegten Beſchwerden der katholiſchen Kloſter-, Erziehungs- uſw. Anſtalten erinnern, da für viele derſelben der 1. April als Auflöſung beſtimmt iſt, während nachgewieſen war, daß bis dahin kein Erſatz zu ſchaffen möglich iſt. Es ſind aber bis zu dem genannten Termine nur noch ſechs Wochen, ſo daß alſo gar nicht abzusehen iſt, was geſchehen ſoll, wenn ich bis dahin auf Ihren Bericht nicht entſchieden habe?“

Nachdem dieſer Bericht eingegangen war, ſchrieb der Kaiſer am 23. Februar 1876:

„Mit meiner Beantwortung Ihres Berichtes betreffs die voluminöſe Sendung der katholiſchen Kloſterklagen, habe ich Ihnen ein

Privatschreiben des Herrn von Wilmowski zugehen lassen wegen Konservierung des Ehrenbreitsteiner Institutes. Da dasselbe von der Königin gegründet, dotiert und gehalten wird, so ist ihr Verlangen sehr natürlich, dasselbe erhalten zu sehen. Da es hauptsächlich der Krankenpflege gewidmet ist und daher die Erhaltung gesetzlich ist, so kommt es nur auf die Berücksichtigung der wenigen Kinder an, die zwar von der Natur vernachlässigt sind, wenn auch nicht speziell krank genannt werden können. Für diese Geschöpfe ist in der Anstalt natürlich mit einer Sorgfalt für Geist und Körper in einer Weise gesorgt, die in keiner Familie oder sonstiger Unterbringung außer der Anstalt ihnen zuteil werden kann, da sie überall eine beschwerliche Last sind. Aus diesen Gründen habe ich Sie also durch von Wilmowski auffordern lassen, die Ausweisung dieser Geschöpfe zu unterlassen. . . . Dennoch füge ich diese Zuschrift noch hinzu, um Ihnen diese meine Intention, [so] die Anstalt in Ehrenbreitstein bei Lebzeiten der Königin unverändert zu erhalten, da ich dies weder in meiner geschäftlichen Antwort, noch in Wilmowskis Brief so klar aussprechen konnte, weil immer davon doch etwas in die Öffentlichkeit bringen könnte, so spreche ich diesbezüglich nun es nur Ihnen aus. Bei der Eigentümlichkeit des Falles wird es Ihnen nicht schwer werden, auch geschäftlich die Sache so zu leiten, daß jedermann die Vereinigung mit dem Gesetz erkennen wird.“

Die Erhaltung der Anstalt ließ sich in der Tat mit dem Gesetze vereinigen.

Hinter dem allem stand natürlich der Einfluß der Kaiserin, deren Ungunst der Minister immer stärker zu fühlen bekam. Der Kaiser war in den letzten Jahren einsamer geworden und dadurch ihr Einfluß auf ihn gewachsen. Sie hatte jetzt wieder sein Ohr nach langen Zeiten der Entfremdung, in denen nur des Kaisers christliche Gewissenhaftigkeit dem Gedanken an eine Scheidung widerstanden hatte, und ermüdete nicht, ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen. Dazu war sie viel zu energisch und ausdauernd, wie schon ihre fast männliche Handschrift zeigt. Es war nicht selbstverständlich, daß die Kaiserin den einfachsten Geboten der Höflichkeit genüge; Falt war erstaunt, daß sie seiner Frau zur silbernen Hochzeit am 7. Februar 1876 durch die Oberhofmeisterin gratulieren ließ. Das Fest, das Falt als reines Familienfest mit Verwandten und Freunden feierte, zeigte ihm aber doch, welch eine Fülle von Ansehen und Vertrauen er auch in weiteren Kreisen besaß. Auch der Kronprinz war unter den Gratulanten mit einem sehr herzlichen Briefe: „Gott gebe Ihnen im

häuslichen Glück reichen Lohn wie Ersatz für alle die Hingebung, mit welcher Sie Ihr schweres Amt unausgesetzt zu verwalten verstehen.“ Denn auch mit diesem war das Verhältnis immer vertrauter geworden. Ein Band war, daß auch das kronprinzliche Paar freiere religiöse Anschauungen hegte und sich in Gegensatz zu den Hofpredigern wußte. Wie Falk, hielt es sich zu dem Prediger des Sprengels, in dem das kronprinzliche Palais lag, Stechow von der Dorotheenstädtischen Kirche, einem nach Gesinnung und Auftreten milden Geistlichen. Die einseitige Parteinahme seines Vaters für die Orthodogie war dem Kronprinzen schmerzlich, er nahm sich vor, es damit später anders zu halten, und sagte einmal zu seinem Nächstvertrauten Friedberg in den Konflikten des Winters 1876 auf 1877, er werde sich über sein Bett den Spruch aufhängen: *Il faut à un roi, jamais être prêtre mais toujours roi*. Ein anderes Band war die gemeinsame Fürsorge für die Angelegenheiten der Kunst. Falk fand bei ihm eine Stütze in seinem Bemühen, die Kunstverwaltung anders zu organisieren. Zwischen dem Direktor der Museen und dem Kultusminister war niemals ein gedeihliches Verhältnis gewesen. Mißhelligkeiten, welche schon Wilhelm von Humboldt erfahren hatte, traten unter jedem Kultusminister hervor, zuletzt in dem Verhältnis des Ministers von Mühler zu Herrn von Olfers. Der Grund lag in der Organisation. Denn das Amt des Direktors war anfänglich ganz und gar als ein Hofamt gedacht. Etwa um dieselbe Zeit, als Falk das Ministerium antrat, folgte Graf Ugedom, der frühere preußische Gesandte in Rom, dem Herrn von Olfers als stellvertretender Generaldirektor. Er war dem Kaiser wie dem Kronprinzen genehm, auch wollte man seinen nicht glänzenden Vermögensverhältnissen durch das Amt aufhelfen. Falk blieb aber von dem Geschick aller Kultusminister dem Museumsdirektor gegenüber nicht bewahrt. Reibungen und unerfreuliche Erörterungen mehrten sich, bis Graf Ugedom im Sommer 1876 dem Gedanken nahe trat, seinen Abschied zu nehmen. Ein Brief des kronprinzlichen Kammerherrn von Norman an den Ministerialreferenten für Kunstangelegenheiten, Geheimrat Schöene, vom 18. Juni 1876, nahm Bezug auf eine Äußerung des Kaisers zu Wilmowski: „Wenn der Graf Ugedom auf seiner Entlassung bestehe, werde der Kaiser ihn jetzt nicht mehr zurückhalten.“ Der Kronprinz übernahm, den Graf Ugedom zu verständigen, daß „nach seiner Meinung jetzt der Moment zur Einreichung seines Abschiedsgefuches gekommen sein möchte“.

Zur Verabschiedung kam es aber damals doch noch nicht. Der Kaiser sagte zu Wilmowski, „er gäbe den Korpskommandeurs auch nicht gleich die verlangte Entlassung, wenn sie mit dem Kriegsminister Differenzen hätten, sondern mahne sie zum Vertragen“. Unter den nun weitergehenden Reibungen litt der Kronprinz ebenso wie der Minister.

Auch das Verhältnis zu Bismarck war damals gerade ganz ungetrübt. Im Staatsministerium herrschte, wenigstens nach außen hin, Einmütigkeit. Mehrere seiner Mitglieder waren Falks Freunde, und er konnte sich darauf verlassen, daß sie in schwierigen Fragen sich mit ihm solidarisch erklären würden, bei den anderen stand er wenigstens durchaus in Achtung und Ansehen. Das Verhältnis der Staatsregierung zum Landtage bot zwar zuweilen Schwierigkeiten, aber im ganzen konnte sich doch die Regierung auf eine zuverlässige Mehrheit im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus verlassen.

Auch im Lande wurde der Kampf, den Falk in vorderster Stelle führte, von der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erkannt. Es war ja höchst merkwürdig, daß die Presse der evangelischen Orthodoxie behauptete, die ganze evangelische Kirche sei in der Verwerfung der Kirchenpolitik Falks einig, während das evangelische Volk zu seinen Abgeordneten fast nur Männer wählte, die diese Politik unterstützten. Wo kam die wahre Stimmung besser zum Ausdruck, in der Generalsynode und in der „Evangelischen“ und „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“, oder in den Wahlen? Einige abweichende Stimmen aus den Reihen der Wissenschaft, wie besonders das von Heinrich Geffken im Jahre 1875 veröffentlichte Buch „Staat und Kirche“, wurden durch den Widerspruch der maßgebenden Kritik zum Schweigen gebracht oder doch übertönt. Otto Mejer zerpflückte dieses in der Tat unsagbar oberflächliche Extrait aus der ganzen Kirchengeschichte in der „Jenaischen Literaturzeitung“ mit unbarmherziger Kritik. Große Freude bereitete Falk am 25. Oktober 1876 die Verleihung des theologischen Ehrendoktors von Kiel mit der schönen Begründung:

„ut ecclesiae nostrae ministris in rebus domesticis omnia bene eveniant, religiosissime curanti, in hac tanta ecclesiarum perturbatione partiumque dissidiis nec justitiae unquam neque aequitatis immemori, pro tuendis denique finibus inter magistratuum et ecclesiae auctoritatem legitimis contra ambitiosos romanensium conatus fortiter pugnanti“.

Die Berichte der Botschafter aus dem Auslande zeigten, daß auch dort volles Verständnis für die Lage der preußischen Regierung bestand. Es war einfach nicht richtig, wie die Kaiserin gesagt hatte, daß der Kampf Preußens gegen die Kurie es in Europa lächerlich mache. Die englische Presse beobachtete ihn mit unverhohlener Sympathie. Die niederländische Regierung gab auf die Mitteilung, daß der abgesetzte Bischof Martin von Paderborn sich nach Holland begeben habe, dem Auswärtigen Amt spontan ihren Entschluß kund, dem Dr. Martin nicht zu gestatten, daß er seinen Aufenthalt in den Niederlanden zu ferneren Versuchen mißbrauche, bischöfliche Funktionen in seiner früheren Diözese auszuüben (Mitteilung Bülow's vom 19. März 1876). Und bei dem Empfang des kaiserlichen Gesandten von Pirsch in Lissabon am 26. Februar 1876 sagte der König von Portugal, er sei erstaunt über den Kampf mit Rom in Deutschland,

„weil wir hier in Portugal in den Pombalschen Gesetzen und der Konstitution ganz dieselben Bestimmungen erlassen haben, wie die sogenannten Maigesetze für Deutschland enthalten, ohne sie vorher mit Rom vereinbart zu haben, und doch mit der Kurie in bestem Einvernehmen leben, die dieselben Bestimmungen hier sehr gut verträgt, denen sie in Deutschland ihr non possumus entgegenstellt. Anfangs nach Erlaß der Pombalgesetze grollte Rom und wollte Portugal zur Zurücknahme derselben zwingen. Wenn man diesen Herren gegenüber aber nicht nachgibt und fest bleibt, dann geben sie selbst nach. So ging es damals hier und so wird es auch in Deutschland geschehen, wenn man Rom nur keine Konzessionen macht. Und ich hoffe im Interesse Deutschlands, daß der Fürst Bismarck bei seiner bekannten Festigkeit recht bald dahin gelangen wird. Nur muß man den Umrrieben und versuchten Übergriffen der Klerikalen gegenüber auch später immer auf seiner Hut sein, und das ist meine Regierung im höchsten Grade; dann gibt es von Zeit zu Zeit kleine Reibungen und Gewitter, aber nachher atmet man um so freier.“ (Mitteilung Bülow's vom 11. März 1876.)

Es fehlte auch nicht ganz an Anzeichen einer Neigung zum Einlenken bei der Kurie. Am 10. März 1876 berichtete Bülow an Falk, Kardinal Hohenlohe habe dem Botschafter in Rom im engsten Vertrauen folgendes mitgeteilt:

„In einem Konsistorium Ende Januar erwähnte der Papst einen eben eingegangenen Bericht des Bischofs Martin von Paderborn über Fortsetzung der Kirchenverfolgung in Preußen und sagte:

„Man könnte meinen, ich sollte noch einmal eine Enzyklika erlassen, ich will es aber nicht tun, denn ich habe ja schon alles gesagt, was über die deutschen Verhältnisse zu sagen ist“, worauf der Kardinalvikar Patrizi sofort einfiel: „Ja wohl, Ew. Heiligkeit haben schon alles gesagt, was zu sagen ist“ und die übrigen Kardinäle mit den Köpfen nickten. Fürst Hohenlohe ist der Meinung, daß die in diesem Vorgange erkennbare friedfertige Strömung zur Zeit noch anhielte, daß aber die bevorstehende Ankunft des Kardinals Ledochowski wieder die entgegengesetzte Strömung zur Geltung bringen werde. Mit Sicherheit sei freilich noch nichts darüber zu sagen, denn Graf Ledochowski, dem die Tränen in jedem Augenblick, da er sie braucht, zu Gebote stehen, wird vor allem persönlichen Einfluß auf den Papst zu gewinnen trachten, und wenn er diesen in friedlicher Stimmung finde, so sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sein Ehrgeiz ihn dazu treibe, den Friedensengel spielen zu wollen.“

Am 19. März 1877 berichtete der Botschafter von Reudell an den Fürsten Bismarck:

„Kardinal Hohenlohe ersuchte mich gestern, Ew. Durchlaucht zu melden, daß Franchi ihm kürzlich mitgeteilt habe, er beabsichtige zu erwirken, daß die Ernennungen der Geistlichen in Preußen den Staatsbehörden in gleicher Weise mit dem Gesuch um Genehmigung (Agrement) angezeigt würden, wie dies im Elsaß und in Baden geschehe.

„Ich erwähnte gelegentlich, ein formales Gesuch um Genehmigung sei meines Wissens in Preußen nicht einmal nötig, sondern nur die Anzeige der beabsichtigten Ernennung an den Oberpräsidenten, damit letzterer in den Stand gesetzt sei, eventuell Einsprache zu erheben. Es werde also in Preußen weniger verlangt, als der Papst soeben der italienischen Regierung gegenüber ausdrücklich konzediirt habe. Der Kardinal bemerkte noch, Franchi hoffe eine solche faktisch entgegenkommende Verfügung des Papstes zu erwirken, wenn dies auch durch die kürzlich erfolgte Ernennung eines übelgesinnten Polen (des Monsignore Czacki) zum Sekretär der Kongregation für die auswärtigen Angelegenheiten erschwert sei.

„In betreff der bei Anwesenheit Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden stattgehabten Vorgänge ergab sich im Laufe eines langen Gespräches nur folgendes: Franchi ist es gewesen, der den Wunsch, der Großherzog möchte den Papst besuchen, geltend gemacht hat, zuerst indirekt, dann direkt. Er hat, ohne daß dies irgendwie bemerkt worden wäre, mit dem Großherzog mehrere Unterredungen gehabt. Prinz Hohenlohe sagte

leicht hin, er freue sich, daß aus dem Besuche beim Papste nichts geworden sei, denn das würde einen Höllenlärm gemacht haben.“

Darauf erstattete Bülow am 4. April folgenden Immediatbericht:

„Euer Kaiserliche und Königliche Majestät haben geruht mit Bezug auf den Bericht des Botschafters von Reubell vom 19. März, den ich die Ehre gehabt habe vorzutragen, ein Handschreiben vom 31. März an den Reichskanzler zu richten. Der Fürst Bismarck beauftragt mich alleruntertänigst zu melden, daß seines Erachtens abzuwarten sein würde, welchen Erfolg die verheißenen Bemühungen des Kardinals Franchi haben werden, den Papst zu einem entgegenkommenden Schritt gegen die Regierung Euer Majestät zu bewegen. Die durch den Kardinal Hohenlohe übermittelten Äußerungen Franchis sind privater Natur, können jeden Augenblick von dem zum geschäftlichen Verkehr mit den Regierungen autorisierten Kardinal-Staatssekretär Simeoni desavouiert oder ignoriert werden und bieten somit einen wirksamen Anknüpfungspunkt zur Verständigung nicht. Die Gefahr einer Desavouierung durch die Kurie erscheint um so größer, wenn man sich erinnert, wie vollständig der Papst, allen Nachrichten zufolge, noch unter dem Einfluß der aggressiven und unversöhnlichen Jesuitenpartei steht und wie schroff und eigenwillig zum Beispiel der Papst und seine ständigen Ratgeber sich noch ganz neuerdings sogar gegen die Regierungen von Frankreich und Oesterreich gezeigt haben, indem man den Erzbischöfen Dupanloup und Seynald den Kardinalshut verweigerte, zu dem dieselben von ihren Regierungen empfohlen waren, wie denn auch von den verständigeren Geistlichen, welche sich Deutschland wieder nähern möchten, noch keiner einen praktischen Erfolg, ja nicht einmal den Mut, seine Meinung öffentlich zu äußern, gehabt hat. Überdies erweist die Erfahrung der letzten sieben Jahre und die Haltung der Zentrumsparthei in und außerhalb des Reichstages nur zu deutlich, daß es den Führern weniger auf das Wohl und Wehe der katholischen Gemeinden und auf Frieden, als auf einen politischen Feldzug gegen das an die Spitze des Reiches gestellte Preußen und das evangelische Kaisertum ankommt. Jede vorläufige Äußerung von Bereitwilligkeit unsererseits, auf eine Verständigung einzugehen, würde, wenn der Kardinal Franchi keinen Erfolg hat, von der Kurie benutzt werden, um die Welt glauben zu machen, daß von deutscher Seite der erste Schritt geschehen sei; und eine solche falsche Darstellung zu widerlegen, für Euer Majestät Regierung sehr schwierig sein, weil das Hauptbeweismittel nur die ganz vertraulichen Unterredungen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden

mit dem Kardinal Franchi sein würde. Eine solche falsche Darstellung aber würde von den Ultramontanen in Deutschland als das erste Zeichen eines Rückzuges betrachtet und von anderen Seiten wahrscheinlich zu einem Versuche benutzt werden, unsere Beziehungen zu der italienischen Regierung zu trüben.

Auch abgesehen von der Möglichkeit eines unehrlichen Verhaltens der Kurie, wären solche unangenehmen Folgen schon darum zu fürchten, weil auf eine Bewahrung des Geheimnisses nicht zu rechnen ist. Wie Euer Majestät aus dem alleruntertänigst beigefügten Ausschnitt aus der „Wiener Neuen Freien Presse“ zu ersehen geruhen, waren schon am 9. v. M. die Bemühungen des Kardinal Franchi oder des Kardinal Hohenlohe ruckbar geworden.

Indem der Reichstanzler endlich hervorzuheben sich gestattet, daß der von den beiden Kardinalen übermittelte Wunsch doch schließlich nur der Kurie, nicht aber der Euer Majestät Regierung gestellten großen und schwierigen Aufgabe der Aufrechterhaltung der Staatshoheit auf dem ganzen Gebiet des Kirchenstreites zum Vorteil gereichen, unsere Verteidigungsmittel daher vor der Zeit schwächen würde, gibt derselbe Euer Majestät alleruntertänigst anheim, daß die Äußerungen des Kardinal Franchi für jetzt als non avenus zu betrachten seien und weiteres abgewartet werden möge.“

Wie recht Bülow damit gehabt hatte, zeigte sofort ein neuer Bericht Reubells an Bismarck vom 7. April 1877:

„Kardinal Hohenlohe teilte mir kürzlich mit, die Sprache des Kardinals Franchi habe sich in jüngster Zeit wesentlich geändert. Während er früher als sein Bestreben bezeichnete, dahin zu wirken, daß bei Ernennung von Geistlichen in Preußen die Regierung begrüßt werde, sage er jetzt, dies sei doch erst möglich infolge von Verhandlungen, zu welchen man vielleicht einen Vertrauensmann aus Berlin senden könnte. Prinz Hohenlohe fügte hinzu, die Herren seien hier offenbar augenblicklich wieder sehr übermütig, manche Gerüchte und Vorgänge der letzten Wochen, namentlich die letzte L a s t e r s c h e Rede *), hätten verursacht, daß man das Friedensbedürfnis Deutschlands hier überschätze.“

Bülow überreichte ihn dem Kaiser mit folgendem Immediatbericht (18. April 1877):

„Euer Königliche und Kaiserliche Majestät beehre ich mich einen Bericht des Botschafters von Reubell an den Reichstanzler alleruntertänigst zu überreichen, Inhalts dessen der Kardinal Franchi

*) Siehe unten S. 379.

in jüngster Zeit seine Sprache wesentlich geändert hat und den früher in Aussicht gestellten ersten Schritt der Kurie davon abhängig macht, daß von hier ein Vertrauensmann zu Verhandlungen nach Rom geschickt werde, mit anderen Worten, daß der erste Schritt von Euer Majestät Regierung geschehe.

Diese Meldung in Verbindung mit dem Berichte desselben Bot-schafters vom 3. d. M. *), der Euer Majestät schon vorgelegen hat, rechtfertigt das Bedenken des Reichskanzlers, welches ich, gegen jedes Eingehen auf die früheren Andeutungen Franchis, in dem alleruntertänigsten Bericht vom 4. d. M. darzulegen mir gestattet habe. Man darf wohl annehmen, daß die zuversichtlichere Stimmung, welche der augenscheinlich von einiger Illusion geheilte Kardinal Hohenlohe, namentlich seit der Lasterjchen Rede, wahrgenommen hat, den Kardinal Franchi ermutigt hat, sofort seine Ansprüche in einer Weise zu steigern, welche noch deutlicher den Zweck erkennen läßt, die Regierung Euer Majestät in ein falsches Licht und in eine schiefe Stellung zu bringen. Daß der Kurie gerade jetzt und mehr als in den verflossenen Jahren daran gelegen ist, diesen Zweck zu erreichen, läßt sich aus der Haltung schließen, welche sie in allerneuester Zeit den katholischen Regierungen gegenüber angenommen hat. Seit dem Jahre 1871 hatte sie ihre Angriffe vorzugsweise und fast ausschließlich gegen Deutschland gerichtet, während sie Konflikte mit der österreichischen und französischen Regierung vermied oder dilatorisch behandelte und in Italien, trotz der heftigen Deklamationen des Papstes, einen *modus vivendi* in betreff der Anstellung der Geistlichen zuließ. Mit dem Zirkular des Kardinals Simeoni vom 21. März d. J., welches dem Bericht aus Rom vom 3. d. M. beiliegt, beginnt augenscheinlich eine andere Taktik, deren Zusammenhang mit den Rechnungen, welche die Kurie sich auf den russisch-türkischen Konflikt machen dürfte, die Zeit wohl enthüllen wird. Das an die Nuntien gerichtete Zirkular ruft die katholischen Mächte auf, dem Papst gegen die italienische Regierung Hilfe zu leisten und *fait appel à l'action des fidèles auprès de leur gouvernants*.“

Dadurch ist der Konflikt mit der italienischen Regierung auf eine für die letztere sehr empfindliche Weise geschärft und in Frankreich das Signal zu Demonstrationen gegeben worden, welche die Regierung des Marschall Mac Mahon schon genötigt haben, sich zur Wehr zu setzen und das durch Dekret vom 4. April 1874 als erlaubter Verein zugelassene Comité catholique durch Dekret vom 1. d. M. aufzulösen und ihm jede fernere Tätigkeit zu unterjagen.

*) Nicht in den Akten, wenn nicht ein Irrtum statt 19. März.

Es ist begreiflich, daß der Kurie, während sie mit katholischen Regierungen auf der ganzen Linie einen Kampf unternimmt, daran gelegen ist, den Schein zu erwecken, als ob die deutsche Regierung des Widerstandes müde sei. Gelänge der Kurie das, so würden die Ultramontanen in Deutschland zum fortgesetzten Angriff auf die Staatsgewalt ermutigt, die Staatsgewalt in den katholischen Ländern in ihrem Widerstand entmutigt, so würden unsere guten Beziehungen zu der italienischen Regierung leicht erschüttert werden.

Die deutsche und preußische Gesetzgebung seit 1871 hat der Staatsgewalt der katholischen Kirche und dem Papsttum gegenüber noch nicht die Stellung zurückgegeben, welche sie vor dem Jahre 1840 einnahm; von einem der wichtigsten Gesetze über die Ausbildung der Geistlichen sind erst nach einer Reihe von Jahren Früchte zu erwarten. Wäre es dem Päpstlichen Stuhl Ernst mit einer Verständigung, so wäre es ihm sehr leicht, davon einen überzeugenden Beweis zu geben. Ist es deswegen schon geboten abzuwarten, so erscheint bei der veränderten Taktik der Kurie gegenüber den katholischen Mächten und bei der gegenwärtigen politischen Situation die vorsichtigste Zurückhaltung notwendig. Wie ich alleruntertänigst zu bemerken nicht verfehle, hat der Fürst Bismarck noch am Tage seiner Abreise unter dem Eindruck der letzten Nachrichten sich in diesem Sinne ausgesprochen.“

Eine ähnliche Vermutung auf eine Neigung der Kurie zu Verhandlungen enthüllte der Bericht des Botschafters Fürsten H o h e n l o h e aus Paris vom 30. März 1877 an Bülow:

„Bei meinem gestrigen Besuche teilte mir der Herzog Decazes mit, daß er von Rom Nachrichten erhalten habe, welche den Zustand des Papstes als bedenklich schildern. Die Schwäche nehme zu und es sei nicht zu erwarten, daß der Papst den Sommer überleben werde. Damit eröffne sich eine neue Frage, die für einige Zeit an die Stelle der orientalischen Frage treten werde. Aber die Wahl des künftigen Papstes lasse sich, meinte der Herzog, jetzt noch nichts voraussehen. Man nenne ihm als mögliche Nachfolger die Kardinäle Riario Sforza, Guidi, Delucca, Pecci und Panebianco. Von dem letzteren wußte der Herzog, daß er zu den Ganakistern gehöre. Riario Sforza bezeichnet er als einen gemäßigten Mann.

Von der Papstfrage auf die zwischen Preußen und dem Vatikan bestehenden Differenzen übergehend, erzählte mir der Herzog, er erfahre aus Rom, daß der Großherzog von Baden in Rom mit einigen Kardinalen, und daß der Herzog von Ratibor mit dem Nuntius in Wien unterhandelt hätten, um den Kirchenkonflikt bei-

zulegen. Da ich nun weiß, daß weder Seine Königliche Hoheit in Rom irgendwelche Unterredungen gehabt hat, die als Negotiations bezeichnet werden können, und da es mir ferner bekannt ist, daß die angebliche Unterhandlung des Herzogs von Ratibor sich auf die Tatsache beschränkt, daß der Großprior des Malteserordens, Graf Tichnowski, an den Herzog die Frage richtete, ob er nicht einmal mit dem Nuntius sprechen wolle, eine Frage, die bis jetzt ohne weitere Folge blieb, so ist das in Rom kursierende Gerücht jedenfalls höchst auffallend. Ich sehe darin ein Zeichen, daß der Vatikan die Unterhandlung wünscht, weil von dort das Gerücht einer bevorstehenden Unterhandlung ausgegangen ist. Ich zweifle auch nicht daran, daß bei fortgesetzter fester und energischer Durchführung der Maßregeln der Vatikan den ersten Schritt der Annäherung tun werde."

Wie fest Bismarck damals noch zu dem begonnenen Kampfe stand, mag endlich folgendes Schreiben des Geheimrat Tiedemann aus Varzin vom 6. November 1877 an Falk zeigen:

"... Der Reichstanzler äußerte, es werde unter Umständen die Frage aufgeworfen werden müssen, ob nicht gegen einen die Gesetze des Staates hartnäckig verletzenden Papst in ähnlicher Weise wie gegen die renitenten Bischöfe vorzugehen sei. Inwieweit unsere Gesetzgebung, namentlich der § 24 des Gesetzes vom 12. Mai 1873, für ein solches Vorgehen eine Handhabe biete, erscheine allerdings zweifelhaft. Folgerichtig sei es indessen nur, wenn man die Möglichkeit zuließe, auch gegen den Papst als obersten katholischen Kirchenbiener das dort vorgesehene Verfahren in Anwendung zu bringen und nötigenfalls die Absetzung desselben, selbstverständlich nur für den Umfang des preußischen Staates, ins Auge zu fassen. Ob dieser Gedanke jemals praktisch zu verwirklichen, würde natürlich von politischen Erwägungen abhängen. Für viele Fälle aber würde es dem Herrn Reichstanzler von großem Interesse sein, wenn Erw. Erzellenz Ihre Ansicht über die juristische Frage in vertraulichster Weise gelegentlich hierher mitteilen wollten."

Den Juristen im Ministerium, Lufanus und Foerster, standen die Haare zu Berg. Beide erklärten das genannte Gesetz für vollständig unanwendbar, ein Verfahren auf Absetzung vor dem kirchlichen Gerichtshof für gesetzlich unzulässig und unausführbar. Außerdem würde auch nicht der geringste Effekt erzielt werden, denn die Katholiken in Preußen würden nach wie vor den Papst als ihr kirchliches Oberhaupt anerkennen, und der Papst würde hundert Wege finden, seine

disziplinarischen Eingriffe den Beteiligten zur Kenntniss zu bringen. „Gewiß ist es eine wahre Kalamität, daß der Papst fort und fort die katholischen Untertanen Preußens gegen die preußischen Gesetze aufregen und den Ungehorsam geradezu als das Lößliche, als Pflicht der Katholiken hinstellen kann, aber hier können meines Erachtens nur große politische Erwägungen Mittel der Abhilfe finden, und diese Erwägungen werden sich immer wieder auf das italienische Garantiegesetz beziehen müssen.“

Falk übersandte dies Gutachten an Tiedemann. Damit war die Sache erledigt.

Aber freilich, eine dunkle Wolke lag zwischen dem Kaiser und dem Minister. Er hatte zwar die Generalsynodalordnung und das sie bestätigende Staatsgesetz gern vollzogen, auch bei dem Empfange, den Falk und Herrmann gemeinsam bei dieser Gelegenheit am 15. Januar 1876 hatten, mit seiner Anerkennung nicht gekargt und dieser durch den Erlaß vom 12. Juni 1876 ausdrücklich warme Worte verliehen:

„Nachdem die langerstrebte Verfassung der evangelischen Landeskirche in den älteren Provinzen meiner Monarchie durch Erlaß des Gesetzes vom 3. d. M. zu meiner lebhaften Befriedigung ihren Abschluß erhalten hat, finde ich mich in Anerkennung Ihrer erfolgreichen Mitwirkung bei diesem hoffentlich segensreichen Werke, wie nicht minder in Würdigung Ihrer unter den obwaltenden Verhältnissen besonders angestregten Tätigkeit auf den sonstigen Gebieten Ihres Ressorts, veranlaßt, Ihnen die 1. Klasse des Roten Adlerordens mit Eichenlaub zu verleihen und Ihnen die Dekoration unmittelbar zu übersenden.“

Allein, daß der Kaiser in einem entscheidenden Punkt anderer Meinung wie der Minister war, das konnte sich dieser doch nicht verhehlen. Er merkte es vor allem daran, daß der Kaiser, je länger desto mehr, vermied, in solchen Sachen seinen mündlichen Vortrag entgegenzunehmen, und sich mit schriftlichen Berichten begnügte oder nur sie verlangte. Falk war wiederholt genötigt gewesen, vom Kaiser Entschließungen zu begehren, die ihm nicht leicht wurden und bei denen er seine Anschauungen beugen oder aufgeben mußte. Daß solches Sichselbstüberwinden in dem Kaiser eine unangenehme Empfindung zurückließ, läßt sich verstehen. Um derartigen Eindrücken möglichst enthoben zu werden, beschränkte er den mündlichen Verkehr und suchte den schriftlichen. Das bereitete dem Minister nicht nur viel

peinliche Schreibarbeit, sondern brachte auch sonst Nachteile, da der Minister nie wissen konnte, wem der Kaiser die von ihm eingereichten Schreiben mitteilte. Es war nur gut, daß Falk an der Loyalität und weitreichenden Sympathie von Wilmowski einen unschätzbaren Bundesgenossen hatte. Die Frage, worin der Kaiser ganz entgegengesetzte Meinungen hatte, war die der Behandlung freierer Richtungen in der evangelischen Kirche, sonderlich des Protestantenvereins. Er hatte den Ausgang des Prozesses gegen den Prediger Sydow mißbilligt und, wie schon oben (S. 194) gesagt, nie verwunden. Das Vorurteil gegen den Protestantenverein wurzelte so fest in ihm, daß, wenn er oder ein Mitglied desselben irgendwie in Frage kam, die Behandlung der betreffenden Angelegenheit lediglich um dieses Umstandes willen eine besondere Schwierigkeit erlangte. Zögerte der Kaiser doch sogar einmal, die Ernennung eines Justitiars bei einem Provinzialschulkollegium zu vollziehen, weil der Vater des Vorgeschlagenen ein bekannter Führer des Protestantenvereins war! Falk machte sich deshalb zur Pflicht, in Berichten an den Kaiser die Bezeichnung Protestantenverein möglichst zu vermeiden und das sachlich Notwendige in andere Ausdrucksweise zu kleiden. Bei jenem schon erwähnten Empfange Falks und Herrmanns zum Vortrag über die Vollziehung der Generalsynodalordnung am 15. Januar 1876 kam die Erörterung an eine Stelle, wo des Protestantenvereins gedacht werden konnte. Der Kaiser fand diese Bezeichnung nicht gleich und fragte daher: „Wie nennen sich doch gleich heute die freien Gemeinden?“ Obwohl Falk keinen Zweifel hatte, daß der Kaiser den Protestantenverein meinte, nahm er doch die Frage wörtlich und entgegnete, daß dieselben seines Wissens ihren Namen nicht geändert hätten, und legte dies durch Bezugnahme auf die Berliner freien Gemeinden des näheren dar. Wie vorauszu sehen, sagte der Kaiser, daß er das nicht meine, aber die Überleitung des Gespräches auf den Protestantenverein wurde dadurch doch vermieden. Es gelang aber nicht immer, diesen Konfliktstoff zu umschiffen.

Am 1. März 1876 hatten die Berliner Zeitungen berichtet, daß der Prediger Sydow um seines Alters willen abzugehen gedente und daß ein anderer freisinniger Prediger, Schiffmann aus Stettin, an seine Stelle kommen werde. Noch am selben Tage erhielt Falk folgendes Handschreiben:

„Den anliegenden Ausschnitt aus dem heutigen Fremdenblatt finde ich soeben. Ich weiß nichts vom Abgang des Predigers

Sydow, noch weniger, daß Prediger Schiffmann aus Stettin an seine Stelle kommen wird. So sehr ich mich nun freue, daß ersterer endlich beseitigt wird, so wenig kann ich mit der Berufung Schiffmanns einverstanden sein. Er ist ganz von der Sydowschen Farbe, Protestantenvereinerler vom reinsten Wasser. Ich kann niemals darein willigen, daß er nach Berlin gerufen werde, und wollen Sie und Präsident Herrmann dahin entschieden wirken — vermutlich ist der Berliner Magistrat Patron —, daß diese Berufung nicht stattfinde. Der günstige Moment von Sydows Abgang muß benutzt werden, um an seine Stelle einen gläubigen Prediger zu berufen. Vor allem muß ich gegen Schiffmann protestieren, weil er das kronprinzliche Paar mehr und mehr auf seine Protestantenvereinsrichtung zieht, und mein Sohn nicht die Kraft hat, sich aus seinen Fesseln zu befreien. Daher ist Schiffmanns Berufung hierher vermutlich auf kronprinzlichen Einfluß zurückzuführen. Kommt Schiffmann hierher, so ist es entschieden, um die kronprinzlichen Kinder seinem Religionsunterricht anzuvertrauen!! Ich habe Schiffmann früher als Maurer recht gut gekannt, wo er noch korrekter Christ, also auch Maurer war. Jetzt arbeitet er bei meinem Sohn dahin, das christliche Fundament auch aus der Maurerei zu vertreiben, womit die preußische Maurerei zugrunde ginge *).“

Das Gerücht war übrigens grundlos. Schiffmann wurde nicht zu Sydows Nachfolger gewählt. Aber wie sehr dem Kaiser diese Sache am Herzen lag, bewies, daß er in einer Nachschrift zu einem anderen Briefe vom 12. April 1876 abermals daran erinnerte.

Natürlich war diese Stellung des Kaisers nicht unbekannt geblieben. Durch die persönlichen Berufungen zur außerordentlichen Generalsynode war sie dem ganzen Lande offenbar geworden. Vor

*) Die Bemerkung des Kaisers über Schiffmanns Tätigkeit im Freimaurerorden bezieht sich auf Folgendes. Der Kronprinz war seit 1853 Freimaurer. Als er 1858 in England zu Besuch war, verweigerte der Großmeister der „Loge von England“ ihm den Eintritt in den Tempel, weil die preußischen Logen jüdischen Mitgliedern, die in England vollberechtigt waren, die Mitgliedschaft versagten. Der Kronprinz gab sein Wort, nach der Rückkehr in die Heimat für die Aufhebung dieser Klausel sorgen zu wollen. 1861 Protektor geworden, suchte er die deutsche Loge in dieser Richtung zu reformieren, und bediente sich dabei der Hilfe Schiffmanns. Dieser geriet in schwere Kämpfe mit der orthodoxen Partei innerhalb der Loge, die 1876 sogar zu seinem Ausschluß aus der Loge führten. Schon vorher legte der Kronprinz sein ordensmeisterliches Amt nieder. Die Loge verfiel in eine schwere Krise. Natürlich erregten diese Dinge die Öffentlichkeit und auch den Kaiser.

allem wußten zwei Männer darum, nämlich Herrmann und Rögel. Schon gleich nach der Generalsynode am 21. Dezember 1875 hatte Herrmann an Falk geschrieben: „... Am liebsten zöge ich mich ganz zurück, nachdem die wesentliche Aufgabe, die mich nach Berlin geführt hat, soweit es an mir ist, mit Gottes Hilfe und unter Ihrem Beistande gelöst ist. Es liegt auch vielleicht im Interesse der Sache, daß nunmehr die fernere Leitung in eine Hand gelegt wird, der man in den kirchlichen Kreisen mehr Liebe und Neigung entgegenbringt, als ich mir in den letzten Jahren erworben habe und bei der Natur meiner Mission habe erwerben können.“

Und am 27. Februar 1876, an dem Tage nach der großen Redeschlacht im Abgeordnetenhaus, in der Falk den Antrag Virchow (I. o. S. 329) zurückgewiesen hatte, schrieb er wieder: „Soeben habe ich die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses gelesen. Sie erfüllen mich mit guter Zuversicht und vor allem mit Dank für Ihr Eingreifen, das Sie mir gestatten müssen, als ein sehr gelungenes zu bezeichnen. Ich meine, daß nach Ihrer Beleuchtung der Situation, nach Ihrer Rückversetzung der großen Frage aus dem Phantastischen ins Wirkliche, auch die Herren vom Fortschritt auf ihrer Negation nur in der Hoffnung beharren, daß sie in der Minorität verbleiben werden. ... So gute Hoffnungen ich aber auch für das Synodalgeseß habe, so wenig Vertrauen flößt mir die allgemeine politische Luftströmung ein. Sie wird auch auf meine Stellung ihren Einfluß zu üben nicht verfehlen. Ich habe Anzeichen dafür, daß man an maßgebender Stelle zwar meinem Streben und Leistungen gerne Anerkennung zuteil werden läßt, aber doch rebus aliter stantibus nicht ungern andere Hände im Besitz sähe. ...“

Gerade mit den letzten Sätzen hatte Herrmann die Stellung des Kaisers zu ihm ganz richtig charakterisiert. Er war einerseits gerecht genug, um der unermüdlichen und umsichtigen Tätigkeit Herrmanns Anerkennung zu zollen, anderseits bereitete ihm die Behandlung der Lehrfragen im Oberkirchenrat Skrupel. Gegen die „Schlußbestimmungen“ hatte er noch nach der außerordentlichen Generalsynode lebhafteste Bedenken geäußert, zweifellos hervorgerufen durch die Ablehnung, die seine persönlichen Vertrauensmänner bei der Schlußabstimmung diesen Bestimmungen entgegengesetzt hatten.

Noch genauer als Herrmann war natürlich Rögel über diese Stellung des Kaisers informiert. Die geradezu provokatorische Haltung, die er und die anderen Hofprediger gegen das Falk-Herrmannsche

Kirchenregiment einnahmen und in zahlreichen Agitationsreden im Lande betätigten, stützte sich auf diese Gewißheit, mit dem obersten Träger des Kirchenregimentes im vollen Einklange zu stehen. Zweifellos war es Rögel Überzeugungsache, dieses verderbliche Regiment zu Fall zu bringen. Es wäre ihm aber schwerlich gelungen, wenn er dabei nicht noch einen anderen Bundesgenossen gefunden hätte, der nun von neuem eine verhängnisvolle Rolle in der preußischen Politik zu spielen begann, nämlich Edwin von Manteuffel. Die inzwischen erfolgten Veröffentlichungen von Ludwig Dehio „Edwin von Manteuffel und der Kaiser, ein unbekanntes Kapitel aus der Geschichte der siebziger Jahre“ (Deutsche Rundschau, Jahrgang 52, 1926, S. 40 ff., 149 ff.) haben das Spiel Manteuffels aufs genaueste enthüllt. Ich sagte schon, daß der Kaiser in diesen Jahren innerlich vereinsamte. Die Zuwendung Bismarcks zum Liberalismus hatte ihn diesem entfremdet, der Rücktritt Noons seines nächsten Vertrauensmannes im Staatsministerium beraubt. So kam es, daß ihm Manteuffel nun wieder näher trat, und die Brücke dazu war eben Manteuffels Stellung zu den kirchlichen Fragen. Die Kirchenpolitik gegen Rom billigte er, aber die evangelische Kirchenpolitik empfand er als Geist der bitter gehaßten neuen Ara. Indem nun der König Manteuffels Rat suchte und annahm, öffnete sich ihm eine neue Einflußmöglichkeit. Daß es Manteuffel dabei um mehr zu tun war, als um eine Änderung der Kirchenpolitik, nämlich um die Verdrängung Bismarcks, dürfte zweifellos sein. An Manteuffel gewann nun Rögel einen mächtigen Bundesgenossen, und dieser suchte Rögels Stütze.

So bildete sich, sagt Dehio, eine „kirchenpolitische Kamarilla“ um den Herrscher. Ich möchte mir diesen Ausdruck nicht aneignen. Denn er ist geprägt vom Standpunkt einer konstitutionell politischen Moral. Diese lag aber, wie Manteuffel, so gewiß auch Rögel fern. Rögel war unbedingter Royalist, ihm stand der König über der Verfassung. Das Recht des Königs, sich zum Ratgeber zu erwählen, wenn er wollte, stand ihm fest. Und deshalb konnte er auch kein Unrecht darin sehen, diesem Rat zu geben, wenn er gesucht wurde. Ob sich Rögel freilich auch damit abgefunden hätte, wenn der König in Angelegenheiten des Domministeriums einen anderen Rat als den seinigen eingeholt und befolgt hätte, darf dahingestellt bleiben. Ich erinnere daran, daß, als Kaiser Wilhelm II. ohne den Rat der Domgeistlichen

sich den Nachfolger Rögels wählte, dies für Stöcker und seine Genossen den Anlaß bot, ihren Abschied zu erbitten.

Das Bündnis zwischen Manteuffel und Rögel entfaltete seine ganze Macht, als am 23. Februar 1877 der Brandenburgische Konsistorialpräsident H e g e l die Entlassung aus seinem Amte erbat. Hegel war im Jahre 1864 als Vortragender Rat im Staatsministerium für die Stelle eines Präsidenten des Oberkirchenrates in Betracht gekommen. Damals war diese Ernennung an dem Widerspruch des Generalsuperintendenten Hoffmann gescheitert und dessen Kandidat Mathis, der für gemäßigt liberal galt, ernannt worden. Da dem Könige aber diese Zurücksetzung Hegels, dessen königstreue und konservative Haltung von ihm geschätzt war, leid tat, ließ er ihn fragen, ob er Präsident des Brandenburgischen Konsistoriums als Nachfolger Mathis' werden wollte. Da er dies Amt annahm, wurde er am 1. Februar 1865 ernannt. Er war im Jahre 1877 zweiundsechzig Jahre alt, der schärfste Vertreter einer unbeugbaren Orthodog, dem es als die oberste Pflicht seines Amtes galt, die seiner Verwaltung unterstellte Provinz vor dem Eindringen jeder liberalen Richtung zu bewahren und das Monopol des Konfessionalismus aufrecht zu erhalten. Als solcher hatte er sich der Öffentlichkeit schon in dem Verfahren gegen Lisco und Sydow bewiesen, und seit der Ernennung Herrmanns hatte er seinen Widerspruch gegen dessen Kirchenpolitik wieder und wieder gebliffentlich hervorgehoben. Auf der Generalsynode war er geradezu der Führer im Kampfe gegen die Schlußbestimmungen. Auch den Protest gegen die Trauungsordnung des Oberkirchenrates hatte er unterschrieben und sich nicht gescheut, die neue Gemeindeordnung als eine Heimsuchung des Herrn und als Einführung der Unordnung in die Kirche zu bezeichnen. Die bereits früher erwähnten Mißbelligkeiten, die sich zwischen ihm und dem Oberkirchenrat aus der Behandlung der leidigen Streitigkeiten in der Berliner Zionsgemeinde ergaben, hatten den Oberkirchenrat schließlich zu einem in der Tat sehr scharfen, rügenden Erlaß an ihn genötigt, und die Antwort war nun eben sein Entlassungsgesuch *).

In einem gemeinschaftlich von Herrmann und Falk gezeichneten Erlasse empfahlen diese, unter gerechter Anerkennung seiner Qualitäten, dennoch Hegel die erbetene Versetzung in den Ruhestand unter gleichzeitiger Ordensauszeichnung zu gewähren. Der Kaiser war damit vor eine schwere Entscheidung gestellt. Wie es seine Art war,

*) Beides befindet sich leider nicht in den Akten.

zögerte er damit von Monat zu Monat. Wilmowski gelang es nicht, den Kaiser zur Zustimmung zum Antrage Falks und Herrmanns zu bewegen, aber auch einem noch Größeren gelang es nicht. Der Kaiser hatte Bismarck um sein Gutachten ersucht. Der von Dehio mitgeteilte Brief Bismarcks an den Kaiser, „eine der charakteristischsten Kundgebungen seines politischen Genius“, sprach sich mit äußerster Schärfe gegen Hegel aus. „Er müsse entfernt werden, unabhängig von seinem Gesuche, denn er befinde sich im prinzipiellen Gegensatz zu den Gesetzen des Staates. Den eifrigen, aber kurzsichtigen Kämpfer bestimme katholisierende Anduldsamkeit, Verwechslung von Glaube und Priesterherrschaft. Nur mit Duldsamkeit aber könne sich die evangelische Kirche gegen die römische behaupten, die ihr an Glaubenszwang von vornherein überlegen sei.“ Aber nicht nur als gläubiger, der evangelischen Kirche treu ergebener Christ bat Bismarck, das Entlassungsgesuch Hegels zu genehmigen, sondern auch als Minister. Geschehe dies nicht — es ist überraschend, wie klar Bismarck die Folgen voraussah —, so werde die öffentliche Meinung einen Wechsel in der Politik bevorstehend glauben, der aus dem Kampfe für die Unabhängigkeit der Krone gegen die Anmaßung der römischen Priesterherrschaft hervorgegangen sei. Blicke Hegel, so würde das gleichzeitige Verbleiben von Herrmann nicht tunlich sein. Damit sei auch Falks Verbleiben in Frage gestellt und der ganze Bestand des gegenwärtigen Ministeriums erschüttert. Einen Ersatz für Falk wisse der Kanzler nicht zu nennen. „Ein Abbruch des Kampfes zum Nachteil des Staates und seiner Gesetze ist mit einem Verzicht auf die volle Unabhängigkeit der monarchischen Souveränität gleichbedeutend.“

Der Eindruck dieses Appells auf den Kaiser war nicht der gewünschte. Die Randbemerkungen des Kaisers zeigen, daß er die Konsequenzen, die Bismarck voraussah, nicht anerkannte, und daß er nach der Lösung suchte, sowohl Hegel wie Herrmann zum Bleiben zu veranlassen. Vielleicht wäre es doch gelungen, den Kaiser zur Entlassung Hegels zu bewegen, wenn nicht unglücklicherweise zwei unvorhergesehene Vorkommnisse das Gewicht in die Waagschale für Hegel geworfen hätten. In der St. Jacobikirche zu Berlin hielt am 13. Mai ein bekanntes Mitglied des Protestantenvereins, der Prediger an der Andreaskirche Liz. H o f f b a c h, eine Wahlpredigt. Der Gemeindefkirchenrat und die Gemeindevertretung waren in ihrer Mehrheit liberal, gehörten aber nicht jener flachen und dünnhastigen Spielart des Liberalismus an, wie sie in der Zionsgemeinde herrschte,

sondern es waren ausgezeichnete, christlich warmherzige Männer, einer ihrer Führer, der berühmte Sanskritist an der Berliner Universität, Professor Dr. Albrecht Weber, nebenbei ein naher Jugendfreund des Ministers. Er übersandte am 19. Mai Galt das erste Exemplar der gedruckten Hofbachschen Predigt vom Sonntag vorher und schilberte den Vorgang, wie fünfzig bis sechzig Personen unter möglichstem Geräusch die Kirche verlassen hätten, während Hofbach zwar blaß wurde, aber ruhig fortfuhr. „Bis jetzt war diese Kanzel nur in Händen der Verfechter jeder freieren Anschauung. Für die Bekenner derselben geradezu ein Notstand. Jetzt, wo die von der Majorität gewählten Vertreter einmal freisinnige Geistliche zu Gastpredigten berufen, wird die Kirche von den bisher allein herrschenden Mitgliedern der Minorität als entweiht betrachtet. Hofbachs Predigt war von einer wahrhaft zu Herzen bringenden Innerlichkeit. Nun zum Glück weht jetzt oben ein anderer Geist.“ Wie sehr sollte er sich in dieser Zuversicht getäuscht haben!

Hofbachs Predigt ist in der Folgezeit viel umstritten worden. Von heute rückblickend kann man kaum verstehen, daß sie Anlaß zu so viel Erregung geboten hat. Allerdings bekannte der Prediger sich ausdrücklich zur modernen Theologie und hob hervor, daß er in der Auffassung der Person des Herrn von seinem Vorgänger abweiche. Aber irgend etwas Aggressives oder Verletzendes läßt sich in dieser Predigt nicht entdecken. Offenbar beruhte es auf vorhergehender Verabredung, wenn während der Predigt eine Gruppe von Gemeindegliedern demonstrativ und geräuschvoll die Kirche verließ. Die Gemeindegörperschaften ließen sich dadurch nicht einschüchtern, sondern wählten Hofbach mit 38 gegen 10 Stimmen zum Prediger.

Das zweite Vorkommnis war dies, daß auf der Einladung der Kreissynode Berlin Kölln-Stadt zur zwölften Synodalversammlung am 5. Juni unter Nr. 15 der Tagesordnung ein Antrag des früheren Berliner Stadtverordnetenvorstehers Kochhann aufgeführt war, an die Provinzialsynode das Ersuchen zu richten, aus der Tauf- und Konfirmationsliturgie und aus der Sonntagsliturgie das Apostolikum zu beseitigen.

In diesem Augenblick trat nun Kögel hervor. Er brachte beides vor das Auge des Kaisers. Der Kaiser geriet in höchste Erregung. Er schrieb am 31. Mai an Galt — diesen ging die Sache ressortmäßig gar nichts an — und Herrmann einen Brief, in dem er die Erwartung aussprach, daß von der Tagesordnung der Kreissynode

die Nr. 15 gestrichen und gegen Hofbach unverweilt die Untersuchung und Entsetzung vom Amte angetragen würde. Er schrieb zugleich an Bismarck (Gedanken und Erinnerungen, Anhang I, S. 270). Dieser sandte ein zweites Schreiben. Allein der Hinweis, daß die derzeitige Generation ja gerade das Erziehungsprodukt des konservativen Elementes unter Mühlerscher Verwaltung sei und daß gerade die neue Verfassung mit der eröffneten Betätigung des Laienelementes Besserung verspräche, daß man Geduld und Nachsicht brauche, fand beim Kaiser kein geneigtes Ohr. Der Kaiser sah nur seine alten Bedenken gegen die Zivilehe und eine stärkere Beteiligung des Laienelementes an der Kirchenleitung gerechtfertigt, und ein Hieb Bismarcks auf die Feinde der neuen Verfassung in der Kirche verstimmte ihn erst recht.

Ich übergehe die Antwort, die Herrmann an den Kaiser richtete. Die ganze Korrespondenz ist in den „Deutsch-Evangelischen Blättern“, 31. Jahrgang, 1906, S. 676 ff. abgedruckt. Es ergibt sich daraus, daß der Kaiser nun nach dem Auftreten der Hofbachschen Frage unter keinen Umständen geneigt war, das Hegelsche Abschiedsgesuch zu genehmigen. Es ergibt sich aber ebenso daraus, daß der Kaiser doch den Wunsch hatte, auch Herrmann zu halten und sich über die Größe der Differenz, die zwischen ihm und Herrmann in der Behandlung der Hofbachschen Frage bestand, täuschte. Herrmann aber fühlte die Schwere dieser Differenz, und wie sollte er nicht, da Tag für Tag die Blätter der Evangelisch-Orthodoxen St ins Feuer schützeten. Der Zustand wurde ihm so unleidlich, daß er bereits am 23. Mai Falk die Absicht aussprach, um seine Entlassung zu bitten. Falk drängte in ihn, das nicht zu tun. Herrmann schrieb an Falk am 25. Mai: „Die nächste Wirkung Ihrer gütigen Ratschläge von vorgestern Abend ist gewesen, daß ich den Entschluß, meine Versetzung in den Ruhestand zu erbitten, sistiert habe, nicht um ihn aufzugeben, sondern um eine immerhin mögliche anderweite Erledigung des Konfliktes nicht zu durchkreuzen, die, indem sie die im Hegelschen Entlassungsgesuch ausgesprochenen Grundsätze und Petitionen der Kirchenleitung zurückweist, die durch die bisherige Zögerung tief erschütterte Autorität des Gesetzes und des Oberkirchenrates einigermaßen wieder beseftigt. Freilich muß diese Erledigung, die nach dem langen Aufschub sicherlich nach außen den Eindruck einer schwer abgerungenen machen und deshalb nicht sehr kräftig wirken wird, aus bekannten Gründen in den nächsten Tagen erfolgen, wenn sie einigen

Wert haben und auf mich die Wirkung ausüben soll, daß ich die bei meinem Eintritt in den Dienst mir persönlich anvertraute Mission auch fernerhin für erfüllbar und das fernere Ausharren für vereinbar mit meiner Ehre ansehe.“

Da eine solche Rundgebung nicht erfolgte, ließ Herrmann dann doch dem Kaiser durch Wilmowski andeuten, daß er genötigt sei, um seinen Abschied zu bitten. Das war dem Kaiser sichtlich unangenehm. Er schrieb am 10. Juni an Herrmann: „Ich bin dazu berufen, Sie von diesem Schritt abzuhalten. Bei keiner Gelegenheit ist auch nur ein Wort oder ein Zeichen von mir gefallen, das auf eine Systemänderung der von mir selbst gewollten und bestätigten Synodalverfassung hindeutete. Daß leider manches in derselben, wie Sie selbst am besten wissen, nicht so aufgenommen worden ist, wie ich es wünschte, ist gewiß, aber ich habe sie dennoch vollzogen, auf die feste Ausführung vertrauend, die meine Bedenken beseitigen würde.“

Dennoch blieb Herrmann zum Befremden des Kaisers auf seinem Abschiedsgesuche bestehen. Der Kaiser erwiderte mit einem Schreiben, in dem die beiden widerstreitenden Stimmungen in seiner Brust auf das deutlichste hervortraten. Er hoffte immer noch, Herrmann zum Kampf für den rechten Glauben gegen den Unglauben, gegen „die nun offen zu Tage liegende Glaubensfälschung“ zu gewinnen. Dementsprechend beharrte er auf seinem Entschluß, daß beide, Hegel wie Herrmann, bleiben sollten.

In diesen ereignissschweren Tagen hat nun auch Manteuffel seinen Einfluß geltend gemacht. Sicherlich waren er und Rögel mit des Kaisers Vermittlungsversuch nicht einverstanden, aber sie waren auch klarblickend genug, um zu erkennen, daß zunächst alles darauf ankomme, Hegel zu halten, und daß, wenn dies gelänge, Herrmanns Stellung auf die Dauer unhaltbar sein würde. Sie wandten also gegen Herrmanns weiteres Verbleiben zunächst nichts ein. Um so entschiedener traten sie für die Zurückweisung von Hegels Entlassungsgesuch ein. Dementsprechend erfolgte die Entscheidung des Kaisers. Er schrieb am 12. Juni 1877 an den Fürsten Bismarck:

„Indem ich Ihnen mit Bezug auf die Berichte vom 31. des vorigen und vom 4. diesen Monats für die Beleuchtung der Ihnen zur Begutachtung von mir übergebenen Akten in der Angelegenheit betreffend das Entlassungsgesuch des Konsistorialpräsidenten Hegel, sowie den Antrag auf Beseitigung des Apostolikums aus den gottesdienstlichen Handlungen der evangelischen Kirche aufrichtig danke, teile ich Ihnen mit, daß ich für jetzt nicht in der

Lage bin, auf das Entlassungsgeſuch des Präſidenten Hegel einzugehen, da das Zuſammenfallen jenes in der hieſigen Kreiſſynode geſtellten Antrages mit der von dem Prediger Hoßbach in der St. Jacobikirche gehaltenen Predigt ein amtliches Verfahren gegen den letzteren unvermeidlich macht und der Präſident Hegel in demſelben die erſten Anordnungen zu treffen hat.“

Zu gleicher Zeit ergingen zwei Kabinettſorders, eine an den Miniſter und den Oberkirchenrat, eine an Hegel, beide vom gleichen Datum. Die Kabinettſorder des Kaiſers an Hegel lautete:

„Auf das Immediatſchreiben vom 23. Februar gebe ich Ihnen folgendes zu erkennen: Als ich nach Erlaß der Generaſynodalordnung den Vorſtand der Generaſynode empfing, habe ich mich vor demſelben mit den Worten

„Vor allem kommt es darauf an, daß die Kirche auf dem rechten Grunde ſtehen bleibt, auf dem Grunde des apoſtoliſchen Glaubensbekenntniſſes. Ich ſtehe auf dieſem Grunde, auf dem Glauben, auf welchen ich getauft und konfirmiert bin, und nichts kann mich bewegen, davon abzuweichen. Werden mir hiergegen Einwürfe gemacht, ſo werde ich ſie jederzeit zurückweiſen“

öffentlich und nachdrücklich zum Apoſtolikum bekannt, auf welches nicht allein ich für meine Perſon, ſondern auch die Vorſahren und Angehörigen meines Hauſes Taufe und Konfirmation empfangen haben. In dem Augenblicke, in welchem, wie kürzlich geſchehen, bei einer zu den Organen der evangeliſchen Kirche gehörenden Synodalverſammlung der Hauptſtadt die Symptome des Unglaubens und der Glaubensfäliſchung in einem bis zum Antrag auf Beſeitigung des apoſtoliſchen Glaubensbekenntniſſes geſteigerten Grade auftreten und in der Öffentlichkeit erſcheinen, kann ich Beamte, deren Feſthalten am ſtrengen Glauben bekannt iſt, nicht entlaſſen, ohne in den Begriffen meines Volkes Verwirrung zu erzeugen. Aus dieſem Grunde weiſe ich Ihr Geſuch um Entlaſſung aus Ihrem Amte hiermit zurück. Ich ſpreche dabei die Erwartung aus, daß Sie das Vertrauen, welches ich Ihnen durch dieſe Entſcheidung beweise, durch treue Beſolgung der von mir für die evangeliſche Kirche gegebenen Geſetze rechtfertigen und ſich der höheren Entſcheidung auch dann fügen werden, wenn Ihre abweichende Anſicht, die auszuſprechen Ihnen gleich jedem Staatsbürger unbenommen iſt, nicht berückſichtigt werden könnte.“

Die Order an den Miniſter und Herrmann war gleichlautend bis zu dem Satze „ohne in den Begriffen meines Volkes Verwirrung zu erzeugen“, und fuhr dann fort:

„Aus dieser Rücksicht habe ich das Gesuch des Präsidenten Hegel in dem an ihn gerichteten, abschriftlich beigelegten Schreiben vom heutigen Tage mit dem Ausdruck der Erwartung abgelehnt, daß der Antragsteller das ihm hierdurch bewiesene Vertrauen durch treue Befolgung der von mir für die evangelische Kirche erlassenen Gesetze rechtfertigen möge. Indem ich Sie, den Minister und den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, hiervon in Kenntnis setze, hege ich gleichermaßen die Erwartung, daß Sie nicht nur dieser Entscheidung Folge geben, sondern mir in dieser für unsere evangelische Kirche so kritischen Zeit auch ferner kräftigst zur Seite stehen werden.“

Gegen die Ansicht Falks ließ Herrmann beide Orders veröffentlichen. Die Wirkung auf die Beteiligten war verschieden. In der Hegel nahestehenden Presse wurden sie als ein eklatanter Triumph der kirchlichen Rechten und als eine vernichtende Niederlage des Oberkirchenrates aufgefaßt. Ähnlich beurteilte sie Herrmann selbst. Er war deshalb geneigt, auf seinem Abschiedsgesuche zu bestehen. Es bedurfte zweier dringender Briefe Tiedemanns und der stärksten persönlichen Einwirkung Falks, um ihn davon abzuhalten. Am 19. Juni schrieb er an Falk:

„Ew. Excellenz verzehe ich nicht ergebnist mitzuteilen, daß ich die Verfolgung der Absicht, aus meinem Amte zurückzutreten, vorläufig aufgeschoben habe. Meine Gründe sind:

1. Ich wünsche den Schein des unmittelbaren Kausalzusammenhanges zwischen Hegels Verbleiben im Amt und meinem Austritt zu vermeiden.

2. Ich halte es für richtig, mich fürs erste zuwartend zu verhalten, ob die meiner Wirksamkeit und der Autorität des Evangelischen Oberkirchenrates zugefügten Nachteile durch geeignete öffentliche Kundgebungen von allerhöchster Stelle werden geheilt werden, welche den allgemeinen Glauben an das unverkürzte königliche Vertrauen wieder herstellen.

3. Dem im allerhöchsten Handschreiben ausgesprochenen Verlangen, daß ich in der durch die bekannten kirchlichen Vorgänge in Berlin herbeigeführten Situation nicht ausscheide, halte ich mich verpflichtet zu entsprechen, solange dies zur Steuer des Rechts dienen kann.“

Bismarck selbst, der sich während der ganzen Monate aufs genaueste über den Gang des Konfliktes auf dem laufenden halten ließ, teilte das Urteil Herrmanns nicht. Wilmowski hatte gefürchtet,

daß das Schreiben des Kaisers ihm einen unfreundlichen Eindruck machen würde. Das war nicht der Fall. Falk und Eulenburg konnten sich bald überzeugen, daß Bismarck von dem Ausgang der Angelegenheit nicht unbefriedigt war. Er glaubte, daß Hegels Entlassung damit nur aufgeschoben sei, und charakterisierte des Kaisers Order an Hegel und Herrmann als „Herrmann lobend, Hegel tadelnd“. Sybow stimmte Herrmanns Auffassung bei. Er äußerte zu Wilmowski: „Soweit wäre die Sache also einstweilen gut, freilich auf wie lange?“

Seinen persönlichen Bemühungen gelang es, den ungünstigen Eindruck, den des Kaisers Entscheidung auf das Land machte, einigermaßen wett zu machen. Er setzte sich nämlich in persönlicher Korrespondenz mit Wilmowski für irgendeine sichtbare und deutliche Vertrauensfundgebung des Kaisers an Herrmann ein. Wilmowski schlug dem Kaiser vor, Herrmann zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz zu ernennen, und benutzte dazu die friedfertigeren Stimmung, die sich des Kaisers während seines Aufenthaltes in Gastein bemächtigt hatte, dies durchzusetzen. Freilich zeigen die Briefe Sybows, die er, gleichfalls in Gastein befindlich, darüber an Falk schrieb, daß den Kaiser schon wenige Tage nachher, als er von Gastein nach Baden-Baden gereist und dort mit der Kaiserin zusammengetroffen war, seine Zusage zu Wilmowskis dann schnell ausgeführtem Antrage reute. Auf den Glückwunsch des Ministers zu dieser Auszeichnung antwortete Herrmann mit den Worten: „... Daß dies der Sache, welcher ich diene, vorteilhaft ist, erkenne ich willig und dankbar an. Nur kann es nicht dazu dienen, eine Enttäuschung abzuwenden hinsichtlich der bestimmten Art und Richtung der von mir jetzt erwarteten Dienstleistungen. Diese Abwendung lasse ich mir mit angelegen sein. Gelingt sie nicht, so bedrücke ich mich schließlich mit dem Schilde meines Briefes vom 26. Juli 1872 [siehe oben S. 98, 99] den E. Majestät gelesen und trotz dessen er meine Berufung genehmigt hat.“

Falk hatte die Empfindung, daß eine gefährliche Krisis, in der er gewissenshalber nicht hätte bleiben können, einigermaßen glimpflich vorübergegangen sei. Er war nicht genötigt worden, die Kabinettsfrage zu stellen, aber er verhehlte sich nicht, daß bei diesem Konflikt Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Träger der Krone und seinen verantwortlichen Ratgebern hervorgetreten waren, die früher oder später zu einem neuen Konflikt führen würden.

Ja, er mußte wiederkehren, wenn der Einspruch gegen die Wahl Hofbachs zur Entscheidung durch den Oberkirchenrat gelangte. Denn dazu kannte er Herrmann zu gut, um der Befürchtung Raum zu geben, die im Sommer 1877 Holzmann dem Prediger Köllreuter in Freiburg äußerte, Herrmann könne sich durch die Erzellenz bestimmen lassen, Hofbach abzusetzen. Und auch auf seinem eigensten Gebiete sah sich Falk durch die entschlossene Parteinahme des Kaisers für die evangelische Orthodoxie bedroht, in der Frage der Simultanschulen und in der Verwaltung der theologischen Fakultäten. Denn auch die Berufung freisinniger Professoren hatte den Kaiser mehrfach mißfällig berührt. Die Erneuerung der ganz niederliegenden Berliner Fakultät, eine gemeinsame Sorge Falks und Herrmanns, vollzog sich nicht nach den Wünschen des Kaisers. Herrmann hatte im November 1873 bei Albrecht Ritschl in Göttingen den Versuch gemacht, ihn für Berlin, und zwar nicht nur für eine Professur, sondern zugleich für ein kirchenregimentliches Amt, zu gewinnen. Ritschl hatte das, wie Herrmann Falk am 3. November 1873 schrieb, rundweg abgeschlagen und hinzugefügt, er werde sich niemals entschließen können, mit der Professur ein kirchenregimentliches Amt zu verbinden, denn eine solche Verbindung erzeuge ein pfäffisches Wesen, vor dem ihm graue *). Im August 1874 lehnte auch Hermann Schulz eine Berufung nach Berlin ab. Herrmann schrieb darauf an Falk am 7. August von Freiburg im Breisgau aus: „In der Überzeugung, daß das Scheitern der Schulz'schen Berufung keinen Stillstand in die Bemühungen, der Berliner Fakultät aufzuhelfen, bringen werde, bin ich bemüht gewesen, Material einzusammeln. Da ich Holzmann für vorzüglich urteilsfähig halte, so habe ich diesen veranlaßt, mir zu meiner Instruction mitzuteilen, was zur weiteren gesunden Behandlung der Frage gereichen könne. Holzmann selbst hat sich im persönlichen Verkehr keineswegs so entschieden gegen die Annahme des Berliner Rufes ausgesprochen, als er dies vor einigen Wochen brieflich getan hatte, wahrscheinlich unter dem Einfluß einer Verstimmung über die Berliner Sezereien gegen seine Berufung **) als die eines Angläubigen. Jetzt nachdem der Kaiser ihn für die Reichsuniversität genehm gehalten hat, werden die Wege zu seiner Berufung, natürlich nicht sofort, sondern erst nach ein paar Jahren, auch für den König geebnet sein.“

*) Ritschl, Otto, Albrecht Ritschls Leben, 1896. S. 136 f.

**) nach Straßburg.

Das Ergebnis dieser Bemühungen waren alsdann die Berufungen Kleinerts und Pfeleiderers, von denen der letztere natürlich erst recht in der „Evangelischen Kirchenzeitung“ und in der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“ angegriffen wurde.

Mit der Rückkehr aus der Sommerfrische beginnt Falks Tagebuch; es ist, als ob ihn das Bewußtsein ergriffen hätte, fortan seine Schritte mit äußerster Vorsicht setzen und deshalb sich selbst schriftlich aufs genaueste Rechenschaft geben zu müssen. Wilnowski hat später geurteilt, daß der weitere Konflikt nicht nötig gewesen wäre, wenn Herrmann nicht auf seinen prinzipiellen Austrag gedrängt hätte. Herrmann aber litt so schwer unter dem Gefühl, mit dem Kaiser in einer entscheidenden Frage nicht übereinzustimmen und den fast unverhohlen ausgesprochenen Wunsch des Kaisers, Hoßbach zu entfernen, nicht erfüllen zu können, daß er sich entschloß, wie schon in den Schlußworten des letzten Briefes angedeutet, in einer ausführlichen Denkschrift seinen und des Oberkirchenrates Standpunkt zu dem Gesamtkomplex der kirchenpolitischen Fragen darzulegen.

Allein noch viel mehr als die Einsicht in das immer schwieriger werdende Verhältnis mit dem Kaiser bedrückte den Minister ein anderes Erlebnis. Am 16. Februar 1877 begann die Beratung des Kultusetats im Abgeordnetenhaus. Wieder wurde der Minister mit schärfften Angriffen des Zentrums und der Polen überschüttet. Das Zentrum war so gehässig, ein Versagen von Falks Stimme mit höhnischem Gelächter zu begleiten. Am 27. Februar hielt Schorlemer-Mst eine ganz besonders leidenschaftliche Rede, in der er den Falkultus lächerlich machte und dann mit dem Pathos des Fanatikers den Minister vor das Gericht Gottes zitierte. Falk tat das Beste, was er tun konnte, er schwieg. Da nahm am 28. Februar, völlig ohne Anlaß Lasker das Wort und hielt eine, den Minister ebenso wie das Land, ja viele seiner Parteigenossen überraschende Rede. Er erklärte seine und seiner Freunde Bereitwilligkeit, diejenigen Bestimmungen der Maigesetze auf dem Wege der Korrektur wieder zu entfernen, mit denen in das innere Gebiet des Gewissens und der Religion eingebrungen wäre, und Konflikte zwischen Sittlichkeit und Gesetz aus der Welt zu schaffen. Er imputierte dabei dem Zentrum eine Friedensliebe und eine Achtung vor dem Gesetz, die gerade nach der vorangegangenen Debatte wie eine Anerkennung wirkte. Niemand konnte diese sentimentalischen Worte mit ihrem Appell an die

Toleranz anders deuten denn als eine Absage an die Fortsetzung des Kampfes und als eine Mahnung an den Minister, und der folgende Zentrumsredner benutzte sie auch in diesem Sinne. Was Falk diesem antwortete, zeigt, wie sehr er von Lasfers unerwarteten Vorstoß erregt war. Er wandte sich nicht mit einem Worte gegen ihn, sondern nur gegen den Redner des Zentrums, aber sachlich widerlegte er Laster:

„Ich habe mich, wie Sie wohl das Zeugnis nach der gestrigen und auch nach der heutigen Debatte mir geben werden, auf das Äußerste zurückgehalten, und ich mache kein Hehl daraus, daß es wesentlich geschehen ist wegen der gegen meine Person speziell gerichteten Angriffe. Ich meinte, diese Angriffe der allgemeinen Beurteilung überlassen zu können. Freilich kommen immer und immer wieder Andeutungen, die mehr oder weniger deutlich machen sollen, daß an meiner Persönlichkeit eine gewisse Schuld der Nichtbesserung liege, es werden allerlei Formeln gesucht, die da bedeuten, ich sei persönlich engagiert. Es wird mir der Gedanke nahe gebracht, ich möchte doch wohlthun, mein Verhalten zu ändern, denn sonst würde mit dem Ende des Kulturkampfes auch meine amtliche Stellung zu Ende sein. Ja, ich bin manchmal zweifelhaft, ob hinter diesen Bemerkungen nicht auch der Gedanke liegt, daß ich, um in dieser Stelle zu bleiben, den Kulturkampf fortführe.

„Nun, meine Herren, ich darf ja solche Gedanken den Herren, die ich dabei im Sinne habe, nicht unterlegen, aber so ganz zurückweisen konnte ich diesen Eindruck solcher Bemerkungen doch nicht. Da möchte ich Sie wirklich bitten, nur dieses wenige zu bedenken: Ich habe an dieser Stelle gestanden nun mehr als fünf Jahre unter dem täglich fühlbaren Druck ernstester Verantwortlichkeit, unter einer auch die Kräfte einer leidlich für die Arbeit geschaffenen Natur niederbeugenden Überlast schwerster Arbeit und in einer Durchführung meiner Pflichten, bei der ich täglich den bittersten, härtesten, sauersten Kampf habe, — und meine Herren, wer einen Zweifel hätte an der Richtigkeit dieser Worte, der möchte doch die letzten zwölf Tage nicht vergessen, und namentlich nicht den gestrigen. Können Sie es denn wirklich für einen verständigen Mann und für einen Mann, der noch eine Spur von Empfindung hat, begreiflich finden, daß er um seiner Person willen an dieser Stelle bleibe? Ich denke, wenn Sie von dem Standpunkte aus argumentieren, werden Sie sagen müssen, es sei doch etwas anderes, was ihn treibt auszuhalten; und meine

Herren, das ist etwas, was Gott sei Dank noch bei mir nicht verloren gegangen ist; das ist: unter allen Umständen aufrecht zu erhalten den Ruhm des preussischen Beamten, seine Pflicht zu erfüllen, mag die Sache so schwer sein, wie sie wolle. . . .

„Nun hat endlich der Herr Abgeordnete Schroeder [der Zentrumsredner] noch die Behauptung aufgestellt, es sei die Pflicht der Regierung, entgegenzukommen mit Revisionsvorschlägen, und doch hat er uns selbst ausgeführt: Es sind im geringeren Maße Einzelheiten, die wir tabeln, es ist der ganze Zusammenhang, und diesen Standpunkt haben die Herren festgehalten bis heute. Noch gestern ist das ausgesprochen worden in der härtesten und schärfsten Weise, wie es überhaupt — darin hatte Herr Laster Recht — in diesen Räumen nur möglich ist. Und da stellen Sie an die Regierung die Anforderung, sie solle Ihnen entgegenkommen mit Revisionsvorschlägen, die Sie ja eigentlich gar nicht wollen; Sie wollen eine Beseitigung des Ganzen, das geht aus der Rede des Herrn Abgeordneten Schroeder hervor.

„Ich möchte wissen, wie das aufgefaßt würde, wenn ein solcher Schritt von Seiten des Ministeriums geschähe. Würden Sie — (gegen das Zentrum gewandt) — nicht alle sagen: Nun Gott sei Dank, die Regierung ist auf dem Rückmarsch! Und würde daraus nicht Ihr Wunsch, Ihr Ruf hervornachsen: Nun wollen wir aber alles dasjenige durchsetzen, was wir überhaupt wollen! Dies sind so einfache Erwägungen, daß es fast nicht nötig sein würde, darauf hinzuweisen. Ich denke, es reicht aus, wenn ich es als die diesseitige Auffassung kundgebe: Wenn auch die Herren diesen ihren Standpunkt vielleicht unter dem Eindrucke einer milden Strömung, die auch zu meiner besonderen Befriedigung durch dieses Haus gegangen ist — ich sage, wenn Sie unter dem Eindrucke solcher Strömung einige solche nach dem Frieden schmeckende Reden halten, dessen ungeachtet wird die Regierung nicht eher dazu schreiten, nicht eher derartiges denken können, als bis sie andere unter anderen Umständen gewonnene und in anderer Weise zeugende Beweise gehabt hat, daß eben mit Abschneidung einiger Härten und Uebelstände dem ganzen bitterbösen Kampf ein Ende gemacht werden könne.

„So lange die Überzeugung vorhanden ist, daß das nicht der Fall ist, werden Sie nicht darauf rechnen können, daß der Wunsch des Herrn Abgeordneten Schroeder erfüllt werde.“

Als Falk Laster einige Tage hernach im Reichstage stellte, suchte

dieser zwar den Eindruck abzuschwächen, betonte aber, daß er nicht improvisiert gesprochen habe, sondern nach Verständigung mit mehreren seiner Parteifreunde. Auf einer Abendgesellschaft beim Kronprinzen erklärten *Fordenbed* und *Stauffenberg* diesem ihr volles Einverständnis mit jener Rede. Falk mußte sich also sagen, daß eine Gruppe der Nationalliberalen des Kampfes leid sei und daß er auf ihre Unterstützung nicht mehr sicher rechnen könnte. Welches die Motive waren, muß hier dahingestellt bleiben; vielleicht genügt der Hinweis, daß das zähe Ausharren und Abwarten bei aller Tapferkeit des Angriffs nie die starke Seite des Deutschen gewesen ist, und daß dem Bürgertum diese Schwäche in ganz besonderem Maße eignet. Wie groß diese Gruppe war, das wußte Falk nicht; viel kam darauf an, ob *Bennigsen* dazu gehörte. Ein andersdenkender Nationalliberaler äußerte zu *Camphausen*, wie dieser Falk erzählte, die Sorge, *Bennigsen* könne sich von *Bismarck* zur Preisgabe des Kulturkampfes, zum Eintritt in das Ministerium und zu einer konservativeren Politik bestimmen lassen. *Camphausen* glaubte das schon deshalb nicht, weil er überzeugt war, daß *Bismarck* selbst nicht gesonnen sei, den Kampf abubrechen, womit er für damals Recht hatte. *Bennigsen* selbst benützte die Gelegenheit einer Zusammenkunft mit Falk Ende Juli 1877, ihm seine besondere Genugtuung auszusprechen, daß er *Bismarck* bei einem Besuche in *Varzin* so zweifellos fest in der römischen Frage gefunden habe. Aber Falk hatte Grund zu ernster Sorge. Wenn ein größerer Teil der Nationalliberalen sich versagte, dann war seine Politik nicht mehr aufrechtzuerhalten. Mit sehr trüben Gedanken ging er in seinen Sommerurlaub.

Dreizehntes Kapitel

Verschärfung der Krisis bis zum ersten Abschiedsgesuch

Als Falk von seinem Sommerurlaub 1877 heimkehrte — damals begann er, wie gesagt, sein Tagebuch —, fand er Nachrichten genug vor, die geeignet waren, seine Befürchtungen aufs Höchste zu steigern. Zunächst hatte sich schon jetzt gezeigt, daß der Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Oberkirchenrat durch die Entscheidung über Hegels Entlassungsgesuch und Herrmanns Ernennung zur Erzellenz keineswegs beigelegt war. Davon später. Ebenso aber bewegte Falk, daß im Staatsministerium ein Zerwürfniß hervortrat, das, wie er sich sofort sagte, von weittragenden Folgen für die Gesamtpolitik sein mußte. Es handelte sich um die Fortführung der Reform der inneren Verwaltung, kurz gesagt um die Erweiterung der Selbstverwaltung und um eine neue Städteordnung, die der Minister des Innern vorlegen wollte. Das war ein Kardinalpunkt im nationalliberalen Programm, und ein Aufschub oder gar Fallenlassen der Reform mußte diese Partei in die Opposition treiben. Und mindestens auf einen Aufschub legte Bismarck entscheidenden Wert. Am 6. Oktober waren die Staatsminister zu einer vertraulichen Besprechung zu Bismarck geladen.

Falk notiert darüber:

„Die Sitzung war ernst. Vor ihrem Beginn sagte mir Camphausen, gestern habe Bismarck mit Eulenburg eine Unterredung gehabt, Bismarck wolle die Politik in betreff der Verwaltungsreform sistieren, wenn möglich reaktionär wenden, und Eulenburg gehe. Würde Eulenburgs Abgang in dieser Art und nicht etwa mit Gesundheitsgründen motiviert, dann gehe er, Camphausen, auch. Zu einem weiteren Gespräch war keine Zeit, da Bismarck eintrat. Bismarck betonte, daß er die Landtagsitzung sehr kurz wolle, bis Weihnachten etwa, wobei er aber daran dachte, daß nach dem Reichstagschluß eine neue Landtagsitzung stattfinden, da er es für unmöglich hielt, bis zum nächsten Oktober zu warten. Von anderer Seite wurde dies, wenn möglich, zu vermeiden gewünscht. Eulenburg blieb dabei, daß die Städteordnung

vorgelegt werden müsse, hielt es für verderblich, wenn die national-liberale Partei, auf die die Regierung sich stützen müsse, vor den Kopf gestoßen werde, indem man die Verwaltungsreform sistiere, und erachtete die eventuelle Novelle, auf welche Bismarck in seinem schriftlichen Votum hingewiesen hatte, und welche sich auf die notwendigen Änderungen der Städteordnung in den Kreisordnungsprovinzen behufs Eingliederung in den Verwaltungsorganismus beziehen soll, für nicht möglich. Er hielt sich nicht in der Lage, die Sistierung der Verwaltungsreform zu verteidigen oder eine Städteordnung mit wesentlich verschiedenem Inhalt als dem früheren vorzulegen und meinte, daß zu veränderter Vorlage ein anderer zweifellos geeigneter sei, damit seinen Rücktritt andeutend. Bismarck erwiderte, er gäbe seine Zustimmung zu dieser Städteordnung, welche Regierungsrechte ohne Grund opfere und der Sozialdemokratie Tür und Thor öffne, niemals, auf jede Gefahr hin. Er warf, wie schon früher, Eulenburg vor, daß er sich habe in bedenkliches Tun treiben lassen, wie er aus einem von einem Fortschrittsmanne geschriebenen Buche über die Verwaltungsreform nach Eulenburgischen Äußerungen nachweisen will, und erklärte, die aus dem Ministerium des Innern kommenden Gesetzesvorlagen mit Mißtrauen anzusehen. Wenn man die Verwaltungsreform weiterführen wolle, möge man zuerst an Schleswig-Holstein oder Nassau denken. Nach früheren Unterredungen mit Eulenburg habe er annehmen müssen, dieser werde als Grund seines Ausscheidens seine Gesundheit angeben, jetzt wolle er, aus sachlichen Gründen sich trennend, noch einen Partherpfeil auf ihn, seinen fünfzehnjährigen Kollegen, abschießen. Gegen letzteres verwahrte sich Eulenburg. Er werde sein Abschiedsgesuch, wie er dies in Wahrheit könne, mit seinem Gesundheitszustand motivieren. Camphausen erklärte sich für Fortsetzung der Reform, unterbleibe sie oder stehe man still, so werde auch er gehen. Wolle man den Kulturkampf, so könne man sich von der liberalen Partei nicht trennen und ohne Landtag, also verfassungswidrig, könne man doch nicht regieren. Bismarck: Dieser Zusammenhang existiert in keiner Weise. Ich will, wenn ich im Amte bleibe, den Kulturkampf bis zum äußersten Ende führen, zu einem Ende, bis zu welchem vielleicht nicht alle Anwesenden mit mir gehen werden. Ich regiere mit der Verfassung, mit der nationalliberalen Partei; wenn Graf Eulenburg ausscheidet, so werde ich ein Mitglied dieser Partei dem König zu seinem Nachfolger vor-

schlagen, wobei ich freilich nicht weiß, ob ich durchdringe; die Nationalliberalen hätten schon längst im Ministerium vertreten sein sollen, um die Verantwortung für das Regieren mitzutragen und zu sehen, wie anders und schwerer es sich mache, als es dem Parlamentarier scheine. Friedenthal kam auf den Vorschlag der Novelle zurück, den er für wohl ausführbar halte, ihre Einführung beseitige die prinzipiellen Bedenken. Bismarck wollte abstimmen lassen, ob die Städteordnung vorzulegen sei oder nicht. Ich konnte diese Fragestellung nicht für richtig, respektive erschöpfend halten. Es bleibe immer die Aufgabe, nicht den Schein zu erregen, daß man die Reform sistiere; dazu gebe es mehrere Wege, den Friedenthalschen, den von Bismarck selbst mit Bezug auf andere Provinzen angedeuteten, selbst die Ernennung eines nationalliberalen Ministers des Inneren beseitige den Schein. Bei der Abstimmung könnten die erstgedachten Modalitäten nicht außer Betracht bleiben. Camphausens Hinweis auf den Kulturkampf sei doch nicht unberechtigt. Ich wies auf das Schwanken der Nationalliberalen hin (Lasfers Rede *) und auf die Gefahr, daß infolge berechtigter Verstimmung über den Stillstand der Reform aus dem Schwanken eine Schwenkung werden könne. Ohne ausreichende Unterstützung im Lande aber sei kein Kultusminister imstande, den Kampf weiter zu führen. Bismarck erwiderte, wäre solche Sorge begründet, so würde er viel anderes aufgeben. Der Kulturkampf sei die einzige große welthistorische Frage. Lieber wolle er Herrschaft der Sozialdemokratie dulden, als die verdummende der Jesuiten. Aber man traue ihm nicht genug Fühlung mit der nationalliberalen Partei zu. Sie wird zu zwei Dritteln nicht abschwanken. Er sei sich auch des Weges bewußt, den er mit ihr und den anderen zur Regierung stehenden Parteien zu gehen habe. Es werde Konflikte, vielleicht Kammerauflösungen geben, aber er hielt fest an Durchführung des Kampfes. Camphausen erklärte sich mit derartigem recht befriedigt. Leonhardt trat Friedenthal bei. Für Einbringung der Städteordnung stimmten dann nur Eulenburg und Camphausen. Friedenthals Antrag ward einstimmig angenommen. Bei der Verabschiedung wies ich Bismarck darauf hin, daß die weiteren Kämpfe hauptsächlich auf dem Gebiete der Schule liegen würden, — er erwiderte: Bei Beratung des Schulgesetzes. Auf dem Heimwege erzählte mir Camphausen,

*) Siehe oben S. 379.

daß Bismarck bereits um Ostern mit Bennigsen wegen Übernahme des Ministeriums des Innern gesprochen habe und dieser schon damals dazu bereit gewesen sei. Auch heute ward in der Ministerial-sitzung, jedoch nicht von Bismarck, Bennigsens Name genannt.“

Das Ergebnis dieser Sitzung konnte Falk nur befriedigen. Bismarck hatte sich mit einer alle Zweifel ausschließenden Entschiedenheit zu der von ihm geführten Kirchenpolitik bekannt. Aber natürlich kam alles darauf an, ob es gelingen würde, trotz des Aufschubes der Verwaltungsreform die Nationalliberalen bei der Stange zu halten. Mit großer Spannung verfolgte Falk deshalb Bismarcks Bemühungen, sie durch Aufnahme eines ihrer führenden Männer ins Ministerium zu binden. Er fürchtete bei seiner Kenntnis des Kaisers, daß das schwer fallen würde. Und die übertriebenen Forderungen der Nationalliberalen, die ihm Friedenthal nach einem Gespräch mit Fordenbeck mitteilte, erhöhten diese Befürchtungen. In den ersten Januartagen 1878 zeigte sich, daß dieser Zweifel, ob Bismarck beim Kaiser durchbringen würde, nur zu begründet war. Diese Dinge sind bekannt, und ich verzichte deshalb darauf, die zahlreichen Notizen Falks über den Zusammenstoß Bismarcks mit dem Kaiser um Neujahr 1878 wiederzugeben. Nur drei nachträgliche seien mitgeteilt:

20. Februar 1878: „Ich begrüßte Bismarck am Tage vorher im Reichstage und sprach mein Bedauern darüber aus, daß es ihm gesundheitlich nicht gut gehe; er bestätigte dies und setzte hinzu: ‚Der König macht mich tot, an meinem jetzigen Zustand ist er ganz allein schuld.‘ ... Eine ähnliche Stimmung äußert sich in einem Gespräch mit Friedenthal, das dieser Falk unter dem 18. März 1878 mitteilte: „Bismarck hat gelegentlich gesagt, er begriffe nicht, warum ich meine Stellung unsicher fühle und nervös sei. Er stehe ganz fest und es sei wohl möglich, daß ich zu für Rom billigeren Friedensbedingungen bereit sein werde als er. Darauf hat Friedenthal bemerkt, in dieser Beziehung hätte ich keinen Zweifel, aber die Handbillets machten mich nervös, und nun entgegnete Bismarck: ‚Das muß er sich ebenso gut gefallen lassen wie ich, ich kann den König nicht um einen Kopf kürzer machen.‘“

11. März 1878: „Gestern Staatsministerialsitzung. Bismarck schalt vor Beginn der Sitzung über die grünen Jungen, die Nationalliberalen, meinte, Bennigsen sei in Varzin viel vernünftiger gewesen, er hätte sich dort mit ihm bis auf die Personalfragen geeinigt. Bennigsen habe das Ministerium des Innern nicht ohne gleichzeitigen Eintritt anderer Nationalliberaler übernehmen wollen,

worauf Bismarck entgegnete, jenes Ministerium sei allein vakant, allenfalls könne er noch einen Reichsschatzsekretär oder ein besonderes Eisenbahnministerium schaffen. Er, Bismarck, habe sich schon überlegt, wie er den König zu Bennigsen's Ernennung bringen könne, dies sei nur vom Standpunkt der persönlichen Tüchtigkeit, nicht vom politischen Standpunkt möglich, in letzterer Beziehung unterschiede der König wenig zwischen Bennigsen und Most; die Nationalliberalen singen nach seiner Meinung bei Bennigsen an und endigten bei Bebel, und umgekehrt, die Sozialdemokraten singen bei Bebel an und endigten bei Bennigsen.

Graf Friedrich Eulenburg war aber nicht der einzige Minister, der Bismarck's Gegnerschaft zu fühlen bekam. Auch Achenbach empfing einen schulmeisterlichen Brief Bismarck's, in dem er sich, beeinflusst von einem in der Nachbarschaft von Barzin wohnenden Industriellen, scharf gegen das Institut der Fabrikinspektoren aussprach, und der um so verletzender wirkte, als er zugleich allen Ministern mitgeteilt war. Sie konnten ihn nicht anders auffassen, als daß Bismarck Achenbach zu beseitigen wünschte. Ebenso traten die zwischen Bismarck und Camphausen in Steuer- und Zollfragen bestehenden Differenzen mit jeder Woche stärker hervor. Der Kriegsminister sagte Falk, daß Bismarck sich gerne von Camphausen trennen würde; Falk hätte dagegen übrigens nichts eingewendet, da auch er dessen Finanzpolitik, die den preußischen Staat unfähig machte, irgendwelche größere Aufgaben anzufassen, keineswegs billigte. Bei der Eigenart und Empfindlichkeit des Kaisers waren diese Entlassungen aber nicht leicht durchzusetzen. Die Folge war, daß die Zerrwürfnisse im Schoße des Staatsministeriums fortbauerten. Seine Homogenität war zerbrochen. „Daß ein festeres Wesen auch jetzt nicht in das Staatsministerium kommt, vielmehr weitere Desorganisation und Umgestaltung zu erwarten steht, nicht zweifelhaft. Wie weit wird sie tragen?“ bemerkte Falk am 8. Oktober. Bismarck setzte nicht mehr als eine viermonatige Beurlaubung Eulenburgs durch und trumpfte danach mit einer abermaligen Ausdehnung seines eigenen Urlaubes auf. Die Besprechung dieser in der Tat höchst bedenklichen Verwahrlosung der wichtigsten Ämter im Abgeordnetenhaus war unerquicklich und brachte Falk zum Bewußtsein, daß die Regierung keine Partei, ausgenommen die Freikonservativen, zur Stütze habe. Ihm selbst freilich sprachen die Führer der Nationalliberalen, Bennigsen, Seyffarth, besonders Miquel privatim und im Abgeordnetenhaus ihr Vertrauen aus, aber

seine Bemühungen, ihnen klar zu machen, daß sie Bismarck eine feste Stütze bieten mußten, wenn sie nicht wollten, daß der Kampf gegen Rom abgebrochen würde, hatten keinen rechten Erfolg.

Das Verhältnis zur Kaiserin erfuhr Anfang 1878 abermals eine Verschärfung. Hauptarzt des Berliner Augustahospitals, welches den Namen der Kaiserin trug und dem ihr unbedingtes Wohlwollen und größtes Interesse galt, war ein Dr. K., ein zweifellos sehr tüchtiger Arzt. Seine Tätigkeit an der Berliner Universität, der er als Privatdozent angehörte, war gering, und seine Lehrtätigkeit trat jedenfalls zurück neben der, welche eine Anzahl verbienter älterer Privatdozenten übten. Die Lehrtätigkeit aber sollte neben wissenschaftlicher Leistung den Maßstab für Beantwortung der Frage abgeben, ob ein Privatdozent zum außerordentlichen Professor zu ernennen sei. Die medizinische Fakultät der Berliner Universität, die dabei zu hören war, hielt streng an diesem Gesichtspunkt fest. Da Falk mit dieser Fakultät schon zweimal unliebsame Reibungen gehabt hatte, wollte er in dieser Sache, wo sie unzweifelhaft im Rechte war, ihr nicht entgegentreten. Als daher die Kaiserin die Forderung an ihn gelangen ließ, den Dr. K. zum „außerordentlichen Professor“ zu ernennen, vermochte er ihr nicht zu entsprechen. Um indessen der Kaiserin möglichst entgegenzukommen und den genannten Arzt auf dem Gebiete zu belohnen, auf welchem seine besonderen Verdienste lagen, veranlaßte Falk seine Ernennung zum Sanitätsrat. Für eine Weile genügte das. Aber der bezeichnete Anspruch trat von neuem hervor, und wieder konnte der Minister ihm nicht nachkommen. Die Folgen zeigt folgende Tagebuchnotiz vom 6. März 1878: „Die Kaiserin, über die notwendige Ablehnung in der K.schen Angelegenheit erregt, hat dieser Erregung öffentlich dahin Ausdruck gegeben, daß ich in der Wissenschaft die Anziennetät entscheiden ließe“ und: „Nach einer Mitteilung Achenbachs soll die Kaiserin auf Grund der Erfahrungen in der K.schen Sache bestimmt haben, daß kein Rat des Kultusministeriums zu Konzerten usw. ins Palais eingeladen werde.“

Zu diesen peinlichen Eindrücken kam hinzu ein sich anspinnender Konflikt mit dem Finanzminister. Als Falk am 7. Juni dem Staatsministerium den Entwurf des Unterrichtsgesetzes überreichte, rechtfertigte er in einem Begleitschreiben, daß er die Vorschrift der C. D. vom 6. Februar 1875 (siehe oben S. 290) allerdings wörtlich nicht befolgt und statt einer bloßen Erörterung der Bedürfnisfrage und der Grundsätze gleich einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt

habe. Vor allem aber bat er dringend um Beschleunigung der Beschlußfassung und motivierte das so: „Soll der dem preußischen Staate von der römischen Kurie aufgebrängte Kampf, der seit nunmehr länger als sechs Jahren schwebt, mit voller Kraft weiter und mit vollem Erfolge durchgeführt werden, so muß sobald als möglich eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses des Staates zur Kirche auf dem Gebiete des gesamten Unterrichtes erfolgen. Noch heute sieht die Kurie ihre Sache bei weitem nicht als verloren an; sie erkennt aber sehr wohl, wie empfindlich die Staatsregierung ihre Interessen gerade durch die in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Schule getroffenen Verwaltungsmaßregeln verletzt hat. Daher die gewaltigen Klagen und Hezereien über diese Maßregeln. Allein die Kurie weiß sehr wohl, daß abgesehen von dem Schulaufsichtsgesetz und der Entfernung der Ordensangehörigen aus dem Unterricht durch das Gesetz vom 31. Mai 1875 es eben bis jetzt nur Verwaltungsmaßregeln sind, welche den Einfluß des Klerus in der Schule auf das ihm von der Staatsregierung gesteckte Maß beschränkt haben. Die Kurie hofft unzweifelhaft noch immer, daß eine neue Verwaltung solche Beschränkungen leicht wieder beseitigen werde. Diese Hoffnung muß der Kurie, muß dem katholischen Klerus sobald als irgend möglich benommen werden. ... Der zweite durchschlagende Grund für die Beschleunigung liegt darin, daß die jetzigen Bestimmungen über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vollständig unhaltbar geworden sind.“

Darauf erwiderte der Finanzminister am 28. Juni, daß er doch zuvörderst eine Erörterung der Bedürfnisfrage dahin für notwendig halte, ob es als opportun oder notwendig anzuerkennen sei, gerade jetzt dem Landtage einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Camphausen wollte also die Sache, weil sie ihm unbequem war und dem Drängen Bismarcks auf eine Finanzreform eine Waffe in die Hand gab, verschleppen, nachdem Falk vom ersten Tage seines Ministeriums an von Bismarck und dem Staatsministerium auf diese Aufgabe hingewiesen war, manchmal sogar unter kaum verhülltem Tadel, daß er nicht schneller damit vorankomme! Dagegen wandte sich Falk in einem zweiten Votum vom 1. August, dem er für den Finanzminister eine genaue Übersicht der durch das Gesetz erforderlichen Mehraufwendungen beifügte. Er berechnete diese auf 1 344 900 Mark für die Durchführung der hauptamtlichen Kreisschulinsektion und auf etwa zehn Millionen zur Erhöhung der den Provinzen zu gewährenden

Dotation. Die Gesamtdotation unter Hinzurechnung der bereits verfügbaren Mittel würde dann zweiundzwanzig und eine halbe Million betragen haben. Falk wies das Staatsministerium darauf hin, daß es in mehreren Erklärungen vor dem Landtage nahezu sein Wort verpfändet habe, den Entwurf in der nächsten Session einzubringen. Friedenthal, dem Falk seinen Ärger über den Aufenthalt aussprach, riet zur Ruhe und Geduld. Er erhoffte nichts für große finanzielle Maßnahmen von Camphausen, in seinen Händen werde alles groß Angelegte klein, obwohl oder vielleicht weil er so gescheit sei, und empfahl Falk, sich mit Bismarck direkt zu verständigen. Mit der Ermittlung von dessen Stellung beauftragte Falk Sydow. Dieser ließ sich von Tiedemann berichten, was er in Gastein ausgerichtet habe. Tiedemann hatte Bismarck ambulando informiert. Bismarck wollte sich jetzt in die Sache nicht mengen, sondern sie gehen lassen. Wenn später in finanzieller Hinsicht Differenzen entstünden, würde Falk auf Sukkurs von Bismarck nicht rechnen dürfen. An einer einzelnen Steuer, auf die der Entwurf allenfalls hinwirken könne, liege ihm nichts, sondern an einer Änderung des Finanzsystems überhaupt. Der Fürst halte daran fest, Falk keine Schwierigkeiten zu machen, aber das Unterrichtsgesetz liege ihm jetzt etwas fern. — Nicht viel tröstlicher war, was der Unterstaatssekretär Homeyer über Bismarcks Ansichten erzählte: Er wolle sich am liebsten gar nicht darüber äußern. Es sei wieder ein Beweis deutscher Gründlichkeit, man könne ja die Sache gar nicht durchlesen. Warum nicht lieber Novellen? Die Schulkollegien bildeten unter dem Minister einen förmlichen Schulstaat im Staate, an Stelle des Ministers werde wohl manchmal das Staatsministerium treten müssen. Gegen ein Minimalgehalt von 1000 Mark (es war nur ein Durchschnittsgehalt vorgeschlagen) habe er nichts. — „Danach ist die Angelegenheit“, schrieb Falk in sein Tagebuch, „ziemlich aussichtslos. Es muß aber zugeesehen und gehört werden, was anderwärts gesagt wird.“

Aber auch das Echo von anderer Seite war unerfreulich. Der Abgeordnete Tchow, dem er den Entwurf mitgeteilt hatte, bemerkte, mit diesem Entwurfe käme Falk im Landtage nicht durch. Er habe sich die Sache anders gedacht, — nämlich kurz gesagt Übergabe der Schule an die Selbstverwaltung. Falk stellte die Gegenfrage, ob er denn meine, daß Bismarck einen solchen Vorschlag nicht a limine verwerfen werde? Sah Tchow nicht, daß er mit diesem Plan die Schule in weiten Teilen des Landes der Klerikalisierung auslieferte?

Eugen Richter zog in einer Berliner Wählerversammlung gegen den vermuteten Inhalt des Gesetzes los und verhöhnte den Minister. Und am 23. Oktober erschien in der „Kölnischen Zeitung“ ein Artikel, von dem Stauder urteilte, seine Vorschläge bedeuteten einen Selbstmord für die preussische Schule und könnten in der „Germania“ stehen. Er gab den Katholiken alles zu, was sie forderten, Erteilung des Religionsunterrichtes durch denjenigen Geistlichen oder Lehrer, der von der kirchlichen Behörde bezeichnet werde, Auswahl der Lehrbücher durch sie, verlangte dagegen nur das Recht der Eltern, ihre Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten; er wollte die Errichtung paritätischer Schulen an die Zustimmung der kirchlichen Gemeindeorgane binden und daneben noch kirchliche Konfessionschulen zulassen. Ein wahrhaft erschreckendes Symptom, mit welcher Oberflächlichkeit derartig ernste Fragen in manchen Kreisen der national-liberalen Partei behandelt wurden!

Auf Falks Votum vom 1. August erwiderte Camphausen mit einem Schriftsatz, dessen Ton Falk impertinent nannte, und in dem ihm aufgegeben werden sollte, sich vor der Beratung im Staatsministerium mit dem Finanzminister zu verständigen, als ob dieser sein Vorgesetzter wäre! „Ich kann die Sache nicht hingehen lassen. Vielleicht kommt dabei der Bruch.“ Peinlich berührte Falk besonders, daß Camphausen sich als berufenen Wächter der Krone aufspielte, indem er Falk Verletzung der C. D. vom 6. Februar 1875 vorwarf. Ebenso verwahrte er sich dagegen, das Camphausen die gründliche Arbeit von Jahren mit ein paar allgemeinen Sätzen abtun wollte, die noch dazu zeigten, daß er den Entwurf nicht ordentlich gelesen hätte; er forderte, nachdem er seine Schuldigkeit getan habe, daß auch Camphausen Gegenvorschläge mache. Sonst müsse er glauben, daß Camphausen das Zustandekommen des Gesetzes gar nicht ernstlich wolle. Ein Haupteinwand Camphausens war, daß eine Verbesserung des Einkommens der Lehrer nicht mehr erforderlich sei! Dabei blieben hinter dem von ihm selbst als angemessen bezeichneten Durchschnitt von 950 Mark Jahresgehalt in der Monarchie noch 56 Prozent aller Lehrer zurück. Am Schlusse seiner Entgegnung vom 23. Dezember betonte Falk, daß er aus einer baldigen Inangriffnahme und Förderung des Entwurfes entnehmen werde, „ob er sich noch in demjenigen Einverständnis mit seinen Kollegen befinde, das er zur gedeihlichen Fortführung seines Amtes für notwendig erachte, oder aber ob die ernststen Zweifel, die ihm in dieser Hinsicht aus dem Votum des

Finanzministers entgegengetreten seien, begründet sind.“ Leider verlautete etwas von dieser Differenz in der Presse, der „Hannoversche Courier“ griff Camphausen heftig an, was dessen Stimmung nicht verbesserte. Er bestritt die Absicht, das Gesetz zu verschleppen, „es sei nur eben kein Geld da, absolut kein Geld.“ Camphausens Abneigung gründete sich nicht nur in der Scheu vor der Forderung neuer Steuern, in der er die Staatsfinanzen verfallen ließ, sondern in einem anderen Staatsgedanken. Er wollte die Staatsaufgaben einschränken, denn er war, wie der spätere Minister des Innern, Graf Botho Eulenburg, ein viel weitergehender Anhänger der Selbstverwaltung, als Falk und Bismard. Jene beiden hätten am liebsten das ganze Schulwesen der Selbstverwaltung ausgeliefert.

Mußte Falk wirklich auf das Unterrichtsgesetz verzichten, so fiel damit hin, was ihn innerlich am meisten an sein Amt band. Die Verschärfung des Konfliktes mit dem Kaiser in den Fragen der evangelischen Kirche empfing durch den entstandenen Zweifel ein viel schwereres Gewicht.

Der Kaiser weilte im September 1877 zum Manöver in der Rheinprovinz. Er hatte sich bestimmen lassen — von wem, sei dahingestellt —, in Bentrath eine Deputation evangelischer Geistlicher zu empfangen und vor dieser, wie er sagte, „Farbe zu bekennen“. Seine Worte enthielten den denkbar schärfsten Protest gegen die Angriffe auf das Apostolikum und Gleichsetzung von dessen Gegnern mit den Leuten, die die Religion zerstören oder abschaffen wollten. Aber die Schule hatte er sich vorsichtiger geäußert, da er die Absichten des Ministeriums noch nicht kenne, aber doch betont, der Einfluß der Kirche auf sie dürfe nicht verkürzt werden. Die Ansprache kam durch die „Kreuzzeitung“ in die Öffentlichkeit und wurde von ihr und der liberalen Presse als ein deutliches Eintreten gegen den Oberkirchenrat und für die konfessionelle Schule gedeutet. Sie war sicher auch so gemeint. Jedoch dies hätte sich vielleicht ignorieren lassen.

Nun hatte aber der Oberkirchenrat seine bereits angekündigte Absicht ausgeführt, dem Kaiser in einer Denkschrift die ihn leitenden Grundsätze seiner Verwaltung darzulegen. Ein verhängnisvolles Unternehmen! Wie konnte der Oberkirchenrat meinen, mit einer solchen theoretischen, prinzipiellen Auseinandersetzung die bestehenden Gegensätze zu überbrücken? Das mußte ja dem Kaiser diesen Gegensatz erst recht zum Bewußtsein bringen. Wie ein spannendes Drama

entwickelte sich nun ein fortlaufendes schriftliches Religionsgespräch zwischen dem alten Kaiser, dem Träger der mächtigsten Krone Europas, und seinen Ratgebern, mit verhaltener Leidenschaft auf beiden Seiten begonnen, immer schärfer und bitterer werdend, zuletzt in offenen Zwist auslaufend, und man möchte wünschen, es wäre ihm erspart geblieben, denn ein erfreuliches Bild ergibt sich nicht, — trotz der wunderbaren geistigen Frische des Achtzigjährigen und trotz des ergreifenden Gewissensernstes, der auf diesen Zeugnissen liegt.

Als Falk heimgekehrt war, berichtete Sybow, daß ein solcher Bericht am 11. August an den Kaiser abgegangen und dem Ministerium abschriftlich mitgeteilt sei. Sybow fand ihn ungeschickt und ohne Rücksicht auf die Individualität des Adressaten abgefaßt. Falk teilte dies Urteil nicht in seiner Schärfe, aber auch er fürchtete, daß er verlesen würde. Auch war er zur möglichst ungünstigen Zeit übergeben, als der Kaiser eben in Babelsberg eingetroffen und Wilmowski auf Urlaub war. In einem Schreiben an den Oberkirchenrat hatte der Kaiser, nach den Gründen fragend, warum die Hofbachsche Sache noch nicht weiter gefördert sei, nicht mit Zustimmung auf die Denkschrift verwiesen. Brüdner hatte er sein Mißfallen ausgesprochen, daß Rohde, der Antragsteller auf der Berliner Kreissynode, nur einen Verweis und nicht Absetzung erfahren habe, ihn auch gefragt, ob seiner Meinung nach Rohde evangelischer Geistlicher bleiben könne, welche Frage unbeantwortet blieb. Die Ernennung des Professors Julius Röstlin in Halle zum außerordentlichen Mitgliede des Konsistoriums in Magdeburg und des juristischen Konsistorialrates Winter zum Mitgliede des Oberkirchenrates wurden zunächst beanstandet; der Kaiser verlangte ihre Anhörung über ihre Stellung zur Union und zum Apostolikum. Als der Feldpropst Thielen vor Antritt eines Urlaubs sich vom Kaiser verabschiedete, kam dieser wieder auf Hofbach und Rohde zu sprechen und äußerte sich hart. Er bemerkte auch, daß Propst von der Goltz, den er weiter nicht kenne, geäußert habe, Hofbach könne wegen seiner Predigt nicht abgesetzt werden; wie könne man solche Leute an solche Stellen setzen! Als Thielen dies Goltz erzählte, sagte dieser mit aller Bestimmtheit, er habe seine Bedenken im Vertrauen nur zu einer einzigen Person geäußert, nämlich zu — Rögel. Der Hofprediger Baur und Büchsel wurden mit unmotivierten, demonstrativen Gunstbezeugungen ausgezeichnet; allerdings in bezug auf den letzteren bemerkte der Kaiser, wie um diese Auszeichnung zu entschul-

digen, gelegentlich zu Falk, Büchsel sei kein Freund der Union und deshalb auch nicht sein Freund.

Allmählich bemächtigte sich auch der Kollegen Falks im Staatsministerium der Ernst der Situation. Friedenthal wünschte dringend, daß der Konflikt, wenn er nicht zu vermeiden sei, bei einer größeren Frage hervortrete, damit das Staatsministerium eintreten könne. Auch in der Presse begann das Raunen. Die „Kreuzzeitung“ höhnte, daß auch Herrmanns Stellung nicht mehr sturmfest sei, die ultramontane „Schlesische Volkszeitung“ schrieb, daß, wenn Falks Entlassung auch noch nicht nahe bevorstehe, dennoch zwischen dem Kaiser und seinem Kultusminister innerlich bereits ein Gegensatz bestünde. Der „Hamburgische Korrespondent“ brachte einen langen Artikel über die Gefährdung von Falks Stellung, tröstete sich aber der unlösbaren Verbindung seines Namens mit dem Kampfe gegen Rom. Falk war ganz derselben Meinung wie die „Schlesische Volkszeitung“.

Ich übergehe, was das Tagebuch von weiteren Gesprächen zwischen Falk und Herrmann enthält, auch die Korrespondenz zwischen dem Kaiser und diesem über die weitere Behandlung des Falles Hoßbach. Sie ist in den „Deutsch = evangelischen Blättern“, Jahrgang 1906, S. 729 ff. gedruckt. Der Schlußsatz des Handbilletts vom 13. Oktober: „I c h n e h m e a n , daß Hoßbach abgesetzt wird“, versetzte Herrmann in eine unmögliche Lage; er beschloß, dem Kaiser zu sagen, daß er zur Erreichung dieses Zieles nicht mitwirken könne, und auf sein Entlassungsgesuch zurückzukommen. Falk stellte die Gegenfrage, ob nicht jetzt Schweigen und Unterlassung der Absetzung die rechte Antwort wäre; der Kaiser könne doch nicht daran denken, dem Oberkirchenrat als richterlicher Behörde zu befehlen, wie er entscheiden solle. Herrmann dürfe jetzt, wo eine Einwirkung auf die Hoßbachsche Sache nötig sei, — das Brandenburgische Konsistorium hatte am 28. September die Bestätigung der Wahl an St. Jacobi mit einer diffamierenden Begründung versagt —, seinen Abschied nicht fordern, auch, ehe die Sache nicht kollegialisch beraten sei, sein Urteil dem Kaiser nicht aussprechen, sondern allenfalls nur die Einwirkung des Kaisers auf das Gewissen der Entscheidenden zurückweisen. Es gelang ihm, Herrmann vom Entlassungsgesuch einstweilen noch abzubringen, wenigstens bis das im Gange befindliche Religionsgespräch dazu zwingt.

Am 17. Oktober gelangte die Denkschrift mit zahlreichen Randbemerkungen des Kaisers an Herrmann zurück. Wil m o w s k i hatte

davon erst in dem Augenblicke Kenntniss erhalten, als der Kaiser es ihm zur Beförderung gab. Er hatte sofort stark remonstrirt, der Kaiser war sehr erregt geworden, hatte aber schließlich doch gesagt: „Darum keine Feindschaft nicht“, und sich bereit gefunden, auf das erste Blatt ein paar Worte zu schreiben, die in etwas den Eindruck der Randbemerkungen mildern konnten:

„Anliegend remittiere ich Ihnen die Eingabe des Oberkirchenrates vom 11. August d. J. mit meinen Marginalien versehen. Ich habe die Gewohnheit, dergleichen Eingaben mit, wie man zu sagen pflegt, dem Bleistift in der Hand zu lesen, so daß die Bemerkungen daher sehr rasch nach dem ersten Eindruck niedergeschrieben sind. Wenn dieselben daher wohl meine Auffassung richtig wiedergeben, so fehlt ihnen jedoch eine stilistische Feile, die Ich daher zu entschuldigen bitte. Wenn auch viele dissidentierende Ansichten zwischen uns sich herausstellen, so habe Ich doch eingangs und am Schluß bemerkt, daß sich über diesen Dissens noch konferieren läßt und sehe Ich daher schriftlichen oder mündlichen Erörterungen entgegen. Die Angelegenheiten sind von so ungeheuer wichtiger Tragweite, daß sie nicht genug erörtert werden können, denn die ganze religiöse Zukunft der evangelischen Kirche hängt in einer Krisis, die scharf ins Auge gefaßt werden muß!! Ihren Kollegen im Oberkirchenrat wollen Sie diese Zeilen mittheilen. gez. Wilhelm.“

Diese Randbemerkungen sind für die ganze Stellung des Kaisers in den Fragen der evangelischen Kirche so bedeutsam, daß ich sie, und da sie ohne die Denkschrift des Oberkirchenrates nicht verständlich sind, auch diese mittheilen muß. Ich bin dabei so verfahren, daß ich die Denkschrift stark zusammengezogen habe, ohne doch den Wortlaut zu ändern. Hier ist beides:

„Dem evangelischen Oberkirchenrat remittiert mit Meinen Marginalien, um mit demselben weiter zu konferieren.“

Baden-Baden, im Oktober 1877.

Wilhelm.

Der Bericht knüpft an an das in der Order vom 12. Juni 1877 dem Präsidenten ausgesprochene Vertrauen, daß derselbe dem Kaiser in dieser für unsere evangelische Kirche so kritischen Zeit auch ferner kräftigst zur Seite stehen werde, das später noch durch einen neuen Gnadenbeweis öffentlich bezeugt wurde. Dies hat dem Oberkirchenrat Anlaß gegeben, die Lage der Landeskirche und die Grundsätze für

Und doch ward das Auftreten Sydows durch die Verwerfung des Beschlusses des Konfistoriums beschönigt?!

? Mir erscheint gerade das Anfaßten des Glaubens der Hauptgrund zu den jetzigen Wirren zu sein.

Damit ist aber auch die Verührung des Wesens des Glaubens dokumentiert!!!

Dies ist der stärkste Beweis, wie schwer, aber auch wie gefährlich solche Glaubensreformbestrebungen sind, wenn man den bestehenden Glauben reformieren will.

In England ist tiefreligiöse Glaubenskraft nicht erschüttert, weil die äußere Kirchenform festgestellt bleibt. Diese ist allerdings übertrieben zu nennen (unter anderem die ins Lächerliche gehende sogenannte Heiligung des Sonntags, wo nicht gekocht, gefahren wird usw.) und zur Werkheiligkeit wird. Unsere Liturgie und Agende hält hierin die richtige Mittelstraße und ist nicht genug zu preisen.

deren oberste Leitung noch einmal aufs Sorgfältigste zu erwägen. Diese Grundsätze wünscht der Oberkirchenrat dem Kaiser vorzutragen:

Die Vorgänge, welche zu der in der Kirche bestehenden Erregung Anlaß gegeben haben, die Wahl Hofsbachs und der Antrag einer Berliner Kreissynode, einer von ungefähr 400, die Verlesung des Apostolikums beim Gottesdienste zu beseitigen, werden kurz rekapituliert. An sich unbedeutend, sind sie doch geeignet, den schon seit langer Zeit vorhandenen Zustand in der Landeskirche unter recht grelle Beleuchtung zu setzen. Dem Oberkirchenrat war dieser Zustand freilich längst bekannt. Es handelt sich um zwei entgegengesetzte Geistesströmungen, die altgläubige und die liberale, die an sich zwar das Wesen des Glaubens nicht berühren, aber doch auf Theologie, Predigt und Unterricht tiefsten Einfluß üben. Zum Teil freilich handelt es sich auch um grundverschiedene religiöse Überzeugungen, über das Wesen der Offenbarung und über die Person des Erlösers. Dieser Gegensatz ist das Ergebnis der gesamten geistigen Entwicklung seit mehr als 100 Jahren und bewegt die gesamte protestantische Kirche, ja die ganze Welt. Nur in England spielt dieser Gegensatz eine geringere Rolle, weil dort nicht die Lehr-, sondern die Kultus- und Verfassungsfragen in erster Linie stehen.

In Deutschland, wo dogmatische Streitigkeiten immer eine besonders akute Form angenommen haben, hat sich der Gegensatz je länger je mehr zugespitzt und hindert die Bestrebungen, die auf eine Ausgleichung hinarbeiten. Eine tiefere Schädigung der Landeskirche ist vorzugsweise dadurch vermieden, daß die Kirchenbehörden die freie Bewegung der Theologie achteten und pflegten und vermittelnd zwischen die ge-

trennten Richtungen trafen. Solange die mäßigenden Einwirkungen Erfolg hatten, hat das Nebeneinander der beiden Gegensätze sogar eine belebende Wirkung gehabt, indem die altgläubige Richtung dadurch vor Stagnation bewahrt und genötigt wurde, den Kirchenglauben durch immer neue Forschungen allseitiger zu begründen. Das Zusammenbleiben der entgegengesetzten Richtungen in derselben kirchlichen Gemeinschaft hat zu einem tieferen Eindringen in die evangelische Wahrheit geführt. Allein die Lage hat sich dadurch verändert, daß die liberale Strömung neuerdings besser organisiert und zu entschiednerem Angriff vorgegangen ist, um nach ihrer Lösung das Christentum mit der gegenwärtigen Kultur zu versöhnen. Die liberale Richtung hat dabei aber die Anhänglichkeit der Altgläubigen an die überlieferte Form der Kirchenlehre nicht gebührend geschont und unsichere und unverbürgte Ergebnisse der neutestamentlichen Kritik ohne weiteres als gewiß angenommen und hingestellt. So dient sie dazu, das Christentum zu entleeren und den entschiedensten Grundsatz der Reformation, daß die Heilige Schrift die oberste Richtschnur für alles christliche Glauben und Leben sei, illusorisch zu machen, was um so gefährlicher ist, als diese Richtung auch oft die Unterstützung solcher Kreise sucht, welche dem Christentum fremd oder gar feindlich gegenüberstehen. Auch an Vergleichen zwischen den Anmaßungen der römischen Hierarchie und den Zielen der orthodoxen Pastoren fehlt es nicht. Der Oberkirchenrat ist zwar gewiß, daß die neue Kirchenverfassung wirksame Mittel bietet, um solche Verirrungen zu überwinden und daß der Kampf der Geister schon dadurch gemildert wird, daß er dem wilden Parteitreiben entnommen und ge-

Was geschehen ist, ist nicht zu ändern, aber m. A. nach liegt in diesem Gehenlassen, Vermitteln der Hauptgrund zum heftigen Schadenbruch. Wo kein bestimmter Glauben festgehalten wird, muß Verfall und Auflösung unweigerlich folgen.

Zu begründen?? Zu erschüttern vielmehr!

Wenn aber dies tiefere Eindringen zur Glaubenserschütterung führt, wie jetzt bei uns, ist man dann auf dem richtigen Wege gewesen? Gewiß nicht.

Die gegenwärtige Kultur? Das heißt der Materialismus soll das Christentum versöhnen? Umgekehrt, der Materialismus muß durch die Religion, durch den Glauben durchdrungen werden, wenn er heilbringend sein soll.

Ganz richtig!

Ganz natürlich, weil die sogen. Orthodoxen den Glauben festhalten, jene aber den Glauben reformieren wollen und Unglauben säen!

Ich glaube vielmehr, daß gesucht wird, diesen Rahmen zu durchbrechen, weil er sie geniert.

Dieser heillosen Ansicht ist bisher nie mit gehöriger Kraft und Mut entgegengetreten worden und hat zu unsern heutigen Resultaten geführt, weil mit der Neigung zur wissenschaftlichen Prüfung der Glaubenslehren man den Zwiespalt nährte. Daher die angeführte Neigung der Alt- oder vielmehr Rechtgläubigen.

Das ist ganz natürlich, also muß mit aller Energie der alte gleich rechte Glaube auf unsere Fahnen geschrieben werden und nicht der Zerfetzung Vorschub geleistet.

Den Altgläubigen kann man unmöglich auflösende Bestrebungen vorwerfen, da sie das Bestehende erhalten wollen und sich gegen das Auflösende verschützen! Daher ist die Landeskirche bedroht durch die neue Theologie, die Arbeit der Kirchenbehörde also vorgezeichnet.

Die Ansichten dieser Seite teile Ich vollkommen, nur nicht den Angriff auf die Dom- und Hofprediger. Diese wollen die alte Glaubenslehre, wie die Heilige Schrift sie uns über-

nötigt worden ist, sich innerhalb des Rahmens der Verfassung zu bewegen. Dennoch unterschätzt der Oberkirchenrat die Gefahr nicht, zumal der religiöse Sinn in weitesten Kreisen der Bevölkerung ohnehin durch den Konflikt des Staates mit der römischen Hierarchie aufgeregt ist. Auf seiten der Altgläubigen hat die Unzufriedenheit mit der neuen Staatskirchengesetzgebung, sowie die Verstimmung über die weit überschätzte Abhängigkeit der Kirche vom Staat je länger je mehr dazu geführt, sich mit dem Gedanken der Freikirche zu befreunden, und auch auf der andern Seite hat die Tatsache, daß man außerhalb des Schattens der Landeskirche, je der Kirche überhaupt, unangefochten leben könne, die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche befördert. Die ultramontanen und sozialdemokratischen Blätter weisen mit Behagen auf die in der evangelischen Landeskirche eingetretene Zerfetzung hin.

In diesen Gegensätzen und den sich daran anschließenden auflösenden Bestrebungen von beiden Seiten liegt der Schwerpunkt der gegenwärtigen kirchlichen Lage. Die Existenz der Landeskirche ist bedroht. Dabei ist von der Verwüstung noch gar nicht geredet, welche die materialistische Anschauung mit ihrer frechen Gottesleugnung und ihrer Auflösung aller sittlichen Verhältnisse angerichtet hat. Eine solche Schädigung aber und damit der Zerfall der evangelischen Landeskirche wäre eine ungeheure Gefahr für das Vaterland, wie für das evangelische Christentum. Die Sache steht nicht so, wie die Berliner Hofprediger in ihrer neulichen Ansprache an die Domgemeinde*) gesagt haben, daß sich zwei Kirchengemeinschaften bilden würden, die eine für das Apostolikum,

*) K ö g e l, Band 3, S. 64 f.

die andere wider und ohne dasselbe, sondern der Geist der Separation würde sich fortsetzen, es würden sich nicht zwei, sondern zahlreiche Religionsgemeinschaften bilden im Kampf widereinander, ein großer Teil unseres Volkes würde gar keiner Religionsgemeinschaft mehr angehören, und der Staat der Hohenzollern eine seiner kräftigsten Stützen verlieren. Deshalb halten wir es für unsere heilige Pflicht, wie bisher, so auch in Zukunft, alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Einheit der evangelischen Landeskirche durch die gegenwärtige Krisis hindurch aufrecht erhalten werde. Wir werden unser Absehen darauf richten, alles zu sammeln und zu stärken, was den Willen und die Befähigung hat, den Zusammenhalt der evangelischen Landeskirche zu fördern, wie wir dies in unserer Ansprache an die Geistlichen und Gemeinde-körperschaften betreffend die Ausführung der Kirchenverfassung vom 3. November 1876 unzweideutig ausgesprochen haben.

Wir halten auch jetzt noch dafür, daß, was die Landeskirche zusammenbindet, weit stärker ist als das, was sie an Gegen-sätzen in sich schließt.

Als Grundvoraussetzung dafür, die Einheit der Landeskirche aufrecht zu erhalten, erkennen wir dies, daß Bekenntniß und Union gemeinsam miteinander in unerschüttertem Bestande bleiben. Beide müssen als unantastbare Heiligtümer gelten, und wenn es gelingt, diese Überzeugung in immer weiteren Kreisen zu verbreiten und zu stärken, so wird viel Beunruhigung vermieden werden. Wir werden keinem Beschluß, wenn ein solcher auf irgendeiner der synodalen Stufen jemals gefaßt werden sollte, die kirchenregimentliche Zustimmung erteilen, in welchem irgendwie an dem Bekenntniß oder an der Union gerüttelt wird.

liefert, festhalten, weil sie der Anker ist, der bisher die Christenheit zusammenhielt. In dieser Schrift ist früher gesagt: Aber ein Jahrhundert dauert bereits der Streit über die Glaubenssätze. Und was ist dabei herausgekommen? Nichts als Verwirrung, Spaltung, Unglaube. Das Festhalten am Apostolikum kann und darf man daher denen nicht zum Vorwurf machen, die in diesem Festhalten die Rettung unserer Kirche sehen. Der von den Gegnern aufgestellte Satz: „Das Apostolikum zc. sei Menschenwerk und müsse daher auch durch Menschen reformiert werden“ ist so verwerflich wie irgend etwas in der Welt, denn er führt zur Auflösung aller Religion, bis zur Abschaffung der Gottheit! Denn wer hat es geschrieben: Zu Anfang schuf Gott Himmel und Erde?!

Das heißt festhalten an dem Apostolikum.

Die verbindenden Kräfte liegen in Preußens Geschichte, wer dies aus den Augen verliert, ist kein Preuße!

Folglich darf am Glaubensbekenntniß nicht gerüttelt werden, was aber gerade die auflösenden Mächte wollen.

Ganz einverstanden!

Bravo!

Dies hebt ja aber die Aussprüche der vorigen Seite wieder auf?? *)

Das ist ja Hofsbachs Lehre also?

Doch nur bei Alt lutheranern! ?

Also Hofsbachs Verfahren!? Was hier Buchstabenknechtschaft und Starrheit genannt wird, im Gegensatz zu Geist und Leben, ist ja gerade das, was die Union erhält, das Gegenteil aber den Unglauben erzeugt! Muß also bekämpft werden.

Richtig!

Hierbei befinden wir uns freilich in einem doppelten Gegensatz. Innerhalb der altgläubigen Strömung gibt es in unserer Landeskirche eine unter einem Teil der Geistlichkeit und der hochkonservativen Kreise des Laienstandes verbreitete Richtung, die sogenannten Konfessionellen, welche zwar strenge Bekenntnismäßigkeit in Lehre und Leitung der Kirche durchgeführt wissen wollen, dies aber im Interesse eines falsch verstandenen Luthertums, und in einer Weise, daß dabei der reiche Ertrag, den die theologische Wissenschaft für eine tiefere Erfassung und entsprechende Formulierung des Bekenntnisinhaltes gebracht hat, völlig ignoriert und in unevangelischer Weise dem Buchstaben des Bekenntnisses eine äußerlich bindende Bedeutung gegeben wird. Die Tendenz dieser Richtung zielt notwendig auf Auflösung der Union. Diesen Tendenzen müssen wir im Interesse der Landeskirche widerstreben. Wir wollen Unantastbarkeit des Bekenntnisses, aber nicht im Sinne unbeweglicher Starrheit, sondern im Sinne fortschreitender Erkenntnis und Vertiefung, nicht als Buchstabenknechtschaft, sondern als Geist und Leben. Andererseits gibt es innerhalb der liberalen Strömung eine Richtung, welche die sogenannte bekenntnislose Union erstrebt, einen Zustand der Kirche, bei welchem jeder nicht bloß glauben, sondern auch lehren kann, was er will. Dabei wird der Begriff der Union in einem Sinn gefaßt, wie er von ihrem Stifter niemals verstanden worden ist.

Auch dieser Tendenz muß mit Nachdruck entgegengetreten werden. Gewiß kann die Union nicht bestehen ohne Weitzerzlichkeit der Gesinnung und die Landeskirche, solange sie Volkskirche ist und sein

*) Zum ganzen folgenden Abschnitt.

will, muß auch verschiedene Richtungen in sich ertragen können, darf auch nicht nach Art der Sekten eine äußerliche Gleichförmigkeit erzwingen wollen, aber die Grundwahrheiten ihres Bekenntnisses und die kirchliche Ordnung dürfen nicht aufgehoben werden. Wir wollen beides, die evangelische Freiheit und die kirchliche Ordnung wahren. Dies aber kann nur geschehen, wenn das Bekenntnis der Kirche nicht auf Kosten der Union, und die Union

? Diese verschiedenen Richtungen sind aber synonym mit der bekenntnislosen Union?

Eine äußerliche Gleichförmigkeit ist gewiß auf einem gewissen Grunde unbedingt erforderlich, weil in derselben die Unionisten sich bei jedem Gottesdienst erkennen und wiederfinden. Wenn die äußerliche Form in unserer Agende aufgegeben würde, so hörte auch die Union gänzlich auf. Sie muß also ganz fest und entschieden festgehalten werden. Will man in der Liturgie eine größere Auswahl von Gebeten, von Abwechslungen biblischer Sprüche, wie dies schon teilweise geschehen ist, aufnehmen, so ist hiergegen nichts einzuwenden. Nur muß die Form der gottesdienstlichen Handlung nicht geändert werden und in derselben die Erkennungsmittel der unierten Landeskirche sich stets kennzeichnen.

nicht auf Kosten des Bekenntnisses gepflegt wird.

Die Union hat und will das Bekenntnis, das Apostolikum festhalten. Darauf kommt alles an.

Die Gegner haben augenblicklich den Vorteil auf ihrer Seite, daß das, was die Einen zerstören und die Andern festhalten wollen, etwas Fertiges, Überliefertes ist, während die in Lehre, Sitte und Leben ausgestaltete Form für die Einheit des Bekenntnisses und der Union erst im Werden begriffen ist.

Zur Wahrung des Bekenntnisses gehört vor allem dies, daß die evangelische Wahrheit im öffentlichen Gottesdienst, bei der Taufe, der Konfirmation und der Ordination bestimmten und unangefochtenen Ausdruck behalte.

In den das Bekenntnis im Kultus und in den kirchlichen Ordnungen bedrohenden Bestrebungen erblicken wir keine Gefahr, solange wir der Unterstützung Euer Majestät versichert sein dürfen. Größer sind die Schwierigkeiten, wo es sich um die

Was soll denn erst werden, da das apostolische Bekenntnis ja da ist. Durch Sophismen wird man es aber untergraben.

Ganz richtig! Denn wenn wir den alten Glauben anfechten ließen und Neuerungen aufkommen ließen, dann ist unsere Landeskirche verloren.

Inwieweit diese Unterstützung von Mir möglich ist, beweisen diese Marginalbemerkungen.

Wie ist diesem Mangel aber abzu-
helfen?

Ist Sndow diesem Ordinations-
gelöbniß treu geblieben? Nein,
und dennoch erhielt man ihn im
Amte.

Nicht aber sie zu reformieren.

Das führt gerade die Zerrüttung
in der Kirche herbei.

Darauf wird aber nicht gewacht
wie früher, daher die um sich
greifende Unsicherheit in der
Glaubenslehre.

Dies wird aber beim Katechisieren
und durch die Predigt gelehrt.

freie persönliche Reproduktion des Be-
kenntnisinhaltes handelt, also auf dem Ge-
biet der öffentlichen Lehre, des kirchlichen
Unterrichts und der Predigt. Es ist ein
schwerwiegender Mangel, daß unsere Lan-
deskirche keine dem Bedürfnis der Zeit
entsprechende Lehrordnung hat. Das Or-
dinationsgelübde genügt nicht, zumal es ja
auch fordert, in Erkenntnis des göttlichen
Wortes und der Glaubensartikel fort-
während fortzuschreiten. Die Lehrdiffe-
renzen, welche in den Bekenntnisschriften
Ausdruck gefunden haben, sind zum Teil
zurückgetreten gegen neue, für die sich
eine feste Lehrnorm in den alten Bekennt-
nissen nicht findet. Außer dem Ordina-
tionsgelübde gibt es nur noch eine ein-
zige Norm, welche uns eine gesetzliche
Grundlage bei Behandlung von Lehr-
abweichungen gewährt, die Bestimmung
des Allgemeinen Landrechts II, 11 § 73:
„In ihren Amtsvorträgen und bei dem
öffentlichen Unterricht müssen die Geist-
lichen zum Anstoß der Gemeinde nichts
einmischen, was den Grundbegriffen ihrer
Religionspartei widerspricht.“ Es ist nicht
darin gesagt, was unter diesen Grund-
begriffen gemeint ist. Das apostolische
Glaubensbekenntnis genügt zu dieser Be-
stimmung nicht, denn es fehlen in ihm
ganz unzweifelhaft Grundwahrheiten des
evangelischen Christentums, wie zum Bei-
spiel der Lehrsatz von der Rechtfertigung
des Sünders vor Gott allein durch den
Glauben. Auch die Augsburgische Konfes-
sion genügt nicht zu dieser Bestimmung,
denn sie enthält ganz unzweifelhaft Ar-
tikel, wie die über die Beichte, das Kir-
chenregiment, die Kirchenordnungen, welche
nicht zu den Grundwahrheiten des Chri-
stentums gehören. Wir bedürfen demnach
dringend eines von der Kirche anerkannten
Ausdrucks für den wesentlich schlechter-

dings unantastbaren Kern christlicher Wahrheit. Solange ein solcher Ausdruck noch nicht festgestellt und anerkannt ist, wird es der gewissenhaften Erwägung der kirchlichen Behörden im einzelnen Falle überlassen bleiben müssen, ob oder inwiefern eine Lehrsabweichung einen Widerspruch mit den Grundwahrheiten enthält. Die Norm wird sein müssen, daß jede Lehrsabweichung daraufhin geprüft wird, ob sie im Widerspruch steht mit der Lehre, daß der Sünder allein durch den Glauben an Christus Jesus, den Sohn Gottes, den einzigen Mittler zwischen Gott und Mensch, vor Gott gerecht wird aus Gnaden. Was mit dem Inhalt und den Voraussetzungen dieses protestantischen Grundprinzips streitet, enthält sicherlich auch einen Anstoß gegen die christlichen Grundwahrheiten. Dem ungeachtet aber ist die Entscheidung im einzelnen Falle um so schwieriger, als auch innerhalb der kirchlichen Behörden verschiedene Richtungen vertreten sind. Angesichts dieser Verhältnisse muß es unser Bestreben sein, sobald wie tunlich mit der Generalsynode eine Lehrordnung oder wenigstens die wesentlichsten Grundsätze über die Behandlung der die Lehre betreffenden Disziplinarsachen zu vereinbaren. Bis dahin aber müssen diese Angelegenheiten mit der äußersten Vorsicht und Mäßigung behandelt werden. Das Mindestmaß, was man auch von einem zweifelnden Geistlichen verlangen kann und muß, ist, daß er der Gemeinde zu ihrer Erbauung bezeuge, was er sich von der Kirchenlehre aneignen vermocht hat, daß er aber nicht die Gemeinde zum Argernis der Gläubigen in seine persönlichen Zweifel hineinziehe oder gar bei Predigt und Unterricht dem Bekenntnisinhalt widerspreche. Im übrigen aber muß die Mannigfaltigkeit der An-

? Das heißt also das Apostolikum ändern, denn dieses enthielt ja bisher den hier gewünschten Kern! Das ist es ja aber, was nicht geschehen darf.

Das ist doch klar genug, wenn man nur an die Gottheit Christi noch glaubt!

Darum rüttelte man nicht am Glaubensbekenntnis!

Daher muß der Oberkirchenrat und der Kultusminister überall den bestehenden Glauben bekennen, festhalten und Veränderungen des Bekenntnisses nicht zulassen. Laueheit in dieser Richtung ist so gut wie Gutheißung der Aenderung.

Es kommt aber alles auf den Grad der Mäßigung an, damit sie nicht dem Feinde die Macht läßt.

Damit wäre aber der Zwiespalt der Lehre dokumentiert und in die Öffentlichkeit übertragen? à la Hofbach. Hofbach, Sydow, Rohde zc. hielten sich auch für Gläubige nach ihrer Art und geben also Anstoß bei dem Teil ihrer Pfarrkinder, die noch rechtgläubig sind.

Also Hoßbach auch?? Diesem Ertragen werden kann Ich nicht beipflichten. Da muß das Kirchenregiment auftreten und durch geschicktes Einschreiten gegen solche Geistliche bis zur Absetzung vorgehen. Diesen ist aber anzufinnen, daß sie ihr Amt niederlegen, wenn sie glauben, nicht gehorchen zu können.

Das heißt den unverfälschten Glauben.

Siehe vorher! Dem kann Ich nicht beitreten; dies Gehenlassen, Ertragenwerden hat seit dem Synodsfalle nur Unheil geboren.

Ich habe fast von allen Kreissynoden die erhebendsten Tursse zu Meiner Glaubensfestigkeit erhalten. Ich nehme daher gern nebenstehende Anerkennung an. Aber ohne Mich überheben zu dürfen frage Ich doch: Würde die Liebe in den Kreissynoden so sich

schauungen und Richtungen auch im Gebiete der öffentlichen Verkündigung ertragen werden und es kann dies geschehen, weil damit wirklich der Mannigfaltigkeit der Erbauungsbedürfnisse Genüge getan wird. Dies sind die Grundsätze, nach denen wir bisher in Frage der Lehrdisziplin verfahren sind, und nach denen wir auch ferner zu verfahren gedenken.

Leider sind die Schwierigkeiten, welche uns nach dem neuen Ausbau der Kirchenverfassung erwachsen, namentlich der Synodalordnungen, nicht minder groß. Es kommt jetzt darauf an, die neugegebenen Institutionen auszubauen und zur Erweckung evangelischen Glaubens und Lebens zu benutzen. Auch hierbei treffen wir auf Gegenwirkungen. Allerdings gehören Vorgänge, wie die in der hiesigen Zionsgemeinde und in der hiesigen Jacobigemeinde zu den seltensten Ausnahmen. Wir halten es nicht für ratsam, daß das Kirchenregiment in solche vereinzelte Krankheitserscheinungen ohne Not eingreift und müssen uns überhaupt davor hüten, die Bedürfnisse der Landeskirche nach den Berliner Zuständen zu bemessen. Wenn wir auf das Ganze der Kirche hinblicken, so haben sich die Befürchtungen, die an die Schlußbestimmungen der Generalsynodalordnung geknüpft waren, bisher nicht verwirklicht. Die Synoden sind den demokratischen Massen nicht ausgeliefert worden, im Gegenteil haben die Kreissynoden zu einem großen Teil bereits getagt und in Frieden gearbeitet und sich in Folge der Aussprache Euer Majestät zu dem Apostolischen Glaubensbekenntnis bekannt. Die Wahlen zu den Provinzialsynoden sind so ausgefallen, daß die altgläubige Richtung die entschiedene Majorität haben wird.

Allerdings ist auch die sogenannte Mit-

felpartei in den Hintergrund gedrängt und die beiden Extreme werden schärfer aufeinander treffen. Dessen ungeachtet würden wir den bevorstehenden harten Kämpfen mit Zuversicht entgegensetzen, wenn uns nicht Schwierigkeiten von einer Seite her erwüchsen, von der wir dieselben am wenigsten erwartet hätten. Seit der außerordentlichen Generalsynode hat sich die Richtung der positiven Union, auf welche wir uns gegenüber der konfessionellen Partei und der bekenntnislosen Union am meisten stützen mußten, gespalten. Der eine Teil hat unsere Vorlage in Gemeinschaft mit den Konfessionellen auf das Äußerste bekämpft und sich unter der Führung der Berliner Hofprediger zu einer eigenen Partei konstituiert und dadurch den Schein erweckt, als ob der andere Teil nicht mehr der positiven Union zugehöre. Durch eine überrührige, von Berlin geleitete Agitation hat sie nicht unbedeutende Erfolge gehabt.

In Verbindung mit der konfessionellen Partei kämpft sie gemeinsam nicht etwa bloß gegen die Gegner des Bekenntnisses, sondern gegen den evangelischen Oberkirchenrat, und es ist darin auch in persönlichen Angriffen bisher schon recht Starkes geleistet worden. Der Umstand, daß Hofprediger die Führer dieser Bewegung sind, daß dieselben in besonderer Beziehung zu Euer Majestät gesetzt werden, daß man glaubt, dieselben seien der Zustimmung oder wenigstens der Zulassung Euer Majestät gewiß, gibt der Sache eine Tragweite, welche dahin gedeutet wird, als ob das gegenwärtige oberste Kirchenregiment nicht im vollen Vertrauen Euer Majestät stünde. Wir müssen schon heute bekennen, daß wir nicht in der Lage sein werden, die Forderung dieser Partei zu unterstützen. Was dieselbe in allen wichtigeren

gezeigt haben, wenn Ich jene Aussprache nicht getan hätte? Wenn Ich Glaubenskraft und Glaubensmuth gestärkt habe, so ist Mein Zweck erreicht worden! Dies würde beweisen, daß jenes Gehelassen und Ertragen werden nicht der rechte Weg ist, um bessere Zustände in unserer Kirche zu erzielen.

Ja, aber mit Gestaltung der Umgestaltung des Glaubensbekenntnisses, und darin eben liegt Zwist und Auflösung und hiergegen agitiert die positive Union, Meiner Ansicht nach mit vollem Recht. Die Konfessionellen wollen aber gar keine Union.

Die Hof- und Domprediger sind die bestellten Beichtväter der Königlichen Familie und sie werden demnach aus den Bekennern der positiven Union gewählt, zu der die Königliche Familie sich bekennt. Sollte ein Dom- und Hofgeistlicher diesen Glaubensstandpunkt verlassen, so würde dies seine Entfernung aus seiner Stellung nach sich ziehen. Aus diesem Standpunkt ist Meine Stellung zu den qu. Geistlichen zu entnehmen, denen Ich den Namen Partei nicht beilegen kann. Ob und worin die Forderungen der Genannten zu weit gehen sollten, darüber wird Beschluß gefaßt werden können

(siehe weiter unten), wenn darüber Verhandlungen eintreten werden, aus denen das Haltbare und Unhaltbare sich erst ergeben kann.

Gehört die Agende zu dieser Überschätzung äußerer Mittel? Die Agende der Union ist das streng aufrechtzuerhaltende Erkennungszeichen der letzteren, daher unentbehrlich und nicht zu unterschätzen, um der früheren Willkür jedes Geistlichen, sich einen eigenen Gottesdienst zu schaffen, entgegenzutreten. In den Jahren 1812—1816 sprach sich König Friedrich Wilhelm III. sehr ungehalten über Eylert, Offelsmeyer und die Domgeistlichen aus, weil sie theils das Apostolikum, theils das Vater unser, theils den Segen aus den Predigten fortließen, vor dem Altar beteten oder nicht u. „Dieser Willkür muß ein Ziel gesetzt werden“, sagte der König, „damit man doch weiß, was unsere Kirche ist und kennzeichnet!“ Und so entstand die Liturgie, die Agende und dann die Union 1817.

Eine Zügelung ist ja die Pflicht des Kirchenregiments.

Dies sind die Ansichten, die man prüfen und sichten muß.

Über alles dies muß man verhandeln, um zu einer Verständigung zu gelangen, ohne peremptorisch gleich alles zu verwerfen.

Die Neugestaltung der kirchlichen Ordnungen betreffenden Fragen von unseren Grundsätzen trennt, ist die Überschätzung äußerlicher Mittel und gesetzlicher Bestimmungen, um der Kirche die unentbehrliche Einheit und Reinheit des Glaubens und Lebens zu sichern. Die Genossen

dieser Partei muten dem Kirchenregiment eine schärfere Zügelung der Lehrfreiheit auf disziplinarischem Wege zu; sie meinen, eine Beseitigung der staatlichen Mitwirkung bei den an Euer Majestät zu richtenden Vorschlägen für die Besetzung der kirchenregimentlichen Ämter oder eine über die jetzige Befugnis des Anspruchs hinausgehende positive Mitwirkung der kirchlichen Behörden bei der Ernennung der theologischen Professoren, eine strengere Handhabung der Kirchenzucht, in Ausschließung nicht nur von den Ehrenrechten, sondern auch von den Gnadenmitteln der Kirche, könne geeignete Mittel bieten, die hervorgetretenen Schäden zu heilen. Auch fordern sie eine Beteiligung der Synoden bei Besetzung der der Ernennung Euer Majestät vorbehaltenen kirchenregimentlichen Stellen, was eine starke Anerkennung an die parlamentarische Regierung

wäre. Der Gegensatz gegen die uns leitenden Prinzipien wird noch dadurch gesteigert, daß diese Partei namentlich eine Verschärfung der bestehenden Qualifikationsbestimmungen für die in die Gemeinden und Synodalorgane zu Wählenden fordert. Die Erfüllung dieser Forderung würde im besten Fall dazu dienen, daß die Gemeinde- und Kirchenvertretungen reine Minoritätsvertretungen würden und im schlimmsten Falle würde eine ganze Reihe von Glaubensgerichten über Laien hervorgerufen, welche die vorhandene Verbitterung nur noch vergrößern könnten. Wir bleiben bei dem, was wir in unserer Ansprache vom 3. November 1876 ausgesprochen haben, daß Qualifikationsbestimmungen nicht auch nur entfernt der Kirche den Schutz gewähren können, der aus der Neubelebung kirchlicher Gesinnung und der Erweckung des kirchlichen Gewissens in den Gemeinden von selbst erwächst. Überhaupt halten wir es zur Zeit noch nicht für angebracht, Änderungen an der Gemeinde- und Synodalordnung zu befürworten und werden den darauf gerichteten Bestrebungen entgegentreten.

Die neue staatliche Gesetzgebung, insbesondere die den Zivilstand betreffende, hat der Kirche eine Reihe neuer Aufgaben gestellt. Wir freuen uns, konstatieren zu können, daß die Unterlassung von Tausen und Trauungen nur in wenigen Teilen der Landeskirche, besonders in den Großstädten, hervorgetreten ist, und daß bereits eine erfreuliche Besserung wahrzunehmen ist. Dem ungeachtet bedarf es vor allem der definitiven Regelung des Trauformulars unter Beirat der Synoden. Eine darauf bezügliche Vorlage wird demnächst den Provinzialsynoden zur gütachtlichen Äußerung vorgelegt werden.

Diese Verschärfung habe Ich bei der Beratung des Gesetzes an die Spitze gestellt, aber leider nur sehr wenig erreicht.

Diese Neubelebung kann doch nur heilsame Früchte tragen, wenn sie auf den alten Glauben basiert wird.

Jedes Gesetz ist der Verbesserung fähig und benötigt; ein schrofferes Entgegentreten derselben ist also nicht angezeigt. Warum hat man diese Verstimmlung überhaupt erzeugt? Wenn so Erfreuliches konstatiert wird, so fragt es sich Meiner Ansicht nach, warum dann mit solcher Heftigkeit diese Rennerung verlangt wurde? Was Ich stets verlangte und leider nicht erreichte: die Zivilehe da gesetzlich zu bestimmen, wo ein spezielles Bedürfnis notorisch sich vorfindet, und die Verallgemeinerung zu unterlassen, da dazu gar kein Bedürfnis vorlag. (Siehe Meine Bemerkung auf einem Oktavblatt, geschrieben krank im Bett in den ersten Tagen November 1873. *)

*) Siehe oben S. 219.

Ich verlange diese Vorlage zu sehen, ehe sie den Provinzialsynoden vorgelegt wird.

Ist vor allem sehr nötig! Wie aber mit dem vorher Gesagten zu vereinigen?

Desfallige Vorschläge sind Mir vorzulegen. Erst den Prinzipien nach, dann im Wortlaut.

Wenn aber diese Organe von nichtreligiösen Majoritäten geknechtet werden? Sollen im obigen Falle die Geistlichen sich der Majorität unterwerfen, also eigentlich gar keine Zucht mehr ausüben? Da muß ja die Verwilderung überhand nehmen? ?

Diese Gegenstände sind Mir zu fremd, um Mein Urteil darüber abzugeben und sehe Ich seinerzeit einem umfassenden Vortrag entgegen.

Auch bei dieser Angelegenheit werden wir die früher von uns ausgesprochenen Grundsätze befolgen. Der Akt der kirchlichen Trauung darf nicht entleert, muß aber so eingerichtet werden, daß die vorausgegangene bürgerliche Eheschließung rückhaltlos anerkannt werde. Im übrigen muß der Anschluß an die bisherige Sitte und die traditionelle Fassung der Trauungsliturgie festgehalten werden.

Auch in betreff der Versagung der kirchlichen Trauung haben sich die Gesichtspunkte in § 10 der Verordnung vom 21. September 1874 durchaus bewährt. Gleichmäßig aber muß nunmehr mit der Ordnung der Kirchenzucht vorgegangen werden, durch welche die Kirche denen begegnen soll, welche ihre Segnungen, insbesondere Taufe und Trauung, mißachten. Wir gehen dabei von der Ansicht aus, daß keine Zucht geübt werden darf, welche nicht auf die Gesinnung und Teilnahme der Gemeinde rechnet, sowie, daß kein Zuchtmittel angewendet werden darf, welches von vornherein die bessernde Wirkung ausschließt. Einer der wesentlichsten Punkte dabei ist auch der, daß nichts geschieht, wozu nicht das geistliche Amt die Zustimmung der Gemeindeorgane vorher eingeholt hat.

Besondere Aufmerksamkeit bedarf auch die Vorbildung der künftigen Geistlichen. ... [Universitätsstudium, Predigerseminare, Prüfungswesen.]

Es ist möglich, daß bei diesen Bestrebungen uns ein in kirchlichen Dingen weitverbreiteter provinzieller Sondergeist noch Schwierigkeiten bereitet. Auch diesen gegenüber müssen wir die Einheit der Landeskirche wahren. Dazu gehört auch

die Stärkung der Autorität der kirchlichen Zentralbehörde. Wir werden jedes Gewissen schonen, aber die bei vielen Geistlichen beliebte, den Kirchenordnungen gegenüber geltend gemachte, auf Dinge, die mit dem Gewissen gar nichts zu tun haben, ausgedehnte und nur die Anarchie fördernde Berufung auf das Gewissen des Einzelnen, kann nicht geduldet werden. Wir werden auch nach wie vor keiner Partei dienen. Wer einem Gemeinwesen, einem staatlichen oder kirchlichen, raten und helfen soll, der darf keinen Parteistandpunkt einnehmen.

Ob es gelingen wird, das Schiff der Kirche durch die vielen Klippen und durch die Brandung der Gegenwart unverfehrt in den Hafen zu steuern, das steht in Gottes Hand. An seinem Segen ist alles gelegen. Unter allem Menschlichen aber bedürfen wir am meisten des Vertrauens Euer Majestät. Eben deshalb haben wir es für Pflicht gehalten, die Grundsätze, welche für uns die leitenden sind, offen und rückhaltlos darzulegen. Es würde uns eine große Ermutigung und Stärkung sein, wenn sich dieselben, wie wir hoffen, der Zustimmung Eurer Majestät erfreuen sollten.

Der Präsident, der Vizepräsident und sämtliche Mitglieder des Oberkirchenrats:

Herrmann, Brückner, Dorner, Thielen,
Stahn, Hermes, Kundler, von der Goltz,
Schmidt, Braun.

Der Wunsch, die Union sich erweitern zu sehen, muß überall durchleuchten, wenn auch Sonderinteressen zu respektieren sind und vielleicht am ersten doch geeignet sind, jenem Wunsch näher zu kommen. Der hin und wieder aufgetretenen Idee, Provinzialkirchen zu bilden, werde Ich niemals Meine Zustimmung geben.

Hofbach, Sydow, Rohde, trotz seiner unverständigen Revokierung.

Das ist gewiß eine sehr zu beherzigende Lehre in allen Lebensbeziehungen. Wo es aber auf Festhaltung des alten evangelischen Glaubens ankommt, da darf kein Schwanken von oben zugelassen werden.

Meine hiermit schließenden Marginalien zeigen genau Meinen Standpunkt zu diesem Bericht, und müssen die noch abweichenden Ansichten durch ferneren Ideenaustausch geläutert werden.

Gastein, Baden.

August-September 1877.

gez. Wilhelm.

Der Befehl des Kaisers zu weiterem Austausch konnte nicht unausgeführt bleiben, obwohl der Inhalt der Randbemerkungen zeigte, daß eine Verständigung so gut wie ausgeschlossen war. Der zweite Bericht des Oberkirchenrates wurde am 22. Oktober im Palais abgegeben. Er hatte mehr als der erste Falts Beifall: „Ich finde ihn ernst, würdig und mutig.“ Wil m o w s k i bemühte sich, den Kaiser

von weiteren Äußerungen abzuhalten und die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Das wäre seinem Einflusse vielleicht doch gelungen, obgleich der Kaiser an der theologischen Diskussion offenbar Geschmack gefunden hatte, wenn nicht zur rechten Zeit wieder ein Ereignis gekommen wäre, das die Entrüstung des Kaisers neu entfachte. In der Tagung der „Vereinigten Berliner Stadtynoden“ benutzte die liberale Mehrheit ihr Übergewicht zu einer Demonstration für Hofbach, indem sie diesen zum zweiten Vorsitzenden wählte und die Zustimmung zu einer Steuervorlage des Konsistoriums von seiner Bestätigung an der Jacobigemeinde abhängig machte, — zweifellos ein unsachlicher Übergriff. „Ich besorge die schlimmsten Folgen beim Kaiser“, bemerkte Falk dazu. Es war in der That so. Auf's Genaueste unterrichtet — R ö g e l war ausdrücklich von ihm beauftragt worden, ihn über Vorgänge auf den Synoden auf dem Laufenden zu halten —, sandte er wieder Schreiben nach Schreiben in erregtem, vorwurfsvollem Tone, so eilig, daß, als Herrmanns erster Bericht nicht genügte, er durch den Feldjäger eine Ergänzung forderte, worauf dieser warten mußte! Der Oberkirchenrat ließ eine Zurechtweisung an die Synode ergehen, die durch ihre Schärfe den Unwillen der Liberalen im Abgeordnetenhaus erregte und unglücklicherweise im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht wurde, wohin sie als eine innerkirchliche Sache nicht gehörte. Falk hatte Mühe, den Beschwerdeführern klar zu machen, daß diese Sache das Parlament nichts angehe, als er am 23. November darüber angegriffen wurde. Seine Worte wurden in einem Teile der Presse mißverstanden, als ob er die Verfügung hätte tadeln wollen, während er nur die Publikation im „Staatsanzeiger“ bemängelt hatte.

Allein H e r r m a n n s Kraft und Geduld war durch diese immer steigenden Anzeichen von mangelndem Vertrauen des Kaisers zerbrochen. Man wird das verstehen, wenn man hinzunimmt, welch eine pathetische Protestaktion gegen die vermeintlichen Angriffe auf das Heiligtum des evangelischen Glaubens die Hofprediger in der Domgemeinde und im Lande entfachten, und welches Echo diese Agitation in Erklärungen und Zustimmungen von Pastoral Konferenzen, Kreisynoden, konservativen Vereinen usw. fand. Demgegenüber, wie lahm und schwach die Unterstützung des Oberkirchenrates! Denn der, auch sehr eingeschränkte, Beifall des Protestantenvereins konnte ihm nichts nützen. Die Gemäßigten, Einsichtigen aber, auf die der Oberkirchenrat rechnen mußte und deren es gewiß eine große Zahl gab, taten,

was sie gewöhnlich tun, sie schwiegen. Einzig und allein Beyschlag setzte sich tapfer und ohne Furcht vor der Ungnade der herrschenden Partei ein. Waren nicht auch schon im Oberkirchenrat selbst Spuren eines Sinkens der Widerstandskraft zu merken? Der juristische Vizepräsident *Hermes* war überhaupt nur durch die Persönlichkeit Herrmanns soweit mitgerissen worden; er war von Anfang an der Hemmschuh an Herrmanns Wagen; die Feindschaft Kögels, mit dem er im Domkirchenkollegium zusammensaß, zu riskieren, war ihm nicht zuzutrauen. Auch bei *Thielen* hegte Herrmann Zweifel, wohl nicht mit Recht. Und hinter *Brückners* Person stand von jeher ein Fragezeichen. Der einzige ganz zuverlässige Kollege war *von der Goltz*. Bereits am 22. Oktober schrieb Herrmann an *Falt*, daß er sein Abschiedsgesuch nur aufgeschoben habe, bis die Antwort des Kaisers auf den zweiten Bericht komme, dann aber seine Pensionierung erbitten werde:

„Ihren Hauptgrund hat sie in der für mich bestehenden physischen und moralischen Unmöglichkeit, unter dem Drude des Dissens mit dem Kaiser die Geschäfte fortzuführen. Je mehr dieser Dissens an die Öffentlichkeit getreten ist, desto rapider entwickeln sich die kirchenpolitischen Folgen. Die saure Arbeit von Jahren, die der Sammlung, Gesundung und Kräftigung der evangelischen Kirche zugute gekommen ist, ist schon zum guten Teil verloren. Das bei der zarten Konstitution unseres Kirchenkörpers geradezu letale Machen der Kirchenpolitik durch die Parteien und ihr gehässiges Getreibe ist wieder obenauf und die mühsam aufgebaute Autorität der kirchlichen Oberleitung bricht unter der richtigen Annahme ihres Zwiespaltes in sich zusammen. Wer kann mir unter solchen Verhältnissen noch zumuten, die Hand am Steuer zu halten?“

Durch die Billetts des Kaisers waren auch die letzten Zweifel beseitigt, Herrmann hielt nun nicht mehr für nötig, die Antwort auf den Bericht des Oberkirchenrates abzuwarten. Am 26. November erhielt *Falt* einen Brief von ihm, daß er soeben sein Abschiedsgesuch an Se. Majestät abgesandt habe: „Ich glaube, es wird mir niemand zumuten, am wenigsten Ew. Excellenz, als das Objekt solcher Kirchenpolitik mich allmählich aufreiben zu lassen und mehr oder weniger herabgekommen und machtlos da abzutreten, wo ich mir durch ein stattliches Tagewerk ein gutes Gedächtnis erarbeitet zu haben glaube. Ich kann dem nur zuvorkommen, wenn ich schon jetzt meine Entlassung erbitte.“

Das Gesuch an den Kaiser ist a. a. O. gedruckt. Es war, wie Falk sah, als es ihm später im Original vom Kaiser übersandt wurde, in der Kanzlei geschrieben; ein Verstoß gegen die vom Kaiser streng beobachtete Sitte, derartige Korrespondenzen vor den Augen der Subalternen geheim zu halten, der Falk unangenehm berührte. Er selbst hat auch seine umfangreichsten Schreiben an den Kaiser immer eigenhändig mündigt.

So war Falk in den Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Oberkirchenrat mit hineingezogen. Als Kultusminister hatte er bei der Entlassung Herrmanns, wie bei der Ernennung seines Nachfolgers amtlich mitzuwirken (siehe oben S. 327). Er sah sich dadurch vor die ernstesten Erwägungen gestellt.

Ihm selbst hatte der Kaiser bisher kein Zeichen des Mißfallens gegeben und gab es auch weiter nicht. Seine gereizte Stimmung in dem Gefühle, daß man in Berlin ohne ihn regiere, von der Bülow Falk am 10. Oktober berichtete, hatte sich diesem gegenüber nicht gezeigt.

Seit längerer Zeit zum ersten Male hatte ihn der Kaiser wieder am 24. Oktober zum mündlichen Vortrage befohlen, — über die Grundsätze der für Nassau und Schleswig-Holstein geplanten Kirchenverfassung; ein Stoff, der zu Reibungen keinen Anlaß bot. Der Kaiser hatte sich dabei in der unbefangenen Weise mit ihm über die schwebende Differenz zwischen Bismarck und Graf Eulenburg unterhalten, dabei auch erwähnt — wobei Falk aufhorchte —, Bismarck habe ihm schon im Sommer geäußert, es müsse eine etwas konservativere Richtung eingeschlagen werden und in dieser Beziehung auf Differenzen mit Eulenburg und Achenbach hingewiesen, — also nicht mit Falk. Er kam sodann auf einen Angriff zu sprechen, den Windthorst im Abgeordnetenhaus mittelbar gegen ihn selbst gerichtet hatte, — er sei bei der Beurteilung Eulenburgs und Bismarcks unkonstitutionell verfahren; — er konnte dabei den Namen nicht gleich finden: „Wie heißt der kleine Mann aus Hannover, der an allem etwas auszusetzen hat?“ Den Streit mit dem Evangelischen Oberkirchenrat berührte er jedoch gegen Falks Erwartung gar nicht; vielleicht war er sich wirklich nicht klar, wie nahe dieser den Minister anging.

Am 14. November wurde Falk sogar auffallenderweise zum Diner im Palais befohlen. „Das ist mir seit dem Sommer 1874 nicht widerfahren, ich wurde immer nur zu den allgemeinen Festen und nur

mit meinen sämtlichen Kollegen geladen. Der Kaiser war freundlich und sprach vor, während, nach Tisch mit mir. Ich erzählte ihm, daß am nächsten Tage wahrscheinlich die Debatten über den Etat des Kultusministeriums begönnen. Als er sich verabschiedete, rief er mir in bezug hierauf noch zu: Viel Vergnügen morgen."

Die Gedanken Falks spiegeln sich in folgenden Tagebucheinträgen vom 27. November und folgenden Tagen:

"Die ernste Entwicklung der Dinge beginnt also, nämlich hinsichtlich der Frage, ob ich eine etwaige Entlassungsorder zeichnen kann. Es wird das vielleicht zum Teil von dem Inhalt des Entlassungsgesuches abhängen. Mit Rücksicht aber auf das, was Herrmanns Brief darüber annehmen läßt, und auf die innern Gründe seines Gesuches überhaupt, glaube ich die Frage verneinen zu müssen. Ich habe bereits vorgestern solche Andeutung zur Weiterbeförderung nach Barzin dem Minister von Bülow gemacht.

"Am 28. November. Meine Auffassung, zur Entlassung Herrmanns nicht mitwirken zu können, ist inzwischen ganz fest geworden. Herrmanns Gesuch ist mir zugegangen und ist die Entlassung auf Grund der bestehenden Differenzen motiviert, die Frage der Dienstunfähigkeit ist nicht einmal in losen Zusammenhang mit den für die Entlassung angeführten Gründen gebracht, wie es dereinst Hegel tat. Nur am Schluß ist der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Kaiser werde in huldreicher Beachtung seiner sehr gesunkenen Gesundheit und zur Reize gehenden Arbeitskraft Pension gewähren. Diese Fassung scheint ganz absichtlich gewählt zu sein, wie ich aus einer Äußerung von von der Goltz entnahm. Aus der Freude, mit welcher Goltz von meinem Entschluß hörte, schien mir ferner hervorzugehen, daß man auf denselben hoffte. Herrmann scheint früher ähnliches gegen Foerster ausgesprochen zu haben, wollte aber gestern, weitere Unterredung mit mir sich vorbehaltend, nichts von einem Einspruch gegen die Entlassung wissen. Was aber meinen Entschluß begründet, ist folgendes: Bei dem Versuche, die evangelische Landeskirche zusammenzuhalten und zu konsolidieren, habe ich mich gegen die Exklusivität der orthodoxen Partei gewendet, dieselbe gebrochen und anderen Richtungen auch Raum zur Bewegung geschaffen. Das war der einzig mögliche Weg zum Ziel, der einzig heilsame Weg für die Kirche. Diese Ansicht ist noch jetzt die meine. Die Orthodoxen, gestärkt durch Kögel und Genossen, erheben jetzt wieder ihr Haupt unter

Beihilfe des Kaisers. Was dieser will und Herrmann nicht tun will, bedeutet ihren Sieg. Dazu kann ich um meines Gewissens und meiner Ehre willen nicht mitwirken. Die Gegenzeichnung der Entlassung Herrmanns würde aber ein solches Mitwirken sein. Denn Herrmann ist es, der vor allem den Widerstand leistet. Fällt er, so geht es, wie jene wollen, und ihre dadurch wachsende Kraft wird ausreichen, einen der Herrmannschen Richtung entgegenstehenden Präsidenten auf seinen Platz zu bringen, dessen Ernennung ich doch nicht gutheißen könnte, aber vielleicht müßte, wenn ich jetzt nachgebe. Ein solches Nachgeben wäre Untreue gegen mich, würde die Achtung, die ich mir erworben, nach allen Seiten vernichten, oder doch so schwächen, daß ich bei jedem beliebigen Ansturm gebrochen werden kann und von dannen gehen würde in Unehren, während ich es jetzt kann in Ehren. Denn das darf ich mir nicht verhehlen, daß die Sache ernst ist. Wenn Herrmann hauptsächlich zwei Punkte hervorhebt, die Änderung der Kirchenverfassung und die Hofbachsche Sache, daneben die Stellungnahme des Königs in kirchlichen Sachen ohne Anhörung des Oberkirchenrates, so würde vielleicht über das erste, nicht über das zweite und schwerlich auch über den Nebenpunkt hinwegzukommen sein. Dafür geben die bedauerlichen Randbemerkungen Zeugnis, die der Kaiser dem zweiten*), früher erwähnten Berichte des Oberkirchenrates beigelegt hat. Sie sind gestern mit dem Berichte an Wilmowski gelangt und ich habe sie in Gemeinschaft mit demselben gelesen. An seinem engen Standpunkt in der Hofbachschen Sache festhaltend, versteigt er sich so weit, die Hofprediger als die eine, den Oberkirchenrat als die andere Partei zu betrachten, zwischen denen er verhandeln und ausgleichen will. Er macht dem Oberkirchenrat eine Reihe numerierter Vorwürfe, unter anderem seltsamerweise die Berufung Holzmanns nach Straßburg, die schon von Mühler geschehen, unter Mathis' Regiment erfolgte, die von Pfeleiderer nach Berlin, die Berufung Tschows in das Konsistorium! Solche Unklarheit besteht!! Als Wilmowski den Bericht des Evangelischen Oberkirchenrates vom 11. August mit den bloßen Marginalien, ohne das später beigelegte Handschreiben nicht zurücksenden wollte, schlug der Kaiser, wie mir Wilmowski sagte, mit der Hand auf den Tisch und sagte: „Dann lege ich meine Krone nieder.“ Wilmowski sagte mir, der Oberhofmarschall Graf Redern habe ihm geäußert, daß der Kaiser zu ihm gesagt habe, er habe zu Wilmowski in evangelisch-kirchlichen

*) Siehe unten S. 417.

Sachen kein Vertrauen mehr, auch dies, in diesen Sachen rate er sich selbst. Wilmowski verstand meinen Standpunkt in der Herrmannschen Entlassungsfrage.

„29. November. In Berlin besteht ein wissenschaftlicher Verein, welcher alljährlich eine Reihe von Vorträgen gelehrter Männer herbeiführt. Der Verein steht unter dem Protektorat des Kaisers. Demselben wird das Verzeichnis der Vorträge zur Genehmigung vorgelegt. Das vermittelt Gneist im Namen des Vorstandes. Unter den diesmal in Aussicht genommenen Vorträgen befand sich einer des Propstes von der Goltz: ‚Die christlichen Symbole im Lichte der Geschichte.‘ Vor kurzem erschien Hofrat Bord, Privatsekretär des Kaisers, bei Sydow, um im Auftrage des Kaisers nach der Richtung zu fragen, welcher Goltz angehöre. Sydow wies ihn an Herrmann. Gestern erfuhr ich von Gneist, daß Bord auch bei ihm mit gleicher Frage gewesen sei, daß er Goltz als der Mittelpartei angehörig bezeichnete, welche die Synodalordnung zustande gebracht, und Bord im übrigen an Herrmann verwiesen habe. Dieser hat Gneists Bemerkungen bestätigt und sich auch sonst beruhigend ausgesprochen. Nichtsdestoweniger hat ihm der Kaiser durch Bord sagen lassen, die Symbolfrage habe ihm schon soviel Ärger gemacht, wenn ihm Gneist einen Gefallen tun wolle und wenn er selbst das Protektorat behalten solle, möge er diesen Vortrag nicht halten lassen. Gneist wird dies natürlich einrichten und wünscht, damit nichts von der Sache in die Öffentlichkeit komme, Goltz zu einem Vortrage über ein anderes Thema zu bestimmen. Signatura temporis.

„30. November. Gestern teilte ich während der Staatsministerial-sitzung Bülow die wirkliche Einreichung von Herrmanns Entlassungsgesuch und meine Entschliezung mit. Er schien zu zweifeln, ob der Widerstand schon bei Herrmanns Entlassung oder erst bei Ernennung seines Nachfolgers eintreten sollte, warf auch die Frage auf, ob ein lediglich aus Gesundheitsgründen motiviertes Gesuch Herrmanns meine Stellung ändern könnte. Ich legte darauf den Inhalt des Gesuches und die Notwendigkeit für mich dar, schon jetzt Widerstand zu leisten. Abends hatte ich weitere Gelegenheit dazu und scheine Bülow überzeugt zu haben. Er teilte mir nämlich Bismarcks schriftliche Antwort auf Bülows neuliche, von mir angeregte Mitteilung von der bevorstehenden Einreichung des Gesuches mit. Bismarck hat die Sache irrig aufgefaßt. Er meint, ich sei durch Schwierigkeiten

mit dem Könige amtsmüde, ich gehe zu wenig an das Staatsministerium und ärgere mich allein, ich hätte doch auch mit Herrmann Reibungen gehabt und könnte darum nicht so an ihm hängen, müßte doch auch bedenken, daß, wenn ich ginge, das Ministerium in seinem Bestande nicht zu halten sei. Ich entgegnete, aller Schwierigkeit ungeachtet, auch der ernstesten, in welcher ich mich Camphausen gegenüber wegen des Unterrichtsgesetzes befinde, sei ich gerade jetzt leidlich frisch und durchaus fern davon, die vorliegende Gelegenheit als willkommenen Anlaß zum Abgang zu benutzen. Ich lasse die Sache lediglich an mich kommen; das Ausscheiden aus solchem Wirkungskreis sei für einen Mann von fünfzig Jahren nicht leicht, für einen Mann ohne Vermögen und bei den mir obliegenden oder mir anhängenden Verpflichtungen auch finanziell schwer. Um so mehr möge Bismarck überzeugt sein, daß mich Überzeugung und Ehre und das Bewußtsein allein leiteten, durch meine Untreue gegen mich selbst mir die Befähigung zu nehmen, dem Kanzler gegen die Ultramontanen ferner helfend zur Seite zu stehen. Herrmanns Person komme nicht in Betracht, nur die Sache. Mit dem Könige sei ich bis jetzt, freilich mit vielem Schreiben und einigem Nachgeben im kleinen, zufriedenstellend ausgekommen. Die Beziehungen zur Königin seien nicht schlechter wie sonst, da sie bekanntlich nicht füglich schlechter werden könnten, sie ließen mich um so gleichgültiger, als ich Hofbeziehungen nicht suchte. Das Ministerium sei meines Erachtens dergestalt ohne Zusammenhalt, daß ich ein wesentlich längeres Bestehen in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht annehmen könnte. Bülow gab mir dies zu, bemerkte auch, daß dies des Kanzlers Meinung sei, daß dieser aber, wie ich ja wisse, mich als einen der Haltpunkte für die Neukonstruktion des Ministeriums ansähe. Bülow meinte, es müsse nun dahin gewirkt werden, daß der Kaiser nicht zu schnell entscheide, respektive daß er sich so verhielte, daß Herrmanns Bleiben möglich sei, was ich dahin definierte, der Kaiser müsse es seinen verordneten Kirchenbehörden gestatten, sich frei in ihren Grenzen zu bewegen. Freilich aber waren wir beide der Meinung, daß solch ein Tun oder Lassen kaum zu hoffen ist.

„Heute früh schrieb Herrmann an Sydow, daß er am 27. ein Handbillet des Kaisers erhalten habe, dessen Zweck ihm nicht klar sei [es ist dies das in den D. Ev. Bl., S. 741 gedruckte], und daß er mich und Sydow dringend zu sprechen habe, um von uns freundschaftliche Unterstützung seiner Entlassungswünsche zu begehren. Ich bat Sydow,

mich von diesem Besuche zu befreien und Herrmann mitzuteilen, daß ich in dieser Sache auf Personen keine Rücksicht nehmen könnte, mich selbst auch einsetzte und diesen Entschluß nach maßgebender Stelle hin, Bismarck und Wilmowski, verlautbart hätte."

Das Billett des Kaisers gab seinem Befremden darüber Ausdruck, daß Herrmann seine Antwort auf den zweiten Bericht des Oberkirchenrates nicht abgewartet habe. Er nahm an, daß diese sich mit Herrmanns Entlassungsgesuch gekreuzt hätte, und forderte nun von Herrmann, ehe er über sein Gesuch entschiede, eine Rückäußerung auch auf diese Randbemerkungen. Konnte der Kaiser wirklich davon eine Wirkung in dem Sinne erwarten, daß sie Herrmann zum Bleiben bestimmten? Man kann sich das, wenn man den Ton und Inhalt dieser Randbemerkungen erwägt, kaum vorstellen. Es tritt hier ein eigentümlicher Zug im Charakter des Kaisers hervor, nämlich, daß er sich auch bei schwersten Differenzen mit seinen Ratgebern außerordentlich ungern entschloß, die Konsequenz der Trennung zu ziehen. Ein Entlassungsgesuch erschien ihm immer als eine Art Insubordination, auch scheute er die Unannehmlichkeiten, die ein solches zur Folge haben mußte, und — man muß es doch wohl sagen — er hatte kein volles Verständnis für die Gewissensnöte, in die er seine Räte zuweilen brachte.

Auch diese Randbemerkungen des Kaisers zu dem zweiten Bericht des Oberkirchenrates muß ich mitteilen.

Dem O. K. R. remittiert mit
Meinen Marginalien, um über
dieselben weiter zu konferieren.
Berlin, im November 1877.

Die Denkschrift will der Anregung des Kaisers Folge geben, über die Marginalbemerkungen der ersten Denkschrift weiter zu konferieren. Das Ergebnis der Beratungen des Oberkirchenrats soll nun vorgetragen werden.

In der Empfindung der Schwere der gegenwärtigen kirchlichen Lage und der Erwägung der maßgeblichen Grundsätze haben sich die Mitglieder des Evangelischen Oberkirchenrats in völliger Einmütigkeit des Geistes gefunden. Sie können aber auch der Vergewisserung nicht entbehren, die in der Zustimmung des Kaisers liegt. Der Bericht will sich auf die Hauptsachen beschränken und konstatiert nur im Vor-

übergehen, daß dem Befehl des Kaisers, die projektierte Trauformel und die gleichfalls angestrebte Vorlage in betreff der Kirchenzucht dem Kaiser rechtzeitig zur Kenntniß zu bringen, schon in dem Bericht vom 11. August vorweg Gehorsam angezeigt sei.

Sodann bemüht sich der Bericht festzustellen, worin zwischen den Anschauungen und Zielen des Kaisers und denen des Oberkirchenrats keine Verschiedenheit besteht.

Wie der Kaiser, will auch der Oberkirchenrat den Bekenntnisstand der Landeskirche unangetastet erhalten wissen und hat diesen Willen in dem Bericht vom 11. August auf das Nachdrücklichste bekundet. Insbesondere will auch er das Apostolikum in seinem liturgischen Gebrauch erhalten wissen.

Wie der Kaiser, ist auch der Oberkirchenrat nicht gemeint, das in der Agende vorhandene Band für die Einheit der Landeskirche zu opfern, wenn sie auch in einzelnen ihrer Formulare der Verbesserung bedürftig sein mag.

Wie der Kaiser, will endlich auch der Oberkirchenrat die Union, und zwar im Sinne der positiven Union, festgehalten wissen und sowohl der Verneinung der Union durch die konfessionelle, als der Auflösung des Positiven in der Union durch die bekenntnislose Richtung entgegenstehen.

Diese Übereinstimmung in den wesentlichen Zielen scheint um so bedeutungsvoller, als der Oberkirchenrat sich auch darin mit dem Kaiser eins weiß, daß es vor allem gilt, unserem Volke den Glauben zu erhalten. Allerdings scheint der Kaiser zu befürchten, daß der Oberkirchenrat das Wesen des Glaubens antasten

Da aber im Bericht später gesagt wird, daß man die freie Forschung der Wissenschaft zulassen und die Andersgläubigen dulden müsse, so frage Ich, wie ist dann ein Zurückführen der Irriggläubigen, also eine Einheit möglich?

Welchen? Darüber sehe Ich der Vorlage entgegen, ehe die Verbesserungen verlaubar werden.

Während an dem völlig richtigen Glaubensstandpunkt der Mitglieder des E. O. R. Ich nicht zweifle, so sind Vorkommenheiten

ließe oder der Glaubenserschütterung nicht genug wehrte.

bei Behandlung einzelner Fälle derart für Mich erkennbar geworden, die durch laze Behandlung bei Mir und im Publikum des alten Glaubens den Glauben erweckten, daß auf diesem Wege Erschütterung des wahren Glaubens unausbleiblich sei.

1. Der Fall Sydom, der durch Reformierung des Konsistorialbeschlusses im Amte belassen wurde, mußte im Volk die Ansicht verbreiten, daß der Oberkirchenrat wenig Gewicht auf die durch Sydoms Lehrsatz herbeizuführende Erschütterung der alten Glaubenssätze lege. Ich selbst habe in der Konferenz *) vor zwei Jahren die Unwürdigkeit eines Geistlichen dargelegt, der, um im Amte bleiben zu können, seine Lehre nicht den Mut von der Kanzel zu lehren hatte, sie aber öffentlich vor Tausenden lehrte.

2. Die Berufung des Professors N. N. von Heidelberg nach Straßburg, der länger zum Protestantenverein gehörte, mußte unangenehm frappieren, da es unbekannt blieb, daß derselbe sich von diesem Verein losgesagt habe, welches Faktum immer bedenklich bleibt, weil, als man die Augen auf ihn warf, man jene Lossagung noch nicht kannte.

3. Die gleiche Berufung des Professors N. N. von Tübingen nach Berlin, worüber man sich in Stuttgart wunderte, aber sich freute, „ihn los zu sein“.

4. Das Nichteinschreiten gegen Hoffbach, dessen Glaubensrichtung doch schon vor seiner Berufung an die Jacobi- in der Andreaskirche bekannt sein mußte.

5. Die Berufung Tschows in das Konsistorium.

Der Oberkirchenrat bittet den Kaiser, einer solchen Befürchtung in Zukunft nicht weiter Raum zu geben. Den Glauben, der in Gottes Wort gegründet, aus Gottes

*) Gemeint kann nur sein ein gemeinsamer Empfang Herrmanns, Hoffmanns und Brückners im Frühjahr 1873 (D. Ev. Bl., S. 666).

Wort geschöpft und in den Bekenntnissen unserer Kirche bezeugt ist, bekennt und vertritt der Oberkirchenrat in voller Einmütigkeit.

Allerdings zeigt sich nun hier ein erster Punkt abweichender Ansicht. Die Differenz liegt nicht in den Zielen, sondern in den Mitteln und Wegen.

Ganz richtig!

Wie kann der Boden des evangelischen Glaubens nicht verlassen sein, wenn Leute wie Hofbach im Amte bleiben und öffentlich ihren Neuglauben verkündigen dürfen?

Ja.

Zuerst in der Frage, wie in der gegenwärtigen Zeit die Lehrdisziplin zu handhaben ist. Der Kaiser wolle dem Oberkirchenrat nicht beipflichten, daß die Mannigfaltigkeit der Anschauungen und Richtungen, vorausgesetzt, daß der Boden des evangelischen Glaubens nicht verlassen werde, auch im Gebiete der öffentlichen Verkündigung ertragen werden müsse.

Der Kaiser fordere demnach in der Hauptsache größere Entschiedenheit und Schärfe in der Übung der Lehrdisziplin. Während der Oberkirchenrat der Überzeugung sei, daß, wie zur Zeit die Dinge in der Kirche einmal liegen, auch bei der Lehrdisziplin die tragende Geduld nicht außer acht gelassen werden dürfe, fordere der Kaiser die Anwendung von Zwangs- und Strafmitteln, welche die Amtsentfernung solcher Geistlicher zur Folge haben würden, die sich Lehrabweichungen zuschulden kommen lassen.

Niemals verlange Ich übereilung oder gar Ungerechtigkeit. Die hier hingestellte Deduktion ist ein sechster Punkt zu der voranstehenden Bemerkung von Vorkommenheiten, welche eine Unsicherheit des Weges des Oberkirchenrates im Publikum erzeugen müssen. Nach Meiner gewissenhaften Überzeugung liegt der Fall Hofbachs, sowie der Sydows, klar als Glaubensfälschung vor, denn beide leugnen die Gottheit Christi! Wo bleibt dann das Fundament des Glaubens? In der Lage, in welcher zur Zeit die Dinge in unserer Kirche einmal liegen, kann nur ein festes Auftreten die Altgläubigen festhalten, mit an-

dern Worten, es muß ein Exempel statuiert werden. Bei Anwendung milderer Zuchtmittel, bis auch diese nicht zum Ziele führen, müssen Jahre verstreichen, in denen der verfälschte Glauben gepredigt und gelehrt wird. Jetzt ist es noch Zeit, diesem wirksam entgegenzutreten. Daß Ich den Synodsal anders betrachte, als der Oberkirchenrat, habe Ich in jener Konferenz vor zwei Jahren unverhohlen ausgesprochen und die von Mir vorhergesehenen Folgen liegen nun zu Tage und haben zu Hofsbachs Kühnheit geführt! Was wird erst die Folge sein, wenn mit ihm, falls er appelliert, die Maximen der milderen Zuchtmittel angewendet würden? Ich werfe hierbei nochmals die Frage auf: Warum hat das Konsistorium dem Hofsbach nur die Berufung an die Jacobikirche verweigert und ihn doch im Amte belassen?? Diese Verweigerung erfolgte doch nur wegen seines gepredigten Irrglaubens, also wegen Vergehen gegen sein Ordinationsgelöbniß. Ist er alsdann doch noch gut genug, in der Kirche Andreas zu verbleiben? Das ist eine Anomalie, die der Oberkirchenrat nur durch Entsetzung vom Amte schlichten kann.

Der Oberkirchenrat kann dem Kaiser darin nicht folgen, weil er sich an das Gesetz gebunden fühlt. Überdies ist der Spruch, welcher über einen Geistlichen die Absetzung verhängt, stets ein richterlicher Akt, und von dem Richter wird mit Recht Unabhängigkeit von jedem Einfluß, auch von den eigenen Wünschen, gefordert. Er muß im einzelnen genau prüfen, ob es sich wirklich um grundstürzende Irrtümer handelt.

Wenn die am Schlusse dieser Seite unterstrichenen Sätze richtig sein sollten, so muß doch jedenfalls eine Lücke in der Gesetzgebung existieren. Indessen zugegeben, daß dem so sei, wie hier gesagt wird, so kann doch niemand leugnen, daß, wenn ein Geistlicher seines Amtes enthoben wird, dies für die Masse der noch Gläubigen ein solcher Fingerzeig ist, daß das Kirchenregiment Irrgläubige nicht dulden will, daß der wohlthätige Eindruck niemals ausbleiben kann. Daß die Anhänger der Irrlehren vor Wut entbrennen werden, versteht sich.

Gewiß hat der Geistliche in seinem Ordinationsgelöbde nur gelobt, in Erkenntnis des göttlichen Wortes und der Glaubens-

Das ist doch mehr wie klar!

Diese Überzeugung muß ihnen der Oberkirchenrat gründlichst benehmen, das ist seine unbedingte Pflicht! Daß dies auf dem hier neben angegebenen Wege gründlich geschehe, versteht sich von selbst. Diejenigen, welche behaupten, mit ihrem Verfahren nicht mit ihrem Ordinationsgelöbniß im Widerspruch zu stehen, folglich nicht ungehorsam zu sein, können dies doch nur durch Sophismen behaupten, die jeder Geistliche aufstellen kann, wodurch jenes Gelöbniß überflüssig würde.

Ja die Mehrzahl der neugläubigen Laien, nicht aber die Mehrzahl des evangelischen Volkes.

Ich habe Mich bei öffentlichen und privaten Veranlassungen stets dahin ausgesprochen, daß, bei mir gemachten Vorhaltungen gegen die Synodalgeseßgebung uzw., jedes Geseß der Verbesserung fähig und benötigt sei, wie man das ja in allen parlamentarischen Verhandlungen tagtäglich sieht. Niemals habe Ich zu einem bestehenden Geseß einen Termin zu dessen Verbesserung angegeben, namentlich bei solchen, die noch in der Übergangsperiode sich befinden. Insofern bin Ich also mit den hier angeführten Ansichten einverstanden. Aber alles kommt darauf an, daß von allen höheren Kirchen-

artikel fortschreiten, nicht aber sie reformieren zu wollen. Dem ungeachtet muß die Grenze zwischen beiden sehr sorgfältig geprüft werden und dies um so mehr, als unter diesen Männern solche nicht fehlen, welche der Überzeugung sind, ihr Ordinationsgelübde nicht gebrochen zu haben und welche bestreiten, ungehorsam zu sein.

Ein Versäumnis der sorgfältigsten Prüfung im einzelnen führt in unserer Zeit, wo die große Mehrzahl der Laien sofort für den zur Verantwortung gezogenen Geistlichen Partei nimmt, zur Verschärfung der vorhandenen Gegensätze, aber nicht zu deren Überwindung und zur Zersprengung der Landeskirche.

Ein zweiter Differenzpunkt betrifft die Abänderungen der Kirchenverfassung. Der Oberkirchenrat hält nicht für angezeigt, schon jetzt Änderungen in der Gemeinde- und Synodalordnung zu befürworten. Er hält zwar die Verfassung nicht für vollkommen und teilt die Ansicht des Kaisers, daß, wie jedes Geseß, auch dieses der Verbesserung fähig ist, allein die Gemeinde- und Synodalordnung und die Generalsynodalordnung ist erst zu kurze Zeit in Geltung, um ein rechtes Urtheil darüber abgeben zu können. Ueberdies hält der Oberkirchenrat eine Änderung gerade in den beiden am meisten angefochtenen Punkten nicht für notwendig, nicht einmal

für rätlich, jedenfalls nicht für dringlich, nämlich in der Frage der verstärkten Laienvertretung und der Qualifikationsbestimmungen. Der Oberkirchenrat bittet den Kaiser inständig, sein Urtheil über diese beiden Punkte weiterer Erfahrung vorzubehalten und nicht wegen vereinzelter, beklagenswerter Erscheinungen schon jetzt damit abzuschließen. Schon haben die Gegner der Verfassung die Äußerungen des Kaisers in Benrath benützt, um einen Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem Oberkirchenrat festzustellen, und um die

behörden, also auch namentlich vom Oberkirchenrate, bei den Deklarationen der hervortretenden Schwierigkeiten und Anschauungen in der Übergangsperiode im wahren Festhalten des alten Glaubens verfahren wird und der modernen Theologie entgegengetreten werden müsse.

Ich hätte gewünscht, einen so peremptorischen Ausdruck hier vermieden zu sehen, weil er fast den Faden einer Verständigung zwischen uns abschneidet.

Alles kommt darauf an, daß die vereinzeltten Erscheinungen, namentlich in Berlin, die nebenstehend beklagt werden, mit vollem Ernst und Glaubens-treue verfolgt und abgeurtheilt werden, denn sonst müssen die einzelnen Erscheinungen fort und fort wuchern und dann gar nicht mehr zu reffen sein. In Benrath habe Ich Mich ganz wie vorstehend ausgesprochen und also auch die Verbesserungen des Synodalgesezes anerkannt. Über den Einfluß der Kirche auf den Schulunterricht habe Ich Mich nach Meiner Überzeugung dahin ausgesprochen, daß, da ich noch keine Mittheilungen über die Grundsätze, welche hierbei das Kultusministerium verfolgt, erhalten hätte, — Ich die Ansicht theilte, daß die Kirche eine bestimmt vorgezeichnete Einwirkung auf die Schule haben müsse, in Beziehung namentlich des Geschichtsunterrichtes in kirchlicher Hinsicht.

Gegner zu diskreditieren, die das Werk der Verfassung unter vieler Mühsal zu-stande gebracht haben.

Ein dritter Differenzpunkt liegt in der Beurteilung der durch Hofprediger geleiteten Parteiagitatio. Dem Oberkirchenrat scheint es mit der Stellung der Hofprediger unverträglich, daß diese sich an die

Im Vorstehenden habe Ich angedeutet, wie eine Verständigung, um einzelne Differenzpunkte auszugleichen, doch möglich ist.

Ist Mir nirgends entgegen-
getragen worden.

Ich muß eine Spezifizierung dieser
Anklage verlangen, um klarer
zu sehen und erwarte eine solche
Eingabe schleunigst.

Meinen Namen habe Ich öffent-
lich in die jehige, um sich grei-
fende Irrgläubigkeit geworfen
und nicht die Domgeistlichkeit, da
Ich die religiöse Pflicht erkannte,
in den erschreckenden Berliner
Irreführungen Farbe von oben
zu zeigen.

Keineswegs! Durch die in vor-
stehenden Marginalien verlangte
Eingabe will Ich Meine eigene
Auffassung über die Differenzen
mit der sogenannten Hof-
predigerpartei feststellen und mit
dieser eine Ausgleichung ver-
suchen, da Ich bisher mit der-
selben in keinem geschäftlichen
Verkehr gestanden habe, Ich aber
Meinem Wahlspruch getreu:
Höre beide Parteien (west-

Spitze einer durch alle Provinzen reichen-
den Parteibewegung gestellt haben. Wenn
man dem Kaiser die Sache etwa so dar-
gestellt haben sollte, daß der von den Hof-
predigern nicht geleitete Teil der positiven
Unionisten die Umgestaltung des Glaubens-
bekenntnisses zulasse, so wäre dies eine
Unwahrheit, da auch dieser Teil nicht
daran denkt, etwas von dem Inhalt des
Apostolikums und dessen Gebrauch vor
der Gemeinde aufzugeben. Die Agitation
der von Hofpredigern geleiteten Partei
richtet sich gegen ganz wesentliche Grund-
sätze des Evangelischen Oberkirchenrats.

Wegen der Stellung der Hofprediger
als Beichtväter des Kaisers glaubt die
Menge der Geistlichen und der Laien, daß
diese Agitation mit Zustimmung, wenig-
stens mit Zulassung des Kaisers geschehe
und dadurch droht der erlauchte Name des
Kaisers fortwährend in das Parteigetriebe
hineingezogen zu werden.

Wenn der Kaiser diese Angelegenheit,
während es sich nicht um die Aufrecht-
erhaltung der positiven Union oder des
Apostolikums, sondern um andere kirchen-
politische Ziele handelt, anders ansähe als
der Oberkirchenrat, so wolle dieser sich
dabei in Ehrfurcht bescheiden. Wenn der
Kaiser der Hoffnung Raum gäbe, daß
durch weitere Verhandlungen sich heraus-
stellen werde, ob und worin die Forde-
rungen dieser Partei zu weit gehen, so
nähme der Oberkirchenrat an, daß der
Kaiser dabei bloß die öffentlichen Ver-
handlungen der Synode im Auge habe,
denn die Stellung der obersten Kirchen-
behörde würde kaum zulassen, sich mit der
einen Partei in besondere Verhandlungen
über ihr Programm einzulassen, und die
ändern, wenigstens diejenigen, welche in
gleicher Weise auf positivem Grunde
stehen, dabei außer acht zu lassen. Der

Oberkirchenrat diene keiner Partei, sondern der Kirche.

fälscher Friedensaal in Münster) auch hierbei handeln muß. Ich kann nicht zugeben, daß das Festhalten am alten Glauben, wie er seit Jahrhunderten bestet und auf Aussprüchen der Bibel beruhet, eine Parteistellung sein kann. Wohl ist aber die Irreleitung dieses Glaubens eine Parteisache und daher muß ihr mit allen Mitteln, die der Glaube gibt, entgegengetreten werden. Wenn in diesem Bericht, wie in dem vom 11. August d. J., die Äußerung vorkommt, daß man die Wirren in unserer Kirche nicht nach den Vorkommenheiten in der Residenz Berlin beurteilen dürfe, sondern nach den im Lande noch bestehenden gesunden Elementen, so erscheint die strenge Bekämpfung der Berliner traurigen Erscheinungen um so gebotener und leichter und zweckentsprechender? Die Mir so zahlreich zugegangenen Synodalanerkennungen Meiner Glaubenstreue beweisen Mir die Richtigkeit des vorstehenden Ausspruchs des E. O. K. Wenngleich Ich nicht weiß, wieviel dissentierende Mitglieder der Synoden, namentlich Laien, sich vielleicht von den Adressen ausgeschlossen haben mögen, so bleibt das Faktum, daß die Synoden im ganzen sich, so wie geschehen, ausgesprochen haben, für Mich ein erhebender Beweis der noch gesunden Elemente in Preußen.

Der Oberkirchenrat hofft, mit diesen Ausführungen zu den Marginalbemerkungen des ersten Berichtes den Kaiser den leitenden Gründen und Ansichten des Oberkirchenrates geneigt zu machen. Er fügt zum Schluß die Bitte hinzu, der Kaiser möge für die Zukunft die Anordnung treffen, daß der Präsident des Oberkirchenrats von Zeit zu Zeit, aber in regelmäßigen Zwischenräumen, Audienz zu mündlichem Vortrag über die kirchliche Lage und deren Bedürfnisse erhalte.

Der Bericht ist von dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und sämtlichen Mitgliedern des Evangelischen Oberkirchenrats namentlich gezeichnet.

Dem Schlußantrag bemerke Ich, daß Ich noch niemals einem verlangten Vortrag Mein Ohr verschloß und so wird es auch bleiben, wenn Ich auch regelmäßige Vorträge quest. nicht gerade feststellen kann. Nur durch ferneren Gedankenaustausch werden wir zu einer Verständigung kommen.

November 1877.

gez. Wilhelm.

Herrmann hatte am 28. November das Billett des Kaisers *) beantwortet und den etwas unvorsichtigen Schlußsatz zugesügt: „Ich gestatte mir zu bemerken, daß der Allerhöchste Bescheid auf den zweiten Bericht des Evangelischen Oberkirchenrates, der noch nicht in meinen Händen ist, mein Entlassungsgesuch wohl nicht berühren dürfte, indem die in der evangelischen Landeskirche im Laufe dieses Jahres eingetretene und meine amtliche Wirksamkeit durchaus lähmende Situation dadurch nicht umgeändert werden kann, ganz unabhängig von meiner tiefergeschütterten Gesundheit.“

Diesen Brief sandte der Kaiser mit der Bemerkung, daß er zunächst keiner Antwort bedürfe, an Wilmowski. Eine Unterredung mit diesem verlief sehr heftig. Der Kaiser nahm dann das Gesuch an sich und nahm es auf eine Jagdreise nach der Góhrde mit. Wollte er es mit jemand von den Gästen bei der Jagd besprechen?

Auf die Bemerkungen des Kaisers zum zweiten Bericht antwortete der Oberkirchenrat am 7. Dezember. Diesen Bericht abzdrukden, ist nicht nötig, da der Kaiser dazu keine Bemerkungen mehr gemacht hat. Ein Teil davon ist auch aus der Biographie Kögels, Band III, S. 82 bis 84, bekannt. Denn dieses Stück daraus hatte der Kaiser der Domgeistlichkeit zur Beantwortung zugesendet. Der Oberkirchenrat erklärte rundheraus, daß er nach allseitiger Erwägung zu der einmütigen Erkenntnis gekommen sei, daß er nach Pflicht und Gewissen nicht imstande sei, seine Grundsätze bei Handhabung der Lehrsdisziplin zu ändern. Im übrigen klärte er den Kaiser darüber auf, daß er mit der Berufung eines theologischen Professors von Heidelberg nach Straßburg überhaupt nichts zu tun gehabt habe, ihm auch die Berufung eines theologischen Professors von Tübingen nach Berlin nicht bekannt geworden sei, wie sie denn tatsächlich nicht erfolgt war, daß nach allen in Jena eingezogenen Erkundigungen über die dortige Wirksamkeit Psleiderers kein Anlaß zum Einspruch bestanden habe, und daß endlich auch niemals eine Berufung des Dr. Tschow in das Brandenburgische Konsistorium erfolgt sei.

Wie scharf zugespitzt der Konflikt war, sieht man daraus, daß der Kaiser den Bericht umgehend an Herrmann remittierte mit dem Ersuchen, ihn durch den gesamten Oberkirchenrat unterschreiben zu lassen und, falls dissentierende Voten vorliegen sollten, ihm dieselben vorzulegen. Die dem zugrunde liegende Vermutung zerfiel in nichts,

*) Siehe S. 417.

jämmtliche Mitglieder des Oberkirchenrates, mit Ausnahme eines schwererkrankten, gaben nachträglich ihre Unterschrift.

Brückner war in der Besprechung darüber sehr erregt, hatte sein Entlassungsgesuch bereits in der Tasche gehabt. Falk notierte in diesen Tagen in sein Tagebuch:

„4. Dezember. Gestern Abend zeigte mir Bülow seinen Besuch auf heute 11 Uhr an. Offenbar handelt es sich um Mitteilungen aus Varzin. — So war es. Bülow hatte den Inhalt meiner Unterredung an Bismarck geschrieben und von ihm eine Antwort erhalten. Der Fürst ist mit dem, was Herrmann über die Kirchenverfassung und deren Aenderung sagt, und mit der Rückweisung des Gedankens einer Botmäßigkeit in Glaubenssachen gegenüber dem König-Papst einverstanden. Der Einfluß der Hofprediger müsse ebenso zurückgewiesen werden, wie andere Hofeinflüsse auf politischem Gebiete. Aber die Behandlung der Hofbachschen Sache habe er noch kein Urteil, da er sie nicht völlig übersähe. Herrmann habe sehr unrecht getan, ohne mit mir zu sprechen, respektive ohne meine Zustimmung, das Entlassungsgesuch einzureichen. Auf den politischen Minister, respektive das Staatsministerium, falle doch schließlich die Verantwortlichkeit zurück. Wo ich Gewissensbedenken äußere, könne er nichts entgegensetzen. Aber er bäte mich doch, die Situation zu bedenken. Glaube er auch, daß das Kabinett auseinanderfalle, so werde doch ein Zusammenfallen aus diesem Anlasse oder gar eine Kammerauflösung aus demselben im Lande nicht verstanden werden und das Zentrum in der Lage sein, auszutreten, ich gehe, weil sich der Kampf mit den Ultramontanen nicht durchsetzen lasse. Einem so alten Manne wie dem Kaiser gegenüber, welcher plötzlich Jugenderinnerungen, namentlich in betreff unumschränkter Machtvollkommenheit des Herrschers, in sich aufsteigen sähe, sei passiver Widerstand das beste. Er bäte mich, zu erwägen, ob ich aktiven Widerstand nicht erst entgegenzusetzen brauche, wenn es sich um eine Ernennung des Nachfolgers für Herrmann handle. —

„Ich entgegnete: Ich habe solche Mahnung erwartet. Die im voraus vorgenommene Würdigung derselben habe mit zu den Umständen gehört, welche mir meinen Entschluß schwer gemacht. Ich wiederholte, daß ich mit der Einreichung des Entlassungsgesuches im jetzigen Augenblick durchaus uneinverstanden gewesen sei, dasselbe aber nicht habe verhüten können. Ich wolle für mich die Sache nicht beeilen, wolle ihr Herankommen abwarten, und wenn es dies irgend gestatte,

den König keineswegs mit einem Entlassungsgesuch meinerseits brüskieren, vielmehr zunächst die Rückweisung des Gesuches befürworten und erst, wenn dies nicht angehe, mein Entlassungsgesuch stellen und vor dessen Einreichung meinen notwendigen Entschluß gegen das Staatsministerium erklären. Freilich könne sich die Sache auch so entwickeln, daß ich sofort an den Kaiser mit dem Gesuch gehen müsse, namentlich wenn andere Einflüsse auf denselben mächtig würden. Meine Namenszeichnung jetzt eintreten zu lassen, würde das verloren geben, was ich erhalten wollte. Es sei ganz zweifellos, daß auch der Vizepräsident des Oberkirchenrates, Brüdner, mit Herrmanns Entlassung aus dem Amte scheiden werde, er sei schon jetzt nur mit Mühe davon zurückgehalten worden. Dann fiele das Präsidium im Oberkirchenrat an Hermes und damit sei erreicht, was die Gegner wollten, denn dieser, der nur unter dem Eindruck tatsächlicher Entwicklung an Einsicht gewonnen, respektive soweit mitgegangen sei, werde bei anderer Entwicklung seinem ursprünglichen Standpunkt schnell genug zugeführt sein, der den Konfessionellen und Rögelianern zusage. Ich könnte aber auch den Herrmannschen Fall nicht isoliert fassen. Seine und Brüdners Entfernung sei die erste Position, welche von den Gegnern genommen werden solle, um den Fuß in der Feste zu haben, nicht bloß von den evangelischen, sondern auch von den römischen Gegnern. Ich erinnerte daran, daß jeder Angriff auf die Stellung des Kaisers in der römischen Frage auf dem Gebiete der evangelischen Kirche vorbereitet worden sei, daß Personen, wie die Kaiserin und die Großherzogin von Baden auf beiden Gebieten gegnerisch tätig seien, an die Auseinandersetzung Windthorst's in der Sitzung vom 1. Dezember mit dem Abgeordneten von Meyer-Urnswalde, worin er den Altkonservativen hoch erfreut die Herrschaft ankündigte, wenn sie christlich-konservativ siegten usw. [Sten. Prot. d. Abg., S. 673 ff.]. Ich glaubte, es handle sich nicht um ein bloßes Principiis obsta, sondern um eine Abwendung ernster und folgereicher Niederlage in dem großen Gesamtkampf der Zeit. Ich hätte, das zu würdigen, wenn ich bei meinem Entschlusse verbliebe."

"7. Dezember. Wilmowski hat Sydow erzählt, er habe sich für verpflichtet gehalten, dem Kaiser die politischen Folgen der Entlassung Herrmanns darzulegen und habe ihn dieser ruhig angehört. Er habe auch dem Hofmarschall Grafen Perponcher darüber Vorstellungen gemacht, daß Herrmann nicht zur kaiserlichen Tafel eingeladen worden sei, worauf dieser entgegnete, er habe seinen Namen auf die

Liste gesetzt, er sei aber vom Kaiser gestrichen worden. Hieran knüpfte Sybow die Frage, ob, wenn des Kaisers persönliche Abneigung gegen Herrmann so stark sei, man nicht doch auf dessen Entlassung eingehen dürfe und den Ersatz Herrmanns mit einer genehmen, aber Herrmanns Standpunkt festhaltenden Person. Wo aber ist eine solche? Und dann ist es mir sicher, daß der Kaiser sie doch nicht nimmt. Presseäußerungen über Herrmanns Entlassungsgesuch zeigen, wie wenig beliebt seine Person allgemein ist. Die „Germania“ erklärt in wahrhaft zynischer Weise die Erhaltung der evangelischen Kirche nur mittels des Ultramontanismus für möglich.“

„9. Dezember. Bülow brachte mir eine Mahnung von Bismarck, mich nicht mit Herrmann solidarisch zu machen, sondern seiner Entlassung zwar zu widerstreben, sie aber hinzunehmen und in der weiteren Entwicklung das Obdura festzuhalten; wenn ich ginge, würde es ja noch schlimmer. Ich konnte nur bei meiner bisherigen Auffassung bleiben und betonte wiederholt, daß es sich keineswegs um eine persönliche Solidarität handle, sondern um die unter den gegebenen Verhältnissen sachliche Bedeutung der Herrmannschen Entlassung und ihre Rückwirkung auf meine Stellung.“

Am selben Tage mahnte Galt Herrmann, der in Unruhe wegen der Verzögerung der Entscheidung war, zur Geduld und betonte, daß die Frage doch nicht lediglich ihn angehe, sondern weittragende Folgen haben würde, er könne deshalb zur Beschleunigung der Sache nichts tun.

„10. Dezember. Gestern habe ich mit Brückner über Herrmanns Entlassungsgesuch gesprochen. Meine Annahme, daß er gehen werde, wenn das Gesuch genehmigt würde, bestätigte sich. Auch widersprach er meiner Besorgnis wegen Hermes nicht, obschon dieser mit Brückner an der Abfassung von Herrmanns Gesuch teil gehabt hat. Daß Herrmann das Gesuch gerade jetzt einreichte, erklärte sich Brückner daraus, daß er sich einen bestimmten Termin für einen etwaigen persönlichen Empfang durch den Kaiser stellte, und dieser Termin ohne Erfüllung dieses Wunsches ablief. Daß das Gesuch in diesem Augenblicke inopportun war, erkannte Brückner an, ebenso wie die Richtigkeit meines Standpunktes. Nach Bülows gestrigen Mitteilungen hat Bismarck in Herrmanns Verhalten auch gerügt, daß er die rechten Formen gegen den Kaiser nicht innegehalten habe.“

„14. Dezember. Heute war Thielen *) mit ernstester Mitteilung bei

*) Evangelischer Feldpropst und Mitglied des E. O. K. R.

mir. Er legte mir ein Handbillet des Kaisers vom gestrigen Tage vor, worin er ihn als das einzige ihm genauer bekannte Mitglied des Oberkirchenrates aufforderte, mit ihm zu sprechen, ehe er über die gegen den Präsidenten des Oberkirchenrates und dessen Mitglieder zu tuenden Schritte beschlösse. Die Unterredung hat gestern Nachmittag 4 Uhr stattgehabt und über eine Stunde gewährt. Ihr Endergebnis war beklagenswert. Thielen hat dem Kaiser die einzelnen Mitglieder des Oberkirchenrates in ihrer Richtung und Bedeutung geschildert, ihm versichert, daß sie alle im Hozbach'schen Falle einig seien. Hozbach zu entlassen, respektive eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn einzuleiten, sei gegen ihr Gewissen, für welches der Befehl des Kaisers nicht maßgebend sei. Weder Sydow, gegen dessen Absetzung er, Thielen, ebenfalls gestimmt haben würde, wenn er nicht dienstlich verhindert gewesen wäre, noch Hozbach seien die, als welche sie dem Kaiser geschildert worden, sie seien Christusgläubige, wenn auch in Abweichung von der dogmatischen Formel. Dasselbe gilt auch von dem Stettiner Schiffmann, der ein Liebling des Bischofs Ritschl gewesen sei, durch den Thielen ihn kennen gelernt habe. Es sei, was der Kaiser behauptet hatte, namentlich nicht richtig, daß Hozbach Christus für einen gewöhnlichen Menschen erklärt habe, der nur ausgezeichnet gewesen, dergestalt, daß Hozbach ebenfalls ein solcher werden könne. Wenn die Union, respektive die evangelische Kirche erhalten bleiben solle, so sei der weitere Standpunkt des Oberkirchenrates unentbehrlich. Er entspräche seit wenigstens 150 Jahren der Anschauung der Kirche. Thielen habe den Kaiser an die Aufhebung des Wöllner'schen Edictes durch seinen Vater gleich nach der Thronbesteigung erinnert. An Schleiermachers gesegnetes Wirken, trotz seiner Lehrabweichung. Was habe denn Sachsen die Hinrichtung des Kanzlers Arell mit dem Schwerte genutzt, auf dem die Worte standen: cave Calvinista? Der Kaiser habe unter anderem geäußert, als er zum Throne gekommen, habe er Gott gebeten, ihn mit Konflikten mit der Kirche zu verschonen, über welche sein Bruder verrückt geworden sei, und nun sei zuerst der Konflikt mit der Römischen Kirche gekommen, in den er schweren Herzens eingetreten sei, von dem er sich aber überzeugt habe, daß er notwendig und seine Pflicht sei, dergestalt, daß er felsenfest in demselben bleibe, so viel man sich auch Mühe gebe, ihn wankend zu machen. Ebenso felsenfest stehe er aber auch in der Hozbach'schen Sache. Er sei achtzig Jahre alt und komme bald vor Gottes Gericht. Er könne es nicht verantworten,

daß ein Mann wie Hofzbach Geistlicher in Berlin bleibe. Nichts werde seine Logik stören, daß ein Geistlicher, der bei Jacobi unwürdig zum Geistlichen sei, bei Andreas dazu würdig sei. Thielen hat gegen den letzten Satz sich in bekannter Weise geäußert und gemeint, der Oberkirchenrat und nicht der Kaiser trage jene Verantwortung — ohne Erfolg. Der Kaiser habe dann gesagt, der Oberkirchenrat müsse fallen oder er werde seine Krone niederlegen. Sein Sohn sei alt genug, gehe aber freilich in diesen Dingen andere Wege. Auf Thielen's Gegenbemerkung, er möge doch seinen Sohn nicht falsch beurteilen, er habe manchen Brief voll christlichen Sinnes, namentlich aus der Zeit, da er die Großherzogin von Baden unterrichtet habe, entgegnete der Kaiser: Seit der englischen Heirat ist dies anders. Thielen hat gebeten, der Kaiser möge doch noch mit Brüdner und vielleicht auch mit Dörner sprechen, was der Kaiser erwägen wollte. Thielen verspricht sich aber keinen Erfolg davon. Der Kaiser habe auch noch geäußert, er wolle nur noch seine Hofprediger sprechen; Bismarck sei ein Feind der Union. Seine Randbemerkungen zu den Berichten des Oberkirchenrates habe er nur der Königin und Wilnowski mitgeteilt; wozu hieße ich Minister der geistlichen Angelegenheiten, wenn ich erklärte, nichts dazu tun zu können, daß ein Mann wie Hofzbach vom Amte käme. Der Kaiser hat Thielen ermächtigt, Herrmann und dem Oberkirchenrat von der Unterredung zu erzählen, und Thielen glaubte damit einverstanden sein zu sollen, daß ich Bülow zur Übermittlung an Bismarck weiteres mitteilte. Dieser soll, wie Thielen endlich noch sagte, ihm in Gastein sein Einverständnis damit ausgesprochen haben, wie der Oberkirchenrat den Fall Hofzbach behandeln wolle.

„Ich habe Bülow die erforderliche Mitteilung gemacht. Er meinte, nun werde der Kanzler wohl eher zurückkehren, als er sich vorgenommen hatte, wennschon Bülow aus sonstigen Mitteilungen des Kaisers auf seine Absicht, zu resignieren, in keiner Weise schließen könne. Er habe versucht, im Gespräch den Kaiser auf die Hofzbach'sche Sache zu bringen, derselbe sei jedoch nicht darauf eingegangen. Bülow bedauerte die mitgeteilte Entwicklung um so mehr, als sie gegen die Bestrebung, mich zu begagieren, gehe. Es erfolgte wieder die Mahnung: „Was wird, wenn Sie gehen?“

„16. Dezember. In der Staatsministerialsitzung war Friedberg mein Nachbar. Er sieht die Herrmann'sche Sache leicht an, will auch die Richtigkeit meines Standpunktes nicht zugeben. Er scheint zu

meinen, daß sich die Sache als persönliche Frage ohne Systemänderung erledigen lasse. Wie stimmt das aber mit des Kaisers Haltung, woher soll ich die geeignete Person nehmen?"

„18. Dezember. Vorgestern Abend Besuch von Herrmann. Ich konnte nicht umhin, ihm zu sagen, daß, wenn ich auch von seinem rein persönlichen Standpunkt aus begriffe, daß er diesen Schritt jetzt getan habe, ich ihn vom politischen und amtlichen Standpunkt aus nach wie vor als unzeitig betrachten müsse. Er wollte das nicht Wort haben. Sydow hat Wilmowski gesprochen, der es für möglich hält, daß sich die Sache jetzt noch einmal zusammenziehe, aber meint, sie käme in Kürze wieder. Der Kaiser habe zu starke Abneigung gegen Herrmann. Die Presse und das Abgeordnetenhaus sind von Gerüchten erfüllt. Lucius, der aus Varzin zurückkehrt, sagte mir, Bismarck meine, ich sei zu empfindlich und würde die Büchse zu leicht ins Korn; das Herrmannsche Entlassungsgesuch sei doch in einem Tone geschrieben, den sich kein Vorgesetzter, geschweige denn ein Souverän, gefallen lassen könne.“

„8. Januar 1878. Die heutige „Norddeutsche Zeitung“ teilt einen Brief des Kaisers von Hubertusstock vom 23. Oktober 1877 an den russischen Staatsrat Grimm, Erzieher mehrerer Kinder des Kaisers Nikolaus mit, worin es heißt: Ich hoffe, Ihr mir genanntes Werk (über das aus der Korrespondenz nichts erhellt) bald erscheinen zu sehen, was in dieser Zeit, wo namentlich die evangelische Kirche der unerhörtesten Willkür preisgegeben scheint, von großer Wichtigkeit und Wirkung werden kann.“

„12. Januar. Herrmann hat von dem kaiserlichen Briefe an Grimm Kenntnis erhalten, ist außer sich und will, wenn der Kaiser sehr gegen seine Neigung durch äußere Gründe bestimmt sei, ihn jetzt nicht zu entlassen, Urlaub bis auf weiteres erbitten. [Herrmanns Brief, Falks Antwort und Herrmanns Gegenantwort D. Ev. Bl., S. 743 ff.]“

„15. Januar. Vorgestern Abend war Laster bei mir und teilte mit, daß er von Bennigsen im Namen Bismarcks schon vor einigen Wochen den Auftrag erhalten habe, mir zu sagen, ich solle nicht bei Herrmanns Entlassung, sondern bei der Ernennung seines Nachfolgers die Kraft einsetzen. Gestern Mittag kam ein langes Schreiben des Kaisers in der Herrmannschen Sache. Er hat sich für die Annahme des Gesuches entschieden und will Vorschläge wegen des Nachfolgers. Das ist konstitutionell korrekt und die Bedenken meinerseits

beseitigen sich, wenn Entlassung und Neuernennung zusammenfallen. Aber die Erfordernisse, welche der Kaiser durch den neuen Präsidenten erfüllt sehen will, sind so, daß ich keinen Ausweg aus dem Konflikt erhoffe. Abends war Brückner bei mir. Die eventuelle Nachfolge Herrmanns kam zur Sprache, und er meinte, die einzig geeignete Person sei der sächsische Kultusminister von Gerber [auf den schon der Generalsuperintendent Hoffmann vor der Ernennung Herrmanns hingewiesen hatte, siehe oben S. 97]. Als ich erwiderte, das gehe nicht an, es käme nur ein Altpreuße in Frage, erwiderte er betrübt, dann komme ein Bürokrat, und das werde in jetziger Zeit ein Unglück."

Das Schreiben des Kaisers vom 11./12. Januar, präsentiert am 14. mittags gegen 1 Uhr, lautet:

„Wenngleich Sie in Antwort auf mein Schreiben an Sie und den Präsidenten des Oberkirchenrates vom 31. Mai 1877, in welchem ich Sie beide aufforderte, nachdem ich die Predigt des Prediger Hoßbach, als er an die Jacobikirche berufen werden sollte, gelesen hatte, sofort mit aller Energie gegen denselben einzuschreiten, — in jener Antwort an mich erklärten, daß diese Angelegenheit Sie nicht tangiere und Sie dieserhalb mein Schreiben an den Präsidenten zur Erledigung übergeben hätten, so sehe ich mich jetzt dennoch, vermöge Ihrer Stellung als Kultusminister, genötigt, Sie in diese Angelegenheit nun doch hineinziehen zu müssen. Sie haben natürlich Kenntniss von den Denkschriften, welche der Oberkirchenrat mir eingereicht hat und welche ich durch Marginalien beantwortet habe. Diese Denkschriften kennt kein Mensch durch mich außer meiner Gemahlin, der Kaiserin, und dem Geheimen Rat von Wilmowski, denen ich sie erst mittheilte, nachdem ich jene Marginalien niedergeschrieben hatte. Es geht hieraus hervor, daß ich bei dieser meiner Arbeit von niemand influenziert worden bin, sondern daß sie meine lang erwogenen und durchdachten Überzeugungen enthält.

Die aus diesen Wechselschriften hauptsächlich stehengebliebenen Differenzen sind diese: erstens, die Art der Behandlung der Hoßbachschen Glaubenslehre, zweitens, der Angriff auf die Domgeistlichkeit. Ad 1 verlange ich eine Untersuchung gegen denselben wegen Angriffe auf das Apostolikum, welches Hoßbach sich berufen fühlt, durch wissenschaftliche Forschungen von dem durch Menschen gemachten Glauben seiner Fabeln, Sagen, Irrtümer usw. zu entkleiden und vor allem die Gottheit Christi in Frage zu stellen. Kurz er, doch auch nur ein Mensch, will dieses seit Jahrhunderten

aus Bibelftücken begründete Glaubensbekenntnis nach seinen Auffassungen ändern und stellt sich an die Stelle der Evangelisten und verlangt, daß man seine wissenschaftlichen Forschungen und Glauben annehmen soll.

Solche Anmaßung kann ich nicht dulden und verlange daher die Entsetzung des Predigers Hozbach von seinem Amte. Der Oberkirchenrat tabelt zwar das Verhalten Hozbachs, will aber keine Klage auf Fälschung des Glaubens zulassen, sondern will durch Ermahnungen, Belehrungen, Rügen, Strafen allmählich zu seiner Aufklärung über den falschen Weg, den er geht, hinwirken. Zu diesem Wege nun [so] Erfolg zu haben, können Jahre vergehen, während welchem Zeitraum die Irrlehre unausgesetzt von ihm fortgelehrt wird, Unzählige irregeleitet werden, so daß dieses Unheil fortwuchern muß, und dann, wenn dieser Weg doch nicht zum Ziele führt, ein Unglaube um sich gegriffen haben muß, der dann sehr, sehr schwer auf die rechte Bahn zurückzuführen sein wird und der Unglaube siegen muß. Ich verlange also, daß ein Exempel statuiert wird, damit die bisher Rechtgläubigen in ihrem Glauben erhalten und befestigt werden und die Irregeleiteten auf die Glaubenslehre des Apostolitums zurückkehren. Daher muß eine Disziplinaruntersuchung auf Amtsentsetzung gegen den Prediger Hozbach eingeleitet werden.

Ad 2, der Oberkirchenrat greift die Domgeistlichkeit wegen seiner Ansprache an die Domgemeinde, den Erfolg der Angriffe Hozbachs auf das Apostolitum usw. an. Diese Ansprache bezieht sich auf das Festhalten am Apostolitum und auf Ansichten, wie dem Überhandnehmen des Unglaubens durch Irrlehre durch die Gesetzgebung Einhalt getan werden müsse, und drängt dieserhalb auf Revision der neuesten Gesetzgebung.

Meine Stellung zum Festhalten am Apostolitum geht aus dem ad 1 Gesagten genugsam hervor und ist [so] außerdem aus meinen Erlassen vom 12. Juni v. J.*) an den Präsidenten des Oberkirchenrates und an das Präsidium des hiesigen Konsistoriums, welche in die Öffentlichkeit getreten sind, klar hervorgehoben. Ich stehe also hierin ganz auf dem Standpunkt der Domgeistlichkeit.

Was die Ansichten derselben über die Revision der Kirchengesetze betrifft, so hat sich der Oberkirchenrat mit einer Bestimmtheit gegen jede Modifikation ausgesprochen, welche ich sehr ernst in meinen Marginalien zurückgewiesen habe, indem jedes Gesetz oder Verordnung der Revision bedürftig ist, wie dies die Geschichte aller Gesetzgebungen bewiesen, am schlagendsten sich täglich

*) Siehe S. 375.

in den parlamentarischen Verhandlungen zeigt. Es kann also nur auf die passende Zeit zu einer solchen Revisionsarbeit ankommen. Ich selbst habe, wie Sie sich erinnern werden, bei Instituirung der Synoden vielfach Bedenken gegen einzelne Bestimmungen desselben, namentlich über die Bestimmungen der Qualifikation der Laienelemente geäußert, jedoch nur Geringes erlangt. Ich kann mich aus diesen Gründen nicht im Prinzip gegen eine Revision der Kirchengesetze aussprechen, wenngleich über den Zeitpunkt derselben ich mich nie ausgesprochen habe, namentlich da wir uns noch in der Übergangsperiode befinden.

Abgesehen habe ich den Teil der Denkschrift des Oberkirchenrates, der diese Angriffe auf die Domgeistlichkeit enthält, derselben in Abschrift mitgeteilt, um dieselbe zu veranlassen, sich offiziell gegen mich zu äußern.

Von den mehr gedachten Denkschriften des Oberkirchenrates sendete ich die vom 28. Oktober v. J. am 27. November abends, mit meinen Marginalien versehen, der gedachten Behörde zu ernstester Beantwortung derselben zu. Diese Sendung muß sich mit einem Schreiben des Präsidenten Herrmann gekreuzt haben, in welchem er um seine Entlassung anträgt, teils wegen der nicht gelösten Differenzen zwischen ihm und mir, teils aus Gesundheitsrücksichten. Die dabei bestimmte ausgesprochene Ansicht, die von mir verlangte Disziplinaruntersuchung auf Absetzung des Hofsbach nicht ins Auge fassen zu können, nach dem dem Präsidenten Herrmann vorliegenden Material, mußte mich natürlich auf das äußerste befremden! Da in dem Schreiben jedoch nicht gesagt ist, ob der gesamte Oberkirchenrat diese Ansicht teile, verlangte ich von dem Präsidenten Herrmann hierüber eine Mitteilung unter dem 27. November, welche derselbe unter dem 28. dahin beantwortete, daß er das Material den Mitgliedern desselben noch nicht habe vorlegen können, daß er aber nicht imstande sein werde, soweit ihm ein Einfluß auf die Mitglieder des questionierten Rates zukomme, meiner Erwartung zu entsprechen. Außerdem fügte er hinzu, daß, obgleich er von meinen letzten Marginalien am 28. November früh noch keine Kenntnis hätte, dieses an seinem Beschluß, seine Entlassung zu verlangen, keine Änderung hervorbringen würde.

Diese letztere Äußerung trägt einen Grad von Opposition in sich, die mich auf das unangenehmste berührte; nicht minder des Präsidenten Herrmann Verfahren, ehe er noch die in Rede stehenden Marginalien von mir erhalten hatte, seinen Abschied zu verlangen, also [so] gar nicht wissen konnte, wie ich es meinerseits im Marginalbefret aussprach, daß fernere Ideenaustauschungen zu einer Verständigung führen würden. Somit schnitt er also von

vornherein jede Verständigung ab, die dann auch nach der dritten Antwortdenkschrift des Oberkirchenrates vom 7. Dezember v. J. als nicht mehr erreichbar dasteht!

Somit sehe ich mich also genötigt, auf das Abschiedsgesuch des Präsidenten Herrmann einzugehen. Damit werde ich also nunmehr verpflichtet, Sie in diese Angelegenheit hineinzuziehen, da ich nur mit Ihnen einen Nachfolger im Präsidium des Oberkirchenrates wählen kann.

Bei der Stellung, welche ich öffentlich und bestimmt zum kirchlichen Bekenntnis genommen habe, versteht es sich also von selbst, daß die mir von Ihnen vorzuschlagenden Personen in dieser Beziehung ganz so fest zum Apostolikum wie ich selbst stehen. Dies schließt also die Ansicht in sich, daß der Prediger Hozbach nicht nur nicht an die Kirche St. Jacobi berufen werden kann und aus den hierfür sprechenden Gründen, wie sie das hiesige Konsistorium ausführte und demnach seinen Spruch fällte, nun auch nicht bei seiner Kirche St. Andreas bleiben kann. Denn wenn der Prediger Hozbach für St. Jacobi nicht annehmbar ist, kann er unmöglich für eine andere Kirche als Geistlicher im Amte verbleiben. Er muß also, wenn er nicht freiwillig dasselbe niederlegt, durch Disziplinaruntersuchung dahin verurteilt werden.

Nächst dem verlange ich von den mir vorzuschlagenden Personen, daß sie geschäftstüchtig, von altpreußischem Geiste im Sinne des Wortes durchdrungen sind, und sich in kirchlicher Beziehung nicht von den Berliner traurigen Erfahrungen leiten lassen, sondern die noch gesunden Erscheinungen im evangelisch-preußischen Staate sich zur Richtschnur nehmen und daher auch bereits Vertrauen in dieser Richtung genießen.

Es würde mir lieb sein, wenn die vorzuschlagenden Individuen womöglich noch nicht in den bisherigen kirchlichen Dissonanzen amtlich tätig gewesen sind, da bei solchen eine Unparteilichkeit sehr schwer sein müßte.

Ich sehe also hiernach Ihren Vorschlägen zur Besetzung der Präsidentenstelle des Oberkirchenrates entgegen und würde Ihrem Berichte darüber eine mündliche Besprechung folgen lassen, bevor ich den Bericht des Fürsten Bismarck erfordern werde.

Nach obigen Kriterien, die ich für den künftigen gedachten Präsidenten verlange, sehe ich auch Ihrem Berichte entgegen, inwieweit die jetzigen Mitglieder des Oberkirchenrates denselben entsprechen.
gez. Wilhelm."

Die Ministerkollegen und Wilmowski waren der Meinung, daß die vom Kaiser gewünschte Gleichzeitigkeit der Entlassung Herrmanns

und der Ernennung seines Nachfolgers eine Möglichkeit zum Ausweichen vor dem Konflikt böte. Nämlich, wenn es gelänge, einen Nachfolger zu nennen, der für den Kaiser und für Galt akzeptabel war, der der Öffentlichkeit eine Bürgschaft bot, daß der kirchenpolitische Kurs nicht geändert werden sollte, und zugleich dem Kaiser, daß seine persönlichen Wünsche Berücksichtigung fänden. Nahezu war das die Quadratur des Kreises. Galt fand denn auch die Situation innerlich nicht erleichtert, zumal er, ebenso wie Bülow, vermutete, die Hintermänner des Kaisers hätten schon einen anderen Präsidenten in petto. Das Schlimmste war, daß kein geeigneter Kandidat zu entdecken war. Brückner und von der Goltz meinten schließlich, daß Hermes doch wert sei, genannt zu werden; er habe den Denkschriften durchaus zugestimmt und werde bei der Stange bleiben. Galt hatte von allen Verhandlungen, die er mit ihm in Synodalfragen geführt hatte, den denkbar ungünstigsten Eindruck, mußte sich aber gestehen, daß er ihn des näheren nicht kannte. Auch Sydow war aus längerer Bekanntschaft her gegen ihn und ebenso natürlich Herrmann. Dieser urteilte, mit seiner Benennung würde dem Kaiser die Sache zu leicht gemacht. Wer sonst noch von verschiedenen Seiten, Parlamentariern, Ministerkollegen, Theologen, als Kandidat genannt wurde, kam gar nicht erst in Betracht. Da in den nächsten Tagen die Verhandlung über Hofbachs Bestätigung in der Berufungsinstanz stattfinden mußte, lag Galt viel daran, seinen Bericht noch vorher zu erstatten, wenigstens ehe der Kaiser davon Nachricht empfinde. Der Bericht ging am 26. Januar ab, „vielleicht ein entscheidender Schritt für mein weiteres Leben“.

An der Spitze steht der Dank für die Gelegenheit zu vollständiger Information, die der Kaiser dem Minister durch Übersendung aller Denkschriften des Oberkirchenrates und der kaiserlichen Gegenbemerkungen geschaffen hat. Dann erklärt sich der Minister damit einverstanden, daß die Entlassung Herrmanns nur zugleich mit der Ernennung des Nachfolgers erfolgen dürfe, nicht nur wegen der bevorstehenden Synoden mit ihren großen Aufgaben, sondern wegen der gegen Galts Hoffnung allgemein aufgelebten Parteistreitigkeiten, die eine Krisis in der evangelischen Kirche offenbaren, und weil nur so klargestellt werden könne, ob die Angelegenheiten der evangelischen Kirche in dem bisherigen Geiste weiter geleitet werden sollen, oder ob der Kaiser beschlossen habe, diese Leitung in andere Bahnen zu führen.

Falk wagt nicht mehr zu bitten, daß der Kaiser noch einmal erwäge, ob auf Herrmanns Entlassungsgeſuch einzugehen ſei. Er iſt auch bereit, ihm die geſetzlich erforderliche, geſundheitliche Unfähigkeit zur Fortführung ſeines Amtes zu beſcheinigen.

„Wohl aber darf Ew. Majeſtät ich in aller Ehrfurcht ausſprechen, daß die Allerhöchſte Entſchließung mich tief bewegt. Mit dem Präſidenten Herrmann ſcheidet ein Mann aus dem Amte, deſſen Hilfe dazu weſentlich beigetragen hat, ja vielleicht notwendig geweſen iſt, um eine ebenſo große wie ſchwere Aufgabe bis zu einem gewiſſen Grade zu löſen, die Herſtellung einer Synodalverfaſſung für die evangeliſche Landeskirche; ein Mann, welcher, wie Ew. Majeſtät dies ja auch zu wiederholten Malen anzuerkennen geruhten, großes Verdienſt um die preußiſche evangeliſche Kirche hat. Herrmann beſiſt alle weſentlichen Eigenſchaften für das Amt, welches er von Ew. Majeſtät erhielt: die umfaſſende Kenntniſ, nicht bloß des Rechtes der Kirche, ſondern auch der tatſächlichen Verhältniſſe, unter denen ſie ſich in den verſchiedenen Staaten entwickelt hat; Kenntniſ des Weſens und der Lebensbedingungen der Kirche und damit eine unentbehrliche Vorausſetzung für die Fähigkeit, das der Kirche Gedeihliche und Heiſſame im einzelnen Falle zu finden, Energie, Charakterfeſtigkeit und Initiative; einen warmen, poſitiven, chriſtlichen Glauben, verbunden mit jener weitherzigen Gerechtigkeit auch gegen andere Standpunkte innerhalb der evangeliſchen Kirche, die ein Mann an der Spitze ihres höchſten regimentlichen Organes nicht entbehren kann, weil ſie eine Eigenſchaft iſt, welche das Weſen dieſer Kirche erfordert. Möchte Ew. Majeſtät nicht annehmen, daß ich zu viel Gutes von dem Präſidenten Herrmann ſage, ich kenne auch ſeine Mängel; treten dieſe ja doch bei dem Genannten ſeiner ganzen Naturanlage nach bald genug entgegen, während es einer längeren und genaueren Bekanntſchaft bedarf, um ſeine Tüchtigkeit völlig zu erkennen. In den fünf Jahren, während welcher ich zu Herrmann in amtlicher Beziehung ſtehe, hat es an Gegenſätzen, Reibungen, ſelbſt an Zuſammenſtößen nicht geſehlt; aber die Dinge, vielleicht darf ich ſagen die Mängel, welche dieſe zur Folge hatten, traten doch ſehr zurück gegen die oben bezeichneten bedeutenden Eigenſchaften des Präſidenten Herrmann für ſein Amt.“ Falk erinnert daran, daß Herrmann ſeinerzeit von Hoffmann *) empfohlen ſei, daß er ſich erſt aufs ſorgfältigſte nach ihm erkundigt und ihn erſt empfohlen habe,

*) Siehe S. 97.

nachdem er in ihm „einen Mann kennen gelernt, der, obwohl kein Preuße von Geburt, doch in dem Staate Preußen, wie ihn Ew. Majestät Erlauchtes Haus geschaffen, sein Ideal erkannte, für dasselbe eintrat, sich sehnte, ein tätiges Glied in diesem Staatswesen zu werden, seine Söhne erzog im preußischen Geiste und preußischer Zucht, alles dies unter mancherlei Anfechtung, ein Mann, der in begeisterter Verehrung der Allerhöchsten Person seines Kaisers und Königs anhängt, und zwar anhängt bis auf diese Stunde“.

Für ihn einen Nachfolger vorzuschlagen, sei eine schwere Aufgabe. Galt kann niemand nennen, der ihn vollständig ersetzen möchte. Der einzige, den er in dieser Meinung nennen könnte, wäre der Unterstaatssekretär Sydow. Aber weite kirchliche Kreise würden ihn mit Mißtrauen empfangen, und dies müsse jedenfalls vermieden werden. Ferner soll des Kaisers Hinweis auf Unparteilichkeit und noch nicht genommene Beteiligung an den schwebenden kirchlichen Kämpfen maßgebend sein, auch dies schließt viele aus. Der Hinweis auf die Geschäftskunde lenkt den Blick auf die Präsidenten der Konsistorien, aber von diesen ist keiner geeignet. Auch die Universitätslehrer sind dadurch ausgeschlossen, ebenso Männer, wie der an sich treffliche, aber noch zu junge Graf Yorck von Wartenburg. Auch dem Hinweis, nur Preußen vorzuschlagen, will sich Galt fügen, weil die sächsische Herkunft Brüdnere und die württembergische Dorners benützt worden sind, um Mißtrauen zu erregen. „Mit Ew. Majestät beklage ich, wie ich wohl kaum erst zu versichern brauche, die Berliner Vorgänge des letzten Jahres, den Kochhannschen Antrag und die Verhandlung darüber auf der Kreissynode Berlin-Kölln, die Gastpredigt Hofbachs in der Jacobikirche und seine Wahl, die Vorgänge auf der Stadtsynode, aufs tieffste. Ich bin auch überzeugt, daß diese Auffassung in den weitesten Kreisen geteilt wird und daß schwerlich außer denen, welche dabei tätig mitwirkten, viele gefunden werden, die nicht ebenso dächten. Ew. Majestät Forderung, daß der künftige Präsident die Triebfedern dieser Vorgänge nicht als die Kräfte betrachten dürfe, welche die Leitung der obersten Kirchenbehörde bestimmen, wird so nach leicht zu erfüllen sein.“

Dagegen in bezug auf folgende noch nicht besprochene, Allerhöchste Forderung weiß Galt sich der Zustimmung des Kaisers nicht zu erfreuen, mit schwerem Herzen, denn er weiß auch, daß der Kaiser darauf das größte Gewicht legt: Der Präsident solle nach dem Handschreiben vom 11./12. Januar in dem Sinne fest am apostolischen

Glaubensbekenntnis halten, daß er dafür achte, der Prediger Hofbach könne überhaupt nicht mehr im geistlichen Amte bleiben, und als seine Aufgabe erkenne, auf sein Ausscheiden, sei es durch freiwillige Resignation, sei es mittelst disziplinarischer Entsetzung, hinzuwirken. Die Absetzung des Predigers Hofbach würde danach das nächste wichtige Ziel sein, welches dem neuen Präsidenten gesteckt würde. „Es ist gleichmäßig Pflicht des von Allerhöchstdemselben mir verliehenen Amtes, wie Pflicht meines Gewissens, wenn ich meinen König und Herrn in aller Ehrfurcht bitte, diese Gedanken nicht weiter zu verfolgen, indem ich zugleich die schweren, wie es mir scheint, nicht zu hebenden Bedenken gegen ihre Durchführung vorzutragen versuche.“

Die Konsistorien und der Oberkirchenrat üben bei Disziplinarverfahren die Funktionen eines Gerichtes, sind an ein geordnetes Verfahren gebunden, können und dürfen sich ein Urteil nur aus den sorgfältigsten Verhandlungen in Rede und Gegenrede mit dem Angeeschuldigten bilden, und sie haben geschworen, dabei nur nach ihrer eigenen Verantwortung zu stimmen. Ein Mann, der sich vorher anheißig machen wollte, vor Untersuchung, Verhandlung, Beratung, ein bestimmtes Urteil zu sprechen, würde der wohl für gewissenhaft zu halten sein? Dies Argument wird dadurch verstärkt, daß es sich um einen Spruch über das Zarteste und Heiligste handelt, nämlich den Glauben. Da entsteht die Gefahr, daß sich bei dem einzelnen Richter seine individuelle Glaubensart einmischt. „Endlich fordert das Wesen der evangelischen Kirche, daß in ihr verschiedene Glaubensanschauungen Platz haben, darin liegt einer der Hauptunterschiede von der Römischen Kirche. Die Anhänger der einen müssen die andern in Geduld tragen. Geschieht das nicht, soll nur eine Anschauung zulässig sein und zur äußern Geltung kommen, so ist römisches Wesen in die evangelische Kirche eingetreten.“ Freilich eine Grenze muß sein, aber diese Grenze zwischen der berechtigten evangelischen Freiheit und der unzulässigen Willkür ist nur nach genauester Prüfung zu finden. Die richterliche Funktion fordert unbedingt auch die volle Unabhängigkeit der Richter, weil daran das Vertrauen zu ihrem Urteil hängt. Jeder Richter trägt die Verantwortung nach seinem Gewissen und teilt sie mit niemand anderem, auch nicht mit dem Träger des Kirchenregimentes.

Wie auch die Entscheidung im Fall Hofbach ausfalle, in keinem Falle trägt Ew. Majestät die Verantwortung. „Deshalb ist es aber auch ein berechtigter Anspruch der allein Verantwortlichen, daß ihnen die Voraussetzung dazu nicht verkümmert werde, die Freiheit des Gewissens. Kein anderer darf von ihnen verlangen, daß sie sich nach dem Befehl seines Gewissens richten. Rechnen Ew. Majestät in Ihrer Gnade es mir nicht als einen Mangel der schuldigen Ehrfurcht an, wenn ich ausspreche: Auch Ew. Majestät haben in dieser Beziehung keine Ausnahmestellung.“

Die Ordnungen der preussischen Landeskirche legen jene Entscheidung in die Hand der kirchenregimentlichen Behörden, denen gewählte Vertreter hinzutreten sollen. „Insofern diese Ordnung dem Allerhöchsten Träger des Kirchenregimentes keine Entscheidungsbefugnis in Fragen der Lehrfreiheit zulegt, bestimmt sie nichts Neues. Vielmehr bringt sie nur zum Ausdruck, daß es wider das Wesen der evangelischen Kirche gehen würde, wenn ein Mitglied derselben, und sei es auch das vornehmste, bestimmen dürfte, was in der evangelischen Kirche zulässige Lehre sei und was nicht. Wäre dem anders, worin bestünde dann in dieser Beziehung noch eine grundsätzliche Verschiedenheit zwischen der evangelischen und der Römischen Kirche? Ich kann nicht glauben, daß ein Mann, der sich verpflichtete, sich nach der Ansicht Ew. Majestät zu richten, sich innerlich unabhängig fühlen würde, und noch weniger, daß er als unabhängig angesehen und Vertrauen finden würde.“ Vielleicht würde eine solche Ernennung vielfache Zustimmung, ja Jubel hervorrufen, aber für die Zukunft würde das die ganze Stellung der Behörde lähmen. Und endlich würde die Ernennung auch keine Gewähr bieten, daß der Zweck erreicht würde, denn der Präsident ist nur einer unter mehreren Richtern und es ist nicht anzunehmen, daß diese andern ihm zu willfahren geneigt sein würden.

Darauf folgt eine für die einzelnen gegenwärtigen Mitglieder des Oberkirchenrates warm eintretende Würdigung und ein offenes Bekenntnis, daß der Minister auf dem Boden der Denkschriften des Oberkirchenrates stehe. Er könne von keinem anderen Standpunkt aus keine Vorschläge machen. Die Vorschläge selbst gingen auf drei Personen, den Geheimrat Sellwig aus der Finanzverwaltung, den

Oberkonsistorialrat *H e r m e s* aus dem Oberkirchenrat und den Obertribunalrat *J o h o w*, Mitglied des kirchlichen Gerichtshofes.

„Den von Ew. Majestät befohlenen Bericht habe ich nun beendet. Während ich ihn niederschrieb, habe ich jeden Augenblick unter dem Eindruck des Bewußtseins gestanden, daß ich in einem hervorragenden Punkt mich mit derjenigen Auffassung im Widerspruch befinde, welche Allerhöchstdieselben zur Geltung gebracht sehen wollen. Wie auch Ew. Majestät in Ihrer Weisheit diesen Widerspruch zu lösen geruhen werden, das gereicht mir zum Troste: Ich habe mit meinen ernstesten Darlegungen nicht das Meine verfolgt, sondern nur für das Gedeihen der evangelischen Kirche, zu der die Liebe mir von Kindesbeinen an in das Herz gepflanzt war, und damit im Zusammenhang für das Wohl des Vaterlandes geredet, wie ich beides verstehe, nach dem Erkennen, das mir Gott gegeben hat. Deshalb auch entsage ich der Hoffnung nicht, daß Allerhöchstdieselben unter allen Umständen mir huldreichst glauben werden, wenn ich mich zeichne als Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht und untertänigster Treue ergebener Falk.“

Man lese diesen Bericht des Ministers aufmerksam und stelle dann die Frage: Wer vertrat das evangelische Gewissen hier besser, der weltliche Minister oder der Beichtvater des Königs und sein Helfershelfer Manteuffel? Aber diese sorgten dafür, daß dieser Bericht auf den Kaiser keinen tieferen Eindruck machen konnte. Manteuffel charakterisierte ihn, wie uns *D e h i o* mitgeteilt hat, als ein Kolleg, das ein Professor einem jungen Manne liest! Er beharrte auf seinem Drängen in den Kaiser: Die Zeit zum Handeln sei gekommen, denn nur Handlung, nicht Gründe helfen in solchen Krisen. Also ein neuer Präsident an die Spitze des Oberkirchenrates und Erneuerung des Personals durch Domgeistliche! Kögel, dem der Kaiser diesen Bericht Falks gleichfalls vorlegte, entschied für *Hermes*, den er als eine *b e s t i m m b a r e N a t u r* empfahl. Außerdem entstand so eine Vakanz im Oberkirchenrat; in die wollte Kögel selbst eintreten und zu seiner Hilfe forderte er außerdem Stöcker. Diesen Plan suggerierte Manteuffel dem Kaiser. Er schrieb ihm zugleich das weitere Handeln vor. Nicht früher möge sich der Kaiser für einen neuen Präsidenten entscheiden, als bis er sich in mündlicher Aussprache mit dem Kandidaten davon überzeugt habe, daß dieser sein Amt im Sinne des Monarchen führen werde. Wenn *Hermes* das versprache, so möge der Kaiser ihm gleich sagen, daß er für die vakant werdende Stelle

einen Domgeistlichen vorschlage. „Unmittelbar darauf geben Ew. Majestät dem Kabinettsrat von Wilmowski den Befehl, die nötigen Orders auszufertigen.“ Das hieß, Bismarck sollte nicht um seine Meinung befragt werden. Das war es ja, worauf Manteuffel hinstrebte, ein Konflikt zwischen dem König und seinem übermächtigen Minister. „Noch sind Ew. Majestät Primus Episcopus unserer Landeskirche und tragen noch die Verantwortung vor Gott über das, was in der Kirche geschieht.“

Wir werden sehen, daß der König diesen verhängnisvollen Rat schlägen bis ins einzelste folgte.

Inzwischen war das Berufungsurteil im Falle Hoßbach gesprochen und am 31. Januar publiziert und dem Kaiser mitgeteilt worden. Daß Hoßbach nicht von seinem bisherigen Amte an St. Andreas entsetzt werden könnte, darin waren alle Mitglieder des Oberkirchenrates einig gewesen; zwei, darunter Hermes, hatten allerdings noch ein weiteres Verfahren gewünscht, um einen Verweis für Hoßbach zu erlangen, waren aber in der Minderheit geblieben. Der Kaiser hatte, wie Wilmowski erzählte, zwar über die Nichtabsetzung den Kopf geschüttelt, sich jedoch nicht erregt ausgesprochen. Herrmann hatte zugleich mit der Mitteilung an den Kaiser ein Urlaubsge such eingereicht und sofort einen zweimonatlichen Urlaub erhalten. Inzwischen hatte sich auch die Öffentlichkeit, Presse und Parlament, der Angelegenheit bemächtigt, und auch im Staatsministerium waren am 20. Januar die ernststen Folgen erwogen worden, die der Fall Hoßbach möglicherweise haben könnte.

Der Kaiser schob, wie es seine Gepflogenheit bei unbehaglichen Sachen war, die Antwort auf den Bericht des Ministers hinaus. Außerdem wurde auch gerade in den ersten Tagen des Februar die allgemeine Aufmerksamkeit dadurch in Anspruch genommen, daß am 7. Februar um 3 Uhr Papst Pius IX. starb, und damit der Kampf zwischen Krone und Kurie in ein neues Stadium trat.

Nachdem Herrmann seinen Urlaub angetreten hatte, wurde der Oberkirchenrat unter dem 8. Februar bei dem Kaiser vorstellig, man möge ihm über den Nachfolger Herrmanns das Wort gönnen. Der Bericht erbat nicht mehr Herrmanns Belassung, gab aber doch der tiefen Bewegung über sein bevorstehendes Auscheiden Ausdruck und rühmte, wenn auch kurz und nicht unumwunden, Herrmanns Verdienste. Bei einem gelegentlichen Gespräche mit Wilmowski sagte ihm der Kaiser, der eben verstorbene frühere Staatsminister von

Uhden habe ihm als eventuellen Nachfolger Herrmanns noch drei andere Personen genannt. Als Wilmowski ihm diese auszureden suchte und dabei einfließen ließ, der Kaiser werde keinen gleichwertigen Mann für Herrmann finden, entgegnete der hohe Herr: „Ja, aber der Mann hat mir doch den Stuhl zu arg vor die Türe gesetzt.“ Übrigens äußerte der Kaiser dabei, daß er nicht umgehen könne, Bismarck zu befragen. In dieser Beziehung war er also offenbar nicht gleich gewillt, den Ratschlägen Manteuffels zu folgen. Am 27. Februar hatte Falk ein Gespräch mit dem General von Rheinbaben, der zur Umgebung des Monarchen gehörte. Er äußerte, es sei sehr zu bedauern, daß der Kaiser in evangelisch-kirchlichen Dingen keine Ratgeber habe, respektive annehme. Nach seiner Überzeugung werde Bismarck den Kaiser viel eher dazu bringen, dem Landtage ein Steuerbewilligungsrecht einzuräumen, als in den Angelegenheiten des Oberkirchenrates nachzugeben. Bei einem Tee bei der Kaiserin hatte der Kaiser mit ihm über die Sache gesprochen und gesagt, daß er darin nicht nachgeben könne und werde.

Anfang März tat der Kaiser endlich, von Wilmowski gebrängt, seinerseits wieder einen Schritt. Er beauftragte den Minister am 9. März, bei der Konferenz, welche er wegen Wiederbesetzung der Stelle des Präsidenten des Oberkirchenrates mit Mitgliedern desselben halten solle, auch die Namen zu nennen, die ihm der verstorbene Minister von Uhden vorgeschlagen habe. Es folgten nun mehrere Besprechungen mit den maßgebenden Personen des Oberkirchenrates.

Der Oberkirchenrat kam in Verlegenheit, wen er vorschlagen solle. Es tauchten noch eine Reihe anderer Namen auf. Der Oberkirchenrat nannte zu Falks Überraschung den Namen Foerstes. Das war natürlich ganz ausgeschlossen, er hätte ebensowenig wie Sydnor diesen Posten annehmen können. Er hätte genau so wie dieser geantwortet: „Ich kann mich nicht mit dem Kaiser, noch weniger mit der rabies theologorum abfinden.“ Diese gewissenhaften Männer waren durch die Entwicklung der religiös dogmatischen Frage in der evangelischen Kirche schwerer gedrückt, als irgend jemand anderes. Es war ja dadurch ein bis dahin ganz im Hintergrund gestandener Satz des Glaubensbekenntnisses in den Vordergrund gerückt worden, die Geburt des Herrn von der Jungfrau. Unverkennbar war nach der Meinung des Kaisers niemand ein Christ, der gegen diese Erzählung der Schrift Widerspruch in sich trug. Wahrscheinlich hatten Sydnor und

Joerster, wie zahlreiche gebildete kirchliche Laien, in ihrem Leben noch niemals über die Bedeutung dieses Punktes nachgedacht. Nun waren sie durch die Erörterungen in der Öffentlichkeit geradezu gezwungen, sich selbst klar zu werden, wie sie dazu stünden. Sie taten es mit der ihnen eigenen Gründlichkeit. Von Sydow liegt ein langer Brief an Falk vor, in Joerstes Nachlaß fand sich eine Abhandlung über dasselbe Thema. Beide kamen nach genauester Prüfung der biblischen Texte und Erwägung aller Umstände zu dem Ergebnis, daß sie als ehrliche Männer diesen Satz nicht anerkennen könnten. War es ihnen bei dieser inneren Stellung schon unsagbar peinlich, ein gewissermaßen doch kirchenregimentliches Amt zu bekleiden, so war es erst recht ausgeschlossen, das Amt eines Präsidenten des Oberkirchenrates zu übernehmen, der ja nach des Kaisers Absicht alle diejenigen, die in diesem Punkte nicht dachten wie Kögel, aus der Kirche ausscheiden sollte. Auch Achenbachs Name trat noch einmal in den Vordergrund. Allein er bat dringend, seine Kandidatur nicht erst aufzustellen. Schließlich senkte sich die Wage mehr und mehr zugunsten von Hermes. Der Oberkirchenrat wußte einfach keinen anderen. Sein Bericht vom 13. April, an den der Kaiser schon höchst ungeduldig gemahnt hatte, nannte denn auch ihn in erster Linie und nebenher, aber nur matt, Achenbach.

Hermes hatte offenbar das Bedürfnis, sich persönlich mit dem Minister auszusprechen, und deshalb mit ihm am 14. April eine lange Unterredung. „Diese, schreibt Falk, ließ ihn als einen loyalen Mann erkennen. Er bekannte sich nach wie vor zu den Grundsätzen, welche die Berichte des Oberkirchenrates aus dem August, Oktober und Dezember 1877 ausgesprochen hätten. Es sei zwar unzweifelhaft, daß er manches anders machen werde wie Herrmann, zum Beispiel werde er den Versuch, Mitglieder des Protestantenvereins in Superintendenturen zu bringen, nicht fortsetzen. Hermes erklärte es für sein Bedürfnis, aus der Unterredung ehrlich gegen sich und gegen mich zu gehen; er sei durch Erfahrung klug genug geworden, daß eine gegen den Minister gehende Politik des Oberkirchenrates töricht sei, er werde also eine solche weder nach außen dokumentieren, noch im Innern einschlagen. Er sei auch zu anständig, um solches gegen einen Minister zu tun, durch dessen Beihilfe er in eine Stelle von solcher Bedeutung gekommen wäre. Daß er etwas weiter rechts stehe, wie Herrmann, wisse ich ja. Er habe bei der Verhandlungen über die Kirchenverfassung sich einmal dahin ausgedrückt, ich möchte dieselbe

mit dem linken, er lieber mit dem rechten Zentrum zustande bringen. Wäre er nicht Mitglied des Kirchenregimentes gewesen, so würde er, wie Graf Stolberg, gegen die Schlußbestimmungen, nach deren Annahme aber für das Ganze gestimmt haben. Jetzt seien die Bestimmungen Gesetz und müßten durchgeführt werden. Man habe die Pflicht, zuerst zu sehen, wie sie sich bewährten. Die Agitation auf alsbaldige Änderung mißbillige er und habe dies auch Kögel ausdrücklich gesagt. Freilich, wenn einmal ein anderer Minister und ein anderer Landtag da sei und dann eine Generalsynode auf Änderung der Schlußbestimmungen dränge, so werde er nicht dagegen sein."

Am 15. April ließ Falk den Bericht des Oberkirchenrates dem Kaiser zugehen. Wenige Tage darauf hörte der Kaiser Kögels Vortrag. Nach diesem entschied er sich nun für Hermes. Ehe er aber den Auftrag zur Vollziehung der Kabinettsorder gab, befahl er diesen zum Vortrag am 30. April. Hermes erzählte darüber Eydow, der Kaiser habe ihm einen dreiviertelstündigen Vortrag gehalten, welcher die vorjährigen Berichte des Oberkirchenrates und die kaiserlichen Marginalien dazu „umrannte“. Obwohl Hermes dem Kaiser teilweise nicht folgen konnte, nahm er an, daß ihn derselbe ernennen würde, jedoch hatte er ausdrücklich gesagt, daß er zuvor noch Bismarcks Votum hören wolle. Am 4. Mai empfing Falk Herrmanns Entlassung und Hermes' Ernennung zur Gegenzeichnung:

„Ich habe die Urkunden schweren Herzens unterzeichnet.“

Was hatte Falk ermöglicht, die Entlassung Herrmanns gegenzuzeichnen und seine ursprüngliche Absicht aufzugeben, wonach er sie verweigern und zugleich um seinen eigenen Abschied bitten wollte?

Die Gründe waren diese: Erstens mußte sich Falk sagen, daß er in die Lage, für die Entlassung Herrmanns eine Verantwortung zu tragen, nur durch eine Unfertigkeit der Kirchenverfassung geraten sei, die auch er, wie wir wissen, als prinzipwidrig bedauerte. Hätte sich, wie er es gewünscht hatte, die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat auch auf finanziellem Gebiete durchführen lassen, so wäre damit zugleich Entlassung und Ernennung der kirchenregimentlichen Beamten als Akt des Landesherrlichen Kirchenregimentes der Kompetenz des Ministers entrückt, dieser auf ein Plazet lediglich aus staatlichen Interessen beschränkt worden. Es war doch nicht ohne Grund, wenn Bismarck, Bülow und Friedberg immer wieder diesen Punkt stark hervorhoben, in Falk drängten, sich mit Herrmann nicht solidariß zu erklären, und betonten, die Prüfung der sachlichen und

persönlichen Qualifikation des Präsidenten des Oberkirchenrates ginge den Staatsminister eigentlich nichts an.

Zweitens hätte Falk trotzdem die Gegenzeichnung der Entlassung und der Neuernennung nicht leisten können, wenn die Wahl des Nachfolgers unzweideutig vor der Öffentlichkeit einen Tadel der von Falk geführten Kirchenpolitik enthalten hätte. Denn dazu war der Zusammenhang zwischen Kirchen- und Schulpolitik zu eng. Das wäre der Fall gewesen, wenn einer der dem Kaiser von dem jüngst verstorbenen Herrn von Uhden genannten Kandidaten hochkonservativer und orthodoxer Farbe ernannt worden wäre. Nun aber hatte der Kaiser auf diese verzichtet und sich bereit finden lassen, einen Mann zu ernennen, dessen Können und Charaktereigenschaften Falk zwar ziemlich ungünstig beurteilte, für den aber Brückner und von der Goltz, die ihn besser kennen mußten, eine Art Bürgschaft übernommen hatten, er werde von der unter Herrmann innegehaltenen Richtung nicht wesentlich abweichen, und der in seiner eigenen ausführlichen Aussprache mit Falk dementisprechende Zusicherungen abgegeben hatte. Herrmanns Entlassung war vom Kaiser in steigendem Maße nicht mehr mit einer Verwerfung der bisherigen Kirchenpolitik, sondern mit ihm unleidlichen persönlichen Eigenschaften Herrmanns — Eigensinn, Professorenhaftigkeit — motiviert worden. Zwei so gewichtige Beurteiler wie Bismarck und Wilnowski hatten eine gewisse Berechtigung des Kaisers zu solcher Abneigung anerkannt, und auch Falk selbst konnte sich doch trotz seiner Hochschätzung Herrmanns dem Eindruck schwerer Fehler in seinem Verkehr mit dem Kaiser nicht verschließen. So ließ sich vielleicht behaupten, daß der Wechsel im Präsidium keine Änderung des Systems, sondern nur die Lösung eines auf die Dauer unerträglichen persönlichen Verhältnisses zwischen dem Monarchen und dem Präsidenten des Oberkirchenrates bedeutete, und damit fiel allerdings die zwingende Notwendigkeit für Falk dahin, auf seinem Abschiedsgedanken zu bestehen.

Ein dritter Grund war das Verhalten der ausschlaggebenden Mitglieder des Oberkirchenrates. Wenn sie, Brückner, von der Goltz, Dornier, entgegen ihrem anfänglichen Entschluß, aus der Ernennung Hermes' keinen Anlaß entnahmen, ihre Ämter niederzulegen, sollte dann der Minister sozusagen oberkirchenrätlicher sein als der Oberkirchenrat?

Endlich darf natürlich die Rücksicht auf die allgemeine politische Situation und den Kampf mit der Kurie nicht außer acht gelassen werden. Falk durfte, sollte dem Zentrum nicht ein billiger Triumph

bereitet werden und sollte das Unterrichtsgesetz nicht von vornherein aufgegeben werden, nur zurücktreten, wenn ihm zugemutet wurde, gegen sein Gewissen zu handeln.

Dennoch war er in schweren Zweifeln und Kämpfen, ob er recht tue, diesen Schlag gegen das Fundament seiner Stellung hinzunehmen, und sofort sollte sich zeigen, daß das schwere Opfer, zu dem er sich entschlossen hatte, vergeblich war, denn bereits am 2. Mai hatte der Kaiser den ihm von Manteuffel suggerierten Brief an Hermes abgesandt, worin er dem Hermes seine Ernennung mitteilte und ihm zu seiner Direktive, damit er seine An- und Absichten sogleich kenne, folgendes sagte:

„Zum Nachfolger von Hermes schlage er den Mann vor, welchen Oberkirchenrat und Minister, wenn auch mit vielen Aber, ihm an zweiter Stelle zum Präsidenten vorgeschlagen hätten, de la Croix, — [ein starker Irrtum, denn sowohl Falk wie der Oberkirchenrat hatten sich ganz bestimmt gegen diesen erklärt]. Außerdem verlange er, daß seine Hofprediger, die Beichtväter der königlichen Familie, in das Kirchenregiment träten. Kögel und Stöcker sollten in den Oberkirchenrat, und Baur, der allein übrig bleibe, da Hengstenberg sich nun zurückziehe, in das Konsistorium.“

Der Brief des Kaisers behauptete, daß Hermes in seinem Gespräch am 30. April selbst die Mitgliedschaft der Hofprediger für wünschenswert gehalten habe. Hermes selbst bestritt entschieden, etwas derartiges gesagt zu haben. Dieser Widerspruch wird niemals aufzuklären sein. Falk konnte nur Hermes mit aller Bestimmtheit sagen, daß er zur Durchführung dieser Absicht des Kaisers seine Zustimmung nicht geben werde, und ermächtigte ihn, dies dem Kaiser mitzuteilen. Sofort also tauchte hinter der Frage Herrmann eine neue Frage auf, und sie war noch schwieriger als die erste.

Allein die Aussichten, mit dem Eingehen auf Herrmanns Entlassung und seinem Ersatz durch eine dem Kaiser allenfalls genehme Persönlichkeit den Konflikt zwischen Minister und Kaiser zu umgehen, waren überhaupt in der Zwischenzeit noch weiter gesunken. Denn es traten immer neue Konfliktsstoffe hervor. Falk wurde von Brückner mitgeteilt, daß der Kaiser beschlossen habe, die seit Hoffmanns Tode erledigte Generalsuperintendentur der Kurmark neu zu besetzen, und zwar mit Kögels Schwager *Leopold Schulze* in Elbe in Sachsen, einem schärfsten Parteigänger der Hofpredigerpartei, — auch dazu sollte er seine Gegenzeichnung geben. Wieder hatte der

Kaiser die Listen der Allerhöchst zu ernennenden Vertrauenspersonen für die demnächst zusammentretenden Provinzialsynoden gegen den Vorschlag des Oberkirchenrates tiefgreifend verändert und eine Reihe bekanntester Gegner des Ministers darauf gesetzt.

Vor allem aber:

Am 8. März war dem Kaiser, offenbar wieder auf dem bekannten Wege, ein Zeitungsausschnitt vorgelegt worden folgenden Inhaltes:

„Der Ausschuß des deutschen Protestantenvereins hat beschlossen, in diesem Jahre einen allgemeinen deutschen Protestantentag zu halten. Auf die Tagesordnung sind gesetzt: 1. Die Religion in ihrer grundlegenden Bedeutung für das Volksleben, Referent Prediger Hozbach, Berlin; 2. Lehrfreiheit und Gemeinderecht. — Der hiesige Professor der Theologie D. P f l e i d e r e r hat sich dem Verein angeschlossen.“

Diese harmlose Zeitungsnotiz übersandte der Kaiser dem Minister mit folgendem Handbillet: „Was sagen Sie zu der Einlage? Kann denn eine solche antireligiöse Versammlung nicht von den protestantischen Regierungen inhibiert werden? Hozbach wieder an der Spitze, und Pfleiderer, den man in Württemberg sich glückwünschte los zu sein, als er hierher berufen wurde, geriert sich als Protestantenvereiner und ist hier theologischer Lehrer der Universität, während wir den R. R. nur nach Straßburg beriefen, nachdem er unumwunden erklärte, aus jenem Verein für immer, hoffentlich, ausgeschieden zu sein!“

Falk antwortete sofort, daß sich die Veranstaltung einer solchen Versammlung nach dem Gesetz vom 11. März 1850 nicht verhindern lasse und fuhr dann fort: „Ob sich, wie der Zeitungsausschnitt besagt, der Professor Pfleiderer dem Protestantenverein angeschlossen hat, ist mir nicht bekannt geworden, ich möchte die betreffende Notiz aber nicht für unrichtig halten. Wenn Ew. Majestät übrigens vorgetragen ist, daß der Professor Pfleiderer aus Württemberg hierher berufen sei, so liegt ein Irrtum des Berichterstatters vor. Meines Wissens ist Pfleiderer allerdings ein geborener Württemberger, aber als auf meinen Alleruntertänigsten Bericht vom 15. Januar 1875 er zum Professor der Theologie an der Berliner Universität ernannt wurde, fungierte er unter dem Titel eines Großherzoglich sächsischen Kirchenrats als Professor der Theologie an der Universität zu Jena. Dem Protestantenverein gehörte er damals nicht an. In tiefster Ehrfurcht ...“

Schon am nächsten Tage gelangte wieder ein eigenhändiges Handschreiben vom 14. März an Falk:

„Indem ich Ihnen für Ihre Antwort von gestern danke, muß ich es aufs höchste bedauern, daß unsere Gesetzgebung uns im Ethische läßt, um einer Versammlung zur Verbreitung des Unglaubens entgegentreten zu können! Wohin sollen wir kommen, wenn dem Protestantenverein freier Lauf gelassen wird, wenn seine Lehre sich öffentlich erweist bei dem Begräbnis eines Sozialdemokraten? *) Dies Ineinandergehen (?) muß zum Umsturz alles Bestehenden führen! Die ersten Erscheinungen der Märztage 1848, jetzt jährlich, sind in vollem Anzuge. Was meine Bemerkung über die Vergangenheit des D. Pfleiderer betrifft, so führte ich sie der Kürze halber nur summarisch nach meiner Kenntnis von demselben an. Er war in Württemberg Dozent, als er nach Jena berufen wurde, und wurde dann dem König von Württemberg vorgeschlagen, ihn wieder in seine Staaten zurückzuberufen, was er fest refüsierte, weil er als Mitglied des Protestantenvereins bekannt sei. Darauf wurde er nach Berlin berufen und müssen Sie dies nicht gewußt haben, da Ihr Brief dies anführt, daß er bei dieser Berufung dem Protestantenverein nicht angehört habe, sagen aber auch, daß Sie die Notiz, daß er jetzt diesem Verein angehöre, nicht für unrichtig hielten!! Und ein solcher Mann soll fortfahren, die Lehren des Vereins unter seinen Schülern auf der ersten Universität Preußens ungehindert zu verbreiten und die angehenden Theologen vergiften mit Irrlehre? Ich erbitte mir Ihre Ansicht hierüber aus.“

Dieser Angriff des Kaisers richtete sich also unmittelbar gegen Falks Verwaltung und reichte insofern noch viel weiter, als die Frage der Neubesezung des Oberkirchenrates, die ja Falk nur infolge der mangelhaften Durchführung der Verselbständigung der Kirche etwas anging.

Falks am 26. März 1878 abgesandter Bericht lautet wörtlich:

„Ew. Majestät haben in dem Allergnädigsten Handschreiben vom 14. März die Frage anzuregen geruht, ob der Professor der Theologie an der hiesigen Universität, D. Pfleiderer, in seinem Lehramte noch weiter wirken dürfe, wenngleich er Mitglied des Protestantenvereins sei und mir die Weisung erteilt, hierüber meine Ansicht vorzutragen.

*) Es ist mir nicht gelungen, festzustellen, auf welches Vorkommnis sich diese Bemerkung beziehen könnte.

„In Befolgung dieses Befehls erlaube ich mir zunächst auf meinen Bericht vom 15. Januar 1875 Bezug zu nehmen, in welchem ich Ew. Majestät ehrfurchtsvoll bat, den D. Pfleiderer zum Professor der Theologie an der Universität zu Berlin zu ernennen. Dieser Bericht ergibt folgendes: Fast dreijährigen *) Verhandlungen war es nicht gelungen, auf Grund von Vorschlägen der hiesigen theologischen Fakultät zur Ausfüllung der in diesem Lehrkörper vorhandenen, immer empfindlicher werdenden Lücke zu gelangen. Die Fakultät erklärte sich außerstande, weitere Vorschläge zu machen, und daraus erwuchs mir die nicht leichte Aufgabe, selbst Umschau nach geeigneten Männern der theologischen Wissenschaft zu halten. Ich habe gegenüber dem konkreten Bedürfnis keine andere geeignete Person zu finden vermocht, als Pfleiderer. Bei meiner Wahl leiteten mich seine wissenschaftlichen Leistungen, seine Lehrgabe, seine auch als Universitätsprediger erprobte Tüchtigkeit.

„Darüber freilich bestand für mich kein Zweifel, daß Pfleiderer der freieren theologischen Wissenschaft angehöre. Schon der Umstand, daß er an der Universität Jena fungierte, sprach von vornherein hierfür. Seine Schriften bestätigten diese Ansicht. Aber eben diese Schriften ließen von der fortschreitenden Entwicklung Pfleiderers auf dem Boden des evangelischen Bekenntnisses gedeihliche Wirksamkeit erwarten, und es war gerade diese Erwartung, die den Evangelischen Oberkirchenrat seinerzeit bestimmt hat, kein Bedenken gegen Pfleiderers Berufung zu erheben.

„Auch die Stellung, welche der Genannte in den religiösen Bewegungen des Tages einnahm, mußte Vertrauen zu ihm einflößen. Auf einer thüringischen Lehrerversammlung trat er dem Antrage, den biblischen Geschichtsunterricht abzuschaffen, mit der äußersten Energie entgegen und es gelang ihm, denselben als ‚haroden Unfinn‘ zu beseitigen. Er ist deshalb den Radikalen in kirchlichen Dingen ein arger Stein des Anstoßes geworden und es hat an

*) Der angezogene Bericht zeigt, daß vorher vergebens verhandelt war mit Ritschl in Göttingen, Benschlag in Halle, von Weizsäcker in Tübingen, Hermann Schulz in Heidelberg, vorher in Straßburg. Von Weiß in Kiel hatte sich der Minister durch persönlichen Eindruck überzeugt, daß er ohne anregende Lehrgabe sei, außerdem war er als Mitglied des Konfistoriums in Kiel zu wertvoll, um von dort fortberufen zu werden. Endlich hatte die Fakultät noch den Professor Cremer in Greifswald genannt, aber Falk hatte geurteilt, daß er sich weder durch wissenschaftliche Leistungen noch durch Lehrgabe genug hervorgetan habe, um an die Berliner Universität berufen zu werden. Der Evangelische Oberkirchenrat hatte Bedenken gegen die Lehre und das Bekenntnis des vorgeschlagenen Pfleiderer nicht geltend gemacht.

Bemühungen ihrerseits nicht gefehlt, auch sein amtliches Wirken als gänzlich unfeilsinnig darzustellen.

„Außerdem aber stand Pfleiderer — Ew. Majestät wollen zu Gnaden halten, wenn ich auf diese Ausführungen zurückkomme — unerachtet seines freieren theologischen und wissenschaftlichen Standpunktes zur Zeit seiner Berufung nach Berlin nicht im Protestantenverein. Die mir damals zugekommenen Mittheilungen werden als zuverlässig bestätigt durch die Erklärung, mit der Pfleiderer selbst seinen Beitritt zum Berliner Unionsverein (Deutschen Protestantenverein) begründet hat. Diese Erklärung ist auszugsweise in einer der letzten Nummern der hier erscheinenden „Protestantischen Kirchenzeitung“ enthalten und läßt nicht den mindesten Zweifel, daß der erwähnte Beitritt erst jetzt, das heißt im Februar oder März erfolgt ist.

„Während der nun schon mehr als zweijährigen Tätigkeit des Professors Pfleiderer an der hiesigen Universität sind Klagen über seine Amtsführung in keiner Weise an mich gedrungen, also auch nicht die Klage, daß seine Vorträge des wissenschaftlichen Geistes entbehrten oder daß er sie benütze, um seine Zuhörer mit irreligiösem Wesen zu erfüllen und sie so zu unterweisen, daß sie dem feindlich würden, was die unerschütterliche Grundlage der evangelischen Kirche bildet.

„Daß Pfleiderers Eintritt in den Protestantenverein zu der Besorgnis Anlaß gäbe, er werde nunmehr ein anderer sein als bisher, insbesondere fortan zu den angedeuteten Klagen Anlaß geben, das ist eine Annahme, der ich mich nicht hingeben kann. Denn der Protestantenverein ist nicht etwa eine religiöse Gemeinschaft mit einem bestimmten Glaubensbekenntnis, sondern er ist, wie der § 1 seines Statutes ergibt, lediglich ein ‚auf dem Grunde des evangelischen Christentums unter denjenigen deutschen Protestanten gebildeter Verein, welche eine Erneuerung der protestantischen Kirche im Geiste evangelischer Freiheit und im Einklang mit der gesamten Kulturentwicklung unserer Zeit anstreben‘, ein Verein, der sich namentlich zum Zweck gesetzt hat: 1. den Ausbau der deutschen evangelischen Kirchen auf der Grundlage des Gemeindeprinzips, je nach den besonderen Verhältnissen der verschiedenen Länder mit deutscher Bevölkerung, sowie die Anbahnung einer organischen Verbindung der Landeskirchen; 2. die Bekämpfung alles unprotestantischen hierarchischen Wesens innerhalb der einzelnen Landeskirchen und die Wahrung der Rechte, Ehre und Freiheit des deutschen Protestantismus; 3. die Erhaltung und Förderung christlicher Duldung und Achtung zwischen den verschiedenen Konfessionen und ihren Mitgliedern; 4. die Anregung und Förde-

rung des christlichen Lebens, sowie aller der christlichen Unternehmungen und Werke, welche die sittliche Kraft und Wohlfahrt des Volkes bedingen.

„Im weiteren Verlauf seiner Entwicklung hat der Protestantenverein sich vornehmlich die Aufgabe gestellt, diejenigen, welche dem Christentum kalt gegenüberstehen oder welche der Kirche entfremdet sind, — und Ew. Majestät wissen, wie gar groß diese Zahl ist, nicht bloß unter den Massen, sondern auch unter denen, welche vermöge ihrer Bildung berufen sind, den Massen in gutem Beispiel voranzugehen — dem Christentum wieder zu befreunden und der Kirche wieder zuzuführen.

„Der Beitritt zu einem solchen Verein ist an sich auch für diejenigen nicht unmöglich, welche auf dem positivsten, orthodoxesten Standpunkt stehen, vorausgesetzt, daß sie dem evangelischen Wesen gemäß nicht für ihren Standpunkt alleinige Berechtigung beanspruchen. Und in der That begegnet man Männern von solchem Standpunkt in dem Verein. Selbst der bedeutende Theologe Richard Rothe hat ihm bis zu seinem Tode angehört, und wenn der bekannte Orthodoxe Baumgarten, früher Professor der Theologie zu Rostock, auch vor kurzem seine Verbindung mit dem Protestantenverein oder doch mit seinen leitenden Organen gelöst hat, so ist es notorisch, daß ihn hierzu persönliche Streitigkeiten bestimmt haben. Wie die Radikalen in kirchlichen Dingen den Protestantenverein betrachten, darüber gibt die Rede eine deutliche Auskunft, welche jüngst bei Beratung des Staatsgesetzes zur schleswig-holsteinischen und nassauischen Synodalordnung der Abgeordnete Virchow im Abgeordnetenhaus hielt *). Er verspottete die Mitglieder des Protestantenvereins nicht bloß wegen ihrer Mitwirkung zu der von seinen Freunden orthodox gescholtenen Synodalordnung für die alten Provinzen, sondern auch wegen ihrer Bereitwilligkeit, die Synodalordnungen für die eben genannten Landesteile in solcher Weise staatlich zu festigen, daß kein Eingriff in die Ordnungen geschähe, die sich durch Ew. Majestät die Kirchen selbst gegeben hätten.

„Vorstehendes wollen Allerhöchstselben nicht dahin aufzufassen geruhen, daß ich dem Protestantenverein das Wort rede — ich bin ferne davon —. Das Verhalten seiner Mitglieder hat nicht selten dazu beigetragen, die Erfüllung der mir gestellten Aufgaben zu erschweren **), sondern als vorgetragen lediglich zur Begrün-

*) Am 15. März 1878; Sten. Bericht des Abgeordnetenhauses 77/78, Bd. 2, S. 1806 ff. und S. 1097.

**) Dabei dachte Falk in erster Reihe an Berliner Vorgänge, zum Beispiel

hung der Ansicht, daß die objektive Tatsache des Beitrittes zum Professoantenverein ein Einschreiten gegen einen Lehrer der Theologie an einer preußischen Universität nicht rechtfertigen kann, zumal dieses Einschreiten gegen ihn als Staatsbeamten nur auf Grund des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 im formalen staatlichen Disziplinarverfahren zulässig sein würde.

„Ebenso wenig ist hierzu ein Grund in der Weise zu finden, in der Pfleiderer seinen Beitritt zu dem Verein begründet hat. In der oben erwähnten Erklärung schildert er in einigen Zügen die gegenwärtigen Erscheinungen auf kirchlichem Gebiete, wie sie sich ihm darstellen. Es fehlt darin bedauerlicherweise nicht an bitteren Worten gegen die Partei, deren fanatischer Eifer für den starren Bekenntnisglauben mit dem Maß ihrer theologischen Einsicht im umgekehrten Verhältnis steht, die durch ihr Verhalten die ohnehin bedenkliche Kluft zwischen Kirche und Volksleben bis zum unhaltbaren Riß zu erweitern droht, gegen solche Vertreter der Kirche, deren Einmischung in die soziale Bewegung mehr provozierend als bessernd sei, deren engherziger Parteistandpunkt von vornherein das gerechteste Mißtrauen gegen die Lauterkeit ihrer Absichten erweckt. Aber es heißt auch in jener Erklärung: „Und ich sehe auf der anderen Seite zu gleicher Zeit, wie in den unteren Volksschichten durch das Wühlen der Sozialdemokratie ein fanatischer Religionshaß verbreitet wird, der mit den religiös-sittlichen Fundamenten unserer nationalen Kultur und Wohlfahrt diese selbst aufs schwerste bedroht.“ Und ferner: „Angesichts aller dieser Erscheinungen, deren furchtbar ernste Bedeutung für die Zukunft unseres christlichen Volkslebens jedem Freund des Letzteren schwer auf die Seele drücken muß, halte ich es für eine unabweisbare Pflicht, mit Beiseitesetzung aller sonstigen Bedenken persönlicher und allgemeiner Art, einem Verein beizutreten, der sich zum Zweck setzt, durch verständnisvolles und duldsames Eingehen auf die wahren religiösen und sittlichen Bedürfnisse der Gegenwart die Gesellschaft für die Kirche und das Christentum für die Gesellschaft zu erhalten.“

„Endlich wollen Ew. Majestät mir allergnädigst gestatten, den Standpunkt, welchen der Professor Pfleiderer als Mitglied der Kreisynode Berlin-Köln bei deren Verhandlungen über das Apostolikum eingenommen hat, mit seinen eigenen Worten darzulegen, da sie deutlich zeigen, wie er seine Stellung zu diesem Be-

an den Antrag des ehemaligen Berliner Stadtverordnetenvorstehers Kochmann betreffend das Apostolikum auf der Synode Berlin-Köln und an den Fall Hoßbach; siehe S. 371 f.

kenntnis gerade als Professor ansieht. Er sprach: „Es ist gewiß sehr wohl begründet, daß das Apostolikum das Grundbekenntnis der Kirche geworden und durch die Jahrhunderte hindurch geblieben ist. Wenn gesagt worden ist, es enthalte nicht die Grundlehren, sondern die Grundtatsachen des Christentums, so möchte ich dies genauer dahin formulieren: Es enthält die Grundlehren in Form von Tatsachen. Und eben darin liegt der unvergleichliche Wert dieses Bekenntnisses, daß es die christlichen Kardinalideen nicht in begrifflicher, lehrhafter Form ausdrückt, die immer Gegenstand des Streites und des Mißverständnisses bliebe, sondern in der anschaulichen, einfachen, erhabenen Form von objektiven Tatsachen im Lapidarstil der Geschichte, in der heiligen Sprache tief-sinniger Hieroglyphen. Darum kann der gebildetste Theologe, wofern er es nämlich wirklich ist, dies Bekenntnis in voller innerer Wahrheit sprechen, da ihm die Worte stets als kurze sinnbildliche Zeichen und Abkürzungen für den darin niedergelegten dogmatischen Gehalt dienen; ebenso kann aber auch der einfachste Christ sich daran erbauen, indem ihm aus der schlichten Form der tieferen ideale Sinn ahnungsweise entgegentritt usw.“

„Nach dem Vorgetragenen kann Ew. Majestät ich meine Überzeugung ehrfurchtsvoll nur dahin aussprechen, daß es nicht zulässig ist, Schritte zu tun, welche dem Professor Pfleiderer sein Lehramt entzögen oder verkümmerten.“

Die dadurch weiter verschärfte Lage wurde am 26. März Gegenstand eines eingehenden Gespräches mit Bismarck. Bismarck sagte aus eigenem Antriebe, der einzige Unterschied, welcher in evangelischen Fragen zwischen Falk und ihm bestehe, sei der, daß jener sich gar zu sehr mit Herrmanns Person identifiziert, als mit ihm gewissermaßen verheiratet gehalten habe. Falk entgegnete, in dieser Beziehung walte ein Mißverständnis. Bei der Weise, wie sich die Frage des Herrmannschen Entlassungsgesuches zuerst entwickelt und bei dem Eifer, mit welchem der König seine Differenzen mit dem Oberkirchenrat früher behandelt habe, habe Herrmanns Person, mit der Falk übrigens härter zusammengeraten, als in seinem amtlichen Leben mit anderen, die Sache gedeckt, die weitere Entwicklung habe dies beseitigt. Um seine Übereinstimmung mit Falk zu zeigen, wies Bismarck darauf hin, er habe im vorigen Sommer an den König geschrieben, daß die kirchlichen Parteien die Pflicht hätten, sich miteinander in christlicher Liebe zu vertragen. — Das ist der von uns oben [siehe S. 371] erwähnte Brief zum Entlassungsgesuch Segels.

Ebenso hatte Falk Gespräche mit dem Großherzog von Baden. Der Großherzog hatte Sorge um eine Auflösung der Landeskirche und Sprengung der Union. Falk konnte im Hinblick auf die gesetzliche Lage diese Besorgnis nicht teilen und einen Massenaustritt aus der Kirche nicht befürchten. Dagegen teilte er die Sorge des Großherzogs vor einem auf ganz Deutschland zurückwirkenden Systemwechsel und schilderte ihm ausführlich die Stellung des Kaisers zu diesen Dingen, besonders auch zum Protestantenverein. Der Großherzog fand, was ihm gesagt wurde, schwere Besorgnis erregend. In betreff des Protestantenvereins meinte er, sei dem Kaiser irgendwie der vorjährige Aufruf des Ausschusses zugegangen und habe ihn sehr erregt. Der Großherzog, der anfänglich noch gedacht zu haben schien, daß Herrmann zu halten sei, gewann dann den Eindruck, daß dies nicht mehr möglich sei. Mit dem Kaiser könne er nicht sprechen. Er fragte, ob Falk der Unterstützung Bismarcks in diesen Fragen sicher sei; er hatte den Eindruck, als ob es Bismarck ganz recht sei, wenn die evangelische Kirche in innere Kämpfe geriete und es vielleicht doch noch zu einer Auflösung in selbständige Provinzialkirchen käme. Falk erwiderte, daß er solange glaube, an Bismarck einen Rückhalt zu haben, als dieser ihn zu brauchen meine, und dies wieder würde von der Entwicklung der Römischen Frage abhängen.

Zwischen diesen Verhandlungen hatte Falk am 15. März im Abgeordnetenhaus das Staatsgesetz betreffend die evangelische Kirchenverfassung in Schleswig-Holstein und im Bezirk Wiesbaden zu vertreten. An der Annahme war kein Zweifel. Allein die Fortschrittler benutzten die Gelegenheit, um von neuem ihren Standpunkt darzulegen, daß die Verselbständigung der Kirche zur Auslieferung an die Orthodorie und zur Aufrichtung einer Hierarchie führen müsse, und die Ereignisse der letzten Zeit hätten ihnen dazu nur zu brauchbares Material zugetragen. Der Ruhm des Brandenburgischen Konsistoriums hatte auch das Kieler Konsistorium nicht schlafen lassen, es hatte gleichfalls ein Disziplinarverfahren wegen Irrlehre gegen den Pastor Diedmann eingeleitet, und der Kultusminister war hierbei sogar zweite Instanz. Natürlich wurde auch der Fall Hoxbach in die Debatte gezogen. Falk sprach gegen Virchow und zog scharf die Linie zwischen kirchlichen Angelegenheiten, die einer Kritik des Hauses nicht unterständen, und dem Staatsinteresse. Es gelang ihm, mit seiner Ablehnung einer Äußerung zu diesen Dingen den gefährlichen Brandstoff auszuschneiden. Unverkennbar

aber war, daß die Meinung, das Haus habe mit der Genehmigung der Kirchenverfassung einen Fehler begangen, in den letzten Jahren erheblich gewachsen war.

Wilmowski, dem Falk sofort von des Kaisers Brief an Hermes *) und dessen ihm darüber gemachten Mitteilungen Kenntnis gegeben hatte, bat ihn, Bismarck zu orientieren, damit dieser nicht etwa auf einen Brief, den der Kaiser, wie Wilmowski wußte, ihm geschrieben, in einer Weise antwortete, welche den Kaiser in seinem Tun bestärke. Der Kaiser habe Bismarck nicht vorher wegen Herrmann und Hermes gefragt, — auch darin also war er dem Räte von Manteuffel gefolgt. Er habe ihm aber nun nachträglich in einem langen eigenhändigen Schreiben sein Tun begründet, das Schreiben dann allerdings, weil Bismarck in diesen Tagen erkrankt war, zurückgehalten, so daß Wilmowski nicht wußte, ob es schon in Bismarcks Hände gelangt sei. Als der Kaiser am Mittwoch den 1. Mai die Ausfertigungen wegen Herrmann und Hermes von Wilmowski verlangte, habe er hinzugefügt, er solle Herrmann Anerkennung für seine Dienste aussprechen, „aber nicht avec echauffement, Herrmann habe ihn doch zu sehr gekränkt“.

Diesen Ratschlägen folgend, schrieb Falk am 7. Mai an Bismarck: „Als E. Majestät, der Kaiser und König, im Januar d. J. mir mitteilten, daß Allerhöchstdie geneigt seien, das Entlassungsgesuch des Präsidenten Herrmann anzunehmen, und meine Vorschläge über die Wiederbesetzung der Stelle erforderten, geruhten E. Majestät, mich zugleich davon in Kenntnis zu setzen, daß Sie vor der Allerhöchsten Entschließung Ew. Durchlaucht Meinung einholen würden. Da nunmehr die Pensionierung des Präsidenten Herrmann erfolgt und der Direktor im Evangelischen Oberkirchenrat, Oberkonsistorialrat Hermes, zu seinem Nachfolger ernannt ist, darf ich annehmen, daß E. Majestät Allerhöchst ihre Intentionen ausgeführt und Ew. Durchlaucht Ihre Zustimmung zu der Ernennung des Präsidenten Hermes erteilt haben, und also voraussetzen, daß Allerhöchstdemselben bekannt ist, daß sich der Hermes unter den Personen befand, auf welche ich mir vor länger als drei Monaten die Aufmerksamkeit Sr. Majestät zu lenken erlaubte. Dieser Vorschlag, zu welchem ich mich nach längerer Erwägung entschloß, trifft die äußerste Grenze, innerhalb derer ich imstande war, den Wünschen Sr. Majestät entgegen-

*) Siehe S. 448.

zukommen. Es würde mir zur Genugtuung gereicht haben, wenn diese meine Initiative in betreff der Person des neuen Präsidenten dazu mitgewirkt hätte, die Oberkirchenratsfrage zum Abschluß zu bringen. Dies scheint aber, wovon ich nicht verfehlen wollte, Ew. Durchlaucht ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen, nicht der Fall zu sein. Denn der neuernannte Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates teilte mir heute ein Handschreiben Sr. Majestät mit, in welchem Allerhöchstdieselben als Nachfolger des Hermes in die Direktorstelle des Oberkirchenrates den Geheimen Oberregierungsrat de la Croix im Kultusministerium bezeichnen, den der verstorbene Staatsminister von Uhden für das Präsidium des Oberkirchenrates empfohlen hatte, und ferner verlangen, daß Hofprediger Kögel und Stöcker zu Mitgliedern des Oberkirchenrates, der Hofprediger Baur aber zum Mitglied des hiesigen Konsistoriums ernannt werden.

In aufrichtigster Verehrung . . .“

Nach einer Besprechung der dadurch entstandenen Situation mit Eyndow, Greiff und Foerster, entschloß sich Falk zum Entlassungsgesuch. Die Freunde waren ebenso darin mit ihm einig, daß solches nicht mehr zu vermeiden sei, wie Friedberg, der sonst immer die evangelisch-kirchlichen Dinge außer Betracht hatte lassen wollen. In der Nacht zum 9. Mai verfertigte Falk die Reinschrift:

„Gott wolle mich die Folgen dieses unvermeidlichen Schrittes nicht zu schwer empfinden lassen. Ich zweifle nicht, daß ich, wenn vielleicht auch nicht rasch, meine Entlassung erhalte, hat doch der Kaiser, wie mir Wilmowski erzählte, sein letztes Schreiben an den Reichszkanzler mit dem Hinweis geschlossen, daß, wenn ihm seine Bestrebungen nicht gelängen, er die Krone an seinen Nachfolger abgeben werde.“ Am Vormittag des 9. Mai ging das Entlassungsgesuch an den Kaiser. Es lautete:

„An Se. Majestät, den Kaiser und König.

Ew. K. und K. Majestät bitte ich in tiefster Ehrfurcht, Allerhöchstdieselben wollen in Gnaden gestatten, daß ich das mir vor länger als sechs Jahren huldreichst übertragene Amt des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Ew. Majestät Allerhöchste Hände zurücklege, und mich mit der mir für diesen Fall gesetzlich gebührenden Pension in den Ruhestand versetzen. Mit dieser Alleruntertänigsten Bitte glaube ich dem Vertrauen zu entsprechen, in welchem Ew. Majestät mich zu Allerhöchst Ihrem Minister ernannten; denn gerade die mir als solchem Ew.

Majestät gegenüber obliegenden Pflichten gebieten mir mein ehrfurchtsvolles Gesuch. So hart mich das ankommt, ich vermag mich der Überzeugung nicht länger zu verschließen, daß ich nicht der Mann bin, dessen Ew. Majestät zur Förderung und Durchführung der Intentionen bedürfen, welche Allerhöchstdieselben in bezug auf einen hochwichtigen und Ew. Majestät mit Recht ganz besonders am Herzen liegenden Zweig des Kultusministeriums in Allerhöchster Ihrer Weisheit für den richtigen erkannt haben. Ew. Majestät werden sofort ersehen, daß ich die Angelegenheiten der evangelischen Kirche meine.

Wenn auch die neuere Gesetzgebung die amtliche Einwirkung des Kultusministers auf diese Angelegenheiten in den älteren Provinzen des Staates wesentlich beschränkt hat, so besteht doch auch hier eine solche noch in erheblichen Fragen, zum Beispiel in persönlichen Angelegenheiten. In den neuen Provinzen dagegen reicht die amtliche Tätigkeit des Kultusministers sehr weit; von Hannover abgesehen, ist er unter Ew. Majestät sogar in allen Dingen die höchste kirchliche Instanz. Die Anschauungen, welche für die Führung der evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten maßgebend sind, haben ferner erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des Unterrichtswesens; ein Beispiel bietet die gegenwärtig zu Ew. Majestät Allerhöchster Entscheidung vorliegende Schulsache von Krefeld [siehe unten]. Endlich sind jene Anschauungen nach meiner Ew. Majestät bei verschiedenen Gelegenheiten ehrfurchtsvoll vorgetragenen Ansicht nicht ohne Rückwirkung auf Haltung und Erfolg der Staatsregierung in der Römischen Frage.

In bezug auf einen so wesentlichen Teil meiner amtlichen Wirksamkeit, ist nun das, was ich seit einiger Zeit besorgen mußte, inzwischen für mich zu schmerzlichster Gewißheit geworden: Wesentliche Gesichtspunkte, nach welchen ich die Angelegenheiten der evangelischen Kirche beurteilen und behandeln zu müssen glaubte, finden die Allerhöchste Billigung nicht; Ew. Majestät Allerhöchste Intentionen sind andere. Ich muß mir sagen, daß Allerhöchstdieselben solches bereits erkannt haben, und darf mir darum nur einige Andeutungen Alleruntertänigst gestatten.

Mein ehrfurchtsvoller Bericht vom 26. Januar d. J. über die an den Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates zu stellenden Anforderungen spricht aus, wie er unter dem Eindruck des Bewußtseins geschrieben sei, daß ich in einem hervorragenden Punkte mich mit derjenigen Auffassung in Widerspruch befinde, welche Allerhöchstdieselbe zur Geltung gebracht sehen wollen. Ich habe aus dem Beitritt des Professors Psleiderer zum Protestantenverein die Folgerung nicht zu ziehen vermocht, welche der Aller-

höchsten Intention entsprochen haben würde. Die überwiegende Zahl derjenigen Männer, welche Ew. Majestät Allerhöchstes persönliches Vertrauen jüngst in die Provinzialsynoden zu berufen geruhten, gehört unter die Gegner meiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Kirchen- und Schulsachen. Der neuernannte Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates hat mich im Hinblick auf die in solchen Fällen dem Minister der geistlichen Angelegenheiten gesetzlich zustehende Mitwirkung vertraulich davon in Kenntniss gesetzt, daß Ew. Majestät den Eintritt von Männern in das Kirchenregiment verlangen, in bezug auf welche mir jene Mitwirkung nicht möglich ist.

Bergegenwärtige ich mir zu diesen Tatsachen die mir unter dem 9. März d. J. gemachte Allergnädigste Eröffnung, daß Allerhöchstdieselben in den wichtigsten Angelegenheiten der evangelischen Kirche den verstorbenen Staatsminister von Udden zu Ihrem Berater erhoben haben, welcher doch stets und grundsätzlich dasjenige bekämpfte, was ich auf staatlichem und kirchlichem Gebiete vertrat und zu vertreten hatte, — so glaube ich, in dem mich tiefschmerzenden Schlusse nicht zu irren, daß auch Ew. Majestät der Überzeugung sein werden, ich sei nicht der rechte Mann für die fernere Leitung des Kultusministeriums. Um so mehr darf ich glauben, daß Allerhöchstdieselben meine obige ehrfurchtsvolle Bitte um Entlassung aus meinem Amte in Ihrer Weisheit als eine gerechtfertigte anerkennen werden.

In tiefster Ehrfurcht ...“

Gleichzeitig schrieb Falk an Bismarck unter Beilegung einer Abschrift dieses Gesuches und fügte hinzu:

„Höchstdemselben gegenüber bedarf es keiner Ausführung, daß der Entschluß zu dieser Bitte mir außerordentlich schwer geworden ist. Ein Blick auf die in Betracht kommenden sachlichen und persönlichen Verhältnisse lehrt das. Eins zu erwägen wollen Ew. Durchlaucht mir aber dennoch gestatten. Die Erwägung, daß mein Ausscheiden aus dem Amte auf Ew. Durchlaucht Politik Rom gegenüber, welche ja doch ein Stück Ihrer deutschen Politik ist, ein falsches Licht werfen und damit dieser Politik vorübergehend Nachteile zufügen könnte, ist die wichtigste gewesen, welche meiner Entschließung entgegenstand. Daß ich diese dessenungeachtet getroffen habe, möge Ew. Durchlaucht dafür Beweis sein, daß das Entlassungsgesuch für mich eine Notwendigkeit war; die Beilage berührt die wesentlichsten Gesichtspunkte, welche mich bestimmten. Eine nähere Darlegung derselben würde zeigen, daß auf dem Gebiete der evangelisch-kirchlichen Angelegenheiten, welche nicht isoliert aufgefäßt

werden können, sondern auf andere wichtige Zweige meines Ressorts erhebliche Rückwirkung üben, das Allerhöchste Vertrauen mir seit einiger Zeit, je länger je mehr fehlt, und weiter beweisen, daß, während ich mit meiner Zustimmung zur Ernennung des Oberkonsistorialrat Hermes zum Präsidenten des Oberkirchenrates den für mich äußersten Schritt eines Entgegenkommens Sr. Majestät gegenüber tat, Allerhöchstdieselben in dieser Ernennung den Anfang einer neuen Entwicklung der evangelisch-kirchlichen Verhältnisse finden, welche gegen dasjenige angeht, was ich auf diesem Gebiete für recht und notwendig halte und in längerer Tätigkeit vor aller Augen erstrebt habe. Solchen Weg kann ich nicht betreten.“

Auch dem Kronprinzen, dem dienstältesten Minister Leonhardt und Wilnowski machte Falk von dem Geschehenen Mitteilung.

Der Eindruck auf die nächststehenden Minister Leonhardt und Hobrecht war natürlich ernst und tief. Beide aber gaben zu, daß Falk nicht anders habe handeln können und daß individuelle Gesichtspunkte für sein Handeln entscheidend gewesen wären, in die kein Dritter hineinreden dürfe.

So sehr lag der Grund zum Entlassungsgesuch in einem persönlichen Konflikt zwischen dem Kaiser und seinem Minister, daß die Nachricht davon die Öffentlichkeit vollständig überraschte. Erst am 17. Mai drangen die ersten Nachrichten in die Zeitungen, also erst nach dem Attentat und nach dem die ersten Pläne über ein Gesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erwogen waren. Die Presse tastete nach den Gründen des Entlassungsgesuches und vermutete zuerst, daß der Minister durch die geplanten Maßregeln gegen die Sozialdemokratie dazu veranlaßt sei. Falk ließ die Presse sofort informieren, daß sein Gesuch schon zwei Tage vor dem Attentat eingereicht war, also mit den Folgen desselben nichts zu tun haben konnte. Er hatte keinen Grund zu verhehlen, daß seine Beweggründe vielmehr in den tiefgehenden Differenzen mit dem Kaiser über die Behandlung evangelisch-kirchlicher Fragen lägen. Das Aufsehen war groß, ebenso groß das Bedauern in der gesamten nationalliberalen und freikonservativen Presse. Der Schritt des „hochverehrten und berühmten Staatsmannes“ berührte in den gebildeten Kreisen sehr schmerzlich.

„Es ist kaum möglich, schrieb die „National-Zeitung“, die Stimmung zu beschreiben, welche die Kunde von dieser Tatsache in den weitesten Kreisen hervorgerufen hat. Herr Falk wäre nicht

der erste hervorragende Staatsmann, den man in den letzten Jahren plötzlich verschwinden sah, als hätte der Boden ihn verschlungen. Aber keiner der bisher aus dem Amte Geschiedenen genießt eines ähnlichen Ansehens in der Nation und steht in einem gleichen Zusammenhang mit der bisherigen Reichspolitik; das Eintreten kaum einer anderen Personalveränderung könnte in dieser Weise den Eindruck des Bruches mit der bisherigen Politik nach innen und außen hervorrufen.“ Dieses Urteil fand Widerhall bis weit in die Kreise auch der konservativen Presse hinein. Die „Post“ gab mit dringenden Worten der Hoffnung Ausdruck, daß der Minister den Werken, welche er bisher so energisch durchgeführt, nicht entrisen werden würde. Die „Schlesische Zeitung“, die zu dem Landsmann ein besonders nahes Verhältnis hatte, sprach von den ernststen Besorgnissen, die dieses Demissionsgesuch rechtfertigte und zwar gerade deshalb, weil es aus innern Kämpfen der evangelischen Kirche hervorgegangen sei. „Das ist ein bedenklicher Punkt, denn hier bewegt sich der Kampf nicht um die politische Frage von der Grenzscheide zwischen Staat und Kirche, sondern um die von einer unmittelbaren Parteinahme des Staates in rein kirchlichen und religiösen Dingen, also in einer Frage, welche die individuelle Glaubens- und Gewissensfreiheit unmittelbar berührt. So oft die Staatsgewalt sich zu derartigen Schritten herbeiliess, hatten wir die traurigsten Erscheinungen zu verzeichnen. Noch jede kirchlich gefärbte Reaktion hat sich als einen Eingriff in die individuelle Gewissensfreiheit charakterisiert, hat Heuchelei und Verfolgungssucht im Gefolge gehabt und das tief in unserem Volk wurzelnde religiöse Bewußtsein geschädigt. Der deutschnationale Charakter vermag Mangel an Freiheit auf keinem Gebiete weniger zu tragen, als auf dem des Glaubens und Gewissens. Die noch frische Erinnerung an die außerordentliche Unpopularität Mühlens sollte in dieser Beziehung der Regierung eine Lehre sein.“ Anders natürlich urteilte die „Kreuzzeitung“. Sie begleitete die Nachricht von dem Entlassungsgesuch mit allerlei mißgünstigen und abfälligen Bemerkungen über die Tätigkeit des Ministers, aus denen deutlich zu erkennen war, wie erfreut sie im Grunde war. Allein nach wenigen Tagen kam auch ihr die Besinnung. Sie erkannte nun doch, daß das Scheiden Falks in diesem Augenblicke eine Schädigung des Staatsinteresses im Kampf gegen Rom sei, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Entlassung jetzt nicht vollzogen würde, um in der Person Falks ein wertvolles Kompensationsobjekt bei den Verhand-

lungen über Beilegung des Kulturkampfes in der Hand zu behalten. Aber gerade diese Berechnung mußte in der nationalliberalen Presse ziemlich Empörung auslösen. Der „*Hannoversche Kurier*“ schrieb dazu: „Der beste Kultus- und Unterrichtsminister, welchen Preußen seit der Einführung der Verfassung besessen, ist zu gut dazu, noch ein paar Wochen oder Monate als Dekoration einer reaktionären Politik zu dienen und alsdann beseitigt zu werden. Es ist besser für die Person und für die von Falk vertretene Sache, daß er so wie Delbrück und nicht so wie Camphausen geht.“

Es ist unmöglich, aus der Fülle der Pressstimmen mehr wiederzugeben. Nur auf einen Artikel wollen wir noch hinweisen, um seines Urhebers willen. Der „*Hamburger Korrespondent*“ hatte damals den Geheimen Regierungsrat Boffe in Berlin, einen von Falk, trotz seiner mehr konservativen Einstellung, besonders hochgeschätzten Rat seines Ministeriums, zum ständigen Mitarbeiter. Sicherlich stammt auch der Artikel in Nr. 120 vom 21. Mai d. J. aus Boffes Feder. Er hob ganz richtig hervor, daß der Konflikt ein persönlicher sei, und folgerte daraus, daß es sehr schwer sein dürfte, eine Lösung der Komplikation zu erreichen, welche das Verbleiben des Ministers in seinem Amte möglich machte und der Wiederkehr ähnlicher Fälle vorbeugte.

„Der König, der durch die grundsätzliche Kultusverwaltung des Dr. Falk, namentlich durch die angebliche Begünstigung der Simultan- und konfessionslosen Schulen, die religiöse Volksbildung für bedroht erachtet, soll sich bei der größten persönlichen Anerkennung der Überzeugungstreue seines Ministers vollkommen klar darüber ausgesprochen haben, daß es sich bei ihm wie bei dem Kultusminister um die tiefsten persönlichen Überzeugungen, um Gewissensfragen handle, über welche ein Paktieren der Natur der Sache nach ausgeschlossen sei. Man erzählt, daß auch der Minister in seinem Entlassungsgesuche und einem später eingeforderten Memoire diese prinzipielle Seite der Sache mit der ihm eigenen logischen Klarheit entwickelt habe. Liegt aber die Sache so, dann erscheint auch ein nachhaltiger Ausgleich nicht möglich. Alles was geschehen könnte, würde die prinzipiellen Gegensätze, um die es sich hier handelt, nur symptomatisch und auf Zeit zurückdrängen oder verschleiern können. Bei Männern von der Art des Kaisers und des Ministers, bei welchen das Gewissen in so ausgeprägter Weise die Linie ihres Handelns bestimmt, ist nicht darauf zu rechnen, daß bei der Fortdauer des Bewußtseins eines ihre tiefsten sittlichen

Motive beherrschenden Gegensatzes, der eine das Vertrauen, der andere die Freudigkeit dauernd wiedergewinnen könnte, ohne welche ein gedeihliches Zusammenwirken nicht möglich ist.“

Der Artikel sah verhängnisvollste Konsequenzen voraus. Ganz richtig schilderte er, daß der Austritt Falks den Verlust der bisherigen Majorität im Abgeordnetenhause für die Regierung nach sich ziehen, und daß die Regierung dann gezwungen sein würde, mit der Zentrumsfraktion Frieden zu schließen. „Ohne das Zentrum gibt es im Jahre 1879 in Preußen kein Budget.“ Dazu wären neue Verhandlungen mit Rom notwendig, aber unter wie ungünstigen Konstellationen würden sie stattfinden! Rom wird in der Lage sein, einen sehr hohen Preis des Friedens zu verlangen. Die Kurie wird die prinzipielle Umgestaltung der Maigesetze verlangen. „Dies aber geht gegen die Lebensbedingungen des preußischen Staates. Das Staatskirchenrecht Preußens trägt das Gepräge des Dr. Falk unauslöslich an sich. Jeder Versuch, es zu tilgen, muß mißlingen. Denn im Grunde ist dies Gepräge nicht falkisch, sondern preußisch. Dr. Falk ist auf diesem Gebiete kein Typus, er ist eine Inkarnation des spezifisch preußischen protestantischen Geistes.“

Die Meldungen der Presse über das Entlassungsgesuch und die Wahrscheinlichkeit seiner Annahme schufen nirgends mehr Erregung, als in der deutschen und preußischen Lehrerwelt. Unzählige Lehrervereine sandten Adressen und Rundgebungen. Der Vorstand des deutschen Lehrervereins und des preußischen Landeslehrervereins traten sofort zu einer Beratung zusammen, um den der Volksschule drohenden Schlag abzuwenden. Sie baten um einen Empfang bei dem Minister, der am 28. Mai stattfand. Eine Adresse des deutschen Lehrervereins wurde verlesen, die den schmerzlichen Empfindungen über die Nachricht von dem beabsichtigten Rücktritt des Ministers Ausdruck gab. „Wir Lehrer erkennen es dankbar an, daß Ew. Excellenz stets eifrigst um das Wohl der Schule bemüht waren, und daß gerade die Volksschule, der etwa 96 Prozent unserer Jugend anvertraut sind, sich der unermüdlichen und erfolgreichen Fürsorge Ew. Excellenz zu erfreuen gehabt hat. Den Rücktritt Ew. Excellenz würden wir, die wir von festestem Vertrauen zu Ihnen beseelt sind, gerade in diesem Augenblicke, wo wir großen Aufgaben auf dem Gebiete des Unterrichtswesens entgegensehen, aufs tiefste beklagen.“ Die Adresse wurde erläutert durch eine Ansprache des Vorsitzenden des preußischen Lehrervereins, in der stark betont wurde, daß die

preußiſche Lehrerschaft zu den Aufgaben der Volkſchule nicht nur die Verbreitung nützlicher Kenntniſſe und Fertigkeiten, ſondern in erſter Linie die Pflege wahrer Religioſität und echter deutſcher Sitte, vornehmlich der Liebe zu unſerem theuren Vaterlande und ſeinem allverehrten Oberhaupte rechne. Der Miniſter entgegnete etwa folgendes: „Er habe bei ſeinem Amtsantritte der Schule noch ferner geſtanden, doch ſei ihm dieſe während ſeiner ſechsjährigen amtlichen Thätigkeit immer theurer geworden. Eine ſolche ihm am Herzen liegende Wirkſamkeit gebe man ja nicht leicht auf, doch hätten ſich, als er um ſeine Demiſſion nachgeſucht habe, die Schwierigkeiten dermaßen aufgetürmt, daß er nicht anders gekonnt habe. Für die Schule ſei biſ jetzt nur wenig erreicht, doch ſeien überall ſchon Anfänge gemacht, und dieſe Reime würden nicht leicht verwifcht werden, möge nun die Entſcheidung in betreff ſeiner Perſon nach der einen oder der anderen Richtung hin ausfallen. Beſonders dankbar ſei er dem Sprecher der Deputation für ſeine Worte über die Aufgaben der Schule, denn ſie beſtätigten ihm, daß er mit ſeiner Überzeugung recht gehabt habe, der preußiſche Lehrerſtand wolle die Religion der Schule bewahrt wiſſen. Man habe ihm vielfach vorgeworfen, er beabſichtige die Verdrängung der Religion aus der Schule, man habe ihn ſogar gewiſſermaßen für das Hödelſche Attentat verantwortlich machen wollen. Gegen ſolche Angriffe ſchütze allerdings das gute Gewiſſen, jedoch ſei die eben abgegebene Erklärung in dieſer Hinſicht für ihn eine große Genugthuung.“

Vierzehntes Kapitel

Ruhepause während der Stellvertretung des Kaisers durch den Kronprinzen

Falk hatte geglaubt, mit seinem Entlassungsgeſuch ſehr ſchnell zum Ziele zu kommen und blieb bei dieſer Meinung auch in den ſich überſtürzenden Geſprächen der nächſten Tage mit Eulenburg *), Bülow, Friedenthal, Wilmowski und anderen. Bülow übermittelte ihm den inzwiſchen durch die Taſſachen überholten Wunſch Bismarcks, Falk ſolle ſich auf Ablehnung der für ihn unmöglichen Gegenzeichnungen beſchränken. Auch ein ſehr warmes Schreiben Bismarcks als Antwort auf den Brief vom 7., worin dieſer ihm ſeine Unterſtützung zuſagte, konnte Falks Meinung nicht ändern. Mit großer Bitterkeit nahm der Kronprinz die ihm gewordene Mitteilung auf. Er ſagte zu Friedberg: „Jetzt wird auch gegen mich und meine Frau ein Glaubensgericht eingeleitet werden.“

In der Meinung, daß er recht getan und daß ſein Geſuch dem Kaiſer willkommen ſei, konnte Falk ein kühles Handbillet des Kaiſers nur beſtärken, das er am 10. Mai abends empfieng:

„Auf Ihr geſtern erhaltenes Entlaſſungsgeſuch kann ich vorderhand keine Entſcheidung treffen, da hierzu eine Verhandlung mit dem Fürſten Bismarck ſtattfinden muß, die momentan und bis zu deſſen Wiederherſtellung nicht ſtattfinden kann. In welcher Art ich die Kriſis mit dem Oberkirchenrat dem Fürſten Bismarck mitgeteilt habe, wollen Sie aus der Anlage erſehen, die ich mir aber ſogleich zurück erbitte, da ich noch nicht weiß, ob derſelbe ſie ſchon geſehen hat, ſie alſo ſekretiert werden muß.“

Es war dies das von Wilmowski bereits erwähnte Schreiben an Bismarck vom 1. Mai **), das mit Rückſicht auf deſſen Erkrankung zurückgehalten worden war, vielleicht überhaupt nie in Bismarcks Hände gelangt iſt, — wenigſtens findet es ſich nicht in dem Anhangsbande zu den „Gedanken und Erinnerungen“.

*) Graf Boſtho Eulenburg, Nachfolger des Grafen Friedrich Eulenburg als Miniſter des Innern; ſiehe unten S. 482.

**) Siehe S. 457.

Um es am Morgen des 11. sofort zurückgeben zu können, hat Falk noch in der Nacht mit Hilfe seiner Frau und seiner Tochter eine Abschrift gefertigt. Dem verdanken wir die Möglichkeit, dieses Schreiben mitzuteilen, das wie wenig andere in das Herz und in die Gesinnung des Kaisers hineinblicken läßt.

Berlin, 1. Mai 1878.

„Sie erinnern sich der Bestimmtheit, mit welcher ich vor nun drei Jahren gegen die Irrlehre des Apostolitums durch den Prediger Eydow austrat, und wie ich ebenso entschieden verlangte, daß der Spruch des hiesigen Konsistoriums auf Absetzung des Eydow durch den Oberkirchenrat bestätigt werden müsse. In der Konferenz, die ich damals abhielt *), wurde mein Verlangen unanim abgewiesen. Ich mußte mich fügen, sprach mich aber dahin aus, daß nicht zehn Jahre vergehen würden, um die ausgestreute Saat des Eydow wuchern und aufgehen zu lassen, obgleich er, das Landrecht vor Augen habend, weder auf der Kanzel noch beim Katechisieren seine Irrlehre verkündete, wohl aber vor tausenden andern dieselbe im Rathause usw. lehrte, verkündigte und Applaus erntete! Nicht nach zehn Jahren, sondern schon nach zwei Jahren trat das ein, was ich vorhergesagt hatte. Im Juni v. J. trat Prediger Hoßbach mit seiner Verwerfung des Apostolitums von der Kanzel herab auf. Ich schrieb sofort an den Minister Falk und den Präsidenten Herrmann gemeinschaftlich **), die Folgen des Eydowschen Falles bezeichnend und auf entschiedenes und festes Einschreiten gegen Hoßbach antragend. Ersterer erwiderte mir ***), daß die Angelegenheit ihn nicht tangiere, weshalb er mein Billett sofort an Präsident Herrmann als allein zu dessen Ressort gehörend abgegeben habe.

Ich erfuhr nicht, was in der Angelegenheit geschehen sei, erhielt aber eine Denkschrift des Oberkirchenrates †), in welcher derselbe mir seinen Standpunkt zur evangelischen Landeskirche auseinandersetzte, um zu beweisen, daß man gegen den Prediger Hoßbach wiederum nicht in der Art, wie ich es verlangte, einschreiten könne. Eine milde Praxis bei dergleichen Verirrungen sei auch in diesem Falle nur anzuwenden, und teilte mir einen sehr ernstern Verweis mit, der den Prediger Hoßbach getroffen habe. Jene Denkschrift, welche ich während meiner Badefuren und der darauf folgenden Revuen erhalten hatte, erlaubte mir erst in Baden im vorigen Herbst dieselbe zu prüfen und mit Marginalien versehen an den Oberkirchenrat zurückzustellen. In diesen Marginalien ††) entwickelte

*) S. die Anmerk. auf S. 419. **) 31. 5. 77. — Die Daten sind vom Kaiser selbst am Rande zugefügt. ***). 1. 6. 77. †) 11. 8. 77. ††) 8./9. 10. 77.

ich, in wie vielen Punkten ich von den Ansichten, Grundsätzen und Handlungsweisen desselben abweiche.

Ich vermißte namentlich das Erkennen der Gefahr, welche durch die Irrlehren gegen das Apostolikum unserer Kirche drohe, weshalb also auch keine entschiedenen Maßregeln gegen jene Auswüchse zu ergreifen wären. Ich schloß jene Marginalantwort mit der Hoffnung, daß durch fortgesetzten Ideenaustausch wir zu einer Verständigung kommen würden. Ich erhielt darauf eine zweite Denkschrift des Oberkirchenrates *), in welcher meine Marginalien beleuchtet wurden, ganz im Sinne des ersten Memoires und noch bestimmteres Festhalten an den von mir teilweise angegriffenen Aufstellungen. Auch dieses Memoire remittierte ich wiederum mit Marginalien versehen an die Absender **), wiederum auch meinerseits meinen Standpunkt festhaltend und wiederum mit der Hoffnung, daß Ideenaustausch zur Verständigung zwischen uns führen würde. Ein eigener Zufall wollte, daß die Rücksendung dieses Berichtes mit meinen Marginalien sich am 26. November 1877 mit einem wiederholten Abschiedsgesuch des Präsidenten Herrmann kreuzte ***). (Derselbe hatte nämlich im Juni 1877 infolge des Hegelschen Entlassungsgesuches, dem ich eine detaillierte, langwährende Untersuchung folgen ließ, welche durch meine Orders vom 12. Juni erledigt wurde, seinen Abschied einreichen wollen, was mir der Geheime Rabinettsrat von Wilmowskij-melbete und ich durch eigenhändiges Schreiben †) an den Präsidenten Herrmann zurückgewiesen habe.) Jene Kreuzung veranlaßte mich, dem Präsidenten Herrmann eigenhändig zu schreiben, daß ich unangenehm berührt sei, daß er meine Marginalbeantwortung der Denkschrift vom 28. Oktober nicht abgewartet habe, um sein Abschiedsgesuch einzureichen, da ich auf eine Verständigung rechnete. Er antwortete mir am 28. unter anderem wörtlich ††): „Ich sehe den in Aussicht gestellten Marginalien noch entgegen, gestatte mir aber alleruntertänigst zu bemerken, daß dieselben mein Abschiedsgesuch wohl nicht berühren dürften, indem die in der evangelischen Landeskirche im Laufe dieses Jahres eingetretene, meine amtliche Wirksamkeit durchaus lähmende Situation dadurch nicht geändert werden kann, ganz unabhängig davon aber meine tieferschütterte Gesundheit einen Anspruch auf Ew. Majestät gnädige Berücksichtigung erhebt. Ich glaube daher der huldvollen Berücksichtigung meines Abschiedsgesuches entgegensehen zu dürfen.“

Ein solches Verfahren, ohne meine Antwortmarginalien gelesen

*) 20. 10. 77.

**) 28. 11. 77.

***) 26. 11. 77.

†) 10./12. 6. 77.

††) 28. 11. 77.

zu haben, auf Entlassung zu beharren, mußte mich tief verletzen!! Bis hierher waren alle gewechselten schriftlichen Erörterungen zwischen mir und dem Evangelischen Oberkirchenrat sozusagen persönlicher Natur gewesen, die niemand außer meiner Gemahlin und p. p. von Wilmowski gelesen haben, denen ich die genannten Schriftstücke, nachdem ich meine Marginalien niedergeschrieben hatte, zu lesen gab, ehe sie an ihre Adresse abgingen. Von dem Augenblicke, als der Präsident des Oberkirchenrates seinen Abschied forderte, konnte ich nunmehr den Kultusminister nicht mehr ignorieren, wie er dies, wie gezeigt, verlangt hatte; denn bei eventueller Wiederbesetzung der quäst. Präsidentenstelle mußte ich zunächst dieses Ministers Ansicht und Rat einholen. Dies geschah durch ein eigenhändiges ausführliches Schreiben vom 11./12. Januar d. J. Unter dem 26. desselben Monates beantwortete Minister Falk dasselbe *). Nachdem er die Erhaltung des Präsidenten Herrmann in seinem Amte an die Spitze stellte, schlug er mir 1. den Wirklichen Geheimrat Oberfinanzrat und Provinzialsteuerdirektor Helwig, 2. den Obertribunalrat Johow und 3. den Oberkonsistorialrat und Vorsitzenden des Domkirchenkollegiums Hermes vor. Nachdem ich über die Genannten mir möglichst genauere Informationen noch, als diejenigen, welche mir vorlagen, beschafft habe, veranlaßte ich durch ein Schreiben des Geheimen Rabinettsrates von Wilmowski an den Minister Falk diesen nunmehr, mit dem Oberkirchenrat über die mir Genannten in Verbindung zu treten, um zu erfahren, wen derselbe seinerseits als sein künftiges Haupt als am erwünschtesten sehen würde. Mittels Schreiben vom 14. April d. J. legte der Minister Falk den geforderten Bericht des Oberkirchenrates vom 12. desselben Monats vor. Beide, jenes Schreiben und dieser Bericht, kamen nach eingehender Beurteilung der drei Kandidaten zum Präsidentenamte überein, mir den Oberkonsistorialrat Hermes zu demselben vorzuschlagen. Trotz dieser Übereinstimmung war es nun meine Aufgabe zur Wahl zu schreiten. Da jedoch der Oberkirchenratpräsident Hermes alle Berichte als Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrates unterschrieben hatte, so war es wie auch überhaupt meine Pflicht, ihn aus diesem Grunde in einer eingehenden Unterredung näher kennen zu lernen. Aus derselben ergab sich, daß derselbe bei Diskussion über meine oft genannten Marginalien und die auf dieselben mir zu erteilenden Antworten, in einer Minorität sich besunden habe, welche gerade in meinen aufgestellten] Ansichten größenteils ihren Grund findet. Ich konnte also keinen Grund mehr haben, mich gegen die Wahl des p. Hermes zu verschließen. Nun trat aber

*) Siehe S. 437.

die Pflicht an mich heran, Ihnen die ganze Angelegenheit zur Meinungsäußerung vorzulegen.

Meine Ansicht, daß ich den Präsidenten Herrmann nicht halten könne, nachdem sich zwischen uns so viele Differenzen gezeigt hatten; dann die wiederholten Versicherungen seiner Kränklichkeit und Krafterschöpfung, vor allem aber nach seiner Erklärung, ohne meine letzten Marginalien gelesen zu haben, bei seinem Entlassungsgesuch beharren zu wollen, erklärte, — stand bei mir fest. Im Begriff, Ihnen dies alles vor meiner Entscheidung vorzulegen, trat Ihr Unwohlsein ein, so daß ich Sie mit einer so ernststen Frage nicht beschäftigen durfte; andererseits wurde ich fast täglich gedrängt, eine Entscheidung zu treffen, da der zu ernennende Präsident schon bis zum 18. d. M., wo die Provinzialsynoden zusammentreten sollen, im Amte sein müsse und sich doch vorher orientieren müsse, trieb zur Entscheidung, auch ohne Ihren Rat hören zu können, und so werde ich denn morgen die Ernennung des Oberkirchenratpräsidenten Hermes vollziehen.

Mein Standpunkt zu den Wirren, die seit drei Jahren in religiöser Beziehung mein Land beunruhigen, ist folgender:

1. Ich stehe fest zu unserer evangelischen Landeskirche und in ihr zur positiven Union, also fest zum Apostolikum, wie es seit Jahrhunderten nach den biblischen Ausprüchen besteht;

2. Ich dulde durchaus alle, welche fest zum Apostolikum sich bekennen und in der Union stehen, wenn auch nicht in der positiven;

3. Bei meiner religiösen Überzeugung kann ich nur lebhaft wünschen, daß alle diejenigen, die ich unter ad 2 bezeichne, nach und nach zur positiven Union treten mögen;

4. Dasselbe muß ich natürlich von denen wünschen, die bisher sich nicht zur Union überhaupt bekennen, die ich aber dulden muß;

4. [sol!] Weit bin ich davon entfernt, Andersgläubige, als ich bin, verfolgen zu wollen, sich zu meinem Standpunkt zu bekehren;

5. Aber diejenigen, welche zum Apostolikum sich bekennen, vor den Irrlehren zu schützen, die bis zum Unglauben in unseren Tagen verführt werden sollen, zu schützen, sie in dem Glauben, auf den sie getauft und konfirmiert sind, zu erhalten, zu befestigen und die Schwankenden zurückzuführen zu dem Glauben ihrer Väter, das halte ich als Monarch und Christ für meine heilige Pflicht;

6. Daher muß ich darauf wachen, daß die Verbreiter der Irrlehre zur Verantwortung gezogen werden, um nach Gesetz und Recht Strafe zu dulden, damit der Irr- und Unglaube keine weitere Verbreitung erfahre;

7. Zur Verhinderung dieser Verbreitung muß das Kultusministerium, der Oberkirchenrat, müssen die Konsistorien alle Mittel zu

Rate ziehen, die mit Energie und Festigkeit dies Ziel erreichbar machen, und vor allem die Geistlichkeit streng überwachen, sowie alle Religionslehrer;

8. Dem sogenannten Protestantenverein muß mit der größten Bestimmtheit entgegengetreten werden und dessen Anhänger oder gar Mitglieder dürfen in Kirchen- und Lehramtern nicht geduldet werden. Nachsicht und Lauheit in dieser Beziehung darf nicht stattfinden, weil die Herrschaft des Unglaubens und der Irrlehre sonst in raschen Dimensionen noch weiter um sich greift als leider schon geschehen? Die Namen Eyndow, Schramm, Hockbach, Rohde, Most [so!], Kalthoff beweisen, bis wohin wir bereits gekommen sind! Professor Pfleiderer an der hiesigen Universität, der sich offen zum Protestantenverein bekannt hat, soll unsere jungen Theologen bilden, also diese und deren einstige Pflegeempfohlenen im Irrglauben erziehen und so die nächsten Generationen vergiften!? Das darf nie geduldet werden!

Hiermit liegt Ihnen nun mein Standpunkt in dieser der wichtigsten Angelegenheit des Menschen und der Staaten vor! Ofters schon bin ich in der peinlichen Lage gewesen, bei Gesetzen und sonstigen Verhandlungen anderer Meinung als der des Staatsministeriums zu sein, und habe mich, so schwer es mir wurde, dessen Beschlüssen unterworfen. (Zivilehe, Provinzialverfassung, Eisenzollfrage, Beschädigung der französischen Weltausstellung.) Dabei standen sich nur Ansichten gegenüber. Wenn es aber auf den religiösen Glauben ankommt, also auf das Fundament der Existenz der menschlichen Gesellschaft, da ist nicht mehr von Ansichten die Rede, sondern von den tiefsten Überzeugungen des Herzens und des Gemütes, des Gewissens! Stoße ich auf diesem Felde auf Widerspruch, so weiß ich, was ich zu tun habe und werde anderen das Feld räumen!

Ihr Wilhelm."

Es tut nicht not, auf die Einzelheiten dieses Schreibens einzugehen. Im großen muß man doch bewundern, wie klar und richtig der Achtzigjährige die Entwicklung des Konfliktes überschaut und dargestellt hat. Nur ein Punkt bedarf der Hervorhebung. Hat Hermes wirklich bei dem Empfange beim Kaiser die Mitverantwortung für die in den Denkschriften des Oberkirchenrates ausgesprochenen Grundsätze abgelehnt und sich als zu einer abweichenden Minorität gehörig bezeichnet? Er selbst hat, als er dieses Schreiben später kennen lernte — der Kaiser selbst hat es ihm mitgeteilt —, diese Tatsache Sall gegenüber bestimmt bestritten: Er habe dem Kaiser gesagt, daß

er den Denkschriften zugestimmt, wenn auch nicht jede einzelne Wendung gebilligt hätte. Das würde ein sehr schlechtes Licht auf den Mann werfen, der jene Denkschriften sämtlich mit seinem Namen unterschrieben und im Schoße des Oberkirchenrates keinen Widerspruch erhoben hatte. Ob sich der Kaiser hier geirrt, ob Hermes eine unvorsichtige Äußerung getan, ob er den wahren Sachverhalt nachträglich verschleiert hat, das läßt sich nicht aufklären. Der Eindruck des Schreibens auf den Minister war tief. Es schien ihm zur Evidenz zu bringen, daß zwischen dem Kaiser und ihm ein unlöslicher Widerspruch bestünde, der nur durch seine Entlassung gelöst werden könnte, denn hier stand offenbar Gewissen gegen Gewissen. Und dies ist ja überhaupt das Ergreifende und Erhebende dabei, was aller Trauer über die Engigkeit und die Vorurteile des Monarchen, in die ihn üble Ratgeber verstrickt hatten, die Wage hält, — der ungeheure sittliche Ernst, mit dem der Kaiser diese Dinge beurteilte.

Fall durfte jeden Tag die Gewährung seines Gesuches erwarten, und sie wäre wohl sicher erfolgt, wenn nicht plötzlich dicht hintereinander zwei schreckensvolle Ereignisse dazwischengetreten wären, die Attentate.

Von dem ersten Attentat am 11. Mai nachmittags erfuhr Fall im Reichstage. Er eilte in das Palais, wurde mit einigen anderen Ministern und Hofchargen auch vom Kaiser sofort empfangen, der, vielleicht etwas lebhafter als sonst, erzählte, was er wahrgenommen hatte. Fall schrieb sofort danach in sein Tagebuch: „Was werden die Folgen sein? Daß es den Kaiser in seinen besonderen Auffassungen befestigen wird, wonach er die Sozialdemokratie als praktische Betätigung der Lehren des Protestantenvereins ansieht, versteht sich von selbst. Mein Ausscheiden ist also näher.“

Am 12. empfing der Kaiser das Staatsministerium offiziell. Leonhardt als ältester Minister hielt eine kurze Ansprache. Der Kaiser dankte ihm und den Herren, die gestern gleich gekommen waren, erkundigte sich bei Eulenburg näher nach der Person des Attentäters, gab seiner Freude über die spontane Teilnahme des Publikums Ausdruck und darüber, daß der Täter kein Preuße sei, und fuhr dann nach Falls Aufzeichnung etwa so fort: „Der Fall, der ihm nun schon zum drittenmal begegnet sei, zeige, wohin wir kämen. Er forderte uns alle bringend auf, uns darüber recht klar zu werden. Auch auf meinem Gebiete müsse es anders werden. Das fortwährende Unterminieren, dieses Verlehen von Treu und Glauben sei höchst

verderblich. Vor 1848 habe er, wie die Staatsministerialakten ergeben würden, viel gewarnt und dafür den Namen des Revolutionsriechers erhalten. Allerdings habe er eine Nase für derartiges, er sähe den Umsturz kommen. Dem müsse entgegengetreten werden, nicht bloß auf dem Gebiete des Ministers des Innern, sondern ganz besonders auf dem meinen. Auch hier müsse man vorwärts kommen. Ich kenne darüber seine sehr bestimmten Ansichten.“

Der Kaiser verabschiedete sich von Falk mit einem besonderen Händedruck. Dieser hielt sein Ausscheiden nunmehr für besiegelt, nahm aber dankbar an, daß es sich in persönlich freundlicher Weise vollziehen würde. Übrigens stellt Falk im Tagebuch ausdrücklich fest, daß das dem Kaiser in dieser Audienz untergeschobene, später zum Überdruß zitierte Wort: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden“, so nicht aus seinem Munde gekommen ist; erst der Leiter der Provinzialkorrespondenz, Ludwig Hahn, hat in diesen Satz die Aussprache des Kaisers zusammengefaßt. Nach der Audienz beim Kaiser wünschte der Kronprinz Falk zu sprechen. Er sagte diesem, daß er ausdrücklich deswegen bei der Audienz zugegen gewesen sei, um zu hören, ob der Kaiser auf die kirchlichen Fragen kommen werde; er habe nach allem, was er vom Kaiser gehört habe, den Eindruck, daß nun die kirchliche Reaktion kommen sollte. Falk konnte nur die gleiche Meinung aussprechen und sagen, daß er das von ihm Verlangte nicht leisten könne. Der Kronprinz entließ ihn mit der Bemerkung, er werde dem Minister nie vergessen, daß er so lange und so fest in diesem Kampfe gestanden und seinen Namen dazu hergegeben habe, obwohl er doch seit langem gewußt und gefühlt, daß der Kaiser nicht seiner Auffassung sei.

Auch mit dem Großherzog von Baden hatte Falk in diesen Tagen eine eingehende Unterredung. Er war nach Anhörung von Falks Gründen von der Notwendigkeit seines Schrittes überzeugt, bedauerte aber warm, daß er notwendig geworden sei, und daß er zur Ausgleichung nichts beitragen könne, schon lange habe er leider keinen Einfluß mehr. Falk führte ihm aus, daß er einen wirklichen Ausgleich nicht für möglich hielt und es beklagen müßte, wenn er genötigt würde, noch kurze Frist im Amte zu bleiben, um dann womöglich nach Verärgerung in persönlicher Unnade entlassen zu werden. Der Großherzog war darüber besorgt, mit welchem Eifer gewisse Kreise bemüht seien, den Kaiser zu erregen und seine Stimmung zu verschärfen, zum Beispiel der Feldmarschall von Mauteuffel.

Am 15. Mai fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, worin über die von Bismarck gegebene Anregung verhandelt wurde, gesetzliche Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu ergreifen, die Sitzung, in der also das Samenkorn des Sozialistengesetzes ausgesät wurde. Es wurde beschlossen, Eulenburg solle nach Friedrichsruh gehen und Bismarck vortragen, das Staatsministerium wünsche angesichts der jetzigen Verfassung des Reichstages augenblicklich keine Vorlage, glaube aber, wenn doch, dann nicht bloß die bereits zweimal abgelehnten Paragraphen des Strafgesetzbuches wieder vorlegen zu sollen, sondern Vollmachten fordern zu müssen, um zeitweise die sozialdemokratischen Vereine, Versammlungen und Presse unterdrücken zu können. Es scheint danach, als ob Bismarck selbst zuerst an einen Kampf auf dem Boden des allgemeinen Strafgesetzes gedacht hätte, und erst aus dem Schoße des Staatsministeriums der Gedanke des Ausnahmegesetzes geboren wäre. Eine zweite Sitzung fand am Tage darauf statt. Bismarck drängte schriftlich auf sofortige Einbringung einer Vorlage gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen beim Bundesrate. Die Mehrheit stimmte ihm bei. Falk gab keine Stimme ab, da er bei der vorliegenden Sachlage in derartigen wichtigen Dingen der Auffassung des Präsidenten des Staatsministeriums nicht entgegentreten wollte. Über diese Sitzungen hat Bülow dem Kaiser Bericht erstattet, und der Kaiser war dabei auf Falks Entlassungsgesuch zu sprechen gekommen, von welchem er bisher zu niemand geredet habe, und das er erst nach Bismarcks Rückkehr in weitere Erwägung ziehen könne. Bülow hat den dringenden Wunsch geäußert, es möchte sich ein Ausgleich finden lassen; vielleicht hat er, von diesem Wunsch getrieben, die Vorgänge in den beiden Staatsministerialsitzungen in etwas einseitiger Weise dargestellt. Jedenfalls richtete der Kaiser unmittelbar nach diesem Gespräch an Falk das folgende Schreiben:

„17. 5. 78. Die Ereignisse der letzten Tage, die mich zu der sehr offenen und festen Ansprache an das Staatsministerium veranlaßten, die ernststen Beschlüsse, die dasselbe am gestrigen Tage gefaßt hat (die selbst, wenn, wie leider zu erwarten steht, vom Reichstage nicht angenommen werden), werden der Welt zeigen, daß meine Regierung den ganzen Ernst der Zeit erkennt und entschlossen ist, ihr ernst entgegenzutreten. In wie hohem Maße Ihr Ministerium dabei vorzugsweise beteiligt ist, wissen Sie ebenso gut wie ich, und die Art, wie ich erfahren habe, mit der Sie gestern den Beschlüssen des Staatsministeriums zugestimmt haben, ist ein Beweis auch Ihrer

Erkenntnis der Gefahren, die uns umgeben. In einem solchen Augenblicke dürfen meine ersten Räte nicht fahnenflüchtig werden, und so erwarte ich, daß Sie Ihr Entlassungsgesuch zurücknehmen!
Ihr Wilhelm!"

Dieser Schritt war ganz konsequent aus des Kaisers Grundanschauung: Falk hatte scharfen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zugestimmt; die Sozialdemokratie war nur die praktische Betätigung des Protestantenvereins, also — schloß der Kaiser, hätte Falk mit jener Zustimmung sich auch bereit erklärt, gegen den Protestantenverein vorzugehen, wie der Kaiser es verlangt hatte. Es mag sein, daß auch Bismarck in dieser Richtung auf den Kaiser gewirkt hat. Er war aufgebracht über Falks Entlassungsgesuch und ließ diesem durch Friedenthal sagen, sein Verbleiben im Ministerium sei die Bedingung von dessen Rekonstruktion gewesen. Wenn Falk ginge, würde er auch gehen. Er schrieb sofort nach Wien, daß Graf Stolberg, der sein Amt als Vizepräsident immer noch nicht angetreten hatte *), schleunigst kommen müsse, um den Kaiser zur Nachgiebigkeit in seinem Konflikt mit Falk zu bestimmen. In derselben Richtung drückte und drängte das gesamte Staatsministerium auf Falk, und höchst merkwürdig mußte es ihn berühren, als Herrmann ihm am 17. Mai erzählte, Brüdner habe ihm gesagt, daß er gegen Rögels Eintritt in den Oberkirchenrat nichts einzuwenden hätte! „Wo bleiben Wahrhaftigkeit und Zuverlässigkeit, wenn sie einem solchen Manne abgehen?“

Im Reichstage fand Falk am 19. die Nachricht von seinem Entlassungsgesuche beim Zentrum bekannt vor, offenbar durch den Kanal der Hofprediger, und zwar in dem Sinne, daß an seiner Entlassung nicht zu zweifeln sei. Des Kaisers Schreiben hatte Falk in eine eigentümliche Lage versetzt. Er antwortete darauf folgendes:

Berlin, 18. Mai 1878.

An Se. Majestät den Kaiser und König.

Ew. R. und K. Majestät haben in dem huldreichen Handschreiben vom 17. d. M. Allergnädigst gegen mich auszusprechen geruht, daß in einem so schweren Augenblicke wie dem gegenwärtigen Allerhöchsthre ersten Räte nicht fahnenflüchtig werden dürften, und Ew. Majestät erwarten davon die Rücknahme meines Entlassungsgesuches.

Wenn ich in dem Ausdrücke solcher Erwartung einen Ausdruck dafür finden darf, daß Ew. Majestät mir die Absicht einer Fahnenflucht nicht zutrauen, so wollen Ew. Majestät meinen gleich ehr-

*) Siehe unten S. 482.

furchtsvollen wie warmen Dank für diese Allergnädigste Meinung entgegenzunehmen geruhen. Sie entspricht der Wahrheit. Solange mir Gott Kraft beläßt, werde meinem Könige und Herrn ich immer die Dienste versagen, die ich ihm zu leisten vermag, am allerwenigsten in ernster Zeit. Es ist, wie ich hoffe, keine Selbstüberhebung, wenn ich in den leztvergangenen Jahren Beweise hierfür gegeben zu haben meine. Ich bin der Römischen Partei gegenüber stets und unter allen Verhältnissen für das mit meiner Person eingetreten, was Ew. Majestät als Aufgabe Ihrer Regierung vorgezeichnet und gutgeheißen haben. Nichts kann mich darin wankend machen, selbst nicht die Anklage, welche jüngst das Hauptblatt jener Partei in nicht mißzuverstehender Weise gegen mich erhoben hat, daß mein amtliches Tun die letzte Quelle der Freveltat sei, welche gegen Ew. Majestät geheiligte Person begangen wurde. Auch mein ehrfurchtsvolles Gesuch vom 9. d. M. hat nicht darin seinen Grund, daß Ew. Majestät ich meine Dienste nicht weiter leisten wollte, sondern lediglich in der mich überwältigenden Überzeugung, daß Ew. Majestät ich in manchen ernsten Beziehungen die Dienste nicht zu leisten vermöge, welche den Allerhöchsten Intentionen entsprechen.

Wollte Gott, ich vermöchte jene Überzeugung zu ändern!

Ew. Majestät erkennen in meiner Mitwirkung zu den Beschlüssen des Staatsministeriums gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie einen Beweis auch meiner Erkenntnis der Gefahren, die uns umgeben. Wollen Ew. Majestät die ehrfurchtsvolle Versicherung entgegennehmen, daß diese Gefahren mir nie entgangen sind. Seit langem habe ich die Überzeugung gewonnen, daß der Sozialdemokratie in energischer Weise und zwar gerade auf den Feldern entgegengetreten werden müsse, durch deren Bebauung sie unter unseren Augen mächtig geworden ist, dem Vereins- und Versammlungsweisen und der Presse. Sehr wohl weiß ich, daß mit derartigen Maßregeln das Übel nicht an der Wurzel getroffen wird, aber es wird der Ausbreitung desselben gesteuert und Zeit gewonnen für die Staat und Gesellschaft erhaltenden Elemente, die Formen ihrer Zusammenfassung zu finden, von denen sie so viel aber bisher mit so wenig Erfolg sprechen. In voller Übereinstimmung mit Ew. Majestät bin ich weiter darin, daß der religiöse Sinn im Volke gepflegt werden und in dieser Beziehung geschehen müsse, was Gedeihen verspricht. Es kann Ew. Majestät nicht entgangen sein, daß aus verschiedenen Anlässen der Vorwurf gegen mich herbeigezogen worden ist, ich zerstöre das Christentum, vernichte alle Religion. Diese Anklage ist so oft erhoben, daß ich ihr erliegen müßte, wenn mich nicht eins gegen sie schützte, das gute Gewissen, stets gerade das Umgekehrte getan zu haben nach meinem besten Erkennen.

In den Zielen also, welche Ew. Majestät am letzten Sonntage dem Staatsministerium Allergnädigst bezeichneten, weiß ich mich eins mit Allerhöchstdemselben. Aber wie ist es mit den Wegen zum Ziele?

Es war eine bedeutungsvolle Tatsache, daß zu der Zeit, da ich mit den Gedanken rang, welche Ew. Majestät ich in meinem Entlassungsgesuche vom 9. d. M. auszusprechen oder anzudeuten wagte, Allerhöchstdieselben Ihre tiefste Überzeugung über wesentlich dieselben Fragen in einem Schreiben an den Fürsten Bismarck niederlegten. Ew. Majestät haben die Gnade gehabt, mich unter dem 10. d. M. von dem Inhalt dieses Schreibens in Kenntnis zu setzen, und ich glaube nicht zu irren, wenn ich annehme, daß Ew. Majestät sich darauf bezogen, als Sie mir am Sonntage sagten, „ich kenne Ew. Majestät sehr bestimmte Ansichten“. Die mir so von neuem gewordene Kenntnis von den Allerhöchsten Überzeugungen bestätigt den ernstesten mich bedrückenden Widerspruch, auf welchen ich mir zur Begründung meiner Bitte um Entlassung hinzuweisen gestattet habe.

Ist dem aber so, dann kann es, wenn Ew. Majestät Allerhöchste Entschließung mich in dem Amte als Minister der geistlichen Angelegenheiten beläßt, nicht ausbleiben, daß ich Anordnungen zu treffen habe, die den Allerhöchsten Intentionen zuwider sind, oder solche unterlasse, welche ihnen entsprechen; daß Ew. Majestät ich zu Maßregeln raten muß, die mit den Allerhöchsten Überzeugungen schwer in Einklang zu bringen sind, oder von andern abzuraten habe, welche denselben Folge geben; ja daß, wie ich Solches in bezug auf einen Fall in dem Gesuche vom 9. d. M. bereits zu berühren wagte, ich da oder dort die mir gesetzlich zugewiesene Mitwirkung oder Ausführung nicht eintreten lassen kann.

Habe ich hiernach nicht vor Augen, daß ich durch solchen Widerstand Ew. Majestät Unannehmlichkeiten, ja Schmerz bereiten würde? Das aber ist eine überaus schwere und drückende Last für einen Diener, in dessen Seele Verehrung und Liebe zu seinem Könige von Kindesbeinen an gepflanzt worden und während seines Lebens immer nur gewachsen ist.

Mit Gottes Hilfe würde ich indes auch diese Last tragen zu können hoffen, falls Ew. Majestät auch nach Allergnädigster Würdigung dessen, was ich soeben pflichtmäßig und offen als unvermeidlich vorgetragen habe, dennoch mein Entlassungsgesuch nicht für berechtigt erachten, vielmehr Allerhöchstihrer Weisheit meine Dienste noch ferner von Nutzen erscheinen möchten. In Ew. Majestät Hände lege ich, wie es sich gebührt, die Entscheidung. In tiefster Ehrfurcht
Falk.

In den Verhandlungen des Reichstages über den Entwurf eines Gesetzes gegen die Sozialdemokratie hatte Graf Eulenburg auf eine Anfrage Bennigsens die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Falks Entlassungsgesuch nicht zum Rücktritt führen würde, und um diese, ohne jede Unterlage gegebene Erklärung zu verwirklichen, den Kaiser am 25. Mai eingehend gesprochen. Er trug vor, das Gesuch müsse schnell erledigt werden, im Interesse von Falks Person, seines Ressorts, des gesamten Ministeriums und des Landes. Der Kaiser entgegnete, er habe Falk ja gesagt, daß er bleiben solle oder daß er ihn behalten wolle; Falk habe zwar geantwortet, daß er bleiben wolle, aber zugleich Bedingungen gestellt, und darüber müsse er, der Kaiser, erst mit Bismarck sprechen. Eulenburg entgegnete — nicht voll zutreffend —, soviel er wisse, habe Falk eigentliche Bedingungen nicht gestellt, sondern nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß man seinem bisherigen Tun nichts in den Weg legen werde. Ob der Kaiser es nicht schon vor Bismarcks Rückkehr erledigen könne? Der Kaiser ging nun auf das Kapitel der Hofprediger und ihren Eintritt in den Evangelischen Oberkirchenrat ein. Eulenburg sagte Falk, dies Gespräch habe keinen Abschluß gefunden, dann aber wandte sich das Pourparler wieder auf die Anregung Eulenburgs zurück, ob die Sache nicht bald abgemacht werden könne, und der Kaiser beauftragte schließlich Eulenburg, Falk folgendes zu sagen (Eulenburg hatte dies gegen den Kaiser resümiert und der Kaiser das Resumé für richtig erklärt): Er betrachte das Entlassungsgesuch für erledigt, behielt sich aber vor, auf dasselbe zurückzukommen, wenn Falk wegen etwaiger neuer Vorkommnisse dasselbe erneuere. Nachdem Eulenburg dies Falk mitgeteilt, entgegnete dieser, weitere Überlegung vorbehaltend, mit einem bloß mündlichen Auftrag nach dem Diner könne er sich bei dem Ernst der Sache nicht zufrieden stellen. Mindestens müsse er eine direkte entsprechende schriftliche Äußerung des Kaisers haben. Ein „für erledigt Erachten“, welches für kürzeste Frist weitere Konflikte und sogar unter Andeutung des betreffenden Gegenstandes in Aussicht stelle, sei doch weder für den Kaiser noch für ihn annehmbar. Offenbar sollte nur ganz vorübergehend die Sache verkleistert werden. Eulenburg konnte das nicht bestreiten, ihm lag vor allem daran, den ungünstigen Einfluß, den eine Entlassung Falks in diesem Augenblicke auf die Reichstagsverhandlungen üben müßte, auszuschalten. Er hielt zwar nicht für ausgeschlossen, den Kaiser zu einem solchen Briefe an Falk zu bewegen, besorgte aber, daß der Kaiser dabei eine

Zeile schreiben könne, welche Falt nicht vertrüge, denn er konnte nicht leugnen, daß der Kaiser in dem entscheidenden Punkt durchaus keine Nachgiebigkeit gezeigt hatte. Nach eingehender Überlegung mit Bülow, der im Auftrage Bismarcks den Standpunkt vertrat, daß Falt unter keinen Umständen jetzt gehen dürfe und allerhöchstens zugeben wollte, Falt sollte ins Justizministerium hinüberwechseln (ein Falt ganz unmöglich scheinender Gedanke), und mit Wilmowski, der den Zweifel äußerte, ob ein Bleiben Falts nicht ein zu tiefes Niederbeugen des Königs enthielte, um erwünscht zu sein, entschloß sich Falt unter schließlicher Zustimmung Eulenburgs dem Kaiser folgendes zu schreiben:

„25. Mai. Ew. Majestät haben mir gestern durch den Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, huldreichst Eröffnungen machen lassen, aus welchen ich entnommen habe, daß Ew. Majestät meine persönliche Angelegenheit fürs erste auf sich beruhen lassen wollen. Unter solchen Umständen darf ich wagen, das Allerhöchste Einverständnis dazu Alleruntertänigst zu erbitten, daß ich auf die Dauer von zehn bis vierzehn Tagen Berlin verlasse. Es liegt in meiner Absicht, diese Zeit zum Teil zu dienstlichen Besichtigungen in der Provinz Hannover, teils zu meiner Erholung zu verwenden.“ Zugleich wurde dies Bismarck mitgeteilt: „Daß ich diese Allerhöchste Entschließung im Hinblick auf die Art, wie sie gefunden wurde, und die Formulierung, in welcher sie an mich gelangte, eben nur als eine vorläufige, nicht aber als Erledigung meines Entlassungsgesuches anzusehen vermag, darüber wird, wie ich annehmen darf, Herr von Bülow Ew. Durchlaucht zu berichten die Güte gehabt haben.“

Der Sinn dieses Urlaubsgesuches war, dem Grafen Stolberg, wie es Bismarck gewünscht hatte, die Gelegenheit zu einer Ausgleichung nicht zu verbauen. Dieser hatte sich gerne dazu bereit erklärt, dem Kaiser die Unmöglichkeit eines solchen kaiserlichen Vorgehens, wie es mit der Ernennung der Hofprediger gedacht war, darzustellen. Offenbar war auch der Kaiser damit zufrieden. Er bewilligte dem Minister sofort und sehr freundlich den erbetenen Urlaub in Geschäfts- und Gesundheitshinichten.

Auf der Reise, die Falt nach Goslar und Wernigerode führte und an wohlthuenden Eindrücken reich war, wurde Falt am 2. Juni abends in Wernigerode von der Nachricht von dem zweiten Attentat überrascht und erschüttert. Er kehrte sofort zurück. Am 4. Juni fand unter Bismarcks Vorsitz eine Staatsministerialsitzung statt zur Besprechung der Frage, was nun auf dem Wege der Reichsgesetzgebung zu tun

sei, vor allem, ob auf eine sofortige Auflösung des Reichstages, der sich gegen die Vorlage der Regierung widerspenstig gezeigt hatte, hinarbeiten sei. Falk enthielt sich der Abstimmung, bis er mit Bismarck wegen seiner persönlichen Angelegenheit gesprochen hätte, und bat diesen um eine Unterredung. Bismarck erwiderte, er habe eine solche gewärtigt, meine aber, Falks Sache mit den Sozialisten sei durch den traurigen Vorgang besser geworden. — Falk sagte Bismarck bei dieser Unterredung am nächsten Tage, daß er jetzt nicht in der Lage sei, auf eine Entscheidung über sein Entlassungsgesuch zu dringen; er würde dies bei der Entwicklung der Sache dem kranken Könige gegenüber nicht haben tun können, auch wenn er die Geschäfte behalten hätte. — Bismarck unterbrach: „Auch nicht dem kranken Staate gegenüber; mag man die Sache darstellen, wie man will, die Welt wird bei Ihrem Rücktritt immer an eine nicht vorhandene prinzipielle Wandlung glauben.“ — Am wenigsten könne er das jetzt, wo der Kronprinz die Geschäfte übernommen habe, mit dem er in betreff jener Fragen in Übereinstimmung zu sein glaube. Was ihn zu seiner Zurückhaltung bewogen, sei die bestimmte Weise, womit sich Bismarck am Tage vorher gegen die Nationalliberalen ausgesprochen, die ihn zu dem Zweifel führte, ob er ganz ohne dieselben regieren wolle. Das ginge nicht, er brauche entweder das Zentrum oder den größeren Teil der Nationalliberalen. Ersteres sei außer Frage, letzteres also geboten, für ihn überdies eine entscheidende Frage. Ein sehr großes Maß von Wahlen nach rechts könne er nicht ertragen, es seien darunter zu viele stramme Gegner, welche ihn für alles mögliche verantwortlich machten. Bismarck entgegnete, er sei mit Falk völlig einverstanden. Zu viele Konservative könne er noch weniger vertragen als Falk, den Geistlichen gegenüber stehe er weiter links als Falk. Gerade weil er mit den Nationalliberalen nicht brechen wolle, wünsche er baldige Auflösung des Reichstages, eine Wiederberufung desselben würde eine Erneuerung des ablehnenden Votums mit psychologischer Notwendigkeit herbeiführen und damit den Bruch, während eine Neuwahl den größeren Teil der Nationalliberalen inklusive Bennigsen aus ihrem bisherigen Engagement lösen könne. Für Neuwahl spräche ihm auch, daß man augenblicklich in Rom wieder anzuknüpfen wünsche, und daß während der Dauer der dadurch hervorgerufenen Erörterungen die Stimmung in Rom milder und darum auch die Einwirkung des Klerus auf die Wahlen weniger leidenschaftlich sein würde.

In einer folgenden abermaligen Staatsministerial Sitzung sprach sich Bismarck in gleicher, noch eingehenderer Weise aus, worauf Falk der Mehrheit in der Auflösungsfrage beitrug. Damit war das Entlassungsgesuch nun in der That fürs erste erledigt. Als Wilnowski Falk sagte, der Kronprinz, der die Regentschaft übernommen hatte, fühle sich durch dieses Entlassungsgesuch bedrückt, ermächtigte Falk ihn, den Kronprinzen damit zu beruhigen, daß bei der jetzigen Gestaltung der Dinge die Entscheidung auf sich beruhen und einstweilen nichts zu geschehen habe.

Der damit einstweilen beigelegte Konflikt war unabhängig vom Gang der allgemeinen Politik entstanden und erwachsen, es war ein reiner Gewissenskonflikt zwischen dem Kaiser und seinem Minister. Wir haben ihn deshalb darstellen können, ohne auf die inzwischen eingetretene Verschiebung der politischen Gesamtlage einzugehen. Der Konflikt spielte nicht zwischen dem Staatsoberhaupt und dem Staatsminister, sondern zwischen dem Summepiskopus und dem Kultusminister. Gerade das war das Eigentümliche dabei, daß Falk in diesen Zwiespalt geraten war durch die Doppelseitigkeit seiner ministeriellen Stellung, die zu beseitigen er selbst am dringendsten gewünscht hatte. Die Theoretiker, die über das Recht des Landesherrlichen Kirchenregimentes nachgesonnen haben, stellen die Frage gewöhnlich so, ob es im Interesse der Kirche erträglich sei, daß das Staatsoberhaupt zugleich Summepiskopus sei. Es zeigt sich aber bei diesem Konflikt ganz deutlich, daß die schwerer wiegende Frage die ist, ob nicht das Interesse des Staates gebietet, daß der Monarch als Staatsoberhaupt nicht noch gleichzeitig ein Nebenamt als Haupt der evangelischen Kirche bekleidet, ob er nicht dadurch als Staatsoberhaupt gehemmt und gehindert wird und die doch gerade vom Luthertum so stark betonte Idee des Landesherrlichen Berufes in ihrer Reinheit zu Schaden kommen muß.

Nach der Ansicht Bismarcks, der nahezu sämtliche Mitglieder des Staatsministeriums und die maßgebenden Führer der Mehrheitsparteien im Landtage beipflichteten, verbot die politische Gesamtlage unbedingt ein Ausscheiden Falks in diesem Zeitpunkt. In der That war in dieser mindestens kein Grund dazu zu entdecken. Allerdings hatte sie sich seit dem Beginn des Jahres 1878 wesentlich verändert. Wie schon gesagt, war es Bismarck nicht gelungen, die Nationalliberalen mit der Staatsregierung durch Berufung eines ihrer führenden

Häupter in das Staatsministerium enger zu verbinden. Diese ehrliche Absicht Bismarcks war an dem leidenschaftlich hervorbrechenden Widerstand des Kaisers, aber auch an dem Zögern und Fordern Bennigsens gescheitert. Die Umbildung des Staatsministeriums im Jahre 1878, in dem drei Minister, Graf Friedrich Eulenburg, Achenbach und Camphausen ausschieden, vollzog sich nicht in der von Bismarck anfänglich gewollten Richtung. Nachfolger Friedrich Eulenburgs wurde Graf Botho Eulenburg, bis dahin Oberpräsident von Hannover, „konservativ mit legerischem Anflug“, wie Bismarck von ihm sagte, Nachfolger Achenbachs Maybach, Nachfolger Camphausens Hobrecht; das von diesem mit versehene Amt eines Vizepräsidenten des Staatsministeriums wurde dem Grafen Otto zu Stolberg = Wernigerode übertragen, der vordem gleichfalls Oberpräsident zu Hannover und zuletzt Botschafter in Wien gewesen war. Diese Veränderungen konnten für Falk um so weniger Grund zum Rücktritt bieten, als sich Bismarck in jedem einzelnen Falle durchaus korrekt und freundlich der Zustimmung Falks zu den in Aussicht genommenen Personen versicherte. Aussprachen mit Eulenburg, Maybach und Stolberg gaben ihm den Beweis, daß er von ihnen keinen Einspruch gegen seine Politik, vielmehr Unterstützung zu gewärtigen hätte. Sie haben dieses Wort auch redlich gehalten. Die Ernennung Hobrechts vollends konnte einigermaßen als ein Ersatz für den nicht zustande gekommenen Eintritt der Nationalliberalen in das Ministerium gelten. In ihm hatte Falk einen zuverlässigen, wenn auch nicht bedeutenden Bundesgenossen im Staatsministerium. Während dieser schwierigen und Bismarck mitunter zu leidenschaftlichem Zorne erregenden Verhandlungen sind zwar auch Kandidaturen aufgetaucht, die Falk nicht annehmbar gewesen wären. Bismarck hat aber keine derselben ernstlich verfolgt, sobald er dieses Widerstandes bewußt wurde, und es sei ausdrücklich festgestellt, daß er in diesen persönlichen Fragen auf Falk jede nur denkbare Rücksicht genommen, ihn bei der Rekonstruktion des Ministeriums als den festen Punkt anerkannt hat. Wenn hier und da in der Presse Gerüchte über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten und Falk in diesen Fragen auftauchten, so waren sie samt und sonders unbegründet.

Und dennoch, obwohl Falk persönlich über keinerlei Rücksichtslosigkeit zu klagen hatte, blieb von diesen Verhandlungen, die er aus nächster Nähe miterlebte, ein Stachel bei ihm zurück. Bismarck war

damals in übelster körperlicher Verfassung. Noch hatte die starke Hand Schweningers nicht in seine ungesunde Lebensweise eingegriffen. Auch seine wohlmeinendsten Freunde berichteten, wenn sie von gelegentlichen Besuchen aus Varzin zurückkehrten, wohin er sich wochen-, ja monatelang zurückzog, von dem Eindruck schwerster nervöser Überreizung, ja körperlicher Zerrüttung, — schilderten ihn lebensmüde, mindestens amtsmüde, urteilten, er verlöre völlig den Maßstab für Dinge und Menschen. Unberechenbarkeit, unerhörte Rauheit und Schroffheit im Ton seiner schriftlichen und mündlichen Äußerungen, unerklärlicher Wandel seiner Beurteilung von Menschen und Dingen innerhalb weniger Tage, grundloses Mißtrauen und die Bereitwilligkeit, auf übelste Einflüsterungen zu hören, passive Resistenz gegenüber dringenden Anträgen der Sachminister, machten das Zusammenarbeiten mit ihm für seine Kollegen im Ministerium mitunter nahezu unerträglich. Natürlich trug einen großen Teil der Schuld dabei auch der latente, fortgehende Dissensus mit dem alten Kaiser und die ungeheure Schwierigkeit für Bismarck, auf geradem und offenem Wege die Veränderungen durchzusetzen, die er für unerlässlich hielt. Niemals konnte er einem Minister unmittelbar sagen, daß er nicht länger mit ihm zusammenarbeiten könnte, denn dann — sagte er Falk einmal —, „geht der zum Kaiser und sagt: Bismarck hat mich entlassen“, und der Kaiser würde auffahren: „So? Die Minister zu entlassen, ist meine Sache.“ Weniger bekannt, als das Auf und Ab des Kampfes mit Camphausen, das zu der dramatischen Szene am 22. und 23. Februar 1878 im Abgeordnetenhaus führte [Sten. Berichte, S. 118 und S. 162], ist die Behandlung Achenbachs, die Falk als dessen nahestehenden persönlichen Freund tief verletzte. Achenbach war anfänglich von Bismarck auffallend hoch eingeschätzt, dann bei dem Zaune gebrochener Gelegenheit grundlos aufs beleidigendste persönlich angefahren, nach dem Eindruck der Ministerkollegen wegen mangelnder Fähigkeit zum Abschied gedrängt, dann plötzlich mit den stärksten Einwirkungen fast gezwungen, das schwierige Amt des Finanzministers als Nachfolger Camphausens zu übernehmen, und als er dies in richtiger Erkenntnis seines Unvermögens mehrmals abgelehnt hatte, mit dem Ausdruck höchsten Zornes verabschiedet und ohne jede Rücksicht auf persönliche Wünsche zum Oberpräsidenten von Westpreußen ernannt worden. Nur durch unmittelbare persönliche Intervention hatte Falk erreicht, daß Bismarck die zuerst beabsichtigte starke Kränkung, ihm den Titel eines Staatsministers vor-

zuenthalten, zurückgenommen hatte. Von diesen Erfahrungen her behielt Falk Bismarck gegenüber ein Gefühl der Unsicherheit. Er hatte zu sehr aus der Nähe gesehen, wie wenig zuverlässig Bismarcks Gunst und Vertrauen war. Er kam unwillkürlich in dieselbe Stimmung hinein, die sich höchst charakteristisch in einem Gespräch spiegelt, das Boffe einmal am 7. April 1879 mit dem Staatssekretär Friedberg hatte [Grenzboten 1904, S. 402 ff.]: „In dieser Tonart spricht hier von dem höchsten Beamten des Reiches jeder, jeder fast ohne Ausnahme! Wo liegt denn da der Fehler? Bei Bismarck und seiner Überlegenheit oder bei der Kleinheit und Enge der andern? Ist der Kanzler wirklich ein so launenhafter, unzuverlässiger, tyrannischer Egoist, voll Mißtrauens und rücksichtsloser Grobheit und Willkür, wie sie ihn alle schelten, oder verstehen diese ihn nicht? Ich weiß es nicht. Mir fehlt jeder objektive Maßstab. Aber das ist gewiß, was ich amtlich von ihm gesehen habe, ragt weit, weit über alle Leistungen der anderen hinaus. Das schließt freilich nicht aus, daß er im Bewußtsein seiner Macht und seiner Überlegenheit die Menschen oft übel und ungerecht behandelt, wo sie ihm nicht passen, und daß er sie verachtet, weil die meisten ihm gegenüber nicht den rechten Ton treffen und sich noch schlechter geben als sie sind. Es wäre zu traurig, wenn der größte deutsche Mann solche Mängel des Herzens und des sittlichen Empfindens hätte. Ich kann mich nicht entschließen, das ohne weiteres nach dem Gerede derer, die doch nicht an ihn heranreichen, anzunehmen. Unbequem mag er ja sein. . . .“ Als Bennigsen einmal am 4. April 1878 warnend zu Falk sagte, eine persönliche Neigung habe Bismarck auch zu ihm in keiner Weise, schrieb er mit einer gewissen Bitterkeit in sein Tagebuch: „Das glaube ich gern, ich könnte ihm solche auch nicht entgegenbringen.“

Die Erschütterung des persönlichen Vertrauens zu Bismarck gewann einen besonderen Nachdruck durch die Beobachtung, daß auch Bismarcks Haltung gegen die politischen Parteien dem Minister mehr und mehr bedenklich wurde und Klarheit und Folgerichtigkeit verlor. Das Mißlingen der Verhandlung zwischen Bismarck und Bennigsen zu Weihnachten 1877 hinterließ auf beiden Seiten Verstimmung und Gereiztheit. Bismarck schob die Schuld auf Bennigsen und seine Freunde, diese auf ihn. Das Bild, das sich in Bismarcks Gemüt festsetzte, zeigt sich in folgenden Tagebucheinträgen Falks:

„17. März 1878: Achenbach äußerte, daß Bismarck zu Bleichröder gesagt habe, Laster habe Bennigsen in die Suppe gespußt;

es scheint, als habe Bismarck diesen, ihm übrigens geläufigen Ausdruck auch in Unterhaltungen mit anderen Personen gebraucht, denn die Presse erzählt davon."

Am 10. März 1878 wurde in einer Staatsministerialsitzung der Entwurf betreffend statistische Erhebungen über die Tabakfabrikation und den Tabakhandel besprochen. „Es wurde beschlossen, ihn als preussischen Antrag beim Bundesrate einzubringen. In Erwiderung auf Camphausen, der Bismarcks bei dieser Gelegenheit entwickelte Pläne einer durchgreifenden Finanzreform bekämpfte, sagte Bismarck:

„Aufschieben könne er die Vorlage nicht; es komme darauf an, den Reichstag baldmöglichst in dieser, schlimmstenfalls in der nächsten Session zur Aussprache zu nötigen, auf die Auflösung desselben wolle er nicht hinaus, sondern bis zu den nächsten regelmäßigen Wahlen das Terrain so vorbereiten, daß hoffentlich der dumme Judenjunge Laster und sein Anhang, diese theoretischen Redner, durch gemäßigte Konservative ersetzt würden, die das Volk zur Erlangung materieller Besserung an Stelle derer setzen werde, die nur für formalistische Garantien Sinn haben. Sein Gedanke sei, wenigstens 300 Millionen Mark aus indirekten Reichsteuern zu ziehen, neben kleineren Posten für Bier, Petroleum usw. und Tabak, durch Zuckermonopol und Besteuerung der Schankstätten.“

Als Camphausen darauf seine Entlassung gab und erhielt, hatte Bismarck große Schwierigkeiten, einen Nachfolger zu finden. Einer nach dem andern der Gefragten lehnte ab, was Bismarck in die höchste Erregung versetzte. Er nahm an, daß dahinter wieder die Nationalliberalen steckten, die jedem abredeten, der geneigt wäre, das Amt anzunehmen, und drohten, ihn zu bekämpfen.

Im Zusammenhang mit seinen großen wirtschaftlichen Reformplänen wollte Bismarck die bisher zum Handelsministerium gehörige Eisenbahnabteilung zu einem besonderen Ministerium erheben.

„20. März 1878: Friedenthal sagte mir im Abgeordnetenhaus, daß Bismarck den Plan wegen Gründung eines Eisenbahnministeriums bereits am 18. bei einem Diner mit hervorragenden Abgeordneten entwickelt habe und daß, wie es nach meiner Ansicht übrigens rechtlich nötig ist, nunmehr die Zuziehung des Landtages nicht zu vermeiden sei. Im Abgeordnetenhaus selbst fand ich in dieser Beziehung Bekanntschaft vor. Miquel sprach sehr dagegen, die Sache werde bei der Stimmung des Hauses jetzt durchfallen, während sie im Herbst möglich sei. In der späteren Staatsministerialsitzung teilte

ich diese Äußerung mit, worauf Bismarck entgegnete, Bennigsen sei bei dem Diner der einzig Widersprechende gewesen. Er wie seine Freunde hofften auf baldigen Thronwechsel, bis wohin sie ihre Wünsche vertagten, und wollten dann selbst die populäre Maßnahme treffen, ein Eisenbahnministerium zu errichten. Gestern habe ihm Bennigsen auch zum erstenmal Miquel als Minister vorgeschlagen, was er, Bismarck, zurückgewiesen unter dem Ausdruck mangelnden Vertrauens zu allen Nationalliberalen, mit Ausnahme Bennigsens."

"22. März 1878: In der Staatsministerialsitzung vom 21. zeigte sich Bismarck außerordentlich erregt gegen die Nationalliberalen. Er erklärte, daß diese ihn nach rechts drängten, wie ihn früher die Konservativen nach links gedrängt hätten. Er habe die Empfindung, daß es mit ihnen zum Bruch komme. Es sei ihm gleich, ob die Vorlage angenommen werde oder nicht, er gehe mit dem Kopf durch die Wand und werde seinen Plan mit dem Eisenbahnministerium jetzt nicht ruhen oder vertagen lassen. Die Niederschrift der einzelnen Redewendungen kann unterbleiben, es genügt, sie als leidenschaftlich zu charakterisieren."

Ebenso wünschte Bismarck, die Angelegenheiten der Domänen und Forsten vom Finanzministerium abzuzweigen und dem Ministerium für Landwirtschaft zuzulegen. Die Nationalliberalen machten Schwierigkeiten.

"28. März: In der nationalliberalen Partei gab es heftige, bis zur Drohung des Bruches (Gneist) gehende Kämpfe. Ich fürchte, die Partei ist gestern schwer geschädigt worden." "29. März 1878: Abends Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Antrag, die Domänen und Forsten dem Landwirtschaftlichen Ministerium zuzulegen, fiel definitiv in namentlicher Abstimmung." Bismarck drängte darauf, die Sache im Verordnungswege durchzuführen und sah in dem Beschlusse des Hauses einen Eingriff in königliche Rechte, da das Parlament in solchen Fragen — abgesehen von der finanziellen Seite — nicht zuständig sei.

"6. April 1878: Staatsministerialbesprechung mit den neuen Ministern [Graf Botho Eulenburg, Maybach, Hobrecht]. Bismarck hielt eine längere Ansprache, freute sich der neuen Ernennungen. Wenn eine liberale Zeitung das neue Ministerium als das schwächste bezeichne, welches je dagewesen, so würde die rührige Arbeit bald das Gegenteil beweisen. Ob die Tätigkeit des Ministeriums die Zustimmung der Parteien erlangen werde, namentlich derjenigen, welche

die Regierung bisher unterstützt hätten, müsse man abwarten. Sollten, was er nicht glaube, die Nationalliberalen in Opposition treten, so müsse man sich defensiv verhalten. Die Partei äußere sich jetzt pessimistisch. Es liege keineswegs in seinem Willen, im allgemeinen eine Richtung einzuschlagen, welche wesentlich von der bisherigen abweiche, auch nicht in bezug auf die Kreisordnung. Was er anders wolle, das sei von ihm seit drei Jahren offen ausgesprochen: Die wirtschaftliche Politik. In dieser Richtung regte er die beteiligten Minister alsbald an, dem Bundesrat ein Programm zur Änderung der Zoll- und Steuerpolitik vorzulegen, über das die deutschen Finanz- und Handelsminister im Laufe des Sommers irgendwo beraten könnten, und stellte zur Erwägung, ob nicht durch Wiederherstellung des jüngst aufgehobenen Eisenzolles eine Abschlagszahlung gewährt werden könne. Bismarck schilderte sodann in bekannter Weise seine Verhandlungen mit Bennigsen, die Entwicklung seiner Trennung von Camphausen. Neu war etwa noch, daß Bennigsen ausdrücklich den Eintritt von Jordanbeck und Stauffenberg verlangt habe, und daß er, Bismarck, die Nationalliberalen viel kleiner gefunden, als er sie gehalten, kriechend im Schlamme der Partei, sich erschöpfend in der Rhetorik."

Auch im Reichstage war Bennigsen in Gegensatz zu Bismarck getreten, als er am 21. Februar gegen Bismarcks Wunsch in der orientalischen Frage interpellierte. Kurzum, das Verhältnis zwischen dem Kanzler und den Nationalliberalen war immer gespannter geworden, Bismarck zu keiner Rücksicht auf sie geneigt, sie selbst, wie auch Falk zum Beispiel in der Frage der Veränderung der Ministerialressorts urteilte, in eine unsachliche Opposition verfallen und gereizt, daß die leitenden Stellen in der Regierung und Verwaltung fast durchweg mit Konservativen besetzt wurden. Falks Politik war aber so sehr auf die Unterstützung der Nationalliberalen angewiesen, daß bei ihrem Übergange in die prinzipielle Opposition seine Stellung unhaltbar werden mußte.

Und dieser schien sich unaufhaltsam zu vollziehen bei der Beratung des Antisozialistengesetzes nach dem ersten Attentat. Wenn die Partei in einer so wichtigen Frage der Regierung die Zustimmung verweigerte, so war das der Bruch, und Bennigsens Rede bei der ersten Lesung enthielt denn auch ein kaum noch verschleiertes Mißtrauensvotum. Als Bismarck daraufhin nach dem zweiten Attentat den Antrag auf Auflösung des Reichstages stellte, erläuterte er seine Ab-

sicht, wie oben gesagt [S. 480], dahin, daß er keineswegs eine prinzipielle Abkehr von den Nationalliberalen wolle, vielmehr von den Neuwahlen eine Schwächung ihres linken Flügels erhoffe, um sich dann wieder auf die bergestalt gereinigte Partei zu stützen. Freilich stimmte damit wenig die Fassung des preußischen Antrages beim Bundesrate auf Auflösung des Reichstages. Bismarck hatte einen Passus hineinsetzen lassen, der einen Schlag ins Gesicht der Nationalliberalen enthielt. Falk verlangte und erreichte die Streichung dieses Satzes. Aber in der späteren Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli kam Bismarck darauf zurück und sagte, er bereue, daß er sich den Angriff auf die Nationalliberalen wegen des Mißtrauensvotums, das Bennigsen erteilt hätte, aus der Begründung des Auflösungsantrages habe abdisputieren lassen. Jetzt fehle dieser Gedanke. Für ihn sei er die Hauptsache gewesen; schon als er die Bennigsen'sche Rede gelesen, habe er beschlossen, den Auflösungsantrag zu stellen. Das Nobilingsche Attentat habe sein Kommen nur beschleunigt. Als er kaum zurückgekommen sei, hätten ihn die bedeutendsten nationalliberalen Blätter angegriffen als einen altersschwachen Menschen, der sich zurückziehen möge; wenn sich darauf die der Regierung nahestehenden Blätter seiner angenommen hätten, manchmal etwas scharf, so habe er doch keinen Grund, das zur Schonung seiner „lieben Nationalliberalen“ zu hindern. In bekannten Wendungen ergingen dann seine Angriffe gegen Bennigsen und andere nationalliberale Führer, die Rhetoren und darum Lügner seien. Jeder Rhetor sei ein Dichter und der Dichter müsse erfinden. Die Reaktionsbehauptung sei Verlogenheit usw. Falk schwieg dazu.

Für Bismarcks Entschlossenheit, mit den Nationalliberalen gänzlich zu brechen, sprach auch der folgende symptomatische Vorgang, den Falk am 23. Juni in sein Tagebuch eintrug: „Aus einem Entwurfe, den Friedenthal für das Programm der Freikonservativen machte, ist sowohl eine auf die kirchenpolitische Frage bezügliche Stelle, sowie, und zwar mit einer durch Bismarck'schen Einfluß begründeten Majorität von einer Stimme, eine andere im Ausschuß gestrichen worden, die auf weiteres Zusammengehen mit den Nationalliberalen abzielte.“

Und noch tiefer in Bismarcks Pläne ließ ein Gespräch mit dem Leiter der Presseangelegenheiten *Sahn*, am 2. Juli hineinblicken: „Er ist neulich zu Bismarck gerufen worden, um in mehr als zweistündiger Unterredung den Stoff zu einem Schreiben Bismarcks an die deutschen Regierungen über seine Stellung zu den Wahlen ent-

gegenzunehmen, ein Schreiben, welches durch eine Indiskretion in die Öffentlichkeit gelangen soll. Darin soll sich Bismarck über alles, seine Stellung zu den Nationalliberalen, von denen er Lasfer und Bamberger mit Namen genannt wissen wollte, die Steuerfragen, im kleinsten Detail aussprechen. Hahn hat Bismarck sehr erregt gefunden. Alle schlimmen Artikel der „Post“ und der „Norddeutschen Zeitung“ kommen von ihm. . . . Aber Bennigsen hat Bismarck schon in Friedrichsruhe einen leidenschaftlichen Brief an Eulenburg geschrieben, daß er den jetzt vor sich gehenden Kampf gewollt habe. Dennoch hat er zu Hahn gesagt, daß er Bennigsen nur vom Fraktionsgeist, das heißt Lasfer, befreien wolle.“

Es war die große Frage, ob es bei den Neuwahlen glücken würde, die nationalliberale Partei innerlich so zu reformieren, daß die Regierung auch ferner mit ihr zusammengehen könnte. Nach dem Ausgange der Wahlen sah es nicht so aus, als ob sich eine Mehrheit für das Antisozialistengesetz finden würde. Das Gesetz war im Laufe des Juli ausgearbeitet worden. Bismarck erklärte am 14. Juli, er wolle dem neuen Reichstage nur dieses Gesetz vorlegen, kein anderes, „um dadurch dem verlogenen Geschrei wegen der allgemeinen Reaktion à la Kreuzzeitung keine Nahrung zu geben“. Dieses Gesetz aber müsse durchgesetzt werden; er sei entschlossen, wenn es abgelehnt werde, abermals aufzulösen. Falks Ansicht deckte sich ganz mit der Bismarcks. Am 29. und 30. August hatte Falk ein bedeutames Gespräch mit Bismarck über die politische Gesamtlage in Gastein, auf das wir noch in anderem Zusammenhange zurückkommen. Falk notierte darüber: „Vom Reichstage meinte Fürst Bismarck sich nichts versprechen zu können. Eine sichere Gegnerschaft von 170 Stimmen sei vorhanden. Stützen könne man sich nur auf Freikonservative und den rechten Flügel der Nationalliberalen, weshalb er die Auffassung, daß in den Auflösungsantrag kein Angriff auf die Nationalliberalen gehört habe, jetzt nicht mehr für unberechtigt halten könne. . . . Das sei zu wenig. Wenn die Vorlage gegen die Sozialisten verworfen werde, lege er sein Amt nieder. Wolle der Kaiser, daß er es wieder aufnehme, so gehe er nur darauf ein, wenn dieser den Reichstag abermals auflöse und eine Proklamation erlasse des Inhaltes, er tue dies, weil der Reichstag ihm Gesetze verweigere, die sein Leben schützten. Werde die Proklamation gut gefaßt, dann würden die widerstrebenden Nationalliberalen wiederum vierzig Sitze verlieren. Wenn die Auflösung wieder keinen Erfolg habe, dann sei ein juri-

stischer Staatsstreich nötig. Deutschland könne dann eben nicht reiten. Der Bündnisvertrag müsse gelöst werden und damit die Verfassung umgeworfen werden. Auf meine mit Gründen unterstützte Äußerung, daß so etwas unmöglich sei, entgegnete Bismarck, die Regierungen würden schon zusammenhalten. Rheinbundszeiten seien vorüber. Selbst Sachsen sähe ein, daß Anschluß an den stärksten, Preußen, das beste Erhaltungsmittel sei. Wolle Bayern europäische Politik treiben, so sei es in fünf Jahren zwischen Preußen und Österreich geteilt. Drei oder vier Regierungen würden widersprechen, aber durch Bedrohung mit dem Schicksal Nassaus und Hessens eingeschüchtert werden. Feldmarschall Manteuffel möchte diesen Staatsstreich sehr gern ausführen, er würde es aber ungeschickt tun, und darum sei er, Bismarck, dazu erbötig, er würde Konfliktsmut wieder bekommen. Wolle der Kaiser das nicht, dann möge er ein Ministerium Windthorst-Seydewitz nehmen. Es sei besser, daß diese Leute mit Rom Frieden machten, als daß ein anderes Ministerium oder er, Bismarck, dafür Verantwortung trage. Wäre der Kronprinz an der Regierung, so nehme er vielleicht Bennigsen oder Hänel. Ein Jahr würden die ganz gut regieren, aber vom Kapital der Regierungskraft, wegen Rücksichtnahme auf die Laskerei.

„Diese Pläne Bismarcks — [hier erstmals auftauchend, später bei seiner Entlassung 1889 mit dem jungen Kaiser in furchtbarem Ernste abermals erwogen] —, scheint derselbe lange mit sich herumgetragen zu haben. Gegen den damaligen Finanzminister Hobrecht wenigstens hat er über sie bereits in Rissingen gesprochen. Dennoch müssen sie einer großen Erregung zur Last gelegt werden. Das zeigt ihr Inhalt, ebenso wie die Stimmung, worin sich Bismarck befand, als er sie mir mitteilte. . . .“

Das Gespräch wandte sich dann den Nationalliberalen zu: „Ich fand Bismarck tief erbittert gegen die Nationalliberalen, die ihn verfolgten und verließen, wie früher die Konservativen. Bennigsen habe gemeint, die nationalliberale Fraktion werde ihm unbedingt zu Willen sein, wenn er in das Ministerium trete. Als er sich vom Gegenteil überzeugt, als Lasker sogar geäußert hatte, die Nationalliberalen dürften nicht mit Bismarck in demselben Ministerium sein, sondern sollten nach ihm in ein solches treten — dies wollte Bismarck sicher aus nationalliberalen Kreisen haben —, da habe Bennigsen einen Vorwand gesucht, um von Bismarck loszukommen und ihn in brüster Weise in Bismarcks Erklärung gefunden, daß das Tabakmonopol

sein Ideal sei. Das weitere Verhalten der Nationalliberalen sei gewaltsamer Anlauf gegen die Türen des Ministeriums. So der Beschluß wegen des Tabakmonopols, die Verwerfung des Sozialistengesetzes ohne Prüfung, die Bennigsen'sche Rede, worin er dem Ministerium ein Mißtrauensvotum gegeben, die Artikel der Kölnischen, National-, Magdeburger Zeitung über seine, Bismarcks, Imbezillität und sein Unverständnis in inneren Fragen. Einen Finanzminister zu gewinnen hätten die Nationalliberalen ihm erschwert. Jeder, der zur Annahme geneigt gewesen, sei von ihnen davon wieder abgebracht worden. Selbst Sobrecht habe Bennigsen erklärt, daß er bereit sei, wieder zurückzutreten, wenn die Verhältnisse Bennigsen's Eintritt gestatteten. Als er zugegeben, daß die ‚Norddeutsche Zeitung‘ und andere Blätter ihn verteidigt hätten, habe man ein Reaktionsgeschrei eröffnet. Als ob ihm nicht Reaktion und Fraktion gleichgültig seien und es ihm immer nur auf die Sache ankomme. Vor mehreren Jahren habe er auch dies Geschrei gehört, als er die Notwendigkeit der indirekten Steuern betont hätte, und jetzt seien beinahe alle darüber einig. Wenn er Reaktion gewollt, so hätte er sie wiederholt sehr leicht haben können. 1866 habe er mit Mühe und Not den Kaiser zur Einschlagung des Indemnitätsweges bestimmt, gegen den Kaiser selbst und eine Deputation der Altkonservativen, Kleist-Nechow usw., die nach Prag kamen. Mit der Bundesverfassung hätte er auch Reaktion treiben können. Weil er mit den Konservativen gebrochen, habe er die meisten seiner persönlichen Freunde verloren und sei im Alter ein einsamer Mann geworden. Die ‚Germania‘ spreche davon, daß ein Artikel der ‚Kreuzzeitung‘ über Begleichung des Kirchenkonfliktes, der die vollständige Niederlage des Staates proklamiere, mit seinem Wissen veröffentlicht sei, und doch habe er jede Beziehung zur ‚Kreuzzeitung‘ abgebrochen. Die Kandidaturen seiner Söhne würden auf das äußerste bekämpft, die seines ältesten Sohnes in Lauenburg von Hammacher und seinen Agenten auf die niedrigste Weise, und so viele Lauenburger, denen er erst ein menschenwürdiges Dasein geschaffen, hätten geholfen. Er erfahre, wie die meisten Staatsmänner, daß Undank der Welt Lohn sei, er sei müde und verbittert, ihm wäre am besten, wenn ihn die Kugel eines Meuchlers töte. Wenn er nicht so verbittert wäre, hätte er vielleicht nicht zugegeben, daß sein ältester Sohn gegen Lasfer, dem Bismarck die meiste Schuld beimißt, auftrete, um mit Bismarcks Namen zu wirken. —

„Gegen diese Stimmung half keine Entgegnung. Meine Einwendungen nannte er wohlwollende, künstliche Interpretationen, Ausflüsse des Umstandes, daß ich mehr die Tollheiten der Konservativen, deren Forderungen allerdings intensiver geworden seien, er mehr die der Nationalliberalen fürchte. Bismarck warf auch die Bemerkung hin, daß es mir doch leicht sein müsse, durch Wehrenpfennig zu erfahren, warum ihn die Nationalliberalen so verfolgten.“

Diesen Hinweis griff Falk auf und versuchte, im September 1878 eine Vermittlung zwischen den Nationalliberalen und dem verstimmtten Fürsten herbeizuführen, in dem Gefühl, daß ein Bruch dieser Partei mit Bismarck ihm selbst den Boden unter den Füßen fortziehen würde. Wehrenpfennig übernahm, mit Bennigsen zu reden, wie das Verhältnis wieder herzustellen sei, und Bennigsen hat dann auch, wie er Falk im September 1878 mitteilte, eine lange Unterredung mit Bismarck gehabt. Bismarck ist durchaus zum Frieden gestimmt gewesen und hat in diesem Sinne gesprochen.

Der erste Eindruck, der vom neuen Reichstag gewonnen wurde, konnte sehr wohl für Bismarcks in Gastein geäußerte trübe Auffassung angeführt werden. Am 12. September notierte Falk: „Gestern Präsidentenwahl im Reichstage. Das alte Bureau wurde wiedergewählt, Stauffenberg im dritten Wahlgang gegen Freiherrn von Frankenstein (Zentrum). Ein Teil der Konservativen muß mit dem Zentrum gestimmt haben. Der alte Moltke meinte, wenn man schließlich für Stauffenberg stimmen müsse, so hätte der Reichstag nicht aufgelöst zu werden brauchen.“ Falks Wunsch, Bismarck möchte von der ersten Lesung des Sozialistengesetzes wegen seines Verhältnisses zu den Nationalliberalen lieber wegbleiben, ging nicht in Erfüllung. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, deren Vorsitzender Bennigsen wurde. Ihre ersten Beratungen ließen Falk in Briefen an seine Frau den Zweifel aussprechen, ob das Gesetz zustande kommen werde, denn in der Kommission gingen die Ansichten arg auseinander. Ähnliche Eindrücke hatte auch der Kronprinz und andere Leute. Das persönliche Auftreten des Kaisers, der in seiner Antwort auf die Adresse des Reichstagsvorstandes sein Vertrauen auf das Zustandekommen des Antisozialistengesetzes aussprach, machte zwar Eindruck, aber auch nach Abschluß der Kommissionsberatungen blieb das Zustandekommen des Gesetzes immer noch zweifelhaft. Die zweite Lesung im Plenum begann am 9. Oktober 1878. Die Rede des Reichstanzlers, schrieb Falk in sein Tagebuch, „war interessant“. In

ihr klangen die Besprechungen mit Bennigsen zum Zwecke einer Verständigung mit den Nationalliberalen nach. Er forderte die Konservativen und die Nationalliberalen auf, zusammenzuhalten gegen Fortschritt, Zentrum, Polen usw., wie jetzt bei der Abstimmung über den vorliegenden Entwurf, so später zur Bildung einer kompakten Partei, um das Reich zu festigen. Wie Bismarck Galt sagte, fand Eulenburg darin ein zu starkes Entgegenkommen gegen die Nationalliberalen. Galt konnte auf Bismarcks Frage ein solches Zuviel nicht anerkennen, sondern bemerkte, daß nur der es so empfinden könne, wer sich Bismarck als Feind der Nationalliberalen gedacht habe. Auch Kleist-Neckow, mit welchem Bismarck vorher gesprochen hatte, machte ihm ähnliche Vorstellungen, worauf Bismarck entgegnete, an dem Duell mit den Nationalliberalen wolle er die Konservativen nicht hindern, sie sollten es aber nach der Schlacht abmachen. Galt entgegnete, daß er doch auf ein Sichvertragen für die Zukunft hingewiesen habe, worauf Bismarck sagte: „Nun ja, sie müssen ihre gegenseitigen Verletztheiten abstumpfen.“

Die Beratungen schritten sehr langsam vor, jedoch am 18. Oktober wurde der Kompromiß zwischen Nationalliberalen, Deutscher Reichspartei und Konservativen untereinander und mit den Regierungen erreicht. Am 19. Oktober wurde das Gesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Die Nationalliberalen waren nicht in die Opposition übergegangen, — das war die Bedeutung der Sache für Galt; das Gesetz war gegen das Zentrum gemacht.

Die Verwundung des Kaisers bei dem zweiten Attentat war so schwer, daß er sich auf längere Zeit der Regierung enthalten mußte und den Kronprinzen mit der Stellvertretung beauftragte. Galt wußte, wie hoch ihn der Kronprinz schätzte, und daß er von ihm keinerlei Schwierigkeiten zu erwarten hätte. Nicht fest war allerdings seine Stellung in der Römischen Frage. Doch hatte er auf seiner Reise nach Rom zum Begräbnis Viktor Emanuels ihm heilsame Erfahrungen gemacht. Er hatte erst die Absicht gehabt, auch dem Papste einen Besuch zu machen. Bülow wie Bismarck hatten ihm dringend abgeredet. Das hatte ihn noch nicht umgestimmt, wohl aber die Gespräche, die er in Rom mit italienischen Staatsmännern hatte. Auch sie sahen den Kampf Preußens mit der Kurie als einen reinen Machtkampf an, ohne allen religiösen Einschlag. Das Verhalten Viktor Emanuels, der ohne Widerruf gestorben sei, wurde ihm als

vorbildlich hingestellt. — Falk kannte aber auch gewisse Schwächen im Wesen des Kronprinzen, das seltsam hohe Gefühl seiner Würde, das mit seiner großen Herzensfreundlichkeit nicht ausgeglichen war. Eine an sich geringfügige Beobachtung: Der Kronprinz war ein kräftiger Schwimmer. Es machte ihm Spaß, Mitbadende zu tauchen und zu spritzen. Aber es war ihnen nicht zu raten, daß sie vergaßen, wer der war, von dem solche Scherze ausgingen. Dann wurden sie leicht daran erinnert, daß sie es mit dem Kronprinzen zu tun hatten. Falk bemühte sich, einerseits sein Verhalten gegen den Kronprinzen stets so zu gestalten, wie es der ihm erwiesenen Freundlichkeit entsprach, anderseits stets dem Bewußtsein Ausdruck zu geben, daß er mit dem Kronprinzen verkehre, selbst in äußeren Dingen. So war ihm zu Ohren gekommen, daß der Kronprinz bei den Vorträgen die Minister lieber im Überrock sähe, als in der üblichen sogenannten kleinen Uniform. Diese abzulegen entschloß sich Falk dennoch erst auf bestimmte Weisung hin.

Gleich bei der ersten Sitzung des Staatsministeriums trat auch dieser Charakterzug des Kronprinzen hervor. „Am 5. Juni Conseil unter Vorsitz des Kronprinzen. Derselbe eröffnete die Sitzung unter ernster Aufforderung und ernster Zusage an uns. Er schloß sich in betreff der Auflösung des Reichstages dem Staatsministerium an, doch ungern. Ich sprach dazu auch unter Darlegung der Zweifelsgründe. Bismarck hatte beiläufig erwähnt, wenn der jetzige Reichstag wieder berufen werde, dann falle die Sitzung in den Juli, und da würden er und mehrere seiner Kollegen Erholung nötig haben. Der Kronprinz fuhr ihn darüber heftig an, man sage ihm, der Staat sei in Gefahr, dann müsse er rücksichtslos fordern, daß jeder auf seinem Posten bleibe. Schon am Abend vorher haben der Kronprinz und Bismarck, wie letzterer mir erzählte, heftige Worte gewechselt. Es ist vorgekommen, daß Bismarck sagte, den vom Kronprinzen angeslagenen Redeton könne er nicht ertragen, und auf der anderen Seite, daß der Kronprinz Bismarck aufforderte, nicht zu vergessen, mit wem er rede.“

Das Amt, das auf die Schultern des Kronprinzen gelegt war, war nicht leicht, und es ist begreiflich, daß der Kronprinz schon nach wenigen Wochen zu dem ihm nahestehenden Friedberg äußerte, er finde die Last der Stellvertretung unerträglich. Sie wurde dadurch schwierig, daß sich der Kaiser schon im Juli wieder in die Geschäfte mischte und die Verantwortung des Kronprinzen beschränkte. Das

war gerade auch auf dem Gebiete der evangelisch = kirchlichen An-
gelegenheiten der Fall. Schon am 26. Juni hatte sich der Kronprinz
sehr erregt zu Friedberg ausgesprochen, daß ihm die Kaiserin ge-
sagt habe, der Kaiser wünsche, daß auch die Rögelsche Sache wäh-
rend der Stellvertretung erledigt würde. Am 26. Juli sprach der
Kaiser selbst mit dem Kronprinzen und forderte ihn auf, sich Ab-
schriften der Korrespondenz zwischen dem Kaiser und Falk vom 17.
und 18. Mai zu verschaffen. Er hoffe, der Minister werde sich in-
zwischen besonnen haben. Er — der Kaiser — sei einmal positiv
uniert und müsse das Recht haben, ebenso gesinnte Männer, zu
denen er Vertrauen habe, in den Oberkirchenrat zu berufen. Der
Kronprinz ließ darauf durch Wilmowski Falk sondieren, ob die Be-
rufung Rögels wohl jetzt erfolgen könne. Falk bat Wilmowski, dem
Kronprinzen keinen Zweifel zu lassen, daß er bei seinem Wider-
spruche verharre. Darauf ließ der Kronprinz die Sache fallen. Er
sprach sich dem Minister persönlich dahin aus, er werde die ganze
Sache jetzt nicht verfolgen, dem Minister nichts Unangenehmes in den
Weg legen, an ihn kommendes ajournieren oder der Entscheidung
des Kaisers vorbehalten, mit einem Worte, jeden Konflikt vermeiden.
Er sah voraus, daß die Konflikte nachher um so stärker kommen
würden, dann aber werde er wenigstens den Kopf aus der Schlinge
haben. Dadurch war die Frage von Rögels Ernennung für die Dauer
der Stellvertretung sozusagen ad acta gelegt. Aber nicht für Rögel
selbst. Dieser hielt beharrlich daran fest. Der Kaiser hatte ihm
unmittelbar von der Absicht, ihn zu berufen, Mitteilung gemacht.
Rögel hatte dabei geäußert, er begriffe Falks Widerspruch nicht;
was ginge den Minister die dogmatische Richtung bei Ernennungen
zum Kirchenregiment an. Die „Kreuzzeitung“ verriet, daß sie von
diesen Differenzen genaueste Kenntnis habe, stellte schon in ihrer
kirchlichen Vierteljahrsschau am 12. Juli Falks baldigen Rück-
tritt in Aussicht und wiederholte am 9. Oktober abermals, die zum
Kampfe gegen die verderblichen Richtungen und Strömungen unserer
Tage notwendige kirchliche Umkehr sei nicht zu erhoffen, solange Falk
das Kultusdepartement leite.

Dagegen wünschte der Kronprinz dringend, die immer maßloser
werdende christlich = soziale Parteiagitation Stöckers einzudämmen.
Der Minister sagte ihm zu, Hermes diesen Wunsch zu übermitteln.
Als Stöckers Agitation sich abermals steigerte, legte der Minister
am 22. Juli dem Oberkirchenrat offizielle Zeitungsberichte über

dessen Wahlversammlungen vor zur Erwägung, ob solches Auftreten mit der Würde des geistlichen Amtes noch vereinbar sei. Der Oberkirchenrat versuchte es zunächst mit einer freundlichen Einwirkung auf Stöcker. Hermes war nicht blind gegen die Nachteile, die der Kirche daraus erwüchsen. Stöcker selbst aber schrieb einen langen Brief an den Kronprinzen, worin er, „auf hohem Pferde sitzend“, darlegte, wie berechtigt sein Tun sei, und daß er jetzt zur Wahlzeit nicht zurücktreten könne. Der Oberkirchenrat entschloß sich langsam, am 24. Oktober, Stöcker eine Mißbilligung auszusprechen und ihn auf die bestehenden allgemeinen Disziplinarvorschriften zu verweisen; ein Verweis, der Stöcker um so weniger Eindruck machte, als er glaubte, sich der Zustimmung des Kaisers erfreuen zu dürfen.

Wie sehr der Kronprinz und Bilmowski mit ihrer Ansicht recht hatten, der Kaiser werde gleich nach seiner Wiederaufnahme der Regierung die evangelisch-kirchlichen Fragen wieder angreifen, bewies ein Gespräch, das Sydow mit dem Kaiser in Gastein hatte, wohin sich der Kaiser nach Teplitz begeben hatte. Falk selbst hatte in Gastein bei seinem Besuche am 28. August den Kaiser nicht gesprochen und war dadurch von der Sorge befreit, wegen der Hosprediger von ihm angerebet zu werden. Das Gespräch, dem dieser entgangen war, hatte nun Sydow mit ihm am 12. September gehabt. Sydow schrieb darüber folgendes: „Mittwoch, den 12. September, in der gewohnten Weise zu Tisch geladen, wurde ich nach der Tafel von Sr. Majestät, als ich eben im Begriff war, mit dem Grafen Pückler zu sprechen, scherzend dahin angerebet, ob der auch ein Theologe sei. Ich antwortete etwa, das sei ja heutzutage jeder ernstdenkende Mensch; er und ich seien eigentlich Juristen, allein wir müßten auch manchmal Theologen sein; und da der hohe Herr sich gern etwas erzählen läßt — er war und ist wunderbar frisch — knüpfte ich daran an, wie ich als sein Kommissarius lezthin sogar einen geistlichen Herrn in das Amt einzuführen gehabt hätte. Er wünschte näheres zu wissen, und nun beschrieb ich ihm, wie ich am 30. Juni Ahlhorn als Abt zu Rottum eingeführt habe, wie Ahlhorn von seinen Amtsgenossen mit der Infula, Stab und Ring beskleidet worden sei und ich eine Ansprache dabei gehalten hätte. Er begehrte, dieselbe zu kennen und da ich ein Zeitungsblatt zur Hand hatte, worin diese Ansprache gedruckt war, nahm ich um so weniger Anstand, sie ihm nächsten Tages zu schicken, als er ja daraus sehen konnte, wie ernst wir das Christentum und seine Aufgaben erfaßten. Ich schrieb zu der Übersendung etwa:

„Möchten die Worte, welche ich unter vorgängiger voller Billigung des Herrn Ministers Dr. Falk geredet habe, auch Ew. Majestät nachträglichen Beifalles sich erfreuen.“ Danach hielt ich die Sache für abgemacht und es herrschte auch *altum silentium* darüber bis gestern. Gestern aber erhielt ich nochmals eine Einladung. Vor Tisch trat der Kaiser an mich heran, holte aus der Binde, in welcher er den rechten Arm trägt, das Blatt heraus und gab es mir mit den Worten zurück „Sehr zufrieden“. Nach der Tafel aber rief er mich beiseite an die offene Balkontüre und begann jetzt ein Gespräch, das ich, da es mich völlig überraschte, ursprünglich in Rede und Gegenrede geführt wurde, leider Ihnen auch nicht wörtlich wiedergeben kann, dessen Inhalt aber etwa folgender war: „Es ist mir lieb, daß der Minister und Sie so denken, wie Sie sich ausgesprochen; ich bin auch ganz einverstanden mit ihm; er hat sich auch, wie ich wohl weiß, damals im Staatsministerium über das Sozialistengesetz sehr schön geäußert, und ich schrieb ihm darauf, er würde doch nicht fahnenflüchtig werden. Da hat es mich doch frappiert, was er mir darauf geantwortet. Ist denn das zu viel verlangt, daß des Königs Beichtväter im Kirchenregiment sitzen? Das ist doch immer so gewesen, früher war Hoffmann drin und ... (den Namen Sneathlage konnte er nicht finden). Männer der positiven Union müssen im Oberkirchenrat sein. Wenn ich die Geschäfte wieder übernommen habe, wird darüber weiter zu verhandeln sein. Ich bin wohl auch mit dem Oberkirchenrat einig, nur müßte er strenger sein. Kalthoff in Züllichau ist zwar abgesetzt, aber erst nachdem er sechs- bis siebenmal verwarnt worden. Da hat er schon viel Schaden können und die Gemeinde steht mehr auf seiner Seite.“

„Ich habe darauf, letzteren Spezialfall unerwidert lassend, zu den einzelnen Stellen etwa folgendes entgegnet: „Halten zu Gnaden, Majestät, zur Zeit sind keine vakanten geistlichen Stellen im Oberkirchenrat. Es ist auch kein Bedürfnis, neue zu errichten. Majestät mißverstehen den Minister, wenn Sie glauben, er habe an sich etwas dagegen, daß die Hofprediger im Kirchenregiment seien. Herr Kögel sei bereits vortragender Rat im Kultusministerium. Er kann nicht zugleich in beiden Behörden sein. Die Frage seines Eintritts in den Oberkirchenrat ist schon unter Herrn von Mühler erörtert und fallen gelassen. Die jetzigen Herren Hofprediger hätten aber auch öffentlich gegen mehrere Bestimmungen der Generalsynodalordnung, nach-

dem sie nun Gesetz geworden, und gegen verschiedene Erlasse des obersten Kirchenregimentes Partei ergriffen und agitiert, wie es sich schwerlich mit ihrer Stellung vereinbaren läßt. Männer der positiven Union sind, soviel ich weiß, alle jetzigen Mitglieder des Oberkirchenrates. Geruhen Ew. Majestät, so schloß ich etwa, die Versicherung entgegenzunehmen, daß es nicht Anbotmäßigkeit, sondern strengste sachliche Prüfung ist, auf Grund deren der Minister Bedenken trägt, Ew. Majestät Wünschen zu entsprechen.⁴

„In das Gespräch verflocht der Kaiser noch einen Hinweis darauf, daß er in betreff Ihres Entlassungsgesuches noch eine Äußerung des Fürsten zu erwarten habe auf das seinerzeit an ihn gerichtete Schreiben. Es beruht das wohl auf einer Verwechslung des Kaisers mit früheren Vorgängen. Außer dem obigen habe ich noch eins dem Kaiser gesagt, was vielleicht nicht Ihre volle Billigung findet, was ich aber glaube, verantworten zu können. Ich habe ihn nämlich auch darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Kögel und Genossen voraussichtlich von der Generalsynode in den Oberkirchenrat würden hineingewählt werden, und setzte ihm die betreffende Bestimmung der Generalsynodalordnung, so gut es ging, auseinander. Das schien einigen Eindruck zu machen. Im übrigen darf ich Ihnen nicht verhehlen, daß nach dem Eindruck, den ich mitgenommen habe, die Dinge auf diesem Gebiete, wie Sie stets richtig geahnt, noch beim alten stehen und daß, füge ich hinzu, die Zwischenzeit von unseren Gegnern nicht unbenutzt gelassen worden ist. Der Ton, in welchem der Kaiser das Gespräch mit mir führte, war ernst, aber nicht gereizt. Am Schlusse hat er immerhin gesagt: „Das ist gegen meine königliche Würde, das lasse ich mir nicht bieten.“

Galt wußte also, was kommen würde. Um so wertvoller war ihm, daß in der schon erwähnten Unterredung mit Bismarck am 29. August*) dieser sich einverstanden erklärt hatte, daß Galt die Ernennung Kögels nicht vollziehen wollte. Er riet aber, deswegen nicht Entlassung anzubieten, sondern sich einfach zu weigern und abzuwarten, ob der Kaiser von sich aus die Entlassung vollzöge. Galt käme so weiter. „Möge die Sache aber kommen, schloß er, wie ihm wolle, meine Unterstützung und Dankbarkeit ist Ihnen sicher, sie erhalten von mir keinen faux bon. Sie haben nach oben Not, ich mit dem Reichstag. Von uns beiden aber wird es heißen: Impavidum ferient ruinae.“ Und wenige Tage darauf wiederholte der Fürst auch Sydom

*) S. 489.

gegenüber geradezu ostentativ, daß er sich ärgere, wenn die Menschen glaubten und verbreiten könnten, er sei mit Galt in Differenz, er werde ihn in jeder ernststen Maßregel unterstützen.

Leider traten noch zwei Ereignisse ein, die das Verhältnis zwischen dem Kaiser und dem Oberkirchenrat verschärften. Schon vor den Attentaten hatte der alte Oberhofprediger von Hengstenberg um seine Emeritierung nachgesucht. Selbstverständlich war, daß Kögel sein Nachfolger werden würde. Dadurch entstand aber eine Vakanz im Dompredigerkollegium. Der Kronprinz verfügte, daß die Stelle einstweilen offen bleiben solle. Allein die Kaiserin schrieb an Hengstenberg auf Befehl Sr. Majestät, der Pfarrer Schrader im Haag sei für die vierte Dompredigerstelle in Frage gekommen, und da Se. Majestät ihn jetzt nicht selber hören könne, möge für diesmal ein Gutachten „des Gemeindevorstandes“ — gemeint war wohl das Domkirchenkollegium — genügen; der solle ihn hören. Darauf wurde Schrader aufgefordert, am 11. August im Dom zu predigen. Der Oberkirchenrat war also bei der Besetzung dieser Stelle vollständig übergegangen worden. Der Oberkirchenrat richtete darauf an Hengstenberg eine Verfügung, worin er die eigenmächtige Einladung an Schrader tadelte. Natürlich war der Kaiser, als er davon erfuhr, wieder außer sich. Es bedurfte des Dazwischentretens Wilmowskis, der jenen Erlaß unter Rückgriff auf frühere Vorgänge rechtfertigte, um den Kaiser einigermaßen zu beruhigen. Der Oberkirchenrat aber empfand diese Übergehung schwer. — Viel wichtiger war das andere. Am 7. November, also kurz vor der Wiederaufnahme der Geschäfte durch den Kaiser, berichtete Hermes an den Minister, es sei dringend notwendig, die durch seine Ernennung zum Präsidenten erledigte Stelle eines Justitiars im Oberkirchenrat wieder zu besetzen: „Ew. Erzellenz ist allerdings aus meiner früheren mündlichen Mitteilung bekannt, daß des Königs Majestät in einem an mich gerichteten Handschreiben vom 2. Mai über diese Besetzung Allerhöchst sich dahin ausgesprochen haben *): ‚Zur Besetzung Ihrer Stelle im Oberkirchenrat schlage ich den Mann vor, der in zweiter Linie, freilich mit vielen Ubers, vom Minister Galt und von Brückner mir zum Präsidenten des Oberkirchenrates genannt wurde, Geheimrat de la Croix aus dem Kultusministerium.‘ Diesem Allerhöchsten Vorschlage ist indessen Folge nicht zu verschaffen, denn von anderen hiergegen

*) S. 448.

bestehenden Hindernissen abgesehen, der Genannte ist nicht geneigt, in die fragliche Stelle einzutreten. Derselbe hat mir bei mündlicher Unterredung in den letzten Tagen seine bestimmte Ablehnung ausgesprochen, die ich ohne Schwierigkeit schriftlich fixieren kann. Hiernach muß an eine anderweite Besetzung der Stelle gedacht werden und es kann dies ohne Verletzung der Rücksicht der Loyalität gegen die Allerhöchste Stelle geschehen.“ Hermes schlug vor, den Konfistorialrat Richter aus Breslau zu berufen und zugleich die Funktionen eines weltlichen Stellvertreters des Präsidenten dem Oberkonfistorialrat Schmidt zu übertragen. Falk hatte nicht den geringsten Grund, gegen diese Vorschläge einen Einwand zu erheben. Und der Kronprinz vollzog die beiden Ernennungen. Als der Kaiser hiervon aus der Zeitung Kenntnis erhielt, war er in hohem Maße aufgebracht. Er sah darin eine Intrigue, um seine ausgesprochenen Wünsche zu durchkreuzen. Es war das zweifellos ein Irrtum, da die Ernennung der beiden juristischen Mitglieder ja mit dem Wunsche der Berufung Kögels nichts zu tun hatte und die Ernennung de la Croix durch dessen Weigerung unmöglich geworden war. Wer ihm die Sache so dargestellt hatte, läßt sich nicht ermitteln. Wilmowski mutmaßte, daß es die Kaiserin gewesen, aber nach einem späteren Gespräche Bosses mit Kögel *) läßt sich der Gedanke gar nicht abweisen, daß dieser Pfeil wiederum von den Hofpredigern abgeschossen war und benutzt wurde, um auch Falk damit zu treffen. Dieser konnte es seinen Gegnern eben auf keinen Fall recht machen: Verweigerte er zu einer Ernennung im Oberkirchenrat seine Gegenzeichnung, so hieß es, daß er die Selbständigkeit der Kirche unterjochte; gab er seine Gegenzeichnung zu einer auf ordnungsmäßigem Wege nachgesuchten Ernennung, so sollte auch dies ein Mißbrauch seiner Zuständigkeiten sein.

Ehe wir uns den weiteren Folgen dieser Verärgerung des Kaisers zuwenden, sei hier noch erwähnt, daß das Zusammenarbeiten des Ministers mit dem Kronprinzen während dessen Stellvertretung auf allen anderen Gebieten ein durchaus erfreuliches und erfolgreiches war. Besonders dankbar war Falk dafür, daß der Kronprinz endlich das unleidliche Verhältnis zum Grafen Uxedom [siehe oben S. 356] zur Lösung brachte. Falk hatte ihm gegenüber den rauen Vorgesetzten hervortreten und wegen dauernder Anbotmäßigkeit eine disziplinarische Strafe verhängen müssen. In einer persönlichen Unterredung am

*) Grenzboten 1904, S. 402 ff., 11., 14. Dez. 1878.

19. Juli äußerte sich der Kronprinz zustimmend zu seinem Vorgehen. Er meinte, es gehe leider nicht, daß er sich Usedom einmal kommen ließe, um ihn von der Gemütsseite zu fassen, weil er dann nicht über Anklagen betreffend die schlechte Behandlung seiner Person hinauskomme. Es war ihm zwar unangenehm, Usedom während der Stellvertretung zu entlassen, er war aber damit einverstanden, an seiner Stelle den Geheimrat Schöne mit der Generaldirektion der Museen zu betrauen, und billigte eine Neuordnung des ganzen Verhältnisses, welche die früheren Übelstände beseitigen sollte. Es war ein großer Fortschritt für die Behandlung der Kunstangelegenheiten im preussischen Staate, daß diese wichtige Stellung von nun an von aller höfischen Gebundenheit befreit und nach rein sachlichen Gesichtspunkten besetzt wurde. Die endgültige Ordnung der Angelegenheit gelang allerdings erst unter Falks Nachfolger. — Ebenso waltete zwischen dem Kronprinzen und dem Minister volles Einverständnis über die Behandlung der Ausgrabungen, die Humann an dem alten Pergamos veranstaltet hatte. Dem Eintreten des Kronprinzen ist in erster Linie der Erwerb dieser Schätze für die preussischen Kunstsammlungen zu danken. Auch über die Pläne für die künstlerische Ausstattung und Einrichtung der Innenräume des Zeughauses, dessen Umbau durch Gesetz vom 17. März 1877 angeordnet worden war, konnte der Minister leicht ein volles Einverständnis des Kronprinzen herbeiführen. — Nur einmal hatte Falk bei dem Kronprinzen eine leichte Empfindlichkeit zu spüren. Es war, als der Minister von seiner Reise nach Gastein Anfang September zurückgekehrt war. Der Kronprinz war befremdet, daß er von der Heimkehr des Ministers erst aus der Zeitung Kenntnis gewonnen habe, und forderte ihn zu einer persönlichen Besprechung über den Inhalt seiner Gasteiner Konferenzen mit dem Reichskanzler auf. Es gelang aber dem Minister, bei einem sofortigen Besuch in Potsdam diesen Eindruck beim Kronprinzen wieder zu verwischen.

Das Hin und Her über die Wiederaufnahme der Geschäfte durch den Kaiser war für den Kronprinzen auch nicht gerade erquicklich. Als ihm Falk bei dem eben genannten Besuch in Potsdam von der Absicht des Kaisers mitteilte, die Geschäfte baldigst wieder zu übernehmen, war er anscheinend nicht unangenehm berührt. Er fühlte während der ganzen Zeit besonders stark den Mangel eines herzlichen Verhältnisses zwischen Vater und Sohn, den Gluch des Hohenzollernerbes, das schon das Verhältnis zwischen Friedrich Wil-

helm III. und seinem ältesten Sohne so tief getrübt hatte. Freundliche und heftige Schreiben des Kaisers wechselten ab. Nach der Bestätigung des Todesurteils über Hödel hatte ihm der Kaiser mit Dank und Anerkennung geschrieben, aber wenige Wochen darauf hatte er ihm die bittersten Vorwürfe gemacht, daß er seinem ältesten Sohne eine Reise nach England gestattet habe. Der Kronprinz vermied insolgedessen, wo es irgend möglich war, ein intimeres Zusammentreffen mit dem Vater. Umgekehrt scheute auch der Kaiser ein Zusammentreffen mit den kronprinzlichen Herrschaften. Nachdem der Kaiser dem Kronprinzen seinen bestimmten Willen ausgesprochen hatte, die Geschäfte am 5. Dezember wieder zu übernehmen, und angeordnet hatte, daß eine an diesem Tage erscheinende Ordre dies aussprechen sollte, wurde der Entwurf dazu dem Kaiser vorgelegt. Er strich daraus den Passus, welcher dem Kronprinzen dankte. Er betrachtete dies als eine häusliche Angelegenheit und behielt sich vor, diesen Dank in einem Privatschreiben auszusprechen. Am 6. Dezember fand eine Abschiedsaudienz des Staatsministeriums beim Kronprinzen statt. Er dankte allen für Hilfe und Belehrung, die er nützen würde, wenn er je die Geschäfte definitiv übernehmen sollte.

Fünfzehntes Kapitel

Beginn der Verhandlungen zwischen Staat und Kurie nach dem Tode Pius IX.

Wir sind den Ereignissen vorausgeeilt und müssen ein wenig zurückgreifen.

In keiner Session des Landtages hat der Minister so selten das Wort ergriffen, wie in der von 1877 auf 1878. Aus seinem Ressort waren dem Hause keine wichtigeren Vorlagen zugegangen, nur der Entwurf eines Gesetzes zur Sanktion der Kirchenverfassungen von Nassau und Schleswig-Holstein*), der keinerlei Kämpfe hervorzurufen geeignet war. Also boten nur die Etatberatung und etwaige Petitionen Anlaß, an den Beratungen des Landtages teilzunehmen. Nach der Aussprache mit Bismarck in der Sitzung des Staatsministeriums vom 6. Oktober**) beschloß Falk, sich in der Debatte möglich zurückzuhalten. Das Zentrum hatte diese aufs beste vorbereitet, indem es drei Riesenpetitionen aus Westfalen, aus der Rheinprovinz und aus Schlesien in Bewegung gesetzt hatte. In diesen Petitionen waren vor allem die Maßnahmen des Ministers auf dem Gebiete der Schule zum Angriffspunkte erwählt und diesen Angriffen eine deutliche persönliche Spitze gegen den Minister gegeben worden. Der Konflikt des Monarchen mit dem Minister über die Angelegenheiten der evangelischen Kirche mußte in den Führern des Zentrums die Hoffnung auf einen Sturz des verhaßten Mannes beleben. Sicherlich wußten sie über die Schärfe dieses Konfliktes noch viel genauer Bescheid als die Öffentlichkeit, dazu war der Zusammenhang mit den Ultrakonservativen und durch diese wieder mit dem Hofe zu eng. Und nun hatte die Benrather Rede***) allen diesen Hoffnungen und Bestrebungen neuen Wind in die Segel ergossen und zugleich den Punkt gezeigt, von dem aus sich der Riß vielleicht erweitern ließ. In den Versammlungen und in der Presse trat immer unverhohlener der Gedanke hervor, Falks Stellung sei erschüttert, er sei nicht nur in Differenzen mit dem Kaiser, sondern auch mit Bismarck; und die liberalen Zeitungen waren zum Teil töricht genug, dies Gerede aufzunehmen. Die provinziellen

*) S. 412, 456.

**) S. 383.

***) S. 392.

Organe merkten überall, wie stark diese neubelebte Hoffnung auf die Verhandlungen zur Ausführung des Ordensgesetzes und des Gesetzes über die Vermögensverwaltung einwirkte. Die Kirche suchte die Ausführungen durch alle möglichen Einreden und Weiterungen hinauszuschieben, um, wenn der Minister bis dahin den Hals gebrochen haben würde, den Aufschub in eine Aufhebung zu verwandeln. In immer neuen Beschwerden sollte das Ziel erreicht werden: gutta cavat lapidem, wobei fraglich blieb, welcher lapis, ob das steinerne Herz Falks oder Bismarcks oder das Fundament von deren Stellung. Worauf man rechnete, sprach das Schlesische Zentrumsblatt ganz offen aus: „Mit Gottes, unserer und der Glattgeschietelten Hilfe werden wir diesen Minister zeitig genug stürzen sehen.“

Hatte aber die Führung der katholischen Partei gehofft, mit den drei Massenpetitionen auf den Kaiser einen besonderen Eindruck zu erzielen, so hatte sie sich geirrt. Der Kaiser übergab sie alle drei dem Minister zur Bescheidung nach seinem Ermessen und erklärte sich mit den im „Staatsanzeiger“ veröffentlichten Antworten ganz einverstanden. Ja, bei der Übersendung der letzten dieser Petitionen, der Schlesischen *), die beweglich über die Verwaisung so vieler Pfarreien und die Behinderung der Seelsorge klagte, ließ der Kaiser ihm sagen, er möchte bei der Antwort doch aussprechen, die Beschwerden wären an die falsche Adresse gerichtet und hätten nicht bei ihm, sondern bei dem Papste angebracht werden sollen. Eine andere Adresse allerdings, nicht so agitatorisch betrieben, machte mehr Eindruck, die Beschwerde Krefelder Evangelischer über die Einrichtung von Simultanschulen **). Hierüber forderte der Kaiser Bericht und ließ sich auch durch einen einstündigen Vortrag Wilmowskis nicht bestimmen, das Vorgehen des Ministers eindeutig zu billigen. Natürlich war es dem Kaiser unangenehm, einer ausdrücklichen Bezugnahme auf seine Äußerungen in Benrath nicht Folge geben zu können, und er suchte deshalb nach einem Arrangement, um dem zu entgehen.

Die Beratungen des Etats im Abgeordnetenhaus begannen am 16. November und dauerten bis zum 2. Dezember. Falk nahm gleich anfangs das Wort, um auf einen Doppelangriff Reichenspergers und Windthorst's zu entgegnen. Der Angriff war scharf, Reichensperger hatte seine Rede mit den Worten geschlossen, der Minister könne dem

*) Schulze, S. 546.

**) S. 459.

Staate Preußen nur noch einen Dienst leisten, nämlich Se. Majestät zu bitten, ihm einen Nachfolger zu geben. So war auch die Antwort schneidend: „Zur Vereinfachung der Sache dient es wohl, wenn ich einfach erkläre: Die Frage der Aufhebung der Maigesetze ist für die Staatsregierung absolut undisputabel, und wenn ich hinzusetze: Die Regierung ist, wie die Dinge liegen, auch nicht in der Lage, der Erwägung näherzutreten, ob etwa in einer oder der andern Bestimmung der Maigesetze sich eine Modification empfehlen könnte.“ Dieselbe Erklärung wiederholte er am 1. Dezember mit den Worten: „Den Frieden will die Staatsregierung, aber den Frieden, den die Herren uns auch heute noch bieten, den will sie nicht, weil sie es nicht darf.“ Die Debatte verlief äußerst leidenschaftlich. Das Zentrum hatte mit großem Geschick seine Batterien auf die schwächsten Stellen gerichtet. Fälle wie in Kasten (Provinz Posen), wo es bei der Einführung eines den dortigen Katholiken verhaßten sogenannten Staatspfarrers — eines solchen, der sich den Maigesetzen gefügt hatte, — zu Unruhen gekommen war und der Landrat offenbar den Kopf verloren hatte, waren auch für die Staatsregierung nicht angenehm, die hierbei der Minister des Innern zu rechtfertigen hatte. Und ganz ehrlich konnte der Kommissar Falks in dem vom Zentrum als Knalleffekt bei der Etatverhandlung vorgebrachten Falle des Schulrates Lauer in Koblenz sagen, der Minister hätte ihn gewiß nicht angestellt, wenn vorauszu sehen gewesen, daß er — von Haus aus katholischer Priester, der um seine Verwendung im Schuldienste gebeten und sie, nachdem er bewährt war, auch gefunden hatte — nach der Anstellung seinen priesterlichen Stand aufgeben und heiraten würde. Wenn aber das Zentrum nun verlangte, der Mann müsse seines Amtes enthoben werden, katholische Schulen dürften ihm nicht länger unterstellt bleiben, so ließ sich dazu eben nichts anderes sagen, als daß sein Verhalten zu einem disziplinaren Verfahren keine Handhabe böte und daß ein Verstoß gegen das Kirchengesetz nicht auch ein Verstoß gegen das Staatsgesetz wäre. Der Minister ließ daher erklären, daß er den Mann solange in seiner Stellung belassen und schützen werde, als er seine amtliche Pflicht erfülle. Ein wichtiges Moment der Debatte war dies, daß auch von einem Teil der Konservativen ausgesprochen wurde, man sei des Kulturkampfes satt, und daß das Bemühen Windthorst's, mit diesem Flügel der Konservativen ein Bündnis herzustellen, stark hervortrat.

Nicht minder heftig gestaltete sich die Verhandlung über die Petition-

nen zur Schulfrage am 21. Januar. Die Kommission beantragte den einfachen Übergang zur Tagesordnung. So wurde nach langen Debatten, in denen Gneist und der Kommissar des Ministers über katholische Schulen, Stauder, in glänzenden Reden das Prinzip der preußischen Staatschule vertraten, beschlossen. Weniger gut ging es der Staatsregierung mit einer Petition, die das Recht der Kommissare für die bischöfliche Vermögensverwaltung, Exekutivstrafen zu verhängen, bestritt. Das Haus trat dieser Beschwerde bei, erkannte allerdings an, daß die Kommissare dies Recht haben müßten, forderte aber ein Gesetz dazu. Diesem Verlangen entsprechend wurde ein diesbezüglicher Gesetzentwurf schleunigst eingebracht und trotz des Widerspruches des Zentrums in den Sitzungen am 31. Januar und am 5. Februar angenommen. Bei dieser Gelegenheit stand Falks bester juristischer Rat zum letzten Male vor dem Hause: Foerster wurde wenige Wochen nachher von einer tödlichen Krankheit ergriffen, die ihn am 8. August dahinraffte, — ein Fall sachlich wie persönlich schwer treffender Verlust. An seine Stelle setzte er Lufanus.

Allein der Eindruck dieser Debatten im Lande erlosch vor der Nachricht vom Tode Pius IX., die am 8. Februar das Land durcheilte. Jedermann fühlte, daß der Schauplatz des Kampfes sich nun von selbst verlegen würde, — von den Verhandlungen im Parlament in Verhandlungen mit der Kurie.

Der Papst war am 7. Februar 1878 um 5 Uhr gestorben. „Eine prinzipielle Änderung, schrieb Falk in sein Tagebuch, wird der Tod des Papstes nicht bringen, doch gehen immerhin die Momente verloren, welche sich an die Person des Papstes knüpfen, der wunderbare persönliche Nimbus, den die lange Regierung, die seltenen Geschehnisse, die persönliche Verehrungswürdigkeit usw. um ihn breiten, und das ist etwas.“ Die Zeitungen knüpften an diese Meldung natürlich weitreichende Erwägungen. Die „Kreuzzeitung“ schlug vor, sofort regierungsseitig mit einer Änderung der Maigesetze vorzugehen, die „Post“ sah eine Wendung im Kulturkampf vor der Tür, die „Vossische Zeitung“ sorgte sich um zuweitgehende Nachgiebigkeit der Regierung. „Daß nach oben hin in solcher Richtung gewirkt werden wird, kann nicht zweifelhaft sein. Zur Herbeiführung solcher Wendung halte ich mich auch in dem Falle nicht für den geeigneten Minister, daß ich in bezug auf das zu Erzielende und den Weg dazu wirklich einverstanden sein könnte.“ Ein persönliches Gespräch mit Bülow am 20. Februar bestätigte Falk, daß bis jetzt keinerlei Er-

örterungen unter den Mächten über die Anerkennung des neuen Papstes gepflogen seien. Frankreich hatte mitgeteilt, es habe seine Kardinäle auf die Wahl eines Papstes von versöhnender Gesinnung hingewiesen. Bülow glaubte, es werde gewiß ein alter Mann zum Papste gewählt werden, der als mild gelte, und sprach in voller Übereinstimmung mit Falk seine Sorge dahin aus, daß der neue Papst scheinbar entgegenkommende Schritte tun würde, — „im Hinblick auf die Stellung in unseren höchsten Kreisen“. Gewählt wurde Kardinal Pecci, 68 Jahre alt; er nannte sich Leo XIII.

Am 26. Februar forderte Bismarck Falk auf, ihn zu besuchen. „Er hatte Nachricht vom preußischen Gesandten aus München von Werthern, daß der dortige päpstliche Nuntius ihm zwei verschlossene Notifikationschreiben an den Kaiser, eines vom Kardinalskollegium, eines vom Papste, zur Weiterbeförderung übergeben habe. Bismarck hat Werthern telegraphisch angewiesen, den Inhalt auf privatem Wege zu erfahren, die Schreiben aber zurückzugeben, weil der Nuntius nicht der richtige Weg sei. Bismarck fürchtete, daß, wenn er sich darauf einließe, der Nuntius tatsächlich ein solcher für das Reich würde, anderseits will er nicht einen entgegenkommenden Schritt zurückweisen. Er schlug vor, die Übergabe durch einen der noch in Preußen vorhandenen Bischöfe vornehmen zu lassen. Mein Bedenken war, dadurch würde ein bestimmter Bischof zu einem Ansehen erhoben, welches er als Bischof nicht habe, die Sache sei mehr internationaler Natur und daher angebracht, daß sich der Papst, mangels eines Gesandten, direkt an Bismarck wende. Bismarck wollte die internationale Seite nicht anerkennen, er konstruierte, daß der Papst etwa wie ein reformierter Oberbischof in Dortrecht zu behandeln sei, mit dem man nur durch seine inländischen Untergebenen verkehre. Ich wies darauf hin, bei der Streichung des Gesandtenpostens beim Papste habe Bismarck die Sache anders angesehen. Nach Einsicht älterer Akten, wonach solche Notifikationschreiben nur formeller Art seien, und nach Kenntnisaufnahme von einer Note aus Bern, wonach die Schweizerische Bundesregierung, um den abgebrochenen diplomatischen Verkehr nicht wieder anknüpfen zu lassen, den schweizerischen Gesandten in Paris angewiesen habe, das auch diesem überreichte Schreiben mit einfachem Rezeptive zu quittieren, einigten wir uns, Werthern solle die Schreiben zurückgeben und den Absendern anheim stellen, sie entweder durch die bayerische Regierung oder durch Vermittlung eines preußischen Bischofs zu überreichen.“

Am 4. März wurde in Berlin bekannt, daß der Papst den Kardinal *Franchi* zum Staatssekretär ernannt habe. Da man hörte, daß die Demission seines Vorgängers *Simoni* durch eine Vorstellung der mit dem Vatikan in Verbindung stehenden Mächte bewirkt sei, mußte dies als ein leises Anzeichen auf Bemühungen zur Wiederherstellung eines *modus vivendi* aufgefaßt werden. *Franchi* war derjenige Kardinal, der, nach Reudells Bericht vom 19. März 1877 [f. S. 359 ff.], dem Kardinal *Hohenlohe* von seiner Absicht Mittheilung machte, die Anzeigepflicht zuzugestehen, auch mit dem Großherzog von Baden Unterredungen hatte und nach weiteren Berichten vom 7. April 1877, namentlich infolge der *Lasterschen* Rede, zur Erreichung dieser Bewilligung erst Verhandlungen für nötig hielt, zu welchen vielleicht ein Vertrauensmann aus Berlin gesandt werden könne. Fürst *Hohenlohe-Langenburg* erzählte falk, der Kardinal *Hohenlohe* habe dem Papst sein Vaterland Deutschland ans Herz gelegt und dieser gesagt, er werde den Appell nicht vergessen. Am 6. März äußerte Bülow, es werde *Bismarcks* und *Falks* ganzer Festigkeit bedürfen, um aus römischen Einlenkungen keine Gefahr entstehen zu sehen. Von Österreich und Frankreich würden bereits gute Dienste angeboten, *Bismarck* habe sich aber demgegenüber kühl verhalten und erwidert, man werde ja sehen, was Rom tue. Einige deutsche Gesandte, welche durch Nuntien vom Tode *Pius'* in Kenntniss gesetzt, zu hohe Ausdrücke über den Verlust gebraucht hätten, seien rektifiziert worden. Nach München sei tatsächlich geantwortet worden, der Nuntius möge die Briefe entweder durch den König von Bayern oder einen preußischen Bischof an den Kaiser einreichen, nur wenn *Werthern* sich überzeuge, daß sie ganz unverfänglich seien, möge er sie selbst an den Kaiser übersenden.

Am 12. März kam eine Note des Botschafters von Reudell vom 4. d. M. über das Verhältnis zwischen Quirinal und Vatikan:

„Der Papst hat eine Anzeige seiner Thronbesteigung an den König unterlassen, und Verhandlungen über die Krönungsfeierlichkeiten haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. König *Humbert* hat Reudell erzählt, vor dem Konklave hätten sowohl *Franchi* wie der Kardinal *Howard* vertraulich versucht, mit der italienischen Regierung und dem König in Beziehung zu treten, um eine künftige Versöhnung zwischen Vatikan und Quirinal vorzubereiten. Der König hielt aber solche Bemühungen für ziemlich aussichtslos, da über das Garantiegesetz niemals hinausgegangen werden könne.“

Ein zweiter Bericht vom selben Tage schilderte eine Audienz des Kardinals Prinzen Hohenlohe beim Papst am 1. März:

„Der Papst lenkte selbst das Gespräch auf Deutschland und gab den lebhaften Wunsch zu erkennen, zum Frieden mit dieser Macht zu gelangen. Der Kardinal bat, Se. Heiligkeit möge ein versöhnendes Wort dahin senden und die Bischöfe zum Frieden ermahnen, sie namentlich anweisen, vor Ernennung neuer Pfarrer den Oberpräsidenten Anzeige zu machen. Der Papst erwiderte, er habe bereits an den Kaiser geschrieben, hoffe auf eine entgegenkommende Antwort, und dann werde man ja sehen, was weiter zu geschehen habe.“

Ganz vertraulich aus einer zuverlässigen Quelle erhielt Reudell die Nachricht, Franchi habe vor Annahme des Staatssekretariats, das er mehrfach abgelehnt hatte, die ausdrückliche Bedingung gestellt, daß Se. Heiligkeit eine Politik gutheißen werde, deren Ziel der Friede mit Deutschland und Rußland sei. Der Papst sollte hierzu sein volles Einverständnis erklärt haben, — es werde sehr gut sein, wenn die bisherige politica delle sagrestie ein Ende nehme. Reudell hielt Franchi für geeignet, Hoffnungen auf päpstliche Verfügungen zum Zweck einer Milde rung des gegenwärtigen Kriegszustandes hervorzurufen. Je weniger er als strenger Doktrinär angesehen werde, um so mehr dürfe man ihm zutrauen, praktische Maßregeln vorzuschlagen, welche die bisher befolgten kirchenpolitischen Prinzipien beiseite liegen ließen. Reudell hatte allerdings nicht selten gehört, daß Franchi eine glückliche Hand in großen Geschäften bis jetzt nicht bewährt habe. Der Bericht gab die Hauptdaten über Franchis amtliche Funktionen. „Er gilt als tätig, gewandt, ehrgeizig und brillant, wenig zuverlässig und etwas frivol. Den Jesuiten ist er verhaßt.“ Reudell empfahl schließlich, „den Entwurf zu einem Allerhöchsten Antwortschreiben auf den Brief des Papstes in etwas entgegenkommenderer Form zu redigieren, als bei der Amtierung Simeonis angezeigt gewesen wäre“.

Die beiden durch Vermittlung der bayerischen Regierung eingelaufenen Schreiben, eines in lateinischer Sprache vom Kardinalskollegium und eines in italienischer Sprache vom Papst, gingen am 18. März in Berlin ein. Sie sind gedruckt *). Auf Bismarck machten sie keinen Eindruck. Er äußerte in einem Gespräch mit Friedenthal, wie schon oben [S. 386] gesagt ist, er stehe ganz

*) Jahn, S. 207; Majunke, S. 166; Schulte, S. 588.

fest, und es sei wohl möglich, daß Falk zu für Rom billigeren Friedensbedingungen bereit sein werde als er. Anders war der Eindruck auf den Kaiser und vor allem die Kaiserin. Am 20. März redete der alte Oberstkämmerer Graf Redern Falk dringend zu, doch aus dem freundlichen Schreiben des Papstes Anlaß zum Friedensschluß zu nehmen, schon um den häuslichen Frieden des Kaisers wieder herzustellen, aber auch, um in Verbindung mit dem Zentrum ein konservatives Regiment zu stärken. Selbstverständlich konnte Falk dem nur eine freundliche Ablehnung entgegenstellen und darauf hinweisen, es seien weitere päpstliche Schritte zu erwarten. Das Antwortschreiben des Kaisers an den Papst vom 24. März, gegengezeichnet von Bismarck, gleichfalls gedruckt *), charakterisierte Bismarck als eine Gegenvisitenkarte auf die vom Papst abgegebene Karte. Die Sache sei darin umgekehrt, der Erwartung des Papstes auf Schritte der Regierung deren Erwartung auf Schritte des Papstes entgegengestellt worden. Das Schreiben an das Kardinalskollegium in lateinischer Sprache enthielt nichts als eine förmliche Kondolenz.

Am 24. März: „Bismarck sagte mir, daß er mit mir über Romana sprechen wolle. Die Sache werde jetzt komplizierter. Als ich erwiderte, ich glaubte das gerne, es seien ja [infolge des kaiserlichen Geburtstages] so viel Fürstlichkeiten anwesend, entgegnete er: Nein, komplizierter im guten Sinne. Es zeigten sich jetzt die Früchte meiner sechsjährigen tapferen Politik. Er frage sich, welcher Weg einzuschlagen, — und als ich bemerkte: Mögen sie doch zunächst etwas tun, was Unterwerfung unter das Gesetz bedeutet, sagte er: So weit sind wir noch nicht, es handelt sich um die erste Anknüpfung.“

Anlaß zu diesem von Bismarck gewünschten Gespräch bot ein Promemoria des Legationsrates von Derenthal in Rom an den dortigen Botschafter vom 7. März folgenden Inhaltes:

„Monsignore Graf Lichnowski, ein nicht besonders hochstehender päpstlicher Beamter, hat sich vertraulichst an Derenthal gewandt und ihm im Auftrage Franchis folgendes eröffnet: Der Papst wolle ernstlich dem politischen Kampf entsagen, der Sakristeipolitik ein Ende machen, eine demnächst erscheinende Allokution werde sich von aller Politik fernhalten und Beleg für diese Stellung geben. Der Papst wünsche sehnlichst Frieden mit Deutschland, habe in versöhnlichster Absicht an den Kaiser geschrieben und würde einen

*) Hahn, S. 207; Majunke, S. 166; Schulte, S. 588.

besonderen Abgesandten, der käme, um ihm zur Thronbesteigung zu gratulieren, mit offenen Armen empfangen. Verhandlungen würden unzweifelhaft zum Ziele führen, man würde die Aufhebung nicht eines einzigen Gesetzes verlangen, nur von der Zukunft Befreiung der Härten erhoffen. Kardinal Hohenlohe werde wegen seiner Beziehungen zum preussischen Hofe bei Verhandlungen nicht auszuschließen sein, wohl aber die anderen, schlimmeren, wie Ledochowski. Polnische Beziehungen würden gar nicht in Frage kommen. Eventuell sei Franchi auch bereit, Zentrum und Presse zur Mäßigung zu ermahnen. Derenthal hatte entgegnet, von Entsendung eines Abgesandten würde keine Rede sein können, im übrigen diese Mittheilungen ad referendum genommen.“

Falk sagte Bucher, der ihm die Promemoria überbrachte, er könne nur zu äußerster Vorsicht mahnen, die Sache klinge zu gut, die Form sei zu leicht desavouierbar, und er vermisse jedes Pfand für die Wahrheit der Gesinnung. Die Konferenz mit Bismarck fand darauf am 25. März statt, nachdem sich Falk gerade vorher des vollen Einverständnisses mit dem Grafen Stolberg in der römischen Frage versichert hatte, wie übrigens wenige Tage nachher auch mit Maybach. Bismarck theilte Falk mit, daß inzwischen auch ein Schreiben von Reudell eingegangen sei, Kardinal Hohenlohe habe nach Rücksprache mit Franchi von neuem versichert, der Papst sei gewillt, um jeden Preis mit Deutschland Frieden zu schließen, man müsse diese Stimmung benützen, weil die Prälaten Oesterreichs und Frankreichs stark dagegen agitirten. Deshalb sei absolutes Schweigen nötig. Materielle Schwierigkeiten seien nicht abzusehen, alle wünschenswerten Anweisungen an die geistlichen Behörden würden voraussichtlich erlassen werden. Wenn in dem Antwortschreiben Sr. Majestät [das noch nicht abgegangen war], auf Absendung eines Vertrauensmannes von Rom nach Berlin hingedeutet würde, so würde das veranlaßt werden. Bismarck hatte zurück telegraphirt, das Antwortschreiben sei freundlich gehalten, vertrage aber in seiner amtlichen Fassung vertrauliche Einschiebungen nicht. Die Sendung eines Vertrauensmannes werde in Berlin entgegenkommend und diskret aufgenommen werden. Die Freiheit der Gesetzgebung könnte vertragsmäßig nicht beschränkt werden, zu Änderungen könnte man sich nicht verpflichten, in der Ausführung aber seien Modalitäten beiderseits tunlich, die einen modus vivendi ermöglichten. Er hatte auch die Frage angeregt, ob, wenn der Papst dem Kaiser seine Thronbesteigung anzeige, es dann zu viel verlangt sei, daß auch die zu ernennenden Geistlichen der Re-

gierung angezeigt würden. Als Falk bemerkte, ein Unterhändler in Berlin würde wegen des Hofes schwer sein, entgegnete Bismarck, er könne völliges Infognito, namentlich Fernhalten vom Hofe, bedingen, auch zeige sich der Kaiser fest. Bismarck wollte nun von Falk wissen, was man von Rom verlangen müsse, und was man, ohne das Gesetz zu ändern, als Äquivalent geben könne. Falk deutete ihm Einiges an. Auf unverändertem Gesetz zu verharren, erklärte Bismarck bestimmt, ebenso schien er nicht geneigt, hinsichtlich des Bischofseides nachzugeben; das Klostergesetz erachtete er auch nicht als geeignet zur Milderung und von der Schule wünschte er die katholische Geistlichkeit wie bisher ferngehalten.

Der erste Schritt des Papstes hatte, wie Falk sich in den nächsten Tagen in Gesprächen mit dem Großherzog von Baden und mit führenden nationalliberalen Politikern überzeugte, die Hoffnung auf einen nahen Friedensschluß stark belebt. Der Großherzog sagte zum Beispiel, der Papst mache nicht bloß ein anderes Gesicht, er handle auch anders. F o r d e n b e c k stellte Falk vor, die Ultramontanen möchten Frieden. Schon vor anderthalb Jahren habe ihm ein hervorragendes Zentrumsmitglied gesagt, er und eine große Mehrheit seiner Freunde würden sich den Maigesetzen unterwerfen, wenn das Gesetz vom 12. Mai 1873 dahin geändert würde, daß der Papst als Disziplinarinstanz nicht ausgeschlossen und die Absetzung der Geistlichen durch den kirchlichen Gerichtshof nicht auf rein geistliche Befugnisse und Pflichten erstreckt würde. Jetzt zeige sich das Friedensbedürfnis stärker. Windthorst habe geäußert, am Hofe wolle man Frieden, ob aber auch Bismarck? Falk erwiderte: Gewiß, auch dieser wolle Frieden, aber es komme darauf an, wie der Frieden sein solle. F o r d e n b e c k erklärte, wenn der Staat nicht leiden solle, müsse Falk selbst den Frieden, den modus vivendi durchführen, und wollte Falks Zweifel in dieser Beziehung nicht gelten lassen. Bismarck sei nicht fest, er habe sich vor längerer Zeit schon abfällig über die Maigesetze zu ihm geäußert und in einer langen, unerquicklichen Unterredung, die er vor zwei Wochen mit ihm gehabt, gesagt, Windthorst könne er gleich haben. — Es ist nicht erfreulich zu sehen, daß diese nationalliberalen Führer, Bennigsen und F o r d e n b e c k, so eifrig bemüht waren, zwischen Bismarck und Falk Mißtrauen zu säen; es war bei dieser Gelegenheit, daß Bennigsen Falk die üble Warnung zuraunte, Bismarck habe in keiner Weise eine persönliche Neigung zu ihm *).

*) S. 484.

Auch die Zeitungen brachten allerlei Nachrichten voll Optimismus über den herannahenden Frieden. Es hieß, Franchi habe die preußischen Bischöfe zum Bericht über den Zustand ihrer Diözesen seit 1872 sowie darüber aufgefordert, wie es komme, daß nicht gegen alle Bischöfe eingeschritten sei, oder, er habe die preußischen Bischöfe angewiesen, etwaige Vereinbarungen der Kurie mit Preußen nicht zu hindern. Graf Fred Frankenberg, einer von den staatsstreuen Katholiken, erklärte Falk, weshalb er die Friedensschritte der Kurie für ernstgemeint halte. Die Kurie wolle mit allen Mächten zum Frieden kommen, weil sie ihre Kraft für Italien brauche. Dort sei alles unsicher. Die Dynastie wurzele nicht tief, die Linksparteien würden immer stärker, man fürchte das Kommen einer Republik, und angesichts dessen wolle die Kurie gerüstet sein. Graf Hohenlohe-Langenburg, der den Minister am 10. April traf, meinte, dieser würde wohl in erregtester Stimmung über die Entwicklung der römischen Frage sein, was Falk verneinte. In den höheren Regionen der Kurie herrsche eine etwas geänderte Stimmung. Dann wieder ließ sich die „*Rölnische Zeitung*“ aus Rom telegraphieren, der Papst sähe jetzt die Unmöglichkeit ein, das Zerwürfnis mit Preußen rasch zu beenden und wolle vorderhand nur eine Waffenruhe, er wünsche vor allem die Rückkehr Ledochowskis in seine Diözese! Ferner meldeten Telegramme aus Rom, daß Kardinal Hohenlohe vom Papst durch die Ernennung zum Protektor eines römischen Klosters ausgezeichnet sei.

Erst am 25. April teilte Bülow Falk neues Material mit. Zwischen dem Auswärtigen Amt, der Kurie und Hohenlohe war darüber verhandelt worden, ob dem Vatikan die Veröffentlichung der Antwort des Kaisers auf das erste Schreiben des Papstes genehm sein würde, nachdem dessen Schreiben vom 20. Februar in einer belgischen Zeitung veröffentlicht war. Der Papst hatte antworten lassen, er bäte davon noch abzusehen, da er nochmals an den Kaiser schreiben wolle. Dann waren einige freundliche Worte zwischen Bismarck und dem Kardinal Hohenlohe selbst gewechselt worden, und dieser hatte durch Reudell melden lassen, er habe vorgeschlagen, das in Aussicht genommene päpstliche Schreiben durch einen Abgesandten, vielleicht ihn selbst, nach Berlin befördern zu lassen. Stehe dann die päpstliche Initiative vor aller Augen, so werde die kaiserliche Regierung vielleicht angezeigt finden, eine Antwort Sr. Majestät durch eine Ver-

trauensperson zu senden, welche zu Verhandlungen in Rom ermächtigt sei. Dieses wünschte Bismarck nicht. Er ließ andeuten, jeder Bote von dort werde in Berlin höfliche Aufnahme finden, zu eigentlichen Verhandlungen sei aber kein Anlaß. Eine kurze Eröffnung der Kurie und eine entsprechende Weisung an den Klerus würde zur Herbeiführung eines allmählichen *modus vivendi* nützlicher sein. Dann erschien am 26. April die erste Enzyklika des neuen Papstes, maßvoll im Tone, doch wurden alle päpstlichen Ansprüche darin festgehalten.

Wie recht Falk mit der Warnung vor einer allzu optimistischen Beurteilung der Situation hatte, erwies schlagend ein am 27. April einlaufender Bericht des Regierungspräsidenten von Aachen über ein neues Vorgehen der Kurie, das mit der Absicht, einen *modus vivendi* zu schaffen, schwer oder gar nicht zu vereinigen war. Die *Congregatio concilii* zu Rom forderte in amtlichem Schreiben vom 15. April, unterschrieben vom Kardinal Caterini, von den Geistlichen, die das Staatsgehalt noch annähmen, daß sie dies nicht weiter beziehen dürften, vor allem aber, daß sie öffentlich und feierlich erklären sollten, sie hätten sich den *Leges ecclesiae infensae* nicht unterworfen, und zwar unter Androhung der *ipso facto* eintretenden *poena suspensionis a divinis*. Die preußischen Gesetze waren in diesen Schriftstücken wiederholt als solche bezeichnet, die die Kirche verdammt habe. Die betroffenen Geistlichen in der Aachener Diözese hatten beschlossen, an den Papst zu gehen und Stellung vor das Diözesengericht zu fordern.

Am 29. April erhielt Falk neue Mitteilungen von Bülow. Erstens ein persönliches Schreiben Kardinal Hohenlohes an Bismarck vom 21. April 1878:

„Der Papst habe geäußert, eine Revision der Konvention von 1821 zwischen der preußischen Regierung und dem Heiligen Stuhle würde den Maigesetzen, ohne sie in der Front anzugreifen, eine Milde rung geben, ähnlich wie die Revision des Pariser Traktats den von San Stefano modifizieren würde.“

Dann fuhr Hohenlohe fort:

„Die von Ew. Durchlaucht angedeuteten näheren Besprechungen könnten nun entweder hier oder in Berlin oder auch anderswo stattfinden. Die sehr friedfertige Antwort des Papstes an den Kaiser ist vorgestern den 19. April von Kardinal Franchi dem hiesigen bayerischen Gesandten zur baldigen Besorgung zugeteilt worden. Am Ende dieses Schreibens des Papstes wird Ew. Durchlaucht das Anerbieten des Heiligen Vaters zu Verhandlungen ersehen

können. Ich kann nochmals die Versicherung geben, daß auch Leo XIII. und der Kardinal Franchi sehr diese näheren Besprechungen wünschen. Erlaube mir nun, Ew. Durchlaucht verschiedene Vorschläge diesbezüglich ergebenst zu unterbreiten. Für sehr notwendig scheint mir, nach meinen schwachen Begriffen, daß Ew. Durchlaucht bald Kardinal Franchi einige Zeilen schreiben und etwa Dero Zufriedenheit über dessen friedliche Gesinnungen aussprechen würden, die ich Ew. Durchlaucht mitgeteilt hätte. Dabei würde sich dann die Gelegenheit ergeben, einen oder den anderen der hier folgenden Vorschläge zu machen, entweder

1. daß Ew. Durchlaucht mit der Antwort des Kaisers auf das am 19. April abgegangene päpstliche Schreiben einen von Ihnen zu Verhandlungen Bevollmächtigten hierher schicken, oder

2. daß Sie hier jemanden beauftragen würden, mit Kardinal Franchi zu verhandeln, oder

3. Ew. Durchlaucht schreiben in dem Brief an Kardinal Franchi, er möge jemanden nach Berlin zu näheren Besprechungen schicken, oder

4. Ew. Durchlaucht veranlassen Kardinal Franchi, irgendwo, etwa an der italienischen Grenze, eine Konferenz mit Ihnen zu haben. Für den letzteren Vorschlag einer Konferenz zwischen Ew. Durchlaucht und Kardinal Franchi, der vom Papst vollständig mit dem Friedenswerk in Deutschland beauftragt ist, sehe ich wohl, daß die Schwierigkeiten in Dero Abwesenheit von Berlin groß sein mögen. Dies alles schreibe ich unter dem Eindruck meiner Entrevue mit Kardinal Franchi."

Zweitens, und das war das wichtigste, ein neues Schreiben des Papstes an den Kaiser vom 17. April, italienisch, in deutscher Übersetzung, mit Randbemerkungen Bismarcks *):

„Das Schreiben, durch welches Ew. K. und K. Majestät die Anzeige unserer Erhebung zu dem Pontifikat zu beantworten geruht haben, fordert uns einerseits auf, das Gefühl der aufrichtigsten Dankbarkeit auszusprechen für die gnädige auf uns bezügliche Äußerung und für die guten Wünsche, welche Sie uns für eine glückliche Regierung der Kirche senden, versetzt uns anderseits in die Notwendigkeit, Ihre erhabene und wohlwollende Aufmerksamkeit auf eine Erwägung zu lenken, welche das Glück **) der Ihrem mächtigen Zepter unterworfenen Katholiken nur zu nahe angeht.

In jenem Schreiben erinnern Ew. Majestät an eine glückliche

*) Bismarcks Randbemerkungen in den folgenden Anmerkungen.

**) Sache des Königs, der sie regiert.

Vergangenheit *), in welcher der Sinn des deutschen Volkes den Frieden im Staate und den Gehorsam gegen dessen höchste Autorität treu zu bewahren wußte, beklagen die gegenwärtig von den Dienern der Kirche beobachtete Haltung und verlangen das Einschreiten unserer Autorität, damit der Genuß so kostbarer Güter wieder hergestellt werde, vermittels der Unterwerfung aller Katholiken unter das Gesetz des Staates, in welchem sie leben.

Wir bitten nun Ew. Majestät wohlwollend zu erwägen, daß, wenn ein bemerkenswerter Unterschied besteht **) zwischen dem von Ihren katholischen Untertanen früher beobachteten Verhalten und dem jetzt von Ihnen bezeichneten, derselbe einzig hergeleitet werden muß aus der in der bürgerlichen Gesetzgebung eingetretenen Wandlung, welche in einigen Punkten die göttliche Verfassung der Kirche alterierend, in anderen einen Zwiespalt zwischen den bürgerlichen und den kanonischen Bestimmungen hervorrufend, unvermeidliche Beunruhigungen in dem Gewissen der Katholiken erzeugte, welche durch diese Fragen wider ihren Willen in die schmerzliche Alternative versetzt wurden, entweder den neuen Gesetzen die Befolgung zu versagen oder es an der Erfüllung der heiligen Pflichten fehlen zu lassen, welche ihnen durch die Gesetze Gottes und der Kirche auferlegt sind.

Danach werden Ew. Majestät leicht ermessen, wohin die in unserem ersten Briefe ausgesprochene Bitte zielte, so vielen Ihrer Untertanen den Frieden und die Ruhe ihres Gewissens zurückgeben zu wollen. Auf nichts anderes zielte sie, als Ew. Majestät zu beschwören, jenes Hindernis zu beseitigen, welches die Katholiken abhielt, den den Gesetzen der Kirche schuldigen Gehorsam mit der Unterwerfung unter die Anordnungen der bürgerlichen Obrigkeit zu vereinigen, während es ein unerschütterlicher Grundsatz unserer heiligen Religion ist, daß die genaueste Erfüllung der religiösen Pflichten zusammengehe, wo kein Hindernis sich dazwischen stellt, mit der Befolgung und Achtung, welche der Autorität der Gesetze und des Staates gebühren.

Wollen daher Ew. Majestät einen gnädigen Blick auf diese schmerzliche Lage werfen und in der Gewißheit, Ihrer souveränen Autorität keinerlei Einbuße zuzufügen, geruhen anzuordnen, daß die Diener Gottes und das katholische Volk in der freien Beobachtung der Gesetze und Vorschriften ihrer Kirche belassen werden. Und da die neue bürgerliche Gesetzgebung entstanden ist aus der Unterdrückung der Verfassungsartikel, welche

*) und Gegenwart.

**) Durchaus nicht.

die völlige Unabhängigkeit des katholischen Kultus in Ihren weiten Besitzungen sanktionieren und garantieren, so wolle Ew. Majestät in Hochherzigkeit einen Zustand der Dinge wie der aufleben lassen, welcher ebenso nützlich für die Ruhe der Gewissen als förderlich für die Interessen des Staates war, und möge Ew. Majestät sich versichert halten, daß wir unsererseits nicht ermangeln werden, darüber zu wachen, daß das hergestellte Einvernehmen (accordo) zwischen den beiden höchsten Autoritäten sorgfältig gehütet und befördert werde.

Dies ist die Hoffnung, die wir gerne in die Gerechtigkeit Ew. Majestät setzen, welche zu anderen Zeiten unzweifelhafte Beweise Ihrer Deferenza gegen diesen apostolischen Stuhl gegeben haben, und wenn es Ihnen gefallen würde, unsere Wünsche zur Erfüllung zu bringen, so bieten wir Ihnen gern an, soviel an uns ist, mit der Hilfe Gottes die Bändigung der gegenwärtigen religiösen Wirren zu beschleunigen.“

Dieses Schreiben machte auf Bismarck den übelsten Eindruck. In der That hatte der Papst darin gerade den Punkt getroffen, in dem Bismarck noch viel empfindlicher war als Falk. Wir wissen, welchen Wert er auf die Aufhebung der genannten Verfassungsartikel legte *), vor allem aber empfand er den schreienden Widerspruch zwischen dem zuerst angekündigten Verzicht der Kurie auf Änderung der preussischen Gesetze und der Forderung, gerade im entscheidenden Punkt mit einer Gesetzesänderung vorzugehen. Vorläufig sagte er Bülow, wie dieser Falk am 30. April mitteilte, es werde gut sein, das Schreiben gar nicht zu beantworten und dies Reudell mitzuteilen: von Gesetzesänderungen könne keine Rede sein, man warte ab, was von Rom und der Geistlichkeit geschehen würde. Das Schreiben müsse streng geheimgehalten werden; vielleicht sei es nur als ballon d'essai gemeint. Auch das Vorgehen der Kurie gegen die Staatseinkünfte beziehenden Pfarrer reizte Bismarck. Er erhob sofort Vorstellungen in Rom, wie ein solches Vorgehen mit dem Briefe des Papstes vereinbar sei. Dem Kaiser hatte Bülow auch hierüber Bericht erstattet, um eine allzu hoffnungsreiche Stimmung zu berichtigen, und ihn sehr empfindlich berührt gefunden.

Am 17. Mai gelangte wieder ein ganzer Stoß von römischen Meldungen an Falk. Die meisten mit sehr energischen Randbemerkungen des Kanzlers.

*) S. 258.

Erstens eine Depesche Kуделлs vom 9. Mai 1878.

Inhalt: Der bayerische Gesandte beim Papst, Graf Pаumgarten, ist vor einigen Jahren, auf Pфрейсhners Anregung, gegen den für die Diplomaten bei der Kurie geltenden Gebrauch mit Kуделл in persönliche Beziehungen getreten. Sie sahen sich jedoch nur in kleinen Kreisen und in Abwesenheit anderer Diplomaten. Erst in neuester Zeit hat er mitunter von Geschäften gesprochen, sich als ehrlichen Katholiken zu erkennen gegeben, der Beseitigung der Konflikte wünscht, und wenn er sich auch nicht überall die Anschauungen der kaiserlichen Regierung zu eigen gemacht, doch von den Schwierigkeiten eine Vorstellung hat, welche wesentliche Veränderungen der kirchenpolitischen Gesetzgebung unmöglich machen. Bei gelegentlicher Besprechung des Monitums der Congregatio concilii vom 15. April zeigte er sich entschieden abgeneigt, ohne speziellen Auftrag von München die Sache mit Franchi zu besprechen. Im Laufe längerer Unterredung theilte Pаumgarten folgendes über die persönlichen Verhältnisse beim Vatikan mit.

Monsignore Czacki, der sich gelegentlich erlaube im Namen des Staatssekretärs zu sprechen, habe ihm kürzlich ganz vertraulich gesagt, wenn man in Deutschland den Frieden wünsche, so werde es nur auf Wiedereinführung der beiden vor einigen Jahren eliminierten Artikel der preußischen Verfassung ankommen, was ja für den Fürsten Bismarck ein leichtes sei. Die Verhandlungen dürften dann nicht auf Grund der Maigesetze, sondern der Bulle de salute animarum zu führen sein. Man wünsche, nicht in Berlin, sondern in Rom zu verhandeln, weil derartige Verhandlungen erfahrungsmäßig der Kurie vorteilhafter seien als auswärtige. Man möge eine geeignete Person, einen Diplomaten, nach Rom senden, nicht etwa einen Geistlichen, da man mit solchen diplomatisch überhaupt nichts zu tun haben wolle. Man möge sich möglichst beeilen, da der günstige Augenblick für Verhandlungen vielleicht bald vorübergegangen sein werde, die entgegenwirkenden Einflüsse seien sehr mächtig. Pаumgarten fügte hinzu, er habe Czackis Zumutungen *) zwar entschieden abgewiesen, aber darüber nach München berichtet.

Diese Mittheilungen bestätigen, was nach der amtlichen Stellung des Monsignore Czacki ohnehin anzunehmen war, daß er den Inhalt des zweiten päpstlichen Briefes kennt und vom Staatssekretär über dessen Ansichten in bezug auf Verhandlungen mit Deutschland informiert ist.

Die Kongregation für die affari ecclesiastici straordinarii hat sich mit den diplomatischen Beziehungen des Heiligen Stuhles zu

*) Bismarcks Randbemerkungen: In der That höchst unverschämte und törichte.

den Staatsregierungen zu beſchäftigen, ſofern es ſich nicht um laufende Sachen handelt, deren Erledigung dem Staatsſekretär allein obliegt. Eingehende Schriftſtücke, welche für das Verhältniß der Kurie zu den Staaten irgendwelche Bedeutung haben, gelangen in die Hände des Sekretärs dieſer Kongregation, welcher der Regel nach die Erwiderngskonzepte zu entwerfen oder zu revidieren hat. Die hervorragende Wichtigkeit der Funktion dieſes Sekretärs ſpringt in die Augen. Leider iſt im März 1877 durch eine Grille Pius IX. dieſer Poſten dem übelerfahrenen Czadi übertragen worden, deſſen Antezedentien vor 1867 in Warſchau bekannt ſein werden. Er kam vor etwa zehn Jahren nach Rom, um eine Tochter der ihm verwandten Fürſtin Obdeſcalchi zu heiraten, trat, als die Heirat nicht zuſtande kam, in geiſtlichen Stand und wurde mehr durch Konnexionen als durch Leiſtungen vorwärts gebracht. Man bezeichnet ihn als gewandt, unwiſſend, charakterlos, vermutlich beſtechlich. Es iſt anzunehmen, daß Czadi, der augenblicklich Franchis Anregungen in jeder Beziehung willfährig entgegenkommt, den Feinden deſſelben, Ledochowski, Falloux, Biblio und anderen näherſteht und überdies durch politiſche Inſtinkte getrieben wird, dahin zu wirken, daß ein modus vivendi mit Deutſchland nicht zuſtande kommt *).

Zweitens eine Depeſche vom 10. Mai 1878.

Nach Derenthals Mitteilungen hat Monſignore Graf Richnowski den Auftrag erhalten, zu Reudells Kenntnis zu bringen, Franchi habe ihm auf Ehrenwort erklärt, daß weder er noch der Papſt von dem Erlaß des Monitums der Congregatio concilii vom 15. April eine Ahnung gehabt. Richnowski fügte hinzu, Franchi habe, ſobald er von der Sache gehört, den Sekretär der Kongregation rufen laſſen und dahin verſtändig, es ſei der Wunſch des Papſtes, daß das Monitum zurückgenommen werde. Der Sekretär habe dies jedoch für abſolut unmöglich erklärt. Bald darauf ſei es durch rheiniſche Blätter zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden. Über die Entſtehungsgeschichte des Monitums aus verſchiedenen übereinstimmenden Quellen folgendes:

Die Kongregation hat ihren Namen vom Concilium Tridentinum und ſich mit innern Kirchenangelegenheiten zu beſchäftigen. 1876 ward inſolge von Anſfragen einiger Geiſtlichen aus der Diözeſe Trier bei der Kongregation für die außerordentlichen Kirchengeschäfte eine Entſcheidung über das Verhalten der Geiſtlichen gegenüber dem preußiſchen Geſetz vom 22. April 1875 hervor-

*) Dazu iſt hiernach und nach dem zweiten päpſtlichen Schreiben gar keine Ausſicht.

gerufen. Das Dekret besagte, daß Geistliche, welche Staatsgehalt bezögen, sich öffentlich zu erklären hätten, daß sie nicht beabsichtigten, sich hierdurch den kirchenfeindlichen Gesetzen zu unterwerfen. Dieses Dekret ist angeblich im Oktober 1876 in rheinischen und belgischen Blättern abgedruckt worden. Melchers soll dann im Januar 1877 eine bezügliche Verfügung erlassen und zwei Zeitungen bezeichnet haben, in welchen die Geistlichen die vorgeschriebenen Erklärungen zu veröffentlichen hätten. Aus Gemeinden der sich nicht fügenden Pfarrer sollen zahlreiche Beschwerden eingelaufen sein, daß man Gewissensbedenken habe, die Sakramente von abtrünnigen Pfarrern zu nehmen. Infolgedessen gelangte die Sache an die Congregatio concilii. Diese hat nur allmonatliche Sitzungen, welche durch gedruckte Referate vorbereitet werden, die den Mitgliedern in Rom zugehen. Diese Behandlung schien nicht nötig, da ein materiell entscheidendes Dekret einer andern Kongregation bereits vorlag und es sich nur um Disziplinarmaßregeln auf bereits festgestellter Basis handelte. Der Text des Monitums wurde angeblich bereits Anfang Februar festgestellt, gelangte aber nicht zur Ausfertigung infolge des Todes Pius IX. Welche Personen bei der Feststellung respektive Ausfertigung und Absendung tätig, soll Reubell in einigen Tagen erfahren. Der greise Caterini wird als Null bezeichnet. Man nimmt aber an, daß andere Kardinäle mit dem bewußten Zwecke, die Bestrebungen des liberalisierenden Franchi zu kreuzen, die Sache betrieben und Vortrag bei Franchi oder dem Papst hinderten.

Reubell vermag äußern Zusammenhang zwischen dem Monitum und dem päpstlichen Briefe vom 17. April nicht wahrzunehmen. Den letzteren durch ein höfliches non possumus zu beantworten scheint Reubell indiziert, da gänzliches Ausbleiben einer allerhöchsten Antwort hier die Illusion *) hervorrufen könnte, als hielte man den Gedanken einer Wiedereinführung der beseitigten Verfassungsartikel einer Erwägung **) wert.

Drittens eine Depesche vom 10. Mai 1878.

Hohenlohe hat am 1. Mai von dem staatsstreuen Pfarrer Sieger in Scherenhütte bei Aachen eine Ausfertigung des Monitums vom 15. April und eine bezügliche Beschwerde erhalten ***). Am 2. Mai äußerte er zu Reubell, er fühle sich persönlich kompromittiert, daß man ihn friedliche Briefe schreiben lasse †) und gleich-

*) ?

**) ?

***) Unklar. Was sagt denn Hohenlohe respektive Franchi zu dem zweiten Bericht des Papstes?

†) Beauftragen oder dulden?

zeitig ohne sein Wissen eine so feindliche Maßregel gestattet habe. Es liege wahrscheinlich eine Kardinalsintrigue zum Sturze Franchis und zur Erhebung des Franzosen Falloux an seine Stelle vor. Er wolle alles dies dem Herrn Pecci, den er ja selbst wählen geholfen, vorhalten und ihm zu Gemüt führen, daß er die Kongregationen in Ordnung halten müsse, wenn die Interessen der Kirchen in Deutschland nicht immer tiefer geschädigt werden sollten. Leider ist Hohenlohe später anderen Sinnes geworden und hat am 3. Mai nur an den Papst folgenden Brief geschrieben, ohne diesen oder Franchi zu sprechen, und ist am 7. Mai für acht Tage nach Tivoli gereist. In dem italienischen Briefe, den Reudell übersetzt, steht:

„Der zweite Brief an den Kaiser hat nicht die gewünschte Wirkung hervorgebracht, da er nicht von jemandem überbracht wurde *), der mit Bismarck oder dem Kaiser hätte verhandeln können. Aberdies hat es sehr schlechten Eindruck gemacht, daß, während man über den Frieden verhandelte, hinterrücks ein gehässiges Restript der Congregatio concilii gegen arme Priester der Kölner Diözese geschleudert wurde, wie aus den angeschlossenen Papieren ersichtlich. Die Regierung hat alsbald von diesem Restript Kenntnis gehabt. Man sagt, daß es von diesen bekannten verächtlichen Polen (qui soliti dispetucci polacci) inspiriert worden ist, um den Frieden zu verhindern. Der Kaiser und der Kanzler betrachten dasselbe als ein Zeichen, daß man die Feindseligkeiten wieder beginnen will, und es ist gut, daß Ew. Heiligkeit das wissen. Indem ich die Verpflichtung fühle, alles dies Ew. Heiligkeit vorzutragen, besüßworte ich, daß der Name dieser armen Priester nicht bekannt werde, da sie sonst noch größeren Verfolgungen ausgesetzt sein würden.“

Bei Mitteilung dieses bereits mehrere Tage vorher abgesandten **) Briefes erläuterte Hohenlohe Reudell mündlich, er wisse allerdings nicht, ob der Kaiser und Bismarck das Monitum als Wiederbeginn der Feindseligkeiten aufgefaßt haben, indes glaube er, daß ein solcher Schreckschuß nützlich sei und werde er ein etwaiges Dementi abwarten. Auch im ersten Satze sei er etwas von der Wahrheit abgewichen, da er nicht habe sagen mögen, daß der zweite Brief des Papstes an sich schlecht gewesen. Von seiner Kenntnis des päpstlichen Schreibens hat Reudell gegen Hohenlohe keinen Gebrauch gemacht. Hohenlohe hat, ohne festzustellen, ob der Papst den Brief erhalten und gelesen, vom 3. bis 7. Mai vergeblich gewartet, nach dem Vatikan gerufen zu werden und dann durch die Abreise auf acht Tage seinen Gegnern frei Feld gelassen. Von

*) Als ob er dann andern Inhalt gewonnen hätte.

**) Wer weiß?

den im Schreiben als verächtlich bezeichneten Polen wohnt der eine, Ledochowski, im Vatikan und weiß dem Papst täglich auf Spaziergängen im Garten zu begegnen und allerlei zu erzählen. Der andere, Czadi, müßte, vermöge seiner Stellung, das Schreiben selbst zur Beantwortung erhalten haben, wenn es nicht durch ganz besonderes Wohlwollen des Papstes oder Franchis aus dem Geschäftsgang gehalten worden ist. Hohenlohe hat sich keinerlei Sorgen deshalb gemacht. Es ist wahrscheinlich, daß das Hohenlohesche Schreiben dem Papst und Franchi mit dem Monitum bekannt gemacht wurde und zu der Rückfrage veranlaßt hat.

V i e r t e n s eine Depesche vom 11. Mai 1878.

Reudell hat Hohenlohe wiederholt gesagt, daß jetzt die Veröffentlichung des päpstlichen Notifizierungsschreibens und die Antwort Sr. Majestät erwogen werde, da nach Eingang des zweiten päpstlichen Schreibens die Aussicht auf Verständigung geringer geworden. Hohenlohe hat sich einer Äußerung enthalten und, wie Reudell vermutet, weder Franchi noch dem Papst etwas davon gesagt. Beide hat er seit 2. Mai nicht gesehen. Seine in der Angelegenheit des Monitums hervorgetretene Abneigung, mündlich vorzutragen, was Mißempfindung hervorrufen könnte, berechtigt zu der Annahme, daß er über die Frage der Publikation schwieg, wenn er überhaupt seit dem 29. April im Vatikan war. Die Veröffentlichung erscheint Reudell jetzt nicht gerade opportun. Es scheint Reudell im allgemeinen nicht empfehlenswert, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die einzelnen Phasen der vatikanischen noch nicht aufgegebenen Bestrebungen zur Herstellung eines *modus vivendi*, auf deren augenblickliches Stocken oder demnächstigen Fortgang zu lenken. Überdies könne nach Publikation des Monitums vom 15. April durch Veröffentlichung des kaiserlichen Briefes die Auffassung begründet werden, als habe sich die Kurie beeilt, genau das Gegenteil von dem zu tun, was Se. Majestät als Hoffnung ausgedrückt hat. In der öffentlichen Meinung werde sich hierdurch die Vorstellung einer über das nachweisbar vorhandene Maß weit hinausgehenden Feindseligkeit des Vatikans bilden. Doch bescheidet sich Reudell, daß er alle in Berlin in Betracht kommenden Momente nicht übersehe.

F ü n f t e n s eine Depesche vom 11. Mai 1878.

Monsignore Graf Lichnowski besuchte auf sein durch Derenthal vermitteltes Anerbieten Reudell am 11. Mai 1878. Er gab zwei Nachträge zu seinen Erklärungen über die Nichtbeteiligung des Papstes am Monitum. Nicht nur Franchi, sondern der Papst per-

fönllich hat sich bemüht, die Rücknahme des Monitums zu bewirken, sich aber zu seinem Schmerz überzeugt, daß dieselbe, zumal nach der stattgehabten Veröffentlichung, nicht ausführbar wäre. Ferner, und dies sei besonders zu betonen, habe der Papst den Nuntius in München beauftragt, sein Bedauern über das fragliche Monitum durch Vermittlung des bayerischen Staatsministeriums zur Kenntniss der kaiserlichen Regierung zu bringen. Hierdurch hoffe man, werde der Sache der Stachel genommen und das in ihr liegende Hindernis *) weiterer Verständigung beseitigt sein. Auf Reubells Frage, ob das Monitum für die betreffenden Pfarrer praktische Folgen haben, namentlich die Suspension nach vierzig Tagen ipso jure eintreten würde, erwiderte Graf Lichnowski, er möge überzeugt sein, daß den Leuten nichts Böses geschehen und die Sache im Sand verlaufen werde.

Lichnowski erklärte, man würde einen Vertrauensmann nach Berlin schicken, sobald man die Zusicherung erhielte, daß als Verhandlungsbasis die Bulle de salute animarum angenommen werden würde **). Reubell erwiderte, die Annahme solcher Basis würde die Absicht einschließen, zu einer das ganze kirchenpolitische Gebiet umfassenden schriftlichen Abmachung, zu einem Konkordat zu gelangen. Die kaiserliche Regierung habe solche Absicht nicht. Wenn die Kurie sie habe, so schienen ihm die unüberwindlichen materiellen Schwierigkeiten nicht hinreichend erwogen, die sofort hervortreten würden, sobald man versuche, die Abänderung auch nur einer wesentlichen gesetzlichen Bestimmung zu erlangen. Verhandlungen, die auf der Basis des Statutes der katholischen Kirche von 1821 eingeleitet würden, müßten unvermeidlich scheitern, und es sei darum nicht ratsam, sie in Aussicht zu nehmen. Reubell werde, um die Mißempfindung einer Ablehnung zu ersparen, den Vorschlag nicht als solchen ad referendum nehmen. Dagegen glaube er, daß zwanglose mündliche Besprechungen über einen praktischen modus vivendi ersprießlich wirken könnten ***). Graf Lichnowski stimmte persönlich überall bei und bekannte sich als Konkordatsgegner. Das österreichische habe beiden Theilen geschadet.

Lichnowski ging auf die Frage der Anzeige der Pfarrererennungen an die Oberpräsidenten über und bemerkte, die Kurie werde bereit sein, eine bezügliche Anweisung zu erlassen, sobald sie übersehe, daß ihr hinreichend Gegenkonzessionen †) zuteil würden. Von

*) Das Haupthindernis ist der zweite Brief des Papstes. Bei dem ist nichts Zufälliges oder nicht Gewußtes.

**) Geht nicht.

***) Vielleicht schon eher.

†) Welche?

dem Grundsatz *Do ut des*, könne man nicht abgehen, am wenigsten bei einer Maßregel von so ungeheurer Tragweite, wie die in jener Anweisung liegende Einräumung der Exklusivbefugnis an den Staat und bei der Beseitigung der Ursache der meisten kirchenpolitischen Grenzstreitigkeiten der letzten Jahre. Nur als seine persönliche Ansicht könne Lichnowski aussprechen, daß eine staatliche Konzession, welche in Rom schwerer wiegen würde, als viele Gesetzesmodifikationen, in der Beglaubigung eines deutschen Diplomaten *) beim Papste werde gefunden werden. Es könnte dann vielleicht von Verhandlungen ganz abgesehen werden, sobald ein geordnetes Organ vorhanden wäre, um sich über vorkommende Schwierigkeiten von Fall zu Fall zu verständigen. Auf Reubells Andeutung, daß es etwas viel verlangt scheine nach der alleinigen Konzession betreffend die Pfarreranzeigen, schon einen Diplomaten zu schicken, erwiderte der Graf, es dürfe doch nicht unbeachtet bleiben, daß die klerikale Presse zu einem gemäßigten **) Tone Anweisung erhalten und diese Anweisung auch im allgemeinen befolgt habe. Man werde später auch voraussichtlich bereit sein, auf die Zentrumsfraktion, die eigentliche Ursache alles Übels, einen nützlichen Einfluß zu üben. Ob es bald möglich wäre, dieselbe ganz zu sprengen, vermöge er freilich nicht abzusehen und ein bezügliches Versprechen nicht zu geben.

Nach diesen zwar persönlich gefärbten, aber doch vermutlich autorisierten Äußerungen würde man gegen die Zusicherung der Hersendung eines Diplomaten bereit sein, mit genereller Anweisung der Geistlichen zur Anzeige ihrer Ernennung vorzugehen ***), auch wohl in bezug auf Presse und Zentrumsparthei gewisse Einwirkungen zusagen. Unter dem ersten Eindruck dieser eben erhaltenen überraschenden Mitteilung neigt sich Reubell, vorbehaltlich weiterer Prüfung, zur Befürwortung eines derartigen Kompromisses, wobei die diesseitigen Forderungen noch näher zu präzisieren sein würden. Es würde sich eventuell nicht etwa um Akkreditierung des Botschafters am italienischen Hofe beim päpstlichen Stuhle handeln, sondern diesem kommt es vor allem darauf an, von einem besondern, nicht aus Priestern, sondern aus Laien bestehenden diplomatischen Korps umgeben zu sein und in diesem einen Vertreter Deutschlands nicht zu vermissen.

Bülow fügte hinzu, Franchi habe außerdem direkt an Bismarck nach Friedrichsruh telegraphiert und ihn gebeten, dem Kaiser die

*) Von Bismarck angestrichen.

**) Ist gleichgültig; das Gift bleibt ebenso wirksam.

***) Falk fragen.

Glückwünsche des Papstes zu seiner Errettung zu sagen. Er charakterisierte die römischen Personen dahin, Derenthal sei ein Kreuzzeitungsmann, Reudell etwas zu tatenlustig, Hohenlohe scheine auf Lügenboden gewandelt zu sein.

Vor allem aber überbrachte er Falt ein ausgezeichnetes, eigenhändiges Botum Bismarcks vom 16. Mai folgenden Inhaltes:

„Reudell legt zu viel Gewicht darauf, ob das Monitum vom 15. April dem Papst zur Last fällt oder nicht. Die Schlüsse, welche sich aus diesem vermuteten und unaufgeklärten Anteil ziehen lassen, sind bedeutungslos neben dem zweiten päpstlichen Schreiben. Über das hätte, nach Bismarcks Wunsch, Reudell die befreundeten Prälaten, respektive Paumgarten mit Franchi zu reden veranlassen sollen.

Nachdem wir durch Hohenlohe und andere darauf vorbereitet waren, daß man auf ausdrückliche Änderung unserer Gesetzgebung nicht rechne und die Unmöglichkeit davon für uns einsehe und nachdem dann plötzlich diese nahte, nach Bismarcks Gefühl uns verhöhnende Forderung des Papstes dennoch dem Kaiser direkt entgegentritt, können wir auf vertrauliche Eröffnungen durch diese Kanäle keinen Wert mehr legen. Die letzte Erfahrung zeigt, wie leicht es ist, Hohenlohe vorzuschieben, zu desavouieren, aufs Land zu schicken. Dasselbe gilt für alle andern vertraulichen Mitteilungen, in denen ja gleichzeitig die Forderung, daß die preußischen Gesetze geändert werden müssen, und an anderen Tagen das Zugeständnis, daß wir unsere Gesetze nicht ändern könnten, entgegentritt. Das einzig greifbare in diesen wechselnden Schattenbildern ist der päpstliche Brief, und an ihm gemessen erweisen sich alle gemäßigten Äußerungen als Lügen.

Wenn das berechtigte Mißtrauen nicht wäre, welches dieser Brief mit seiner kolossalen Anmaßung ganz im Sinne Pius IX. bei uns bezüglich aller friedliebenden Zusicherungen erwecken muß, so ließe sich ja davon wohl reden, daß wir ein Entgegenkommen bezüglich der Anmeldung mit einer vorläufigen Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen erwidern und so tatsächlich einen modus vivendi ohne prinzipielle Abmachungen erstreben. Zu letzteren wird man befriedigend niemals und annähernd doch nur dann gelangen können, wenn die Schärfen und Verbitterungen, die von Windthorst, Schorlemer, Polen pp. durch Fraktion und Kaplanspresse inklusive „Reichsglocke“ in unsere sozialen und staatlichen Verhältnisse künstlich hineingetragen sind, nach dem Erscheinen eines friedlichen modus vivendi in Vergessenheit geraten werden.

Der Bulle de salute animarum ist der Charakter des Konfordsats

von uns stets bestritten worden. Ihr denselben durch Wiederaufnahme staatlicher Verhandlung auf ihrer Basis zu geben, kann nicht in unserer Absicht liegen, solange der Geist des Kampfes und der Unterdrückung der weltlichen Macht, den Pius IX. repräsentiert hat, nicht erfahrungsmäßig friedlicher Politik der Kurie Platz gemacht. Auch dann können wir immer nur provisorische und kündbare Abkommen treffen, da ja auch der Papst seine Autonomie nicht aufgibt.

Jetzt nach dem zweiten Brief können wir nach Bismarcks Meinung gar nicht unterhandeln, sondern lediglich dem Papst das Bedauern wegen Ablehnung der kaiserlichen Bitte aussprechen. Erfolgt eine Erläuterung des Briefes, welche Verhandlungen möglich macht, so ist die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen — also Anerkennung des obersten und ausländischen Priesters einer der bestehenden Konfessionen als eine Macht, mit welcher der Staat überhaupt anders als im Wege der Gesetzgebung verhandelt, — an sich eine große Konzession, die bei uns nicht populär sein wird, die aber Bismarck unter Umständen glauben könnte, dem Kaiser anzuraten, da sie einen prinzipiellen Verzicht auf irgendeinen Teil souveräner Rechte des Staates nicht involviert. Angesichts des letzten päpstlichen Briefes aber müssen wir abwarten, ob der Papst irgendeine andere Initiative ergreift, nachdem er die, welche er seinem ersten Briefe nach ergriffen, durch den zweiten zerstört hat. Wir können den Vorteil, den bei der jetzigen Sachlage die Wirkung der Zeit zugunsten der weltlichen Gewalt läuft und zum Nachteil der weltlichen Macht der Kirche, nicht aufgeben, wenn wir nicht diese Konzession durch ein erkennbares Äquivalent in Gestalt päpstlichen Entgegenkommens vor der öffentlichen Meinung und vor der Staatsraison rechtfertigen können.

Dies Votum Bismarcks zeigte Falk zu seiner großen Befriedigung ein volles Einverständnis mit seinem eigenen Urteil. In diese Tage fiel nun Falks erstes Abschiedsgesuch, sein Urlaub, und dann kam das zweite Attentat. Als Falk nach Berlin zurückgekehrt war, teilte ihm Bismarck am 6. Juni mit, man wünsche in Rom wieder anzuknüpfen, worüber er neue Mitteilungen erhalten würde, es sei mehr als wahrscheinlich, daß die Erörterungen ohne Erfolg bleiben würden. Derselben Meinung war Stolberg nach einem Gespräch, das er mit dem Wiener Nuntius gehabt hatte, obgleich dieser das eigenmächtige Vorgehen der Congregatio concilii getadelt habe.

Bekannt ist das Schreiben des Kronprinzen an den Papst vom 10. Juni, worin dieser Dank für den Anteil an dem erschütternden

Ereignis, das den Kaiser getroffen hatte, aussprach *). Als Falk es kennen lernte, hatte er den Eindruck, daß die römische Frage darin nicht ganz im Sinne des Votums Bismarcks vom 16. Mai behandelt sei. Bülow entgegnete, er habe darin zwar eine sehr freundliche Ausdrucksweise gefunden, wie sie dem Kronprinzen im Unterschiede zum Kaiser liege, aber doch kein Abweichen von Bismarcks Standpunkt und volles Festhalten am Prinzip. Dies habe der Kronprinz auch bei anderer Gelegenheit bestätigt. Franchi habe durch den portugiesischen Gesandten über Lissabon erklären lassen, daß man uns von Rom aus auf das weiteste entgegenkommen werde, wenn vor hereine Änderung der Maigesetze eintrete. Dies sei aber unter voller Zustimmung des Kronprinzen abgelehnt worden. Auch von verschiedenen Nuntien sei der Friedenswunsch wiederholt hierher gelangt, auch Hohenlohe rühre sich wieder. Er behaupte, daß er den Auftrag, den er abwesend von Rom nicht habe ausführen können [nämlich sich über das Vorgehen der Congregatio concilii zu beschweren], nun ausgerichtet habe. In Rom sei ihm angedeutet worden, daß man dort weder auf Änderung der Maigesetze, noch der älteren Abkommen bestehen werde, man sei bereit, dort oder hier über einen modus vivendi zu verhandeln. In Rom bestünden zwei Richtungen. Die Ultramontanen, von denen die Fürstin von Thurn und Taxis dem Papste neulich gesagt habe, er werde von den deutschen Katholiken für einen Rezer gehalten, seien sehr mächtig. Am Ledochowski unschädlich zu machen, sei eine amtliche Warnung vor Begünstigung der polnischen Bewegung nach Rom ergangen. Der Papst wolle Frieden, wisse nur nicht, wie er es anfangen solle. Manches geschehe wohl ohne sein Wissen, manches zu ändern sei er nicht stark genug, übrigens ein kranker Mann. Bülow glaubte nicht, daß man weiter kommen werde, denn, sobald die Verhandlungen konkret würden, kämen unmögliche Forderungen.

Am 26. Juni empfing der Minister eine Deputation staatskatholischer Geistlicher, die den Schutz des Staates gegen das mehr erwähnte Monitum der Kurie erbat.

Am 27. Juni ging Falk ein Auszug aus einem Berichte des kaiserlichen Geschäftsträgers Grafen Dönhoff in Wien zu:

Jacobini kam bei Erkundigung nach dem Befinden des Kaisers auf seinen Wunsch zu sprechen, eine Verständigung zwischen der deutschen Regierung und dem Vatikan herbeizuführen. Dönhoff

*) Sahn, S. 208; Majunke, S. 167; Schulte, S. 589.

erwähnte darauf des päpstlichen Briefes vom 17. April und gab ihm Abschrift der kronprinzlichen Antwort. Jacobini nahm mit sichtlich großem Interesse sofort Kenntniss von dem Inhalt; er las die Antwort laut. Doenhoff beobachtete, daß Jacobini namentlich durch die Stellen, wo das Verlangen nach Änderungen der preussischen Konstitution und Gesetze zurückgewiesen wurde und wo der tausendjährige Konflikt des päpstlichen Stuhles mit Deutschland Erwähnung fand, unangenehm berührt war. An den Schlusssatz (Liebe zum Frieden usw.) anknüpfend, sagte Jacobini, diese Gefühle berührten sich mit denen des Papstes gewiß, denn Se. Heiligkeit habe von der Thronbesteigung an nicht aufgehört, friedfertige Gesinnungen und den Wunsch nach Verständigung kundzugeben. Auch Jacobini wünsche sie sehnlich. Nur Mittel und Wege zu finden, scheine schwierig zu sein. Doenhoff erwähnte darauf die im Erlasse vom 10. Juni [Fakt nicht bekannt] berührten Punkte, ohne eines Auftrags zu gedenken. Er lenkte Jacobinis Aufmerksamkeit auf eine Erscheinung, welche mit dem Prinzipienstreite der römischen Kirche mit der Staatsgewalt in Deutschland zwar sachlich nicht zusammenhängt, aber willkürlich mit diesem Streite in Verbindung gebracht wird und auf dem eigentlichen Gebiete des Konflikts eine Verständigung erschwert. An der Hand des Erlasses vom 10. Juni entwickelte Doenhoff die polnische Agitation in Preußen in ihren Vorgängen und Phasen, indem er namentlich auf die Wirkungen derselben hinwies, welche immer schärfer hervorgetreten sind, seitdem die Agitatoren ihre politischen Zwecke in die kirchliche Frage gehüllt und in Rundgebungen Pius' IX. Anhalt für Verbreitung der Vorstellung gefunden hatten, daß ihr staatsfeindliches Streben vom Heiligen Stuhl gebilligt werde. Doenhoff berührte Leo's XIII. Reserve gegenüber den sogenannten polnischen Pilgern, sowie die Haltung der polnischen Presse, die trotzdem die Vorstellung zu erhalten suche, als betrachtete der päpstliche Stuhl die erwähnten Umtriebe mit dem früheren Wohlgefallen. Doenhoff gab als seine persönliche Ansicht, daß, wenn es dem Papst gelänge, dem Mißbrauch zu steuern, der mit seiner Autorität für die politischen Zwecke der Polen getrieben werde, der deutschen Regierung die Anbahnung eines friedlichen Verhältnisses wesentlich erleichtert werde.

Jacobini sprach Erstaunen aus, daß die polnische Bewegung überhaupt und in solchem Umfange noch fortbauere, er habe gemeint, daß sie nach heftiger Bekämpfung erloschen sei, wenigstens dem Erlöschen entgegengehe. Jacobini versicherte Doenhoff mit großer Effusion wiederholt des päpstlichen Wunsches nach Frieden und Verständigung. Seine Heiligkeit werde dazu gewiß alles tun, was ihm innerhalb der ihm gezogenen Grenzen möglich wäre. Er

bezeichnete als Mittel wiederum Änderung der Staatsgesetze, da der große Konflikt von der neuen Staatsgesetzgebung auf dem Kirchengebiete datiere. Doenhoff ging auf diese Diskussion nicht ein, sondern wies Jacobini immer wieder auf die oben schon berührten Worte des kronprinzlichen Briefes, worauf Jacobini entgegnete: „Wir haben Gesetze, die seit neunzehn Jahrhunderten bestehen und von oben kommen, und die wir nicht ändern können. Die Staatsgesetze, die von Menschen geschaffen sind, können geändert werden.“ Der oberste Grundsatz der Kirche sei: Gebet dem Kaiser usw. Mehr verlange sie nicht. Jacobini vergaß, wie Doenhoff sagt, wohl absichtlich, indem er die unabänderliche Autorität der göttlichen Gesetze zitierte, daß es sich nicht um diese, sondern um die Interpretation handelt, welche die Kirche ihnen und namentlich dem wörtlich zitierten gibt und die dem fortschreitenden Staatsinteresse mehr und mehr entgegentritt. Jacobini wich einer Andeutung Doenhoffs in dieser Richtung aus und äußerte die Hoffnung, daß, wenn eine Änderung der Staatsgesetze nicht vorgenommen werden könne, vielleicht eine milde Ausführung derselben ein friedlicheres Verhältnis anbahnen würde. Aus der Art, wie Jacobini nach der Zeit des neuen Reichstages fragte, und aus einigen Andeutungen im Laufe der Unterhaltung schloß Doenhoff, daß der Nuntius die Erwartung hegte, die Zusammensetzung des neuen Reichstages werde die Verständigung erleichtern.

Am 2. Juli wurden nun in Berlin die Schreiben des Kaisers und des Kronprinzen an den Papst im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht.

Am selben Tage hatte Falk ein eingehendes Gespräch mit dem Kronprinzen über seinen Brief an den Papst:

„Es war klar, daß er dringend wünscht, derselbe möchte Ausgang einer friedlichen Wendung sein. Er hofft in dieser Beziehung immer noch, obschon er mir erzählte, es habe von Rom her verlautet, der Brief sei doch so eindrucksvoll gewesen, daß der Nuntius in Dresden den Auftrag erhalten, über Berlin nach Rom zu reisen, nachdem er in Berlin Verhandlungen angeknüpft. Jetzt erkläre indes der Nuntius, daß er nicht das mindeste davon wisse. Ich erzählte ihm darauf das Gespräch Doenhoffs mit dem Wiener Nuntius, von welchem er nichts zu wissen schien. Nachrichtlich erwähnte er, daß auch dem Papst eine französische Übersetzung mitgeteilt sei, damit nicht von gegnerischer Seite der deutsche Text falsch übersetzt werde, was vorgekommen sein sollte.“

„Schon im Jahre 1868 habe man ihm, dem Kronprinzen, in Rom gesagt, ohne Benützung der Hintertüren, namentlich ohne Bestechung

der einflußreichen Persönlichkeiten sei beim Vatikan nichts auszurichten. Woher aber Geld nehmen?"

Dem folgte am 13. Juli ein Besuch des Grafen Stolberg: „Der Nuntius in Wien hat ihn wieder aufgesucht, ihm wieder viel von dem Wunsch mitgeteilt, der in Rom nach Frieden bestehe, und ihm die Antwort des Papstes an den Kronprinzen italienisch vorgelesen, respektive in das Französische verdolmetscht. Viel freundliche Worte, dann Aufrechterhaltung des eigenen Standpunktes, endlich Zugeständnis, daß der prinzipielle Standpunkt beiseite gelassen werden soll und Franchi mit Einleitung zu weiterem beauftragt sei. Gelesen hat Stolberg das Schreiben nicht. Der Nuntius hat vorzustellen gesucht, daß preußischerseits jemand nach Rom gesandt werden möge, und daß dies bei dem vatikanischen Geschäftsgang das beste sei. Stolberg ist darauf nicht eingegangen und hat dem Nuntius gesagt, daß es sich um wirklich praktisches Entgegenkommen handeln müsse und dazu werde das beste sein, die Bischöfe zur Anzeige von beabsichtigten Anstellungen an die Oberpräsidenten anzuweisen. Der Nuntius hat es für möglich gehalten, daß der Münchener Nuntius Auftrag erhielte. Gestern hat Stolberg mit Bismarck, dem er schon schriftlich berichtet, über die Sache gesprochen. Er wird, sobald er die päpstliche Antwort im Besitz hat, sie hier nach Bismarcks Weisung mitteilen. Auch Vorstehendes teilte er mir in Bismarcks Auftrag mit, zugleich mit dem Zusatz, daß auch Bismarck meine, die Verhandlungen könnten nur hier geführt werden, schon weil ich hier sei; die Verhandlungen könnten bei ihrer Beschaffenheit nicht bloß in diplomatischer Weise geführt werden. Damit konnte ich natürlich nur einverstanden sein, überhaupt stieß ich bei Stolberg in betreff der römischen Frage auf Verständnis. Stolberg meinte von den Katholiken, insbesondere auch von Windthorst, nur in betreff des e i n e n Punktes die Behauptung gehört zu haben, daß die Maigesetze in kirchliche Gebiete eingriffen, daß nämlich gegen einen Bischof auf Absetzung und nicht bloß auf Entziehung der staatlichen Anerkennung erkannt werden könne. Ich meinte, hier handle es sich um das reine Prinzip und noch dazu um einen nach dem Friedensschluß recht unpraktischen Fall. Habe man wieder neue Bischöfe, so könnte man einer Gesetzesänderung näher treten. Damit war Stolberg auch einverstanden.“

Stolberg über sandte sodann das Schreiben des Papstes an den Kronprinzen vom 29. Juni, womit er diesem geantwortet hatte:

„... Die gnädigen Worte des Dankes, welche Ew. R. und R. Hoheit in dem Briefe vom 10. d. M. an uns gerichtet haben für den Anteil, welchen wir in betreff der kostbaren Gesundheit Ihres erlauchten Vaters genommen haben, machen es uns zur Pflicht, den Ausdruck unserer lebhaften Erkenntlichkeit zu erneuern, zugleich mit der Wiederholung der Wünsche und Gebete, welche wir an den Höchsten richten für die baldige und vollständige Wiederherstellung Sr. Majestät des erhabenen Kaisers von Deutschland.

Ebenso willkommen war uns die Rundgebung des von Ew. Hoheit ausgedrückten Wunsches, ausgeglichen zu sehen im Geiste der Friedensliebe die Schwierigkeiten, welche zwischen der Kirche und dem Staate bestehen und einen von beiden Seiten beklagten Konflikt erzeugt haben. Ew. Hoheit kann nicht zweifeln an dem aufrichtigen Wunsch, den auch wir nähren, wiedergeöffnet zu sehen für Preußen die Wege des Friedens, welche dieser Heilige Stuhl niemals den anderen Staaten verschlossen hat, noch an dem Werte, welchen wir darauf legen werden, ein Ziel zu erreichen, wovon abhängen wird, — dessen sind wir überzeugt, — die Ruhe des katholischen Gewissens ebenso sehr wie die Ruhe und das Gedeihen dieses mächtigen Reiches.

Der Anregung Ew. Hoheit entsprechen wir daher von ganzer Seele, indem wir Gott bitten, daß er alle die Mittel erleichtern möge, welche die katholische Kirche zurückführen würden zum Genuß der Güter, welche der ursprünglich friedliche Zustand, wie er durch viele Jahre in diesen kaiserlichen Gebieten bestand, gesichert hat.

In dieser Absicht werden wir nicht unterlassen, unserm Kardinal-Staatssekretär die geeigneten Instruktionen zu geben, damit er mit der Regierung Ew. R. und R. Hoheit denjenigen Gedankenaustausch beschleunige, welcher demnächst als Grundlage für formale Unterhandlungen (formali tratative) dienen soll.

Wir erneuern inzwischen unsere Gebete für die Ruhe des Reiches, für die Gesundheit Ihres erlauchten Vaters und für das Glück Ew. Hoheit, der wir die Fülle der himmlischen Erleuchtung von Gott wünschen, aus welcher heraus Ew. Hoheit mit der Einsicht und der Hochherzigkeit, welche Sie so sehr auszeichnen, die sehr wichtigen Angelegenheiten leiten können, welche Ihnen in so wichtigen und schwierigen Zeitläuften übertragen sind usw.“

Dieses Schreiben war Gegenstand einer vertraulichen Besprechung des Staatsministeriums bei Bismarck am 14. Juli:

„Bismarck kam auf das Schreiben des Papstes. Er meinte, es werde nicht zum Abschluß führen, aber auch nicht zum Abbruch. Da Franchi nach demselben instruiert sei, brauche der Kronprinz nicht zu

antworten. Verhandlungen könnten nur in Berlin geführt werden, weil es sonst ausfähe, als habe man den Frieden nötig und weil das Kultusministerium die praktische Tragweite des im einzelnen Geforderten allein beurteilen könne und darum dessen Zustimmung nötig sei. Er habe durch seine Kanäle angeregt, daß der päpstliche Nuntius in München ihn in Rißfingen besuche. Diplomatisch werde er nicht weitergehen, als ihm anzudeuten, daß, wenn die Bischöfe der Anzeigepflicht genügten, er die Beglaubigung eines Agenten beim päpstlichen Stuhle zusagen werde. Um so leichter könne er dies, als sie ja jederzeit rücknehmbar sei. Das andere müsse im Wege preußischer Verhandlung oder Korrespondenz geschehen. Ich müßte meinen geistlichen Segen dazu geben und die Zustimmung der Zentralstelle, der Krone, sei ja auch nötig. Ich hatte keinen Grund, dem zu widersprechen."

Vierzehn Tage danach, am 27. Juli, reiste Bismarck nach Rißfingen, und zwei Tage danach wurde bekannt, daß auch der Nuntius Masella dort angekommen sei und mit Bismarck Besprechungen gehabt habe. Das Zusammentreffen der beiden war durch den Kardinal Hohenlohe bewirkt worden. Erst hatte Franchi Hohenlohe versprochen, Masella solle von der Silberhochzeit des Königspaares in Dresden nach Berlin gehen. Dies war nicht gehalten worden. Darauf hatte Hohenlohe, wie Reubell später am 17. September Falk erzählte, einen groben Brief an Franchi geschrieben und dessen gesunden Menschenverstand bezweifelt. Beim nächsten Zusammentreffen habe Franchi Hohenlohe die Hand geküßt und ihm gesagt, er habe recht und habe Masella nach Rißfingen gesandt. Die erste Nachricht über die Zusammenkunft empfing Falk durch eine Depesche Bismarcks aus Rißfingen an den Kronprinzen, die Stolberg und ihm vorgelegt werden sollte:

„Danach ist der päpstliche Nuntius in Rißfingen angekommen. Bismarck hat eine dreistündige Unterredung mit ihm gehabt. Der Nuntius verlangte ein kaiserliches Handschreiben, welches die Unterlassung weiterer Anwendung der Gesetze zusage. Bismarck erklärte dies und ähnliches für unmöglich. Gegengebot: Anzeige und diplomatischer Agent. Der Nuntius werde nach Rom berichten, und bleibt vorläufig vier Tage in Rißfingen. Er ist von der Zähc eines Diplomaten alter Schule. Bismarck glaubt bis jetzt nicht an ein Ergebnis der Verhandlungen."

Aber dieses meldeten am 5. August Zeitungstelegramme aus Rom, in vatikanischen Kreisen verlautete, daß ein *modus vivendi*

zwischen Masella und Bismarck erzielt sei. Im Vatikan seien Instruktionen für den deutschen Klerus ausgearbeitet. Masella werde nach Rom berufen werden, um dem Papste Vortrag zu halten, — es sei nicht unwahrscheinlich, daß Ledochowski in seine Diözese zurückkehre! Wichtiger noch war die Meldung, daß Kardinal Franchi am 1. August in Rom plötzlich gestorben war, verbunden mit allerlei Gerüchten über diesen aufsehenerregenden Todesfall. Bismarck selbst diktierte über seinen Eindruck von den Besprechungen mit Masella zur Übermittlung an Falk am 8. August 1878 folgendes:

„In öffentlicher Besprechung von Verhandlungen mit der Kurie halte ich, sowohl mit Rücksicht auf letztere, wie im Hinblick auf unsere parlamentarische Politik, eine absolute Zurückhaltung geboten. Wir können meines Erachtens dabei nur verlieren und nichts dabei gewinnen, wenn wir uns durch die aufdringliche und lügenhafte Neugier der Zeitungen aus unserer Reserve herauslocken lassen. Gerade die Ungewißheit muß meines Erachtens solange als möglich erhalten werden. Für die Haltung der Kurie, des Zentrums und der liberalen Parteien ist der Glaube an eine bevorstehende Ausöhnung des Staates mit der Kurie unbedingt nützlich. Es würde ein taktischer Fehler sein, wenn wir die Überzeugung, die ich gleich anfangs telegraphisch aussprach, daß hier in Rissingen und jetzt überhaupt die Verhandlungen nicht zum Ziel führen werden, öffentlich aussprechen wollten. Nicht zu irgendwelcher weiteren Benutzung, sondern nur zur Orientierung der beiden beteiligten Minister, des Grafen Stolberg und des Herrn Falk und natürlich des Herrn Staatssekretärs, wenn er zurückgekehrt sein wird, erlaube ich mir die Gründe zu den Akten zu bringen, die mich überzeugen, daß eine Verständigung mit Rom, selbst über einen *modus vivendi*, nur sehr langsam und auf dem Wege tatsächlichen Vorgehens, nicht auf dem schriftlicher Abmachungen, erreicht werden kann.

Prinzipiell wird keiner beider Teile wesentliche Konzessionen machen können; der Fehler der heutigen Situation ist der, daß Rom an unser *non possumus* noch immer nicht ernstlich glaubt, weil es unsere Hilfsbedürftigkeit und gleichzeitig den Wert überschätzt, den ein Friedensschluß mit Rom überhaupt für uns haben kann. Aus diesem Grunde glaubt man in Rom noch immer an ein prinzipielles Nachgeben unsererseits, sei es durch Abschaffung der Maigesetze, sei es durch eine vertragsmäßige Zusage, dieselben nicht anwenden zu wollen. Die letztere Form hält man in Rom für leicht herstellbar im Wege eines allerhöchsten Handschreibens an den Papst, ohne sich dabei klar zu machen, in welcher Gestalt die Zusage, selbst wenn

sich ein König fände, der sie geben wollte, rechtlich verwirklicht werden könnte.

Ich habe mich einstweilen damit begnügt, diese Zumutung pure abzulehnen, weil gleichbedeutend mit der Zurücknahme der Gesetze, und bin über das Angebot der Wiederherstellung einer Gesandtschaft bei der Kurie nach erfolgter Anmeldung neuernannter Priester nicht hinausgekommen, und der Nuntius erwartet hierauf die päpstlichen Instruktionen, die durch Franchis Tod natürlich verzögert sind. Ich habe ihm gesagt, wenn wir uns hierüber einigten, so wäre damit die Aufgabe, welche wir beide hier in Rissingen haben könnten, erschöpft. Aber alle auf das kirchliche Gebiet und die Details weiter eingehenden Fragen könnte ich wohl persönliche Ansichten äußern, aber unterhandelt könnte darüber nur in Berlin unter Zuziehung des Kultusministeriums werden. Der Nuntius hat einstweilen angefangen, Rakoczi zu trinken, um sein längeres Hierbleiben äußerlich zu motivieren.

Der Hauptgrund für die Unwahrscheinlichkeit eines Resultates, den ich dem Nuntius bisher nicht entwickelt habe, liegt an dem geringen praktischen Werte, den für uns auf staatlichem Gebiet alle Konzessionen haben, die der Papst uns überhaupt machen kann. Die Zentrumsparthei ist eine Truppe, die er wohl zum Angriff gegen uns brauchen kann, aber nicht zu unserer Unterstützung, selbst wenn er letztere ehrlich und dauernd beabsichtigen könnte. Bleibt die Zentrumsparthei dauernd zusammen, so wird sie sich nicht dazu gebrauchen lassen, auf päpstliches Kommando die Regierung einmütig zu unterstützen, sondern wird auf allen nicht kirchlichen Gebieten ein jeder seiner Parteimeinung folgen. An wirklich staatsfreundlichen Elementen wird dabei ein sehr geringes Ergebnis übrigbleiben. Die scheinbar konservativen Elemente werden sich auf weltlichem Gebiete als bayerische Partikularisten, als malkontente Preußen großdeutscher Richtungen und in Oberschwaben als Freunde Österreichs, im Elsaß als Franzosenfreunde entpuppen, und die Liberalen werden zum großen Teil eine Verstärkung liberaler und in Bayern partikularistischer Opposition bilden. Der Papst würde uns dann sagen, er habe auf weltlichen Gebieten, im Parlament und in der Presse, keinen Gehorsam gefunden, ganz so, wie es im Januar 1871 mit der uns von ihm angebotenen Friedensvermittlung bei den französischen Bischöfen erging. Die Wirksamkeit der Zentrumsparthei, einschließlich der Kaplanpresse, hat vieles zerstören können und auf lange unwiederbringlich; zum Wiederaufbauen monarchischer Gesinnungen und gesunder staatlicher Ansichten wird sie sich aber machtlos erweisen, und darin eben straft sich die wüste Manier, in der sie ihre Opposition getrieben hat; sie ist ganz

außerstande, als Preis staatlicher Konzessionen irgendein Ausgleichungsobjekt zu gewähren. Sie hat nichts dazu in der Hand und im Besitz und sie wird auch dazu nicht geeignet sein, die Waffen definitiv abzuliefern, denn eine starke preußische Regierung können die Herren alle nicht brauchen. Darin haben die Fortschrittsblätter ganz recht, und wir werden diese Partei noch mehr als früher sich an das Zentrum, Polen usw. anlehnen sehen.

Der Beistand, den uns der Papst durch seinen Einfluß auf Abstimmung der Katholiken auf die katholische Presse, auf polonisierende und germanisierende Tätigkeit der Geistlichen überhaupt versprechen und leisten könnte, würde dabei eine sich täglich erneuernde kontinuierliche Leistung zu bilden haben, welche zu erzwingen, wenn sie verweigert oder lau und unaufrichtig gewährt wird, uns alle Mittel fehlen, sobald wir die Maigesetze aufgehoben oder ihrer Anwendung prinzipiell entsagt hätten.

Schon aus diesem Grunde ist immer nur ein Waffenstillstand auf Grund des status quo, niemals ein definitiver prinzipieller Ausgleich möglich. Für den Papst sind die Waffen, die er gegen uns nach Belieben benutzen kann, unveräußerliche Attribute. Er kann sie nicht abliefern. Schon deshalb können auch wir die unserigen nicht zerbrechen, sondern müssen sie jeden Tag wieder aufnehmen können. Darüber, daß nur ein täglich kündbarer Waffenstillstand, der immer hundert Jahre dauern könnte, zwischen uns möglich ist, täuscht sich aber die Kurie bisher noch vollständig. Entweder macht sie sich nicht klar, oder glaubt, daß wir nicht klar sind, daß die Kurie es nicht in ihrer Macht hat, uns den Frieden zu schenken, dessen sie uns für bedürftiger hält, als wir es sind. Sie überschätzt ferner die Leiden, welche mit der Entbehrung eines Priesters oder Bischofs für unsere Landsleute verbunden sind, und hat keinen Begriff von der Leichtigkeit, mit welcher die Mehrzahl der männlichen Bevölkerung diesen Zustand erträgt. Ich finde den Nuntius auch aus seinen italienischen Erfahrungen für den Gedanken sehr zugänglich, daß die Gemeinden länger den Priester missen können, als der Priester die Gemeinden. Auch die neuen Wendungen in Frankreich, und namentlich auch in Belgien tragen zur Erweichung der römischen Härten bei, und ich zweifle nicht, daß wir ohne ein prinzipielles Opfer, rein via facti, zu einem leidlichen modus vivendi gelangen werden, nicht uno ictu, sondern sehr allmählich, tropfenweise. Wenn ich irgend etwas bei der ruhigen Entwicklung nach diesem Ziel hin fürchte, so sind es Mißgriffe, die nicht in Maßregeln, sondern in publizistischen und parlamentarischen Vorkommen liegen können. Wir müssen meines Erachtens die Sache passiv und schweigend an uns herantreten lassen, jede irritierende

und jede verpflichtende Aussprache vermeiden und den Eindruck machen, daß wir mit der gegenwärtigen Sachlage vollständig zufrieden sind, ohne ein Bedürfnis nach Linderung zu empfinden.“

Diese Nachricht traf im Ministerium ein, als Falk auf seiner Urlaubstreife in Schruns war. Eybow, der in Berlin mit Bucher persönlich gesprochen hatte, regte an, Falk sollte den Versuch einer persönlichen Zusammenkunft mit Bismarck in Gastein machen, und auf eine Anfrage in diesem Sinne erwiderte Bismarck sofort, Falks Besuch in Gastein werde ihm erwünscht sein. Als ihn Eybow unterwegs in Innsbruck traf, konnte er ihm noch ein Schreiben mitteilen, das der zum Nachfolger Franchis ernannte Kardinal Nina am 11. August an Bismarck gerichtet hatte:

Rom, 11. August 1878.

Mon prince!

Appelé par la confiance immeritée de la Sainteté mon Auguste Maître au poste éminent de Secrétaire d'Etat et ne pouvant pas en donner la participation officielle au Gouvernement Impérial et Royal, puisque nos rapports diplomatiques ne sont malheureusement pas encore rétablis, j'attache un grand prix à Vous le faire connaître, mon Prince, du moins par cette lettre confidentielle. Je désire en outre accomplir sans le moindre retard cet acte de courtoisie envers Votre Altesse Sérénissime, dans le but d'empêcher que le Gouvernement Impérial et Royal ne puisse croire, que le changement de la personne du Secrétaire d'Etat soit de nature à modifier la politique du St. Siège vis à vis de la Cour Impériale et Royale d'Allemagne. Tout comme mon illustre Prédécesseur, que la mort vient de nous enlever, je ne veux et je ne puis qu'être le fidèle exécuteur de la politique du Souverain Pontife. — Or cette politique est désormais connue de toute l'Europe; les actes Pontificaux de Son règne, aussi bien que l'action diplomatique du très-digne et regretté Cardinal Franchi en étant la démonstration aussi certaine que constante.

S'étant placé sur ce terrain, dont le fondement consiste dans le plus vif désir de vivre en paix avec les Gouvernements et de leur prêter au besoin tout concours compatible avec les principes et les intérêts de l'Eglise, le Souverain Pontife a eu encore dernièrement à l'occasion des condoléances qui Lui furent adressées après la mort de mon Prédécesseur, la preuve, que c'est ainsi que les Gouvernements qui entretiennent des relations diplomatiques avec le St. Siège ont compris la pensée directive de Son règne. Chacun peut avoir la certitude d'en bénéficier

pour son propre compte et je serais charmé de pouvoir sous ce rapport correspondre au désir, que Son Altesse Impériale et Royale Monseigneur le Prince Héréditaire d'Allemagne a exprimé dans la lettre, qu'il a récemment adressée à Sa Sainteté.

Je me flatte, que le rapprochement qui s'est déjà opéré entre Votre Altesse Sérénissime et Monseigneur Aloisi Masella Vous en aura servi de preuve irréfragable, mon Prince, et j'espère que si les mésentendues malheureusement inséparables de toute situation anormale et violente, comme celle, à laquelle nous nous efforçons de mettre fin, ont été du moins en partie dissipés, Vous ne tarderez pas à Vous convaincre entièrement, que l'Eglise Catholique et la Papauté, loin d'être hostiles à l'Empire d'Allemagne, désirent et sont intéressées pour le bien même des populations qui relèvent de l'Autorité spirituelle du Chef suprême de l'Eglise, à ce que le pouvoir civil y soit comme partout respecté, et que les Catholiques, qui en dépendent, lui rendent l'hommage de leurs devoirs de citoyens.

Toutefois pourque ce but puisse être pleinement obtenu, Votre Altesse le comprendra facilement, il est nécessaire, que la législation civile ne se trouve pas en contradiction avec les lois de Dieu et la Constitution Divine de l'Eglise Catholique*). Voilà pourquoi le Souverain Pontife en a appelé dans Sa lettre du 17. avril de l'année courante à la justice et la magnanimité du puissant Empereur Guillaume, en Le priant de vouloir faire en sorte, que l'Eglise Catholique d'Allemagne soit replacée dans la situation, dont elle a joui jusqu'en 1871. C'est aussi la raison, pour laquelle je viens à mon tour renouveler cette demande à Votre Altesse Sérénissime, dans la conviction que l'intelligence extraordinaire, dont Vous êtes doué, mon Prince, saura Vous suggérer une solution des graves difficultés religieuses, qui, en divisant Votre grande Patrie, la privent de la paix des consciences et des conséquences, qui en sont inséparables, dans l'organisation politique et sociale des Etats.

Initié depuis longtemps à ces graves questions, je veux admettre que malgré le désir que Votre Altesse a exprimé à Monseigneur Aloisi, de mettre un terme à cet état de choses nuisible à l'Eglise et à l'Etat, il ne Vous serait peut-être pas facile, mon Prince, de le faire d'emblée, à la suite des entretiens que Vous avez eus avec le Représentant du Siège Apostolique. Aussi je n'insiste pas davantage sur la nécessité d'atteindre un tel résultat

*) Anmerkung von Buchers Hand: Hiernach können wir nur wiederholen, was der Kronprinz gesagt hat.

immédiatement. Je me borne à constater avec regret le besoin que Vous éprouvez de remettre à plus tard l'accomplissement du plus vif désir du St. Père, en Vous priant cependant de faire tout ce qui sera en Votre pouvoir *) pour que le retour à l'état des choses qui a existé jusqu'à 1871 fournisse au plus vite le moyen au Souverain Pontife de correspondre dans la plus large mesure possible à cet acte de haute justice et d'incontestable équité, dont le St. Siège, je Vous l'assure, mon Prince, saura tenir compte.

Je ne saurais également omettre de Vous remercier pour la consolation, que Sa Sainteté a ressentie à cause du bienveillant et courtois accueil que Vous avez fait à Son Représentant. D'ailleurs cet accueil, qui a été sincèrement apprécié par Mons. Aloisi, me permet d'espérer, que Vous voudrez bien consacrer Vos plus nobles efforts à ce que je puisse au plus-tôt directement et efficacement m'entendre avec Vous. Finalement je trouve non moins utile d'ajouter, que je croirais avoir été comblé d'une grace signalée par le bon Dieu, si, en m'inspirant de la volonté du Souverain Pontife, j'arrivais par une action commune avec Votre Altesse, à conclure non une trêve, qui, n'excluant pas l'actuelle législation civile contraire aux lois de Dieu et de l'Eglise, ne pourrait qu'être éphémère, — car elle formerait une source de nouveaux et plus graves conflits entre les deux Pouvoirs; mais une paix réelle et durable, qui restituerait la paix des consciences à Votre illustre Patrie, en ajoutant une nouvelle gloire à Votre Auguste Souverain. etc.

Le très dévoué Serviteur
Card. Nina.

Bismarck hatte auf das Original geschrieben, Bucher solle eine Antwort entwerfen im österreichischen Stylus, das hieß: nichts sagend, und Galt Mitteilung machen.

Die Unterredung mit Bismarck fand am 29. und 30. August in Gastein statt. Galt hat darüber folgendes aufgezeichnet:

„Es werde mir, so begann Bismarck, am meisten daran liegen, über die Verhandlungen mit dem Nuntius zu hören. Er setze indes voraus, daß ich das für mich und Stolberg bestimmte und nach Berlin gesandte, etwa anderthalb Bogen lange Schriftstück gelesen, in welchem er auseinandergesetzt habe, warum aus den Verhandlungen nichts werden könnte. Als ich dies verneinte, bezeichnete Bismarck als

*) Bucher: Wird B. tun.

eigentlichen Grund den Umstand, daß der Papst uns keine Gegenleistung geben könne. Der Papst habe nicht den mindesten Einfluß auf die Zentrumsparthei, er habe auch keine Macht über die Jesuiten. Die Geistlichen, welche zum Zentrum gehörten, unterlägen deren Einflüssen. Sie würden oppositionell bleiben, auch wenn ein Ausgleich käme. — Dem konnte ich nur unbedingt beistimmen und weitere Ausführung geben. — Gleiches gelte von den Laien. Viele darunter seien Fortschrittler, unsere unverbesserlichen Gegner. Der westfälische Adel sei immer preußenfeindlich gewesen und sei es noch. Andere seien Partikularisten und würden sich in dieser Eigenschaft schroffer zeigen, wenn der Kulturkampf schwiege. Windthorst sei ein Welfe, kein Römer. Von den Welfen beziehe er sein Geld und zwar vieles. Den sehr zum Ausgleich geneigten Herzog Ernst August habe er von diesem Gesichtspunkt verdrängt. Wie wenig Einfluß der Papst auf das Zentrum habe, zeige, daß er der Sozialdemokratie sehr ernst und feindlich gegenüberstehe und daß Domkapitular Mousang in Mainz zum Durchbringen seiner Wahl einen förmlichen Vertrag mit den Sozialdemokraten geschlossen habe und anderwärts nach gleichen Grundsätzen verfahren worden sei. Ebenso ohnmächtig sei der Papst gegenüber der ultramontanen Presse und Agitation.

Der Nuntius habe von einer Wiederherstellung des Zustandes vor 1870 gesprochen, während er, Bismarck, entgegnet habe, der Staat müsse die Wiederherstellung des Zustandes vor 1840 haben, und dieser sei durch die Maigesetze den veränderten Verhältnissen gemäß erfolgt, vielleicht daß wir etwas mehr erhalten hätten. — Ich konnte dies kaum einräumen und wies auf das Weniger hin. — Hierauf sei der Nuntius nicht eingegangen, weil er die Tragweite dieses Hinweises nicht übersähe.

Der Nuntius sei ein Diplomat der alten Schule, sehr angenehm, aber zähe und fein. Obschon er, Bismarck, ihm offen gesagt, daß der Papst nichts gegenleisten könne, habe er doch an der Forderung gehalten, daß ein königliches Wort die Nichtausführung der Maigesetze garantiere oder ähnliches geschehe. Selbstredend habe Bismarck dies zurückgewiesen. Dabei sei klar geworden, daß Rom uns für viel friedebedürftiger hielte, als wir seien und sich noch nicht ausreichend gedrückt fühle. Letzteres werde wohl im Laufe der Zeit kommen, namentlich wenn auch die letzten drei Bischöfe abgestorben seien. In bezug auf ersteres hätten wir nur parlamentarische Unbequemlichkeiten; ob der Nuntius wohl glaube, habe er geäußert,

daß die ultramontane Tätigkeit uns genieren würde, wenn etwa wegen sozialistischer Antriebe der Belagerungszustand über Deutschland verhängt würde. Nicht die Regierung oder Deutschland würden durch eine solche konfessionelle Fraktion und ihre Anhänger ruiniert, sondern der Parlamentarismus. Das natürlichste Äquivalent, eine geschlossene protestantische Gegnerschaft, sei ja leider nicht da. Die Evangelischen haßten sich untereinander mehr als das Zentrum. Schließlich habe er dem Nuntius gegenüber den bestimmten Antrag gestellt, daß die Kurie die Bischöfe veranlasse, die neu anzustellenden Geistlichen zu benennen, wogegen er, Bismarck, den Antrag auf Wiedererrichtung einer diplomatischen Agentur bei dem Heiligen Stuhle einbringen werde. Er für sein Teil habe auch nichts gegen eine Nuntiatur in Berlin, sei aber in dieser Beziehung nicht zu Erklärungen ermächtigt. — Als ich diesem Gedanken entgegentrat, meinte er die Einwendungen mit dem Bemerken entkräften zu können, daß der Nuntius den Papst nicht so belügen könne, wie ihn jetzt die Zentrumsleute belügen, und daß der Nuntius jederzeit als Diplomat wieder fortgeschickt werden könne. Ich vermochte dies nicht zuzugeben, worauf Bismarck die Nuntiaturfrage nur als seine beiläufige Ansicht hinstellte.

Ein Mehreres könne er nicht tun, alles einzelne müsse mit dem Minister Galt verhandelt werden, worauf der Nuntius entgegnet habe: „Ein böser Name“ und Bismarck erwiderte: „Nun dann wolle er sagen, mit dem preußischen Kultusministerium.“ Der Nuntius habe darauf zugesagt, von Rom Instruktionen einzuholen. Diese seien gekommen, aber hätten wieder davon gesprochen, daß doch zuerst die bösen Gesetze weg müßten. Ebenso habe das Minusche Schreiben doch in Wahrheit nur die Forderung wiederholt, welche der Papst in dem zweiten Schreiben an den Kaiser ausgesprochen habe. Damit sei die Sache zu Ende gewesen. Der Nuntius sei zwar noch öfter in seinem Hause, aber nur bei Bismarcks Frau gewesen. Unter solchen Verhältnissen sei ein Paktieren mit Rom ganz unmöglich. Es würde auf ein einfaches Waffenstrecken unsererseits herauskommen, das er niemals eintreten lassen werde. Der Kulturkampf müsse wie bisher weitergehen. In zehn, fünfzehn Jahren werde man dann durch die Schule weiter gewirkt haben. Es sei darum aber noch nicht ein unfreundliches Verhalten einzuhalten, man müsse stets Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zeigen, damit der Papst nicht sagen könne, er sei möglichst entgegengekommen und wir hätten die Versöhnungs-

hand zurückgewiesen. Der Papst spiele in dieser Richtung fein, daher die von ihm zensierte Mitteilung der „Voce de la Verita“, daß man evangelische Liebe walten lassen müsse, das Beten für ein Gelingen des Ausgleichs mit Deutschland, die Nachrichten der ultramontanen Presse vom Bismarckschen Nachgeben. Die Verhandlungen würden allerdings bald *publici juris* werden, aber erst nach dem Reichstag. Die Nationalliberalen sollten bis dahin noch glauben, es könnte das Zentrum gegen sie genützt werden.

Im übrigen fand ich Bismarck tief erbittert [siehe oben S. 489 f.]... Möge die Sache aber kommen wie sie wolle, seine Unterstützung und Dankbarkeit seien mir sicher. Ich erhielt von ihm keinen *faux bon*."

Der Verlauf der Unterredung veranlaßte Falk einen von ihm mitgebrachten, auf Sydows Veranlassung von Hübler ausgearbeiteten Bericht gegen den Plan der Errichtung einer Nuntiaturn in Berlin zurückzuhalten. Er schien ihm von Bismarck nicht ernst gemeint.

Als Falk anfangs September nach Berlin zurückgekehrt war, fand er dort Zeitungsnachrichten über den Stand der Verhandlungen mit Rom, die, wie Bucher ihm mitteilte, von Bismarck inspiriert waren. Anfänglich gehegte Erwartungen über den nahenden Friedensschluß seien herabgestimmt durch das bei den Reichstagswahlen offenbar gewordene Bündnis des Zentrums mit den Sozialdemokraten. Das sei gewiß gegen den Willen des Papstes geschehen, aber es zeige sich darin doch, daß der Einfluß des Papstes auf das Zentrum und seine jesuitischen Kondottieren zu schwach sei, um Zusagen auf dem Gebiete der polnischen, parlamentarischen und journalistischen Politik sicherzustellen. Diese Zeitungsnachrichten hatten den Kronprinzen, wie dieser am 11. September Falk sagte, überrascht. Überhaupt war der Kronprinz über den Stand der römischen Frage gedrückt, was wohl auf den Einfluß Gessens*) zurückzuführen war, der in jenen Tagen in Berlin weilte.

Am 26. September wurde in Rom ein Schreiben des Papstes an den neuernannten Staatssekretär Kardinal Rina vom 27. August veröffentlicht [gedruckt **)], dessen wichtigste Stelle lautete:

„Sie wissen, Herr Kardinal, daß wir unser Wort auch an den mächtigen Kaiser der edlen deutschen Nation richteten, die wegen der für die Katholiken geschaffenen schwierigen Verhältnisse in besonderer Weise unsere Fürsorge verlangte. Dieses Wort, einzig von

*) Siehe oben S. 357.

**) S a h n, S. 211; M a j u n k e, S. 171; S c h u l t e, S. 590 f.

der Begierde eingegeben, Deutschland den religiösen Frieden wieder gegeben zu sehen, wurde von dem erhabenen Kaiser günstig aufgenommen und hatte das gute Ergebnis, zu freundschaftlichen Unterhandlungen zu führen. Bei diesen war es nicht unsere Absicht, zu einem einfachen Waffenstillstand zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Kämpfen offen ließ, sondern nach Beseitigung der Hindernisse einen wahren, festen und dauerhaften Frieden zu schließen. Die Wichtigkeit dieses Zieles von der hohen Einsicht jener, welche die Geschicke des Reiches in ihren Händen hatten, richtig gewürdigt, wird dieselben, wie wir vertrauen, dahin führen, uns die Freundeshand zu reichen, um das zu erlangen. Die Kirche würde ohne Zweifel sich freuen, bei jener edlen Nation den Frieden wieder hergestellt zu sehen; aber nicht weniger würde sich freuen das Reich, welches nach Beruhigung der Gewissen in den Söhnen der katholischen Kirche wie einstmals seine treuesten und hochherzigsten Unterthanen finden würde.“

Das Schreiben des Papstes war sämtlichen Nuntien mitgeteilt, um die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die schwierige Lage des Papstes zu lenken.

Derselbe Nina hatte noch nach Gastein eine Beantwortung seines Schreibens angeregt, die aber bisher nicht erfolgt war, da Bismarck Buchers Entwurf unbrauchbar gefunden hatte.

Am 27. September empfing der Kronprinz Galt im Neuen Palais. Auch darüber hat Galt eine ausführliche Wiedergabe niedergeschrieben:

„Der Kronprinz: „Ich werde den Kanzler eher sehen, als er, und möge ihm daher folgendes zu seiner baldigen Orientierung sagen. In Kassel, Köln, am Rhein überhaupt, habe er verschiedenes über die Stimmung in Rom gehört, ohne daß er sagen könne, wer es verbreitet. Leo XIII. sei ungefähr in demselben Maße Deutschland freundlich gesinnt, wie Pius IX. dies Frankreich gegenüber gewesen. Um nicht in die Lage zu kommen, unfreundlich über und gegen Deutschland zu sprechen, habe er das Konsistorium, in welchem Bischöfe usw. zu präkonisieren, wiederholt verschoben, zuletzt bis in den Dezember, in der Hoffnung, es werde inzwischen die deutsche Sache sich friedlicher entwickeln. Auch das jüngst veröffentlichte Schreiben des Papstes an Nina zeige denselben Sinn.“

Meine Entgegnung: Dies Schreiben hielt ich für echt, weil es in dem Deutschland betreffenden Teile sachlich sei und selbst in einigen Wendungen mit dem Schreiben Ninas an den Kanzler

übereinstimmte. Übrigens glaubte ich nach der Fassung des päpstlichen Schreibens, sowie im Hinblick auf den Minaschen Brief annehmen zu sollen, daß das päpstliche Schreiben bald nach Minas Amtsantritt erlassen sei. Warum der Papst bei schwebenden Verhandlungen unfreundlich über Deutschland sprechen müsse, sei nicht ersichtlich. Ein baldiges Konsistorium wäre erwünscht, wenn der Papst, der sich ja in konstitutioneller Weise an das Kardinalskollegium wenden wolle, Kardinäle seines Sinnes in demselben ernennen wolle.

Kronprinz: Niemals wohl seien einer katholischen oder akatholischen Macht von der Kurie so große Anerbietungen gemacht worden, wie Masella Bismarck in Rissingen gemacht; freilich sei die Aufhebung der Maigesetze und die Wiederherstellung der Verfassungsartikel 15 und 18 als Gegenleistung gefordert worden. Bismarck habe entgegnet, das könne kein König tun. In Preußen sei derselbe an den Landtag gebunden. Diese Antwort habe in Rom verlegt.

Ich: Richtig sei, daß die Aufhebung der Gesetze und die Wiederherstellung der Verfassung, in einem Worte, die Wiederherstellung des Zustandes vor 1871 gefordert sei. Von Anerbietungen der Kurie dagegen sei mir nichts bekannt und darum scheine es sich hier um eine wahrheitswidrige, auf Darstellung besonders friedlicher Gesinnung beim Papst hinauslaufende Äußerung zu handeln. Bismarck habe das Verlangen des Nuntius, daß durch ein Kaiserliches Handschreiben die Nichtanwendung der Maigesetze garantiert werde, als nicht erfüllbar für einen preußischen König, respektive als rechtlich wirkungslos bezeichnet, eine Handlungsweise, die man in Rom als sehr leicht möglich ansehe oder anzusehen vorgebe.

Kronprinz: Man müsse in Rom sehr dumm sein, oder es handele sich um jesuitisches Tun; er glaube letzteres. Wenn die Sozialdemokraten für Zentrumsmänner gestimmt hätten, so habe man sie doch daran nicht hindern können. Schon Papst Pius habe sich gegen die Sozialdemokratie und ein Gehen mit derselben ausgesprochen, noch mehr und ebenso Leo. Der Staat habe in der Kirche den stärksten Verbündeten gegen die Sozialdemokratie.

Ich: Es würde sich die Gegnerschaft Pius' schon aus dem Syllabus ergeben. Übrigens handele es sich doch wohl um mehr, als um eine solche unangenehme, aber nicht abzuwehrende Unterstützung seitens der Sozialdemokratie. In Mainz scheine man paktiert zu haben, und in München sei beiderseits gesagt worden, ähnlich wie dem Kron-

prinzen, wenn man von verschiedenen Standpunkten zu derselben Wahl komme, könne man von Bündnis nicht reden.

Kronprinz: Man könne sich zunächst dahin einigen, daß man die vakanten Pfarreien und Bistümer wieder besetze, dergestalt, daß sich Kurie und Regierung über die Personen einigen; man könne am besten solche Personen nehmen, die im Kulturkampf nicht hervorgetreten, und aus diesem Grunde für die Bistümer die Weihbischöfe.

Ich: Die Kurie brauche keine Einigung mit der Regierung, sie möge benennen und Bistumsverweser wählen lassen; weil man regierungsseitig Frieden wolle, werde man von der Tätigkeit im Kulturkampf keine Einwendungen hernehmen. Anscheinend um dasselbe zu tun, was das Gesetz verlangt, wolle man eine Form, durch welche das Gesetz ignoriert werde. Das sei gegen das Gesetz. Auch darum, weil man, wie es scheine, den gesetzlich vorgeschriebenen Eid der Bistumsverweser umgehen wolle.

Kronprinz: Zu diesen Vereinbarungen könne aber die Kurie die Initiative nicht ergreifen wegen der obigen verlegenden Antwort Bismarcks und wegen Abbruchs der Rissinger Verhandlungen. Die Initiative müsse der Staat ergreifen.

Ich: Die Verhandlungen seien ja nicht eigentlich abgebrochen. Über die angeblich verletzende Antwort hätte ich mich schon ausgesprochen.

Kronprinz: Zu diesem Zweck möge man einen Unterhändler nach Rom senden, man komme damit weiter.

Ich: Es ist schon wiederholt erörtert, daß letzteres erfahrungsmäßig unrichtig, wenigstens vom Standpunkt des Staates. Das Verlangen ist darauf berechnet, den Staat, wofür man ihn in Rom hielte, auch nach außen als besonders hilfsbedürftig erscheinen zu lassen.

Der Kronprinz schien mir beizutreten, fragte aber wieder: Was soll werden?

Ich entgegnete: Wir würden vorwärts kommen, wenn wir aushielten.

Er: Das sagt Eulenburg auch."

Am 30. September war Falk wieder bei Bismarck und berichtete ihm von seinem Gespräch mit dem Kronprinzen. Bismarck stellte richtig, daß der Kronprinz falsch belehrt sei. Ein Abbruch der Verhandlungen habe in Rissingen nicht stattgefunden. Als er Masella

beim Abschiede sagte, das Ninasche Schreiben enthielte trotz seiner freundlichen Fassung doch nur das Verlangen, die Maigesetze aufzuheben, und wenn er es bald beantworte, so werde das einem Abbruche nahekommen oder so aussehen, da habe Masella erwidert: Nur keinen Abbruch! Bismarck brauche ja nicht gleich zu antworten. Dann habe Nina nach Gastein telegraphisch anfragen lassen, ob er noch auf eine Antwort rechnen dürfte, und als dies telegraphisch bejaht worden sei, wiederum telegraphisch seine Freude bezeugt. Auch in bezug auf das allgemeine stimmte Bismarck Falk zu. Auch er fand das päpstliche Schreiben an Nina in den deutschen Zeitungen viel zu günstig beurteilt.

Falk hatte nun erst recht Sorge, daß auch am Hofe immer noch eine viel zu optimistische Stimmung herrsche. Nach einer allerdings dann nicht bestätigten Zeitungsmeldung sollte der Kaiser den Bistumsverweser S a h n e aus Fulda in Wilhelmshöhe, wo er zur kaiserlichen Tafel gezogen war, ostentativ ausgezeichnet haben.

Erst am 3. Oktober kam ein neuer Bericht Reubells aus Rom, der die Sorge durchleuchten ließ, eine Wendung in der preußischen Kirchenpolitik könne das Verhältniß zum Staate Italien trüben:

Die italienische Regierung nähme für den König als Nachfolger des Königs beider Sizilien das Recht der Präsentation für sämtliche Bistümer in Neapel und Sizilien in Anspruch, habe dasselbe aber nie zu üben gesucht, wohl aber jüngst zwei vom Papst ernannten Bischöfen das Erequatur verweigert, weil der Papst das Recht des Königs unberücksichtigt gelassen. Durch Richterspruch sei sogar die eine Ernennung — Bischof von Chiati — für nichtig erklärt; die andere, Erzbischof von Neapel, entbehre der Temporalien. Dies sei der eigentliche Beschwerdepunkt, welchen der Papst gegen Italien in dem Schreiben vom 27. August *) ausgesprochen. Das andere sei nur flüchtig erwähnt. Die Masse der Bevölkerung stehe auf seiten der Bischöfe, weil man nicht begreift, warum das seit 1860 nicht ausgeübte Patronatsrecht jetzt gegen Bischöfe hervorgebracht werde, die alles getan, sich mit der Regierung gut zu stellen. Auch die ganze moderate Presse erkläre sich gegen die Regierung, weil ihr Tun der gesamten italienischen Kirchenpolitik widerspräche und zu Schwierigkeiten führe, wegen derer sie nachgeben müsse, auch doppelt ungeschickt sei in dem Momente, wo die Beziehungen Deutschlands zum Vatikan sich besserten.

*) Siehe S. 541.

Vor vier Jahren habe Visconti Venosta zu Reudell geäußert, daß Antonelli zu Italiens Glück es mit den anderen Mächten verdorben, sei ein Beweis seiner mittelmäßigen Begabung. Die für den Vatikan indizierte Position wäre gewesen, Italien zu isolieren, mit allen anderen Mächten die besten Beziehungen zu suchen und mit deren Hilfe auf Italien zu drücken.

Solche Gedanken würden in Rom selten ausgesprochen, seien aber den meisten Politikern dort geläufig. Mit wahrem Schrecken sähe die italienische Welt den Papst ein Programm aufstellen, welches seinen politischen Interessen entspräche und für Italien das gefährlichste scheine. Das betreffende Vorgehen des Ministers Conforti werde das Ministerium und die Linke diskreditieren und den Weg zur Rückkehr der Moderaten ebnen helfen. Der spanische Gesandte habe Reudell übrigens erzählt, daß er beauftragt sei, womöglich die italienische Regierung zur Nachgiebigkeit in der Patronatsfrage zu stimmen.

Dann erzählte Stolberg Falk von einem Bericht des Wiener Botschafters Prinzen Reuß über ein Gespräch mit dem dortigen Nuntius Jacobini. Reuß hatte dem Nuntius gesagt, es sei doch auffallend, daß den vielen friedlichen Worten der Kurie so gar keine Tat folge, nicht einmal dahin habe sie gewirkt, daß das Zentrum in der Sozialistenfrage mit der Regierung stimme, worauf Jacobini erwiderte, das Zentrum werde mit der Regierung stimmen, wenn diese durch Taten bewiese, daß sie den Frieden wolle. Die ganz ähnlich lautenden Äußerungen Windthorst's im Abgeordnetenhaus und im Reichstage bewiesen, daß er über den Stand der Verhandlungen genau unterrichtet war und die gleiche Taktik verfolgte, die Regierung zu einem ersten deutlichen Schritt des Entgegenkommens zu drängen.

Am 17. Oktober ging endlich die Antwort Bismarcks an Nina auf dessen Schreiben vom 11. August ab. Sie war französisch und der Kanzler hatte sich vor ihrer Absendung der Zustimmung des Kronprinzen versichert. Ihr Inhalt war:

Der Kanzler, durch seinen Gesundheitszustand verhindert, eher zu antworten, dankt für das Vertrauen, welches das Schreiben Ninas auspricht. Allerdings ist nur eine persönliche Beziehung zwischen ihm und Nina dadurch eingeleitet, aber sie kann der Ausgangspunkt für offizielles Verhandeln, für Herstellung dauernder Zustände werden. Er bedauert lebhaft den Tod Franchis, freut sich eines solchen Nachfolgers. Er nimmt das von diesem Geschriebene

so auf, wie es gemeint war, hofft aber auf gleiche Beurteilung, wenn er seine Gedanken über Ziel und Wege ausspreche. Er hat vor der Verhandlung mit Masella aus verschiedenen indirekten Quellen geschlossen, daß man beiderseitig die Prinzipien auf sich beruhen lassen werde, wie dies auch das Kronprinzliche Schreiben an den Papst ausdrückt, und tun werde, was ohne Verletzung der Gesetze und ohne Verletzung kirchlicher Prinzipien möglich sei. Von diesen Gesichtspunkten aus habe er gemeint, der Papst werde keine Aufhebung oder Nichtbefolgung von Gesetzen verlangen, sondern könne die Benennung der anzustellenden Geistlichen befehlen, wogegen Bismarck eine Vertretung bei dem päpstlichen Stuhl wiedererstreben würde. Leider sei er bei aller Liebenswürdigkeit Masellas mit demselben nicht weiter gekommen. Auch Ninas Schreiben habe ihn am Schluß der Verhandlungen mit Masella vor die Alternative gesetzt, preußische Gesetze zu reprobieren oder sie zu suspendieren. Für seinen Teil sei er überzeugt, daß prinzipielle Erörterungen zu keinem *modus vivendi* führen könnten. Er kritisiere darum auch nicht Ninas Meinung über die preußischen Gesetze. Preußen könne sich seiner legislativen Souveränität nicht entschlagen, ebenso Gesetze nicht unangewendet lassen, ehe sie aufgehoben seien. Er schlage vor, sich ohne Verzug über das zu vereinigen, was man innerhalb des gesetzlichen Rahmens und der kirchlichen Prinzipien tun könne, was möglich sei bei größter gegenseitiger Schonung und zulässigem Entgegenkommen innerhalb der *acuité légale*. Die katholische Kirche in Preußen werde dann am leichtesten die Position gewinnen, welche dem Willen des Papstes entspräche. Die kaiserliche Regierung habe bei diesen Vorschlägen keine politischen Hintergedanken. Das Zentrum werde — so sei inzwischen nur zu klar geworden — sich nach einem Friedensschluß zwischen Kaiser und Papst nicht ändern. Nur ein kleiner Teil dieser *aggrégation* werde allenfalls der Regierung freundlich werden; der bei weitem größte, mit allen denkbaren oppositionellen Elementen verbündet, werde vor wie nach Staat und Reich bekämpfen. Mit Freuden habe sich das Zentrum zu dem Angriff auf die Regierung kommandieren lassen, aber wenn der Papst seinen Intentionen in dem Schreiben an Nina vom 27. August folge, werde ihm das Zentrum nicht nachgehen. Den Kaiser leite auch bei diesen Vorschlägen seiner Regierung nur der Wunsch, der katholischen Bevölkerung, respektiv der katholischen Kirche möglichste *Satisfaktion* zu gewähren.

Bülow glaubte, daß man wieder Redensarten als Antwort erhalten werde. Hohenlohe und Nina fürchteten den Zorn der Jesuiten. Die Jesuiten spekulierten auf allgemeine Unruhen und Erschütterung

zum Niederwerfen des protestantischen Kaisertums. Daher die Haltung des Zentrums, welches gerade in der jetzigen Reichstagssession die beste Gelegenheit gehabt, sich der Regierung zu nähern. Dem belgischen Gesandten habe der Nuntius in Brüssel ähnliches angedeutet.

Wie stark die Kaiserin für den Friedensschluß wirkte, erfuhr Salf gleichfalls von Bülow. Es ist schon erwähnt, daß der Kronprinz bei Gelegenheit seiner Teilnahme am Begräbniß Viktor Emanuels *) die Absicht gehabt hatte, auch den Papst zu besuchen, daß er aber von dieser Absicht Abstand nahm, nachdem ihm Bülow mündlich, Bismarck telegraphisch davon abgeraten und nachdem er in Rom gesehen hatte, daß die Umgebung Viktor Emanuels davon peinlich berührt worden sein würde. Die Kaiserin aber hatte dem Kronprinzen brieflich die schwersten Vorwürfe gemacht, daß er diesen Besuch beim Papste unterlassen habe. Weiter ging durch die Presse die Nachricht, ein Düsseldorf'er katholischer Maler, der zu den entschiedensten Gegnern der staatlichen Politik gegen Rom gehörte, sei ostentativ „von einer hohen Dame“ mit einer großen Unterstützung bedacht worden. Als Wilnowski bei einem Vortrag vor dem Kaiser dies erwähnte, fragte der Kaiser mit Sorge, nach den Zimmern seiner Gemahlin deutend: „War sie es?“ — Im Oktober 1878 feierte der Fürstbischof Foerster von Breslau, der für den preussischen Anteil seiner Diözese aus seinem Amte entlassen war, sein fünfundzwanzigjähriges Bischofsjubiläum. Die Zeitungen meldeten, er habe von der Kaiserin ein Ecce-Homobild in Brillanten erhalten. — Auch das gehört in dieses Kapitel, daß der Kaiser wiederholt an ihn kommende Gesuche wegen der Ausführung des Ordensgesetzes, von seiner Gemahlin und anderen hohen Damen veranlaßt, mit zweifelnden oder tadelnden Bemerkungen an den Minister sandte.

Ein Bericht Reubells vom 9. November meldete, die 1860 vom Papst ausgegebene Parole, daß Katholiken in Italien *nè eletti, nè elettori* sein sollten, werde wahrscheinlich auf eine Anregung des Papstes hin aufgehoben, namentlich dann, wenn das Wahlrecht auf weitere Kreise ausgedehnt würde. Der Telegraph meldete sodann aus Rom am 13. November, die aus Deutschland ausgewiesenen Bischöfe hätten auf eine Aufforderung der Kurie ein Memorandum an diese gerichtet, worin sie dem Wunsche nach einem billigen Abereinkommen Ausdruck gäben.

*) S. 493.

Im Auftrage Ninas dankte Masella dem Kanzler am 30. Oktober für sein Schreiben vom 17. Nina sei glücklich, daß er weiter für die *paix durable* wirken könne, und hoffe, daß seine nächste Antwort die Sache wesentlich fördern würde, aber der Kanzler werde einsehen, daß eine so wichtige Sache gründlich erwogen und vorbereitet werden müsse. Nina freue sich, daß er unmittelbar an den Kanzler schreiben dürfe, denn es würden dadurch Mißverständnisse, Indiskretionen und Einmischungen vermieden.

Dagegen berichtete Reudell am 2. November, daß H o h e n l o h e den Stand der Dinge sehr niedergeschlagen ansähe. Der Papst und Nina seien zwar einsichtig und guten Willens, aber sie fürchteten sich vor den Intransigenten. Als einen gefährlichen Feind des Friedensschlusses nannte er den Bischof Senestrey von Regensburg, den auch der preußische Gesandte in München als einen Mann von nachteiligem Einfluß charakterisierte. Bülow, der dies Falsch mitteilte, bemerkte noch, daß die Sache im Auswärtigen Amt vorerst *ad acta* genommen werde und man eine weitere Antwort der Kurie abwarte. Sollte sie wieder auf die Forderung hinauslaufen, die Maigesetze abzuschaffen, so werde natürlich aus der Sache nichts und sei der Beweis gegeben, daß, wenn die Maigesetze nicht schon da wären, sie gemacht werden müßten.

Diese Antwort Ninas an Bismarck vom 8. November erhielt Falsch am 20. im Auszug:

„Nina hat das Schreiben des Herrn Reichskanzlers vom 17. Oktober dem Papst vorgelegt und den Auftrag erhalten, dasselbe zu beantworten. In Besprechung der theoretischen und praktischen Schwierigkeiten, welche der Erreichung des beiderseits gewünschten Zieles entgegenstehen, will er les bases des questions, so delikater Natur sie auch seien, nicht umgehen, hofft vielmehr nachweisen zu können, daß die prinzipiellen Schwierigkeiten, welche den Reichskanzler und ihn zu trennen schienen, n'existent pas au fond dans la réalité, ne sont nullement insurmontables. Es folgt eine Erörterung über das Verhältnis der geistlichen Gewalt im römischen Sinne zu der weltlichen, die keine neuen Gedanken enthält. Die Autorität sei eine, wenn auch ihre Repräsentanten nach einer Fügung der Vorsehung verschieden seien. Der Heilige Stuhl sei daher zu allen Zeiten die kräftigste Stütze der autorité souveraine gewesen und Gegenstand der Angriffe der antisozialen Sekten, welche die Throne und Staaten umzustürzen suchten. Der Papst sei überall bemüht, den bestehenden Gewalten mit der großen sittlichen Kraft

des religiösen Prinzips zu Hilfe zu kommen. Was er von der kaiserlichen Regierung fordere, könne daher nicht auf die geringste Verminderung der monarchischen Souveränität abzielen. Nun bestche aber seit einigen Jahren zwischen l'application législative du pouvoir civil und der göttlichen Verfassung der Kirche ein direkter Gegensatz in einem speziellen Falle, in welchem das Einverständnis der beiden Gewalten unerlässlich sei. [Dieser Fall wird weder hier, noch im Verlauf des Schreibens näher bezeichnet.] Früher habe ein halbes Jahrhundert lang in Preußen eine Eintracht zwischen den beiden Gewalten bestanden, womit bewiesen sei, daß die beiden Autoritäten keine raison fondamentale hätten, einander zu bekämpfen. Wie zu dem früheren Zustand zurückzugelangen, überlasse Nina die Wahl der Mittel und der Zeit dem Staate. Der Papst könne, wenn er nicht Apostasie bei den Gläubigen und Undisziplin in der Kirche wolle einreißen lassen, die natürlichen und logischen Folgen nicht hindern, welche aus der fortgesetzten Anwendung einer mit dem Gewissen eines gläubigen Katholiken unverträglichen Gesetzgebung entspringen müßten. Aus diesem Grunde wünsche der Papst einen baldigen und dauerhaften Frieden, nicht einen *modus vivendi*, das heißt einen Waffenstillstand, der seiner Natur nach die Fortdauer gegenseitigen Mißtrauens ausdrücke, die Vorstellung von der Unverträglichkeit der beiden Gewalten nähren, die Gläubigen beunruhigen, die Feinde der Kirche und des Staates ermutigen würde. Diesen Gedankengang resumiert Nina in folgenden Worten: „Il faut que la papauté et l'empire s'unissent d'une façon digne des deux, d'une façon majestueuse et imposante, je dirais volontiers, gênante pour leurs ennemis communs.“ Wenn beide Teile darüber einig seien, wolle er ouvertures des Reichskanzlers entgegennehmen. Von seinem Verlangen nach Frieden habe der Papst Beweise gegeben, indem er erstens dem Reiche entgegengekommen sei und zweitens neuerdings in einigen Fällen die Anwendung des kanonischen Rechts, wenn auch nur vorläufig, suspendiert habe. Der Papst habe ihn beauftragt zu erklären, daß er glücklich sein würde, durch die Vermehrung solcher Beweise es Sr. Majestät dem Kaiser zu erleichtern, auf den entsprechenden Weg in augenfälliger Weise einzuklenken. Nachdem Nina wiederholt hat, daß er sich enthielte, in dieser Beziehung Vorschläge zu machen, schließt er: „Les concessions majeures, celles que le Saint-siège accorde au gouvernement, avec lequel il conserve ou rétablit des relations amicales, forment nécessairement l'objet de nos pourparlers officiels, dès que ceux-ci seront devenus possibles pour notre commun et réel avantage.“

Dieses Schreiben Ninas hatte man im Auswärtigen Amte nicht ganz verstanden, namentlich eine Stelle darin erregte Befremden. Sie lautete: „En suspendant dans ce dernier temps quoique provisoirement, dans quelques cas, où sa conscience lui a permis de le faire, plusieurs applications de la loi canonique qui correspondent aux applications de la nouvelle législation prussienne.“

„Dieser unklare und nicht in korrektem Französisch ausgedrückte Passus soll offenbar den Sinn haben — schrieb Bülow dazu —, der Papst habe die Anwendung des kanonischen Rechts suspendiert in Fällen, auf welche die preußischen Maigesetze sich beziehen und von dem Staate zur Anwendung gebracht werden. Um über die Behandlung des Ninaschen Schreibens, welches nach dem vorläufigen Eindruck des Herrn Reichskanzlers nicht zu beantworten sein würde, einen definitiven Beschluß herbeiführen zu können, ersuche ich Ew. Excellenz ganz ergebenst um eine geneigte Äußerung, ob und was in Hochdero Ressort über dergleichen Suspendierungen des kanonischen Rechts bekannt geworden ist. Zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes ist bisher nichts derartiges gelangt.“

Galt erwiderte, er könnte diese Bemerkung nur allenfalls darauf beziehen, daß der Breslauer Domherr Künzer und die früher wegen Annahme des Staatsgehalts bedrohten rheinischen Geistlichen anscheinend amtlich nicht weiter verfolgt worden seien; denkbar, wenn auch unwahrscheinlicherweise, könnte auch die in einem Spezialfall von dem Generalvikar zu Hilbesheim gemachte Anzeige von der beabsichtigten Anstellung eines Geistlichen auf Rom zurückgeführt werden.

Der sofort gefragte Domherr Künzer berichtete unter Vorlage einer Korrespondenz mit dem Kardinal Hohenlohe jedoch, daß ihm leider von einer Milde rung oder Zurücknahme des Monitums der Kardinalkongregation, von dem er als einer der wenigen staatsstreuen Kleriker betroffen war, nichts bekannt sei. Eine Rückfrage in Rom ergab, daß man dort mit dem urgierten Satze nichts anderes gemeint habe, als die vom Papste provisorisch verfügte Suspension der Sanktionen gegen die von ihren priesterlichen Pflichten abgewichenen preußischen Geistlichen, d. h. gegen die sogenannten Staatspfarrer. Bülow beurteilte Ninas Schreiben so: „Meines Erachtens ist das Entgegenkommen des Papstes zu wenig bedeutend und in dem Schreiben vom 8. überdies zu verschleiert bezeichnet, als daß wir hier Konzessionen in der Praxis machen oder Grund finden könnten, das Schreiben für

jetzt zu beantworten.“ Das letzte Stück während der Regentschaft des Kronprinzen war ein Bericht des kaiserlichen Gesandten zu Madrid vom 29. November 1878: „Der spanische Staatsminister Silvela habe unter anderem geäußert: Von seiner Seite werde in Rom darauf hingearbeitet, daß etwa in Form einer Enzyklika der Papst eine Interpretation des Syllabus im Sinne der Trennung des religiösen vom politischen Standpunkt ergeben lasse und auf diese Art eine Versöhnung oder wenigstens einen modus vivendi der Kirche mit den modernen Staatsformen sich anbahne. Der Vertreter des Gesandten fügte bei: Der Staatsminister ist sich des Widerstandes bewußt, welchem ein derartiger Schritt seitens der ultramontanen Elemente am päpstlichen Hof zu begegnen hat. Er glaubt aber an einem Resultat seiner Anstrengungen für früher oder später nicht verzweifeln zu sollen.“

Als der Kaiser die Regierung wieder übernahm, standen also die Dinge wesentlich noch auf demselben Fleck. Daß aber das Zentrum von der in dem zweiten Briefe des Papstes an den Kaiser ausgesprochenen Forderung auf Wiederherstellung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18 aufs genaueste unterrichtet war, bewies dessen im Abgeordnetenhaus eingebrachter Antrag mit gleichem Ziele, dem ein anderer, die Auflösung der noch nicht aufgelösten Ordensniederlassungen für Unterricht und Erziehung vorderhand zu sistieren, zur Seite ging.

Sechzehntes Kapitel

Wiederaufleben des Konfliktes mit dem Kaiser Wendung der Gesamtpolitik Bismarcks Entlassung Falks

Sofort nach der Rückkehr des Kaisers und Wiederaufnahme der Regierung lebte der durch die Attentate und die Regentschaft zurückgebrängte Konflikt wegen der Ernennung der Hofprediger von neuem auf, und nun gleich mit außergewöhnlicher Schärfe. Der Kaiser war offenbar mit dem festen Entschluß heimgekehrt, diesen seinen Wunsch unter allen Umständen zu verwirklichen. Die Ernennung des Oberkonsistorialrates Richter und Schmidts zum Vizepräsidenten noch während der Stellvertretung hatte ihn schwer gereizt *). Seine Umgebung hatte verstanden, bei ihm den Eindruck zu erwecken, als ob der Widerspruch des Ministers gegen seine königliche Würde ginge. Er war wohlwollend genug, um dies den Minister nicht sofort merken zu lassen, aber die Kaiserin, die sich weniger beherrschte, zeichnete bei dem Empfange auf dem Bahnhof am 5. Dezember den Minister mit einer so demonstrativen Nichtachtung aus, daß dieser sich über ihre von neuem gereizte Stimmung nicht täuschen konnte.

Am 6. Dezember ließ der Kaiser für sich und seine Familie in der Kapelle des Kronprinzlichen Palais Gottesdienst durch Kögel halten, und am 7. empfing er die Hofprediger in Audienz und machte sie zu Vertrauten seines Anwillens. Er empfing auch die städtischen Behörden und sprach ihnen von der Wichtigkeit der Erziehung der Jugend. „Hier gilt es, die Augen offen zu halten. Ihre Aufgabe ist, die Herzen der Jugend so zu lenken, daß solche Gesinnungen nicht wieder aufwachsen, und dabei ist das wichtigste die Religion; die religiöse Erziehung muß noch viel tiefer und ernster gefaßt werden; in dieser Beziehung ist auch in unserer Stadt nicht alles gut bestellt.“

Schon am 10. Dezember kam Stolberg zu Falk mit höchst bedeutsamer Meldung. Er hatte tags zuvor einen sechs Seiten langen Brief des Kaisers erhalten, der ihn auf eine persönliche Besprechung vorbereiten sollte. Nach einer historischen Darstellung, worin er auf

*) Siehe S. 500.

seines Bruders [angebliche] Anordnung Bezug nahm, daß Hofprediger im Oberkirchenrat sitzen sollten, stellte der Kaiser das Verlangen, Stolberg solle ihm sofort eine Order vorlegen, wodurch Kögel und Baur zu Mitgliedern des Oberkirchenrates ernannt würden; es sei in die Zeitungen gekommen, daß er Hofprediger in den Oberkirchenrat haben wolle und daß Falk dagegen sei, deshalb könne er um seiner Autorität willen von dieser Sache nicht absehen. Außerdem habe es ihn verlezt, daß während seiner Abwesenheit auf Hermes' und Falks übereinstimmenden Antrag Neuernennungen in den Oberkirchenrat erfolgt seien. — Wir wissen heute aus Vohlers schon genannter Abhandlung [S. 369, 442], daß dieser Brief von Manteuffel konzipiert worden ist. Der Kaiser hat ihn fast Wort für Wort benützt. Aus eigenem stammt darin nur der Satz: „Jedermann muß es einsehen, daß prinzipienmäßiges Ausschließen solcher Männer aus jenem Rate mich persönlich verletzen muß, denn dies hieße meinen Glaubensstandpunkt angreifen.“ Der Schlußsatz des Schreibens aber stammt von Manteuffel: „Sonst leidet meine königliche Autorität und damit kann und will ich die Übernahme der Regierung nicht beginnen.“ Wie geschickt hatte Manteuffel aus einer Personalfrage eine Frage des königlichen Selbstbewußtseins zu machen gewußt!

Falk klärte Stolberg über die Neuernennungen auf und orientierte ihn über die erwähnte Anordnung Friedrich Wilhelms IV. Aus den Akten hatte sich darüber Folgendes ergeben: Vor der Errichtung des Oberkonsistoriums hatte der König, in einer Kabinettsorder vom 15. Januar 1847 an den Minister Eichhorn, gesagt: „Für das zu errichtende Oberkonsistorium wird mit einer weit geringeren Summe, als der von Ihnen veranschlagten von 10 000 Talern jährlich, auszureichen sein, wenn dasselbe, wie ich für zweckmäßig halte, hauptsächlich mit den Räten des Ministeriums unter Herzutritt der Hof- und Domprediger gebildet wird.“ Die offizielle Verordnung betreffend die Errichtung des Oberkonsistoriums vom 28. Januar 1848 enthielt zwar keinerlei Vorschrift über den Zutritt der Hofprediger, aber auf Eichhorns Vorschlag wurden zu seinen Mitgliedern unter anderen weltlichen und geistlichen Räten der Oberhofprediger Ehrenberg und die Hofprediger Strauß und Sneathlage ernannt. Als nun im Jahre 1852 der Oberkirchenrat konstituiert wurde, blieb Ehrenberg als Ehrenmitglied — er starb noch im selben Jahre —, und wurden Strauß und Sneathlage übernommen. Am 16. April 1853 trat der Oberhofprediger und Generalsuperintendent Dr. Hoffmann

in die Behörde ein. Bis 1858 waren also in der That drei Hofprediger darin. 1859 wurde Strauß pensioniert und nur noch als Ehrenmitglied geführt. Er starb 1863. 1871 starb Sneathlage und es blieb nun als einziger Hoffmann. Seit dessen Tod 1873 war kein Hofprediger mehr Mitglied des Oberkirchenrates. Vor allem aber setzte Falk Stolberg auseinander, daß und warum er die Ernennung nicht vollziehen könne, und suchte ihn zu überzeugen, daß seine Stellung überhaupt unhaltbar sei. Stolbergs Gegenbemerkung, daß Falks Ausscheiden aus dem Ministerium gerade jetzt wegen des Standes des Kampfes mit Rom sehr unangenehm sei, suchte Falk zu widerlegen. Stolberg meinte, einen Kompromiß in der Richtung suchen zu sollen, daß nur Baur, der weniger als Führer hervorgetreten sei als Rögel, ernannt würde, und wollte von einem solchen Versuche beim Kaiser nicht lassen, obgleich Falk ihm erklärte, daß er Baurs Ernennung ebensowenig vollziehen könne.

Am 12. hatte Falk wieder eine lange Unterhaltung mit Stolberg, der inzwischen beim Kaiser gewesen. Er hatte ihn sehr verlezt über die Ernennungen zum Oberkirchenrat gefunden. Die Kaiserin habe davon in den Zeitungen gelesen. Leider hatte Wilmowski versäumt, dem Kaiser selbst davon rechtzeitig Mitteilung zu machen. Der Kaiser berief sich darauf, er habe vor seiner Abreise den Befehl erteilt, die Ernennungen zum Oberkirchenrat bis zur Wiederaufnahme der Geschäfte durch ihn beruhen zu lassen, weil sie alle zugleich eintreten sollten. Dieser Befehl sei nicht beachtet worden, — er war Falk nie zugegangen, wohl auch nicht Hermes. Möglich ist, daß er an den Kronprinzen gerichtet war und daß dieser ihn nicht weitergegeben hat. — Er wolle zwar jene Ernennungen nicht rückgängig machen, müsse aber um so mehr auf der Ernennung der Hofprediger bestehen. Stolberg hatte ihm den wirklichen Sachverhalt, de la Croix's Ablehnung und die Notwendigkeit, die eingetretene Lücke im Kollegium sachverständig zu besetzen, nicht klar machen können. Ebenso wenig zeigte der Kaiser Verständnis für die Gründe von Falks Weigerung, und daß dies mit Glaubensansichten nichts zu tun hätte. Er betrachtete die Sache rein militärisch. Den Gedanken, Baur allein zu ernennen, wies er allerdings nicht unbedingt zurück, aber nach dem Gesamteindruck glaubte doch Stolberg nicht, daß mit dem Kaiser irgend etwas zu machen sei. Er hielt für notwendig, nun den Kanzler zu benachrichtigen. Falk setzte Stolberg auseinander, daß er nicht weichen könne, und bat ihn, dafür Sorge zu tragen, daß der Kaiser

seinen Widerstand nicht als unbotmäßig ansehe und daß eine persönliche Unterredung des Kaisers mit Falk vermieden würde, weil sie nutzlos, für den alten Herrn erregend, für ihn peinvollst sein würde. Schließlich bat er, nicht länger in ihn zu drängen, er könne seinen Entschluß, der doch nur individuell gefaßt werden dürfe, nicht ändern. Stolberg entgegnete, er müsse trotzdem bei dem Gedanken bleiben, daß Falks Ausscheiden jetzt von schlimmstem Eindruck sein würde. In Berlin, allenfalls in Preußen, würde man den rechten Zusammenhang erkennen, aber nicht in Europa; dort werde man seinen Rücktritt mit der Römischen Frage in Verbindung bringen, und daraus werde schwerster Nachteil erwachsen. Er stellte zur Erwägung, ob es nicht möglich sei, daß Falk an Leonhardts Stelle, der fortbauernb leidend und jederzeit zum Rücktritt geneigt war, das Justizministerium übernehme. Falk sagte, daß er sich dazu nur sehr schwer entschließen würde, dagegen deutete er darauf hin, daß er gerne in eine richterliche Stellung übertreten würde. Sie sprachen sodann über einen möglichen Nachfolger. Falk wies auf Achenbach hin, von dem er wußte, daß auch Windthorst ihn als genehm bezeichnet hatte.

Am nächsten Tage wurde Falk von Friedenthal aufgesucht, der unter allen Umständen entschlossen war, sich mit Falk solidarisch zu erklären und, wenn er ginge, mit ihm zu gehen. Er erzählte, Stolberg habe dem Kaiser angedeutet, Falks Rücktritt könne zum Rücktritt auch anderer Minister führen. Daraus sei der Kaiser sehr heftig geworden und habe gesagt, dann werde er diesen die Entlassung verweigern, er begriffe gar nicht, was Falks Sache die anderen angehe. In dem Gespräch mit Friedenthal kamen beide auf den Gedanken, ein Ausgleich könne vielleicht dadurch herbeigeführt werden, daß der Kaiser sich aus irgendwelchem Anlasse, — und dazu bestünden mehrere, — mit Falks Führung der Kirchen- und Schulpolitik in öffentlich verwendbarer Weise einverstanden erkläre und dadurch die Ernennung der Hofprediger isoliere. Friedenthal redete Falk dringend zu, Stolberg dies anzudeuten. Noch während des Gespräches mit Friedenthal kam ein Schreiben Stolbergs, welches einen Auszug aus einem Schreiben Bismarcks enthielt.

„Ew. Erzellenz beeile ich mich, einen Passus aus einem soeben erhaltenen Briefe des Fürsten Bismarck nachstehend ganz ergebenst mitzuteilen:

„Ich weiß E. Majestät niemand vorzuschlagen, der das Kultusministerium nach Falks Rücktritt ohne Schaden für unsere Stellung

Rom gegenüber weiterführen könnte. Daß Falk des schweren Kampfes müde ist, begreife ich leider nach meinen eigenen Empfindungen nur zu sehr, aber dennoch könnte ich in seiner Stelle, wie ich es ja auch in der meinigen nicht tue, das begonnene große Werk dieser Detailschwierigkeit nicht opfern. Auf Falk wird doch dabei ein wesentlicher Teil der Verantwortlichkeit für den Schaden zurückfallen, der aus der ganz unberechenbaren Wahl seines Nachfolgers entstehen kann. Nach meinem Eindruck identifiziert er sich mehr mit dem Oberkirchenrat, als es seine ministerielle Stellung und vermeidlich mit sich bringt; ob ein Mitglied der von Falk bekämpften Richtung im Oberkirchenrat ist oder nicht, darüber würde ich an seiner Stelle die Krisis nicht herbeiführen. In mir ist die Versuchung, mich durch meinen Rücktritt der weiteren Verantwortlichkeit für usw. [bezieht sich auf Vorgänge in der Reichsverwaltung] und für andere Vorkommnisse, die ich nicht billige, — zu entziehen, eine sehr große. Aber nach den schweren Erlebnissen des Königs in diesem Jahre kann ich es mit meinem Gefühle nicht vereinbaren, aus meiner ministeriellen Verantwortlichkeit die volle logische Konsequenz zu ziehen und nachher achselzuckend zuzusehen, wenn der 82 jährige Herr in Schwierigkeiten und vielleicht das Land in Krisen geriete, denen die physischen Kräfte nach den schweren Erschütterungen dieses Jahres nicht mehr gewachsen sind.

Soweit der Reichskanzler. Erw. Erzellenz wird die Kenntnis dieser vom hochpolitischen Standpunkte ausgegangenen Erwägungen vielleicht Anlaß zu nochmaligem Überlegen geben. . . .“

Dies Schreiben mußte Falk schwer bedrücken. Auch mit Wil-mowski hatte Falk eine Besprechung. Der Kaiser hatte schon im Sommer von seinem festen Vorsatz gesprochen, den Konflikt mit dem Oberkirchenrat in der Frage der Lehrprozesse im nächsten Winter auszutragen. Auch Wil-mowski redete Falk aufs ernstlichste zu, irgendeinen Ausweg zu suchen. Er sagte ihm, er habe vor zwei Tagen den Besuch eines Mannes von größter politischer Bedeutung gehabt — es war, nach Stolbergs Auskunft, Manteuffel — und dieser habe ihm gesagt, Falk solle doch nicht aus der Müde einen Elefanten machen, niemand würde begreifen, wenn er aus solchem Grunde ginge; täte Falk dem Kaiser diesen Gefallen, so könne er alles mit ihm machen. War diese Einwirkung Manteuffels ehrlich gemeint? Hatte er vielleicht Angst bekommen vor den Konsequenzen seiner Intrigen? Oder dachte er, auf diesem Wege Falks öffentliches Ansehen um so besser ruinieren zu können? Wil-mowski meinte, Falk solle ver-

suchen, Baur ohne Kögel zu ernennen, dagegen würde eine öffentliche Vertrauensfundgebung, wie sie Falk als wünschenswert bezeichnet hatte, vom Kaiser nicht zu erreichen sein. Falk möge doch an Stolberg einen ostensibeln Brief schreiben und sich dahin äußern, daß er die Sache nochmals reiflich erwogen habe, bei dem Widerspruche gegen Kögel verharre, gegen Baur aber nichts zu erinnern habe und daß er sich bei seinem Widerspruch überhaupt nur von der Ehre und Würde der Krone habe leiten lassen, nicht von irgendwelchen dogmatischen Kirchenrücksichten.

Nach schwerster Erwägung entschloß sich Falk, Stolberg zu sagen, er wolle die Vergangenheit auf sich beruhen lassen, sich überwinden und vorbehaltlich der Persönlichkeiten dem Kaiser nicht widerstreben, wenn dieser sich um der Zukunft willen zu einem Schreiben, wie dem mit Friedenthal erwogenen, entschlösse, vielleicht bei Ablehnung von Falks noch nicht endgültig erledigtem Entlassungsgesuch. Stolberg wollte dies schriftlich beim Kaiser anregen und die persönliche Seite der geschäftlichen Behandlung überlassen. Die Freunde Falks waren im Zweifel, ob er damit nicht bereits zu weit ginge, vor allem war Sybow dieser Meinung, aber auch Graf Bethusy. Kameke meinte, etwas müsse Falk nachgeben, aber freilich das Opfer müsse ihm auch möglich gemacht werden. Stolberg wünschte von Falk einen Brief, in dem dieser sich bereit erklären sollte, wenn der Kaiser ihm sein ferneres Vertrauen aussprechen würde, der Ernennung von Hofpredigern nicht länger zu widerstreben, die Ernennung Kögels wegen seiner Agitationen gegen den vorgelegten Minister abzulehnen, Baur's Eintritt in den Oberkirchenrat als außeretatmäßiges Mitglied zu billigen und des neuzuberufenden Hofpredigers Schrader Ernennung zum nebenamtlichen Mitglied des Konsistoriums zu veranlassen. Ein solcher Brief ist von Sybow konzipiert. Falk konnte sich aber nicht entschließen, ihn abzuschicken und antwortete Stolberg, er möge an den König von sich aus berichten.

Dieser Bericht Stolbergs ist nicht bekannt. Die Antwort des Kaisers teilte Stolberg Falk von Wernigerode aus am 16. Dezember mit, ganz vertraulich und selbst fühlend, daß dadurch sein Bericht in ein eigentümliches Licht gerückt würde. Das Schreiben des Kaisers an Stolberg lautet:

„Berlin, 14. Dezember 1878. Aus Ihrer Antwort von gestern auf mein Schreiben ersehe ich mit Genugtuung, daß es Ihrer Vermittlung gelingen kann, die Differenz, in der ich mit dem Minister

Falk stehe, auszugleichen. Diese Differenzen gipfeln nicht in Mangel an Vertrauen zu seiner Amtsführung, die ich im Allgemeinen und Großen, Ganzen stets anerkannt habe, sondern in dem Mangel, wie es mir schien, daß er die Gefahren, welche durch die Irrlehren auf christlich-religiösem Felde, welche immer, und namentlich gegen das Apostolikum, mehr und mehr in Angriffe ausarten, — nicht ernst genug auffaßt, und dadurch auch den Oberkirchenrat in dessen layer Handhabung dieser Auswüchse in unserer Kirche leitete und bestärkte. Die Entlassung des Präsidenten Herrmann hat bewiesen, wie ernst ich diese Verhältnisse verfolge und auffasse. Der ganze Schriftwechsel mit der zuletzt genannten Behörde und mir beweist, daß ich keine andere Absicht aussprach, als jene Behörde immer wieder auf die in Rede stehenden Gefahren aufmerksam zu machen, und sie zu größeren und schnelleren energischen Maßregeln gegen die Verfälscher unseres Glaubens zu veranlassen. Gerade dieselbe Ansicht leitete mich in meinem Schriftwechsel mit dem Minister Falk, als ich ersah, daß er die Ansichten und das Verfahren des Evangelischen Oberkirchenrates nicht mißbilligte. Als ich diesen Rat durch zwei Hof- und Domgeistliche, die ganz meine Auffassung teilen und die Gefahren einsehen, denen wir entgegengehen, verstärken wollte, trat der Minister Falk dieser Anordnung entgegen und verlangte seine Entlassung. Das überaus schmerzliche Ereignis, welches mich betraf, ließ bisher dieses Gesuch unbeantwortet und unerledigt, weil ich nach dem ersten Attentat die Angelegenheit vorläufig ruhen zu lassen beschloß. Daß diese Anordnung ein halbes Jahr dauern würde, konnte ich damals nicht voraussehen!

Die Gefahren, die ich für unsere Kirche fürchtete, sind bei den Arbeiten der Berliner Stadtynode und durch das genannte Ereignis immer klarer und erschreckender hervorgetreten, und beweist, wie gelockert der Boden ist, auf dem die evangelische Kirche gegründet ist, was vor allem durch die Lehren des Protestantenvereins herbeigeführt wird, der seine destruirenden Grundsätze verbreitet und sich in Berliner Kirchen und Versammlungen leider zeigt! Der Minister wird sich überzeugt haben, wie nötig es geworden ist, die von mir so oft verlangte Energie im Entgentreten gegen die Volksverführer durch ihre Irrlehren eintreten zu lassen. Ich weiß, mit welcher Entschiedenheit Minister Falk für das Sozialistengesetz eingetreten ist, und das gibt mir das Vertrauen zu ihm, daß er jenen gelockerten Boden mit derselben Entschiedenheit und mit allen Mitteln zu ebnen suchen wird, denn nur auf diesem wieder zu befestigenden Boden der Religion kann eine Besserung — mit der Zeit — geschaffen werden, wenn auch das genannte Gesetz den ersten Angriff auf dem politischen Boden zu machen berufen ist.

Ich beauftrage Sie, dem Minister Falk Mitteilung von Vorstehendem zu machen, aus dem folgt, daß ich nunmehr sein Entlassungsgesuch definitiv ablehne.

Da ich die ohne mein Vorwissen in auffälliger Weise im Oberkirchenrate getroffenen Personalveränderungen bestehen lassen will, so erwarte ich um so mehr den Eintritt der Hof- und Domprediger Kögel und Baur in den Oberkirchenrat vollführen zu sehen und erwarte die nötigen Vorlagen.“

Stolberg war sich nicht im unklaren über den Eindruck, den dieses Schreiben auf Falk machen mußte. Er schrieb sofort an Bismarck und bat Falk, von einem Immediatschreiben solange abzustehen, bis dessen Äußerung da sei. Dieselbe Bitte richtete H o b r e c h t an Falk. Bismarck wünschte Besprechung der Angelegenheit im Staatsministerium, das auf den 20. Dezember berufen wurde. Am 19. entwarf Falk unter Sydows Beistand folgendes Immediatschreiben, das nicht abgesandt wurde:

„(Nach dem Danke für die ihm durch Stolberg mitgeteilte Ablehnung seines Entlassungsgesuches): Solche Gnade mahnt mich aber auch, der Pflichten eingedenk zu sein, welche Ew. Majestät gegenüber mir obliegen. Zu diesen gehört die Pflicht der Wahrhaftigkeit. Ihr gehorchend muß ich, so schwer, so schmerzlich das für mich ist, in bezug auf die Erwartungen, welche das Allerhöchste Handschreiben vom 14. von meinem ferneren Handeln hegt, das Nachfolgende vortragen.

Wenn Ew. Majestät es so erschienen ist, als ob ich den Evangelischen Oberkirchenrat in dessen Handhabung der Auswüchse in unserer Kirche geleitet und bestärkt habe, so darf ich bitten, mir darin zu glauben, daß ich einerseits jene Bewegungen stets mit Ernst betrachtet, anderseits mich jeder Einwirkung auf den Oberkirchenrat oder einzelne Mitglieder desselben, die in den gedachten Angelegenheiten doch lediglich nach ihrer Pflicht und ihrem Gewissen entscheiden müssen, sorgfältig enthalten habe. Das aber ist freilich richtig, daß ich in meinem Berichte vom 26. Januar über einen Nachfolger des Präsidenten Herrmann die Ansichten, welche der Oberkirchenrat in seinen Immediateingaben über die Handhabung der Lehrdisziplin vorgetragen hat, billigte. Und wenn Ew. Majestät die Gnade haben wollten, die Ausführungen, welche ich in meinem Berichte vom 26. Januar über denselben Punkt zu machen wagte, einer nochmaligen Würdigung zu unterwerfen, so glaube ich der Hoffnung nicht entsagen zu sollen, daß Ew. Majestät es nicht unerklärlich finden werden, wenn ich auch jetzt die vom Oberkirchenrat entwickelten Grundsätze für richtig halte.

Ev. Majestät bitte ich, hieraus nicht folgern zu wollen, daß es mir nicht auf das Ernsteste am Herzen läge, alles zu tun, was zur Festigung des religiösen Grundes, zur Pflege des religiösen Sinnes im Volke dient. Bereits in meinem Berichte vom 18. Mai, in ernstester Stunde habe Ev. Majestät ich die Versicherung gegeben, daß ich mir in dieser Beziehung meiner Pflicht voll bewußt sei, und dies Pflichtbewußtsein gründet sich nicht auf äußerliche Erwägungen, sondern auf eigenen religiösen Sinn und einen Glauben, mit dem ich dereinst vor Gott zu bestehen habe.

Im Hinblick aber auf die Äußerungen Ev. Majestät gegen den Oberkirchenrat wie gegen mich und auf die Intentionen, welche die Darlegung an den Fürsten Bismarck vom 1. Mai zum Ausdruck bringt, glaube ich das Allerhöchste Handschreiben vom 14. d. M. dahin auffassen zu müssen, daß Ev. Majestät ein allgemeines Einschreiten gegen die Anhänger und Mitglieder des Protestantenvereins in Kirchen- und Lehrämtern für geboten erachten. Ist diese Auffassung richtig, so darf ich kein Hehl daraus machen, wie ich auf das Tiefste davon durchdrungen bin, daß durch eine solche Maßnahme das oben bezeichnete Ziel nicht erreicht, im Gegenteil der evangelischen Kirche wie der Gesellschaft schwerer Nachteil zugefügt werden würde.

Ev. Majestät habe ich schon früher, auch in meinem Berichte vom 26. März, betreffend den Professor Pfleiderer, zu bemerken mir erlaubt, daß ich nicht die entferntesten Sympathien für den Protestantenverein habe, und mein Bericht vom 26. Januar wird keinen Zweifel daran gelassen haben, daß auch ich die Berliner Vorgänge auf das Tiefste beklage und verurteile. Aber ein Einschreiten gegen Kirchendiener oder Lehrer bloß um ihrer Zugehörigkeit zum Protestantenverein willen, ohne daß sie sich im Speziellen etwas zuschulden kommen ließen, das scheint mir auch nach eingehender Erwägung nicht evangelisch und auch nicht gerecht zu sein.

Wollen Ev. Majestät Ihre Aufmerksamkeit noch einem anderen Punkte zuwenden. Ein Grund, welcher die Sozialdemokratie in ihrem verderblichen Wirken sehr erheblich unterstützt, ist die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der Gebildeten gegen Religion und Kirche. Es ist eine zur Lösung stehende Aufgabe, diese Menschen der Kirche wiederzuzuführen, sie heranzuziehen, wo sie sich ganz von ihr entfernt hatten, lose Bande zu verstärken, wo sie etwa noch vorhanden sind. Harte Zurückweisung des Standpunktes aber, den die zu Gewinnenden einnehmen, ist kein Mittel, das dahin führt. Im Gegenteil, es hält die Entfernten weiter zurück und zerreißt Bande, die schwach oder loser sind. Das bezeichnete Einschreiten würde zweifellos als solche Zurückweisung in weiten Kreisen emp-

funden werden, diese in ihrer jetzigen Gesinnung bestärken und damit der Sozialdemokratie den bisherigen Anhalt für ihr gefährliches Treiben belassen. Um der Förderung der Religiosität willen also, im Interesse der Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung vermag ich den Erwartungen, welche das Handschreiben vom 14. Dezember auf mich setzt, nicht zu entsprechen. Ich kann mich auch nicht der Befürchtung entschlagen, daß ein Schritt in dieser Richtung schon sein würde, wenn ich zu der von Ew. Majestät in Aussicht genommenen Verstärkung des Oberkirchenrates mitwirkte, denn der Inhalt des Handschreibens Ew. Majestät drängt mich zu dem Schlusse, daß diese Verstärkung in Erwägung gezogen worden ist, um jenes Einschreiten vorzubereiten oder einzuleiten. . . .“

[Es folgten noch einige mehr technische Bedenken gegen die beabsichtigte Ernennung.]

Schon am 19. Dezember mahnte der Kaiser Stolberg in einem Postskriptum zu einer auf anderes bezüglichen C. D.: „Wo schwebt denn schon wieder die Evangelische Oberkirchenratsfrage, die ich umgehend als erledigt annehmen muß?“ Stolberg verfiel auf den Gedanken, diese Gelegenheit zu benutzen, den Kaiser zu einem sein Vertrauen aussprechenden Schreiben an Falk anzuregen, und fragte an, ob Falk sich durch ein solches veranlaßt fühlen würde, trotz der geforderten Ernennung von Kögel und Baur im Amte zu bleiben. Falk sollte das ihm ja nur vertraulich mitgeteilte Handschreiben des Kaisers als nicht gelesen ansehen. Er solle also dasselbe nicht zur Grundlage einer Immediatvorstellung machen, sondern abwarten.

Falk entgegnete, daß er nicht sehe, wie er dem Kaiser gegenüber dessen Schreiben mit seinem so schwerwiegenden Inhalt ignorieren könne, daß er aber seine Vorstellung einstweilen zurückhalten wolle, und daß er, wenn ein in der Öffentlichkeit verwendbarer Erlaß ergehe, bereit sei, im Amte zu bleiben und, zwar nicht die Patente für Kögel und Baur sofort zu vollziehen, aber den Wunsch des Kaisers auf den korrekten geschäftlichen Weg zu bringen. „Es geht doch nicht an, daß eine so hohe Behörde wie der Oberkirchenrat in so außergewöhnlicher Weise zwei Mitglieder erhält, ohne davon das Geringste zu wissen. Soviel mir bekannt, hat Se. Majestät lediglich dem Präsidenten Hermes persönlich bei dessen Ernennung von dem Verlangen Kenntnis gegeben, Kögel und Baur in das Kollegium aufzunehmen, und seitdem ist nichts weiter erfolgt. Der Oberkirchenrat hat ein Recht, von mir zu verlangen, daß ich an solcher Übergehung desselben nicht teilnehme, zumal seine namhaftesten Mitglieder wohl

meinen ernst ablehnenden Standpunkt in der Sache kennen, nicht aber davon unterrichtet sind, daß ich unter gewissen Voraussetzungen mich darein gefunden habe, von diesem Standpunkte zurückzutreten. Dem Oberkirchenrat und respektive seinem Präsidium steht es zu, bei Ernennungen von Mitgliedern des Kollegiums die vorbereitenden Schritte zu tun, ich stehe in zweiter Linie. Der Oberkirchenrat allein übersieht etwaige Bedenken oder Hindernisse, welche der Ausführung der Allerhöchsten Intention von kirchlicher Seite entgegenstehen. Ihr Vortrag kann in Verbindung mit den von mir vorzutragenden Bedenken Sr. Majestät zu Einschränkung oder Modifikation Seiner Entschließung, zu anderer erleichternder Kombination führen, namentlich wenn es gelingt, Se. Majestät davon zu überzeugen, daß das Verfahren bei der Richterschen Ernennung nicht illoyal war. Endlich muß, um nicht neue Schwierigkeiten zu erwecken, unbedingt vermieden werden, daß insolge jener Ernennungen kein Mitglied des Oberkirchenrates ausscheidet, und nur durch ordnungsmäßige Verhandlung ist diese Gefahr zu beseitigen.“

Abgesandt wurde jenes Schreiben nicht, weil Stolberg dringend bat, dem Kaiser nicht zur Kenntnis zu bringen, daß er dessen vertrauliches Handschreiben an ihn Falk mitgeteilt habe, und weil sich zugleich ergab, daß der Kaiser der in Falks Antwort gestellten Empfehlung, die Sache auf den normalen geschäftlichen Weg zu bringen, unbewußterweise zugekommen war. Er hatte Stolberg beauftragt, *Hermes* zuzuziehen, und diesem am 19. Dezember geschrieben:

„Die Negotiation des Grafen Stolberg mit dem Minister Falk ist dahin gediehen, daß letzterer erklärt, er wolle, wenn er wisse, daß er mein Vertrauen noch besäße, ferneren Widerstand gegen die Domgeistlichen Kögel und Baur aufgeben. Diese Erklärung habe ich durch den Grafen Stolberg gegeben und diesem danach die Weisung erteilt, die Ernennung der Genannten nunmehr herbeizuführen.“

Hermes, der Falk Abschrift davon mitteilte, fügte hinzu: „Sie sehen, daß der Kaiser das Bewußtsein hat, Ihre Forderung einfach erfüllt zu haben.“

Stolberg las Falk einen Teil aus dem Antwortbriefe *Bismarck*s vor. Er besagte im wesentlichen: „Ich kann nicht nach Berlin kommen, ich bin zu angegriffen; mich hat in diesem Jahre nichts mehr mitgenommen, als die Verhandlungen wegen Rekonstruktion des Ministeriums. Die Nachricht von der Falkschen Sache hat mir eine schlaflose Nacht gekostet. Mir ist nicht klar, warum die Allerhöchste Auße-

rung [der Brief des Kaisers an Stolberg] Falk von seiner Absicht zurücktreten läßt, die Kontrasignaturen zu geben. Falk scheint ein Vertrauensvotum zu fordern, welches ihn der Kontrolle des Kaisers entzieht. Das gibt der Kaiser seinem Charakter nach nicht, namentlich nicht auf den Gebieten, welchen er seine persönliche Tätigkeit zuwendet, Militär, Diplomatie, Kirche. Ich und Noon hatten es auch nicht. Und hätte ich es einmal erlangt, so würde ich das nicht erreicht haben, was ich erreichte.“ Bismarck gab sodann Ratschläge, wie die Interzession des Staatsministeriums formell einzuleiten sei. Stolberg meinte, daran habe Falk wohl kein Interesse und las ihm den Passus nicht vor. S o b r e c h t erzählte Falk, daß Bismarck über Stolberg aufgebracht war, daß er seine Vermittlung Sakaiendienst usw. genannt habe. Wahrscheinlich standen in dem Nichtgelesenen Andeutungen davon. Dann fuhr das Schreiben Bismarcks fort, er hoffe noch immer, daß eine solche Interzession nicht nötig sei. Er könne nicht glauben, daß Falk jetzt zurücktreten würde, wo er sich erst durch seine neuliche mannhafte Rede [im Abgeordnetenhaus am 11. Dezember, siehe unten S. 575] die Zustimmung aller Verständigen erworben habe. Es sei ihm nicht zweifelhaft, daß Falks Ausscheiden nicht bloß Rom gegenüber den Staat herabsetze und schädige, sondern auch das ganze Ministerium zu Fall bringen und das Land in Verwirrung stürzen würde. Er verwies auf die hieraus Falk erwachsenden Pflichten und auf seine Pflichten gegen den König.

In der folgenden vertraulichen Besprechung der Staatsminister las Stolberg den ersten Brief des Kaisers vom 9. Dezember, den Falk bis dahin dem Wortlaut nach nicht kannte, in extenso vor. Falk konnte nur bedauern, ihn nicht vorher gekannt zu haben, er würde zur Anknüpfung geeignet gewesen sein, denn er faßte die Sache ganz persönlich: Reminiszenz an seinen Bruder; lebhafter persönlicher Wunsch wegen der äußeren und inneren Beziehungen der betreffenden Geistlichen zu ihm; angebliche Notwendigkeit, seine verletzte Autorität herzustellen. Außerdem betonte Stolberg stark, der Kaiser habe an Hermes geschrieben, daß er Falk auf sein Verlangen durch Stolberg die Fortdauer seines Vertrauens habe erklären lassen. Hierin lag eine Erleichterung. Falk erklärte, das Staatsministerium habe zunächst noch keinen Anlaß, besondere Beschlüsse zu fassen, da die Sache ja nun in den geschäftlichen Weg komme. Darauf erklärte jeder der anwesenden Minister sachlich dasselbe wie Bismarck. Von allen Seiten wurde dringend geraten, Falk müsse dem Kaiser nach-

geben, Bülow wies auf das Zentrum und seine Presse hin, welches Falks Beseitigung wolle, und deutete an, daß gleiches Verlangen auch anderwärts gestellt sei. Er meinte, im Frühjahr wäre es noch möglich gewesen, den Kaiser zu anderen Entschlüssen zu bringen, jetzt nicht. Auch darin stimmten ihm die Kollegen bei.

„Da werde ich wohl, schrieb Falk in sein Tagebuch, von zwei Äbeln das kleinere wählen müssen und meinen Widerspruch nicht mehr verfolgen dürfen.“ Stolberg wollte nun an den Kaiser berichten, daß er seinen Auftrag für erledigt hielt, da des Kaisers Wunsch auf den ordnungsmäßigen geschäftlichen Weg gebracht sei.

Abends hatte Falk eine Unterredung mit H e r m e s. Dieser hatte durch H e n g s t e n b e r g nach der Audienz der Hofprediger am 7. Dezember erfahren, daß der Kaiser über die Richtersche Ernennung sehr aufgebracht sei, und um eine Audienz gebeten, um ihn aufzuklären. Diese Audienz war zunächst abgelehnt und Hermes mit einem sehr verletzenden Briefe versehen worden. Nach Rücksprache mit Stolberg hatte Hermes ein Schreiben an den Kaiser gerichtet, worin er die wirkliche Sachlage mit der Richterschen Ernennung darlegte. Falk besprach mit Hermes das weitere; sie waren darin einig, daß, wenn Kögel nicht zu umgehen sei, er aus dem Ministerium ausscheiden und man irgendwie für seine finanzielle Entschädigung sorgen müsse. Für sein Amt im Oberkirchenrat könnte eine Befoldung ohne Mitwirkung des Landtages keinesfalls gewährt werden. Aber Hermes wies darauf hin, daß es immer auch unbefoldete Mitglieder gegeben habe, wie zum Beispiel in der ersten Zeit Wichern, später Hoffmann. — Bei einem weiteren Besuch von Hermes berichtete dieser, daß er nun doch am 21. Audienz beim Kaiser gehabt habe. Er hatte sich in eine langsamere geschäftliche Behandlung gefunden und gesagt: Es bedurfte einer schnellen Reparation meiner verletzten Souveränität; da es aber nun doch schon vierzehn Tage gedauert hat, so möge es auch noch etwas länger dauern. Die Gesichtspunkte, die Hermes darlegte, daß es dann notwendig sei, daß Kögel aus dem Ministerium ausschiede, gab der Kaiser zu, aber er deutete zugleich an, Falk würde ihm dann wohl für Kögel einen nicht passenden Nachfolger nennen. — In diesem Punkt entstand keine weitere Schwierigkeit, da Kögel sich sofort mit seinem Ausscheiden aus dem Ministerium einverstanden erklärte.

Jetzt hatte der Oberkirchenrat das Wort. Am 27. nahm er in einer Sitzung zu der beabsichtigten Ernennung von Kögel und Baur Stel-

lung. Die Majorität (Brückner, Dörner, von der Goltz, Braun; Winter war abwesend) stimmte dagegen. Die Motive waren im allgemeinen, der Oberkirchenrat könnte sich nicht seinen Gegnern unterwerfen; am allerschärfsten hatte von der Goltz votiert. Brückner hatte die schon vorher in einem Gespräch mit Sydow geäußerten Bedenken, ob er dann im Oberkirchenrat bleiben könne, wiederholt, aber seine anfängliche Absicht, sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden, aufgegeben. Dem so bestimmt ausgesprochenen Willen desselben könne man nicht entgegentreten, man könne nur nachher die Konsequenzen daraus ziehen, das heißt gehen. Hermes mußte nun an den Kaiser berichten und ihm die Gründe der Majorität darlegen. Er wollte ihn bitten, auf irgendeine Weise die Gefahr des Ausscheidens so trefflicher Männer wie Brückner und von der Goltz zu beseitigen. Die Ausscheidenden würden durch die Neuernannten nicht ersetzt, und Galt würde von seinem Standpunkt aus die Ernennungen nicht kontratsignieren, wenn sie eine totale Umänderung des Oberkirchenrates bewirkten usw. Er hoffte auf eine entsprechende kaiserliche Äußerung, die wenigstens Dörner und Brückner zum Bleiben veranlassen könnte; bei von der Goltz war ihm das zweifelhaft, aber dieser könne vielleicht an Kögels Stelle ins Ministerium treten. Galt erwiderte ihm, daß er mit dem beabsichtigten Schritt beim Kaiser einverstanden sei und daß er nichts kontratsignieren könne, ehe er die Tragweite übersehe.

Von der Goltz legte seine Stellung dem Minister in einem ausführlichen Schreiben vom 28. Dezember dar. Es ist in fühlbarer Erregung geschrieben und ebenso charaktervoll wie inhaltsreich. Ich möchte es in seinen wesentlichen Stellen nicht unterdrücken:

„Für die Befugnisse des Landesherrn in der evangelischen Landeskirche existiert kein geschriebenes Recht. Da dieselben die oberste Kirchengewalt in sich schließen, so folgt hieraus, daß ihnen bisher überhaupt keine formellen Schranken gesetzt waren, obwohl bestimmte Grenzen der Macht des Landesherrn über die Kirche sowohl in dem Zwecke wie in der Geschichte des Landesherrlichen Kirchenregimentes klar gezeichnet sind.

Neuerdings hat die Entwicklung der kirchlichen Verfassung nach zwei Seiten eine nähere Begrenzung herbeigeführt. Einmal ist die kirchliche Gesetzgebung durch die Organisation synodaler Körperschaften an deren Zustimmung gebunden, und zugleich ständigen Deputationen der Synoden die Mitwirkung bei den wichtigsten Handlungen der Landesherrlichen Kollegien gesichert. Sodann ist

durch die Auseinanderlegung des staatlichen und kirchlichen Ressorts in kirchlichen Angelegenheiten, durch die Kontrasignatur des Präsidenten des Oberkirchenrates bei Kirchengesetzen, durch die Einrichtung des „Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes“ klargestellt, daß die Gewalt des Landesherrn in der Kirche kein Ausfluß seiner Stellung als Staatsoberhaupt, sondern ein annexum derselben ist, ein Nebenamt, das dem Könige als membrum praecipuum innerhalb der Kirche zusteht. Zugleich sind durch Staatsgesetz Vorkehrungen getroffen, daß der König in Ausübung seiner Gewalt in der Kirche nicht in Konflikt kommen kann mit seinem Beruf als Staatsoberhaupt.

Von diesen Änderungen konnte das Verhältnis des Königs zu den Landesherrlichen Kirchenbehörden, besonders der Zentralbehörde, nicht unberührt bleiben, da dieselben dem Staate wie den Synoden gegenüber die Unabhängigkeit und die Einheit der Landeskirche zu vertreten haben und auch für die kirchenregimentlichen Amtshandlungen des Königs die moralische Verantwortung tragen. Allein es ist in dieser Hinsicht nichts Positives geordnet und namentlich die Kontrasignatur erstreckt sich nur auf die Gesetzgebung. Deshalb werden die ersten tatsächlichen Vorgänge innerhalb der verfassungsmäßig geordneten Kirche eine Recht bildende Wirkung üben, die weit über ein Menschenleben hinausreicht. Formell sind die Kirchenbehörden lediglich die ausführenden Organe des Königlichen Willens; also gegenüber diesem Willen fehlt ihnen die Widerstandskraft, welchen die Synoden besitzen. Der König ist es, der im Kirchenregiment durch kollegialisch zusammengesetzte Behörden handelt. Dessen ungeachtet haben sich auch für die Kirchenbehörden Rechtsverhältnisse geschichtlich herausgebildet, welche nicht verletzt werden dürfen, ohne den kirchenregimentlichen Maßnahmen des Landesherrn den Charakter der Willkür zu geben. Diese Rechtsverhältnisse liegen zunächst in den Grundsätzen konfistorialer Verfassung, nach welchen der König das Kirchenregiment nicht durch eine Hofkanzlei oder ein Kirchenkabinett ausübt, sondern durch Amtsbehörden, welche mit sachverständigen theologisch und juristisch gebildeten Männern seines Vertrauens besetzt sind und zunächst für die kirchenregimentlichen Handlungen, auch des Königs, dessen Berater sie sind, die Verantwortung tragen. Das Zweite ist, daß gewisse Angelegenheiten der Entscheidung der kirchlichen Behörden auf dem geordneten Wege überlassen werden, während andere der persönlichen Entschließung des Landesherrn vorbehalten sind. ... Bei solchen dem Träger der Krone vorbehaltenen Akten ist es als Rechtsgrundsatz zu betrachten, daß die landeskirchliche Zentralbehörde der privilegierte Berater des Königs

ist. Der König kann den Anträgen der Behörde, mögen sie Gesetze und Verordnungen oder Personalfragen betreffen, Seine Zustimmung versagen. Er kann in beiderlei Hinsicht aus persönlicher Initiative Seine Intentionen kundgeben und zu entsprechender Berichterstattung veranlassen, aber er kann nicht definitiv handeln, ohne den Rat der Behörde gehört zu haben. Und tritt eine grundsätzliche Differenz zwischen den Intentionen des Königs und dem Rat der Behörde hervor, welche durch Verhandlungen nicht zum Ausgleich kommt, so bleibt nur die Alternative, daß der König die Behörde anders und Seinen Intentionen entsprechend zusammensetzt oder darauf verzichtet, seine persönlichen Überzeugungen positiv geltend zu machen. Denn ein fortgesetzter, auch in die Öffentlichkeit tretender Dissensus ist mit der Einheit des Kirchenregimentes, in welchem die Krone und das Kollegium ein Leib sind, nicht vereinbar. Die Wahrung dieser Rechtsgrundsätze ist, da das Summepiskopat im eminentesten Sinne ein Vertrauensamt ist, lediglich der Weisheit des Landesherrn anheimgegeben.

Nun kann es kaum zweifelhaft sein, daß seit ein Teil des bei dem kirchlichen Organismus unentbehrlichen konservativen Schwergewichtes in die synodalen Körperschaften verlegt ist, der Gebrauch der persönlichen Befugnisse des Landesherrn noch vorsichtiger sein muß, um ihren Zweck zu erfüllen, und sich von außerordentlichen Anlässen abgesehen mehr negativ als positiv regulierend wirksam zu machen hat, weil ein starkes und öffentliches Eingreifen in den leicht erregbaren kirchlichen Organismus vereinzelt Bestrebungen das ganze Gewicht der Autorität des Staatsoberhauptes zur Verfügung stellt und die Parteien reizt, sich an die Krone als ein Mittel für ihre Zwecke heranzudrängen. Es ist unmöglich, daß eine aus prinzipieller Opposition gegen das im Auftrage des Königs handelnde Kirchenregiment entstandene Partei sich auf die ausdrückliche Zustimmung des Königs und auf unterstützende Regierungshandlungen berufen kann, ohne daß die Kirchenregierung unfähig wird, mit Autorität ihren Beruf auszurichten. Seitens des Königs darf nichts geschehen, was, selbst wenn dies nicht seine Absicht ist, doch die tatsächliche Wirkung übt, Seinen Widerspruch gegen die Grundsätze des Kirchenregimentes zu manifestieren, ohne dessen Stellung unhaltbar zu machen.

Wenn unter diesem Gesichtspunkt die Vorgänge der beiden letzten Jahre einer unbefangenen Prüfung unterzogen werden, so ist es einflußreichen Personen gelungen, das kirchenregimentliche Handeln der Krone in eine für die Rechtsordnung in der Landeskirche verhängnisvolle Richtung zu lenken.

Das Entlassungsgesuch eines mit der obersten Kirchenleitung un-

zufriedenen Konsistorialpräsidenten wird dem Antrag der Zentralbehörde zuwider nicht nur nicht genehmigt, wogegen nichts einzuwenden wäre, sondern das Motiv dieser Entschließung öffentlich mit einem ärgerlichen Auftritt in einer Kreissynode in Zusammenhang gestellt, bevor das Kirchenregiment Zeit hatte, seines Amtes zu warten und seinerseits gegen das Argernis zu reagieren. Tatsächlich mußte das Kirchenregiment dies als eine Kompromittierung seines Ansehens empfinden, welche durch die huldreiche Versicherung des Allerhöchstens Vertrauens an seinen Präsidenten nicht aufgehoben wurde. — Der Kirchenregierung, welcher der Einspruch gegen eine Pfarrwahl wegen Irrlehre und die Beschwerde gegen die den Einspruch als begründet anerkennende Entscheidung der Provinzialbehörde vorlag, wird der Wille des Königs kundgegeben, es nicht bei der Versagung der Bestätigung bewenden zu lassen, sondern auf disziplinarischem Wege den Betreffenden seines Amtes zu entsetzen. — Einer Deputation von Geistlichen wird die Anschauung ausgesprochen, daß an der unter Königlicher Autorität nach schweren Kämpfen zustande gekommenen, durch Erfahrungen noch nicht erprobten Verfassung einiges der Änderung bedürftig sei. — Einer Synodaldeputation gegenüber bekennt sich der König zur ‚positiven Union‘, ein Ausdruck, welcher von denen, die ihn begrüßen, zur Parteilosung gemacht worden ist. — Bei den Landesherrlichen Ernennungen für die Provinzialsynoden wird entgegen den Vorschlägen des Kirchenregimentes und ohne über die abweichend von denselben vorhandenen Intentionen der Kirchenregierung Gelegenheit zur Äußerung zu geben, definitive Entscheidung getroffen, eine Entscheidung, welche die Beratungen der Provinzialsynoden und die Wahlen zur Generalsynode in eine der Kirchenregierung entschieden entgegengesetzte Richtung geleitet hat. — Zu gleicher Zeit, da die Regel geltend gemacht wird, daß die Hofprediger um ihrer nahen Beziehung zum Landesherrn willen an dem Kirchenregiment beteiligt sein müssen, wird auf Grund von Vorschlägen des Domministeriums, also auf Grund einer Kooptation mit Umgehung des Rates der Kirchenbehörde ein fünfter Hofprediger ernannt. — Eine Warnung der vorgesetzten Behörde an einen der Hofprediger, sich eines vorsichtigeren Verhaltens bei politischen Agitationen zu befleißigen, wird von demselben damit beantwortet, daß Se. Majestät ihm persönlich Seine Zustimmung zu seinem Verhalten kundgegeben habe. — Das zur Audienz befohlene Domministerium wird der Vertraute, welchem der König Seinen Unwillen ausspricht, daß eine in dem Kirchenregiment erledigte Stelle durch Initiative des Kirchenregimentes besetzt worden ist, ohne Seine Rückkehr abzuwarten. Es ist nötig, diese Tatsachen, von denen mehrere der Öffentlichkeit an-

gehören, sich zu vergegenwärtigen, um die Tragweite der im Vollzug begriffenen Ergänzung des Evangelischen Oberkirchenrates zu ermessen. Sie bewegen sich alle in einer Linie, sie befunden außerhalb des amtlichen und der Öffentlichkeit entzogenen Verkehrs zwischen dem Könige und der Kirchenregierung eine prinzipielle und mehrfach in die Öffentlichkeit bringende Differenz zwischen dem König und dem Evangelischen Oberkirchenrat. Und in diesen Zusammenhang tritt die Entschliebung des Königs, das Kollegium sofort durch die beiden Hosprediger Kögel und Baur zu ergänzen. Bevor das Kollegium Kenntnis von dieser Entschliebung erhielt, ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten bestimmt worden, aus Staatsrücksichten seinen anfänglichen Widerstand aufzugeben, ist dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, ohne für Vortrag der Gründe für und wider Raum zu lassen, die Ausführung des Allerhöchsten Willens anbefohlen und nur nach Hinweisung auf den ordnungsgemäßen Geschäftsgang die Einholung des informatorischen Votums der Mitglieder des Kollegiums gestattet worden.

Kann das Kollegium, wenn es seinen Pflichten der Treue gegen den Landesherrn und gegen die evangelische Kirche eingedenk bleibt, in diesem Zusammenhang lediglich bei der Erwägung des einzelnen Falles, daß zwei Hosprediger zu Mitgliedern des Kollegiums ernannt werden sollen, stehen bleiben? Kann es sich bei der Erwägung beruhigen, die Loyalität gebiete, dem so entschieden kundgegebenen Willen des ehrwürdigen Landesherrn keine Schwierigkeiten zu bereiten? Die Lage der Kirche ist so ernst, daß diese Frage nicht bejaht werden kann, namentlich auch im Interesse des hohen und wichtigen Amtes, welches der Landesherr in der evangelischen Kirche auszuüben berufen ist.

[Es folgt eine Darlegung, wie sachlich unbegründet und für die innere Einheit und das Ansehen des Oberkirchenrates nach außen, besonders gegenüber der bevorstehenden Generalsynode, schädlich der Eintritt der beiden Hosprediger sein würde, und dann die Empfehlung eines vielleicht annehmbaren Ausweges: Aufschub der Ernennung bis nach der Generalsynode.]

Wenn aber der König zu einer solchen Vertagung Seiner Ablichten bis nach der Generalsynode nicht zu bestimmen ist, so würde die Krone in Verbindung mit dem Vorangegangenen durch die Ernennung besonders des Hospredigers Kögel ein so persönliches Eingreifen in die Parteilungen innerhalb der Kirche in Anspruch zu nehmen scheinen, wie es weder die Kirche noch der Staat auf die Dauer ertragen kann. Die Kirche würde bei dem Thronwechsel den tiefsten Erschütterungen ausgesetzt und möglicherweise das gerade

Gegenteil dessen herbeigeführt, was der König beabsichtigt. Es würde eine bedenkliche Aussicht eröffnet für alle Parteiführer, die Krone und ihre Macht als *Mittel* für ihre Zwecke zu gebrauchen und sich öffentlich oder heimlich mit Zumutungen an sie zu drängen. Dann wäre es mit der innerlichen und freien Bewegung der religiösen Interessen in der Kirche vorbei. Zugleich würde das Kirchenregiment bei der Staatsregierung, bei den Provinzialbehörden, bei den Synoden und im Lande sein Ansehen einbüßen und für seine produktiven Aufgaben regierungsunfähig werden. Diese moralische Impotenz würde besonders hervortreten, wenn der Evangelische Oberkirchenrat durch den Generalsynodalvorstand verstärkt sein wird, und noch mehr, wenn der jetzt von der Krone ausgehende Nachdruck aufhören oder eine andere Richtung einschlagen sollte. Es darf nicht zugelassen werden, daß eine unter der Signatur der Parteiführer dem Kollegium zugetane Minorität sich mittels der Generalsynode und ihres Vorstandes in den Besitz der Macht setzt. Wenn daher der König bei der Intention verharret, den *s o f o r t i g e n* Eintritt der beiden Hofprediger in das Kirchenregiment anzuordnen, so wird der Landeskirche geringerer Schaden daraus erwachsen, wenn einige im Nebenamt dem Kollegium angehörige Mitglieder das Amt ehrfurchtsvoll in die Hände zurücllegen, die dasselbe anvertraut haben, und dadurch Freiheit des Handelns gewinnen und der Wendung den rechten Namen geben. Denn das Gesuch um Entlassung aus dem Amte ist die einzig mögliche Form ehrerbietigen und loyalen Widerspruches gegen eine für das Wohl der Landeskirche und den Bestand des Landesherrlichen Kirchenregiments verhängnisvolle Ausübung der Prärogative der Krone.“

Allein dieser Widerspruch des Oberkirchenrates hatte zunächst keine Folgen. Am 30. Dezember abends empfing Falk einen Brief des Kaisers folgenden Wortlautes:

„Sie haben durch den Minister Grafen Stolberg Kenntnis von meinem Schreiben an ihn erhalten, in welchem ich demselben meine Ansicht über die Notwendigkeit aussprach, den Verfälschern unseres Glaubens bestimmter und fester als je entgegenzutreten und bestimmter als je auf dem Apostolitum stehen zu bleiben, und in welchem ich denselben gleichzeitig beauftragte, Ihnen zu eröffnen, daß die Differenzen, die zwischen uns bestünden, nicht im Mangel an Vertrauen zu Ihrer Amtsführung wurzelten, die im großen und ganzen ich stets anerkannt habe, nunmehr also wegsallen, und daß ich daher Ihr früher eingereichtes Entlassungsgesuch nunmehr definitiv ablehnte. Ich erachte es aber angemessen, Ihnen dies noch direkt zu schreiben und tue dies hiermit, indem ich Ihnen danke,

daß Sie, wie Graf Stolberg mir schrieb, jetzt bereit seien, Ihre früheren Bedenken gegen den Eintritt von zwei Hof- und Domgeistlichen in den Evangelischen Oberkirchenrat fallen zu lassen und Ihre gesetzlich erforderliche Mitwirkung hierbei eintreten zu lassen. Es würde mich wahrhaft freuen, wenn Sie diese Angelegenheit noch vor Jahreschluß erledigen könnten.“

Von dem Zwischenfall, den der Widerspruch des Oberkirchenrates hervorrief, stand kein Wort darin. Auf den ihm erstatteten Bericht von Hermes hatte der Kaiser an demselben 30. Dezember an diesen geschrieben, er habe Vertrauen zum Oberkirchenrat, er würde es ihm sagen, wenn dem nicht so wäre. Den Eintritt von Hofpredigern wünsche er schon lange, sein Bruder habe das bei Errichtung des Oberkirchenrates bestimmt, er selbst habe verabsäumt, an die Stelle der ausscheidenden Hofprediger andere zu setzen. Es handle sich jetzt um Nachholung. Die sei um des Friedens in der Kirche willen nötig, denn durch das Draußenstehen der Hofprediger sei der Gegensatz erwachsen. — Dies Schreiben genügte, um den Widerstand des Oberkirchenrates in sich zerfallen zu lassen. In seiner Sitzung vom 31. erklärten Brüdner und von der Goltz, sie nähmen davon Abstand, wegen der vom Kaiser gewollten Ernennung der Herren Kögel und Baur ihre Demission zu nehmen. Von der Goltz rechtfertigte diesen seinen Entschluß in einem Privatbriefe an Falk, worin er sich auf die abmahnenden Stimmen seiner Freunde aus dem Lande berief. Vorner wollte sich noch nicht so weit binden, aber nahm jedenfalls gleichfalls von einer sofortigen Demission Abstand. So übersandte Hermes die Bestellungen für Kögel und Baur noch vor Jahreschluß, und gemeinsam mit Hermes, Sydow und Lufanus wurde im Ministerium der Begleitbericht an den Kaiser festgestellt. Der Oberkirchenrat legte Wert darauf, daß darin bemerkt würde, er hielte sich für ermächtigt, das Kaiserliche Handschreiben vom 30. in der Öffentlichkeit zu verwenden, und für selbstverständlich, daß Kögel und Baur ihre Parteiagitation mit dem Eintritt in das Kirchenregiment einstellen würden. Falk erklärte sich einverstanden und gab am 1. Januar seine Gegenzeichnung. „Meine erste amtliche Handlung im neuen Jahre und der schwerste Akt meines amtlichen Lebens. Es ist meine Überzeugung, daß ich recht handelte, Gott gebe, daß der Erfolg das erwiese.“ Beim Neujahrsempfang sagte der Kaiser zu Falk: „Ich danke Ihnen, es war mir eine Freude.“

Hatte Falk recht getan? Die nächsten Freunde zweifel-

ten, — wie ich schon sagte, auch Sydow. Und auch der Kronprinz, der sich am 3. Januar in der alleroffensten Weise mit Falk aussprach, sagte ihm, er begriffe seinen Entschluß, Sorge aber, daß er sich ruinieren könne, das heißt jede Unterstützung der Parteien im Landtage verlieren. Eine sofortige Enttäuſchung war es jedenfalls, daß der Kaiſer am 3. Januar an Hermes auf deſſen vorletzten Bericht ſchrieb, derſelbe ginge gegen ſeine königliche Würde, und ſich in der ſeltſamſten Weiſe über die in dem Bericht vom 31. Dezember ausgeſprochenen Anträge des Oberkirchenrates verbreitete. Er wollte die Veröffentlichung ſeines Briefes vom 30. nur dann geſtatten, wenn auch das Weſentliche aus dem jetzigen Briefe mit veröffentlicht würde. Der Oberkirchenrat konnte deſhalb von einer Mitteilung an die Preſſe nur abſehen.

Unter Falks Papieren befindet ſich eine lange ſchriftliche Selbſtprüfung über dieſe Frage, die zeigt, wie fürchtbar ſchwer ihm die Entſcheidung gefallen war. Ausſchlaggebend war ſchließlich folgendes: **Erſtens** die Rückſicht auf den Stand des Kampfes zwiſchen Staat und Römischer Kirche, was Bismarck und ſämtliche Mitglieder des Staatsminiſteriums mit dem größten Ernſte geltend machten. Daß ein Rücktritt Falks in dieſem Augenblicke als ein Triumph der Zentrumsparthei erſcheinen würde, die ſeit dem Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen ihr größtes Geſchüz gegen den Miniſter aufgefahren hatte, das konnte auch Falk ſelbſt nicht beſtreiten. War nicht um dieſer großen Frage willen das Opfer in einer anderen, die Falk zwar nicht ſo gering anſah wie Bismarck, die aber immerhin an Bedeutung weit dahinter zurückſtand, notwendig? **Zweitens** mußte ſich Falk ſagen, daß ſein Rücktritt die Hoffnung auf Durchſetzung des Unterrichtsgesetzes endgültig begrub. Deſſen Ausſichten hatten ſich aber im Lauf der letzten Monate weſentlich gebessert. Von Hohbrecht durfte Falk bereitwilliges Entgegenkommen erwarten. Die in Angriff genommene Finanzreform mußte auch für die notwendigen Aufwendungen auf dem Gebiete des Schulweſens die Beſchaffung der Mittel weſentlich erleichtern. Die Verhandlungen über die Petitionen der Ultramontanen gegen die Schulverwaltung des Miniſters hatten ergeben, daß eine ſtarke, bis weit in die Reihen der Konſervativen hineinreichende Majorität für die Grundsätze vorhanden war, die der Miniſter in ſeinem Unterrichtsgesetzentwurf ausgearbeitet hatte, daß überhaupt die Richtung, die der Miniſter ſeit Jahren konſequent in der Behandlung der Unterrichtsangelegenheiten

innegehalten hatte, sich des Beifalls der großen Mehrheit des Hauses und, wie die Presse zeigte, der großen Mehrheit des Volkes erfreute. Es waren zwar gewiß noch gewaltige Schwierigkeiten zu überwinden. Zu diesen gehörte nicht nur die endgültige Regelung der Streitfrage zwischen Simultan- und Konfessionschule, sondern auch die Konstruktion derjenigen Körper, welche Träger der Schulunterhaltungspflicht werden sollten. Allein aussichtslos war die Sache nicht. Auch in den Besprechungen mit Bismarck über einen Friedensschluß mit der Kurie hatte dieser immer wieder sich aufs bestimmteste dahin ausgesprochen, die durch Falk errungene Machtstellung des Staates in der Schule nicht antasten zu lassen. Diese Aussicht preiszugeben, war in der That die Frage Kögel und Baur nicht groß genug. **Drit-** tens wirkte auf Falk sehr stark die persönliche Rücksicht auf den Monarchen, die Bismarck so geschickt zu benutzen verstand. Trat er aus diesem Anlasse zurück, so fiel die volle Verantwortung für die Ernennung Kögels und Baur's ungedeckt auf den alten Kaiser, und Falk wußte, welchen Eindruck diese Ernennung auf die weitesten und wertvollsten Kreise des Volkes machen und welche Folgen für die innere Stellung zur Person des Monarchen sie haben würde. Gerade seine persönliche Anhänglichkeit an den alten Kaiser hinderte ihn, der Sache diese Wendung zu geben.

Seite an Seite mit diesen erregenden und schmerzlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Minister und dem Monarchen gingen in diesen letzten Monaten des Jahres 1878 stürmische **V e r h a n d - l u n g e n** im **A b g e o r d n e t e n h a u s e**. Am 11. Dezember stand dort der Antrag Windthorst auf der Tagesordnung, das Ordensgesetz vom 31. Mai 1875 abzuändern, das heißt im wesentlichen die Auflösung der noch bestehenden klösterlichen Genossenschaften mit dem Zwecke der Erziehung aufzuschieben. Falk hielt bei dieser Gelegenheit eine seiner größten Reden, worin er zur Überraschung des Zentrums sogleich auf den zunächst zurückgestellten Antrag, die aufgehobenen Verfassungsartikel wiederherzustellen, einging. Das Zentrum hatte den Ordensantrag in die vordere Reihe gestellt, weil er der sanftere war und weil es darauf rechnete, damit Sympathien zu erregen, die es dann für den entscheidenden Vorstoß nutzbar machen könnte. Diesen Plan zerstörte der Minister, indem er sofort den zweiten Antrag des Zentrums zum Angriffspunkt erwählte und diesen benutzte, um die wahren Gesinnungen des Zentrums ans Licht zu stellen.

„Sie muten der Staatsregierung einen Frieden zu auf der Basis der unbedingten Unterwerfung. Einen solchen Vorschlag kann man wohl einem Gegner machen, der niedergeworfen am Boden liegt und an Händen und Füßen geknebelt ist, aber nicht einem Gegner gegenüber, der aufrecht steht und aufrecht stehen bleibt. Wenn solche Bedingungen einem solchen Gegner gestellt werden, so kann in ihm das Gefühl der Verletzung aufkommen, und wenn er solchen Vorschlag nicht gar als eine Verhöhnung betrachten will, so wird er ihn doch jedenfalls als eine absolute Unmöglichkeit betrachten. Und das scheint mir so klar zu sein, daß jeder verständige Mensch sich an seinen fünf Fingern abzählen kann: Da ist ein Frieden unmöglich. Und die Herren sind ja so klug, daß ich sagen muß, sie sagen sich das selbst, und ich kann da nur fortfahren: Wer wird Ihnen denn glauben können, daß Sie wirklich Frieden wollen? Wenn der Vorwurf gegen Sie erhoben ist, Sie wollten keinen Frieden und seien darum ein Hindernis des Friedens, so wird der Ihnen bei solchen Verhältnissen unauslöschlich anhaften.

„Meine Herren, es sind in der That utopische Bestrebungen, die in solchem Antrage Ausdruck finden.

„Erlauben Sie mir, Sie noch auf einige Bemerkungen hin in die Wirklichkeit zurückzuführen.

„Meine Herren, die Staatsregierung hat in dem ganzen Verlauf der gelinde ausgedrückt schweren Verhandlungen, welche wir in den letzten sechs bis sieben Jahren geführt haben, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Kampf nicht um des Kampfes willen, sondern um des Friedens willen führt.

„Ich weiß ganz genau, daß, als ich die ersten sogenannten Maß-gesetze auf den Tisch dieses Hauses niederlegte, ich mit vollem Nachdruck diesem Gedanken Ausdruck gegeben habe, und nicht bloß in meinen Worten, sondern auch in den Worten maßgebenderer Persönlichkeiten ist derselbe Gedanke bei den vielfachsten Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen. Ich habe freilich eben rufen oder lachen gehört, — jedenfalls einen Ausdruck dafür, daß man das für eine Redensart hält. Nun, meine Herren, ich will einmal alle anderen Gründe beiseite lassen, ich will Sie bloß bitten, den rein menschlichen Standpunkt ins Auge zu fassen, den menschlichen Standpunkt, der doch gewiß die Gewähr gibt: Einen Kampf, wie den — ich habe bei anderer Gelegenheit schon einmal darüber gesprochen — führt kein

Mensch um des Kampfes willen, einfach, weil er es nicht aushalten kann.

„Meine Herren, es hat der Präsident des Staatsministeriums eine Gelegenheit wahrgenommen, um Ihnen zu sagen, er hoffe auf den Frieden zu einer Zeit, wo einmal ein friedliebender Papst da sein wird. Nun, meine Herren, der Fall ist eingetreten. Der Papst Leo hat seine friedliebende Gesinnung vielfach bekundet, und damit war nicht bloß die Gelegenheit für die Staatsregierung erwachsen, sondern die Pflicht, der Frage näher zutreten, ob sich jetzt durch Erörterungen eine Basis für den Frieden gewinnen ließe; sie konnte sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Aber, meine Herren, die Natur dieser Basis war auch eine gegebene, sie findet ihren Ausdruck in dem Ihnen allen bekannten Schreiben Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen an Seine Heiligkeit den Papst. Dort ist als Basis für den Frieden bezeichnet worden die Wegweisung der prinzipiellen Fragen, die zu prinzipiellen Gegensätzen führten aus den Erörterungen heraus, die Verweisung auf den Boden tatsächlicher Entwicklung. Die Aufmerksamkeit würde zu lenken sein zunächst auf solche Punkte, deren Ausgleichung möglich ist auf der einen Seite ohne Verletzung der Gesetze und auf der anderen Seite ohne Verletzung der kirchlichen Prinzipien. Und, meine Herren, der Raum dafür ist gar kein enger, ich darf Sie nur erinnern an das, was in anderen Ländern als zulässig gilt, ich darf Sie nur erinnern, wie viele und empfindliche Bestimmungen der sogenannten Maigesetze sofort unanwendbar werden, wenn nur ein wenig geschieht, und manches andere würde sich noch vorfinden.

„Wenn nun dem so ist, wenn auf beiden Seiten der redliche Wille besteht, zu einem Frieden zu gelangen, so meint man — und es ist das eine recht weit verbreitete Meinung —, daß der Friede nun so schnell auch kommen könne, daß er womöglich in wenigen Wochen da sei. Meine Herren, die friedliebende Gesinnung und das redliche Wollen des Friedens reicht unter so schweren Verhältnissen nicht aus, es kommt vieles in Betracht. Es ist, wenn man von Verhandlungen nichts weiß, bekanntermaßen eine große Neigung da, Nachrichten zu erfinden. Diese Neigung scheint mir hier durch einen irrigen Schluß aus der Friedensliebe und der friedfertigen Gesinnung auf baldiges Eintreten des Friedens verstärkt zu sein. Darum die vielen falschen Nachrichten, die in der Welt herumschwirren und die, auch wenn

man sie bei einigem Einsehen sofort als unmöglich erkennt, doch geglaubt werden. Meine Herren, worin liegt denn die Hauptschwierigkeit? Nach der einen Seite hin will ich es nicht weiter ausführen, es scheint mir doch aber nicht unwert zu sein zu bemerken: Auch der friedfertigste Träger der Kurie bleibt doch immer Träger der Kurie. Und, meine Herren, was für einen Charakter muß denn der Friede haben, wenn er für den Staat möglich sein soll? Es muß eben ein möglicher Friede sein, nicht einer, wie ihn die Herren mit ihrem Antrage wegen der Verfassungsartikel wollen, nicht ein solcher, der auf eine unbedingte Unterwerfung des Staates hinausläuft, nicht ein solcher, der das Unternehmen des Staates aufgibt, in das er eingetreten ist, um der Restituierung seiner selbst willen, um der Wiederherstellung und Erhaltung seiner Fähigkeit willen, allen Konfessionen gerecht zu werden. Meine Herren, wenn ein solcher Friede kommen sollte, dann würde sich vielleicht kein Ausdruck hart genug finden, um den Eintritt in dieses Unternehmen zu brandmarken und zu kennzeichnen. Denken Sie aber noch eins, meine Herren, wenn ein solcher Friede geschlossen würde — die Weltgeschichte lehrt es uns —: nach gemessenem Zeitraume kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und da sollte die Staatsregierung das, was sie mühsam errungen hat, in diesen schweren Kämpfen ohne weiteres dahingeben? Nein, meine Herren, das mindeste, was Sie ihr dann entgegenhalten könnten, wäre das Wort „unverantwortlich“.

„Meine Herren, diesen Standpunkt kann die Regierung nicht aufgeben; innerhalb dieser Linien wird sie es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen, innerhalb dieser Linien wird sie nicht ablassen, Übereinstimmung zu suchen mit der anderen Seite, und wird nicht aufhören, dahin zu wirken, daß sie diese Übereinstimmung finde.

„Meine Herren, man hat nun im Laufe der Zeit der Staatsregierung verschiedene Rezepte gegeben, mit denen die Heilung der Schäden eintreten könne. Da ist eins von einer gewissen Eigentümlichkeit, nämlich der Vorschlag, durch Nichtanwendung der Gesetze die Sache einschlafen zu lassen. Meine Herren, ob er an der Stelle, wo ich ihn gefunden habe, überall ernst gemeint war, das weiß ich nicht, jedenfalls aber steht fest, erstens, daß die geehrten Herren im Zentrum unter „milder Anwendung“ immer „Nichtanwendung“ verstehen, und zweitens, daß verschiedentliche Preßstimmen, die in den Herren nahestehenden Blättern laut wurden, gesagt haben: „Oh, das wäre uns schon ganz recht, wenn, wie in England, ein Abrogieren

der Gesetze durch Nichtanwendung derselben im Laufe der Zeit herbeigeführt würde.“

„Es ist allerdings wohl nicht nötig, in einem preußischen Landtage davon zu sprechen, daß Gesetze ohne Aufhebung, bloß dadurch, daß sie unangewendet bleiben, nicht einschlafen. Aber, meine Herren, es ist doch am Ende nicht ganz überflüssig, wenn ich diesen Punkt hier betont habe, denn es scheint mir, als ob die Anzeichen nicht fehlten, daß man in nicht unwichtigen Kreisen, in welchen man nicht so genaue Kenntnis von dem preußischen Verfassungsverhältnis hat, derartige Stimmen als sehr beachtenswerte anerkennt.“

„Nun, meine Herren, wenn dieses eine Mittel nicht angeht, dann heißt es von vielen Seiten: Dann muß die Staatsregierung aus eigener Erwägung dahin kommen, die Gesetze zu ändern, und, meine Herren, wir sind recht reichlich bedacht worden mit Vorschlägen von allen Seiten, wie diese Gesetze geändert werden könnten durch ein einseitiges Vorgehen der Staatsregierung. Meine Herren, ich bin wiederholt in der Lage gewesen, Ihnen die Voraussetzungen zu bezeichnen, bei deren Eintritt die Staatsregierung sich die Frage vorlegen könnte, ob und was etwa an den sogenannten Maigesetzen zu ändern sei. Wenn ich auf den Grundgedanken dieser verschiedenen Äußerungen hinsehe, so ist es doch wohl der gewesen, daß die Voraussetzung für eine solche Prüfung die sei, daß auch mit dem Ergebnis einer solchen Prüfung ein gesicherter Friede eintreten werde. Nun, meine Herren, an diesem Standpunkt muß auch heute die Regierung festhalten, sie kann nicht eher an die Beantwortung dieser Frage gehen, so lange der Friede bloß gesucht wird, und nicht die Garantie gefunden ist, daß er eintritt. Meine Herren, es liegt auf der Hand, daß diese Garantie, dieser Gewinn bestimmter und zweifelloser Aussicht nicht ohne Einfluß auch auf das Maß einer solchen Prüfung und Erörterung ist. Nichtsdestoweniger kommt von befreundeter und unbefreundeter Seite, die doch gar nicht wissen, wie die Dinge liegen, eine Masse Änderungsvorschläge, und ich glaube kaum zu irren, wenn ich mir die verschiedenen Vorschläge zusammenstelle und dann frage: Was bleibt noch übrig von den Gesetzen? — daß dann die Herren im Zentrum ganz zufrieden sein könnten mit dem Ergebnisse und keinen Grund hätten, ihren Antrag auf Wiederherstellung der Verfassungsartikel weiter zu verfolgen.“

„Dies ist aber nicht die Hauptsache, meine Herren, warum der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist zur Prüfung dieser Frage, sondern

die Hauptsache ist das, was ich bei anderer Gelegenheit gesagt habe. Meine Herren, die Regierung würde ohne die von mir angedeutete bestimmte Zuversicht ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Sie kann sich von der Überzeugung nicht trennen, daß mindestens eine große Gefahr, wenn nicht die unbedingte Gewißheit vorhanden ist, daß sie ohne jene Garantie nutzlos die Position aufgeben würde, die sie in so schwerem Ringen gewonnen hat. Sie würde, wenn sie ohne jene Voraussetzung Konzessionen, wenn sie Änderungen eintreten ließe, nicht weiter sein als früher. Sie stände der Gefahr gegenüber, daß man das Geänderte schönstens, vielleicht dankbar akzeptierte, aber wie würde es stehen mit der Beweisung des Dankes durch die Tat? Wo ist eine Garantie für solche Tat? Es ist die Überzeugung der Regierung, daß das gewünschte einseitige Vorgehen ihrerseits, nicht, wie es da und dort in den öffentlichen Stimmen heißt, als eine Tat der Gerechtigkeit angesehen werden würde, die die Bevölkerung gut und günstig zu stimmen geeignet sei; nein, meine Herren, man würde es immer nur betrachten als eine Tat der Schwäche, der Hilfsbedürftigkeit.

„Sehen Sie, meine Herren, in dieser Beziehung brauche ich bloß an das zu erinnern, was die verehrten Herren aus dem Zentrum hier sagen, was die ihnen nahestehenden Blätter alle Tage predigen, so daß man wirklich sagen kann: Es singens die Späßen von den Dächern.

„Es wird überall geschildert, in welcher traurigen Verfassung der Staat sich befinde, daß es allerhöchste Zeit sei, wenn er nicht zugrunde gehen wolle, nun in Unterhandlungen einzutreten, nachzugeben, Gesetze zu ändern. Meine Herren, wer möchte wohl leugnen, welche Schwierigkeiten, welche Last der Staatsregierung aus dem kirchenpolitischen Kampfe erwächst, wie viel draußen im Lande an Nachteil, an Unfrieden vorhanden ist. Aber, meine Herren, so ist es denn doch nicht, wie Sie, die Herren vom Zentrum predigen, sondern es ist so, daß das getragen werden muß gegenüber der großen Aufgabe, die in dieser Angelegenheit seitens des Staates zu lösen ist. Dennoch, meine Herren, ist die Stimme, die Sie auf diesem Gebiete führen, eine gar kräftige und laute; Sie unterstützen sie — wenn auch von Ihrem Standpunkt Widerspruch dagegen erhoben wird — durch Anwendung aller in dieser Beziehung möglichen Mittel: durch Heranziehung von Stimmen aus anderen Lagern als den Ihrigen, die sich etwa stärker oder schwächer in diesem Sinne verlauten lassen; durch

Übertreibung aller Art. Es ist das ganz erklärlich. Weite Kreise sind in einer eigentümlichen Stimmung; die Verhandlungen dieses Hauses haben bereits gezeigt, wie diese Stimmung auf anderem Gebiete wirkt.

„Es ist hier nichts anderes. Man bindet an den Kulturkampf Ereignisse, die gar keinen Zusammenhang mit demselben haben oder doch weitaus durch andere Dinge, wenigstens in der Hauptsache, herbeigeführt werden. Man macht ihn für vieles verantwortlich, wofür er gar nicht verantwortlich ist. Nun, meine Herren, so gestützte und gekräftigte Stimmen der Herren im Zentrum tragen weit und, meine Herren, mir wenigstens ist es nicht zweifelhaft, daß es in Rom Ohren gibt, die diese Stimmen sehr gut hören und deren Träger darauf Bedacht nehmen, den Schall dieser Stimmen weiter zu tragen, an Stellen, die noch maßgebender sind, als die Personen, die unmittelbar hörten.

„Die Staatsregierung ist sich recht wohl bewußt, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke in Beziehung auf die Beilegung des Kampfes — die ihr sehr, sehr dringend erwünscht ist — sich in einer schweren Situation befindet. Diese Schwierigkeit liegt eben in den Verhältnissen, die ich bereits andeutete. Die Staatsregierung hat, wie es nicht anders zu erwarten, sich gegenüber die Partei des Zentrums mit ihren exorbitanten Anträgen; die Staatsregierung hat gegen sich andere Faktoren, welche ursprünglich die Gesetze nicht wollten und die natürlich auf ihre früheren Argumentationen zurückgehen, und sagen: Wir haben ja das Ergebnis richtig prophezeit; nur in dem ist Heil zu finden, was wir damals gesagt haben. Die Staatsregierung sieht auch weiter, daß von rechts und von links Parteiispekulationen eintreten, wenigstens der lebhafteste Wunsch nach einem Zerfall des Zentrums geäußert wird, damit die Herren von rechts und links Elemente zum Zuwachs haben.

„Freilich, meine Herren, ob nicht die letzten Wochen auch derartigen Parteiispekulationen gegenüber klar gemacht haben, was mir längst klar war, daß das sanguinische Hoffnungen sind, will ich dahingestellt sein lassen. Dann finden sich — das ist vielleicht für die Staatsregierung das Beklagenswerteste — auch unter ihren Freunden manche Stimmen, die geleitet werden durch jene Eindrücke, die ich gekennzeichnet, durch jene Stimmung, von der ich sprach. Man sieht ja im Lande viele Nachteile, man sieht Maßnahmen, die vielleicht nicht immer so hart sein müßten, aber unter Umständen auch nicht

anders als hart sein können. Man sieht, wie eine große Zahl von Pfarreien verwaist, und bedenkt dabei freilich nicht, daß zum Beispiel gerade bei diesem Punkte die Staatsregierung machtlos in der Förderung ist, während bei geordneter Verfassung in den Bistümern oder, wie ich richtiger sagen will, in allen Bistümern, wo die Ordnung noch da ist, es kirchlicherseits die allerleichteste von allen Maßnahmen wäre, diesem Zustande abzuhelpfen. Unter solchen Eindrücken ist es wohl erklärlich, daß auch Faktoren, die der Staatsregierung sonst nahe stehen, diesen Eindrücken unterliegen und den großen Gesichtspunkt, um den es sich handelt, zeitweise verlieren. Ich sage mit Ruhe: nur zeitweise; bei diesen Elementen wird die kühlere Erwägung immer wieder zum Durchbruch kommen. Davon ist die Staatsregierung ebenso überzeugt, wie sie von einem anderen stets überzeugt war, nämlich davon, meine Herren, daß solche Stimmungsumschläge möglich seien. Die Staatsregierung hat mit aus diesem Grunde seinerzeit die Schritte, welche die von ihr für notwendig erachteten Gesetze zum Abschluß brachten, sobald als möglich getan. Meine Herren, von der Notwendigkeit dieses Abschlusses ist sie auch in diesem Augenblicke noch durchdrungen; sie glaubt, aussprechen zu dürfen, daß gerade der Besitz dieser Gesetze eine unabweisliche Notwendigkeit für sie ist, wenn sie überhaupt mit Ernst zu einem gedeihlichen Frieden kommen will. Darum, meine Herren, wird die Staatsregierung diese Position, so lange eben nicht die Voraussetzungen erfüllt worden sind, von denen ich gesprochen habe, sondern die Erfüllung noch gesucht wird, festhalten, — ja, meine Herren, festhalten auch gegen die Strömung.“

Die Rede war natürlich nicht nur auf das Zentrum berechnet, sondern sollte auch in Rom gehört werden. War doch das Ansinnen, die aufgehobenen Verfassungsartikel wieder herzustellen, zuerst von dorthier in dem zweiten Briefe des Papstes [siehe oben S. 516] gestellt worden. Indem der Minister den Ordensantrag mit dem Verfassungsantrag kombinierte und den Sinn jenes aus diesem erläuterte, erreichte er, daß das Haus sich in voller Geschlossenheit hinter die Regierung stellte, das Zentrum blieb ganz allein. Bismarck war von dieser Rede äußerst erfreut. Er sprach dem Minister für diese „tapfre, mannhafte Rede“ seinen besonderen Dank und Anerkennung aus und verwendete sie in den Verhandlungen über die Oberkirchenratsfrage als Argument für die unbedingte Notwendigkeit von

Falks Bleiben. Offenbar war auch der Kaiser in dieser Frage nicht anderer Meinung als sein Minister. Als die Zeitungen die Nachricht brachten, der Papst habe an ihn aus Anlaß seiner Genesung geschrieben und er habe ohne Wissen des Staatsministeriums ihm freundlich geantwortet, legte er großen Wert darauf, daß diese Nachricht sofort dementiert würde.

Dann kamen weitere Berichte auf dem Wege über das Auswärtige Amt. Am 11. Dezember berichtete *Reudell*, daß der Erzbischof von Neapel nicht bloß das Exequatur, sondern auch die Königliche Ernennung von Patronatswegen nachgesucht und erhalten habe, und zog eine Parallele zwischen dem Verhalten des Papstes gegen Deutschland hinsichtlich der Anzeigen von Ernennungen der Geistlichen und Italien. Ein weiterer Bericht des deutschen Gesandten in Bern vom 18. Dezember war Falk wertvoll, weil er geeignet war, sein Bedenken gegen die von Bismarck nicht abgelehnte Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin zu verstärken. „Der schweizerische Bundesrat habe erklärt, daß er eine ständige Vertretung des päpstlichen Stuhles bei der Eidgenossenschaft nicht mehr annehme. Mit aller Bestimmtheit kann vorausgesetzt werden, daß dieser Beschluß die volle Zustimmung der öffentlichen Meinung für sich hat und daß es dem Bundesrat kaum je möglich sein würde, einen anderen Grundsatz durchzuführen. Da sich die internen Unruhen in der Schweiz seit Jahrhunderten meist auf religiöse Zwistigkeiten zurückführen lassen, so wird die Beseitigung der Nuntiatur, welche sich bei diesen Streitigkeiten oft sehr lebhaft beteiligte, als eine wesentliche Bedingung des inneren Friedens betrachtet. Es ist sicher, daß diese Auffassung auch von ultramontanen Patrioten geteilt wird, wenn auch die Mehrzahl derselben den Beschluß des Bundesrates als einen schweren Schlag für die Römische Kurie betrachtet.“

Weniger wichtig war ein Bericht *Reudells* vom 14. Dezember, worin er die Aufregung der römischen Geistlichkeit schilderte, weil der Papst ihr erhebliche Beiträge zum Peterspfennig auferlegt habe. Der Papst strebe nicht nach sogenannter Popularität, er wolle nicht als liebenswürdig, sondern als ein gerechter Verwalter der Interessen der Kirche angesehen werden.

Dann teilte *Bülow* ein Zirkular des Kardinals *Nina* vom 10. Dezember 1878 in italienischer Sprache an sämtliche Nuntien mit.

Es hielt gegenüber der italienischen Monarchie den Standpunkt

Pius IX. mit großer Schärfe fest und machte auch den anderen Regierungen gegenüber keine Andeutungen in betreff der Frage, in der überall die Schwierigkeit lag, nämlich wie das Zusammenwirken der päpstlichen und der weltlichen Gewalten herzustellen sei. Anzuerkennen dagegen sei, bemerkte Bülow, der Ausdruck versöhnlicher Gesinnung, der, abgesehen von der italienischen Monarchie, durch das Aktenstück gehe und die höfliche, dem internationalen Verkehr unserer Zeit angemessene Sprache, welche von Bismarck doch als ein gewisser Fortschritt zum Bessern betrachtet werde. Mit diesem Urtheil stimmte Falk überein.

Das Zirkular stellte sich schroff gegen die bestehende Monarchie Italiens, die nur zu sehr ihren Namen und ihre Kräfte hergegeben habe, der Revolution zu dienen und dieselbe mit ihrem Ansehen zu bekleiden, bis dieselbe ihre Schläge gegen andere Regierungen und Souveräne Europas gerichtet habe, und legte dar, daß das Verhalten bei dem Attentate gegen Humbert mit diesem von der Kirche unbedingt festzuhaltenden Grundsatz in Einklang stehe. Das Zirkular suchte dann die übrigen Regierungen gegen Italien aufzuheben, respektive gegen die sardinische Monarchie, befahl dem Nuntius, bei der betreffenden Regierung zu protestieren gegen ähnliche Versuche, die Revolution zu fördern und schweren Schaden und ebenso nachtheilige Verbreitung der Begriffe zu erzeugen (Quasi-Plebiszit beim Einzug Humberts in Rom). Der Nuntius solle weiter die Regierungen an alle friedliebenden Schritte des Papstes erinnern, an Eintracht beider Gewalten mahnen; es werde Erwägung dessen von den Regierungen zum Ziel des Friedens verlangt, jedenfalls das Anerkenntnis, daß der Papst auf nichts abziele, als den Regierungen die Unterstützung seiner höchsten sittlichen Autorität zu gewähren in Dingen, welche nicht gegen ehrlichen Fortschritt in weltlichen Dingen seien.

Zu Hohenlohe hatte der Papst, nach einem Schreiben von diesem vom 6. Dezember, geäußert, er werde gewiß Frieden mit Deutschland schließen, er habe wieder nach Berlin geschrieben und sei überzeugt, daß Bismarck ihn verstehe. Der Reichskanzler bemerkte dazu, er könne die Überzeugung des Papstes, daß Bismarck ihn verstehe, nicht teilen.

Nun aber folgte ein Schritt des Papstes in die Öffentlichkeit: Das Schreiben „an den Erzbischof von Köln, Paulus Melchers“, vom 24. Dezember, das sehr schnell seinen Weg in die Presse fand *). Aber dieses Schreiben berichtete Reudell am 2. Januar 1879:

*) Hahn, S. 217; Majunke, S. 172; Schulte, S. 593.

„Der Kardinal Prinz Hohenlohe sagte mir gestern, die Veröffentlichung des päpstlichen Schreibens vom 24. v. M. sei bewirkt worden, ohne daß der Kardinal-Staatssekretär Nina davon Kenntnis hatte.

Es scheine, daß der Papst und der Monsignore Laurenzi, ein bei ihm infolge langjähriger Beziehungen in höchster Gunst stehender Geistlicher aus Perugia, wirklich die naive Ansicht gehabt haben, dieses Schreiben würde in Berlin einen guten Eindruck machen. Sie hätten eben beide seit 25 Jahren in kleinen provinzialen Kreisen gelebt und ihr Verständnis für fremde Verhältnisse sei beschränkt.

Derselbe Monsignore Laurenzi hat übrigens gestern einen sehr glücklichen Gedanken geäußert, nämlich, wenn die beiden tatsächlich noch mit staatlicher Anerkennung in Preußen fungierenden Bischöfe (von der Marwitz in Kulm und Kremenß in Frauenburg *) beantragten, die Pfarrerernennungsanzeigen in ihren Diözesen zu gestatten, so werde es möglich sein, die Genehmigung der kompetenten Kongregation und des Papstes herbeizuführen.

Es sei schwierig, meinte der Kardinal, jene beiden Bischöfe davon zu verständigen, daß sie solche Gesuche nach Rom schicken möchten, indes, wenn Monsignore Laurenzi einmal die Ansicht hege, daß dies zweckmäßig sei, um praktisch einen Schritt vorwärts zu kommen, so würde eine schickliche Einleitung der Sache wohl auch gefunden werden.

Verwirklichte sich die Voraussetzung, daß jene beiden Bischöfe die erwähnte Erlaubnis erwirken, so würde man endlich auf dem Boden tatsächlicher Zugeständnisse anlangen und meines unmaßgeblichen Erachtens der nachteilige Eindruck des letzten päpstlichen Schreibens verwischt werden.“

Bismarck bemerkte zu dem Schlusssatz dieses Berichtes:

„Ohne tatsächliche Zugeständnisse können wir nichts tun, wenn wir die Situation für uns nicht verschlechtern wollen.“

Der Kaiser nahm den Brief an Melchers korrekt auf. Er schrieb jedoch an Bismarck, er wünsche in der Presse auf den friedlichen Sinn des Papstes im allgemeinen hingewiesen zu sehen.

Bülow berichtete am 3. Januar 1879 an den Kaiser unter Vorlegung eines Berichtes von Reubell vom 31. Dezember (nicht bei den Akten), welchem das Schreiben an Melchers beilag:

„Ich kann nicht umhin die beiden Bemerkungen, welche der Botschafter zu dieser Kundgebung gemacht hat, als richtig anzuerkennen.

*) Anmerkung Falks: Wo bleibt Jakobi in Hildesheim?

Ein Fortschritt auf dem Wege der Verhandlungen ist darin nicht zu finden; der Papst will den Katholiken die Befolgung der Landesgesetze nur insoweit eingeschränkt haben, als dieselben nicht mit den Gesetzen der Kirche in Widerspruch stehen, und was er unter den letzteren begreift, wird aus dem vorhergehenden Passus klar, in welchem er die Zustände beschreibt, welche sein Herz mit Unruhe erfüllten. Er hält also, wenn auch in einer milderen und noch rücksichtsvolleren Sprache, sächlich den Standpunkt fest, auf welchem der Kardinal Nina in seinem letzten Schreiben stand. Er will den Frieden, aber er will unmittelbar, aller Wahrscheinlichkeit nach durch Aufhebung der Maigesetze zu demselben gelangen, nicht durch einen *modus vivendi* hindurch. Ebenso richtig scheint mir die Bemerkung des Botschafters, daß der Papst die preußischen Landesgesetze und die Sprüche unserer Gerichtshöfe ignoriert, indem er sich an den abgesetzten Bischof wendet und denselben als noch fungierend behandelt. Gleichwohl bildet der Ton des Schreibens einen gewiß wohlthuenden Kontrast mit dem, was die Welt aus dem Munde des früheren Inhabers des päpstlichen Stuhles zu hören gewohnt war, sowie mit dem Auftreten der Zentrumsparthei und der von letzterer geleiteten ultramontanen Presse. Ich habe dem Reichskanzler Ex. Majestät Allerhöchste Randbemerkung zu dem telegraphischen Auszug des päpstlichen Schreibens, sowie eine Übersetzung des letzteren übersandt und behalte mir einen etwaigen alleruntertänigsten Vortrag bis zum Eingang seiner Rückäußerung ehrfurchtsvoll vor.“

Der Kaiser erwiderte darauf mit einer Bemerkung ohne Datum, „zum päpstlichen Schreiben an den abgesetzten Erzbischof von Köln“, im Auswärtigen Amte am 6. Januar 1879 präsentiert:

„Ich finde die Sprache in bezug auf Deutschland und mich in ihrem Ton (ganz abgesehen von m e i n e r P e r s o n) eine so entgegenkommende, die von uns nicht ü b e r s e h e n werden darf. Wenn auch in diesem Ton keine Konzession noch liegen kann, so ist die Intention in dem ganzen Schriftstück doch so entschieden zum Frieden anstrebend, daß ein völliges Ignorieren oder abfällig urteilendes Auffassen dieses Dokumentes unsererseits nicht angängig ist, wenn wir, wie doch gewiß, a u c h den Frieden w o l l e n. Sehen wir uns in die Stellung des Papstes, so müssen wir einräumen, daß er für j e t z t wohl nicht m e h r sagen kann, wenn er seine Stellung nicht opfern will. Indem er den Wunsch nach Verständigung bei j e d e r Gelegenheit ausspricht, so ist das gewiß keine leere Phrase und wir dürfen dies nicht mißverstehen wollen; die u n b e d e u t e n d e Konzession, die von Rom gemacht wurde in der

Nichtverfolgung verurteilter Priester ist doch ein Schritt, der anzuerkennen war, der aber von uns nicht einmal offiziös releviert worden ist. Ich glaube, dies war ein Fehler von unserer Seite, wenn auch keinerlei Konzession von uns darauf basiert werden durfte; aber ein freundliches Wort in den Zeitungen wäre an seiner Stelle gewesen und würde einen versöhnlichen Eindruck gemacht haben. Um so mehr wäre ein Totschweigen in der Presse jetzt zu vermeiden, — der Fehler, den der Papst gemacht, nicht wie bisher den Weg seiner Mitteilung über München nach Berlin zu nehmen, verbietet offiziell, von dem Aktienstück Kenntnis zu nehmen, und das darf ein Presseartikel nicht verschweigen. Daß fast alle bayerischen Bischöfe zum Frieden mehr geneigt sind als alle übrigen, ist ein Faktum. Ich weiß von einer evangelischen Vertrauensperson, daß der Papst durch die sozialen Zerrüttungen in Deutschland und Italien in großer und wahrer Besorgnis über seine Existenz ist und daher auch aus diesem Grunde Frieden begehrt. Ähnlich hat er sich ganz kürzlich geäußert zu zwei Konvertiten und einer zwar sehr guten Katholikin, aber durchaus nicht ultramontan (von der der Papst weiß, daß sie bien au cour und deshalb von ihrer Familie verstoßen ist), sich in ganz klarer, friedensbedürftiger Art geäußert hat. Dies sind Beweise seiner Aufrichtigkeit zur Verständigung. Alle diese Zeichen dürfen nicht von uns ignoriert werden und nicht immer gesagt werden, das ist alles nicht genug. Wenn dies auch richtig ist, um von unserer Seite Schritte entgegen zu tun, da die Rissinger Unterhandlung aus bekanntem Grunde (Franchis Tod) zu nichts führte, so muß zugleich jene Freundlichkeit von Rom nicht durch Ignorieren wollen zurückgestoßen werden. Auf einem ganz anderen Feld liegt die Frage, wohin die wiederaufzunehmenden Verhandlungen führen könnten und wie weit die Konzessionen de part en d'autre: einst führen werden.“

Dies veranlaßte Bismarck durch seinen Sohn Bülow am 9. Januar Folgendes zu übermitteln. Er bäte, dem Kaiser zu sagen, er riete persönlich ab, einen Schritt zu tun, der nichts nützen könne, wenn er nicht erkennbar von der Regierung käme, und der seiner Ansicht nach ein taktischer Fehler sein würde, wenn er als Äußerung der Regierung erkennbar wäre. Die Adresse des päpstlichen Schreibens an Melchers [der Papst hatte ihn als noch im Amte befindlich angeredet] hielt er für eine berechnete Mißachtung, um zu beweisen, daß der Papst die deutschen Gesetze und Richterprüche nicht achte.

Währenddessen war der Kampf im Abgeordnetenhaus weitergegangen. Am 10. Januar hatte Windthorst die Beratung über den

Haushalt des Ministeriums mit einer Rede eingeleitet, worin er, auf die obengenannte Rede Falks zurückgreifend, feststellte, daß die Friedensverhandlungen als zur Zeit gescheitert anzusehen seien. Natürlich war das nicht nur ein Schluß aus Falks Rede, sondern ein Zeichen, daß er über den Stand der Verhandlungen genau orientiert war. Er folgerte daraus, es bestehe für ihn und seine Freunde kein Grund, die Beschwerden des katholischen Volkes zu unterdrücken, und kündigte an, daß eine Reihe solcher Beschwerden vorläge. In der Tat brachten die Zentrumsabgeordneten deren eine Menge vor, die alle darin gipfelten, Falks Kirchen- und Schulverwaltung trage Schuld an der eingerissenen sozialen Zerrüttung, Falk wolle nicht, was der Kaiser wolle, nämlich „daß dem Volke die Religion erhalten werde“ — dies apokryphe Kaiserwort war schnell eine brauchbare Parole geworden —, die Schule sei zu einer Pflanzstätte der Auflehnung entartet, und die jungen Lehrer, die aus den Falkschen Seminaren hervorgegangen, zeichneten sich durch Unehrexbietigkeit, maßlose Ansprüche und Disziplinverstöße aus. Diese Angriffe veranlaßten Falk zu einer zweiten großen Rede am 15. Januar 1879. Sie enthielt eine Rechtfertigung der von ihm verfolgten Politik auf dem Gebiet der Schule nach allen Seiten und war mit einem geschichtlichen Rückblick verbunden, der des größten Eindrucks nicht verfehlte. Falk war besonders erbittert darüber, daß die Zentrumspresse, leider in Gemeinschaft mit gewissen evangelisch = kirchlichen Zeitungen, sich nicht gescheut hatte, nahezu unverblümt seine Schulverwaltung verantwortlich zu machen „für die Tat des unseligen Hödel“. Es wurde ihm leicht, diese Anklage zurückzuweisen, er brauchte nur darauf hinzuweisen, daß diejenigen Personen, die als sozialdemokratische Agitatoren und Wähler hervorgetreten waren, sich alle in einem Lebensalter befänden, nach dem die gegenwärtige Unterrichtsverwaltung keinen Einfluß auf sie geübt haben konnte, denn „nach dem Reichsgesetz sind es 25 Jahre, die für einen Wähler gefordert werden, und der jüngste von denen, der im vergangenen Jahre hier in Berlin mitgewählt hat und der beigetragen hat, die Ziffer der sozialdemokratischen Wähler auf 50 000 zu erhöhen, ist vor länger als zehn Jahren aus der Volksschule ausgeschieden, und meine Verwaltung dauert in wenigen Tagen sieben Jahre. Es befinden sich, um speziell den Lehrerstand ins Auge zu fassen, unter den Wählern zum Reichstage auch äußerst wenige Lehrer, die in den Zeiten in einem Seminar ausgebildet sind, da die Verwaltung über dieselben mitzustand. Weit aus die

meisten Seminaristen, welche während meiner Verwaltung in das Seminar traten, können noch gar nicht zum Reichstage gewählt haben, allenfalls diejenigen, welche im 19. oder 20. Jahre eintraten, und das ist weitaus die Minderzahl. Was den Hödel selbst betrifft, nun so fand er seinen Unterricht zuerst in Leipzig und dann in einer Erziehungsanstalt zu Zeitz, worin ganz genau und streng die Bestimmungen der sogenannten Regulative eingehalten wurden. Als ich erfuhr, daß sich dieser Mensch gegenüber dem Präsidenten des Stadtgerichtes gerühmt habe, 100 Lieder auswendig zu können, da habe ich den verehrten Herrn, der hier neben mir sitzt [Geheimrat Karl Schneider], zu dem Präsidenten gesandt, und er hat Gelegenheit gehabt, sich in dessen Gegenwart über die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Behauptung zu vergewissern, und hat gefunden, daß das religiöse Wissen, sowohl was Katechismus, als was Lieder und Sprüche betrifft, bei dem Hödel ein sehr beträchtliches war. Wo bleibt da der nichtsnutzige Vorwurf, daß ich für solche Taten verantwortlich sei?“

Von diesem Spezialvorwurf aus ging Falk dann zum Angriff auf die These über, die ihm von katholischer und evangelisch-orthodoxer Seite immer wieder entgegengehalten wurde, nämlich, daß es früher zur Zeit der Regulative besser gewesen, daß damals die Früchte andere und die Lehrer gesittet gewesen wären. Und nun fuhr er fort: „Die Ankläger müssen ein mächtig kurzes Gedächtnis haben. Erlauben Sie mir deshalb einen Rückblick auf die Zeit von vor etwa zehn Jahren oder ein klein bißchen länger. Haben denn die Ankläger vergessen, in welcher unendlich traurigen Weise, was den Inhalt wie den Modus der Darstellung betrifft, vielfältig Zöglinge jener im streng pietistischen Sinne geleiteten Seminare Anklagen erhoben gegen die Anstalten, welchen sie ihre Bildung verdanken?“

Der Minister erinnerte [siehe oben S. 168] an das Buch von Meister: „Drei Jahre in einem preußischen Regulativseminar“, das Zustände in einem Seminar der Provinz Sachsen beleuchtete, an Artikel der „Gartenlaube“, die ein schlesisches Seminar schilderten, an die Handfibel des Volksschullehrers Kuttenseind, noch in vierter Auflage 1872 in Königsberg erschienen, dessen Verfasser Zögling eines Seminars in der Provinz Posen war. Dann erinnerte er an den Berliner „Verein für Freiheit der Volksschule“ und an seinen Zusammenhang mit der Lehrerversammlung im November 1868, bei der frühere Zöglinge der Seminare mit äußerstem Haß gegen die religiöse Erziehung in den Seminaren jener Zeit

aufgetreten waren. „Sie können daraus sehen, in welcher wahrhaft erschreckenden Art die Anklage erhoben und von anderen Lehrern bestätigt worden ist, daß sie in den Seminaren und durch die Erziehung darin die Ehrfurcht vor der Religion verloren hätten.“

Der Minister wies fernerhin auf die pädagogische Presse jener Zeit, zum Beispiel auf die „Leipziger Deutsche Schulzeitung“, deren preussische Mitarbeiter, so verschieden sie bezüglich ihres Standpunktes wie ihrer Bildung und des Tones, welchen sie anschlügen, sein mochten, doch unterschiedslos im Gegensatz zu den kirchlichen und politischen Tendenzen der Regulative standen. Er zitierte die radikale „Berliner pädagogische Zeitung“, die die „Allgemeinen Bestimmungen“ wörtlich so begrüßt hatte: „Eine Schädigung des sittlichen Bewußtseins gerade des niederen Volkes muß die Anordnung des Religionsunterrichtes in den „Allgemeinen Bestimmungen“ bewirken. Eine Volksbildung, die auf den in den Bestimmungen gegebenen religiösen Zwecken und Stoffen beruht, bringt das sittliche Gefühl mit der öffentlichen Meinung in Zwiespalt.“ Als ein weiteres Zeichen für jene Zeit führte er dann Reden und Beschlüsse an, die auf den Lehrerversammlungen jener Tage in Berlin 1869, in Wien 1870, in Hamburg 1872 zutage getreten waren. Sie zeigten, daß die damalige Lehrerwelt von einem wahren Haß, nicht nur gegen die Regulative, sondern gegen die Religion selbst erfüllt war. Als zweifellos ergab sich daraus, daß bei einer großen Zahl von Lehrern, die nach den Regulativen ausgebildet waren, gerade das Gegenteil von dem bewirkt worden war, was der Urheber und die Verteidiger der Regulative wollten. Sie zeigten auch, daß das System der Regulative daran schuld war, welches nicht durch Erziehung und Überzeugung den christlichen Glauben erwachsen und erstarken lassen, sondern die Religion von außen den jungen Gemütern einimpfen wollte.

„Welche Folgen das für die Schule haben mußte, ist einleuchtend. Es konnte keinen glücklichen, sondern nur einen störenden Erfolg für die Schule haben, wenn so viele Mitglieder des Lehrerstandes einen ihrem Berufe abgewandten Geist hatten. . . . Ich wies vorher darauf hin, ich müsse in der äußerlichen Behandlung religiöser Dinge einen Teil der Gründe erkennen, die solche Schäden herbeigeführt hat. Nun das ist nicht bloß für die Seminare gültig, das ist auch, wie ich meine, gültig für die Volksschulen. Ich gehörte diesem hohen Hause an, als im Jahre 1859 zum ersten Male ausführlich über die Regulative Erörterungen stattfanden und es machte damals eine Rede

einen besonderen Eindruck. Ich habe sie mir jetzt wieder in Erinnerung gebracht und möchte Ihnen einfach folgende Stelle daraus vorlesen. Um indessen gleich Mißverständnisse in bezug auf die Person des Redners abzuschneiden, nenne ich ihn. Es war der Abgeordnete Pfarrer Gräßer aus Selbrungen, der Erzieher des Freiherrn Georg von Vinde. Er sagte: „Der Zweck, den die Regulative zu erreichen suchen, die Religiosität in den Familien und Gemeinden mehr und mehr fester und fester zu begründen, wird doch gewiß, wenn sie so angewandt werden wie jetzt, am allerwenigsten erreicht. Den Kindern wird der Religionsunterricht verleidet und mit ihm auch die Religion. Das ist gewiß nicht gut und darum muß ein jeder Freund der Religion, jeder Freund des positiven Christentums wünschen, daß der Religionsunterricht in der Weise erteilt wird, daß die Religionsstunde den Kindern die liebste Stunde des Tages werde, aber nicht solche Stunde, wo sie mit Furcht und Schrecken hingehen, denn die Furcht macht bekanntlich Pein und die Furcht treibt die Liebe aus, auch die Liebe zur Religion.“ Nun, meine Herren, mein Bestreben ist es gewesen, diese Liebe zur Religion wieder herzustellen. Ich werde Ihnen dafür einige Beweise geben, daß ich seit sechs Jahren diese traurigen Folgen habe beseitigt wissen wollen, und wenn Sie mich nach den Mitteln fragen, wodurch ich das zu erreichen gestrebt habe und noch erstrebe, so sind es diese drei Punkte: Die Vermehrung und Verbesserung der Schulen, die entsprechende Erziehung der Lehrer, die Anweisung zur Erteilung eines fruchtbringenden Religionsunterrichtes.“

Zum ersten Punkt führte Galt dann aus, daß die von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Perger so stark betonte Unterscheidung zwischen einer Schule, die erziehen wolle, und einer Schule, die nur unterrichten wolle, rein doktrinär sei. „Die Aufgabe der Schule ist vielmehr die Erziehung durch Unterricht. Gewiß ist es richtig, daß die erziehende Wirkung des Unterrichtes zum Teil durch den Inhalt des Unterrichtes bedingt wird. Es ist ganz zweifellos, daß, wenn das Lebensbild eines tüchtigen Mannes gezeichnet wird, eines vortrefflichen Menschen in rechter Weise, daß das auf das Kind einen großen Eindruck macht, daß das den Gedanken in ihm entwickelt: So willst du auch werden. Nun, wessen Lebensbild in dieser Beziehung die größte Bedeutung hat, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen; in den „Allgemeinen Bestimmungen“ § 16 ist ausdrücklich und mit allem Nachdruck hervorgehoben, dieses Lebensbild solle besonders den Kin-

bern vorgeführt werden. Es gibt aber noch ein zweites Moment und ich darf es wohl mit Recht als die Hauptsache bezeichnen. Das ist die Persönlichkeit des Lehrers in seinen Beziehungen zu den Kindern. Das Beispiel des Lehrers ist von unberechenbar kräftiger Wirkung. Aber wenn er gedeihlich wirken soll, so muß der Lehrer sich allen verständlich machen, so muß er es verstehen, alle zu fesseln, groß und klein in verschiedener Weise; am meisten erziehlich aber wirkt er, wenn er die Kinder nach ihrer Einzelart zu behandeln weiß. Und wenn er sich nun einer Klasse gegenüber befindet, die so überfüllt ist, daß er nicht einmal imstande ist, die Kinder zu übersehen, wie soll er imstande sein, ihre Einzelart so zu ergründen, daß er gedeihlich den Weg geht, der für das einzelne Kind der richtige Weg für die Einwirkung ist? In überfüllten Klassen ging das eben nicht an und darum behaupte ich, daß ich im Interesse der Erziehung gehandelt habe, wenn ich den Hauptpunkt meines Bestrebens sein ließ, die überfüllten Klassen allmählich zu normalen Klassen zurückzuführen. Ist freue mich, je länger je mehr, darüber berichten zu können, daß diese schwere Aufgabe ihrer Lösung immer näher kommt. Ich darf annehmen, daß jetzt, nach Verlauf von sechs Jahren, etwa 4000 vor-schriftsmäßig geprüfte Lehrer mehr zu Diensten stehen, als vor sechs Jahren. Die große Mehrzahl dieser Lehrer ist zum Zwecke der Bildung neuer Klassen angestellt worden. Durch die Trennung überfüllter Klassen haben aber nicht nur diejenigen gewonnen, die in die neuen Klassen kommen, sondern auch die Zurückbleibenden. Die Zahl der Schüler ist nun in allen so getheilten Klassen derart, daß der Lehrer die Schüler übersehen kann, daß er die Möglichkeit hat, individuell einzuwirken, und ich darf annehmen, daß es annähernd 400 000 Kinder sind, welche seit jenen sechs Jahren in der famosen Ara Galk — [so hatte der Abgeordnete Perger ironisch gesagt] — einen erziehlich wirksamen Unterricht erhalten haben, den sie vorher entbehren mußten.“

Zum zweiten Punkt, zur Erziehung der Lehrer, wandte er sich gegen den Vorwurf, daß die Zahl der Religionsstunden in den Seminaren vermindert sei und daß an Stelle von Religionsstunden Stunden anderen Inhaltes gesetzt worden wären. „Das Lebensbedürfnis unseres Volkes, die Entwicklung der Industrie, die starke Bewegung in der Bevölkerung, die in weiten Distrikten den Unterschied zwischen Dorf und Stadt vollständig verwischt haben, hat es meiner Meinung nach dem Staate zur Pflicht gemacht, für aus-

reichend gebildete Lehrer der Volksschule zu sorgen. Je stärker erkannt worden ist, welche Gefahr der Gesellschaft aus dem Zuge erwerbsunfähiger und urteilsloser Menschen nach den Großstädten erwächst, desto ernster ist für die Staatsregierung und insbesondere für mich die Mahnung gewesen, Erziehung und Ausbildung erwerbs- und urteilsfähiger Männer und Frauen zu fördern. Aber über diese Sorge ist die religiöse Erziehung der Lehrer nicht vernachlässigt worden, sondern es fordern die Seminare qualitativ daselbe, was sie ehemals gefordert haben. Wo mit dem allgemeinen Gottesdienst dem Bedürfnis nicht genügt wird, sind besondere Seminargottesdienste eingerichtet und es wird gesorgt, daß die Schüler an diesen teilnehmen; freilich, ein Zwang zur Teilnahme an den Sacramenten, wie er früher wohl gefordert worden ist, wird nicht auferlegt. Es ist richtig, daß die Stundenzahl für den Religionsunterricht in den Seminaren etwas vermindert worden ist, in den unteren Klassen von fünf auf vier Stunden, in der Oberklasse von vier auf zwei Stunden. Allein diese Reduktion in der Oberklasse ist nur deshalb erfolgt, um Platz zu schaffen für die Übung der Seminaristen im Unterricht der Kinder und da in diesen Unterricht auch der Religionsunterricht eingeschlossen ist, so liegt darin die Ausgleichung für die Beschränkung der Stundenzahl. Für diese Verringerung der Unterrichtszeit im Religionsunterricht enthalten aber die „Allgemeinen Bestimmungen“ Äquivalente, die früher nicht existierten, zunächst in den Bestimmungen für die Aufnahme in das Seminar, in denen der Memorierstoff vermindert, dagegen die Ansprüche an die selbständige Aneignung der Religionsstoffe erheblich gesteigert sind. Die Errichtung von Präparandenanstalten und die Förderung des Präparandenwesens überhaupt sorgt dafür, daß diese Bestimmungen nicht auf dem Papier bleiben, sondern tatsächlich ins Leben treten. Ein weiteres Äquivalent liegt in der Weise, wie der Unterricht im Seminar geleitet werden soll. Die „Allgemeinen Bestimmungen“ fordern, die Zurückdrängung des Gedächtniswerkes dadurch auszugleichen, daß auf die Gründung einer eigenen Überzeugung in dem Gemüt des jungen Lehrers und eines Vertrautseins mit der evangelischen Wahrheit ein besonderer Ton gelegt wird. Drittens aber kann kein einziger Seminarabiturient, sei er evangelisch oder katholisch, die Lehrerentlassungsprüfung bestehen, wenn er nicht in der Religion bestanden hat.“

Der Minister ging sodann der Anklage zu Leibe, man sehe an den Früchten der jetzigen Seminarbildung, daß sie nichts taue, denn die





jungen Lehrer taugten nichts. Er zeigte, wie wenig substantiiert diese Anklage sei, wie wenig Lehrer, die nach den „Allgemeinen Bestimmungen“ ausgebildet waren, überhaupt schon im Dienste stünden, wie gut im großen ganzen die Lehrerprüfungen ausgefallen seien, und daß die vorgekommenen Disziplinarfälle keineswegs eine sittliche Differenz zwischen den Lehrern der verschiedenen Lebensalter offenbarten. Er zeigte sodann, daß diese Anklagen über die Lehrer viel älter seien als seine Verwaltung, daß schon zum Beispiel 1868 Beschwerden über den Lebenswandel der Lehrer erhoben worden seien. „Wenn es aber so ist, dann sage ich: Erheben Sie Vorwürfe gegen die menschliche Schwäche, erheben Sie Vorwürfe gegen die Schwäche der Jugend, Vorwürfe gegen die ungesunde Richtung der Zeit; aber ich denke, gegen die Unterrichtsverwaltung in dieser Beziehung Vorwürfe zu erheben, das ist vollkommen rechtlos.“

Zum Schlusse griff der Minister den Vorwurf auf, daß auch in der Volksschule selbst der Religionsunterricht zurückgedrängt sei. Die Verminderung der Religionsstunden in der einklassigen Elementarschule von sechs auf fünf, in der mehrklassigen auf vier, rechtfertigte er daraus, daß es nun möglich geworden sei, gewisse Dinge, die früher nur im Religionsunterricht gelehrt, gewissermaßen in ihn hineingepreßt wurden, von ihm zu lösen und auf die eigentlichen Fachstunden zu übertragen, nämlich auf das Deutsche, auf die Realien und insbesondere auf den Gesangunterricht. Inhaltlich aber bedeutete es gewiß keine Vernachlässigung der Religion, wenn an die Stelle eines geistlosen Erlernens eines großen Stoffes die Forderung getreten sei, die biblischen Geschichten nach ihrem religiösen und sittlichen Inhalt in einer Geist und Gemüt bildenden Weise zu entwickeln und fruchtbar zu machen.

„Und nun will ich die Frage aufwerfen, wenn so die Dinge einander gegenüberstehen, wo ist mehr die erziehlische Seite wahrzunehmen, in der alten Zeit oder in der Zeit, die die Ara Falk genannt wird?“ Alle Änderungen am Inhalt des Religionsunterrichtes, die die „Allgemeinen Bestimmungen“ gebracht haben, gehen in der Richtung der Innerlichkeit, haben die Tendenz, die Kinder so zu unterrichten, daß sie teilnehmen können am Gottesdienst der Gemeinde in lebendiger Art.

„In bezug auf diese meine Weise, den Religionsunterricht zu fördern, möchte ich ein Wort, welches mir so oft entgegengehalten worden ist, auch für mich zur Anwendung gebracht sehen: Es kommt

weniger auf die Quantität des Wissens an, es kommt darauf an, daß das, was gelehrt wird, verstanden werde und übergehe in Fleisch und Blut. Und das habe ich mit meinen Bestimmungen gewollt im Unterschied von dem früheren Standpunkt. Erlauben Sie mir noch eine einzige Erinnerung. Ich habe, bald nachdem die „Allgemeinen Bestimmungen“ erschienen waren, in einer sozialdemokratischen Zeitung gelesen, sie seien ein neuer Versuch, die morschen Säulen des Staates und der Gesellschaft zu stützen, und es wurde hinzugesetzt, ein Versuch, der der Sozialdemokratie gefährlicher sein könne, als die Weiterführung des Erziehungswesens nach den Regulativen, und ich denke, unrecht hatten diese Blätter nicht.“

Die Rede machte auf allen Seiten des Hauses mit Ausnahme des Zentrums starken Eindruck. Auch Bismarck war von ihr im höchsten Maß angetan und ließ Falk durch Stephan am 21. Januar seine ausdrückliche Zustimmung zu der Zurückweisung des sinnlosen Angriffs erklären, daß die von ihm verfolgten Grundsätze in der Schulverwaltung irgendeinen Anteil an der sozialistischen Bewegung haben könnten.

In der Tat, der Minister durfte mit berechtigtem Selbstgefühl auf die Erfolge seiner Schulverwaltung zurückblicken. Als am 10. Februar der Abgeordnete von Schorlemer-Alst abermals die Angriffe des Zentrums wiederholte, jene Rede als eine für eine andere höhere Stelle berechnete Apologie bezeichnete und sich für die Verurteilung der jüngeren Lehrer auf einen Erlaß der Regierung zu Oppeln vom 18. Dezember 1878 stützte, der die sittlichen Zustände in der Lehrerwelt des Bezirkes sehr ungünstig charakterisiert hatte, nahm Falk noch einmal das Wort. Zunächst, um den in der katholischen Presse und in einer Reichstagsrede Liebknechts ausgesprochenen Vorwurf zurückzuweisen, er hätte mit seinen Worten über Hölzel diesen ihm an den Rockschloß gehängten Menschen anderen an den Rockschloß gehängt. Er erklärte, er habe nichts anderes beabsichtigt, als zu beweisen, daß es eine nicht zu rechtfertigende, ja ungerechte und unzulässige Beschuldigung sei, die Freveltat eines einzelnen mit den Grundsätzen irgendwelcher Unterrichtsverwaltung in Verbindung zu bringen. Dann wandte er sich den in der zitierten Oppelner Verfügung beleuchteten Zuständen in Oberschlesien zu. Er deutete an, daß er diese Verfügung nicht billigte und die Verallgemeinerung einzelner Fälle darin für einen Mißgriff hielt. Er konnte sich dafür auf ein Gutachten des Oberpräsidenten von Puttkamer,

eines durchaus konservativen Beamten, berufen, worin es hieß: „Es sind hauptsächlich dem Lebensalter und den Dienstjahren nach jüngere Lehrer, welche durch ihr Verhalten in und außer dem Amte Anstoß erregt haben. Sieht man aber die Altersangaben in den Klagen des Berichtes näher an, so ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß unter den zu Tadelnden die überwiegende Mehrzahl zwar zu den jüngeren, nicht aber zu den jüngsten, das heißt also nicht zu derjenigen Kategorie gehört, welche ihre Seminarausbildung in den letzten sechs bis sieben Jahren erhalten haben. Hieraus läßt sich mit Sicherheit der Schluß ziehen, daß, woher auch immer die Quellen der betrübenden Erscheinungen fließen mögen, sie doch jedenfalls nicht in dem gegenwärtigen Unterrichtssystem zu suchen sein können. Es wäre auch schlechterdings nicht abzusehen, wie dies möglich sein sollte, da die Bildungs-, Erziehungs- und Unterrichtsmethoden auf den Schullehrerseminaren, namentlich in bezug auf die Pflege der Sittlichkeit und des religiösen Bewußtseins nichts zu wünschen übrig lassen, und da in den mir sämtlich bekannten Seminaren Oberschlesiens unter meist tüchtiger Leitung durchschnittlich recht Befriedigendes geleistet wird.“

Falk entnahm daraus das Recht zu der Hoffnung, daß die Lehrer, die unter den von ihm gegebenen Bestimmungen und getroffenen Einrichtungen ausgebildet wurden, besser sein würden, als die Lehrer, auf die sich die Verfügung der Regierung von Oppeln bezog. Das wird freilich — und damit ging der Minister zu einem wuchtigen Angriff über — nur dann erreicht werden, wenn nicht andere Faktoren, insonderheit die katholische Presse, immer wieder auch das best Angelegte vernichten und zerstören würden. „Es werden nicht allzu viele Tage der letzten Jahre sein, daß diese Blätter, die „Schlesische Volkszeitung“, die „Reiher Zeitung“ und wie sie weiter alle heißen, nicht die Autorität des Staates angriffen, sie in jeder Weise herabwürdigten, nachdrucksvoller oder ebenso nachdrucksvoll, wie es die sozialdemokratischen Blätter getan haben. Glauben Sie denn, daß Sie so Ihr Ziel, die Hebung der Sittlichkeit, die Förderung der Religiosität erreichen? Müssen Sie nicht anerkennen, daß ein solches Gebahren gerade den umgekehrten Erfolg hat, die Sittlichkeit zu zerstören? Muß denn nicht die urteilslose Menge, die wirklich in Oberschlesien groß ist, die Unterscheidung zwischen dem Erlaubten und dem Verwerflichen, zwischen Recht und Unrecht verlieren? Graben Sie doch diese Quelle ab! Wenn Sie das tun werden, dürfte es

jedermann klar werden, daß es Ihnen um die Sache zu tun ist und nicht bloß darum, Angriffswaffen gegen einen verhaßten Minister zu erheben.“

Windthorst ließ sich durch diese Rede nicht abhalten, dem Angriff Schorlemers auf das stärkste zu sekundieren: „Der Niedergang und das vollständige Verderben unseres Schulwesens datiert von dem Schulaufsichtsgesetz, und dieses Schulaufsichtsgesetz muß fallen, muß unter allen Umständen fallen, der Pfarrer muß wieder Lokalschulinspektor werden und der Dekan und der Superintendent wieder Kreis Schulinspektoren. Nach dem Schulaufsichtsgesetz ist eine Verweltlichung, eine Überhebung in einen großen Teil der Lehrer gekommen, welcher Böses verheißt und welcher nach meiner Ansicht ganz dazu geeignet ist, eine vollständige Verwilderung der deutschen Jugend herbeizuführen. Diese Wandlung datiert von dem Tage, wo der Minister Falk ins Amt getreten ist. Ob er eine solche Wandlung gewollt hat, untersuche ich nicht, ich bin sogar überzeugt, daß er sie nicht gewollt hat, aber ich führe das dem Minister vor, nicht um ihn anzuklagen, sondern um ihn aufzufordern, daß er ernsthaft prüfe, ob es mit dem System so fortgehen kann und ich schließe mit dem Wunsche: Weg mit dem Schulaufsichtsgesetz, Herstellung des alten vorher bestehenden Zustandes.“

Wenige Tage danach kam auch im Herrenhause dieselbe Frage zur Sprache. Angeregt war die Beratung durch die Petition einiger evangelischer Hochtorps aus der Provinz Sachsen unter Führung des Grafen vom Hagen, die das Recht des evangelischen Volkes auf evangelischen Unterricht und Erziehung seiner Kinder in evangelischen Schulen anerkannt und gesichert wissen und die Schulaufsicht über die Volksschule den Geistlichen wieder zurückgegeben wissen wollte. Die Kommission zur Vorberatung dieser Petition beantragte, über das zweite Desiderium zur Tagesordnung überzugehen, dagegen das erste der Regierung zur Erwägung zu überweisen. Die Altkonservativen wollten auch das zweite Desiderium als berechtigt anerkannt sehen. Die liberaleren Mitglieder des Hauses forderten Übergang zur Tagesordnung über beide Punkte. Der Minister ging in seiner Rede fast ausschließlich auf die Vorwürfe gegen unbefugte Förderung der Simultanschulen ein und bat das Haus, nicht nur über den zweiten, sondern auch über den ersten Punkt der Petition zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Kleiſt-Neßow hatte

die preußische Simultanschule auf eine Linie gestellt mit der holländischen konfessionslosen Schule. Mit stärkstem Nachdruck bewies der Minister das Unrecht dieser Parallele. In Holland war der Religionsunterricht aus der Volksschule hinausgewiesen und dem Privatunterricht übergeben. In der preußischen paritätischen Schule war der Religionsunterricht für die Kinder der verschiedenen Konfessionen obligatorischer Lehrgegenstand in der Schule. In Holland sollte bei der Anstellung der Lehrer das Bekenntnis der Kinder überhaupt nicht berücksichtigt werden. In Preußen sollte das Lehrerkollegium gerade unter Berücksichtigung der verschiedenen Konfessionalität der Schüler zusammengesetzt werden. In Holland sollte es nur noch konfessionslose Schulen geben, in Preußen sollten die paritätischen Schulen als eine Ausnahme zugelassen werden, und zwar nur dann, wenn ihre Errichtung einen wesentlichen Vorteil für die Lösung der erziehlichen Aufgabe der Schule bringe. Geradezu Aufsehen machte es, als der Minister aufdeckte, daß in der ganzen Provinz Sachsen, aus der die Petition des Grafen vom Hagen gekommen, nicht eine einzige paritätische Schule bestehe, und daß auch in Pommern, der Heimat des Herrn von Kleist, nur eine einzige vorhanden sei. „Petitionen, die aus Landesteilen kommen, wo man die Einrichtung gar nicht kennt, über die man spricht, und sich bitter beklagt, werden, wie ich meine, bei niemand und darum auch nicht bei der Staatsregierung irgendwelchen Eindruck machen.“ Für den Gesamtumfang der Monarchie gab es zur Zeit 33 285 Volksschulen, davon paritätische im ganzen nur 442. Vor dem Amtsantritt Falks waren es 60. Von sämtlichen Lehrern wirkten 96,4 Prozent an konfessionellen, 3,6 Prozent an paritätischen Schulen. Diese waren ausschließlich in Landesteilen eingerichtet, wo die Bevölkerung stark gemischt war. — Das Herrenhaus lehnte den vom Minister unterstützten Antrag auf Übergang zur einfachen Tagesordnung für beide Punkte der Petition mit schwacher Stimmenmehrheit ab und überwies den ersten Punkt nach dem Kommissionsantrage der Regierung zur Erwägung.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen in beiden Häusern war immerhin dieses, daß die Schulverwaltung Falks bei der großen Mehrheit in wesentlichsten Punkten Billigung fand. Die Aussichten für das Unterrichtsgesetz waren, soweit die parlamentarische Situation in Betracht kam, keineswegs ungünstig. Noch deutlicher als die Plenarverhandlungen hatten dies die eingehenden Verhandlungen in der Kommission für das Unterrichtswesen gezeigt.

Die Verhandlungen mit der Kurie kamen erst durch ein neues Schreiben Ninas vom 23. Januar 1879 an Bismarck wieder in Fluß.

Mon Prince, Désirant profiter de l'avantage déjà acquis, que nous offrent nos relations personnelles, toutes les fois qu'en y recourant, je crois pouvoir rapprocher les deux Gouvernements du terme désiré où leurs rapports officiels pourront être rétablis, j'estime utile de faire connaître aujourd'hui à Votre Altesse Sérénissime quelques considérations dont l'importance sera, j'en suis certain, apprécié par le Gouvernement Imp. et Royal.

Vous n'ignorez pas, mon Prince, le vif désir, que nourrit Sa Sainteté de voir au plus tôt conclu un accord réel et durable entre l'Église et l'Etat en Prusse. Le St. Père a appris avec plaisir que le Gouvernement l'a reconnu; mais d'un autre côté il a dû constater que le conflit, qui avait l'air de se calmer, semble de nouveau s'accroître à la suite des déclarations autorisées et des fâcheux incidents, qui ont diminué les espérances de paix prochaine et réelle conçues par les Catholiques d'Allemagne, sans qu'il soit donné jusqu'à présent à Sa Sainteté, de pouvoir réagir contre un semblable état de choses, vu que Vous n'avez pas cru, mon Prince, pouvoir encore répondre à ma lettre du 4. novembre de l'année dernière.

Je ne doute pas qu'il suffira à la profonde pénétration de Votre Altesse, d'arrêter un instant son attention sur cette situation pour reconnaître qu'il serait aussi indispensable qu'urgent de procurer au St. Siège un moyen de continuer son action pacifique sur les Esprits d'un si grand nombre de sujets de l'Auguste Empereur Guillaume. Cette nécessité me semble d'autant plus évidente, que le Souverain Pontife a tout fait, pour rapprocher les âmes des Fidèles du Gouvernement Imp. et Royal. Récemment encore Sa Sainteté a très clairement fait connaître Ses pensées, Ses désirs, Ses craintes et Ses espérances dans des actes Pontificaux, lesquels indubitablement favorables à tous les Pouvoirs constitués n'ont pu qu'une fois de plus démontrer au Gouvernement Prussien qu'en accordant une entière liberté à l'Eglise Catholique il trouverait dans son action l'appui d'une force incontestable basée sur la plus ferme résolution de s'opposer à tout ce qui a pour but d'ébranler l'ordre religieux, politique et social.

Il est manifeste que l'attitude prise par le Souverain Pontife dès le début de Son Règne vis-à-vis du Gouvernement Impérial et Royal a déjà produit de notables résultats, parmi lesquels Votre Altesse aura sans doute noté avec plaisir la décision

franchement et hautement proclamée par les Catholiques au sujet de leur entière soumission et confiance à l'endroit des arrangements, que le St. Siège pourrait vouloir prendre pour leur bien spirituel. (Gemeint war damit die Erklärung Windthorst's in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11. Dezember 1878, in Entgegnung auf Falk's Rede: „Wenn zwischen der Staatsregierung und der Kurie eine Verständigung erzielt ist, so werden wir sie mit einem wahren Tebeum begrüßen. Unbedingt und ganz werden wir uns den betreffenden Abmachungen unterwerfen, selbst dann, wenn wir in dem einen oder anderen Punkte glauben könnten, es wären der KonzeSSIONen an den Staat um des lieben Friedens willen zu viele gemacht.“)

La susdite décision aura sans nul doute prouvé au Gouvernement Impérial et Royal qu'il n'aura désormais à traiter qu'avec le St. Siège seul pour la conclusion de la paix religieuse tellement désirée, laquelle serait singulièrement facilitée, s'il Vous plaisait, mon Prince, de me donner l'assurance que Vous admettez comme base de nos éventuelles négociations l'ordre d'idées que je Vous ai soumis dans ma lettre du 4. novembre dernier.

Persuadé que Vous userez de toute Votre influence pour obtenir de Sa Majesté un accueil favorable aux considérations, que je viens de Vous exposer, je saisis avec empressement cette circonstance pour Vous prier d'agréer la nouvelle expression de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

de Votre Altesse Sérénissime

le très dévoué serviteur

signé: L. Card. Nina.

Bismarck fand in diesem Schreiben nichts Neues und bezeichnete es als ein bloßes Exzitatorium, nicht ungeschickt auf den Kaiser berechnet. Seine Antwort vom 18. Februar — nach Bülow's Äußerung „schwer zu fassen gewesen“ —, lautete:

Monseigneur, La lettre que Votre Eminence a bien voulu m'adresser en date du 23. janvier m'a causé une satisfaction d'autant plus vive, que la communication précédente m'avait laissé l'impression d'être destinée à close d'une manière courtoise et amicale l'échange d'idées et la correspondance qui ont eu lieu entre nous depuis le printemps dernier. Cette impression avait surtout été produite par certains passages de la lettre du 8. novembre, dans lesquels Votre Eminence, en exprimant le désir de voir rétabli l'état des choses antérieur à l'année 1873,

demandait d'une manière indirecte une modification essentielle de la Constitution Prussienne comme condition préalable de l'entente désirée. Or, j'avais déjà eu l'occasion d'expliquer à Votre Eminence, avec la sincérité que je Lui dois, que mon Auguste Souverain ne saurait prêter Sa main à un acte semblable.

Maintenant j'ai vu avec plaisir ma première impression rectifiée par l'arrivée de Votre dernière lettre; mais tout en rendant hommage aux sentiments de Sa Sainteté, dont Votre Eminence s'est faite l'obligé interprète, je ne trouve cependant pas d'autre moyen d'aller au devant des désirs du Souverain Pontife que de me rapporter à ma lettre du 17. octobre, dans laquelle je proposais de nous faire mutuellement les concessions qui pourraient être accordées de part et d'autre sans déroger aux principes; que chacun de nous croit devoir garder intacts. En me plaçant de nouveau sur ce terrain et désirant d'en agrandir l'étendue dans les limites du possible, j'ai pensé, qu'il serait peut-être opportun, de nous assurer le concours d'un prélat allemand connaissant l'état de la question et jouissant de la confiance de Sa Sainteté le Souverain Pontife.

Dans cet ordre d'idées je me permets de demander si, par exemple, Monseigneur Hefe le, évêque de Rottenburg, réunirait aux yeux de Sa Sainteté les qualités requises pour que l'énoncé de son opinion pourrait compter sur l'attention bien intentionnée du Souverain Pontife. Quant au Gouvernement Prussien il accueillerait les propositions de Monseigneur Hefe le avec toute la considération due au caractère et aux connaissances spéciales de cet éminent Prélat.

Je m'associe de tous mes vœux au désir de Sa Sainteté de voir cesser un état de choses qui a placé une partie du clergé Prussien en contradiction avec les lois du pays, et je serais heureux si nous pouvions arriver par la voie que je viens d'indiquer, à poser les jalons d'un rapprochement que je pourrais soumettre à l'approbation de l'Empereur, mon Auguste Maître; car bien que je ne puisse admettre que la Prusse se trouve en lutte avec l'Eglise Romaine, je me féliciterais sincèrement de voir disparaître toute trace des différends qui nous occupent.

En réitérant l'assurance de mes remerciements pour les sentiments de conciliation et de bienveillance personnelle dont Sa lettre du 23. janvier me donne un nouveau témoignage, je saisis

avec empressement cette occasion pour renouveler l'expression de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être
Monseigneur

de Votre Eminence
le très dévoué Serviteur
(signé) Bismarck.

Der Vorschlag, S e f e l e als Mittelsperson zu benennen, war von dem staatsfreundlichen Dompropste S o l t z e r in Trier ausgegangen, mit Falt aber nicht besprochen worden. Er hätte aber nichts dagegen eingewendet.

Am 21. Februar hatte er eine Unterredung mit dem Kronprinzen, der ihm einen Brief der Herzogin von Hamilton aus Rom an den Fürsten von Hohenzollern mitteilte. Falt hat darüber Folgendes notiert:

„Der Papst ist durch meine erste Rede [siehe oben S. 575] sehr alteriert worden, noch mehr aber durch eine zweite Rede von mir [wohl die vom 15. Januar, siehe oben S. 587]. Er doliert, daß die Maigesetze jetzt noch ebenso scharf ausgeführt würden als früher. Er sei doch so weit entgegengekommen, namentlich durch seinen Brief an Melchers und durch das bisher unbeantwortete Schreiben Ninas. Ich erwiderte, daß ich allenfalls begreifen könne, wie der Papst sich durch meine erste Rede nicht angenehm berührt gefunden, wenn schon die Friedenssaite in derselben stark angeschlagen worden sei, stärker vielleicht, als es der Wirklichkeit entsprochen habe. Wie aber eine meiner späteren Reden noch stärker in dieser Richtung gewirkt haben solle, sei mir nicht begreiflich. Die Äußerung über scharfe Anwendung der Gesetze sei irrig. Der Brief an Melchers sei wegen seines Inhalts und seiner Adresse doch von keiner Bedeutung. Im Ninaschen Schreiben stehen zwar viele Worte, aber kein reeller Vorschlag. Nur die Forderung, die Gesetze vor 1871 wieder herzustellen, dann wolle man weiter sehen. Der Papst scheine, weil er viele Versicherungen friedlicher Gesinnung gegeben, zu meinen, daß darin Taten enthalten seien. Der Kronprinz war wieder im Friedensbedürfnis. Die Absetzung der Bischöfe habe so wenig gewirkt wie etwa im Mittelalter die Absetzung eines Papstes durch den Kaiser. Der Papst könne nicht mehr tun. Der Kronprinz sagte mir, er habe von Bülow den Inhalt des Antwortschreibens an Nina erfahren, welches der Kaiser gebilligt.“

Ein Bericht Reudells vom 2. März gab eine Rede wieder, welche der Papst am 22. Februar an die römischen Journalisten gehalten habe:

„Die in den letzten Monaten öfters aufgetauchten Gerüchte von einer möglichen Annahme der italienischen Dotation durch den Papst sind dadurch zum Schweigen gebracht worden, daß der Papst in seiner Rede mit voller Bestimmtheit die Notwendigkeit der Wiedererwerbung der weltlichen Papstmacht aufstellte und der katholischen Presse als Leitmotiv empfahl. Es war notorisch, daß seit Pius IX. Tod die Erträge des Peterspfennigs in erschreckender Weise nachgelassen haben. Nur gutsituierte Geistliche und Domkapitel hieselbst wurden vom Staatssekretariat zu bedeutenden Beiträgen gezwungen, und es erschien in den Zeitungen ein durch Indiskretion veröffentlichtes Zirkular des Kardinals Nina, welches die nicht mit staatlicher Autorität fungierenden italienischen Bischöfe benachrichtigte, daß die bisher *del amministrazione dei sacri palazzi* bezogenen Unterstützungen mit dem 1. Februar d. J. aufhören würden. Man wußte, daß der Papst persönlich den konziliatorischen Plänen des Paters Curci nahesteht, und man erzählte im Geheimen, aber mit voller Bestimmtheit, daß er zu seinen Vertrauten gesagt habe: ‚Wenn die Bischöfe ihre materiellen Existenzmittel vom Staate annehmen, warum soll ich nicht ein Gleiches tun?‘ Die intransigente Partei hat indes gesiegt und zwar diesmal mit leichter Mühe. Der in der Annahme der italienischen Dotation von $3\frac{1}{4}$ Millionen Lire liegende Verzicht auf Rom wäre ein zu tiefgehender Bruch mit der durch den Syllabus fixierten Tradition. Für die Regierungszeit des gegenwärtigen Papstes kann danach diese Frage als beseitigt gelten. Die durch das italienische Budget gewährte italienische Dotation verjährt in fünf Jahren. Es stehen demnach stets außer dem laufenden Jahresbeitrag fünfjährige Rückstände, 16 Millionen, zur Verfügung des Papstes, während ältere Raten in die Staatskasse zurücksießen.“

Wichtiger als alles war eine Denkschrift Bismarcks vom 25. Februar über die römische Frage für den Kaiser:

„Die Verhandlungen mit Rom sind nach den Rüssinger Besprechungen durch einen Briefwechsel fortgesetzt worden, welcher bisher trotz aller beiderseitigen Beteuerungen friedlicher Neigung zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt hat. Der am 17. Oktober diesseits an den Kardinal-Staatssekretär geschriebene Brief wiederholte die frühere mündliche Andeutung des Weges, welcher nach unserer Meinung allein zu praktischen Resultaten führen kann: Einstweiliger beiderseitiger Verzicht auf prinzipielle Kon-

zessionen des anderen Theiles, unter wohlwollendem Verkehr auf dem prinzipiell nicht streitigen Gebiete. Auf letzterem würde von Rom zunächst die in den Maigesetzen verlangte vorgängige Anzeige geistlicher Ernennungen anzuordnen sein, ähnlich, wie sie vielfach in Ländern mit evangelischer Dynastie, beispielsweise in Württemberg der Römischen Kurie jederzeit annehmbar erschienen ist. Durch eine solche Konzession würde der Hauptanlaß zu Beschwerden — die Vakanz von angeblich 1000 Pfarrstellen — sofort schwinden, und fast alle gegen Geistliche gegenwärtig schwebenden Prozesse und Verurtheilungen würden fallen. Die Regierung würde dagegen die mildeste in ihrer Gewalt stehende Praxis in Ausführung der Maigesetze anordnen, und, worauf päpstlicherseits ein hoher Wert gelegt zu werden scheint, den regelmäßigen diplomatischen Verkehr mit Rom wieder anknüpfen. In dem geschäftlichen Geleise der damit hergestellten gegenseitigen Beziehungen würden weitere Annäherungen nicht ausbleiben, welche dahin führen könnten, daß die Regierung zu einer Revision der Maigesetze behufs Beseitigung mancher für den Römischen Stuhl besonders empfindlichen, und zum Schutze der Staatshoheit vielleicht nicht unentbehrlichen Bestimmungen die Hand böte.

Schon auf die von mir in diesem Sinne bei Gelegenheit der Rißfingener Verhandlungen gemachten Andeutungen war mit dem Verlangen geantwortet worden, daß der Staat die Verständigung mit Aufhebung seiner Gesetze und Wiederherstellung der preußischen Verfassung in den status quo ante 1873 beginnen möge, worauf dann der Römische Stuhl der Regierung seine vollste Unterstützung leihen würde. Die schriftliche Wiederholung jener meiner Vorschläge wurde durch ein Schreiben vom 8. November beantwortet, welches unter dem Ausdruck wohlwollender Friedfertigkeit dieselben Anforderungen in etwas weniger bestimmter Formulierung wiederholt und der Regierung die Auswahl des Zeitpunktes der Erfüllung derselben überläßt. Dieses Schreiben, indem es das erste fin de non recevoir bestätigte, machte hier den Eindruck, daß von päpstlicher Seite die Korrespondenz in einer höflichen und friedliebenden Form abgeschlossen werde, und wurde deshalb diesseits eine Antwort nicht mehr beabsichtigt. Der in Abschrift anliegende Brief aus Rom vom 23. Januar bewies aber, daß diese Absicht nicht, oder doch nicht mehr in Rom bestand. Bevor dieser Mahnung um eine Antwort diesseits Folge geleistet war, wurde hier durch einen gemäßigten und deutschgesinnten rheinischen Geistlichen, den Domprobst H o l z e r aus Trier mitgeteilt, daß der Bischof von Rottenburg, H e f e l e, bei versöhnlicher Richtung das Vertrauen des

Kardinals Nina besitze, und auch bei dem Papst selbst Gehör und Glauben finden werde. Se. Majestät der Kaiser, bei welcher der Domprobst als Mitglied des Herrenhauses empfangen worden war, befahl darauf, in der an Kardinal Nina gerichteten Antwort den Namen dieses schwäbischen Prälaten zu nennen, mit der Anfrage, ob dessen Darlegung deutscher Verhältnisse in Rom Glauben und Beachtung finden werde. Das Weitere geht aus dem gleichfalls in Abschrift anliegenden diesseitigen Schreiben hervor.

Ob diese neueste Anregung mehr Anklang finden wird, als die aus dem Sommer, kann nur der Erfolg lehren. Wenn es nicht der Fall ist, so läßt sich schwer ermessen, welche Dauer der jetzige Zustand haben kann. Die Staatsgewalt hat kein Bedürfnis, eine Aenderung desselben herbeizuführen: Für sie ist der Kampf beendet, nachdem sie die feste gesetzliche Stellung gegen hierarchische Übergriffe wiedergewonnen hat, welche unter dem hochseligen König seit 1840 und namentlich seit 1848 aufgegeben worden war. Der Staat erstrebt nichts, was er durch Fortsetzung des Kampfes gewinnen könnte, will aber durch einen Friedensschluß auch Nichts von dem, was er hat und was ihm notwendig ist, verlieren. Die Minister haben sich in den letzten beiden Jahren darauf beschränkt, die Angriffe im Landtage abzuwehren, und jedes aggressive Vorgehen ist von ihnen vermieden worden. Aber das Interesse, welches der Staat an einem Friedensschluß hat, ist nicht so groß, daß es irgendwelche erhebliche Opfer rechtfertigte. Der ganze Schaden, welcher der Dynastie und dem Staate von ihren klerikalen Gegnern zugefügt werden konnte, ist geschehen und kann nicht größer werden. Die ultramontane Agitation im Parlament und in der Presse hat ihre Pfeile verschossen, vielleicht zu früh für ihr Interesse. Die Waffen der Aufwiegelung in Parlament und Presse haben den Zweck, das katholische Volk der Dynastie zu entfremden, nur in geringem Maße erreicht und sind jetzt abgestumpft. Ihre Wirksamkeit ist rückläufig und wird es im Angesicht der Passivität der Regierung mehr und mehr werden. Das Bündnis der klerikalen Partei mit der Sozialdemokratie und mit jeder anderweiten reichsfeindlichen Tendenz schadet ihr bei dem achtbaren Teil der Bevölkerung je länger desto mehr; die Deklamationen von diokletianischen Verfolgungen ermatten und wirken nicht mehr. Die Zeit läuft zugunsten des Staates. Die Opposition hat ihr Schlimmstes getan und dadurch dem Staat die Überzeugung gewährt, daß auch durch Nachgeben weiterer Schaden nicht verhindert werden kann.

Die Auflösung der jetzigen Zentrumspartei würde der Regierung neue Bundesgenossen von irgend beträchtlicher Anzahl nicht

zuführen. Sie würde im Reichstage vielleicht auf einige Mitglieder des bayerischen und des schlesischen Adels zählen können, wenn der Römische Stuhl durch einen formellen Friedensschluß dazu vermocht werden könnte, dem Deutschen Reiche und speziell Preußen das gleiche Maß von geteiltem Wohlwollen wieder zuzuwenden, dessen wir uns vor 1870 erfreuten. Der eigentliche Kern der katholischen Fraktion, wie sie bis 1870 unter der Führung der beiden Reichensperger vielleicht gegen 40 Köpfe stark wurde, hat zu jeder Zeit und unter allen Umständen, in jedem Parlament gegen die Regierung gestimmt, auch vor 1870, und würde es also auch nach einem neuen Abkommen mit dem Papst in derselben Weise tun wie früher. Der westfälische und rheinländische Adel wird von der Opposition, in welcher er von 1815 bis 1870 der Preussischen Dynastie gegenüber verharnte, seitdem auch nicht geheilt sein. Die polnischen, welfischen, französischen Elemente werden durch eine päpstliche Versöhnung ebensowenig zu Reichsfreunden werden, wie der Teil der fortschrittlichen Demokratie, welche gegenwärtig in der Zentrumsfraktion eine bessere Angriffsposition gegen den Staat zu finden glaubt, als in der weltlich-fortschrittlichen; er würde nach Auflösung des Zentrums einfach den gewöhnlichen Fortschrittlern zuwachsen.

Die Meinung von den Vorteilen, welche der Preussischen Regierung aus dem Frieden mit Rom erwachsen könnten, ist nach Vorstehendem hier nicht groß genug, um als „Anzahlung“ solche Opfer zu rechtfertigen, welche die Unabhängigkeit der Staatsgewalt und ihrer Gesetzgebung von neuem beeinträchtigen könnten. Diese Meinung hindert indessen nicht, daß die Preussische Regierung in Befolgung der Intention Sr. Majestät des Königs bereitwillig jeder friedlichen Neigung, auf welche sie in Rom rechnen darf, entgegenkommt und es schon für beide Teile als einen Gewinn erachtet, wenn der zwischen ihnen unentbehrliche Verkehr wieder in den höflichen und wohlwollenden Formen geführt wird, welche Mächte von der Stellung der beiden streitenden Teile niemals mißachten, ohne sich beiderseits zu schädigen. Die Macht des friedlichen und freundlichen Verkehrs miteinander würde, wenn derselbe hergestellt werden könnte, in kurzer Zeit eine versöhnende Wirkung üben, welche beide Teile einander schneller nähern würde, als der theoretische Schriftwechsel, in welchem sie sich jetzt befinden.“

Wieder zeigte diese Denkschrift die volle Übereinstimmung zwischen Bismarck und Falk. Der Inhalt deckte sich ganz und gar mit dessen Gedanken.

Bismarck's Schreiben wurde von Nina am 18. März 1879 beantwortet:

Mon Prince,

J'ai reçu avec plaisir la lettre de Votre Altesse Sérénissime du 18. Février et je l'ai portée à la connaissance du Souverain Pontife, Lequel a appris avec satisfaction que le Gouvernement I. et R. reconnaissait le désir que le St. Siège nourrit de conclure une paix réelle et durable avec le Gouvernement Prussien.

Rien d'ailleurs ne saurait fournir une meilleure preuve de ces dispositions amicales comme la permission que Sa Sainteté vient de me donner de vous déclarer, mon Prince, que du moment que vous ne voyez pas d'autre moyen capable de nous laisser atteindre ce but, que de nous faire des concessions mutuelles sans déroger aux principes que chacun de nous croit devoir garder, je me trouve autorisé d'admettre cet ordre d'idées, destiné à être désormais le point de départ de nos éventuelles négociations. Par conséquent dans le but même de les faciliter et de nous éviter des mésentendus réciproques, je dois prier Votre Altesse de me faire connaître d'une façon précise et catégorique, les points pratiques sur lesquels le Gouvernement I. et R. désirerait obtenir des concessions du St. Siège, comme je me fais un devoir d'indiquer ci-après tout au moins quelques points fondamentaux relatifs aux dispositions que le Siège Apostolique prierait le Gouvernement de vouloir prendre à l'égard de l'Eglise Catholique en Prusse.

Il s'agirait avant tout de faire rentrer dans leurs foyers les Evêques et le Clergé tant séculier que régulier.

De leur rendre le plein exercice de leur Saint Ministère.

D'ôter toute entrave dans l'éducation des jeunes lévites dans les Séminaires, laquelle devrait être réglée par les sages et traditionnelles prescriptions du St. Concile de Triente.

De garantir l'instruction religieuse du peuple catholique d'après les principes de sa foi*).

De s'entendre sur la nomination des Ministres de la Religion, particulièrement sur celle des Curés, au sujet de laquelle Votre Altesse a manifesté le désir d'obtenir quelque concession, que le St. Siège serait disposé de prendre en considération du moment

*) Randbemerkung Bismarck's: „Weiter nichts?“

qu'il en connaîtrait les termes précis, et que cette concession ferait partie d'un accord général entre les deux Gouvernements destiné à rétablir les bons rapports entre l'Eglise et l'Etat.

Dès que Votre Altesse Sérénissime aura de son côté accepté l'ordre d'idées que je viens de tracer, rien ne s'opposera à ce que le concours de la personne de Monseigneur Hefele puisse être employé au profit des négociations éventuelles.

Pour ma part je serais très heureux que cet essai nous permette de nous entendre définitivement, et que conformément à nos intentions réciproques, la question des principes soit laissée de côté et qu'à la foi nous réussissions par ce moyen d'éliminer de l'actuelle législation Prussienne tout ce qui s'y oppose à la Constitution de l'Eglise.

Je veux espérer que Votre Altesse accueillera cette déclaration comme une nouvelle preuve du désir de Sa Sainteté de faire tout ce qui est en Son pouvoir pour rétablir la paix religieuse en Allemagne, laquelle permettra aux sujets catholiques de Sa Majesté d'honorer Son Autorité par la plus entière soumission et dont la conclusion ne formera pas la moindre gloire de Son Règne, tandis qu'elle comblera de joie le coeur paternel du Souverain Pontife, mon Auguste Maître.

Aussi je ne puis terminer cette lettre, sans encore une fois Vous recommander, mon Prince, la réalisation de cette espérance du St. Père, qu'il a d'ailleurs publiquement exprimée dans Ses Encycliques, qui ont clairement démontré combien Sa Sainteté désirait rétablir la paix religieuse dans les pays où elle a été momentanément troublée pour faire concourir l'Eglise Catholique à l'élévation d'une digne efficace et puissante contre les périls dont l'humanité est menacée, surtout par le terrible mal du Socialisme.

Persuadé que Sa Majesté l'Empereur et Roi appréciera de plus en plus ces bonnes dispositions du Souverain Pontife, je saisis volontiers cette occasion pour Vous prier, mon Prince, d'agréer la nouvelle assurance de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

De Votre Altesse Sérénissime
Le très dévoué serviteur
signé: L. Card. Nina.

Der Kronprinz, mit dem Falt am 26. wieder eine Begegnung hatte, urteilte über dies Schreiben, man sähe, die Jesuiten hätten wieder Oberwasser, der Papst wolle wohl Frieden, wage aber nicht

mehr, demgemäß zu handeln. Der diesseitige Vorschlag sei zu natürlich und einfach gewesen, als daß dort auf Annahme hätte gerechnet werden können. Weniger erfreulich war eine Besprechung mit Bülow über denselben Gegenstand am 27., worin Falk die Unerfüllbarkeit der Forderungen Ninas betonte. Bülow hörte seine Bemerkungen zwar an, aber es ließ sich nicht deutlich erkennen, ob er sie durchweg billigte. Er deutete nur an, daß das von Falk Vorgebrachte auch schon zwischen Bismarck und ihm besprochen sei.

Wir kommen jetzt in die Wochen, wo die Reichstagsverhandlungen über die Finanz- und Zollreform die ganze Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nahmen und wo sich der Umschwung der Stellung des Zentrums anbahnte. Schon am 3. April war im Reichstage das Gerücht verbreitet, der Ausgleich mit Rom sei erreicht. Graf Bethusy sprach Falk davon mit der größten Besorgnis. Er fürchtete, daß nun eine allgemeine Reaktion einbrechen würde und zwar selbst gegen das Zivilstandsgezet. In der Petitionskommission des Reichstages hatte Kleist-Rekow einen Antrag gestellt, die obligatorische Zivilehe durch die fakultative zu ersetzen. Das Zentrum erklärte zwar, diesen Antrag nicht unterstützen zu können, weil auch die fakultative Zivilehe gegen den Glauben der katholischen Kirche sei, und die Kommission hatte den Übergang zur Tagesordnung beschlossen, allein doch gegen zehn Stimmen, und das waren die Stimmen des Zentrums, der Deutschkonservativen und — des Grafen Bismarck. Hatte er seine Stimme im Einklang mit dem Vater abgegeben? Das Gerücht stützte sich auf die Tatsache, daß Windthorst am 31. März von Bismarck in dessen Palais zu einer Unterredung empfangen worden war. Die Zeitungen meldeten zwar, vom Kulturkampf sei keine Rede gewesen, sondern nur von den Zollfragen, und Wehrenpffenig erzählte Falk, Bismarck habe noch am selben Tage Bennigsen gesagt, Windthorst sei lediglich in Angelegenheiten der Königin Marie von Hannover bei ihm gewesen; über anderes, Zoll- und Kulturkampf, sei nur obenhin gesprochen. Aber Falk sagte sich doch, selbst wenn dabei der kirchenpolitischen Verhältnisse nicht gedacht worden sei, so werde eine Verständigung zwischen Bismarck und dem Zentrum in Zollfragen unvermeidlich eine Rückwirkung haben, und in dieser Besorgnis bestärkte ihn, daß Bismarck offenbar vermied, ihm selbst direkt oder indirekt irgendeine Mitteilung über den Inhalt dieses Gespräches zu machen. Als Graf

Bethusy am 4. April auch seinerseits die Perspektive andeutete, Bismarck könne sich durch den Wunsch, die Zollreform zustande zu bringen, zu unberechtigter Nachgiebigkeit im Kulturkampf verleiten lassen, widersprach Falk zwar unter Hinweis auf einen Artikel der „Germania“, der sich gegen solche Folgerungen verwahrte, und auf ein Vorkommnis in der Petition des Reichstages, wo Graf Bismarck auf die Äußerung eines Redners, der von nahem Ausgleich mit Rom gesprochen, den Zwischenruf machte: „Noch lange nicht.“ Allein wohl konnte ihm bei der immer deutlicher werdenden Umbildung der allgemeinen politischen Lage nicht sein, und am 8. schrieb er in sein Tagebuch:

„Die allgemeine politische Entwicklung drängt mich immer stärker die Überzeugung auf, daß für meine Bestrebungen bald kein Boden mehr sein wird, und daß darum meine Stellung die Unhaltbarkeit in sich trägt. Ich wünsche, daß dieser Zustand sich bald kläre und mir die Möglichkeit des Handelns nach jener Überzeugung gebe.“

Gerade in diesen Tagen zeigte sich auch, daß die Neigung des Kaisers zu einem Friedensschluß mit der Römischen Kirche erheblich gewachsen war. Von den verschiedensten Seiten war auf ihn einzuwirken versucht worden. So erzählte Bismarck Stephan, es habe auf den Kaiser Eindruck gemacht, daß der Papst auf Bitten einer westfälischen Gräfin ihr seinen Segen für den Kaiser mitgegeben habe. Ebenso bewegte ihn eine Adresse rheinischer und westfälischer Mütter wegen Erhaltung der klösterlichen Anstalten in Nonnenwerth und Ahrweiler. Die Erbprinzessin von Hohenzollern, die der Kaiser duzte und sehr gern hatte, hatte ihn Anfang April gebeten, Klosterfrauen noch weiter im Schuldienst zu belassen. Der Kaiser schrieb ihr einen langen Brief, dies sei zwar nicht angängig, aber vielleicht ließe sich bis zum Mai, dem letzten Termin zur Auflösung klösterlicher Erziehungsanstalten, eine katholische Schulpfisterin beschaffen. Als Wilmowski dies Falk erzählte, sah dieser sofort, daß daraus große Schwierigkeiten erwachsen könnten. Er ließ sich deshalb nicht abhalten, die auch an ihn ergangenen Petitionen in derselben Sache abschlägig zu bescheiden. Natürlich gab sich die Erbprinzessin damit nicht zufrieden, und am 27. gab ein Handschreiben des Kaisers Falk auf, die über die Töcherschule in Sigmaringen eben getroffenen Anordnungen wieder zu ändern. Der Brief des Kaisers war verschlossen, so daß Wilmowski ihn nicht lesen konnte, der Kaiser hatte wohl dessen Widerspruch befürchtet. Leider

hatte der Kaiser der Erbprinzessin schon Mitteilung gemacht. Falk remonstrierte sofort und führte aus, daß die geforderte Zurücknahme das Ansehen der Regierung kompromittieren würde. Seine Einsprache wurde von Wilmowski lebhaft unterstützt. Der Kaiser gab sich, wenn auch offenbar ungern, zufrieden.

Auch die Zentrumszeitungen enthielten Andeutungen, daß die Verhandlungen mit dem Vatikan dem Abschluß nahe seien. Eine Nachricht des „Kurier“ in Posen, des Leitblattes Ledochowskis, wurde von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ohne Ablehnung übernommen. Die das lasen, auch die Diplomaten, zum Beispiel der Niederländische Gesandte, folgerten daraus die Richtigkeit der Nachricht. Dieselbe Stimmung ging durch die konservativen Kreise. In einer großen konservativen Versammlung in Baden wurde in leidenschaftlichster Weise die baldige Beendigung des Kulturkampfes gefordert. Immer stärker wurde bei Falk die Überzeugung, daß die Dinge eine Wendung in der Richtung nähmen, die ihm ein weiteres amtliches Wirken in Bälde unmöglich machen würde.

Auf einer parlamentarischen Soiree bei Bismarck am 2. Mai war Windthorst zum erstenmal seit 1870 erschienen. Bismarck machte ihm im höchsten Maße die Cour und saß mindestens eine Stunde lang mit ihm tête-à-tête in lebhaftester Unterhaltung. Die „National-Zeitung“ deutete am 6. Mai darauf hin, die Beziehungen zwischen Bismarck und Windthorst seien bereits bis zur Erörterung von persönlichen Fragen gediehen, und das „Frankfurter Journal“ ließ sich sogar telegraphieren, daß infolge der Verhandlungen zwischen Bismarck und Windthorst Falks Rücktritt unvermeidlich sei. Die „Kreuzzeitung“ nannte zwar diese Gerüchte verfrüht, verhehlte aber den Wunsch nicht, daß sie sich bewahrheiten möchten, und daß die Erkenntnis von der Bedenklichkeit seiner Schulverwaltung durchdränge. „Ich denke, schrieb Falk, man wird auch an anderen Stellen nunmehr von meiner alten Meinung nicht fern sein, daß ich für die Herstellung des kirchenpolitischen Friedens nicht der rechte Mann bin.“

Um so lästiger war es ihm, daß er gerade in diesen Tagen wegen des beginnenden Abbruches des alten Ministerialgebäudes, an dessen Stelle endlich ein Neubau treten sollte, noch eine neue Dienstwohnung beziehen mußte.

Das Schreiben, mit dem Bismarck Nina antwortete, vom 20. April, von Bülow verfaßt, gab den Besorgnissen, Bismarck sei geneigt, den

Kulturkampf um der Zollfrage willen zu liquidieren, allerdings keine Nahrung. Es wich den von Nina aufgestellten konkreten Forderungen aus, indem es die Verantwortung für weitere Verhandlungen im einzelnen auf das preußische Ministerium abschob. Es lautete:

Monseigneur, La lettre, que Votre Eminence a bien voulu m'adresser en date du 18. mars a été pour moi un nouveau sujet de satisfaction puisque, en la comparant à celles qui l'ont précédée, elle me fait entrevoir un progrès vers le but que tous les deux, nous avons le désir d'atteindre. Dans les communications antérieures dont Votre Eminence m'a honoré, Elle proposait un échange confidentiel d'idées en vue d'examiner la nature particulière des difficultés avec lesquelles nous nous trouvons en prise; quant à la question générale des rapports entre l'Etat et l'Eglise, elle ne devait être abordée qu'après il eût été constaté qu'il y avait une possibilité d'aplanir ces difficultés sans porter atteinte aux principes, que nous voulons maintenir intacts. Je suis heureux de lire maintenant que Votre Eminence a été autorisée d'abandonner cet ordre d'idées, et j'en éprouve des sentiments de reconnaissance dont Votre Eminence voudra bien se faire l'interprète auprès de Sa Sainteté le Pape.

Les travaux multiples, que m'impose le moment présent, ne m'ont pas encore permis d'examiner avec toute l'application d'esprit nécessaire les divers points, que Votre Eminence a bien voulu signaler à mon attention; mais je ne puis même après une première lecture me défendre de l'appréhension, que la discussion de ces points et l'essai de leur mise en exécution, nous ramènerait précisément sur le terrain litigieux des principes. Pourtant j'aime à espérer qu'une étude spéciale de certains détails de la législation et de l'administration de l'Etat et de l'Eglise romaine permettrait d'éviter cet inconvénient et d'arriver, par la voie que nous nous sommes tracée, à des résultats d'une valeur pratique. Je dois faire remarquer cependant qu'il ne rentrerait pas dans les attributions de ma position, d'assumer d'une manière suivie la direction de pareilles investigations, et que de plus l'état de ma santé, qui m'éloigne périodiquement des affaires et m'oblige à me faire remplacer pendant des espaces de temps plus ou moins longs, excluerait presque pour moi la possibilité d'entrer assez avant dans les détails de la question pour pouvoir préciser des contre-propositions. Dans le même ordre d'idées je me permets de rappeler le caractère particulier de notre organisation politique qui m'assigne plus spécialement la surveillance des affaires générales de l'Empire

Germanique; tandis que les divers points mentionnés dans la lettre du 18. mars touchent presque exclusivement au domaine réservé à la législation Prussienne. Il serait donc impossible d'entamer des négociations à ce sujet sans réclamer le concours des autorités Prussiennes.

La difficulté de dominer toute l'étendue de la question et de la juger du connaissance de cause au double point de vue de l'intérêt temporel et de l'intérêt ecclésiastique — cette difficulté qui se présente aussi bien pour l'Etat que pour l'Eglise, mais qu'il faudrait pourtant vaincre tout d'abord afin de pouvoir procéder avec des chances sérieuses de succès, m'avait suggéré l'idée d'attirer l'attention de Votre Eminence sur la personne de l'évêque de Rottenburg; et puisque nous nous trouvons maintenant unis dans la pensée qu'il importe d'aborder directement les questions concrètes, je pense pouvoir en déduire que Votre Eminence, partageant ma manière de voir, est d'avis que le concours de Msgr. Hefele favoriserait l'entente entre l'Etat et l'Eglise, puisqu'il faciliterait l'examen et le triage des mesures que l'on pourrait prendre sans se heurter aux difficultés soulevées par la question des principes.

Je n'ai pas besoin d'ajouter que l'amour de la paix et le désir de répondre à l'attitude conciliante de Votre Eminence, me feront un devoir agréable d'employer mon autorité officielle aussi bien que mon influence personnelle pour rendre aussi facile que possible l'ouverture et la marche des négociations projetées.

Je saisis avec empressement cette occasion pour réitérer l'expression de la plus haute considération avec laquelle j'ai l'honneur d'être

Monseigneur
de Votre Eminence
le très dévoué serviteur
(signé) Bismarck.

Das Schreiben hinterließ in Rom einen ungünstigen Eindruck, vor allem wohl wegen des Hinweises auf die Notwendigkeit, die „Preussischen Autoritäten“, das heißt eben Falk, zu Verhandlungen zuzuziehen. Der Papst gab seiner Enttäuschung lebhaften Ausdruck, ließ sich sogar zu Drohungen hinreißen, — wie ein Bericht Reudells aus Rom vom 24. Mai 1879 zeigte:

„Der Papst hat gestern den Kardinal Hohenlohe in längerer Audienz empfangen und zuvörderst seine lebhafteste Befriedigung über

die Einzugsfeier des Kardinals in Albano ausgesprochen, dann aber gefragt, welche Nachrichten er durch „il figlio di Bismarck“ erhalten habe.

Auffallenderweise erhielt sich nämlich einige Tagelang in hiesigen Zeitungen das Gerücht, Graf Herbert Bismarck sei hier, um über Beendigung des Kulturkampfes zu verhandeln — ein Symptom dafür, was man hier in klerikalen Kreisen wünscht und deshalb für möglich hält.

Der Kardinal konnte erwidern, daß an jenem Gerücht nicht ein wahres Wort sei.

Der Papst beklagte sich dann, daß von Berlin aus nichts für den Frieden geschähe; im Gegenteile habe man kürzlich wieder Nonnen ausgewiesen; sein, des Papstes, gedrucktes Schreiben an Kardinal Monaco wegen des Unterrichtswesens habe man in Mainz konfisziert, auch behalte man „questo Falk“ noch immer im Ministerium. Er hoffe jedoch Se. Majestät der Kaiser werde bei Gelegenheit der goldenen Hochzeit etwas tun, „eine Amnestie für die Bischöfe oder etwas Ähnliches“.

Der Kardinal entgegnete, Gesetze müßten in Deutschland ausgeführt werden, so lange sie bestehen, das sei eine von dem Willen der Minister unabhängige Notwendigkeit. Von einer beabsichtigten Amnestie für die Bischöfe sei ihm durchaus nichts bekannt.

Der Papst fuhr fort, jedenfalls werde er zu dem bevorstehenden Feste an Se. Majestät schreiben und nochmals um Frieden bitten. Geschähe dann später nichts, so würde er schließlich energische Maßregeln gegen diejenigen Geistlichen verfügen müssen, welche die Zahlung ihres Gehaltes aus der Staatskasse annehmen.

Der Kardinal suchte darzutun, daß dies in jedem Falle der Kirche zum Nachteil gereichen würde, und nur in dem Frieden Heil zu finden sei. Leider fehle es nicht an Leuten, die für ihren Beruf hielten, Mißtrauen zu säen. Abgesehen habe auch die Erhebung des Jesuitenjünglings Hergenröther zum Kardinal in Deutschland sehr böses Blut gemacht.

Se. Heiligkeit entgegnete, man habe einen gelehrten Kardinal nötig gehabt für die Index-Kongregation, und um schriftlich aufzutreten, „contra questo Doellinger“. Abgesehen müsse man doch auch „die katholische Partei“ in Deutschland etwas schonen, sonst würde diese zu schwach werden.

Vorstehendes erzählte mir heute Kardinal Hohenlohe.

Graf Paumgarten sagte mir vor einigen Tagen, man hoffe fest auf die Amnestierung der Bischöfe bei Gelegenheit der goldenen Hochzeit. Ich erwiderte, es scheine mir nicht wohlgetan, sich in utopischen Illusionen zu wiegen, anstatt den hundertmal bezeichneten

ersten Schritt auf praktischem Boden zu tun und in Preußen den Geistlichen zu erlauben, was in allen katholischen Ländern unter erschwerenden Formen üblich sei.“

Hierüber sprach Bülow mit Falk am 4. Juni 1879 — ein Gespräch, auf das wir später unter anderem Gesichtspunkte noch einmal zurückkommen. — Auch er beurteilte die Lage so, daß kein wirkliches Entgegenkommen römischerseits statthatte. Man setze dort große Hoffnungen auf die goldene Hochzeit. Die Bischofsbegnadigung sei mit einigem Feuer vom Grafen Werthern, preußischem Gesandten in München, behandelt worden, wenigstens habe er sich erboten, in dieser Beziehung zu verhandeln, er sei zurückgewiesen worden. Der Kaiser sagte zu Bismarck, der ihm die gedachte Römische Idee unterbreitete, er denke nicht an Begnadigung der Bischöfe; sie seien von den Gerichten verurteilt und mit Recht. Es sei nun Rom begreiflich gemacht worden durch die verschiedenen Kanäle, Jacobini, Masella, Hohenlohe, daß die Erwartungen, die es hege, irrig seien, man werde hier einfach abwarten. Es hieße, daß Hefele nach Berlin kommen werde, doch existierten zwei Strömungen wie immer, und er, Bülow, glaube noch nicht recht daran; eventuell werde Falk mit Hefele zu verhandeln haben.

Die folgenden Schreiben gelangten an Falk erst, nachdem er sein Entlassungsgesuch bereits eingereicht hatte. Es sind die letzten, die ihm amtlich mitgeteilt wurden.

Zuerst ein Schreiben Ninas an Bismarck vom 30. Mai, das den Glückwunsch des Papstes zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaars begleitete:

Mon prince, La lettre ci incluse dont je joins une copie à l'usage de Votre Altesse Sérénissime Vous fera voir avec plaisir, j'en suis sûr, que le Souverain Pontife mon Auguste Maître ait éprouvé le besoin d'exprimer personnellement à Leurs Majestés Impériales et Royales ses félicitations et ses vœux à l'occasion du cinquantième anniversaire de Leur mariage, malgré que les circonstances ne nous aient pas permis jusqu'ici de reprendre nos anciennes relations officielles, dont le retour forme l'objet de nos constants efforts et de nos vifs désirs. Je vous prie par conséquent de bien vouloir remettre*) la lettre de Sa Sainteté à Sa Majesté, et je m'empresse de profiter de cette circonstance pour vous remercier pour celle que vous m'avez adressée le 20. du mois passé.

*) Randbemerkungen Bismarcks: factum.

Bien que cette lettre m'ait appris à mon grand regret, que l'état de votre santé comme le caractère particulier de l'organisme administratif des Gouvernements Allemands vous empêcheront de consacrer immédiatement votre attention d'une façon spéciale aux propositions d'arrangement pratique des affaires qui nous intéressent, je ne puis m'empêcher de constater avec satisfaction qu'en dehors de la parfaite courtoisie, dont sont empreintes, toutes les communications que vous voulez bien me faire*), Vous avez apprécié que Sa Sainteté m'ait autorisé de me conformer à vos désirs et de Vous transmettre des propositions pratiques**), que je crois être les plus capables de nous faciliter une première entente, sans nous obliger pour le moment à définir toutes les questions de principe, sur lesquelles Votre Altesse a pensé qu'il serait moins aisé de nous entendre à présent. Ces sentiments que Vous venez de m'exprimer avec la promesse d'employer votre autorité officielle, aussi puissante que l'est votre influence personnelle, dans le but de nous procurer l'avantage d'une paix réelle et durable, me font espérer également que vous voudrez vous faire aider dans la fatigante tâche de l'examen plus détaillé des affaires en question par un membre du Gouvernement Prussien***), dont le concours autorisé vous permettra de répondre aux propositions que j'ai eu l'honneur de formuler dans ma lettre du 18. mars de l'année présente. Par ce moyen, qui me semble conforme à l'ordre d'idées auquel Vous Vous êtes placé, nous pourrions accélérer la conclusion de la paix tellement nécessaire à l'Eglise et à l'Etat, en fournissant aux deux suprêmes autorités la possibilité de s'entraider mutuellement dans les difficiles circonstances politiques et sociales dont chaque Pouvoir est environné de nos jours, à cause des tendances subversives qui dans plusieurs pays de l'Europe ne se frayent que trop le chemin au moyen d'actes horriblement criminels.

Je ne puis cacher à Votre Altesse Sérénissime que c'est précisément surtout au point de vue du désir que nourrit le Saint Père de pouvoir doubler la force de l'autorité religieuse et civile, qu'il déplorerait si le progrès de nos négociations devait subir quelque temps d'arrêt. Car si Sa Sainteté croit de son devoir de fortifier le principe de l'autorité même civile, combien plus doit-Elle chercher à remplir cette tâche à l'égard de l'autorité de l'Eglise! Or la situation actuelle paralyse sous beaucoup de rapports ce côté de son action Apostolique†).

*) à développer. **) !

***) le tout de la question est du domaine du Gouv. Pruss.

†) facile à remédier p. l. S.

Il suffira d'arrêter votre attention, mon Prince, sur la suspension *) des mesures canoniques à l'égard des prêtres désobéissants à l'autorité des Evêques et même aux ordres du St. Siège, que le Saint Père avait provisoirement décrétée, il y a environ un an, et dont j'ai fait mention à Votre Altesse dans ma lettre du 4. novembre **) de l'année passée.

Malheureusement la croissante insubordination de ces malheureux égarés, qui se bercent de l'espoir de voir toujours les deux Pouvoirs désunis, a atteint des proportions tellement scandaleuses, qu'il ne sera plus possible au Saint Père de maintenir ***) cette mesure qu'il avait adoptée espérant qu'elle serait appréciée à sa juste valeur par les coupables, et qu'elle aurait servi à calmer les passions qui agitent les esprits en Allemagne. J'ai tenu à en prévenir Votre Altesse, afin que la méchanceté de ces mauvais prêtres ne réussisse à égarer l'opinion publique sur la portée réelle de cette décision Pontificale, laquelle étant propre et indispensable à l'action administrative de chaque Gouvernement régulier, est dictée au Chef de l'Eglise par les devoirs de sa conscience †), dont il devra rendre tôt ou tard un compte exacte au Seigneur. D'ailleurs cela n'empêchera pas que le Saint Siège continue de coopérer à la pacification des esprits, comme il l'a fait déjà non sans quelques résultats évidents et positifs ††) toutes les fois que des occasions se présenteront au Souverain Pontife pour l'accomplissement de cette partie de Sa Mission Apostolique, qu'il est naturellement porté à remplir de préférence au moyen de la douceur et de la mansuétude.

Sachant que ces dispositions sont appréciées par le Gouvernement Impérial et Royal, le Saint Père en attend aussi une coopération †††) capable de calmer les esprits et faciliter ainsi la conclusion de la paix désirée.

Le Souverain Pontife s'est abstenu d'en entretenir Sa Majesté d'une façon explicite dans la lettre ci incluse, pour ne pas troubler la joie d'une journée de fête par des détails trop douloureux pour le coeur d'un Monarque; mais Sa Sainteté espère que Votre Altesse emploiera toute son influence près de Sa Majesté pour en obtenir des ordres de clémence §) à l'égard des Catholiques de ses Etats.

Très désireux aussi de Vous remercier sincèrement pour les expressions amicales que votre lettre du 20. avril contient à mon

*) ? **) Ou. ***) eh!

†) nous la regretterons. ††) ? †††) ?

§) réciprocité? vgl. oben rigueur-clémence.

égard, je saisis cette occasion pour vous prier, mon Prince, d'agréer la nouvelle assurance de la plus haute considération, avec laquelle j'ai l'honneur d'être

De votre Altesse Sérénissime
le très dévoué Serviteur
L. Card. Nina.

Zweitens das Glückwunschsreiben des Papstes selbst an den Kaiser vom 30. Mai 1879:

Sire,

Le joyeux événement du cinquantième anniversaire du mariage de Votre Majesté Nous offre l'agréable occasion d'offrir à Vos Majestés Impériales et Royales avec Nos plus sincères félicitations l'expression de Nos meilleurs souhaits et vœux pour Votre bonheur, celui de l'Auguste Impératrice, la félicité de Votre Impériale et Royale Famille et la prospérité des peuples soumis à Votre sceptre Souverain.

Heureux de ce que, appréciant les sentiments qui Nous ont inspiré le désir de rétablir les bonnes relations qui pendant longtemps unissaient le Saint Siège à Votre Gouvernement, Vous ayez bien voulu, Sire, charger le Chancelier de l'Empire de se mettre dans ce but en rapport avec Notre Cardinal Secrétaire d'Etat, Nous espérons que ses rapports auxquels Votre premier Ministre consacre les ressources de son intelligence et qu'il entoure déjà d'une exquise courtoisie pourront bientôt aboutir au plein rétablissement de la paix entre l'Eglise et l'Etat.

Nous recommandons très chaleureusement à la haute attention de Votre Majesté cette grave question digne au suprême degré de Notre commune sollicitude, car le principe de l'autorité sur lequel se fonde l'action de chaque Pouvoir ne saurait résister à la longue aux conjurations des tendances subversives qui de Nos jours cherchent à séparer l'Autorité spirituelle de l'Autorité temporelle, afin d'affaiblir avant tout le sentiment religieux dans l'esprit des nations, leur faire perdre ainsi les notions sacrées du devoir et alors plus facilement s'en servir contre le Pouvoir de l'Etat.

Convaincons que Vous voudrez, Sire, coopérer à ce que Nous puissions efficacement prémunir Vos sujets catholiques contre de si grands dangers, Nous espérons que Vous les ferez rentrer dans la possession du libre exercice de leur Religion, conformément aux bases de la Divine Constitution de l'Eglise; comme Nous espérons également que Vous leur rendrez leurs Pasteurs, dont ils sont privés actuellement, pour Nous fournir le moyen

de guider leurs consciences vers le plus stricte accomplissement de leurs devoirs de citoyens et de sujets dévoués à Votre Majesté.

Persuadés qu'un tel acte de justice et de clemence formerait la plus grande gloire de Votre Règne et qu'il corroborerait devant le bon Dieu les efforts que Nous consacrons à cette fin, Nous le prions de Nous tenir toujours unis à Votre Majesté Impériale et Royale par les précieux liens de Sa Divine Charité.

Leo XIII.

Drittens die Antwort des Kaisers an den Papst vom 21. Juni 1879, gegengezeichnet von Bismarck:

Votre Sainteté a bien voulu penser à Moi et à l'Impératrice, Mon épouse, lors de la récente célébration du cinquantième anniversaire de Notre mariage. Nous en avons éprouvé une grande joie, et c'est en Mon nom ainsi qu'en celui de l'Impératrice que Je remercie V. S. de Sa lettre. Nous lui rendons sincèrement tous les souhaits et vœux qu'Elle a bien voulu former pour Notre bonheur et Nous prions Dieu qu'Il accorde à V. S. la grâce de mener à bonne fin Sa haute mission.

Je M'estimerai heureux de contribuer pour Ma part à ce que V. S. trouve dans l'accomplissement de Ses augustes devoirs toutes les satisfactions, que mérite un caractère généreux et conciliant.

Si les générations qui ont précédé la nôtre n'ont jamais réussi à tracer une limite reconnue et acceptée de part et d'autre entre les pouvoirs temporel et spirituel, il ne sera peut-être pas non plus donné à l'âge présent, de résoudre ce problème; Je pense toutefois qu'il serait possible au moyen de concessions réciproques et simultanées, de rétablir la fonction régulière des deux autorités telle que, sous le règne de Mes ancêtres et du Roi Mon père et même au commencement du mien, elle a existé dans leurs Etats.

Les conférences de Kissingen, sur lesquelles J'avais fondé de grandes espérances, ainsi que les correspondances qui les ont suivies, n'ont pas encore fourni l'énoncé précis des postulats et des offres du Saint Siège. Je suis enclin à croire que des explications préalables sur l'étendue des concessions que Nous serions à même de Nous faire mutuellement, devraient précéder les négociations, qui, Je l'espère, Me procureront l'occasion de démontrer la haute estime dans laquelle je tiens la personne de V. S.

Aussitôt que Je Me trouverai placé avec V. S. sur le terrain des concessions mutuelles, Je Me réjouirai d'aller à Sa ren-

contre et de prouver par des faits les sentiments de conciliation dont Je suis animé et que J'ai déjà eu occasion d'exprimer dans Ma lettre du 24. mars de l'année passée. J'en serais d'autant plus heureux puisqu'en agissant ainsi Je ne ferais qu'écouter la voix de Mon coeur, profondément ému du sort d'un grand nombre d'ecclésiastiques honorables dont Je voudrais alléger les souffrances, causées par le conflit dans lequel ils se trouvent avec les lois du pays qu'ils habitent.

Je prie V. S. d'agréer l'expression de Ma plus haute estime et de Ma vénération personnelle.

Vielleicht war es doch nicht unbedenklich, daß der Kaiser so viel und so unbestimmt von „wechselseitigen Zugeständnissen“ redete und die Bedeutung vorausgehender Anerkennung der Anzeigepflicht gar nicht berührte. Aber im ganzen hielt sich auch dies Schreiben noch innerhalb der Linie, die Falk als Grenze betrachtete.

Alle diese Dokumente, deren lange Reihe den Leser hoffentlich nicht ermüdet hat, zeigen, wie mir scheint, zur Evidenz, daß bis dahin zwischen Bismarck und Falk volle Übereinstimmung in der Behandlung der zwischen Staat und Römischer Kirche strittigen Fragen bestand. Nur ein psychologisches Moment wurde von ihnen verschieden eingeschätzt: Falk glaubte von vornherein nicht, daß er für den Abschluß des Friedens, auch eines solchen, der die Interessen des Staates sachlich wahrte, der rechte Mann sei. Dazu war die katholische Bevölkerung zu sehr gegen ihn aufgehetzt und erbittert. Er war bereit, sich einem solchen Frieden zum Opfer zu bringen, an seiner Person durfte er nicht scheitern. Bismarck hatte diese Konsequenz noch nicht gezogen. Aber in dem Urteil, was festgehalten werden müsse und was zugestanden werden könnte, bestand keine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kanzler und dem Minister. Von hier aus kam der Anstoß zu Falks Abschiedsgesuche nicht. Noch nach seinem Abgange glaubte Falk nicht, daß Bismarck „nach Kanossa gehen“ würde. Er ging nicht deshalb, weil Bismarck eine Kirchenpolitik einschlagen wollte, die er nicht mitmachen konnte.

Waren etwa auf anderen Gebieten unheilbare Differenzen zwischen beiden Männern hervorgetreten? Solche waren allerdings vorhanden. Falk war Gegner des Planes, nur alle zwei Jahre Reichstagsitzungen zu halten und darum den Etat stets auf zwei Jahre festzustellen. Bismarck äußerte diesen Gedanken zum ersten Male auf einer Soirée am 15. März 1879. Er kam in zwei Sitzungen des Staatsministeriums

am 3. April und am 21. Mai zur Sprache. In dieser lag ein ausgearbeiteter Entwurf „über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages von drei auf vier Jahre, sowie über eventuelle Einberufung des Reichstages nur alle zwei Jahre“ vor. Falk war nicht sachlich dagegen, wohl aber gegen Einbringung des Entwurfes in der laufenden Session, weil er voraussah, daß dadurch ein neuer Konfliktstoff in das Parlament getragen würde. Bismarck nahm diesen Widerspruch ruhig hin.

Schärfer war Falks Gegensatz in der Frage des sogenannten Welfenfonds. Mit dem König Georg V. von Hannover war unter dem 29. September 1867 ein Vertrag geschlossen worden, der diesem außer anderem die Summe von 16 Millionen Talern als einen Bestandteil des Familienfideikommisses des Braunschweig-Lüneburger Gesamt-Hauses zuwies. Infolge des Verhaltens des Königs Georg wurde durch später vom Landtage genehmigte Verordnung vom 2. März 1868 dieses Vermögen mit Beschlagnahme belegt und sein Ertrag im wesentlichen zur Abwehr der Angriffe des Königs bestimmt. Im Juni 1878 starb König Georg. Dieser Todesfall berührte auch Falks Ressort. Kronprinz und Minister waren einig, auf die Gefühle der Hannoverischen Bevölkerung weitgehend Rücksicht zu nehmen, offizielle Trauergebete in den Luthertischen Kirchen anzuordnen, einer Beisetzung in Herrenhausen nichts in den Weg zu stellen, selbst bei etwaigen Demonstrationen ein Auge zuzudrücken, wie Bismarck geraten hatte. Der Hof legte auf drei Wochen Trauer an. Allein am 18. Juni ging dem Staatsministerium die Nachricht zu, daß die Leiche des Königs Georg nicht in Herrenhausen, sondern in Windsor beerdigt werden solle. Bülow sah darin ein Zeichen, daß der Prinz Ernst August, von dem man nach seinem Naturell und nach seinem vorjährigen Auftreten in England Entgegenkommen erwartete, in die Fußstapfen seines Vaters zu treten beabsichtige. Und am 13. Juli traf unter der Adresse des Königs von Preußen (der Deutsche Kaiser ward nicht erwähnt) ein Schreiben des Herzogs von Cumberland aus Gmunden ein, welches den König Bruder nannte und in der Unterschrift dem Schreibenden selbst diese Bezeichnung in bezug auf den Kaiser beilegte. Darin zeigte der Schreiber dem König an, König Georg V. sei gestorben und damit alle Rechte, Prerogative und Titel nach der Erbfolgeordnung seines Hauses auf ihn übergegangen, auch die in bezug auf das Königreich Hannover. In dieser Beziehung sei die Ausübung der Rechte usw. tatsächlich behindert. Um deswillen aber, nur wegen dieses tatsächlichen Zustandes und unter

Wahrung aller Rechte seiner Person und seines Hauses, wolle er sich bis zur Beseitigung jener tatsächlichen Hindernisse Herzog von Cumberland und Braunschweig-Lüneburg nennen und das Prädikat Königliche Hoheit annehmen. — Im Staatsministerium wurde beschlossen, dem Kronprinzen Nichtbeantwortung des Schreibens zu empfehlen, es ignoriere das deutsche Kaiserreich, Kondolation sei offiziell auf die offizielle Anzeige der Königin von England und durch die Hoftrauer erfolgt, in Diskussionen könne man sich mit dem Herzog über den Protest nicht einlassen. Bismarck äußerte dabei: Die Königin von England habe Beaconsfield zweimal zur Frage angewiesen, ob der Herzog ohne ausdrücklichen Verzicht sein Geld und die Anerkennung seiner Ansprüche auf Braunschweig erlangen könne, wenn er etwa bei dem Kaiser eine Audienz nachsuchte und auf diese Weise einen *modus vivendi* suchte. Bismarck hat beide Male verneint und bemerkt, daß über die Legitimation des Prinzen in der Braunschweigischen Sache der Bundesrat zu entscheiden habe. Er hat schließlich Beaconsfield ein Promemoria zugestellt des Inhaltes: „König Georg habe, obwohl er sich *bound in honour*, eine Vereinbarung gebrochen. Darum sei sein in Preußen befindliches Vermögen mit Beschlagnahme belegt worden. Die Beschlagnahme könne nur durch ein Gesetz aufgehoben werden. Der Landtag werde seine Zustimmung nicht geben, wenn nicht ein bindiger Verzicht des Herzogs und unbedingte Anerkennung der jetzigen Zustände vorläge. Für die Regierung habe der Verzicht keine besondere direkte Bedeutung. Sei sie stark, so bleibe der jetzige Zustand, auch wenn nicht verzichtet werde; bräche dieselbe wegen ihrer Schwäche zusammen, so werde ein eingetretener Verzicht keine Folge haben. Indirekt aber habe der Verzicht die Bedeutung, daß eine Beruhigung der Bevölkerung eintrete; man sehe bei den Wahlen, wie sich das Welfentum geltend mache. Es komme hinzu, daß Windthorst Vertreter des Herzogs und zugleich Leiter der Ultramontanen sei, daß Welfen und Ultramontane sich schon des öfteren zusammengetan, daß aus welfischen Kreisen die ultramontane wie die sozialistische Partei Geld bezogen haben. Es sei unmöglich, ohne Garantie zu solchem Zwecke verwendbare, sehr große Mittel in die Hände des Herzogs zu legen. Beaconsfield habe das auch eingesehen.“ Ähnlich sagte Bismarck im Laufe der Gasteiner Unterredung (S. 539): „Windthorst sei ein Welfe, kein Römer. Von den Welfen beziehe er sein Geld und zwar vieles. Den sehr zum Ausgleich geneigten Herzog Ernst August habe er von diesem Gesichtspunkt verdrängt.“ — Wie aber sollte es dann, wenn die

Beschlagnahme weiter dauerte, mit der Verwendung der Revenuen gehalten werden? **H o b r e c h t**, der Finanzminister, machte Falt am 12. September zum Genossen seiner ernststen Bedenken, ob und inwieweit die preußische Regierung sich ohne neue gesetzliche Vollmacht noch das Recht beilegen könne, über die genannten Revenuen zu disponieren. Er erbat darüber ein Rechtsgutachten von Falt. Dieser teilte seine Ansicht, daß es nunmehr einer neuen gesetzlichen Regelung bedürfe. Als **Hobrecht** dies **Bismarck** Ende September mitteilte, erregte er damit natürlich Sturm. Am 21. Oktober 1878 wurde die Sache im Staatsministerium besprochen. **Bismarck** äußerte, **Hobrecht** kammere sich zu sehr an die Worte „König Georg“ anstatt an die objektiven Momente „Vermögen“ und „Amtriebe“. Man habe doch in dem Beschlagnahmebeschlusse unmöglich von des Königs Nachfolgern sprechen können, das sei selbstverständlich gewesen. Wenn ein Gesetz gemacht werde, so müsse das ganz ernst sein: Einziehung der vertragsmäßig stipulierten Gelder wegen Wortbruches. Er glaube aber, daß seine Interpretation des Beschlagnahmegesetzes jetzt wenig werde beanstandet werden. Dennoch trat Falt in einem Votum vom 23. Oktober auf **Hobrechts** Standpunkt, fand aber nur noch in **Leonhardt** einen Dritten im Bunde. Am 10. November kam **Bismarcks** schriftliches Votum über den Welfensfond in seine Hände, scharf gegen **Hobrecht**, **Leonhardt** und Falt, am schärfsten gegen **Leonhardt**: „Ich kann unter diesen Umständen mich nicht zu einer richterlichen, nur zu einer politischen Auffassung der Frage für berufen halten und muß von diesem Standpunkt, insbesondere gegen das Votum des Herrn Justizministers, im ganzen wie im einzelnen meine Verantwortlichkeit für unsere Gesamtpolitik wahren.“

Die Anknüpfung zwischen **Bismarck** und **Windthorst** führte dann dahin, daß der Königin-Witwe und ihren Töchtern, obwohl sie keinen Anspruch an die Preußische Staatskasse erheben könnten, doch aus Billigkeitsgründen eine Jahresrente von 200 000 Mark und für jede Prinzessin von 30 000 Mark bewilligt wurde. Der Streit über die Verwendung der übersteigenden Revenuen aber wurde einstweilen durch einen Beschluß des Staatsministeriums vom 24. April 1879 beigelegt, „die Welfensfondzinsen unter Aussetzung der Entscheidung über die prinzipielle Frage noch für dieses Jahr zur Verwendung den Ministern des Äußeren und Inneren zu überlassen, die Schaffung neuer rechtlicher Grundlagen für diese Verwendung beim nächsten Landtage vorzubehalten“. Das Rechtsgefühl Falts war damit allerdings nicht

befriedigt, aber der Beschluß lautete doch nicht so, daß er die Verantwortung dafür nicht hätte tragen können.

Und wie stand denn nun Falk zu der entscheidenden Frage, zu den neuen Wegen, die Bismarck in der Wirtschaftspolitik mit den Schutzzöllen und den Finanzzöllen einschlug? Auch deren Grundgedanken hat er gebilligt. Die Umwandlung des Reiches aus einem Kostgänger bei den Einzelstaaten in einen Spender von Überschüssen an diese und die dadurch winkende Besserung der Finanzlage der Einzelstaaten konnte er schon um des Unterrichtsgesetzes willen nur begrüßen. Einzelheiten lagen seinem Ressort zu fern, um darauf Widerspruch zu gründen. Die Erregung der Leidenschaften bei den einzelnen Gruppen der Zollinteressenten mißbilligte er, ebenso den bekannten Brief Bismarcks an den bayerischen Schutzzöllner von Thüngen vom 5. Mai 1879 in Sachen der Agrarzölle, aber weniger wegen des sachlichen Inhaltes — er hatte über den angemessenen Zollsatz kein sicheres Urteil —, als wegen der beleidigenden Wendung darin gegen seine Preussischen Ministerkollegen, besonders gegen Friedenthal. Er sah darin die Analogie zu Bismarcks Vorgehen gegen Camphausen im Jahre 1877 und konnte Friedenthal nur raten, daraus seine Konsequenzen zu ziehen. Allein an dem sachlichen Rechte von Bismarcks Plan konnte ihn dies alles nicht irre machen. Und dennoch ist aus dieser Wendung Bismarcks der Anlaß zu seinem Abgange erwachsen. Alles kam für Falk darauf an, mit welchen Parteien Bismarck die Finanz- und Zollreform durchsetzen würde. Er wünschte dringend, es möchte gelingen, einen Kompromiß zwischen der Regierung und der Mehrheit der Nationalliberalen zustande zu bringen, und er verfolgte deshalb den Gang der Verhandlungen im Reichstage mit brennendem Interesse. Das gelang bekanntlich nicht. Am 9. Mai kam Windthorst im Reichstage mit dem offenen Angebote heraus, die Regierung bei den Finanzfragen zu unterstützen, wenn Falk preisgegeben würde. Bei den Präsidentenwahlen und in den Kommissionsverhandlungen trat ein festes Bündnis zwischen Zentrum, Konservativen und auch Freikonservativen zutage, das sich an einem Punkte schon unmittelbar gegen Falks Ressort wendete, nämlich bei Behandlung der Petitionen gegen die Zivilehe. Die Sprache der ultramontanen Blätter ließ keinen Zweifel, daß es mit der von Windthorst gestellten Bedingung für die Unterstützung des Zentrums Ernst sei. Die Konservativen erklärten fast unverblümt, daß sie zur Erfüllung dieses Wunsches bereit seien. Als W i n d t h o r s t am 10. Juni sogar die Zunahme der Trunksucht dem Kulturkampfe zur Last legte, erwiderte

ihm *Kleist-Rehew*, er möge den Kulturkampf hier beiseite lassen, auf anderen Gebieten werde seinen Wünschen ja bald entsprochen werden.

Wie stand *Bismarck* zu diesem offensichtlichen Streben, die Zollvorlage ohne die Nationalliberalen zustande zu bringen und auf diesem Umwege sie aus der Stellung der Regierungspartei herauszumanövrieren? Er hat, wie mir scheint, bis zur letzten Stunde geschwankt. Es ist sicher nicht richtig, daß er seit den Attentaten auf einen Bruch mit den Nationalliberalen hingesteuert hätte. Im Gegenteil — ich sagte es schon (siehe oben S. 493) —, noch während der Beratung des Sozialistengesetzes hat er auf eine Mehrheit von gemäßigten Konservativen und Nationalliberalen hingestrebt, also auf das, was man später das Kartell nannte. Ich meine, er hat nicht leichtes Herzens die Bundesgenossenschaft des Zentrums angenommen, keineswegs in dem Enthusiasmus, womit die „*Reuezeitung*“ und ihre Gesinnungsgenossen ihm in die Arme sanken. Noch am 22. Juni sagte er zu *Hobrecht*, das Zentrum sei der unverschämteste Bundesgenosse; er werde ein Tor sein, es als solchen anzunehmen und gar ein dauerndes Bündnis zu schließen. Man werde doch wieder mit den vernünftigen Nationalliberalen zusammengehen müssen. Dem Grafen *Fred Frankenberg* sagte er kurz vorher, wenn die Zentrumsleute meinten, sie könnten den Kultusminister gegen Finanzzölle eintauschen, so irrten sie gründlich. KonzeSSIONen könnten ihnen überhaupt nur wenige gemacht werden, und diese lägen auf anderer, sachlicher Seite. Ich zweifle nicht, daß die Nationalliberalen, wenn sie ernstlich gewollt hätten, und wenn sie in diesem Augenblicke von einem Strategen statt von einem bloßen Taktiker geführt worden wären, den unheilvollen Bruch, der auch *Falks* Sturz und die Wendung der Kulturpolitik zur Reaktion nach sich zog, hätten vermeiden können. *Bismarck* selbst hat *Falk* am 30. Juni, nachdem dieser seine Entlassung erbeten hatte, gesagt, er habe *Vennigsen* durch *Friedenthal* folgenden Vorschlag gemacht: Er könne zwar die Schutzzölle nur mit dem Zentrum durchbringen, dauernd könne er aber nicht mit demselben gehen, sondern müsse sich zu seinen bisherigen Verbündeten wenden. Dieses *Chassé-croissé* könne aber nicht schnell gemacht werden, darum sei es besser, die Entscheidung über die Finanzzölle, — und damit über die mit den Nationalliberalen strittigen konstitutionellen Garantien — auf ein Jahr zu verschieben und sich in diesem Jahre auf die Schutzzölle zu beschränken. *Vennigsen* habe aber darauf nicht eingehen wollen. Ebenso habe er einen Gedanken *Bis-*

mards abgelehnt, der sich in der Richtung des dann später Gesetz gewordenen Antrages Frankenstein bewegte, und auf seinem — wie Bismarck urteilte — politisch unmöglichen Antrage beharrt. Als es dann gelang, das Zentrum auf den Antrag Frankenstein (§ 7 des Entwurfes betreffend den Zolltarif, Sten. Ber. des Reichstages 1879, Band 6, S. 1932) zu einigen, und die Konservativen ihm in der Kommission beitraten, konnte Bismarck kaum anders als ihn annehmen. Das geschah in der Tariffkommission am 25. Juni. Hobrecht hatte sich nach der Sitzung sofort zu Bismarck begeben und ihm das Resultat mitgeteilt. Er wollte nicht glauben, daß dieser damit einverstanden sei, da er sich vor wenigen Tagen anders ausgesprochen hatte. Bismarck aber antwortete, so bestimmt seien seine früheren Äußerungen nicht gewesen, und wenn er sich vor die Wahl gestellt sehe, entweder 25 Partikularregierungen zu stärken oder die Macht des Reichstages, dann wähle er das Erstere. Auch auf die Bedenken des Staatssekretärs Hoffmann erwiderte er, die Sache sei zu weit fortgeschritten, als daß sich noch etwas daran ändern lasse.

Der Inhalt dieses Antrages war Falk gleichgültig, aber es war ein voller Sieg des Zentrums, daß das große Gesetzwerk nicht nur mit seinen Stimmen, sondern geradezu unter seiner Führung zustande gebracht war. Es war unvermeidlich, daß seine Forderungen nun ein anderes Gewicht haben mußten, als vorher. Falk ging nicht, weil Bismarck die solange gemeinsam betriebene Kirchenpolitik aufgeben wollte, sondern *t r o z d e m* dieser sie nicht aufgeben wollte, aber weil er sah, daß auch Bismarck dazu nicht stark genug sein würde, daß die Konsequenz der Dinge zur Erfüllung der Wünsche des Zentrums führen müsse. Er wurde, wird man zusammenfassend sagen dürfen, ein Opfer der Fehler der damaligen nationalliberalen Partei und ihrer Führung. Waren es denn wirklich unveräußerliche Volksrechte, um deren willen die Partei in die Opposition trat? Was Bennigsen schließlich noch forderte, war kaum mehr als die Aufrechterhaltung eines Scheines zur Wahrung des Gesichtes!

Diese Verschiebung der politischen Gesamtlage ist für Falk ausschlaggebend gewesen. Anderes allerdings kam hinzu. So das oben berührte Gefühl, daß seine Person dem auch von ihm erstrebten Friedensschlusse mit Rom ein überflüssiges Hindernis in den Weg stelle. Hatte doch nicht nur Windthorst das offen ausgesprochen, sondern auch der Papst mit seiner Klage, daß „questo Falk“ noch im Amte sei. Vor allem aber die Einsicht, daß sein Verhältnis zum Kaiser trotz der Zu-

geständnisse, die er gemacht hatte, den Keim zu neuem, nahem Konflikt in sich trug. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit sprach der Kaiser seine eigentümlichen Ansichten über die Lage der evangelischen Kirche aufs Prononzierteste aus. Von der Liste der von ihm für die kommende Generalsynode zu ernennenden Vertrauenspersonen, die ihm der Oberkirchenrat vorgelegt hatte, strich er alle Namen der mittleren Richtung und ersetzte sie durch die Allerschroffsten, darunter Stöcker, den Freiherrn von Zedlitz, gegen den Falk schon bei der außerordentlichen Generalsynode die Kabinettsfrage gestellt hatte, und den Grafen von dem Hagen-Möckern, den Urheber der Petitionen gegen Falks Schulverwaltung und gegen die Zivilehe. Nach Hegels Antrag, entgegen Hermes Einrede, forderte er Stöckers Ernennung zum Konsistorialrat. Was verschlug es da, daß der Kaiser auf anderen Gebieten doch immer noch gelegentlich eine freundliche Anerkennung für den Minister hatte, wie z. B. in der Frage über das Recht der Vivisektion, die damals gleichfalls einen Angriffspunkt der vereinigten Reaktionäre bildete, und daß er zum Beispiel einen erbetenen kurzen Urlaub zur Einweihung der neuen Universitätsgebäude in Marburg sehr freundlich gewährte! In den beiden Hauptfragen der Kirchenpolitik und der Schulpolitik war der Gegensatz unüberbrückbar geworden, und die Ratgeber, denen der Monarch jetzt ausschließlich sein Ohr lieb, während er den Minister kaum noch sah, verstanden es nur zu gut, diesen Gegensatz auch persönlich zu vergiften. Es wurde jetzt ihr Stichwort, Falk fehle es an Wohlwollen für die evangelische Kirche, wie Kleist-Neckow im Herrenhause am 27. Juni beweglich klagte. Rögel hat die Ansicht, Falk müsse fort, die er im Dezember Boffe geäußert hatte *), um durch diesen auf Stolberg zu wirken, gewiß nicht nur diesem ausgedrückt. Endlich spielte im Juni noch eine unerfreuliche Korrespondenz mit Bismarck, nicht als Reichskanzler aber als Pommerscher Gutsherr, nämlich eine bitterböse, aufgeregte Beschwerde gegen die Regierung zu Köslin wegen einer ihm von dieser auferlegten Beitragspflicht für eine Volksschule auf seinen Gütern. Die Regierung war völlig korrekt nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen verfahren. Der Oberpräsident hatte sie gegen Bismarck in Schutz genommen und war deshalb von Bismarck hart angelassen worden. Als er sich auf eine generelle Verfügung des Ministers berief, machte Bismarck eine unmutige Bemerkung auch über diesen. Falk konnte ihn den Gefallen nicht tun, den Beschluß der Regierung zu redressieren, fügte

*) Grenzboten 1904, S. 403, vom 14. Dez. 1878.

aber hinzu, daß das Unterrichtsgesetz bestimmt sei, die auch von ihm für unbillig gehaltene Schulunterhaltungspflicht des Guts Herrn zu be-
seitigen, und bat deshalb um dessen Förderung. Er wollte heraus-
bekommen, ob Bismarck überhaupt noch an diesem Gesetze festhalte.
Die Antwort war freundlich, aber jene Anregung gänzlich ablehnend.

Schon am 23. Mai waren Friedenthal und Falk einig geworden, aus dem Ministerium auszuscheiden. Sie wollten aber Bismarck bei den Zollverhandlungen keinen Stein in den Weg werfen und den Kaiser nicht unmittelbar vor der goldenen Hochzeit beunruhigen und verabredeten, bis zum Ende der Reichstagsession zu warten. Falk lehnte dagegen bestimmt ab, wie Friedenthal geraten, sein Gesuch mit Gesundheitsgründen zu begründen.

Ein Gespräch mit Bülow am 4. Juni benützte Falk, um durch ihn Bismarck über seinen Entschluß zu informieren. Er legte ihm dar, warum er seine Stellung für unhaltbar und einen neuen Mann an seiner Stelle für nötig hielt. Er wolle, um den Kanzler nicht in Verlegenheit zu setzen, den erforderlichen Schritt erst nach Erledigung der von ihm im ganzen gebilligten wirtschaftlichen und finanziellen Vorlagen im Reichstage tun, es sei denn, daß der Kanzler selbst eine Beeilung wünsche, um durch Hilfe des Zentrums in der jetzigen Session weiterzukommen. Entraten könne er dieser Hilfe doch nicht, und löse er auf, so werde er noch mehr an das Zentrum gewiesen sein, weil dies, wie im Reichstage so im Landtage Sitze nur gewinnen könne und werde. Bülow wollte nur diesen Gedanken als richtig anerkennen und suchte die sonstigen Ausführungen zu bestreiten. Falk gehöre zum staatlichen Bollwerk gegen Rom, könne besser als andere zum Frieden führen usw. — die bekannten Entgegnungen! Der Kanzler sei derselben Auffassung. Er habe die schleunigste Mitteilung des Reudell'schen Berichts (siehe oben S. 612) angeordnet, damit Falk nicht etwa durch die Zeitungen beunruhigt würde. Die Seite der Entwicklung, welche nicht die rein römische Sache betreffe, konnte Bülow allerdings nicht für unrichtig dargestellt erklären. Beiläufig bemerkte er, Bismarck habe geäußert, wenn die Geistlichen auf dem Lande mehr Einfluß auf die Lehrer behalten hätten, wäre manches besser geworden, — worauf Falk bemerkte: „Wörtlich so sagen meine Gegner in der Schulfrage auch.“ Falk schloß, seine Erörterungen hätten nicht den Zweck gehabt, direkt oder indirekt einen Rat zu erbitten, sondern den, den Kanzler mit dem bevorstehenden Schritt bekannt zu machen und zu fragen, ob es ihm lieber sei, daß er ihn alsbald tue, vielleicht nach

des Kaisers goldener Hochzeit am 11. Juni und nicht erst nach dem Reichstagsende.

Ehe dieser Entschluß ausgeführt wurde, hatte Falk noch eine Freude. Am 28. Mai reiste er über Kassel nach Marburg, um den Universitätsneubau einzuweihen. Professoren, Studenten, Lehrerschaft wetteiferten, ihm ihre Verehrung mit fühlbarer Wärme auszudrücken. Wieder benützte Falk bei seiner Ansprache den Wahlspruch des Roten Adlerordens: Sincere et constanter als Leitmotiv. Der ihm sehr sympathische Oberpräsident von Ende zeigte ihm die Kunstschätze Kassels und begleitete ihn dann nach Frankfurt, wo der Polizeipräsident von Hergenhahn sein Führer und Wirt war. Auch hier ließ es sich die Lehrerschaft nicht nehmen, ihren Minister durch ein Ständchen zu ehren. Eine ähnliche Kundgebung wurde ihm in Gelnhausen zuteil, wo er in der schönen, an Kunstwerken reichen Villa Becker zu Gast war. Über Eisenach und Weimar kehrte er heim.

Der letzte Schritt wurde getan, nachdem der Gang der Dinge im Reichstage die Sachlage vollständig geklärt hatte. Mit Falk erbatene zugleich Sobrecht und Friedenthal den Abschied.

Das Entlassungsgesuch an Se. Majestät den Kaiser und König vom 29. Juni 1879 lautete:

„Ew. K. und K. Majestät bitte ich alleruntertänigst, das Folgende ehrfurchtsvoll vortragen zu dürfen.

Allerhöchstieselben und mit Ihnen alle Freunde des Vaterlandes wünschen die Herstellung friedlicher Zustände auf kirchenpolitischem Gebiete. Seit langem schon neigte ich zu der Überzeugung, daß meine Person für eine gedeihliche Mitwirkung zur Erreichung dieses Zieles nicht geeignet sei, vielmehr hierfür ein ernstes Hindernis abgeben müsse. Die seit dem Sommer vorigen Jahres gemachten Erfahrungen haben in dieser Beziehung mir jeden Zweifel beseitigt.

Sodann hat die Entwicklung der öffentlichen Verhältnisse überhaupt, die allgemeinen Anschauungen, die Parteien im Lande und im Parlamente, ihre Bedeutung, ihre Stellung zueinander und zu Ew. Majestät Regierung, sich derartig verändert, daß ich auch aus diesem Grunde mich der Erkenntnis nicht verschließen kann noch darf, wie ein anderer Mann an meine Stelle gehört.

Ich erfülle daher meine Pflicht gegen Ew. Majestät, das Land und gegen mich selbst, wenn ich das mir huldreichst anvertraute Amt in die Allerhöchsten Hände zurücklege.

Ich würde diesen Schritt schon eher getan haben, wenn ich nicht besorgt hätte, daß dies vielleicht auf die Durchführung der wirtschaftlichen und finanziellen Pläne der verbündeten Regierungen im

gegenwärtigen Reichstage von unerwünschtem Einfluß sein könne. Diese Besorgnis glaube ich jetzt nicht mehr hegen zu sollen.

Indem Ew. Majestät ich den tiefempfundenen Dank für die Gnade untertänigst ausspreche, mit welcher Allerhöchstdieselben mir vor länger als sieben Jahren einen großen Wirkungskreis zu eröffnen geruhten, und für die reichen, unvergeßlichen Beweise Allerhöchster Huld, deren Ew. Majestät mich in diesen Jahren theilhaftig machten, bitte ich ehrfurchtsvoll, mich aus meinem Amte als Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Gnaden entlassen und mir die Kompetenzen huldreichst gewähren zu wollen, welche mir für diesen Fall nach 32 jähriger Dienstzeit gesetzlich zustehen.

In tiefster Ehrfurcht Ew. Majestät alleruntertänigster Falk.“

Abschrift vorstehenden Gesuches wurde am 29. Juni 1879 nachmittags 6 Uhr an den Präsidenten des Königlichen Staatsministeriums, Fürsten von Bismarck mittels folgenden Schreibens abgesandt:

„Am Anfang dieses Monates habe ich dem Herrn Staatsminister von Bülow eine eingehende Mitteilung über die Gründe gemacht, aus welchen ich meine Stellung als Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten für unhaltbar erachten müsse. Ich darf voraussetzen, daß Höchstdieselben hiervon Kenntnis erhalten haben und daß daher mein Entlassungsgesuch Ew. Durchlaucht weder überhaupt, noch im Hinblick auf die Klärung, welche die schwebenden Reichsangelegenheiten gefunden haben, der Zeit nach unerwartet kommt. Ebenso glaube ich in der Annahme nicht zu irren, daß auch Sie meinen Rücktritt aus dem Amte für angezeigt erachten. Jedenfalls ist derselbe für mich eine Notwendigkeit.

Die Dankbarkeit, welche Ew. Durchlaucht ich aus so vielen Anlässen schulde, würden Höchstdieselben erhöhen, wenn Sie — wie ich bitte — Se. Majestät zu einer baldigen Gewährung meines Gesuches geneigtest raten wollten. Nicht bloß der Wunsch, meine persönlichen Verhältnisse neu ordnen zu können, diktiert diese Bitte, sondern auch die Gewißheit, daß bei Hinausschiebung der erbetenen Allerhöchsten Entschließung die Ew. Durchlaucht bekannten Differenzen zwischen Sr. Majestät und mir, wie die Dinge leider wieder liegen, in neuer Schärfe hervortreten würden; daß es aber mir am Herzen liegen muß, nicht auch unter solchen Differenzen aus dem Amte zu scheiden, wird niemand stärker empfinden als Ew. Durchlaucht.

Wollen Höchstdieselben mir schließlich noch die Bemerkung gestatten, daß ich um die Entlassung aus Sr. Majestät Diensten überhaupt habe bitten müssen, weil zunächst dieselben Gründe, welche

mich zum Rücktritt aus dem Ministeramte nötigen, und sodann meine Vermögensverhältnisse mir die Übernahme eines anderen entsprechenden Staatsamtes nicht gestatten.

Wie immer in unwandelbarer aufrichtigster Verehrung Ew. Durchlaucht ganz ergebener
Falk."

Am 30. gegen Mittag sandte Bismarck seinen Sohn Herbert zu Falk, um ihn zu einer Unterredung einzuladen. Sie fand um 1½ Uhr statt und dauerte beinahe anderthalb Stunden; zuletzt wurde sie in Gegenwart Eulenburgs gepflogen. „Es ist schwer — schreibt Falk —, vielleicht gar nicht möglich, den Lauf einer so springenden Unterhaltung zu skizzieren. Es kommt auch nicht auf die Einzelheiten an, sondern auf Hauptsachen und Ergebnisse. Bismarck zeigte sich anfangs verlezt. Er warf mir vor, daß ich die Demonstration der National-liberalen unterstütze, da ich gerade jetzt den Antrag stelle, der ihm unerwartet komme. Bei meiner Gegenausführung ward er ruhig, und von da bewegte sich die Unterhaltung in freundlichstem Wege. Ich gewann den bestimmten Eindruck, daß er an sich mein Demissions-gesuch erwartet habe und nur durch die Wahl des Zeitpunktes unangenehm berührt sei. Namentlich erklärte er, man werde ihm Aufgabe der Position gegen Rom, respektive „Verschacherung“ meiner Person an das Zentrum „für dreißig Silberlinge“ vorwerfen, und wünschte von mir einen Brief, in welchem er eine Bescheinigung hierüber und die Aussprache über die Gesichtspunkte wünschte, welche für meinen Schritt maßgebend waren. . . . Auf Bismarcks Wunsch erklärte ich mich dahin bereit, daß mein Ausscheiden erst mit dem Schluß des Reichstages erfolge. Dann kam, fortgesetzt in Eulenburgs Gegenwart, die Erörterung, daß ich Justizminister werden solle, wenn — was ich übrigens für zweifelhaft halte — Leonhardt bald ausschiede. Bismarck forderte mich, ebenso wie Eulenburg, auf, dies Ministerium zu übernehmen. Ich lehnte ab, betonend, daß ich, nachdem ich so lange ein politisches Ministerium geführt, mich unmöglich in die Mauern des Ressorts einbannen könne, und daß ich es ebenso wenig werde geschehen lassen können, daß Grundsätze, für welche ich mit ganzer Kraft eingetreten, und die die für das Volk wichtigste Frage, das deutsche Volk geradezu an Herz und Nieren berührende Fragen betreffen, auf den Kopf gestellt würden. Noch weniger sei es mir möglich, wie es zum Beispiel bei der Zivilehe sei, in dieser Richtung positiv mitzuwirken. Überhaupt würde ich vielfach so vereinzelt stehen, daß ich nach kurzen Monaten wieder auf den jetzigen Stand-

punkt käme. Bismarck und Eulenburg hatten den Vorschlag wohl nicht ohne Ernst gemacht, indessen war der Gang und Ton der Unterredung doch so, daß ich nur annehmen konnte, daß sie das ablehnende Resultat vorausgesehen hatten." —

Den gewünschten Brief sandte Falk am nächsten Tage:

„Ew. Durchlaucht gaben bei unserer gestrigen Unterredung der Meinung Ausdruck, daß mein Entlassungsgesuch den Schein erwecken werde, als stehe dasselbe mit Verhandlungen in Beziehung, welche Ew. Durchlaucht mit Bezug auf die im Reichstage schwebenden Fragen mit der Zentrumsfraktion gepflogen hätten, oder als hätten Höchstdieselben den grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben, welchen Sie — um mich kurz auszudrücken — bisher Rom gegenüber innegehalten haben.

Ist dem so, dann habe ich die Pflicht, einer solchen Auffassung entgegenzutreten, wo sich mir Gelegenheit dazu bietet. Denn ich allein kann ja bezeugen, daß ich mit der Einreichung jenes Gesuches nur einen seit längerer Zeit feststehenden Entschluß ausführte, der sich auf die Überzeugung von der Unhaltbarkeit meiner ministeriellen Stellung gründet und daß ich den jetzigen Zeitpunkt aus einem Grunde zu wählen gezwungen war, der zwar auf amtlichen Gebieten beruht, aber weder mit der Römischen Frage, noch mit Ew. Durchlaucht Person im entferntesten zu tun hat. Und ferner kann niemand mehr Kenntnis und Sicherheit bekunden, daß in den vielen Jahren, in welchen ein hervorragender Teil meiner Amtstätigkeit in der Wiedergewinnung der Stellung bestand, welche der Staat vordem der Römischen Kirche gegenüber hatte, zwischen Ew. Durchlaucht und mir stets grundsätzlich Einverständnis bestand, daß ich niemals Ihrer dankbar empfundenen Unterstützung entbehrte, und daß die Verhandlungen, welche Ew. Durchlaucht seit dem Sommer vorigen Jahres mit Organen des päpstlichen Stuhles pflegen, in einem Sinne eingeleitet und fortgeführt sind, welcher dem entspricht, was in dieser Beziehung zwischen uns verhandelt worden ist.

Ich sollte meinen, daß es für jeden, der die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse in den letzten Zeiten einigermaßen verfolgt hat, nicht schwer sein könnte, zu erkennen, warum ich meine amtliche Stellung nicht ferner für haltbar erachte. In der That haben Stimmen geachteter Presseorgane, freundlich und gegnerisch, bei den verschiedenen Gelegenheiten, welche Erörterungen über meinen etwaigen Rücktritt aus dem Amte oder mein ferneres Verbleiben in demselben veranlaßten, darauf hingewiesen, daß die Gesamtheit der Situation hierüber entscheiden werde. Und so ist es. Die gestrige

Unterredung wird Ew. Durchlaucht gezeigt haben, daß nicht dieses oder jenes einzelne Moment meinen Entschluß herbeiführte, sondern die Gesamtheit aller für mich wesentlichen Punkte. Wenn es schon in mündlicher Darlegung nicht möglich war, alles Einflußreiche zu erwähnen, so ist dies schriftlich noch weniger ausführbar, denn daß ich in den Grenzen eines Briefes bleiben und nicht in das Gebiet einer Abhandlung überschweifen will, das werden Hochdieselben wohl richtig finden. Ich muß mich darum begnügen, einige hervorspringende Punkte zu berühren.

Die schweren Kämpfe auf kirchenpolitischem Gebiete haben weder Ew. Durchlaucht noch ich geführt um ihrer selbst willen, sondern — wie wir ja so oft ausgesprochen — behufs eines Friedens, der solche Kämpfe fürder nicht nötig mache. Von dem Augenblicke an, wo ich die Frage zu erwägen hatte, ob ich die zur Herbeiführung solcher friedlicher Zustände geeignete Person sei, habe ich die Frage verneint. Der Grund dafür liegt in der Auffassung, welche weite Kreise der katholischen Bevölkerung von meiner Person gewonnen haben, der Empfindung, welche sich mir gegenüber in ihnen gebildet und gefestigt hat. Die aus solcher Auffassung und Empfindung entspringenden Konsequenzen sind psychologischer Natur und bedürfen darum für jeden Überlegenden keiner weiteren Ausführung. Für mich hat dieselbe den Grund zu der Überzeugung gelegt, daß meine Person ein ernstes Hindernis für die Herstellung der erwünschten friedlichen Verhältnisse sei. Die Richtigkeit dieser Auffassung ist mir von vielen, von maßgebenden Seiten bestritten worden. Wird sich dieselbe mit Erfolg noch bestreiten lassen, wenn die Vorkommnisse des letzten Jahres in Betracht gezogen werden? Ew. Durchlaucht wollen sich geneigtest erinnern an die Einmütigkeit der Presse der Zentrumsparthei, an die Haltung ihrer Führer im Landtage und Reichstage, im Plenum und Kommission, vor Monaten und in den letzten Tagen, an das, was zu wiederholten Malen von berufensten Vertretern der Kurie, ja von dem Papste selbst, über meine Person geäußert worden ist!

Seit den Verhandlungen über die Zollfrage ist die Stellung der Zentrumsparthei zu den Regierungen, auch zur preußischen Regierung, eine andere geworden als bisher. Diese Parthei bildet einen wesentlichen Teil der Majorität, welche den auch von mir im großen für heilsam erachteten Plänen zur Geltung hilft. Sie hat sich damit — ich fasse nur die objektive Tatsache ins Auge — ein Verdienst um Reich und Land erworben, das zu ignorieren keine Regierung, wie ich meine, das Recht und die Macht hat. Schon die nächsten Landtagswahlen werden zeigen, welchen Einfluß dies äußerlich und innerlich auf die Bedeutung der genannten Parthei übt.

Ganz dasselbe gilt von einem anderen Teil der Majorität, welche im Reichstage den verbündeten Regierungen zur Seite steht — von den Alt- oder Hochkonservativen evangelischer Konfession. Ja ich denke, daß das Gewicht, welches sie in der neugebildeten preussischen Landesvertretung in die Waagschale werfen werden, im Vergleich zu jetzt ein noch viel größeres sein wird, als das der Zentrumsparthei. Die Strömung im Lande bürgt dafür.

Nun aber sind es gerade diese beiden Parteien, welche seit Jahren, fast seit dem Beginn meiner Amtsführung, meine Maßnahmen auf dem Gebiete der Kirche und Schule angegriffen, ja leidenschaftlich bekämpft haben, — wobei ich dahingestellt sein lasse, bei welcher Partei das größere Maß von Leidenschaft sich entwickelt hat. Bisher ist — so scheint es mir wenigstens — ein bestimmter Rapport zwischen den beiderseitigen Angriffen nicht klar zu erkennen gewesen. Sie waren eben nur tatsächlich ähnliche oder gleiche. Jetzt wird es anders.

Auf dem Gebiete der Schule entwickelt sich eine gemeinsame Agitation gegen die von mir vertretenen Grundsätze und, da ich an diesen festhalten werde und festhalten muß, weil ich von ihrer Richtigkeit und Notwendigkeit durchdrungen bin, gegen mich selbst. Der in dieser Beziehung im Reichstage an die evangelisch Konservativen von dem Führer der Zentrumsparthei erlassene Appell, hat in evangelischen Kreisen weiten Nachhall gefunden, zu meinem Bedauern auch in Kreisen, welche ich nicht zu den erwähnten Konservativen zählen kann. Es ist eine offenkundige Tatsache, daß der Widerstand in der bevorstehenden Generalsynode organisiert werden soll. Und wenn ich darauf hinweise, daß derjenige Mann, welcher im vergangenen Winter die Einreichung einer Menge Petitionen gegen meine Grundsätze bei dem Herrenhause veranlaßte — er hat auch die Agitation gegen das Zivilstandsgesetz eingeleitet — eine Ernennung zu der Generalsynode erhalten hat, so wird die ernste Bedeutung jenes Widerstandes jedermann einleuchten.

In einem solchen Verhältnisse kann auch ein Mann, dem Pflichtbewußtsein und gutes Gewissen Mut und Ausdauer geben, nicht feststehen, wenn ihm nicht sichere und ausreichende Stützen zur Seite sind. Für mich kenne ich keine solchen. Ich habe Ihnen gestern dies teilweise dargelegt, teilweise ist Ihnen meine Auffassung ohne weiteres klar, wenn sie auf die Zerklüftung der mir befreundeten Parteien sehen.

Lassen Sie mich hier abbrechen. Das Vorstehende genügt einigermaßen, die Natur der Gründe zu bezeichnen, welche meinen Entschluß bestimmten.

Wer das vorausieht, was ich andeutete, der ist — und Sie haben das gestern gleichfalls anerkannt — nicht verpflichtet, auf seinem Posten solange zu bleiben, bis sein Rücktritt ein durchweg unfreiwilliger wird, er darf sich die Freiheit des Handelns wenigstens in bezug auf die Zeit desselben wahren, und das habe ich getan.

Wie immer in aufrichtiger Verehrung Ew. Durchlaucht ganz ergebenster
Falk.“

Bismarck selbst schilderte seinem Pressebezerntenten *Sahn* den Verlauf seines Gespräches mit Falk so: Er habe Falk zuerst rauch angelassen, der habe ihm aber nichts geschenkt. Es habe hin und her gesprüht, und die Spähne seien rechts und links geflogen; zuletzt seien beide in Frieden auseinandergegangen. *Wilnowski* erzählte Falk, daß Bismarck sich auch in seiner Korrespondenz mit dem Kaiser mit höchster Anerkennung über ihn ausgelassen habe. Dem Kaiser sei das Gesuch unerwartet gekommen. Er ließ Falk sagen, daß er sich die Entscheidung bis nach dem Schlusse des Reichstages vorbehalten. Da dies aber nur noch wenige Tage dauern konnte, begab sich Falk auf die Suche nach einer neuen Wohnung, um seine Dienstwohnung sofort räumen zu können. Er mietete in der Landgrafenstraße 9.

Am 4. erfuhr er, wer zu seinem Nachfolger ausersehen sei: der Oberpräsident von Schlesien *von Puttkamer*. Als er nach dem Abgange des älteren *Grafen Eulenburg* als dessen Nachfolger in Frage kam, lehnte Bismarck ihn als zu weit rechtsstehend ab. Er war der Kandidat *Rögels*. Sehr wahrscheinlich hat dieser ihn dem Kaiser genannt und Bismarck ihn akzeptiert. Gleich am nächsten Tage entschied sich auch, daß *Sydow* das Schicksal seines Chefs und Freundes teilen würde. Er legte dem neuen Minister in persönlicher Unterredung dar, daß es ihm unmöglich sein würde, seine Überzeugungen zu verleugnen, und bot ihm an, seine Versetzung in den Ruhestand aus Anlaß seiner geschwächten Gesundheit zu beantragen, wenn sich ein anderes geeignetes Staatsamt nicht für ihn fände. *Puttkamer* ging gern darauf ein und versprach ihm, sich um ein solches zu bemühen. Zufälligerweise war gerade die Direktion der Verwaltung der Staatsschulden frei, ein Amt in gleichem Range, auf das Friedenthal schon vorher Falk für ihn selbst aufmerksam gemacht hatte. Es gelang binnen weniger Tage, alle in Betracht kommenden Stellen zu dieser Ernennung geneigt zu machen, wodurch Falk ein großer Stein der Sorge um den Freund vom Herzen genommen war. Fast war es ein Glück zu nennen, daß der andere der nächsten Mitarbeiter, *Foerster*,

ein halbes Jahr zuvor gestorben war; auch er hätte unter dem neuen Kurse nicht im Ministerium bleiben können. Auch Sübler erbat sich, in eine Professur, am liebsten in Bonn, zurückzutreten, — die Erfüllung dieses Wunsches wurde ihm zugesagt. Greiff und Lufanus waren nicht ganz so eng mit der Politik Falks verbunden; sie erklärten, es unter dem neuen Minister versuchen zu wollen, waren freilich sehr unglücklich, als sie erfuhren, wer zu Sydows Nachfolger gewählt sei: der hochkonservative Oberverwaltungsgerichtsrat von Gofler.

Am 11. September wurde auch im Plenum des Reichstages der Frankensteinsche Antrag angenommen und sagte Bismarck den Nationalliberalen vollständig ab. Während der Sitzung sagte Stolberg Falk, der Kaiser beabsichtige, ihm den Adel zu verleihen. Er entgegnete, daß er das für sich nicht annehmen könne; man kenne ihn seit langem in der Welt als den „Kultusminister Dr. Falk“, er sei im Ministerium Repräsentant des Bürgertums gewesen. Für seine Töchter habe der Adel keinen Wert, und der Sohn sei auch ohne das Offizier in einem Garderegiment geworden und stolz darauf. Stolberg erwiderte, er und Bismarck hätten die Ablehnung vorausgesehen, aber der Kaiser habe zur Rechtfertigung seines Gedankens auf seinen Sohn hingewiesen. Dann ersuchte Bismarck Falk, in sein Zimmer zu kommen. Er äußerte: Montag gehe er nach Rissingen, er wolle sich darum jezt von Falk verabschieden. Er scheide durchaus freundschaftlich von ihm. Falk versicherte ihm für sich warm daselbe. Bismarck fuhr dann nach Falks Aufzeichnung fort: „Wenn er auch glaube, daß ich aus den römischen Beziehungen keinen Grund zum Rücktritte entnehmen könnte, da ich ja doch in Einzelheiten auch Änderungen für zulässig halte und Verhandlungen darüber mit mir durch einen päpstlichen Abgesandten zu führen gewesen sein würden, so könne er mir den Schritt doch nicht verübeln und auch nicht aus den von mir angeführten Gründen die Wahl des Zeitpunktes. Er habe dem Kaiser gesagt, daß er auf einen zweifellosen Ausdruck meiner Entlassung in Gnaden das höchste Gewicht lege, ich verdiene solche wegen des langen, schweren Amtes, auch wenn ich nicht immer im Sinne des Kaisers gehandelt hätte. Darum sei von ihm eine Ordensdecoration beantragt worden *), in bezug auf welche der Kaiser jedoch in olym-

*) Wilmowski mußte nichts davon, daß Bismarck eine solche beantragt habe; auch in den Briefen Bismarcks an den Kaiser [Anh. zu den Ged. u. Erinn., S. 293] über Falks Abschied findet sich davon keine Spur. Wenn Wilmowski

piſcher Auffaſſung geſchrieben habe: „Die ſei ihm zu hoch, dazu hätte ich doch zu ſcharf gegen ihn geſtanden.“ So ſei denn der Kaiſer auf den ſeltſamen Adelsvorſchlag gekommen. Ich lehnte auch gegen Bismarck ab mit dem Bemerken, dieſer Rock ſtehe mir nicht, und wiederholte, was ich Stolberg über die Adelsverleihung an meinen Sohn geſagt hatte, worauf Bismarck erwiderte, der Kaiſer habe als Menſchenkenner geäußert, Falk werde ſich daraus nicht viel machen, aber wohl ſein Sohn.“ Bismarck erkannte an, daß, wenn Falk ſchon das Juſtizminiſterium abgelehnt habe, er ein anderes politiſches Amt, wie das Oberpräſidium von Schleſien — wie Bitter, Sobrechts Nachfolger vorgeschlagen hatte —, auch nicht übernehmen könne. In evangelicis habe er Falk nicht ausreichend unterſtützen können wegen der perſönlichen Stellung des alten, ſtark beeinflussten Königs in der Kirche. An ſeiner Statt würde er ſich in dieſen Dingen etwas mehr beiſeite gehalten haben; da Falk es aber nicht getan, ſo könne er wohl begreifen, daß er die Konſequenz daraus gezogen hätte.

Am 14., einen Tag nach dem Schluſſe des Reichstages, empfing Falk die Entlaſſung mit dem Titel und Range eines Staatsministers und der geſetzlichen Penſion. Aber von dem Adelsgedanken hatte ſich der Kaiſer nicht abbringen laſſen: „Der Sohn kann's doch brauchen.“ In einer zweiten C. D. wurde dieſem mit freundlicher Begründung aus den Verdienſten des Vaters der Adel verliehen. In Verhandlungen mit dem Hausminiſter Grafen Schleiſiſch wurde die Frage erörtert, welch eine Form der Beurkundung Falk und ſein Sohn wünſchten, ob eine einfache koſtenloſe Anerkennung oder ein koſtbares Diplom. Falk erbat die erſte Form. Der Kaiſer aber ließ ſich nicht nehmen, auf eigene Koſten das Diplom ausſtellen zu laſſen und es dem Sohne zu Weihnachten 1879 in großer Ausſtattung auf Pergament geſchrieben, als Geſchenk zu überſenden. Datirt war es vom 13. Juli 1879. Es lautete:

„Wir Wilhelm uſw. erheben und verſetzen, um Unſerer Anerkennung dertreuen Dienſte, welche der Staatsminiſter Dr. Falk in ſeinem bisherigen Amte mit aufopfernder Hingebung unter ſchwierigen Verhältniſſen Uns und Unſerer Monarchie geleistet hat, eine in ſeiner Familie forterbende Erinnerung zu

aber dieſe Briefe als „das beſte Denkmal für Falks Amtsführung“ charakteriſierte, ſo ſcheint mir das übertrieben. Sie ſind wohl voll Anerkennung, aber ohne Wärme. Allerdings iſt in den „Ged. u. Erinn.“ gerade hier eine Lücke.

geben und ihm ein dauerndes Denkmal Unserer besonderen Huld und Gnade zu stiften, hierdurch und in Kraft dieser Urkunde dessen Sohn, den Sekonde-Leutnant im Garde-Füsilier-Regiment „Franz Ludwig Adalbert Falk“ in den erblichen Adelsstand Unserer Monarchie und Lande usw.“ Das Wappen zeigte einen im Auf-
flug begriffenen Falk, die deutschen Farben und die Preussischen Adlerflügel; der Wappenspruch lautete: „Wahrhaftig und beständig“, wie Falk oft die Inschrift des Roten Adlerordens übersetzt hatte (S. 285, 628), des einzigen preussischen Ordens, den er hatte.

Am 15. verabschiedete sich Falk von den Beamten des Ministeriums. Am Nachmittage war er bei dem Kronprinzen zum Tee. Er und die Kronprinzessin sagten ihm viel Liebenswürdiges und Freundliches. Eine Abschiedskonferenz bei dem Kaiser mußte zunächst unterbleiben, da dieser in Ems weilte.

Am 17. zog der Staatsminister a. D. aus der Dienstwohnung aus.

Eine Fülle von Danksgungen und freundlichen Anerkennungen begleiteten ihn bei diesem Wechsel. Besuche von einzelnen und Abordnungen drängten sich; unter den Briefen, die ihm zuslogen, stehen die glänzendsten Namen deutscher Wissenschaft und Kunst, und alle stellten dem grundbescheidenen Manne, der immer eher von dem Gedanken bewegt war, daß er seine Pflicht nicht voll getan und manche Aufgabe nicht gelöst habe, das Zeugnis aus, daß er mit seinem Wirken den Anforderungen der höchsten Geister der Nation genug getan habe. Nach dem Rektor und Prorektor namens des Senates der Berliner Universität erschien eine Deputation ihrer Studentenschaft und überreichte anstatt des angebotenen, aber abgelehnten Fackelzuges eine Adresse; dann die vier Sekretäre der Akademie der Wissenschaften, Dubois-Reymond, Mommsen, Curtius, Luwers; dann im Auftrag des Magistrates von Berlin der Oberbürgermeister von Jordanbeck und der Stadtschulrat Cauer mit dem Beschlusse, eine neue Realschule erster Ordnung in der Lützowstraße „Falkrealgymnasium“ zu nennen, um ihm zu danken, daß er dem Schulwesen der Stadt soviel Freiheit gelassen habe, und Zeugnis abzulegen, daß die Stadt Berlin zu dem Geiste seiner Schulverwaltung stehe. Weitere Adressen kamen von den Universitäten Kiel und Breslau, von der Studentenschaft in Breslau und Göttingen, von den Wählern in Duisburg und in Mülheim an der Ruhr, von der Bürgerschaft zu Witten, zu Chemnitz und zu Goslar und natürlich vom Deutschen Lehrerverein im Namen der großen Mehrzahl aller deutschen Lehrer.

Die Nationalliberale Partei hielt am 25. August eine Vertrauensmänner Sitzung, worin beschlossen wurde, in dem Wahlausruf der Partei für die bevorstehenden Landtagswahlen ausdrücklich die Aufrechterhaltung des Systems Falk in Kirche und Schule zu fordern. Für diese Wahlen erbat sich eine große Reihe von Wahlkreisen das Recht, Falks Kandidatur aufzustellen, auch solche, wo keine Aussicht auf eine Wahl war, nur um ein Bekenntnis abzulegen. Der Berliner Verlagsbuchhändler Richard Korkkamp suchte um die Erlaubnis nach, eine Sammlung von Falks Reden zu veranstalten. Der Herausgeber der „Deutschen Revue“ bat ihn dringend, da nun seine Feder freier geworden, um regelmäßige Mitarbeit. Auch konnte Falk nur erfreuen, was er von mehreren Seiten über Bismarcks Stellung erfuhr. In der ersten Sitzung des Staatsministeriums nach seinem Ausscheiden hielt er ihm einen höchst ehrenden Nachruf. Einer im Duisburger Wahlkreis führenden Persönlichkeit, die angefragt hatte, ob Falks Wiederwahl nicht als Opposition gegen die Regierung aufgefaßt werden würde, ließ er durch Bitter sagen, im Gegenteil, die Wiederwahl würde ihm sehr willkommen sein. Ein von Bismarck inspirierter Aufsatz der „Grenzboten“ von Mitte Oktober betonte unter fast persönlichen Angriffen gegen den Kaiser, der in jenen Tagen mit Bismarck im stärksten Widerstreit wegen des Bündnisses mit Österreich stand, daß Falk zum Abschied nur durch Erschöpfung und Verdruß über den steten Widerstand von oben her gedrängt sei, nicht aber durch Bismarck, der ihm vielmehr von Anfang bis zu Ende zur Seite gestanden und seinen Entschluß zu verhindern gesucht habe. Der Kronprinz bezeugte seine dauernd freundliche Gesinnung durch Übersendung eines Bildes mit der Unterschrift: „Dem Staatsminister Dr. Falk der Protektor der Museen.“ Vom Kaiser erfuhr Falk, daß er sich zu Bitter aufs lobendste über ihn geäußert, den Konflikt als einen solchen des Gewissens bezeichnet, und daß er dem Grafen Rittberg, dem früheren Chef Falks aus der Glogauer Zeit, in Gastein seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, Falk, von dem Rittberg gesagt hatte, die Justiz wünsche sich ihn zum Minister, zum Justizminister zu ernennen. Zu der erbetenen Abschieds- und Dankaudienz kam es freilich nicht. Nachdem Falk lange auf Antwort auf seine Meldung gewartet hatte, schrieb ihm der Flügeladjutant, der Kaiser habe ihn am 3. September zu empfangen beabsichtigt, sei jedoch durch eine plötzlich notwendig gewordene Reise daran verhindert worden und ließ dies Falk unter dem Ausdruck seines Be-

dauerns zur Kenntnis geben. „Eine artige, aber deutliche Abweisung“ bemerkte Falk dazu. Aber jene Reise war in der Tat höchst dringend. Es handelte sich um eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland.

Anderseits zeigte sich nun auch der prinzipielle Gegensatz ohne jede Hülle. Wir schweigen von den relativ zurückhaltenden Stimmen aus dem Lager des Zentrums. Aber in nacktester Weise traten die Ziele der Reaktion auf dem Kirchen- und Schulgebiete in der lutherischen Augustkonferenz zutage, und auch die Generalsynode im Oktober fand nur tadelnde und herabsetzende Worte für die Schulverwaltung der letzten Jahre, die die Tiefe und Fülle der Beziehungen der Kirche zur Volksschule nicht erkannt, sie vielmehr durch formalistische Behandlung geschädigt habe. Und diese Klage fand sofort ein williges Echo bei dem Kaiser, der Puttkamer sein Befremden ausdrückte, daß in der Provinz Preußen soviel Simultanschulen vorhanden seien: Das habe der Falk alles gemacht, Puttkamer solle sie wegschaffen.

Falks Rücktritt fiel in einen Zeitpunkt, da die Nation von der großen Frage des Umschwunges in der Wirtschaftspolitik aufs tiefste erregt und die Aufmerksamkeit davon fast ausschließlich in Anspruch genommen war. Dennoch machte er auf die Öffentlichkeit den tiefsten Eindruck. Besonders stark zeigte sich dies in der Presse der Westprovinzen, wo Falks Rheinreise noch unvergessen war. „*Millionen preußischer und deutscher Bürger, schrieb die „A ö l n i s c h e Z e i t u n g*“, erfüllt in diesen Tagen nur eine Stimmung, die der wärmsten Anerkennung für die Leistung des Ministers und des schmerzlichen Bedauerns, daß er dem Dienste des Staates verloren gegangen ist, — ein Mann, der fest und unentwegt, objektiv und gerecht, sich gezeigt hat als einen rechten, charaktervollen, edlen Mann, der nie sich selbst gesucht, sondern nur gewirkt, gekämpft, gelitten hat für das Wohl des Staates, des Vaterlandes, der Menschheit. Der Edlen Wertschätzung wird ihm zu allen Zeiten gesichert bleiben.“

Wir verzichten darauf, weitere Pressestimmen wiederzugeben und heben nur zwei Artikel des „*Hamburger Korrespondenten*“ hervor, die wie der oben [siehe S. 463] zitierte aus der Feder von B o s s e stammten. Sie sind deshalb so interessant, weil derselbe Bosse viel später, als seine eigene Ministerschaft schon hinter ihm lag, noch einmal über Falk und sein Werk sich geäußert hat [Grenzboten 1904, S. 30 ff.]. Das Urteil über die Person ist sich gleich geblieben, das

Urteil über ihr Werk hat sich sehr zu ungunsten verschoben. Der erste Artikel beginnt mit der Feststellung, daß Falk doch nicht nur der konservativ-orthodoxen Partei in der evangelischen Kirche und den persönlichen Auffassungen des Souveräns gewichen sei. Er wußte auch sehr wohl, daß seine Person, weit mehr als seine politische Auffassung und Neigung, ein Hindernis für die Herstellung des *modus vivendi* mit den Vertretern der katholischen Kirche wäre, und sein Abschied ist deshalb ebenso sehr aus der patriotischen Selbstlosigkeit zu erklären, mit der er sich dem Wunsche, den unseligen konfessionellen Streit zu beendigen, geopfert hat. Der Artikel schildert dann die Bedeutung Falks in vier Hauptmomenten: Er war der Träger des Kulturkampfes, er gab der evangelischen Kirche eine Verfassung, er organisierte die Schule und er griff die Aufgabe des Unterrichtsgesetzes zum ersten Male wieder seit 1817 einheitlich und von den höchsten politischen Gesichtspunkten aus an. In dem Kampfe gegen Rom war Falk ein Gehilfe Bismarcks. „Niemals aber hat ein leitender Staatsmann für die Aus- und Durchführung eines großen und mit den äußersten Gefahren für den Staat wie für die Person verknüpften Gedankens ein schneidigeres, fähigeres, hingebenderes Organ gefunden, als Fürst Bismarck an Dr. Falk.“ Die Schärfe der Maßgesetze habe vielfach auch in das Fleisch des Staates geschnitten, sie griff zum Teil auf ein Gebiet hinüber, auf dem der Staat nicht allein zuständig ist; das waren Ausschreitungen, provoziert von kirchlicher Seite, wie sie der Krieg in dieser Welt der Sünde und des Irrtums immer mit sich bringt. Falk würde sie wohl nachträglich kaum selbst im vollen Maß rechtfertigen wollen. „Aber er hat ein unbestreitbares Verdienst bei dieser Gesetzgebung, er hat das Prinzip der Benennung der anzustellenden Geistlichen bei den Staatsbehörden für Preußen formuliert und zur Geltung gebracht. Dies Prinzip ist eine staatliche Notwendigkeit und es ist kirchlich ausführbar. Der Staat Preußen wird es niemals wieder fallen lassen. Es gibt keinen *modus vivendi*, wenn die Kirche hier nicht nachgibt. In diesem Hauptpunkt bleibt Falk Sieger, auch wenn er geht. Und mit der Unterwerfung der Kirche in diesem Punkt, der *Conditio sine qua non* für alles weitere, ist auch den wesentlichsten Schärfen der Maßgesetzgebung die Spitze abgebrochen. Auf dieser Basis ist ein *modus vivendi* zwischen Staat und Kirche zweifellos erreichbar. Wird er aber erreicht, so liegt das Hauptverdienst der Gewinnung einer sicheren und unentbehrlichen Position für den Staat in der organisatorischen Macht Falks.“

Noch wärmer erkennt der Artikel dann Falks Riesenarbeit zur Schaffung einer Verfassung der evangelischen Kirche an. Auch auf diesem Gebiete war zuletzt das Ziel nur durch einen Kompromiß zu erreichen. Mit diesem Kompromiß waren die Organe der konfessionellen und der sogenannten positiven Unionspartei unzufrieden. Sie behaupteten, durch die Schranken des Staatsgesetzes sei die Kirche in Wirklichkeit so geknebelt, daß ihre Organe dadurch in der Lösung der ihr zufallenden Aufgaben gehindert würden. Aber diese Behauptung bestreitet der Artikel mit voller Entschiedenheit und er sagt voraus, daß der neue Kultusminister ganz gewiß zu einer Änderung der Verfassung die Hand nicht bieten werde und daß die kirchlichen Parteien sich damit abfinden würden. Der wahre Grund zur Gegnerschaft bestand ausschließlich in der persönlichen Spannung zwischen dem Minister und Kögel. Nachdem dieser verschwunden, würden die übertriebenen Ansprüche auf Selbständigkeit der kirchlichen Organe, wie sie die „Neue Evangelische Kirchenzeitung“ vertrat, gewiß zum Schweigen kommen. Sie beruhten auf einem theologischen Amts- und Kirchenbegriff, welcher im tiefsten Grunde aus hoffärtigen und hierarchischen Bestrebungen erwachsen ist, und den Konsequenzen dieses Kirchen- und Amtsbegriffes wird und kann kein preußischer Minister die Verfassung der Kirche opfern oder auch nur akkomodieren, mag er Falk oder Puttkamer heißen. Mag von seiten des Falkschen Regiments manche Schärfe und Bitterkeit in den Kampf gegen die hochkirchlichen Bestrebungen der Geistlichen getragen sein, die besser vermieden worden wäre, prinzipiell konnte das Kultusministerium den feingespinnnen Theologumenen der wortführenden Geistlichen nicht Rechnung tragen, und „die evangelische Kirche einschließlich der positiven Geistlichen, welche nicht sich, sondern die Kirche meinen, werden es ihm dereinst Dank wissen, daß er charaktervoll den Fuß beim Mal gehalten und nicht nachgegeben hat, wo ihn sein Gewissen und die wahren Grundsätze der deutschen Reformation hinderten.“

Am stärksten ist die Kritik des Artikels gegenüber Falks Schulverwaltung. Er lobt zwar, daß Falk das Prinzip der Konfessionalität ermäßigt hat, tadelt aber die mehr als notwendige und nützliche Begünstigung der sogenannten Simultanschulen. Er rühmt das unsterbliche Verdienst des Schulaufsichtsgesetzes, aber er beklagt, daß man im Kultusministerium einer Theorie zuliebe die Rücksicht auf

die nun einmal vorhandene Konfession zu stark hintangesetzt habe. Uneingeschränkt dagegen lobt er die „Allgemeinen Bestimmungen“ als eine wahrhaft befreiende und wahrhaft reformatorische Tat, auch durch ihre maßvolle Besonnenheit legitimiert. Ohne besondere Prophetengabe ließe sich vorher sagen, an diesen „Allgemeinen Bestimmungen“ werde wenig oder nichts geändert werden, weil ihr materieller Inhalt in allen wesentlichen Punkten sich bewährt und sich die Zustimmung auch derer, namentlich der Geistlichen erobert habe, die anfänglich ihre bittersten Gegner waren.

In seinem zweiten Artikel tritt der Verfasser zwar den übertriebenen Besorgnissen vor dem Einbrechen einer Ära der wildesten Reaktion scharf entgegen, gibt dann aber doch selbst solchen Besorgnissen starken Ausdruck. „Wer den inneren Gang der Galtischen Administration in den letzten sieben Jahren aufmerksam und mit wirklichem Interesse verfolgt hat, kann sich doch unmöglich darüber täuschen, daß die Tätigkeit dieses Ministers durchaus nicht auf vorübergehende sensationelle Tages- und Parteierfolge gerichtet war. Ihr Gepräge war vielmehr das einer unablässigen, treuen, soliden Arbeit, einer Arbeit, die viel mehr auf den Aufbau als auf bloße Beseitigung augenblicklich mißliebiger Verwaltungsmaßregeln gerichtet war. Überall, wo Galt eingriff, hat er organisiert und fundamentierte, und wenn ein Teil der Presse so tut, als könne das, was Galt in mühseliger, tiefgründiger Arbeit geschaffen, über Nacht einfach weggeschwemmt werden, so unterschätzt man damit den Mann, seine Persönlichkeit und seine Wirksamkeit, in flacher und für Galt geradezu ehrenrühriger Weise. Die Sache liegt vielmehr so, daß selbst diejenigen Arbeiten Galts, welche leider nicht über das Stadium der Vorbereitung hinausgekommen sind, so trefflich angefaßt, so solide und fundamental angelegt sind, daß keiner seiner Nachfolger sie jemals wird ignorieren können. Dies gilt in vollem Umfange auch von dem berühmten Galtischen Entwurfe eines Unterrichtsgesetzes. Es zeugt von absoluter Unkenntnis der Verhältnisse, wenn jetzt vielfach das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß diese mühseligen Arbeiten nunmehr einfach als schätzbares Material zu dem übrigen werden gelegt werden. Man braucht den Galtischen Entwurf nur mit den seiner Vorgänger zu vergleichen, um sofort zu begreifen, daß an dieser mit einem eminenten Aufwand von Fleiß, Kenntnis und Liebe zur Sache zustande gebrachten Arbeit keiner von den Nachfolgern Galts wird vorübergehen können, ohne sie eingehend zu würdigen, ja

geradezu zu benutzen. Schon die Tatsache, daß dieser Entwurf vorhanden ist, wird verhindern, daß die Frage des Unterrichtsgesetzes jemals wieder von der Tagesordnung in Preußen verschwindet, bis sie auf die eine oder andere Weise gelöst sein wird.“

Der Artikel regt dann an, diesen Entwurf jetzt zu publizieren, denn er hofft davon, daß eine solche Publikation nicht nur das Verdienst des Ministers, der mit unvergleichlicher Energie die Arbeit daran Jahre hindurch geleitet hat, ans Licht stellen, sondern daß dann auch die religiöse Stellung Falks anders und richtiger gewürdigt werden wird, als es bisher üblich war.

Die mehr wie optimistische Hoffnung dieses Artikels wurde nirgends weniger geteilt, als in der gesamten Presse der Lehrerschaft. In ihren Äußerungen tritt der Schmerz am stärksten hervor. „Wie die Zukunft sich aber auch gestalten möge, schrieb die „Neue Pädagogische Zeitung“ vom 2. August, eins wissen wir schon jetzt, der Mann, der in diesem Kampfe deutscher Geistesfreiheit gegenüber römischer Geistes knechtschaft, ein zweiter Luther, sieben Jahre sein scharfes, schneidiges Schwert geschwungen hat, er wird vom deutschen Volke nicht vergessen werden, sein Name wird noch leuchten, wenn derjenige seiner Feinde längst vom Staube der Vergessenheit überdeckt ist. Und speziell bei den Lehrern! Höher schlug das Herz, heller leuchteten die Augen, wenn „unseres Falk“ gedacht wurde. Und dies mit Recht. Bedeutet ja doch sein Name das Morgenrot einer neuen schönen Zeit für die Schule und ihre Lehrer nach langer Nacht. Es würde hier zu weit führen, alle Verdienste aufzuführen, wodurch er sich den gerechten Dank der preußischen Lehrerschaft verdient hat. Es ist auch nicht nötig, da dieselben tief und unauslöschlich in die Herzen derselben eingegraben sind.“

Und die „Deutsche Schule“ schrieb am 10. August: „Das große und unsterbliche Verdienst, welches wir dem Minister Falk nachzurühmen haben, ist dieses: Er hat den preußischen Lehrerstand, und damit zugleich auch den deutschen, zu einem Ehrenstande gemacht. Wie trübe sah es für uns in der Reaktionszeit aus! Als Falk in das Unterrichtsministerium eintrat, wurden die Lehrer von einem Alb befreit. Sie erhielten ihr tägliches Brot für eine bescheidene Existenz und wurden aus tief gedrückter Stellung erlöst. Das sind Dinge, welche die vaterländische Lehrerschaft dem Minister Dr. Falk nicht vergessen, sondern im Herzen behalten wird. . . Mit dem Rücktritt Falks ist ein Abschnitt des preußischen Schulwesens abgeschlossen

worden. Der Zeit nach umfaßt dieser Abschnitt nur sieben Jahre, aber wir glauben dennoch, daß unser preußisches Vaterland keine tatenreichere, wirksamere und glorreichere Unterrichtsverwaltung aufzuweisen hat."

Das „Elsaß-Lothringische Schulblatt“ vom 1. August schrieb: „Daß wir den Rücktritt Falks von ganzem Herzen bedauern, brauchen wir unseren Lesern nicht erst zu sagen. War derselbe doch der hohe Führer der Schule, der aufrichtige Gönner und Freund der Lehrer, der sich mit aufopfernder Hingebung seiner großen Aufgabe widmete und die seltenen Gaben, die ihm Gott beschert hat, dem Dienste des Staates, das heißt des Vaterlandes geweiht hat. Falk arbeitete mit heiliger Begeisterung an dem großen Werk der Lehreremanzipation, durch welche er die Schule und Erziehung zu der Höhe erheben wollte, auf der sie stehen muß, wenn ein sittlich religiöses, pflichttreues und verständiges Volk herangebildet werden soll. Es wäre schändlicher Undank, wenn wir Lehrer dem edlen, ausgezeichneten Manne nicht ein treues Angedenken bewahrten.“

Ganz ebenso tönte es aus den Zeilen der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung“, in der eine ausführliche Artikelserie die Klagen über Schule und Lehrer der Falkschen Ära ruhig und sachlich zurückwies. „Die schönste Frucht der Ära Falk war eine gesteigerte Arbeitsfreudigkeit des Lehrerstandes und ein inniges Zusammenrücken der einzelnen Glieder zu gesteigertem geistigen Leben und solidarischer Wahrung der Standesehre. Der Einzelne trat aus seiner Isolierung und Beschränktheit in den Bannkreis der Gemeinschaft und erkannte seinen Pflicht- und Ehrenanteil am Ganzen. Gebückte Männlein streckten sich und atmeten auf in Hoffnung und neuer Schaffenslust. Die höheren Arbeitsziele, die würdigere Behandlung, die verbesserte materielle Stellung, die Sorgfalt der obersten Schulbehörde für alle Schul- und Lehrerinteressen ermutigte und steigerte die Kraft, erhöhte den Erfolg. Und so widerlegt die unbefangene Erfahrung fast alle Anklagen gegen das System Falk und zeigt uns in den ‚Allgemeinen Bestimmungen‘ eine so knappe, klare, gesunde und wirkungsvolle Pädagogik, daß ein Aufgeben dieser bewährten Grundsätze ein Rückschritt für die Schule und ein Unglück für unser Volk sein würde.“

Allein in diese Klage der Lehrerpresse über den Rücktritt des Ministers, zu dem sie Vertrauen gehabt hatte, mischt sich ein beachtenswerter Ton der Bitterkeit und der Resignation. Man teilte

nicht die Hoffnungen Boffes, daß der preußische Staat auf den von Falk gezeichneten Wegen weiterstreiten würde. Mit dem Rücktritt Falks beginnt nun die Wunde am preußischen Staatskörper zu eitern, die ihm bis in die Tage der Staatsumwälzung so viel Kraft und Gesundheit entzogen hat. Ein für die Volkserziehung so eminent wichtiger Stand, wie der der Lehrerschaft, sah sich in der Hoffnung betrogen, die die Falksche Verwaltung in ihm erweckt hatte, er würde endlich zur Anerkennung seiner Bedeutung und seiner Würde gelangen. Und was die Lehrerschaft damals ahnend vorausah, ist zur trüben Wahrheit geworden: sie blieb unterdrückt. Auch das Lehrerbefolgungsgesetz unter dem späteren Ministerium Boffe und die Neuordnung der Schulunterhaltungspflicht im Jahre 1904, die allerdings die materielle Lage der Volksschule und ihrer Lehrerschaft bedeutsam verbesserten, vermochte den Lehrerstand nicht zu befriedigen. Er war nicht materiell genug eingestellt, um sich dadurch beschwichtigen zu lassen. Was Falk ihm bieten wollte, war viel mehr: Unabhängigkeit von der entwürdigenden geistlichen Schulaufsicht, Aufstiegsmöglichkeit, volle Verantwortlichkeit für die ihm anvertrauten Anliegen und Anerkennung seines eigenen Wertes. Dies alles, was das Unterrichts-gesetz ihm geben wollte, ist unerfüllt geblieben. Mehr und mehr mußte sich der Lehrerschaft ein Gefühl der Erbitterung und der Abneigung gegen einen Staat bemächtigen, der seinen reinsten und sachlichsten Forderungen kalt und ablehnend gegenübertrat. Die Verehrung freilich für die Person des Ministers blieb unverändert die gleiche. Durch die späteren Lebensjahre Falks zieht sich eine nie abreißende Kette von warmherzigen Rundgebungen der Lehrerschaft; wohin er auf seinen Dienststreifen kam, ließen es sich die Lehrervereine nicht nehmen, ihm Ständchen zu bringen und ihn durch Deputationen zu begrüßen; sie versäumten nie, ihn zu ihren Festen und Jubiläen einzuladen. Diese bleibende Anhänglichkeit trat bei jeder Gelegenheit, zum Beispiel bei der Feier des zehnen-, zwanzig- und fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der „Allgemeinen Bestimmungen“ wahrhaft rührend hervor. Aber die Lehrerschaft erfuhr auch bald, daß der Ausdruck dieser Gesinnung bei den maßgebenden Stellen unliebsam empfunden wurde und für den Einzelnen, der dabei hervortrat, peinliche Folgen nach sich zog. Gerade deshalb vermied der Minister, je länger je mehr, zu derartigen Ovationen Anlaß zu geben. Zum letzten Male trat diese Treue der preußischen Lehrerschaft gegen ihren Minister hervor bei der im Jahre 1905 erfolgten Errichtung

eines Falkdenkmals an der Stätte seiner letzten Wirksamkeit, in Hamm, durch die preußische Lehrerschaft.

Am wertvollsten waren die Äußerungen der Zeitungen und Zeitschriften da, wo sie sich nicht im Bedauern über die Entlassung des Ministers und in düsteren Prophezeiungen einer kommenden schwärzesten Reaktion erschöpften, sondern versuchten, ein Bild von dem zu geben, was Falk in den sieben Jahren seiner Verwaltung geleistet hatte. In dieser Hinsicht ist neben anderen Einzelaufsätzen vor allem eine Aufsatzreihe der „Nationalzeitung“ [11., 20., 27. Juli, 2. August] beachtenswert, die zweifellos aus der Feder eines ausgezeichneten Kenners stammt, wie ich meine, aus der Feder Wehrenpffennigs oder Gneifts. Wenn aber schon damals die wirklich Gebildeten unter den Mitlebenden ein solches Bedürfnis hatten, sich beim Abgange des Ministers noch einmal sein staatsmännisches Werk zu vergegenwärtigen, so müssen auch wir es an dieser Stelle unserer Erzählung empfinden. Wir stehen deshalb mit dieser Frage einen kurzen Augenblick still.

Das Arbeitsgebiet des Ministers gliederte sich, wie es der oben zitierte Aufsatz von Bosse gezeichnet hat, in drei Teile, Angelegenheiten des Unterrichtes, der evangelischen Kirche und der römischen Kirche. Das dritte Gebiet lassen wir hier auf sich beruhen, auf den beiden anderen aber wollen wir nicht nur das Lob der Verehrer des Ministers hören, sondern auch die Beschwerden und Anklagen seiner Gegner.

Zunächst auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtes. Hier stellten seine Anhänger ans Licht, in welchem außerordentlichen Umfange die dafür bestimmten Anstalten des Staates unter seiner Verwaltung sich vermehrt und entwickelt hatten. Die Dotation der preußischen Universitäten betrug im Jahre 1872 etwas über 3 Millionen Mark, im Etat 1878/79 waren es 5½ Millionen; dazu hatte der Staat in den letzten sieben Jahren jährlich im Durchschnitt 2 349 000 Mark auf Universitätsbauten verwendet. Diese Zahl beweist äußerlich die energische Fürsorge Falks für die höchsten Bildungsanstalten des Landes; innerlich aber war zu rühmen, daß er bei Behandlung der Personalfragen, dank der Hilfe seines glänzenden Dezerenten, Heinrich Göppert, ebenso human wie unparteiisch verfahren war und die Freiheit der Wissenschaft unbedingt respektiert, auf dem empfindlichsten Gebiete, dem der theologischen Fakultäten, erst zur Anerkennung gebracht hatte. Die Zahl der höheren Lehranstalten war folgendermaßen gewachsen: Von 220 Gymnasien, 30 Progymnasien, 79 Realschulen erster Ordnung,

16 zweiter Ordnung, 85 höheren Bürgerschulen auf 245 Gymnasien, 34 Progymnasien, 84 Realschulen erster Ordnung, 19 zweiter Ordnung, 94 höhere Bürgerschulen. Die Leistungen des Staates stiegen von 1 880 000 Mark auf 4 519 901 Mark; für Gymnasialbauten waren jährlich 532 000 Mark verwendet worden. Das Beispiel des Staates hatte aber außerdem auf die Kommunen anfeuernd gewirkt. Galt hatte den Bedürfnissen der realistischen und der ästhetischen Bildung die Tür geöffnet. Das höhere Mädchenschulwesen war aus seiner jammervollen Dürftigkeit und Rückständigkeit erlöst. Viel mehr noch ins Auge fallend aber ist die Hebung des Volksschulwesens. Wir reden nicht gleich von dem neuen Geiste, den er diesem wichtigsten Zweige der öffentlichen Erziehung einflößte, sondern zunächst von dem äußeren Fortschritt. Nichts stellt einen schwereren Vorwurf für die Mühlerr'sche Verwaltung dar, wie die Vernachlässigung der Lehrerbildungs- und Vorbildungsanstalten. Sie zu vermehren und zweckentsprechend auszustatten, war ein Hauptanliegen der Verwaltung Galt's. Während 1872 nur 490 000 Mark auf Seminarbauten verwendet wurden, stieg diese Summe 1873 auf über 2, 1874 auf über 3 Millionen; im ganzen siebenjährigen Zeitraum wurden 11 759 000 Mark darauf verwendet. Dementsprechend hob sich der Aufwand für die Seminare von 1 122 000 jährlich auf 4 244 000 Mark. Nicht minder reichlich wurde für die Präparandenanstalten gesorgt. Aus 76, zum Teil unvollständigen und unzureichenden Seminaren, waren 110 geworden, die Zahl der Seminaristen stieg von 4786 auf 8125. Die Lehrerstellen wurden von 52 400 auf 56 600 vermehrt; während 1875 noch 142 Stellen unbesetzt waren, gab es deren 1879 nur noch 92. Die Jahresleistungen des Staates für das Elementarschulwesen betrugen 1872 4 Millionen Mark, 1879 12½ Millionen Mark. Hauptamtliche Kreis- und Schulinspektoren, die es beim Amtsantritte Galt's überhaupt nicht gegeben hatte, und deren Einsetzung er als bedeutsamstes Mittel zur Hebung auch des inneren Lebens in der Schule erkannt hatte, gab es nun 177 mit einem jährlichen Gehalte von 875 000 Mark. Die Lehrergehälter waren durch staatliche Festsetzung eines Minimalgehaltes und Klassifizierung zwar noch längst nicht genügend aufgebeßert, aber der schwerste, geradezu erdrückende Mangel war doch einigermaßen behoben. Dies alles war nur im Wege der Verwaltung geschehen. Noch fehlte für dies alles die gesetzliche Ordnung. Sie lag, als Galt aus seinem Amte schied, zur Erfüllung fertig vor; daß sie Entwurf blieb, war nicht seine Schuld.

Nun aber die innere Umgestaltung: Durch das Schulaufsichtsgesetz hatte Falk die Schule der Kirche entwunden und dem Staate zurückgewonnen, dem sie gehörte. Durch die „Allgemeinen Bestimmungen“ hatte er die Lehrerbildung von den mancherlei Fesseln befreit, die sie einschnürten, jeder höheren Begabung in der Lehrerschaft einen Weg bereitet, der Volksschule ein dem Bedürfnis der modernen Kultur entsprechendes Ziel gestellt, ohne doch der Aufgabe der religiösen Erziehung etwas zu vergeben. Im Gegenteil, auch dieser hatte er durch den Kampf gegen den toten Memorierstoff, durch das Drängen auf Herz und Gemüt bildende Verwendung der religiösen Stoffe und auf persönliche Aneignung einen neuen Antrieb geliehen. Vor allem, er hatte der Volksschule die Tendenz zur möglichst mehrklassigen Schule eingeimpft, die einklassige Schule als Notstand bekämpft, die Zusammenlegung getrennter kleinerer Schulsysteme zu einer Anstalt mit aufsteigenden Klassen in jeder Weise gefördert, allerdings auch auf Kosten des streng konfessionellen Charakters der Schule.

An diesem Punkte setzte nun vor allem der Tadel seiner Gegner ein. Die Förderung der Simultanschule war ihr hauptsächlichstes Angriffsobjekt. Wir haben schon oben gezeigt, wie vorsichtig und bedächtig der Minister dabei vorgegangen war, wie sorgsam erwogen die Grundsätze waren, nach denen er verfuhr. Allerdings es ist kein Zweifel, wäre er ganz frei gewesen, so wäre er schneller vorgegangen. Nach seiner Überzeugung — der Unterrichtsgesetzentwurf zeigt es — muß das Interesse der Schule, das Interesse an vollentwickelten, möglichst leistungsfähigen mehrklassigen Schulen, unbedingt den Vorrang haben vor den Forderungen der Kirchen nach ihrer konfessionellen Einheitlichkeit. Erst nach der durchgreifenden Befriedigung jener wollte er auch die konfessionellen Verhältnisse berücksichtigt wissen. Der Kampf seiner Gegner richtete sich viel weniger gegen das, was er getan hatte, als gegen seine Pläne, die er nicht verhehlte. Allein, hatte er nicht recht? Kann der Staat das Interesse der Schule den Ansprüchen der Kirche soweit unterordnen, daß er dadurch der Jugend, die er in die Staatsschule zwingt, die bessere Ausbildung schuldig bleibt? Im allgemeinen kann man gewiß nur wünschen, daß Schule und Konfession sich decken; zweifellos ist das ein für das innere Schulleben günstiges Moment, ebenso wie man wünschen wird, daß Mann und Frau in der Ehe einerlei Konfession seien; aber soll der Staat deshalb Mischehen verbieten? Die Erfahrung, die Falk in den am stärksten sprachlich und konfessionell gemischten Gebieten des Staates mit der starren Fest-

haltung am Prinzip der Konfessionsschule gemacht hatte, sprach Bände. Nirgends war die Zahl der Analphabeten größer als in diesen Bezirken. Falk hat niemals behauptet, daß die Simultanschule prinzipiell überlegen sei, niemals die gewaltsame Simultanisierung der Schule in konfessionell einheitlichen Landesteilen erstrebt, aber er hat die Simultanschule als die unabweisliche Folge aus der Tatsache der Bevölkerungsmischung angesehen, die durch kein Dogma der Kirche und kein Eingreifen des Staates aufgehoben werden kann. Er hat dabei an dem obligatorisch konfessionellen Religionsunterricht ausnahmslos festgehalten, ihn mit den stärksten Sicherungen umgeben, und, auch das ist noch hinzuzufügen, unter seiner Leitung war die Unterrichtsverwaltung stark genug, um übertriebenen Forderungen auf Berücksichtigung konfessioneller Empfindlichkeit in dem Unterricht der Simultanschule im Deutschen, den Realien und der Geschichte zu begegnen.

Wenn aber die Gegner auch die Beseitigung der geistlichen Lokalinspektion und der geistlichen Kreisschulinpektion und damit die Entkonfessionalisierung dieser staatlichen Institution anfochten, wenn sie ihm aus der geringen Einschränkung des Religionsunterrichtes, die er anordnete, aus der Zurückdrängung des Gedächtniswerkes, aus seiner Zustimmung zu dem Verlangen der Lehrer nach Befreiung von der kirchlichen Aufsicht und nach Unterstellung unter sachmännische Autorität, aus dem Zugeständnis an die Eltern, auf höheren Schulen ihre Kinder vom Religionsunterricht zu dispensieren, aus der strengen Verstaatlichung des Lehrpersonals, aus der keineswegs weitgehenden Begrenzung der Befugnis der Kirchen, den Religionsunterricht zu „leiten“, einen Strich drehten, so hieß es heute Eulen nach Athen tragen, wollte man auf alle diese kleinlichen, viel weniger aus ernster Sorge um die religiöse Erziehung des Volkes, als aus eigensinnigem Festhalten kirchlicher Machtpositionen hervorgegangenen Beschwerden eingehen. Man kann getrost die Erfahrung eines halben Jahrhunderts anrufen, daß der Minister mit all diesen Maßnahmen einfach den Gesetzen einer gesunden Pädagogik gefolgt ist, und nicht darüber wird heute zu klagen sein, daß dieser Weg eingeschlagen wurde, sondern darüber, daß er nicht entschieden und folgerichtig weiter verfolgt wurde. Falk hat die Aufgabe gesehen und mit der ihm eigenen Entschlossenheit zu lösen gesucht, der keiner seiner Nachfolger mehr den Ernst und den Mut aufgebracht hat, ins Auge zu blicken, die Aufgabe, die Volksschule und den Stand der Volksschullehrer in das Ganze des Erziehungs-

wesens einzugliedern und ihm sein Recht und seine Würde zu gewähren. Falk wollte die Wunde am Volkskörper zur Heilung bringen, von der ich schon oben gesprochen habe, und nicht nur seine Diagnose war richtig, sondern auch seine Therapie Erfolg versprechend.

Auf dem Gebiete der evangelischen Kirche sind noch viel heftigere Anklagen gegen den Minister erhoben worden, so heftige, daß darüber seine unzweifelhaften Verdienste fast völlig in den Hintergrund getreten sind. Ich will dabei von dem Hauptwerk Falks, von der Kirchengemeinde und Synodalordnung und der Verfassung der evangelischen Kirche nicht viel reden. Wer nicht einsieht, daß Falk, indem er diese gesetzliche Regelung anregte und durchsetzte, den jahrzehntelang von den Ministerien Raumer und Mühler unerfüllt gelassenen Ansprüchen der evangelischen Kirche, unter ungeheueren Schwierigkeiten, in einem Zeitpunkt, der dafür wahrlich nicht günstig war, zu ihrem Rechte verholfen hat, dem ist nicht zu helfen. Gewiß, der Abschluß gelang nur durch einen Kompromiß. Mancher Wunsch blieb unerfüllt, vor allem der einer festen Dotation und der Vereinigung der einzelnen protestantischen Landeskirchen zu einem Körper. Wirklich befriedigend fiel die Lösung nicht aus. Aber ließ sich eine bessere finden? Ist etwa die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der „Weimarer Verfassung“ und die neue „Verfassung der evangelischen Landeskirche der altpreußischen Union“ nicht Stüdwerk? Alles, was es heute im preußischen Osten von selbständigem Gemeindeleben und von kirchlichem Bewußtsein gibt, das hat die Falk-Herrmannsche Reform zur Voraussetzung. Wir wollen nicht abwägen, welchem von diesen beiden Männern der größere Anteil des Verdienstes gebührt; jedenfalls hat auch Falk sein vollgerüttelt und vollgeschüttelt Maß dabei. Und ist es nichts, daß Falk etlichen tausend Gemeinden — die genaue Zahl läßt sich mangels einer Statistik nicht nennen — das alternde Pfarrwahlrecht verschaffte, daß er die Gehälter der Pfarrer so wesentlich hob? Der Etat für die altpreußische evangelische Landeskirche betrug 1872 1 490 686 Mark, 1879 3 128 989 Mark. Im selben Verhältnis wurde der Aufwand für die evangelischen Kirchen der neuen Provinzen vermehrt. Im ganzen ist der jährliche Aufwand für die evangelische Kirche aller Landesteile in der siebenjährigen Verwaltung Falks um 2 452 856 Mark gestiegen. Und der Hauptanteil daran diente der Aufbesserung des Pfarrereinkommens. Schon 1874 wurde das Minimalgehalt aller Pfarrstellen auf 600, der besonders schwierigen auf 700 Taler gebracht. Was hatten denn Raumer und Mühler für

diesen empfindlichsten Notstand der evangelischen Kirche getan? Von 1849 bis 1872 war die Staatsleistung für die evangelische Kirche nur um 334 000 Mark vermehrt, speziell für die Pfarrgehälter war so gut wie nichts geschehen. Alle diese hochkirchlichen Minister hatten an diesem Punkt, den schon Altenstein schmerzlich beklagt hatte, nichts zu Wege gebracht. Und weshalb nicht? Weil die evangelische Kirche, der ihre Neigung gehörte, eine andere war, als die, die Falk vor allem meinte. Wenn Falk von der evangelischen Kirche sprach, so standen vor seinem Auge immer die evangelischen Gemeinden und die evangelischen Pfarrer, für Raumer und Mühlner war die evangelische Kirche nichts anderes, wie das Kirchenregiment und die enge Schicht, die sich dieses zu erobern gewußt hatte. Wenn Falk der evangelischen Kirche Freiheit und Selbstständigkeit schaffen wollte, so verstand er darunter die Befreiung der Gemeinden von der kleinlichen und unwürdigen Bevormundung, der sie bis dahin ausgeliefert waren, und das Recht des Gewissens der evangelischen Geistlichen. Jene aber, Raumer und Mühlner, Kleist-Neßow und wie sie alle hießen, und auch Kögel und Stöcker, erstrebten eine der Römischen Kirche analoge unbeschränkte Freiheit des Kirchenregimentes, eine Auslieferung der Gemeinden und der Pfarrer und eine absolute Herrschaft über sie ohne Dreinreden des Staates. Und es ist kein Zweifel, daß Falk die absolute Machtstellung des Kirchenregimentes beschränkt hat, vor allem durch die Gemeinde- und Synodalordnung. Daher Hegels Klage über die Einführung der Unordnung in die Kirche und über die Heimsuchung des Herrn. In der That wurde die Macht der Konsistorien geschwächt, weil sie nun auf die Wünsche der Gemeinden ganz anders Rücksicht nehmen mußten und für ihre Verfügungen an die Mitwirkung synodaler Organe gebunden waren. Wenigstens erschien ihnen das als eine Schwächung und deshalb als unerträglich, solange sie fürchteten, die neue Verfassung könne eine der streng orthodoxen Richtung entgegengesetzte Mehrheit hervorbringen. Später ist diese Klage verstummt. Aber auch die Abhängigkeit des Kirchenregimentes vom Staat hat Falk nicht wesentlich gelockert. Ich habe oben gezeigt, daß er zwar gerne eine reinlichere Scheidung gehabt hätte, aber wie die Dinge lagen, mußte er an einer Mitverantwortung des Ministers bei der Ernennung der kirchenregimentlichen Beamten festhalten. Gerade das haben ihm Kögel und Stöcker zum schwersten Vorwurf gemacht, wie das Gespräch der beiden Männer mit Boffe am 14. Dezember 1878 zeigt [Grenzboten a. a. O. S. 402 ff.]. Jedoch war denn diese Abhängigkeit unter Raumer und Mühlner ge-

ringer gewesen? Und hat Kögel, nachdem er in das Kirchenregiment eingetreten war, auch nur einen Schritt getan, sie zu beseitigen? Unter dem Ministerium Puttkamer war ihm diese Mitwirkung des Ministers ebenso unanständig, wie sie ihm unter dem Ministerium Falk schädlich erschienen war. Und dazu beachte man folgendes: Seit Einführung der Kirchenverfassung hat Falk gegen keinen einzigen Vorschlag des Kirchenregimentes zur Besetzung irgendeiner kirchenregimentlichen Stelle einen Einwand erhoben, mit einziger Ausnahme bei der vom Kaiser geforderten Ernennung Kögels und Stöckers. Aber dabei trat er ja nicht dem Kirchenregiment in den Weg, sondern er mußte das legitime Kirchenregiment gegen ein illegitimes schützen.

Endlich der Vorwurf, daß er den Protestantenverein einseitig begünstigt habe. Falk hat sich doch nur dagegen gewehrt, daß derselbe mit Gewaltmaßregeln unterdrückt würde. Nun, wieder frage ich, was hat Kögel, nachdem er in den Oberkirchenrat berufen war, und nachdem er alle kirchlichen Würden in seine Hand vereinigt hatte, denn getan, um sein dem Kaiser so oft vorgestelltes Programm durchzuführen? Derselbe Hofbach, dessen Belassung im Amte er dem Minister 1878/79 zu so schweren Vorwurf gemacht hat, ist wenige Jahre nachher unter Kögels Herrschaft anstandslos zum Pfarrer an einer anderen Berliner Kirche bestätigt worden, und er ist nicht der einzige Protestantenvereiner gewesen, der seinen Einzug in ein Kirchenamt der preussischen Landeskirche gehalten hat. Auch Psleiderer hat Kögel nicht anzutasten gewagt. Es war eben unmöglich, das Programm Kögels durchzuführen, und es ist natürlich nur zu loben, daß er darauf verzichtet hat, aber möglich war es nur deshalb, weil Kögel nun, nachdem er den Sturz des Ministers erreicht hatte, aufhörte, den alten Kaiser im Sinne dieses Programmes zu beeinflussen. Ist dann nicht Kögels Verhalten zur Verfassung und zum Protestantenverein nach seinem Eintritte ins Kirchenregiment ein unwiderlegliches Zeugnis dafür, daß es ihm bei der Betonung dieser beiden Punkte nur darum zu tun war, den Minister zu stürzen? Einen Präsidenten wie Hermes und einen Minister wie Puttkamer zur Seite, konnte er, wenn er wollte, sein Programm in die Tat umsetzen. Indem er es nicht tat, hat er nachträglich das Recht von Falks Standpunkt anerkannt. Seine Opposition war eben nicht aus rein sachlichen Gründen geschlossen, sondern auch aus einer ganz persönlichen Gereiztheit; man lese, um das zu erkennen, Kögels eigenes Diktat über sein Verhältnis zu Falk noch aus den letzten Lebensjahren. [Kögelbiographie S. 110.]

Siebzehntes Kapitel

Rückkehr in das richterliche Amt. Leben in Hamm. Alter. Tod

Unsere Erzählung schlägt von hier ab einen schnelleren Schritt ein *).

Die beiden auf die Entlassung folgenden Jahre waren die trübsten und bittersten in Falks Leben. Er war zweiundfünfzig Jahre alt, arbeitsgewöhnt und arbeitskräftig. Um so schwerer empfand er den Mangel einer regelmäßigen Tätigkeit. Minister, die noch nicht das Alter hatten, mit dem man in den Ruhestand zu treten pflegt, wurden in Preußen gewöhnlich in irgendeinem anderen höheren Staatsamte verwendet. So war Achenbach nach seiner Entlassung Oberpräsident geworden. Auch Falk war, wie wir hörten, ein Oberpräsidium, das von Schlesien, angeboten worden. Er glaubte, es nicht annehmen zu dürfen, weil er voraussah, er würde in die peinliche Lage geraten, Maßnahmen auszuführen, die seiner Überzeugung widersprachen. Er selbst hatte Bismarck andeuten lassen, daß er gern in ein richterliches Amt übertreten würde. Aber in dieser Beziehung waltete ein eigentümlicher Unstern. Gerade wenige Wochen vor Falks Abgang waren infolge der Neuorganisation der Justiz alle höheren Stellen in ihr besetzt worden. Darunter auch die Stelle, für die ihn der Justizminister als den geeignetsten Kandidaten erkannt hatte und am liebsten vorgeschlagen hätte, das Präsidium des Reichsgerichtes in Leipzig. Einen schöneren und befriedigenderen Ausgang seiner amtlichen Laufbahn hätte sich Falk nicht denken können. Allein, als die Frage zur Entscheidung kam, war er noch Minister und konnte deshalb nicht genannt werden. Bismarck verhandelte mit Falk eingehend über die Besetzung des Postens, es kam aber kein Wort über Falks Lippen, daß er selbst für sich diesen Wunsch hatte. Leonhardt nannte drei Kandidaten, darunter den hochverdienten Präsidenten des Reichsoberhandelsgerichtes Pape, Simson und noch einen anderen. Pape wurde von Bismarck sofort abgelehnt, weil er für streng katholisch galt; ebenso der dritte, nachdem Bismarck erfahren hatte, daß er in

*) Für dies Kapitel ist Einiges entnommen der Schrift: Hans R. Fischer, Adalbert Falk, Blätter aus der Einsamkeit; Hamm 1901.

einer Mischehe lebte und seine Kinder katholisch erziehen ließ. Zu Simson hatte Bismarck wenig Neigung; da aber der Kaiser, wohl in Erinnerung an die Kaiserdeputation des Reichstages in Versailles, an diesem Namen Gefallen fand, erklärte sich Bismarck einverstanden, und Simson wurde erster Präsident des Reichsgerichtes. Ebenso waren die Stellen der Präsidenten des Kammergerichtes und der Oberlandesgerichte alle zum gleichen Zeitpunkte neu besetzt worden. Es war also in der Tat für Falk kein Platz frei. Er mußte auf diesen Lieblingswunsch verzichten.

Was nun? Die Kronprinzessin bat ihn, den Vorsitz im „Verein für häusliche Gesundheitspflege“ zu übernehmen. Das tat Falk gerne. Aber seinen Hunger nach Arbeit konnte dies kleine Ehrenamtchen nicht stillen. Er warf sich auf familiengeschichtliche Studien, aber war das mehr als ein Mittel, das dumpfe Gefühl eines zwecklosen Daseins zu betäuben? So blieb einstweilen nur der Weg, im politisch-parlamentarischen Leben Ersatz zu suchen. Falk kandidierte deshalb im Herbst 1879 wieder zum Abgeordnetenhaus, Mitglied des Reichstages war er sowieso. Er griff sogar in die Wahlbewegung ein, indem er in der „Deutschen Revue“ [1880, S. 4 ff.] einen Brief an deren Herausgeber veröffentlichen ließ, den er zunächst ohne solche Absicht geschrieben hatte. Die wichtigsten Sätze darin waren folgende:

„Es wird vieles von dem Ausfall der bevorstehenden Neuwahl zum Abgeordnetenhaus abhängen, ja ohne ihr Ergebnis zu kennen, werden sich einigermaßen sichere Schlüsse über den weiteren Gang unserer öffentlichen Dinge nicht ziehen lassen. Ich kann meine Sorge über den Ausfall der Wahl nicht unterdrücken und fasse die Sachlage in dieser Beziehung schwerer auf, als mancher, der im allgemeinen Reaktion kommen sieht. Dagegen habe ich diese generelle Furcht nicht. Fürst Bismarck geht sich nicht, um den vulgären Ausdruck zu gebrauchen, nach A n o s s a, wenn er es vermeiden kann und er vermag ja viel zu vermeiden. Auf verschiedenen Gebieten würde es einer Menge Gesetzesänderungen bedürfen und dazu gehörten vor allem bestimmte und mögliche Ziele: Auf wichtigen Gebieten haben sie, wie es scheint, die Gegner noch nicht gefunden.

Wirkliche Sorge aber trage ich wegen des Unterrichtswezens. Darum kämpfen die wichtigsten Faktoren der Gegner am leidenschaftlichsten und im gleichen Geiste. Hier steht ihnen kein Gesetz im Wege und kann ihnen bei der Natur des Gegenstandes keines im Wege stehen. Aber den Geist, in welchem das Unterrichtswezen geleitet wird, entscheidet stets die Verwaltung.

Es wird sicher nicht ausbleiben, daß die gegenwärtige Verwaltung den an sie gerichteten Anforderungen in ganz anderer Weise entgegenkommt, wie ich das für statthaft halte.

Wird sie nicht aber auch dem sich vorbereitenden Ansturm Einräumungen machen müssen, die sie bei freiem Willen nicht geben würde? Das wird zum guten Teil wiederum vom Ausgang der Wahlen abhängen. Es ist mir darum erfreulich, daß in den weitesten Kreisen sich ein Erkennen oder doch Empfinden dafür bildet, wo die ernsteste Verteidigung geboten erscheint.

Die mir aus Anlaß meines Rücktrittes gewordenen Rundgebungen, so zahlreich, daß an eine Beantwortung derselben nicht gedacht werden kann, enthalten dafür den Beweis, mehr fast noch als die Presse. Daraus erwächst eine Hoffnung. Eine andere gewährt mir der Umstand, daß manches doch schon zu tief Wurzel gefaßt hat, um wie mit einem Schwamme weggewischt werden zu können. Ich bin endlich überzeugt, daß, wenn es zu erhalten gelingt, bis sich die Kampfesleidenschaft gelegt hat, die Beurteilung manches während meiner Verwaltung Gewordenen eine günstigere wird und darum die Angriffe auf dieselbe enden werden.

Sie sehen, ich gehöre nicht zu den Pessimisten. Aber freilich die pessimistischen Auffassungen müssen Wahrheit werden, wenn von denen, welche zum Handeln berufen sind, die Hände in den Schoß gelegt werden. Möge das nicht so sein!“

Diese Veröffentlichung mußte Aufsehen erregen. Man war in Preußen nicht gewöhnt, daß abgegangene Minister eine politische Meinung äußerten. Und der Brief konnte nicht anders verstanden werden, denn als ein Ruf zur Sammlung aller derjenigen Elemente, die die bisherige Kulturpolitik billigten und beibehalten zu sehen wünschten. Er sprach deutlich die Sorge aus, daß auf dem Gebiete der Schule eine Reaktion kommen würde, wenn die bevorstehenden Wahlen nicht eine feste Mehrheit dagegen brächten. Zu solcher Sorge war guter Grund, nachdem Puttkamer schon im August 1879 in einem Toast bei der Eröffnung des neuen Gymnasiums in Köslin seinen Gegensatz gegen die Schulpolitik seines Vorgängers scharf herausgestellt, ihn in manchen Äußerungen auf der Generalsynode bestätigt und praktisch betätigt hatte, indem er die bereits weit vorgeschrittene Errichtung einer paritätischen Knabenschule in Elbing sistierte und den katholischen Geistlichen die Übernahme des Religionsunterrichtes in der Volksschule geradezu antragen ließ. Auch in der Behandlung der Personenfragen bei Besetzung der Universitäts-

professuren zeigte sich sofort der andere Wind, der jetzt wehte. Der Kampf gegen Rom war in die zweite Linie gerückt; wer aber zu lesen wußte, mußte erkennen, daß Falk auch hier ernste Besürchtungen hatte, nicht sowohl im Blick auf Bismarcks Person als auf eine mögliche parlamentarische Konstellation, die Bismarck zwingen könnte, neue Wege einzuschlagen. Der Brief bewirkte die endgültige Lösung der Verbindung Falks mit der freikonservativen Fraktion, der er sich im Reichstage bis dahin als Hospitant zuzählen ließ. Die Presse dieser Richtung verurteilte den Brief in schärfster Tonart, besonders die „Post“ in einem unvornehmen Artikel des Freiherrn von Zedlitz. Sogar die „Schlesische Zeitung“ rüdte weit von ihm ab, und es war nicht länger zu verkennen, daß von dieser Seite ein Rückhalt, wie ihn Falk suchte, nicht zu erwarten war, daß die Partei vielmehr auf eine Mehrheit von Konservativen und Zentrum hinstrebte — um der wirtschaftspolitischen Ziele willen selbst unter Aufopferung der bisher unterstützten Kirchen- und Schulpolitik. Graf Bethusy, einer der treuesten Freunde Falks in der Partei, zog sich, weil er das nicht mitmachen wollte, ganz vom politischen Leben zurück.

Sollte Falk sich der nationalliberalen Partei anschließen? Auch dazu konnte er sich, nachdem er wiedergewählt war, trotz des Drängens von Rickert und Hobrecht nicht entschließen, nicht einmal zu einem loseren Hospitantenverhältnis. Er ließ sich auch in keine Kommission wählen. „Die Tätigkeit darin würde mich, was ich zunächst nicht wünsche, leicht in aggressive Stellung gegen die Regierung und meinen Amtsnachfolger setzen, mich im persönlichen Kampf mit einigen Gliedern des Zentrums und der Konservativen in einer mir doch nicht anstehenden Weise ermüden oder zerreiben, und endlich meine früheren Räte, die jetzt wohl anders auftreten müssen, als zur Zeit meiner Verwaltung, in schwer zu vermeidende Verlegenheit bringen.“

Nur zweimal hat Falk zu längerer Rede das Wort genommen. Zum ersten Male am 5. Februar 1880 bei der Etatberatung, nachdem ihn das Zentrum durch höhnische Angriffe auf seine Person und seine Verwaltung förmlich provoziert hatte. Trotzdem hätte er vielleicht geschwiegen, wäre nicht auch Sydow, der sich als Abwesender nicht verteidigen konnte, in die Debatte gezogen. Die mannhafte und kräftige Rede wurde von befreundeter Seite im Hause und im Lande mit warmen Beifall begrüßt, aber von anderen „Freunden“ mußte Falk hören, er hätte nicht sowohl sein System, als sich selbst verteidigt, — ein ganz törichter Vorwurf, denn wie hätte sich beides

trennen lassen? Falk erkannte darin ein Zeichen, wie außerordentlich gerade Näherstehende die Aufgabe erschwerten, einen Minister in einen Parlamentarier zu verwandeln. Die „Berliner Montagszeitung“ ließ sich nicht entgehen, zu verbreiten, eine hochgestellte Persönlichkeit — natürlich war Bismarck gemeint — habe mit mitleidigem Achselzucken gesagt, „er sei doch wenig mehr als ein gewöhnlicher Kreisrichter“. — Die Beratungen über den Kultusetat erfüllten ihn mehr und mehr mit Unlust, und er fragte sich, ob er nicht am Ende mit dem Eintritt in das Abgeordnetenhaus etwas übernommen habe, was über seine Kräfte ginge.

Die zweite Rede hielt er am 28. Mai 1880, — es war zugleich die letzte in diesem Hause, das er so oft mit seiner wuchtigen Beredsamkeit gefesselt hatte. Sie war nicht improvisiert, sondern mit großer Sorgfalt vorbereitet und diente der Bekämpfung der von der Regierung eingebrachten ersten Vorlage „betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze“.

Über den Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Staate und der Kurie bis dahin erfuhr Falk durch Lufanus, Hübler, Wilmowski bei gelegentlichen Gesprächen Folgendes: Nina hatte wieder an Bismarck geschrieben, sich zu Verhandlungen bereit erklärt, aber als päpstlichen Unterhändler nicht Gesele, sondern den Wiener Nuntius Jacobini genannt und als Ort nicht Berlin, sondern Wien vorgeschlagen. Darauf war Bismarck eingegangen und hatte den Wiener Botschafter Prinzen Reuß seinerseits mit den Verhandlungen betraut. Als Sachverständiger war diesem Hübler beigeordnet worden. An den Kaiser schrieb der Papst zugleich „mit viel Empressement“ für den Frieden, ohne aber irgendwelche tatsächliche Angebote zu machen. Reuß' Berichte von Jacobinis Ehrgeiz, den Frieden so schnell wie möglich zustande zu bringen, flößten Puttkamer größten Optimismus ein. Er war bereit, den kirchlichen Gerichtshof und das Staatsexamen fallen zu lassen, aber unter einer Voraussetzung, daß von der Kurie die Anzeigepflicht der Geistlichen zugestanden würde. Die Verhandlungen in Wien drehten sich im Kreise. Jacobini wünschte, nicht auf der Basis der Maigesetze, sondern der Bulle de salute animarum zu verhandeln. Die preussischen Juristen im Ministerium setzten Bismarck, der deshalb angefragt hatte, auseinander, daß diese den Landrechtlichen Zustand voraussetze, daß dann also auch über dieses verhandelt werden müsse. Bismarck setzte durch, daß die Maigesetze zugrundegelegt wurden. Rom sollte bei jedem Paragraphen

sagen, was es dagegen habe. Das hatte lange Verhandlungen zur Folge. Ihr Zweck war, sich über den Gesamtumfang der römischen Forderungen zu informieren und dann die eigene Stellung dazu zu überlegen. Entgegen anders lautenden Gerüchten beobachtete Bismarck den Gang der Dinge sehr genau, ein Botum von ihm aus Varzin, erzählte Lufanus am 21. November, „war so korrekt wie nur je“. Im Januar 1880 wurde im Kultusministerium das Wiener Material erwogen. Hübler hatte sich in Wien äußerst zähe und geschickt erwiesen, Jacobini von ihm gesagt: *C'est un homme méchant, il sait tout.*

Im Ministerium wurde eine Vorlage ausgearbeitet, die der Regierung die Vollmacht geben sollte, gewisse Bestimmungen der Maigesetze unausgeführt zu lassen, und deren Einbringung ins Auge gefaßt, wenn zuvor das als unerlässlich erkannte Zugeständnis in der Anzeigefrage erfolgte. Da erging am 24. Februar 1880 ein Schreiben des Papstes an den entsetzten Erzbischof Melchers von Köln und wurde der Regierung mitgeteilt, das Galt zunächst als sehr erfreulich bezeichnete. Der Papst erklärte darin: „nos passuros, ut Borussico gubernio ante canonicam institutionem nomina exhibeantur sacerdotum illorum, quos Ordinarii Dioecesium ad gerendam animarum curam in partem suae sollicitudinis creant, oder nach anderer Lesart: *vocant.*“ Freilich bemerkte Galt sofort, daß über die Bedeutung des Schreibens erst dann geurteilt werden könne, wenn klar wäre, ob die Äußerung des Papstes nur als eine Verheißung zukünftiger Ausführung gemeint wäre oder ob sie sofort Recht bilden sollte. Und weiter sah er, daß nun die Frage der Besetzung der erledigten Bischofsstühle brennend würde. „Wird man soweit gehen, die abgesetzten Bischöfe zu begnadigen oder nur Modifikationen in der Eidesform für neue Bischöfe eintreten lassen“, — wogegen er kein Bedenken hatte, da er den promissorischen Eid überhaupt für wertlos hielt? „Und wie wird es mit der gesetzlichen Begründung des Einspruches, wie mit dem Rechtstitel dagegen gehen?“ Gegen den Kultusminister, der schon alles erreicht zu haben glaubte, äußerte sich Bismarck in der Staatsministerialsitzung viel nüchterner: Eine einzige wirkliche Anzeige würde ihm lieber sein, als diese Erklärung. Auch dürfe man nicht übersehen, daß der Brief an einen entsetzten Bischof gerichtet sei. Der dann veröffentlichte Beschluß des Staatsministeriums vom 17. März, wie Galt erfuhr, von Bismarck selbst formuliert, lautete dementisprechend sehr vorsichtig:

„... Indes kann die Königliche Regierung jener Rundgebung, solange Zweifel über deren Kongruenz mit den bezüglichlichen staatsgesetzlichen Vorschriften bestehen, sowie in Anbetracht des in ihr zutage tretenden Mangels an einer bestimmten, die Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht sichernden Anordnung vorerst nur einen theoretischen Wert beimesen.

Demgemäß hofft sie zunächst erwarten zu dürfen, daß der erneuten Erklärung über die versöhnlichen Absichten Seiner Heiligkeit auch praktische Folge gegeben wird. Sobald die Königliche Regierung den sichtlichen und in Tatsachen ausgedrückten Beweis hierfür in Händen hat, wird sie sich bemühen, von der Landesvertretung Vollmachten zu gewinnen, welche ihr bei Anwendung und Handhabung der einschlagenden Gesetzgebung freiere Hand gewähren und damit die Möglichkeit bieten, solche Vorschriften und Anordnungen, welche von der römischen Kirche als Härten empfunden werden, zu mildern oder zu beseitigen und so ein dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit entsprechendes Entgegenkommen auch staatsseitig zu betätigen.“

Auf diese praktische Folge wurde nun gewartet und einstweilen die Vorlage, mit der man sie beantworten wollte, fertiggestellt. Aber dieser Schritt blieb nicht nur aus, sondern die Kurie erwiderte auf den Beschluß des Staatsministeriums ablehnend und mit starken neuen Forderungen. Und nun geschah das völlig Unerwartete. Dennoch brachte die Regierung die Vorlage an das Abgeordnetenhaus, indem sie zugleich einen Teil des Schriftwechsels mit der Kurie veröffentlichte, der die Fruchtlosigkeit der ganzen Verhandlung augenscheinlich machte.

Ohne jede greifbare Gegenleistung der Kurie schritt die Regierung zum Abbau der Maigesetze! Wie war es gekommen, daß sie auf die Bedingung eines ersten tatsächlichen Entgegenkommens verzichtete? Friedberg erzählte Galt darüber, Bismarck habe gesagt, in schlaflosen Nächten habe er sich überzeugt, daß die Verhandlungen mit der Kurie ein Fehler gewesen seien; von dieser sei nichts zu erwarten; Leo, auf den Bismarck aufgebracht war, sei ebenso schlimm, grundsätzlich jedenfalls nicht anders als Pius. „Wer hat darüber nach den vorjährigen Erfahrungen auch im Zweifel sein können?“ bemerkte Galt dazu. Aber wie Bismarck daraus die Konsequenz ziehen konnte, nun ohne ein solches Entgegenkommen die Maigesetze in wesentlichen Stücken fallen zu lassen, das war Galt unverständlich und wird wohl immer unverständlich bleiben. Friedberg vermutete,

daß andere ihm unbekannte Tatsachen Bismarck dazu bestimmt hätten. Bismarck hat einmal zu Felix Dahn gesagt, wie dieser Falk später erzählte, er habe dem Kampfe aus Liebe zum Kaiser ein Ende machen müssen, um ihm den Frieden wiederzugeben, — allein, kann das wirklich das ausschlaggebende Motiv gewesen sein?

Auf merkwürdige Weise suchte Bismarck schon vor dem Erscheinen der Vorlage für sie zu wirken, — in der großen, vielgerühmten Reichstagsrede vom 8. Mai. Sie war darauf berechnet, die National-liberalen auf die Seite der Regierung zu bringen, und erreichte ihren Zweck. Herr von Benda verkündigte überall, der Kulturkampf müsse enden, damit die bisherige Zersahrenheit der Parteien aufhören könne. Bennigsen war äußerst verwundert, als Falk ihm andeutete, er werde gegen die kommende Vorlage stimmen. Falk urteilte über jene Rede, die dem Reiche die trübste Perspektive stellte, wenn der Partikularismus weiter wie bisher sich erhebe, die Parteien fortführen, gegen den Gedanken der Reichseinheit zu kämpfen, und sich dem unerschütterten Hauptfeinde, dem Zentrum, anschließen, — sie enthalte viel unbestreitbar Wahres, aber das Übermaß der persönlichen Verletztheit und der Abkanzelung der Parteien werde im Lande starke Opposition wecken, und im Auslande werde ein falsches Bild von dem Zusammenhalte des Reiches entstehen.

Falk zog aus der Gesamtlage den umgekehrten Entschluß, nämlich daß es gelte, die staatliche Position um so fester zu halten. Die Rede [Sten. Bericht, S. 2051 ff.], in der er wirklich als ein treuer Eckardt des preußischen Staates seine warnende Stimme erhob und die Folgen voraussagte, daß damit die Niederlage des Staates eingeleitet würde, machte im Hause und im Lande tiefsten Eindruck. Unzählige Zustimmungserklärungen und Dankrufe kamen in den nächsten Tagen an den Redner. Auch vom Kaiser sagte Wilnowski, er habe die Rede im stenographischen Protokoll gelesen und geäußert: „Sehr kräftig und ernst.“ Nichts aber spiegelt den Eindruck besser als der Brief, zu dem sich Bismarck dadurch gedrängt fühlte. Er schrieb am 31. Mai in merklicher Erregung, jedoch in einer Fassung, die ebenfogut Fehdeansage wie Anknüpfung bedeuten konnte, an Falk:

„Ew. Excellenz hatten die Güte, bei Ihrem Rücktritt vom Amte sich auf meinen Wunsch schriftlich darüber zu äußern, ob meine Stellung zu Ihrem Ressort und zu Ihrer Leitung desselben Anteil an Ihrem Entschlusse zum Rücktritt habe. Ew. Excellenz erkannten damals das Bedürfnis an, welches ich haben könnte, über meine Be-

ziehungen zu den von Ihnen vertretenen Grundsätzen auch in der Öffentlichkeit jeden Zweifel zu beseitigen. Solche Zweifel, wenn sie überhaupt bestanden, sind mir bisher nicht von der Bedeutung erschienen, um ihnen Ew. Erzellenz Zeugnis gegenüberzustellen. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. d. M. hat an dieser Sachlage aber eine Änderung hervorgebracht. Die Kritik, welcher Ew. Erzellenz die Regierungsvorlage unterziehen, trifft auch meine amtliche Stellung zu letzterer, wie sie durch die veröffentlichte Instruktion, die ich nach Wien gerichtet habe, sich kennzeichnet.

Ich glaube mit der Unterstützung dieser Vorlage keine andere Richtung eingeschlagen zu haben, als diejenige, welche ich sieben Jahre lang gemeinsam mit Ew. Erzellenz und, nach Herstellung der nötigen Verfassungsänderung, soviel ich mich erinnere, ohne Meinungsverschiedenheit zwischen uns vertreten habe. Innerhalb dieser Richtung fanden namentlich auch die Erwägungen Raum, denen Ew. Erzellenz in Ihrem Abschiedsgesuche dahin Ausdruck gaben, daß alle Freunde des Vaterlandes die Herstellung friedlicher Zustände auf kirchenpolitischem Gebiete wünschen und daß Ew. Erzellenz zu der Überzeugung gelangen müssen, Sie seien für eine gedeihliche Mitwirkung zur Erreichung dieses Zieles nicht geeignet, würden hierfür vielmehr ein ernstes Hindernis bilden. Mit dieser, nicht meiner, sondern Ihrer Meinung motivierten Ew. Erzellenz Ihren Rücktritt.

Wenn nun die Art, wie Ew. Erzellenz die Vorlage der Regierung kritisiert haben, bei dem Gewicht, welches Ihrem Worte innewohnt, den Wert, den die Regierungsvorlage, falls sie angenommen wird, für die Staatsregierung und insbesondere für die liberale Partei hat, erheblich geschädigt und heruntergedrückt hat, so kann ich daran nichts ändern. Wenn aber nach dem Obengesagten die Empfindungen, welchen Sie Ausdruck gegeben haben, notwendig auch auf die Beurteilung meiner Stellung zur Sache und zur Person Ew. Erzellenz zurückwirken müssen, so halte ich es heute im sachlichen und staatlichen Interesse für geboten, durch Veröffentlichung Ihres hierfür von Haus aus bestimmten Schreibens vom 1. Juli 1879 den Beweis zu liefern, daß Ihr Abschiedsgesuch durch Meinungsverschiedenheit zwischen uns nicht veranlaßt worden ist. Ich habe meine Ansichten auch in der Zwischenzeit nicht gewechselt.

Genehmigen Ew. Erzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung
gez. von Bismarck."

Falk antwortete am 2. Juni 1880: „Ew. Durchlaucht wollen meinen ganz ergebenen Dank für die besondere Aufmerksamkeit geneigtest entgegennehmen, welche ich in der mir gestern Abend zu-

gegangen, sehr gefälligen Mitteilung vom 31. Mai zu erkennen habe. Ich empfinde dieselbe um so lebhafter, als es zweifellos von vornherein die Absicht war, Ew. Durchlaucht zu jedem Gebrauch meines Briefes vom 1. Juli 1879, an dessen Fassung ich auch im Rückblick nichts zu ändern wußte, zu ermächtigen, welcher Hochdemselben dienlich erscheinen würde. Gestatten Ew. Durchlaucht mir noch gütigst den Ausdruck höchster Verehrung hinzuzufügen."

Trotz dieser Erlaubnis hat Bismarck den Brief nicht veröffentlicht. Es war leider nicht nötig. Denn dem Eindruck der Rede entsprach der Erfolg nicht. Nicht einmal die Nationalliberalen konnten sich zu einer festen Haltung aufraffen. Die Meinungen in der Fraktion waren halb und halb geteilt. Nur die Ermächtigung der Regierung, die entsetzten Bischöfe zurückkehren zu lassen, fand ernsthaften Widerstand. Ich erzähle nicht den Verlauf der Kommissionsverhandlungen, die ohne Ergebnis ausgingen, da alle Anträge abgelehnt wurden. Endlich wurde im Plenum die stark verstümmelte Vorlage mit 206 gegen 202 Stimmen angenommen, die Nationalliberalen hatten sich gespalten. Falk blieb bei seiner Ablehnung. „Es ist wahr, das Gesetz ist wesentlich anders, wie die Vorlage. Aber bestehen bleibt: die Inopportunität des Gesetzes; der Umstand, daß seine wesentlichen Bestimmungen ohne Rom auf dem Papier bleiben; daß für den Rest dringende Bedürfnisse nicht vorliegen; daß der Geist, in welchem die Vorlage gemacht war, und der Eindruck, den sie bleibend erzeugte, das Schlimmste für die Zukunft besorgen lassen, die jedenfalls überaus dunkel ist, zumal die Vorlage nur Sinn als erster Schritt zur Änderung der Gesetzgebung hat."

Von einem Zutritt zur nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses konnte nun keine Rede mehr sein. Etwas anders gestaltete sich die Lage im Reichstage nach der Sezession. Was ihn hier vom Beitritt bisher abgehalten hatte, war die Differenz mit dem linken Flügel in wirtschaftlichen Dingen, vor allem in der Frage des Tabakmonopols, dessen überzeugter Anhänger er war. Nachdem der freihändlerische Flügel ausgeschieden war, ermäßigte sich dieser Grund, obwohl auch in der alten nationalliberalen Partei die Gegnerschaft gegen das Monopol fortbestand. Nach den Wahlen 1881, wobei er zweimal, in seinem alten Wahlkreise Lüben-Bunzlau und in Worms, gewählt war, entschloß er sich und erklärte am 20. November seinen Eintritt in die nationalliberale Fraktion des Reichstages. Allein zu einer regeren Beteiligung an deren Arbeiten kam es nicht

mehr. In den folgenden Wochen reifte der Entschluß, sich vom parlamentarischen Leben ganz zurückzuziehen. Er entstand unter dem Eindrucke der Reichstagsdebatte über den Antrag Windthorst, das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, das sogenannte Expatriierungsgesetz, aufzuheben. Nahezu alle Parteien verbrannten hierbei, was sie zuvor angeboten hatten. Es war, wie Falk schrieb, „ein förmliches ruere in revisionem der Maigesetze“. Der Antrag erlangte die Mehrheit des Hauses, die Parteien waren noch viel eifriger darauf bedacht, den Kampf, den keiner geführt haben wollte, zu liquidieren und den Staat vor Rom zu beugen, als die Regierung. Danach war klar, daß die dem Landtage angekündigte abermalige kirchenpolitische Vorlage, das Ergebnis der Bemühungen des neuen Preussischen Gesandten beim Heiligen Stuhle, dort keinen ernststen Widerstand finden würde. Die Vorlage ging dem Hause am 16. Januar 1882 zu. Sie ging auf dem Wege des ersten Milberungsgesetzes ein gut Stück weiter; allein das war nicht das schlimmste. Falk sah voraus, daß nun ein Wettlaufen der Parteien um die Gunst des Zentrums losgehen würde, daß die Parteien sich überbieten würden, zu suchen, was noch mehr revidiert werden könnte, — und das Zentrum werde nehmen, was es erhielt, und mehr fordern. „Der Augenblick zur Revision ist erst da, wenn sich erkennen läßt, für welche KonzeSSIONen Friede zu erlangen ist. Solange ich durch ein Eintreten meinerseits nützen konnte, bin ich am Platze geblieben. Darum habe ich im Jahre 1880 gesprochen. Es war eine Mahnung an die Regierung und an die Parteien. Nach keiner Seite hatte sie Erfolg. Kein Wort von mir kann jetzt Einfluß haben, es wäre ein nutzloses Ornament für die Debatte, und schlimmer, ein brauchbares Motiv, mich als eigenfönnig, verbissen und beschränkt darzustellen und damit rückwärts wirkend die von mir geleitete Gesetzgebung weiter zu begrabieren. So ist es mein Entschluß, in den bevorstehenden Landtagsverhandlungen nicht aktiv aufzutreten, sondern mich auf die Erteilung desjenigen Rates zu beschränken, der von mir begehrt wird. Deshalb trete ich in die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses nicht ein. Auch ein zweiter Grund bestimmt mich hierzu. Es ist jetzt die letzte Session der Legislaturperiode, und ich werde, so sehr auch die finanzielle Seite in Frage kommt, kein neues Mandat mehr annehmen. Die kommenden Sessionen werden ähnliche Situationen wie jetzt enthalten, und je öfter sie eintreten, desto weniger vermag ich den Eindrücken Widerstand zu leisten, welche sie zahlreich mit sich

bringen. Ich fühle es deutlich, daß ich dann Gefahr laufe, die rechte Würdigung der Güter zu verlieren, welche mir geblieben sind."

Man erkennt unschwer in diesen Worten die Bitterkeit, die über Falk gekommen war. Dazu hatte noch manches andere beigetragen. Zum Beispiel die Strafversetzung des waderen westfälischen Schulrates H i e l s c h e r im Juni 1880 wegen eines warmherzigen Toastes auf den früheren Minister bei Gelegenheit einer Lehrerversammlung. Auch die Versagung der Bestätigung einer Pfarrerrwahl an der Dorotheenstädtischen Kirche, für die sich Falk als Mitglied der Gemeindevertretung eingesetzt hatte (Hafenclever), durch das Brandenburgische Konsistorium; man kann sich leicht vorstellen, mit welchem Hochgefühl Hegel, der Sieger gebliebene, diese Bestätigung abgelehnt hat. Auch die finanzielle Lage mußte auf Falk drücken. Als preußischer Minister hatte er neben der Dienstwohnung 36 000 Mark Gehalt bezogen. Seine Pension belief sich im ganzen auf 10 400 Mark, ein empfindlicher Verlust für einen Mann ohne Vermögen, dessen ältester Sohn Leutnant war und dessen jüngste Tochter gerade den Konfirmandenunterricht besuchte. Und es hätte, wenn er wirklich in Gnaden verabschiedet war, so nahe gelegen, in diesem Punkte ein wenig zu helfen. Noch im letzten Jahre seines Amtes hatte Falk im Abgeordnetenhaus die gesetzliche Reorganisation der ehemaligen Domstifter Naumburg, Merseburg, Zeitz durchgebracht, wobei dem Könige zu freier Verleihung an verdiente Staatsdiener mehrere Präbenden überlassen wurden. Sie kamen 1881 zur Vergebung. Aber an Falk wurde nicht gedacht. Vielmehr verlieh der König eine derselben an Falks Nachfolger, einen aktiven Minister und Rittergutsbesitzer! Endlich hatte er den Eindruck, als ob auch im Verhalten seiner früheren Räte hier und da eine merkwürdige Wandlung einträte, Puttkamer sagte, Lufanus lobend, dieser habe unter Falk nur gezwungen mitgemacht, und auch andere beobachteten, daß Lufanus seine Segel überraschend schnell auf den neuen Wind umgestellt habe; es kam Falk vor, als ob die Leute ihn Unter den Linden nicht mehr zu grüßen wagten.

Falk kämpfte tapfer gegen solche Eindrücke und Stimmungen, und es gelang ihm immer wieder, dessen froh zu werden, was er noch hatte. Dankbar genoß er im Herbst 1880 mit der geliebten und so verständnisvollen Frau eine längst ersehnte und geplante zehnwöchentliche Reise nach Italien — wozu ihm ein Losgewinn aus der Preussischen Klassenlotterie die Möglichkeit beschafft hatte —, dank-

bar das Gedeihen seiner Kinder und die Treue seines Schwager, dem in jeder Woche ein fester Nachmittag gehörte, und mit hoher Freude erfüllte ihn, als ihn die Akademie der Künste gerade jetzt zum Ehrenmitgliede erwählte, und vollends, daß die philosophische Fakultät zu Münster ihn am 4. August 1880 zum Ehrendoktor freierte. Aber immer stärker fühlte er, daß er mit dem Verlust einer befriedigenden und ausfüllenden Tätigkeit den Ballast in seinem Lebensschiff verloren hätte. Er hatte schon fast die Hoffnung aufgegeben und kam sich wie ein Vergessener und Verschollener vor, — da war es der hundertmal bewährte Freund, der den rechten Augenblick ersah und die Gelegenheit ergriff, ohne Falt erst zu fragen, indem er den Justizminister anging, Falt in das im Januar 1882 erledigte Präsidium des Oberlandesgerichtes zu Hamm zu berufen.

Als Friedberg ihn fragen ließ, ob er ihn für diese Stelle in Vorschlag bringen solle, war Falt zuerst überrascht, da er bei der Rücksicht, die jetzt auf die Empfindlichkeit der Katholiken allgemein genommen wurde, gerade den Boden der Provinz Westfalen nicht für sehr geeignet halten mußte. Er wurde sich aber schnell mit den Seinigen klar, daß er, wenn er berufen würde, anzunehmen hätte: „Ich bin zu lange Beamter gewesen, um mich ohne geregelte Tätigkeit befriedigt zu fühlen. Selbstgeschaffene Arbeit bietet keinen Ersatz. Auch die parlamentarische nicht, zumal ich mich durch meinen Eintritt in die nationalliberale Fraktion des Reichstages überzeugt habe, zum Parlamentarier im eigentlichen Sinne nicht zu taugen. Meine amtliche Laufbahn hat den Trieb dazu erstickt. Wenn ich überhaupt ein Staatsamt wieder übernehme, so kann es nur in der Justiz sein. Je länger als ich im Ruhestande bin, desto schwerer wird mir die Einarbeitung in ein neues Amt; eine längere Zögerung würde mir bei dem jetzigen Leben geradehin die Fähigkeit entziehen, mich in die Zucht des Amtes zu schicken. Darum darf ich nicht ablehnen, obwohl Hamm ein wenig angenehmer Ort ist, und obwohl ich von einem großen Teile der westfälischen Bevölkerung mit Mißtrauen werde empfangen werden und die Bischofsorte Paderborn und Münster dem Bezirke angehören. Zudem ist Hamm ein bedeutender Bezirk und juristisch hochinteressant. Im Parlament kann ich nicht wirken, dagegen in Hamm. Endlich werde ich frei von dem auf mir lastenden Drucke.“

Allein so entschlossen Falt sofort war, viel Hoffnung auf ein Gelingen hatte er nicht. Er sah große Schwierigkeiten im Wege. Fried-

berg verhehlte nicht, daß im Staatsministerium Bedenken sein würden. Alles kam auf Bismarck an, und Falk traute ihm nicht recht. Aber darin irrte er nun gründlich. Bismarck sprach sofort und aufs Freundlichste seine Zustimmung aus und versprach jede Unterstützung. Und der Kaiser ging ebenso willig darauf ein: „Warum nicht, Er ist ein tüchtiger Mann.“ Aber, fügte er hinzu, es habe ihn verletzt, daß Falk die Hofgesellschaften nicht mehr besuche, worauf Wilmowski erwiderte, wie er Falk kenne, habe er das gewiß nur aus Bescheidenheit nicht getan. Das freute den alten Herrn. Die Ernennung wurde am 30. Januar vollzogen. Noch am selben Tage legte Falk seine beiden Mandate nieder. In den nächsten Tagen machte er Bismarck einen Dankbesuch, bei dem dieser ganz in der alten offenen und freundlichen Weise mit ihm sprach, auch über den Stand der kirchenpolitischen Frage. Dann empfing ihn der Kaiser, „so huldvoll als denkbar“, und der Kronprinz mit der gewohnten Herzlichkeit. Alle Freunde Falks freuten sich seines Entschlusses, wieder in den Staatsdienst einzutreten, und auch die gefürchtete Entrüstung der Gegner blieb aus. Am letzten Abend noch in Berlin erfreute ihn der Sängerkhor der Falkrealschule mit einem Abschiedsständchen. Am 27. April siedelte er nach Hamm über, am 1. Mai 1882 übernahm er das neue Amt. „Ein neues Leben habe ich zu beginnen. Ich will hier dauernd zum Frieden kommen.“

Die Stadt Hamm, die Hauptstadt der Grafschaft Mark, war nicht ohne Rücksicht auf den Kampf des Staates mit Rom zum Sitz des neuen Oberlandesgerichtes der Provinz Westfalen gewählt worden. Von den anderen Städten, die bis dahin ein Appellationsgericht gehabt hatten, schied Arnsberg als zu entlegen von vornherein aus, Münster und Paderborn aber wurden verworfen, weil sie Sitze von Bischöfen waren. Man wollte eine im wesentlichen, damals noch mehr als jetzt, evangelische Stadt; außerdem sprach für Hamm seine zentrale Lage. Allerdings war es eine kleine Stadt in reizloser Umgebung — seine schnelle Entwicklung ließ sich damals noch nicht ahnen —, und ohne die Heimeligkeit, die sonst manchen deutschen Kleinstädten Anziehungskraft verleiht. Das Gebäude des alten Appellationsgerichtes, das dem Oberlandesgericht als Erbe zufiel, die jetzige Post, war sehr mangelhaft: es mußte sofort ein Neubau ins Auge gefaßt werden. Für eine angemessene Dienstwohnung des Präsidenten zu sorgen, hatte die Stadt übernommen; das Haus war im

Bau, als Falk seine Stellung antrat; es versprach ein geräumiges und behagliches Heim, auch war ein nicht unbedeutender Garten vorgesehen, — eine Annehmlichkeit, die über manche Mängel des neuen Wohnortes hinwegsehen ließ. Der Bezirk des Oberlandesgerichtes war einer der größten der Monarchie, er umfaßte nicht nur die ganze Provinz Westfalen, sondern auch denjenigen Teil der Rheinprovinz, in dem das Preussische Landrecht nicht durch den Code Napoleon verdrängt war, acht Landgerichte und 108 Amtsgerichte.

Von der Tätigkeit Falks als Oberlandesgerichtspräsident soll in diesem Buche nicht weiter gehandelt werden. Sie bestand aus zahlreichen Dienststreifen zum Kennenlernen des Betriebes an den unterstellten Gerichten und zur Urteilsbildung über die richterlichen Beamten, aus laufender Verwaltung, der Führung des Vorsitzes im Disziplinarsenat, den alljährlichen Generalberichten, Gutachten über Fragen der Justizorganisation usw. Soviel es seine Zeit irgend erlaubte, nahm Falk auch an der Rechtsprechung persönlich teil. Es war eine Arbeit, die Falk befriedigte und die seinem Leben einen neuen Inhalt gab. Auch den repräsentativen Aufgaben seiner Stellung wurde er im vollen Maße gerecht; er pflegte im Winter alle vierzehn Tage eine größere Gesellschaft, freilich in sehr einfachem Stil, zu geben und legte Wert darauf, daß zum Beispiel jeder der am Oberlandesgerichte beschäftigten Referendare mindestens einmal in seinem Hause gewesen wäre. Ebensowenig verschmähte er, den Klub, den sehr bescheidenen Treffort der gebildeten Herren aus der Stadt, regelmäßig aufzusuchen, obgleich ihn die übliche Unterhaltung dort langweilte und seine Abneigung gegen Tabakrauch ihm den Aufenthalt nicht eben angenehm machte; er war bezidierter Nichtraucher. Aber er hielt es für seine Pflicht, die Gelegenheit zum außeramtlichen Verkehr nicht zu verschränken.

Ich berichte nur noch, daß im Juli 1894 die Einweihung des neuen Oberlandesgerichtsgebäudes stattfand, — nachdem im Jahre 1890 die westfälischen Zentrumsabgeordneten im Landtag bei der Forderung der Kosten für den Bau noch einen vergeblichen Versuch gemacht hatten, die Verlegung des Gerichtes nach Münster durchzusetzen. Hier soll von dieser ganzen Zeit nur unter dem Gesichtspunkte geschrieben werden, als darin Falks staatsmännische Tätigkeit nachklang und ausklang.

Als er nach Hamm kam, glaubte er nicht, daß er dort seine Tage beschließen würde. Vielmehr faßten er und nicht minder seine zahl-

reichen Freunde in der Justiz das als eine Rückkehr in die Lebensbahn auf, der er durch seine Berufung zum Minister entzogen worden war, und als Stufe zu anderen, höheren Ämtern. Ich erzählte schon, daß nur ein Zufall im Jahre 1879 seine Ernennung zum Präsidenten des Reichsgerichtes verhindert hatte. Dies blieb Falks Lebenswunsch, und auch im Preussischen Justizministerium galt er für den Fall von Simsons Rücktritt, der bei dessen hohem Alter nicht ferne sein konnte, als der gegebene Mann. Als im Jahre 1884 die Stelle des Kammergerichtspräsidenten durch plötzlichen Todesfall erledigt wurde und Falks Name sofort in der Presse auftauchte, dieser aber, weil er eben andere Wünsche hatte, sich nicht bewarb, wurde ihm von dort geschrieben, der Justizminister, damals Friedberg, habe es ihm hoch angerechnet, daß er ihn nicht durch eine Meldung um diese Stelle in Verlegenheit gesetzt hätte, — um so mehr bleibe er des Ministers Kandidat für die Präsidentenstelle am Reichsgericht, sobald Simson abgehe. Auch im Jahre 1887 lehnte er die Anregung, sich um die freigewordene Präsidentenstelle in Breslau, also in der schlesischen Heimat, zu bewerben, ab: „Ich mache kein Hehl daraus, daß mein Wunsch dahin geht, einst der Nachfolger Simsons zu werden.“ Allein die Aussicht auf Erfüllung dieses Wunsches wurde von Jahr zu Jahr, wie sich Falk selbst sagen mußte, geringer, besonders nachdem Friedberg durch Kaiser Wilhelm II. verabschiedet worden und Schelling sein Nachfolger geworden war, auf dessen Zuneigung sich Falk nicht im gleichen Maße verlassen zu können glaubte, wie er auch jenem immer mit entschiedenem Mißtrauen entgegengestanden hatte.

Sydow beurteilte die Aussicht als geschwunden und redete deshalb Falk dringend zu, als im Jahre 1889 die Kammergerichtspräsidentenstelle abermals durch die Ernennung Schlöglägers zum Staatssekretär des Reichsjustizamtes frei wurde, auf das Reichsgericht zu verzichten und sich um diese Stelle zu bewerben. Auch Friedberg riet, er solle sich deshalb direkt an Bismarck wenden. Nach langem, vielleicht allzulangem Zögern entschloß sich Falk, dem Räte Sydows zu folgen; es wurde ihm schwer, den einzigen wirklichen Wunsch, den er für seine amtliche Wirksamkeit noch hegte, beiseite zu legen, und es war das erste Mal, daß er sich um eine Stelle bewarb; bisher war er noch immer der Gesuchte gewesen, oder besser, er hatte sich führen lassen. Allein, daß er und seine Frau bei einer Übersiedelung nach Berlin viel gewinnen würden, er aus der Hammer Vereinsamung

herauskäme, sie die schmerzlich vermißten Gelegenheiten zur Pflege ihrer künstlerischen Interessen wiederfände, — das konnte er sich nicht verbergen, und so entschloß er sich, an Schelling und Bismarck zu schreiben. Beider Antwort lautete freundlich, aber übereinstimmend, es sei zu spät, die Ernennung sei bereits erfolgt. Bismarck schrieb:

„Ew. Excellenz Schreiben vom 8. d. M. habe ich erhalten und mich gefreut, nach längerer Zeit wieder persönlich mit Ihnen in Verbindung zu treten. Ich weiß die Schwierigkeiten zu würdigen, mit welchen Sie in Ihrer jetzigen Stellung zu kämpfen haben, und es würde mich freuen, wenn ich zur Erlangung eines Ihren Wünschen mehr entsprechenden Wirkungskreises behilflich sein kann. . . . Ich würde dazu auch in dem Falle, den Ew. Excellenz Schreiben betrifft, gerne bestrebt sein, wenn derselbe nicht schon durch einen auf amtlichen Antrag des Justizministers gefaßten Staatsministerialbeschuß und darauf basierten Immediatantrag präjudiziert wäre. Ich würde demselben nicht zugestimmt haben, wenn mir Ew. Excellenz Wünsche bekannt gewesen wären. Der Ihrige. . . .“

Das Schreiben klang sehr freundlich, und ich möchte nicht zweifeln, daß es von Bismarck auch ganz ehrlich gemeint war, aber von Schelling erfuhr Falk doch, daß es ihm eine große Erleichterung gewesen wäre, sich hinter das Zuspät verschansen zu können. Für ihn war zur Ablehnung der ihm von seinen Räten entgegengebrachten Kandidatur Falk die Rücksicht auf die alte Kaiserin-Witwe Augusta maßgebend gewesen.

Falk aber wollte nun auf jeden Fall Klarheit schaffen, ob er auch auf Leipzig endgültig zu verzichten habe. Er reiste nach Berlin, um mit Schelling und Bismarck persönlich die Sache ins Reine zu bringen.

Schelling empfing Falk am 23. März aufs Liebenswertigste. Als Falk ihn gegen Schluß der Unterredung fragte, ob er eintretenden Falles Aussicht habe, Simsons Nachfolger zu werden, entgegnete jener, das sei ja ein naheliegender Gedanke, er würde in Falk die größte Zierde des Reichsgerichtes sehen, aber die Entscheidung liege in keiner Weise bei ihm, sondern lediglich bei dem Reichskanzler. Dieser ließ ihn bitten, ihn am 24. zu besuchen.

Über den Verlauf des Gespräches schreibt Falk Folgendes: „Ich war eine halbe Stunde bei ihm. Er fand mich unverändert, worauf ich auf die dazwischenliegenden Jahre hinwies. Mir erschien Bismarck außerordentlich frisch. Er klagte aber über Angegriffenheit und Schlaflosigkeit. Jene könne er nur durch schwere Weine, diese nur durch künstliche Mittel beseitigen, über die er sich des Längeren aus-

ließ. Wenn er nicht schlafen könne, so blieben seine Gedanken nicht bloß in der Gegenwart haften, sondern gingen in die Vergangenheit zurück, und er frage sich oft, wenn dies oder das nicht geschehen oder getan worden wäre, wie würden sich dann die Dinge anders entwickelt haben, und das gäbe mitunter Bedrückung. Ich sprach ihm dann meinen Dank für das Schreiben vom 9. März aus. Er bemerkte, mein Brief sei um drei Tage zu spät gekommen, der Immediatbericht habe dem Kaiser schon vorgelegen. An meinen Dank knüpfte ich die Frage, ob ich eintretenden Falles wohl Aussicht habe, Simsons Nachfolger zu werden. Es schien mir, als überrasche ihn die Frage, als sei sie ihm nicht ganz bequem. Nach einigem Schweigen sagte er, es werde auf die Konkurrenz ankommen, er habe keinen Kandidaten. Was die Konkurrenz betraf, so sprach der Kanzler davon, daß der bekannte westfälische Jurist, der früher in Leipzig gewesen sei, sich seinerzeit auf das Präsidium des Reichsgerichtes Hoffnung gemacht habe, das heißt 1879. Ich nannte zutreffend Pape, worauf die gar überraschende Frage an mich gerichtet wurde, ob der noch lebe. Nachdem ich dieselbe verneint hatte, bemerkte Bismarck, ganz in Übereinstimmung mit früheren Äußerungen, daß Pape nicht habe Präsident werden können, weil er seine katholische Anschauung in das Amt mit hineingetragen haben würde; das sei in umgekehrter Richtung, nach der protestantischen Seite, von mir freilich nicht zu befürchten. Der Konkurrenzpunkt wurde im Laufe des Gespräches noch weiter berührt; Bismarck sagte, es sei vor einiger Zeit von einem anderen als möglichem Nachfolger Simsons gesprochen worden. Da er zu erwarten schien, daß ich den Namen nenne, bemerkte ich, in den Zeitungen sei vom Oberreichsanwalt Tessenborn gesprochen worden, worauf Bismarck erwiderte, das sei des Kaisers Kandidat für das Justizministerium gewesen. Auch Schläger hätte Justizminister werden sollen, er würde mir das Kammergerichtspräsidium oder seine jetzige Stellung — ich verstand das nicht recht — gern überlassen haben. Er, Bismarck, habe Schelling den Vorzug vor Tessenborn gegeben, weil, wenn er letzterem auch größere Tatkraft zutraue, doch jener in seinem Gehirne reichere und feinere Rechtskenntnisse aufgespeichert habe. Früher habe auch Schelling gewünscht, einst an Simsons Stelle zu treten, worauf ich erwiderte, daß dies jetzt wohl nicht mehr anzunehmen sei; Bismarck teilte diese Auffassung. Ich maß mir darauf die Eigenschaften bei, welche für den Reichsgerichtspräsidenten erforderlich seien. Ich hielt mich für einen

ganz leidlichen Juristen, ich hätte auch gehört und gelesen, daß der Kanzler diese Eigenschaft bei mir selbst anerkannt habe, wobei Bismarck zustimmend nickte. Dann wies ich darauf hin, daß mir auch die nötige Autorität beizubringen, nicht bloß wegen meiner weiter zurückliegenden Vergangenheit, sondern auch wegen der Führung meines jetzigen Amtes. Den letzten Satz glaubte ich in Erweiterung später noch dahin aussprechen zu dürfen, daß ich ohne Überhebung mich für das Amt des Reichsgerichtspräsidenten gewachsen halte. Freilich wußte ich, daß politische Gesichtspunkte in Frage kämen, daß der Reichskanzler die Verbündeten, den König von Sachsen, den Prinzregenten von Bayern, berücksichtigen müßte, ich wies aber auch auf meine Stellung zu den westfälischen Ultramontanen hin usw. Auf die Verbündeten schien der Kanzler nicht so sehr großes Gewicht zu legen, denn er entgegnete nur, daß er in dieser Sache mit seinen Kollegen sprechen müsse. Hier entgegnete ich, der Justizminister habe meine Anregung mit einer nicht gewohnten Wärme begrüßt. — Man müsse zunächst abwarten, wie sich die Angelegenheit weiter gestalte. Auf die Frage, ob Simsons Rücktritt wohl bald erfolge, konnte ich nur entgegnen, darüber gingen verschiedene Nachrichten.

„Der Kanzler fragte dann, ob ich schon beim Kaiser gewesen sei; ich erwiderte, ich hätte mich beim Hofmarschall gemeldet, aber noch keine Nachricht erhalten. Bismarck teilte mir nun im Vertrauen mit, er sei infolge meines Briefes gefragt worden, ob etwa der Gewährung einer Privataudienz an mich politische Bedenken entgegenstünden. Er habe das unbedingt verneint, ich sei Minister gewesen und noch ein hoher Staatsbeamter. Dasselbe habe er gestern dem Kaiser mündlich gesagt und hinzugefügt, daß ihm mein Empfang lieb sein würde. Bismarck nahm an, daß mir der Empfang zuteil werden würde. Wenn, so sagte er, solche Rücksicht auf das Zentrum genommen würde, so treffe ja das auch ihn. Er sei mit mir ja verbunden durch die Erinnerung gemeinsam geführten Kampfes, sein Name stehe neben dem meinigen unter den Gesezen. Wir seien ja in Frieden geschieden. Die Leute sagten, ich sei gegangen, weil er seine Politik geändert habe, eher könne er — wenn es auch nicht ganz richtig sei — sagen, er habe dieselbe geändert, weil ich gegangen sei. Ich bestätigte das freundliche Auseinandergehen und wies auf die Differenzen mit dem Kaiser hin und auf dessen den neuen Ministern gegenüber getane Äußerung, er habe sich von mir trennen müssen, weil Gewissen gegen Gewissen gestanden habe. Die Strömung, sagte der Kanzler, die jene

Anfrage wegen Zulässigkeit der Audienz herbeigeführt habe, und die mir auch bezüglich Leipzigs im Wege sein werde, bezeichne man gewöhnlich als die Walderseesche, aber unrichtigerweise, richtiger werde sie die Hammersteinsche genannt. Der Kaiser selbst sei unbefangen, durch und durch Militär, von diesem Standpunkte aus betrachte er auch Stöcker und sein Treiben, er verwerfe sein Auftreten als gegen die Disziplin laufend. Auch die Kaiserin halte er für unbefangen, aber in ihrer Umgebung finde sich jene Richtung vertreten. Schwarzsrocke und Frauen fürchte er in der Politik, sonst nichts.

„Nicht ohne Hindeutung auf meine Schuld wies Bismarck auf die Begehrlichkeit der evangelischen Synode hin, welche ganz in den Händen der Geistlichen ruhe und durch diese zusammengesetzt sei, und berührte die unangenehme Lage, in welche er durch das von der Synode beschlossene Witwenkassengesetz gekommen sei. Er müsse ganz annehmen, den Kuchen essen, wie er ist, oder ihn zurückweisen, nicht einmal ändern dürfe er. Ich entgegnete, aber zurückgeben könne er das Gesetz mit dem Bemerken, daß es Gesetzeskraft nur erlangen werde, wenn bestimmte Änderungen vorgenommen würden. Wenn der Kanzler die Synode für überflüssig, den Summepiskopat und die Staatsgewalt für ausreichend zu erklären schien, so legte ich auf die beiden letzten Momente auch meinerseits großes Gewicht und wies darauf hin, daß der Summepiskopus durch sein Ernennungsrecht zu den Synoden auf deren Komposition wesentlichen Einfluß üben könne, daß aber dieses Recht nicht weit genug, nur zum Vorteil bestimmter Richtungen verwendet worden sei. Entgegnung: Des alten Herrn Sache war solche. Weite nicht, Kaiser Friedrich würde, wie Sie wünschen, gehandelt haben. Zum Schlusse sagte der Kanzler noch in bezug auf die Reichsgerichtsfrage: Ich will nicht Nein sagen, aber zum Sklaven meines Wortes kann ich mich nicht machen. Antwort: Ich habe nichts anderes erwartet, ich gehörte zu den Menschen, welchen Klarheit in den sie berührenden Dingen auch Unangenehmes und Unerwünschtes zu tragen erleichtere. Ich hätte die Frage, ob mir etwas Gutes oder von anderen für gut Gehaltenes gewährt werden solle, stets für eine politische gehalten und darum, mit alleiniger Ausnahme des jüngst eingetretenen Falles, niemals in Besetzungsangelegenheiten einen Schritt getan. Darauf erwiderte er, ihm gegenüber hätte ich immer offen sein können. Mit einem „Gott behüte und erhalte Sie“ schieden wir voneinander.“ Es war das letztemal, daß sich beide Männer ins Auge blickten.

Falk war durch dies Gespräch belehrt worden, daß keine Aussicht für ihn wäre, nach Leipzig zu kommen, und er strich nun energisch diese Hoffnung aus seiner Lebensrechnung. Er war nicht der Mann, ihr wehleidig nachzutrauern oder darüber zu verbittern. Zugleich aber war er sich auch darüber klar geworden, daß er nun seine amtliche Laufbahn in Hamm beschließen würde, und stellte sich darauf als eine feststehende Tatsache ein. Einen größeren Wirkungskreis zu erlangen, wie er sich in Berlin und Leipzig geboten hätte, das hatte ihn gelockt, — aber bloß die Stadt Hamm mit einem schöneren oder reicheren Orte zu vertauschen, das schien ihm der Auffassung von Amt und Dienst nicht würdig, der er immer gehuldigt hatte. Dem blieb er treu, als dann noch zweimal aus dem Ministerium ihm ein Wechsel angeboten wurde, nach Frankfurt am Main und nach Naumburg. Er lehnte ab. Der Brief, worin er dem Freunde, der im ersten Falle stark zur Annahme gedrängt hatte, diesen Entschluß rechtfertigte, zeigt deutlich, wie gesund und nüchtern er sein Bleiben in Hamm ansah: „Mein Amt befriedigt mich und wird mich weiter befriedigen. Persönlich stehe ich freundlich mit vielen Menschen, innerlich freilich — abgesehen von den Meinigen — allein. Anders wird das auch nicht werden. Es kommen allerdings manchmal Zeiten, in denen es schwer wird, ein Gefühl der Ede abzuschütteln. Solange ich aber frisch bin, gelingt's mir bald genug, dasselbe dennoch loszuwerden. Ist das nicht der Fall, so werde ich freilich bedrückt. So war es im vergangenen Jahre. So wenig ich es bereue, damals den Schritt wegen Berlin getan zu haben, weil er Klarheit schaffte, so stark zweifle ich daran, daß ich ihn bei voller Gesundheit getan hätte. Sie haben mir einmal geschrieben: Niemand würde so wie ich in Hamm aushalten. Das ist etwas zu viel. Aber das ist richtig: Ich habe es bisher in Hamm ausgehalten, ohne daß ich — wie ich meine — Schaden an mir selbst nahm, und ohne daß ich mich niedergebeugt fühle. Ich denke, so wird's weiter bleiben, wenn nur die Meinen mir nicht genommen werden. Auf das, was mir die nötige Anregung und geistige Spannkraft gewährt, habe ich im vorigen Briefe hingewiesen, die Amtsarbeit, die private Arbeit an meinen Erinnerungen, meine Spaziergänge, mein Haus, ganz besonders die Freude, darin jederzeit Kinder und Kindesfinder ohne Enge und Beschränkung beherbergen zu können. Ich möchte das noch ein wenig ergänzen. Mein Lebensgang hat mich innerlich widerstandsfähig werden lassen. Er hat aber auch bewirkt, daß ich von den Umgangs-

freissen, auf die ich an sich angewiesen wäre, etwas entfernt worden bin. An die hieraus in gewissem Grade entstandene Einsamkeit bin ich gewöhnt, und trage sie deshalb nicht gar zu schwer, vielleicht — und das wird wohl überall gelten — manchmal nicht ungern. Wer von Kind an gelehrt ward, auch am Kleinsten in der Schöpfung — denken Sie an meine Raupen, Schmetterlinge usw. — Freude zu finden, der behält allezeit Freude am Kleinen in der Natur, auch an kleinen Schönheiten derselben. Einzelne — nur in größeren Verhältnissen wirklich höhere Genüsse — wiegen nicht schwer für mich; ich denke an Konzert und Theater. Die jährliche Anwesenheit der Kinder und Enkelkinder in Hamm erfrischt mich immer wieder, die Sommerreise in die Alpen, auch eine kurze Winterreise nach Berlin wirken gleichermaßen. Und muß es nicht inneres Glück geben, wenn ich mein Kind [die älteste Tochter] hier befriedigt, mein Weib glücklich sehe? Von einer solchen Stelle, wo es mir so geht, wie ich dargelegt, mich aus eigener Bewegung zu trennen, dazu kann ich mich nicht entschließen.“

Immer tiefer senkte er seine Wurzeln in den Boden des jetzigen Wirkungskreises. Als er nach Hamm gekommen war, hatte er im „Klub“ eine ihm unsympathische Erscheinung beobachtet, die er in seinen Briefen die „Hammer Krankheit“ nannte, eine Sucht, die Mängel der Stadt zu übertreiben und sich in Anmut darüber zu ergießen. Er nahm sich vor, sich von dieser Krankheit nicht anstecken zu lassen. Und ganz ebenso war seine Frau gesinnt. Nicht Unzufriedenheit mit der neuen Heimat, sondern im Gegenteil, den Entschluß, sich dort wohl zu fühlen, atmen ein paar hübsche Verse, mit denen sie den Einzug in das fertige Haus feierte:

Zwar Fremdlinge sind wir und Pilger hier auf Erden,
Doch hat ein gütiges Geschick es uns verliehen,
Daß unser Stab, wo wir ihn niederlegten, grünte,
Und daß nach langem Wandern hin und her
Ein freundlich Land zur Heimat uns gewiesen,
Ein schönes Dach uns treulich aufgenommen.
Der neue liebe Herd sei hoch gepriesen
Und jeder Gast daran uns froh willkommen.

Nun wappnete sich Falk erst recht gegen diese Stimmung. Wir hörten schon, wie er vor dem Freunde und vor sich selbst die Vorzüge seines dortigen Lebens hervorhob. Zu den kleinen Schönheiten des Ortes, die er entdeckte, muß noch eine genannt werden, die ihm

eine immer neue Quelle der Erfrischung wurde — und dies ganz wörtlich verstanden: die Lippe. Ein leidenschaftlicher Freund des Wassers, nahm er schon in den ersten Wochen seines Hammer Aufenthaltes wahr, welch ein wundervolles Bad sie bot, und bis in seine spätesten Jahre ist er der Gewohnheit treu geblieben, sie in den Sommermonaten alle Morgen, bereits zwischen 6 und 7 Uhr, aufzusuchen. Gewiß dankte er diesen Brauch ein gut Teil seiner körperlichen Gesundheit.

Eins freilich blieb ein schmerzliches Vermissen: Falt fand in Hamm keinerlei geistliche Anregung. Alle vierzehn Tage ging er zur Kirche, er gehörte auch fast während der ganzen Zeit seines Lebens in Hamm der großen Repräsentation der evangelischen Gemeinde an, aber — „mit den Hammenser Geistlichen steht es augenblicklich so, daß ein Kirchgang für mich nur selten eine Erquickung bietet, meist eine Überwindung fordert, und meiner Frau geht es nicht anders“. Wenn ihm der Freund aus Berlin angetan und erwärmt von Predigten Prygodes oder Scholz' schrieb, „so hätte ich fast neidisch werden können. Was habe ich für einen Vortrag am Karfreitag hören müssen! Kein einziger unserer drei Geistlichen vermag mir nur das Geringste zu gewähren. Das Gefühl der Gemeinschaft mit anderen Christen ist das Einzige, was ich am Gottesdienste habe.“ Weil sie ihm dies Gemeinschaftsgefühl stärkten, darum waren ihm die Abendmahlsfeiern besonders lieb. Nur ganz vorübergehend taucht in dem Tagebuche ein Prediger auf, dessen Predigten ihm mehr boten —, es war L a h u s e n.

Was ihm Hamm schuldig blieb, das wußte er auf seinen alljährlichen Reisen zu ergänzen. Es waren gewöhnlich zwei, eine Winterreise nach Berlin, um alte Freunde und Bekannte aufzusuchen, und dann die längere Sommerreise. Sie führte so gut wie immer in die Alpen, und Falt genoß dabei in vollen Zügen die Freude an einer großen Natur und an der eigenen Leistungsfähigkeit. ... Noch als Sechziger unternahm er anstrengende Hochtouren. Die Rückreise aber gehörte dem Kunstgenuß, dem Besuch der Galerien und Sammlungen in München, Frankfurt, Kassel. Zwischendurch wurde auch wohl bei dem alten Freunde, Pfarrer Issel in Rindlingen in Baden, Halt gemacht.

Und immer mehr vergrub er sich in sich selbst. Das zeigen nicht nur die immer wieder fortgesetzten „Aufzeichnungen aus seinem Leben“, sondern vor allem auch das ausführliche Tagebuch. Ihm und dem Briefwechsel mit dem Freunde vertraute er alle seine politischen

Sorgen und Schmerzen an, für die er in Hamm keinen gleichgestimmten Freund zur Aussprache fand. Aber er verschloß sie auch hier. Niemand erfuhr, wie er den Gang der Dinge beurteilte, alle Provokationen in Parlamentsverhandlungen und in der Presse lockten ihn nicht wieder in die Öffentlichkeit — bis auf zwei Ausnahmen, von denen wir noch hören werden. Solchen Anzapfungen gegenüber lesen wir im Tagebuche: „Wer will mich zum Neben zwingen?“ Sein politisches Interesse blieb ungemindert gleichstark. Es fällt auf, mit welcher Genauigkeit er auch die Angelegenheiten der auswärtigen Politik bis in die Einzelheiten verfolgte. Und dabei erfaßte ihn dann immer wieder Bewunderung für den „Giganten“ oder „Titanen“. Aber auch auf einem anderen Gebiete verweigerte er ihm die Nachfolge nicht, dem der Sozialreform. Als der hierin individualistischer und liberaler denkende Freund ihm seine Bedenken gegen Eingriffe in das Wirtschaftsleben ausgesprochen hatte, schrieb ihm Falk (am 22. April 1883): „Die sozialen Fragen und alles, was damit in Beziehung steht, anlangend, so brauche ich nicht erst zu sagen, daß mir die Gewalttätigkeit, mit der Bismarck seine Pläne fördert, wie in anderen Fällen, keine Freude macht, und daß ich solche erst recht nicht empfinde, wenn ich sehe, wie damit ungleichartige politische Ziele verquickt werden. Aber im Grundsatz finde ich mich hier Bismarck viel näher, als in Anderen. Nicht bloß darum wünsche ich eine Tat des Reichstages für die Arbeiter, weil das eine Ehrensache geworden ist, sondern weil je länger desto mehr die Überzeugung in mir Macht gewonnen hat, daß unsere Zeit eine völlige Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse einleitet, von deren auch nur erstem Abschlusse wir ebensowenig ein Wissen haben, wie wir denselben erleben werden. Diese Umgestaltung ist nicht Menschenwerk, sondern notwendiges Ergebnis dessen, was unter unseren Augen allmählich wurde, darum Gottes Wille. Unsere Pflicht ist es sicher, in diese Umgestaltung das Gute, Edle, Große, was wir haben, mit hinüber zu nehmen, und dafür haben wir zu kämpfen. Aber wenn wir nur das tun, so erfüllen wir unsere Pflicht nur halb. Wir müssen, um sie in der kurzen uns zugemessenen Spanne Zeit ganz zu erfüllen, auch neue Wege suchen. Das Erste-Beste tun, um nur etwas zu tun, heißt das keineswegs. Ganz richtig formulierte Aufgaben liegen vor uns. Es mag sein, daß der Weg noch nicht gefunden ist, auf dem sie am trefflichsten und besten gelöst werden können. Aber es ist nach meiner Auffassung ein viel geringeres Übel, zunächst zu den richtigen Zielen einen falschen

Weg zu gehen, als stehen zu bleiben in Zweifel und Streit über diesen rechten Weg. Und dies zu sagen, habe ich unter der Voraussetzung ein Recht, wenn ich der Überzeugung bin, daß wir am Anfange einer das gesamte soziale Leben umgestaltenden Entwicklung stehen. Der Übergang in eine solche ist unmöglich ohne Experimente und Irrtümer.“

Die Sorgen und Schmerzen stammten aus dem Gange der Kirchen- und Schulpolitik. Fast hatte die großen Kampfgesetze seiner Zeit niemals anders angesehen, denn als vorübergehende Maßregeln der Not. Daß sie nach der Wendung an der Spitze der Kurie mit der Zeit zurückgenommen werden mußten, war ihm klar. Nicht einmal dagegen wandte er etwas ein, daß die infolge des Sperrgesetzes aufgesammelten Beträge zur Entschädigung der wirklich Geschädigten verwendet würden. Anders aber stand es mit den ersten Maigesetzen, in denen er versucht hatte, eine bleibende Grenze zwischen Staat und Kirche zu ziehen, und deren Grundgedanken er bis an sein Lebensende für richtig gehalten hat. Daß auch dieses Werk geopfert wurde, bereitete ihm Herzeleid, und daß es so planlos und würdelos geschah, erbitterte und entrüstete ihn.

„Blicke ich für mich selbst in die politische Situation hinein“, so schrieb er schon am 24. Oktober 1882, „dann wird es mir von neuem klar, daß ich aufhören mußte, irgendwelche Figur in dieser Situation zu sein, und wie dankbar ich sein muß, daß ich daraus nun erlöst bin.“

Dann wieder am 30. Januar 1883: „Wäre ich noch in Berlin, die so oft innerlich durchgemachten zerreibenden Kämpfe würden für mich immer von neuem erstanden sein und ihre üble Einwirkung auf mich erwiesen haben. Ich hatte gemeint, mit denselben fertig zu sein, aber ich werde vom Gegenteil überführt, wenn ich in nicht vorausgesehener oder neuer Form unliebsam von der Entwicklung der Dinge und ihren Konsequenzen berührt werde, und wie hätte mir bei der Fortdauer meiner Berliner Existenz der letzten Jahre derartige Berührung, und zwar Berührung unmittelbarer Art, erspart werden können! Hier stehen mir zwei Momente schützend zur Seite: Die Entfernung von jenem Treiben, der feste Beruf. In dem Augenblicke, in dem ich die Kraft gewann, mich ihm ganz hinzugeben, habe ich wirklich das begonnen, was man ein neues Leben zu nennen pflegt. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß darum doch die Vergangenheit immer die meinige bleibt und daß ich deshalb die Entwicklung unserer öffentlichen Verhältnisse aufmerksam und anteilvoll verfolge. In solcher Betrachtung derselben klage ich mit Ihnen über die Hast und Unruhe

der Zeit; ein Teil derselben fällt zweifellos auf die Unsicherheit der Verhältnisse, welche die große Politik bilden. Aber in dieser Richtung möchte ich doch daran erinnern, daß wir alle geglaubt haben, die unvermeidlichen Zusammenstöße, in denen um das Gewonnene von neuem gerungen werden wird, würden viel, viel eher eintreten und bei weitem nicht bis auf diese Stunde warten lassen. Wir haben also insoweit für die Ruhe zu danken. Daß eine solche den Charakter nicht haben konnte, wie etwa die Periode nach den napoleonischen Kriegen, ist klar. Es ist in den letzten zwölf Jahren die Erschöpfung nicht vorgegangen, mit welcher die gedachte Periode begann. Die Völker und Länder sind inzwischen zu nahe aneinander gerückt, als daß nicht, was das eine erregte, auf das andere wirken mußte; wir Deutschen sind insbesondere zu bedeutungsvoll geworden, als daß wir uns einer Mitleidenschaft entziehen könnten, wie zu Zeiten unserer Ohnmacht. Im Vaterlande selbst ist uns eine andere Quelle der Unsicherheit, die nicht anders wirken kann, eröffnet. Es läßt sich nicht leugnen, daß nach den für das Menschenleben geltenden Gesetzen diejenigen Männer, welche den größten Einfluß auf unser öffentliches Leben üben, ein nicht fernes Ende der Wirksamkeit vor Augen haben. Der Kaiser zählt 86 Jahre und Bismarck 68. Mit dem Ausscheiden jenes würde auch die Stellung dieses, vielleicht nicht gleich äußerlich bemerkbar, sich ändern. So titanenhaft seine Gestalt geworden, es darf nicht vergessen werden, eine Wurzel dieses Wesens ist immer seine Verbindung mit Kaiser Wilhelm. Sollte das Bewußtsein hiervon nicht auch in Bismarck vorhanden sein? Und wenn so, würde dann nicht hierin, neben der Gewalttätigkeit seines Naturells, ein Grund für Bismarcks eigene Hast zu erkennen sein? Muß nicht dann weiter, wie sich seine Gedanken, Meinungen, Experimente usw. Millionen mitteilen, diese Hast ebenfalls sich ändern mitteilen? Ich meine, das ist um so gewisser, als ja weite Kreise und große Parteien sind, welche Grund zu der Auffassung haben, daß, wenn sie jetzt ihre Lieblingsziele nicht erreichen, sie die Hoffnung, dieselben überhaupt oder doch in absehbarer Zeit zu erreichen, aufgeben müssen. . . . Warum ich derartige Bemerkungen mache? Lediglich darum, um die Meinung nicht ganz ohne Unterstützung zu lassen, daß die jetzigen Zustände nicht eine Folge unserer modernen Kultur sind und daß sie darum auch nicht unheilbar sind. Ich kann bei aller Sorge doch nicht hoffnungslos werden.“

Ich gebe noch einige Stellen aus Falks Briefen an Eyndow wie-

der. Sie zeigen ergreifend, wie in seiner Brust Groll und Erregung miteinander rangen. Als Quellen für die Geschichte der Beendigung des Kulturkampfes bedeuten sie wenig, denn Falk stand dem Gang der Dinge nun ferne, er war nur auf die Zeitungen angewiesen, und er wollte sich nicht einmal nach den Beweggründen und Vorbereitungen der sich überstürzenden Gesekentwürfe erkundigen. Immerhin fällt von ihnen auch manches nachträgliche Licht auf die Zeit, da er selbst den Kampf führte.

Vor dem sogenannten dritten Milberungsgesetz vom 11. Juli 1883 am 15. Juni 1883: „Daß Bismard von der Ansicht durchdrungen ist, mit der jetzigen Vorlage dem Zentrum den Existenzboden zu entziehen, darüber besteht bei mir kein Zweifel. Direkt oder indirekt sind ja alle seine Schritte auf kirchenpolitischem Gebiete wesentlich gegen das Zentrum gerichtet gewesen. . . . Daneben möchte ich aber auch nicht außer acht lassen, daß zu dem Geschehenen eine Charaktereigenschaft Bismards mitwirkt. Der kirchenpolitische Kampf währt schon solange, er ist langweilig, darum auch muß alles geschehen, um ihn zu endigen.“

Nach der Reise des Kronprinzen nach Rom am 23. Dezember 1883: „Ich habe ein Weilchen gebraucht, um ernster Verstimmung Herr zu werden. Was später über des Kronprinzen Reise verlautete, hat den Schatten etwas erhellt, allein wie töricht zu sagen, daß es sich hier um einen bloß reinen Höflichkeitsakt gehandelt hätte! Wer soll daran glauben angesichts der Gesliffentlichkeit, womit die offiziöse Seite diese Version verbreitet? Daß man den Kronprinzen nicht zu einem Unterhändler in formeller Art degradiert hat, ist gewiß richtig. Aber Folgen knüpfen sich an den Akt. Welche und wie weittragend, inwieweit demütigend, das zu erfahren, müssen wir eben Geduld haben.“

Am 4. Januar 1884 als Antwort auf eine Mitteilung Sydows, der Kronprinz habe Friedberg seine Reise nach Rom damit gerechtfertigt, daß er nie ein Freund des Kulturkampfes gewesen sei: „Ein ‚Freund des Kulturkampfes‘ bin ich auch nie gewesen; wer kann Freude haben an einem Kampfe, der nur Erfüllung einer schweren Pflicht war? Wahr ist es, die genannten hohen Herrschaften möchten zur Zeit ihres Regimentes alles glatt und friedlich haben, aber ich erinnere mich noch recht wohl, daß ich im Jahre 1872, da ich diese Sache ernst erwog und mich selbst auf die schwere Zukunft bereitete, und darum auch nicht gleich in strenge Maßregeln stürzte, aus dem Kronprinzlichen Kreise heraus der Feigheit gezogen wurde.“

Gegen die von Bismarck in Kurs gesetzte Legende, daß er die Kirchengesetze vor ihrem Erlasse nicht des genaueren gekannt habe, und daß er, der 1873 nicht als Ministerpräsident tätig gewesen, zu Unrecht für diese Gesetzgebung verantwortlich gemacht werde, am 2. April 1884: „Die Verantwortlichkeit nimmt man ihm freilich nicht ab, und wie wir wissen, mit Recht nicht.“

Und zugleich gegen die weitere Legende, der Kulturkampf sei nur zur Bekämpfung der Polengefahr inszeniert worden, am 26. Februar 1886: „Ob es wohl auch gegen die Polen gehen sollte, als mir Roons schneidendes Vorgehen in der Rasmjanowskischen Sache als leuchtendes Vorbild hingestellt wurde? Oder als in den ersten Monaten meiner Ministerzeit jede Staatsministerialsitzung mit der Mahnung schloß: ‚ut leo semper feriatur‘?“ Am 27. Februar 1886: „Lüge oder fixe Idee? Es mag ja sein, daß die Polenfrage für die kirchenpolitische Bewegung nicht ohne Anregung war, aber hat denn der Kanzler vergessen, was zwischen ihm und Ledochowski namens des Episkopates noch in Frankreich verhandelt wurde; vergessen, daß ihm der alte Gelzer ob seiner Kenntnisse römischer Verhältnisse zur Informierung verschrieben ward und daß er, als er bei ihm erschien, Bismarcks Erklärung empfing, er habe inzwischen seinen Entschluß gefaßt, der sich in Aufhebung der katholischen Abtheilung äußerte? Ist denn nicht mehr erinnerlich, daß auf Bayerns Andringen im Jahre 1871 der Kanzelparagraph angenommen wurde und Bismarck mich angewiesen hatte, persönlich, Luß' Vorgehen in aller Weise zu unterstützen? Und wie war es 1872? Während des Herbstes zwischen mir und Bismarck Korrespondenz über die Maigesetze, denen dieser zwar im allgemeinen beistimmte, die er aber, weil sie anfänglich nur die Römische Kirche angingen, durch Bucher als dem Vorwurfe einer bill of atteinder unterliegend bezeichnete und auch in Einzelheiten zu ändern vorschlug; Vorlage der Entwürfe beim Staatsministerium und ihre Aenderung nach Bismarcks Willen; Beruhenlassen der Beschlußfassung bis zu Bismarcks Rückkehr im Dezember 1872; Bismarcks Besuch bei mir mit der Bitte, keinen Grund zum Rücktritt zu nehmen, wenn mein Bestreben im Staatsministerium, beim Kaiser, im Landtage scheitere; mein Gegenwunsch, daß die Vorlagen doch so weit gefördert werden möchten, als es ginge; nach wenig Tagen lebhaftes Eintreten Bismarcks und Roons für die Entwürfe; Beschlußfassung in der Weihnachtswoche 1872 in Bismarcks Wohnung Wilhelmstraße 76, wo Wagener als Irvingianer, Roon als Verächter des Oberkirchenrates

die Streichung der meisten Spezialparagraphen bezüglich der evangelischen Kirche erreichten, die demnächst der Landtag einigermaßen wiederherstellte; anfangs Januar persönliche Einholung der Genehmigung des Kaisers zur Vorlage an den Landtag in Gegenwart Roons, der seit 1. Januar 1873 Ministerpräsident war! So war es, und da ist in der Norddeutschen Allgemeinen vom 6. Februar 1886 zu lesen: „Später ist der Reichszkanzler für die Maigesetze eingetreten. Nachdem dieselben, hervorgegangen aus der Initiative des Minister Falk, von dem Staatsministerium akzeptiert worden waren, blieb nur die Alternative übrig zwischen einem Ministerwechsel und einem einmütigen Vorgehen der Minister.“

Am 19. Februar 1886 während der Beratung des ersten Friedensgesetzes vom 21. Mai 1886: „Ich beuge mein Haupt in Resignation und in der Ruhe des Gemütes, welche das Bewußtsein gewissenhafter Pflichterfüllung gewährt. ... Bismarck ist der einzige Minister, der noch amtiert, dessen Unterschrift unter den zerrissenen Gesetzen steht. War es ihm darum am Ende Bedürfnis, seinen Teil an denselben so klein als möglich hinzustellen? ... Ich kann mich freilich des Schmerzes nicht erwehren, und es kommt mir vor, als ob es ein rechtes Unrecht gewesen wäre, um der aufgegebenen Dinge willen zu so vieler Arbeit und Mühe, zu so vielem Verbrauch körperlicher und geistiger Kraft, zu solch langjährigem Entbehren des Friedens verurteilt gewesen zu sein.“

Am 24. April 1886: „Ich hoffe, daß die Stürme, welche die Erfahrungen der letzten Zeit in Ihrer Seele erregten, ebenso der Ruhe gewichen sind wie in der meinen. Man muß sein Haupt in Gottes Fügungen beugen, wenn es auch schwer wird. Wozu hilft ein Sich-auflehnen anders, als zur Zerreibung der eigenen Person, zum mindesten zum Verlust des Segens, den uns andere hohe Güter gewähren, die uns Gott gegeben hat? Es wird freilich noch oft ein scharfes Weh durch solche Resignation hindurchbrechen, allein am Ende wird es dauernd stille werden.“

Während der Verhandlungen über das zweite Friedensgesetz vom 29. April 1887 am 23. März: „Ich baue wie bisher auf Gottes Barmherzigkeit. In solcher wird er die Dunkelheit ringsum erhellen und das Chaos zur rechten Ordnung gestalten. Das bleibe unsere Zuversicht. Aber auch die andere Zuversicht dürfen wir hegen, daß Gott unser Tun messen wird nicht nach der Menschen wandelbarem Urteil, sondern danach, ob wir uns bei unserm Handeln nach Kräften bemüht

haben, das Rechte zu finden. Diese Überzeugung steht dergestalt in mir fest, daß mich in meinem ganzen Leben ein Mißerfolg, auch ein schmerzlicher, niemals zum Selbstvorwurfe und alle dem, was ein solcher bei gewissenhaften Menschen bedeutet, geführt hat, wenn ich mir bewußt bin, im Augenblicke, da ich handelte, gewissenhaft und selbstlos alles in Betracht kommende geprüft zu haben, und also handelte, wie ich mußte. So sehe ich auch meine Amtsführung als Minister an und besonders auf dem Gebiete, wo die Entwicklung der Dinge mir unrecht gibt oder gar mich einstweilen anklagt. Daß die Entwicklung so geworden, tut mir weh und wird mir weh tun, aber meine Seele macht sie nicht unruhig. Ich finde in keinem wesentlichen Dinge, daß ich es seiner Zeit an der strengsten Prüfung hätte fehlen lassen, und mehr konnte niemand von mir fordern, mehr wird am wenigsten der Allgerechte von mir fordern. Ihm vertraue ich.“

Und am 28. März 1887: „Meine Grundstimmung ist nicht Ärger, überhaupt nur teilweise eine persönliche. Die Sorgen um die Zukunft unseres Landes überwiegen, und soweit persönliches Empfinden in Frage gebracht ist, handelt es sich nur um den Gedanken: So mächtige, hingebende, harte und leidvolle Arbeit vieler Jahre um — was denn? Nicht bloß um nichts, sondern um durch Zerstörung des Werkes den Staat in schlechtere Lage zu bringen, als er vor dessen Errichtung war.“

Dann verstummen diese Rückblende auf den Kulturkampf, und nur noch einmal 1891 bei der zweiten Sperrgeldervorlage, bei der die Regierung bekanntlich binnen weniger Monate ihre Meinung ins Gegenteil veränderte, bricht die alte Stimmung durch: „Ich will mir den Frieden der Jahre, welche mir Gott noch geben mag, die Freude am Leben nicht beeinträchtigen lassen, und wenn mir Gesundheit bleibt, so wird mein Wollen das durchsetzen, wie es in meinem Leben manches schon durchgesetzt hat.“

Dies die letzte Äußerung Falks im Rückblick auf den schwersten Kampf seines amtlichen Lebens *). Ich füge noch zwei Äußerungen über andere Dinge an.

*) Eine ganz besonders üble Legende hat Geheimrat Max Pähler in Berlin in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 9. März 1926 (Beiblatt Nr. 111/112) in Kurs gesetzt. Er erzählt dort aus Erinnerungen seines Vaters, der im Jahre 1925 als Provinzialschulrat i. R. in Kassel gestorben ist, ein Gespräch zwischen dem alten Kaiser und Falk aus dem Frühjahr 1879, von dem jener aus Mitteilungen eines ihm befreundeten Vortragenden Rates des Kultusministeriums Kenntnis erlangt haben soll. Das Gespräch wird wörtlich,

Vom 8. November 1886 über den Antrag Hammerstein: „Zu seiner Zeit mußte ich dem Kaiser sagen, daß auch er seine persönliche Glaubensstellung der evangelischen Kirche nicht aufdringen dürfe, daß solches Streben römisch sei, — und jetzt soll der Kaiser ersetzt werden durch einen von den evangelischen Intransigenten gewählten, die Gewissen möglichst bindenden Oberkirchenratspräsidenten! Wenn das gelänge, wie nahe wäre es mit dem Ende der evangelischen Kirche.“

Als im Dezember 1890 Kaiser Wilhelm II. die Schulkonferenz unter Gocklers Vorsitz berief und persönlich mit einer Rede eröffnete, worin er sagte, nach seiner Überzeugung habe Preußen seit 100 Jahren keinen Kultusminister gehabt, der Herrn von Gockler an Tapferkeit und Hingebung gleichkomme, fühlte sich Falk natürlich durch diesen überflüssigen und taktlosen Vergleich getroffen. „Was die rein subjektiven Eigenschaften der Tapferkeit und der Hingebung betrifft, so bin ich mir selbst gewiß, daß ich darin keinem Minister nachstehe, auch nicht Herrn von Gockler, und des Kaisers Wort macht es nicht anders.“

Von all diesen Empfindungen und Urteilen Falks hatte kein Mensch Kenntnis außer dem treuen Freunde. Vor der Öffentlichkeit hat er sich, wie oben gesagt, konsequent in Schweigen gehüllt. Erst nach Bismarcks Entlassung hat er sich zweimal entschlossen, dieses Schweigen zu brechen. Trotz allem, was zwischen Bismarck und ihm lag, bewegte ihn diese Entlassung aufs tiefste. „Bismarck hat mir viel vorgeworfen,

sogar unter Schilderung der Gesten und des Tonsalles, wiedergegeben, obwohl doch ausdrücklich angegeben ist, daß es ohne Zeugen stattgefunden habe! Schon daraus ist zu erkennen, daß es sich um eine absolut leere Erfindung handelt, die scheinbar aus Liebe und Verehrung für den alten Kaiser entsprungen ist, in Wahrheit aber aus Gehässigkeit gegen Falk. Es kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß ein solches Gespräch nie stattgefunden hat. Leider hat Falk im Jahre 1879 überhaupt nicht mehr Gelegenheit gehabt, dem Kaiser persönlich Vortrag zu halten. Was aber die Meinung angeht, dem Kaiser seien die Wirkungen der Maigesetze unbekannt geblieben oder vorenthalten worden, so sei daran erinnert, daß dem Kaiser alle Vierteljahre die genauesten Berichte aller Oberpräsidenten zugehen, vor allem aber daran, was oben S. 504 erzählt ist: Wie der Kaiser im Jahre 1878 die Petitionen aus Schlesiens aufnahm, die diese Wirkungen so eindringlich wie möglich schilderten. Er erklärte sehr zutreffend, die Katholiken hätten sich darüber nicht bei ihm, sondern bei dem Papste beschweren sollen. Diese ganze sogenannte Erinnerung trägt nichts zur Charakteristik des alten Kaisers bei, wohl aber ist sie charakteristisch für die kritiklose Gehässigkeit, die auch heute noch in manchen katholischen Kreisen gegen Falk herrscht.

Undankbarkeit soll er mir nicht vorwerfen.“ Da er zufällig gerade in Berlin war, — er saß dem Bildhauer *Hilgers* zu einer Büste, die von ihm wie von allen preussischen Kultusministern im Hause des Ministeriums aufgestellt werden sollte, — machte er *Bismarck* sofort nach dem Bekanntwerden des Rücktrittes einen Besuch. *Bismarck* nahm niemand an. Interessant mag sein, daß *Falk* in bezug auf die Kabinettsorder *Friedrich Wilhelms IV.* aus dem Jahre 1852, die *Bismarck* dem Kaiser vorhielt, um die anderen Minister zu hindern, dem Monarchen ohne sein Wissen Vorträge zu halten, bemerkte: „Diese Order muß erst in neuester Zeit den Akten wieder entnommen sein, denn in den 7½ Jahren, während denen ich Minister war, habe ich sie weder kennen gelernt, noch von ihrem Bestehen etwas erfahren.“

1896 trat nun die „*Germania*“ mit dem törichtesten Klatsch hervor, *Falk* habe einmal erzählt, er habe seiner Zeit vom Fürsten *Bismarck* die Aufgabe erhalten, mehrere gegen die katholische Kirche in Preußen gerichtete Gesetze auszuarbeiten. Diese Aufgabe sei ihm im höchsten Grade unangenehm und bedauerlich erschienen und er habe seine Bedenken dem Fürsten *Bismarck* mitgeteilt. Dieser aber habe darauf bestanden, und so sei ihm denn nichts anderes übrig geblieben, als der Aufforderung Folge zu leisten. Als *Falk* diese Schauer Geschichte las, machte sie ihm zunächst gar keinen Eindruck. Um so mehr Entrüstung erregte sie in *Friedrichsruh*. Die „*Hamburger Nachrichten*“ antworteten sofort mit einer Erklärung in *Bismarcks* Namen, diese Nachricht sei vollständig erfunden und erlogen, und fügten hinzu, es sei nicht zu bezweifeln, daß der Staatsminister *Falk* dies auf Befragen bestätigen würde. Diesem Appell glaubte sich *Falk* nun doch nicht entziehen zu können. Er ließ deshalb am 3. Oktober im „*Westfälischen Anzeiger*“ die folgende Erklärung erscheinen:

„Im Laufe der Jahre sind manche Mitteilungen über meine Tätigkeit als Minister in die Öffentlichkeit gelangt, welche zu einer Berichtigung geeignet waren. Ich habe eine solche bisher niemals eintreten lassen und gedenke, soweit irgend möglich, bei dieser Haltung zu bleiben. Am wenigsten würde ich sie aus eigener Bewegung einer so umrahmten Mitteilung gegenüber aufgeben, wie es die von der Redaktion in bezug genommene, kürzlich von der Zeitung „*Germania*“ gebrachte ist. Allein heute lese ich eine Erklärung der „*Hamburger Nachrichten*“, welche mich deutlich zu einer Äußerung über die Mitteilung der „*Germania*“ auffordert. Wie die Verhältnisse liegen, glaube ich mit der Annahme nicht zu irren, daß solche Auf-

forderung im Sinne einer von mir besonders hochverehrten Stelle ist. Das legt mir die Pflicht zu einer Äußerung auf. Dieselbe lediglich auf den Punkt richtend, auf welchen es sachlich ankommt, erkläre ich, daß — wenn auch selbstverständlich im Hinblick auf Besprechungen innerhalb der Staatsregierung — doch die Initiative zu dem im Jahre 1872 vorbereiteten, anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres allerhöchst vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzesentwürfen von mir und nicht von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Die in meinen Händen befindlichen Schriftstücke zeigen, daß meine formulierten Vorschläge dem Genannten nicht eher zugegangen sind, als den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums. Galt.“

Die Erklärung ist sehr vorsichtig gefaßt, denn Galt mußte vermeiden, ihr eine Form zu geben, die die oben erwähnte, ebenso grundlose Version bestätigt hätte, als seien die Maigesetze ohne entscheidende Mitwirkung Bismarcks ergangen.

Zum zweiten Male hat Galt sein Schweigen gebrochen nach dem Erscheinen von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“. In der Darstellung des Kulturkampfes äußert sich Bismarck hier auch über Galt (S. 130 ff.). Er hebt hervor, daß er für die juristische Detailarbeit der Maigesetze die Verantwortung habe ablehnen müssen und daß er im Laufe der Jahre zu kritischen Erwägungen über ihre psychologische Richtigkeit gelangt sei, und fährt nun fort:

„Wer annimmt, daß solche in mir austauchende kritische Erwägungen sofort in Gestalt einer Kabinettskrisis zwischen Galt und mir sich hätten verkörpern lassen, dem fehlt das richtige, nur durch Erfahrung zu gewinnende Urteil über die Lenkbarkeit der Staatsmaschine in sich und in ihrem Zusammenhange mit dem Monarchen und den Parlamentswahlen. Diese Maschine ist zu plötzlichen Evolutionen nicht imstande, und Minister von der Begabung Galts wachsen bei uns nicht wild. Es war richtiger, einen Kampfgenossen von dieser Befähigung und Tapferkeit in dem Ministerium zu haben, als durch Eingriffe in die verfassungsmäßige Unabhängigkeit seines Ressorts die Verantwortlichkeit für die Verwaltung oder Neubesezung des Kultusministeriums auf mich zu nehmen. Ich bin in dieser Auffassung verharret, solange ich Galt zum Bleiben zu bewegen vermochte. Erst nachdem er gegen meinen Wunsch durch weibliche Hofeinflüsse und ungnädige königliche Handschreiben derartig verstimmt worden war, daß er sich nicht halten ließ, bin ich an eine Revision seiner Hinterlassenschaft gegangen, der ich nicht näher treten wollte, solange das nur durch Bruch mit ihm

möglich war. Falk unterlag derselben Taktik, die am Hofe gegen mich nicht mit demselben Erfolge, aber mit gleichen Mitteln in Anwendung gebracht worden war; er unterlag ihr, theils weil er für Hofeindrücke empfindlicher war als ich, theils weil ihm die Sympathie des Kaisers nicht in gleichem Maße zur Seite stand wie mir. Die antiministerielle Tätigkeit der Kaiserin fand ihre ursprüngliche Quelle in der Unabhängigkeit des Charakters, welche es ihr erschwerte, mit einer Regierung zu gehen, die nicht in ihren eigenen Händen lag, und welche ihr ein Menschenalter hindurch den Weg der Opposition gegen die jedesmalige Regierung anziehend machte. Sie war nicht leicht der Meinung eines Anderen. Zur Zeit des Kulturkampfes wurde diese Neigung gefördert durch die katholische Umgebungen Ihrer Majestät, welche aus dem ultramontanen Lager Information und Anweisung erhielt. Diese Einflüsse nutzten mit Geschick und Menschenkenntnis die alte Neigung der Kaiserin aus, auf die jedesmalige Staatsregierung verbessernd einzuwirken. Ich habe Falk wiederholt seine beabsichtigten Abschiedsgesuche ausgeredet, die sich an Kaiserliche Handschreiben ungnädigen Inhaltes, welche wohl nicht der eigenen Initiative des hohen Herrn entsprungen waren, und an verletzendes Benehmen gegen seine Frau am Hofe knüpften. Ich empfahl ihm, sich den ungnädigen, aber auch unkontrafignierten Allerhöchsten Erlassen gegenüber, die weniger an den Kulturkampf als an die Beziehungen des Kultusministers zum Oberkirchenrat und zur evangelischen Kirche anknüpften, passiv zu verhalten, allenfalls seine Beschwerden an das Staatsministerium zu bringen, dessen Anträge, wenn sie einhellig waren, der König zu berücksichtigen pflegte. Endlich aber wurde er dadurch, daß er Kränkungen ausgesetzt war, die seinem Ehrgefühl empfindlich waren, doch bestimmt, seinen Abschied zu nehmen. Alle Erzählungen, nach denen ich ihn aus dem Ministerium verdrängt haben soll, beruhen auf Erfindung, und ich habe mich gewundert, daß er selbst ihnen niemals in der Öffentlichkeit widersprochen hat, obschon er mit mir stets in befreundeten Beziehungen geblieben ist. Aus den Vorgängen, die für seinen Rücktritt entscheidend wurden, ist mir erinnerlich, daß es die Streitigkeiten mit dem Oberkirchenrat und den ihm nahestehenden Geistlichen waren, welche den Bruch mit Sr. Majestät herbeiführten, nicht ohne daß aus der Zuspitzung der Entwicklung des vorhandenen Streitmaterials gegen Falk sich die Mitwirkung geschickterer Hände und feinerer Arbeit erkennen ließ, als den formellen Ratgebern des Kaisers in seiner Eigenschaft als summus episcopus eigen war.“

Was Falk an dieser Darstellung erregte, war die Motivierung seines Rücktrittes durch die Ungnade der Kaiserin Augusta. Er hatte

schon vor Jahren einmal erfahren, Bismarck erzähle, er sei aus dem Amte geschieden, weil die Kaiserin Augusta ihn schlecht behandelt habe. Nun wiederholte das in die Hände von Millionen kommende Buch diese Version. „Und das läßt Bismarck drucken, obwohl ihm nicht unbekannt sein konnte, daß ich mich vom Augenblicke des Beginnes meiner ministeriellen Tätigkeit an der Ungnade der Kaiserin erfreute, länger als sieben Jahre also Gelegenheit gehabt hatte, mich an deren Beweise zu gewöhnen, und obwohl er schriftlich über den wirklichen Grund meines Austrittes ausgiebig unterrichtet war. Aus dem von Bismarck angegebenen Grunde abgegangen zu sein, würde ich meiner unwürdig finden, und darum vermag ich die betreffende Behauptung nicht schweigend hinzunehmen.“

Sehr gegen den Willen und gegen das Abstraten Sydows ließ Falk deshalb in der „*Deutschen Revue*“ 1899 S. 1—9 „Tatsächliche Ergänzungen zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Band II, S. 131“ erscheinen. Es waren die Dokumente, die bereits oben abgedruckt sind: Sein Entlassungsgesuch, dessen Begleitschreiben an Bismarck, die Wiedergabe der mit Bismarck darüber geführten Unterredung, die von Bismarck verlangte schriftliche Erklärung über die Gründe seiner Entlassung, endlich das Schreiben Bismarcks vom 31. Mai 1880 und seine Antwort darauf. Da der Veröffentlichung jeder erklärende Zusatz fehlte, die Motive dazu im Dunkeln blieben, wußten die Leser nicht recht, was sie damit anfangen sollten, und so viel ich sehen kann, hat sie keinen sonderlichen Eindruck hinterlassen. In der Tat glaube ich auch nicht, daß ein vorurteilsfreier Leser gerade an dem von Falk urgierten Punkt in Bismarcks Darstellung hängen bleiben wird. Berücksichtigt man, daß Bismarck aus dem Gedächtnis und ohne Akten schrieb, so wird man doch sagen dürfen, daß er im wesentlichen richtig geschildert hat: Der Abgang Falks aus dem Ministeramte war in der Tat nicht durch ihn herbeigeführt worden, sondern durch die schweren Differenzen zwischen dem Gewissen des Kaisers und dem Gewissen des Ministers in den Fragen der evangelischen Kirche. Daß Bismarck dabei auf die ganze Verschiebung der innerpolitischen Lage im Jahre 1879 infolge seiner Wendung in der Wirtschaftspolitik nicht eingegangen ist, kann ihm schwerlich zum Vorwurf gemacht werden. Viel lieber ruht das Auge des Lesers auf dem aner kennenden Worte über den „Kampfgenossen von so seltener Befähigung und Tapferkeit“, ein Lob, daß kein zweiter seiner Mitarbeiter von diesem urteilsfähigsten Richter empfangen hat.

Die Beziehungen zu den höchsten Herrschaften mußten sich, nachdem Galk nach Hamm übergesiedelt war, naturgemäß lockern. Doch gab es noch einige Male Gelegenheit zu freundlicher Berührung mit dem Kaiser. So bei Gelegenheit des Kaisermanövers in Benrath und in Münster 1884. Besonders freute es ihn, daß auch seine Frau, die, wie oben erzählt ist, während seiner Ministerzeit niemals zu Hofe gegangen war, diesmal eine unmittelbare Begegnung mit dem alten Herrn hatte. Als er bei der Vorstellung ihren Namen hörte, trat er sichtlich erfreut etwas zurück und reichte ihr beide Hände. Als der Kaiser gestorben war, drängte Galk sein Herz, an seinem Begräbnis teilzunehmen. Er sagte sich zwar, daß vielleicht mancher sich wundern würde, wenn ein „im Bannesschatten Lebender“ dabei auftauchte, aber er war doch Jahrelang des Verstorbenen Minister gewesen und hatte genug Gunst und Huld vom Kaiser erfahren, um ihm in Dankbarkeit und Ehrfurcht nachzutrauern.

Näher blieb sein Verhältnis zum Kronprinzen. Wenn Galk nach Berlin kam, versäumte er nicht, sich bei ihm zu melden, und wurde dann, wenn die Gelegenheit es erlaubte, im kleinen Kreise geladen. Ein langes und in vielen Hinsichten interessantes Gespräch hatte er mit Kronprinz und Kronprinzessin am 19. März 1884. Der Kronprinz hatte im Jahre vorher die schon oben berührte Reise nach Rom und dort dem Papste einen Besuch gemacht.

In einem Saale des oberen Geschosses der Audienz gewärtig, wurde Galk vom Kronprinzen mit den Worten „Diese unerwartete Freude“ angerufen und in sein Arbeitszimmer geführt. Es klopfte, und auch die Kronprinzessin trat ein, im Morgenhäubchen, ohne Handschuhe, und sagte, sie habe gehört, Galk sei anwesend, und wolle ihn begrüßen. Dieser konnte seine Rührung nicht verbergen und entlockte dadurch dem Kronprinzen ein Lächeln der Befriedigung.

„Sonst aber, schreibt Galk, war von Befriedigung nichts wahrnehmbar in der mehr als halbstündigen Unterredung. Die Kronprinzessin erwähnte, in der letzten Zeit hätten der Kronprinz und sie viele Schulen besucht. Ich sagte, davon mit großem Interesse gelesen zu haben. „Haben Sie auch gelesen, was wir geredet haben sollen? Wir sind so vorsichtig und objektiv, aber die Reporter umdrängen uns und färben nicht bloß, was wir gesagt haben, tendenziös und sensationell, sondern sie entstellen, erdichten, lügen. Das macht bitter.“ In der Tat sah die Kronprinzessin vergrämt aus, und zweifellos war sie in den zwei Jahren, daß ich sie nicht sah, magerer geworden. Der

Kronprinz war mutlos betreffs der Zukunft, deren Betrachtung sich — bei mir ja sehr selbstverständlich — an den Gegensatz: Staat und Römische Kirche, respektiv evangelische Kirche lehnte. Der Kronprinz: „Die Römische Kirche ist fester denn je in sich geschlossen. Das Zentrum treibt sein Wesen nach wie vor, Windthorst an der Spitze. Das sind die Leute, auf die sich jetzt das Reich stützen soll! Von meinem Besuche in Rom erhoffte ich doch einige Wirkung auf das Zentrum — nichts davon! Ich erfuhr in Spanien mit Erstaunen, daß ich nach Rom gehen sollte. Warum? Um den König zu sehen. Das erschien mir nicht nötig, da ich ihn erst vor kurzem gesprochen. Habt ihr auch bedacht, daß, wenn ich nach Rom komme, ich nicht wieder den Papst umgehen kann, da dazu jetzt kein Grund mehr vorliegt? Nach einigem Hin und Her mit Berlin wurde bestimmt, daß ich einen Höflichkeitsbesuch beim Papste machen sollte. Ich habe kein Wort mit ihm gesprochen, was auf das Zentrum bezug hatte, nichts angerührt, was die Entwicklung der kirchenpolitischen Frage betraf, wohl aber angedeutet, daß der Papst wohl selbst wünschen würde, mehr zum Frieden tun zu können. Die Jesuiten beherrschen alles, das sind unsere gefährlichsten Gegner, ihre Macht ist größer denn je.“ Die Kronprinzessin schüttelte hierzu den Kopf, worauf ich aus meiner Erfahrung seine Worte Bestätigendes hervorhob. Dies veranlaßte den Kronprinzen, seiner Gemahlin zu sagen: „Da hörst Du es.“ Darauf sie: „Ich glaube, wie ich das immer getan habe, dem Minister Galt jedes Wort, aber wir können nur durch die Aufklärung siegen; wenn man die Schulen wieder den Geistlichen gibt, auch in unserer Kirche, dann kann von Aufklärung nicht die Rede sein; aber ja nicht persecutieren!“ Ich sagte, von der Darlegung, daß auch früher keine Verfolgung stattgefunden habe, absehend: „Aber, Kaiserliche Hoheit, wo ist denn jetzt eine Persekution?“ Die Kronprinzessin: „Es wird aber an der ganz falschen Stelle nachgegeben. Minghetti, der frühere italienische Minister, hat uns gesagt: Nur ja nicht nachgeben!“ Der Kronprinz wies, um den Alerus zu charakterisieren, auf das Verhalten des Fürstbischofs Herzog in Breslau hin. „Wie hat man sich in dem geirrt. Kaum ist er Fürstbischof, so tritt er ebenso dumm wie frech dem Kaiser entgegen.“ Dem hielt der Kronprinz gegenüber, wie ihm die katholische Geistlichkeit in Spanien begegnet sei, wie sie ihm sogar das Weihwasser gereicht habe, was ihm bisher nur in der griechischen Kirche geschehen sei. Dann wurde die Zersahrenheit unserer Kirche hervorgehoben, ihr Mangel an Leben und Kraft. „Als ich zum Luther-

festen in Wittenberg war, im Auftrage des Kaisers, da haben die Kirchenbehörden lutherischen Bekenntnisses in Hannover, Schleswig-Holstein usw. ihren Geistlichen untersagt, dorthin zu gehen. Vor dreihundert Jahren hat Einer den Mut gehabt, die Reformation zu beginnen, dann ist sie stehen geblieben, Keiner hat sie wieder aufgenommen, auch Keiner den Mut dazu gehabt (wobei ich einschaltete: Auch Keiner die Befähigung und die Kraft). Von einer Weiterentwicklung ist keine Rede. Alles begnügt sich mit dem Satze: Es steht geschrieben. Die Gewöhnung und die Konnivenz wirken in gleicher Richtung. Wie sieht man das hier in Berlin. Man beachte nur das Stöcker'sche Treiben! Und dann unser Gottesdienst. Allein auf die Predigt ist er basiert, wenn der Geistliche indisponiert ist, geht man leer und unerbaut hinaus.“ In diesem Sinne ging das Gespräch hin und her. Es ergab sich von selbst, daß ich ermunternde und mahnende Worte sprach des Sinnes, daß man wenigstens subjektive Beruhigung durch strenge Pflichterfüllung gewinnen könne, daß diese nimmer von Gott ohne Erfolg gelassen werde; der sagte auch, daß die Bäume nicht in den Himmel wüchsen. Die Antwort war „Ich werde meine Pflicht tun, aber ich habe keine Hoffnung.“ Das wiederholte er beim Abschiede: „Seien Sie versichert, ich werde meine Pflicht tun, bis ans Ende, aber ohne Hoffnung auf Erfolg.“

Ebenso schmerzliche Eindrücke, wie diese Unterredung, bereitete Falk die Wahrnehmung, das in weitesten Berliner Kreisen die Stimmung gegen das von ihm hochverehrte Paar äußerst unfreundlich war und eine Menge häßlichen Klatches über sie umlief. Gegenüber seinem Vater wurde Prinz Wilhelm in den Vordergrund geschoben, gewisse Kreise hätten in ihm am liebsten den nächsten Thronfolger gesehen.

Falk teilte diese Meinung in keiner Weise, obgleich auch er Sorge hatte, der Kronprinz könne, wenn er zur Regierung komme, ein Ministerium Fordenbeck-Bamberger berufen, und davon nichts Gutes erwartete. Die Nachrichten von der ernsten Erkrankung des Kronprinzen und ihrer Verschlimmerung bereiteten ihm daher tiefsten Schmerz. Und wieder bohrte die Beobachtung einen Stachel in sein Herz, daß das Verhalten der Kronprinzessin gegenüber der geplanten Operation und den deutschen Ärzten von neuem Stoff bot, die Abneigung gegen sie zu schüren. Nur selten waren die Menschen gerecht genug, anzuerkennen, wie Falks Bremer Vetter und Freund, der bekannte Irrenarzt Dr. Scholz, daß es doch verständlich sei, wenn die Gattin die Pflege ihres Mannes dem Arzte übergäbe, der die günstigste

Prognose stellte. Mit Trauer vernahm Galt, nachdem Kaiser Friedrich den Thron bestiegen hatte, von den Kundigen, daß er „ein toter wunder Mann“ sei. „Kaiser und Kaiserin habe ich nicht gesehen, nur Karten abgegeben. Andere Meldungsweise wäre zudringlich gewesen. Kronprinz und Kaiser sind zweierlei. Die traurigen Verhältnisse der Gegenwart legen unbedingte Zurückhaltung auf. Weiß ich denn auch, ob mir die freundliche Gesinnung von früher noch geblieben ist? Meine Stempelung zum Sündenbock für eine geschichtliche Episode ist wohl auch an dieser Stelle nicht ohne Wirkung geblieben.“ Darin irrte er sich nun doch. Am 5. Mai verlieh ihm der Kaiser das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub, „ein menschlich tiefbewegender Gnadenbeweis, weil sicher aus der persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen, die zugleich der Meinung einen Damm entgegensetzt, meine ministerielle Amtsführung habe gar nichts getaugt.“ Auch seiner Beisetzung am 15. Juni wohnte Galt bei. Als 1889 die bekannte Schrift Gustav Freytags über „Kaiser Friedrich als Kronprinz“ erschien, verurteilte Galt sie streng: „Mich entrüstet solches Verfahren ebenso, wie es mich schmerzt.“

Mit dem jungen Kaiser verband ihn nichts. Nur auf das Drängen seines Sohnes und anderer Freunde, die es für angemessen hielten, daß er dem Kaiser aufwartete, ehe dieser nach der Provinz Westfalen käme, meldete er sich zur Audienz, die nach einigem Zögern (vgl. oben S. 671) gewährt wurde. Sie verlief freundlich, im wesentlichen war nur von dem Sohne die Rede, den der Kaiser während eines Kommandos zum großen Generalstabe der Armee kennen gelernt hatte und den er dauernd mit Freundlichkeiten ausgezeichnet hat. Zum 50jährigen Dienstjubiläum verlieh ihm der Kaiser die Brillanten zu dem schon besessenen Großkreuz.

Achtzehn Jahre hat Galt in Hamm gelebt und gewirkt, zwölf Jahre noch unter Kaiser Wilhelm II. Je länger es währte, desto mehr wurde er wirklich ein Vergessener. Manchmal wurde ihm das recht deutlich zum Bewußtsein gebracht. Schon 1883 war er zur Lutherfeier in Wittenberg und zu dem von der Stadt gegebenen Feste, obgleich ihr Ehrenbürger, nicht eingeladen worden. Als ihn auf dem Höhepunkte seines Kampfes die Lutherstadt zum Ehrenbürger ernannte, hatte ihm diese Ehrung besondere Freude bereitet. Nun hatte er den Eindruck, daß die Wittenberger den damals getanen Schritt bereuten. Noch schlimmer machten es die Wittenberger im Jahre 1894, indem sie

ihren Ehrenbürger zu der auf den 31. Oktober anberaumten Enthüllung eines Denkmals Kaiser Friedrichs — am 29.! einluden.

Aber das Ärgste an Zurücksetzung war es doch, daß bei der Einweihung der wiederhergestellten Schloßkirche in Wittenberg 1892 zwar die inaktiven Staatsminister von Puttkamer und von Gossler eingeladen waren, aber nicht Galt — eine demonstrative Hintansetzung, die wohl dem Evangelischen Oberkirchenrate zu danken war, der Veranstalter der Feier war.

Andererseits fehlte es auch nicht an Zeugnissen bleibender Verehrung und Anhänglichkeit. Nie versäumte die Akademie der Künste, ihn zu ihren Festen und Ausstellungen einzuladen. Keine größere Lehrerversammlung, die ihn nicht antelegraphiert hätte! Hier, in der Lehrerwelt, war er jedenfalls nicht vergessen.

Am 30. März 1897 feierte Galt sein 50 jähriges Dienstjubiläum, es lag ein Schatten darüber, weil seit einiger Zeit Galts Frau ernstlich kränkelte. Dem Jubilar gingen eine Fülle von Glückwünschen zu — wir brauchen sie nicht aufzuzählen. Nur eine Adresse sei aufbewahrt, die des Landesvereins Preußischer Volksschullehrer, weil sie das Bleibende von Galts ministerieller Tätigkeit schön ans Licht stellt.

„Hochgeehrter Herr Staatsminister!

Ew. Erzellenz wollen es nicht ungütig aufnehmen, daß an dem Ehrentage, welcher Hochdenselben durch Gottes Gnade zuteil geworden ist, auch wir Volksschullehrer kommen, um Ew. Erzellenz ehrerbietigst herzliche Glück- und Segenswünsche zu überbringen namens des Landesvereins preußischer Volksschullehrer. Von den fünfzig Jahren, welche Ew. Erzellenz in segensreicher Arbeit dem Staatsdienste gewidmet haben, gehören sieben Jahre auch der Volksschule an, und diese Zeit, in welcher Ew. Erzellenz als unser hoher Chef an der Spitze der preußischen Unterrichtsverwaltung gestanden haben, erachten Preußens Lehrer als die sieben fruchtbaren Jahre nach einer langen Zeit der Dürre. Ew. Erzellenz haben das Schulaufsichtsgesetz glücklich durch die Klippen des Landtages geführt, der Schule zum Frieden. Durch den Erlaß der „Allgemeinen Bestimmungen“ haben Ew. Erzellenz eine sichere Grundlage geschaffen für eine gedeihliche Fortentwicklung der Volksschule. Die Prüfungsordnung für Mittelschullehrer und Rektoren hat die intellektuelle und soziale Hebung des Lehrerstandes wesentlich gefördert. Zur Vinderung der materiellen Notlage im Lehrerstande ist unter der Verwaltung Ew. Erzellenz in sieben Jahren mehr geschaffen als Jahrzehnte hindurch zuvor. Ew. Erzellenz haben nicht nur die Gemeinden angehalten, die vielfach kläglichsten Lehrergehälter auf-

zubessern, sondern auch die ersten staatlichen Dienstalterszulagen eingeführt. Für das alles Ew. Excellenz noch einmal ehrfurchtsvoll zu danken und die Gefühle der Hochschätzung und Liebe, welche die Mitglieder des durch uns vertretenen Vereins für Ew. Excellenz im Herzen tragen, aufs Neue zum Ausdruck zu bringen, dazu sind wir heute erschienen. Gott segne Ew. Excellenz ferner, wie er es bisher getan; er verleihe Hochdenselben Gesundheit und Kraft, Ihres hohen Amtes weiter zu walten, und schenke Ew. Excellenz, wenn Hochdieselben ruhebedürftig die Hand vom Pfluge zurückziehen, einen sonnigen Lebensabend.“

Bei dieser Gelegenheit hatte sich mancher seiner erinnert. Auch Bismarck. Und Falk benutzte die Gelegenheit — Bismarck war damals ein verfehmtter Mann —, zu einer Huldigung für Bismarck. Trotz allem, was er von ihm erfahren hatte, und trotz seiner Kenntnis auch von den Fehlern des gewaltigen Mannes, — er war sich doch bewußt, daß die größte Zeit seines Lebens die gewesen, da er Bismarcks Kampfgenosse war, und daß diese Glanzenstellung neben Bismarck seiner Wirksamkeit ihre geschichtliche Bedeutung verlieh. Aber auch bei dieser Gelegenheit kam kein politisches Wort über seine Lippen, nur kurz streifte er bei dem Rückblick über sein Leben, den er an dessen verschiedene Stationen anknüpfte, seine ministerielle Tätigkeit. Was Hörern dieser Worte aber den tiefsten Eindruck hinterließ, das war der aufrichtige Ernst seines Bekenntnisses, er habe sich immer in der Führung durch Gottes Hand gewußt und sich bemüht, sich unter diese Führung zu beugen. Wenige Monate nachher vollendete er sein siebenzigstes Lebensjahr, noch immer in voller körperlicher Rüstigkeit und Arbeitsfreude. Auch bei gewissenhaftester Selbstprüfung meinte er den Pflichten seines Amtes noch gewachsen zu sein. Ein schwerer Unfall, der ihn bei einem Feste der Westfälischen Rudervereine im Jahre 1893 betroffen hatte, — er war beim Aufstoßen des Schiffes über Bord geschleudert worden und dabei mit dem Hintertopf auf einen Pfahl unter Wasser geprallt —, war ohne nachteilige Folgen geblieben. Noch konnte er auf den alljährlichen Reisen in die Schweiz oder nach Tirol in anstrengenden und weiten Wanderungen seine Kraft ermessen. Da traf ihn am 13. März 1898 ein Schlag, der ihn tiefer verwundete, als alles, was er je erlitten hatte: an diesem Tage starb seine Frau.

Schon als sechzehnjähriges junges Mädchen hatte sie ihm ihre Neigung geschenkt, sechsundvierzig Jahre waren die Gatten verheiratet gewesen. Sie hatte die ersten schmalen und kargen Jahre ihrer Ehe

ebenso tapfer mit ihm geteilt, wie sie auf der Höhe des Lebens die Pflichten seiner Stellung willig und würdig erfüllt hatte. Er stellte ihr einmal vor dem Freunde das Zeugnis aus, sie habe niemals versucht, mit ihren eigenen Wünschen den Weg, den er pflichtmäßig ging, zu beeinflussen. Sie wollte nichts anderes sein, als seine Frau, und ließ, weil es so sein mußte, ihre künstlerischen Interessen jahrelang fahren, aber das wollte sie auch ganz sein, nicht nur Hausfrau und Mutter, sondern auch Gefährtin seiner Sorgen und Teilhaberin an seinem inneren Leben. Seinem starken Temperament — denn er konnte sich ärgern, sich aufregen, heftig ausbrausen —, ließ ihre sanfte und leise Art ein erwünschtes Gegengewicht. Wie es der Tochter eines deutschen Professorenhauses von altem Stil natürlich war, verband sie hohe Geistigkeit mit größter Schlichtheit, stellte sie im Verkehr an den inneren Menschen große, an den äußeren geringe Ansprüche. Es zog sie zu einfachen Menschen und Naturen. Da ihre eigene Familie wie die des Vaters groß war, ergab sich viel Gelegenheit, teilzunehmen, zu helfen und zu pflegen. Jahrelang hat sie einen früh des Vaters beraubten, hochbegabten, nur leider der Tuberkulose verfallenen Neffen mütterlich in ihrem Hause betreut, bis an ihr Ende einer einsam gewordenen, schwachen und gebrechlichen Schwester dort Zuflucht gewährt. Wiederholt haben wir Falt sagen hören, er werde mit dem Leben zufrieden sein, wenn ihm nur die Seinen erhalten blieben. Nun wurde ihm die Allernächste entzissen. Von diesem Verluste hat er sich seelisch nicht mehr erholt. Die Stelle der Mutter im Hause nahm die älteste Tochter ein, Marie, die unverheiratet geblieben war und ihre Befriedigung ganz in der Malerei suchte. Aber was ihm die Frau gewesen war, das konnte sie ihm nicht ersetzen, und ihren Verlust konnte auch die Freude an Kindern und Enkeln nicht ausgleichen.

Hier mag zusammengefaßt noch einiges von dem Wachstum seiner Familie gesagt werden. Der Sohn war in seiner militärischen Laufbahn durch die Kriegsakademie schon jung in den Generalstab der Armee gelangt und dort zum zweiten Adjutanten des Chefs aufgerückt. Dann war er in die Front zurückgekommen und nun Major und Bataillonskommandeur in Meiningen. Er hatte sich in den Wochen, da Falt nach Hamm übersiedelte, verheiratet, mit Meta, geb. von Lentzke, der Tochter eines verstorbenen Juristen. Aus dieser Ehe entsprangen vier Kinder. Sie bereiteten dem Großvater, bei dem sie oft wochenlang zu Besuch weilten, viel Freude. — Die jüngste

Tochter, Julie, verlobte sich, noch sehr jung, in Hamm mit dem gleichfalls recht jungen Sohne eines Kollegen, Heinrich Ruhfus, und heiratete am 7. Mai 1887, nachdem ihr Mann als Assessor ins Justizministerium berufen worden war. Er erwies sich als so tüchtig, daß er zum Direktor der Preussischen Bodentreditgesellschaft erwählt wurde, eine Stellung, die seinen Neigungen mehr entsprach als der Staatsdienst. Auch diese Ehe war mit Kindern gesegnet. Aber der Großvater mußte mit der Tochter auch schweres Leid tragen: binnen weniger Tage starben im April 1891 zwei liebeliche Mädchen, Erna und Rose, an der Diphtheritis, und bereits mit achtundzwanzig Jahren wurde die junge Frau am 2. April 1895 Witwe. Nach zwei Jahren vermählte sie sich aufs Neue mit dem Pionierhauptmann Carl Berger, und zu den drei überlebenden Kindern aus erster Ehe traten bis zum Tode des Großvaters noch zwei, später noch eins hinzu. Auch sie waren oft und lange willkommene Gäste im Hause des Großvaters.

Mit dem Tode der Frau erlosch in ihm mehr und mehr jedes Bedürfnis, sich mitzuteilen. Auch der Briefwechsel mit dem „besten, treuesten, ja einzigen“ Freunde, der selbst immer hinfälliger wurde, wird nun spärlicher; die Tagebuchaufzeichnungen werden seltener, flüchtiger, und hören schließlich ganz auf. Als ihm der Freund am 16. Juni 1900 voranging, kam eine Art Erstarrung über ihn. Er mied zwar auch jetzt die Menschen nicht, erschien noch regelmäßig im Hammer Klub, aber er weilte dort als ein steinerner Gast. Die Arbeit allein hielt ihn aufrecht. Mit ungeheurer Energie vertiefte er sich in das neue Bürgerliche Gesetzbuch, das am 1. Januar 1900 eingeführt wurde. Auf seiner letzten Sommerreise, die ihn in den Harz führte, sprach er der Tochter aus, daß es sein sehnlicher Wunsch sei, im Dienste zu sterben. Das wurde ihm vergönnt. Am 23. Juni 1900 nahm er noch für kurze Zeit an der Feier des achtzigsten Geburtstages des ihm amtlich und persönlich nahestehenden Oberstaatsanwaltes Irgahn teil. Wenige Tage danach traf ihn ein Schlaganfall. Am 7. Juli starb er. Auf dem Friedhofe der evangelischen Gemeinde in Hamm ist er neben der geliebten Gattin begraben. Noch einmal ging sein Name durch die deutsche Presse. Es tat wohl, daß auch die Zentrumsorgane von Rheinland und Westfalen das Wirken des Oberlandesgerichtspräsidenten in seiner Unparteilichkeit und Gerechtigkeit und die schlichte, liebenswürdige und wohlwollende Art des Mannes anerkannten.

Am 10. Juni 1905 war die Stadt Hamm Stätte eines seltenen Festes: an diesem Tage wurde an dem letzten Wohnsitz Falks das ihm von der deutschen Lehrerschaft errichtete Denkmal enthüllt. Sofort nach seinem Tode hatte der Westfälische Provinzialverband des Lehrervereins den Plan dazu gefaßt, dann die Unterstützung des Preußischen Lehrervereins und die Zustimmung des Deutschen Lehrervereins gewonnen. Das Denkmal galt nicht dem Kampfminister, sondern dem tatkräftigen Freunde und Förderer der preußischen Volksschule. Geschaffen von dem Bildhauer Karl Wandschneider, zeigt es den Minister im bürgerlichen Rode, aufrecht stehend, wie redend, die rechte Hand gekreuzt. Das charaktervolle Haupt ist unbedeckt und leise eindringlich gehoben. In den schlichten Sockel ist ein Medaillon mit dem Kopf Karl Schneiders eingelassen, des Verfassers der „Allgemeinen Bestimmungen“. Es steht da, wo die Ostenallee in die Anlagen von Bad Hamm einmündet, nicht weit von dem Friedhofe, auf dem die stillen Gräber des Ministers und seiner Frau liegen. Die bei der Gedächtnisfeier gehaltenen Reden enthielten sich streng jeder Bezugnahme auf den großen Kampf seines Lebens und beschränkten sich auf seine Verdienste um die Schule. Ausgezeichnet wurden diese in der Festrede des Lehrers Wilhelm Gräve aus Hamm geschildert. Natürlich sprachen auch der zeitige Nachfolger in dem ministeriellen Amte Falks, Kultusminister Dr. Studdt, der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister und andere Vertreter von Behörden. Dem Danke der Familie gab der Sohn, damals Oberst von Falk, beim Festmahle berebten und warmen Ausdruck. Ich meine, die Schlußworte der Festrede und der Wortlaut des Weihespruches, den der Vorsitzende des Preußischen Lehrervereins, Rektor Reißmann aus Magdeburg, sprach, müssen auch hier einen Platz finden. Jene schloß mit den Sätzen:

„Fast fünf Jahre ruht nun der teure Mann, den in seiner hohen Stellung als Oberlandesgerichtspräsidenten wir lange als unseren allseitig verehrten Mitbürger und Ehrenbürger in unseren Mauern zu haben die große Freude hatten, auf dem stillen Friedhofe unserer Stadt unter kühlem Rasen. Der beste Freund der Volksschule und des Volksschullehrerstandes ging mit ihm dahin, die Dankbarkeit aber folgt ihm übers Grab und findet heute in der Enthüllung des Denkmals, das die preußischen Volksschullehrer ihm durch einmütigen Beschluß in Liebe und Treue errichtet haben, ihren erhebenden Ausdruck. Möge das Denkmal die Lehrergenerationen täglich mahnen,

ihres größten Wohltäters, der sie aus drückenden Fesseln befreit und den Grund zu ihrer geistigen und damit auch sozialen und pekuniären Hebung gelegt hat, niemals zu vergessen; möge es unserem Stande Sporn und Antrieb sein, weiter zu schreiten in den Bahnen, die Falkscher Geist ihm vorgezeichnet hat; mögen auch alle, die Freunde der Volksschule sind, an diesem Denkmal sich dessen bewußt werden, was der Name Falk unserem Volke in seiner kulturellen Entwicklung des abgelaufenen Jahrhunderts bedeutet; möge endlich das Falkdenkmal unserer Stadt bis in die fernsten Zeiten laut verkünden, wie der Volksschullehrerstand seine Freunde und Wohltäter ehrt. Das walle Gott!“

Dieser lautete:

„Hier in der Stadt Hamm hat Falk die letzten achtzehn Jahre seines Lebens gewandelt und gewirkt, und wenige Schritte von diesem Orte ist er zur letzten Ruhe gebettet.

„Die Stätte, die ein guter Mensch betrat, ist eingeweiht.“ Darum hat unser Verein hier, fern von dem Schauplatze des großen, geschichtlichen Wirkens Falks, dessen Denkmal errichten dürfen, um zum Ausdruck zu bringen, was Falk uns Lehrern war und was in unseren Herzen für ihn lebt. Eine Dankeschuld gegen Falk wollten wir — nicht etwa bezahlen — wie könnten wir es! — aber anerkennen wollen wir sie, zeigen, daß das Gefühl dieser Schuld in unseren Herzen lebt.

„Falks Name und Gedächtnis wird auch ohne Denkmal aus Erz und Stein in der Geschichte der Volksschule und den Herzen aller wahren Freunde dieser Institution fortleben. Seine Wirksamkeit als Unterrichtsminister bildet einen Wendepunkt und Markstein im Leben unserer Volksschule, ihre Spuren sind der Schule unzerstörbar eingeprägt, seine Grundanschauungen vom Wesen und den Bedürfnissen der Schule und die Ziele, denen er ihre Entwicklung zuführen wollte, werden sich immer aufs neue als wahr und richtig erweisen und immer wieder Kraft und Geltung erlangen.

„Falk hieß er, und hell und klar war sein Auge und scharf sein Blick, und hoch ging der Flug seines Geistes. Und seine glänzenden Geistesgaben stellte er reinen Willens, in selbstloser und aufopferungswilliger Hingabe, zielbewußt und kraftvoll handelnd, in den Dienst seines Königs und seines Volkes; so wurde er der seiner Fürsorge anvertrauten Volksschule ein Retter und Erneuerer.

„Es bedeutet mehr für uns als die Sicherung eines berechtigten staatlichen Machtanspruches, wenn Falk seine ganze Kraft und Bered-

samkeit für die gesetzliche Festlegung des staatlichen Aufsichtsrechtes über die Schulen einsetzte. In diesem Gesetze ist eine — so lange Preußen eben Preußen ist — unerschütterliche Grundlage geschaffen, nicht nur für die Schulaufsicht jener und unserer Tage, sondern auch für deren weitere Entwicklung, zu der Falk selbst durch Anstellung hauptamtlicher Kreisschulinspektoren den Anfang gemacht hat.

„Und noch mehr! Je klarer und bestimmter es zum Ausdruck kommt, daß die Schule in erster Linie eine Angelegenheit des Staates ist, desto mehr darf gehofft werden, daß seitens des Staates alles Erforderliche geschieht, das Gedeihen der Schule so zu fördern, daß sie ihre Aufgabe möglichst vollkommen erfüllen könne.

„Diesem Ziele strebte auch Falk zu, als er das innere Leben der Volksschule von Grund aus neu gestaltete. Wie Winterfrost lag es auf dem Gefilde der Schule, als er das Ministerium übernahm, und nicht lange, so entfaltete sich ein Leben, Regen und Sprießen wie in Frühlingstagen. Dieser Wandel wurde hervorgerufen durch das Inkrafttreten der „Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872, betreffend das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen“. Sie waren geschaffen von Falks geistesverwandtem Mitarbeiter Dr. Karl Schneider, der selbst lange Zeit seine hinreißende und begeisterte Lehrgabe im Schulamte betätigt hatte und neben gründlicher Kenntnis unseres Schulwesens hellen Blick für das Bedürfnis der Zeit und ein Herz für die Schule und für unser Volk mitbrachte zur Lösung seiner hohen Aufgaben. Allezeit, wenn von Falks Schulverwaltung gesprochen wird, wird auch Schneiders Name in Verehrung und Dankbarkeit genannt werden. Der freudigen und dankbaren Aufnahme, welche die Erlasse in weiten Kreisen fanden, standen freilich heftige Angriffe und Verdächtigungen von anderer Seite gegenüber. Sie sind seit lange verstummt, und die Falkschen Erlasse sind eine Grundlage segensreicher Entwicklung der Volksschule und der Lehrerbildung geworden.

„Wer das Erscheinen der Falkschen Erlasse mit erlebt hat, der weiß, wie es damals wie ein Gefühl der Erlösung durch weite Kreise der preußischen Lehrer ging, und wie ihre Herzen Falk zuslogen. Immer tiefer wurzelte ihr Vertrauen und ihre Liebe zu dem Manne, der ihre Bestrebungen vertrauensvoll würdigte, ihren Wünschen und Sorgen freundlich und wohlwollend das Ohr lieb. Und sie wußten es, daß es nicht an seinem Willen lag, wenn seine Verwaltung nicht auf allen Gebieten das brachte, was das Bedürfnis erheischte.

„In einem Wirkungskreise wie dem Falks, in dem die mannigfachen Verhältnisse zu berücksichtigen sind, die verschiedensten Interessen aufeinander treffen, entgegengesetzte Strömungen Einfluß zu gewinnen suchen, geschieht es nur zu leicht, daß das Größte und Beste, was jemand gedacht und gewollt hat, unvollendet oder ungetan bleibt. Das war auch Falks Schicksal. Von Anbeginn seiner Schulverwaltung an bis in deren letzte Zeit hat er es als seine Hauptaufgabe betrachtet, dem preußischen Staate das lang verheißene und lang ersehnte Unterrichtsgesetz zu geben. Es war der Schule nicht beschieden, dies Gesetz aus seiner Hand zu empfangen, wie so viele gehofft hatten, und es ist nur zu begreiflich, daß in den Artikeln, welche die Lehrerpresse dem Minister anläßlich seines Rücktrittes widmete, besonders das Scheitern dieser Hoffnung in schmerzlicher Klage Ausdruck fand.

„Aber Preußens Lehrer sind damals nicht in Hoffnungslosigkeit versunken; sie hofften und hoffen weiter, und ihr Hoffen ist kein tatloses Sehnen, sondern ein frisches Streben und Wirken nach dem Ziele hin, dem auch Falk die Entwicklung der Schule zuführen wollte. In diesem Streben wollen wir nicht erlahmen, sondern aus ganzer Kraft weiter arbeiten, der einzelne an sich selbst und in seinem engeren Wirkungskreise, in unseren Vereinigungen einer dem anderen dienend, aber auch in weitere Kreise hinaus wirkend, daß die Volksschule immer vollkommener ihre Aufgabe erfüllen könne und wirklich erfülle, damit aus ihr hervorgehe eine von echter Religiosität durchdrungene und in sittlicher Gesinnung gegründete Jugend, die festgewurzelt in Liebe zum Vaterlande und zum angestammten Herrscher befähigt ist zu lebendiger Anteilnahme am Kulturleben unseres Volkes.

„So möge denn die Hülle dieses Standbildes fallen, daß es vor unseren Augen stehe als ein Denkmal dessen, was Falk Großes und Gutes für die Schule vollbracht und gewollt, als ein Zeichen unserer unvergänglichen Dankbarkeit und Liebe zu ihm, als ein Ausdruck unserer Gelübde, nach Falks Vorbilde und in seinem Geiste unsere Pflicht zu erfüllen in Treue gegen König und Vaterland.“

Schön sprach die Inschrift auf dem Kranze des deutschen Lehrervereins den Sinn der Errichtung des Denkmals aus: „Denn, was dem Mann das Leben halb erteilt, wird ganz die Nachwelt geben.“ Um diese Schuld der Vergangenheit abzutragen, ist auch dieses Buch geschrieben worden.

Schlußwort

Es bleibt nur noch übrig, ein letztes abschließendes Wort zur Würdigung des Mannes, von dem dieses Buch handelt, und seines Wertes zu sagen. Ich habe schon stark hervorgehoben, wie viel die preußische Volksschule, und das heißt: der wichtigste, tragende Teil der nationalen Bildungsanstalten, der Arbeit Falks verdankt, und wie viel Größeres, als das Erreichte, er ihr noch leisten wollte. Dem habe ich nichts mehr hinzuzufügen. Schwerlich wird auch jemand, der die Dinge kennt, bestreiten wollen, daß Falk auf diesem Gebiete Großes und bleibend Fruchtbares geleistet hat.

Allein, es muß zugestanden werden, daß schließlich das endgültige Urteil über seine staatsmännische Wirksamkeit doch davon bestimmt sein wird, wie man das Recht des großen Kampfes ansieht, den er zwar nicht hervorgerufen, aber mit der ganzen Energie seiner Persönlichkeit geführt hat, und die Methode, die er dabei innegehalten hat.

Daß der Kampf des preußischen Staates gegen die Römische Kirche ein Fehler gewesen sei, darüber stimmen heute weithin katholische und protestantische Geschichtsforscher überein. Und in gewissem Sinne ist das natürlich auch richtig. Der Kampf belastete die Entwicklung des jungen Reiches aufs schwerste und hatte große Übel und Schäden im Gefolge, — man muß nur nicht meinen, daß Falk sie nicht gesehen und darüber geseufzt hätte. Allein, wenn dieses Urteil heißen soll, der Kampf wäre bei einer geschickteren Führung des Staates zu vermeiden gewesen oder gar willkürlich und zwecklos durch den Übermut und die materialistische Weltanschauung einer politischen Partei, der liberalen, hervorgerufen und von Bismarck aus einer am Ende doch falschen Rechnung auf parteipolitische und außenpolitische Erfolge aufgegriffen worden, so ist das nichts, als ein billiger Treppenhüpf. Der Kampf entbrannte mit elementarer Notwendigkeit aus der ungeheuren Überspannung der kirchlichen Ansprüche durch die bei dem Papste, Pius IX., zur Herrschaft gelangte ultramontane Richtung. Beweis dafür ist, daß ja nicht Preußen allein sich in der Lage sah, zur Abwehr dieser intransigenten Ansprüche zu schreiten, sondern eine ganze Reihe europäischer Kulturstaaten dieselbe Nötigung erfuhren,

Preußen aber natürlich stärker, als die anderen, wegen der absonderlichen konfessionellen Mischung seiner Bevölkerung. Und dem Kampfe ließ sich in dem Augenblicke nicht mehr ausweichen, da sich um das Programm dieser Ansprüche eine starke politische Partei in den deutschen Parlamenten bildete, und da zugleich eine anfänglich stark und wertvoll erscheinende Gruppe der deutschen Katholiken gegen diese Ansprüche des Papsttums den Schutz des Staates anrief. Wie aber der Kampf sich mit unerbittlicher Folgerichtigkeit aus diesen Ursprüngen entwickelte, so ist seine Verschärfung und Erbitterung Schritt vor Schritt durch den alles Maß überschreitenden Widerstand des Alerus und vor allem der Kurie verursacht worden, — die Stelle, von der die Enzyklika vom 5. Februar 1875 ausging, trifft zuerst die Verantwortung für die Härten, zu denen die Kampfgesetzgebung fortschritt und fortschreiten mußte. Sie trifft auch die Verantwortung für die schwere Schädigung der geistlichen Anliegen der Katholiken, für die Verwaisung so vieler Pfarreien, für die Erschwerung der Seelsorge und der Sakramentsverwaltung. Das oben (S. 504) mitgeteilte Urteil des alten Kaisers, der im Jahre 1878 auf die bewegliche Darstellung dieser Schäden in der Schlesischen Petition antwortete: „Sie hätten sich mit diesen Klagen und Beschwerden an den Papst wenden sollen“, besteht völlig zu Recht. Die Kurie benützte eben die wachsende Not der katholischen Gemeinden als Druckmittel in ihrem Machtkampfe gegen den Staat. Galt hat beim Rückblicke auf diese schweren Kämpfe später geschrieben, er könne auch bei strengster Selbstprüfung nicht anders urteilen, als daß er bei keinem einzigen Schritte anders habe handeln können, als er gehandelt habe. Und wenn man dies Urteil nicht auf alle Einzelheiten der Gesetzgebung und Verwaltung ausdehnt, so hält es jeder ruhigen Nachprüfung stich. Ich habe in meiner Darstellung nicht verhehlt, daß mir nicht alle Einzelheiten glücklich und geschickt erscheinen. Von vornherein war meines Erachtens die Aktion des Staates zu sehr darauf eingestellt, nicht nur die Rechte des Staates zu wahren, sondern auch die opponierenden Katholiken gegen ihre Kirche zu schützen, und darin lag eine Einmischung in innerkatholische Angelegenheiten. Und bei dem Vorgehen gegen die katholischen Orden und Klöster hat sich Galt wohl wirklich über die Linie fortreißen lassen, deren Innehaltung der katholische Glaube fordern durfte. Allein, das ist nicht entscheidend; wir haben oben (S. 676) ein Wort Galt's gelesen, das er sehr viel später bei der Inangriffnahme der

sozialen Gesetzgebung schrieb, bei so großen Unternehmungen müsse man sich nicht scheuen, auch Fehler zu machen, weil man sonst vor lauter zögernden Erwägungen überhaupt nicht zur That komme. Dies ganz außerordentlich treffende Wort, nach dem jeder Politiker handeln muß, den der Drang des Augenblickes zur That ruft, entschuldigt alle Fehlgriffe im einzelnen. Aberdies, hätte der Episkopat nicht an der Schwelle jede Mitwirkung bei der Ausführung der ersten Maßgesetze abgelehnt, wären sie dann nicht wahrscheinlich vermieden worden? Kann man übersehen, daß manchmal harte Anwendungen der Gesetze von der anderen Seite geradezu geflissentlich hervorgerufen wurden, um dadurch wirksame Agitationsstoffe zu gewinnen?

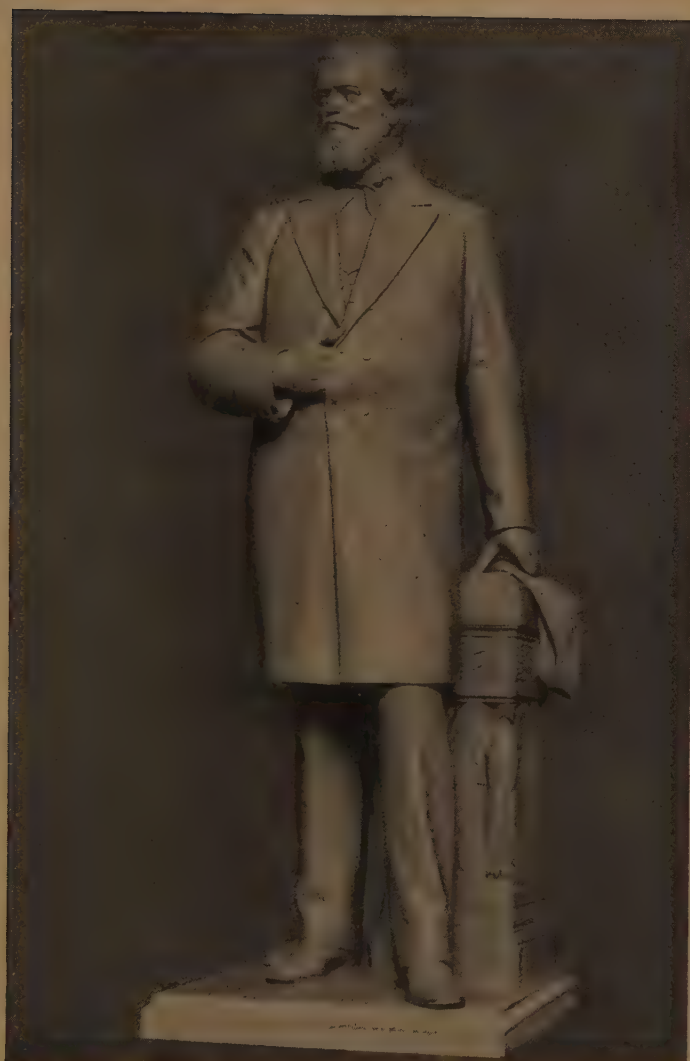
War also der Kulturkampf — um diesen nun einmal geprägten Namen zu gebrauchen — ein Fehler, so trifft die Schuld nicht in erster Linie den Staat und den Mann, der sich in unbeugbarer Entschlossenheit und Hingebung vor die Rechte des Staates stellte, sondern die Kirche. Der Kampf erwuchs und steigerte sich aus der einseitigen, unerträglichen, auch in der Form verletzenden Betonung des geistlichen Rechtes, aus der Unnachgiebigkeit, mit der es behauptet und die Rechte — nicht des weltlichen Staates überhaupt, nicht irgend welchen modernen Staatsbegriffes, sondern des geschichtlich gewordenen preußischen Staates mit geschickter Benützung der seit der Verfassung geübten Schwäche bestritten wurden. Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß sofort nach dem Tode Pius' IX., nachdem Leo XIII. Papst geworden war, bei der preußischen Staatsregierung die Bereitwilligkeit zur Beilegung des Kampfes gezeigt wurde. Da entstand die Hoffnung, daß der Wechsel in der Person des Papstes auch einen Verzicht auf die unerträglichen Ansprüche der Kirche zur Folge haben würde, und damit konnte unter Umständen die Notwendigkeit zur Fortsetzung des Kampfes für den Staat hinfallen, der Weg zum Friedensschlusse frei werden. Daß dann die eigentlichen Kampfgesetze zu verschwinden hätten, ist auch Falks Meinung gewesen; aus seiner Person kein Hindernis der Verständigung zu machen, war er sofort entschlossen. Zeigt das nun nicht aufs deutlichste, daß die Kampfmaßregeln des Staates nur ein Gegenschlag waren? In dem Augenblicke, da in die oberste Leitung der Kirche der Geist der Besonnenheit und der Mäßigung zurückkehrte, konnte der Kampf abgebrochen werden. Ob mit Leo dieser Geist von der Kurie wirklich Besitz ergriffen hätte, das war die große Frage, die in den Verhandlungen der Jahre 1878 auf 1879 geklärt werden sollte; sie blieben

zunächst erfolglos, immerhin zeigte sich doch, daß nicht nur die Tonart, sondern auch der Inhalt der päpstlichen Forderungen ein anderer geworden war. Nahm aber die Kurie den Fehler zurück, der den Kampf verursacht hatte, so konnte auch der Staat ohne Niederlage seine Gegenmaßregeln abbauen. Daß dieser Abbau dann doch zu einer schweren Niederlage des Staates führte, daß nicht nur die Kampfgesetze fielen, sondern auch der Versuch einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zurückgenommen wurde und an die Stelle einer festen Ordnung wieder der alte Zustand des distretionären Ermessens und der Verwaltungspraxis trat, bei dem sich so herrlich im Trüben fischen läßt, gehört nicht hierher, — an diesem unleugbar schweren Fehler trifft Falt selbst jedenfalls keine Schuld.

Sieht man aber aufs Ganze, so darf man, glaube ich, als ein sicheres geschichtliches Urteil aussprechen: Der Kampf durfte und mußte beendet werden, sobald in der Leitung der Kirche der Geist der Vorsicht, der Mäßigung, der Anpassung wieder die Herrschaft gewann, wie er aufgenommen und durchgehalten werden mußte, solange als an diesen Stellen der intransigente Geist des Syllabus herrschte. Daß nach Pius' Tode jener Geist in der katholischen Kirche, wenn auch langsam und zögernd, wieder aufstieg, ist aber gewiß auch eine Folge des furchtbaren Kampfes gewesen, in den die Tendenz des Syllabus die Kirche gestürzt hatte, und der Energie, mit der er geführt wurde. Die katholische Kirche hat in diesem Kampfe gelernt, sich selbst Maß zu setzen und neue Konflikte auf das Behutsamste zu vermeiden. Sie geht auch heute mit ihren Forderungen noch weit genug, für protestantisches Staatsgefühl unerträglich weit, aber sie ist in ihrer Praxis doch weit hinter das Programm des Syllabus zurückgewichen. Die Möglichkeit neuer Kämpfe zwischen Kirche und Staat kann nie unbedingt ausgeschlossen werden, denn das weltliche und das kanonische Recht stehen in nicht ausgleichbarem Widerspruche zueinander. Wer von dem Staate verlangt, ihnen unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen, weil seine Machtmittel denen der Kirche nicht gewachsen seien, erkennt damit tatsächlich den Vorrang des geistlichen Rechtes, das heißt aber eine fremde Souveränität an, denn als eine göttliche Autorität kann es doch für einen Nichtkatholiken nicht in Frage kommen. Vollends lächerlich aber wäre die Meinung, mit der Formel der Trennung von Staat und Kirche alle Reibungsgelegenheiten beseitigen zu können. Die praktische Durch-

führung des kanonischen Rechtes in seiner prinzipiellen Schärfe wird immer für den Staat unerträgliche Lagen schaffen und mit elementarer Gewalt zum Kampfe zwingen; es wird daher immer zum großen Teile von der Weisheit der geistlichen Gewalt und von dem vaterländischen Sinne ihrer Anhänger im Lande abhängen, ob sich solche Kämpfe vermeiden lassen. Daß solche Weisheit im großen Ganzen seit dem Pontifikate Leo's XIII. an der Kurie vorgewaltet hat und solcher vaterländischer Sinn die Politik der deutschen Katholiken immer mehr durchdrungen hat, ist eine Tatsache von hohem Gewinn für die Entwicklung des Reiches geworden. Auch der Historiker darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Geist sich dauernd stark genug erweisen möge, die Wiederkehr stürmischer Kämpfe zu verhindern und eine für beide Teile erträgliche Schlichtung unvermeidlicher Konflikte herbeizuführen. Allein diese Hoffnung verträgt sich sehr wohl mit der Anerkennung, daß der Kampf von damals sein inneres Recht hatte, und daß der Mann, auf dessen Schultern er lag, nichts als seine Pflicht getan hat. Und ganz besonders unvergessen sollte ihm auch bleiben, daß er in den heißesten Kämpfen, bei Angriffen und Verdächtigungen, die in das Heiligtum der Persönlichkeit gezielt waren, niemals die Herrschaft über sich selbst verloren hat; es ist ihm kein Wort nachgewiesen worden, dessen er sich zu schämen hätte.

Jedoch, wichtiger noch, als die Frage nach der Schuld an dem „Fehler“ des Kulturkampfes, scheint mir doch die zu sein, ob denn wirklich die staatsmännische Arbeit Falks ohne bleibende Frucht geblieben ist. Ich sagte schon einmal, daß Falk doch zu dem Kampfe, den er führte, innerlich eine etwas andere Stellung einnahm, als Bismarck. Diesem war das Ziel, das Zentrum als politische Partei niederzulämpfen, und das ist in der Tat mißlungen. Bismarck hat das Zentrum nicht überwinden können, und die deutsche Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnen müssen, eine konfessionelle Partei dauernd zu ertragen. Aber Falk wollte mehr. Er war eben doch Jurist. Von heute rückblickend müssen wir in ihm den preußischen Staatsmann sehen, der zuerst und als einziger unternommen hat, das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen auf eine gesetzliche Basis zu stellen und damit eine empfindliche Lücke der Rechtsordnung auszufüllen. Falk ist also der Wegbereiter der „Trennung von Staat und Kirche“ gewesen. Er selbst hat sein Vorhaben so charakterisiert (siehe S. 279), freilich indem er sich zugleich verwahrte, unter



der Trennung die absolute Souveränität der Kirchen in dem ihnen zu Dienst und Leistung verpflichteten Staate zu verstehen. Sicher ist aber doch, daß irgend etwas, das so zu heißen verdient, unmöglich ist ohne die Lösung der Ehe und der Schule von der Kirche und ohne den Schutz der individuellen Gewissensfreiheit durch die Öffnung des Austrittes aus der Kirche. Das sind die ersten, unumgänglichen Schritte, die getan werden müssen, wenn Staat und Kirche getrennt werden sollen. Diese Voraussetzungen der Trennung hat Falk für Preußen geschaffen, und sie sind trotz aller Versuche, auch daran zu rütteln, geblieben. Die Weimarer Verfassung hat diese drei Grundsätze nur zu sanktionieren gebraucht. Auf derselben Linie liegt sein Unternehmen, der evangelischen Kirche eine Verfassung zu verleihen, sie aus dem Staate, mit dem sie tausendfältig verwachsen war, herauszulösen, das der Kirche zustehende Kirchenregiment und die staatliche Kirchenhoheit sauber voneinander zu scheiden. Sie ist erst durch ihn ein Körper geworden, der sich in der Revolution widerstandsfähig gegen alle Auflösungstendenzen erwies. Sie war durch die Verfassung, die er ihr errungen hatte, instand gesetzt, den Hinfall des Landesherrlichen Kirchenregimentes ohne Schaden zu ertragen. Die heutige Verfassung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union ist kein Neubau, sondern die Durchführung der ihr damals gegebenen Verfassung.

Aber auch das hat sich herausgestellt, daß die Festhaltung einer gewissen Kirchenhoheit des Staates unerläßlich ist. Von dieser Forderung könnte höchstens dann abgesehen werden, wenn die Kirchen auf den Charakter der öffentlichen Korporationen verzichteten und sich völlig unter das Vereinsrecht stellen ließen. Gibt man das aber zu, so bleibt gar nichts anderes übrig, als die einzelnen Punkte der Kirchenhoheit genau festzustellen, wie es Falk in der ersten Reihe der Maigesetze versuchte. Die Punkte, auf die es da ankommt, hat Falk ganz richtig gesehen. Der Staat hat ein dringendes Interesse an der Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, es kann ihm nicht gleichgültig sein, ob ein so einflußreiches Amt zum Beispiel in die Hände von Ausländern oder nur auf ausländischen Anstalten Gebildeten kommt. Schon in Rücksicht auf den andersgläubigen Teil der Bevölkerung muß er der kirchlichen Disziplinargewalt Schranken setzen und den Gebrauch von Zucht- und Strafmitteln überwachen. Die Probleme, die Falk mit seiner Gesetzgebung zu schlichten suchte,

sind dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß man auf ihre Lösung verzichtet, sie sind heute so brennend wie je, und sobald man den Mut aufbringt, sie anzufassen, wird sich zeigen, daß im großen und ganzen keine anderen Lösungen möglich sind, als die von Falk empfohlenen, wenn nicht der Staat und der konfessionelle Friede aufs ernsteste gefährdet werden sollen.

Dieses Buch wird zugleich die Streitfrage zur Entscheidung bringen, welchen Anteil Bismarck am Kulturkampf gehabt hat. Bismarck hat wiederholt die Verantwortung für die Einzelheiten der Kulturkampfgesetzgebung abgelehnt, und dies nicht erst in den Jahren des Rückzuges, sondern schon zu einer Zeit, wo der Kampf selbst noch auf seiner Höhe war. Jedoch diese gelegentlichen Äußerungen Bismarcks, die sehr genau darauf angesehen werden müssen, zu wem sie getan sind, und welche Absichten Bismarck damit jedesmal gehabt hat, zerfallen in nichts vor den Tatsachen, die dieses Buch feststellt, wie stark er sich gerade auch um Einzelheiten der Gesetzgebung und der Verwaltung persönlich gekümmert hat, und mit welcher unentwegten Überzeugungskraft er den Kampf mindestens bis zum Tode Pius IX. geführt hat. Es ist ebenso unwahr, daß Bismarck zu diesem Kampfe nur durch die Nationalliberalen gedrängt gewesen wäre und ihn mit halbem Herzen und inneren Bedenken hätte gehen lassen, wie so vieles, was er nicht hindern konnte, — wie daß Falk nur sein unselbständiger Handlanger gewesen wäre. Vielmehr ist das Zusammenarbeiten beider Männer lange Jahre hindurch ein vollständiges gewesen, und der eine hat sich auf den anderen unbedingt verlassen können.

Mag das Werk Falks auch zum guten Teil wieder abgetragen worden sein, so daß nur die Grundpfeiler stehen blieben, über dem Werk darf der Mann nicht vergessen werden, der preußische Beamte alten Stiles, von grenzenloser Aneignung und bürgerlicher Schlichtheit, überzeugungstreu, charaktervoll, ganz aufgehend im Dienst, bescheiden für seine Person und ehrgeizig für seinen Staat, fromm ohne Phrase und Salbung und davon durchdrungen, daß die geistige Freiheit der Mutterboden aller wahren Bildung und Gesittung ist, streng in seinen Anforderungen an seine Mitarbeiter, aber am strengsten gegen sich selbst, von einer wahrhaft antiken Größe auch in seinem Schweigen nach dem Rücktritt von seinem Amte — wie es in einem Nachruf bei seinem Tode hieß:

Voll Klugheit, aber ehrlich, treu und schlicht,
Ein ganzer Mann und Meister auch der Rede,
So hat erfüllt er rastlos seine Pflicht,
So stand er ritterlich in heißer Fehde.
So lebt er fort, ein echter deutscher Mann!
Des Hasses Auge selbst, das scharf nach Gleden
Beim Gegner späht, hier sucht's umsonst, es kann
In seinem Bild nichts Niedriges entdecken.

Namenregister

Achenbach 70 91 f. 129 f. 144 146
149 216 247 296 387 412 445 482 f.
Aegidi 77
Augusta, Kaiserin 77 83 f. 85 f. 88
266 f. 293 355 f. 388 416 548 553
555

Barkhausen 346 f.
Bartsch, Pastor 55
Baumgarten, Professor 453
Baur 393 448 458 558
Becker/Cöln 285
Becker-Gelnhäusen 628
Benda, von 660
Bennigsen, R. von 61 382 386 f. 432
478 480 484—493 512 608 624 660

Bentkowski, von 37
Berger, Carl 695
Bernuth, von Minister 42 44 48 83
Bernuth, von Reg.-Präsident 339
Beseler 243 334
Bethmann-Hollweg, Minister 47
Bethusy, Graf 167 558 608 f. 656
Benzschlag 309 411 451

Bismarck 47 57 71 78 99 106 f. 108
111 121 f. 124 131 f. 140 f. 164
184 186 f. 216 237 f. 242 246 f.
257 289 347 350 357 360 ff. 371
373 377 383 412 415 f. 427 f. 431 f.
457 460 466 474 f. 479 482 ff. 498
514 531 586 594 619 f. 624 625 f.
638 657 659 666 684 693
Ausprüche und Gespräche 66 f.
75 f. 78 85 187 216 296 ff. 384 ff.
455 f. 480 483 484 485 ff. 488
489 ff. 493 494 507 509 510 f. 517
531 538 581 609 621 624 630 634
635 669
Briefe und Denkschriften 101 125
128 f. 132 f. 152 162 167 213 239
244 364 f. 515 518 f. 525 f. 532 f.
546 f. 556 f. 563 584 599 602 f. 611
660 669 685

Bismarck, Graf Herbert 608 f.
Blankenbourg, von 123 216
Bluhme, Professor 309
Bodelschwingh, von 61
Bona Meyer 285
Bonitz 346
Borch 415

Bosse, R. 95 345 463 484 500 626
639 ff.
Brandis 84 87
Braun 32
Broßmann 284
Brückner 96 201 241 411 427 f. 431
433 437 439 447 f. 475 499 566 572
Brüel 257 329
Brühl, Graf 228 f.
Bucher 125 128 152 511
Büchjel 74 77 103 205 324 393
Bülow, von 217 235 239 358 360 f.
412 f. 415 f. 427 f. 431 437 466
474 479 506 f. 508 513 f. 527 547
549 551 582 584 614 627

Camphausen, Otto 102 216 335 351
353 382 ff. 385 387 388 f. 416
482 f. 487
Caterini, Cardinal 514
Cölln, von 55
Cremer, Professor 451
Croix, de la 95 145 346 448 458 499
Czacki, Monf. 359 518

Dahn, Felix 300 560
Dechen, von 323
Dehio 369 f. 442 f.
Deichmann, Lila 214
Delbrück, R. 74 101 f. 124
Derenthal, von 510 519
Doenhoff, Graf 527 f.
Doerpfeld 168
Dorner 96 188 431 439 447 572

Eichhorn, Minister 196
Ende, von 628
Engelbert 323
Effe 88
Euen 303
Eulenburg, Botho Graf 392 466 472
474 478 f. 482 486 493 544 630
Eulenburg, Friedrich Graf 190 102
111 124 290 377 383 ff. 412 482

Fabri 186
Falk, Adalbert, Sohn 28 52 64 299
637 691 694 696
Eberhard, Bruder 54

Emma geb. Hoffmann, Mutter
1 f.
Franziska, Schwester 54
Hans, Sohn † 28
Helene geb. Matthäi, Groß-
mutter 1 9
Helene, Tochter † 52
Juliane, geb. Gottschalk,
Großmutter 3 10
Julie, Tochter 52 298 299 695
Julius, Sohn † 28 52
Konradin, Bruder 54
Ludwig, Großvater 1 f.
Ludwig, Vater 1 11 f. 36 53
57 137
Ludwig, Neffe 51
Marie, Tochter 26 52 299
674 694
Rose, geb. Passow, Frau 17 f.
25 28 42 f. 49 51 82 86
100 293 300 674 688 693
Viktor, Bruder 4 53
(siehe auch Kühn, Passow)
Fäustle, von 69 124 f. 235
Foerster, Franz 66 93 225 237 258 f.
268 270 300 302 316 321 323 327
342 f. 346 364 413 444 458 506
634
Forckenbeck, von 382 512
Franchi, Kardinal 359 f. 508 f. 510 f.
513 515 519 524 533
Frankenberg, Fred, Graf 142 513
624
Frankenberg-Ludwigsdorff 61
Frenken 213
Friedberg, Minister 45 48 71 80
124 356 431 458 659 665 668 679
Friedberg, Professor 145 147 149
151 161
Friedenthal 216 246 296 385 f. 394
466 485 488 509 556 623 627 f.
Friedrich, Großherzog von Baden
71 87 193 359 456 473 512
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 84
112 236 355 f. 367 431 461 466
473 480 f. 493 ff. 500 ff. 529 541 ff.
601 607 637 f. 679 688 ff.
Friedrich Wilhelm III. 406
Funck 35
Gaff, W. 97
Geffken, H. 357 541
Gelzer, H. 71 142
Gerber, von 483
Gerlach, von 206 257
Gillet 11
Gneiff 73 145 149 328 415 506 646
Goepfert, H. 93 346 350

Golß, von der, H. 309 315 393 411
413 415 437 447 566 ff. 572
Göbler, von 331 635
Gottberg, von 171
Gräve 696
Greiff 92 458 635
Grimm 432
Gruner, von 296
Grunert 122
Günther 145
Haack 59
Hagen, Graf vom 596 626
Hahne 545
Hake, Gräfin 84
Hänel 328 f.
Hahn, Ludwig 78 473 488 634
Hajenclever 664
Hefele, von, Bischof 292 600 603
657
Hegel 91 191 205 305 324 370 f.
375 f. 413 468 626 651 664
Hellwig 441 469
Henkel-Donnersmark, Fürst 213
Hergenhahn, von 628
Hermes 201 411 428 f. 437 442—448
457 f. 469 ff. 499 555 563 565 ff.
572 626
Herrmann, E. 97 f. 164 188 190 194
198 202 f. 207 294 300 305 f. 321
365—378 394 410—432 435—468
Hengstenberg 499 565
Heuginger 112
Hielscher 664
Hilgers 684
Hinjcius 145 149 156 258
Hobrecht 58 113 461 482 486 490
560 622 624 625 628 656
Hoedel 501
Hoffmann, Oberhofprediger 96 99
187 193 497
Hohenlohe-Langenburg, Fürst 508
513
Hohenlohe, Fürst 363
Hohenlohe, Prinz, Kardinal 358 f.
508 f. 511 513 f. 520 ff. 532 549
551 583 f. 613
Hohenzollern, Anton, Fürst von 87
Holzmann, H. 378 414 419
Holzer 601
Homeyer 390
Hosbach 371 f. 378 393 f. 396 400
403 f. 409 f. 414 419 f. 430 433 f.
439 443 467 652
Hübler 107 131 145 f. 258 f. 270 323
635 657 f.
Jacobini, Nuntius 527 f. 530 546 657
Jörg 242

Johow 442 469

Jrgahn 695

Jffel 675

Jhenpliſ, Graf 92 103

Kähler 54

Kalthoff 497

Kamecke 558

Kaniſ, Graf 321

Kardorff, von 100

Keliſch, von A. 4

Ketteler, von, Biſchof 291 297

Keudell, von, Boſſchaffer 359 361
508 f. 518 ff. 545 548 582 583 602
612

Kleinert 379

Kleist - Reſow, von 109 f. 168 229
273 322 331 f. 491 493 596 608 624
626 651

Kliſ 55

Kochhann 372

Kögel 95 163 195 301 323 f. 368 f.
372 f. 393 410 f. 413 426 ff. 442
445 ff. 458 495 497 f. 500 553 555
558 565 572 626 634 651 f.

Köllreuter 378

König 112

Königsmarck, Graf 66 103

Köſſlin 393

Kräſig 71

Kraff 305

Kraſſow, Graf 331

Kremenſ, Ph., Biſchof 115 f. 126 f.

Kühn, Magdalene geb. Falk,
Schweſter 54

Künzer 551

Ladenberg, von, Miniſter 157 183
196 f.

Lahufen 675

Lammers 328

Laſker 61 104 108 126 361 379 385
432 484 f. 490

Lauer 505

Lauterbach 112

Ledochowſki, Graf von, Erzbischof
71 213 216 359 511 513

Lehnert † 82

Lenſche, Meta von 694

Leo XIII. 507 509 511 f. 530 541 582
601 602 613 616 657 f.Leonhardt, Juſtizminiſter 55 65 f.
160 296 385 461 472 622 630 653

Liſchnowſki, Graf, Monſ. 510 519 522

Linhoff 94

Lippe, Graf zur 48 55 272

Liſco 91 189 370

Lucius 432

Ludwig, König von Bayern 235

Lüttwiß, Baron von 297

Lukanus 198 201 365 506 635 657 f.
664

Luß, von 68 298

Madai, von 266

Mallindrodt, von 105 f. 165 168 228
231 f.

Malſbahn, von 331

Manteuffel, C. von 369 374 442 444
473 490 554 557Manteuffel, von, Miniſterpräſident
111 321

Marquardſen 123

Marſchall, von 30

Maſella, Kardinal 532 ff. 545 548

Matthiſ 32 34 96 188 370

Maybach 482 486 511

Mejer, Otto 145 357

Melchers, Erzbischof 118 658

Merckel, von 11

Micheliſ 118 271

Miquel 227 280 328 388 485 f.

Miſſnaſt, von 69 258

Moltke, Graf 323

Moufang 211

Mühler, von, Adelsheid 80

Mühler, von, Heinrich 72 74 79 f.
105 115 160 184 f. 267 353 373 497

Müller, Prediger 100

Münſter, Graf 111

Namſzanowſki 122 f.

Neſſelrode, Graf 83 f.

Nina, Kardinal 536 545 547 f. 602
657Briefe: 536 549 582 598 606
614 ff.

Niſſch 323

Normann, von 356

Oehlſchläger 668 670

Olſers, von 356

Oſterrath 39

Pähler 682

Pape 46 653 670

Paſſow, Chriſtiane, Schwiegermutter
18 26 35

Clara, Schwägerin 28

Franz, Schwiegervater 17

Paumgarten, Graf 518 613

Petri 270

Pfleiderer 379 414 419 426 449—455
459 471 652Pius IX. 122 139 f. 243 359 f. 443
506

Pirch, von 358
 Puffkammer, von 594 634 655 657
 Raumer, von 183 185 198
 Redern, Graf 414 510
 Rege, de 74
 Reichensperger 91 105 f. 112 116
 135 f. 228 232 f. 253 504
 Reinkens 214 270
 Reißmann 696
 Reuß, Prinz 546 657
 Rheinbaben, von 444
 Rhode 393 403 409
 Richter, Eugen 105 391
 Richter-Mariendorf 73 168
 Richter, L. A. 182
 Richter, Oberkonsistorialrat 500 553
 Rindfleisch 68
 Rittberg, Graf 49 54 f. 638
 Ritschl, A. 378 451
 Rönne, von 41 49 54
 Roon, Graf von 73 77 103 122 f.
 164 216 353
 Rothe, R. 453
 Ruhfuß, H. 695
 Salm-Horstmar, Prinz Karl 292
 Saucken, von, Tarpuschen 204 329
 Schelling, von 668 f. 670
 Schiffmann 366 f. 430
 Schleinitz, Graf 636
 Schmedding, von 260
 Schmidt, Oberkonsistorialrat 500 553
 Schneider, Karl 168 ff. 341 346 696
 Schöne 356 501
 Scholz, Dr. 690
 Schorlemer-Möst, Frhr. von 352 379
 594
 Schrader, Hofprediger 499 558
 Schroeder 381
 Schubert, Hans von 224
 Schulte, von 215 269
 Schulz, Herm. 378 451
 Schwertin, Graf 33 59 61 182
 Selchow, von 103
 Senfft, von 158
 Seyffarth 387
 Silveira 552
 Simeoni, Kardinal 360 508
 Simson, E. 33 61 653 668 670
 Sneathlage 497
 Stahl, F. J. 182 343
 Stauder 341 346 391 506
 Stauffenberg, von 382
 Stechow 301 356
 Stein, Frhr. vom 177
 Stephan 594 609
 Stiehl 63 94 168 f.

Stillfried-Mancara, Graf 83 266
 Stöcker 370 442 448 458 495 f. 626
 651
 Stolberg-Wernigerode, Graf Otto von
 475 479 482 511 526 530 553 ff.
 556 562 564 635
 Suermundt 236
 Spbel, H. von 328
 Sydow, Prediger 189 192 194 292
 366 370 396 402 ff. 409 419 f. 430
 467
 Sydow, Unterstaatssekretär 46 66
 89 f. 99 194 198 201 f. 262 266
 283 289 291 300 323 346 350 353
 377 390 393 415 f. 428 432 437
 439 444 446 458 496 536 558 560
 572 f. 634 656 664 668 673 676
 679 687 695

Tschow 168 205 314 325 390 414
 419 426
 Tessenborn 670
 Thielen 393 411 429 f.
 Tiedemann 350 364 f. 376 390
 Treitschke, H. von 93
 Treschow, von 223
 Treutler 323
 Twesten, Abg. 47
 Twesten, Oberkonsistorialrat 195

Uhden, von 444
 Ujest, Herzog von 61
 Usedom, Graf 356 500

Vater, Prediger 223 301
 Viktoria, Kronprinzessin 87 654
 Vincke, Georg von 33—36 40 42 61
 Virchow, R. 105 107 205 215 326
 329 f. 348 368 453 456
 Vogel, Pastor 223

Wach 309
 Wägholdt 170 f. 341 346
 Wagener 78 145 f. 187
 Waldeck 42
 Wander 34
 Wandschneider 696
 Wasserchleben 161
 Weber, Albr. 372
 Wedell, von 207
 Wehrenpfennig 105 492 608 646
 Weiß, Bernh. 451
 Weizsäcker, von, Professor 451
 Wendt, von 274
 Werthern, von 507 614
 Wever 46
 Wiese, L. 81 94 113 324 346

Wilhelm I. Kaiser 32 45 72 75 77 f.
 83 88 f. 96 99 121 131 f. 193 f.
 218 f. 262 f. 264 283 289 f. 321 f.
 350 354 365 f. 371 373 f. 379 386 f.
 393 f. 426 442 f. 455 458 492 495
 497 499 f. 504 548 553 609 f. 626
 634 636 638 660 666 688
 Kabinetsordres, Briefe, Rand-
 bemerkungen: 113 132 135 189
 219 265 ff. 289 291 292 344 354 f.
 365 366 372 374 ff. 394 395—409
 410 f. 417—425 433—436 448 449
 450 457 466 467—471 474 553
 558 f. 562 563 571 585 609 618
 Gespräche: 76 78 126 f. 163 164
 193 283 f. 291 292 357 366 392
 412 430 f. 472 474 478 496 553
 555 565 614
 Wilhelm II. Kaiser 671 691
 Wilnowski, von 72 76 77 163 193

218 f. 282 350 355 374 377 379
 393 f. 409 414 417 426 428 432
 436 443 f. 447 457 461 466 469
 481 495 f. 499 500 548 555 557 609
 634 657 660 666
 Windthorst 63 142 253 277 f. 352
 412 428 505 512 546 574 586 596
 599 610 622 f. 663
 Winter 393
 Winzingerode, Graf von 321
 Wollmann 114 ff. 340
 Wrangel, von 103
 Wurmb, von 290 297
 Yorck von Wartenburg, Graf 109
 439
 Zedlitz-Neukirch, von 321 626
 Zedlitz, Graf 59
 Ziegler 58

Foerster, E.

92
F 186

Adalbert Falk

92
7/186

